universität wien

DISSERTATION

Titel der Dissertation

„Die Konflikte innerhalb der Großen Koalition von 1986 bis 2000“

Verfasser

Mag. phil. Egmont Christian Schmidt

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, im Mai 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 092 312
Dissertationsgebiet lt. Studienblatt:	Geschichte
Betreuer:	Univ. Doz. Dr. Bertrand Michael Buchmann

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 7
1 Theoretisches und Praktisches zum Thema „Koalition“ 9
1.1 Warum eine Koalition gebildet wird 9
1.2 Wer eine Koalition bildet 10
1.3 Wie eine Koalition funktioniert 11
1.4 Was davon auf die Große Koalition zutraf 13
2 Finanzen 15
2.1 Budget 1987 15
2.2 Budget 1988 15
2.3 Steuerreform und Budget 1989 19
2.4 Budget 1990 25
2.5 Wahlkampf und Koalitionsverhandlungen 1990; Budget 1991 25
2.6 Budget 1992 28
2.7 Budget 1993 32
2.8 Steuerreform und Budget 1994 33
2.9 Wahlkampf und Koalitionsverhandlungen 1994 37
2.10 Budget 1995 38
2.11 Budget 1996 mit Koalitionsbruch 40
2.12 Koalitionsverhandlungen und Doppelbudget 1996/97 52
2.13 Budget 1998 und 1999 56
2.14 Steuerreform und Budget 2000 58
2.15 Koalitionsverhandlungen 1999/2000 65
3 Familie 67
3.1 Ehe und Familie in der Verfassung 67
3.2 Unterstützungen und Karenzzeiten 68
3.3 Kinderbetreuung 112
3.4 Vergewaltigung in der Ehe 116
3.5 Ehe und Scheidung 117
3.6 Verhütung und Abtreibung 125
4 Frauen 129
5 Bildung und Wissenschaft 147
5.1 Schulsystem 147
5.2 Schulbücher 163
5.3 Schülerfreifahrt 166
5.4 Ferienordnung 167
5.5 Ethikunterricht 168
5.6 Lehrlingsausbildung und Polytechnischer Lehrgang 169
5.7 Universitäten und (Fach-)Hochschulen 174
5.8 Studiengebühren 179
6 Gesundheit 183
6.1 Gesundheitssystem 183
6.2 Rauchen 192
6.3 Gentechnologie 195
6.4 Zahnersatz und Hausapotheken 197
7 Soziales und Wirtschaft 201
7.1 Pensionen 201
7.2 Arbeitslose 231

7.3 Wohnen ... 242
7.4 Wertschöpfungsabgabe ... 247
7.5 Kriegsmaterialgesetz ... 248
7.6 Arbeitszeit ... 250
7.7 Ladenöffnungszeiten ... 254
7.8 Ausländer-Beschäftigung ... 257
7.9 Energiekonzept ... 260
7.10 Missbrauch bei Sozialleistungen ... 261
7.11 Schwarzarbeit ... 262
7.12 Werkverträge ... 264
7.13 Telekommunikation ... 266
7.14 Arbeiter – Angestellte ... 267
7.15 Berggesetz ... 268
8 Verstaatlichte Unternehmen und Privatisierung ... 270
8.1 Industrie ... 270
8.2 Banken ... 287
8.3 Nationalbank ... 308
8.4 Post ... 309
9 Verkehr ... 311
9.1 ÖBB ... 311
9.2 Kennzeichen-Tafeln ... 316
9.3 Punkteführerschein ... 317
9.4 Lkw-Nachtfahrverbot ... 317
9.5 Maut ... 318
9.6 Die Promillegrenze ... 322
10 Umwelt ... 331
10.1 Abfallwirtschaftsgesetz ... 331
10.2 Öko-Abgaben ... 334
10.3 Atompolitik ... 339
10.4 Umweltverträglichkeitsprüfung ... 341
10.5 Ozon ... 343
11 Landwirtschaft ... 344
11.1 Förderungen ... 344
11.2 Marktordnung ... 347
11.3 Tierschutz ... 350
12 Außenpolitik ... 351
12.1 Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft/Union ... 351
12.2 Europa-Kompetenzen ... 358
12.3 Ratifizierung des EU-Beitrittsvertrages ... 363
12.4 Neutralität ... 364
12.5 Konkrete Neutralitätsfälle ... 369
12.6 Balkankrise ... 371
12.7 Somalia-Einsatz ... 377
14 Verteidigungspolitik ... 378
14.1 Organisation ... 378
14.2 Ausrüstung ... 387
14.3 Militärbündnisse ... 392
14.4 Parade ... 405
14.5 Militärbefugnisgesetz ... 407
15 Innere Sicherheit ... 412

15.1 Zivildienst ... 412
15.2 Ausländer ... 420
15.3 Grenzschutz ... 427
15.4 Sicherheitspolizeigesetz ... 428
15.5 Verkehrssicherheitspolizei ... 436
15.6 Waffengesetz ... 437
15.7 Kurden ... 441
16 Justiz ... 443
16.1 Sexualstrafrecht ... 443
16.2 Pornographiegesetz ... 448
16.3 Habsburgergesetze ... 449
16.4 Wiederbetätigung ... 450
16.5 Strafrechtsreform ... 451
17 Medien ... 453
17.1 ORF-Generalintendant ... 453
17.2 Medienrecht ... 458
17.3 Einfluss auf den ORF ... 464
18 Kultur ... 468
18.1 Hrdlicka-Denkmal ... 468
18.2 Claus Peymann ... 469
18.3 Bundestheaterreform ... 472
19 Demokratie und Verfassung ... 475
19.1 Wahlrecht ... 475
19.2 Nationalrat ... 490
19.3 Rechnungshof ... 491
19.4 Kammern ... 491
19.5 Liberales Forum ... 492
19.6 Staatsreform und EU-Beitrittsgesetz ... 493
19.7 Verfassungsgerichtshof ... 496
19.8 Politikerbezüge ... 498
20 Taktik, Persönliches, Skandale ... 501
20.1 Ressorts ... 501
20.2 Parteibuchwirtschaft – Proporz ... 506
20.3 Koalitionsfreier Raum ... 509
20.4 Bundespräsident Waldheim ... 510
20.5 Sinowatz – falsche Zeugenaussage ... 515
20.6 Vranitzky – Abfertigung ... 517
20.7 Lucona und Bundesländerversicherung ... 519
20.8 Noricum ... 523
20.9 Milchwirtschaftsfonds ... 534
20.10 Die Munitionsaffäre ... 539
20.11 Wahl zum Präsidenten des Rechnungshofes ... 543
20.12 Rechnungshofausschüsse (AMAG, DDSG, Phyrn) ... 547
20.13 Innenminister Einem ... 549
Zusammenfassung ... 552
Abstract ... 554
Literatur- und Quellenverzeichnis ... 556

Anhang 676
Wahlergebnisse der Nationalratswahlen 676
Prozentvergleich Regierung – Opposition 677
Mandatsverteilung im Nationalrat 678
Koalitionsmehrheit im Nationalrat 679
Dauer der Regierungsbildung 680
Bundesregierungen 681
Gesetzgebungsperioden des Nationalrates 686
Klubobmänner der Regierungsparteien 686
Präsidium des Nationalrates 687
Koalitionsjournal 688
Lebenslauf 693

Vorwort

Die Geschichte der „zweiten“ Großen Koalition ist ein weitgehend unerforschtes Kapitel österreichischer Geschichte. Nur ganz vereinzelt gibt es wissenschaftliche Literatur über sehr abgeschlossene Themenkreise dieses Zeitraumes. Für die vorliegende Arbeit war es daher zunächst nötig, einen Überblick über die Geschichte der Großen Koalition im Allgemeinen und über die Konflikte dieser Regierungsform im Besonderen zu gewinnen. Als einzige sinnvolle Variante hat sich dafür die Durchsicht von Tageszeitungen herausgestellt. Medien sind an den Konflikten in der Politik besonders interessiert. Daher kann davon ausgegangen werden, dass alle Konflikte, die Journalisten bekannt wurden und nicht einer besonderen Verschwiegenheitspflicht (Stichwort: „off records“) unterlagen, hier zu finden sind. Da nicht davon ausgegangen werden kann, dass durch eine einzige Zeitung ein lückenloser und objektiver Überblick gegeben ist, habe ich zwei Tageszeitungen vollständig durchgearbeitet. Es handelte sich dabei um die meist als „bürgerlich, liberal“ bezeichnete Tageszeitung „Die Presse“ und die gemeinhin als „links-liberal“ eingestufte Tageszeitung „Der Standard“. Für die Zeit, in der „Der Standard“ noch nicht erschien (Erstausgabe: 19. Oktober 1988), und für nicht genügend dokumentierte Teilstücke habe ich die eher regional orientierte Tageszeitung „Kleine Zeitung“ einbezogen. Weitere Hauptquellen sind die Stenographischen Protokolle des Nationalrates, einzelne Artikel aus anderen Tageszeitungen bzw. Wochenmagazinen und programmatische Schriften der Parteien. Die spärlich vorhandene wissenschaftliche Literatur ist ebenfalls eingearbeitet. Weitere relevante Quellen waren nicht zugänglich. Wohl gibt es in diversen Archiven Materialien, die für die historische Aufarbeitung interessant wären, doch unterliegen diese (wie zum Beispiel die Ministerratsprotokolle) einer Archivsperre. In der ursprünglichen Planung für diese Dissertation waren Interviews mit den Akteuren des untersuchten Zeitraumes vorgesehen. Im Laufe der jahrelangen Recherchen konnte ich Interviews vieler Politiker aus der damaligen Zeit verfolgen wie auch deren Biographien lesen. Dabei hat sich herausgestellt, dass die inhaltlich wesentlichen Passagen in diesen Quellen teilweise sogar wortident wiederholt werden. Da durch diese Tatsache sehr wenige bis gar keine neuen Erkenntnisse zu erwarten waren, habe ich schließlich von den Interviews Abstand genommen.

Bei einem derartig weitgespannten Untersuchungsfeld sind wohl oder übel Einschränkungen notwendig. Die zeitlichen habe ich dabei eher großzügig gehandhabt, womit sich auch der Titel erklärt. Die Darstellung beginnt mit den Koalitionsverhandlungen zur ersten Legislaturperiode der zweiten Großen Koalition und nicht mit deren Angelobung, da die Vorbereitung ja bereits Konflikte erkennen lässt, die in weiterer Folge eine Rolle

spielen. Als Ende des Beobachtungszeitraums habe ich den Beginn der Koalitionsverhandlungen von ÖVP und FPÖ im Jahr 2000 angesetzt. Bis dahin war das Koalitionsabkommen formal in Kraft und wurde erst unmittelbar danach von SPÖ-Klubobmann Kostelka offiziell aufgekündigt. Ausreißer aus diesem Zeitraum waren an manchen Stellen notwendig, um eine abgeschlossene Darstellung zu ermöglichen. Die zweite Einschränkung ist inhaltlicher Natur. In die Arbeit aufgenommen habe ich die Konflikte, auf die folgende Kriterien zutrafen:

- öffentliche Wahrnehmbarkeit
- eine Dauer, die über wenige Tage hinausgeht
- Einbeziehung der Regierungsmitglieder bzw. der Parlamentsklubs (d.h. keine „reinen" Landes- oder Sozialpartnerkonflikte, usw.)
- Erkennbarkeit von offiziellen Parteilinien

Die Einteilung der Konflikte in die Kapitel erfolgt in erster Linie thematisch, wobei hier die Bezeichnung der Ministerien für die Kapitelnamen Pate standen und in zweiter Linie (d.h. innerhalb der Kapitel) chronologisch. Manche der Themenkomplexe wären ohne Weiteres mehreren Kapiteln zuzuordnen, in diesen Fällen habe ich die Unterkapitel nach wohlüberlegten, aber dennoch nicht immer auf den ersten Blick einsichtigen Kriterien zugeordnet. Diese waren: formale (d.h. juristische) Zuordnung zu den Ressorts, Schwerpunkt der Beschäftigung mit einem Thema (nicht notwendig deckungsgleich) und zu Letzt der schlüssige Zusammenhang mit anderen Unterkapiteln. Die Themen „Soziales" und „Wirtschaft" sind über weite Strecken so eng mit einander verbunden, dass sie in einem Kapitel zusammengefasst sind. Um einen Überblick zu gewährleisten, sind auch eindeutig zuordenbare Konflikte in diesem Gemeinschaftskapitel enthalten.

Proportional zum Umfang dieser Arbeit gestaltet sich die Liste der Personen, die an ihrer Erstellung Anteil hatten. Der erste Dank gebührt den Betreuern Univ. Doz. Dr. Betrand Michael Buchmann und Univ. Prof. Dr. Ernst Bruckmüller. Besonders hervorheben möchte ich meine Eltern, denen ich so viel zu verdanken habe. Ihr konkreter Beitrag war die Korrekturlesung des gesamten Werkes. Vor allem mein Vater hat in der ihm eigenen Präzision unzählige Stunden dafür aufgewendet. Als zweite Korrekturleser und/oder Ratgeber fungierten meine Kollegen und Freunde: Mag. Franz Brunner, Mag. Ilse Geppert, MMag. Dr. Stephan Maurer, Mag. Dr. Emma Mayrhofer, Mag. Andrea Schögl, MMag. Raphaela Stadler, Mag. Anton Stöttinger, Mag. Maria Rauscher. Bedanken möchte ich mich auch bei meiner Verlobten Mag. Elisabeth Rauscher für die Hilfe beim Abstract und für die jahrelange Geduld mit mir und meiner Dissertation.

1 Theoretisches und Praktisches zum Thema „Koalition“

1.1 Warum eine Koalition gebildet wird

Koalitionen werden im Allgemeinen geschlossen, weil sich die Partner durch die Zusammenarbeit Vorteile erhoffen, die sie ohne das Bündnis nicht hätten. Es handelt sich also um strategische Kooperationen. Dieser nüchterne Ausdruck impliziert bereits, dass es sich bei solchen Zusammenschlüssen nicht um einen Akt der Sympathie, sondern vielmehr um eine rationale Entscheidung handelt. Bleibt man beim oft gebrauchten Bild einer Ehe für politische Koalitionen, so müsste man wohl eher von einer „Vernunftehe auf Zeit“ sprechen, denn von einer „Partnerschaft aus Liebe“. Neben dem Ziel der Optimierung seines eigenen Einflusses kann es noch ein weiteres Faktum geben, das für eine Koalition wie eine Klammer wirken kann: der gemeinsame äußere „Feind“, im Fall der für diese Arbeit relevanten Parteienkoalitionen also die Parteien, die nicht Mitglieder der Partnerschaft sind. Für das Funktionieren ist aber ein Mindestmaß an gemeinsamen Interessen oder Zielen unabdingbar.[1] Diese können eine Veränderung der Zustände, aber auch deren Bewahrung zum Mittelpunkt haben. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Gemeinsamkeit von Meinungen oder Zielen nicht notwendigerweise eine Koalition nach sich ziehen muss.[2]

Eine Koalition gehen Parteien also dann ein, wenn sie ihre Vorhaben ohne den Partner nicht oder nur in einem geringeren Ausmaß erreichen können. Ein Ziel kann einerseits sachlicher Natur sein, andererseits lediglich das Erlangen oder das Behalten von Machtpositionen beziehungsweise eine Mischung aus beidem sein.[3]

Jedenfalls benötigt eine Koalition die absolute Mandatsmehrheit im Parlament für den Beschluss von Gesetzen, der direktesten Variante an Gestaltungsmöglichkeiten einer Regierung. Die zweite Möglichkeit der Durchsetzung von Zielen funktioniert über den Weg der Verordnungen und Weisungen der obersten Exekutivorgane, der Minister. Da sie solche Maßnahmen in Eigenverantwortung treffen können, brauchen sie zwar dafür de jure keine Mehrheit im Parlament, de facto ist diese aber nötig. Laut Verfassung besteht die Möglichkeit eines Misstrauensvotums gegen einen Minister durch das Parlament. Wird dem Minister von der Mehrheit der Abgeordneten das Misstrauen ausgesprochen, so hat er vom Bundespräsidenten entlassen zu werden. Damit ist die Regierung dem Nationalrat verantwortlich und von diesem absetzbar. Das Parlament kann zwar eine

[1] Vgl. Sofsky, Wolfgang; Paris, Rainer: Figurationen sozialer Macht. S.250f.
[2] Vgl. a.a.O. S.305.
[3] Vgl. Laver, Michael; Schofield, Norman: Multiparty Government. S.3.

bestehende Regierung des Amtes entheben (bzw. die Amtsenthebung erzwingen), es hat aber kein Mitspracherecht bei der Regierungsbildung. Dieses Recht ist dem Bundespräsidenten vorbehalten, der laut Verfassung die Regierung einsetzen kann, die er persönlich für richtig erachtet. In der Praxis wird er jedoch, wenn eine solche Möglichkeit besteht, nur eine Regierung installieren, die auch eine Mehrheit im Parlament hinter sich weiß. Die Regierung braucht zwar nicht durch eine Investiturabstimmung bestätigt werden, sie muss sich aber eine Woche nach der Angelobung durch den Bundespräsidenten dem Nationalrat präsentieren. Bei dieser Gelegenheit kann auch bereits ein Misstrauensantrag gestellt werden. Im Zusammenhang mit der Regierungsbildung kann also von einem „negativen" Parlamentarismus gesprochen werden. Das Parlament hat bei der Regierungsbildung keine Möglichkeit der Einflussnahme, es kann die Regierung jedoch unmittelbar danach wieder absetzen.[4]

1.2 Wer eine Koalition bildet

Zunächst gibt es eine theoretische Anzahl an Möglichkeiten, eine Regierungskoalition zu bilden, die sich auf eine Mehrheit im Parlament stützen kann. Nach spieltheoretischen Überlegungen[5], diese spiegeln sich in der Realität vieler Demokratien wider, ist eine sogenannte „minimal winning"-Koalition die optimalste Lösung für die Mitglieder (In Europa waren längerfristig immerhin 40% der Koalitionen „minimal winning"). „Minimal gewinnend" ist eine Koalition dann, wenn sie eine Mehrheit im Parlament repräsentiert („winning") und sie die wenigsten Stimmenanteile im Vergleich zu anderen Koalitionen dafür benötigt („minimal").[6] „Grund dafür ist, dass jede Koalitionsbildung ‚Kosten' in Form von Zeit, Kompromissen usw. verursacht, die in Relation zur Anzahl der Mitglieder stehen. Maximalen „Nettogewinn" erreicht man also bei minimalen Koalitionen."[7] Wobei „Gewinn" als Erreichung eines Ziels definiert ist.

Es gibt jedoch auch Argumente, eine Koalition einzugehen, die nicht „minimal winning" ist. So besteht bei sehr knappen Mehrheiten die Gefahr, dass durch den Parteiaustritt von einem oder mehreren Mandataren oder durch andere Ursachen (Krankheiten etc.) die notwendige Anzahl plötzlich nicht mehr erreicht wird und die Koalition damit das Adjek-

[4] Müller, Wolfgang C.: Österreich: Festgefügte Koalitionen und stabile Regierungen. S.113-115.

[5] Die Spieltheorie ist eine Teildisziplin der Mathematik. Sie verbindet Elemente der Kombinatorik, Mengenlehre und Topologie und dient zur Modellierung und Analyse von Konflikten und Kooperationen. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Akteure nach logischen Kriterien handeln. Die Voraussetzungen sind somit denen der Volkswirtschaftslehre ähnlich.

[6] Vgl. Müller, Harald: Ein spieltheoretisches Konzept zur Bildung von politischen Koalitionen. S.4.

[7] Burger, Christina: Koalitionen aus spieltheoretischer Sicht. S.13.

tiv „winning“ nicht mehr verdient.[8] Ein weiterer Grund kann in der Notwendigkeit von qualifizierten Mehrheiten liegen, die jenseits der 50% plus einer Stimme liegen. In Österreich trifft das auf die Verfassungsgesetze zu, die nur mit der Zustimmung von mindestens 2/3 der Mandatare beschlossen werden können.

Neben diesen rein mathematischen und juristischen Überlegungen werden natürlich auch sachpolitische Argumente einbezogen. In die Spieltheorie fließen sie unter der Bezeichnung „politische Distanz“[9] ein.[10] Grundlage für diese Überlegung ist das Streben nach politischer Gestaltung, das mit einer anderen Partei leichter befriedigt werden kann, je ähnlicher deren Vorstellungen mit den eigenen sind. Der Aufwand (=Kosten) bei den Verhandlungen wird so geringer gehalten.

1.3 Wie eine Koalition funktioniert

Am Anfang einer Koalition stehen für gewöhnlich die Verhandlungen über ein Arbeitsübereinkommen und die Aufteilung der Ministerien. Im Koalitionspakt werden die mehr oder weniger genau ausformulierten sachlichen und personellen Übereinkünfte festgeschrieben, wobei es sich dabei immer nur um ein Rahmenprogramm handeln kann. Viele Sachverhalte, auf deren Behandlung man sich nicht einigen konnte oder die erst zu einem späteren Zeitpunkt auftauchen, müssen in späteren Verhandlungen geklärt, manche bereits festgelegten Vorgangsweisen nachjustiert werden. Um die Streitpunkte, die nach der Koalitionsbildung entstehen, in den Griff bekommen zu können, wird meist eine Art Koalitionsapparat installiert, der den Diskussionsprozess in institutionelle, geordnete Bahnen lenkt. Dazu gehören: Informationsaustausch, Arbeitsprogramme, Koordinationsgremien, Arbeitsgruppen und Ausschüsse.[11]

Bei den für solche Einigungen notwendigen Kompromissen

> „[...] treffen sich die Verbündeten nur selten in der Mitte. Meist sind einige stärker als die andern, und zwar nicht nur wegen der Trümpfe, die sie in die Allianz eingebracht haben, sondern vor allem wegen ihrer Stellung in der Machtfiguration. Welche Verhandlungsmacht einer hat, verdankt er der Anzahl seiner Koalitionsalternativen.“[12]

---

[8] Vgl. Müller, Harald: Ein spieltheoretisches Konzept zur Bildung von politischen Koalitionen. S.5.

[9] Dabei wird meist durch eine Analyse von Parteiprogrammen und ähnlichen Veröffentlichungen einer Partei, oder durch Expertenbefragungen oder durch Bevölkerungsbefragungen ein Prozentsatz (p) an Übereinstimmungen mit einer anderen errechnet, der als Abstandskoeffizient (p/100) die Distanz ergibt. (Bei dieser positiven Messung bedeutet ein höherer Koeffizient eine höhere Übereinstimmung). [Moser, Wolfgang C. Koalitionsregierungen in Westeuropa – Eine Einleitung. In: Moser, Wolfgang C. Koalitionen in Westeuropa. S.18. und Müller, Harald: Ein spieltheoretisches Konzept zur Bildung von politischen Koalitionen. S.15.]

[10] Vgl. a.a.O. S.15.

[11] Vgl. a.a.O. S.253.

[12] Sofsky, Wolfgang; Paris, Rainer: Figurationen sozialer Macht. S.252.

Verhandlungen begleiten also eine Koalition zwangsweise von ihrer Bildung bis zu ihrem Zerbrechen.
Nicht zu unterschätzen ist dabei die Aufteilung der Ministerposten. Dabei kommt aber den Verhandlern der Umstand zugute, dass verschiedene Parteien den einzelnen Ministerien unterschiedliche Wichtigkeit beimessen. Diese Bewertung hängt auch mit der jeweiligen Wählerklientel zusammen. Im Allgemeinen bewerten die sozialistischen/ sozialdemokratischen Parteien Ressorts mit folgenden Zuständigkeiten besonders hoch: Gesundheit, Soziales und Arbeit, Wirtschaft und Industrie sowie Bildung. Konservative Parteien bewerten die Ministerien für Inneres, Äußeres, Verteidigung, Landwirtschaft, Wirtschaft und Handel sowie Bildung höher als andere. Das Amt des Regierungschefs streben alle Parteien gleichermaßen an. Im Normalfall wird es der stärkeren Partei zugesprochen.[13]
Die Aufteilung der Ministerien erfolgt dabei oft so, dass kleine Parteien mit „Bonus"-Ministerien ausgestattet werden. Sie erhalten also mehr, als ihnen nach Proportionalitätskriterien zustehen würden.[14]

Die stärksten Bedrohungen für Koalitionen sind zunächst innere Verwerfungen: inhaltliche Differenzen, Niederlagen, Fraktionsbildungen etc. Hilfe wird dann meist in der Zentralisierung der Entscheidungsautorität und/oder Installierung von aufwändigen Beteiligungsverfahren, die Zeit und Kraft kosten, gesucht. Natürlich ist es auch der Egoismus des Partners, der wie ein Damoklesschwert über der Beziehung hängt, da es sich ja nur um eine Gemeinschaft handelt, die – wie oben erwähnt – zum Zweck der Gewinnmaximierung gegründet wurde. Erhofft sich das Gegenüber durch eine andere Koalition mehr Erfolg, so ist die „Vernunftehe" in Gefahr. In diesem Zusammenhang besteht auch die Möglichkeit der „internen Ausbeutung". Der Ausdruck beschreibt einen Prozess, bei dem ein/mehrere Mitglied/er der Koalition für seine/ihre Leistungen nicht den entsprechenden Gewinn erhält/erhalten. Wobei dieser Gewinn ein exogener Faktor, also ein von der Koalition nicht direkt beeinflussbarer ist. Den Gewinn bestimmt der Wähler („Wahltag ist Zahltag"). Eine weitere Gefahr ist das scheinbare Fehlen der Eigenständigkeit bzw. der Identität der Verbündeten. Die Parteien werden als „Einheitsbrei" gesehen, Erfolge und Misserfolge können nicht mehr eindeutig zugeordnet werden etc. Das Problem für die Parteien besteht darin, dass sie ihre Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie zunächst eindeutig für oder gegen etwas Stellung beziehen, in den Verhandlungen aber der anderen Par-

[13] Vgl. Budge, Ian; Keman, Hand: Parties and Democracy. S.96-101.
[14] Vgl. Laver, Michael; Schofield Norman: Multiparty Government. S.172.

tei zumindest auf halbem Weg entgegenkommen müssen und somit Standpunkte akzeptieren und in weiterer Folge sogar verteidigen müssen, die sie vorher bekämpft haben.[15]

> „Der vielgerühmte Vorzug demokratischer Verfahren, Extreme durch Verhandlungen zu neutralisieren, schlägt dort zu ihrem Nachteil aus, wo die Konturen unscharf werden oder ganz und gar verschwinden. Wenn im Namen der Einheit nur noch das kollektive Minimum zu erreichen ist, verliert die Koalition Identität und Profil."[16]

Oft wird versucht, diese verlorene Unverwechselbarkeit durch andere Maßnahmen wieder zu schaffen. Dann häufen sich die Appelle an die Koalitionsdisziplin des Partners und die Toleranz gegenüber dessen Eigenständigkeit schrumpft. Dazu kommen noch „erprobte Streithähne", die – meist auf nicht so exponierten Posten wie Ministersesseln – jeden Strauß mit dem Gegner, der gleichzeitig Partner ist, ausfechten.[17]

Für eine Koalition bestehen also die sich geradezu widersprechenden Gefahren von zu großen Differenzen, die sie im Dauerstreit versinken lassen, auf der einen Seite und die der scheinbaren Nicht-Unterscheidbarkeit bei gleichzeitigem Glaubwürdigkeitsverlust auf der anderen. Der Ausweg ist das Paradoxon einer Koalition aus Parteien mit scharfem unterschiedlichem Profil, aber ohne zu große inhaltliche Differenzen.

1.4 Was davon auf die Große Koalition zutraf

Der wichtigste Grund für die Bildung der Großen Koalition der Jahre 1986 bis 1999 war, dass keine Partei die absolute Mehrheit an Mandaten erreichte. Gemeinsam aber stellten SPÖ und ÖVP bis auf die Legislaturperiode von 1994 bis 1995 mehr als zwei Drittel der Abgeordneten und waren daher im Stande, die Verfassung zu ändern, also beinahe uneingeschränkt zu regieren. Diese „bequeme Mehrheit" war allerdings nicht der einzige Grund für die viermalige Koalitionsbildung der beiden Großparteien. Inhaltlich gab es zwei große Themenkomplexe, die im Wesentlichen beide Parteien als Ziel nannten: der Beitritt zur Europäischen Union und die Konsolidierung des Budgets (Die Einschränkungen zu dieser Aussage sind in den jeweiligen Kapiteln zu finden).

Rechnerisch waren in jeder der vier Legislaturperioden nur zwei weitere Koalitionen möglich, nämlich eine aus SPÖ und FPÖ und eine aus ÖVP und FPÖ. Letztere wäre zu jedem Zeitpunkt eine sogenannte „minimal winning"-Koalition gewesen und damit laut Spieltheorie die optimale Variante. Dass diese, wie auch die Koalition aus SPÖ und FPÖ, nicht zustande kam, lag an inhaltlichen und formalen Vorbehalten gegenüber der FPÖ unter Jörg Haider. Die Ablehnung war vor allem in der SPÖ so stark, dass sie diese Vari-

[15] Vgl. Sofsky, Wolfgang; Paris, Rainer: Figurationen sozialer Macht. S.349-350.
[16] a.a.O. S.351.
[17] a.a.O. S.351-353.

ante in Verhandlungen nicht als Druckmittel gegenüber der ÖVP verwenden konnte. Auch in der ÖVP gab es starke Zweifel an der Regierungsfähigkeit der FPÖ, dennoch setzte sie die Möglichkeit in unterschiedlicher Intensität bei Verhandlungen ein.
In diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache zu sehen, dass es der ÖVP gelang, mehr Regierungsämter zugeteilt zu bekommen, als ihr aufgrund der Proportionalität zustanden. Den Bundeskanzler stellte immer die größere Partei, also die SPÖ, den Vizekanzler immer die ÖVP. In der Hand der SPÖ waren während aller Legislaturperioden der Großen Koalition die Ministerien für folgende Bereiche:

- Finanzen
- Arbeit und Soziales
- Inneres
- Öffentliche Wirtschaft und Verkehr
- Frauen (zuerst Staatssekretariat dann Ministerium)
- Gesundheit

Die ÖVP stellte immer die Minister für folgende Bereiche:

- Äußeres
- Wirtschaft
- Landwirtschaft
- Verteidigung
- Familien
- Umwelt

Ausgetauscht wurden im Jahr 1994 das Wissenschaftsministerium (zuvor ÖVP) und das Unterrichtsministerium (zuvor SPÖ). Das Justizministerium war während der gesamten Regierungszeit der Großen Koalition in der Hand von parteifreien Ministern.

Im Laufe ihrer Regierungszeit mussten sich SPÖ und ÖVP immer öfter den Vorwurf gefallen lassen, nicht mehr unterscheidbar zu sein. FPÖ-Obmann Jörg Haider prägte den Begriff der Einheitspartei „SPÖVP“. Gleichzeitig sah sich die Koalition auch der Kritik ausgesetzt, durch zu viele Streitigkeiten kein Reformpotential mehr zu haben.

2 Finanzen

2.1 Budget 1987

Bereits vor der Nationalratswahl des Jahres 1986 hatte es unter der Führung von Bundeskanzler Vranitzky eine weitgehende Annäherung der SPÖ an die Budgetvorstellungen der ÖVP gegeben. Bundeskanzler Vranitzky hatte sich für die Zeit nach der Wahl für eine Große Koalition ausgesprochen und als deren Hauptzweck die Sanierung von Wirtschaft und Staatshaushalt bezeichnet. Damit konnte er im Wahlkampf der ÖVP, die massiv auf diese Themen gesetzt hatte[18], den Wind aus den Flügeln nehmen.[19]

In den Koalitionsverhandlungen konnten sich die beiden Großparteien rasch auf umfassende Ausgabenkürzungen, eine Steuerreform und die Privatisierung von verstaatlichten Unternehmen einigen. Aus den Verhandlungen wurden dabei kaum Details über die einzelnen Standpunkte bekannt. Lediglich die Tatsache, dass sich die Themen „Zuschüsse für die Verstaatlichte“ *(vgl. Kap. 8.1 Industrie)* und Förderung für die Landwirtschaft *(vgl. Kap. 11.1 Förderungen)* als Hauptstreitpunkte herausstellten, war ein offenes Geheimnis.[20]

Kritik am laufenden Budget übte ÖVP-Generalsekretär Graff, als bekannt wurde, dass die Einnahmen des ersten Halbjahres hinter dem Plan zurücklagen, wodurch das Defizit höher als erwartet zu werden drohte. Er warf Finanzminister Lacina vor, keinerlei Ansätze für eine Budgetsanierung geliefert zu haben. Als dringend reformbedürftig bezeichnete Graff das Pensions- und Besoldungsrecht der Bahnbediensteten.[21]

2.2 Budget 1988

Im August 1987 steckten die Parteien ihre Standpunkte für die anstehende Erstellung des Budgets ab. Vizekanzler Mock eröffnete die Diskussion mit der Darlegung der Positionen seiner Partei. Die von einzelnen SPÖ-Politikern angedachten Steuererhöhungen zur Senkung des Budgetdefizits lehnte er strikt ab. Stattdessen verlangte er finanzielle Erleichterungen für die sozial Schwachen und Anreize für Leistungswillige und Aufsteiger. Sollten die dafür notwendigen Mittel nicht durch Einsparungen frei gemacht werden

[18] Vgl. Mock, Alois: ...für Österreich. S.70-77.
[19] Vgl. Aiginger, Karl: Industriepolitik. S.508f.
[20] Vgl. Kleine Zeitung, 23.12.1986. S.2.
Kleine Zeitung, 8.1.1987. S.2
Kleine Zeitung, 11.1.1987. S.2.
Kleine Zeitung, 26.2.1987. S.2, 3.
[21] Vgl. Die Presse, 5.8.1987. S.4.

können, wollte er das notwendige Geld durch Privatisierungen erlösen. Kritik gab es für den Finanzminister, da von diesem keine Lösungsvorschläge kamen, und für Verkehrsminister Streicher (beide SPÖ), weil dieser keine wirklichen Reformen bei den ÖBB durchsetzte.[22] Als der Finanzminister rund eine Woche später seine Vorschläge präsentierte, empörte sich Mock darüber, dass der Koalitionspartner erst nach den Medien davon informiert worden war. Auch inhaltlich trafen die Vorschläge auf Ablehnung, wobei sich die ÖVP-Teilorganisationen jeweils auf einzelne Punkte einschossen. Die Wirtschaftsvertreter wandten sich vehement gegen Mehrbelastungen von – laut ihren Berechnungen – drei Milliarden Schilling. Wobei die vorgeschlagene Aufhebung der Höchstbeitragsgrundlage für den Dienstgeberanteil in der Pensionsversicherung am meisten Unmut erzeugte. Der Seniorenbund (in Einklang mit dem SPÖ-Pensionistenverband), unterstützt vom ÖVP-Generalsekretär, kritisierte das angepeilte Aussetzen der Pensionserhöhungen für 1988, und der Landwirtschaftsminister kündigte an, über eine Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge für Landwirte nicht diskutieren zu wollen. Ähnlich reagierten auch die ÖVP-Beamtenvertreter auf den Vorschlag, den Staatsbediensteten eine Null-Lohnrunde zu diktieren und die Pragmatisierungen stark einzuschränken.[23] Aus der SPÖ erhielt Lacina hingegen vorwiegend Lob für seine Pläne.[24] Zum Beginn der Budgetverhandlungen legte Finanzstaatssekretär Ditz (ÖVP) ein von ihm erstelltes Sanierungskonzept vor, mit dem ebenfalls die Defizitreduktion von 100 auf unter 70 Milliarden Schilling geschafft werden sollte. Im Gegensatz zum Lacina-Plan sah es bei der ebenfalls enthaltenen Pensionsreform einen Inflationsausgleich bis zur Höhe der Durchschnittspension vor, dafür sollten die Ruhensbestimmungen verschärft werden. Außerdem vorgesehen: Verstärkter Kampf gegen Missbräuche in der Arbeitsmarktverwaltung, Kürzung der Überstundenzuschläge bei Beamten, Aufschub der Lohnrunde für Beamte um ein halbes Jahr und dann nur eine Inflationsabgeltung, Durchforstung der Subventionstarife bei Post und Bahn, Umstrukturierungen bei der Bahn.[25] Bundeskanzler Vranitzky kündigte nach Bekanntwerden des ÖVP-Sparprogramms an, dass dennoch das Lacina-Paket verwirklicht werden würde und die Gespräche mit dem Koalitionspartner nur mehr dem Feinschliff dienen würden. Am selben Tag verkündeten Finanzminister Lacina und Finanzstaatssekretär Ditz jedoch, eine weitgehende Einigung über eine „Entscheidungsgrundlage“ für die Koalitionsgremien erzielt zu haben. Dies schien allerdings auf deren Parteien

[22] Vgl. Die Presse, 20.8.1987. S.1.
[23] Vgl. Kleine Zeitung, 27.8.1987. S.2.
Die Presse, 28.8.1987. S.1.
[24] Vgl. Die Presse, 29.8.1987. S.4.
[25] Vgl. Die Presse, 31.8.1987. S.1.
Kleine Zeitung, 1.9.1987. S.2.

wenig Eindruck zu machen. Besonders umstritten war dabei die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, die von der SPÖ gefordert und von der ÖVP abgelehnt wurde.[26] Angeheizt wurde die Diskussion durch den Vorschlag von SPÖ-Klubobmann Fischer, die Quellensteuer[27] wieder einzuführen. Obwohl er dies als langfristiges Ziel betrachtete und ausdrücklich nicht das Jahr 1988 anstrebte, reagierte die ÖVP strikt ablehnend.[28] In den aktuellen Verhandlungen kam es überraschend schnell zu einer Einigung, vor allem, weil diese von Finanzminister Lacina und Finanzstaatssekretär Ditz weitgehend vorbereitet worden war. Außer Streit waren zuvor bereits die Abschaffung der Heiratsbeihilfe von 15.000 Schilling, die Halbierung der Geburtenbeihilfe von 16.000 auf 8.000 Schilling und eine Verkürzung der Familienbeihilfe-Auszahlung für Studenten auf das 25. Lebensjahr (bisher bis zum 27.) gestanden. Der Koalitionsausschuss einigte sich auf:

- keine Anhebung der Höchstbemessungsgrundlage für die Pensionsversicherung
- Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Ausmaß noch nicht fixiert)
- Anhebung der Pensionen erst mit 1. Juli um 2,3 Prozent für 18 Monate
- eine Pensionsreform (angepeilt wurde die Anhebung der Mindestbeitragsjahre für die Inanspruchnahme einer Frühpension von 35 auf 37,5 Jahre und Anhebung des Durchrechnungszeitraumes von zehn auf 15 Jahre)
- Einsparungen bei den Pensionen von Bauern und Selbstständigen im Umfang von 150 Millionen (Details noch nicht geklärt)
- Reduktion der Überstunden von Beamten um fünf Prozent
- Nichtbesetzung von 50 Prozent der freiwerdenden Dienstposten im öffentlichen Dienst
- Anpassung des Bestattungskostenbeitrages von ÖBB und öffentlichem Dienst an die ASVG-Regelung
- Abschaffung der besonderen Werbungskostenpauschalen
- Streichung der Steuerbegünstigung von Bundesbetrieben
- „Durchforstung“ von Wohnbauförderung, Besoldung der Landeslehrer, Dotation des Umweltfonds und des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds (Krazaf)
- Senkung des Zuschusses für die ÖBB von 27,8 auf 25 Milliarden

[26] Vgl. Die Presse, 4.9.1987. S.4.
Kleine Zeitung, 4.9.1987. S.2.
Kleine Zeitung, 5.9.1987. S.2.

[27] Mit der Quellensteuer ist eine einkommens- bzw. ertragsabhängige Steuer gemeint, die direkt an der Quelle eingehoben wird.

[28] Vgl. Die Presse, 8.9.1987. S.4.

- Auszahlung des Arbeitslosengeldes erst nach Auslaufen von Urlaubsabfindungen
- Berücksichtigung von Notstandshilfe und Karenzurlaubsgeld beim Jahresausgleich
- Privatisierungen[29]

Am 20. Oktober beschloss der Ministerrat das Budget. Dabei war die Bedingung der ÖVP für Pensionskürzungen eine Reform der ÖBB-Pensionsregeln *(vgl. Kap. 7.1 Pensionen)*. Zwar war diese vom Bundeskanzler zugesagt, jedoch gab es dazu noch keine Details. Für das Inkrafttreten mit Jahresbeginn blieben für den Beschluss jedoch nur mehr wenige Wochen.[30]

Kurz vor der Behandlung der Budgetgesetze im Parlament lobten die Regierungspartner das gemeinsame Werk, wobei beide vor allem ihre eigene Handschrift darin erkennen konnten. SPÖ-Klubobmann Fischer hob besonders die doch noch durchgesetzte Anhebung der Höchstbemessungsgrundlage bei der Krankenversicherung hervor *(vgl. Kap. 6.1 Gesundheitssystem)*, während Wirtschaftsbund Generalsekretär Schüssel die Privatisierungen bei Verbund, AUA, Länderbank und CA im Wert von 4,9 Milliarden Schilling und Einsparungen bei Verwaltung und Gesundheitswesen in den Vordergrund stellte.[31]

Bei der Generaldebatte zum Budget hielt Ex-Bundeskanzler Sinowatz dem Koalitionspartner – wie wenige Wochen zuvor sein Parteifreund Lacina in seiner Budgetrede[32] – die Kritik am „sozialistischen Erbe“ vor

> „[...] daß wir es als unrichtig, als kontraproduktiv und unnötig empfinden, wenn Sie ununterbrochen versuchen, von einer Sanierung oder von einem schrecklichen Erbe, das übernommen werden mußte, zu reden. [...]
>
> Wenn wir auf das, was in den Jahren seit 1970 geschehen ist, heute bei der Politik, die wir zu machen haben, verzichten müßten, hätten wir eine schlechte Ausgangsposition. Denn dann hätten wir ein Österreich ohne diesen Lebensstandard, ein Österreich ohne die modernisierte Infrastruktur, ein Österreich ohne dieses dicht gestrickte soziale Netz, ein Österreich ohne diese gewaltige Verbesserung im Bildungssystem und ein Österreich ohne die gesellschaftlichen und rechtspolitischen Reformen, die wir in diesen Jahren durchführen konnten.“[33]

[29] Vgl. Die Presse, 9.9.1987. S.1, 4.
Kleine Zeitung, 9.9.1987. S.2.
Kleine Zeitung, 10.9.1987. S.2, 4, 5.
[30] Vgl. Die Presse, 20.10.1987. S.1.
Kleine Zeitung, 20.10.1987. S.2.
[31] Vgl. Die Presse, 24.11.1987. S.4.
[32] Lacina, Ferdinand. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 31/NRSITZ (XVII. GP). S.3593f.
[33] Sinowatz, Fred. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 39/NRSITZ (XVII. GP). S.4418f.

Die ÖVP war davon allerdings nicht beeindruckt, was sich in der Rede von Walter Heinzinger zeigte: „Wir von der ÖVP unterstreichen die Bitterkeit der Erbschaft.“[34] Ansonsten gab es keine gegenseitigen Vorwürfe.[35]

2.3 Steuerreform und Budget 1989

Kurz nach Beschluss des Budgets für das Jahr 1987 begannen die Arbeiten an der für 1. Jänner 1988 angekündigten Steuerreform. Zunächst war die umstrittene Quellensteuer, gemeint war eine Kapital- bzw. Zinsertragssteuer, Thema der SPÖ-internen Diskussion. Während sie von Finanzminister Lacina nach wie vor angepeilt wurde, ließen Bundeskanzler Vranitzky und Zentralsekretär Keller davon wieder ab. Ihnen hätte als Ersatz eine konsequente Kontrolle der Versteuerung von Zins- und Kapitalerträgen gereicht. Da laut deren Aussagen dieser Steuerpflicht durch die Sparbuchanonymität über weite Strecken nicht nachgekommen wurde.[36]

Anfang Jänner 1988 präzisierten die Koalitionsparteien ihre Forderungen. Für die ÖVP waren dies ein Steuerreform-Volumen von 45 Milliarden Schilling (um 15 Milliarden mehr als im Koalitionsabkommen vorgesehen), und dass es weder zu einer Zinsertragssteuer noch zu einer Besteuerung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes kommen würde. Finanzminister Lacina hingegen sah in seinem Konzept eine Kapitalertragssteuer in der Höhe von 20 Prozent und die Möglichkeit, diese bei der Einkommenssteuererklärung zu berücksichtigen, vor.[37] Dafür wäre es allerdings notwendig gewesen, die Anonymität des Sparers aufzuheben, was von Vizekanzler Mock erst recht abgelehnt wurde.[38] Auch ÖVP-Generalsekretär Kukacka schloss eine Zinsensteuer ausdrücklich aus und nannte als Hauptgrund dafür die Wahrung der Anonymität des Sparers gegenüber Bank und Staat.[39] Besondere Verärgerung in der ÖVP verursachte die Behauptung des Finanzministers, mit seinem Staatssekretär Ditz (ÖVP) diese Kapitalertragssteuer bereits ausverhandelt zu haben.[40] Dieser Aussage widersprach Ditz nicht, seiner Darstellung nach wollte er damit jedoch lediglich das Augenmerk von Nebenthemen – als solches qualifizierte er die Zinsertragssteuer – auf die gesamte Neukonstruktion der Steuertarife legen. Die ÖVP-Spitze war jedenfalls über die Aussage Lacinas, die noch dazu während ihres Dreikönigstreffens

[34] Heinzinger, Walter. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 39/NRSITZ (XVII. GP). S.4439.
[35] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 39/NRSITZ (XVIII. GP). S.4418-4439.
[36] Vgl. Die Presse, 19.12.1987. S.4.
[37] Vgl. Die Presse, 9.1.1988. S.1.
Kleine Zeitung, 9.1.1988. S.2, 3.
[38] Vgl. Die Presse, 11.1.1988. S.1.
[39] Vgl. Kleine Zeitung, 11.1.1988. S.2.
[40] Vgl. Kleine Zeitung, 9.1.1988. S.2, 3.

gefallen war, so verärgert, dass sie die erste offizielle Verhandlungsrunde über die Steuerreform absagte.[41] In den nächsten Tagen drehte sich die öffentliche Diskussion fast ausschließlich um die Quellensteuer. Von SPÖ-Seite hieß es schließlich, dass eine Neuregelung der Quellensteuer nicht zur Bedingung für eine Steuerreform gemacht werden würde, aber eine Ablehnung das Volumen der Steuerentlastung reduzieren würde.[42]
Außerdem gab es noch Diskussionen über das angestrebte Volumen der Einsparungen. Vizekanzler Mock und Staatssekretär Ditz hatten um 15 Milliarden mehr als die im Koalitionsabkommen vorgesehenen 30 Milliarden verlangt, um eine wirklich tiefgreifende Steuerreform finanzieren zu können. In diesem Punkt trafen sie sogar in der eigenen Partei auf Gegnerschaft und konnten daher diese Linie auch nicht auf Regierungsebene durchsetzen.[43] Ende Jänner gab es eine Einigung auf eine Senkung der Steuertarife und auf radikale Schnitte bei den Begünstigungen. Die restliche Summe von 6,5 bis 8 Milliarden, die für das Gesamtentlastungsvolumen der Steuerreform notwendig war, sollte durch neue Einnahmequellen lukriert werden. Die SPÖ setzte zur Lösung weiterhin auf die Quellensteuer, während die ÖVP zu einer Energieabgabe tendierte. Von einem nachdrücklichen Eintreten für eine Öko-Abgabe kann aber zu diesem Zeitpunkt noch keine Rede sein *(vgl. Kap.10.2 Öko-Abgaben)*. SPÖ-Obmann Sinowatz und Finanzminister Lacina warfen dem Koalitionspartner vor, sich vor Steuerhinterzieher zu stellen.[44] ÖVP-Generalsekretär Kukacka wiederum sah seine Partei als Anwalt der Sparer. Der Kompromissvorschlag von Finanzstaatssekretär Ditz, nur Wertpapierzinsen zu besteuern, wurde von Finanzminister Lacina als wirtschaftspolitisch nicht sinnvoll abgelehnt.[45] Aus dem ÖAAB kam das Argument, die Zinsenbesteuerung könnte das existierende Budgetloch gar nicht auffüllen, weil ja erst Gewinne über 10.000 Schilling steuerpflichtig sein sollten.[46] Ein SPÖ-Kompromissvorschlag konnte wiederum die ÖVP nicht überzeugen. Er hätte vorgesehen, dass die zum Eckzinssatz verzinsten Spareinlagen (diese tendenziell kleinen Geldeinlagen machten etwa ein Fünftel der Gesamtsumme aus) aus der Besteuerung ausgenommen werden sollten. Das hätte bei dem geplanten Steuersatz von 25 Pro-

[41] Vgl. Kleine Zeitung, 10.1.988. S.2.
[42] Vgl. Kleine Zeitung, 16.1.1988. S.2.
Die Presse, 21.1.1988. S.4.
[43] Vgl. Kleine Zeitung, 16.1.1988. S.2.
Kleine Zeitung, 19.1.1988. S.2.
[44] Vgl. Kleine Zeitung, 26.1.1988. S.6.
Die Presse, 29.1.1988. S.1.
Kleine Zeitung, 29.1.1988. S.2, 3.
Kleine Zeitung, 1.2.1988. S.2.
[45] Vgl. Die Presse, 1.2.1988. S.1.
Kleine Zeitung, 2.2.1988. S.8.
[46] Vgl. Die Presse, 4.2.1988. S.5.
Die Presse, 5.2.1988. S.5.

zent einen Einnahmenverlust von rund 1,5 Milliarden Schilling bedeutet. Zustimmung der ÖVP gab es dennoch nicht.[47]

Nun war es wieder an der ÖVP, einen Vorschlag zu machen. Sie schlug eine 20prozentige Kapitalertragssteuer vor, die von den Geldinstituten abgezogen („Zinsaufwandsteuer") werden sollte. Davon wären aber Anlegeformen mit einer Verzinsung mit dem Eckzinssatz plus einen Prozentpunkt und längerfristig gebundene Spareinlagen ausgenommen gewesen. Dafür sollte der Steuerfreibetrag gestrichen, aber die Freibeträge für Vermögens- und Erbschaftssteuer auf mindestens 300.000 Schilling angehoben werden (in Summe Mehreinnahmen von fünf Milliarden). Im Rahmen der Einkommenssteuererklärung sollten die Sparer die Möglichkeit erhalten, sich das Geld vom Finanzamt zurückzuholen. Ansonsten würde die Anonymität gewahrt bleiben. Um das Budgetloch gänzlich zu stopfen schlug die ÖVP vor, eine Abgabe auf nicht erneuerbare Energieformen einzuheben (Mineralölsteuer auch für Heizöl leicht, mittel und schwer; Abgaben auf Erdgas und Kohle; in Summe: 2,6 Milliarden), außerdem eine einheitliche Besteuerung von Abfertigungen von zehn Prozent (bisher sechs) mit einem Steuerfreibetrag von 30.000 Schilling (Summe: 0,8 Milliarden). Die Verwirklichung dieser Vorschläge hätte rund zwei Milliarden Schilling mehr eingebracht als benötigt. Damit wäre die Verwirklichung weiterer ÖVP-Wünsche möglich geworden, nämlich:

- Halbierung der Alkoholsonderabgabe auf Wein auf 0,5 Prozent,
- Senkung der Körperschaftssteuer von 30 auf 28 oder 29 Prozent
- die Möglichkeit, bei Sonderausgaben für Kinder zusätzlich 5.000 Schilling anzugeben, von denen die Hälfte angerechnet würde.

Letztere Punkte wären der Preis für das Entgegenkommen der ÖVP bei der Zinsertragssteuer gewesen.[48] Am 22. Februar trafen einander die Parteiobmänner Vranitzky und Mock zu einem Gipfelgespräch. Zuvor war durchgesickert, dass die SPÖ die Senkung der Alkoholsonderausgabe akzeptieren würde. Gegen die Energieabgabe formierte sich aber Widerstand.[49] Erstmals schien sich die Ablehnung durch die ÖVP am 23. Februar ein wenig aufzuweichen, als Wirtschaftsbundgeneralsekretär Schüssel davon sprach, dass seine Partei gewisse Formen einer Zinssteuer mittragen könnte. Und auch Vizekanzler Mock wollte nun nichts mehr vollkommen ausschließen, bestand aber neben den vom Finanzminister bereits angebotenen Ausnahmen für Sparbücher, die mit dem Eckzinssatz

[47] Vgl. Kleine Zeitung, 28.1.1988. S.4.
Die Presse, 12.2.1988. S.5.
[48] Vgl. Kleine Zeitung, 5.2.1988. S.4.
Die Presse, 18.2.1988. S.1.
[49] Vgl. Die Presse, 23.2.1988. S.1.
Die Presse, 27.2.1988. S.1.

verzinst waren, darauf, noch alle weiteren, die um bis zu einen Prozent höher verzinst waren, auszunehmen.[50] Er trat aber für den Fall, dass die SPÖ weiterhin auf der generellen Zinsertragssteuer beharrte, für eine Volksabstimmung in dieser Frage ein. Finanzminister Lacina behauptete unterdessen, dass die ÖVP-Vorschläge (Energieabgabe und reduzierte Formen der Zinsertragssteuer) das existierende Budgetloch nicht stopfen würden.[51] Mittlerweile war die Zeit für einen rechtzeitigen Beschluss, um die Steuerreform mit 1. Jänner 1989 in Kraft setzen zu können, knapp geworden. Die Schuld dafür fand man jeweils in der Unbeweglichkeit des Gegenübers. Das ging so weit, dass sogar Neuwahlen nicht mehr ausgeschlossen wurden.[52] Am 2. März trat Finanzstaatssekretär Ditz (ÖVP) zurück. Er hatte im Gegensatz zur ÖVP-Parteispitze den von ihm und Finanzminister Lacina ausverhandelten Kompromiss zur Zinsertragssteuer vertreten (Zinsertragssteuer nur für Sparformen mit einem Zinssatz von über drei Prozent) und war dadurch in Konflikt mit der Spitze seiner Partei geraten.[53] Besonderes Lob für seine Sachkundigkeit und Kompromissbereitschaft erhielt Ditz im Nachhinein von SPÖ-Zentralsekretär Keller. Gleichzeitig kritisierte dieser Mock scharf und bezweifelte öffentlich, ob es mit ihm an der Spitze der ÖVP möglich wäre, die Probleme des Landes zu lösen.[54] Als Nachfolger von Ditz bestimmte die ÖVP Günther Stummvoll. Vor dessen Angelobung sprachen sich sowohl Lacina als auch der SPÖ-Finanzexperte Nowotny für die Abschaffung des ÖVP-besetzten Finanzstaatssekretariats aus, weil es – nach ihrer Ansicht – von der ÖVP als Posten für einen Politkommissar betrachtet wurde.[55]

Am 6. März gelang schließlich doch die Einigung: Die Verringerung der Tarifgruppen von elf auf fünf und die Senkung des Spitzensteuersatzes auf 50 Prozent sowie die Senkung der Körperschaftssteuer auf 30 Prozent waren ja seit langem fixiert. Nun war aber auch die Finanzierung dieser Vorhaben weitestgehend geklärt. 3,5 Milliarden sollten durch eine Quellensteuer in der Höhe von zehn Prozent auf alle Anlagen mit Ausnahme von Sparbüchern mit einer Verzinsung zum Eckzinssatz hereinkommen. Außerdem war abgemacht, die Anonymität der Sparer gesetzlich so festzuschreiben, dass sie nur mit

[50] Vgl. Kleine Zeitung, 24.2.1988. S.4.
Kleine Zeitung, 27.2.1988. S.4.
Kleine Zeitung, 28.2.1988. S.2.
[51] Vgl. Die Presse, 29.2.1988. S.1.
Kleine Zeitung, 29.2.1988. S.2.
Kleine Zeitung, 1.3.1988. S.2.
[52] Vgl. Die Presse, 2.3.1988. S.1.
[53] Vgl. Die Presse, 3.3.1988. S.1.
Kleine Zeitung, 3.3.1988. S.2.
[54] Vgl. Die Presse, 4.3.1988. S.4.
[55] Vgl. Die Presse, 5.3.1988. S.1.

einer Zwei-Drittel-Mehrheit abgeschafft werden könnte.[56] Die restlichen 3,5 Milliarden sollten aus einer Erhöhung der Umsatzsteuer für Leistungen freier Berufe von zehn auf 20 Prozent, einer Erhöhung der Spielbankenabgabe und der Versicherungssteuer um 10 Prozent und der Erhöhung der Tabaksteuer um fünf Prozent erlöst werden. Während die Halbierung der Alkoholsonderausgabe auf Wein abgemacht und die zugeltend machenden Sonderausgaben für Kinder auf 5.000 Schilling festgelegt wurden, konnte sich die ÖVP bei ihrem Wunsch nach einer Energieabgabe nicht durchsetzen. Beide Regierungsparteien sahen in diesem Kompromiss ihre eigentlichen Vorhaben verwirklicht und zeigten sich dementsprechend zufrieden.[57] Bereits am darauf folgenden Tag gab es wieder Uneinigkeit, als bekannt wurde, dass der Finanzminister vorhatte, die Zinsertragssteuer schon mit 1. Juli 1988 einzuführen. Die ÖVP wollte das mit Hinweis auf das Abkommen nicht akzeptieren. Der Finanzminister argumentierte dabei mit Mehreinnahmen in der Höhe von 3,6 Milliarden Schilling.[58] Nach der am selben Tag abgehaltenen Kabinettssitzung erteilte Bundeskanzler Vranitzky der vorzeitigen Einführung eine Absage.[59]

Aber auch damit war die Steuerreform noch nicht unter Dach und Fach. Einige strittige Inhalte wurden erst bei der Detailarbeit offenbar. So machte die ÖVP ihre Zustimmung für eine „Arbeitsstiftung“[60] für gekündigte VOEST-Stahlarbeiter davon abhängig, dass es eine Besteuerung der Frühpensions-Sonderaktionen für Krisenbetriebe geben würde.[61] Gegen die Besteuerung gab es Widerstand aus der SPÖ. ÖVP-Finanzstaatssekretär Stummvoll wollte diese Debatte aber nicht in Zusammenhang mit der Steuerreform sehen, womit das Problem bis auf Weiteres aufgeschoben war.[62] Ebenfalls wieder ausgeklammert wurde ein bereits ausverhandelter Punkt: nämlich die Kürzung des Vorsteuerabzuges für mehrwertsteuerpauschalierte Landwirte von zehn auf 9,5 Prozent. Mit den geplanten Einnahmen von 400 bis 500 Millionen Schilling sollte die Senkung der Alkoholsonderabgabe für Weinbauern finanziert und etwa 300 Millionen sollten in die Förderung von landwirtschaftlichen Alternativprodukten fließen. Die ÖVP-dominierte Landwirtschaftskammer lehnte diese Umverteilung erfolgreich ab.[63] Am 7. Juni beschloss der

[56] Sie wurde aber nicht in der Verfassung festgeschrieben.
[57] Vgl. Die Presse, 7.3.1988. S.1, 5.
Kleine Zeitung, 7.3.1988. S.2.
[58] Vgl. Die Presse, 8.3.1988. S.1.
[59] Vgl. Der Standard, 9.3.1988. S.1.
Kleine Zeitung, 9.3.1988. S.2.
[60] Das sollte eine mehrjährige Bildungseinrichtung sein.
[61] Vgl. Die Presse, 25.3.1988. S.4.
[62] Vgl. Die Presse, 30.3.1988. S.4.
[63] Vgl. Kleine Zeitung, 29.3.1988. S.2.
Kleine Zeitung, 30.3.1988. S.2.
Die Presse, 1.4.1988. S.4.
Die Presse, 5.4.1988. S.1.

Ministerrat die Gesetzesvorlagen für die Steuerreform.[64] Am 7. Juli wurde sie im Nationalrat beschlossen.[65]

Direkt nach der Einigung auf die Steuerreform begannen die Diskussionen um das Budget 1989. Dabei tauchten wieder Streitpunkte aus den gerade erst erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen auf. So gab es zum Beispiel mehrere Vorstöße von einzelnen ÖVP-Politikern für eine Energieabgabe.[66] Wirkliche Auseinandersetzungen entwickelten sich um die Zuteilung an die einzelnen Ministerien. Die SPÖ warf hier den ÖVP-Ministern vor, unerfüllbare Wünsche zu verfolgen.[67] Die ÖVP wiederum verdächtigte den SPÖ-Finanzminister, seine Parteifreunde in der Regierung krass zu bevorzugen und forderte im Sinne der Gleichberechtigung um insgesamt drei Milliarden Schilling mehr für ihre Ressorts.[68] Diese Probleme konnten bis auf einen Rest von 300 Millionen Schilling, die Verteidigungsminister Lichal (ÖVP) für sein Ressort mehr verlangte, gelöst werden. Er selbst bezeichnete diese Summe als notwendig, um überhaupt den Betrieb aufrecht zu erhalten und die in dieser Legislaturperiode beschlossene Heeresreform umsetzen zu können. Das Geld war hauptsächlich für die Renovierung von Kasernen vorgesehen. Von seiner Partei erhielt er diesbezüglich volle Unterstützung.[69] Nach den Vorschlägen des kleineren Koalitionspartners sollte die fehlende Summe durch Umschichtungen aus dem Sozialbudget aufgetrieben werden. Genau das lehnte die SPÖ besonders vehement ab.[70] Schließlich fanden die Koalitionspartner eine Lösung in Form eines klassischen Kompromisses. In den Jahren 1989 und 1990 sollten zusätzlich jeweils 150 Millionen Schilling ins Bautenressort fließen. Dieses Geld wurde aber für die Kasernensanierung zweckgewidmet. Wieder verkauften beide Regierungsparteien die Einigung als eigenen Sieg.[71]

Die Presse, 7.4.1988. S.1.
Kleine Zeitung, 7.4.1988. S.2.

[64] Vgl. Die Presse, 7.6.1988. S.4.

[65] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 70/NRSITZ (XVII. GP). S.8182-8187.

[66] Vgl. Die Presse, 11.4.1988. S.4.

[67] Vgl. Kleine Zeitung, 29.6.1988. S.2.
Die Presse, 21.7.1988. S.1.

[68] Vgl. Die Presse, 10.9.1988. S.1.

[69] Vgl. Kleine Zeitung, 9.9.1988. S.2.
Kleine Zeitung., 13.9.1988. S.2.
Kleine Zeitung, 20.9.1988. S.2.
Kleine Zeitung, 21.9.1988. S.2.

[70] Vgl. Kleine Zeitung, 9.9.1988. S.2.
Die Presse, 22.9.1988. S.4.
Kleine Zeitung, 22.9.1988. S.2.
Kleine Zeitung, 24.9.1988. S.2.

[71] Vgl. Die Presse, 26.9.1988. S.1.

2.4 Budget 1990

Die Erstellung des Budgets für das Jahr 1990 verlief relativ konfliktfrei. Die Diskussionen spielten sich weitestgehend zwischen den Ressorts und dem Finanzministerium ab. Spannend gestaltete sich noch der Ministerrat, in dem die Budgetvorlage beschlossen wurde. Zunächst hatte die Tatsache, dass die ÖVP-Minister die Unterlagen ungewöhnlich spät, nämlich erst einen Tag vorher, erhalten hatten, für Unmut beim kleineren Koalitionspartner gesorgt, und dann fanden sie in der Vorlage einige nicht akkordierte Budgetposten. Wobei der heikelste ein Fehlbetrag von 240 Millionen Schilling bei den ÖBB war. Die SPÖ sagte aber rasch zu, diese Ungereimtheiten im Zuge der parlamentarischen Verhandlung zu beseitigen, womit der Koalitionsfriede wieder hergestellt war.[72]

2.5 Wahlkampf und Koalitionsverhandlungen 1990; Budget 1991

Die anstehende Nationalratswahl führte im Jahr 1990 zu einer deutlich erhöhten Anzahl von Reformvorschlägen zum Steuersystem. So kündigte die ÖVP an, nach den Wahlen für eine Abschaffung der Zinsertragssteuer einzutreten. Wirtschaftssprecher Taus begründete dies mit dem Hinweis auf die Abschaffung der Kapitalertragssteuer in der BRD, die einen Kapitalabfluss nach Deutschland befürchten ließ. Finanzminister Lacina hingegen wollte keinesfalls auf die sieben Milliarden Schilling verzichten, die er aus dieser Steuer einnahm.[73] Sein Konzept für eine weitere Steuerreform sah die Abschaffung der Luxussteuer auf Kraftfahrzeuge und Motorboote sowie die Senkung der Mehrwertsteuer von 20 auf 18 bzw. von zehn auf acht Prozent vor. Die dadurch entstehenden Einnahmeausfälle wollte er durch Einsparungen in der Wirtschaftsförderung, einer höheren Düngemittelabgabe und einer Umstellung der Verkehrssteuer auf eine Energieabgabe kompensieren. Eine generelle Ökosteuer auf fossile Brennstoffe lehnte Lacina auch deshalb ab, weil er langfristig Einnahmenentfälle befürchtete, da ja das Ziel dieser Steuer war, gegen Null zu konvergieren *(vgl. Kap. 10.2 Öko-Abgaben)*.[74] ÖVP-Wirtschaftssprecher Ditz verlangte eine Senkung der Steuer auf Betriebsvermögen von einem auf 0,5 Prozent mit einer Freigrenze von einer Million Schilling, um so die Eigenkapitalstärkung von Betrieben zu fördern.[75] Bei der Abschaffung der Luxussteuer und der Mehrwertsteuersenkung waren sich die Koalitionspartner einig. In den Budgetplänen der ÖVP waren

[72] Vgl. Der Standard, 29.8.1989. S.4.
Der Standard, 13.9.1989. S.6.
Die Presse, 11.10.1989. S.5.
[73] Vgl. Der Standard, 30.3.1990. S.1.
[74] Vgl. Der Standard, 13.6.1990. S.5, 15.
[75] Vgl. Der Standard, 15.6.1990. S.15.

auch noch weitgehende Privatisierungen von staatlichen Unternehmen und Wohnungen vorgesehen, die so nicht von der SPÖ geteilt wurden. Im Wahlkampffinale mehrten sich die Forderungen aus der ÖVP nach einer weiteren Senkung der Lohnsteuer und einer Abschaffung der Kapitalertragssteuer. Beides lehnten Bundeskanzler und Finanzminister jedoch als „Wahlzuckerl" ab.[76] Besonders scharf wies die ÖVP einen Finanzierungsvorschlag des Finanzministers für einen Teil der geplanten Steuerreform zurück. Dieser sah nämlich einen Abbau der Subventionen im Agrarbereich vor.[77]

Nach der Nationalratswahl legte die ÖVP für die Koalitionsverhandlungen ihre Priorität auf eine Senkung der Lohnsteuer. Außerdem strebte sie eine steuerliche Begünstigung für Überstunden (ab der fünften), eine verbesserte Pendlerpauschale und höhere Absetzbeträge für Familien an. Die SPÖ plante hingegen den Schwerpunkt auf eine Senkung der Mehrwertsteuer zu setzen. Bei diesem Punkt wollte die ÖVP eine Einigung mit der EG auf eine einheitliche Vorgangsweise abwarten. Die Abschaffung der Luxussteuer galt schon vor den Verhandlungen als abgemacht. Weitere Differenzen gab es bei den von der ÖVP angestrebten Entlastungen der Wirtschaft, für die die SPÖ keine Rechtfertigung erkennen wollte und bei der ebenfalls von der SPÖ abgelehnten Halbierung der Vermögenssteuer (entsprach einem Volumen von 3,5 Milliarden Schilling).[78] Am 24. Oktober einigten sich die Verhandlungspartner darauf, in der laufenden Legislaturperiode das Budgetdefizit auf 2,5 bis zwei Prozent zu senken. Beide bekannten sich auch dazu, Abstriche bei ihren Forderungen machen zu müssen.[79] Die erst nach den anderen Themen angesetzte Verhandlungsgruppe zum Thema Finanzen war diesbezüglich die entscheidende, da zuvor wenig Rücksicht auf budgetäre Zwänge genommen worden war.[80] Die von der ÖVP gewünschte Aufhebung der Zinsensteuer galt bald als nicht durchführbar, sollte auch nur ein Teil der anderen Entlastungsvorschläge realisiert werden. Weiterhin im Visier der SPÖ blieben die Förderungen für die Landwirtschaft im Gesamtausmaß von 16 Milliarden Schilling.[81] Bei der Senkung der Mehrwertsteuer trat die ÖVP auf die Bremse, mit dem Argument, dass eine Senkung um nur einen Prozentpunkt einen Einnahmeausfall von acht Milliarden Schilling bedeutet hätte. Stattdessen bevorzugte sie

[76] Vgl. Die Presse, 10.8.1990. S.5.
Die Presse, 12.9.1990. S.1.
Die Presse, 18.9.1990. S.6.
Die Presse, 18.9.1990. S.6.
[77] Vgl. Die Presse, 19.9.1990. S.6.
[78] Vgl. Der Standard, 19.10.1990. S.17.
[79] Vgl. Die Presse, 25.10.1990. S.6.
Die Presse, 25.10.1990. S.7.
[80] Vgl. Der Standard, 13.11.1990. S.6.
[81] Vgl. Die Presse, 23.11.1990. S.6.

Steuervereinfachungen sowie Entlastungen von Familie, Arbeitnehmern und Betrieben.[82] Die Privatisierungen von verstaatlichten Industrieunternehmen waren auch Teil der Verhandlungen und Budgetberechnungen *(vgl. Kap. 8.1 Industrie)*. Ein Teil der Lösung wurde am 3. Dezember gefunden, als sich die Verhandler entgegen dem ursprünglichen Vorhaben doch darauf verständigten, ein Budgetdefizit von 3,3 Prozent in Kauf zu nehmen, dieses aber bis zum Ende der Legislaturperiode auf 2,5 Prozent abzusenken. Eine große Steuerreform wurde für 1992 angepeilt. Die Inhalte dieser Reform waren noch nicht ausgemacht, jedoch war bereits klar, dass die von der SPÖ angestrebte Senkung der Mehrwertsteuer nur in einer stark abgeschwächten Form realisiert werden würde. Die Luxussteuer (erhöhter Mehrwertsteuersatz) sollte von 32 auf 25 Prozent, der begünstigte Mehrwertsteuersatz von zehn auf acht Prozent gesenkt werden und der Normalsatz von 20 Prozent gleich bleiben. Für Gesellschafter von Unternehmen sollte die Möglichkeit geschaffen werden, die Aufwendungen für die Vermögenssteuer als Sonderausgaben abzuschreiben. Statt der von der ÖVP geforderten Kapitalbildungsrücklage war ein höherer Gewerbesteuerfreibetrag geplant.[83]

Die Verhandlungen für das Budget 1991 waren zwar durch das Koalitionsabkommen vorbereitet, mussten in den Details aber erst nach deren Abschluss geführt werden. Dabei tauchten zwei zusätzliche Belastungen auf. Die eine entstand durch die Abwertung von Polen-Krediten, die eine Lücke von 1,5 Milliarden auftaten. Finanzminister Lacina wollte das Loch durch eine Erhöhung der Außenhandelsförderungsbeiträge finanzieren, ÖVP-Finanzstaatssekretär Stummvoll hingegen durch Privatisierungserlöse. Der zweite Brocken drohte durch Kompensationszahlungen in der geschätzten Höhe von 3,5 Milliarden Schilling an die CSFR für die Stilllegung des Atomkraftwerkes Bohunice.[84] Dafür wollte der Finanzminister ein höheres Budgetdefizit in Kauf nehmen. Stummvoll verlangte allerdings, die notwendige Summe durch Einsparungen in allen Ressorts zu finanzieren.[85] Das angestrebte Budgetdefizit konnte schließlich erreicht werden, indem man die Forderungen der ÖBB, die über die üblichen Bundeszuschüsse hinausgingen, praktisch auf null reduzierte, durch eine Umwidmung von rund zwei Milliarden Schilling aus dem Fami-

---

[82] Vgl. Der Standard, 30.11.1990. S.5.

[83] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1990. S.40-45.
Der Standard, 4.12.1990. S.15.
Die Presse, 6.12.1990. S.6.
Kleine Zeitung, 11.12.1990. S.2.
Kleine Zeitung, 12.12.1990. S.2.

[84] Das in der Nähe zur österreichischen Grenze befindliche Atomkraftwerk galt als besonders unsicher. Daher wurde in der Öffentlichkeit diskutiert, der CSFR für die Stilllegung Stromersatzlieferungen zu finanzieren. Die Höhe von 3,5 Milliarden Schilling wollte Stummvoll allerdings nicht gelten lassen, da er einen Selbstbehalt der CSFR verlangte.

[85] Vgl. Kleine Zeitung, 10.1.1991. S.5.
Die Presse, 11.1.1991. S.6.

lienlastenausgleichs- und dem Ökofonds für den Spitalsfonds sowie durch die Auflösung von Rücklagen. Außerdem berücksichtigte man Abschreibungen für faule Ostkredite nicht.[86]

2.6 Budget 1992

Anfang April 1991 berieten die Koalitionsparteien bei einer Regierungsklausur als Vorbereitung für das Budget 1992 über die Finanzsituation für die Zeit bis zum Jahr 1994. Dabei kam es zu einer Auseinandersetzung über die von Finanzminister Lacina vorgelegten Berechnungen. Laut diesen wären in den drei Jahren Einsparungen von insgesamt 134 Milliarden Euro notwendig gewesen. Vizekanzler Riegler kritisierte die Berechnungsmethoden scharf. Laut seinen Aussagen hatte Lacina mehrere Vorhaben gar nicht (darunter die im Koalitionsabkommen paktierten Reformen von ÖBB, Steuer- und Pensionssystem), dafür andere im Maximalausmaß eingerechnet. Außerdem hätte Lacina nach ÖVP-Darstellung in seinen Sparvorschlägen die Einsparungen hauptsächlich den ÖVP-Ressorts angelastet, während bei den SPÖ-geführten Ministerien die Hauptlast des Schuldenzuwachses (laut Riegler 100 der 134 Milliarden) zu finden gewesen wäre. Bundeskanzler und Finanzminister bezeichneten die vorgelegten Berechnungen als rein rechnerische Darstellung der Budgetsituation.[87] Unklarheit gab es auch über die Finanzierung von zugesagten Krediten für Ost- und Nahoststaaten[88] von etwa zwei Milliarden Schilling. Der ÖVP-Vorschlag sah staatlich garantierte Kredite für die betroffenen Länder vor. Das hätte den Vorteil gehabt, dass keine Änderung im Budget notwendig gewesen wäre. Das SPÖ-geführte Finanzministerium wies allerdings auf schlechte Erfahrungen mit der Einbringlichkeit solcher Kredite hin und zog es daher vor, das Geld im Budget unterzubringen. Der Weg dazu sollte eine generelle Kürzung von Förderungen um fünf Prozent und von Investitionen und Sachausgaben um zwei Prozent sein. Bei der Finanzierung des Schuldenverzichts gegenüber Polen *(vgl. Kap. 2.6 Budget 1992)* ging die SPÖ von der Verdopplung des Außenhandelsförderungsbeitrages ab, verlangte stattdessen aber einen

[86] Vgl. Kleine Zeitung, 10.1.1991. S.5.
Kleine Zeitung, 26.1.1991. S.9.
Kleine Zeitung, 27.1.1991. S.8.
Kleine Zeitung, 30.1.1991. S.8.
Kleine Zeitung, 16.2.1991. S.2.
Kleine Zeitung, 28.2.1991. S.8.

[87] Vgl. Die Presse, 3.4.1991. S.1, 6.
Die Presse, 4.4.1991. S.7.
Der Standard, 5.4.1991. S.5.
Die Presse, 5.4.1991. S.6.

[88] Finanzielle Hilfen waren für Kurden, Palästinenser, CSFR, Ungarn und Bulgarien vorgesehen. Weitere waren für Rumänien und Bangladesch angedacht, sowie ein Schuldenverzicht für Ägypten.

anderen Beitrag der Wirtschaft, um die nunmehr auf 2,1 bis 2,8 Milliarden geschätzte Summe finanzieren zu können.[89]

Bezüglich der Steuerreform verlangte die ÖVP einen Aufschub bis 1993, da aus ihrer Sicht gerade bei der geplanten verbrauchsabhängigen Zulassungssteuer auf die von der EG angekündigten neuen Schadstoff- und Verbrauchsnormen gewartet werden sollte. Insgesamt wollte die kleinere Regierungspartei den Schwerpunkt der Steuerreform auf Entlastungen für Unternehmer legen.[90] Die wichtigsten Vorschläge von Wirtschaftsbundgeneralsekretär Ditz für die Reform waren:

- Abschaffung der Vermögenssteuer (zumindest) für Unternehmer
- Abschaffung der Gewerbeertragssteuer
- Streichung des Investitionsfreibetrages und der Investitionsrücklage
- Anhebung des Körperschaftssteuersatzes von 30 auf 33 bis 34 Prozent
- Erweiterung der Bemessungsgrundlage der Lohnsummensteuer um Abschreibungen und Mieten
- Senkung der Getränkesteuer
- Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlage für alle lohnabhängigen Abgaben
- insgesamt eine Entlastung der Arbeitnehmer[91]

Im August begannen die konkreten Diskussionen für das Budget 1992. Die von SPÖ-Finanzminister Lacina angedachte Erhöhung der Mineralölsteuer lehnte die ÖVP postwendend ab, da sie nicht als Ökosteuer[92] gedacht, sondern ausschließlich für Mehreinnahmen konzipiert war.[93] Zu einer generellen Aufregung in der ÖVP führten bekannt gewordene Pläne des Finanzministers für zahlreiche Steuer- und Beitragserhöhungen, um das angepeilte Nettodefizit von 62 Milliarden Schilling zu erreichen. Bundeskanzler Vranitzky beschwichtigte die Situation, indem er die Pläne Lacinas als Aufruf zum Sparen interpretierte. Konkret schlug dann Lacina Folgendes vor:

- Erhöhung der Arbeitslosenversicherung um 1,2 auf 5,6 Prozent
- Erhöhung der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung um einen Prozentpunkt
- Erhöhung der Postgebühren
- Einführung von Studiengebühren

[89] Vgl. Der Standard, 8.5.1991. S.23.
[90] Vgl. Der Standard, 13.7.1991. S.1.
[91] Vgl. Der Standard, 13.7.1991. S.17.
[92] Der eigentliche Gedanke einer Ökosteuer war es, den CO_2-Ausstoß zu besteuern, auf der anderen Seite aber vor allem Unternehmen steuerlich zu entlasten, womit es zu keinen Mehreinnahmen für den Staat gekommen wäre.
[93] Vgl. Die Presse, 13.8.1991. S.5.

- Aufhebung der Zweckbindung für den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF)
- Ausgliederung der ÖBB

Zahlreiche kleinere Änderungen, die insgesamt weder große Summen betrafen noch besonders umstritten waren, seien hier nicht erwähnt. [94]

In der Verteidigung seiner Vorschläge gegen die Angriffe des Koalitionspartners, der von einem „Belastungspaket" sprach, versicherte Lacina, für alle Einsparungsvorschläge offen zu sein. Er selbst sprach aber demonstrativ von einem „Sparpaket", das er geschnürt hatte.[95] ÖVP-Generalsekretärin Korosec gab laut der Tageszeitung „Der Standard" der „jahrelangen sozialistischen Verschwendungspolitik" die Schuld für die angespannte Budgetdiskussion.[96]

Als Ziel peilten ab September beide Parteien eine maximale Neuverschuldung von 63 Milliarden Schilling (drei Prozent des BIP) ohne Steuererhöhung an. Dabei tauchte das Problem auf, dass im Koalitionsabkommen zahlreiche Vorhaben festgeschrieben waren, deren Realisierung zusätzliche hohe Kosten verursacht hätten.[97] In den Verhandlungen des Finanzministers mit den Ressortchefs spielte die Parteizugehörigkeit traditionell eine untergeordnete Rolle. Dennoch kam es diesbezüglich zu Wortgefechten. So forderte Vizekanzler Busek den Koalitionspartner auf, die Budgetpolitik seiner Minister zu koordinieren, da in deren Ressorts die meisten Budgetüberschreitungen zu erkennen waren. Familienministerin Feldgrill-Zankel (ÖVP) drohte sogar mit ihrem Veto gegen das Budget, sollte, wie vom Finanzminister geplant, die Zweckbindung des FLAF aufgehoben werden.[98]

Mitte September einigten sich die Koalitionsparteien auf die Aufschiebung von Strukturreformen. Um das Budgetdefizit im vereinbarten Rahmen zu halten, plante man mehr Privatisierungen, höhere Zahlungen der Staatsbetriebe an den Bund, Kürzungen von Zuschüssen an die Länder und Auflösungen von Rücklagen der Sozialversicherungen. Diese Maßnahmen sollten insgesamt 20 Milliarden Schilling bringen. Damit war die Einsparverpflichtung der Ministerien auf 15 Milliarden Schilling geschrumpft. Diese erreichte die Regierung durch Verzicht auf die Pflegeversicherung, Kürzung der ÖBB-Förderungen um 2,1 Milliarden, Kürzung des Budgets für die Arbeitsmarktverwaltung um 1,5 Milliarden und des Budgets für das Bautenressort um 1,3 Milliarden sowie zahl-

---

[94] Vgl. Die Presse, 19.8.1991. S.1.
Der Standard, 19.8.1991. S.5.
Der Standard, 20.8.1991. S.15.
[95] Vgl. Die Presse, 21.8.1991. S.8.
[96] Vgl. Der Standard, 26.8.1991. S.7.
[97] Vgl. Der Standard, 11.9.1991. S.15.
[98] Vgl. Der Standard, 16.9.1991. S.7.

reiche kleinere Einsparungen in allen Ministerien. Aus dem FLAF sollten 1,6 Milliarden an die Arbeitslosenversicherung zur Finanzierung des zweiten Karenzjahres überwiesen werden.[99] Einige wichtige Details mussten allerdings noch ausverhandelt werden, und auch bei Maßnahmen, auf die man sich schon geeinigt hatte, gab es wieder Differenzen. So protestierten die Landeshauptleute geschlossen und parteiübergreifend gegen eine geplante Kostenbeteiligung in der Höhe von 2,7 Milliarden Schilling bei den Lehrerkosten.[100] Die Medien spekulierten für den Fall, dass die Verhandlungen zwischen Finanzministerium und Ländern erfolglos blieben, mit dem Absprung der ÖVP aus der Koalition. Grund dafür waren einschlägige Kommentare aus der Volkspartei, die ein Scheitern der Budgetverhandlungen mit dem Scheitern der Koalition gleichsetzten.[101] Die vom Finanzminister als Ersatz für die Abschaffung der Luxussteuer für Autos geplante Zulassungsabgabe für Kfz lehnte die ÖVP ab, da diese keinen ökologischen Effekt gehabt hätte. Daher sprach sie sich für die Beibehaltung der erhöhten Mehrwertsteuer für Autos aus.[102]

Am 8. Oktober drohte ÖVP-Chef und Vizekanzler Busek offen mit Neuwahlen, da nach seinen Angaben nach wie vor 20 Milliarden Schilling offen waren. Dazu zählten der Teil der Lehrerkosten, der von den Ländern übernommen werden sollte, genauso wie die Gewinnausschüttung von Austria Tabak und Nationalbank und anderen Unternehmen im Staatsbesitz, die noch nicht fixiert waren. Die SPÖ reagierte auf die Drohung mit Verärgerung und warf dem Koalitionspartner vor, mit seinen Aussagen der Regierungsarbeit zu schaden und nur der FPÖ zu nützen.[103] Außerdem erklärte Bundeskanzler Vranitzky, sei das Budget ja eigentlich bereits ausverhandelt.[104] In einem Gipfelgespräch zwischen Vranitzky, Busek, Lacina und Stummvoll am 15. Oktober wurden die bisherigen Verhandlungsergebnisse ausdrücklich bestätigt. Die ÖVP blieb aber weiterhin bei ihrem Standpunkt, dass erst bei Klärung der letzten fraglichen Punkte von einer Budgeteinigung gesprochen werden könnte. Laut Busek ging es dabei um 15 Milliarden Schilling, die in Verhandlungen mit den Ländern und den Sozialversicherungen (Zahlungen aus den Reserven) sowie bei der Reform der Arbeitsmarktverwaltung und bei der Erhöhung der Familienbeihilfe noch zu klären wären. Finanzminister Lacina vertrat dabei die Ansicht,

---

[99] Vgl. Der Standard, 18.9.1991. S.1, 17.
[100] Vgl. Die Presse, 19.9.1991. S.7.
[101] Vgl. Der Standard, 6.10.1991. S.6.
[102] Vgl. Der Standard, 3.10.1991. S.13.
[103] Vgl. Der Standard, 9.10.1991. S.1.
Die Presse, 10.10.1991. S.6.
[104] Vgl. Der Standard, 14.10.1991. S.5.

dass die Verhandlungen mit den Bundesländern nicht notwendig wären, da diese unter der Hoheit des Gesetzgebers stünden.[105]

Nachdem schließlich alle offenen Punkte geklärt waren, kam es zwischen dem Sozialminister und der ÖVP noch zu einem Streit über die Öffnung der Arbeitsmarktverwaltung für private Vermittler, der aber in einem Gipfelgespräch gelöst werden konnte *(vgl. Kap. 7.2 Arbeitslose)*. Diese Thematik hatte zwar keinen direkten Einfluss auf das Budget, war aber von der ÖVP mit der Zustimmung für die Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages junktimiert worden.[106]

2.7 Budget 1993

Bereits im Jänner 1992 begannen die Verhandlungen über den zweiten Teil der Steuerreform und damit auch über das Budget 1993. In engem Zusammenhang stand dabei auch die Debatte über die Konsequenzen aus dem VfGH-Urteil zur Familienbesteuerung *(vgl. Kap. 3.2 Unterstützungen und Karenzzeiten),* die an dieser Stelle nicht dargestellt werden soll.

Im April überraschte ÖVP-Finanzstaatssekretär Ditz[107] mit einem Finanzierungsvorschlag für die von seiner Partei angestrebte Reform der Lohn- und Unternehmenssteuer. Er wollte eine einheitliche Besteuerung von Kapitalgewinnen von 20 Prozent als Endsteuer (nicht mehr 25 Prozent auf Dividenden und zehn Prozent auf Sparzinsen und andere Wertpapiererträge, die als Vorauszahlung auf die Einkommenssteuer galten). Dafür sollte der Spitzensteuersatz auf 45 Prozent, die weiteren Tarifstufen auf 40, 30, 20 und zehn Prozent gesenkt werden. Gehälter bis 10.000 Schilling sollten steuerfrei sein. Auch eine Senkung der Mehrwertsteuer und die Aufhebung der Vermögenssteuer für Betriebe und Gesellschaftsanteile wollte er durchsetzen. Außerdem wollte er die Möglichkeit für Kleinfirmen schaffen, die Steuerleistung pauschaliert abzuführen. Er dachte dabei an einen noch festzulegenden Prozentsatz vom Umsatz. Damit wären dann Einkommens-, Mehrwert und Gewerbesteuer abgegolten gewesen.[108] Die SPÖ übernahm den Plan für die Kapitalertragssteuer sofort in ihre Steuerpläne, hatte sie doch diesen Schritt seit längerem gefordert. Die ÖVP betonte darauf hin, dass sie diesen Weg nur in Zusammenhang mit einer Entlastung im Rahmen der Einkommenssteuerreform gehen wolle.[109]

---

[105] Vgl. Der Standard, 16.10.1991. S.1.
[106] Vgl. Der Standard, 22.10.1991. S.7.
[107] Johannes Ditz hatte seinen Nachfolger im Finanzstaatsekretariat Günther Stummvoll am 22. Oktober 1991 wieder abgelöst.
[108] Vgl. Der Standard, 10.4.1992. S.15.
[109] Vgl. Der Standard, 9.5.1992. S.18.

Die Pläne von Finanzminister Lacina sahen zur Finanzierung der geplanten Steuerreform eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge vor. Außerdem wollte er die Höchstbeitragsgrundlage für den Dienstgeberbeitrag (zur Sozial- nicht aber zur Pensionsversicherung) überhaupt aufheben und die Möglichkeit, die Krankenversicherungsbeiträge steuerlich abzusetzen, streichen. Kleinverdiener sollten nach seinen Vorstellungen im Gegenzug teilweise durch Direktzahlungen des Finanzamtes an die Betroffenen entlastet werden, womit die Hauptbelastung Arbeitgeber und Besserverdiener zu tragen gehabt hätten. Während es in dieser Frage aus seiner Partei vorwiegend Zustimmung gab – nur Bundeskanzler Vranitzky zeigte sich skeptisch – war sich die ÖVP mit den Vertretern der Wirtschaft in ihrer Ablehnung einig. Grund dafür war, dass die ÖVP Beitragserhöhungen überhaupt nur als allerletzten Ausweg sehen wollte. Für Ditz hätten die von Lacina geplanten Vorhaben außerdem den positiven Effekt der vergangenen Steuerreform zunichte und Österreich als Wirtschaftsstandort unattraktiv gemacht.[110]

Ende Juli relativierte ÖVP-Generalsekretärin Korosec wieder die Pläne ihres Parteifreundes Ditz. Eine Zustimmung ihrer Partei zu einer Reform der Kapitalertragssteuer konnte sie sich nur vorstellen, wenn Eckzinssatz-Sparbücher davon ausgenommen würden. Umso deutlicher sprach sie sich für die Aufhebung der Vermögenssteuer oder zumindest für einen Steuerfreibetrag von einer Million Schilling und einer Halbierung des Steuersatzes aus.[111]

Bis zur Fertigstellung des Budgets gab es praktisch keine öffentliche Diskussion mehr; die von der ÖVP ursprünglich abgelehnte generelle Erhöhung der Kapitalertragssteuer war im Budget enthalten.[112]

2.8 Steuerreform und Budget 1994

Die schwache Konjunktur erschwerte die Planungen für die Steuerreform und das Budget 1994 deutlich. Durch niedrigere Einnahmen und höhere Ausgaben im Bereich der Sozialversicherungen kam es zu einer Diskussion über Lösungsmethoden. Während die SPÖ auf Beitragserhöhungen bei den Sozialversicherungen drängte, wollte die ÖVP eher ein höheres Budgetdefizit (vorgesehen war eine Neuverschuldung von 2,5 Prozent des BIP) in Kauf nehmen und Einsparungen bei der Arbeitsmarktverwaltung durchsetzen.[113] Diese

[110] Vgl. Die Presse, 19.5.1992. S.4.
Die Presse, 20.5.1992. S.4.
[111] Vgl. Die Presse, 28.7.1992. S.4.
[112] Vgl. Kleine Zeitung, 2.10.1992. S.2.
[113] Vgl. Die Presse, 30.3.1993. S.4.
Die Presse, 3.4.1993. S.1.
Die Presse, 8.4.1993. S.4.

Diskussion zog sich über die gesamte Steuerreformdebatte, soll an dieser Stelle aber nicht dargestellt werden *(vgl. Kap. 7.2 Arbeitslose)*. Unumstritten war nur die Befreiung von Gehältern bis 11.500 Schilling von der Lohnsteuer. Die Vorschläge der SPÖ umfassten eine 15 bis 20 Milliarden Schilling „teure" Entlastung der Steuerzahler durch Anhebung der Steuerabsetzbeträge um 5.000 bis 6.000 Schilling und die sogenannte Negativsteuer für Bezieher der niedrigsten Einkommen. Die ÖVP hingegen wollte eine Tarifsenkung, deren Kosten von Experten mit 25 bis 30 Milliarden Schilling geschätzt wurde. Zur Finanzierung der Mehrkosten gab es in der ÖVP keine einheitliche Linie.[114]

Angesichts der schlechten Wirtschaftslage meldeten sich Stimmen aus der SPÖ, die sich für eine Verschiebung der Steuerreform aussprachen. Die ÖVP lehnte das strikt ab und bezeichnete diese sogar als Koalitionsfrage.[115] Außerdem wollte die kleinere Koalitionspartei eine Entlastung von Klein- und Mittelbetrieben, um der Wirtschaft auf die Sprünge zu helfen. SPÖ-Zentralsekretär Cap qualifizierte das als Steuergeschenke für Unternehmer. Seine Partei setzte sich für eine Entlastung der Kleinverdiener ein.[116]

In den relativ ruhig geführten Verhandlungen schien sich ab Ende Mai eine Variante durchzusetzen, die einer Kombination aus beiden Modellen entsprach. Damit war klar, dass das ursprünglich geplante Volumen der Steuerreform gesprengt werden würde. Über die Art der Finanzierung herrschte zu diesem Zeitpunkt noch keine Klarheit.[117] Im Juni stand das Konzept. Für Private sah es folgende Maßnahmen vor:

- Erhöhung des allgemeinen Steuerabsetzbetrages um 3.840 Schilling im Jahr.
- Befreiung von Einkommen bis 11.500 Schilling von der Einkommenssteuer
- Rückerstattung von zehn Prozent der Sozialversicherung für Einkommen unter 11.500 Schilling („Negativsteuer")
- Abschaffung der Vermögenssteuer für Private
- Erhöhung der Steuer auf Lebensversicherungen von drei auf fünf Prozent
- Neugestaltung der Erbschafts- und Schenkungssteuer im Sinne erhöhter Durchsetzungskraft

Die ursprünglich von der ÖVP geforderte Tarifreform scheiterte nicht am Koalitionspartner, der dieses Konzept teilweise akzeptiert hatte, sondern am ÖGB, weil als Gegenfinanzierung der Entfall der Begünstigung von Überstunden und die Abzugsfähigkeit der Sozialversicherungszahlungen vom 13. und 14. Gehalt geplant war. Der ÖGB hatte ar-

[114] Vgl. Der Standard, 7.4.1993. S.13.
[115] Vgl. Die Presse, 19.4.1993. S.1.
Der Standard, 19.4.1993. S.4.
[116] Vgl. Die Presse, 13.4.1993. S.4.
[117] Vgl. Der Standard, 26.5.1993. S.13.

gumentiert, dass die Streichung von Begünstigungen statt der gewünschten Aufbruchsstimmung eine Verunsicherung mit sich gebracht hätte.
Unternehmen waren durch folgende Maßnahmen betroffen:

- Abschaffung der Steuer auf Betriebsvermögen
- Abschaffung des Erbschaftssteueräquivalents
- Abschaffung der Gewerbesteuer
- Abschaffung der Bankplatzsteuer[118]
- Senkung der Besteuerung von Dividenden in GesmbH-Erträgen von 25 auf 22 Prozent
- Einführung eines Freibetrages von 10.000 Schilling für Mitarbeiterbeteiligungen
- Befreiung von der Kapitalertragssteuer für Beteiligungsgesellschaften als Anleger
- Belastung der Zinserträge bei Personengesellschaften nur noch mit der KESt
- Anhebung der Körperschaftssteuer von 30 auf 34 Prozent
- Senkung des Investitionsfreibetrages auf 15 Prozent
- Berücksichtigung nur mehr von Pensions- und Abfertigungsrücklagen bei der Gewinnermittlung
- Erhöhung der Lohnsummensteuer von zwei auf drei Prozent
- Ausweitung der Lohnsummensteuer auf alle Firmen und auf Freiberufler

Das bedeutete eine Nettoentlastung der Arbeitnehmer von 13 Milliarden und eine der Arbeitgeber von vier Milliarden Schilling. [119]

Bei den Verhandlungen für das Budget 1994 spielten nicht nur die finanziellen Probleme bei der Arbeitslosenversicherung, sondern auch die Finanzierung des Karenzgeldes eine entscheidende Rolle. Die SPÖ sah die Lösung erneut in Beitragserhöhungen, während die ÖVP wiederum zunächst durch Einsparungen das fehlende Geld auftreiben und erst für den Fall, dass dies nicht möglich wäre, Beitragserhöhungen in Betracht ziehen wollte *(vgl. Kap. 7.2 Arbeitslose und Kap. 3.2 Unterstützungen und Karenzzeiten)*.[120]

[118] Diese war im Jahr 1981 unter Finanzminister Androsch eingeführt worden und hat die Anzahl der Filialen einer Bank als Bemessungsgrundlage beinhaltet.
[119] Vgl. Der Standard, 9.6.1993. S.19.
[120] Vgl. Die Presse, 14.7.1993. S.1.

Eine von der ÖVP geforderte Einnahmequelle lehnte wiederum Finanzminister Lacina ab, nämlich die Erhöhung des Benzinpreises um 1,12 Schilling *(vgl. Kap. 10.2 Öko-Abgaben)*.[121]

Nach harten Verhandlungen des Finanzministers mit den anderen Ressortchefs verkündete die Regierung am 24. September die Einigung über das Budget 1994.[122] Doch die Ankündigung von Frauenministerin Dohnal, ihr Veto einzulegen, sollte das Karenzgeld nicht erhöht werden, machte weitere Gespräche nötig *(vgl. Kap. 3.2 Unterstützungen und Karenzzeiten)*.[123] Die ÖVP beharrte aber auf dem ausgehandelten Pakt und bezeichnete das als internes Problem der SPÖ.[124] Bundeskanzler Vranitzky stellte sich mittlerweile hinter seine Frauenministerin. Schließlich musste sich die ÖVP doch beugen, und es kam zu weiteren Verhandlungen, wobei sie sich weigerte über Mehrausgaben im Sozialbereich zu sprechen.[125] Die Fronten blieben so starr, dass am 14. Oktober nach dahingehenden Aussagen von ÖVP-Klubobmann Neisser über Neuwahlen diskutiert wurde. Dabei war er von prominenten Parteifreunden unterstützt worden. Solche Stimmen gab es jedoch auch in der SPÖ. Während die ÖVP auf dem aus ihrer Sicht fertig verhandelten Budgetentwurf bestand, bestritt die SPÖ, dass es jemals eine Gesamteinigung gegeben hatte. Nach wie vor machte die ÖVP eine Valorisierung des Karenz- und Arbeitslosengeldes von Einsparungen im Sozialbereich abhängig.[126] Am 18. Oktober gelang dann doch noch die Einigung auf ein Budget für das Jahr 1994. Obwohl statt dem ursprünglich angepeilten Budgetdefizit von 64 Milliarden nun 80 Milliarden Abgang veranschlagt wurden, zeigten sich beide Regierungsparteien zufrieden mit dem Ergebnis. Statt einer prozentuellen Erhöhung des Karenzgeldes sollte es einmalige Abschlagszahlungen geben, dafür waren Einsparungen beim Arbeitslosengeld und bei Transferzahlungen für Studenten vorgesehen. ÖVP-Obmann Busek freute sich darüber, das bei Verwirklichung der SPÖ-Wünsche drohende Budgetdefizit von bis zu 100 Milliarden Schilling abgewendet zu haben, und Bundeskanzler Vranitzky sprach von einem sozial ausgewogenen Budget.[127]

---

[121] Vgl. Die Presse, 21.8.1993. S.7.
[122] Vgl. Die Presse, 25.9.1993. S.7.
[123] Vgl. Die Presse, 27.9.1993. S.6.
Der Standard, 28.9.1993. S.16.
[124] Vgl. Die Presse, 5.10.1993. S.1.
Die Presse, 6.10.1993. S.7.
[125] Vgl. Die Presse, 8.10.1993. S.7.
Die Presse, 9.10.1993. S.6.
Der Standard, 13.10.1993. S.15.
[126] Vgl. Der Standard, 15.10.1993. S.1, 5.
Die Presse, 15.10.1993. S.1, 6.
[127] Vgl. Die Presse, 19.10.1993. S.1.
Der Standard, 19.10.1993. S.1.

2.9 Wahlkampf und Koalitionsverhandlungen 1994

Das Jahr 1994 war geprägt vom Wahlkampf für die Nationalratswahl am 9. Oktober. Beide Parteien begannen bereits im Frühling, ihre Vorstellungen und Pläne für die folgende Legislaturperiode zu präsentieren. Für die ÖVP gehörten dazu die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, eine Senkung der Mehrwertsteuer und mittelfristig eine neuerliche Entlastung bei der Lohnsteuer. Zur Finanzierung dieser Vorhaben sah Finanzstaatssekretär Ditz eine CO_2-Abgabe und die Streichung von steuerfreien Zulagen bei der Berechnung der Lohnsteuer vor.[128] Die SPÖ hingegen sprach von einer Energiesteuer (diese hätte auch Energieformen mit weniger oder keiner CO_2-Belastung einbezogen) und einer als Kompensation gedachten Entlastung für Unternehmer.[129]

Im Wahlkampf setzte die ÖVP auf das Versprechen, in der kommenden Gesetzgebungsperiode keine weiteren Belastungen zuzulassen. Die SPÖ versprach, sich für eine stärkere Umverteilung stark zu machen.[130] Außerdem lehnte die SPÖ die von der ÖVP geforderte gänzliche Abschaffung der Erbschaftssteuer ab. Finanzstaatssekretär Ditz begründete dieses Vorhaben seiner Partei damit, dass Kapitalvermögen bereits durch die 25prozentige KESt versteuert würde. Finanzminister Lacina stellte hingegen höhere Freibeträge und eine sozial gerechtere Progression in Aussicht.[131]

Ansonsten gab es im Wahlkampf keine konkreten Konflikte in Fragen der Finanzpolitik.

In den Koalitionsverhandlungen nach der Wahl, einigten sich die Koalitionsparteien rasch auf ein umfangreiches Sparprogramm für beinahe alle Bereiche. Differenzen gerieten dabei nicht an die Öffentlichkeit. Die Geschwindigkeit, mit der die Grundzüge des Sparpaketes festgelegt wurden, lässt darauf schließen, dass die Verhandlungen verhältnismäßig einträchtig von statten gingen. Die Probleme lagen vielmehr daran, dass die Sozialpartner, allen voran der ÖGB, scharf gegen die Pläne protestierten. So hatten beide Parteien damit zu tun, die ihnen nahestehenden Interessensverbände zu überzeugen. Die Medien mutmaßten darüber, dass die Geschwindigkeit, die die beiden Parteien bei den Verhandlungen an den Tag gelegt hatten, dazu dienen sollte, innerparteiliche Kritiker in den Hintergrund zu drängen.[132] Der ÖVP Bundesparteivorstand segnete das Abkommen

---

Der Standard, 20.10.1993. S.18.
Die Presse, 19.10.1993. S.1.
Kleine Zeitung, 20.10.1993. S.3.

[128] Vgl. Der Standard, 30.3.1994. S.13.
[129] Vgl. Der Standard, 14.4.1994. S.19.
[130] Vgl. Die Presse, 26.7.1994. S.1.
[131] Vgl. Der Standard, 20.10.1994. S.22.
[132] Vgl. Der Standard, 14.11.1994. S.5.
Der Standard, 15.11.1994. S.17.
Der Standard, 16.11.1994. S.5.

einstimmig ab. In der SPÖ stimmten nach einer fünfstündigen Diskussion 13 Mitglieder des Bundesparteivorstandes gegen das Paket, 28 dafür und sechs enthielten sich der Stimme. Die Gegenstimmen kamen von den Gewerkschaftern und aus den Landesorganisationen von Wien und der Steiermark. In beiden Parteien gab es daraufhin einzelne Personen, die für eine Neuverhandlung einiger Punkte plädierten.[133] *(Zu den einzelnen Maßnahmen siehe auch Kap. 10.2 Öko-Abgaben und Kap. 7.1 Pensionen.)* Dennoch konnte das Regierungsprogramm am 29. November unterzeichnet werden.[134]

2.10 Budget 1995

Die Diskussion über das bevorstehende Sparpaket ging allerdings weiter. Vor allem der Gewerkschaftsflügel der SPÖ protestierte scharf gegen die Vorhaben und wurde dabei von Arbeiterkammerpräsidentin Eleonora Hostasch (SPÖ) unterstützt.[135] Gleichzeitig forderte ÖVP-Obmann Busek plötzlich wieder die Einführung der Mehrkinderstaffel, was ebenfalls ein Aufschnüren des Sparpaketes bedeutet hätte. Die restlichen Regierungsmitglieder standen zunächst noch voll hinter den Abmachungen.[136] Kurz darauf schloss Bundeskanzler Vranitzky eine Solidarabgabe von Besserverdienenden als Ergänzung zum Sparpaket nicht mehr aus. Das zusätzliche Geld hätte zur Finanzierung des ÖVP-Wunsches Mehrkinderstaffelung und des erhöhten Karenzgeldes für alleinerziehende Mütter, einem SPÖ-Wunsch, dienen sollen.[137] Bis zum 26. Jänner schwenkte die SPÖ in den Wortmeldungen ihrer Spitzenrepräsentanten Schritt für Schritt auf die Linie einer Solidarabgabe ein, bis schließlich auch Bundeskanzler Vranitzky offiziell eine solche forderte. Auch innerhalb der ÖVP gab es einzelne Stimmen, die sich dafür aussprachen, die offizielle Parteilinie blieb aber bei der Ablehnung. Der kleine Koalitionspartner begründete diese Haltung damit, dass eine Solidarabgabe keine strukturellen Probleme gelöst hätte, dass sie eine Belastung des Mittelstandes dargestellt hätte und dass im eigentlich ausverhandelten Sparpaket keine neuen Steuern und Abgaben vorgesehen waren. Die Forderungen nach der Mehrkinderstaffel schwächte sie gleichzeitig deutlich ab. Von SPÖ-Klubobmann Kostelka kam die erste Konkretisierung zur Solidarabgabe: Ab einem Einkommen von 50.000 Schilling sollte der Betrag schrittweise erhöht werden,

[133] Vgl. Der Standard, 22.11.1994. S.7.
Der Standard, 23.11.1994. S.5.
[134] Vgl. Der Standard, 30.11.1994. S.5.
[135] Vgl. Der Standard, 30.12.1994. S.1.
[136] Vgl. Der Standard, 31.12.1994. S.5.
[137] Vgl. Der Standard, 11.1.1995. S.1.
Die Presse, 12.1.1995. S.3.
Der Standard, 11.1.1995. S.1.

sodass ab 70.000 Schilling die volle Höhe von 5 Prozent eingehoben werden sollte und das für die Dauer der Legislaturperiode.[138] Schließlich sprach sich der SPÖ-Parteivorstand einstimmig für eine Solidarabgabe aus. Dass damit vom Wahlversprechen, keine zusätzlichen Steuern und Abgaben einzuführen, abgegangen wurde, erklärte der Bundeskanzler mit dem Ruf nach sozialer Ausgewogenheit, dem damit Rechnung getragen würde. Allerdings wählte das Präsidium eine ausgesprochen sanfte Formulierung, und auch die Wortmeldungen danach stellten fest, dass es sich nicht um eine Koalitionsbedingung handeln würde. Fast gleichzeitig mehrten sich innerhalb des ÖAAB Stimmen, die sich für die Solidarabgabe aussprachen.[139] Diese wies ÖVP-Chef Busek jedoch zurück und bekräftigte nochmals die Ablehnung einer solchen Abgabe.[140] Kurzfristig schien die Koalition gefährdet, weniger wegen der Debatte um die Solidarabgabe, sondern vielmehr wegen des Widerstandes der Gewerkschaftsvertreter beider Parteien gegen das gesamte Sparpaket. Die Regierungsspitze signalisierte dabei aber gemeinsame Standfestigkeit.[141] Am 6. Februar konnte die Regierung eine Einigung verkünden, die das Defizit auf 100 Milliarden Schilling eingrenzte, allerdings mussten beide Parteiobmänner eingestehen, dass noch einige Details fehlten. Der ÖVP-Wirtschaftsbund lehnte auch prompt die Erweiterung der Kommunalabgabe auf Abschreibungen (geplant waren 3 Prozent) ab. Die SPÖ sah diese aber als wichtigen Teil für die soziale Ausgewogenheit an und wollte dafür auf den Solidarbeitrag verzichten.[142] Bis zum 22. Februar schwenkte die ÖVP offiziell auf die Linie des Wirtschaftsbundes ein. Um das geplante Defizit doch noch einhalten zu können, schlug Vizekanzler Busek eine Senkung des Investitionsfreibetrages von 15 auf 9 Prozent (bei Autos von 10 auf 6 Prozent) vor. Damit wären im Gegensatz zur Kommunalabgabe nur Unternehmen mit positiver Ertragslage zur Kasse gebeten worden, womit sich auch die Wirtschaftskammer einverstanden zeigte. Der Koalitionspartner stimmte nach kurzem Widerstand zu, und am 9. März konnte Finanzminister Lacina die Budgetrede im Parlament halten.[143]

---

[138] Vgl. Die Presse, 21.1.1995. S.1, 6.
Der Standard, 21.1.1995. S.6.
Der Standard, 24.1.1995. S.1, 5.
Die Presse, 25.1.1995. S.7.
Der Standard, 25.1.1995. S.5.

[139] Vgl. Der Standard, 26,1.1995. S.4.
Die Presse, 27.1.1995. S.9.
Der Standard, 27.1.1995. S.6.

[140] Vgl. Die Presse, 31.1.1995. S.7.

[141] Vgl. Die Presse, 1.2.1995. S.1

[142] Vgl. Die Presse, 7.2.1995. S.1
Der Standard, 7.2.1995. S.5.

[143] Vgl. Der Standard, 15.2.1995. S.1, 15.
Die Presse, 23.2.1995. S.1.
Der Standard, 24.2.1995. S.23.

2.11 Budget 1996 mit Koalitionsbruch

Erstmals spielte das Erreichen der sogenannten Maastricht-Kriterien bei der Erstellung des Budgets für das Jahr 1996 eine Rolle. Für die Teilnahme an der europäischen Währungsunion musste die jährliche Neuverschuldung unter 3 Prozent des BIP (nach EU-Berechnungen) und die Gesamtverschuldung unter 60 Prozent des BIP gesenkt werden. Das galt als unbestrittenes Ziel beider Koalitionsparteien.[144]

Der neue Finanzminister Andreas Staribacher (SPÖ) eröffnete den Konflikt um das Budget für das Jahr 1996 mit dem bereits von seinem Vorgänger bekannten Vorschlag, das 13. und 14. Gehalt höher zu besteuern. Bundeskanzler Vranitzky entschärfte diese Ansage zwar mit dem Hinweis auf eine voraussichtliche Vorlaufzeit von bis zu zwei Jahren für ein neues Steuergesamtkonzept, von der ÖVP (und auch AK-Präsidentin Hostasch) kam aber sofort eine prinzipielle Ablehnung.[145] Finanzstaatssekretär Ditz (ÖVP) wollte ähnlich wie Vranitzky eine Gesamtreform der Lohnsteuer durchsetzen, im Zuge derer Steuertarife gesenkt, aber Steuervorteile für Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie für Überstunden und Zulagen gestrichen werden sollten.[146] Viel innerparteilicher Zuspruch ließ den Finanzminister aber weiterhin sein Ziel verfolgen. Als Ausgleich schlug er einen Steuerfreibetrag von zweimal 40.000 Schilling vor. So sollten nur Bezieher größerer Einkommen getroffen, die anderen hingegen sogar (durch Wegfall der existierenden sechsprozentigen Steuer auf die zwei zusätzlichen Monatsgehälter) entlastet werden. Die ÖVP lehnte das als Belastung der Leistungswilligen ab.[147] Klubobmann Khol erklärte dazu, dass die ÖVP eher die Koalition verlassen würde, als eine Besteuerung des 13. und 14. Gehalts ohne aufkommensneutrale Umschichtungen im Lohnsteuersystem zu akzeptieren.[148] Im Gegensatz dazu konnte sich Bundeskanzler Vranitzky mittlerweile doch auch eine Umsetzung der Pläne Staribachers mit dem nächsten Budget vorstellen. Generell mehrten sich in der SPÖ wieder die Forderungen nach irgendeiner Form einer Solidarabgabe für Besserverdienende.[149]

Kleine Zeitung, 25.2.1995. S.3.
Kleine Zeitung, 3.3.1995. S.2.
Der Standard, 8.3.1995. S.1, 6.
Der Standard, 9.3.1995. S.6.

[144] Vgl. Bischof, Günter: The Vranitzky era in Austria. S.148-151.

[145] Vgl. Die Presse, 18.4.1995. S.1.
Der Standard, 18.4.1995. S.1.

[146] Vgl. Der Standard, 20.4.1995. S.23.

[147] Vgl. Der Standard, 12.5.1995. S.23.
Die Presse, 16.5.1995. S.8.

[148] Vgl. Die Presse, 22.5.1995. S.6.

[149] Vgl. Die Presse, 24.5.1995. S.6.
Die Presse, 27.5.1995. S.7.
Der Standard, 19.6.1995. S.5

Mitte Juli stellte Bundeskanzler Vranitzky fest, dass bei einem Scheitern der Koalition an den Budgetzielen Neuwahlen die logische Konsequenz wären.[150] Finanzminister Staribacher sprach kurz darauf abermals öffentlich über geplante Mehreinnahmen. Diese sollten durch eine Erhöhung der Kapitalertragssteuer von 22 auf 25 Prozent, einer Erhöhung der Körperschaftssteuer, einer neuen Gassteuer in der Höhe der Mineralölsteuer und Studiengebühren lukriert werden. Von der ÖVP kam die erwartet strikte Ablehnung prompt.[151]
Im August weitete sich der Konflikt aus. Zunächst ging es um die Höhe des notwendigen Einsparungspotentials. Wirtschaftsminister Ditz ging von einem Volumen von 50 bis 60 Milliarden Schilling aus, da aus seiner Sicht der Finanzminister bei seinen prognostizierten 31 Milliarden von zu hohen Einnahmen des Bundes ausgegangen war. Gleichzeitig lehnte er strikt den Plan ab, durch Ausgliederung der Autobahn- und Schienenfinanzierung das Budgetdefizit auf Maastricht-Niveau[152] zu drücken.[153] Unabhängig davon gelang die Einigung auf Einführung der kostenpflichtigen Autobahnvignette rasch. Gleichzeitig wurde die Vorbereitung einer kilometerabhängigen Autobahnmaut abgemacht.[154]
Daraufhin setzte sich das Ringen um die Lösung der Budgetproblematik mit den bekannten Standpunkten fort. Die SPÖ wollte zumindest einen Teil des fehlenden Geldes über zusätzliche Abgaben oder höhere Steuern hereinbringen, wobei diese Besserverdiener oder Reiche treffen sollten. Ein weiterer Vorschlag in diese Richtung sah eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 50 auf 55 Prozent vor. Die ÖVP bestand darauf, zuerst alle Einsparungspotentiale auf der Ausgabenseite auszuschöpfen und lehnte auch diese Überlegung der SPÖ ab.[155] Am 1. September legte sich SPÖ-Bundesgeschäftsführer Cap fest, dass angesichts der Budgetsituation und des angepeilten Defizits neue Steuern absolut notwendig wären. Der ÖVP warf er vor, keine Sparvorschläge zu machen, mit Hilfe derer man das Ziel erreichen könnte. ÖVP-Klubobmann Khol bekräftige daraufhin wieder, dass die ÖVP eher die Koalition platzen lassen würde, als neuen Steuern zuzustimmen.[156]
Wenige Tage später, nach einer Vorstandssitzung, wollten die Spitzen der Partei diese Drohung nicht mehr aussprechen. Parallel zu den Parteienverhandlungen berieten auch

---

Der Standard, 12.7,1995. S.5.

[150] Vgl. Die Presse, 15.7.1995. S.1.

[151] Vgl. Der Standard, 27.7.1995. S.1.
Die Presse, 27.7.1995. S.6.
Der Standard, 26.8.1995. S.1.

[152] Da sich die beiden Gesellschaften zu mehr als der Hälfte durch Mautgebühren und Schienenbenutzungsentgelte und nicht durch staatliche Zuschüsse erhalten hätten, wären ihre Schulden nicht für die Maastricht-Kriterien relevant gewesen.

[153] Vgl. Der Standard, 25.8.1995. S.1, 19.

[154] Vgl. Der Standard, 26.8.1995. S.1.

[155] Vgl. Der Standard, 30.8.1995. S.1, 4.
Die Presse, 31.8.1995. S.7.

[156] Vgl. Die Presse, 2.9.1995. S.7.
Der Standard, 6.9.1995. S.6.

die Sozialpartner über Maßnahmen zur Eindämmung des Budgetdefizits, wobei hier die Standpunkte fast identisch mit den nahestehenden Parteien waren.[157]

Am 6. September präsentierten die Sozialpartner ihre Vorschläge. Das Sparvolumen dieses Paketes betrug 33 Milliarden und lag damit sogar über dem Plansoll von 30 Milliarden. Nicht enthalten waren darin die von den Arbeitnehmern stark vertretene „Ergänzungsabgabe“ (entsprach im Wesentlichen der Solidarabgabe) und die von den Arbeitgebern verlangte Erhöhung des Pensionsalters um ein Jahr. Beide Vorhaben wurden ja vom jeweiligen Gegenüber strikt abgelehnt. Die wichtigsten Punkte waren:

- Anerkennung der beim Finanzamt anzugebenden Sonderausgaben von bis zu 40.000 Schilling (zur Verringerung der Steuerbemessungsgrundlage) nur mehr bis zu einem Monatseinkommen von 50.000 Schilling brutto voll, dann bis zu einem Einkommen von 80.000 Schilling auf null sinkend (Einsparung: 2 Milliarden)
- Einführung einer Öko-Steuer auf Gas von 20 Groschen pro Kubikmeter, auf Strom von 5 Groschen pro Kilowattstunde jeweils mit Obergrenze für Industriebetriebe (Einnahmen: 3 Milliarden)
- Senkung des Investitionsfreibetrages von 9 auf 6 Prozent (Einsparung: 2,5 Milliarden)
- Verminderung der Verlustabschreibungsmöglichkeit(Einsparung: 2 Milliarden)
- Verringerung der Möglichkeit, Mietzinsrücklagen zu schaffen und eine Einschränkung der Laufzeit
- korrekte Versteuerung von Werkverträgen zukünftig in Verantwortung der Unternehmen (Einsparung: 0,5 Milliarden)
- verstärkte Eintreibung von Steuerrückständen (Einnahmen: 1,5 Milliarden)
- Streichung der Familienbeihilfe für Studenten, dafür Erhöhung der Studienbeihilfen um insgesamt eine Milliarde (Einsparung: 3 Milliarden)
- Einsparung bei Pensionen von insgesamt 3 Milliarden (bei Doppelpensionen Reduktion der niedrigeren Pension von 60 bis 20 Prozent beginnend bei Gesamtsumme der Pensionen von 39.000 Schilling bis 58.500 ansteigend, Ruhensbestimmungen für alle Pensionisten, weiter konkrete Maßnahmen von der Regierung zu beschließen)
- Kürzung der Wohnbauförderung um drei Milliarden

[157] Vgl. Die Presse, 5.9.1995. S.7.
Der Standard, 5.9.1995. S.5.

- einkommensabhängige Staffelung der Pflegeversicherung (Einsparung: 0,5 Milliarden)
- einkommensabhängige Staffelung der Geburtenbeihilfe (Einsparung: 0,3 Milliarden)
- Beiträge der Länder und Gemeinden an den FLAF (Einnahmen: 1,3 Milliarden)
- Auslaufen des Sonderunterstützungsgesetzes[158] (Einsparung: 1 Milliarde)
- Bonus-Malus-System für Unternehmen, die über 50-jährige Beschäftigte kündigten
- Selbstbehalt für Kuren von 65 Schilling pro Tag[159]

Innerhalb der Koalition verbesserte sich das Klima jedoch nicht. Die ÖVP warf Finanzminister Staribacher vor, unprofessionell zu arbeiten, weil nach wie vor nicht das benötigte Einsparungsvolumen bekannt war. Die SPÖ wiederum attestierte dem Koalitionspartner trotz gegenteiliger öffentlicher Bekundungen mangelnden Sparwillen in den eigenen Ressorts.[160] Kurz darauf setzte Wirtschaftsminister Ditz nach und bezifferte das noch fehlende Einsparungsvolumen mit ca. 25,5 Milliarden, was einen Gesamtbetrag von 60 Milliarden und nicht wie vom Finanzminister geschätzte 30 Milliarden bedeutet hätte. Ditz verlangte daher ein Strukturpaket im Gesundheits- und Pensionssystem. Die SPÖ warf dem Partner daraufhin vor, Neuwahlen und in der Folge eine Koalition mit der FPÖ anzustreben.[161] Am Tag darauf erklärte Bundeskanzler Vranitzky offiziell vor den Sozialpartnern, dass gegenüber den ersten Angaben tatsächlich ein Mehraufwand von 15 bis 20 Milliarden zu decken sei. Die Bitte, weiteres Einsparungs- und Einnahmepotential zu suchen, lehnten die Sozialpartner einhellig ab.[162]

Während Vizekanzler Schüssel von einem drohenden Staatsnotstand sprach, sollten die fehlenden Milliarden nicht aufgebracht werden, versprühte der Bundeskanzler weiterhin Optimismus. Die ÖVP präsentierte unterdessen ein Maßnahmenpaket, mit dem die Budgetkrise überwunden werden sollte:

- Lösung des bisherigen Dienstverhältnisses bei Zuerkennung von Invaliditätspensionen

---

[158] Das Sonderunterstützungsgesetz gewährte ein um 25 Prozent erhöhtes Arbeitslosengeld für ein Jahr bis zur Pension.

[159] Vgl. Der Standard, 7.9.1995. S.4, 5.
Die Presse, 7.9.1995. S.1

[160] Vgl. Der Standard, 14.9.1995. S.5.
Die Presse, 14.9.1995. S.7.

[161] Vgl. Der Standard, 19.9.1995. S.5.
Der Standard, 20.9.1995. S.6.

[162] Vgl. Der Standard, 21.9.1995. S.5.

- Anerkennung der vorzeitigen Altersarbeitslosigkeit erst ab 30 statt wie bisher mit 15 Versicherungsjahren
- Anerkennung von „geminderter Arbeitsfähigkeit“ erst ab 56 Jahren (bisher 55)
- Abschlagszahlungen von 10 Prozent auf alle Frühpensionen
- Reduktion des Bundesbeitrags für das Arbeitsmarktservice von 2,5 auf eine Milliarde
- Zuschlagszahlungen bei Freizeitunfällen von Sozialversicherten von etwa 0,1 bis 0,2 Prozent
- Privatisierung von Bank Austria, den Salinen, der Austria Tabak und dem Flughafen Wien
- Keine Auszahlung der Familienbeihilfe für Studenten nach der Mindeststudiendauer plus einem Semester und eine sozial gestaffelte Studiengebühr[163]

Eine offizielle Stellungnahme der SPÖ zu diesen Vorschlägen ging nicht durch die Medien, Kritik gab es jedoch von der Gewerkschaft, von Josef Cap und von Nationalratspräsident Fischer. Bei der Frage nach einnahmenseitigen Maßnahmen veränderten sich die Positionen nicht, wurden aber nicht mehr so scharf formuliert wie bisher. Das selbstgesteckte Ziel, sich bis 27. September zu einigen, schien dennoch nur mehr schwer erreichbar.[164]

Die SPÖ legte ihrerseits Vorschläge für weitere Einsparungen bzw. zusätzliche Einnahmen vor:

- weitergehende Reduktion der steuerlichen Begünstigung durch Sonderausgaben (Einsparung: 2,5 Milliarden)
- Entfall des Vorsteuerabzugs für Fiskal-Pkw (Einsparung: 1 Milliarde)
- Verlängerung der Abschreibdauer für Autos von fünf auf acht Jahre (Einsparung: 1,5 Milliarden)
- Erhöhung der Kfz-Steuer für Schwer-Pkw (Einsparung: 0,7 Milliarden)
- neue Werte bei Normverbrauchsabgabe (Einsparung: 0,7 Milliarden)
- Erhöhung der Einheitswerte (Einnahmen: 1,5 Milliarden)
- Schließen von Schlupflöchern bei der Körperschaftssteuer (Einsparung: 2 Milliarden)
- bezugskonforme Zuordnung der Sozialversicherungsbeiträge (Verschlechterungen bei 13. und 14. Monatsgehalt) (Einnahmen: 6 Milliarden)

[163] Vgl. Der Standard, 22.9.1995. S.5.
Die Presse, 22.9.1995. S.1.
[164] Vgl. Die Presse, 23.9.1995. S.1.
Der Standard, 25.9.1995. S.1.

- Erhöhung der Pensionsbeiträge um 0,5 Prozent für Arbeitgeber und –nehmer (Einnahmen: 5 Milliarden)
- Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage für Dienstgeber von 39.000 auf 45.000 Schilling
- Reduktion der Bausparförderung um 25 Prozent (Einsparung: 0,7 Milliarden)
- Einhebung einer Sonderdividende (Mehreinnahmen: 5 Milliarden)
- Rücklagenauflösungen (Einnahmen: 3 Milliarden)
- Verkäufe beim Umwelt- und Wasserwirtschaftsfond (Einnahmen: 2 Milliarden)
- Postprivatisierung (Einnahmen: 3,3 Milliarden)

So heftig wie die höheren Steuern oder Abgaben auf die zwei zusätzlichen Gehälter von der ÖVP abgelehnt wurden, so vehement war auch die Ablehnung der Abgabe für Frühpensionisten durch die SPÖ. Zusätzlich zu den zuvor aufgelisteten Vorschlägen gab es von hohen Funktionären beider Parteien noch zahlreiche weitere Ideen.[165] Bei allen Differenzen gab es jedoch auch Einigungen. So zum Beispiel in folgenden Bereichen:

- Antrittsmöglichkeit der Frühpension wegen verminderter Erwerbsfähigkeit mit 57 Jahren
- 20 Versicherungsjahre für die Möglichkeit einer vorzeitigen Alterspension wegen Arbeitslosigkeit
- Selbstbehalt von rund 100 Schilling pro Tag für Kuren und Krankenhausaufenthalte
- die Arbeitsmarktverwaltung sollte die gesamte Bundessubvention von 2,5 Milliarden an die Pensionsversicherung weiterleiten
- Abschaffung der Sonderunterstützung für ältere Arbeitslose
- Kürzung der Wohnbauförderung um 3 Milliarden
- Degressive Abschreibung und Streichung des Investitionsförderungsbetrages
- Energiesteuer auf Gas und Strom
- Schließung von Steuerschlupflöchern bei der Körperschaftssteuer und bei Stiftungen
- Erhöhung der Kapitalertragssteuer von 22 auf 25 Prozent[166]

Trotz der noch zahlreichen offenen Punkte stellte Finanzminister Staribacher einen Budgetentwurf vor, gegen den die ÖVP protestierte, während er vom Bundeskanzler vertei-

[165] Vgl. Die Presse, 26.9.1995. S.1, 7.
Der Standard, 26.9.1995. S.15.
[166] Vgl. Der Standard, 27.6.1995. S.6.

digt wurde. Dieser wollte nur mehr Details der Vorlage verhandeln, aber nichts Wesentliches mehr verändern.[167]

Am 27. September verschärfte sich der Konflikt erneut. Zum einen waren sich die beiden Regierungsparteien nach wie vor nicht über die einzusparenden Beträge einig. SPÖ-Finanzminister Staribacher bezifferte den noch ausständigen Betrag mit 5 Milliarden, die ÖVP-Minister Schüssel und Ditz mit 20 Milliarden. Zum anderen verlangte die ÖVP strukturelle Reformen beim Arbeitslosengeld und bei den Frühpensionen, die sich auch auf zukünftige Budgets auswirken sollten. Darunter verstanden sie neben der Abgabe für Frühpensionisten auch erschwerte Antrittsvoraussetzungen. Diese Regeln sollten neben dem ASVG-Bereich auch für den öffentlichen Dienst sowie Bahn und Post gelten. Genau das lehnten die Arbeitnehmervertreter in der SPÖ besonders strikt ab. Gleichzeitig verweigerte die ÖVP die Zustimmung zu Teilen des Staribacher-Vorschlages, wie der höheren Kfz-Steuer für Schwer-Pkw, den Pensions-Beitragserhöhungen bei Bauern und Gewerbetreibenden und dem Stopfen von KöSt-Schlupflöchern (trotz vorhergehender Einigung, *vgl. oben*).[168] Zu dem Knackpunkt schlechthin entwickelte sich die Frage der Frühpensionen, auch wenn die ÖVP ihre Vorschläge entschärfte und nur mehr Abschläge in der Höhe von etwa fünf Prozent bis zum Erreichen des Regelpensionsalters verlangte.[169] Obwohl beide Parteichefs versicherten, die Koalition nicht platzen lassen zu wollen, wurden die tiefen Gräben immer deutlicher sichtbar. Laut Vizekanzler Schüssel beinhalteten die Vorschläge des Finanzministers lediglich sechs Milliarden an ausgabenseitig nachhaltigen Einsparungen. 18 Milliarden wären seiner Darstellung nach einnahmenseitig und zehn Milliarden durch Einmaleffekte lukriert worden. Er verlangte hingegen 25 Milliarden an ausgabenseitigen Einsparungen. Im Zusammenhang damit warf er dem Finanzminister vor, mit falschen Zahlen zu operieren. Zeitungsmeldungen aus „Der Standard“ und „Die Presse“ zufolge soll Schüssel ein Papier mit Vorschlägen, das ihm Staribacher überreichte, nach kurzem Überfliegen zerrissen haben. Wirtschaftsminister Ditz unterstützte seinen Parteichef, indem er dem Finanzminister vorwarf, bei den Finanzausgleichsverhandlungen mit den Ländern Steuererhöhungen zugrunde gelegt zu haben, die nicht mit der ÖVP akkordiert worden waren.[170] Die Darstellungen der beiden Parteichefs gingen stark auseinander. Während Bundeskanzler Vranitzky eine Einigung in greifbarer Nähe sah und nur die Frage nach Belastung der bereits in Pension befindlichen Frühpensionisten als Knackpunkt betrachtete, konnte Vizekanzler Schüssel nach

[167] Vgl. Die Presse, 27.9.1995. S.6.
[168] Vgl. Der Standard, 28.9.1995. S.1, 7.
[169] Vgl. Die Presse, 29.9.1995. S.1.
[170] Vgl. Der Standard, 30.9.1995. S.1, 5.
Die Presse, 30.10.1995. S.1.

wie vor keine Annäherung bei der Frage, in welchem Verhältnis Einsparungen zu Mehreinnahmen stehen sollten, erkennen. Vranitzky sprach von einem Einsparvolumen von 40 Milliarden in Staribachers Konzept, Schüssel konnte dort nur fünf Milliarden längerfristiger Einsparungen erkennen. In der ÖVP war erstmals offiziell von der Möglichkeit eines Abbruches der Verhandlungen die Rede und auch Vranitzky wollte einen solchen nicht mehr gänzlich ausschließen.[171]

Während sich die SPÖ-Parteispitze am 2. Oktober dem Bundesparteitag stellte, dort ihre Positionen nochmals darlegte und diese von den Delegierten bestätigt wurden, tagte der ÖVP-Vorstand und bestätigte ebenfalls die Linie von Parteiobmann Schüssel. Danach rief er die SPÖ auf, die Vorgaben des Koalitionsabkommens zu erfüllen und das Budget über die Ausgabenseite zu sanieren. Außerdem verlangte er bis spätestens für den Tag nach dem Parteitag ein klares Bekenntnis der SPÖ zu diesem Vorhaben. Erneut warf er gemeinsam mit Wirtschaftsminister Ditz Finanzminister Staribacher vor, mit falschen Zahlen zu operieren und bereits akkordierte Einsparungsmaßnahmen zu hoch zu bewerten (z.B. Einschränkung der Familienbeihilfe bei Studenten) bzw. noch nicht fixierte Einsparungen einzuberechnen (Erhöhung der Lehrverpflichtung im Schulbereich) und die Streichung der Sonderausgaben im Gegensatz zur ÖVP zum Einsparungsbereich zu zählen. Neue Vorschläge wollte die ÖVP-Spitze nicht mehr machen. Aus ihrer Sicht war es nun an der SPÖ zu erklären, wie der Drang in die Frühpension gestoppt werden sollte. In seiner Rede am Parteitag rief Vranitzky den Koalitionspartner dazu auf, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren und kündigte gleichzeitig an, einem „Pensionsklau" niemals zustimmen zu wollen.[172] Mit überwältigender Mehrheit nahm der SPÖ-Parteitag auch den Antrag des Bundesparteivorstandes an, den ÖVP-Vorschlag nach einer „Strafsteuer" für Personen, die sich in Frühpension befanden, mit Nachdruck abzulehnen.[173] In der ÖVP beteuerten zahlreiche Spitzenfunktionäre den Willen zum Weiterverhandeln, bestätigten aber auch, die im Koalitionsabkommen festgelegte ausgabenseitige Budgetsanierung als Bedingung für eine Zustimmung zu sehen. Von Neuwahlen wollte noch keiner sprechen. Gleichzeitig signalisierten die Vertreter der ÖVP auch, nicht auf der Abgabe für bereits im Ruhestand befindliche Frühpensionisten zu bestehen, verlangten aber für diesen Fall andere Einsparungsvorschläge für den Betrag von 1,5 Milliarden Schilling.[174] Diese Kompromissbereitschaft begrüßte der Bundeskanzler ausdrücklich.

[171] Vgl. Die Presse, 2.10.1995. S.1.
Der Standard, 2.10.1995. S.1, 4, 5.
[172] Vgl. Der Standard, 3.10.1995. S.1, 5, 6.
Die Presse, 3.10.1995. S.6.
[173] Vgl. Der Standard, 4.10.1995. S.6.
[174] Vgl. Die Presse, 4.10.1995. S.6.

Allerdings bezeichnete Vizekanzler Schüssel fast gleichzeitig die nächste Verhandlungsrunde als letzte Möglichkeit, doch noch eine Einigung zu erzielen und damit Neuwahlen zu verhindern.[175] Diese „letzte" Verhandlungsrunde scheiterte zwar, die Regierung einigte sich dabei aber gleich auf eine weitere am nächsten Tag. Zuvor hatte die SPÖ noch weitere Vorschläge vorgelegt, die insgesamt 7 Milliarden bringen sollten.

- soziale Staffelung der Agrarsubventionen (Einsparung: 3 Milliarden)
- Reduzierung des Bundeszuschusses für das Pensionssystem der Selbstständigen und Bauern (Einsparung: 3 Milliarden)
- Abschaffung der Fiskal-Pkw (Einsparung: 1 Milliarde)

Vizekanzler Schüssel qualifizierte diese Vorschläge als unannehmbar. Vor allem die Kürzung der Subventionen für die Bauern lehnte er mit Hinweis auf den Einkommensverlust der Landwirte von ca. 30 Prozent nach dem EU-Beitritt ab. Er sprach dabei von einem mit den Bauern geschlossenen Vertrag, ihnen die Einbußen teilweise zu ersetzen.[176]

Am Freitag dem 6. Oktober erklärte ÖVP-Obmann Schüssel die Koalition für gescheitert. Bundeskanzler Vranitzky erklärte sie hingegen nur für unterbrochen. Gleich darauf tagte der ÖVP-Bundesparteivorstand, der dem Vorschlag von Obmann Schüssel folgte, mit Hilfe von Bundespräsident Klestil noch einen Verhandlungsversuch zu unternehmen. Die letzten Kompromissangebote der SPÖ lehnte der Parteivorstand aber mit Hinweis auf das Koalitionsabkommen ab. Der Bundeskanzler wollte den Bundespräsidenten zwar nicht wie sein Gegenüber als Schiedsrichter ansehen, akzeptierte aber ein Gespräch mit dem Staatsoberhaupt. Schüssel bestritt weiterhin, Neuwahlen und in der Folge eine Koalition mit der FPÖ anzustreben, so wie ihm das vom Koalitionspartner vorgeworfen wurde.[177] Am darauffolgenden Montag gab es noch ein Vier-Augen-Gespräch der beiden Parteichefs, das am nächsten Tag fortgesetzt wurde. Danach wurden auch noch weitere Verhandlungsrunden angesetzt. Ansonsten begnügten sich die beiden Parteien damit, ihre Standpunkte zu wiederholen, und jeweils vom anderen neue Einsparungsvorschläge zu fordern. Die meisten Wortmeldungen bezogen sich aber bereits auf das Thema Neuwahlen. Tagtäglich verschoben die Verhandler die „letzte Frist" für eine Einigung nach hinten.[178] Von Finanzminister Staribacher kam noch einer der letzten neuen Vorschläge,

[175] Vgl. Der Standard, 5.10.1995. S.1, 5.
[176] Vgl. Die Presse, 6.10.1995. S.1.
Der Standard, 6.10.1995. S.5.
[177] Vgl. Die Presse, 7.10.1995. S.1, 7.
Der Standard, 7.10.1995. S.1, 2.
[178] Vgl. Der Standard, 9.10.1995. S.4, 5.
Der Standard, 10.10.1995. S.4, 5.

nämlich die Reduktion des Anschaffungsbudgets im ÖVP-geführten Verteidigungsministerium um zwei Milliarden, was prompt vom Koalitionspartner abgelehnt wurde.[179] Im Wesentlichen war das Sparvolumen der beiden Konzepte mittlerweile praktisch gleich groß. Das Problem dabei war, dass die Sparvorhaben auf die Klientel des jeweils anderen zielten.[180]

Am 12. Oktober war es schließlich so weit: Die Regierung brach die Verhandlungen wegen Aussichtslosigkeit ab und beschloss, im Nationalrat einen Neuwahlantrag für den 17. Dezember einzubringen. Die Initiative für den Abbruch kam dabei von ÖVP-Obmann Schüssel. Das war aber auch schon der letzte Rest an Einigkeit, die Schuld für das Scheitern der Koalition fanden die Parteien beim jeweils Anderen. Aus Sicht der SPÖ hatte die ÖVP Neuwahlen angestrebt und schließlich provoziert:

> „Sie haben die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß in den nächsten Monaten in diesem Land nicht gespart werden kann, Sie tun Österreich erstens einen 200 Millionen Schilling teuren Wahlkampf an. Sie, meine Damen und Herren, verhindern, daß in den nächsten Monaten aufgrund der Nichtbeschlußfassung des von Bundesminister Staribacher vorgelegten Budgets Einsparungen im Umfang von rund 30 Milliarden Schilling vorgenommen werden können. Das verhindern Sie! Und Sie verhindern darüber hinaus, daß Privilegien, die wir zu beseitigen bereit sind, im Umfang von 2 bis 3 Milliarden Schilling erhalten bleiben. Das ist Ihre Spargesinnung.
>
> Meine Damen und Herren! Es ist kein Mißbrauch, Wahlen in einer Demokratie zu verlangen und zu veranstalten, aber es ist Mißbrauch, Herr Abgeordneter Khol, die Wähler so lange wählen zu lassen, bis ein Ergebnis herauskommt, das einem paßt. Das ist Mißbrauch, und das versuchen Sie!“[181]

Aus Sicht der ÖVP war durch das Festhalten der SPÖ an wirtschafts- und finanzpolitisch falschen Standpunkten keine andere Möglichkeit geblieben, Österreich vor Schaden zu bewahren.[182]

> „Wir haben mit gutem Grund gesagt: Zu diesem Belastungspaket, das uns vorgelegt wurde, können wir nicht ja sagen. Dieses Belastungspaket, das uns vorgelegt wurde, noch am letzten Tag, also vor zwei Tagen, hätte 30 Milliarden Schilling ausgemacht. Überlegen Sie sich das einmal: Im Jahre 1996 hätten die österreichische Wirtschaft, die österreichischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusätzliche Belastungen in Höhe von 30 Milliarden Schilling verkraften müssen. Wie viele Arbeitsplätze wären verlorengegangen, wie viele Unternehmen wären in Schwierigkeiten geraten, wie viele zusätzliche Konkurse und Zahlungsunfähigkeiten hätte es gegeben, wenn 30 Milliarden Schilling zusätzlich in das Budget des österreichischen Bundes hätten abgeführt werden müssen, meine Damen und Herren?“[183]

Die Presse, 10.10.1995. S.1.
Die Presse, 11.10.1995. S.6.

[179] Vgl. Der Standard, 12.10.1995. S.5.

[180] Vgl. Der Standard, 13.10.1995. S.3.

[181] Kostelka, Peter. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 54/NRSITZ (XIX. GP). S.19f.

[182] Vgl. Der Standard, 13.10.1995. S.1, 2.
Die Presse, 13.10.1995. S.1.
Der Standard, 14.10.1995. S.2, 4.

[183] Feuerstein, Gottfried. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 54/NRSITZ (XIX. GP). S.96.

Selbst in den budgettechnischen Auswirkungen der Neuwahlen und des damit verbunden zwangsweise zu spät beschlossenen Budgets waren sich die beiden Hauptverhandler Finanzminister Staribacher und Wirtschaftsminister Ditz nicht einig. Während Staribacher durch die Neuwahlen automatisch ein höheres Budgetdefizit erwartete, erklärte Ditz, dass es durch die Vorschriften für so einen Fall (Fortschreibung des Vorjahresbudgets) ganz im Gegenteil zu einem niedrigeren Defizit kommen würde.[184]

Im Bundesrat kam es am 20. Oktober zu einem Schlagabtausch zwischen Finanzminister Staribacher und Wirtschaftsminister Ditz. Zunächst behauptete der Finanzminister in einer Anfragebeantwortung zum Thema „Finanzausgleich“:

> Ich darf Ihnen daher berichten, daß in einer Sitzung mit Herrn Kollegen Ditz am 21. September eine Akkordanz oder fast eine Akkordanz hinsichtlich einer Lücke von 50 Milliarden möglich war und auch tatsächlich soweit abgesprochen wurde. Ich mußte allerdings zu meiner Verwunderung feststellen, daß in der zwei Stunden später stattfindenden Sitzung mit Herrn Dr. Schüssel die bereits getroffenen Akkordanz, die Ditz mit mir ausgemacht hatte, von Schüssel wieder zurückgenommen wurde. Das heißt, wir hatten ein Budget bis zu dem Moment, als Herr Dr. Schüssel die Verhandlungen weitergeführt hat.[185]

Wirtschaftsminister Ditz antwortete darauf in derselben Sitzung im Rahmen einer Anfragebeantwortung zum Thema „gemeinnützige Wohnbauvereinigungen“:

> Ich sage ganz ehrlich, ich habe mit vielen sozialistischen Ministern […] Verhandlungen geführt und Ergebnisse erzielt. Mir sind solche Ausführungen noch nie untergekommen. Diesem Finanzminister ist inhaltlich und zeitlich die Budgeterstellung außer Kontrolle geraten, und er hat offensichtlich auch den Unterschied zwischen Verhandlungen, die nur mit dem Herrn Bundeskanzler und dem Vizekanzler geführt wurden,… *(Rufe und Gegenrufe bei der ÖVP und den Freiheitlichen.)* Das war eine Frage an mich.
>
> Ich sage Ihnen: Die Behauptung, daß mit mir ein Budget in der Höhe von 50 Milliarden akkordiert wurde, ist unwahr. Ich behaupte, daß dies unwahr ist und daß es hier keine Akkordierung gegeben hat.[186]

Beide Regierungsparteien legten im Wahlkampf Konzepte zur Budgetsanierung vor, die im Wesentlichen denen aus den Verhandlungen glichen. Beide Parteien kündigten an, ihr Konzept als Grundlage für die nach der Wahl folgenden Koalitionsverhandlungen zu verwenden. Unterschiedlich waren nicht nur die inhaltlichen Schwerpunkte sondern auch die Namensgebung. Während die SPÖ ihr Programm offiziell als „Kanzler-Budget 1996“ titulierte, gab Wirtschaftsminister Ditz dem ÖVP-Programm den inoffiziellen Titel „Blut-, Schweiß- und Tränenprogramm“, dieses sollte mit einem „Paukenschlag“ das

[184] Vgl. Der Standard, 14.10.1995. S.29, 30.
Der Standard, 20.10.1995. S.16.
[185] Staribacher, Andreas. In: Stenographische Protokolle des Bundesrates 605/BRSITZ S.113.
[186] Ditz, Johannes. In: Stenographische Protokolle des Bundesrates 605/BRSITZ S.150.

Budget sanieren und weitere Sparpakete auf dem Weg zur Erfüllung der Maastrichtkriterien ersetzen.[187]

Die Pläne der ÖVP erhielten aber noch einen anderen, offizielleren Namen: „Schüssel-Ditz-Plan". Diese Bezeichnung sollte Erinnerungen an den „Raab-Kamitz-Kurs" wecken. Eben dieses Vorhaben kritisierte die SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Brigitte Ederer scharf. Vor allem warf sie dem Koalitionspartner vor, zwar Strukturmaßnahmen zu fordern, aber keine Pläne dafür, sondern vielmehr für Mehreinnahmen vorzulegen. Ganz besonders kritisierte sie die geplante Anpassung der Bemessungsgrundlage für die Sozialversicherungsbeiträge an die Bemessungsgrundlage der Lohnsteuer, da das nach ihrer Interpretation eine Besteuerung von Nacht-, Überstunden-, Schmutz-, Erschwernis- und Gefahrenzulagen bedeutet hätte. Die Privatisierungsvorhaben bezeichnete sie als „Ausverkauf Österreichs".[188] Beinahe ebenso heftig kritisierte die ÖVP die Ankündigung von Bundeskanzler Vranitzky, Andreas Staribacher nach der Wahl wieder zum Finanzminister machen zu wollen. Wirtschaftsminister Ditz warf dem amtierenden Ressortkollegen vor, für das Chaos in der Budgetpolitik verantwortlich zu sein und erklärte, nicht mehr als Wirtschaftsminister zur Verfügung stehen zu wollen, wenn Staribacher Finanzminister bliebe. Nach der Wahl hätte nach seinen Vorstellungen sofort ein Kassasturz durchgeführt werden müssen, um versteckte Altlasten aufzuzeigen und Klarheit in die Budgetzahlen zu bringen.[189]

Eine von Sozialminister Hums (SPÖ) angekündigte Verordnung verärgerte die ÖVP weiter. Er wollte den Arbeitgeberbeitrag zum Insolvenzausgleichsfonds von 0,5 auf 0,8 Prozent anheben. Vizekanzler Schüssel bezeichnete das als „Schröpfen der mittelständischen Wirtschaft um 2,6 Milliarden Schilling" und ortete den Grund dafür in der Konsumpleite. Hums verteidigte das Vorhaben und wies dabei auf eine Absenkung der Zahlung an den Entgeltfortzahlungsfonds von 2,5 auf 2,3 Prozent hin.

Die von der ÖVP geforderte Einführung von Selbstbehalten auf Arztbesuche verärgerte wiederum die SPÖ. Laut den Berechnungen von Bundeskanzler Vranitzky hätte eine Behandlungsserie wegen Kopfschmerzen 10.500 Schilling gekostet. Laut ÖVP-Berechnung durch eine geplante Obergrenze nur 50 Schilling pro Quartal.[190]

---

[187] Vgl. Die Presse, 20.10.1995. S.7.
Der Standard, 20.10.1995. S.16.

[188] Vgl. Der Standard, 28.10.1995. S.4.

[189] Vgl. Die Presse, 10.11.1995. S.1.
Der Standard, 17.11.1995. S.26.

[190] Vgl. Der Standard, 22.1.1995. S.4.
Die Presse, 22.11.1995. S.7.

In den TV-Diskussionen und Konfrontationen kündigte auch der Bundeskanzler für die Zeit nach der Wahl „tiefe Einschnitte“ an, verwehrte sich aber gegen die Blut-, Schweiß- und Tränen-Diktion des Koalitionspartners. Vizekanzler Schüssel warf dem SPÖ-Vorsitzenden vor, dem Koalitionspartner lange Zeit absichtlich falsche Budgetzahlen geliefert zu haben und verwies dabei auf ein angebliches SPÖ-Geheimpapier, in dem schon im Juli von einem Einsparungsbedarf von 50 Milliarden Schilling die Rede war.[191] Das letzte Scharmützel zum Thema Budget vor den Wahlen lieferten einander die Parteispitzen rund um den EU-Gipfel zum Thema Währungsunion. Die Aussagen Vranitzkys gegen eine dauerhafte restriktive Budgetpolitik in der EU veranlassten Schüssel dem Gegenüber eine typisch sozialistische Sichtweise vorzuwerfen und entgegenzuhalten, dass Schulden keine Arbeitsplätze schafften. Finanzminister Staribacher betonte einmal mehr, dass vor allem eine stabile Regierung und nicht Neuwahlen beim Erreichen der Budgetziele geholfen hätte.[192]

2.12 Koalitionsverhandlungen und Doppelbudget 1996/97

Nach den Wahlen am 17. Dezember beschlossen die Parteispitzen Schüssel und Vranitzky zunächst – ganz nach dem Wunsch der ÖVP – einen Kassasturz von Finanz- und Wirtschaftsminister für die Jahre 1966 und 1997 durchführen zu lassen und erst danach mit den Koalitionsverhandlungen zu beginnen.[193] Am 28. Dezember wurden die ersten diesbezüglichen Zahlen veröffentlicht. Auf das angestrebte Defizit für das Jahr 1996 fehlten 66 Milliarden, für das Jahr 1997 100 Milliarden. Während der Finanzminister die Steigerung des Defizits mit den Neuwahlen und einem vermutlich schwächeren Wirtschaftswachstum erklärte, wies der Wirtschaftsminister darauf hin, wie sich die Aussagen des Finanzministers bezüglich der Höhe des drohenden Defizits im Laufe der Zeit verändert hatten, nämlich von 30 Milliarden vor dem Sommer auf eben diese 66 Milliarden im Jänner. Mehrkosten in der Höhe von 12 Milliarden durch die Neuwahlen bestritt Ditz vehement. Gleichzeitig bezifferte Nationalratspräsident Fischer (SPÖ) die Mehrkosten pro Tag ohne Budget mit 35 Millionen Schilling und rief die ÖVP daher zu schnellen Verhandlungen auf.[194] ÖVP-Obmann Schüssel verlangte vor der Entscheidung seiner Partei, ob sie in Koalitionsverhandlungen einsteigen würde oder nicht, zunächst konkrete Vorschläge der SPÖ zur Konsolidierung. Doch bereits vor der offiziellen Aufnahme von

[191] Vgl. Die Presse, 4.12.1995. S.6.
[192] Vgl. Die Presse, 16.12.1995. S.1.
[193] Vgl. Die Presse, 23.12.1995. S.1.
[194] Vgl. Die Presse, 29.12.1995. S.1.
Der Standard, 29.12.1995. S.4.

Verhandlungen einigten sich die beiden Parteien, ein Doppelbudget für 1996 und 1997 zu erstellen.[195] Am 2. Jänner gab Finanzminister Staribacher seinen Rücktritt bekannt. Bundeskanzler Vranitzky präsentierte den bisherigen Verkehrsminister Klima als dessen Nachfolger. Die ÖVP begrüßte diesen Schritt sehr, hatte sie doch Staribacher immer wieder fehlende Sachkompetenz vorgeworfen. Einen weiteren Schritt in Richtung Neuauflage einer Großen Koalition machte die SPÖ durch die Vorlage detaillierter Vorschläge als Verhandlungsgrundlage für die neue Legislaturperiode.[196] Geradezu schlagartig schienen sich nun die Fronten aufzuweichen. In seiner Antrittserklärung stellte der neue Finanzminister seine Ziele vor. Dazu gehörten:

- Einsparungen von 66 Milliarden Schilling im laufenden Jahr 1996
- Einsparungen in der Höhe von 100 Milliarden bis Ende 1997
- überwiegend ausgabenseitige Sanierung
- Erreichen der Maastrichtkriterien
- Keine Belastung des 13. und 14. Monatsgehaltes

Die Reaktionen aus der ÖVP zu diesen Ansagen waren durchgehend positiv.[197] Am Tag darauf gaben die beiden Parteien bekannt, nun über die Budgetzahlen, dem Ausgangspunkt für Verhandlungen, einig zu sein.[198] Kurz darauf erhielt die ÖVP auch die geforderten Konsolidierungsvorschläge der SPÖ. Darin enthalten waren:

- „Solidareffekt Einkommenssteuer“ (z.B. Einschränkung der Sonderausgaben)
- Halbierung der Begünstigung für Sonderausgaben
- eine Ergänzungsabgabe
- Energiesteuer
- Erhöhung des Altlastensanierungsbeitrages
- stärkere Belastung für Fiskal-Pkw
- Verlängerung der Abschreibungsdauer für Firmenwagen
- Anhebung der Mindestkörperschaftssteuer
- Durchforstung der Bausparförderung
- einkommensabhängige Staffelung bei Geburten-, Wohnbau-, Agrarförderungen
- Harmonisierung (Vereinheitlichung) der Familienbeihilfe
- Selbstbehalte für Kuren

[195] Vgl. Die Presse, 30.12.1995. S.1.
[196] Vgl. Der Standard, 3.1.1996. S.4, 5.
Die Presse, 3.1.1996. S.1.
[197] Vgl. Die Presse, 4.1.1996. S.1.
Der Standard, 4.1.1996. S.4.
[198] Vgl. Die Presse, 5.1.1996. S.1.

- Heranführung des tatsächlichen an das gesetzliche Pensionsalter
- Sozialversicherungspflicht für Werkverträge[199]

Die ÖVP beschloss daraufhin bei ihrem Dreikönigstreffen, in Koalitionsgespräche einzutreten, legte aber quasi als Antwort auf die Pläne der SPÖ einen Fragenkatalog an die SPÖ vor:

- Welches Verhältnis zwischen ausgaben- und einnahmenseitigen Sanierungsschritten stellt sich die SPÖ vor?
- Welche konkreten Maßnahmen will sie zur Eindämmung der Bundeszuschüsse im Pensionssystem setzen und wie will sie die Flucht in Frühpensionen stoppen?
- Welche Maßnahmen plant sie gegen den Anstieg der Arbeitslosengelder?
- Wie will sie im öffentlichen Dienst sparen?
- Welche Selbstbehalte kann sie sich im Gesundheitswesen vorstellen?
- Wie steht sie zur Flexibilisierung im Bereich der Arbeits- und Öffnungszeiten?
- Bekennt sie sich zu den im Rahmen des EU-Beitritts gemachten Zusagen an die Bauern?[200]

Nach der ersten Verhandlungsrunde zeigten sich beide Seiten zufrieden. Bezüglich der Budgetsanierung hatten sie sich auf die Formel: zwei-Drittel Einsparungen und Ein-Drittel Mehreinnahmen sowie auf das Ziel, die Lohnnebenkosten nicht zu erhöhen, geeinigt.[201] Schon nach den ersten Verhandlungsrunden sprachen beide von großen Fortschritten und lobten das Gesprächsklima. Überraschend war auch das Drängen des Chefs der Metallergewerkschaft Rudolf Nürnberger (SPÖ) auf harte Maßnahmen zur Budgetsanierung.[202] Zunächst kamen nur wenige Details an die Öffentlichkeit, diese betrafen hauptsächlich die Themen Familienbeihilfe *(vgl. Kap. 3.2 Unterstützungen und Karenzzeiten)*, Gesundheitssystem *(vgl. Kap. 6.1 Gesundheitssystem)* und Pensionssystem *(vgl. Kap. 7.1 Pensionen)*.

Am 5. Februar verkündeten die Koalitionsverhandler eine Einigung in den Budgetfragen.

- Im öffentlichen Dienst sollten die Personalausgaben zwei Jahre lang auf dem Niveau von 1995 gehalten werden (durch Reduktion der Bediensteten, moderate Gehaltsrunden, Einschränkung der Pragmatisierung, Einschränkung von Überstunden, Einführung eines Durchrechnungszeitraumes für die Pensions-

[199] Vgl. Der Standard, 8.1.1996. S.11.
[200] Vgl. Der Standard, 9.1.1996. S.5.
[201] Vgl. Der Standard, 13.1.1996. S.5.
[202] Vgl. Der Standard, 19.1.1996. S.4.

bemessung und volle Pensionshöhe erst bei Pensionierung ab dem 60. Lebensjahr, ASVG-Pensionen für neu eintretende Beamte).

- ähnliche Maßnahmen für öffentliche Körperschaften wie die ÖBB und Sozialversicherungsträger
- Auszahlung der Familienbeihilfe für Studenten nur mehr für die Mindeststudiendauer plus zwei Semester
- Entfall der Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder nichtösterreichischer Staatsbürger, Aufteilung des zweijährigen Karenzurlaubs auf beide Elternteile (1,5 Jahre für den ersten, 0,5 Jahre für den zweiten Partner)
- Entfall des Pflegegeldes ab dem zweiten Tag Spitalsaufenthalt
- Bonus-Malus-System für die Einstellung/Kündigung älterer Arbeitnehmer
- Einfrieren der Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik auf dem Niveau von 1995
- Anhebung des faktischen Pensionsalters (durch Anhebung der erforderlichen Beitrags- und Versicherungsmonate für die vorzeitige Alterspension, Anrechnung von Studien- und Schulzeiten nur bei Nachkauf von Versicherungszeiten, strengere Definition der Berufsunfähigkeit, Anreize für späteren Pensionsantritt)
- Senkung des Bundeszuschusses für Gewerbetreibenden- und Bauernpensionen
- Ruhens- und Anrechnungsbestimmungen
- Abschaffung des allgemeinen Sonderunterstützungsgesetzes
- mehr Kontrollen gegen und höhere Strafen bei Schwarzarbeit
- Absenkung des allgemeinen Steuerabsetzbetrages bei höheren Einkommen ab 500.000 Schilling bis auf null bei niedrigeren
- Sonderausgaben sollten nur mehr zu einem Viertel steuerwirksam werden
- Steuerfreiheit nur für die ersten fünf Überstunden eines Monats bis 590 Schilling
- Sistierung der Freibetragsbescheide ab Juni 1996
- Erhöhung der Mindestkörperschaftssteuer auf 50.000 Schilling
- Erhöhung der Kapitalertragssteuer auf 25 Prozent
- Energiebesteuerung von Strom und Erdgas
- Erhöhung der Tabaksteuer um zehn Prozent
- Erhöhung der Mindestsätze bei Vererbung von Grundstücken
- Verringerung der Bausparförderung

Beide Verhandlungspartner zeigten sich über die Ausgeglichenheit der Maßnahmen zufrieden und sahen alle Vorhaben *(vgl. oben)* erfüllt.[203] Beide versicherten auch, die Maßnahmen vor ihren Klientels zu vertreten und hart zu bleiben. Aber auch innerhalb der Regierung kam es zu Versuchen, noch Änderungen durchzusetzen. Vor allem Sozialminister Hums (SPÖ) wollte noch einige weitreichende Korrekturen durchsetzen. So zum Beispiel, dass alleinstehenden Müttern die gesamten zwei Jahre Karenzurlaub zustehen sollten. Außerdem: 17 Prozent Sozialabgabe bei allen Werkverträgen, Ausnahmen für unter 25-Jährige bei der erhöhten Anwartschaft auf Arbeitslosengeld und für Betriebe mit über 100 Beschäftigten eine Quote für ältere Arbeitnehmer. Alle diese Forderungen wehrte die ÖVP ab. Die von der ÖVP verlangte schnellere Erhöhung der notwendigen Monate für die Pension (von 420 auf 450) statt in fünf Jahren in drei bis vier Jahren verweigerte wiederum der Sozialminister.[204]

2.13 Budget 1998 und 1999

In Vorbereitung auf die Budgetverhandlungen des Jahres 1997 trat die ÖVP für die abermalige Erstellung eines Doppelbudgets, also für die Jahre 1998 und 1999 ein. Wirtschaftsminister Farnleitner (ÖVP) sprach sogar von einem Konsens darüber mit der SPÖ. Diese widersprach heftig und sagte lediglich Gespräche darüber zu. Die SPÖ-Spitzen Vranitzky, Klima, Kostelka und Fischer führten zwei Hauptargumente dagegen an. Zum Ersten wollten sie nicht den Eindruck eines weiteren Sparpaketes entstehen lassen, zum Zweiten brachten sie verfassungsrechtliche Bedenken vor, da eigentlich nur Budgetbeschlüsse für das laufende und das folgende Jahr vorgesehen waren. Die ÖVP sah den Vorteil in einem weiteren Doppelbudget vor allem darin, dass Österreichs EU-Präsidentschaft nicht durch einen Budgetstreit in den Schatten gestellt werden könnte.[205] Der Kompromiss in dieser Frage war dann, im Jahr 1997 für 1998 und 1999 die Budgets im Wesentlichen zu fixieren.[206]

Die angestrebte große Steuerreform warf ihre Schatten ebenfalls schon in das Jahr 1996. Während die SPÖ in Person von Bundeskanzler Vranitzky und Bundesgeschäftsführerin

---

[203] Vgl. Die Presse, 6.2.1996. S.1, 6.
Der Standard, 6.2.1996. S.1, 4, 5.

[204] Vgl. Der Standard, 7.2.1996. S.4.
Der Standard, 22.2.1996. S.6.

[205] Vgl. Die Presse, 25.7.1996. S.6.
Die Presse, 29.7.1996. S.6.
Der Standard, 29.7.1996. S.5.
Die Presse, 30.7.1996. S.6.
Der Standard, 31.7.1996. S.14.

[206] Vgl. Die Presse, 13.11.1996. S.6.

Ederer für eine Erhöhung der Erbschaftssteuer eintrat, forderte die ÖVP sogar deren Abschaffung mit der Begründung, es handle sich dabei erstens um eine „Bagatellsteuer“ und sie belaste zweitens die Familien.[207] Im März 1997 drängte die ÖVP durch Aussagen ihrer Generalsekretärin Rauch-Kallat und ihres Parteiobmannes Schüssel darauf, die angestrebte Steuerreform mit 1. Jänner 1999 in Kraft treten zu lassen. Ziel der ÖVP war ein Volumen von neun bis zwölf Milliarden Schilling, Hauptnutznießer der Entlastung sollten ihrer Meinung nach die Familien sein. Anlass dazu wäre das zu erwartende Erkenntnis des VfGH zur Familienbesteuerung gewesen. Finanzminister Edlinger (SPÖ) erteilte diesem Ansinnen eine klare Absage, da aus seiner Sicht die wirtschaftliche und budgetäre Entwicklung keine Steuersenkung vor dem Jahr 2000 zuließe.[208] Umgekehrt war es bei Überlegungen von Finanzminister Edlinger, die KESt zu erhöhen. Hier handelte er sich den Widerspruch der ÖVP ein.[209] Der kleinere Koalitionspartner lehnte generell Überlegungen des Finanzministers über neue oder höhere Steuern zur Finanzierung eines zehn Milliarden Loches für das folgende Budget ab und pochte einmal mehr darauf, dieses durch Einsparungen zu stopfen.[210] Bundeskanzler Klima versuchte die Diskussion zu beruhigen, indem er die Notwendigkeit für ein „Belastungspaket“ abstritt.[211]

Insgesamt waren beide Parteien bemüht, Streitigkeiten bei der Budgeterstellung nicht nach außen dringen zu lassen. Für die Existenz solcher Konflikte spricht allerdings nicht nur die Tradition sondern auch die Tatsache, dass vor der Regierungsklausur im Juni von den Parteien unterschiedliche Höhen für die fehlenden Beträge genannt wurden. Während die SPÖ von 40 fehlenden Milliarden für die zwei kommenden Jahre sprach, bezifferte die ÖVP das Loch alleine für das Jahr 1998 mit 40 Milliarden.[212] Auch ein gewisses Misstrauen war in den Verhandlungen vorhanden. Das äußerte sich in Aussagen von ÖVP-Verhandlern, dass sie befürchteten, von SPÖ-Ministern bei den Budgetangaben getäuscht zu werden.[213] Dennoch gelang es vergleichsweise rasch, zu einem Ergebnis zu kommen. Am 24. Juli beendeten die Parteien die Verhandlungen für die Budgetentwürfe der Jahre 1998 und 1999. Nicht gelungen war allerdings eine Einigung bei der ursprünglich mit dem Budget verbundenen Materie der Pensionsreform *(vgl. Kap. 7.1 Pensio-*

[207] Vgl. Der Standard, 7.5.1996. S.5.
Der Standard, 25.11.1996. S.1.
[208] Vgl. Der Standard, 3.3.1997. S.12.
Der Standard, 10.3.1997. S.1, 6.
[209] Vgl. Der Standard, 29.3.1997. S.27.
Die Presse, 4.4.1997. S.7
[210] Vgl. Die Presse, 27.5.1997. S.6.
[211] Vgl. Die Presse, 28.5.1997. S.8.
[212] Vgl. Der Standard, 10.6.1997. S.5.
[213] Vgl. Die Presse, 23.7.1997. S.10.

nen).[214] Rund um die Beschlussfassung im Parlament entzündete sich an dem Erkenntnis des VfGH ein heftiger Konflikt zur Familienbesteuerung. Die Lösung verursachte beträchtliche Mehrkosten (sechs Milliarden im Jahr 1999 und im Vollausbau 12 Milliarden pro Jahr) und schränkte dadurch den Spielraum für die angestrebte Steuerreform beträchtlich ein *(vgl. Kap. 3.2 Unterstützungen und Karenzzeiten).*[215] Durch Vorstöße der SPÖ bei der Suche nach Einnahmequellen kam es auch wieder zur Diskussion über die Wertschöpfungsabgabe *(vgl. Kap. 7.4 Wertschöpfungsabgabe).*

Die Einigung über die genauen Budgetdaten für das Jahr 1999 gelang nach den umfangreichen Vorarbeiten rasch, und Finanzminister Edlinger konnte am 25. März vor dem Nationalrat seine Budgetrede halten.[216]

2.14 Steuerreform und Budget 2000

Der Prolog zur Steuerreformdiskussion begann im August 1998. Die ÖVP sowie die Arbeiterkammer und der ÖGB verlangten, eine Steuerreform für das Jahr 2000 noch vor der Nationalratswahl im Herbst zu beschließen. Erstere stellte sich darunter eine Steuerentlastung von insgesamt rund 14 Milliarden, zweitere eine im Ausmaß von 20 Milliarden Schilling vor. Von Finanzminister Edlinger und von SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Ederer kam diesbezüglich Ablehnung. Der Finanzminister sah finanziell keinen Spielraum gegeben, und wie die Bundesgeschäftsführerin befürchtete er, dass in einem angehenden Wahlkampf eine Einigung nur schwer zu erzielen wäre.[217] Bundeskanzler Klima und Vizekanzler Schüssel einigten sich jedoch rasch darauf, noch vor den Wahlen eine Steuerreform zu beschließen und sie mit 1. Jänner 2000 in Kraft treten zu lassen. Auch die Profiteure waren bereits von beiden ausgemacht, nämlich kleinere und mittlere Einkommen.[218] Damit war die Einigkeit aber schon wieder erschöpft.

Die ÖVP wartete rasch mit dem Vorschlag auf, alle Steuersätze bis auf die zwei höchsten um zwei Prozent zu senken und das Karenzgeld für alle unabhängig von der sozialen Situation auszuzahlen *(vgl. Kap. 3.2 Unterstützungen und Karenzzeiten).* SPÖ-Klubobmann Kostelka lehnte das für seine Partei ab, da dadurch Bezieher niedriger Einkommen weit weniger profitiert hätten als Besserverdiener. Eben solche Ablehnung er-

[214] Vgl. Der Standard, 25.7.1997. S.1.
[215] Vgl. Der Standard, 13.2.1998. S.5.
[216] Vgl. Der Standard, 4.3.1998. S.19.
Der Standard, 26.3.1998. S.6.
[217] Vgl. Die Presse, 22.8.1998. S.7.
Der Standard, 24.8.1998. S.6.
Der Standard, 25.8.1998. S.8.
[218] Vgl. Der Standard, 27.8.1998. S.8.

fuhren die weiteren Vorschläge des kleineren Koalitionspartners nach Abschaffung von Erbschafts-, Schenkungs-, Getränke- und Grundsteuer. Kostelka bezifferte das Gesamtvolumen der ÖVP-Vorschläge mit 50 Milliarden Schilling, einem Betrag der ohne ein großes Sparpaket nicht finanzierbar gewesen wäre. Er trat für eine Entlastung des Faktors Arbeit ein und kündigte ein SPÖ-Konzept für November an.[219] Vizekanzler Schüssel verteidigte die Vorhaben und bestand auf einem Entlastungsvolumen von 20 Milliarden Schilling, während der Finanzminister lediglich zehn Milliarden anstrebte.[220]

Die SPÖ heizte die Steuerreformdebatte mit der Forderung nach einer Spekulationssteuer auf Aktiengewinne weiter an. Dafür sollte die Börsenumsatzsteuer fallen, was insgesamt aber doch zu Mehreinnahmen von ein bis zwei Milliarden Schilling führen sollte (diese Zahl zweifelte aber auch der SPÖ-Finanzsprecher Nowotny an). Die Aktiensteuer wurde vom Großteil der ÖVP zwar abgelehnt, aus dem ÖAAB kam aber Zustimmung zu diesem Vorhaben.[221]

In der Pressekonferenz vom 18. Oktober bezeichnete Bundeskanzler Klima die Steuerreform als „Koalitionsfrage", wollte aber auch auf Nachfragen keine Drohung mit Neuwahlen aussprechen. Die ÖVP interpretierte das allerdings dennoch als Drängen in Richtung Neuwahlen und sprach sich scharf dagegen aus, gleichzeitig verlangte sie von der SPÖ, das versprochene Konzept endlich vorzulegen.[222] Klima setzte allerdings nach und kündigte den Gang in Neuwahlen an, wenn es bis Ende Februar, Anfang März keine Einigung über eine Steuerreform geben sollte. Eine Besteuerung von Aktiengewinnen bezeichnete er dabei als wichtigen Punkt.[223] Diese Standpunkte wiederholte er noch einmal nach dem SPÖ Parteitag, wobei er sogar schon den Mai als möglichen Wahlmonat nannte und skizzierte dabei die aus Sicht der SPÖ notwendigen Schwerpunkte für die Steuerreform: Entlastung des Faktors Arbeit sowie Begünstigung von Forschung und Entwicklung.[224] Die ÖVP wies darauf hin, dass die Nationalratswahl laut Koalitionspakt nur mit ihrer Zustimmung vorverlegt werden könnte und kündigte an, eben diese zu verweigern. Damit verbunden war die abermalige Aufforderung an den Koalitionspartner, endlich ein Konzept vorzulegen, und das Signal, unter Umständen bei der „Aktiensteuer" einer Aus-

---

[219] Vgl. Die Presse, 17.9.1998. S.1.
Der Standard, 21.9.1998. S.7.

[220] Vgl. Die Presse, 14.10.1998. S.9

[221] Vgl. Der Standard, 5.10.1998. S.8.
Der Standard, 7.10.1998. S.1.
Die Presse, 14.10.1998. S.9.

[222] Vgl. Der Standard, 19.10.1998. S.7.
Der Standard, 21.10.1998. S.23.

[223] Vgl. Die Presse, 31.10.1998. S.1.

[224] Vgl. Die Presse, 2.11.1998. S.1.
Der Standard, 2.11.1998. S.1.

dehnung der Spekulationsfrist von ein auf zwei Jahre bei gleichzeitiger Abschaffung der Börsenumsatzsteuer zuzustimmen.[225] Nur einen Tag später löste Vizekanzler Schüssel beim Koalitionspartner Empörung aus, als er die Besteuerung von Aktien wörtlich als „Pimperlthema" qualifizierte. In seiner Reaktion bezeichnete SPÖ-Bundesgeschäftsführer Rudas die Steuer als Maßnahme zur Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit.[226] In der Aktuellen Stunde der Nationalratssitzung vom 4. November sagte der Abgeordnete Michael Spindelegger (ÖVP) in Richtung SPÖ:

> „Es würde mich sehr interessieren, einmal von Ihnen zu hören oder zu lesen, welche Steuerreform Sie eigentlich machen wollen. Wir vermissen nach wie vor ein Konzept von Ihnen!
>
> Entweder haben Sie Ihren diesbezüglichen Vorschlag noch nicht erarbeitet, dann frage ich Sie, worüber Sie verhandeln wollen, oder Sie sind sich innerhalb der SPÖ noch nicht einig, aber dann frage ich Sie, was Sie nächstes Jahr beschließen wollen. Oder wollen Sie das Ganze tatsächlich dazu benützen, vorgezogene Neuwahlen vom Zaun zu brechen?"[227]

Mitte November schien nach den vorhergegangenen Aufrufen, Beschuldigungen und Ablehnungen, Bewegung in die Steuerreformdebatte zu kommen. Finanzminister Edlinger konkretisierte seine Vorschläge. Das Ziel, die Lohnnebenkosten um 1,5 bis 2 Prozent zu senken, wollte er mit einigen Maßnahmen gegenfinanzieren. Dazu gehörten:

- Erhöhung der Energiesteuer (gemeint war die Mineralölsteuer)
- Umbasieren der Dienstgeberbeiträge von einer kopfbezogenen Abgabe zu einer Wertschöpfungsabgabe
- Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage für die Sozialversicherungsbeiträge und gleichzeitig eine Senkung der Dienstgeber-Abgaben an die Krankenkassen für niedrigere Einkommen, um diese Einkommen für Betriebe günstiger zu machen.

Vom ÖVP-Wirtschaftsbund erhielt er dafür Lob und vom ÖVP-Klubobmann ebenfalls Zustimmung, wobei er die Vorschläge als einen Schwenk in Richtung ÖVP-Linie interpretierte.[228] Kurz darauf verschärfte sich der Konflikt wieder. Erster Stein des Anstoßes war, dass Finanzminister Edlinger immer wieder Zwischenergebnisse aus der Steuerreformkommission an die Öffentlichkeit brachte. So zum Beispiel die geplante Entlastung von Jahreseinkommen unter 200.000 Schilling um monatlich 400 Schilling. Diese Kritik kam aber auch aus den eigenen Reihen.[229] Teile der ÖVP wiederum waren mit der SPÖ

[225] Vgl. Der Standard, 3.11.1998. S.8.
Die Presse, 3.11.1998. S.23.
[226] Vgl. Die Presse, 4.11.1998. S.9.
[227] Spindelegger, Michael. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 145/NRSITZ (XX. GP). S.53.
[228] Vgl. Der Standard, 13.11.1998. S.7.
[229] Vgl. Der Standard, 14.11.1998. S.7.

einer Meinung, dass das Vorgehen ihrer eigenen Partei mit verschiedensten Vorschlägen unkoordiniert wäre. Das äußerte sich zum Beispiel darin, dass ÖVP-Generalsekretärin Rauch-Kallat nun dem Finanzminister wieder vorwarf, hauptsächlich den Mittelstand belasten zu wollen.[230]

Am 18. November legte die ÖVP daraufhin ihre Verhandlungslinie fest:

- Senkung der Einkommenssteuertarife von 22, 32 und 42 auf 20, 30 und 40 Prozent (Kosten: ca. 16 Milliarden)
- Senkung der Lohnnebenkosten (die Kosten dafür wurden mit neun Milliarden Schilling pro Prozent berechnet) durch Verringerung der Arbeitgeberbeiträge in den FLAF, zur Wohnbauförderung, an die Kommunen oder an die Sozialversicherung (Gegenfinanzierung durch Sparen bei den Sozialausgaben) und durch Senkung der Arbeitslosenbeiträge (Gegenfinanzierung durch Einzahlung von einem Prozent der Lohnsumme aus dem Budget in die Arbeitslosenversicherung)
- Erhöhung der Energiesteuer
- Ablehnung der Wertschöpfungsabgabe
- Steuerliche Absetzbarkeit der privaten Pensionsvorsorge
- Erhöhung des Lehrlingsfreibetrages
- Erhöhung des Forschungsfreibetrages auf 30 Prozent
- Steuerbefreiung für nicht entnommene Gewinne
- Keine Aktiensteuer
- Keine Erhöhung von Erbschafts- und Grundsteuer sowie der Einheitswerte.[231]

Bundeskanzler Klima appellierte an beide Parteien, künftig die Diskussion nicht über die Medien sondern in den Verhandlungen zu führen, erneuerte aber im selben Interview die Ablehnung der Tarifsenkung durch seine Partei, da dies vor allem die Besserverdienenden entlasten würde.[232] Vizekanzler Schüssel fasste noch einmal die Vorstellungen seiner Partei zusammen. Demnach sollte es zu einer Steuerentlastung von 25 bis 26 Milliarden Schilling kommen, dafür müssten seiner Meinung nach etwa 50 Milliarden „bewegt" werden. Mittlere Einkommen dürften dabei in absoluten Zahlen nicht weniger profitieren als kleinere Einkommen, und die Lohnebenkosten müssten um ein bis zwei Prozent gesenkt werden. Der Hauptteil der Kosten wäre durch Einsparungen zu lukrieren. Einspa-

[230] Vgl. Der Standard, 17.11.1998. S.7.
[231] Vgl. Die Presse, 19.11.1998. S.7.
[232] Vgl. Die Presse, 21.11.1998. S.7.
Der Standard, 21.11.1998. S.7.

rungsvorschläge wollte er zuerst dem Koalitionspartner vorlegen.[233] Kurz vor Beginn der Verhandlungen distanzierte sich Finanzminister Edlinger von der diskutierten Energiesteuer und formulierte seine Präferenz für eine Wertschöpfungsabgabe. Das angestrebte Entlastungsvolumen bezifferte er mit 20 Milliarden Schilling.[234]

Unerwartet schnell einigten sich die beiden Verhandlungsteams auf ein angesichts der Ankündigungen überraschend hohes Entlastungsziel in der Höhe von 30 Milliarden Schilling (inklusive der Familienförderung). Laut Aussagen von Vizekanzler Schüssel und Finanzminister Edlinger mussten dafür rund zwölf Milliarden an anderer Stelle im Budget eingespart werden (zehn Milliarden waren vorhanden, vom Rest des Volumens sollten etwa zwei Drittel Länder und Gemeinden aufbringen). Eine höhere Besteuerung von Energieträgern stand nun nicht mehr zur Debatte.[235]

Zu Beginn des Jahres 1999 nahm die Heftigkeit der gegenseitigen Angriffe zu. Das Gegenkonzept der SPÖ zur Steuertarifsenkung der ÖVP war die Erhöhung des allgemeinen Steuerabsetzbetrages um rund 4.000 Schilling pro Jahr. Vizekanzler Schüssel bezeichnete das in einem Interview als „größten wirtschaftspolitischen Humbug". Seine Ablehnung begründete er damit, dass 80 Prozent des Steueraufkommens von den mittleren Einkommensbeziehern aufgebracht würden und diese daher entlastet gehörten. ÖVP-Generalsekretärin Rauch-Kallat und Klubchef Khol bewerteten den Plan der SPÖ zudem als „unsozial, ungerecht und leistungsfeindlich." Finanzminister Edlinger, unterstützt von SPÖ-Klubobmann Kostelka, warf daraufhin der ÖVP vor, die Kluft zwischen kleineren und größeren Einkommen vertiefen zu wollen und unsozial zu agieren. Außerdem retournierte er die Bezeichnung „wirtschaftspolitischer Unfug" für die Ausgabenwünsche der ÖVP, die seiner Ansicht nach unweigerlich in ein weiteres Sparpaket geführt hätten.[236] Deutlicher wurde Finanzminister Edlinger drei Tage später. Er listete alle in den letzten Wochen von der ÖVP gemachten Vorschläge für zusätzliche Mehrausgaben auf, nannte dabei jeweils die Kosten nach seinen Berechnungen und bezifferte schließlich die Summe auf 15 Milliarden Schilling. Das hätte eine Gesamtsumme für die Steuerreform von 40 Milliarden ausgemacht. Diese Summe nahm er schließlich zum Anlass, der ÖVP vorzuwerfen, nicht an die Finanzierung zu denken, sondern damit ein neues Sparpaket zu erzwingen. Außerdem forderte er sie auf, statt nach neuen Ausgaben nach Einsparungsmöglichkeiten zu suchen.[237] Für die ÖVP waren das weit überzogene Zahlen, einen un-

[233] Vgl. Die Presse, 28.11.1998. S.25.
Der Standard, 28.11.1998. S.27.
[234] Vgl. Die Presse, 12.12.1998. S.50.
[235] Vgl. Der Standard, 15.12.1998. S.7.
[236] Vgl. Der Standard, 18.1.1999. S.8.
[237] Vgl. Der Standard, 21.1.1999. S.6.

bestrittenen Mehraufwand wollte sie durch Einsparungen in der Verwaltung auftreiben. Einmal mehr verlangte ÖVP-Generalsekretär Karas von der SPÖ, endlich ein Gesamtkonzept für ihre Vorschläge vorzulegen.[238] Ein Hauptkonfliktpunkt war weiterhin die Frage nach dem Karenzgeld für alle *(vgl. Kap. 3.2 Unterstützungen und Karenzzeiten)*. Am 9. Februar nach einer weiteren Verhandlungsrunde beruhigte sich die Lage etwas. Die Teilnehmer hatten sich nun endgültig auf das Volumen von 30 Milliarden geeinigt, wobei nach wie vor die Berechnungen über das ÖVP-Modell stark variierten. Als möglichen Kompromiss nannte der Finanzminister eine Mischung aus den beiden konkurrierenden Modellen. Gemeinsames Ziel war eine Einigung bis Mitte März.[239]

In den folgenden Tagen wurden in den Medien immer wieder Annäherungen kolportiert, die die Verhandler allerdings nicht kommentierten.[240] Mittlerweile präsentierte die ÖVP einen neuen Vorschlag zur Entlastung der Wirtschaft: Das Eigenkapital von Betrieben sollte imaginär verzinst werden und diese Zinsen dann als Betriebsausgabe steuerlich absetzbar sein. Finanzminister Edlinger qualifizierte das als nicht leistbar. Seine Idee, die Finanzierung des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) auf Wertschöpfungsbasis umzustellen, lehnte die ÖVP als andere Form der Wertschöpfungsabgabe ab.[241] Vehement vertrat die ÖVP auch den Standpunkt, dass die Übergabe von Betrieben an Nachfolger steuerlich entlastet werden müsste. Durch die in diesem Fall fällige Erbschaftssteuer sah die ÖVP hunderttausende Arbeitsplätze gefährdet.[242]

Nach einem Verhandlungsmarathon präsentierten die beiden Verhandlungsteams (Klima, Edlinger, Stix; Schüssel, Farnleitner, Molterer) demonstrativ zufrieden ihre Einigung. Beim umstrittensten Thema der Lohnsteuer hatten sie einen klassischen Kompromiss gefunden. Bis auf die höchste Tarifstufe sollten alle um ein Prozent gesenkt und der allgemeine Steuerabsetzbetrag erhöht werden (Kosten: 17 Milliarden). Die Börsenumsatzsteuer sollte gestrichen und dafür die Spekulationsfrist für die Besteuerung von Aktiengewinnen (25 Prozent) von einem auf zwei Jahre ausgedehnt werden. Für Jungunternehmer war eine Entlastung im ersten Jahr um sieben Prozent enthalten, außerdem ein Freibetrag von fünf Millionen Schilling bei der Übergabe von Betrieben, der Entfall der 13. Umsatzsteuervorauszahlung für Beträge bis 10.000 Schilling und die Einführung eines

[238] Vgl. Die Presse, 9.2.1999. S.9.
Der Standard, 9.2.1999. S.6.
[239] Vgl. Die Presse, 10.2.1999. S.7.
Die Presse, 22.3.1999. S.6.
[240] Vgl. Die Presse, 17.3.1999. S.9.
Der Standard, 17.3.1999. S.9.
Der Standard, 18.3.1999. S.8.
[241] Vgl. Der Standard, 20.3.1999. S.7.
[242] Vgl. Schüssel, Wolfgang: Im Namen der Zukunft. S.115-116.

Investitionsfreibetrages von neun Prozent. Zusätzlich soll die jährliche Zufuhr von Eigenkapital begünstig werden (Kosten insgesamt 3,5 Milliarden). Dabei war allerdings nicht die volle Absetzbarkeit, sondern nur die Differenz zwischen der üblichen Gewinnsteuer und 25 Prozent als Steuervorteil vorgesehen. Damit hatte die gesamte Steuerreform ein Volumen von 32,5 Milliarden Schilling angenommen. Die Mehrkosten sollten durch folgende Einsparungen abgedeckt werden: Erschwerungen bei der Absetzbarkeit von Verlustbeteiligungen, Firmen mit Sitz in Österreich sollten ihre Geschäftsabschlüsse auch dann in Österreich vergebühren, wenn diese im Ausland getätigt wurden, und Einsparungen in der Bundesverwaltung im Bereich Energie und Telekom.[243]

Die Beanstandung der Getränkesteuer auf Alkoholika durch den Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofes ließ deren Aufhebung als wahrscheinlich erscheinen. Damit waren große finanzielle Einbußen für die Gemeinden abzusehen, die es nun in irgendeiner Form zu kompensieren galt. Außerdem stand die Möglichkeit im Raum, dass der Europäische Gerichtshof Rückzahlungen (kolportiertes Volumen 22 Milliarden Schilling) für die Steuer vorschreiben hätte können. Die SPÖ brachte dazu im Parlament einen Initiativantrag ein, der sicherstellen hätte sollen, dass nur Konsumenten das Recht auf eine Rückzahlung erhalten hätten und dass durch eine Zweckwidmung der Einnahmen (z.B. für Umwelt und Gesundheit) die Steuer abgesichert worden wäre. Die ÖVP verweigerte dazu die Zustimmung mit der Begründung, ein noch nicht einmal gefälltes Urteil nicht mit einem neuen Gesetz unterlaufen zu wollen.[244] Danach gelang eine Einigung, die aber nicht bis zu einem Gesetzesbeschluss hielt: SPÖ und ÖVP hatten bereits einen gemeinsamen Antrag im Parlament eingebracht. Durch ein sogenanntes „Bereicherungsverbot" sollte verhindert werden, dass Händler und Wirte, die die Steuer ohnehin an die Konsumenten weitergegeben hatten, diese nicht zurückfordern hätten können. Gegenseitig warf man sich nun vor, die Vereinbarung gebrochen zu haben. Einig war man sich darüber, dass nur Betriebe, die die Steuer nicht an die Konsumenten weitergegeben hatten, diese zurückerhalten sollten.[245] Nach der Darstellung von SPÖ-Klubobmann Kostelka hatte die ÖVP plötzlich verlangt, auch kleineren Betrieben in finanziellen Schwierigkeiten die Rückforderung zu ermöglichen, was aus seiner Sicht einer Wirtschaftsförderung von rund fünf Milliarden Schilling an marode Betriebe gleichgekommen wäre. In der Darstellung von ÖVP-Klubobmann Khol war die SPÖ plötzlich nicht mehr bereit gewesen, den

[243] Vgl. Die Presse, 24.3.1999. S.1, 7, 10, 11.
Der Standard, 24.3.1999. S.2.
[244] Vgl. Die Presse, 7.7.1999. S.1, 15.
[245] Prominentester Fall war Heinz Kammerer von „Wein&Co", der auch die Klage gegen die Steuer vor dem Europäischen Gerichtshof gebracht hatte.

gemeinsamen Antrag im Parlament zu beschließen. Abgesehen davon hielt er den von der SPÖ genannten Betrag für weit überzogen. Damit war ein Gesetzesbeschluss in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr möglich.[246]

2.15 Koalitionsverhandlungen 1999/2000

Das beherrschende Thema der Sondierungsgespräche und der darauffolgenden Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP war das Budget. Der erste Streitpunkt fand sich noch vor dem Beginn der Koalitionsverhandlungen im Zusammenhang mit der Ankündigung von Finanzminister Edlinger, die Ermessensausgaben[247] aller Ministerien um 20 Prozent zu kürzen, um so für das Erreichen des geplanten Budgetdefizits 20 Milliarden Schilling einzusparen. Als Finanzminister konnte er das ohne Zustimmung der Ministerkollegen auf dem Weg eines Erlasses durchsetzen. Zwar gab es auch von Parteikollegen Kritik, wirklich heftig war der Widerspruch jedoch von der ÖVP. Vizekanzler Schüssel befürchtete sogar Privatklagen gegen Minister, da diese langfristige Verträge nicht mehr erfüllen hätten können. Bundeskanzler Klima unterstützte die Maßnahme zwar, beauftrage Edlinger aber, mit allen Ressortchefs zuvor Gespräche darüber zu führen. Damit war zumindest die vom Koalitionspartner kritisierte Vorgangsweise entschärft.[248]

Nachdem die Koalitionsverhandlungen am 17. Dezember begonnen hatten, war wieder einmal die Höhe des zu erwartenden Budgetdefizits ein Konfliktstoff. Während Finanzminister Edlinger das Budgetdefizit mit 20 Milliarden bezifferte, rechnete die ÖVP mit 35 bis 45 Milliarden Schilling. Die ÖVP ortete dahinter aber nicht Unwissenheit sondern Unehrlichkeit, da der Sparerlass *(vgl. oben)* von ihr als verzweifeltes Gegensteuern interpretiert wurde.[249] Edlinger bestritt die von der ÖVP genannten Zahlen vehement.[250] Am 11. Jänner klärten sich die Gründe für die unterschiedlichen Ergebnisse. Die SPÖ ging davon aus, dass Überschüsse in den verschiedenen Fonds zur Budgetsanierung verwendet würden, was die ÖVP mit Hinweis auf deren Zweckgebundenheit ablehnte.[251] Inhaltliche

---

[246] Vgl. Die Presse, 15.7.199. S.1.
Der Standard, 16.7.1999. S.17.

[247] Ermessensausgaben sind Ausgaben, denen keine gesetzliche Verpflichtung zu Grunde liegt (z.B. Betriebskosten, Büromaterial, Fahrzeuge, Telefon- und Druckkosten, PR-Aufträge, Bau- und Erhaltungsarbeiten, aber auch zahlreiche Förderungen fallen darunter).

[248] Vgl. Die Presse, 1.12.1999. S.1.
Der Standard, 1.12.1999. S.6.
Der Standard, 2.12.1999. S.8
Der Standard, 3.12.1999. S.7.

[249] Vgl. Die Presse, 30.12.1999. S.7.

[250] Vgl. Die Presse, 31.12.1999. S.7.

[251] Vgl. Die Presse, 12.1.2000. S.9.

Konflikte über die Art wie das fehlende Geld aufgetrieben werden sollte, hielten die Verhandler geheim und präsentierten die Ergebnisse schließlich am 16. Jänner. Das Scheitern der Koalitionsverhandlungen verhinderte jedoch die Aufnahme in ein Regierungsprogramm.

3 Familie

3.1 Ehe und Familie in der Verfassung

In den Koalitionspakt des Jahres 1987 hatten die Koalitionspartner auf Druck der ÖVP das Vorhaben aufgenommen, Ehe und Familie in der Verfassung festzuschreiben. Eine genaue Formulierung sollte im Laufe der Legislaturperiode festgelegt werden.[252] Der SPÖ-Parteitag im Oktober 1987 nahm jedoch einen Antrag des Bundesfrauenkomitees an, der eine Verankerung von Ehe und Familie in der Verfassung ablehnte. Nicht einmal der Kompromissvorschlag von Karl Blecha, den Zusatz „sofern nicht eine Formulierung gefunden wird, die eine Benachteiligung anderer Formen des Zusammenlebens ausschließt" anzuhängen, fand eine Mehrheit.[253] In der Nationalratsdebatte vom 11. Dezember 1987 wurde neben den Familienförderungen *(vgl. Kap. 3.2 Unterstützungen und Karenzzeiten)* von SPÖ-Abgeordneten auch dieser strittige Punkt angesprochen. Die SPÖ-Abgeordnete Traxler sprach dabei aus, was sie von dem ÖVP-Vorhaben befürchtete:

> „Als Sozialistin möchte ich aber ganz deutlich sagen: Lebenslanger Zwang zur Ehe, Zwang zu Kindern kommt für uns nicht in Frage. Dieser Denkansatz spricht für uns gegen alle Emanzipationsbestrebungen. Wir wollen die neugewonnenen Freiheiten als Frauen verteidigen."[254]

SP-Justizsprecher Rieder präsentierte im Februar einen Vorschlag, von dem er glaubte, dass er von seiner Partei wie auch vom Koalitionspartner angenommen werden könnte. Er sah Folgendes vor: Verbot der Diskriminierung von nicht-ehelichen Formen des Zusammenlebens, Gewährleistung des Zugangs zur Ehe, Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau und von ehelichen und unehelichen Kindern sowie schließlich den konkreten Auftrag zur Familienförderung. Familienministerin Flemming lehnte das ab und machte ihrerseits den Vorschlag, den schlichten Satz „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der Gesetze" in die Verfassung zu schreiben.[255] Während der Arbeit einer eigens für die Lösung dieser Frage und der Ausarbeitung des Jugendwohlfahrtsgesetzes eingesetzten Kommission warf Frauenstaatssekretärin Dohnal der ÖVP vor, andere Formen des Zusammenlebens verhindern zu wollen.[256] Ein unter der Leitung von Kanzleramtsminister Neisser (ÖVP) erarbeiteter Entwurf, an dem Vertreter beider Koalitionsparteien gefeilt hatten, fand zwar die Zustimmung der SPÖ, seiner eigenen Partei war er allerdings zu allgemein gehalten. Er enthielt eine Passage, wonach jedem das

[252] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1987. S.16.
[253] Vgl. Die Presse, 29.10.1987. S.7.
[254] Traxler, Gabrielle: Stenographische Protokolle des Nationalrates 43/NRSITZ (XVII. GP). S.4824.
[255] Vgl. Die Presse, 5.2.1988. S.5.
[256] Vgl. Die Presse, 19.2.1988. S.5.

Recht zustehen sollte, die Form seiner Lebensführung nach seiner eigenen Überzeugung zu wählen. ÖVP-Obmann Mock verlangte, dass Ehe und Familie ausdrücklich als „besonders schutzwürdig" verankert werden sollten. SPÖ-Klubobmann Fischer hingegen kritisierte das Vorhaben einer Verfassungsänderung generell und kündigte an, dass dieses Koalitionsvorhaben nicht erfüllt werden könnte, wenn dadurch irgendeine Form von Diskriminierung stattfinden würde.[257] Im September drohte Mock damit, bis zur Verankerung von Ehe und Familie in der Verfassung in einer für die ÖVP akzeptablen Form nicht über die von der SPÖ gewünschte Straffreistellung von Inzest zu verhandeln.[258] Von Seiten der SPÖ gab es jedoch keine Bereitschaft, hinter den Neisser-Vorschlag zurückzugehen, da dieser als Parteieneinigung interpretiert wurde. Eher sollte es zu keiner Einigung kommen.[259] Die Verhandlungen schliefen schließlich bis auf ein ausgesprochen kurzes Aufflammen im Juni 1995 ein.[260] Erst im Mai 1997 ging die Diskussion mit unveränderten Standpunkten weiter. Auslöser war die Debatte über die Aufnahme der Gleichstellung von Mann und Frau in die Verfassung *(vgl. Kap. 4 Frauen)*. Nun wurde auch der alte Kompromissvorschlag wieder diskutiert.[261] Zu einer Einigung kam es jedoch nicht.[262] In den Koalitionsverhandlungen des Jahres 1999 legte die ÖVP erneut ihre Forderung auf den Tisch.[263]

Die SPÖ verhinderte so eine Veränderung im Sinne des Koalitionspartners, die ihrer eigenen Ideologie widersprach. Mittel dazu war die Strategie der „Nicht-Politik".[264]

3.2 Unterstützungen und Karenzzeiten

Den ersten Konflikt über die finanzielle Unterstützung von Familien löste Familienministerin Flemming (ÖVP) mit einer Gesetzesvorlage aus, die vorsah, Familienbeihilfe nur mehr Familien mit einem Jahresnettoeinkommen von weniger als 240.000 Schilling auszuzahlen. Dagegen legte sich die SPÖ, allen voran Frauenstaatssekretärin Dohnal (SPÖ), quer. Der auch vorhandene innerparteiliche Widerstand ließ die Familienministerin aber relativ bald von ihrem Vorhaben abgehen.[265] Auch die Idee einer Mehr-Kind-Staffel oder

[257] Vgl. Die Presse, 18.3.1988. S.4.
[258] Vgl. Die Presse, 9.9.1988. S.4.
[259] Vgl. Die Presse, 8.11.1988. S.5.
Die Presse, 9.2.1989. S.5.
[260] Vgl. Die Presse, 3.6.1995. S.6.
[261] Vgl. Die Presse, 27.5.1997. S.7.
Der Standard, 6.6.1997. S.6.
[262] Vgl. Die Presse, 4.5.1998. S.6.
Österreichische Bundesverfassung.
[263] Vgl. Der Standard, 4.1.2000. S.6.
[264] Vgl. Rosenberger, Sieglinde: Frauenpolitik in Rot-Schwarz-Rot. S.166.
[265] Vgl. Die Presse, 20.2.1987. S.4.

einer sozialen Staffelung, wie sie von der Familienministerin vorgeschlagen wurde, fand bei SPÖ-Familiensprecherin Traxler keinen Gefallen. Sie verlangte eine generelle Erhöhung der Familienbeihilfe, ohne aber genauere Zahlen zu nennen.[266]

Im Oktober 1987 ging die ÖVP-Familienministerin – diesmal von ihrer Partei unterstützt – mit einem neuen Vorschlag an die Öffentlichkeit. Sie wollte die Familienbeihilfe ab dem dritten Kind in einer Familie um 100 Schilling erhöhen. Aufgrund der prompten Ablehnung der SPÖ kündigte die ÖVP einen Initiativantrag im Parlament an.[267] Frauenstaatssekretärin Dohnal warf dem Koalitionspartner vor, mit dem Vorschlag ideologische Ziele zu verfolgen, und sah darin eine Diskriminierung von alleinerziehenden Müttern mit ein bis zwei Kindern.[268]

In der Nationalratssitzung vom 11. Dezember 1987 stellten die Koalitionsparteien ihre familienpolitischen Standpunkte dar, die sich im Wesentlichen während der gesamten Legislaturperiode kaum verändern sollten. Wichtigster Punkt auf Seiten der ÖVP war die Mehrkinderstaffel. Der Abgeordnete Hafner argumentierte folgendermaßen:

> „Mit zunehmender Kinderanzahl in der Familie wird der für den Unterhalt der einzelnen Kinder zur Verfügung stehende Betrag immer kleiner. Wenn dem Staat also jedes Kind wirklich gleich viel wert ist, meine Damen und Herren, wenn jedem Kind annähernd gleiche Chancen eingeräumt werden sollen, dann muß die Familienbeihilfe für jedes weitere Kind höher sein als für das vorausgehende.“[269]

Dagegen argumentierte die SPÖ-Abgeordnete Zipser mit familienpolitischen Sachleistungen wie Gratis-Schulbüchern, Schülerfreifahrt, Mutter-Kind-Untersuchungen und Geburtenbeihilfe, die aus ihrer Sicht gemeinsam mit der Familienbeihilfe Österreich zu einem der familienfreundlichsten Ländern werden ließen.[270] Und ihr Parteifreund Rieder:

> „Da ist es schon notwendig, auch andere Dimensionen mit einzubeziehen, Ich möchte die Frage auf den Punkt bringen: Natürlich ist es klar, daß, je mehr Köpfe von einem Einkommen leben, desto schlechter die soziale Situation dieser Familie ist. [...] Es ist doch entscheidend, ob es ein Alleinverdiener ist oder ob es zwei Verdiener sind.“[271]

Und der Einsatz der ÖVP für die Auszahlung eines Karenzgeldes an Bäuerinnen fand bei der SPÖ ebenso keinen Anklang.[272]

Auch in der Frage nach der sogenannten „Väterkarenz“ gab es einen Konflikt. Zwar war man sich in der Regierung einig darüber, die Möglichkeit dafür schaffen zu wollen. Die ÖVP wollte allerdings allen Vätern das Recht einräumen, während es die SPÖ nur für

---

Die Presse, 17.4.1987. S.4.

[266] Vgl. Kleine Zeitung, 12.3.1987. S.2.
[267] Vgl. Die Presse, 9.10.1987. S.4.
[268] Vgl. Die Presse, 13.10.1987. S.4.
[269] Hafner, Hans: Stenographische Protokolle des Nationalrates 43/NRSITZ (XVII. GP). S.4818.
[270] Vgl. Zipser, Ella: Stenographische Protokolle des Nationalrates 43/NRSITZ (XVII. GP). S.4829.
[271] Rieder, Josef: Stenographische Protokolle des Nationalrates 43/NRSITZ (XVII. GP). S.4838.
[272] Stenographische Protokolle des Nationalrates 43/NRSITZ (XVII. GP). S.4817 - 4831.

Väter, deren Kindsmütter ASVG-versichert waren, einführen wollte. Sie argumentierte dabei, dass die Karenzgeldzahlungen von den Arbeitnehmern finanziert würden und diese daher anderen Gruppen (Bauern, Unternehmern, Freiberuflern, Studenten) nicht zustünden.[273] Die Verhandlungen in dieser Sache wurden ohne öffentliches Aufsehen oder Teilnahme weitergeführt.

In der Frage der Unterstützung von Familien mit mehreren Kindern herrschte Ruhe bis zum Jänner 1988. Da unternahm Familienministerin Flemming einen neuerlichen Vorstoß in diese Richtung. Allerdings sollten ihrer Meinung nach Mehrkindfamilien als Teil der nächsten Steuerreform über steuerliche Begünstigungen unterstützt werden. Die SPÖ bezichtigte sie daraufhin, damit nur Familien mit höherem Einkommen besser stellen zu wollen, während das unter sozialistischer Alleinregierung eingeführte System der Direktzahlungen ärmere Familien begünstigen würde.[274] Auch hier sollte es noch einige Zeit dauern, bis die Meinungsverschiedenheiten wieder an die Öffentlichkeit gelangten.

Neuen Konfliktstoff brachte ein ÖVP-Vorschlag in die Verhandlungen über das Karenzrecht. ÖVP-Familiensprecherin Bauer wollte unverheirateten Vätern nur dann das Recht auf Karenzurlaub gewähren, wenn sie das Sorgerecht für die Kinder zuerkannt bekommen hätten.[275] Frauenstaatsekretärin Dohnal und SPÖ-Familiensprecherin Traxler interpretierten das als Versuch, den Fortbestand patriarchalischer Familienstrukturen zu sichern und Menschen gegen ihren Willen zur Heirat zu zwingen, bzw. als Diskriminierung unverheirateter Paare. Außerdem befürchteten sie Rechtsstreitigkeiten, wenn ein Vater mit Sorgerecht die Familie verlassen würde, und sah auch in der mehrmonatigen Dauer eines pflegeschaftsgerichtlichen Verfahrens eine Hürde für die Väterkarenz (Anmeldepflicht von vier Wochen beim Arbeitgeber).[276] Eine Annäherung brachte das Kompromissangebot der Familienministerin, auf die Sorgerechtsklausel zu verzichten, wenn dafür auch Verheiratete in den Genuss von Sondernotstandshilfe kommen könnten (bisher nur unverheiratete Frauen). Von der Frauenstaatssekretärin wurde das als vorstellbar bezeichnet.[277]

In der parallel laufenden Diskussion über die Familienförderung lieferte die Staatssekretärin, unterstützt von Finanzminister Lacina, Argumente gegen die von der ÖVP gewünschte Mehrkinderstaffelung. Da laut den beiden SPÖ-Politikern 45 Prozent der Fami-

[273] Vgl. Die Presse, 27.5.1987. S.4.
[274] Vgl. Die Presse, 7.1.1988. S.4.
[275] Vgl. Die Presse, 7.12.1988. S.4.
[276] Vgl. Die Presse, 2.2.1989. S.5.
Der Standard, 2.2.1989. S.6.
Die Presse, 16.3.1989. S.5.
[277] Vgl. Die Presse, 24.5.1989. S.5.

lien mit drei oder mehr Kindern der oberen Einkommensgruppe angehörten, während 40 Prozent der Arbeiterfamilien mit niedrigem Einkommen nur bis zu zwei Kindern hätten, würde der ÖVP-Vorschlag sozial unausgewogen sein. Nach dem Wunsch Dohnals sollte die Familienbeihilfe wieder in Kinderbeihilfe unbenannt und dem ausbezahlt werden, der die Kinder tatsächlich betreute.[278]

In den Verhandlungen über den Karenzurlaub ließ die ÖVP mit einem neuen Vorschlag aufhorchen. Sie verlangte eine Verlängerung des Karenzurlaubs auf drei Jahre mit einer Arbeitsplatzgarantie und ein Erziehungsgeld für diejenigen, die bisher keinen Karenz-Anspruch gehabt hätten.[279] Die SPÖ konterte am 25. Mai mit einem Maßnahmen-Wunsch-Katalog. Bezüglich der Karenzzeit war darin das Recht auf eine vorübergehende Arbeitszeitverkürzung nach einem einjährigen Karenzurlaub und einem längeren Kündigungsschutz nach der Rückkehr auf einen Vollarbeitsplatz enthalten, außerdem die Verlängerung der Freistellung zur Pflege kranker Kinder, zusätzliche Altersstaffel bei der Kinderbeihilfe sowie eine Erhöhung derselben um 100 Schilling und für behinderte Kinder um 200 Schilling. Finanziert werden sollten die von Finanzminister Lacina (SPÖ) mit 2,5 Milliarden Schilling angegeben Mehrkosten mit dem Überschuss des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF).[280]

Der neue ÖVP-Obmann Riegler blieb im Wesentlichen bei den familienpolitischen Vorgaben seines Vorgängers, sprach aber nur mehr von einer Verlängerung der Karenzzeit auf zwei Jahre, wobei er auf notwendige Einschränkungen bei kleineren Betrieben hinwies. Entgegen der einheitlichen Anhebung der Familienbeihilfe nach SPÖ-Vorstellungen blieb seine Partei bei einer Mehrkinderstaffel. Bei der weiteren Staffelung für Kinder ab dem sechsten Lebensjahr und einer Anhebung für die Beihilfe für behinderte Kinder sah er sich aber mit dem Koalitionspartner einig.[281] Zur besseren Koordination der Familienpolitik richteten die Koalitionsparteien ein interministerielles Komitee ein, in dem Sozialminister Geppert (SPÖ) und Familienministerin Flemming (ÖVP) vertreten waren.[282] Im Juli präsentierte die Familienministerin bereits eine Gesetzesvorlage für die Erhöhung der Kinderbeihilfe um 100 Schilling für das erste, um 200 Schilling für das zweite und um 300 Schilling für jedes weitere Kind. Die Verwirklichung dieses Modells bezeichnete sie als Bedingung für ihre Zustimmung für das nächste Bundesbudget. Von Vertretern der SPÖ gab es dazu eine schroffe Ablehnung und den Vorwurf, Frauen

[278] Vgl. Die Presse, 23.3.1989. S.5.
[279] Vgl. Die Presse, 16.2.1989. S.5.
Die Presse, 3.4.1989. S.5.
[280] Vgl. Die Presse, 26.5.1989. S.5.
[281] Vgl. Die Presse, 2.6.1989. S.5.
[282] Vgl. Der Standard, 3.6.1989. S.4.

zurück an den Herd zu bringen zu wollen. Finanzminister Lacina zog sogar das „Mutterkreuz“ zum Vergleich heran.[283] ÖVP-Obmann Riegler unterstützte hingegen die Forderungen seiner Familienministerin vollinhaltlich und verurteilte die Wortwahl von SPÖ-Seite. Außerdem verwies er auf das Koalitionsabkommen, in dem eine „Staffelung der Familienbeihilfe nach sozialen Gesichtspunkten“[284] vorgesehen war.[285] Auf diese Formulierung konnte sich jedoch auch die SPÖ mit ihren Forderungen stützen. Die Altersstaffelung war für sie die einzig akzeptable Form. SPÖ-Klubobmann Fischer argumentierte damit, dass der Generaldirektor mit mehr als zwei Kindern durch die Mehrkinderstaffelung mehr profitiert hätte als eine Arbeiterfamilie mit einem Kind und schloss daher eine Zustimmung seiner Partei aus. Aus der Sicht seiner Partei müsste jedes Kind dem Staat gleich viel wert sein. Die ÖVP wiederum bezeichnete dies als Schüren des Neidkomplexes und wies auf zehntausende kinderreiche Familien hin, die unter der Armutsgrenze lebten.[286] Im Sommer bot die Familiensprecherin der SPÖ, Gabrielle Traxler, statt der Mehrkinderstaffelung eine generelle Erhöhung der Beihilfe um 150 Schilling für alle Bezieher an. Gleichzeitig sprach sie sich aber auch gegen den ÖVP-Wunsch nach Verlängerung der Karenzzeit aus, da damit die Frauen aus dem Berufsleben gedrängt würden.[287] Auf einer Enquete zur Familienpolitik präzisierte die SPÖ ihre Vorstellungen zur Arbeitszeitverkürzung nach dem einjährigen Karenzurlaub. Diese sollte bis zum Eintritt des Kindes in die Volksschule möglich sein, allerdings, so Frauenstaatssekretärin Dohnal, nur, wenn sie sowohl von der Mutter als auch vom Vater in Anspruch genommen würde. Damit wollte sie eine weitere Diskriminierung der Frauen im Berufsleben verhindern. Für Bezieher niedriger Einkommen sollte es einen vollen Lohnausgleich geben, für Bezieher mittlerer einen teilweisen. ÖVP-Generalsekretär Kukacka zeigte sich diesbezüglich diskussionsbereit, beharrte aber weiterhin auf den Forderungen seiner Partei.[288]

Über den Sommer bis zur nächsten Verhandlungsrunde Anfang September schienen sich die Fronten aufzuweichen. Beide Seiten signalisierten Kompromissbereitschaft. Sozialminister Geppert (SPÖ) schlug eine Kombination der beiden Modelle für die Erhöhung der Kinderbeihilfe vor, Frauenstaatssekretärin Dohnal konnte sich die Verlängerung der Karenzzeit unter der Bedingung eines verstärkten Kündigungsschutzes vorstellen und die

[283] Vgl. Der Standard, 20.7.1989. S.1.
Der Standard, 20.7.1989. S.5.
[284] Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1987. S.17.
[285] Vgl. Die Presse, 21.7.1989. S.5.
[286] Vgl. Der Standard, 22.7.1989. S.5.
Die Presse, 22.6.1989. S.5.
[287] Vgl. Die Presse, 22.8.1989. S.5.
Der Standard, 22.8.1989. S.5.
[288] Vgl. Die Presse, 25.8.1989. S.5.

Familienministerin freundete sich mit der möglichen Teilzeitarbeit für Eltern mit teilweisem Lohnausgleich an (dagegen sprach sich allerdings die Bundeswirtschaftskammer aus).[289] Dennoch war eine Einigung noch nicht in Sicht. Frauenstaatsekretärin Dohnal und ihre Partei lehnten nach wie vor jegliche Mehrkinderstaffelung ab und wollten stattdessen Unterstützung für bestimmte Gruppen wie Alleinerzieher. Die Familienministerin erklärte daraufhin den Zugang ihrer Partei zu diesem Thema, indem sie die staatliche Unterstützung als Recht der Familien und nicht als Sozialhilfe interpretierte.[290] Überraschend und im Widerspruch zum Stillhalteabkommen, das die Verhandler des Familienpaktes bis zu einer Gesamteinigung abgeschlossen hatten, verkündete Finanzminister Lacina am 13. September die Einigung über ein zweites Karenzjahr. Die ÖVP zeigte sich inhaltlich erfreut, aber verärgert über den Vorstoß, vor allem weil die Details nach wie vor nicht geklärt waren.[291] Mitte September – als noch immer keine Einigung in den strittigen Punkten absehbar war – drohte die SPÖ-Familiensprecherin, Gabrielle Traxler, mit einem Initiativantrag ihrer Partei für eine einheitliche Erhöhung der Familienbeihilfe um 150 Schilling. Dabei stellte sie die Möglichkeit, sich von der FPÖ unterstützen zu lassen, in den Raum. Für Familien mit sozialer Notlage wollte sie einen Härtefonds einrichten. Die ÖVP zeigte sich unbeeindruckt und riet dem Koalitionspartner, sich an ihren schwedischen Parteifreunden zu orientieren, die bereits vor Jahren eine Mehrkinderstaffelung ab dem vierten Kind eingeführt hatten.[292] Wenige Tage später kündigte allerdings der Fraktionsführer der ÖVP im Unterausschuss, Hans Hafner, an, dass seine Partei nun Verhandlungen über das strittige Thema aufnehmen würde. Gleichzeitig warf er der SPÖ vor, an der stetigen Abnahme von Mehrkindfamilien schuld zu sein, weil sie diese Familien nicht am steigenden Wohlstand teilhaben lassen wolle.[293] Wenige Tage später zeichnete sich erstmals ein Kompromiss ab. Die Familienbeihilfe sollte einheitlich um 100 Schilling, für Behinderte um weitere 100 Schilling erhöht werden und statt der Mehrkinderstaffelung sollte ein Fonds zur Unterstützung von Mehrkinderfamilien, aber auch für Alleinerzieher gegründet werden. Diesen Fonds wollte die SPÖ mit 50 Millionen Schilling ausstatten, die ÖVP hingegen mit einer Milliarde Schilling. Das Geld dafür wollte Finanzstaatssekretär Stummvoll (ÖVP) aus dem FLAF entnehmen. Die Höhe der Summe begründete er damit, keine Almosen an Familien verteilen zu wollen. Generell zeigte er sich mit der Lösung nicht zufrieden und begründete die Zustimmung seiner Partei damit,

[289] Vgl. Der Standard, 6.9.1989. S.5.
[290] Vgl. Der Standard, 1.9.1989. S.4.
Die Presse, 14.9.1989. S.6.
[291] Vgl. Der Standard, 14.9.1989. S.1, 5.
[292] Vgl. Der Standard, 15.9.1989. S.5.
[293] Vgl. Die Presse, 19.9.1989. S.5.

dass die Alternative gar keine Erhöhung des Familiengeldes gewesen wäre.[294] Am 1. Oktober einigten sich die Verhandler auf die Summe von 750 Millionen Schilling. Auszuverhandeln waren zu diesem Zeitpunkt noch die Kriterien für die Ausbezahlung von Beträgen. In der Frage nach der Länge des Karenzurlaubes und der arbeitsrechtlichen Absicherung gab es auch noch keine Einigung, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass sich der Sozialpartner Wirtschaftskammer als schwieriger Verhandlungspartner erwies.[295] Die Bedingung der SPÖ für die zweijährige Karenzzeit war nämlich eine Arbeitsplatzgarantie für die Zeit danach. Und genau das wollte die Wirtschaftskammer, geführt vom ÖVP-Wirtschaftsbund, nicht akzeptieren. Dabei stand der Wirtschaftsbund innerhalb der ÖVP aber alleine da. Die SPÖ-Familiensprecherin wollte außerdem Eltern, die das zweite Karenzjahr nicht in Anspruch nehmen wollten, bis zum zwölften Lebensjahr ihres Kindes die Möglichkeit einräumen, sich tageweise Freizeit zu nehmen.[296] Nach den Vorstellungen der ÖVP sollten die Sozialpartner diese Fragen ausverhandeln und möglichst viel Spielraum dafür erhalten. Die SPÖ hingegen zog es vor, die Regelung innerhalb der Regierung festzulegen. Auf generelle Ablehnung in der ÖVP traf der Wunsch nach dem Recht auf Teilzeitarbeit für Eltern von Kleinkindern.[297] Die von der ÖVP verlangte Verlängerung der Betriebshilfe für die Dauer des Mutterschutzes auf ein Jahr für Bäuerinnen und selbstständige Erwerbstätige als Ausgleich zur Verlängerung der Karenzzeit für andere Berufsgruppen wurde wiederum von der SPÖ abgelehnt. Die Verhandlungen schienen kurzfristig völlig stillzustehen. Auch bei den Kriterien für die Ausbezahlung aus den vereinbarten 750 Millionen Schilling für einkommensschwache Familien gingen die Vorstellungen auseinander. Nach den Plänen der Familienministerin hätten bei einem Netto-Familieneinkommen von monatlich bis 11.808 Schilling für ein Kind 100 Schilling ausbezahlt werden sollen. Für jedes weitere Kind wäre die Einkommensgrenze um 2.650 Schilling erhöht worden, womit 580.000 Kinder bzw. deren Eltern profitiert hätten. Die SPÖ hingegen strebte einen kleineren Bezieherkreis und eine niedrigere Einkommensgrenze an, wollte aber pro Kind 250 Schilling pro Monat ausbezahlen.[298] Hier kam es aber zur nächsten Annäherung. Ab einer Familieneinkommensgrenze von 9.800 Schilling sollten 200 Schilling monatlich pro Kind ausbezahlt werden. Frauenstaatssekretärin Dohnal sah das als annähernde Verwirklichung ihrer Vorstellungen an und die ÖVP zeigte sich zufrieden, dass neben Alleinerziehern auch kinderreiche Fami-

[294] Vgl. Die Presse, 28.9.1989. S.5.
[295] Vgl. Die Presse, 3.10.1989. S.5.
[296] Vgl. Die Presse, 5.10.1989. S.5.
[297] Vgl. Die Presse, 30.10.1989. S.5.
Die Presse, 31.10.1989. S.5.
[298] Vgl. Die Presse, 2.11.1989. S.5.

lien profitieren würden.[299] Nach gegenseitigen Schuldzuweisungen für den Stillstand in den Verhandlungen (die Familienministerin warf der Frauenstaatssekretärin vor, zu blockieren; die Frauenstaatssekretärin sah die Ursache beim Wirtschaftsbund, der von der ÖVP nicht unter Kontrolle gebracht wurde) sollten die Parteispitzen Vranitzky und Riegler in einem Gespräch zur Lösung beitragen.[300] Doch auch dieses Gipfeltreffen brachte keinen Fortschritt, zumal beide Parteiobmänner angaben, die Familienpolitik wäre nur am Rande behandelt worden.[301] Daraufhin drohte die ÖVP damit, sich für ihre Vorhaben eine Mehrheit im Parlament zu suchen, sollte es nicht bald zu einer Einigung kommen.[302] In die zunehmend hektischen Verhandlungen wurden die Parteichefs nun permanent einbezogen, und am 13. November kam es zu einer neuerlichen Annäherung. Bundeskanzler Vranitzky und Vizekanzler Riegler einigten sich grundsätzlich auf:

- Ermöglichung der Väterkarenz
- Verlängerung des Karenzurlaubs auf zwei Jahre (soziale Absicherung von den Sozialpartnern auszuverhandeln)
- die Wahlmöglichkeit für einen Elternteil, nach dem ersten Karenzjahr statt eines zweiten die Normalarbeitszeit bis zum vollendeten dritten Lebensjahr des Kindes um die Hälfte zu senken; als weitere Möglichkeit: die Arbeitszeit für beide Elternteile gleichzeitig bis zum vollendeten zweiten Lebensjahr um die Hälfte zu senken (zusätzliche Unterstützung in der Höhe des halben Karenzgeldes des jeweils für den reduziert arbeitenden Elternteil)
- Erhöhung der Familienbeihilfe um 100 Schilling pro Monat und Kind
- Erhöhung der Familienbeihilfe für behinderte Kinder um weitere 100 Schilling
- Unterstützung (monatliches Plus von 534 Schilling pro Kind) für einkommensschwache Familien (Einkommen in der Höhe von ca. 7.340 Schilling); bei Mehrkinderfamilien, Alleinerhalter und Alleinerzieher zusätzlich 200 Schilling monatlich pro Kind
- weitere Verhandlungen über Verbesserungen des Mutterschutzes

Unter dem letzten Punkt verstand die Frauenstaatssekretärin eine Ausweitung der beschlossenen Verbesserungen auf Frauen mit befristeten Dienstverträgen; die Familienministerin jedoch die Ausweitung auf Bäuerinnen und selbstständig erwerbstätige Frau-

[299] Vgl. Der Standard, 3.11.1989. S.6.
[300] Vgl. Die Presse, 4.11.1989. S.5.
Der Standard, 4.11.1989. S.7.
[301] Vgl. Die Presse, 9.11.1989. S.5.
[302] Vgl. Die Presse, 10.11.1989. S.5.

en.[303] Die rein finanziellen Bestimmungen des Familienpakets passierten am 30. November im Rahmen der Budgetbeschlüsse für das Jahr 1990 den Nationalrat. Bei der Debatte spielte vor allem die von der ÖVP angestrebte Mehrkinderstaffel, die sie zwar nun in einer Minimalform verwirklicht sah, aber in umfassender Weise anstrebte, eine Rolle. Hans Hafner (ÖVP) strich die Bedeutung der Mehrkinderfamilien für die Bevölkerungsentwicklung und damit die wirtschaftliche und soziale Zukunft Österreichs hervor.[304] Sein Parteifreund Karl Vonwald formulierte:

> „Für mich ist es heute eine Stunde der Freude, wenn auch nicht ungetrübten Glücks, denn wir hätten uns die Regelung mit der Mehrkinderstaffel gewünscht. Es ist ein Kompromiß, ein guter Kompromiß, und wir haben ein ganz großes Unrecht gemildert, denn die achtziger Jahre waren sicherlich nicht familienfreundlich. Für mich war es ein ganz großes soziales Unrecht, daß man die Mehrkinderstaffelung gestrichen hat. [...]
>
> Ich schließe mich der Argumentation, die ich von sozialistischer Seite immer gehört habe, daß also jedes Kind gleich viel wert ist und für jedes Kind also gleich viel Geld vorhanden sein muß, vollinhaltlich an, aber nicht in der Form, daß der Staat für jedes Kind gleich viel Geld gibt, sondern in der Form, daß die Eltern für jedes Kind gleich viel Geld zur Verfügung haben. Wenn man diese Forderung umsetzt, durchführt, dann ist es ja notwendig, die Kinderbeihilfe zu staffeln, und ich kann die Ablehnung eigentlich nicht verstehen; aus sachlichen Gründen geschieht es sicherlich nicht.“[305]

Für die SPÖ antwortet Adelheid Pracher:

> „Heute bringt die Mehrkinderstaffel keine Verbesserung für die wirklich bedürftigen Familien. Einmal mehr lassen Sie sich bitte sagen, daß die Wirtschaftskraft der Familie eben in erster Linie vom Einkommen abhängig ist und von jenen Belastungen, die eine Familie sonst noch zu tragen hat. Daher ist die Lösung des Fonds, so wie sie vorgesehen ist, die bessere, weil sie sozial gerechter ist.
>
> Sie haben wieder einmal bevölkerungspoltische Aspekte als Argument für Kinder gebracht. Ich muß sagen, Sie haben eine schlechte Meinung von den österreichischen Familien, wenn Sie glauben, daß ihr Kinderwunsch von 100S mehr oder weniger für das dritte oder vierte Kind abhängig gemacht wird. Wir können dazu nur sagen: Geld für Kinder ja, Kinder für Geld nein!“[306]

Ein weiterer Haken lag in den noch auszuverhandelnden Details zur Verlängerung des Karenzurlaubs. Die Wirtschaftskammer legte sich dagegen quer. Das bedeutete auch einen ÖVP-internen Konflikt. In den folgenden Diskussionen gab es ein Entgegenkommen der Koalitionsparteien: Der Vater sollte verpflichtet werden, bei Inanspruchnahme des Karenzurlaubs bis vier Wochen nach der Geburt dessen Anfang und Ende genau anzugeben. Dabei sollte es auch möglich sein, dass sich die Eltern einmal abwechselten. Die Arbeitsplatzgarantie war ebenfalls vorgesehen. Der Beschluss dieser Regelung wurde abgemacht, obwohl die Nationalratsabgeordneten des Wirtschaftsbundes angekündigt

---

[303] Vgl. Die Presse, 14.11.1989. S.5.
Der Standard, 14.11.1989. S.6.
Der Standard, 15.11.1989. S.6.

[304] Vgl. Hafner, Hans. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 121/NRSITZ (XVII. GP). S.14296.

[305] Vonwald, Karl. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 121/NRSITZ (XVII. GP). S.14303.

[306] Praher, Adelheid. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 121/NRSITZ (XVII. GP). S.14298.

hatten, dagegen zu stimmen.[307] Die ÖVP gab in ihrem Klub die Abstimmung frei und ermöglichte damit den Abgeordneten des Wirtschaftsbundes, gegen das Paket zu stimmen, ohne die Klubdisziplin zu brechen.[308] Am 12. Dezember konnten die weiteren Teile des Familienpakets, die mit 1. Jänner des Folgejahres in Kraft treten sollten, im Nationalrat beschlossen werden. In der Debatte griffen sich die Koalitionspartner ungewohnt offen gegenseitig an und formulierten auch deutlich, was sie sich anders gewünscht hätten.[309] Für die ÖVP tat dies zum Beispiel Hans Hafner:

> „Ich will nicht verhehlen [...], daß wir bei der Verteilung dieser 750 Millionen Schilling zu einem Kompromiß gefunden haben. Es wird dieselbe Grenze geben für den Alleinverdiener und für den Alleinerzieher. Da hätten wir von der Österreichischen Volkspartei uns durchaus eine andere Regelung vorgestellt. Das heißt, daß die Einkommensgrenze für Alleinverdienerfamilien erhöht wird, und zwar wenigstens um jenen Betrag, um den die Einkommensgrenze erhöht wird für jedes Kind ab dem zweiten Kind. [...]
>
> Jedenfalls haben wir mit diesem Familienpaket die Vorstellung, die wir als ÖVP von Familienförderung haben, nicht realisieren können, nämlich auch für jene Mütter, die vor der Geburt des Kindes nicht berufstätig waren, einen Zuschuß, ein Erziehungsgeld, eine Karenzersatzgeld zu leisten.“[310]

Der SPÖ bot die Tatsache, dass die Vertreter des ÖVP-Wirtschaftsbundes angekündigt hatten, dem Gesetz nicht zuzustimmen, eine hervorragende Angriffsfläche, die Gabrielle Traxler nützte:

> „Es ist Ihnen unangenehm Frau Familienministerin, aber man muß es aussprechen, daß Sie mit gespaltener Zunge sprechen. Sie versprechen den österreichischen Familien den zweijährigen Karenzurlaub, und die Wirtschaft in Ihrer Partei möchte sogar den einjährigen schon verhindern. Und das ist unakzeptabel, meine Damen und Herren!
>
> [...] Ich ersuche Sie: Fordern und verhandeln Sie nicht Gesetze, die Sie nicht einmal in Ihren eigenen Reihen ausdiskutiert haben! Denn für uns ist der Kündigungsschutz integraler Bestandteil des Karenzurlaubes.“[311]

Kurz nach dem Beschluss begann schon der Streit darüber, wer seine Vorstellungen besser durchgesetzt hatte.

Der Kampf um den zweijährigen Karenzurlaub und die Teilzeitarbeit für Eltern von Kleinkindern ging im neuen Jahr in unverminderter Intensität weiter.[312] Dabei war die ÖVP in der schwierigen Lage, in den eigenen Reihen eine einheitliche Linie finden zu müssen. Der Wirtschaftsbund stemmte sich mit aller Kraft gegen den rechtlichen Kündigungsschutz nach dem zweiten Karenzjahr und das Recht auf Teilzeitarbeit. Die Familienministerin gestand auch ein, dass vor allem für Kleinunternehmen wirtschaftlich ver-

---

[307] Vgl. Die Presse, 7.12.1989. S.5.
Die Presse, 9.12.1989. S.5.
[308] Vgl. Kleine Zeitung, 12.12.1989. S.2.
[309] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 124/NRSITZ (XVII. GP). S.14589-14634.
[310] Hafner, Hans. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 124/NRSITZ (XVII. GP). S.14599f.
[311] Traxler, Gabrielle. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 124/NRSITZ (XVII. GP). S.14602.
[312] Vgl. Der Standard, 9.12.1989. S.6.
Die Presse, 14.12.1989. S.5.

trägliche Lösungen gefunden werden müssten. Aus der SPÖ kamen daher mehrere Aufforderungen an die ÖVP, ihren Standpunkt endlich zu klären, um die bereits getroffenen Abmachungen umsetzen und die offenen Punkte effizienter ausverhandeln zu können.[313]
Die entscheidenden Gespräche spielten sich nun zwischen den Sozialpartnern ab. Anfang Mai fanden sie eine Regelung, mit der auch die Wirtschaftskammer unter ihrem Präsidenten Sallinger leben konnte. Nach dem Feinschliff durch die Regierung sah sie folgendermaßen aus.

- Wahlweise ein zweites Karenzjahr für Vater oder Mutter (einmaliger Wechsel möglich, mindestens drei Monate am Stück) Anmeldung des Anspruches vom Vater innerhalb von vier Wochen nach der Geburt, von der Mutter innerhalb von acht Wochen
- Teilzeitarbeit alternativ zum zweiten Karenzjahr bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres, wenn beide Eltern das in Anspruch nehmen, bis zum zweiten Geburtstag; Bedingung: Zustimmung des Arbeitgebers (kann bei einer unsachlichen Ablehnung beim Arbeitsgericht eingeklagt werden)
- Möglichkeit, während des Karenzurlaubes bis zu 2.658 Schilling dazuzuverdienen (zur Aufrechterhaltung des Kontakts zum Betrieb)
- Kündigungsschutz für die Zeit nach dem zweiten Karenzjahr leicht gelockert gegenüber dem ersten Jahr (Kündigung wegen wirtschaftlicher oder persönlicher Unzumutbarkeit der Weiterbeschäftigung mit Gerichtsbescheid möglich)

Von den Spitzen der Koalitionsparteien wurde die Einigung ausdrücklich begrüßt und das Funktionieren der Sozialpartnerschaft gepriesen. Vor allem die Familienministerin zeigte sich glücklich über Erfüllung ihres Wunsches nach einem zweiten Karenzjahr. Noch zu klären war die Wiedereinstellungshilfe für Unternehmen, die einen Elternteil nach dem Karenzurlaub weiterbeschäftigen würden. Die Wirtschaft wünschte sich einen Pauschalbetrag für jeden Karenzierten, die Arbeitnehmerseite Mitarbeiterkurse, die von der Arbeitsmarktverwaltung finanziert werden sollte. Noch immer auf dem Tisch lag auch die Forderung der ÖVP nach Karenzgeld für Bäuerinnen und Selbstständige. Genau diese sorgte noch für Missstimmung in der Koalition.[314]

[313] Vgl. Die Presse, 5.1.1990. S.5.
Der Standard, 5.1.1990. S.5.
Der Standard, 29.1.1990. S.6.
[314] Vgl. Der Standard, 3.5.1990. S.5.
Die Presse, 4.5.1990. S.1, 6.
Der Standard, 5.5.1990. S.5.

Innerhalb der ÖVP gab es trotz Sozialpartner-Einigung Proteste aus dem Arbeitgeberflügel gegen die geplanten Bestimmungen. Einige Wirtschaftsbundvertreter hielten diese für wirtschaftsschädigend.[315]

Im Mai präsentierte ÖVP-Parteiobmann Riegler das Frauenprogramm seiner Partei für die nächste Legislaturperiode. Darin waren ein Karenzgeldersatz (Hälfte des Karenzgeldes) für nicht berufstätige Mütter (Hausfrauen, Studenten), die Anrechnung der Erziehungszeiten (maximal drei Jahre pro Kind) für die Pension und ein nach der Zahl der Familienmitglieder gestaffeltes, steuerfreies Einkommen und die Mehrkinderstaffelung enthalten. Für den gewünschten Karenzgeldersatz schätzte er einen Mehraufwand von 800 Millionen Schilling. Frauenstaatssekretärin Dohnal und SPÖ-Familiensprecherin Traxler sprachen sich nicht direkt gegen diese Forderungen aus, verlangten aber als Gegenleistung die Einbeziehung befristeter Arbeitsverhältnisse in den Mutterschutz und eine Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes *(vgl. Kap. 4 Frauen)*.[316] Die beiden Politikerinnen lehnten namens ihrer Partei auch die von der ÖVP geplante Finanzierung des Karenzgeldersatzes aus dem FLAF ab, da dieser Fonds von den ASVG-Versicherten gefüllt wurde und daher aus ihrer Sicht auch nur diesen zur Verfügung stehen sollte. Die ÖVP bezeichnete das als Klassenkampf und beschuldigte den Koalitionspartner, die Frauen in zwei Klassen einzuteilen. Eine weitere Forderung der SPÖ-Politikerinnen war die Weiterzahlung regelmäßiger Überstunden während der Karenzzeit für die Abfertigung. Bezüglich des Karenzersatzgeldes für Studentinnen und Hausfrauen junktimierte die Frauenstaatssekretärin das mit einem Erziehungsgeld in derselben Höhe für berufstätige Frauen.[317] Eine Einigung auf einen Kompromiss schien aber nach den Aussagen von Vertretern beider Parteien nach einigen Tagen Verhandlungen leicht möglich.[318] Innerhalb einer Woche konnte Einigkeit über eine finanzielle Unterstützung für die Mütter unter den Bäuerinnen und Selbstständigen erzielt werden. Sie sollten von ihren Sozialversicherungen monatlich rund 2.500 Schilling für zwei Jahre (analog zum Karenzgeld aber nur den halben Betrag davon) als Betriebshilfe ausgezahlt bekommen. Auszuhandeln war damit noch die Staffelung der Wiedereinstiegshilfe je nach Betriebsgröße nach Rückkehr aus der Karenz für Arbeitnehmer und die Ausdehnung des Mutterschutzes auf befristete Verträge.[319]

---

[315] Vgl. Die Presse, 10.5.1990. S.6.
Der Standard, 10.5.1990. S.6.

[316] Vgl. Die Presse, 11.5.1990. S.1.
Der Standard, 11.5.1990. S.6.

[317] Vgl. Die Presse, 12.5.1990. S.1, 5.

[318] Vgl. Die Presse, 22.5.1990. S.5.
Die Presse, 23.5.1990. S.5.

[319] Vgl. Die Presse, 30.5.1990. S.5.

In einem Gespräch zwischen Finanzminister Lacina und Wirtschaftsbund-Generalsekretär Ditz konnte in dieser Frage eine Einigung über die Kompensation der zusätzlichen Belastungen für Betriebe durch das Familienpaket erzielt werden: Für die Wiedereinstellung einer/s Beschäftigten nach zwei Jahren Karenzurlaub sollte demnach ein Betrieb mit bis zu zehn Arbeitnehmern 66 Prozent der Lohnkosten für drei Monate, ein Betrieb mit 11 bis 50 Arbeitnehmern 40 Prozent und Großbetriebe mit über 50 Arbeitnehmer Schulungskosten oder Ähnliches aus dem FLAF ersetzt bekommen. Bezüglich der befristeten Verträge diskutierten die Koalitionspartner noch über die Mindestlänge (drei oder vier Monate), ab der eine Mutter Recht auf Wochen- und Karenzgeld haben sollte, und über den Kündigungsschutz in diesen Fällen.[320]
Am Freitag, den 1. Juli verkündeten die Koalitionspartner die endgültige Einigung über den zweiten Teil ihres Familienpaketes. Nicht erfüllt wurde der Wunsch von Frauenstaatssekretärin Dohnal, dass Frauen auch nach Ende eines befristeten Dienstverhältnisses noch bis zum Beginn des Mutterschutzes weiterbeschäftigt werden müssten,[321] dafür sollten sie nun aber weiter pflichtversichert werden (Arbeitgeberanteil vom Unternehmen, Arbeitnehmeranteil aus dem FLAF). Der Karenzurlaub sollte aber auch auf Personen mit befristeten Dienstverhältnissen und bisher nicht ausreichenden Versicherungszeiten ausgedehnt werden.[322] Am 27. Juni beschloss der Nationalrat die entsprechenden Gesetzesänderungen.[323]

Kurz nach dieser lang erkämpften Einigung und im bereits beginnenden Wahlkampf präsentierten die beiden Großparteien teilweise alte Vorschläge als Forderungen für die Zukunft. So verlangte die Frauenstaatssekretärin namens ihrer Partei die Verwirklichung folgender Punkte:

- Tatsächlichen und längeren (bis zum sechsten Lebensjahr) Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit für Eltern mit Ausgleichszahlungen aus dem FLAF
- Ausweitung des Kündigungsschutzes nach dem Karenzurlaub auf 20 Wochen
- Umbenennung der Familienbeihilfe in Kinderbeihilfe
- Altersstaffelung für die diese Beihilfe

Der Standard, 30.5.1990. S.7.

320 Vgl. Die Presse, 31.5.1990. S.1, 5.

321 Im Tausch dazu gab es ein erweitertes Diskriminierungsverbot für Frauen.

322 Vgl. Die Presse, 2.6.1990. S.1.
Der Standard, 2.6.1990. S.5.

323 Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 148/NRSITZ (XVII. GP). S.17121-17124.
Die Presse, 28.6.1990. S.5.

Für die ÖVP-Familiensprecherin Bauer war das Karenzersatzgeld für Hausfrauen, Studentinnen und Freischaffende und ein steuerfreies Existenzminimum für Familien Ziel für die nächste Legislaturperiode. Außerdem wollte sie Frauen als Ersatz für das durch ein Verfassungsgerichtshofurteil drohende erhöhte Pensionsalter, einen um ein bis zwei Jahre früheren Pensionsantritt pro Kind ermöglichen.[324]

In den Koalitionsverhandlungen nach der Wahl spielte das Pensionsthema eine wichtige Rolle, wobei hier eine vergleichsweise rasche Annäherung bemerkbar war.[325]

Im Jänner 1991 kündigte Familienministerin Flemming die Verwirklichung des sogenannten Karenzgeldes für alle an. Alle Frauen, die nach der aktuellen Regelung kein Karenzgeld bekamen, hätten demnach für Geburten nach dem 31.12.1990 für das erste Jahr insgesamt 12.000 Schilling ausbezahlt bekommen. Die notwendigen 240 Millionen hätten dabei aus dem FLAF kommen sollen. Ein weiteres Ziel der Familienministerin war eine Ausweitung des Service der Familienberatungsstellen.

ÖVP-Obmann Riegler betonte in einer Pressekonferenz mit der Familiensprecherin Bauer und der Familienministerin, dass seine Partei die Vollfamilie als Ziel sehe, aber auch andere Lebensformen in Teilfamilien anerkenne.[326]

Zu den Pensionen für Mütter brachte ÖVP-Sozialminister Feuerstein einen neuen Vorschlag seiner Partei aufs Tapet: Auch Frauen, die bis 1991 Kinder großgezogen hatten, sollten pro Kind zwei Jahre für ihre Pension angerechnet werden, wenn sie mindestens 15 Jahre lang beschäftigt waren.[327] Die Pläne der Koalition sahen eine Anrechnung von vier Jahren nur für künftige Mütter vor. Frauenministerin Dohnal zeigte sich auf einer Linie mit Feuerstein, was das Ziel einer Pensionserhöhung für Mütter betraf; über das Modell, wie das geschehen sollte, machte sie jedoch keine Angaben.[328]

Im Mai wurde die Gesetzesnovelle zum Karenzersatzgeld für Nicht-Berufstätige (sowie eine Erhöhung der Einkommensgrenze für den Familienzuschlag) im Ministerrat zum dritten Mal zurückgestellt. Grund war das Veto der SPÖ-Minister Lacina (verlangte 100 Millionen Schilling für die Umstellung der Verwaltung auf EDV zur Administration des Karenz(ersatz)geldes), Dohnal (verlangte Karenzgeld auch für Mütter, die während des Karenzjahres auf den Arbeitsplatz zurückkehrten) und Ettl (verlangte einen direkten Zugriff auf den FLAF für den Mutter-Kind-Pass). Alle drei wollten damit ihre Ansprüche

[324] Vgl. Die Presse, 30.7.1990. S.5.
Die Presse, 1.8.1990. S.5.
Die Presse, 10.8.1990. S.5.
[325] Vgl. Die Presse, 10.11.1990. S.6.
[326] Vgl. Die Presse, 12.1.1991. S.5.
[327] Vgl. Die Presse, 6.2.1991. S.7.
[328] Vgl. Die Presse, 7.2.1991. S.6.

auf Mittel des FLAF geltend machen, die in der Vorlage nicht enthalten waren. Die ÖVP befürchtete schon ein Abgehen der SPÖ vom Koalitionsabkommen.[329] Bundeskanzler Vranitzky und sein Finanzminister begründeten das Veto aber auch mit der notwendigen Budgetkonsolidierung, die höhere Ausgaben nicht zuließ. Beides bezog sich auf den Familienzuschlag in der Novelle.[330] Die Koalitionsparteien sagten dem Finanzminister eine Finanzierung der Umstellung auf EDV zu und hatten damit eine weitere Hürde genommen. Der Schwerpunkt der Verhandlungen wurde nun auf die Frage gelegt, welche Mütter in den Genuss des Karenzersatzgeldes kommen sollten.[331] Am 15. Mai gelang eine Einigung zwischen Familienministerin Feldgrill-Zankel und Frauenministerin Dohnal. Zusätzlich zu den Hausfrauen und Studentinnen sollten auch berufstätige Mütter, die nicht in Karenz gehen würden, im ersten Jahr nach der Geburt ihres Kindes (bis zu einem Familieneinkommen von 30.000 Schilling) monatlich 1.000 Schilling erhalten. Innerhalb der ÖVP gab es aber gegen diesen Kompromiss Proteste, da man wegen der angespannten Budgetlage davon abgegangen war, in den ersten beiden Lebensjahren des Kindes das halbe Karenzgeld auszuzahlen und nun stattdessen eine größere Gruppe mit der Unterstützung bedacht wurde. Die berufstätigen Jungmütter würden ohnehin – so die Argumentation der Gegner dieser Regelung – bis zu 3.500 Schilling zur Finanzierung des Kinderbetreuungsplatzes erhalten.[332] Um diese Widerstände zu besänftigen, vereinbarten die Verhandler eine unterschiedliche Benennung. Frauen mit Karenzanspruch hätten einen „Kinderkostenzuschuss", Mütter ohne Karenzanspruch einen „Zuschlag zur Geburtenhilfe" bekommen. Kurz nach der Einigung zog die Frauenministerin ihre Zustimmung dafür zurück und begründete diesen Schritt damit, die Frauen nicht durch unterschiedliche Bezeichnungen verwirren zu wollen. Die ÖVP wollte aber von dieser Sprachregelung nicht abgehen.[333] Der Konflikt konnte gelöst werden, indem man sich einigte, das zusätzliche Geld für Frauen, die ihr Recht auf Karenzurlaub nicht wahrnehmen würden, als „Zuschuss zur Familienbeihilfe" zu bezeichnen. Nun konnte das gesamte Förderpaket im Ministerrat beschlossen werden.[334] In der Nationalratsdebatte am 20. Juni zeigten sich beide Koalitionsparteien zufrieden, aber nicht glücklich über den Kompromiss. Beide kündigten an, weiterhin für die Realisierung ihrer – ja teils gegensätzlichen – Ziele zu

[329] Vgl. Der Standard, 7.5.1991. S.1, 7.
[330] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1990. S.58-59. Der Standard, 8.5.1991. S.7.
[331] Vgl. Die Presse, 15.5.1991. S.6.
[332] Vgl. Die Presse, 16.5.1991. S.6.
[333] Vgl. Die Presse, 17.5.1991. S.1.
[334] Vgl. Der Standard, 22.5.1991. S.5.

kämpfen, beschlossen dann aber gemeinsam den mühsam ausgehandelten Kompromiss.[335]

Im August 1991 reagierte SPÖ-Familiensprecherin Traxler erbost auf das Vorhaben von Familienministerin Feldgrill-Zankel, die Familienbeihilfe nur um 100 Schilling zu erhöhen. Traxler verlangte die auch vom familienpolitischen Beirat geforderten 200 Schilling. Für die großzügigere Variante sprach nach ihrer Ansicht auch die Tatsache, dass genügend Mittel im FLAF vorhanden waren. Außerdem wünschte sich Traxler eine Neuregelung beim Zuschlag für bedürftige Familien. Diesen wollte sie Arbeitnehmern bis zu einem Monatsnettoeinkommen von 10.000 Schilling zusprechen. Die Politik der ÖVP-Familienministerinnen bezeichnete sie als Herunterwirtschaften des Familienministeriums, da ihrer Ansicht nach zu wenige Initiativen gesetzt wurden.[336] Die Familienministerin weigerte sich in einem Interview, auf diese Kritik zu reagieren. Bezüglich der Familienbeihilfe schlug sie eine automatische jährliche Erhöhung vor, die sich an Lohn- und Pensionserhöhungen orientieren sollte. Dadurch wären die Gesetzesänderungen für jede Anpassung und die damit verbundenen Diskussionen hinfällig geworden. Für das aktuelle Jahr blieb sie bei 100 Schilling Erhöhung und kritisierte den Koalitionspartner, da der Finanzminister Mittel aus dem FLAF für das Budget entnehmen wollte, während seine Parteikollegin Traxler die einmalige Erhöhung um 200 Schilling forderte. Für den vom Finanzminister angedeuteten Antrag auf Abschaffung der Zweckbindung des FLAF kündigte sie ihr Veto an. Auch den Vorwurf, sich zu wenig für die Freifahrt von Lehrlingen einzusetzen, wies die Familienministerin zurück und verwies auf laufende Berechnungen über die Finanzierung hin.[337]

Im September sprach sich Ministerin Feldgrill-Zankel für eine generelle Neuorganisation des FLAF aus. Das sollte zu einem einheitlichen Staffelsystem führen, in dem Familiengröße und Familieneinkommen über die Höhe der Beihilfe entschieden hätten. Die bisherigen 20 verschiedenen Fördertöpfe sollten aufgelöst werden. Dadurch wären indirekte Beihilfen wie Schülerfreifahrt und Gratis-Schulbuch abgeschafft und durch Zuschüsse je nach Schultyp ersetzt worden. Die Schüler- und Lehrlingsfreifahrt bezeichnete sie als Subventionierung von Verkehrsbetrieben und die Gratis-Schulbuchaktion als Sache des Unterrichtsministeriums. Im Gegensatz dazu forderte die SPÖ-Familiensprecherin eine

[335] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 33/NRSITZ (XVIII. GP). S.3202-3232.
[336] Vgl. Die Presse, 7.8.1991. S.5.
[337] Vgl. Die Presse, 8.8.1991. S.6.
Der Standard, 8.8.1991. S.6.
Der Standard, 30.8.1991. S.6.
Der Standard, 16.9.1991. S.7.

Ausweitung der Freifahrten. Ausgesprochen erfreut zeigte sie sich über die Abwehr des Angriffs auf die Zweckbindung des Familienfonds.[338] Am 11. Oktober akzeptierte dann Frauenministerin Dohnal als Verhandlungspartnerin von Ruth Feldgrill-Zankel die Erhöhung der Familienbeihilfe um 100 Schilling. Nach dem entscheidenden Gespräch kündigte die Familienministerin auch die Erhöhung des Zuschlags für einkommensschwache Familien von 200 auf 300 Schilling und die Erweiterung des Bezieherkreises an.[339]

Überraschenderweise begrüßte ÖVP-Familiensprecherin Bauer einen neuerlichen Vorstoß von Frauenministerin Dohnal für einen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit bis zum dritten Geburtstag des Kindes. Weitere Reaktionen der ÖVP zu dieser Forderung, die sie ja bis dato abgelehnt hatte, gab es zunächst nicht.[340]

Zu Beginn des Jahres 1992 brachte ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes neuen Zündstoff in die Diskussion der Familienunterstützung. Noch vor der Veröffentlichung war bekannt geworden, dass der VfGH die Sorgeverpflichtung gegenüber Kindern von nicht berufstätigen Ehepartnern zur steuerlich außergewöhnlichen Belastung erklären würde. Aus der SPÖ kam in breiter Form scharfe Kritik an den Verfassungsrichtern,[341] während ÖVP-Politiker das Urteil ausdrücklich begrüßten *(vgl. Kap. 19.7 Verfassungsgerichtshof)*.

Bundeskanzler Vranitzky schloss eine Rückkehr hinter die Steuerreform unter Bundeskanzler Kreisky aus, bei der die Steuerfreibeträge für Familien in Direktzahlungen umgewandelt worden waren, und forderte, die geltende und nicht verfassungskonforme Regelung in die Verfassung zu schreiben, um sie so dem Zugriff des VfGHs zu entziehen. Die ÖVP lehnte das umgehend ab.[342] Eine Lösung für das Problem sollte nun eine koalitionäre Arbeitsgruppe erarbeiten. Die Idee einer Verfassungsregelung verfolgte die SPÖ aufgrund der erwartbaren Ablehnung durch die ÖVP nicht weiter. Familienministerin Feldgrill-Zankel schlug vor, die notwendige Neuregelung der Familienbeihilfe mit einer Einführung der Mehrkinderstaffelung zu verbinden. Die SPÖ-Frauenministerin Dohnal reagierte wie zu erwarten mit scharfer Ablehnung. Laut der Zeitung „Die Presse“ fiel dabei die Bezeichnung „verzopfte Ideen“.[343] Auch Bundeskanzler Vranitzky schloss eine solche Staffelung dezidiert aus.[344] Über eine der Verfassung entsprechende Änderung

[338] Vgl. Der Standard, 27.9.1991. S.6.
Der Standard, 28.9.1991. S.8.
[339] Vgl. Die Presse, 12.10.1991. S.6.
[340] Vgl. Die Presse, 28.12.1991. S.5.
[341] Laut „Die Presse“ fielen dabei sinngemäß Worte wie „frauenfeindlich“, „kinderfeindlich“, „sozialpolitisch bedenklich“, „klassenkämpferisch“.
[342] Vgl. Die Presse, 9.1.1992. S.1.
[343] Vgl. Die Presse, 10.1.1992. S.5.
[344] Vgl. Der Standard, 11.1.1992. S.19.

gab es abseits dieser Diskussion rasch eine einheitliche Linie. Für Besserverdienende sollte durch Absetzbeträge eine Verminderung der Steuerlast erzielt werden, für Einkommensschwache waren Unterstützungen durch Direktzahlungen akkordiert.[345] Zunächst bildete man eine parteieninterne Arbeitsgruppe, um Konzepte zu entwickeln, wie dem Urteil Rechnung getragen werden könnte, ohne das Budget über Gebühr zu belasten. In der SPÖ dauerte die Kritik am VfGH weiter an.[346] In der Frage der Mehrkinderstaffel blieben die Fronten unbeweglich. Bei der Frage nach der Finanzierung der steuerlichen Begünstigung wollte die SPÖ das notwendige Geld durch Maßnahmen, wie die Besteuerung der Familienbeihilfen, das Anzapfen des FLAF oder das Streichen der Begünstigungen von Familien beim 13. und 14. Monatsgehalt finanzieren. Das wies die ÖVP jedoch sofort zurück.[347] Im Gegensatz zu diesem Thema kam man sich bei der Höhe des Absetzbetrages schnell näher. Aus den Verhandlungsteams wurde bekannt, dass man sich auf 500 Schilling geeinigt hatte. Für Familien, die aufgrund eines zu geringen Einkommens keine Vorteile daraus gezogen hätten, sollte es eine Direktzahlung in derselben Höhe geben. Auch bei den Absetzbeträgen lehnte die SPÖ den Wunsch des Koalitionspartners nach einer Mehrkinderstaffelung (z.B. 300 Schilling für das erste, 500 Schilling für das zweite und 700 Schilling für das dritte Kind) ab, allerdings nicht in der Heftigkeit wie bei der Familienbeihilfe. Für sie war nicht die Anzahl der Kinder, sondern das Familieneinkommen entscheidend für die soziale Lage, weswegen sie einen verstärkten Einsatz des Zuschlags zur Familienbeihilfe präferierte.[348] Zur Finanzierung der steuerlichen Entlastung wollte die SPÖ den festgelegten jährlichen Überweisungsbeitrag an den FLAF um 9,5 Milliarden Schilling kürzen, um so die Neuerung möglichst kostenneutral durchzuführen, was die Familienministerin ablehnte.[349] Die Überlegung von Familienministerin Feldgrill-Zankel, für den Ausbau anderer Förderungen, wie zum Beispiel der Mehrkinderbegünstigung, den Familienzuschlag abzuschaffen, traf bei der Frauenministerin auf klare Ablehnung. Im Interview mit der Presse warf diese ihrer Amtskollegin von der ÖVP „Borniertheit“ vor.[350] Was die Finanzierung der Steuerabsetzbeträge betraf, konnte sich die Familienministerin auch vorstellen, die steigenden Lohnsteuereinnahmen

---

Die Presse, 11.1.1992. S.5.

[345] Vgl. Der Standard, 13.1.1992. S.6.

[346] Vgl. Der Standard, 9.1.1992. S.13.

[347] Vgl. Die Presse, 15.1.1992. S.5.
Der Standard, 17.1.1992. S.5, 13.
Der Standard, 20.1.1992. S.6.

[348] Vgl. Der Standard, 18.1.1992. S.20.
Die Presse, 18.1.1992. S.5.
Die Presse, 6.2.1992. S.6.

[349] Vgl. Die Presse, 27.1.1992. S.5.

[350] Vgl. Die Presse, 7.2.1992. S.6.

von etwa 17 Milliarden Schilling heranzuziehen. Zusätzlich präsentierte sie ein zweites Modell an Absetzbeträgen: 500 Schilling für das erste, 750 Schilling für das zweite und 1.000 Schilling für das dritte Kind.[351]

In den parallel laufenden Verhandlungen über ein Maßnahmenpaket zur Gleichstellung der Frauen legte sich der ÖVP-Wirtschaftsflügel weiterhin gegen einen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit bis zum sechsten Lebensjahr eines Kindes quer *(vgl. Kap. 4 Frauen)*.[352] Eine Annäherung der Standpunkte gab es im März nicht, stattdessen wiederholten die Verhandlungspartner ihre eigenen Positionen.[353] Im April kam aber doch noch Bewegung in die Diskussion. Die SPÖ deutete an, einer Mehrkinderstaffelung bei den Absetzbeträgen zuzustimmen, wenn im Gegenzug ein Absetzbetrag von 2.000 bis 3.000 Schilling für alleinerziehende Mütter eingeführt würde.[354] Die zweite Annäherung betraf die Finanzierung der Steuerreform, deren Kosten mit elf Milliarden Schilling geschätzt wurde. Die Regierung wollte fünf Milliarden aus dem Budget nehmen, vier durch die Abschaffung des Kinderzuschlags und kleinerer Sonderbegünstigungen aus dem FLAF und den Rest aus einer einheitlichen Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes nach dem derzeitigen Prozentsatz für Kinderlose.[355] Von 16. auf 15. April kam es dann zu einer Einigung über Absetzbeträge und deren Finanzierung:

- Einführung von Kinderabsetzbeträge von 350 Schilling für das erste, 525 für das zweite und 700 Schilling für jedes weitere Kind (dadurch Verringerung der Steuerschuld oder bei zu geringem Einkommen Auszahlung des Betrages)
- Erhöhung des Alleinverdienerabsetzbetrages von jährlich 4.000 auf 5.000 Schilling (oder Steuergutschrift bei zu geringem Einkommen)
- Einführung des Alleinerzieherabsetzbetrages von 5.000 Schilling jährlich (oder Steuergutschrift bei zu geringem Einkommen)
- Einführung von Absetzbeträgen auch bei Personen mit Alimentationsleistungen
- monatliche direkte Auszahlung von Familienbeihilfe und Steuerabsetzbetrag an die Mutter
- Altersstaffel für Familienbeihilfe (1.400 Schilling bis 10 Jahre, 1650 für Kinder von 10 bis 19 Jahre und 2.000 Schilling für Studierende bis 27 Jahre)

[351] Vgl. Die Presse, 11.3.1992. S.5.
Der Standard, 17.3.1992. S.8.
[352] Vgl. Die Presse, 14.3.1992. S.4.
[353] Vgl. Die Presse, 27.3.1992. S.5.
[354] Vgl. Der Standard, 10.4.1992. S.15.
[355] Vgl. Der Standard, 14.4.1992. S.1.

- einheitliche Steuerbegünstigung bei 13. und 14. Gehalt mit sechs Prozent (steuerfreie 8.500 Schilling; Streichung der Begünstigungen für Kinder in Doppelverdienerhaushalten)
- Streichung der Kinderbegünstigungen bei Abfertigungen
- Streichung des Kinderabsetzbetrages bei Sonderausgaben
- Streichung des Zuschlags zur Familienbeihilfe
- keine Erhöhung der Familienbeihilfe

Eine Zusatzvereinbarung gab es über eine Verpflichtung der Länder, Mittel des Finanzausgleichs für Kinderbetreuung zweckzubinden. Beide Parteien zeigten sich mit dem Ergebnis zufrieden.[356]

Die neue Familiensprecherin der SPÖ, Ilse Mertel, ließ mit der Überlegung aufhorchen, die Familienbeihilfe nach der Höhe des Einkommens zu staffeln, um so den von Armut bedrohten Familien mehr Geld zukommen zu lassen. Der ÖVP-Fraktionsführer im Familienausschuss, Hafner, hingegen wollte eher eine Umverteilung von Kinderlosen zu den Familien mit Kindern erreichen.[357]

Im Juli 1993 wurden in der ÖVP Überlegungen laut, Veränderungen beim höheren Karenzgeld für Alleinerzieher (7.917 Schilling statt 5.292 Schilling) vorzunehmen, da die Anzahl der Bezieher stark angewachsen war. Familienministerin Rauch-Kallat vermutete dahinter auch Missbrauch und verlangte, die Väter der betroffenen Kinder stärker in die finanzielle Verantwortung zu nehmen, um dann das Karenzgeld auf Normalniveau senken zu können. Damit sollte die von ihr vermutete Tendenz, dass Paare auf die Heirat verzichteten, um in den Genuss der höheren Förderung zu gelangen, gestoppt werden. Der Vorschlag von Vizekanzler Busek, die Differenz zwischen normalem und erhöhtem Karenzgeld überhaupt zu streichen, lehnte die SPÖ als Sozialabbau ab. Buseks Überlegung aus der Notwendigkeit der Budgetsanierung heraus, das zweite Karenzjahr wieder abzuschaffen, wurde sogar innerhalb seiner eigenen Partei vom ÖAAB abgelehnt.[358] Aber auch für schärfere Kontrollen der Bezieher des Alleinerzieher-Karenzgeldes war die SPÖ nicht zu haben. Familiensprecherin Mertel befürchtet laut der Tageszeitung „Die Presse“ Schnüffeleien, und dass es diejenigen treffen würde, die ohnehin wenig Geld zur

[356] Vgl. Die Presse, 16.4.1992. S.4.
Die Presse, 17.4.1992. S.4.
Der Standard, 17.4.1992. S.7.
[357] Vgl. Die Presse, 22.3.1993. S.4.
Die Presse, 26.3.1993. S.5.
[358] Vgl. Der Standard, 14.7.1993. S.4.
Die Presse, 14.7.1993. S.7.

Verfügung hätten.[359] Grund für die plötzlich auftretenden Debatten waren Defizite des FLAF (5 Milliarden) und der Arbeitsmarktverwaltung (7 Milliarden), die einerseits auf steigende Arbeitslosenzahlen, andererseits aber auch durch eine unerwartet hohe Inanspruchnahme des zweijährigen Karenzgeldes zurückzuführen waren. Ein zusätzlicher Vorschlag zur Linderung des Problems kam von Finanzstaatssekretär Ditz. Er wollte die automatischen Erhöhungen von Sozialleistungen (abhängig von der Lohnentwicklung) wie dem Karenzgeld teilweise aussetzen.[360]

SPÖ-Familiensprecherin Mertl hingegen schlug vor, durch eine Mehrbelastung von Bauern und selbstständig Erwerbstätigen den FLAF zu entlasten. Die Gruppen zahlten bisher nur indirekt über ihre Einkommens- und Körperschaftssteuer Beiträge, die aber laut Mertl die Ausgaben für sie nicht deckten. Die ÖVP lehnte das mit dem Argument ab, dass zuerst Missbrauch bekämpft werden müsste und dann erst über Belastungen neuer Gruppen nachgedacht werden sollte.[361] Erst im September gab es in dieser Frage substantielle Fortschritte: Ein Maßnahmenmix sollte die notwendigen Einsparungen für das Gesamtbudget erzielen. Dazu gehörten auf Familienseite verschärfte Bestimmungen bei der Auszahlung des erhöhten Karenzgeldes für alleinstehende Mütter. Den ÖVP-Vorschlag, dass dieses Geld nur mehr auf Antrag, der bei den Krankenkassen abzugeben wäre, ausbezahlt werden sollte, lehnte die SPÖ ab.[362] In der letzten Phase der Budgetverhandlungen verkündete Wirtschaftsminister Schüssel (ÖVP) den Plan der Regierung, die Sozialleistungen einzufrieren. Daraufhin drohte Frauenministerin Dohnal mit ihrem Veto gegen das Budget, wenn das Karenzgeld nicht valorisiert würde.[363] Laut Vizekanzler Busek war dieser Schritt jedoch regierungsintern abgesprochen. Dieser Darstellung widersprach der Bundeskanzler und wandte sich wie seine Familienministerin ausdrücklich dagegen.[364] Die Verhandlungen gingen dann trotz anfänglicher Weigerung der ÖVP weiter, gestalteten sich aber äußerst schwierig[365] *(vgl. Kap. 2.8 Steuerreform und Budget 1994)*. Einige Kompromissangebote der ÖVP und auch von Finanzminister Lacina scheiterten am Veto

[359] Vgl. Die Presse, 15.7.1993. S.6.
[360] Vgl. Der Standard, 16.7.1993. S.19.
[361] Vgl. Der Standard, 22.7.1993. S.5.
[362] Vgl. Die Presse, 16.9.1993. S.6.
[363] Vgl. Die Presse, 27.9.1993. S.6.
Der Standard, 28.9.1993. S.16.
Die Presse, 6.10.1993. S.7.
Der Standard, 13.10.1993. S.15.
[364] Vgl. Der Standard, 12.10.1993. S.16.
Der Standard, 13.10.1993. S.15.
[365] Vgl. Die Presse, 6.10.1993. S.7.

der Frauenministerin.[366] Am 19. Oktober waren die Maßnahmen im Familienbereich endlich ausverhandelt:

- Einmalige Abschlagszahlungen zum Karenzgeld
- Streichung der Absetzbeträge bei Gastarbeitern für Kinder, die nicht in Österreich leben
- Heimfahrtbeihilfe für Studenten nur mehr für Sachleistungen (z. B. Bahntickets)
- Lehrlinge erhalten die Schülerfreifahrt[367]

Die restlichen Punkte betrafen die Sozialversicherung *(vgl. Kap. 7.2 Arbeitslose)*.

Im Jänner 1994 trat Sozialminister Hesoun (SPÖ) eine Debatte los, als er vorschlug, für Personen mit einem Einkommen über einer bestimmten Höhe keine Sozialleistungen (damit auch die Familienbeihilfe) mehr auszuzahlen. Ablehnung und Zustimmung fand er dabei in beiden Koalitionsparteien. Wobei bei der SPÖ eher eine Tendenz dafür, bei der ÖVP eher eine dagegen zu erkennen war.[368]

Im Nationalratswahlkampf spielte das Thema Unterstützung von Familien und Karenzurlaub eine untergeordnete Rolle. Lediglich ganz am Anfang riefen die Forderungen der ÖVP nach einem dritten Karenzjahr und der Absetzbarkeit der Kosten von Kinderbetreuung den Widerspruch der SPÖ hervor. Die ÖVP-Politikerinnen konterten mit dem Vorwurf, die SPÖ würde den Klassenkampf predigen und nur aus ideologischen Gründen dagegen sein.[369] Ebenfalls im Wahlkampf erneuerte Frauenministerin Dohnal ihren Ruf nach einem 20wöchigen Kündigungsschutz für Frauen nach dem Karenzurlaub und kritisierte die Ablehnung ihrer Forderung durch ÖVP-Generalsekretärin Korosec.[370]

Nach der Wahl und den Koalitionsverhandlungen, als Sparvorhaben mehr in den Mittelpunkt rückten, brachen die alten Konflikte wieder auf. Die SPÖ wollte die Abschaffung der Mehrkinderstaffel bei den Absetzbeträgen, wie dies auch im Koalitionsabkommen[371] vorgesehen war, während die ÖVP auf der Beibehaltung bestand.[372] Von den ebenfalls im Koalitionspakt festgeschriebenen Maßnahmen, „verbesserte Durchsetzbarkeit von Unterhaltsansprüchen“[373] und „Vereinheitlichung der Familienbeihilfen“[374] (d.h. Ab-

[366] Vgl. Die Presse, 14.10.1993. S.1.
[367] Vgl. Die Presse, 19.10.1993. S.7.
[368] Vgl. Der Standard, 12.1.1994. S.5.
Der Standard, 15.1.1994. S.5.
Die Presse, 27.1.1994. S.7.
[369] Vgl. Die Presse, 27.7.1994. S.7.
[370] Vgl. Der Standard, 16.8.1994. S.4.
[371] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1994. S.45.
[372] Vgl. Der Standard, 10.1.1995. S.5.
[373] Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1994. S.31.
[374] a.a.O. S.45.

schaffung des erhöhten Karenzgeldes für Alleinerzieher) wollten wiederum Frauenministerin Dohnal (laut Presse: „kommt nicht in Frage“) und Bundeskanzler Vranitzky (laut Presse: „nicht verwirklichbar“) sowie Sozialminister Hesoun nichts mehr wissen, als Familienministerin Moser deren Durchführung urgierte. Aufgrund der harten Fronten wurde bald über eine Beibehaltung beider Familienunterstützungen gemutmaßt.[375] Und so war es schließlich auch. Um dennoch Einsparungen im Familienbereich zu erzielen, vereinbarten die Regierungsparteien, die Familienbeihilfe um 100 Schilling zu reduzieren. Allerdings sollte der Staat vermehrt Anstrengungen unternehmen, Väter zu ihren Unterhaltszahlungen zu zwingen, um so die Auszahlungen für das erhöhte (aber nunmehr um 161 Schilling reduzierte) Karenzgeld für die Alleinerziehenden möglichst gering zu halten bzw. den Mehraufwand zwar auszuzahlen, aber vom Vater zurückzuverlangen. (Bei den Schulbüchern und der Schülerfreifahrt einigte sich die Koalition auf Selbstbehalte von je 10 Prozent).[376] In dieser Frage verlangte die ÖVP, Mütter bei der Geburt gesetzlich dazu zu verpflichten, den Namen des Kindesvaters bekanntzugeben, um dem Staat spätere Regressansprüche zu erleichtern. Frauenministerin Dohnal sprach sich jedoch dagegen aus.[377]

Besonders harten Widerstand setzte sie allerdings gegen die drohende Kürzung des erhöhten Karenzgeldes für Alleinerzieher. So kündigte sie für den Ministerrat auf alle Fälle ihr Veto gegen den Budgetentwurf an, sollten diese Maßnahmen enthalten sein. Ihr Parteifreund, Bundeskanzler Vranitzky, sagte daraufhin sogar eine Auslandsreise[378] ab.[379] Vizekanzler Busek rief sie sodann dazu auf, entweder dem Budget zuzustimmen oder zurückzutreten.[380] In einer laut Presseberichten turbulenten Ministerratssitzung (es gab sogar eine Sitzungsunterbrechung und einen Krach zwischen dem Sozialminister und der Frauenministerin) am 7. März stimmte die Frauenministerin schließlich doch zu. Allerdings setzte sie durch, dass die Regelung nicht wie geplant am 1. Mai 1995, sondern erst am 1. Jänner 1996 in Kraft treten würde.[381]

---

[375] Vgl. Die Presse, 11.1.1995. S.8.
Der Standard, 11.1.1995. S.1, 5.
Die Presse, 12.1.1995. S.1.
Der Standard, 12.1.1995. S.5.

[376] Vgl. Die Presse, 7.2.1995. S.7.

[377] Vgl. Der Standard, 7.3.1995. S.5.
Der Standard, 7.3.1995. S.5.
Der Standard, 16.3.1995. S.6.

[378] Treffen der europäischen Sozialdemokraten in Barcelona.

[379] Vgl. Die Presse, 4.3.1995. S.7.
Der Standard, 7.3.1995. S.5.

[380] Vgl. Die Presse, 6.3.1995. S.6.

[381] Vgl. Die Presse, 8.3.1995. S.1.

In den Koalitionsverhandlungen nach der vorgezogenen Nationalratswahl 1995 spielte das Thema „Unterstützung von Familien“ weiterhin eine wichtige Rolle, allerdings immer unter der Prämisse eines zu konsolidierenden Budgets. Der große Koalitionspartner blieb nach wie vor bei seinem Wunsch nach einer sozialen Staffelung von Sozialleistungen. Offen blieb dabei allerdings die Durchführung, da dies eine Abkehr vom praktizierten System der Individualbesteuerung bedeutet hätte. Dann wäre nämlich das Familieneinkommen heranzuziehen gewesen. Keine Einigkeit gab es über die soziale Wirksamkeit des FLAF. Während die ÖVP die Umverteilung von höheren Einkommensschichten zu niedrigeren mit Zahlen unterlegte, verwendete die SPÖ andere Zahlen, um das Gegenteil zu beweisen. Laut ÖVP war der Sinn des FLAFs eigentlich gar nicht die Umverteilung von Reich zu Arm, sondern vielmehr von Kinderlosen zu Menschen mit Kindern gewesen. [382] Die SPÖ sah das allerdings anders. In den Koalitionsverhandlungen kristallisierte sich die gemeinsame Ansicht heraus, dass die Familien von größeren Sparmaßnahmen unberührt bleiben sollten und die soziale Staffelung nicht sinnvoll wäre, da der Verwaltungsaufwand zu groß gewesen wäre und eine Benachteiligung von berufstätigen Frauen gebracht hätte.[383] Das Ziel von Finanzminister Klima, die Familienbeihilfe für Studenten bis maximal zum 26. Geburtstag auszuzahlen, wollte die Familienministerin mit Hinweis auf die Wehrdienst- bzw. Zivildienstpflicht von jungen Burschen bis zum 27. Lebensjahr ausdehnen.[384] Als man sich auf die Aufteilung der zwei Karenzjahre auf beide Elternteile geeinigt hatte, kamen in der SPÖ Bedenken auf. So verlangte Sozialminister Hums (SPÖ), alleinerziehenden Müttern weiterhin die vollen zwei Jahre zu finanzieren und das Geld vom Vater zurückzuholen. Die ÖVP lehnte aber eine Modifizierung des eigentlich ausverhandelten Themas mit dem Argument ab, man könne unmöglich verheiratete Mütter schlechter stellen als unverheiratete.[385] Eine Unterstützung der von den SPÖ-Frauen angekündigten Demonstration gegen diese Regelung lehnte ÖVP-Generalsekretärin Rauch-Kallat ab, da sie sich durch diese Regelung eine vermehrte Inanspruchnahme der Väterkarenz erhoffte.[386]

Der Koalitionspakt sah bei den familienpolitischen Leistungen vergleichsweise geringe Einsparungen vor. Dazu zählten der Entfall der Geburtenbeihilfe und – trotz des Protests von Frauenministerin Konrad – die Aufteilung des zweijährigen Karenzurlaubes auf beide Elternteile. Einer (auch alleinerziehende) sollte demnach maximal nur mehr 1,5 Jahre

[382] Vgl. Der Standard, 23.1.1996. S.5.
[383] Vgl. Der Standard, 26.1.1996. S.5.
[384] Vgl. Der Standard, 16.2.1996. S.4.
[385] Vgl. Der Standard, 21.2.1996. S.4.
[386] Vgl. Der Standard, 5.3.1996. S.4.

in Karenz gehen können, der zweite Partner hätte dann noch die Möglichkeit eines halben Jahres gehabt.[387]

Ein Versuch von Familienminister Bartenstein, die paktierte Streichung der Familienbeihilfe für Schüler, die zweimal eine Oberstufenklasse wiederholten, zurückzunehmen, weil nach seiner Darstellung der Verwaltungsaufwand die Einsparungen nicht gerechtfertigt hätte, scheiterte am Veto von Finanzminister Klima.

Ebenfalls ohne Wirkung blieb Bartensteins Vorschlag, die Quersubventionierung der ÖBB durch den FLAF mittels der Freifahrt („einige hundert Millionen Schilling") zu streichen.[388] Die Subventionierung bestand darin, dass die ÖBB für Schüler höhere Beträge kassierten als für Pendler. Die Abschaffung dieser Praxis war seine Bedingung, damit das Wochengeld in Zukunft zu 70 Prozent durch den FLAF finanziert werden könnte (bisher von Krankenkassen und FLAF zu je 50 Prozent), um die finanziell angeschlagenen Krankenkassen mit 800 Millionen Schilling zu entlasten, wie dies von Sozialminister Hums verlangt wurde.[389]

Im Sommer 1996 entzündete sich ein neuer Konflikt über die Form der Familienbesteuerung. Alles begann mit der Forderung der ÖVP, das Steuersystem familienfreundlicher zu gestalten. Familien mit Kindern sollten weniger, Kinderlose mehr Steuern zahlen. Die prompte Reaktion aus der SPÖ war ablehnend. SPÖ-Klubobmann Kostelka interpretierte den Vorschlag als Diskriminierung einer Bevölkerungsgruppe.[390] Auslöser für die Debatte waren Befürchtungen, dass der Verfassungsgerichtshof die Familienbesteuerung aufheben würde, womit eine Neuorganisation notwendig geworden wäre. ÖAAB-Chefin Gehrer präsentierte ein Modell, wonach der Kinderabsetzbetrag von 4.200 Schilling auf 8.840 Schilling pro Kind und der Alleinverdiener- und Alleinerzieherabsetzbetrag von 5.000 auf ebenfalls 8.840 Schilling pro Jahr angehoben werden sollte. Das wurde auch als Modell für ein steuerliches Existenzminimum bezeichnet, für dessen Umsetzung die ÖVP einen Initiativantrag und in weiterer Folge sogar ein Volksbegehren plante. SPÖ-Familiensprecherin Mertl lehnte das namens ihrer Partei ab und verlangte ihrerseits eine soziale Staffelung der Familienbeihilfe. Den gleichen Wunsch äußerte auch die Sprecherin der SPÖ-Kinderfreunde und Nationalratsabgeordnete Gabriele Binder.[391] Auch die

---

[387] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Koalitionsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1996. S.22.
Der Standard, 7.2.1996. S.4.

[388] Vgl. Der Standard, 12.6.1996. S.6.

[389] Vgl. Der Standard, 22.6.1996. S.5.

[390] Vgl. Die Presse, 27.7.1996. S.7.

[391] Vgl. Die Presse, 2.8.1996. S.6.
Die Presse, 3.8.1996. S.7.
Der Standard, 3.8.1996. S.4.
Der Standard, 11.9.1996. S.6.

Parteispitzen Vranitzky und Schüssel beteiligten sich an der Diskussion jeweils voll und ganz auf ihrer Parteilinie.[392] Im Umfeld dieser Debatte gab es auch Scharmützel über die generelle Situation der Familienförderung. Während die SPÖ dem Koalitionspartner vorwarf, durch seine Politik an der prekären Lage des FLAF schuld zu sein, begründete die ÖVP die finanziellen Probleme mit den familienfremden Ausschüttungen aus dem Fonds, die die SPÖ zu verantworten hatte.[393] Der EU-Wahlkampf war auch nicht dazu angetan, die Fronten aufzuweichen. In den letzten Tagen vor der Wahl veränderten sich die Positionen nicht. Die SPÖ warf der ÖVP vor, mit Hilfe der Absetzbeträge die Reichen bevorzugen zu wollen, und wies darauf hin, dass die ÖVP die geltende gesetzliche Regelung mitbeschlossen hatte, und die ÖVP warf der SPÖ vor, Klassenkampf zu betreiben. So konnte im Ministerrat die Stellungnahme vom Finanz- und Familienministerium zu dem laufenden Verfahren im VfGH *(vgl. oben)* nicht beschlossen werden. Die Stellungnahme des Verfassungsdienstes im Bundeskanzleramt für die derzeitige Regelung wurde folgerichtig ebenso nicht beschlossen, da die ÖVP eine Änderung wollte und ihr Veto dagegen einlegte. Im Ministerrat von 8. Oktober kam es laut der Zeitung „Die Presse“ sogar zu Schreiduellen zwischen den beiden Parteien.[394] Um doch noch eine gemeinsame Stellungnahme ausverhandeln zu können, ersuchte die Bundesregierung den VfGH um eine Fristverlängerung um einen Monat. Die SPÖ weigerte sich nach wie vor, die von Minister Bartenstein verlangte Passage einzubauen, in der hingewiesen worden wäre, dass Familien im Steuersystem mehr berücksichtigt werden sollten. Die ÖVP bestand aber auf diesem Zusatz.[395] Familienminister Bartenstein (ÖVP) verteidigte die Tatsache, dass sich seine Partei gegen ein von ihr mitbeschlossenes Gesetz wandte, mit geänderten Rahmenbedingungen durch die jüngsten Sparpakete, die besonders Alleinverdienerhaushalte getroffen hatten.[396] Auch innerhalb der Monatsfrist gelang es nicht, sich auf eine gemeinsame Stellungnahme zu einigen. Lediglich die Bitte an den

[392] Vgl. Die Presse, 7.8.1996. S.6.
Der Standard, 22.8.1996. S.5.
Die Presse, 23.8.1996. S.7.
Der Standard, 7.8.1996. S.4.
[393] Vgl. Die Presse, 8.8.1996. S.6.
[394] Vgl. Der Standard, 4.10.1996. S.5.
Die Presse, 5.10.1996. S.1.
Der Standard, 5.10.1996. S.6.
Die Presse, 7.10.1996. S.7.
Der Standard, 7.10.1996. S.1.
Der Standard, 7.10.1996. S.5.
Die Presse, 8.10.1996. S.7.
[395] Vgl. Der Standard, 8.10.1996. S.5.
[396] Vgl. Die Presse, 9.10.1996. S.6.

VfGH, für eine eventuell notwendige Reparatur 18 Monate Zeit zu bekommen, trugen beide Parteien mit.[397]

Nach der Wahl ging der Konflikt – wenn auch schaumgebremst – mit selben Positionen weiter.[398] In der aktuellen Stunde des Nationalrates am 27. November untermauerten Redner beider Fraktionen die Standpunkte ihrer Parteien. Für die SPÖ war das unter anderem Familiensprecherin Mertel:

> „Wir müssen daher die Bezieher niedrigster Einkommen berücksichtigen, denn im Zentrum unserer Überlegungen müssen deren Kinder stehen – und nicht Überlegungen, wie Kinder von reicheren Familien zu mehr Steuerersparnis beitragen können."[399]

Darauf der ÖVP-Abgeordnete Spindelegger:

> „Tatsache eins: Familien mit mehreren Kindern geraten in Österreich zunehmend in materielle Probleme. [...]
>
> Unser Modell lautet daher: Es soll ein steuerfreies Existenzminimum für jedes Familienmitglied geben. [...] Alles andere – das sage ich dazu – wäre auch ein Bruch unserer Verfassung, mit dem wir nicht einverstanden sind."[400]

Den Beschluss des SPÖ-Präsidiums, für eine Verfassungsbestimmung einzutreten, die die Absetzbarkeit von Unterhaltspflichten einer Gehaltsobergrenze unterwerfen sollte, lehnte die ÖVP strikt ab. Diese Obergrenze wäre damit der Judikatur des VfGH entzogen worden.[401] Von der FPÖ kam im Jänner 1997 das Angebot an die ÖVP, das von ihr geforderte steuerfreie Existenzminimum für jedes Familienmitglied gemeinsam und gegen die SPÖ im Nationalrat zu beschließen. Für die Volkspartei war besonders wichtig, dass es entgegen den Überlegungen aus der SPÖ keine zusätzlichen Belastungen, wie für Familien mit höheren Einkommen, geben würde.[402]

Auf ihrem Dreikönigstreffen beschloss die ÖVP ein Konzept zur Familienförderung mit einem Zusatzaufwand von 11,7 Milliarden Schilling. Demnach wäre der Absetzbetrag für das erste Kind von 350 auf 750 Schilling, der für das zweite von 525 auf 925, der für jedes weitere Kind von 700 auf 1.100 Schilling und die Absetzbeträge für Alleinverdiener um mehr als die Hälfte angehoben worden. Damit sollte ein steuerfreies Existenzminimum für jedes Familienmitglied gesichert sein. Während die SPÖ das Konzept ablehnte, zeigten sich die Oppositionsparteien FPÖ und Grüne verhandlungsbereit.[403]

---

[397] Vgl. Der Standard, 6.11.1996. S.5.

[398] Vgl. Die Presse, 16.10.1996. S.1.
Die Presse, 25.10.1996. S.1.
Der Standard, 28.11.1996. S.5.
Die Presse, 4.1.1997. S.7.

[399] Mertel, Ilse: Stenographische Protokolle des Nationalrates 47/NRSITZ (XX. GP). S.28.

[400] Spindelegger, Michael: Stenographische Protokolle des Nationalrates 47/NRSITZ (XX. GP). S.29.

[401] Vgl. Der Standard, 11.12.1996. S.7.

[402] Vgl. Die Presse, 8.1.1997. S.7.

[403] Vgl. Die Presse, 9.1.1997. S.1.

Im Juni sprachen die Koalitionspartner wieder über das Modell. Die ÖVP deutete dabei an, auf den von der SPÖ besonders abgelehnten Alleinverdienerabsetzbetrag verzichten zu können. Frauenministerin Prammer lehnte im Gegenzug Gespräche über die Mehrkinderstaffel nicht mehr kategorisch ab.[404] Zu dieser Zeit ließ das Familienministerium eine Machbarkeitsstudie über den sogenannten Kinderbetreuungsscheck erarbeiten. Nach den Wünschen der ÖVP sollte jede Mutter bis zum vierten Geburtstag des jüngsten Kindes rund 6.000 bis 8.000 Schilling bekommen, um damit eine externe Kinderbetreuung in Anspruch zu nehmen oder selbst diese Tätigkeit übernehmen zu können. Die Kosten dafür wären durch eine Auflösung des Karenzgeldes, der Sondernotstandshilfe und des Alleinverdienerabsetzbetrages finanziert worden. Frauenministerin Prammer sprach sich prompt und strikt dagegen aus. Sie interpretierte es als Signal, dass Frauen mit Kleinkindern nichts am Arbeitsmarkt verloren hätten.[405] In ihrer scharfen Ablehnung folgten ihr die SPÖ-Frauen, die ÖGB-Frauen und die SPÖ-Kinderfreunde (im Einklang mit Grünen und Liberalen, aber im Gegensatz zum Katholischen Familienverband und zur FPÖ). Die ÖVP verteidigte das Konzept kaum, sondern verwies auf die noch laufende Studie.[406]
Die nächste Aufregung verursachte ÖAAB-Chef und Verteidigungsminister Fasslabend, als er eine Erhöhung von Familienbeihilfe und Karenzgeld um denselben Prozentsatz wie bei den Pensionen forderte. Während ihn seine Partei unterstützte, kam aus der SPÖ scharfe Kritik, vor allem, weil er als Minister das Einfrieren des Karenzgeldes mitbeschlossen hatte.[407]

Am 17. Oktober 1997 veröffentlichte der VfGH das bereits lange erwartete und diskutierte Erkenntnis. Er hob damit die Bestimmung des Einkommenssteuergesetzes zur Familienbesteuerung als verfassungswidrig auf, da diese im Widerspruch zum Gleichheitsgrundsatz stand *(vgl. Kap. 2.13 Budget 1998 und 1999)*.[408] Die ÖVP zeigte sich darüber erfreut, vor allem über die Feststellung, dass Kinder nicht nur Privatsache seien. Sie verlangte eine besondere Unterstützung für kleinere und mittlere Einkommen und schlug eine lineare Erhöhung der Absetzbeträge um 400 Schilling vor. Die SPÖ hingegen kritisierte das Erkenntnis scharf. Die Wiener Finanzlandesrätin Ederer bezeichnete es laut der

[404] Vgl. Die Presse, 19.6.1997. S.9.
[405] Vgl. Die Presse, 20.6.1997. S.8.
[406] Vgl. Die Presse, 27.6.1997. S.6.
Die Presse, 2.8.1997. S.7.
[407] Vgl. Die Presse, 22.7.1997. S.6.
[408] Unterhaltsleistung an Kinder nicht bloß Sache privater Lebensgestaltung; Unsachlichkeit der Gleichbehandlung von unterhaltspflichtigen und nicht unterhaltspflichtigen Einkommensbeziehern; kein Ausgleich der steuerlichen Belastung der zur Erfüllung der Unterhaltspflicht erforderlichen Einkommensteile durch Transferleistungen; Steuerfreiheit zumindest der Hälfte des für den Unterhalt erforderlichen Einkommens geboten (VfGH Erkenntnis, Sammlungsnummer 14992, G168/96,G285/96)

Zeitung „Der Standard“ sogar als „Frechheit“ *(vgl. Kap. 19.7 Verfassungsgerichtshof)*. Klubobmann Kostelka sprach sich für verstärkte Direktförderungen aus und wollte Teile des Steuersystems, die sich auf die Familienförderung bezogen, in den Verfassungsrang heben, um sie so der Judikatur des VfGH zu entziehen. Eine Einigung musste rasch gefunden werden, da zwar die Aufhebung erst Ende 1998 in Kraft getreten wäre, aber die Regierung das Budget für 1999 bereits im Frühjahr 1998 beschließen wollte. Das schien schwierig, da die SPÖ die ÖVP-Vorschläge ablehnte und die ÖVP nicht von der Individualbesteuerung abgehen wollte. Genau das hätte allerdings die Forderung der SPÖ nach einer sozialen Staffelung bedeutet. ÖVP-Klubobmann Khol bezeichnete die Forderung der SPÖ, nur Bezieher kleiner Einkommen zu entlasten, als ebenfalls verfassungswidrig. Kurz nach Bekanntwerden des Erkenntnisses setzte die Regierung eine Arbeitsgruppe[409] zur Lösung des Problems ein.[410] Aufregung in der ÖVP verursachte der Kommentar von Frauenministerin Prammer (SPÖ). Sie könne sich eine 1:1 Umsetzung des VfGH-Urteils nicht vorstellen. Von ÖVP-Klubobmann Khol musste sie sich daran erinnern lassen, dass sie einen Eid auf die Verfassung abgelegt hatte. Sie selbst verteidigte ihre Aussage mit der Behauptung, dass die vom VfGH verlangte Steuerfreistellung (Hälfte der Unterhaltspflicht) nur Einkommen über 50.000 Schilling zugute gekommen wäre.[411] Die SPÖ favorisierte weiterhin die Festschreibung des Status quo in einem Verfassungsgesetz,[412] während die ÖVP genau das ablehnte und eine Steuerreform im Sinne des Urteils verlangte. Andreas Khol behauptete dabei sogar, dass jedem (also auch seiner Partei) von Anfang an bewusst war, dass die geltende Regelung verfassungswidrig war, dass aber eben diese Regelung auch das Maximum dessen war, was mit dem Koalitionspartner SPÖ erreichbar gewesen war.[413] Trotz dieses Konfliktes zeigte sich Familienminister Bartenstein optimistisch, was einen rechtzeitigen Kompromiss betraf. Aus seiner Sicht gab es Einigkeit darüber, Familien mit kleineren Einkommen mehr zu unterstützen und Kinderlose nicht mehr zu belasten. Er selbst pries die Vorzüge seines Modells, das jeder Mutter 4.800 Schilling mehr im Jahr gebracht hätte *(vgl. oben)*.[414] Von einer Einigung konnte aber noch keine Rede sein. Die SPÖ warnte immer wieder vor einer Umverteilung zu Gunsten

[409] Dieser Arbeitsgruppe gehörten auf SPÖ-Seite Frauenministerin Prammer, Finanzminister Edlinger und Familiensprecherin Mertel, auf ÖVP-Seite Familienminister Bartenstein, Verteidigungsminister und ÖAAB-Chef Fasslabend und Sozialsprecher Feuerstein an.

[410] Vgl. Der Standard, 21.10.1997. S.7.
Die Presse, 21.10.1997. S.7.
Der Standard, 22.10.1997. S.1, 8.
Die Presse, 2.10.1997. S.7.

[411] Vgl. Die Presse, 23.10.1997. S.7.

[412] Vgl. Der Standard, 28.10.1997. S.27.

[413] Vgl. Der Standard, 30.10.1997. S.31.

[414] Vgl. Der Standard, 5.12.1997. S.5.

der Reichen.[415] Vizekanzler Schüssel sah den Koalitionspartner dabei unter Druck. Wäre es nämlich zu keiner Einigung auf eine neue Familienbesteuerung gekommen, hätten Eltern mit Anfang des Jahres 1999 automatisch alle Ausgaben für ihre Kinder steuerlich absetzen können, was nicht im Sinne der SPÖ gewesen wäre, da dies vor allem Besserverdienern zugute gekommen wäre.[416]

Bezüglich der Reform gab es in den Stellungnahmen zunächst kaum Übereinstimmungen. Die ÖVP wollte höhere Absetzbeträge, die SPÖ eine höhere Familienbeihilfe, die ÖVP trat für eine Altersstaffelung ein, die SPÖ für eine soziale Staffelung, die ÖVP plante, die Mehrkosten aus dem Budget zu bezahlen, die SPÖ, so viel wie möglich aus dem FLAF zu entnehmen. Und alles wurde mit den bereits bekannten Argumenten begründet.[417] Am 8. Jänner, fast genau ein Jahr nach der ÖVP, gab die SPÖ ihre Pläne bekannt: Anhebung der Familienförderung (ob Absetzbeträge oder Familienbeihilfe war nicht festgelegt) ab 1999 um 350 Schilling für Familien mit einem Kind, um 525 Schilling für Familien mit zwei und mehr Kindern. Durch eine weitere Erhöhung im Jahr 2000 sollten Familien mit einem Kind insgesamt um 500 Schilling, Familien mit zwei Kindern um 825 Schilling, Familien mit drei Kindern 975 Schilling und für jedes weitere Kind zusätzlich 150 Schilling pro Monat bekommen. Das hätte das Ende der Mehrkinderstaffel bedeutet, womit jedes Kind gleich viel Förderung erhalten hätte. Nur für Familien mit drei oder mehr Kindern und geringem Einkommen sollten zusätzliche Förderungen ausgezahlt werden. Für dieses Modell rechnete die SPÖ mit Mehrkosten von rund 9 Milliarden Schilling. Familienminister Bartenstein zeigte sich enttäuscht über diese Vorschläge, da sie seiner Meinung nach Mehrkindfamilien massiv benachteiligt hätten und weil die Finanzierung hauptsächlich aus Mitteln des FLAF erfolgt wäre. Die zu erwartenden Überschüsse wollte er für die erste Valorisierung der Familienbeihilfe seit 1990 verwenden, die aus seiner Sicht unabhängig vom Urteil des VfGH dringend notwendig war. Aber auch innerhalb der SPÖ gab es Kritik, da das Modell für manche aus der Partei zu wenig die soziale Komponente berücksichtigte. Um diese Parteifreunde zu beruhigen, arbeiteten die Verhandler noch die Forderung nach Wiederbelebung der Kindergartenmilliarde ein *(vgl. Kap. 3.3 Kinderbetreuung)*.[418] Die ÖVP nahm in ihr Modell eine Altersstaffelung auf, um aus ihrer Sicht dem VfGH-Urteil gerecht zu werden. Zur Unter-

[415] Vgl. Die Presse, 17.12.1997. S.7.
[416] Vgl. Der Standard, 29.12.1997. S.4.
[417] Vgl. Der Standard, 8.1.1998. S.5.
[418] Vgl. Der Standard, 10.1.1998. S.5.
Die Presse, 9.1.1998. S.9.
Die Presse, 10.1.1998. S.9.
Die Presse, 10.1.1998. S.1, 6.

stützung von Familien mit niedrigeren Einkommen plante sie außerdem, diesen die Absetzbeträge als Negativsteuer auszubezahlen. Die Finanzierung sollte über Umschichtungen im Budget erfolgen.[419]

Finanzminister Edlinger (SPÖ) zeigte sich erneut erbost über die Vorstellungen des Koalitionspartners. Vor allem die gewünschte Finanzierung ohne Mittel aus dem FLAF, die laut Bartenstein ausschließlich der Familienpolitik vorbehalten waren, und die Mehrkinderstaffelung ärgerten ihn. Letztere hätte seiner Ansicht nach zur Folge gehabt, dass kinderreiche wohlhabende Familien mehr profitiert hätten als ärmere Familien mit ein bis zwei Kindern. Als Ergänzung zum bereits bekannten SPÖ-Modell plante Edlinger noch eine Unterstützung für eben diese Gruppe. Auf Antrag sollten Familien bis zu einem jährlich versteuerbaren Einkommen von 300.000 Schilling ab dem dritten Kind 500 Schilling monatlich erhalten. Für jedes weitere Kind wäre demnach die Bemessungsgrundlage um 50.000 Schilling jährlich angehoben worden. Pro 10.000 Schilling darüber hätte es monatlich um 100 Schilling weniger gegeben.[420]

Die direkten Parteienverhandlungen begannen am 14. Jänner.[421] Bereits kurz danach kolportierte die Zeitung „Die Presse“ eine Annäherung. Die SPÖ konnte sich demnach mit einer abgeflachten Mehrkinderstaffel anfreunden und dafür der ÖVP eine stärkere Unterstützung von einkommensschwachen Mehrkinderfamilien schmackhaft machen. Auch der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Neuerung mit einer Vorstufe ab 1999 und dem vollen Umfang ab 2000 schien konsensfähig. Keine Annäherung gab es hingegen noch bei der Finanzierung, wo die Standpunkte noch unversöhnlich schienen. Kurz gesagt, wollte die SPÖ die Familienbeihilfe erhöhen (Mittel kommen aus dem FLAF) und die ÖVP die Steuerabsetzbeträge (Mittel kommen aus dem Budget). Zusätzlich wollte die ÖVP die Familienbeihilfe sowie das Karenzgeld valorisieren (Mittel kommen aus dem FLAF). Laut den Aussagen von Finanzminister Edlinger hätten die Kosten für die Realisierung der ursprünglichen ÖVP-Wünsche 18 Milliarden Schilling betragen und wären damit aus seiner Sicht nicht finanzierbar gewesen. Doch auch die Annäherung auf ein Volumen von 10 bis 12 Milliarden nützte noch wenig, da eben die Frage nach dem Woher noch nicht gelöst war.[422] Daher galt es als großer Fortschritt, als die ÖVP einer Mischform für die

[419] Vgl. Die Presse, 13.1.1998. S.7.
[420] Vgl. Der Standard, 14.1.1998. S.5.
[421] Vgl. Die Presse, 15.1.1998. S.7.
Der Standard, 15.1.1998. S.5.
[422] Vgl. Die Presse, 16.1.1998. S.8.
Die Presse, 16.1.1998. S.8.
Der Standard, 20.1.1998. S.5.
Die Presse, 21.1.1998. S.7.
Der Standard, 21.1.1998. S.5.

Finanzierung zuzustimmen bereit war und die SPÖ im Gegenzug eine Mehrkinderstaffel zu akzeptieren schien. Bezüglich der Förderform (Familienbeihilfe oder Absetzbetrag) argumentierten beide Parteien mit einem weiteren Urteil des VfGHs, der auch bei Geschiedenen die steuerliche Berücksichtigung der Unterhaltsleistungen verlangt hatte. Die SPÖ deutete die Tatsache, dass der VfGH auch hier keine andere Aussage getätigt hatte, als Zeichen, dass die Erhöhung der Familienbeihilfe verfassungskonform war. Die ÖVP hingegen meinte, dass das Urteil eindeutig für die Erhöhung der Absetzbeträge sprach, da die unterhaltspflichtigen geschiedenen Elternteile nichts von einer Erhöhung der Familienbeihilfe, die der erziehende Elternteil erhalten würde, gehabt hätten.[423]

Am 30. Jänner spekulierten die Medien über eine Halbe-Halbe-Lösung. Die Hälfte der neuen Mittel für die Familienreform sollte aus dem Budget, die andere aus dem FLAF kommen. Die ÖVP dementierte aber und bestand darauf, dass zumindest der Großteil aus dem Budget zu kommen hätte. Ihr Kompromissangebot sah folgendermaßen aus: Pro Kind und Monat eine um 150 Schilling erhöhte Familienbeihilfe und 350 Schilling mehr Absetzbetrag.[424]

In einer langen Verhandlungsrunde von 10. auf 11. Februar kam es schließlich zu folgender Einigung:

- Erhöhung der Familienbeihilfe um 150 Schilling pro Monat ab dem Jahr 2000 (125 Schilling davon schon 1999)
- Erhöhung des Kinderabsetzbetrags um 350 Schilling ab dem Jahr 2000 (125 Schilling davon schon ab 1999)
- Alters- und Mehrkinderstaffel bleiben beim Absetzbetrag erhalten
- Direktförderung von Familien mit mehreren Kindern und einem Jahresbruttoeinkommen unter 588.000 Schilling mit 400 Schilling pro Monat und Kind ab dem Jahr 2000 (200 Schilling davon schon ab 1999)
- Erhöhung der „Negativsteuer“ für Alleinverdiener und –erzieher, die für die Geltendmachung von anderen Absetzbeträgen zu wenig verdienen, von 2.000 auf 5.000 Schilling
- keine Erhöhung des Unterhaltsabsetzbetrages für Geschiedene

Insgesamt waren zwölf Milliarden dafür veranschlagt, sechs Milliarden aus dem Budget und der Rest aus dem FLAF. Zusätzlich waren noch 600 Millionen für Kindergärten vorgesehen.[425]

---

[423] Vgl. Die Presse, 30.1.1998. S.7.
[424] Vgl. Die Presse, 31.1.1998. S.7.
[425] Vgl. Der Standard, 13.2.1998. S.5.
Die Presse, 13.2.1998. S.1.

Die Debatte und die Beschlussfassung für das Budget des kommenden Jahres fanden in der Nationalratssitzung vom 28. Mai 1998 statt. Dabei zeigten sich noch einmal die unterschiedlichen Zugänge der Parteien und auch mögliche Überschneidungen mit Oppositionsparteien.

Die freiheitliche Abgeordnete Haller forderte zum Beispiel die Einführung des Kinderbetreuungsschecks[426], von dem Familienminister Bartenstein bereits im August 1997 gesprochen hatte *(vgl. oben)*. Von diesem kam auch Zustimmung, nur sah er den Scheck als mittel- und nicht kurzfristig einzuführendes Instrument der Familienpolitik an.[427] SPÖ-Familiensprecherin Mertel lehnte für ihre Partei den Kinderbetreuungsscheck, den sie als „Erziehungsgeld" bezeichnete, rundweg ab. Mertel verlangte in ihrer Rede auch einen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit für Eltern und auf einen Kinderbetreuungsplatz. [428] In dieser Forderung wurde sie wiederum von der LIF-Abgeordneten Motter unterstützt. Motter unterstützte aber gleichzeitig die ÖVP in ihrem Wunsch nach einem steuerlichen Absetzbetrag für die Kosten der Kinderbetreuung.[429]

Im Juni 1998 kam es zu einem neuerlichen Konflikt, als Finanzminister Edlinger die Realisierung der ausverhandelten Begleitmaßnahmen zu der Familiensteuerreform verschieben wollte. (Dazu gehörte: Erhöhung des Karenzgeldes, Erhöhung der Teilzeitbeihilfe und der Teilzeitkarenz, Sondernotstandshilfe; höheres Karenzgeld für Mehrlingsgeburten; mehr Mittel für Schüler- und Lehrlingsfreifahrt, für Familienberatung und für Elternbildungsmaßnahmen; Zahlungen für den Unterhaltsvorschuss,...) Laut Edlinger sollte es in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr zu deren Umsetzung kommen. Er begründete dies mit fehlenden Mitteln. Zuvor hatte Frauenministerin Prammer laut der Zeitung „Der Standard" zwei Verhandlungstermine mit Familienminister Bartenstein zu diesem Thema ohne Angabe von Gründen platzen lassen. Der FLAF, den der Familienminister zu diesem Zweck anzapfen wollte, hätte nach Edlingers Plänen nicht mehr die notwendigen Mittel aufgewiesen, da der Finanzminister die Senkung der Lohnnebenkosten auch über eine Verringerung der Unternehmenszahlungen an den Fonds erreichen wollte. Der Familienminister lehnte das strikt ab.[430] Unterstützt wurde er dabei von seiner Partei. Die Frauenministerin und die Familiensprecherin der SPÖ wollten sich von dem Paket nicht verabschieden, warben aber um Verständnis für den Finanzminister, der sich

[426] Vgl. Haller, Edith: Stenographische Protokolle des Nationalrates 125/NRSITZ (XX. GP). S.26.
[427] Vgl. Bartenstein, Martin: Stenographische Protokolle des Nationalrates 125/NRSITZ (XX. GP). S.40.
[428] Vgl. Mertel, Ilse: Stenographische Protokolle des Nationalrates 125/NRSITZ (XX. GP). S.27f.
[429] Vgl. Motter, Klara: Stenographische Protokolle des Nationalrates 125/NRSITZ (XX. GP). S.29f.
[430] Vgl. Die Presse, 24.6.1998. S.7.
Der Standard, 24.6.1998. S.7.

aus ihrer Sicht vorwiegend um die Einhaltung der Budgetplanung zu kümmern hatte. Außerdem verlangte die Frauenministerin, dass Alleinerzieherinnen das Karenzgeld wieder volle zwei Jahre ausgezahlt werden sollte. Diese Forderung lehnte wiederum der Familienminister ab. Daraufhin präsentierte die Ministerin eine Kompromissvariante, nach der nur jene Alleinerzieherinnen, die Sondernotstandshilfe bezogen, im vierten Halbjahr die Differenz zwischen Sondernotstandshilfe und erhöhtem Karenzgeld ausbezahlt bekommen hätten sollen. Auch das wurde vom Familienminister abgelehnt, der seinerseits vorschlug, allen Müttern diese Differenz für ein volles Jahr auszuzahlen. Nun lehnte wieder die Frauenministerin ab, da sie das als Versuch sah, die Mütter zum Zuhausebleiben zu bringen.[431]

Kurz vor einer weiteren Verhandlungsrunde über die Erhöhung des Karenzgeldes ging Familienminister Bartenstein mit einem neuen Vorschlag für die nächste Legislaturperiode an die Öffentlichkeit. Jeder Haushalt mit einem Kind sollte pro Monat 5.700 Schilling (aktuelle Höhe des Karenzgeldes) als Kinderbetreuungsgeld bis zum dritten Geburtstag ausbezahlt bekommen und zwar unabhängig davon, ob die Mutter vorher berufstätig war oder nicht, und unabhängig davon, ob sie zur Betreuung die Berufstätigkeit unterbrochen hat oder nicht. Die Familienbeihilfe hätte während der Zeit der Auszahlung weiter bestanden, nicht jedoch Karenzgeld, Teilzeitbeihilfe und Arbeitslosengeld. Damit hätten sich die Mehrkosten laut Bartenstein auf jährlich 2,4 Milliarden Schilling belaufen und wären aus den erwarteten Überschüssen des FLAF finanzierbar gewesen. SPÖ-Familiensprecherin Mertel kritisierte das Modell scharf und schloss eine Zustimmung ihrer Partei aus, weil sie dahinter wieder einen Versuch vermutete, Frauen zum Zuhausebleiben zu zwingen.[432]

Ende Juli kam durch einen Vorschlag von Heide Schmidt neuer Schwung in die Familienpolitik. Die LIF-Chefin hatte vorgeschlagen, die Höhe des Karenzgeldes am Einkommen des Beziehers zu messen. SPÖ-Familiensprecherin Mertel sprach sich prompt dafür aus. Sie erhoffte sich davon ebenfalls, dass dadurch mehr (meist besser als ihre Frauen verdienende) Männer die Karenzzeit in Anspruch nehmen würden. Auch für ÖVP-Generalsekretärin Rauch-Kallat sprach nichts gegen diesen Vorschlag. Beide Koalitionspolitikerinnen konnten sich die Realisierung der Idee aus budgetären Gründen aber erst für die Zukunft vorstellen.[433] Im Sommer kamen vor allem aus der SPÖ alte und neue Vorschläge zur Familienförderung. Sozialsprecherin Reitsamer verlangte eine Ver-

[431] Vgl. Der Standard, 25.6.1998. S.7.
Die Presse, 25.6.1998. S.11.
[432] Vgl. Die Presse, 16.7.1998. S.6.
[433] Vgl. Die Presse, 30.7.1998. S.6.

längerung der Behaltefrist nach der Karenz und Familiensprecherin Mertel die Umstellung der Finanzierung des FLAF von der Lohnsumme auf die Wertschöpfung eines Unternehmens. Beides lehnte die ÖVP als Gefährdung von Arbeitsplätzen ab. Laut Familienminister Bartenstein war unterdessen eine Erhöhung des Karenzgeldes im Jahr 2000 mit Frauenministerin Prammer akkordiert worden. Diese widersprach der Darstellung und wollte lediglich von einer laufenden Evaluation des Vorschlags wissen.[434] Im August gab es einen weiteren Vorschlag, diesmal aus der ÖVP. Sozialsprecher Feuerstein wollte Kindererziehungszeiten für die Mütter im vollen Umfang für die Pensionsbemessung anrechnen (bisher maximal vier Jahre), damit sollte laut seinen Aussagen eine Diskriminierung von nicht berufstätigen Müttern beseitigt werden. SPÖ-Sozialsprecherin Reitsamer sprach sich gegen den Vorschlag aus, da dies ihrer Ansicht nach nur über zusätzliche Beitragszahlungen finanzierbar gewesen wäre.[435]

Am 30. August ging Familienminister Bartenstein wieder mit seinem Plan, allen Müttern unabhängig von einer vorhergehenden Berufstätigkeit das Karenzgeld auszuzahlen, in die Offensive („Karenzgeld für alle"). Gestärkt durch einen Beschluss des ÖVP-Parteivorstandes, forderte er die Umsetzung konkret für das Jahr 2000. Bisher waren 30 Prozent des Karenzgeldes aus der Arbeitslosenversicherung finanziert worden und der Rest aus dem FLAF. Nach den Plänen des Familienministers hätte das gesamte Geld für das erweiterte Karenzgeld aus dem FLAF kommen sollen. Sozialministerin Hostasch (SPÖ) sprach sich gegen diese Vorstellungen aus, da sie das Karenzgeld nicht als reine Familienleistung interpretierte, sondern auch als eine finanzielle Überbrückungshilfe für die Zeit, in der vorher Berufstätige nicht mehr ihrer Beschäftigung nachgehen konnten. Damit sah sie sich auf einer Linie mit ihrer Partei, die die FLAF-Überschüsse lieber in Kinderbetreuungseinrichtungen stecken und die Karenzzeit für Alleinerzieher auf zwei Jahre verlängern wollte. Die ÖGB-Frauenvorsitzende Schmidleitner bezeichnete Bartensteins Pläne laut der Zeitung „Der Standard" sogar als „soziales Verbrechen". ÖVP-Generalsekretärin Rauch-Kallat betonte hingegen, dass ihre Partei Eltern lieber die Möglichkeit geben wollte, ihre Kinder selbst zu betreuen, als Säuglinge und Kleinkinder in Kindergrippen stecken zu müssen.[436] Neben dem ideologischen Streit war man sich auch nicht einig, für wen die Mittel des FLAF hauptsächlich zur Verfügung stehen sollten. Die SPÖ war für die Arbeitnehmer, da sie die Mittel erwirtschafteten, die ÖVP für die Allgemeinheit, da die Unternehmer die Beiträge zahlten und daher die Arbeitnehmer nicht

[434] Vgl. Die Presse, 31.7.1998. S.7.
Der Standard, 31.7.1998. S.6.
[435] Vgl. Die Presse, 11.8.1998. S.6.
[436] Vgl. Die Presse, 1.9.1998. S.7.
Der Standard, 2.9.1998. S.6.

alleinige Nutznießer sein sollten. Familienministerin Prammer argumentierte dagegen, dass der FLAF ursprünglich durch den Verzicht der Arbeitnehmer auf eine Lohnrunde entstanden war. Die SPÖ zog daher die Verwirklichung des Rechtsanspruches auf Teilzeit bis zum sechsten Lebensjahr eines Kindes und auf einen Kinderbetreuungsplatz vor.[437] Die SPÖ-Abgeordnete Huber bezeichnete den Bartenstein-Plan laut der Zeitung „Der Standard" als „Taschengeld für Fabrikantenehefrauen" und verlangte stattdessen mehr Geld für Alleinerzieher. Und der Chef der Metallergewerkschaft Nürnberger forderte statt des „Karenzgeldes für alle" die Rücknahme früherer Sparmaßnahmen, wie zum Beispiel der Streichung der Geburtenbeihilfe. Die ÖVP wiederum warf der SPÖ im Allgemeinen und der Frauenministerin im Speziellen vor, Hausfrauen zu diskriminieren. Unterstützung erhielt die ÖVP von der FPÖ.[438] Finanzminister Edlinger hielt sich diesbezüglich bedeckt, da er nur über ein Gesamtpaket für die Steuerreform sprechen wollte. Familienminister Bartenstein machte unterdessen Werbung für sein Konzept. Seiner Ansicht nach hätte es im Gegensatz zum geltenden Recht Frauen nicht für eineinhalb Jahre zum Zuhausebleiben gedrängt, da das Geld auch bei Berufstätigkeit ausgezahlt worden wäre.[439] Die SPÖ befürchtete hingegen genau das Gegenteil. Aber auch unter den ÖVP-Frauen gab es solche Stimmen.[440]

Die parallel zu dieser Diskussion laufenden Verhandlungen über das Begleitpaket zur bereits beschlossenen Familiensteuerreform führten zu keinem Ergebnis. Nach dem Scheitern der Verhandlungsrunde vom 11. September wurden keine weiteren mehr angesetzt. Laut der Familienministerin war die ÖVP schuld am Scheitern, da sie auf gleichzeitiger Umsetzung aller 13 Punkte bestanden hatte, was aber der Finanzminister als unmöglich bezeichnet hatte. Prammer wollte hingegen zunächst die Erhöhung des Karenzgeldes von 6.000 auf 8.000 Schilling und eine Erhöhung für Alleinerzieherinnen aus dem FLAF finanzieren, außerdem die Regeln für die Teilzeitkarenz flexibilisieren. Aus ihrer Sicht wäre das ohne Verzögerung möglich gewesen.[441] Für ÖGB-Präsident Verzetnitsch lagen die Prioritäten bei den Familienunterstützungen in folgender Reihenfolge: Rückgängigmachen der Karenzzeit-Kürzung auf eineinhalb Jahre (Sparpaket 1995), Verbesserungen für Alleinerzieher, Erhöhung des Karenzgeldes und an letzter Stelle das „Karenzgeld für alle". Für Nicht-Arbeitnehmer verlangte er allerdings, andere Finanzierungsquellen als

[437] Vgl. Die Presse, 3.9.1998. S.7.
[438] Vgl. Der Standard, 4.9.1998. S.6.
[439] Vgl. Der Standard, 11.9.1998. S.6.
[440] Vgl. Die Presse, 12.9.1998. S.7.
Der Standard, 21.9.1998. S.7.
[441] Vgl. Der Standard, 12.9.1998. S.8.

den FLAF zu suchen.[442] Nach den Herbst-Klubklausuren der Parteien hatten sich die Standpunkte im Wesentlichen nicht verändert. Nur die ÖVP wollte entgegen dem ursprünglichen Bartenstein-Plan Karenzgeldbezieher nicht mehr unbegrenzt dazuverdienen lassen. Die Höhe der Grenze sollte mit dem Koalitionspartner ausdiskutiert werden. Dieser machte aber keinerlei Anstalten, über den Plan zu verhandeln, da das Modell laut Klubchef Kostelka einer Gieskannenverteilung gleichgekommen wäre, anstatt sozial Schwächere verstärkt zu unterstützen.[443] In einem Streitgespräch zwischen SPÖ-Frauensekretärin Kuntzl und ÖVP-Generalsekretärin Rauch-Kallat in der Zeitung „Die Presse" wurde das „Karenzgeld für alle" eingehend diskutiert. Kuntzl warf der ÖVP erneut vor, die Frauen mit diesem Modell in die „Hausfrauenfalle" locken und Geld an Personen auszahlen zu wollen, für die es eigentlich nicht bestimmt war. Daher schloss sie eine Zustimmung dezidiert aus. Dem stellte sie das SPÖ-Modell mit erhöhtem Karenzgeld (von 5.800 auf 8.000 Schilling), dem Recht auf Teilzeit bis zum sechsten Lebensjahr des Kindes, Anreizen zur Teilung der Karenzzeit zwischen den Ehepartnern und vollen zwei Karenzjahren für Alleinerzieher entgegen. Maria Rauch-Kallat verteidigte naturgemäß die Vorschläge ihrer Partei. Aus ihrer Sicht hätte man so den Frauen die Chance gegeben, auch während der Karenzzeit zu arbeiten, während die de facto sechsjährige Unkündbarkeit von Müttern dazu geführt hätte, dass Betriebe eher Männer als Frauen eingestellt hätten. Die Finanzierung des Karenzgeldes für alle Frauen aus dem FLAF verteidigte sie mit dem Hinweis darauf, dass andere Leistungen, wie zum Beispiel die Schulbücher, auch für alle aus diesem Topf bezahlt würden.[444]

Auch das Modell des Kinderbetreuungsschecks wurde wieder diskutiert. An den Einstellungen hatte sich aber nichts geändert. Die SPÖ war dagegen, weil Frauen auf ihre Berufstätigkeit verzichten hätten müssen, und die ÖVP wollte darüber diskutieren, weil Frauen mehr Wahlfreiheit erhalten hätten.[445]

An den Fronten beim „Karenzgeld für alle" änderte sich überhaupt nichts. Die SPÖ sprach in Anspielung auf den Namen des ÖVP-Familienministers diesbezüglich von Ideen aus der „Familienbartensteinzeit"[446] Das wurde auch in der Nationalratssitzung vom 16. Dezember klar, in der auf Antrag der ÖVP im Rahmen der „aktuellen Stunde" das „Karenzgeld für alle" diskutiert wurde:

---

[442] Vgl. Der Standard, 21.9.1998. S.7.
[443] Vgl. Die Presse, 17.9.1998. S.1.
[444] Vgl. Die Presse, 22.9.1998. S.7.
[445] Vgl. Die Presse, 23.10.1998. S.8.
[446] Vgl. Der Standard, 18.11.1998. S.10.
Der Standard, 9.12.1998. S.6.
Die Presse, 30.12.1998. S.7.
Die Presse, 31.12.1998. S.7.

ÖVP-Abgeordnete Rosemarie Bauer:

> „Dieser Vorschlag von Bundesminister Bartenstein ist somit gerecht, weil jede Mutter oder jeder Vater gleich viel wert ist und gleich behandelt wird. Er ist aus den Mitteln des Familienlastenausgleichsfonds finanzierbar, er entlastet die Arbeitskosten, und er könnte zur Einsparung von 2,3 Milliarden Schilling im Bereich der Arbeitslosenversicherung führen, die für andere Maßnahmen zur Verfügung stünden, und dieser Vorschlag bedeutet auch weniger Bürokratie."[447]

Familienminister Bartenstein skizzierte den geplanten neuen Bezieherkreis:

> „Ich meine daher: Wir sollten Österreichs Schülerinnen, Studentinnen, Hausfrauen, Bäuerinnen, vor allem auch die Bezieherinnen von 3.830 S pro Monat nicht länger alleine im Regen stehen lassen, sie nicht länger im Stich lassen, wenn sie schwanger sind, wenn sie nach der Geburt ihres Kindes Karenzgeld dringend brauchen würden. Es ist das mehr als eine gerechtfertigte Abgeltung für 18 Monate Kinderbetreuung, die in hohem Maße auch im öffentlichen Interesse erfolgt. Es handelt sich nicht nur um privates Interesse."[448]

Im Gegensatz dazu SPÖ-Familiensprecherin Mertel:

> „Herr Minister Bartenstein spricht in diesem Zusammenhang von 800 Millionen Schilling; in Wirklichkeit jedoch wird das bis zu 1,3 Milliarden Schilling kosten – würden dadurch keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen, insbesondere nicht für Frauen. Es trüge das nichts dazu bei, daß Frauen und Männer Beruf und Familie besser unter einen Hut bringen können. Alle diesbezüglichen Umfrageergebnisse bestätigen, daß gerade das gewünscht wird.
>
> Wir müssen uns auch die Frage stellen: Woher kommen denn die Mittel des FLAF, Herr Minister? – Diese kommen doch zu 72 Prozent von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Und es ist auch die Frage zu stellen: Wohin werden sie verteilt?
>
> Karenzgeld für alle würde doch bedeuten, daß gerade junge Frauen vom Arbeitsmarkt verdrängt werden. Bei einer Jobsuche würden sie mit dem Argument abgewiesen werden, ohnehin Bezieherinnen von Kindererziehungsgeld zu sein. Mit einem "Karenzgeld für alle" würden auch keinerlei Impulse zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation von Frauen, zum leichteren Wiedereinstieg ins Berufsleben und zum forcierten Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen gesetzt werden."[449]

Ohne von ihrer Hauptforderung nach dem „Karenzgeld für alle" abzugehen, präsentierten ÖVP-Generalsekretärin Rauch-Kallat und Familienminister Bartenstein neue Ideen zur Organisation der Karenzzeit. Die erste betraf die Einführung eines Karenzzeitkontos, von dem die Eltern bis zum Schulbeginn des Kindes mehrere Blöcke abbuchen hätten können, und die zweite einen Bonus von bis zu 20 Prozent des Karenzgeldes, wenn beide Elternteile in Teilkarenz gingen.[450] Die Reaktion von Bundeskanzler Klima darauf war positiv, strikte Ablehnung gab es hingegen weiterhin zum „Karenzgeld für alle" und bei den Vorhaben seiner Partei, bezüglich des Rechts auf Teilzeit gab es keine Abstriche.[451]

Nach dem zwischenzeitlichen Scheitern der Verhandlungen im September 1998 *(vgl. oben)* begannen die Koalitionspartner im Jänner wieder, an den angekündigten Begleit-

[447] Bauer, Rosemarie: Stenographische Protokolle des Nationalrates 154/NRSITZ (XX. GP). S.22.
[448] Bartenstein, Martin: Stenographische Protokolle des Nationalrates 154/NRSITZ (XX. GP). S.25.
[449] Mertel, Ilse: Stenographische Protokolle des Nationalrates 154/NRSITZ (XX. GP). S.27.
[450] Vgl. Die Presse, 31.12.1998. S.7.
[451] Vgl. Die Presse, 8.1.1999. S.7.

maßnahmen zur Familiensteuerreform zu arbeiten. Frauenministerin Prammer stellte jedoch von Anfang an die Bedingung, dass Alleinerzieherinnen davon profitieren müssten. Konkret wollte sie dieser Gruppe die vollen zwei Karenzjahre und den Zuschuss von 2.500 Schilling pro Monat, auch wenn sie den Namen des Kindesvaters nicht preisgeben würden (gegen die Verpflichtung ab einem gewissen Einkommen den Betrag freiwillig zurückzuzahlen), zugestehen. Außerdem verlangte sie erneut die Anhebung des Karenzgeldes von 5.665 auf 6.000 Schilling. Die Umsetzung des Karenzzeitkontos konnte sie sich sofort vorstellen. Entsprechende Vorlagen wurden vorbereitet bzw. lagen bereits vor. Die ÖVP wollte allerdings alle Familienmaßnahmen für das Jahr 2000 als Paket verhandeln.[452] Dafür stellte Vizekanzler Schüssel am 19. Jänner auch die Ideen seiner Partei vor. Die erste und wichtigste davon war das „Karenzgeld für alle", das er am liebsten noch in dieser Legislaturperiode beschlossen hätte, es aber auf alle Fälle als Bedingung für eine Koalitionsbeteiligung der ÖVP nach der kommenden Nationalratswahl definierte. Außerdem waren im ÖVP-Plan die Erhöhung des Karenzgeldes von 5.565 auf 6.000 Schilling, ein Zuschuss zum Karenzgeld für Mehrlingsgeburten, die Erhöhung der Mittel für den Familienhärteausgleichsfons, die Anhebung der Teilzeitbeihilfe und der Teilzeitkarenz sowie großzügigere Regelungen bei der Schüler- und Lehrlingsfreifahrt und beim Zugang zu Sondernotstand und Unterhaltsvorschuss enthalten. All dies sollte aus dem FLAF bezahlt werden. Außerdem sollte dieser Fonds auch noch die 30 Prozent übernehmen, die bisher aus der Arbeitslosenversicherung für das Karenzgeld gekommen waren, womit eine Senkung der Lohnnebenkosten um 0,3 Prozent möglich geworden wäre. Die erwarteten Überschüsse des FLAF, die das möglich machen sollten, beruhten laut ÖVP auf einer Abnahme der Geburten und damit auch der Zahl der Karenzgeldbezieher. Die Maßnahmen zielten auf eine Trendwende bei der Geburtenrate ab. Von der SPÖ kam prompt die erwartete Ablehnung mit den bekannten Begründungen, die Vorhaben wären unsozial und nicht finanzierbar.[453] Noch einen Tag vor Beginn der Regierungsklausur wechselten Vorwürfe und Kritik die Seiten. In den Verhandlungen gelang allerdings eine Einigung über einige Punkte:

- Flexibilisierung der Karenzzeit (Konsumation in Blöcken bis zum siebten Lebensjahr, Anmeldefrist von vier auf acht Wochen verlängert, zweimaliger Rollentausch statt wie bisher einmaliger; Details aber noch auszuverhandeln)

[452] Vgl. Die Presse, 9.1.1999. S.7.
Die Presse, 14.1.1999. S.9.
Die Presse, 16.1.1999. S.9.
[453] Vgl. Der Standard, 20.1.1999. S.7.
Die Presse, 20.1.1999. S.1, 7.

- Karenzurlaub bei Adoption von Kindern zwischen dem zweiten und achten Lebensjahr von sechs Monaten
- Ausbau der Familienberatungsstellen
- bessere finanzielle Ausstattung des Härteausgleichsfonds
- erhöhtes Karenzgeld auch für Alleinerzieherinnen, die den Namen des Kindesvaters nicht bekannt geben (müssen es aber ab dem 15. Lebensjahr des Kindes zurückzahlen)

Im Vergleich zu dem im Juni 1998 bereits ausverhandelten, aber bis dato nicht umgesetzten Punkten war nur die Flexibilisierung der Karenzzeit neu, und große Teile davon fehlten. Alle anderen Wünsche lehnte Finanzminister Edlinger aus budgetären Gründen ab. Damit war auch der Beschluss über die von beiden Parteien erhoffte Karenzgelderhöhung verschoben, und beim Thema „Karenzgeld für alle" hatte es auch nur insofern eine Annäherung gegeben, als die SPÖ auf die Sprachregelung „Karenzgeld für alle, die es brauchen" eingeschwenkt war.[454]

Nur wenige Tage später ging der Konflikt über dieses „Karenzgeld für alle" jedoch in unverminderter Härte weiter. In der Aktuellen Stunde zum Thema „Umsetzung des Frauenvolksbegehrens – Verbesserung der Karenzmöglichkeiten" am 28. Jänner 1999 sagte Maria Rauch-Kallat:

> „Wir haben daher in einem umfassenden Frauenprogramm auch unsere Ziele formuliert. Eines der wichtigsten Ziele – gerade die Diskussion in den letzten Tagen und Wochen hat das wieder gezeigt – ist für uns das "Karenzgeld für alle". Es ist für uns ganz wesentlich, daß alle Mütter in den Genuß dieser Leistung kommen.
>
> Ich kann nicht einsehen, Frau Bundesministerin, daß eine SPÖ-Gewerkschafterin sagt, das sei ein "soziales Verbrechen". Und ich kann nicht hinnehmen, daß Karenzgeld für Studentinnen, für geringfügig Beschäftigte, für Hausfrauen Unrecht sein soll. Es handelt sich nicht um die Frauen der Reichen, sondern um jene Frauen, die nach dem ersten oder zweiten Kind zu Hause bleiben, weil sie sich ihren Kindern widmen wollen, und somit beim dritten Kind keinen Anspruch auf Karenzgeld mehr haben. Es sind die Pendlerinnen, die keinen Arbeitsplatz finden und zu Hause bleiben. Das sind Familien, die das Karenzgeld wirklich brauchen. Und wir von der ÖVP werden für dieses Ziel kämpfen!"[455]

Die SPÖ-Abgeordnete Ilse Mertel antwortete darauf:

> „Wir von der SPÖ sehen das schon differenzierter. Wir sehen uns bei der Neuregelung der Karenzzeit mit Kernfragen konfrontiert, nämlich: Welche Bedürfnisse haben Kinder, Mütter und Väter? Welche Lösungen sind die besten für diese Betroffenen? Wie sozial gerecht sind die Maßnahmen? Darüber hinaus sehen wir natürlich auch die Finanzierungsfrage: Wie lassen sich Regelungen finanzieren, ohne daß wir in kürzester Zeit weitgehende und umfangreiche Sparpakete provozieren? [...]

[454] Vgl. Der Standard, 22.1.1999. S.2.
Der Standard, 23.1.1999. S.6.
Die Presse, 23.1.1999. S.1, 7.

[455] Rauch-Kallat, Maria. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 156/NRSITZ (XX. GP). S.37.

> *(Abg. Kiss lächelt.)* – Sie können noch so mitleidig lächeln, Herr Kiss, es dürfte Ihnen noch in Erinnerung sein, daß wir zwei Sparpakete – Sie nennen sie vielleicht "Konsolidierungspakete" – geschnürt haben, die zu Lasten der Frauen und zu Lasten der Familien gegangen sind. Wenn wir den Weg fortsetzen, einfach nach dem Gießkannenprinzip undifferenziert Gelder zu verteilen, dann fordern wir ein neuerliches Sparpaket heraus!"[456]

Die ÖVP ließ wenige Tage später Mütter, die nicht in den Genuss dieser Leistung gekommen waren, dafür unter dem Slogan „Alle Mütter sind uns gleich viel wert" werben. Die SPÖ lehnte das ab und forderte wiederum das Recht auf Teilzeitarbeit und Rückkehrkehrgarantie in die Vollzeitbeschäftigung, außerdem schickte sie zwei Sozialwissenschaftler vor, die sich gegen das ÖVP-Modell aussprachen. Aus Sicht der SPÖ hätten alle anderen Gruppen mehr Anrecht auf diese Gelder als die Hausfrauen. ÖVP-Klubobmann Khol bezeichnete diese Sichtweise als verfassungswidrig. Der als ÖVP-nahe geltende Familienbund kündigte die Durchführung eines Familienvolksbegehrens an, in dem unter anderem das „Karenzgeld für alle" gefordert werden sollte.[457] ÖVP-Klubobmann Khol warf dem Koalitionspartner vor, im Gegensatz zu seiner Partei auf der Seite der Privilegierten zu sein, da sie das Karenzgeld nur Personen auszahlen wollte, die sich in einem intakten Arbeitsverhältnis befinden würden.[458] In der Diskussion argumentierten beide Seiten mit unterschiedlichen Berechnungen. Während das Familienministerium für das „Karenzgeld für alle" (18 Monate 6.000 Schilling Karenzgeld für alle Mütter, Pensionsversicherung in dieser Zeit und Anspruch auf das Karenzzeitkonto) einen Mehraufwand von 700 bis 800 Millionen Schilling veranschlagte, rechnete der Finanzminister mit drei Milliarden Schilling.[459] Am 9. Februar kam es zu einer unerwarteten Annäherung. Bundeskanzler Klima kündigte unter dem bereits bekannten Schlagwort „Karenzgeld für alle, die es brauchen" Verhandlungen mit der ÖVP über ein Modell an, das für Mütter ohne bisherigen Anspruch auf Karenzgeld (ca. 11 Prozent) eine nach der Einkommenshöhe sozial gestaffelte Unterstützung vorsah. Zwar gab es dagegen aus der ÖVP noch Bedenken, da man das Karenzgeld als Versicherungsleistung auszahlen wollte, aber die Aussagen des Bundeskanzlers wurden ausdrücklich begrüßt und auf den Druck der eigenen Argumente zurückgeführt.[460] Die Details des Klima-Plans mussten noch ausgearbeitet werden und dennoch gab es schon scharfe Proteste innerhalb der SPÖ. Vor allem die Frauenorganisation der Partei und die Spitze des ÖGB waren strikt dagegen und verlangten, das Geld in die Verlängerung der Karenzzeit und Erhöhung des Karenzgeldes zu

[456] Mertel, Ilse. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 156/NRSITZ (XX. GP). S.43.
[457] Vgl. Der Standard, 2.2.1999. S.1.
Die Presse, 2.2.1999. S.8.
[458] Vgl. Die Presse, 5.2.1999. S.7.
[459] Vgl. Der Standard, 9.2.1999. S.6.
[460] Vgl. Die Presse, 10.2.1999. S.1, 7.
Der Standard, 10.2.1999. S.7.

investieren.[461] Frauenministerin Prammer und SPÖ-Klubobmann Kostelka verwendeten diesbezüglich auch nicht das Wort „Karenzgeld“ sondern sprachen von einer „finanziellen Hilfe für sozial Schwache“. Wichtig war ihnen dabei die Anhebung des eigentlichen Karenzgeldes auf die lange geforderten 6.000 Schilling mit anschließend laufenden Inflationsanpassungen, die Verlängerung des Karenzurlaubs für Alleinerzieher auf zwei Jahre und der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen durch die Bundesländer. Die Gesamtkosten dieser Vorschläge betrugen nach den Schätzungen der SPÖ eine Milliarde Schilling. Die ÖVP wiederum sprach sich gegen eine Einkommensgrenze aus, da eine solche aus ihrer Sicht durch den notwendigen aufwändigen Verwaltungsapparat das Dreifache der Kosten ihres Modells ausgemacht hätte. Die zwei Jahre Karenz nur für Alleinerzieher betrachtete sie als Diskriminierung von Verheirateten, und die Vorgabe für die Bundesländer lehnte sie ebenfalls ab.[462] Die ÖVP blieb nach wie vor bei der Berechnung von 800 Millionen Schilling pro Jahr und kritisierte den Finanzminister für dessen wesentlich höhere Voranschläge.[463] Dieser legte jedoch nach und präsentierte die Kosten für mehrere Modelle. Demnach hätte man für das „Karenzgeld für alle“ in der derzeitigen Höhe 2,7 Milliarden Schilling mehr und in der Höhe von 6.000 Schilling um 3,3 Milliarden mehr veranschlagen müssen. Eine Erhöhung auf 6.000 Schilling ohne den Bezieherkreis zu erweitern, hätte Zusatzkosten von 590 Millionen Schilling gebracht.[464] Die Kritik an den Berechnungen kam postwendend von Familienminister Bartenstein. Er bezichtige Edlinger, aus populistischen Motiven heraus so hohe Zahlen zu nennen. Er selbst blieb bei seiner Kalkulation.[465] Gegenmodelle der SPÖ wurden zwar kolportiert, Details oder Bestätigungen gab es aber zunächst keine. So kam es weiterhin zu keinen Fortschritten, sondern nur zu wiederholten Präsentationen der eigenen Standpunkte und Kritik an denen des Partners.[466]

In einer Sitzung des parlamentarischen Sozialausschusses am 9. März brachten die Grünen erneut einen bereits von ihnen gestellten Antrag auf Auszahlung des erhöhten Karenzgeldes für alleinerziehende Mütter ein, die den Namen des Kindesvaters nicht preisgeben wollten. Auf der Regierungsklausur hatte sich die Koalition ja auf genau das geeinigt. Die SPÖ wollte daher auch zustimmen, nur machte die ÖVP daraus eine Koalitionsfrage. Sie wollte diese Neuregelung als Teil des Familienpaketes beschließen und zwang

[461] Vgl. Der Standard, 11.2.1999. S.8.
[462] Vgl. Der Standard, 13.2.1999. S.8.
Die Presse, 13.2.1999. S.7.
[463] Vgl. Die Presse, 16.2.1999. S.7.
[464] Vgl. Der Standard, 19.2.1999. S.7.
[465] Vgl. Die Presse, 20.2.1999. S.9.
Der Standard, 20.2.1999. S.10.
[466] Vgl. Die Presse, 4.3.1999. S.9.

daher die Vorsitzende des Ausschusses, Annemarie Reitsamer (SPÖ), dazu, den Punkt von der Tagesordnung zu nehmen.[467]

Im Mai präsentierten Sozialministerin Hostasch und Frauenministerin Prammer ein Gegenmodell zum „Karenzgeld für alle". Demnach sollte die Höhe des Karenzgeldes am Erwerbseinkommen bemessen werden und zwischen 6.000 und 14.000 Schilling pro Monat ausmachen. Während Bundeskanzler Klima den Vorschlag für gut befand, aber jede Begeisterung vermissen ließ und Finanzminister Edlinger mit Blick auf das Budget skeptisch war, lehnte die ÖVP die Idee zunächst ab.[468] Einige Tage später konnte sich ÖVP-Generalsekretärin Rauch-Kallat aber eine Mischform zwischen diesem Vorschlag und dem ihrer Partei vorstellen, wobei aber zuerst das „Karenzgeld für alle" umzusetzen gewesen wäre und dann erst die Einkommensabhängigkeit.[469]

Mittlerweile äußerten schon beide Seiten Befürchtungen, dass es vor der Nationalratswahl zu keiner Einigung mehr kommen würde.[470] Die Einladung des Familienministers an die Frauenministerin zu einer Besprechung, lehnte diese sogar ab, da es aus ihrer Sicht mangels Auftrages nichts zu verhandeln gäbe. Nichtsdestotrotz brachte die ÖVP noch einen Antrag für das „Karenzgeld für alle" im Nationalrat ein, bei dem allerdings von Anfang an klar war, dass er nicht mehr beschlossen werden würde. Genauso verhielt es sich auch mit einem Antrag auf steuerliche Absetzbarkeit der Kosten für bezahlte Haushalts-, Kinderbetreuungs- und Familienarbeit bis 140.000 Schilling pro Jahr.[471]

Die Uneinigkeit darüber prädestinierte das „Karenzgeld für alle" zum Wahlkampfthema. Erstes Anzeichen dafür war, dass Vizekanzler Schüssel eine Koalition mit einer Partei, die das Modell von vornherein ablehnte, ausschloss. SPÖ Klubobmann Kostelka interpretierte diese Aussagen als Indiz für die Planung einer schwarz-blauen Koalition.[472] In seinem programmatischen Buch „Im Namen der Zukunft" argumentierte der ÖVP-Obmann für das Karenzgeld für alle:

> „...diese Maßnahme ist nämlich auch ein ‚emanzipatorischer' Schritt – wenn man unter der Emanzipation der Frau nicht versteht, daß die Frauen den Zwang an den Herd mit dem Zwang in den Beruf vertauschen müssen"[473]

Die Einleitung des vom Familienbund eingeleiteten Familienvolksbegehrens wurde durch die Unterschrift mehrerer ÖVP-Politiker ermöglicht. Die erste und wichtigste For-

---

[467] Vgl. Der Standard, 10.3.1999. S.7.
[468] Vgl. Die Presse, 10.5.1999. S.7.
Die Presse, 12.5.1999. S.7.
[469] Vgl. Die Presse, 15.5.1999. S.10.
[470] Vgl. Die Presse, 18.5.1999. S.9.
[471] Vgl. Die Presse, 26.5.1999. S.8.
Die Presse, 19.6.1999. S.8.
Der Standard, 19.6.1999. S.7.
[472] Vgl. Der Standard, 5.7.1999. S.8.
[473] Schüssel, Wolfgang: Im Namen der Zukunft. S.170.

derung galt dem „Karenzgeld für alle“. Auch aufgrund des Zeitraums der Durchführung (9. bis 16. September), der kurz vor der Nationalratswahl am 3. Oktober lag, interpretierten viele das Volksbegehren als Teil der ÖVP-Wahlkampfstrategie.[474] Die ÖVP propagierte in den kommenden Wochen genauso massiv das „Karenzgeld für alle“, wie es von der SPÖ abgelehnt wurde. Der größere Koalitionspartner blieb bei seinen familienpolitischen Forderungen. Neue Argumente gab es von keiner Seite.[475]

Einen zusätzlichen Streit verursachte im Juli die vom Familienministerium in Auftrag gegebene Studie über einen Kinderbetreuungsscheck. Das mit der Erstellung beauftragte Institut für Familienforschung legte einige Vorschläge vor. Frauenministerin Prammer kritisierte diese allesamt scharf und sprach ihnen außerdem die Finanzierbarkeit ab. Familienminister Bartenstein verteidigte die Studie, bezeichnete die Umsetzung der Ergebnisse aber als langfristiges Projekt, womit diese Debatte keine Fortsetzung fand.[476]

Aufregung innerhalb der ÖVP verursachte die Idee von Finanzminister Edlinger, den FLAF aufzulösen, um so die Lohnnebenkosten zu senken. Die ÖVP als Partei des Familienministers, der den Fonds verwaltete, protestierte scharf dagegen, wollte sie doch gerade daraus das „Karenzgeld für alle“ finanzieren.[477]

Naturgemäß wurden die offenen Streitpunkte in der Familienpolitik auch zu einem Problem bei den nach der Wahl folgenden Sondierungsgesprächen und Koalitionsverhandlungen. Von Anfang an war allen drei beteiligten Parteien klar, dass die Ideen der ÖVP bei allen Unterschieden denen der FPÖ näher waren als denen der SPÖ. [478] Und dennoch gab es laut den Verhandlern in den Sondierungsgesprächen Annäherungen, die aber nicht näher beschrieben wurden.[479] In den Koalitionsverhandlungen schienen die Fronten jedoch wieder verhärtet wie eh und je. Aufgrund des Stillschweigeabkommens drangen jedoch keine Details über Annäherungen bzw. Stolpersteine an die Öffentlichkeit.[480]

---

[474] Vgl. Der Standard, 10.7.1999. S.9.

[475] Vgl. Der Standard, 16.7.1999. S.7.
Die Presse, 16.7.1999. S.6.
Der Standard, 11.8.1999. S.9.
Der Standard, 13.8.1999. S.6.
Der Standard, 18.8.1999. S.6.
Der Standard, 31.8.1999. S.8.
Der Standard, 3.9.1999. S.8.

[476] Vgl. Der Standard, 23.7.1999. S.7.
Die Presse, 23.7.1999. S.6.

[477] Vgl. Der Standard, 31.8.1999. S.1.

[478] Vgl. Der Standard, 12.11.1999. S.7.

[479] Vgl. Der Standard, 27.11.1999. S.9.

[480] Vgl. Der Standard, 18.12.1999. S.8.
Die Presse, 28.12.1999. S.7.
Der Standard, 28.12.1999. S.7.
Der Standard, 4.1.2000. S.6.
Der Standard, 11.1.2000. S.7.

Dennoch fanden die beiden Parteien eine gemeinsame Regelung. Ab dem Jahr 2000 sollte es einen deutlich erweiterten Bezieherkreis für das Karenzgeld geben. Allerdings war dafür eine Einkommensobergrenze vorgesehen. Die SPÖ-Gewerkschafterinnen protestierten gegen dieses Vorhaben lautstark.[481]

3.3 Kinderbetreuung

Die SPÖ sah den Schlüssel zu einem familien- und kinderfreundlicheren Klima in einem verbesserten Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Die ÖVP setzte dagegen schwerpunktmäßig auf finanzielle Unterstützungen *(vgl. Kap. 3.2 Unterstützungen und Karenzzeiten)*. Immer wieder forderte Frauenstaatssekretärin (dann Frauenministerin) Dohnal den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen wie Horten, Kindergärten und ganztägigen Schulen sowie eine Verlängerung der Pflegefreistellung für kranke Kinder.[482] Durchsetzen wollte sie das mittels eines Gesetzes, das die Bundesländer dazu zwingen sollte, mehr dieser Einrichtungen zu schaffen.[483] Von der ÖVP kam diesbezüglich kein Widerspruch, sondern meistens Bekundungen, die in dieselbe Richtung zielten.[484]

Zu einem Konflikt kam es im März 1993 aber darüber, wie die gemeinsam angepeilten zusätzlichen 170.000 Kinderbetreuungsplätze geschaffen werden sollten. ÖVP-Frauensprecherin Bauer sprach sich gegen den Plan der Frauenministerin aus, per Gesetz Ausmaß und Zeitplan für den Ausbau festzulegen. Sie kritisierte zudem, dass Dohnal mit ihrer Initiative die Bemühungen der ehemaligen Familienministerin Feldgrill-Zankel unterlaufen würde. Bauer schlug stattdessen Verhandlungen zwischen Familien- und Finanzministerium vor mit dem Ziel, finanzielle Mittel für Kinderbetreuungen zweckzubinden. Die ÖVP präferierte allerdings die Betreuung von Kindern in Kleinstgruppen durch Tagesmütter. Aus ihrer Sicht wäre das den Bedürfnissen der Kinder gerechter geworden als die Unterbringung in großen Gruppen. Mittel, um das Angebot zu vergrößern, wären Subventionen und die Schaffung von Trägerorganisationen gewesen.[485]

Das erklärte Ziel der SPÖ blieb es, einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuungsplätze (vor allem für zwei- und dreijährige Kinder) zu schaffen und das zeitliche Angebot von bestehenden Einrichtungen zu verbessern (Öffnungszeiten).[486]

---

[481] Vgl. Die Presse, 19.1.2000. S.6.
[482] Vgl. Die Presse, 26.5.1989. S.5.
[483] Vgl. Die Presse, 30.7.1990. S.5.
[484] Vgl. Die Presse, 10.8.1990. S.5.
[485] Vgl. Die Presse, 6.3.1993. S.4.
Der Standard, 14.2.1994. S.5.
[486] Vgl. Die Presse, 26.2.1994. S.7.

Ein zur Lösung der koalitionsinternen Differenzen angesetzter „Kindergartengipfel“ am 3. Mai 1994 wurde nach wenigen Minuten erfolglos abgebrochen. Die Gründe dafür waren, dass die Länder „nur“ Beamte als Vertreter geschickt hatten und die ÖVP den Zwang zur Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen durch ein Bundesgesetz ablehnte. Stattdessen wollte sie mittels flexibler, sogenannter 15a-Verträge[487] mit den Bundesländern auf die jeweilige Situation eingehen, so dem bundesstaatlichen Gedanken gerecht werden und die bereits von den Ländern ausgearbeiteten Pläne nützen. Dohnal warf der ÖVP Wortbruch vor.[488]

Der nächste Vorschlag kam von Familienministerin Rauch-Kallat (ÖVP). Sie wollte das Problem mittels einer „Kindergartenmilliarde“ vom Finanzministerium lösen. Diese Idee wurde von der Frauenministerin aber zurückgewiesen, aus ihrer Sicht hätten die Länder zuvor die Voraussetzungen für ein entsprechendes Angebot schaffen müssen. Diese waren aber offenbar nicht daran interessiert gewesen.[489] Die SPÖ stellte sich mehrheitlich[490] hinter ihre Frauenministerin. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Cap warf der ÖVP vor, aus ideologischen Gründen mit einer Verzögerungstaktik den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen verhindern zu wollen. Die Niederösterreichische ÖVP arbeitete unterdessen an einem Antrag, der eine Aufstockung des Tagesmütter-Angebots vorsah.[491]

Die Frauenministerin brachte jedoch unbeirrt ihren Gesetzesentwurf im Ministerrat ein. Außerdem wollte sie ihre Pläne in die Bundesstaatsreform einarbeiten. Der Ministerrat stellte die Vorlage um zwei Wochen zurück, und Bundeskanzler Vranitzky lehnte eine Kopplung von Kinderbetreuung und Bundesstaatsreform ab. Während seine Frauenministerin unterschiedliche Einzelverträge mit den Ländern strikt ablehnte, konnte er sich solche vorstellen, präferierte allerdings nach eigenen Angaben die bundeseinheitliche Lösung. Um die Probleme zu lösen, setzte die Regierung eine Kommission[492] ein, die einen Ausweg finden sollte.[493] Während Bundeskanzler Vranitzky ein Veto der Ministerin gegen die Bundesstaatsreform ausschloss, wollte sie sich diese Möglichkeit offenhalten.[494]

---

[487] B-VG „Artikel 15a (1) Bund und Länder können untereinander Vereinbarungen über Angelegenheiten ihres jeweiligen Wirkungsbereiches schließen. [...]“

[488] Vgl. Die Presse, 4.5.1994. S.6.
Der Standard, 5.4.1994. S.7.

[489] Vgl. Die Presse, 10.5.1994. S.6.

[490] Skepsis gab es hingegen in den SPÖ-dominierten Bundesländern, allen voran dem Burgenland mit Landeshauptmann Stix.

[491] Vgl. Die Presse, 21.5.1994. S.6.

[492] Dohnal (Vorsitzende), Lacina; Rauch-Kallat, Weiss

[493] Vgl. Die Presse, 26.5.1994. S.6.

[494] Vgl. Der Standard, 27.5.1994. S.5.

Wenige Tage später berichtete Familienministerin Rauch-Kallat von einem Konzept, das Ausbau und flexiblere Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen vorsah und mit dem Vorsitzenden der Landeshauptleutekonferenz, Krainer (ÖVP), abgesprochen war. Finanzminister Lacina kritisierte die Vorgehensweise. Er wollte bei allen Entscheidungen mit finanziellen Auswirkungen eingebunden sein und verlangte wie auch die Frauenministerin Einsicht in die Vorschläge.[495] Diese versuchte auch den Gemeinden entgegenzukommen, indem sie eine Bestimmung in das Gesetz aufnehmen wollte, mit der es den Ländern unmöglich gemacht werden sollte, die finanziellen Belastungen allein auf die Gemeinden abzuwälzen. Den Entwurf ihrer Ministerkollegin Rauch-Kallat lehnte sie ab, da er aus ihrer Sicht keine Verpflichtungen für die Länder enthielt. In der Arbeitsgruppe wurde daher nach wie vor keine Lösung gefunden.[496]

Der Ministerrat vom 7. Juni 1994 legte den Dohnal-Entwurf daher wieder für zwei Wochen zurück, diesmal aber, weil eine Variante diskutiert wurde, die konsensfähig erschien. Diese sah vor, in einem neuen Bundesfinanzgesetz die Aufteilung der finanziellen Verpflichtungen zwischen Ländern und Gemeinden zu bestimmen und als Bundesgesetz Mindeststandards (für 0 bis Dreijährige einen Versorgungsgrad von 20 Prozent, für Drei bis Sechsjährige 85 Prozent und Rahmenöffnungszeiten von 7 bis 18 Uhr) für die Kinderbetreuung festzuschreiben, die dann von den Ländern erfüllt werden müssten.[497]

Zu einer Annährung kam es am 21. Juni. Die SPÖ ging von ihrer Forderung nach einem Bundesgesetz ab und akzeptierte die ÖVP-Linie, die finanzielle Aufteilung über zwischen Bund und Ländern ausverhandelten 15a-Verträge zu erledigen. Dabei verlangte die SPÖ, diese Verträge im Finanzausgleich festzuschreiben.[498] Frauenministerin Dohnal zeigte sich optimistisch, ihre inhaltliche Forderung nach einem flächendeckenden Kinderbetreuungsangebot auch auf diesem Weg durchsetzen zu können.[499]

Im Mai 1995 verkündete die neue Frauenministerin Helga Konrad (SPÖ), dass sie mit Finanzminister Staribacher (SPÖ) eine Übereinkunft erzielt habe, eine „Kindergartenmilliarde“ aufzubringen. Die ÖVP zeigte sich über die geplante Erfüllung ihres Wunsches erfreut, sprach sich aber gegen das Vorhaben Konrads aus, das Geld dem Frauenressort zuzuordnen.[500]

In den Koalitionsverhandlungen des Jahres 1996 einigten sich die Koalitionsparteien im Rahmen des Sparpakets auf die Streichung der Kindergartenmilliarde, was vor allem bei

[495] Vgl. Der Standard, 1.6.1994. S.5.
[496] Vgl. Die Presse, 3.6.1994. S.6.
[497] Vgl. Der Standard, 8.6.1994. S.5.
[498] Vgl. Die Presse, 22.6.1994. S.7.
[499] Vgl. Der Standard, 20.7.1994. S.5.
[500] Vgl. Die Presse, 13.5.1995. S.6.

der SPÖ-Frauenorganisation (aber auch der Katholischen Frauenbewegung) auf heftigen Widerstand stieß.[501] Schließlich kam es doch nur zu einer Kürzung auf 600 Millionen, und zur Verbesserung der Kommunikation wurde ein Beirat zwischen Familien- und Frauenministerium eingerichtet, der sich um die Qualitätsverbesserung von Kinderbetreuungseinrichtungen kümmern sollte.[502] Rasch erfolgte danach die Einigung zwischen Frauenministerin Konrad und Familienminister Bartenstein, das veranschlagte Geld nicht nur Kindergärten sondern auch Tagesmüttern und Kindergruppen zugute kommen zu lassen.[503] Über Details wurde allerdings noch weiter gerungen. Die Kommission für die Verteilung der Mittel bekam danach zwei Vorsitzende, nämlich die Frauenministerin und den Familienminister. Bei der Frage, welche Tagesmütterorganisationen gefördert werden sollten, gab es noch Uneinigkeit. Die SPÖ wollte nur solche unterstützen, bei denen die Frauen angestellt würden (diese wären dann sozialversichert gewesen), die ÖVP alle (auch karenzierte Frauen hätten Tagesmütterjobs übernehmen können).[504] Am 17. April wurden die Förderungen im Rahmen des Budgets beschlossen.[505] Über die Aufteilung der Gelder verhandelten die Koalitionsparteien jedoch weiter. Neben den Tagesmüttern war auch noch die Frage strittig, welche Kriterien Kindergärten für die Förderungen zu erfüllen gehabt hätten. Frauenministerin Konrad wollte dafür eine Öffnungszeit von elf Stunden täglich als Bedingung, Familienminister Bartenstein war dagegen.[506] Am 12. Juli einigten sich die beiden auf einen Kompromiss, ohne sich inhaltlich näher gekommen zu sein. Dieser sah vor, dass die Kinderbetreuungseinrichtungen ihre Öffnungszeiten am Bedarf der Eltern orientieren sollten, wobei Konrad die Länder und Gemeinden aufforderte, hauptsächlich Ganztagseinrichtungen einzureichen. Tagesmütter sollten, wie von der SPÖ gewünscht, nur dann gefördert werden, wenn deren Aus- und Weiterbildung gesichert und, wie von der ÖVP gewünscht, auch dann, wenn sie nicht angestellt wären.[507] Die Diskussion um die sozialrechtliche Stellung von Tagesmüttern (Dienstverhältnis gegen Werkvertrag) ging allerdings auch nach der Einigung noch weiter.[508]

In der Diskussion über die Familienförderungen verwies die SPÖ immer wieder auf die Kinderbetreuungseinrichtungen und erklärte, dass aus ihrer Sicht deren Ausbau Priorität gegenüber dem „Karenzgeld für alle“ hätte. Die ÖVP wiederum bevorzugte es nach ei-

[501] Vgl. Der Standard, 2.3.1996. S.5.
Der Standard, 6.3.1996. S.6.
[502] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Koalitionsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1996. S.52.
Der Standard, 8.3.1996. S.6.
[503] Vgl. Die Presse, 26.3.1996. S.6.
[504] Vgl. Der Standard, 25.5.1996. S.5.
[505] Vgl. Die Presse, 17.4.1996. S.6.
[506] Vgl. Die Presse, 5.6.1996. S.7.
[507] Vgl. Die Presse, 13.7.1996. S.6.
[508] Vgl. Der Standard, 6.8.1996. S.4.

genen Angaben, Müttern die Möglichkeit zu schaffen, sich selbst um die Kinder zu kümmern. *(vgl. Kap. 3.2 Unterstützungen und Karenzzeiten).*

Im beginnenden Wahlkampf des Jahres 1999 erhob Frauenministerin Prammer für die kommende Legislaturperiode erneut die Forderung, dass die Kinderbetreuungseinrichtungen über ein Bundesgesetz geregelt werden sollten. Außerdem verlangte sie einen Rechtsanspruch für Mütter auf einen Kinderbetreuungsplatz. Dabei erhielt sie die Unterstützung ihrer Partei.[509]

3.4 Vergewaltigung in der Ehe

Im Dezember 1987 kam es zu einem ersten Disput beim Thema Ehe. SPÖ-Justizsprecher Rieder verlangte, unterstützt von seiner Partei, die rechtliche Gleichbehandlung von Vergewaltigungen innerhalb einer Ehe mit denen außerhalb einer Ehe. Auch von den ÖVP-Frauen kam diesbezüglich Zustimmung. Die offizielle Parteilinie, besonders stark vertreten von Justizsprecher Graff, war allerdings dagegen. Graff wollte zwar einen einheitlichen Vergewaltigungsbegriff, aber unterschiedliche Strafmaße. Außerdem wollte er die Vergewaltigung in einer Ehe nicht als Offizialdelikt[510] anerkannt wissen.[511] Graff befürchtete Bespitzelungen und sah auch einen Unterschied zwischen den beiden Delikten.[512] Im August kam von ÖVP-Seite ein Kompromissvorschlag: Sollte es im Rahmen der Vergewaltigung innerhalb der Ehe zu einer Körperverletzung kommen, wäre sie zum Offizialdelikt geworden. Bei einer Vergewaltigung ohne Verletzung sollte der Staatsanwalt nur nach einer ausdrücklichen Ermächtigung durch die Ehefrau aktiv werden dürfen. Außerdem sollte es die Möglichkeit einer Strafmilderung geben, wenn das Opfer weiterhin die Ehe- oder Beziehungsgemeinschaft mit dem Täter aufrechterhalten wollte. Gleichzeitig brach aber eine neue Front auf. Die SPÖ wollte bedrohten Frauen die Möglichkeit bieten, mittels einer einstweiligen Verfügung dem Ehemann den Zugang zur ehelichen Wohnung zu verbieten. Die ÖVP wollte es jedoch bei der bisherigen Gesetzeslage belassen, wonach dies nur bei einem bereits eingeleiteten Scheidungsverfahren möglich wäre.[513]

---

[509] Vgl. Der Standard, 16.7.1999. S.7.
Der Standard, 24.8.1999. S.6.

[510] Ein Offizialdelikt muss vom Staatsanwalt von Amts wegen verfolgt werden.

[511] Vgl. Kleine Zeitung, 15.12.1987. S.4.

[512] Vgl. Die Presse, 11.3.1988. S.4.

[513] Vgl. Die Presse, 20.8.1988. S.4.

Im Oktober 1988 deutete die SPÖ an, mit dem Kompromissvorschlag der ÖVP leben zu können,[514] und tatsächlich einigten sich die Frauen der im Parlament vertretenen Parteien im November 1989 auf eine Gesetzesvorlage mit diesem Inhalt.[515]

3.5 Ehe und Scheidung

Der Beginn des Konflikts um das Namensrecht kann mit Anfang des Jahres 1989 angesetzt werden. Die SPÖ strebte eine Regelung an, die es Frauen ermöglichen sollte, nach der Eheschließung ihren Familiennamen beizubehalten. Der Name der Kinder sollte dann von den Eltern einvernehmlich festgelegt werden. Gegen diese Vorschläge sprach sich namens seiner Partei ÖVP-Justizsprecher Graff aus. Für einen gemeinsamen Familiennamen sprachen aus Sicht seiner Partei vor allem die gemeinsamen Kinder. Allerdings wollte er die Möglichkeit schaffen, dass Frauen in Zukunft ihren Mädchennamen mehr betonen hätten können, zum Beispiel, indem sie ihn vor den Namen des Mannes stellten (bisher nur nachher möglich). Die Kinder sollten jedoch keinen Doppelnamen führen.[516] Diese Linie ihres Justizsprechers teilte die ÖVP jedoch nicht.[517] Generalsekretär Kukacka distanzierte sich davon offiziell und qualifizierte das Thema als nicht dringend.[518] Die Legislaturperiode verging ohne eine Annäherung der Standpunkte.

Generell charakterisierten die Protagonisten die Konfliktlinie als identisch mit dem Unterschied zwischen konservativer und liberaler Werthaltung und nicht als Kampf der Geschlechter. Einigkeit gab es während der gesamten Diskussion weitgehend darüber, dass der Name für die Ehe bzw. ihr Funktionieren sekundär war. Im Gegensatz zur SPÖ argumentierte die ÖVP jedoch mit der hohen Bedeutung des Namens für die gemeinsamen Kinder.[519]

Doch schon bald nach Beginn der Neuauflage der Großen Koalition ging die Debatte weiter. Die SPÖ, vertreten durch Justizsprecherin Hlavac, wünschte sich eine Regelung, die es Ehepartnern möglich machen sollte, sich für den Namen des anderen zu entscheiden oder den bisherigen weiter zu führen. Dabei sollten auch bereits verheiratete Paare von dieser Regelung profitieren. Wenn sich die Eltern nicht auf einen Namen für ihre Kinder einigen hätten können, wäre auch für diese ein Doppelname möglich gewesen.

[514] Vgl. Die Presse, 6.10.1988. S.4.
[515] Vgl. Die Presse, 3.2.1989. S.5.
Die Presse, 22.3.1989. S.5.
BGBl. Nr. 242/1989.
[516] Vgl. Der Standard, 28.2.1990. S.5.
Die Presse, 28.2.1990. S.4.
[517] Vgl. Der Standard, 7.6.1990. S.5.
[518] Vgl. Der Standard, 26.6.1990. S.5, 8.
[519] Vgl. Reitmaier, Nina: Die Qual der Namenswahl. S.172-219.

Ab der Großjährigkeit oder einer Heirat hätten sich diese aber für einen Namen entscheiden müssen, um nach ihrer Eheschließung keine Drei-, Vier- oder Mehrfachnamen zu führen.[520] Die ÖVP blieb jedoch auf dem Standpunkt, dass ein gemeinsamer Familienname für die Kinder unverzichtbar wäre. Allerdings wollte die Volkspartei Frauen die Möglichkeit zugestehen, ihren Geburtsnamen weiterhin in allen Dokumenten und vor Behörden mit Ausnahme der Personenstandsbücher beim Standesamt, die für den Namen der gemeinsamen Kinder entscheidend sind, zu behalten. Der Partner, der den Namen des anderen übernehmen würde, hätte seinen vor oder nach diesem gemeinsamen Namen stellen können. Die SPÖ befürchtete bei Verwirklichung der ÖVP-Ideen die weitere Unterordnung der Frauen und kündigte die Einbringung eines Initiativantrages in ihrem Sinne an.[521] Ihre Vertreter und die der Opposition lehnten die von ihnen als „Vulgo-Name“ oder „Künstlername“ bezeichnete ÖVP-Variante ab.[522] Der parteifreie Justizminister Michalek bot sich im August 1991 als Vermittler zwischen den Fronten an, da nach wie vor kein Kompromiss in Sicht war.[523] Die öffentliche Diskussion verstummte in der nächsten Zeit vollkommen. Die Vorschläge zum neuen Eherecht, das auch die Änderungen im Namensrecht beinhalten sollte, lagen einstweilen im Justizausschuss des Parlaments. Dabei drohte unterdessen sogar, dass die gesetzliche Frist für die Behandlung von Initiativanträgen überzogen würde. Auch der Justizminister musste 1992 eingestehen, dass eine Annäherung der Koalitionspartner nicht gelungen war.[524] Am 7. Oktober 1992 erreichte man im Justizausschuss wieder keine Einigung. Mittlerweile stand die ÖVP alleine auf dem Standpunkt, dass ein gemeinsamer Familienname verpflichtend sein sollte.[525] Justizminister Michalek bezeichnete die Positionen als festgefahren aufgrund von ideologischen Positionierungen.[526]

Im März 1993 machte SPÖ-Klubobmann Fuhrmann den Vorschlag, das Namensrecht im Nationalrat ohne Klubzwang abstimmen zu lassen. ÖVP-Justizsprecher Graff reklamierte diese Idee für sich, indem er behauptete, wenige Tage zuvor Fuhrmann eben dieses Angebot gemacht zu haben. Das kam insofern überraschend, als ja die Oppositionsparteien teilweise weitergehende Vorschläge als die SPÖ gemacht hatten.[527] Umgesetzt wurde

[520] Vgl. Die Presse, 22.4.1991. S.3.
[521] Vgl. Die Presse, 25.6.1991. S.6.
Der Standard, 25.6.1991. S.6.
Die Presse, 12.7.1991. S.6.
[522] Vgl. Reitmaier, Nina: Die Qual der Namenswahl. S.209f.
[523] Vgl. Der Standard, 19.8.1991. S.5.
[524] Vgl. Der Standard, 22.5.1992. S.5.
[525] Vgl. Der Standard, 7.10.1992. S.5.
Der Standard, 8.10.1992. S.7.
[526] Vgl. Der Standard, 15.10.1992. S.6.
[527] Vgl. Die Presse, 30.3.1993. S.4.

diese Idee dennoch nicht, auch weil die ÖVP eine geheime und die SPÖ eine offene Abstimmung verlangte. In der ÖVP wie auch in der Literatur wird diese Ablehnung auf die Furcht der SPÖ-Frauen zurückgeführt, dass manche SPÖ-Männer in einer geheimen Abstimmung gegen das neue Namensrecht gestimmt hätten.[528] Daher konnten sie sich nur auf eine Verhandlungspause in dieser Frage einigen.[529]

Abseits der Namensthematik gab es in Arbeiten für die Reform des Eherechts noch weitere Differenzen. Der Plan aus dem Justizministerium, bei Scheidungen die Verschuldensfrage zu streichen, traf bei SPÖ-Frauenministerin Dohnal auf Zustimmung, bei ÖVP-Frauensprecherin Bauer auf Widerstand.[530] Die Idee der ÖVP, die Rechtsberatung vor einer Scheidung einzuführen, um so zu gewährleisten, dass Frauen zu ihrem Recht kämen, fand wiederum bei der SPÖ keine Zustimmung. Namens ihrer Partei lehnte Frauenministerin Dohnal den Vorschlag als Zwang, der Scheidungsverfahren in die Länge ziehen würde, ab. Sie wollte stattdessen die Richter zur Beratung verpflichten.[531]

Im November kam das Problem mit unveränderten Positionen für kurze Zeit wieder aufs Tapet, wobei für die SPÖ nach wie vor die Möglichkeit bestand, mit Hilfe der Oppositionsparteien ihren Vorschlag durchzubringen.[532] Dann wurde es wieder ruhig bis zur Heirat der ÖVP-Umweltministerin Rauch-Kallat Anfang Mai 1994. Sie nahm dabei den Namen ihres Mannes an, ließ sich aber kurz danach wieder auf Rauch-Kallat umbenennen, was sie sich 4.820 Schilling kosten ließ. SPÖ-Justizsprecherin forderte daraufhin, diese Möglichkeit auch unbekannten Arbeiterinnen zu ermöglichen. Die ÖVP konterte darauf mit dem Hinweis, dass die Annahme ihres Vorschlags genau das ohne Kosten möglich gemacht hätte und die Betroffenen den gemeinsamen Namen nur in ganz bestimmten Dokumenten verwenden hätten müssen.[533] Kurz darauf brachte die ÖVP-Abgeordnete Steibel den alten Vorschlag, über die Namensfrage eine geheime Abstimmung durchzuführen, wieder in die Diskussion ein. Bei der SPÖ lehnte Frauenministerin Dohnal erneut ab, während es auch positive Stimmen gab.[534] Aber auch in der ÖVP gab es Kreise, die sich dagegen wehrten, allerdings aus gegenteiligen Gründen, und diese

---

Der Standard, 30.3.1993. S.5.
Der Standard, 31.3.1993. S.5.

[528] Vgl. Reitmaier, Nina: Die Qual der Namenswahl. S.164.

[529] Vgl. Die Presse, 23.7.1993. S.7.

[530] Vgl. Der Standard, 31.3.1993. S.6.

[531] Vgl. Der Standard, 28.4.1993. S.6.

[532] Vgl. Die Presse, 18.11.1993. S.7.
Der Standard, 18.11.1993. S.5.
Der Standard, 17.11.1993. S.5.

[533] Vgl. Die Presse, 6.5.1994. S.10.
Der Standard, 7.5.1994. S.7.

[534] Vgl. Die Presse, 11.5.1994. S.6.

Gruppe setzte sich auch durch.[535] Es war wiederum die Abgeordnete Steibel, die im November einen neuen inhaltlichen Vorschlag machte. Demnach sollte jeder Partner individuell seinen Namen wählen können (den eigenen behalten, den des anderen annehmen, den eigenen an den des Partners vorne oder hinten anhängen oder denselben Doppelnamen wie der Partner führen). Für Kinder von verheirateten Eltern mit unterschiedlichen Namen sollte jedoch ein (Doppel-)Name urkundlich festgelegt werden. Auch rückwirkende Namensänderungen sollten möglich sein. Das entsprach beinahe den Vorstellungen der SPÖ, allerdings gab es aus ÖVP-Kreisen (z.B. vom Familienbund) Kritik an diesem Vorschlag.[536] Am 7. November brachte die SPÖ einen Antrag ein, der eine Automatik zu Gunsten des Vaternamens anstatt wie bisher eines Doppelnamens enthielt, was als inhaltliches Zugehen auf die ÖVP interpretiert werden kann.[537] Nur wenige Tage später, am 11. November, brachte die ÖVP-Fraktion den alten (von Michael Graff ausgearbeiteten) Vorschlag, der einen gemeinsamen Namen nur in den Standesdokumenten vorsah, erneut als Initiativantrag ein. Die Chance auf eine Einigung mit dem Koalitionspartner schätzte ÖVP-Wirtschaftsstaatssekretärin Fekter aber als gut ein.[538] Tatsächlich kam mit 30. November ein Kompromiss in greifbare Nähe, da sich der ÖVP-Parlamentsklub für die Liberalisierung nach dem SPÖ-Vorschlag aussprach. Nur bei der Frage nach dem Namen der Kinder gab es nach wie vor Differenzen. Die ÖVP wollte einen Einzelnamen, während die SPÖ auch die Möglichkeit eines Doppelnamens anstrebte, wobei sich das Kind in diesem Fall ab der Volljährigkeit für einen Namensteil entscheiden hätte müssen. Die ÖVP bezeichnete das als Beschneidung der Identität und kritisierte, dass sich ein Kind dann praktisch gegen einen Elternteil entscheiden hätte müssen.[539] Am 3. Dezember verkündeten die Zeitungen eine offizielle Einigung über das Namensrecht. Allerdings hatte es bei der Frage nach dem Namen der Kinder noch keine Einigung gegeben. Die SPÖ wollte noch immer die Möglichkeit eines Doppelnamens schaffen, allerdings gab es hier bereits Anzeichen eines Nachgebens, und die ÖVP war noch immer dagegen. Sie wollte im Falle einer Nichteinigung der Eltern automatisch den Namen des Vaters auf die Kinder übergehen lassen.[540] Justizsprecherin Fekter bezeichnete das auch im Nachhinein als „Absolutbedingung“ ihrer Partei.[541] Das wiederum konnte sich der SPÖ-Justizsprecher Fuhrmann nicht vorstellen. Aber auch in der ÖVP gab es Widerstand. So

[535] Vgl. Reitmaier, Nina: Die Qual der Namenswahl. S.239.
[536] Vgl. Der Standard, 7.11.1994. S.5.
[537] Vgl. Reitmaier, Nina: Die Qual der Namenswahl. S.164f.
[538] Vgl. Die Presse, 12.11.1994. S.6.
[539] Vgl. Der Standard, 1.12.1994. S.1.
[540] Vgl. Die Presse, 3.12.1994. S.7.
Der Standard, 3.12.1994. S.6.
[541] Vgl. Reitmaier, Nina: Die Qual der Namenswahl. S.184.

sprach sich der Abgeordnete Kukacka gegen den Kompromiss, aber wie auch sein Parteiobmann für eine geheime Abstimmung aus.[542] In der Sitzung des Justizausschusses vom 6. Dezember konnte schließlich eine Einigung erzielt werden. Dabei wurde festgeschrieben, was sich bereits abgezeichnet hatte. Nachdem sie zuerst der SPÖ nachgegeben hatte, setzte die ÖVP nun ihre Vorschläge bei den Kindern durch: Bereits bei der Heirat sollte der Name der Kinder festgelegt werden; bei keiner Einigung würden sie den Namen des Vaters übernehmen.[543] Am 16. Dezember 1994 wurde das entsprechende Gesetz im Nationalrat teilweise auch mit Stimmen der Opposition beschlossen. In der Debatte zuvor betonten beide Koalitionspartner, dass die Gesetzesvorlage nicht ihren Wünschen entsprach, aber einen tragfähigen Kompromiss darstellte. Durch die Art der Wortmeldungen und teilweise auch durch ausdrückliche Bekenntnisse war auch offensichtlich, welche Bedeutung die Parteien der Thematik offiziell beimaßen. Für die SPÖ (wie auch für Grüne und Liberale) war dieses Thema von äußerster Wichtigkeit, für die ÖVP (und FPÖ) von untergeordneter Bedeutung.[544]

Auch die Diskussion über das Scheidungsrecht dauerte Jahre. So wurde die von Frauenministerin Johanna Dohnal aufgebrachte Idee, für Ehen, in denen beide Partner berufstätig wären, die Nichtbeteiligung des Mannes an der Haushaltsarbeit als Scheidungsgrund festzuschreiben, von ihrer Nachfolgerin Helga Konrad (SPÖ) im Juli 1995 wieder aufgenommen. ÖVP Frauensprecherin Bauer lehnte das namens ihrer Partei ab. Sie forderte stattdessen, dass die Männer ihren Hausfrauen einen Teil der Pension abtreten sollten.[545] Nicht ganz ein Jahr später wiederholte sich dieser Austausch von Standpunkten inhaltsident.[546]

Im Jänner 1997 sprach sich Frauenministerin Konrad gegen die von Justizminister Michalek geplante Regelung aus, wonach bei einer Scheidung beide Eltern das Sorgerecht für die Kinder ausüben sollten (gemeinsame Obsorge). Familienminister Bartenstein konnte sich das für einvernehmliche Scheidungen gut vorstellen, Frauenministerin Kon-

[542] Vgl. Die Presse, 23.11.1993. S.7.
Der Standard, 23.11.1993. S.1.
Der Standard, 5.12.1994. S.5.
Der Standard, 6.12.1994. S.6.
Die Presse, 6.12.1994. S.7.
[543] Vgl. Der Standard, 7.12.1994. S.1.
[544] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 12/NRSITZ (XIX. GP). S.29-54.
[545] Vgl. Die Presse, 26.7.1995. S.6.
[546] Vgl. Die Presse, 1.6.1996. S.6.

rad hingegen auf keinen Fall. Sie befürchtete, dass Männer diese Regelung nur dafür nützten würden, ihre Machtposition gegenüber den Frauen auszuspielen.[547]

Die Arbeiten der interministeriellen Arbeitsgruppe für ein neues Eherecht und die daraus bekannt gewordenen Pläne entfachten ebenfalls eine Diskussion. Demnach sollte ein Seitensprung kein Scheidungsgrund mehr sein. Die ÖVP befürchtete dadurch eine Bagatellisierung der Untreue. Das generelle Zurückdrängen der Schuldfrage (auch bei der Frage des Unterhalts) lehnte der kleinere Koalitionspartner ebenso ab und verlangte im Gegensatz dazu, wiederholte Gewaltanwendung in der Ehe als Scheidungsgrund aufzunehmen.[548] Vor allem der verschuldensunabhängige Unterhalt wurde zum Streitthema. Dessen Aufnahme ins Gesetz hätte bedeutet, dass zum Beispiel eine schuldig geschiedene Frau, die nicht für ihren eigenen Unterhalt sorgen kann, vom ehemaligen Ehepartner Unterhaltszahlungen erhalten hätte. Die ÖVP lehnte das strikt ab, was bei Frauenministerin Prammer (SPÖ) auf Unverständnis stieß. Sie argumentierte mit folgendem Beispiel: Eine Frau, die nach jahrelangem psychischen Terror einen Seitensprung machte und aufgrund dessen schuldig geschieden worden wäre, hätte somit kein Recht auf Unterhaltszahlungen gehabt. Auch für Hausfrauen, die nach etlichen Jahren im Haushalt keine Chance mehr am Arbeitsmarkt hätten, verlangte sie eine Versorgung auch nach einer schuldig geschiedenen Ehe. Die ÖVP wiederum hielt dem entgegen, dass mit der geltenden Regelung Gewalttätigkeit auch als Scheidungsgrund anerkannt war und dass nach dem SPÖ-Modell oftmals schuldlos geschiedene Frauen für den Unterhalt ihrer arbeitslosen Männer sorgen hätten müssen. Außerdem sprachen sich die ÖVP-Politiker erneut für ein Pensionssplittingmodell aus.[549] Justizminister Michalek versprach in einer Reaktion auf die Kritik, noch Änderungen an seinem Entwurf vorzunehmen.[550]

SPÖ-Justizsprecher Jarolim warf dem Koalitionspartner vor, durch immer neue Forderungen (Pensionsanspruch für zuhause gebliebene Ehepartner und mehr Vertragsfreiheit für beide Ehepartner) die Reform des Ehe- und Scheidungsrechts verhindern zu wollen.[551] Am 26. November fand die von der SPÖ verlangte Aktuelle Stunde zum Thema „Stillstand in der Justizpolitik“ statt. Darin warfen die Redner der SPÖ dem Koalitionspartner vor, einen solchen zu verschulden. Die SPÖ-Abgeordnete Bures attestierte dem Koalitionspartner aufgrund seiner Weigerung, dem verschuldensunabhängigen Unterhalt

[547] Vgl. Der Standard, 7.1.1997. S.5.
[548] Vgl. Die Presse, 5.3.1998. S.7.
Der Standard, 5.3.1998. S.5.
[549] Vgl. Die Presse, 19.11.1998. S.9.
Der Standard, 19.11.1998. S.7.
[550] Vgl. Die Presse, 12.11.1998. S.9.
[551] Vgl. Der Standard, 26.11.1998. S.7.

zuzustimmen, eine Geisteshaltung aus dem Jahr 1938, und ihre Parteifreundin Mertel betonte, dass der Unterhalt trotz Verschulden nur in wenigen Härtefällen und dann auch nur befristet ausgezahlt werden sollte. Die ÖVP-Abgeordnete und Justizsprecherin Fekter befürchtete durch diese Regelung ganz im Gegensatz zu den SPÖ-Politikern auch Nachteile für viele Frauen.[552] ÖVP-Familiensprecherin Bauer kritisierte an den bekannten Gesetzesentwürfen vor allem, „dass als Scheidungsgründe Gewalt und vernachlässigte Hausarbeit sozusagen auf derselben Stufe stehen sollen."[553] Neue Argumente waren also nicht zu hören.

Im Dezember äußerte sich Justizminister Michalek optimistisch zu den Verhandlungen. Seinen Aussagen nach waren sich die Koalitionspartner weitgehend einig darüber, Ehebruch nicht mehr als absoluten, aber dennoch nach wie vor als Scheidungsgrund zu sehen. Den Wunsch der ÖVP, Gewalt und Zufügung seelischer Gewalt als schwere Eheverfehlungen anzuführen, bezeichnete er als überlegenswert.[554] Im Februar verkündeten die beiden Verhandlungspartner Jarolim und Fekter eine Einigung beim letzten umstrittenen Punkt, den Unterhaltszahlungen für schuldig Geschiedene. Beide wollten ihren Parlamentsklubs die Zustimmung empfehlen. Der Kompromiss sah vor, dass nur junge Mütter, die sich wegen ihrer kleinen Kinder nicht selbst erhalten können, und ältere Mütter, für die aufgrund langer Kindererziehungszeiten ein Einstieg in den Beruf nicht mehr möglich ist, auch Unterhalt bekommen sollten, wenn sie schuldig geschieden worden wären.[555] Im Ministerrat vom 9. März wurde die Gesetzesvorlage angenommen. Sie enthielt auch eine Erinnerung an die Eheleute, die gemeinsamen Aufgaben gleich zu verteilen.[556]

Im April sah die Sache wieder vollkommen anders aus. Justizsprecherin Maria Fekter kündigte zur Überraschung des Justizministers und zur Verärgerung des Koalitionspartners an, ihrem Parlamentsklub die Ablehnung der Gesetzesvorlage zu empfehlen. Nach ihren Aussagen waren darin von ihrer Partei verlangte Vorgaben nicht erfüllt worden. So befürchtete Fekter, dass die für Ausnahmefälle vorgesehene Regelung für Unterhaltszahlungen an schuldig Geschiedene von den Richtern zum Regelfall gemacht werden hätte können.[557] Der ÖVP Klub teilte wie auch die Wiener Rechtsanwaltskammer die Bedenken von Fekter und stimmte der Vorlage zu, allerdings nicht ohne eine Protokollanmer-

[552] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 149/NRSITZ (XX. GP). S.22-35.
[553] Bauer, Rosemarie: Stenographische Protokolle des Nationalrates 149/NRSITZ (XX. GP). S.35.
[554] Vgl. Der Standard, 30.12.1998. S.6.
[555] Vgl. Die Presse, 18.2.1999. S.9.
[556] Vgl. Der Standard, 9.3.1999. S.10.
Die Presse, 10.3.1999. S.8.
[557] Vgl. Der Standard, 19.4.1999. S.6.

kung beizufügen, die weitere Verhandlungen über die verschuldensunabhängigen Unterhaltszahlungen verlangte. Die SPÖ kritisierte dieses Vorgehen scharf und vermutete, der Koalitionspartner wolle aus ideologischen Gründen eine Einigung verhindern. Inhaltliche Veränderungen lehnte die SPÖ ab.[558] Fekter erneuerte auch den alten ÖVP-Vorschlag, die Pensionsansprüche von Ehepartnern wie ein gemeinsames Konto zu behandeln und im Falle einer Scheidung dieses aufzuteilen.[559] Das SPÖ-Modell in dieser Frage sah einen eigenständigen Pensionsanspruch für Hausfrauen vor, der durch Zahlungen der Ehemänner begründet werden sollte.[560] Aus Sicht der ÖVP fehlte für eine Zustimmung nur die Abänderung einiger technischer Details.[561] Nach einer neuerlichen Sitzung des Justizausschusses verkündeten die Verhandler erneut eine Einigung. Sie sah eine genauere Beschreibung von Fällen vor, in denen auch dem schuldig geschiedenen Partner Unterhalt zustehen sollte. Die Zahlungen sollten auf drei Jahre befristet sein, wenn davon auszugehen wäre, dass der Empfänger innerhalb dieser Zeit seinen Unterhalt wieder selbst zu bestreiten fähig gewesen wäre. Als Härtefälle waren Mütter von Kindern bis zum fünften Lebensjahr und Ehegatten, die im Einvernehmen zuhause geblieben waren und dadurch nach der Scheidung Schwierigkeiten bei der Suche nach Erwerbstätigkeit hätten, definiert. Außerdem wurde die Einschränkung der „Unbilligkeit" eingeführt. Diese sollte verhindern, dass ein Anrecht auf Unterhaltszahlungen entstünde, wenn schwerwiegende Eheverfehlungen begangen wurden oder die Bedürftigkeit grob schuldhaft herbeigeführt wurde.[562]

In der Nationalratsdebatte am 17. Juni zeigte sich die ÖVP ausgesprochen zufrieden mit dem Erreichten. Die SPÖ bedauerte, dass sie nicht mehr ihrer Vorstellungen durchgebrachte hatte. Ihr Justizsprecher Jarolim bezeichnete die Novelle sinngemäß als kleinen Schritt in die richtige Richtung. Beide Seiten brachten nochmals die bekannten Argumente für ihre ebenso bekannten Standpunkte vor, beschlossen aber schließlich gemeinsam das Gesetzeswerk.[563]

---

[558] Vgl. Der Standard, 21.4.1999. S.9.
Die Presse, 21.4.1999. S.7.

[559] Vgl. Der Standard, 22.4.1999. S.8.
Die Presse, 22.4.1999. S.9.

[560] Vgl. Der Standard, 3.3.1999. S.9.

[561] Vgl. Der Standard, 4.5.1999. S.7.

[562] Vgl. Die Presse, 4.5.1999. S.7.
Der Standard, 6.5.1999. S.9.
Die Presse, 6.5.1999. S.8.

[563] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 174/NRSITZ (XX. GP). S.41-80.

3.6 Verhütung und Abtreibung

Die Arbeiten an einem Jugendwohlfahrtsgesetz führten zu einer Debatte über den Schutz ungeborenen Lebens und damit auch über Abtreibungen. Die sozialistische Familien- und Jugendministerin Fröhlich-Sandner hatte noch zu Zeiten der SPÖ-FPÖ-Koalition einen Entwurf für ein Jugendwohlfahrtsgesetz ausgearbeitet, in dem statt wie bisher vom Schutz der Kinder „von der Empfängnis an" nur mehr von „Säuglingen" die Rede war. Die ÖVP befürchtete dadurch eine Einzementierung der Abtreibung und war deshalb dagegen, betonte aber gleichzeitig, an der Fristenregelung nichts ändern zu wollen. Zunächst schien eine Einigung auf den Schutz von „werdenden Müttern" und „werdenden Kinder" in greifbarer Nähe.[564]

Die Diskussion dauerte aber dann doch um einiges länger. In seiner Rede in der Nationalratsdebatte vom 11. Dezember 1987 über die Familienpolitik sagte SPÖ-Justizsprecher Rieder:

> „[...] die Frage ist doch, ob jenes Entwicklungsstadium, das mit der Empfängnis beginnt, in jeder Stufe, bis über die Geburt hinaus, bis zum Kind, im engeren Sinn ein Kind ist, denn es geht ja darum, festzustellen, ob beispielsweise der Embryo juristisch als Kind einzustufen ist oder nicht. Diese Gleichstellung, die mit verschiedensten Beispielen aus unserem Rechtssystem widerlegt werden könnte, ist eigentlich eine Veränderung unseres Rechtssystems in einem sehr grundsätzlichen Punkt."[565]

Im Jänner 1988 vermutete SPÖ-Justizsprecher Rieder hinter dem Wunsch der ÖVP den Versuch, manche Verhütungsmethoden in Frage zu stellen.[566] Die SPÖ blieb bei ihrem Standpunkt, den Schutz erst ab der Geburt festzuschreiben. Die ÖVP bot neben der bereits genannten noch die Formulierung „ungeborenes Kind" an.[567] Innerhalb der ÖVP war auch die Diktion „werdende Kinder" umstritten, da viele darin eine zu weiche Formulierung und damit eine Legitimation der Abtreibung sahen.[568] Am 6. Dezember wurden die Verhandlungen sogar kurzfristig unterbrochen, da die ÖVP weiter über die Formulierung des Zielparagraphen sprach, die SPÖ aber mit Hinweis auf eine koalitionsinterne Abmachung erst am Ende der Verhandlungen über das Jugendwohlfahrtsgesetz dieses Problem lösen wollte.[569] Im Jänner 1989 fanden sie schließlich einen Kompromiss. Der Schutz sollte der Mutter und ihrer „Leibesfrucht" gelten.[570]

---

[564] Vgl. Die Presse, 29.5.1987. S.1.
[565] Rieder, Josef: Stenographische Protokolle des Nationalrates 43/NRSITZ (XVII. GP). S.4837.
[566] Vgl. Die Presse, 16.1.1988. S.4.
[567] Vgl. Die Presse, 13.2.1988. S.5.
[568] Vgl. Die Presse, 20.8.1988. S.4.
[569] Vgl. Die Presse, 7.12.1988. S.4.
[570] Vgl. Die Presse, 21.1.1989. S.5.
Die Presse, 3.2.1989. S.5.

Eine von ihrem Ressort herausgegebene Informationsbroschüre zum Thema Empfängnisverhütung brachte Familienministerin Flemming scharfe Kritik von Frauenstaatssekretärin Dohnal ein. Da über die Anwendung der „Pille danach“ und der „Spirale“ keine Informationen enthalten waren, warf sie Flemming vor, das gesellschaftliche Rad bis zum Spätmittelalter zurückdrehen zu wollen. Außerdem kündigte sie an, eine Zusatzbroschüre mit den fehlenden Informationen herauszubringen.[571]

Der Vorstoß von Familienministerin Flemming (ÖVP), eine anonyme Abtreibungsstatistik anzulegen, um so die Zahl der Abtreibungen und die Gründe dafür zu erheben, lehnten Gesundheitsminister Ettl (SPÖ) und die SPÖ-Frauensprecherin Traxler ab. Sie befürchteten, dass dadurch ein gesellschaftlicher Druck auf die betroffenen Frauen entstehen würde.[572] Im Wahlkampf zur Nationalratswahl des Jahres 1990 fielen an einem Tag zwei Wortmeldungen zu der Abtreibungsthematik, die unterschiedlicher nicht sein konnten. SPÖ-Familiensprecherin Traxler verlangte, dass in Zukunft Schwangerschaftsabbrüche kostenlos durchgeführt werden sollten, und der steirische ÖVP-Nationalratsabgeordnete Liechtenstein wollte Abtreibungen strafrechtlich wie Mord (allerdings mit mildernden und außerordentlich mildernden Umständen) verfolgt sehen. Von seiner Partei erhielt er dafür aber keinerlei Zustimmung.[573]
Ein weiterer Konflikt zeichnete sich im September 1990 ab. Dabei ging es um die Zulassung der sogenannten Abtreibungspille RU 486. Die ÖVP sprach sich dagegen aus, was Frauenministerin Dohnal als Infragestellen der Fristenregelung interpretierte und sie dazu veranlasste, vor einer ÖVP-FPÖ-Koalition zu warnen, die aus ihrer Sicht die Abtreibung wieder unter Strafe gestellt hätte.[574] Die Diskussion sollte erst einige Zeit später ihre Fortsetzung finden.
In der Zwischenzeit kam es zum Boykott einer Sitzung des Familienrates durch die SPÖ. Sie protestierte dagegen, dass Familienministerin Flemming als einzigen Tagesordnungspunkt eine Kampagne gegen die Abtreibung vorgesehen und dazu nur Experten der „Aktion Leben“ und des Katholischen Familienverbandes, also deklarierte Abtreibungsgegner, eingeladen hatte.[575]
Den im Juli 1991 von Frauenministerin Dohnal geäußerten Wunsch, Ambulatorien zu errichten, in denen ärztliche Beratungen von jungen Mädchen gratis und Abtreibungen zum Selbstkostenpreis durchgeführt werden sollten, ignorierte die ÖVP de facto. Außer-

[571] Vgl. Kleine Zeitung, 9.1.1988. S.5.
[572] Vgl. Die Presse, 4.8.1990. S.7.
[573] Vgl. Der Standard, 10.8.1990. S.6.
[574] Vgl. Die Presse, 1.9.1990. S.5.
[575] Vgl. Die Presse, 17.11.1990. S.5.

dem drängte die Frauenministerin darauf, die im Koalitionsabkommen vorgesehene Ausgabe von kostenlosen Verhütungsmitteln für sozial schwache Jugendliche durchzuführen.[576] Über dieses Vorhaben waren sich die Koalitionsparteien auch einig, allein in der Durchführung gab es Differenzen. Vor allem die Finanzierung machte Probleme, wollte doch die SPÖ das Geld aus dem Familienlastenausgleichs-Fonds nehmen, was die ÖVP strikt ablehnte. Auch bei der Verteilung gab es noch Uneinigkeit. Die SPÖ sah die 240 Familienberatungsstellen als richtige Institutionen an, während die ÖVP die Gynäkologen präferierte. Dabei sah sie sich mit der Ärztekammer in Einklang, die eine ärztliche Untersuchung vor der Einnahme der Verhütungs-Pille als notwendig betrachtete.[577] Generell zeigte die ÖVP wenig Enthusiasmus in dieser Frage. Was sich auch darin äußerte, dass Familienministerin Feldgrill-Zankel darin kein vordringliches Problem sah und sich primär für vermehrte Aufklärung von Jugendlichen aussprach.[578] Durch die Meinungsverschiedenheiten kam es nicht zum geplanten Modellversuch. Im Jänner 1995 erklärte die neuen Familienministerin Moser (ÖVP), dass sie die Ausgabe von kostenlosen Verhütungsmitteln nicht für den richtigen Weg hielte, womit das Projekt trotz vehementer Befürwortung durch Frauenministerin Dohnal gestorben war.[579]

Im Oktober 1994 wurde die Abtreibungspille RU 486 wieder zum Thema. Während die SPÖ, allen voran Bundeskanzler Vranitzky, dazu aufrief, diese in Österreich freizugeben, sprach sich die ÖVP klar dagegen aus. Aktuell war zu diesem Zeitpunkt das Thema allerdings deswegen nicht, weil die Herstellerfirma noch keinen Antrag auf Zulassung in Österreich stellen wollte.[580] Daher dauerte es noch fast vier Jahre, bis diese Frage wieder diskutiert wurde. Im August 1998 gab es wieder eine Initiative der SPÖ-Frauen. Sie sprachen sich öffentlich für die Zulassung von RU 486 aus, das mittlerweile auch unter dem Namen „Mifegyne“ bekannt geworden war, da aus ihrer Sicht eine für die Frauen gesundheitlich möglichst wenig belastende Methode angeboten werden sollte. Von der ÖVP gab es nur eine Reaktion von Gesundheitssprecher Rasinger, der sich nicht dagegen aussprach, aber auch meinte, dass die Politik keine Handhabe gegen eine Einführung hätte.[581] Die nahende Entscheidung der EU-Gesundheitsbehörde über eine mögliche Zulassung in den Mitgliedsländern verschärfte die Diskussion. Nun deklarierte sich die

[576] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1990. S.59.
Die Presse, 12.7.1991. S.6.
[577] Vgl. Die Presse, 11.5.1992. S.4.
[578] Vgl. Die Presse, 20.5.1992. S.4.
[579] Vgl. Die Presse, 19.1.1995. S.6.
[580] Vgl. Die Presse, 1.10.1994. S.6.
[581] Vgl. Der Standard, 27.8.1998. S.7.

ÖVP als Gegnerin der Abtreibungspille. ÖVP-Generalsekretärin Rauch-Kallat erklärte das mit einer prinzipiellen Gegnerschaft gegenüber Schwangerschaftsabbrüchen. Sie betonte aber auch, dass ein Einsatz von Mifegyne unter klinisch streng begrenzten Bedingungen vom Gesundheitsministerium zugelassen werden könnte.[582] Wenige Tage später erklärte ÖVP-Klubobmann Khol, er könne sich die Verwendung des Präparates in Spitälern vorstellen, nicht aber den Verkauf über Apotheken, der aber ohnehin nicht diskutiert wurde. Gleichzeitig sprach er sich für vermehrte Anstrengungen aus, die Zahl der Abtreibungen zu reduzieren und nannte als Mittel dazu das Kindergeld. Am geltenden Recht wollte die ÖVP nach seinen Aussagen nicht rütteln.[583] Für diese neue Line der ÖVP gab es aber innerhalb der Partei Kritik. Vor allem die Fraktion christlicher Gewerkschafter und konservative Vertreter wie der EU-Abgeordnete Karl Habsburg sprachen sich gegen die Zulassung aus.[584] Im September 1999, als die Vorbereitungen für die Zulassung von Mifegyne bereits liefen, sprachen sich Frauenpolitikerinnen der SPÖ dafür aus, auch von niedergelassenen Fachärzten das Präparat verschreiben zu lassen. Die ÖVP lehnte das aber strikt ab.[585]

[582] Vgl. Der Standard, 7.1.1999. S.6.
Die Presse, 7.1.1999. S.7.
[583] Vgl. Der Standard, 11.1.1999. S.8.
[584] Vgl. Der Standard, 12.1.1999.S.8.
Der Standard, 13.1.1999. S.7.
[585] Vgl. Der Standard, 1.9.1999. S.10.

4 Frauen

Die Frauenpolitik kennt eigentlich nur ein einziges Ziel: die volle Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Dieses Ziel formulierten alle Parteien. Unterschiede gab es hingegen bei der Vorstellung, welcher Weg dazu führen sollte. Auch die Bedeutung des Wortes wurde in den beiden Koalitionsparteien unterschiedlich gedeutet. Diese Differenzen liegen im unterschiedlichen Gesellschafts- und Familienbild von SPÖ und ÖVP begründet. Damit erklärt sich auch der enge Zusammenhang mit dem vorhergehenden Kapitel und den zahlreichen Verweisen, die inhaltliche Wiederholungen minimieren sollen. Eine Unterteilung des Themas in Unterkapitel ist aufgrund der engen Verquickung der Konflikte nicht zielführend und unterbleibt daher.

Erstmals wurde das Thema „Frauen" bei den Debatten über die Pensionsreform aktuell. Auch hier war das Generalthema die Gleichberechtigung. Ausgangspunkt war das um je fünf Jahre niedrigere Frühpensions- und Regelpensionsantrittsalter (55 bzw. 60 Jahre) der Frauen. Diese Bevorzugung der Frauen wurde mit ihrer Benachteiligung in vielen Bereichen des Lebens begründet. Im Zuge der Pensionsdebatte kam nun im Jahr 1990 der Vorschlag von Vizekanzler Riegler (ÖVP), die Kindererziehungszeiten im Ausmaß von mindestens drei Jahren für die Pension anzurechnen und durch finanzielle Anreize einen späteren Pensionsantritt der Frauen zu fördern. Alleinerzieher (Frauen und Männer) hätten, nach seinem Modell, um ein Jahr pro Kind früher in Pension gehen dürfen. Die SPÖ-Frauen lehnten die Vorschläge aber ab. Sie sprachen sich gegen jede Erhöhung des Pensionsantrittsalters aus. Die finanziellen Anreize wären laut Frauenstaatssekretärin Dohnal (SPÖ) für Frauen, die aufgrund von Schwerarbeit ausgelaugt wären, vollkommen uninteressant.[586]

Bei der Regierungsbildung im Jahr 1990 wurde das Frauenstaatssekretariat überraschend zu einem Ministerium aufgewertet. Dadurch – und das war die entscheidende Neuerung – bekam die Ressortchefin (zu diesem Zeitpunkt Johanna Dohnal) Stimm- und damit Vetorecht im Ministerrat. Ihre Ziele formulierte sie in zehn Punkten:

> „Herstellung der Einkommensgleichheit von Frauen und Männern.
>
> Ausstattung des Gleichbehandlungsgesetzes mit wirksamen Sanktionen.
>
> Gesetzliche Frauenförderungsprogramme im Bundes-, Landes- und Gemeindedienst und in der Privatwirtschaft mit vorgeschriebenen Quotierungen.

[586] Vgl. Die Presse, 11.5.1990. S.1.
Der Standard, 10.8.1990. S.7.

Maßnahmen und Schaffung von über die Kinderbetreuung hinausgehenden Anrechnungskriterien für eine gerechte, den weiblichen Lebenszusammenhang berücksichtigende Pensionsregelung.

Flächendeckendes Angebot an ganztägig geführten Schulformen.

Zweckbindung der im Rahmen des Finanzausgleichs den Ländern für die Einrichtung von Kindertagesstätten zur Verfügung gestellten Mittel.

Ausbau der Möglichkeiten zur individuellen Arbeitszeitverkürzung für Eltern mit Kleinkindern.

Neuordnung der Pflegevorsorge, die gewährleistet, daß die Betreuung alter – das möchte ich unterstreichen –, kranker und behinderter Menschen nicht ausschließlich den Frauen im familiären Bereich überantwortet wird.

Quotierung für die Repräsentanz von Frauen in den gesetzgebenden Körperschaften, um die Durchsetzung all dieser Maßnahmen zu gewährleisten.

Verstärkte Anstrengung zur Fortsetzung der Vollbeschäftigungspolitik. Vollbeschäftigungspolitik schließt auch ein, daß Frauen, die Kinder bekommen haben, auf dem Arbeitsmarkt nicht diskriminiert werden dürfen. Wir brauchen also eine Verlängerung des Kündigungsschutzes nach dem Karenzurlaub und für jene Frauen, die längere Zeit der Kinderbetreuung widmen, die Möglichkeit zur vollen Eingliederung in den Arbeitsprozeß, wenn sie das brauchen und wünschen.“[587]

Beifall für diesen Zielkatalog erhielt sie von den Abgeordneten ihrer eigenen Partei und von den Grünen, nicht aber von denen des Koalitionspartners ÖVP. Die nachfolgende Rednerin Familienministerin Flemming (ÖVP) begrüßte die Gründung eines eigenen Frauenministeriums und die Übernahme durch Johanna Dohnal aber ausdrücklich.[588]

Die designierte Chefin der ÖVP-Frauen Rosemarie Bauer griff im Februar 1991 die Frauenpolitik der SPÖ scharf an. Sie warf dem Koalitionspartner vor, sich nur für die Interessen von berufstätigen Frauen einzusetzen und sich für Frauen über 40 Jahre, Witwen, Hausfrauen, Studentinnen und Bäuerinnen nicht zu interessieren. Ausschlaggebend für diese Kritik war die Weigerung der SPÖ, Nicht-ASVG-Versicherten ein Karenzersatzgeld auszuzahlen *(vgl. Kap. 3.2 Unterstützungen und Karenzzeiten)*. Gleichzeitig kündigte sie an, sich für eben diese Gruppen stark machen zu wollen.[589]

Die Aufhebung des ungleichen Pensionsalters von Frauen und Männern durch den Verfassungsgerichtshof im Dezember 1990[590] trat eine länger dauernde Debatte los. Gegen die Regelung hatte der designierte Wiener ÖVP-Obmann Rechtsanwalt Heinrich Wille geklagt.

Frauenministerin Dohnal sprach sich für eine mittel- bis langfristige Beibehaltung des unterschiedlichen Pensionsalters aus und verlangte mit Hinweis auf das Koalitionsabkommen von der ÖVP, einer unter Umständen notwendigen Erhebung der entsprechenden Bestimmungen in den Verfassungsrang zuzustimmen. Eine Angleichung der Pensi-

[587] Dohnal, Johanna: Stenographische Protokolle des Nationalrates 5/NRSITZ (XVIII. GP). S.224.
[588] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 5/NRSITZ (XVIII. GP). S.224.
[589] Vgl. Die Presse, 18.2.1991. S.5.
[590] Vgl. VfGH Erkenntnis, Sammlungsnummer 12568, G223/88, G235/88, G33/90, G63/90, G144/90.

onsantrittsbestimmungen konnte sie sich erst nach umfangreichen Maßnahmen zur Gleichberechtigung von Frauen und frühestens für das Jahr 2030 vorstellen. Eine verfassungsrechtliche Festlegung bezeichnete sie zwar als schlechtest mögliche Variante, schloss diese aber auch nicht gänzlich aus. Damit lag sie auf Parteilinie.[591] In der Öffentlichkeit wurde über dieses Thema in den nächsten Monaten nicht diskutiert. Nur die Frauenministerin betonte immer wieder ihren Standpunkt.[592]

Erst im März 1991 rückte die Frage wieder in den Mittelpunkt. Frauenministerin Dohnal kündigte an, dass eine Anrechnung von Kindererziehungszeiten für sie eine nicht ausreichende Kompensation für die Erhöhung des Frauenpensionsantrittsalters darstellen würde.[593] Die Diskussion drehte sich aber zunächst weiterhin nicht primär um Inhalte, sondern lediglich um die Frage, bis wann die Entscheidung fallen sollte. Die ÖVP verlangte eine Neuregelung innerhalb der vom VfGH vorgegeben Frist (30. November 1991), während die SPÖ mittlerweile die bisherige Regelung als Übergangslösung in die Verfassung schreiben und erst im Rahmen der für 1993 geplanten Pensionsreform auch diese Frage lösen wollte. Unterstützung erhielt die SPÖ dabei teilweise von der ÖVP-Frauenorganisation. Frauenministerin Dohnal untermauerte den Standpunkt ihrer Partei mit dem Argument, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt unmöglich sei, zu erkennen, wann die Gleichberechtigung soweit fortgeschritten wäre, um die Angleichung des Pensionsantrittsalters gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Bereits im Berufsleben stehende Frauen sollten ihrer Ansicht nach überhaupt noch nicht von der Regelung betroffen sein.[594] Mehrere Gespräche der beiden Hauptverhandler, Sozialminister Hesoun (SPÖ) und ÖVP-Sozialsprecher Feuerstein, blieben ohne Ergebnis. Hesoun hatte vorgeschlagen, ein gleiches Pensionsalter gesetzlich zu fixieren, aber auf ein erst zu beschließendes Gesetz zu verweisen, in dem der Zeitpunkt des Inkrafttretens festgesetzt werden sollte. Dafür wollte er aber keinen Termin bekanntgeben. Die ÖVP lehnte diese Vorgangsweise aber ab.[595] Aus Sicht der kleinen Koalitionspartei sollte in den nächsten 20 Jahren die Gleichstellung von Mann und Frau in der Gesellschaft und im Anschluss daran auch beim Pensionsalter erzielt werden. Als ersten Schritt verlangte Parteiobmann Riegler, die Zeiten der Kindererziehung und Pflege mit vier Jahren pro Kind für die Pension anzu-

[591] Vgl. Der Standard, 1.6.1990. S.6.
[592] Vgl. Der Standard, 12.6.1991. S.6.
[593] Vgl. Hopf, Alexandra: Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse. S.56.
[594] Vgl. Die Presse, 4.4.1991. S.7.
Die Presse, 5.4.1991. S.6.
Die Presse, 6.4.1991. S.5.
Der Standard, 25.6.1991. S.15.
[595] Vgl. Die Presse, 17.4.1991. S.6.
Die Presse, 31.5.1991. S.6.

rechnen. Mütter sollten überdies nach fünf Jahren Berufstätigkeit einen Pensionsanspruch erhalten. Die SPÖ stellte sich gegen diese Forderungen. Erstmals sprach ÖVP-Obmann Riegler auch von der Möglichkeit einer Verfassungsänderung als Übergangslösung, auch wenn er sich davon überhaupt nicht begeistert zeigte.[596] Die SPÖ ließ in dieser Frage keinerlei Kompromissbereitschaft erkennen,[597] womit der Weg bereits vorgezeichnet war. Am 2. September 1991 akzeptierte der ÖVP-Vorstand die Vorstellungen des Koalitionspartners, nicht ohne jedoch dessen Vorgangsweise zu kritisieren, die jede andere Variante aus Zeitgründen unmöglich gemacht hatte. Außerdem gab man dem Sozialminister für die Erarbeitung eines endgültigen Gesetzestextes die Aufgabe mit, Kindererziehungszeiten für die Pensionen anzurechnen. Mittels Verfassungsgesetz wurde die geltende Regelung für 13 Monate bis Ende 1992 verlängert.[598]
Im September nannte Sozialminister Hesoun erstmals eine konkrete Zeitspanne für die Anhebung des Frauen-Pensionsantrittsalters, nämlich 30 Jahre.[599]

Ende 1991 gab es abseits der Pensionsdebatte noch eine kurze Debatte in der Frauenpolitik. Anlass war der Vorstoß der Frauenministerin, bei gewissen Tatbeständen der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz den Arbeitgeber zu Schadenersatzzahlungen zu verpflichten. Dazu sollte laut Dohnal auch das „Nachpfeifen" zählen. Die ÖVP-Frauenchefin beurteilte die Grundidee zwar positiv, wähnte die genauen Vorstellungen aber am Rande der Lächerlichkeit. Generell ließen die Reaktionen der ÖVP nicht auf Interesse des kleineren Koalitionspartners an diesem Thema schließen. So betrachtete Rosemarie Bauer die geltende Gesetzeslage bei rigoroser Ausnützung als ausreichend.[600]
Auch Anfang 1992 gab einen kleinen Disput über das Nachtarbeitsverbot für Frauen. Der Verfassungsgerichtshof hatte die Regierung aufgefordert, diesbezüglich eine Stellungnahme für ein laufendes Verfahren abzugeben. Die ÖVP verweigerte einer solchen aber die Zustimmung. Grund waren generelle sozialpolitische und wirtschaftliche Überlegungen. Die SPÖ trat für ein Nachtarbeitsverbot auch für Männer mit wenigen Ausnahmen ein, während die ÖVP das Nachtarbeitsverbot für Frauen aufheben wollte.[601] Die ÖVP-Frauen sahen in der Beschränkung eher ein Hemmnis in der Berufsausübung, wollten

[596] Vgl. Die Presse, 5.6.1991. S.6.
[597] Vgl. Die Presse, 13.8.1991. S.5.
[598] Vgl. Die Presse, 3.9.1991. S.5.
[599] Vgl. Die Presse, 6.9.1991. S.6.
[600] Vgl. Die Presse, 28.11.1991. S.6.
Der Standard, 10.2.1992. S.6.
[601] Vgl. Die Presse, 15.1.1992. S.5.

aber nach der auch von ihnen angestrebten Abschaffung ebenfalls einen speziellen Schutz für Frauen gesetzlich festschreiben.[602]

Ende Jänner 1992 wurde das Pensionsantrittsalter wieder zum Thema. Bei einem Gespräch von weiblichen Abgeordneten der Parlamentsparteien mit Ausnahme der FPÖ kam es zu einer Einigung über Maßnahmen, die eine schrittweise Anhebung des Frauen-Pensionsantrittsalters vorbereiten sollten. Die wichtigsten Punkte waren:

- Gründung eines parlamentarischen Ausschusses für Fragen der Gleichbehandlung
- flächendeckende Kinderbetreuungseinrichtungen
- ein dichteres Netz für soziale Dienste zur Pflege
- Maßnahmen zur Frauenförderung
- Mindestlöhne
- Verbesserung der gesundheitlichen Bedingungen am Arbeitsplatz

Die ÖVP begann sich allerdings von diesem Konsens langsam zu distanzieren. Grund dafür war der Druck des Wirtschaftsflügels.[603]
Die Anrechnung von vier Jahren pro Kind für die Pension galt bereits als abgemacht. Noch nicht überzeugt hatte die ÖVP den Koalitionspartner davon, diese Zeit auch als pensionssteigernd und pensionsbegründend zu definieren.[604] Frauenministerin Dohnal kündigte in der ORF-Pressestunde am 8. März 1992 anlässlich des Weltfrauentages an, einer Pensionsreform mit Anhebung des Pensionsantrittsalters für Frauen nur zustimmen zu wollen, wenn es zu einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft kommen würde. Um dies zu erreichen, stellte sie einen 55 Punkte umfassenden Maßnahmenkatalog vor, der sich vor allem auf arbeitsrechtliche Angelegenheiten konzentrierte. Inhaltliche Unterstützung erhielt sie dabei von Sozialminister Hesoun und Bundeskanzler Vranitzky.[605] Die ÖVP leistete in den Verhandlungen über diese Maßnahmen vor allem Widerstand gegen den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit bis zum dritten Lebensjahr des Kindes *(vgl. Kap. 3.2 Unterstützungen und Karenzzeiten)*, gegen die Ausdehnung der Pflegefreistellung auf zwei Wochen und gegen die „Beweislastumkehr" bei Verstößen gegen das Gleichbehandlungsgesetz.[606] Die ÖVP-Frauen waren mit der SPÖ-Frauenorganisation auf einer Linie, dass bereits im Berufsleben stehende Frauen nicht

[602] Vgl. Die Presse, 20.1.1992. S.5.
[603] Vgl. Hopf, Alexandra: Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse. S.60-63.
[604] Vgl. Die Presse, 5.3.1992. S.6.
[605] Vgl. Der Standard, 9.3.1992. S.5.
[606] Vgl. Die Presse, 14.3.1992. S.4.

von der Anhebung betroffen sein sollten.[607] Aufgrund der harten Fronten unterbrachen die Koalitionsparteien die Verhandlungen bis August.[608] Die Frauenministerin betonte allerdings immer wieder ihre Bedingungen für eine Zustimmung zur Pensionsreform. Als unabdingbar bezeichnete sie die Verwirklichung der drei oben genannten, umstrittenen Punkte und die Verlängerung des Kündigungsschutzes nach dem Karenzurlaub von vier auf 20 Wochen. ÖVP-Sozialsprecher Feuerstein konnte sich das allerdings nicht vorstellen.[609] Im Juli erklärte ÖVP-Generalsekretärin Korosec, dass sie sich auch das Festschreiben des Status quo in der Verfassung, allerdings auf zehn bis 15 Jahre befristet, vorstellen könnte, um in dieser Zeit die Gleichberechtigung vorantreiben zu können.[610] Von Frauenministerin Dohnal kam dafür Lob, innerhalb der ÖVP gab es aber auch Kritik an der Äußerung, etwa vom Justizsprecher Graff, vom Verfassungsexperten Khol und von der Frauenchefin Bauer.[611] In einem Streitgespräch zwischen Günter Stummvoll und Johanna Dohnal für die Tageszeitung „Der Standard" kritisierten der ÖVP-Wirtschaftssprecher und Wirtschaftskammergeneralsekretär Stummvoll die Forderung, dass bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz neben dem Belästiger auch dessen Arbeitgeber bestraft werden sollte. Aus seiner Sicht hätte diesem die Möglichkeit eingeräumt werden müssen, den Täter zu entlassen. Die Frauenministerin sprach sich allerdings dagegen aus und konnte sich lediglich Verwarnungen, Versetzungen und im äußersten Fall eine Kündigung vorstellen. Stummvoll warf der SPÖ außerdem vor, mit dem Gleichbehandlungspaket und mit anderen aktuellen sozialpolitischen Forderungen Kosten von 45 Milliarden Schilling zu produzieren. Dohnal sprach dieser Zahl die Glaubwürdigkeit ab und betonte, dass für sie die Gleichbehandlung im Zweifelsfall Vorrang vor anderen Neuerungen hätte.[612] Zwei Tage später ließ Dohnal erneut aufhorchen, als sie für den Fall, dass es beim Gleichbehandlungspaket zu keiner Einigung kommen sollte, eine unbefristete Festschreibung des niedrigeren Pensionsantrittsalters für Frauen in der Verfassung anstrebte. Ihr erklärtes Ziel war aber nach wie vor die rasche Gleichberechtigung auch in der Pensionsfrage.[613] Nationalratspräsident Fischer (SPÖ) schlug hingegen vor, eine Verfassungsbestimmung zu beschließen, nach der eine einfachgesetzliche Differenzierung beim Pensionsalter zulässig wäre. Damit hätte mit einfacher Mehrheit jederzeit bei Erreichen der Gleichberechtigung auch das Pensionsantrittsalter der Frauen

[607] Vgl. Die Presse, 18.4.1992. S.5.
[608] Vgl. Die Presse, 20.5.1992. S.5.
Die Presse, 4.8.1992. S.4.
[609] Vgl. Die Presse, 2.6.1992. S.4.
[610] Vgl. Die Presse, 21.7.1992. S.5.
[611] Vgl. Die Presse, 22.7.1992. S.5.
[612] Vgl. Der Standard, 27.7.1992. S.6.
[613] Vgl. Die Presse, 29.7.1992. S.4.

angehoben werden können.[614] ÖVP-Generalsekretärin Korosec äußerte sich vorsichtig positiv über diese Variante. Am selben Tag erklärte Bundeskanzler Vranitzky, dass für ihn eine fixe Verankerung des ungleichen Pensionsantrittsalters in der Verfassung nicht in Frage käme.[615]

Am 17. August wurden die seit April ausgesetzten Verhandlungen diesmal mit Beteiligung der Sozialpartner wieder aufgenommen. Die Vertreter der Wirtschaft wehrten sich vor allem gegen Schadenersatzzahlungen für Benachteiligung von Frauen. Beim zweiwöchigen Pflegeurlaub signalisierte der ÖGB sein Einlenken für den Fall, dass die Regelung, die bei wichtigen Gründen ein Fernbleiben eines Arbeitnehmers unter Fortzahlung des Gehalts vorsah, von den Angestellten auch auf Arbeiter ausgeweitet würde.[616] Nach zwei Tagen intensiver Verhandlungen gab es erste Fortschritte. Die Ergebnisse galten aber noch nicht als fixe Endpunkte. Für Arbeitgeber hatten sich die Koalitionsparteien und Sozialpartner auf Schadenersatzzahlungen geeinigt, wenn diese nachweislich Frauen bei Beförderungen benachteiligen (Strafe von bis zu vier Monatsgehältern) oder gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz nichts unternehmen sollten. Beim strittigen Punkt Kündigungsschutz nach der Karenzzeit sah das Verhandlungsergebnis eine Wiedereinstellungsbeihilfe und Weiterbildungskurse auf Kosten der Arbeitsmarktverwaltung bis zur 20. Woche nach dem Ende der Karenz vor, sollte es zu einer Kündigung kommen. Außerdem wollten die Koalitionsparteien den Mutterschutz auf unbefristete Dienstverhältnisse ausweiten. Bei der Frage nach der Teilzeitarbeit einigte man sich darauf, bereits mit Beginn der Karenzzeit (nicht wie bisher erst nach einem Jahr) einen Anspruch (allerdings keinen absoluten) auf Teilzeitarbeit zu schaffen.[617] Bezüglich der Beweislastumkehr, die die ÖVP nach wie vor ablehnte, kündigte die Frauenministerin an, einen Kompromiss anzubieten. Inhaltlich machte sie aber keine Abstriche. Bei den Strafen wollte sie nur eine Mindestgrenze von 5.000 Schilling einführen, die Festlegung der konkreten Höhe ansonsten aber den Gerichten überlassen. Gleichzeitig bezeichnete sie die Schaffung von zusätzlich 170.000 Kinderbetreuungsplätzen als Bedingung für ihre Zustimmung zur Pensionsreform. Kritik von der Frauenministerin mussten sich die ÖVP-Frauen gefallen lassen, nachdem Generalsekretärin Korosec die Forderung nach dem Recht auf Teilzeitarbeit offiziell fallen gelassen hatte.[618] Am 4. September verkündete Sozialminister Hesoun die grundsätzliche Einigung, nicht aber ohne anzumerken, dass diese durch eventu-

[614] Vgl. Die Presse, 30.7.1992. S.4.
[615] Vgl. Die Presse, 4.8.1992. S.4.
[616] Vgl. Die Presse, 18.8.1992. S.5.
[617] Vgl. Die Presse, 20.8.1992. S.4.
[618] Vgl. Die Presse, 1.9.1992. S.5.
Der Standard, 3.9.1992. S.6.

elle zusätzliche Forderungen der Frauenministerin noch durchkreuzt werden könnte. Dabei ließ er durchblicken, dass nicht nur die unterschiedlichen Zugänge der beiden Koalitionsparteien zu Problemen geführt hatten, sondern dass es auch SPÖ-interne Differenzen gegeben hatte. Auch Sozialministerin Hostasch (ebenfalls SPÖ) hatte zuvor schon Kritik an der harten Verhandlungshaltung ihrer Partei- und Ministerkollegin Dohnal angebracht.[619] Die Pflegefreistellung sollte für Arbeiter von ein auf zwei Wochen verlängert werden, wobei die Kosten für die zusätzliche Woche von den Krankenkassen übernommen werden sollten. Allerdings wollte die SPÖ diese für die Betreuung von Kindern bis zum 15. Lebensjahr und die ÖVP nur bis zum 12. ermöglichen. Bei der Beweislastumkehr wollte die Regierung eine entsprechende EG-Richtlinie abwarten. Hesoun und die ÖVP-Spitze lobten die geplanten Maßnahmen übereinstimmend. Frauenministerin Dohnal kündigte hingegen wegen der fehlenden Beweislastumkehr und wegen der aus ihrer Sicht nicht zufrieden stellenden Lösung der Teilzeitarbeits-Frage an, im Ministerrat gegen das Paket zu stimmen. Als Kompromiss schlug sie vor, für den Fall, dass die EG bis Ende 1993 keine entsprechende Richtlinie verabschieden sollte, eine österreichische Lösung mit Anfang 1994 in Kraft treten zu lassen.[620] Das Paket hätte folgende Maßnahmen beinhaltet:

- Anrechnung der Erziehungszeiten auf die Pension (maximal vier Jahre pro Kind)
- Verdopplung der Pflegefreistellung auf zwei Wochen pro Jahr für die Pflege von Kindern bis zwölf Jahre
- Teilzeitarbeit bereits im ersten Lebensjahr des Kindes nach Absprache mit dem Arbeitgeber
- Rechtsanspruch auf Wiedereinstiegsbeihilfe für 20 Wochen und Arbeitslosengeld bei Kündigung nach der Karenzzeit
- Verdopplung der Schutzfrist bei Frühgeburten auf 16 Wochen nach der Geburt
- Weiterlaufen von befristeten Dienstverhältnissen bis zum Beginn des Mutterschutzes (außer bei sachlicher Rechtfertigung der Befristung)
- Anspruch auf Abfertigung, Pflegefreistellung und Kündigungsfrist von einer Woche für Heimarbeiterinnen
- Einberechnung von regelmäßiger Mehrarbeit in das 13. und 14. Monatsgehalt bei Teilbeschäftigten

[619] Vgl. Hopf, Alexandra: Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse. S.64.
[620] Vgl. Der Standard, 5.9.1992. S.4.
Die Presse, 8.9.1992. S.6.
Der Standard, 8.9.1992. S.5.

- Anspruch auf Karenzurlaub sowie Wochen- und Karenzgeld für Frauen mit Gehalt unter der Geringfügigkeitsgrenze von 2.924 Schilling
- Schadenersatzzahlung des Arbeitnehmers von mindestens 5.000 Schilling bei sexueller Belästigung
- Schadenersatz von bis zu vier Monatsgehältern für Diskriminierung bei Beförderungen und von bis zu zwei Monatsgehältern für Benachteiligung bei Begründung von Dienstverhältnissen

Am 8. September 1992 ließ Dohnal die Verhandlungen platzen. Als Grund führte sie die nicht realisierte Beweislastumkehr für Diskriminierung am Arbeitsplatz und den für sie nicht akzeptablen Kompromiss beim Recht auf Teilzeitarbeit an. Nach ihrer Aussage hatte sie dabei die volle Unterstützung ihrer Partei. Die ÖVP warf ihr daraufhin vor, durch ihr Nein die Realisierung der anderen zahlreichen Verbesserungen zu verhindern. Die ÖVP-Vertreter beteuerten – wie übrigens auch die Frauenministerin – an die Grenzen des Akzeptablen gegangen zu sein. Alles Weitergehende hätte demnach die Wirtschaft über die Maßen belastet. Johanna Dohnal erklärt, aufgrund der für sie zu wenig weitgehenden Reform einer Anhebung des Pensionsantrittsalters für Frauen nicht zustimmen zu können. Konkret verlangte sie zusätzliche Kinderbetreuungseinrichtungen und ganztägige Schulformen. Die Frauenchefin der Angestelltengewerkschaft, Christine Maier, sprach sich hingegen für die Annahme des ausverhandelten Kompromisses aus, weil dieser aus ihrer Sicht weitreichende Verbesserungen gebracht hätte.[621] Die Parteichefs der Regierungsparteien, Vranitzky und Busek, kündigten jedoch weitere Verhandlungen an. Für Vranitzky hatten beide Seiten ihre Reserven noch nicht ausgeschöpft, was allerdings von ÖVP-Seite für die eigene Position zurückgewiesen wurde.[622] Für diese Verhandlungen kündigte die Frauenministerin weiter eine harte Linie an. Diesmal wollte sie nicht, wie bereits für die Beweislastumkehr zuvor geschehen, auf den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit verzichten, da dies von der ÖVP bereits abgelehnt worden war.[623] ÖVP-Obmann Busek hingegen bezeichnete das Gleichbehandlungspaket auch nach dem Weiterverhandlungsbeschluss als ausverhandelt, während Bundeskanzler Vranitzky auch die Möglichkeit sah, Festlegungen wieder zurückzunehmen.[624]

[621] Vgl. Der Standard, 9.9.1992. S.1, 5.
Die Presse, 10.9.1992. S.1, 4.
Der Standard, 10.9.1992. S.7.
[622] Vgl. Die Presse, 11.9.1992. S.5.
[623] Vgl. Die Presse, 12.9.1992. S.5.
[624] Vgl. Der Standard, 16.9.1992. S.6.

Am 17. September gab es in einer weiteren Verhandlungsrunde zumindest beim niedrigeren Pensionsantrittsalter für Frauen eine Annäherung. Dieses sollte zumindest für die nächsten 15 Jahre bestehen bleiben. Über die weiteren Schritte gingen die Meinungen bereits wieder auseinander. Die SPÖ wollte dann eine Evaluierung der Gleichbehandlungsmaßnahmen durchführen und aufgrund des Ergebnisses entscheiden, wie es weitergehen sollte. Die ÖVP wollte hingegen sofort festschreiben, dass nach Ablauf der 15 Jahre das Pensionsantrittsalter der Frauen an das der Männer angeglichen werden sollten.[625] ÖVP-Klubobmann Neisser sprach sich überhaupt für die Junktimierung des Gleichbehandlungspakets mit der Pensionsfrage aus. Ohne Einigung auf einen Zeitpunkt sollte es auch keine Verwirklichung des Gleichbehandlungspaketes geben. Aus der SPÖ kam dazu ein klares Nein. Vor allem Johanna Dohnal reagierte empört. Wie auch die Generalsekretärin seiner Partei drohte Neisser für den Fall, dass es zu keiner Einigung kommen sollte, mit einer eigenständigen Initiative seiner Partei im Parlament, wobei er aber Absprachen mit der FPÖ ausschloss. Aus verschiedenen Aussagen von SPÖ-Politikern konnte man schließen, dass die Frauenministerin mit ihrer harten Linie auch in der eigenen Partei nicht überall auf Zustimmung stieß.[626] Am 21. September ging sie beim Pensionsantrittsalter erstmals von ihrem bisherigen Standpunkt (20 weitere Jahre niedrigeres Pensionsantrittsalter für Frauen) ab. Ein Etappenplan – wie von der ÖVP gewünscht – war nun für sie zumindest denkbar. Bezüglich der ausverhandelten Punkte waren sich die Regierungsparteien nun einig geworden, das In-Kraft-Treten mit Jahreswechsel zu gewährleisten. Vertreter der Wirtschafts- und Handelskammer erklärten, dass es für sie keinen weiteren Spielraum mehr gebe und drohten mit dem Abbruch der Verhandlungen.[627]

Am 5. Oktober sprach sich SPÖ-Klubobmann Fuhrmann wieder dafür aus, den späteren Frauenpensionsantritt für die nächsten 25 bis 30 Jahre festzuschreiben, da auch durch die bisher beschlossenen Maßnahmen eine absolute Gleichstellung noch nicht erreicht werden würde. Von der ÖVP kam, wenig überraschend, eine klare Ablehnung.[628] ÖVP-Obmann Busek forderte daraufhin Bundeskanzler Vranitzky angesichts des großen Zeitdrucks auf, in seiner Partei für eine einheitliche Verhandlungslinie zu sorgen. Die Vorsitzende der ÖGB-Frauen Schmidleithner wies dies scharf zurück. Sie verlangte die Realisierung der übrigen Forderungen, die von der Frauenministerin aufgestellt worden wa-

[625] Vgl. Der Standard, 18.9.1992. S.6.
[626] Vgl. Der Standard, 19.9.1992. S.6.
Die Presse, 19.9.1992. S.4.
[627] Vgl. Die Presse, 22.9.1992. S.7.
Der Standard, 22.9.1992. S.6.
[628] Vgl. Die Presse, 6.10.1992. S.5.

ren.[629] Am 12. Oktober 1992 wurden die Verhandlungen auf Ebene der Sozialpartner abgebrochen; die Vorstellungen lagen zu weit auseinander. Kurz darauf hieß es allerdings, dass die Gespräche auf Ebene der Parteichefs unter Teilnahme der Sozialpartnerspitzen weitergeführt werden sollten. Uneinigkeit gab es nach wie vor bei den Themen Beweislastumkehr bei Diskriminierung am Arbeitsplatz, Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit, Schaffung flächendeckender Kinderbetreuungseinrichtungen und Frauenförderungsmaßnahmen im Bundesdienst. Auch wie die Anrechnung der Kindererziehungszeiten auf die Pension finanziert werden sollte, war noch nicht klar. Finanzminister Lacina wollte die nötigen 200 Millionen Schilling aus dem FLAF nehmen. Da dieser aber bereits weitgehend ausgeräumt war, schienen Beitragserhöhungen unausweichlich. Die ÖVP weigerte sich nach wie vor, einer weiteren Festschreibung des ungleichen Pensionsalters in der Verfassung zuzustimmen, sollte nicht ein Zeitplan für die Angleichung enthalten sein. Und die Frauenministerin wiederum wollte über das Pensionsalter überhaupt erst diskutieren, wenn das Gleichbehandlungspaket nach ihren Vorstellungen beschlossen würde.[630]

Am 14. Oktober gab es einen überraschenden Durchbruch: Die ÖVP musste akzeptieren, dass das ungleiche Pensionsantrittsalter in die Verfassung aufgenommen würde. Allerdings sollte auch ein Zeitplan festgelegt werden, der vorsah, es beginnend mit dem Jahr 2018 stufenweise (jährlich ein halbes Jahr) bis 2028 auf Männerniveau anzuheben.[631] Frauenministerin Dohnal hatte auf die Beweislastumkehr und auf das Recht auf Teilzeitarbeit zu verzichten, erreichte aber die Einsetzung eines parlamentarischen Gleichbehandlungsausschusses und einer Arbeitsgruppe für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen (Mitglieder: Sozialminister Hesoun, Frauenministerin Dohnal, Finanzminister Lacina; Familienministerin Feldgrill-Zankel, Finanzstaatsekretär Ditz und ÖVP-Generalsekretärin Korosec). Im öffentlichen Dienst sollten bei gleicher Qualifikation Frauen bevorzugt werden, bis eine Frauenquote von 50 Prozent erreicht würde. In der Öffentlichkeit zeigten sich alle Verhandlungsteilnehmer mit den Ergebnissen zufrieden, sahen den Verdienst für das Erreichte aber jeweils nur bei der eigenen Partei. In der Tageszeitung „Die Presse“ war zu lesen, dass auf Dohnal parteiintern großer Druck ausgeübt worden war, um sie zur Zustimmung zu bewegen. Außerdem soll es zu Verstimmungen zwischen ihr und Sozialminister Hesoun gekommen sein, die sogar zur Absage einer gemeinsamen Pressekonferenz geführt hatten (Dohnal hielt diese schließlich alleine

[629] Vgl. Die Presse, 10.10.1992. S.4.
[630] Vgl. Der Standard, 13.10.1992. S.5.
Die Presse, 13.10.1992. S.1.
[631] Im Berufsleben stehende Frauen im Alter von 30 Jahren konnten damit noch wie bisher im Alter von 60 Jahren in Pension gehen, 29jährige ein halbes Jahr später.

ab).[632] Am 30. November und 1. Dezember beschloss der Nationalrat zunächst die Bestimmungen des Gleichbehandlungspaktes und dann die Verfassungsänderung betreffend des Pensionsalters von Männern und Frauen.[633]

Anfang Dezember führte ein bekanntes Thema noch einmal zu einem Streit. Frauenministerin Dohnal wollte ein Sonderförderungsprogramm für Beamtinnen durchsetzen. Dabei hatte sie bereits angekündigt, dass im Ministerrat vom ersten Dezember ein Maßnahmenpaket beschlossen werden sollte, das auch die Beweislastumkehr für den Bund als Dienstgeber beinhaltete. Die ÖVP verweigerte allerdings dafür die Zustimmung, worauf Dohnal vom Bundeskanzler beauftragt wurde, darüber mit Kanzleramtsminister Jürgen Weiss (ÖVP) weiter zu verhandeln.[634] Bereits am nächsten Tag erfolgte jedoch die Einigung. Die Beweislastumkehr wurde nicht in das Paket aufgenommen, allerdings waren gewisse Beweiserleichterungen für Betroffene vorgesehen. Außerdem sollte eine Gleichbehandlungskommission eingesetzt werden, und die bereits viel früher paktierte Bevorzugung von Frauen bei gleicher Qualifikation (bis Frauen in dem betroffenen Bereich nicht mehr unterrepräsentiert wären) war ebenfalls enthalten.[635] Am 21. Jänner beschlossen alle vier im Parlament vertretenen Parteien die Regelungen.[636]

Zu einem kurzen Geplänkel kam es im Juli 1993 über das Nachtarbeitsverbot für Frauen. ÖVP-Frauensprecherin Bauer sah darin einen Grund für erhöhte Frauenarbeitslosigkeit, weil dadurch im Schichtbetrieb automatisch nur Männer eingesetzt werden könnten. Daher wollte sie es zumindest aufweichen. Die Frauenministerin lehnte das stellvertretend für ihre Partei ab und sprach sich ein weiteres Mal dafür aus, generell die Nachtarbeit zu verringern.[637]

Ebenso kurz diskutiert wurde ein neuerlicher Vorstoß von Frauenministerin Dohnal für eine Behaltefrist von 20 Wochen nach dem Karenzurlaub. Dabei kritisierte sie die ÖVP-Frauen, weil sie von ihnen diesbezüglich keine Unterstützung mehr erhielt.[638]

Im Juni 1995[639] und auch im Wahlkampf 1995 verlangte die SPÖ, den Gleichheitsgrundsatz in der Verfassung ausdrücklich auf Frauen auszuweiten. Dafür sah die ÖVP keine

---

[632] Vgl. Die Presse, 15.10.1992. S.1.
Der Standard, 15.10.1992. S.1, 6.
Die Presse, 16.10.1992. S.4.
Der Standard, 16.10.1992. S.6.

[633] Stenographische Protokolle des Nationalrates 90/NRSITZ (XVIII. GP). S.1032f.

[634] Vgl. Die Presse, 2.12.1992. S.1.

[635] Vgl. Die Presse, 3.12.1992. S.5.

[636] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 10/NRSITZ (XVIII. GP). S.11694-11719.
Die Presse, 22.1.1993. S.4.

[637] Vgl. Der Standard, 27.7.1993. S.5.

[638] Vgl. Der Standard, 16.8.1994. S.4.

Notwendigkeit, da aus ihrer Sicht die geltende Formulierung eine Diskriminierung von Frauen ohnehin verbot.[640] In die Koalitionsverhandlungen ging die neue Frauenministerin Konrad ebenfalls mit dieser Forderung.[641]

Die SPÖ-Idee, eine positive Diskriminierung in die Verfassung aufzunehmen, sahen führende ÖVP-Vertreter im Widerspruch zum Gleichheitsgrundsatz und lehnten sie daher ab.[642]

Bei der Frage, wie man Ehemänner zur Mitarbeit im Haushalt bringen könnte, schieden sich die Geister bei den Frauenpolitikerinnen der Oppositionsparteien. Frauenministerin Konrad wollte die Pflicht zur Hausarbeit für Männer im Gesetz festschreiben, eine Vorgangsweise, die ÖVP-Generalsekretärin Rauch-Kallat für nicht zielführend hielt. Sie präferierte dafür einen verpflichtenden Ehevertrag mit entsprechendem Inhalt und weiteren, für eine Ehe entscheidenden Punkten (Kinderwunsch, Treue, Vermögensaufteilung,...).[643]

Ebenfalls auf Ablehnung stieß der Vorschlag von Frauenministerin Konrad, eine Pflichtversicherung einzuführen. Jeder Österreicher und jede Österreicherin hätte demnach 2.200 Schilling monatlich einzahlen müssen. Für nichtberufstätige Frauen wäre die Summe vom Ehemann einzubezahlen gewesen. Die Kosten der Kinderbetreuung hätte ihrem Plan nach der Staat übernehmen sollen. Die ÖVP forderte daraufhin den Bundeskanzler auf, dafür zu sorgen, dass die Mitversicherung der nichterwerbstätigen Ehepartner aufrechterhalten bleibe.[644]

Bei den Verhandlungen über flexiblere Arbeitszeiten wurde das Thema Frauennachtarbeit nicht behandelt. Grund dafür war, dass sich die ÖVP weigerte, über eine Zeitgutschrift von sechs Minuten pro nächtlicher Arbeitsstunde zu diskutieren, obwohl dies für die ÖGB-Frauen, allen voran ihre Vorsitzende Irmgard Schmidleithner (SPÖ), Bedingung war. Überdies brachten sie noch andere Forderungen, wie die Verpflichtung zum Transport der Frauen zur und von der Arbeit, vor.[645]

Vom 7. bis 14. April 1996 lag das sogenannte Frauenvolksbegehren zur Unterschrift auf. Initiiert wurde es vom „unabhängigen Frauenforum". Die darin enthaltenen Forderungen waren unter anderem:

- gleicher Lohn für gleiche Arbeit

---

[639] Zu diesem Zeitpunkt erneuerte die ÖVP ihre Forderung nach dem ausdrücklichen Schutz von Ehe und Familie in der Verfassung *(Vgl. Kap. 3.1 Ehe und Familie in der Verfassung).*

[640] Vgl. Die Presse, 3.6.1995. S.6.

[641] Vgl. Der Standard, 29.12.1995. S.4.

[642] Vgl. Der Standard, 3.6.1995. S.6.

[643] Vgl. Die Presse, 9.4.1996. S.4.

[644] Vgl. Der Standard, 19.8.1996. S.4.

[645] Vgl. Der Standard, 5.12.1996. S.6.

- ein dem Verhältnis in der Bevölkerung entsprechender Anteil im Berufsleben
- eine Grundpension für Frauen
- flächendeckende Kinderbetreuungseinrichtungen
- bessere sozialrechtliche Absicherung von geringfügig Beschäftigten
- keine Anhebung des Pensionsalters

SPÖ, Grüne und Liberale unterstützten das Volksbegehren, was sich auch in Unterschriften von Nationalratsabgeordneten (23 Abgeordnete der SPÖ und alle Abgeordneten der Grünen) für die Zulassung äußerte.[646] Die ÖVP verweigerte trotz Einladung ihre Unterstützung.[647] Teilweise kam auch direkte Kritik an einzelnen Forderungen, vor allem, was die Besserstellung von geringfügig Beschäftigten betraf. Einige ÖVP-Politiker(innen) befürchteten, dass dies zu einer höheren Frauenarbeitslosigkeit führen würde.[648]

Über das Ergebnis (11,17 Prozent der Österreicher/innen unterschrieben[649]) zeigte sich die SPÖ-Führung erfreut. Die ÖVP unterstützte auch nach Bekanntwerden des Ergebnisses nur einzelne Punkte, wie „gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Rechte, gleiche Mitgestaltungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sowie den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen“, lehnte aber andere Punkte dezidiert ab. Ausdrücklich nannte Vizekanzler Schüssel die Forderung, dass das Partnereinkommen für die Notstandshilfe nicht eingerechnet werden sollte.[650]

Die SPÖ versuchte nichtsdestoweniger, die Inhalte des Frauenvolksbegehrens umzusetzen und stieß dabei auf den Widerstand der ÖVP. Zunächst war da der Vorschlag der Frauenministerin, mit zwei Monaten geringfügiger Beschäftigungszeit einen Monat Pensionsversicherung zu erwerben. Überraschend war weniger die Ablehnung durch die ÖVP als vielmehr auch die der Sozialministerin Hostasch, mit Hinweis auf die Unfinanzierbarkeit einer solchen Regelung.[651] Bundeskanzler Klima kündigte sogar an, alle Punkte des Volksbegehrens umsetzen zu wollen und hoffte dabei auf den koalitionsfreien Raum. Die ÖVP wollte hingegen die Fragen innerhalb der Koalition lösen und bezeichnete den größten Teil der Forderungen als nicht leistbar. Dabei nannte ÖVP-Generalsekretärin Rauch-Kallat explizit den angestrebten Mindestlohn von 15.000 Schilling, der nach ÖVP-Berechnungen 25 Milliarden gekostet hätte. Außerdem befürchtete

---

[646] Vgl. < http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2006/start.aspx> (17.4.2010).
Liebhart, Karin: Gleichberechtigte Partizipation oder strukturelle Anpassung. S.124.

[647] Vgl. Der Standard, 8.2.1997. S.6.

[648] Vgl. Der Standard, 10.3.1997. S.6.

[649] Vgl. <http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksbegehren/Alle_Volksbegehren.aspx> (17.4.2010).

[650] Vgl. Die Presse, 16.4.1997. S.6.

[651] Vgl. Der Standard, 29.4.1997. S.7.

sie, dass die SPÖ für die Finanzierung Familiengelder kürzen wollte.[652] Verhandelt wurde dennoch, und am 21. Mai schien eine erste Einigung erzielt worden zu sein. Laut Initiatorinnen des Frauenvolksbegehrens war die Aufnahme der Gleichstellung von Mann und Frau in die Verfassung abgemacht worden. Familienminister Bartenstein (ÖVP) wies prompt darauf hin, dass seine Partei dem nur bei gleichzeitiger Aufnahme des Schutzes der Familie zustimmen würde *(vgl. Kap. 3.1 Ehe und Familie in der Verfassung)*. Beim Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen herrschte Konsens darüber, dafür 1,2 Milliarden Schilling an Bundesgeldern bereitzustellen. Weitere Verhandlungen unter besonderer Einbeziehung der Sozialpartner wurden zur Frage des Mindestlohnes und über die Fragen der Sozialversicherung anberaumt.[653] Auf Grund der Junktimierung von Gleichberechtigung und Familie in der Verfassung durch Familienminister Bartenstein war auch dieser bereits außer Streit scheinende Punkt wieder umstritten. Die SPÖ-Frauen stellten sich strikt gegen den Standpunkt Bartensteins.[654]

Noch heftigere Kritik erntete Bartenstein aber mit dem Vorschlag, das Pensionsantrittsalter für Frauen ohne Kinder früher anzuheben (nämlich ab 2018) als das derer mit Kindern (ab 2030). Aus seiner Sicht hatten Frauen ohne Kinder nicht die Doppelbelastung, die meist als Begründung für das niedrigere Pensionsantrittsalter angeführt wurde. Frauenministerin Prammer reagierte empört und warf ihrem Ministerkollegen vor, Frauen, die keine Kinder bekommen könnten, damit zu bestrafen.[655]

Weit weniger heftig aber dennoch ablehnend war die Reaktion der ÖVP auf die Idee von Frauenministerin Prammer, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an die Frauenförderung in Betrieben zu koppeln. ÖVP-Generalsekretärin Rauch-Kallat bezeichnete diesen Vorschlag laut der Tageszeitung „Der Standard" als kurios. Ihre Partei wollte stattdessen auf Motivationsmaßnahmen setzen.[656]

Über die Umsetzung der Inhalte des Frauenvolksbegehrens verhandelten die Koalitionsparteien weiter. Erneut verkündeten die Parteien eine Einigung über die Aufnahme der Gleichberechtigung in die Verfassung. Doch kurz darauf kam es wieder zum Streit. Vertreterinnen des Volksbegehrens befanden die vereinbarte Formulierung als zu wenig weitgehend, und die SPÖ-Frauen schlossen sich ihnen an. Entsprechend dem Kompromiss wären in der Verfassung Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen als „zulässig" bezeichnet worden. Die Vertreterinnen des Volksbe-

[652] Vgl. Der Standard, 21.5.1997. S.1.
[653] Vgl. Der Standard, 22.5.1997. S.1, 6.
[654] Vgl. Der Standard, 6.6.1997. S.6.
[655] Vgl. Der Standard, 16.8.1997. S.5.
[656] Vgl. Die Presse, 25.10.1997. S.6.
Der Standard, 27.3.1998. S.9.

gehrens wollten solche aber sogar als verpflichtend festschreiben, wogegen sich die ÖVP wehrte. Daraufhin warfen sich die Koalitionspartner gegenseitig vor, eine Einigung zu blockieren. Außerdem beklagten Vertreter der SPÖ, die ÖVP würde auch andere Punkte (einheitliche Ausbildungskriterien für Tagesmütter, neue Richtlinien für die Kinderbetreuungsmilliarde, neue Berichtspflichten für Minister, Pensionssplitting, steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen, Recht auf Elternteilzeit bis zum 6. Lebensjahr des Kindes, Verlängerung der Behaltefrist nach der Karenz auf 26 Wochen) blockieren, was deren Verhandler wiederum zurückwiesen. Die Differenzen waren so groß, dass bei der letzten Sitzung des parlamentarischen Unterausschusses nicht einmal ein Antrag vorgelegt werden konnte. Nach einigen widersprüchlichen Aussagen kündigte die SPÖ an, doch die mit der ÖVP akkordierte Formulierung in die Verfassung zu schreiben:[657]

> „Bund, Länder und Gemeinden bekennen sich zur tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau. Maßnahmen zur Förderung der faktischen Gleichstellung von Frauen und Männern insbesondere durch Beseitigung tatsächlich bestehender Ungleichheiten sind zulässig.“[658]

Schließlich gab es doch noch eine Einigung zu den restlichen Themen. Allerdings zeigte sich Frauenministerin Prammer nicht besonders glücklich darüber. Das Ergebnis war aber laut ihren Aussagen das beste, das mit der ÖVP als Koalitionspartner erreichbar war. Als besonderen Erfolg wertete sie die Freigabe von 600 Millionen Schilling für Kinderbetreuungseinrichtungen, als besonders enttäuschend empfand sie das Fehlen des Rechtsanspruches auf Teilzeitarbeit, das Fehlen der Verlängerung der Behaltefrist mit Rückkehrrecht und das Fehlen weitergehender Rechte für die Gleichberechtigungsanwälte. Diese Ziele wollte sie aber weiter verfolgen.[659]

Im Juli unternahm die Frauenministerin erneut einen Vorstoß, die Beweislast bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz zu verändern. Dabei sollte es allerdings nicht zu einer Umkehr, sondern nur zu einer Aufteilung der Beweislast auf die mutmaßlichen Opfer und Täter kommen. Aus der ÖVP kam jedoch abermals Ablehnung. Die Frauensprecherin befürchtete, dass damit das gesamte Rechtssystem auf den Kopf gestellt würde und bezeichnete es als wichtiger, bei einer Scheidung einen Teil des Pensionsanspruches des Mannes der Frau zukommen zu lassen.[660]

---

[657] Vgl. Die Presse, 25.3.1998. S.6.
Die Presse, 27.3.1998. S.9.

[658] BGBl. I Nr. 68/1998

[659] Vgl. Der Standard, 4.4.1998. S.7.
Kleine Zeitung, 4.4.1998. S.6.
Der Standard, 9.4.1998. S.6.
Kleine Zeitung, 9.4.1998. S.3.

[660] Vgl. Die Presse, 20.7.1998. S.6.

Im Oktober 1998 beschloss die SPÖ ihr neues Parteiprogramm. In diesem bekannte sie sich zur

> „[...]positiven Diskriminierung, also zu einer gerechten Bevorzugung von Frauen bei Personalentscheidungen im öffentlichen Bereich und zur Koppelung von Auftragsvergabe und Förderungen aus der öffentlichen Hand an Maßnahmen zur Frauenförderung im privatwirtschaftlichen Bereich“[661]

Aufregung verursachten die ihrem Parteiprogramm entsprechenden Erlässe der SPÖ-Minister für ihre Ressorts, dass Betriebe mit Frauenförderplänen bei Vergaben von öffentlichen Aufträgen im Falle von gleichen Angeboten bevorzugt werden sollten. Die ÖVP verkündete ihr Missfallen gegenüber dieser Vorgangsweise, da dies ohne Absprache mit ihren Ministern geschehen war und bezweifelte außerdem die Vereinbarkeit mit der österreichischen und der europäischen Rechtslage. ÖVP-Generalsekretärin Rauch-Kallat sprach sich nach wie vor gegen den Zwang durch Gesetze, aber für eine Bewusstseinsbildung etwa durch Kür der frauenfreundlichsten Betriebe aus.[662] Als sie Frauenministerin Prammer Inkompetenz vorwarf, konterte diese mit der Behauptung, dass die ÖVP-Generalsekretärin ihre Initiative nicht verstanden hätte. Beide Seiten boten Juristen auf, die den jeweiligen Standpunkt untermauerten. Die SPÖ-Minister ließen sich von den Protesten ihrer ÖVP-Kollegen nicht beeindrucken und starteten ihr Vorhaben mit 1. Jänner 1999. Dabei gab es allerdings, um dem nationalen und dem EU-Recht Genüge zu tun, die Einschränkung auf Dienstleistungsaufträge unter 2,6 Millionen, auf Lieferaufträge unter 1,8 Millionen und auf Bauaufträge unter 67 Millionen Schilling. In diesen Fällen konnten Vergaben nämlich per Verordnung und ohne Verankerung im Bundesvergabegesetz erfolgen. Bei der Vergabe würden jedoch zu 96 Prozent wirtschaftliche Kriterien entscheidend sein. Für Maßnahmen zur Frauenförderung wurden Punkte vergeben (Betriebskindergärten: 20 Punkte, Ansprechstellen für Frauen: 7 Punkte, Möglichkeit auf Teilzeit: 10 Punkte, Verlängerung des Karenzurlaubes: 6 Punkte, Erfüllung der Lehrlingsbeschäftigung: 80 Punkte).[663]

Beim Thema Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit und Beweislast bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz gab es kurz vor Ende des Jahres 1998 noch einmal einen Schlagabtausch zwischen Rauch-Kallat und SPÖ-Frauensekretärin Kuntzl mit altbekannten Standpunkten und Argumenten.[664]

---

[661] SPÖ-Bundesgeschäftsstelle: SPÖ. Das Grundsatzprogramm. S.14.

[662] Vgl. Die Presse, 20.10.1998. S.8.

[663] Vgl. Die Presse, 21.10.1998. S.9.
Die Presse, 4.1.1999. S.8.

[664] Vgl. Die Presse, 29.12.1998. S.8.
Die Presse, 31.12.1998. S.7.

Die Diskussion zur Frauenpolitik im Jahr 1999 startete bei einer Aktuellen Stunde im Nationalrat zur Umsetzung der Forderungen des Frauenvolksbegehrens. Die SPÖ-Vertreter betonten ihre volle Unterstützung und hoben die bereits erreichten Verbesserungen hervor. Sie vergaßen dabei aber auch nicht, immer wieder darauf hin zu weisen, dass weitergehende Maßnahmen vom Koalitionspartner ÖVP verhindert worden waren. Die ÖVP-Abgeordneten kritisierten die Forderungen des Begehrens als weitgehend unpraktikabel, identifizierten sich aber mit dem Ziel der absoluten Gleichberechtigung. Nach dem Austausch dieser Standpunkte wechselte das Thema rasch zum „Karenzgeld für alle" *(vgl. Kap. 3.2 Unterstützungen und Karenzzeiten)*.[665]

Die dringliche Anfrage des LIF am 8. Juli verlief ähnlich und ohne Überraschungen.[666] Die SPÖ hatte zwar einen Entschließungsantrag für die Verlängerung der Karenzzeit auf zwei Jahre für Alleinerzieher vorbereitet, brachte diesen aber wegen der von der ÖVP angekündigten Ablehnung nicht ein.[667]

Am nächsten Tag warf die Frauenministerin ihrem Kollegen aus dem Familienressort vor, 21 Frauenprojekten (z.B. den Frauennotruf) die gesamten Förderungen gestrichen zu haben und kündigte an, mit ihrem Ministerium die dadurch entstandenen Lücken zu schließen. Der Familienminister verteidigte sich, indem er darauf hin wies, dass das Budget für frauenspezifische Förderungen sogar aufgestockt worden war. Profitiert hätten davon vor allem die Familienberatungsstellen.[668]

Die eben dargestellten Konflikte waren Vorboten des beginnenden Nationalratswahlkampfes, in dem das Familien- und Frauenbild der Parteien eine Rolle spielte *(vgl. Kap. 3.2 Unterstützungen und Karenzzeiten)*. Bekannte Vorwürfe wurden dabei wieder vorgebracht, alte Standpunkte verfestigt. Neue Konflikte kamen aber nicht mehr hinzu.[669]

[665] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 156/NRSITZ (XX. GP). S.30-49.
[666] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 178/NRSITZ (XX. GP). S.24-84.
[667] Vgl. Der Standard, 9.7.1999. S.7.
[668] Vgl. Der Standard, 10.7.1999. S.9.
[669] Vgl. Der Standard, 18.8.1999. S.6.
Der Standard, 24.8.1999. S.6.
Die Presse, 26.8.1999. S.8.

5 Bildung und Wissenschaft

5.1 Schulsystem

Der Aufbau des Schulsystems war während der gesamten Dauer der Großen Koalition und darüber hinaus eine ideologisch besetzte Angelegenheit. Die unterschiedlichen Zugänge spitzten sich in der Frage zu, ob das existierende System (Trennung der Schülerinnen und Schüler nach der vierten Schulstufe in Hauptschüler/innen und Gymnasiasten/innen) oder eine gemeinsame Schule bis zur achten Schulstufe besser wäre. Ohne dass es darüber je ernsthafte Verhandlungen gab, schwebte dieses Thema dennoch immer über der Bildungspolitik der großen Koalition. Aber auch in anderen Punkten trafen ideologische Standpunkte aufeinander. Damit war bereits vorgezeichnet, dass große Reformen schwierig bis unmöglich durchzusetzen waren. Das äußerte sich auch darin, dass dem Vernehmen nach keine der beiden Großparteien besondere Ambitionen auf das Unterrichtsministerium zeigte.[670] Faktisch hatte es im Unterrichtsbereich in der gesamten Republik eine Große Koalition gegeben. Bis 1966 war ohnehin eine solche im Amt. Im Jahr 1962 änderte das Parlament die Verfassung so ab, dass ab diesem Zeitpunkt für die Änderung eines Großteils der Schulgesetze eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig war. Damit konnten SPÖ und ÖVP bis 1990 unabhängig davon, wer die Regierung stellte, nur mit dem jeweils anderen grundlegende Änderungen im Schulsystem vornehmen. Erst ab dem Jahr 1990 hätte die theoretische Möglichkeit für die SPÖ bestanden, mit der Hilfe aller anderen Oppositionsparteien gegen die ÖVP eine Reform des Schulwesens zu beschließen. Dazu kam es aber aufgrund der Großen Koalition nicht. Alle grundlegenden Konflikte der vorkoalitionären Zeit wurden somit in die Koalition mitgenommen, ohne dass eine realistische Hoffnung auf deren Lösung bestand.[671]

In einem ihrer ersten Interviews als neue Bildungsministerin erklärte Hilde Hawlicek (SPÖ), dass sie der Realisierung der Gesamtschule für die 10- bis 14-Jährigen in der derzeitigen politischen Konstellation keine Chancen einräume. Von der offiziellen Linie ihrer Partei, die eine Gesamtschule anstrebte, distanzierte sie sich dabei aber keinesfalls.[672] Weder sie noch ihre Parteifreunde brachten jedoch Initiativen in diese Richtung ein, und auch die ÖVP, erklärte Gegnerin der Gesamtschule, blieb in dieser Frage nicht untätig. Zum Anlass für diesbezügliche Wortmeldungen nahmen beide Seiten die Situation der Hauptschulen. Vor allem in den Ballungsräumen nahmen deren Schülerzahlen

[670] Vgl. Thonhauser, Josef: Erziehung und Bildung. S.641f.
[671] Vgl. Schmid, Gerhard: Schulpolitik im Wandel: S.31-39.
[672] Vgl. Die Presse, 26.1.1987. S.5.

signifikant ab, da ein immer höherer Prozentsatz von der Volksschule in die Gymnasien wechselte, was – und da stimmten die Koalitionsparteien überein – die AHS-Unterstufe in diesen Gegenden zu undifferenzierten Einheitsschulen werden ließ. Die Lösungsvorschläge waren aber gänzlich unterschiedlich: Während die ÖVP-Vertreter die Hauptschulen durch Schwerpunktsetzungen stärken und sicherstellen wollten, dass nur ausreichend begabte Kinder in die AHS wechseln würden, sahen die SPÖ-Vertreter (explizit seien hier auch die Sozialistischen Lehrer Österreichs genannt) die Einführung der Gesamtschule als Ausweg. In der ÖVP gab es zudem auch Stimmen, die den einheitlichen Lehrplan für die beiden Schultypen wieder trennen wollten.[673]

Ebenfalls ideologisch belastet war das Thema „Ganztagsschule". Vereinfacht gesagt, war die SPÖ dafür. Die ÖVP war dagegen, aber für eine nicht verpflichtende Betreuungsmöglichkeit am Nachmittag. Im Koalitionsabkommen hatte man folgenden Kompromiss niedergeschrieben:

> „... soll ein neues, flexibles Modell einer ganztägigen Schulform geschaffen werden, in dem Schülerinnen und Schüler an den Nachmittagen auch ohne konkrete Anwesenheitspflicht Aufnahme finden."[674]

Als im Dezember 1988 Überlegungen der Unterrichtsministerin, Ganztagsschulen zu gründen, bekannt wurden, protestierte der ÖVP-Bildungssprecher Schäffer sofort dagegen und verwies auf die eben zitierte Passage des Koalitionsabkommens. Im Unterschied zu dem von der ÖVP favorisierten Modell sollten dabei Unterrichtsinhalte auch am Nachmittag vermittelt werden.[675]

Im Februar 1989 rückte durch einen Vorstoß von Wiens Bürgermeister Zilk (SPÖ), unterstützt von „seinem" amtsführenden Stadtschulratspräsidenten Matzenauer (SPÖ), die Debatte über die Gesamtschule in den Vordergrund. Das von ihm erwartete „Hauptschulsterben" aufgrund zu geringer Schülerzahlen hatte ihn nach eigenen Angaben dazu veranlasst. Zudem kündigte er die Einsetzung einer Reformkommission an. Seiner Meinung schloss sich sofort die Bildungsministerin an, die ebenfalls befürchtete, dass sich der Schülerstrom in Richtung AHS nicht durch Verbesserung der Attraktivität der Hauptschulen verbessern ließe. ÖVP-Bildungssprecher Schäffer kritisierte wie erwartet den Vorstoß, zeigte sich aber bezüglich einer Hauptschul-Reform gesprächsbereit. Wahrscheinlich, weil er die generelle Durchsetzung der Gesamtschule als unrealistisch ansah,

---

[673] Vgl. Die Presse, 5.5.1987. S.7.
Die Presse, 13.5.1987. S.4.
Die Presse, 14.5.1987. S.4.
Die Presse, 13.10.1987. S.4.
Die Presse, 26.4.1988. S.4.

[674] Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1987. S.60.

[675] Vgl. Die Presse, 29.12.1988. S.5.

schlug Zilk auch vor, die einzelnen Bundesländer in dieser Frage entscheiden zu lassen. Die Reaktionen der amtsführenden Landesschulratspräsidenten waren gemischt, aber weder strikt dagegen noch dafür.[676] Der amtsführende Salzburger Landeschulratspräsident ÖVP-Bildungssprecher Schäffer wollte stattdessen den Zustrom zu den AHS mit zentralen Aufnahmetests für Volksschüler, die in Mathematik und Deutsch schlechtere Noten als Einser und Zweier erhalten hatten, bremsen.[677]

Inhaltliche Argumente für oder gegen die Gesamtschule spielten in der öffentlichen Diskussion eher eine untergeordnete Rolle. Sie wurden ohnehin durch die seit Jahrzehnten gleichen Standpunkte als bekannt vorausgesetzt. Bisher hatten immer nur die Probleme der Hauptschulen in den Ballungszentren den Anstoß zur Diskussion gegeben.[678]

Am 17. Juni übernahm Ewald Nowotny von Karl Blecha den Vorsitz der SPÖ-Bundesbildungsorganisation und erneuerte bei diesem Anlass die Forderung seiner Partei nach einer Gesamtschule. ÖVP-Bildungssprecher Schäffer reagierte in gewohnter Weise.[679] Das gleiche Spiel wiederholte sich im September nochmals. Als Argument gegen die Gesamtschule führten die ÖVP-Politiker dabei immer wieder an, dass eine solche Vereinheitlichung das in der Gesellschaft verankerte Leistungsprinzip konterkarieren würde und dass das geltende System ein besseres Eingehen auf die individuellen Begabungen ermöglichte. Außerdem warnte Wirtschaftsminister Schüssel vor einer Diskriminierung der Lehrlinge gegenüber den Maturanten, was er als einen weiteren Grund für die niedrigen Schülerzahlen der Hauptschulen ansah. Aus Sicht der SPÖ sprach für ihr Modell der Gesamtschule hingegen die Möglichkeit einer inneren Differenzierung. Die Diskussion wurde von einem neuen Vorschlag der ÖVP belebt. Dieser sah die Gründung von sechsjährigen Realschulen vor, die neben AHS und HS bestehen und mit der mittleren Reife abgeschlossen werden sollten. Der SPÖ-Schulsprecher und Präsident des Wiener Stadtschulrates Hans Matzenauer begrüßte diesen Vorschlag ausdrücklich, wenn er auch die Realschule anstatt und nicht neben der Hauptschule sehen wollte. Gleichzeitig forderte er erneut eine Regionalisierung der Schulorganisation, womit aus seiner Sicht ein besseres Eingehen auf standortbezogene Besonderheiten möglich geworden wäre.[680]

---

[676] Vgl. Die Presse, 9.2.1989. S.5.
Der Standard, 10.2.1989. S.6.
Die Presse, 10.2.1989. S.5.
Die Presse, 11.2.1989. S.5.
Matzenauer, Hans: Zielvorstellungen einer sozialistischen Bildungspolitik für das nächste Jahrzehnt. S.697-704.

[677] Vgl. Der Standard, 14.2.1989. S.4.
Die Presse, 14.2.1989. S.5.

[678] Vgl. Die Presse, 21.4.1989. S.5.

[679] Vgl. Der Standard, 19.6.1989. S.5.

[680] Vgl. Der Standard, 14.10.1989. S.6.

In den nächsten Monaten rückten andere Themen in den Mittelpunkt der Schulpolitik. Zuerst war da die Maturareform: Nach dem Entwurf der Unterrichtsministerin hätte die Reifeprüfung aus insgesamt sechs Prüfungen bestehen sollen, die ÖVP wollte hingegen sieben.[681] Ein anderer Teil der geplanten Schulreform der Unterrichtsministerin sah vor, dass Schuldirektoren, Lehrer und Schulerhalter gemeinsam entscheiden könnten, ob in einer bestimmten Schule eine ganztägige Unterrichtsform (SPÖ-Modell) oder nur eine Nachmittagsbetreuung, wahlweise auch nur an einzelnen Tagen mit gegenstandsbezogenen Lernstunden (ÖVP-Modell), eingeführt würde. Der Vorteil dieser Lösung bestand aus ihrer Sicht darin, dass Eltern entscheiden könnten, ihre Kinder in einen bestimmten Schultyp zu schicken. Vielen ihrer Parteifreunde war der Plan Hawliceks zu wenig weitgehend. Aus der ÖVP kamen jedoch prompt scharfe Proteste mit dem Hinweis auf das Koalitionsabkommen *(vgl. oben)*. Schulsprecher Schäffer widersprach Hawlicek auch bei der Wahlmöglichkeit, die nach seinen Vorstellungen in ländlicheren Gebieten nicht geboten werden könnte.[682]

In beiden umstrittenen Punkten der Schulreform setzte sich schließlich die ÖVP durch. Die Matura sollte insgesamt sieben Prüfungen umfassen,[683] und die ganztägige Schule gab es auch weiterhin nur in Schulversuchen. Ein Grund für das Nachgeben war auch die Ablehnung der Sozialistischen Lehrergewerkschafter, da bei Gesetzwerdung des Entwurfes die Ganztags-Schulversuche automatisch beendet worden wären. Die Unterrichtsministerin kündigte gleichzeitig mit der Aufschiebung ihres Entwurfes an, die Anzahl der Schulversuche mit Ganztagsbetreuung und -unterricht zu verdoppeln.[684] Die Diskussionen und Verhandlungen über solche oder ähnliche Schulformen gingen jedoch weiter. Einigkeit herrschte zwischen den Schulsprechern der Koalitionsparteien, was die Beurteilung des Volksbegehrens zur Senkung der Klassenschülerzahlen von 30 auf 25 betraf. Von 29.5 bis 5.6.1989 war es von rund 219.000 Österreicher/innen[685] unterzeichnet worden. Beide unterstützten die Forderung für Volksschulklassen und wollten eigentlich nur über die Details der Umsetzung verhandeln. Im Parlamentarischen Unterrichtsausschuss einigten sich die Verhandler auf eine Senkung der Klassenschülerhöchstzahl von 30 auf

---

Die Presse, 14.10.1989. S.5.
Der Standard, 15.9.1989. S.6.

[681] Vgl. Die Presse, 12.9.1989. S.5.

[682] Vgl. Die Presse, 21.11.1989. S.5.
Der Standard, 22.11.1989. S.6.

[683] Vgl. Die Presse, 14.12.1989. S.5.

[684] Vgl. Der Standard, 12.1.1990. S.
Die Presse, 26.1.1990. S.5.
Der Standard, 26.1.1990. S.7.

[685] Vgl. <http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksbegehren/Alle_Volksbegehren.aspx> (17.4.2010).

28 für Volksschulen.[686] Auch bei den Ganztags-Schulformen gab es eine Annäherung. Nach einem Gesetzesentwurf, den der Ministerrat am 8. Mai abgesegnete, sollten die Schulversuche „Tagesheimschule“ und „Ganztagsschule“ durch eine flexible ganztägige Schulform ersetzt werden. Bei Anmeldung von mindestens 15 Schülern sollte eine Betreuung (kein Unterricht) für Nachmittage angeboten werden, wobei die Schüler dieses Angebot auch tageweise in Anspruch nehmen können sollten. Bei entsprechenden Mehrheiten unter den Schulpartnern waren auch ganztägige Schulformen vorgesehen. Die Anzahl der Schulen mit diesen Angeboten sollte gegenüber den damit auslaufenden Schulversuchen von 5 Prozent auf 8 Prozent erhöht werden (veranschlagte Mehrkosten: 400 Millionen Schilling).[687]

Überraschend scheiterten beide Vorhaben dennoch. Zuerst fiel die Senkung der Klassenschülerzahl. Die Schuld dafür sah die Ministerin bei den Landesfinanzreferenten, die sich dagegen gewehrt hatten. Für ÖVP-Bildungssprecher Schäffer hingegen war Finanzminister Lacina der Verantwortliche. Gescheitert war das Vorhaben also an der Frage, wer die zusätzlichen Kosten übernehmen sollte, Bund oder Länder. In der Folge weigerte sich die ÖVP, der Ausweitung der Schulversuche mit ganztägigen Schulen zuzustimmen, solange es nicht zu einer Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen käme. Die Unterrichtsministerin zeigte sich darüber naturgemäß enttäuscht. Gleichzeitig bezeichnete sie die Einführung einer Gesamtschule der 10- bis 15-Jährigen für unumgänglich. Die Förderung unterschiedlicher Begabungen hätte nach ihren Vorstellungen über Wahlpflichtfächer geschehen können.[688] Erst im Jahr 1993 beschloss der Nationalrat in der 15. Schulorganisationsnovelle die Regelung für ganztägige Schulformen ohne wesentliche Änderungen gegenüber der Einigung aus dem Jahr 1990.[689]

Auch im Wahlkampf spielten die bildungspolitischen Themen der auslaufenden Legislaturperiode eine Rolle. Die SPÖ forderte in ihrem Wahlprogramm ausdrücklich die Einführung der gemeinsamen Schule für 10- bis 15-Jährige und die Ausweitungen des Angebots von Ganztagsschulen. Die ÖVP hingegen setzte auf eine Stärkung der AHS durch „geeignete Aufnahmeverfahren“ und eine sechsjährige „Realschule“. Die Berufsbildung durch Lehre und Facharbeiterausbildung sollte durch die Möglichkeit, diese mit einer mittleren Reife oder einer Fachmatura abzuschließen, attraktiver gestaltet werden und einen weiteren Ausbildungsweg eröffnen. Einig waren sich die Koalitionsparteien im

[686] Vgl. Der Standard, 10.5.1990. S.1.
[687] Vgl. Der Standard, 9.5.1990. S.7.
Die Presse, 17.5.1990. S.5.
[688] Vgl. Die Presse, 28.6.1990. S.5.
Der Standard, 28.6.1990. S.6.
[689] Vgl. BGBl. 188/1993.

Wahlkampf darüber, in Zukunft den Bundesländern in der Schulorganisation (Gesamt-, Ganztags-, Realschule,...) mehr Autonomie zuzugestehen.[690]

In den Koalitionsverhandlungen nach der Wahl gab es überraschenderweise eine schnelle Einigung zum Thema Schulen mit Ganztagsbetreuung. Hier sollte ein flächendeckendes Angebot geschaffen werden. Den finanziellen Aufwand dafür wollten die Regierungsparteien durch den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) und durch gestaffelte Elternbeiträge aufbringen. Auch über die Absenkung der Klassenschülerhöchstzahlen (zunächst in den Volksschulen) gab es eine Einigung, ohne dass deren Inhalt an die Öffentlichkeit gelangte. Das Streben der SPÖ nach einer generellen Einführung der Gesamtschule wurde von der ÖVP abgeschmettert. Um den ungebremsten Schülerstrom in die AHS zu kontrollieren, einigten sich die Verhandler darauf, den Bundesländern in einem gesetzlichen Rahmen einen Spielraum zu schaffen, damit den regionalen Gegebenheiten angepasste Gegenmaßnahmen gesetzt werden könnten. Ebenfalls umstritten war die Erweiterung der Berufsschulzeiten. Die SPÖ war dafür, um Lehrlingen eine breitere Schulbildung zu ermöglichen, die ÖVP eher dagegen, weil sie befürchtete, dass die Aufnahme von Lehrlingen für die Betriebe dadurch unattraktiver würde. Der Kompromiss war die Formulierung „weitere flexible Ausweitung der Berufsschulzeit“[691]. Ebenfalls strittig war, in welchem der beiden Bildungsministerien (Unterrichtsministerium SPÖ-geführt oder Wissenschaftsministerium ÖVP-geführt) die laut Koalitionsabkommen neu zu gründenden Fachakademien (Alternative zu den Universitäten, später als Fachhochschulen bezeichnet) anzusiedeln wären. Vor allem Wissenschaftsminister Erhard Busek verlangte diese Agenden für sein Ressort, da die Fachakademien aus seiner Sicht parallel zu den Universitäten angesiedelt sein sollten.[692]

Die im Koalitionsabkommen aufgenommenen Begriffe „Regionalisierung“, „Autonomisierung“ und „standortbezogene Schulentwicklung“ führten zu vermehrten Vorstößen sozialistischer Bildungspolitiker, die dadurch eine weitgehende Einführung der Gesamtschule ermöglicht sahen. Für die ÖVP stellte ihr Bildungssprecher Schäffer allerdings klar, dass die Rahmenbedingungen so gesetzt werden müssten, dass das duale Schulsystem mit Hauptschule und Gymnasium bestehen bliebe. Hinter dem vom Unterrichtsminister Scholten definierten Ziel der „inneren Differenzierung“ vermutete er nichts ande-

---

[690] Vgl. Die Presse, 3.9.1990. S.5.
Der Standard, 12.9.1990. S.6.

[691] Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und der ÖVP 1990. S.63.

[692] Vgl. Die Presse, 6.11.1990. S.6.
Die Presse, 8.11.1990. S.6.
Der Standard, 26.11.1990. S.6.
Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und der ÖVP 1990. S.63-66.

res als die Gesamtschule.[693] Die ersten tatsächlich ausgearbeiteten Entwürfe beider Modelle widersprachen einander aber nicht. Nur die Vorstellungen von Unterrichtsminister Scholten bezüglich eines Sockelstoffes für Hauptschulen und AHS-Unterstufe fanden in der ÖVP keinen Anklang. Ihr Bildungssprecher wollte eher die Lehrpläne der beiden Schultypen wieder trennen, um der Gesamtschule keinen Vorschub zu leisten.[694] Scholten begründete seine Bemühungen, das Schulsystem in Richtung Gesamtschule zu verändern, mit den bereits bekannten Argumenten seiner Partei:

- Der Zugang zur Bildung müsste unabhängig vom sozialen Milieu sein.
- Durch die Gesamtschule würden mehr Kinder aus den unteren und bildungsferneren Schichten zu einer höheren Bildung gelangen.
- Das Schulsystem sollte also das soziale Umfeld korrigieren und gleichzeitig Barrieren im Umgang zwischen den sozialen Gruppen überwinden helfen.

Gerhard Schäffer hingegen argumentierte stellvertretend für seine Partei, dass eine Gesamtschule das Eingehen auf unterschiedliche Interessen und Begabungen der Kinder erschweren würde. Vor allem die Förderung von Hochbegabten wäre so kaum noch möglich. Außerdem würde eine Vereinheitlichung das Leistungsprinzip konterkarieren, da sich das Streben nach höherer Bildung nicht mehr so auszahlen würde wie bisher. Die Probleme der Gesellschaft dürften nicht der Schule aufgehalst werden. Die Krise der Hauptschule war nach Meinung der ÖVP vor allem darauf zurückzuführen, dass ihnen die Lehrpläne der Realgymnasien übergestülpt und so Unterschiede eingeebnet worden waren.[695]

Ende November forderte Schäffer den Bildungsminister auf, den Schulen mehr Autonomie in finanzieller Hinsicht wie auch bei den Lehrplänen zu gewähren.[696] Bei dieser Forderung nach mehr Autonomie gab es einen scheinbaren Gleichklang mit der SPÖ. Allerdings verstand die ÖVP darunter Dezentralisierung, Entbürokratisierung und Regionalisierung. Die SPÖ wiederum war eben genau gegen diese Regionalisierung, weil diese einen Machtzugewinn für die mehrheitlich ÖVP-dominierten Bundesländer bedeutet hätte. Sie verstand unter Autonomie vielmehr organisatorische Freiheiten für die einzelnen Schulen, zum Beispiel beim Ankauf von Unterrichtsmaterialien, bei Personalbelangen,

[693] Vgl. Die Presse, 27.3.1991. S.6.
[694] Vgl. Die Presse, 23.5.1991. S.6.
[695] Vgl. Die Presse, 1.6.1991. S.3.
[696] Vgl. Die Presse, 27.11.1991. S.5.

beim Budget und vor allem eine Demokratisierung,[697] das heißt Mitentscheidung der Schulpartner.[698]

Kurz vor Weihnachten 1991 erzeugte die Arbeit von Bildungsminister Scholten noch einmal Widerspruch beim Koalitionspartner. Er ließ in seinem Ministerium Änderungen der Lehrpläne für die Kaufmännischen Schulen vorbereiten, obwohl diese das letzte Mal 1988 geändert worden waren. Der ÖVP-Bildungssprecher Schäffer vermutete dahinter den Versuch, die Unterschiede zwischen Handelsschulen und Handelsakademien wegzureformieren, was er als Nivellierung der HAK betrachtete. Als langfristiges Ziel der SPÖ befürchtete er eine Vereinheitlichung und dann Zusammenlegung aller Oberstufenformen. Indiz dafür waren für Schäffer auch Bestrebungen, mehr Berufsinhalte in der AHS zu vermitteln. Außerdem sprach er sich gegen eine drohende Kürzung des Werkunterrichts in den Hauptschulen und den Unterstufen der Realgymnasien aus.[699]

Auch die Ankündigung Scholtens, die Anzahl der als Schulversuch laufenden ganztägigen Schulen zu verdoppeln, erregte den Widerspruch des Koalitionspartners. ÖVP-Bildungssprecher Schäffer kritisierte, dass dies über Schulversuche laufen, statt, wie im Koalitionsabkommen vorgesehen, ins Regelschulwesen übernommen werden sollte. Der Hauptunterschied war, dass die Mehrkosten der Schulversuche vom Bund zu tragen gewesen wären, während im Regelschulwesen die Länder die Kosten zu übernehmen hätten, aber mit der Möglichkeit, von den Eltern einen Kostenbeitrag einzuheben. Dagegen hatten sich aber vor allem die SPÖ-Frauen heftig gewehrt. Aus Sicht der SPÖ wäre es die Pflicht des Bildungsministers gewesen, die notwendigen Absprachen mit den anderen Schulerhaltern zu führen, um die Voraussetzungen für diese Variante herzustellen. Unter den gegebenen Umständen war aus Sicht der ÖVP die Finanzierung des Vorhabens nicht gesichert.[700]

Das Match Scholten vs. Schäffer ging in die nächste Runde: Der Bildungsminister, unterstützt vom Schulsprecher seiner Partei Matzenauer, wollte Schülern das Recht zugestehen, einmal in der Oberstufe und einmal in der Unterstufe trotz eines „Nicht genügend" automatisch in die nächste Klasse aufsteigen zu dürfen. Die ÖVP wollte die geltende Regelung, dass dies von der Klassenkonferenz beschlossen werden muss, beibehalten. Hinter der Forderung vermutete sie den bewussten und ideologisch motivierten Versuch

---

[697] Auf anderer Ebene verstand die SPÖ unter Demokratisierung auch, Kindern durch ein gleiches Bildungsangebot die gleichen Chancen zu geben.

[698] Vgl. Matzenauer, Hans: Zielvorstellungen einer sozialistischen Bildungspolitik für das nächste Jahrzehnt. S.706.
Schmid, Gerhard: Schulpolitik im Wandel. S.69-90.

[699] Vgl. Die Presse, 23.12.1991. S.5.

[700] Vgl. Die Presse, 8.1.1992. S.5.
Die Presse, 22.1.1992. S.5.

einer Nivellierung. Sie argumentierte, dass die Regelung geschaffen worden war, um einmalige Ausrutscher zu berücksichtigen, während der Scholten-Plan Schüler zum gezielten Faulenzen motivieren würde. Dem Argument der SPÖ-Bildungspolitiker, durch die geltende Regelung würde es zu ungerechten Unterschieden zwischen den Schulen kommen, da überall anders entschieden würde, begegnete die ÖVP mit der Forderung, das Gesetz eindeutiger zu definieren, um genau das zu verhindern.[701]
Scharfe Kritik übte Schäffer auch an der vom Bildungsminister initiierten Elternbefragung zur Fünf-Tage-Woche, da er die Formulierungen für unklar und manipulativ hielt. Als Argumente gegen den Plan führte er an, dass durch den zu erwartenden vermehrten Nachmittagsunterricht auf den natürlichen Rhythmus mit dem Mittagstief keine Rücksicht genommen werden könnte, dass die Freiräume für die Kinder kleiner würden und dass für die räumlichen und personellen Notwendigkeiten (Mittagessen, Reinigungs- und Aufsichtspersonal) nicht gesorgt würde.[702] Bei Vorlage des Ergebnisses berief sich Schäffer dann doch auf die Umfrage, da sich bei dieser an den AHS 95,8 Prozent und an den BHS 71,6 Prozent gegen die Fünf-Tage-Woche ausgesprochen hatten.[703]

In der nächsten Zeit wurde es still um die Gesamt- und Ganztagsschule. Die Diskussion verlagerte sich nun teilweise auf die persönliche Ebene. Es begann mit dem Vorwurf des ÖVP-Bildungssprechers an den Bildungsminister, er würde sich als Bremser betätigen und so die Modernisierung der Schulen verhindern. Konkret verlangte Schäffer eine Fremdsprachenoffensive. Der Bildungsminister wies darauf hin, dass im Bundesland Salzburg, für das Schäffer als amtsführender Präsident des Landesschulrates zuständig war, noch immer kein Englischunterricht an Berufsschulen stattfand und die Vorbereitungskurse für den Umstieg von den Berufsschulen in das Berufsbildende Schulwesen noch nicht angeboten wurden.[704] Kurz darauf warnte Schäffer vor einer angeblich durch das Bildungsministerium geplanten Kürzung der Lehrer-Planposten um zehn Prozent. Der Bildungsminister wies dies als unverantwortliche Verzerrung zurück.[705]
Größere Aufregung verursachte nach wie vor der Plan des Bildungsministers, den Schulen die Entscheidung freizustellen, die Fünf-Tage-Woche einzuführen. Das ÖVP-Bundesparteipräsidium forderte ihn offiziell auf, den Plan zurückzunehmen. Der kleine Koalitionspartner befürchtete eine höhere Belastung der Schüler durch die Konzentration

[701] Vgl. Die Presse, 29.1.1992. S.5.
Die Presse, 3.2.1992. S.5.
[702] Vgl. Die Presse, 3.2.1992. S.5.
[703] Vgl. Die Presse, 29.4.1992. S.4.
[704] Vgl. Der Standard, 1.7.1992. S.6.
[705] Vgl. Der Standard, 9.9.1992. S.9.

des Unterrichts auf fünf Tage, außerdem sah er manche Schulen vor das Problem gestellt, für den dadurch automatisch vermehrten Nachmittagsunterricht nicht genügend Ressourcen zu haben. Und schließlich sah man darin einen Schritt in Richtung Ganztagsschule.[706] Die Diskussion über die Fünf-Tage-Woche wuchs sich zu einem veritablen Krach aus. Die SPÖ wollte nicht von ihr abgehen und die ÖVP alles daran setzen, sie zu verhindern. Der kleinere Koalitionspartner warf dem Bildungsminister vor, in seinem Ressort finanzielle Mittel von der Schule für den Kulturbereich umzuwidmen und politische Entscheidungen auf die einzelnen Schulen abwälzen zu wollen. In seiner Gesetzesvorlage war nämlich vorgesehen, dass alle Schulen selbst über die Einführung der Fünf-Tage-Woche entscheiden könnten. Scholten warnte angesichts der Heftigkeit der Diskussion vor einer „Pogrom-Stimmung", was die ÖVP als inakzeptable Äußerung klassifizierte.[707] Bundeskanzler Vranitzky stellte sich in der Diskussion demonstrativ hinter seinen Bildungsminister.[708] Die Gespräche wurden ungeachtet der harschen Wortmeldungen fortgesetzt, führten aber zunächst zu keiner Einigung.[709]

Bei den Verhandlungen über die Schulautonomie gab es hingegen auch deutliche Fortschritte. So waren sich die Koalitionsparteien rasch darüber einig, wie viele Unterrichtsstunden den Hauptschulen zur Schwerpunktbildung freigestellt werden sollten. Bei der AHS-Unterstufe (Gymnasium, Realgymnasium, wirtschaftskundliches Realgymnasium) gab es hingegen Differenzen. Die ÖVP wollte im Gegensatz zur SPÖ die typenbildenden Fächer wie Latein, Geometrisches Zeichen oder Geographie und Wirtschaftskunde vor möglichen Stundenkürzungen zu Gunsten autonomer Stunden schützen. Sie befürchtete, dass dadurch die Unterschiede der Schulformen verschwinden würden und damit einer Gesamtschule Vorschub geleistet würde. Außerdem sollten bei der Entscheidung über die Schwerpunktsetzung nach Vorstellung der ÖVP weniger der Schulgemeinschaftsausschuss als vielmehr das Lehrerkollegium und der Schulerhalter eine Rolle spielen.[710] Am 18. Dezember konnte in der Frage der Schulautonomie ein Kompromiss gefunden werden: Die Schwerpunksetzung sollte, dem SPÖ-Wunsch entsprechend, durch den Schulgemeinschaftsausschuss getroffen werden. Das autonome Stundenkontingent für die AHS-Unterstufen legte die Regierung mit acht Wochenstunden (in der Hauptschule 16 Wochenstunden) fest. Dadurch sollte verhindert werden, dass die Typenbildung verwäs-

[706] Vgl. Der Standard, 24.9.1992. S.5.
Der Standard, 25.9.1992. S.5.
[707] Vgl. Die Presse, 25.9.1992. S.4.
[708] Vgl. Die Presse, 26.9.1992. S.5.
[709] Vgl. Die Presse, 9.10.1992. S.5.
[710] Vgl. Die Presse, 9.12.1992. S.4.

sert würde.[711] Die Vorlage für die 14. Schulorganisationsnovelle enthielt schließlich die Einigung über die Schulautonomie (flexiblere Gestaltung der Lehrpläne; teilweise frei verfügbares Budget) aber keine Passage über die ganztägigen Schulformen. Minister Scholten wollte durch Weglassen des umstrittensten Punktes eine weitere Blockade verhindern. Die ÖVP hatte nach wie vor gegen die von Scholten geplante Form der Finanzierung (Bund) Vorbehalte *(vgl. oben)*.[712]

Im Sommer 1993 proklamierten sowohl Bundeskanzler Vranitzky als auch sein Schulsprecher Seel erneut die Gesamtschule und die Fünf-Tage-Woche als Ziele sozialdemokratischer Politik. Von der ÖVP kam postwendend die zu erwartende Ablehnung. Daraufhin tauschten die Koalitionspartner einige Wochen wieder negative Kommentare über die schulpolitischen Ansichten des jeweils anderen aus (Hauptthemen: Gesamtschule und Aufsteigen mit einem „Nicht genügend"), ohne dabei Sachargumente vorzubringen. Gleichlautend waren dabei nur die wechselseitigen Vorwürfe, ideologische Scheuklappen zu tragen.[713] Als ersten Schritt in Richtung Gesamtschule wollte SPÖ-Schulsprecher Seel nach dem Vorbild eines Schulversuches in Wien Liesing „Schulehen" zwischen Hauptschulen und Gymnasien einführen. In einem solchen Schulverbund sollten beide Schultypen gleichgeschaltet neben einander existieren.[714]

Im Rahmen der Budgetdebatte machten beide Regierungsparteien ihre Standpunkte im Plenum des Nationalrates klar. SPÖ-Bildungssprecher Seel brachte die Argumente seiner Partei vor:

> „Nur die gemeinsame Mittelschule sichert regionale und soziale Bildungschancengleichheit, vermeidet prestigebestimmte und ermöglicht begabungsgerechte und interessensbezogene Entscheidungen bezüglich der Schul- und Berufsbildungsbahn – unter Mitbestimmung der Schüler bei dieser Entscheidung im 14. Lebensjahr.
>
> Nur eine allgemeine, eine gemeinsame Mittelschule leistet die notwendige sozialintegrative Aufgabenstellung in der Erziehungsarbeit, die durch die notwendige Weiterführung der Integration behinderter Kinder im Sekundarstufenbereich in nächster Zeit zusätzliche Aktualität erhalten wird.
>
> Solange [...] die Schullaufbahnwahl für die höhere Schule, [...], beim zehnten Lebensjahr erfolgt, bleibt die Entscheidung für das duale System beim vierzehnten Lebensjahr eine zweite Wahl und wird nicht aufgrund erfahrener Interessen und Kompetenzen als Alternative zur schulischen Berufsbildung getroffen."[715]

---

[711] Vgl. Die Presse, 19.12.1992. S.6.

[712] Vgl. Der Standard, 19.12.1992. S.5.
Der Standard, 7.1.1993. S.6.

[713] Vgl. Die Presse, 24.6.1993. S.6.
Die Presse, 1.7.1993. S.7.
Der Standard, 2.7.1993. S.7.
Der Standard, 28.8.1993. S.6.
Die Presse, 3.9.1993. S.1.
Die Presse, 3.9.1993. S.6.

[714] Vgl. Die Presse, 27.8.1993. S.6.

[715] Seel, Helmut: Stenographische Protokolle des Nationalrates 146/NRSITZ (XVIII. GP). S.16896.

Auf diese Forderungen antwortete von Seiten der ÖVP Joseph Höchtl. Er verlangte eine „menschenorientierte Schulpolitik", die er so definierte:

> „'Menschenorientiert' heißt, daß man den vielfältigen Begabungen jeweils individuell entsprechen kann. Das bedeutet, anstelle eines „Gesamtschul-Eintopfes" – das Bildungsmenü der Vergangenheit – eine Vielfalt entsprechender Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen. Vielfalt statt Eintopf! Das ist die Zukunftslösung, zu der wir als Österreichische Volkspartei stehen."[716]

Auch Anfang des Jahres 1994 tauschten ÖVP und SPÖ ihre unvereinbaren Standpunkte aus, ohne irgendeine Annäherung zu erzielen.[717] Die verschiedensten Ideen zur attraktiveren Gestaltung von Lehrberufen präsentierten Politiker aller Couleurs im März des Jahres. Zuerst war da die Idee von der Chefin der Privatangestellten-Gewerkschaft Hostasch, Absolventen einer Lehre einen direkten Hochschulzugang zu ermöglichen. Die ÖVP befürchtete dadurch eine höhere Drop-out-Rate auf den Unis und verwies als Beweis für die Behauptung auf die Durchfallquote von etwa 60 Prozent bei Studienberechtigungsprüfungen. Wissenschaftsminister Busek schlug stattdessen vor, Auslandspraktika für Lehrlinge zu erleichtern, in den Hauptschulen Basisinformationen zu Wirtschaftsthemen zu vermitteln und die Möglichkeit zu schaffen, nach einer Lehre mit einem verkürzten Lehrgang noch eine weitere Berufsausbildung anzuschließen.[718]

Zu einem weiteren, eher persönlich gehaltenen Schlagabtausch kam es zwischen Bildungsminister Scholten und ÖVP-Bildungssprecher Schäffer über die Förderung des Englischunterrichts. Schäffer warf dem Bildungsminister vor, unfähig zu sein, ein Gesamtkonzept für den Fremdsprachenunterricht von der Volksschule bis zur Universität zu erstellen. Damit würde er die Zukunftschancen der Kinder aufs Spiel setzen. Scholten bezichtigte den Koalitionspartner daraufhin der Doppelbödigkeit und verwies einerseits auf den Vorschlag von Wissenschaftsminister Busek, einige Sachgegenstände auf Englisch unterrichten zu lassen, andererseits auf das Bremsen der ÖVP bei der Einführung des Englischunterrichts in den Berufsschulen und den Volksschulen sowie beim Ersetzen des Lateinunterrichts durch eine zweite lebende Fremdsprache ab der dritten Klasse Gymnasium.[719]

Für ihr Wahlprogramm zu der anstehenden Nationalratswahl bekräftigte die SPÖ durch einen Parteiratsbeschluss ihre Forderung nach der Gesamtschule der 10- bis 14-Jährigen

---

[716] Höchtl, Josef: Stenographische Protokolle des Nationalrates 146/NRSITZ (XVIII. GP). S.16902.
[717] Vgl. Die Presse, 15.1.1994. S.6.
Der Standard, 14.2.1994. S.5.
[718] Vgl. Die Presse, 29.3.1994. S.6.
[719] Vgl. Die Presse, 30.3.1994. S.6.

noch einmal. Außerdem sollten alle Lehrerinnen und Lehrer eine gleichwertige und gleiche lange Ausbildung erhalten.[720]

Mit der neuen Regierungsbildung wechselte das Bildungsministerium von der SPÖ zur ÖVP. Ressortchef war nun der bisherige Wissenschaftsminister Busek. Seine Ankündigung, die Anzahl der Schulversuche zu dezimieren, löste bei der SPÖ Proteste aus. Sie fürchtete vor allem um die Schulversuche zu ganztägigen Schulformen. Auf ebensolche Ablehnung stießen Überlegungen des Ministers, die interne Differenzierung zum Beispiel durch Aufnahmetests für die AHS und die Gründung neuer Eliteschulen zu fördern. Die SPÖ sprach von einem Rückschritt in der Bildungspolitik um 20 Jahre.[721]
Besonders heftige Ablehnung erzeugte die Ankündigung Buseks, die Lehrpläne von Hauptschulen und AHS per Verordnung wieder zu trennen. Der SPÖ-Schulsprecher Niederwieser drohte in seiner Reaktion damit, dass seine Partei im Falle der Realisierung dieser Ankündigung alle Schulgesetze mit Zweit-Drittel-Quorum blockieren würde, da das eine Verschärfung der aus seiner Sicht ohnehin zu früh vorgenommenen Selektion bedeutet hätte. Unterstützung erhielten die Regierungsparteien jeweils von gewohnter Seite, die ÖVP von der FPÖ und die SPÖ von Grünen und Liberalen.[722] Auch die Idee Buseks, Einsparungen über die Kürzung von Schulstundenlänge und –anzahl zu erzielen, lehnte die SPÖ ab.[723]
Im Juni gelangte ein Entwurf für das Schulprogramm der SPÖ an die Öffentlichkeit und erregte großen Widerspruch beim Koalitionspartner. Die kontroversiellsten Punkte daraus waren:

- Verpflichtender Besuch einer vorschulischen Einrichtung
- Gesamtschule der 10- bis 14-Jährigen
- Ausweitung der Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr durch eine Realschule als Paralleleinrichtung zu höheren Oberstufenschulen
- Reduktion der Lehrlingsausbildung auf zwei Jahre (von 16 bis 18 Jahre)
- Abschaffung des Wiederholens einer Klasse

[720] Vgl. Die Presse, 23.6.1994. S.7.
[721] Vgl. Der Standard, 5.12.1994. S.5.
Der Standard, 17.12.1994. S.6.
[722] Vgl. Der Standard, 20.12.1994. S.6.
Der Standard, 22.12.1994. S.6.
Die Presse, 7.2.1995. S.6.
[723] Vgl. Der Standard, 28.12.1994. S.1.

Dagegen gab es auch innerhalb der SPÖ Bedenken, man verwies aber auf die Tatsache, dass es sich dabei um einen Entwurf handelte.[724] Die ÖVP-Politiker sprachen von „schulischer Wärmestube bis 18“ (Brinek), „Nivellierung“ (Schäffer), „unfassbar“ (Unterrichtsministerin Gehrer).[725] Als Argument gegen Verlängerung der Schulpflicht und Verkürzung der Lehrlingszeit verwies die Unterrichtsministerin auf Frankreich. Dort gab es ein ähnliches System aber eine deutlich höhere Jugendarbeitslosigkeit.[726]

Die im Herbst 1995 von ÖVP-Obmann Schüssel geäußerte Überlegung, ein Schulgeld einzuführen, beantwortete SPÖ-Schulsprecher Niederwieser mit dem Ruf nach der Gesamtschule, deren Einführung laut seinen Angaben im Vergleich zum existierenden System Einsparungen von vier Milliarden Schilling gebracht hätte.[727]
Im Zuge der Verhandlungen für das Budget 1996 legten die Parteien auch ihre Vorschläge für Einsparungen im Schulbereich vor. Während sich die SPÖ für die Kürzung einer Wochenstunde pro Jahr aussprach, um so gleichzeitig die Schüler zu entlasten, tendierte die ÖVP eher zu einer Verkürzung der einzelnen Unterrichtsstunden von 50 auf 45 Minuten. Eine prinzipielle Ablehnung des jeweils anderen Konzepts war aber nicht vorhanden.[728]
Ein vom Wissenschaftsministerium erarbeiteter Entwurf für ein neues Universitätsstudiengesetz *(vgl. Kap. 5.7 Universitäten und (Fach-)Hochschulen)* betraf auch die Schulpolitik. Es sah vor, die Pädagogischen Akademien aufzuwerten, indem ein dort erreichter Abschluss für Teile des ersten Abschnitts eines universitären Lehramtsstudiums angerechnet werden sollte. Zwar hatte Bildungsministerin Gehrer (ÖVP) diesem Vorschlag zugestimmt, ein großer Teil der ÖVP-Politiker schien dennoch dagegen zu sein. Zum Beispiel sah ÖVP-Bildungssprecherin Brinek darin einen Schritt in Richtung Einheitslehrer und Gesamtschule.[729]
Im Juli ging SPÖ-Bildungssprecher Antoni mit zwei Ideen an die Öffentlichkeit, die dazu angetan waren, in der ÖVP auf Widerstand zu stoßen. Er wollte das automatische Aufsteigen mit zwei „Nicht genügend“ und die Ausweitung des Schulversuches „Schulverbund Mittelschule“, einer Art Testlauf für die Gesamtschule. Dem von Bildungsministerin Gehrer ausgearbeiteten Entwurf für ein Akademiestudiengesetz wollte er nicht zu-

[724] Vgl. Die Presse, 21.6.1996. S.7.
[725] Zitiert nach: Die Presse, 22.6.1996. S.7., Die Presse, 25.6.1996. S.1.
[726] Vgl. Die Presse, 22.6.1996. S.7.
Die Presse, 25.6.1996. S.1.
[727] Vgl. Der Standard, 2.9.1995. S.4.
[728] Vgl. Der Standard, 22.11.1995. S.4.
[729] Vgl. Der Standard, 8.1.1997. S.6.
Die Presse, 14.1.1997. S.8.

stimmen, solange es nicht auch eine Reform des Lehramtsstudiums an den Universitäten gäbe.[730]

Im Dezember 1997 präsentierte die SPÖ ihr neues in Grundzügen bereits bekanntes Bildungsprogramm *(vgl. oben)*. Die Verwirklichung hätte Folgendesgebracht:

- die Gesamtschule der 10- bis 14-Jährigen
- eine Ausweitung der Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr
- eine Weiterbildungspflicht für Schulabgänger bis zum 18. Lebensjahr
- eine einheitliche Lehrerausbildung an den Universitäten
- eine Zusammenlegung von AHS und BHS zu einer Schule, in der sich die Schüler wie in einem Baukastensystem ihre Fächerkombination selbst auswählen hätten können (ähnlich dem US-amerikanischen System)

Von der ÖVP kam zu diesen Plänen, die ja in ihren Einzelteilen bereits bekannt waren, nur scharfe Ablehnung. Eine Intensivierung des Konflikts war aber nicht zu erkennen.[731]

Am 26. April präsentierte die ÖVP ihr Bildungsprogramm, in dem sie in wesentlichen Teilen genau die entgegengesetzten Standpunkte einnahm wie die SPÖ: Nein zur Gesamtschule und Ja zum bestehenden Notensystem. Der Begabtenförderung wurde ein breiter Raum gewidmet. So sollte es Hochbegabten möglich sein, bis zur Matura insgesamt drei Klassen zu überspringen, sie sollten nach eigenen Lehrplänen unterrichtet werden und die Möglichkeit haben, bereits Prüfungen und Seminare auf der Universität zu absolvieren.[732] (Die nicht kontroversen Punkte der beiden Bildungsprogramme sind hier nicht dargestellt).

Erneut Kritik an den Arbeiten zum neuen Akademiengesetz *(vgl. oben)* gab es von SPÖ-Bildungssprecher Antoni im August 1998, weil er darin nur die Festschreibung des Status quo, nicht aber einen Schritt in Richtung Vereinheitlichung der Lehrerausbildung erkennen konnte.[733]

Das ÖVP- „Bildungsprojekt für das 21. Jahrhundert", präsentiert am 23. November 1998, hatte den vielsagenden Titel „Vielfalt statt Einfalt". Neben der erneuten Absage an die Gesamtschule und einem Bekenntnis zur getrennten Lehrerausbildung und zum Leistungsbegriff verlangte es, den Schülern neben Kenntnissen im Bereich der modernen Technik weiterhin die Beherrschung der grundlegendsten Kulturtechniken wie Rechnen, Schreiben, Lesen aber auch musische Fähigkeiten zu vermitteln. Antoni reduzierte in

[730] Vgl. Der Standard, 17.7.1997. S.6.
[731] Vgl. Der Standard, 12.12.1997. S.6.
Die Presse, 20.12.1997. S.7.
Schmid, Gerhard: Schulpolitik im Wandel. S.109f.
[732] Vgl. Der Standard, 27.1.1998. S.6.
[733] Vgl. Der Standard, 1.8.1998. S.7.

seiner Kritik das ÖVP-Konzept auf Lesen, Schreiben, Rechnen und tägliches Musizieren, während nach seiner Darstellung auf die Herausforderungen der Zukunft keine Antwort enthalten war. Bei der Vorstellung des Buches „Bildungsprojekt für das 21. Jahrhundert" Ende Juli 1999 kritisierte die Bildungsministerin die Schulpolitik der SPÖ, deren Hauptziel aus ihrer Sicht nicht das Lernen und die Leistung sei, sondern dass sich die Schüler wohl fühlten.[734]

Einen ersten Schritt in Richtung neuer Organisationsstruktur für die Lehrerausbildung setzte die Koalition bei ihrer Klausur im Jänner 1999. Man einigte sich auf mehr Autonomie und eine eigene Organisationsform für die Pädagogischen Akademien (bisher unterstanden sie dem Schulunterrichtsgesetz). Sie sollten eigene Lehrpläne, eigene Studienkommissionen und eigene Studentenvertretungen erhalten. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die SPÖ ihre Zustimmung verweigert, weil sie eine einheitliche Ausbildung aller Lehrer erreichen wollte.[735] Zufriedenheit herrschte in beiden Koalitionsparteien nach der Einigung auf ein neues Akademiengesetz. Es sah vor, dass die Pädagogischen Akademien innerhalb von acht Jahren in pädagogische Hochschulen umgewandelt würden. Die SPÖ betrachtete darin ihre alte Forderung gegen den Widerstand der ÖVP als durchgesetzt, während Bildungsministerin Gehrer ebenfalls eines ihrer Ziele damit erfüllt sah.[736] Kurz darauf schlug Wissenschaftsminister Einem vor, die neu eingeführten Bakkalaureate auf den Universitäten zur Vereinheitlichung der Lehrerausbildung zu nützen. Bildungsministerin Gehrer lehnte diese Idee als einen Schritt zur Gesamtschule erwartungsgemäß ab.[737]

Eine Idee der Unterrichtsministerin, die beinahe gleichzeitig mit einem in ähnliche Richtung abzielenden Artikel in der Zeitung der Fraktion Christlicher Gewerkschafter präsentiert wurde, verursachte bei der SPÖ großen Widerspruch. Gehrer sprach davon, in Schulen Verhaltensvereinbarungen durch die Schulpartner festlegen zu lassen, die dann für eine Schule verbindlich sein sollten. Die Christlichen Gewerkschafter hatten Kritik an der antiautoritären Erziehung geübt. SPÖ-Bildungssprecher Antoni vermutete dahinter ebenfalls die Handschrift der Bildungsministerin. Er warf ihr indirekt vor, mit antiquierten Vorschlägen auf ein Lernen in autoritärer und angstmachender Atmosphäre abzuzielen, während er sich für mehr Demokratie in den Schulen aussprach und sich ein Lernen

---

[734] Vgl. Gehrer, Elisabeth; Schüssel, Wolfgang: Das ÖVP-Bildungsprojekt für das 21. Jahrhundert. S.35-40.
Der Standard, 24.11.1998. S.8.
Die Presse, 31.7.1999. S.7.

[735] Vgl. Der Standard, 23.1.1999. S.6.

[736] Vgl. Die Presse, 16.4.1999. S.8.
Die Presse, 17.4.1999. S.9.
Gehrer, Elisabeth; Schüssel, Wolfgang: Das ÖVP-Bildungsprojekt für das 21. Jahrhundert. S.61.

[737] Vgl. Der Standard, 4.6.1999. S.8

durch Freude wünschte.[738] In der Programmatischen Schrift „Das ÖVP Bildungsprojekt für das 21. Jahrhundert“ legte die Volkspartei erneut ein Bekenntnis zur Vielfalt der Schularten (Hauptschule, Allgemeinbildende Höhere Schulen, Berufsbildende (Höhere) Schulen) und damit verbunden auch zu einer getrennten Ausbildung der Lehrer ab.[739]

5.2 Schulbücher

Im September 1991 wurde bekannt, dass es im Familienministerium von Ruth Feldgrill-Zankel (ÖVP) Überlegungen gab, die Gratisschulbuchaktion abzuschaffen und stattdessen je nach besuchtem Schultyp eine gestaffelte Beihilfe auszuzahlen. Dies sollte die Verwaltung der Gelder aus dem Familienlastenausgleichfonds, aus dem ja auch die Schulbuchaktion bezahlt wurde, vereinfachen. Obwohl es sich nur um eines von mehreren ausgearbeiteten Reformmodellen handelte, war der Protest aus der SPÖ ausgesprochen scharf. Ihre Vertreter befürchteten, dass durch diese Maßnahme besonders ärmere Familien leiden würden. SPÖ-Familiensprecherin Traxler bezeichnete laut der Zeitung „Der Standard“ die Familienpolitik von Feldgrill-Zankel als „Schande für Österreich“.[740] Die Idee wurde nicht mehr weiter verfolgt.

Im Jänner 1995 brach ein heftiger Konflikt aus, als Unterrichtsminister Busek (ÖVP) und Familienministerin Moser (ÖVP) einen Gesetzesentwurf in Begutachtung schickten, der einen zehnprozentigen Selbstbehalt für Schulbücher vorsah. Die Vertreter der SPÖ befürchteten einen Abbau der Chancengleichheit im Bildungssystem, da diese Maßnahme ihrer Ansicht nach vor allem einkommensschwache Familien getroffen und einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand bedeutet hätte. Im Familienministerium hielt man im Gegensatz dazu sogar Ausnahmen für sozial Schwache für administrierbar und finanzierbar. SPÖ-Bildungssprecher Niederwieser schlug stattdessen vor, per Erlass das Limit für Bücher pro Schüler zu senken und kündigte die Erarbeitung von sozial ausgewogenen Einsparungsmodellen durch seine Partei an.[741] Aus SPÖ-Organisationen für Jugendliche und Lehrer kam auch Protest gegen die geplante Einführung der sogenannten Schulbuchlade,[742] da diese nur einen zu großen Verwaltungsaufwand bringen würde.[743] In der Nati-

[738] Vgl. Die Presse, 10.9.1999. S.10.
[739] Vgl. Gehrer, Elisabeth; Schüssel, Wolfgang: Das ÖVP-Bildungsprojekt für das 21. Jahrhundert. S.35-40.
[740] Vgl. Der Standard, 27.9.1991. S.6.
Die Presse, 28.9.1991. S.5.
[741] Vgl. Die Presse, 11.1.1995. S.6.
Der Standard, 11.1.1995. S.6.
[742] In der „Schulbuchlade“ sollten gebrauchte, aber noch verwendbare Bücher gelagert und nachkommenden Schüler zur Verfügung gestellt werden.

onalratsdebatte vom 30. März 1995 erklärten beide Parteien ihre diesbezüglichen Standpunkte. Für die ÖVP Josef Höchtl:

> „Derzeit sind rund 1,1 Milliarden Schilling für Schulbücher im Budget veranschlagt. Mit einem Anreizsystem, das wir gemeinsam gestalten wollen, wäre ohneweiters ein Betrag von 200 bis 250 Millionen Schilling pro Jahr einsparbar; ein Anreizsystem, das natürlich auch den Schulen, die sich zu derartigen Sparmaßnahmen entschließen, die Chance geben soll, einen Teil dieser eingesparten Gelder für ihre eigenen Schulprojekte zu verwenden.
>
> Ich sehe in der Errichtung derartiger Schulbuchladen folgende Vorteile:
>
> Ich sehe erstens einmal den nicht zu unterschätzenden Spareffekt. Wie gesagt: 200 bis 250 Millionen Schilling könnten gespart werden.
>
> Ich sehe einen erzieherischen Effekt, weil der junge Mensch mit Gütern, die ihm anvertraut werden, verantwortungsvoll umzugehen lernt.
>
> Ich sehe einen Umwelteffekt, nämlich die Abkehr vom Wegwerfbuch.“[744]

Für die SPÖ Brunhilde Fuchs:

> „Im Bereich der Schulbuchaktion ist die geplante Einführung eines 10prozentigen Selbstbehaltes aus Sicht der Sozialdemokratie keine erfreuliche Sache. Unbedingt verhindert werden muß aber, daß nach der Einführung dieses Selbstbehaltes Schritte in Richtung Einführung der Schulbuchlade kommen, so wie dies von Herrn Minister Busek bereits öfters angekündigt wurde.
>
> Wären Schulbücher gratis künftig nur noch in gebrauchter Form – eben in der Schulbuchlade – vorhanden, würde damit die Ungleichheit von Kindern unterschiedlicher sozialer Schichten auch schon in der Schule zementiert: Kinder reicherer Eltern hätten die Möglichkeit, sich neue Schulbücher anzuschaffen, Kinder ärmerer Eltern müßten bald mit alten und oft überalteten Lernbehelfen das Auslangen finden.
>
> Es gibt Berechnungen, die besagen, daß sich ein in der Schulbuchlade befindliches Buch erst nach 15 Jahren amortisiert. Die Herstellungskosten steigen aufgrund geringerer Auflagezahlen und besserer Verarbeitungsqualität, durch den zusätzlichen administrativen Aufwand der Schulbuchladenverwaltung sind auch keine Kostenersparnisse zu erwarten.“[745]

Im Mai des Jahres war allerdings klar, dass der Selbstbehalt bereits im kommenden Schuljahr eingehoben werden würde. Grund für die widerwillige Zustimmung der SPÖ war der Zwang zum Sparen bzw. zur Reduktion von Ausgaben *(vgl. Kap. 2.11 Budget 1996 mit Koalitionsbruch)*. Allerdings sollten im Jahr darauf – früher war das aufgrund der Verträge mit den Schulbuchverlagen nicht möglich gewesen – die Einsparungen über Reduktion der Schulbuchanzahl und nicht mehr über die Elternbeiträge erfolgen bzw. über andere schulautonom zu beschließende Wege. Diese Lösung hatten Bildungsministerin Gehrer und Familienministerin Moser (beide ÖVP) – Letztere war als Verwalterin des FLAF rechtlich für die Schulbuchaktion verantwortlich – gemeinsam gefunden, um das vorgegebene Sparziel von 120 Millionen Schilling zu erreichen. Die SPÖ akzeptierte

---

[743] Vgl. Die Presse, 7.2.1995. S.6.
[744] Höchtl, Josef. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 29/NRSITZ (XIX. GP). S.14f.
[745] Fuchs, Brunhilde. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 29/NRSITZ (XIX. GP). S.55.

zwar, kritisierte aber die Vorgangsweise als Verwirrspiel.[746] In den weiteren Stellungnahmen der Parteien zeigte sich, dass prinzipiell beide die Gratisschulbuchaktion beibehalten wollten und die Selbstbehalte als befristete Maßnahme ansahen (mittlerweile sprachen beide von zwei Jahren). Einig waren sie sich auch darüber, dass die Schulen autonom bei den Schulbüchern sparen sollten. Ein wesentlicher Unterschied war jedoch, dass die SPÖ laut ihrem Schulsprecher Niederwieser die Wiederverwendung von Schulbüchern (bis auf Ausnahmefälle) ablehnte, die ÖVP hingegen die Schulbuchlade so weit wie möglich ausbauen wollte.[747] Wenige Wochen, nachdem diese Standpunkte noch einmal der Öffentlichkeit präsentiert worden waren, näherte sich die SPÖ doch den Vorstellungen des Koalitionspartners an. Der Abgeordnete Antoni präsentierte ein Konzept, das auf der Zweiteilung der Schulbücher basierte. Ins Schülereigentum sollten demnach Wörterbücher und Grundbücher in Sprachen, Mathematik und Realiengegenständen übergehen. Die anderen, wie Lesebücher, Atlanten, Bestimmungsbücher und EDV-Materialien, wären im Besitz der Schule geblieben.[748]

Im Mai 1997 kündigte Familienminister Bartenstein an, das Schulbuchbudget für die kommenden zehn Jahre einzufrieren, um die Kosten von 1,2 Milliarden Schilling nicht noch weiter ansteigen zu lassen. Stattdessen sollte das viel diskutierte Verleihsystem mit gebrauchten Büchern eingeführt werden. Davon sollten 50 Prozent der Bücher betroffen sein. SPÖ-Familiensprecherin Mertel befürchtete, dass durch diese Maßnahmen Schüler aus wohlhabenderem Elternhaus bevorzugt würden, da diese von den Eltern mit mehr und neueren Schulbüchern ausgestattet werden könnten.[749] Im Dezember 1997 einigten sich die Verhandler von SPÖ und ÖVP auf das neue Schulbuchsystem: Der Schulgemeinschaftsausschuss sollte von nun an über die Einführung eines Verleihsystems entscheiden. Der Selbstbehalt sollte mit zehn Prozent des für eine Schulart festgesetzten Höchstbetrages fixiert werden (bisher konnte er unter gewissen Umständen auch gesenkt werden). Bis zum Jahr 2001 sollte der Gesamtaufwand des Bundes für die Schulbuchaktion nicht über den aktuellen Betrag von 1,2 Milliarden Schilling steigen.[750]

---

[746] Vgl. Kleine Zeitung, 21.5.1995. S.3.
Kleine Zeitung, 23.5.1995. S.2.
Der Standard, 23.5.1995. S.7.
Kleine Zeitung, 29.5.1995. S.2.

[747] Vgl. Der Standard, 8.9.1995. S.6.

[748] Vgl. Die Presse, 19.10.1995. S.7.

[749] Vgl. Der Standard, 10.5.1997. S.5.

[750] Vgl. Die Presse, 5.12.1997. S.10.

5.3 Schülerfreifahrt

Nicht klar verliefen die Fronten bei der Diskussion um die Beschneidung der Schülerfreifahrt. Die Koalitionsparteien hatten sich für das Budget 1994 darauf geeinigt, die Schülerfreifahrt für innerstädtische Strecken unter zwei Kilometern abzuschaffen. Zuerst distanzierten sich große Teile der SPÖ von dem Vorhaben (nicht so Finanzminister Lacina), dann gab es auch innerhalb der ÖVP Kritik daran. Vor allem das Sicherheitsargument spielte bei beiden eine Rolle. Am 17. Dezember zogen beide Parteien den Antrag kurz vor der entscheidenden Plenarsitzung zurück und verwiesen ihn wieder an den Familienausschuss; nur die ÖVP-Wirtschaftsvertreter und die Abgeordnete Rosemarie Bauer waren gegen die Rücknahme. ÖVP-Klubobmann Neisser zeigte sich verärgert über die SPÖ, da diese Anfang des Monats den Antrag sogar selbst im Familienausschuss eingebracht und dafür gestimmt hatte. Er vermutete hinter dem Meinungsschwenk den Druck der Städte Wien und Linz (beide von der SPÖ regiert), die Einnahmenverluste für ihre Verkehrsbetriebe fürchteten. Von der ÖVP gab es generell Kritik daran, dass die aus dem FLAF finanzierten Jahreskarten für Wiener Schüler mehr kosteten als Jahreskarten für Erwachsene. Als Lösung des Problems konnte sich die ÖVP-Generalsekretärin Korosec vorstellen, dass die 200 Millionen Schilling an möglichen Einsparungen durch die umstrittene Maßnahme nicht mehr wie bisher aus dem FLAF, sondern aus dem Bundesbudget kommen sollten.[751]

Ähnlich verlief die Diskussion im Februar 1995. Familienministerin Moser (ÖVP) erarbeitete einen Gesetzesentwurf, der nicht nur den im Koalitionsabkommen akkordierten Selbstbehalt von 10 Prozent[752] bei der Schülerfreifahrt, sondern auch deren Wegfall bei Schulwegen unter 1,5 Kilometer im innerstädtischen Bereich für Kinder ab der fünften Schulstufe enthielt. Die SPÖ lehnte diese Sparmaßnahme ab. SPÖ-Familiensprecherin Mertel begründete dies mit der Gefährdung der Kinder im Verkehr, mit höherer Verkehrsbelastung durch gesteigerten Individualverkehr und mit einer höheren gesundheitliche Gefährdung. Die ÖVP wiederum argumentierte, dass den Kindern am Land solche Schulwege bereits jetzt zugemutet würden. Einig waren sich die Parteien hingegen darin, dass die ÖBB nicht mehr wie bisher durch 500 Millionen Schilling aus dem FLAF quer-

[751] Vgl. Die Presse, 17.12.1993. S.6.
Der Standard, 17.12.1993. S.9.
Die Presse, 18.12.1993. S.6.
Der Standard, 18.12.1993. S.5.

[752] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1994. S.45.

subventioniert werde sollte.[753] Zu einem „Schulweg-Lokalaugenschein“ zu dem die ÖGB-Frauensekretärin Karlsson (SPÖ) eingeladen hatte, kam die Familienministerin trotz vorheriger Zusage nicht. Als Grund führte sie die zufällige Auswahl des Weges an. Karlsson zeigte sich darüber verärgert.[754] Schließlich gelang es der SPÖ, die Familienministerin von der Rücknahme des Vorschlages zu überzeugen.[755]

5.4 Ferienordnung

Die Idee von Unterrichtsminister Scholten, den Bundesländern eine Sommerferienwoche nach den eigenen Vorstellungen zu verschieben, lehnte ÖVP-Schulsprecher Schäffer für seine Partei ab. Er befürchtete, dass durch mangelnde Koordination zwischen den Bundesländern die Unzufriedenheit steigen würde und verwies dabei auf Probleme bei der Semesterferienregelung. Scholten wollte mit seinem Vorschlag einer Umfrage Rechnung tragen, die prinzipiell große Zufriedenheit mit der geltenden Ferienordnung attestierte, aber einen starken Wunsch nach Herbstferien in den westlichen Bundesländern erkennen ließ. Die SPÖ stand hinter der Initiative ihres Unterrichtsministers, aber auch Staatssekretärin Fekter von der ÖVP begrüßte den Vorschlag.[756]

Bei einer parlamentarischen Enquete im September 1992 gab es eine grundsätzliche Einigung zwischen allen im Parlament vertretenen Parteien, die Sommerferien um eine Woche zu kürzen und stattdessen Herbstferien um den 26. Oktober zu schaffen.[757]

Die Realisierung scheiterte daran, dass Minister Scholten einer Änderung des Schulzeitgesetzes nur dann zustimmen wollte, wenn damit allen Schulen die Möglichkeit eingeräumt würde, die Fünf-Tage-Woche einzuführen. Dagegen war die ÖVP, und deswegen konnte die Gesetzesvorlage nicht vom Ministerrat beschlossen werden.[758]

Im Mai 1995 hatte Bildungsministerin Gehrer bereits angekündigt, dass das neue Schulzeitgesetz noch in diesem Monat verabschiedet würde. Dadurch sollten alle Schulen auf Beschluss des Schulgemeinschaftsausschusses (SGA) fünf schulfreie Tage zu selbst gewählten Zeitpunkten ansetzen können. Die SPÖ verhinderte aber die Novelle, da sie den Schulen freistellen wollte, ebenfalls mit Beschluss des SGA, eine Sommerferienwoche zu einer Herbstferienwoche umzuwandeln. Die Möglichkeit, die einzelnen schulautonom

[753] Vgl. Der Standard, 18.12.1993. S.5.
[754] Vgl. Der Standard, 22.2.1995. S.6.
[755] Vgl. Der Standard, 16.3.1995. S.6.
[756] Vgl. Die Presse, 29.4.1992. S.4.
Der Standard, 29.4.1992. S.7.
[757] Vgl. Der Standard, 18.9.1992. S.6.
[758] Vgl. Der Standard, 10.3.1994. S.7.

freien Tage zu Herbstferien zu kombinieren, war der SPÖ zu wenig.[759] Im Juni 1995 einigten sich die Koalitionsparteien im Unterrichtsausschuss des Nationalrates darauf, den Schulen per SGA-Beschluss das Recht zuzugestehen, die Fünf-Tage-Woche einzuführen und fünf Tage schulautonom freizugeben (und auch zu Herbstferien zu kombinieren).[760] Der Nationalrat beschloss diese Änderungen zum Schulzeitgesetz am 22. Juni 1995.[761]

5.5 Ethikunterricht

Bezüglich der Einführung eines Ethikunterrichts gab es eigentlich keinen richtigen Konflikt. Vielmehr handelte es sich dabei um prinzipielle Meinungsverschiedenheiten, die aber in keinen konkreten Verhandlungen ausgetragen wurden. In einer schriftlichen parlamentarischen Anfrage zu Schulversuchen mit dem Fach Ethik ließ Unterrichtsministerin Gehrer erkennen, dass sie eine Einführung des Faches als alternativen Pflichtgegenstand zu Religion befürwortete und plante.[762] SPÖ-Schulsprecher Niederwieser kritisierte an den Plänen, dass sich die Schüler von diesem Ethikunterricht nicht abmelden hätten können und dass für die Lehrer keine Ausbildung an den Universitäten, sondern lediglich Kurse an den Pädagogischen Instituten vorgesehen waren.[763] Im Schuljahr 1997/98 startete der Schulversuch Ethik als Ersatzpflichtfach an acht Schulstandorten.[764]

Im Juli 1998 verlangte die SPÖ, im Gegensatz zu den Plänen von Unterrichtsministerin Gehrer, den Besuch des Ethikunterrichts allen Schülern – also auch denen, die sich nicht vom Religionsunterricht abgemeldet hatten – freizustellen. ÖVP-Klubobmann Khol wollte den Besuch nur konfessionslosen Schülern öffnen. Eine Realisierung sahen aber alle Diskutanten erst für die folgende Legislaturperiode vor.[765] Offiziell erklärten ÖVP-Obmann Schüssel und Bildungsministerin Gehrer die Einführung des Ethikunterrichts als alternativen Pflichtgegenstand mit der Herausgabe des Buches „Das ÖVP-Bildungsprojekt für das 21. Jahrhundert“ zum Ziel ihrer Politik:

> „Ein ergänzendes schulisches Angebot über Sinn- und Wertfragen entspricht der Religionsfreiheit und gebührt jenen, die keinen konfessionellen Religionsunterricht besuchen. Wenngleich dieser Unterricht ‚in praktischer Philosophie‘ weltanschauungsneutral, aber nicht wertneutral angeboten wird, darf der Wert und die Wirkung des Religiösen nicht auf das Ethische reduziert werden. Dies liefe dem Selbstverständnis der Religionen zutiefst zuwider“[766]

[759] Vgl. Die Presse, 26.5.1995. S.7.
[760] Vgl. Kleine Zeitung, 14.6.1995. S.3.
[761] Vgl. Kleine Zeitung, 23.6.1995. S.4.
[762] Vgl. Anfragebeantwortung: 2159/AB (XX. GP)
[763] Vgl. Der Standard, 2.6.1997. S.5.
[764] Vgl. <http://www.sbg.ac.at/pth/people/bucher/evaluation.htm> (17.4.2010).
[765] Vgl. Der Standard, 4.7.1998. S.7.
Der Standard, 6.7.1998. S.6.
[766] Vgl. Gehrer, Elisabeth; Schüssel, Wolfgang: Das ÖVP-Bildungsprojekt für das 21. Jahrhundert. S.79.

5.6 Lehrlingsausbildung und Polytechnischer Lehrgang

Im September 1993 machten Bundeskanzler Vranitzky und Unterrichtsminister Scholten den Vorschlag, die Berufsschulzeit von einem auf zwei Tage pro Woche zu verdoppeln. Wirtschaftsminister Schüssel lehnte diese Idee ab, weil er befürchtete, dass der Anreiz für Betriebe, Lehrlinge einzustellen, damit kleiner werden würde. Die langfristige Konsequenz daraus wäre seiner Ansicht nach ein Facharbeitermangel gewesen.[767]
Im Zusammenhang mit dem oben dargestellten Streit über die Schülerfreifahrt gab es auch Differenzen bei der Freifahrt für Lehrlinge. Familienministerin Moser wollte den Lehrlingen keine Freifahrt für Wegstrecken unter 1,5 km zugestehen, obwohl sie diese Grenze für Schüler fallen gelassen hatte *(vgl. Kap. 5.3 Schülerfreifahrt)*. SPÖ-Familiensprecherin Mertel verlangte aber die Freifahrt auch für diese Strecken, da sie es als unfair empfand, Lehrlingen etwas nicht einzuräumen, was die Schüler sehr wohl bekamen. Die Familienministerin erklärte hingegen, dass es 15-Jährigen zuzumuten wäre, 1,5 km zu Fuß zurückzulegen.[768]

Im März 1994 unternahmen die Koalitionsparteien einen Versuch, die Berufsschulen und den Polytechnischen Lehrgang (PL) zu reformieren. Die ÖVP legte dafür ein Konzept vor, das vorsah, die Berufsorientierung (eine der Hauptaufgaben des PL) gänzlich in die Hauptschule zu verlegen und dafür den PL für die Berufsgrundbildung und die fachpraktische Ausbildung in einem zu wählenden Fachbereich umzugestalten. Vom PL sollte dann der Übertritt in eine berufsbildende mittlere Schule möglich sein (Ausnahme: technische Fachschulen und Tourismusschulen). Außerdem war er als Vorstufe für die Berufsschulen gedacht. Die neu zu schaffende „Berufsschule Plus“ sollte eine fachliche Vertiefung und die Qualifikation zum Übertritt in die Fachhochschulen vermitteln. Parallel dazu sollte die Berufsschule in ihrer bisherigen Form bestehen bleiben.[769] Zwischen den Koalitionsparteien gab es rasch eine Einigung darauf, die Berufsschulen zweigleisig zu führen, wobei das zweite Gleis direkt zur Berufsreifeprüfung (Übertrittsvoraussetzung für die künftigen Fachhochschulen) führen sollte. Die Einbindung des PL als Vorstufe für die Berufsschulen lehnte Unterrichtsminister Scholten allerdings ab. Er wollte statt dessen den PL-Absolventen das Überspringen des ersten Berufsschuljahres ermöglichen.[770]

[767] Vgl. Die Presse, 24.9.1993. S.8.
[768] Vgl. Der Standard, 16.3.1995. S.6.
[769] Vgl. Die Presse, 12.3.1994. S.6.
[770] Vgl. Die Presse, 19.3.1994. S.7.

Keine Einigkeit gab es auch darüber, den Englischunterricht in den Berufsschulen einzuführen. Die SPÖ war dafür, die ÖVP dagegen.[771]

Als die Situation am Lehrstellenmarkt schwieriger wurde, versuchte die Regierung, Wege zu finden, mit denen man Betriebe zur vermehrten Aufnahme von Lehrlingen bewegen könnte. Dabei prallten zwei konträre Ansätze aufeinander. Die SPÖ wollte dies über eine Solidarabgabe von Betrieben ohne Ausbildungsplätze erreichen, die ÖVP hingegen (wie auch die FPÖ) mit steuerlichen Erleichterungen für Betriebe, die Lehrlinge ausbildeten. Wirtschaftskammer-Generalsekretär Stummvoll schlug weiters vor, die Lehrlinge wie Schüler über die Eltern mitversichern zu lassen, was für die Wirtschaft ebenfalls eine Erleichterung gewesen wäre. Als Bundeskanzler Vranitzky Anfang November Schulabgängern eine Art Arbeitsplatzgarantie gab, kritisierte ihn ÖVP-Generalsekretär Karas scharf. Er warf Vranitzky vor, falsche Hoffnungen zu schüren und die Souveränität der Betriebe an sich reißen zu wollen.[772] Im März 1997 fanden die die Koalitionspartner gemeinsam mit den Sozialpartnern eine Lösung: Für Lehrlinge sollten die Dienstgeber künftig keinen Krankenkassenbeitrag mehr zahlen müssen. Zum Ausgleich wurde der Unternehmeranteil für Angestellte um 0,1 Prozent erhöht. Laut Vizekanzler Schüssel sollten sich Betriebe durch diese Maßnahme pro Lehrling und Jahr 10.000 Schilling ersparen.[773]

Im Herbst des Jahres 1997 drehte sich die Diskussion um die Arbeitsbedingungen für Lehrlinge und darum, wie man die Aufnahme eines Auszubildenden verbessern könnte. Die ÖVP schlug vor, die zusammenhängende Wochenendruhe von 48 auf 43 Stunden zu verringern. Dadurch sollte gewährleistet werden, dass ein Lehrling, der am Samstag zum Beispiel bei einem Bäcker, Fleischer oder Konditor arbeitete, nicht automatisch am Montag frei haben müsste. Die SPÖ zeigte sich diesbezüglich gesprächsbereit, wollte aber keinesfalls, wie von der ÖVP geplant, diese Veränderung durch eine Gesetzesänderung, sondern nur über den Kollektivvertrag regeln. Generell lehnte sie den zweiten Vorschlag der ÖVP ab, demzufolge die Arbeitszeit für Jugendliche im Gastgewerbe von 22 auf 23 Uhr ausgedehnt werden sollte. Dies wäre laut Bundesgeschäftsführer Rudas eine überzogene Maßnahme. Seine Parteikollegin Sozialministerin Hostasch befürchtete, dass dadurch in der Gastronomie am Abend hauptsächlich Lehrlinge arbeiten würden, da diese billiger wären. Außerdem verlangte der kleinere Koalitionspartner, die Probezeit von

[771] Vgl. Die Presse, 30.3.1994. S.6.
[772] Vgl. Die Presse, 17.9.1996. S.7.
Kleine Zeitung, 17.9.1996. S.3.
Die Presse, 12.11.1996. S.7.
[773] Vgl. Kleine Zeitung, 5.3.1997. S.3.

Lehrlingen von zwei auf drei Monate zu verlängern.[774] Die ÖVP akzeptierte die kollektivvertragliche Regelung rasch. Nur bei der Erweiterung der Arbeitszeit in der Nacht blieben die Fronten hart.[775]

Streit gab es auch um eine Lehrlingsoffensive, die Bundeskanzler Klima angekündigt hatte. Dabei hatte er versprochen, dass kein 15-Jähriger ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz bleiben würde. Die ÖVP, allen voran Unterrichtsministerin Gehrer, fühlte sich nicht für die Realisierung zuständig. Die SPÖ erinnerte daran, dass sich Gehrer bei der Regierungsklausur Mitte Juni zur Schaffung von 5.600 Ausbildungsplätzen in ihrem Ressortbereich verpflichtet hatte. Die Unterrichtsministerin verwies auf 7.632 zusätzliche Schulplätze und betrachtete daher ihr Versprechen als erfüllt. SPÖ-Klubchef Kostelka wollte davon nur die 2.000 Plätze in den für diesen Bereich relevanten Schulen, nämlich den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen, anerkennen. Nun wurden nach Meinung der SPÖ für 3.000 Jugendliche Ausbildungsplätze gesucht. Bundeskanzler Klima wollte sie zunächst in Schulen unterbringen, was Gehrer für einen falschen Weg hielt, da die Betroffenen eben nicht in die Schule gehen, sondern eine Lehrstelle finden wollten. Nachdem die Bildungsministerin die Lehrlingsoffensive als Initiative des Bundeskanzlers und nicht als eine der Regierung bezeichnet hatte, waren die SPÖ-Vertreter so empört, dass sie den Koalitionsausschuss (ein Instrument zur Bereinigung schwerwiegender Koalitionskrisen) einberiefen. Die ÖVP betrachtete dies als übertriebene Vorgehensweise. Aus Verärgerung über die Reaktionen der ÖVP auf den Klima-Vorstoß brachte die SPÖ eine Novelle des Bundesvergabegesetzes gegen den Widerstand des Koalitionspartners im Nationalrat ein. Demnach hätten in Zukunft Betriebe, die Lehrlinge ausbildeten, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (unter der Schwelle für EU-pflichtige Ausschreibungen) bevorzugt werden sollen.[776] Zunächst bemühten sich aber noch die betroffenen Minister, Hostasch (SPÖ) für Soziales, Farnleitner (ÖVP) für Wirtschaft und Gehrer (ÖVP) für Unterricht, einen Konsens zu finden. Die ersten Verhandlungsrunden blieben allerdings erfolglos.[777] Am 18. November einigten sich die Koalitionspartner ohne Koalitionsausschuss auf einen Kompromiss. Zunächst sollte eine Studie ermitteln, welche der Jugendlichen, die als Arbeitssuchende gemeldet waren, auch tatsächlich einen Arbeitsplatz benötigten (manche wollten nur einen anderen) und für welche davon aufgrund ihres Alters überhaupt ein Schulplatz in Frage kommen würde. Beide Verhandlungsseiten

[774] Vgl. Der Standard, 25.10.1996. S.9.
Der Standard, 23.9.1997. S.1, 5.
[775] Vgl. Der Standard, 24.9.1997. S.6.
[776] Vgl. Die Presse, 15.11.1997. S.1.
Der Standard, 15.11.1997. S.6.
[777] Vgl. Die Presse, 18.11.1997. S.8.

gingen davon aus, dass die Zahl der tatsächlich unterzubringenden Jugendlichen wesentlich geringer war als die kolportierte Zahl. Die ÖVP stimmte im Gegenzug der SPÖ-Novelle des Vergabegesetzes zu, und der Wirtschaftsminister erklärte sich bereit, für die Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz Lehrlingsstiftungen zu gründen. Außerdem sollte mit den Sozialpartnern das duale Ausbildungssystem so verbessert werden, dass in Zukunft keine Notprogramme mehr gebraucht würden. Bundeskanzler und Vizekanzler versuchten die Schwere des Konflikts herunterzuspielen, während SPÖ-Klubobmann Kostelka der Überzeugung war, dass nur die Androhung eines Koalitionsausschusses die ÖVP zu der Einigung gebracht hätte.[778]

Die Verhandlungen über eine Reform des Berufsschul- und Lehrlingswesens gestalteten sich schwierig. Anfang Februar 1998 kam es zum ersten Schlagabtausch zwischen den Parteien. ÖVP-Generalsekretär Karas forderte von Bundeskanzler Klima das Ende seiner PR-Aktionen und die Zustimmung zu ÖVP-Vorschlägen, die sich auf die Änderung des Fördersystems, flexiblere Rahmenbedingungen für Betriebe mit Lehrlingsausbildung sowie gegen eine Verschulung der Lehren bezogen. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Rudas warf daraufhin seinerseits der ÖVP Polemik vor und bezichtigte die Wirtschaft, Reformen zu verhindern.[779] Ende März einigten sich die Sozialpartner auf einen Beschäftigungsplan für Jugendliche. Geplant war eine „Vorlehre" für minderqualifizierte Jugendliche. Die Berufsschulen sollten auch Lehrstellensuchende ausbilden, und durch eine Berufsmatura sollte Lehrabsolventen der Weg zur Universität frei gemacht werden.[780] Insgesamt wurden die Maßnahmen als „Nationaler Beschäftigungsplan" bezeichnet. Nun gab es aber massiven Widerstand von Unterrichtsministerin Gehrer gegen einen neuen Berufsschulzweig für Jugendliche ohne Lehrstelle. Entgegen den Berechnungen des ÖGB von zusätzlichen Kosten von 410 Millionen Schilling für ein Jahr ging man im Bildungsministerium von vier bis fünf Milliarden Schilling für vier Jahre aus. Grund für die Diskrepanz waren vor allem unterschiedliche Annahmen über die Zahl der Jugendlichen, die von dem Angebot Gebrauch machen würden. Gehrer sah außerdem auch organisatorische Probleme, da die Kompetenzen für die Berufsschulen zwischen Bund und Ländern aufgeteilt waren und daher Verfassungsänderungen notwendig gewesen wären. Erneut verlangte die ÖVP, über finanzielle Anreize die Unternehmen zur Einstellung von Lehrlingen zu motivieren. Zeitlicher Druck für eine Einigung bestand insofern, als der nationale Beschäftigungsplan bis zum 15. April der EU vorgelegt werden musste. Aufgrund

[778] Vgl. Die Presse, 19.11.19997. S.7.
Der Standard, 19.11.1997. S.7.
[779] Vgl. Die Presse, 2.2.1998. S.7.
[780] Vgl. Die Presse, 28.3.1998. S.1.

der Meinungsverschiedenheiten verschob die Regierung den Termin für die Beschlussfassung vom 1. auf den 15. April, also auf den letztmöglichen Zeitpunkt.[781] Nun musste rasch ein Kompromiss gefunden werden. Am 10. April gab es einen ersten Vorschlag, der von Experten beider Seiten ausgearbeitet worden war. Dieser sah vor, dass von den erwarteten 4.000 Lehrstellensuchenden 2.500 in Berufsvorbereitungslehrgängen an den Berufsschulen und 1.500 in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen („Lehrlingsstiftungen") untergebracht werden sollten. Außerdem war ein Steuerfreibetrag für Betriebe von 20.000 Schilling pro Lehrling für das erste Jahr geplant. Bezüglich der von Unterrichtsministerin Gehrer befürchteten Verfassungswidrigkeit sah der Verfassungsschutz des Bundeskanzleramtes keine Probleme.[782] Am 14. April einigten sich die Koalitionspartner grundsätzlich auf diesen Kompromiss, und am 15. April gab es gerade rechtzeitig noch eine Einigung über alle Details. Die Berufsschulen bekamen demnach nicht die Verantwortung für die Organisation der umstrittenen Lehrgänge (diese sollte von privaten Trägereinrichtungen wie Vereinen, Ausbildungszentren und Wirtschaftsförderungsinstituten übernommen werden), sondern stellten lediglich die Infrastruktur zur Verfügung. Dadurch waren die rechtlichen Bedenken der Bildungsministerin ausgeräumt. Prinzipiell waren die Lehrgänge auf das kommende Schuljahr beschränkt, nach einer vorgesehenen Evaluierung sollte aber eine Verlängerung möglich sein. Gehrer verpflichtete sich gleichzeitig, für das laufende und kommende Jahr je 50 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen, um Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr das Nachholen ihres Pflichtschulabschlusses zu ermöglichen.[783]

Im Jänner 1999 einigten sich die Regierungsparteien bei ihrer gemeinsamen Klausur in Bad Aussee auf die von der ÖVP geforderte Ausdehnung der steuerlichen Anreize auf die gesamte Lehrzeit.[784] Im März beschloss die Regierung sogar die Erhöhung des Lehrlingsfreibetrages von 20.000 auf 60.000 Schilling für alle Lehrverhältnisse, die bis Ende 2002 begonnen würden.[785]

---

[781] Vgl. Der Standard, 2.4.1998. S.17.
Der Standard, 14.4.1998. S.6.
[782] Vgl. Der Standard, 11.4.1998. S.25.
[783] Vgl. Der Standard, 15.4.1998. S.1.
Der Standard, 16.4.1998. S.17.
[784] Vgl. Der Standard, 14.11.1998. S.7.
Der Standard, 22.1.1999. S.7.
[785] Vgl. Die Presse, 24.3.1999. S.11.

5.7 Universitäten und (Fach-)Hochschulen

Ein erster, wenn auch nur sehr kurzer Konflikt über die Universitäten entzündete sich an einer Vorlage von Wissenschaftsminister Busek (ÖVP) für ein neues Universitätsorganisationsgesetz. Diese sah nämlich die Möglichkeit der Anerkennung von Studien an außeruniversitären Einrichtungen vor. Namens seiner Partei lehnte SPÖ-Klubobmann Fischer diesen Versuch, „private Hochschulen" zuzulassen, entschieden ab. Missfallen erregte auch der Vorschlag des Ministers, über einen Beirat Professorenberufungen direkt durchzuführen. Fischer begründete diese Ablehnung damit, dass sich aus seiner Sicht Busek bereits mehrmals über Gremien der Universität hinweggesetzt hatte.[786] Nach der deutlichen Ablehnung durch den Koalitionspartner und Protesten der Hochschülerschaft zog Busek den Versuch der Anerkennung außeruniversitärer Studien wieder zurück. Was jedoch in die Regierungsvorlage aufgenommen wurde, war ein universitärer Charakter für Kurse und Lehrgänge. [787]

Im August 1991 kritisierte SPÖ-Wissenschaftssprecher Stippel das Vorhaben Buseks, Entscheidungsgewalt des Ministeriums an die Universitäten abzugeben. Aus Sicht der SPÖ dürfte sich das Ministerium nicht auf eine Holdingfunktion zurückziehen. Stippel wollte zwar den Universitäten mehr Autonomie zugestehen, aber die finanziellen Mittel nach wie vor vom Ministerium verteilt wissen.[788] Bei der geplanten Reform der Studienbeihilfen waren sich die Koalitionsparteien zunächst darüber einig, dass künftig dafür ein Leistungsnachweis erforderlich sein sollte. Über diverse Ausnahmeregelungen wollten sie noch diskutieren.[789] Für die Vorbereitung der Universitätsorganisationsreform war eine eigene Kommission eingesetzt worden, in der auch Wissenschaftsminister Busek und SPÖ-Wissenschaftssprecher Stippel vertreten waren. In den nächsten Wochen distanzierte sich die SPÖ mehr und mehr von den Ergebnissen der Kommission. Die SPÖ-Politiker begründeten das aber nicht mit konkreten inhaltlichen Vorstellungen, sondern damit, dass die verschiedensten Universitätsgremien Widerstand zu unterschiedlichen Punkten angekündigt hatten. Der Mittelbau (Dozenten und Assistenten) und die Studenten befürchteten eine Verringerung ihres Mitspracherechtes. Deutlich lehnte die SPÖ die Schaffung eines Kuratoriums ab, das zwischen Ministerium und Universitäten angesiedelt sein sollte. Aus Sicht der SPÖ sollte der Minister die klare politische Verantwortung

[786] Vgl. Der Standard, 18.11.1989. S.7.
[787] Vgl. Der Standard, 19.12.1989. S.7.
Bartik-Kneifl, Sabine: Die Hochschulpolitik in Österreich. S.55.
[788] Vgl. Der Standard, 8.8.1991. S.6.
[789] Vgl. Der Standard, 21.3.1992. S.7.

für die Universitäten übernehmen und nicht auf eine andere Einrichtung abschieben.[790] Prinzipiell wollte die SPÖ den Machteinfluss des Ministeriums auf die Universitäten, den ihre Minister aufgebaut hatten, um die „konservativen" Universitäten nach ihren Vorstellungen zu reformieren, nicht durch eine Autonomie zu stark unterhöhlt wissen. Denn die Macht der Ministerien war gleichzeitig eine Macht des Nationalrates.[791]

Groß war die Überraschung in der ÖVP, als die SPÖ vor dem entsprechenden Sozialausschuss die Streichung des Leistungsnachweises für Studenten forderte, die bei den Eltern krankenversichert waren oder Waisenpension bezogen. Nach kurzen Verhandlungen zog die SPÖ den Antrag wieder zurück.[792] Mitte November konnte die parlamentarische Arbeitsgruppe der Koalition doch eine Einigung verkünden. Den Universitäten sollte mehr Autonomie (z.B. ein Satzungsrecht) eingeräumt werden. Außerdem war eine überuniversitäre Koordinationsstelle geplant, deren rechtliche Stellung allerdings noch nicht ausgemacht war.[793]

Im Diskussionsprozess zur Errichtung von Fachhochschulen gab es unterschiedliche Zugänge: Während die ÖVP die Befriedigung wirtschaftlicher Bedürfnisse im Vordergrund sah, erwartete sich die SPÖ eine Erhöhung der Bildungschancen für Lehrabsolventen. Die formalen Differenzen konnten jedoch relativ rasch ausgeräumt werden. Ursprünglich war die ÖVP gegen und die SPÖ für die Zulassung von Maturanten an den Fachhochschulen. Beide Parteien wollten einen, allerdings unterschiedlich konzipierten, vorbereitenden Lehrgang für Lehrabsolventen installieren. Die Lösung war ein Kompromiss: Absolventen von berufsbildenden (nicht höheren) Schulen sollten in ihrem Fach eine Fachhochschule besuchen können, wären aber zu ergänzenden Prüfungen während des Studiums verpflichtet gewesen. Die Pädagogischen- und Berufspädagogischen Akademien sowie die Militärakademie wurden nicht in das Fachhochschulkonzept eingebunden, wie das die SPÖ gewünscht hatte. Hier hatte sich die ÖVP durchgesetzt.[794]

Die ÖVP wollte zunächst kein eigenes Organisationsgesetz, um möglichst flexibel agieren zu können, die SPÖ hingegen hatte sich hauptsächlich aus dienstrechtlichen Gründen dafür ausgesprochen. Die Einigung sah eine Genehmigungspflicht für die Organisationsform durch den Fachhochschulrat vor.

---

[790] Vgl. Der Standard, 4.7.1992. S.6.
Die Presse, 15.7.1992. S.5.
[791] Vgl. Bartik-Kneifl, Sabine: Die Hochschulpolitik in Österreich. S.52.
[792] Vgl. Der Standard, 7.7.1992. S.5.
[793] Vgl. Der Standard, 14.11.1992. S.5.
[794] Vgl. Schmid, Gerhard: Schulpolitik im Wandel. S.120-124.

Außerdem hatte Busek vorgehabt, die Letztverantwortung über die Genehmigung oder Ablehnung einer Fachhochschule dem Fachhochschulrat zu übergeben. Die SPÖ wollte hingegen die politische Verantwortung beim Wissenschaftsminister sehen. Zusammengeführt wurden die Standpunkte folgendermaßen: Der Fachhochschulrat sollte über Genehmigung oder Abweisung eines Fachhochschulantrages entscheiden. Der Wissenschaftsminister hätte diesem Entschluss in Absprache mit dem Unterrichtsminister zustimmen oder ihn ablehnen müssen.[795] Überraschenderweise gab es von der SPÖ keinen Widerstand dagegen, auch „private Erhalter" Fachhochschulen gründen und führen zu lassen.[796]

Im Juli 1993 sprachen sich SPÖ-Wissenschaftssprecher Stippel und SPÖ-Bildungssprecher Seel gegen das geplante Universitätsorganisationsgesetz 1993 aus. Als Grund nannten sie, dass darin den Assistenten und Dozenten zu wenig Mitspracherecht eingeräumt worden wäre. Wissenschaftsminister Busek zeigte sich über die Ablehnung des nach seinen Angaben akkordierten Gesetzesentwurfes überrascht und sprach sich gegen Änderungen aus, da die neue Autonomie auf die Verantwortung einzelner Personen (Rektor, Dekan) aufgebaut worden wäre.[797]

Im Juli 1994 kam es zu einem Konflikt auf einer ganz anderen Ebene. Innenminister Löschnak (SPÖ) und Wissenschaftsminister Busek stritten um die Frage, ob ausländische Studenten aus der Ausländerquote herausgenommen werden sollten *(vgl. Kap. 15.2 Ausländer)*.

Den von Wissenschaftsminister Scholten (SPÖ) vorgelegten Entwurf eines neuen Universitätsgesetzes lobte ÖVP-Wissenschaftssprecher Lukesch namens seiner Partei im Großen und Ganzen. Kritik meldete er aber am Vorhaben der Verkürzung von kulturwissenschaftlichen Studien (z.B. Geschichte, Philosophie, Politikwissenschaften usw.) auf sechs Semester an, da er damit die Berufschancen der Absolventen schwinden sah, und außerdem an dem Vorhaben, dass künftig Absolventen des Medizinstudiums nicht mehr mit dem Doktor-, sondern Magister-Titel abschließen sollten. Absoluten Widerstand setzte Lukesch gegen den geplanten Ersatz der fünfteiligen Notenskala durch die Beurteilungen „ausgezeichnet", „bestanden" und „nicht bestanden". Schließlich wollte er die Um-

[795] Vgl. Der Standard, 21.11.1992. S.7.
Die Presse, 23.11.1992. S.4.
[796] Vgl. Bartik-Kneifl, Sabine: Die Hochschulpolitik in Österreich. S.52.
[797] Vgl. Die Presse, 13.7.1993. S.6.

setzung der Reform, statt wie von Scholten geplant im Jahr 1996, erst 1997 realisieren, um den Universitäten Zeit für die Umstellung zu geben.[798]

Nach einem größeren Sparpaket, das durch Auflagen für den Bezug der Familienbeihilfe und den Wegfall der Freifahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln die Studenten finanziell getroffen hatte, versuchte Familienministerin Moser (ÖVP), die Zuverdienstgrenze für diese von 3.500 auf 5.000 bis 5.500 Schilling pro Monat zu heben. Finanzminister Klima (SPÖ) lehnte das allerdings ab.[799]

Der Vorschlag von Wissenschaftsminister Scholten, die Familienbeihilfe für Studenten von 1.850 auf 1.550 Schilling zu kürzen und dafür unabhängig von der Mindeststudiendauer auszubezahlen, stieß bei der ÖVP auf strikte Ablehnung. Erstens, weil laut Vizekanzler Schüssel und Klubobmann Khol kinderreiche Familien besonders darunter gelitten hätten, und zweitens, weil das Leistungsprinzip dadurch ausgeschaltet worden wäre. Außerdem meinte der neue Familienminister Bartenstein, wäre es ja den Betroffenen möglich, die Differenz für später anzusparen.[800] Der Vorschlag der SPÖ, bei den Studien einen Zwischenabschluss einzuführen, der Absolventen zum Tragen des Titels „Bachelor" berechtigen sollte, fand bei der ÖVP keinen Gefallen. Wissenschaftssprecher Lukesch bezeichnete die Idee als oberflächliche Reform.[801] Dabei spielte auch das Verhältnis Pädagogische Akademien zu Universitäten bzw. Hochschulen eine Rolle *(vgl. Kap. 5.1 Schulsystem)*.

Bei der Reform des Wahlgesetzes für die Österreichische Hochschülerschaft setzte die ÖVP gegen die SPÖ durch, dass nur Studenten aus dem EWR (Europäischer Wirtschaftsraum), nicht aber andere ausländische Studenten das passive Wahlrecht erhalten würden.[802]

Ein Scharmützel zwischen Unterrichtsministerin Gehrer und Wissenschaftsminister Einem entzündete sich an einer Aussage des Letzteren bei einer Veranstaltung des VSStÖ (Verein der Sozialistischen Studenten/innen Österreichs). Er hatte dort der Ministerkollegin vorgeworfen, an den hohen Drop-Out-Raten der Universitäten Schuld zu sein, weil in den Schulen zu wenig Berufsinformation betrieben würde. Gehrer warf ihm im Gegenzug vor, die Entwicklung der letzten Jahre verschlafen zu haben, weil er offenbar übersehen hatte, dass sie 32 Stunden Berufsinformation pro Schuljahr in der siebten und achten

[798] Vgl. Die Presse, 11.7.1995. S.7.
[799] Vgl. Der Standard, 20.2.1996. S.5.
[800] Vgl. Der Standard, 19.3.1996. S.5.
[801] Vgl. Der Standard, 12.12.1997. S.6.
Der Standard, 28.10.1998. S.10.
[802] Vgl. Die Presse, 30.10.1998. S.8.

Schulstufe eingeführt hatte, außerdem war ihrer Ansicht nach das Angebot an Studien- und Berufsinformationsmessen ausreichend.[803]

Die Pläne von Wissenschaftsminister Casper Einem für das neue Universitätsakkreditierungsgesetz erregten bei der ÖVP Widerspruch. Entgegen den ursprünglichen Plänen wollte Einem nicht einen Akkreditierungsrat über die Zulassung von Privatuniversitäten entscheiden, sondern einen Beirat unverbindliche Empfehlungen abgeben lassen. Die Letztentscheidung sollte beim Ministerium verbleiben. Die ÖVP vermutete dahinter das Vorhaben, Privatuniversitäten möglichst zu verhindern. Zuvor hatte sich der kleinere Koalitionspartner dagegen gewehrt, dass im Akkreditierungsrat von acht Mitgliedern vier von der Rektorenkonferenz und vier vom Ministerium ernannt werden sollen. Dadurch hätten Vertreter der öffentlichen Universitäten über die Zulassung von Konkurrenten entscheiden können. Die ÖVP bestand aber auf der Ermöglichung von privaten Universitäten und verwies diesbezüglich auf das Koalitionsübereinkommen.[804] Die Verhandler fanden schließlich einen Kompromiss darin, die Genehmigung durch einen weisungsungebundenen Akkreditierungsrat erteilen zu lassen, dem Wissenschaftsminister aber ein Vetorecht einzuräumen.[805] Außerdem sollte der Ratsvorsitzende nicht allein vom Wissenschaftsminister, sondern von der gesamten Bundesregierung nominiert werden, und statt der Verpflichtung, die Hälfte des Rates (vier Sitze) mit Universitätsprofessoren zu besetzen, wurde nur festgeschrieben, dass das Kriterium für die Besetzung Kenntnisse des internationalen Hochschulwesens sein sollten.[806]

Bei der Einführung des Bakkalaureus-Titels gab es zwischen ÖVP und SPÖ unterschiedliche Auffassungen, wie das geschehen sollte. Wissenschaftsminister Einem wollte den Universitäten die Einrichtung des Bakkalaureats per Verordnung vorschreiben, die ÖVP setzte sich hingegen dafür ein, dies nur auf Vorschlag der einzelnen Universitäten zu tun.[807] ÖVP-Wissenschaftssprecher Lukesch konnte schließlich Caspar Einem von der Variante seiner Partei überzeugen.[808] Den Überlegungen des Wissenschaftsministers, auch an den Fachhochschulen den Bakkalaureus (FH) einzuführen, konnte die ÖVP nichts abgewinnen, da dies aus ihrer Sicht zu einer verwirrenden Titelvielfalt geführt

[803] Vgl. Die Presse, 20.3.1999. S.8.
[804] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Koalitionsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1996. S.45.
Die Presse, 12.5.1999. S.7.
[805] Vgl. Die Presse, 28.5.1999. S.7.
[806] Vgl. Die Presse, 8.6.1999. S.8.
[807] Vgl. Die Presse, 2.5.1999. S.7.
[808] Vgl. Der Standard, 28.5.1999. S.9.
Die Presse, 28.5.1999. S.7.

hätte.[809] Am 14. Juli beschloss der Nationalrat mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die gesamte Opposition das entsprechende Gesetz.[810]

Während der Koalitionsverhandlungen des Jahres 1999/2000, die schließlich erfolglos blieben, kam es noch zu einem Streit über die konkrete Besetzung des Akkreditierungsrates. Der ÖVP waren in den Vorschlägen zu wenige Österreicher enthalten, weswegen sie das Thema gegen den Willen der SPÖ von der Tagesordnung nehmen ließ.[811]

5.8 Studiengebühren

Erste Überlegungen, Studiengebühren einzuführen, wurden im Juni 1988 laut. Auslöser war eine entsprechende Forderung des Präsidenten der Forschungsförderungsgesellschaft. ÖVP-Klubobmann König sprang auf den Zug auf und überlegte, ob die Studiengebühren als Kredit des Bundes an die Studenten betrachtet werden könnten. Einige Jahre nach Beendigung des Studiums hätte dieser zurückgezahlt werden müssen. Als Vorteile einer solchen Regelung sah König die Tatsache, dass Maturanten sich besser überlegen hätten müssen, welches Studium sie beginnen sollten. Zur besseren Steuerung des Studentenstromes hätte die Wirtschaft Patenschaften für Studierende von besonders nachgefragten Studienrichtungen übernehmen sollen, um diese attraktiver werden zu lassen.[812] SPÖ-Klubobmann Fischer lehnte namens seiner Partei jegliche Überlegungen in Richtung Studiengebühren als „soziale Barrieren“ ab.[813]

Ablehnung aus der SPÖ gab es auch für den im März 1990 geäußerten Plan von Wissenschaftsminister Busek, die Studiengebühren für Ausländer an den Kunsthochschulen von 4.000 auf 8.000 Schilling zu erhöhen. SPÖ-Wissenschaftssprecher Stippel begründete das Nein seiner Partei mit der generellen Ablehnung jeglicher Art von Studiengebühren für in- und ausländische Studenten.[814] Außerdem äußerte SPÖ-Zentralsekretär Cap die Befürchtung, dass diese Maßnahme der Vorbereitung für die generelle Einführung von Studiengebühren dienen könnte. Gleichzeitig warf er Busek vor, keinen Überblick über die Drittmittelfinanzierung der Universitäten zu haben und in Studiengebühren den einfachsten Ausweg aus der finanziell angespannten Lage zu sehen.[815]

---

[809] Vgl. Der Standard, 4.6.1999. S.8.
[810] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates. 180/NRSITZ (XX. GP). 14.7.1999. S.60.
Der Standard, 15.7.1999. S.9.
[811] Vgl. Der Standard, 21.12.1999. S.8.
[812] Vgl. Die Presse, 18.6.1988. S.4.
[813] Vgl. Die Presse, 21.6.1988. S.4.
[814] Vgl. Die Presse, 10.3.1990. S.5.
[815] Vgl. Der Standard, 26.5.1990. S.6.

Überraschend kam im August 1991 die laut geäußerte Überlegung von Finanzminister Lacina (SPÖ), angesichts der Notwendigkeit von Sparmaßnahmen und höheren Einnahmen des Bundes Studiengebühren in Betracht zu ziehen. Ebenso überraschend war die Ablehnung der ÖVP, die allerdings bei Wissenschaftsminister Busek noch am moderatesten ausfiel. Innerhalb seiner eigenen Partei stand Lacina aber ohnehin alleine dar.[816]

Im November 1992 war die gewohnte Ordnung wieder hergestellt. Wissenschaftsminister Busek bezeichnete die Einführung von Studiengebühren als unumgänglich, und aus der SPÖ kamen scharfe Proteste sowie die Aufforderung an Busek, alles zu unternehmen, um diese „soziale Barriere" zu verhindern.[817] In dieselbe Richtung wie der Wissenschaftsminister stieß im Februar 1993 auch der ÖVP-Staatssekretär im Finanzministerium Ditz, mit demselben Erfolg.[818] Im April des Jahres schloss Bundeskanzler Vranitzky Studiengebühren für Universitäten und Fachhochschulen über die laufende Legislaturperiode hinaus dezidiert aus. ÖVP-Obmann und Vizekanzler Busek kritisierte die Einstellung und warf dem Bundeskanzler Populismus vor, da er gleichzeitig Beitragserhöhungen und Mehrleistungen in anderen Bereichen verlangt hatte. In der SPÖ blieb Finanzminister Lacina einziger prominenter Befürworter der Studiengebühren.[819]

Erst im September 1995 bei der Erstellung des Budgets für 1996 wurde das Thema wieder aktuell, ohne dass sich dabei Standpunkte oder Argumente verändert hatten. Die Position des Befürworters von Studiengebühren innerhalb der SPÖ übernahm nach dem Rücktritt von Finanzminister Lacina sein Nachfolger Staribacher.[820] Erwähnenswert ist auch der Sparvorschlag der Sozialpartner in dieser Diskussionsphase, die Familienbeihilfe für Studenten abzuschaffen. Das nahm Vizekanzler Schüssel zum Anlass, stattdessen die Einführung der Studiengebühren zu fordern.[821]

Den nächsten Vorstoß in diese Richtung unternahm ÖVP-Wissenschaftssprecher Lukesch im Juli 1996. Ihm schwebte das bereits 1988 diskutierte Darlehensmodell mit einem Semesterbeitrag von 5.000 bis 10.000 Schilling vor.[822]

Einen neuen Aspekt brachte ein Entwurf für das neue SPÖ-Bildungsprogramm im Oktober 1996 in die Diskussion ein. Dieser sah befristete Zuschläge im Rahmen der Steuerleistung für Akademiker vor, sobald sie eine überdurchschnittliche Einkommenshöhe

[816] Vgl. Die Presse, 20.8.1991. S.6.
[817] Vgl. Die Presse, 27.11.1992. S.5.
[818] Vgl. Der Standard, 18.2.1993. S.21.
[819] Vgl. Die Presse, 30.4.1993. S.4.
[820] Vgl. Kleine Zeitung, 20.8.1995. S.3.
[821] Vgl. Der Standard, 14.9.1995. S.5.
Der Standard, 23.9.1995. S.6.
[822] Vgl. Der Standard, 4.7.1996. S.4.

erreicht hatten.[823] Namens seiner Partei wies Familienminister Bartenstein den Vorschlag zurück und verlangte stattdessen die Einführung von Studiengebühren in der Höhe von 3.000 bis 5.000 Schilling. Die Akademikersteuer betrachte er als Angriff auf die Leistungsbereitschaft und als Klassenkampf, außerdem wies er darauf hin, dass Personen mit einem überdurchschnittlich hohen Verdienst ohnehin eine höhere steuerliche Belastung hätten.[824] Zwei Tage nach dem Bekanntwerden erklärten Bundeskanzler Vranitzky und der Vorsitzende des SPÖ-Bundesbildungsausschusses Hannes Swoboda, dass die Akademikersteuer lediglich eine von vielen Ideen war und mit Sicherheit nicht in das Programm ihrer Partei aufgenommen werden würde. Damit war die Diskussion beendet.[825] Die Kostenbeteiligung von Studenten und Akademikern an ihrer Ausbildung blieb bis Ende des Monats Oktober ein Thema. Dafür sorgte zunächst Vizekanzler Schüssel mit der Forderung nach sozial gestaffelten Studiengebühren.[826] ÖVP-Wissenschaftssprecher Lukesch forcierte erneut das Darlehensmodell, das er selbst in unmittelbarer Nähe der SPÖ-Akademikersteuer sah.[827] Ende Oktober kamen die Ergebnisse einer eigentlich bereits seit einem Jahr fertigen Studie an die Öffentlichkeit. Die Autoren der vom damaligen Wissenschaftsminister Busek in Auftrag gegebenen Studie sprachen sich darin für die Einführung von Studiengebühren aus. Wissenschaftsminister Scholten erklärte aber, dass es unter seiner Verantwortung keine Studiengebühren geben werde. Kurz nach dem Bekanntwerden der Studie brachte ÖVP-Bildungssprecherin Brinek eine neue Variante ins Spiel. Demnach hätten Absolventen, die die Mindeststudiendauer um ein bis zwei Toleranzsemester überschritten, die Studiengebühren als ein Darlehen zurückzahlen sollen.[828]

Eine erstmalige Aufweichung der SPÖ-Linie gab es mit der Ablöse von Wissenschaftsminister Scholten durch Caspar Einem. Zunächst lehnte er zwar noch öffentlich Studiengebühren ab, um dann aber doch zumindest für kommende Legislaturperioden darüber diskutieren zu wollen. Dabei zeigte er auch seine Präferenz für ein Einhebungsmodell über das Steuersystem. Sein Parteikollege SPÖ-Bildungssprecher Niederwieser betonte dabei, dass seine Partei auf alle Fälle jegliche sozialen Zugangshürden ablehne, aber eine Diskussion darüber befürworte. Nun zeigte sich wiederum die ÖVP in Person von Gertrude Brinek vorsichtiger. Auf alle Fälle wollte der kleinere Koalitionspartner eine Steu-

[823] Vgl. Die Presse, 9.10.1996. S.1.
[824] Vgl. Die Presse, 10.10.1996. S.6.
[825] Vgl. Die Presse, 12.10.1996. S.8.
[826] Vgl. Die Presse, 16.10.1996. S.1.
[827] Vgl. Die Presse, 24.10.1996. S.7.
[828] Vgl. Der Standard, 29.10.1996. S.6.

ererhöhung jeglicher Form verhindern.[829] Im April kehrten beide Parteien wieder auf ihre angestammten Positionen zurück. Die ÖVP forderte die Studiengebühren, und Wissenschaftsminister Einem lehnte diese strikt ab.[830]

Erfreut zeigte sich die ÖVP, als innerhalb der SPÖ über eine alte ÖVP-Idee, nämlich den "Bildungsscheck", diskutiert wurde. Dieses Modell sah vor, dass jedes Kind ein Scheckheft erhält. Mit den darin enthaltenen Gutscheinen hätte es dann Bildungsangebote wie Studium, Lehre oder Weiterbildungskurse konsumieren können, ohne dafür zu zahlen. Nach Konsumation aller Gutscheine wären weitere Bildungsangebote kostenpflichtig gewesen.[831] Innerhalb der SPÖ gab es prominente Befürworter (z. B. Wissenschaftssprecher Niederwieser und Wissenschaftsminister Einem) wie Gegner (Bundesgeschäftsführer Rudas) zu diesem Vorschlag.[832] Realisiert wurden zur Zeit der Großen Koalition weder Studiengebühren noch Bildungsscheck.

[829] Vgl. Die Presse, 6.2.1997. S.1, 7.
[830] Vgl. Die Presse, 9.4.1997. S.7.
Die Presse, 10.4.1997. S.8.
[831] Vgl. Die Presse, 5.9.1997. S.7.
[832] Vgl. Die Presse, 12.9.1997. S.7.

6 Gesundheit

6.1 Gesundheitssystem

Der erste Konflikt über die Finanzierung des Gesundheitswesens begann im Herbst 1987. Die Koalition hatte sich bereits auf einen Verpflegskostenbeitrag seitens der Patienten von 50 Schilling pro Tag bei Spitalsaufenthalten (ein ÖVP-Vorschlag) geeinigt. SPÖ-Klubobmann Fischer argumentierte dabei, dass der Kostenbeitrag vor allem Kleinverdiener treffen würde, womit ein sozialer Ausgleich notwendig werden würde. Dieser sollte mit einer Erhöhung der Höchstbemessungsgrundlage für die Krankenversicherung von 21.600 auf 26.400 Schilling erreicht werden. Die ÖVP lehnte das strikt ab, da aus ihrer Sicht dadurch nicht so sehr die Reichen als vielmehr der Mittelstand getroffen werden würde. Fischer drohte nach dieser Ablehnung damit, die Zustimmung zum Verpflegskostenbeitrag zurückzunehmen und dem Koalitionspartner die Verantwortung für ein dadurch höheres Budgetdefizit zu geben. Die Landeshauptleute, die ja mehrheitlich von der ÖVP gestellt wurden, sprachen sich übrigens gegen die Parteilinie für eine Erhöhung der Höchstbemessungsgrundlage aus, da sie nach eigenen Angaben 2,5 Milliarden Schilling für den Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds (Krazaf) benötigten.[833] Dennoch beschloss der ÖVP-Vorstand die Ablehnung jeglicher Erhöhungen der Krankenversicherungsbeiträge und schlug vor, 700 Millionen Schilling aus den Mitteln der Arbeitsmarktförderung abzuzweigen, weitere 700 Millionen aus den Reserven der Krankenkassen zu entnehmen, und weitere 600 Millionen sollte der geplante Verpflegskostenbeitrag einbringen. Gesundheitsminister Löschnak lehnte das rundweg ab, da aus seiner Sicht ab dem Jahr 1988 mit keinen Kassenüberschüssen mehr zur rechnen wäre und eine Abzweigung von Mitteln der Arbeitsmarktverwaltung für seine Partei überhaupt nicht in Frage käme. Er wollte stattdessen die Landeshauptleute dazu bringen, entweder ihre Forderungen um den fehlenden Betrag zu reduzieren oder die ÖVP zur Annahme der SPÖ-Vorschläge zu bringen. Andernfalls drohte nach seinen Aussagen eine generelle Erhöhung der Krankenkassenbeiträge.[834] Am 19. November gab die ÖVP nach und akzeptierte die Anhebung der Höchstbemessungsgrundlage auf das Niveau der Pensionsversicherung, also auf 27.600 Schilling (das bedeutete eine Mehrbelastung von bis zu 189 Schilling monatlich). Als Kompensation sollten die Beiträge zur Arbeitslosenver-

[833] Vgl. Die Presse, 13.10.1987. S.4.
Kleine Zeitung, 13.10.1987. S.4.
Die Presse, 17.11.1987. S.1.

[834] Vgl. Die Presse, 13.11.1987. S.4.

sicherung nur um 0,8 statt wie geplant um 1,0 Prozent angehoben werden. Der Erlös von 1,5 Milliarden sollte zusammen mit 200 Millionen aus den Verpflegskostenbeiträgen und 300 Millionen aus Reserven den Fehlbetrag im Krazaf decken.[835] In den Koalitionsverhandlungen des Jahres 1990 verlangte die SPÖ wieder die Abschaffung des Verpflegskostenbeitrags aus sozialen Gründen, allerdings ohne Erfolg.[836]

Im Herbst 1992 gab es wieder Meinungsverschiedenheiten um die Finanzierung des Gesundheitssystems, und zwar um die geplante Pflegevorsorge. Die SPÖ wollte das benötigte Geld, etwa acht Milliarden Schilling, über eine Erhöhung der Sozialbeiträge aufbringen. ÖVP-Obmann Busek bezeichnete das laut der Tageszeitung „Der Standard" als „klassenkämpferisch" und lehnte den Vorschlag namens seiner Partei ab, da von seinem Standpunkt aus eine noch stärkere Belastung der Unternehmen unzumutbar gewesen wäre. Stattdessen schlug er vor, bei den Versicherten eine Solidarabgabe von 0,6 Prozent einzuheben (das heißt 0,6% der Bemessungsgrundlage für die Pensionsversicherung, bei Freiberuflern vom Einkommensteuer-Äquivalent und bei Pensionisten von der Krankenversicherungs-Bemessungsgrundlage). Laut ÖVP-Berechnungen wären das für ASVG-Versicherte maximal 191 Schilling, für Pensionisten maximal 60 Schilling gewesen. Das trug ihm wiederum von SPÖ-Seite laut der Tageszeitung „Die Presse" den Vorwurf ein, „Klassenkampf von oben" zu praktizieren und „das geltende Sozialsystem zu unterlaufen".[837] Am Nationalfeiertag einigten sich Bundeskanzler Vranitzky und Vizekanzler Busek auf ein Sozialpaket, das auch die Pflegefinanzierung enthielt. Diese sollte durch eine Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge um 0,4 Prozent jeweils für Arbeitnehmer und Arbeitgeber erfolgen.[838] Die ÖVP musste sich von ihrem Wirtschaftsflügel für die Zustimmung zu dieser Finanzierung massive Kritik gefallen lassen.[839]

Anfang 1993 rückte das Thema Spitalsfinanzierung wieder vermehrt ins Rampenlicht. Allgemein anerkanntes Ziel war dabei, am 1. Jänner 1995 eine leistungsorientierte Finanzierung durchzusetzen. Dabei warfen einander Gesundheitsminister Ausserwinkler (SPÖ) und die ÖVP gegenseitig vor, am Stillstand der Arbeiten schuld zu sein. Die ÖVP sah als

[835] Vgl. Die Presse, 20.11.1987. S.4.
[836] Vgl. Die Presse, 8.11.1990. S.6.
[837] Vgl. Der Standard, 24.10.1992. S.26.
Die Presse, 24.10.1992. S.1, 4.
Kleine Zeitung, 24.10.1992. S.2.
[838] Vgl. Die Presse, 27.10.1992. S.1.
Kleine Zeitung, 27.10.1992. S.3.
[839] Vgl. Kleine Zeitung, 28.10.1992. S.3.
Kleine Zeitung, 29.10.1992. S.2.

Grund fehlende Informationen durch den Gesundheitsminister. Dieser wiederum warf dem Koalitionspartner vor, Abmachungen nach kurzer Zeit wieder in Frage zu stellen. Für die rechtzeitige Verwirklichung zeigte er sich aber optimistisch.[840]

Die im März 1994 angelobte Gesundheitsministerin Christa Krammer (SPÖ) äußerte bereits in der zweiten Woche ihrer Amtszeit die Idee, Besserverdienende zu einer Kostenbeteiligung bei Spitalsaufenthalten zu verpflichten. Von der ÖVP, namentlich von Generalsekretärin Korosec, kam diesbezüglich sofort eine ablehnende Stellungnahme. Sie befürchtete, dass der Vorschlag das Startzeichen zu einer Belastungswelle für den Mittelstand und einer Art Klassenkampf sein könnte.[841] Als Bundeskanzler Vranitzky am 4. April eine weitere Verschiebung des Gesetzesbeschlusses zur Spitalsfinanzierung (Verlängerung des Krazaf) auf die nächste Legislaturperiode ankündigte, musste er sich dafür vom Koalitionspartner und der Opposition scharfe Kritik gefallen lassen. Die ÖVP-Generalsekretärin sprach laut der Tageszeitung „Der Standard" von einem Zeugnis jahrzehntelang verfehlter sozialistischer Gesundheitspolitik, und Wirtschaftskammer-Generalsekretär Stummvoll (ÖVP) befürchtete als Konsequenz der weiteren Verzögerung Beitragserhöhungen.[842] Außerdem sah die ÖVP die Ankündigung im Widerspruch zum Koalitionsabkommen und bezeichnete eine rasche Einigung als Voraussetzung für die angepeilte Budgetkonsolidierung. Der Bundeskanzler relativierte seine Aussagen dahingehend, dass er von einem Verhandlungsstopp nichts wissen wollte und er lediglich eine längere Vorbereitungszeit für eine große Reform als notwendig erachtete.[843]

Im Mai 1995 initiierten ÖVP-Gesundheitssprecher Erwin Rasinger (ÖVP) und Wirtschaftskammer-Generalsekretär Stummvoll (ÖVP) einen Konflikt, als sie sich für einen 20-prozentigen Selbstbehalt der ASVG-Versicherten für alle medizinischen Leistungen aussprachen. Für sozial Schwache wollten sie dabei Ausnahmen schaffen. Durch diese Maßnahme erhofften sie sich weniger eine große Entlastung für die Gebietskrankenkassen als vielmehr einen Lenkungseffekt, da die Patienten damit besser erkennen könnten, welche Kosten ihre Behandlung tatsächlich verursachte. Von der SPÖ kam dazu ein klares Nein. Gesundheitssprecher Guggenberger befürchtete bei Selbstbehalten eine zu starke Belastung älterer Menschen und unterschiedliche Belastungen verschiedener Berufsgruppen. Außerdem würden den Patienten Kosten aufgebürdet, auf deren Höhe sie kei-

[840] Vgl. Die Presse, 18.2.1994. S.6.
[841] Vgl. Der Standard, 21.3.1994. S.6.
Die Presse, 22.3.1994. S.6.
[842] Vgl. Die Presse, 6.4.1994. S.7.
Kleine Zeitung, 6.4.1994. S.3.
[843] Vgl. Die Presse, 7.4.1994. S.6.

nerlei Einfluss hätten. Stattdessen schlugen die SPÖ-Gesundheitspolitiker die Anhebung der Höchstbemessungsgrundlage oder eine Beitragserhöhung zur Krankenversicherung vor.[844] Genau das wollte die ÖVP allerdings nicht. Für die Selbstbehalte sprach nach der Argumentation Rasingers auch, dass Eisenbahner, Beamte und Bauern bereits solche zahlen mussten, weswegen aus seiner Sicht nichts gegen eine Einführung im ASVG-Bereich sprach, wenn dabei eine soziale Grenze eingeführt würde.[845] Gesundheitsministerin Krammer führte gegen die Selbstbehalte das Argument eines hohen Verwaltungsaufwandes, der große Teile der Erträge wieder zunichte machen würde, ins Rennen.[846] Bei der Einschätzung der zu erwartenden Einnahmen gab ihr dabei der ÖVP-Gesundheitssprecher weitgehend Recht, wenn er auch den Verwaltungsaufwand nicht so hoch einschätzte. Er erwartete sich daraus dennoch Einnahmen von zwei bis drei Milliarden Schilling als Teil für die benötigte Summe zur Sanierung der Krankenkassen. Einzige Alternative war für ihn eine Absenkung des medizinischen Versorgungsniveaus oder eine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge, also Maßnahmen, die er und seine Partei ablehnten.[847]

Auch bei der Diskussion über die Finanzierung des Pflegegeldes spielten Selbstbehalte eine Rolle. Einig waren sich die Koalitionspartner in der Feststellung, dass die stark steigenden Ausgaben beim Pflegegeld begrenzt werden müssten. Die SPÖ schlug dafür eine soziale Staffelung des Pflegegeldes nach der Höhe des Familieneinkommens vor, was die ÖVP mit Hinweis auf einen großen Verwaltungsaufwand ablehnte. Stattdessen verwiesen ihre Repräsentanten abermals auf die Möglichkeit, Selbstbehalte bei Kuraufenthalten einzuführen.[848] In die Budgetverhandlungen für das Jahr 1996 ging die ÖVP mit dem konkreten Vorschlag, im ASVG-Bereich sozial gestaffelte Selbstbehalte mit einer Obergrenze von 5.000 Schilling einzuführen. Von der SPÖ kam prompt die erwartete Ablehnung, wenn auch ihr Gesundheitssprecher Guggenberger bei Kuraufenthalten Selbstbehalte in der Höhe des Kostenbeitrags für Spitalsaufenthalte nicht mehr ausschloss. Das erklärte Ziel der Gesundheitsministerin war aber weiterhin, die Krankenkassen über den Einsparungseffekt von Strukturreformen, vor allem im Spitalswesen, zu sanieren.[849] Die Ablehnung von Selbstbehalten im ASVG-Bereich kritisierte ÖVP-Gesundheitssprecher Rasinger scharf. Wieder verwies er dabei auf einzelne Krankenkassen, die bereits seit

[844] Vgl. Der Standard, 6.5.1995. S.1.
Der Standard, 19.6.1995. S.5.
[845] Vgl. Die Presse, 1.7.1995. S.6.
[846] Vgl. Die Presse, 7.8.1995. S.7.
[847] Vgl. Die Presse, 8.8.1995. S.6.
[848] Vgl. Der Standard, 23.8.1995. S.5.
Der Standard, 24.8.1995. S.4.
[849] Vgl. Die Presse, 15.9.1995. S.1.

langem Selbstbehalte verlangten, auf bestehende Selbstbehalte bei den Gebietskrankenkassen (für Heilbehelfe, Zähne, Impfungen) und auf durch die Finanznot immer stärker reduzierte Leistungen dieser Kassen.[850]

Die Verhandlungen wurden durch das vorzeitige Ende der Koalition im Oktober 1995 unterbrochen. Der Konflikt, der als Teil der Budgetdebatte zum Koalitionsbruch geführt hatte, ging im nun beginnenden Wahlkampf weiter. Die ÖVP bestand dabei weiterhin auf der Einführung von Selbstbehalten und erntete nunmehr noch schroffere Ablehnung von der SPÖ und den Oppositionsparteien.[851] Bundeskanzler Vranitzky sprach zur Abschreckung von einer Verkäuferin, die wegen einer längeren Behandlungsserie gegen Kopfschmerzen nach den ÖVP-Wünschen 10.500 Schilling zu zahlen gehabt hätte, und von einem Bauarbeiter, der bei der Behandlung seiner Rückenschmerzen auf dieselbe Summe gekommen wäre. Generell verwies er dabei vor allem auf Probleme für sozial Schwache. Worauf die ÖVP wieder die von ihr vorgesehene Deckelung auf 5.000 Schilling und die Befreiung von Einkommensschwachen unterstrich. Außerdem betonte sie wieder das Hauptziel der Selbstbehalte, nämlich ein Kostenbewusstsein zu erzeugen.[852] In der Forderung nach einer effizienteren Organisations-, Koordinations- und Finanzierungsstruktur für die Spitäler (Stichwort: leistungsabhängige Finanzierung) waren sich SPÖ und ÖVP auch in der heißesten Phase des Wahlkampfs einig.[853] Die SPÖ warf dem bisherigen Koalitionspartner jedoch vor, dass durch die frühzeitige Aufkündigung der Koalition weder eine Verlängerung des ungeliebten Krazafs noch ein eigentlich angestrebtes Alternativmodell zustande kommen würde:

> Das bedeutet, daß es keinen KRAZAF mehr geben wird, der einen Teil der Spitalskosten übernimmt. Das bedeutet, daß die Sozialversicherung beziehungsweise die Krankenversicherung sage und schreibe 17 Milliarden Schilling mehr auf den Tisch wird legen müssen. Das bedeutet ein Prozent Beitragserhöhungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land. Und all das nehmen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP in Kauf. Das nennen Sie Verantwortung?! Das ist Verantwortungslosigkeit bis zum Exzeß![854]

Die ÖVP hingegen führte die Probleme auf jahrelange Säumigkeit des Koalitionspartners zurück:

> Seit dem Jahr 1970 sind im Bereich Gesundheitswesen und im Sozialbereich wirklich nicht Leute der Österreichischen Volkspartei – leider – hauptverantwortlich, und deshalb haben wir nun Zustände, über die wir ernst reden müssen.[855]

---

[850] Vgl. Der Standard, 19.9.1995. S.5.
[851] Vgl. Der Standard, 21.11.1995. S.4.
[852] Vgl. Der Standard, 22.11.1995. S.4.
Die Presse, 22.11.1995. S.7.
[853] Vgl. Der Standard, 23.11.1995. S.6.
[854] Guggenberger, Walter. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 54/NRSITZ (XIX. GP). S.110.
[855] Donabauer, Karl. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 54/NRSITZ (XIX. GP). S.125.

In den Koalitionsverhandlungen nach der Wahl änderte sich an den Positionen nichts.[856] Im Koalitionsabkommen von 1996 findet sich nur die Absichtserklärung, Selbstbehalte bei Kuren und Rehabilitationen einzuführen.[857]

Im Mai des Jahres begannen die konkreten Verhandlungen zur Sanierung der Krankenkassen. Für das laufende Jahr wurde ein Gesamtverlust von 3,6 Milliarden Schilling erwartet. Relativ schnell gelang der erste Schritt, nämlich die Einigung auf die Erhöhung der Rezeptgebühr von 35 auf 40 bis 42 Schilling. Überraschend war dabei, dass Sozialminister Hums ohne Drängen der ÖVP mit den Sozialpartnern diese Art des Selbstbehaltes aushandelte. Wie erwartet gab es über die von Hums forcierte Anhebung der Krankenkassen-Beiträge der Angestellten auf das Niveau der Arbeiter (von 6,8 auf 7,9 Prozent) einen Streit mit ÖVP und Wirtschaftskammer. Deren Präferenz, nämlich die Selbstbehalte, lehnten wiederum SPÖ und ÖGB ab. Einigkeit gab es noch über die Anhebung der Pensionisten-Beiträge für die Krankenkassen.[858] Die ÖVP-Politiker forderten von Sozialminister Hums, statt über Beitragserhöhungen doch über Einsparungsmöglichkeiten nachzudenken. Sein Konzept sah nämlich eine Erhöhung der Beiträge bei Arbeitern um 0,05 Prozent, bei Angestellten um 0,15 Prozent und bei Pensionisten um 0,2 Prozent vor, womit zusätzlich 2,1 Milliarden mehr eingenommen werden sollten. Die für den Einzelnen mehr zu zahlenden Beträge sah er dabei als vertretbar gering an. Den kolportierten möglichen Kompromiss, nur die Krankenkassenbeiträge der Arbeitnehmer, nicht aber die der Arbeitgeber zu erhöhen, schloss die ÖVP ebenso strikt aus.[859]

Bis 20. Juni waren die Fronten festgefahren.[860] Dann gab es jedoch eine Einigung, allerdings stellte sich als weiterer Streitpunkt das Wochengeld[861] heraus. Sozialminister Hums schlug nun vor, dass die Mittel für diese Sozialleistung nicht wie bisher je zur Hälfte von den Krankenkassen und dem Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), sondern künftig zu 30 Prozent von den Kassen und zu 70 Prozent aus dem FLAF kommen sollten. Das hätte eine Entlastung der Krankenkassen um rund 800 Millionen Schilling gebracht. Familienminister Bartenstein (ÖVP), der ja für den Fonds zuständig war, stellte für diese Vorgehensweise die Bedingung, dass der FLAF in diesem Fall nicht mehr die Sozialtari-

---

[856] Vgl. Der Standard, 20.1.1996. S.5.
Der Standard, 4.3.1996. S.4.

[857] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Koalitionsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1996. S.5-59.

[858] Vgl. Der Standard, 3.5.1996. S.27.

[859] Vgl. Die Presse, 11.5.1996. S.7.
Der Standard, 22.5.1996. S.6.
Die Presse, 22.5.1996. S.7.

[860] Vgl. Die Presse, 23.5.1996. S.7.
Die Presse, 29.5.1996. S.7.
Die Presse, 13.6.1996. S.7.

[861] Erhalten Mütter acht Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt.

fe der ÖBB und die Schülerfreifahrt finanzieren dürfte. Darüber zeigte sich wiederum Finanzminister Klima (SPÖ) gesprächsbereit. Geeinigt hatten sich die Koalitionspartner auf:

- eine Krankenscheingebühr von 50 Schilling pro Quartal für Hausarztkrankenscheine (Ausnahmen für mitversicherte Kinder, Pensionisten und sozial Schwache)
- Erhöhung der Rezeptgebühr von 35 auf 42 Schilling
- Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionisten von 3,5 auf 3,75 Prozent[862]

Am 24. Juni gelang die Einigung über den letzten strittigen Punkt, das Wochengeld. Familienminister Bartenstein stimmte in direkten Verhandlungen mit Finanzminister Klima und Vizekanzler Schüssel zu, in Zukunft 70 Prozent des notwendigen Geldes aus dem FLAF bereitzustellen. Dafür akzeptierte der Finanzminister, dass die Sozialtarife der ÖBB ab 1998 nicht mehr aus diesem Topf subventioniert würden. Bei der ebenfalls aus dem FLAF finanzierten Schüler- und Lehrlingsfreifahrt sollte der Familienminister ein Mitspracherecht bei der Tarifgestaltung erhalten, und es wurden Verhandlungen über eine Reform dieser Freifahrten zugesagt. Die Realisierung des am Ende der Gespräche von der ÖVP eingebrachten Vorschlags, die Krankenscheingebühr auch auf Überweisungen von einem praktischen Arzt zu einem Facharzt einzuheben, scheiterte an der Ablehnung von Sozialminister Hums. Auch wenn sich die Verhandler und die Parteispitzen zufrieden zeigten, gab es aus beiden Parteien zum Teil recht scharfe Kritik an der Einigung.[863]

Im Rahmen der Spitalsreform, deren Zielsetzung Einsparungen waren, präsentierte Gesundheitsministerin Krammer (SPÖ) einen Vorschlag zur Veränderung der Ärztearbeitszeit, der so mit den Ländern ausverhandelt worden war. Demnach sollte in sogenannten Standardkrankenhäusern in der Nacht und am Wochenende nur mehr ein einziger Facharzt anwesend sein. Je ein Facharzt der anderen Abteilungen hätte in Rufbereitschaft sein müssen, mit der Verpflichtung, in einer vorgegebenen Zeit auf dem Arbeitsplatz erscheinen zu können. Die Ärztekammer und die ÖGB-Ärzte protestierten scharf dagegen. Sie befürchteten eine massive Verschlechterung der ärztlichen Notversorgung.

[862] Vgl. Die Presse, 21.6.1996. S.8.
Der Standard, 22.6.1996. S.1, 5.

[863] Vgl. Der Standard, 24.6.1996. S.6.
Der Standard, 25.6.1996. S.5.
Die Presse, 26.6.1996. S.7.
Der Standard, 26.6.1996. S.4.

Während SPÖ-Gesundheitssprecher Guggenberger den Vorschlag seiner Ministerin verteidigte, kam von ÖVP-Gesundheitssprecher Rasinger ebenfalls Kritik. Er befürchtete die Demotivation der Ärzte und eine Verschlechterung der ärztlichen Versorgung, wobei seine Formulierungen bei weitem nicht so scharf waren wie die der Ärztevertreter.[864] Für ihre Zustimmung zu der vorgelegten Reform verlangte die ÖVP eine Garantie von der Gesundheitsministerin, dass in allen Spitälern Mindeststandards gehalten werden könnten und sich die Versorgung der Patienten nirgends verschlechtern würde. Die Gesundheitsministerin gab diese Garantie mündlich ohne zu zögern.[865]

Am 19. November zog die ÖVP den Gesetzesentwurf, obwohl sie ihm im Ministerrat die Zustimmung gegeben hatte, wieder zurück. Anstatt einer bundeseinheitlichen Regelung wollte sie nunmehr Verträge mit den einzelnen Ländern abschließen. Die Länder wollten nämlich aus Kostengründen eine EU-Richtlinie nicht vollziehen, die auch für Turnusärzte eine limitierte Arbeitszeit vorsah. Außerdem wollte die ÖVP das Ärztearbeitsgesetz nur für Privatspitäler, nicht aber für öffentliche Krankenhäuser anwenden. Das trug ihr nun die Kritik der Ärztekammer ein.[866] Eine Annäherung zwischen SPÖ und ÖVP gab es am 27. November 1996. Die ÖVP deutete an, sich mit Übergangsregelungen und einigen Entschärfungen zufriedenzugeben.[867] Einen Tag später war die Einigung perfekt:

- Einbeziehung der Turnusärzte in die Regelung (Möglichkeit den Durchrechnungszeitraum für die längere Arbeitszeit durch Betriebsvereinbarungen von den geplanten 17 auf bis zu 26 Wochen zu erhöhen)
- verpflichtende Einführung durch die Länder bis 31.12.1998 (also um ein Jahr länger als ursprünglich geplant)
- Senkung der maximalen Anzahl von Diensten bis 72 Stunden von 10 pro Monat ab 1998 (ursprünglich war 1997 geplant) auf 8 ab 2001 und auf 6 ab 2004
- keine Regelung der Rufbereitschaft per Gesetz und keine Einrechnung in die normale Arbeitszeit[868]

Am 29.11.1996 beschloss der Nationalrat mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP die entsprechenden Gesetze. Die beiden Ärzte, Elisabeth Pittermann (SPÖ) und Erwin Rasinger (ÖVP), stimmten allerdings gegen die Rufbereitschaft.[869]

---

[864] Vgl. Der Standard, 19.10.1996. S.6.
[865] Vgl. Der Standard, 22.10.1996. S.1.
[866] Vgl. Der Standard, 20.11.1996. S.1.
Die Presse, 20.11.1996. S.7.
[867] Vgl. Die Presse, 28.11.1996. S.6.
[868] Vgl. Der Standard, 29.11.1990. S.5.
Der Standard, 29.11.1990. S.1, 5.
[869] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 49/NRSITZ (XX. GP). S.199-201.

Kurz zuvor hatte es noch Streit über die gesetzlich vorgesehene automatische Erhöhung der Krankenscheingebühr von 42 auf 44 Schilling gegeben. Die SPÖ wollte diese aussetzen, während sich die ÖVP für die Valorisierung aussprach.[870] Durchsetzen konnte sich dabei in den Verhandlungen Sozialminister Hums von der SPÖ: Die Krankenscheingebühr wurde nicht angehoben.[871]

Im November 1996 waren Pläne von Sozialminister Hums bekannt geworden, für die Mitversicherung von Ehe- und Lebenspartnern die Höchstbeitragsgrundlage zur Krankenversicherung um 3.000 Schilling (von 39.000 auf 42.000) anzuheben, was für Besserverdiener eine monatliche Mehrbelastung von 100 bis 120 Schilling pro Monat bedeutet hätte. Nach der zu erwartenden scharfen Kritik aus der ÖVP beteuerten der Sozialminister und der Bundeskanzler, dass es sich dabei um unausgegorene Überlegungen handelte, und dass nicht daran gedacht wäre, die Gratis-Mitversicherung von Hausfrauen mit Kindern abzuschaffen.[872] Nur drei Tage später kamen Pläne der SPÖ an die Öffentlichkeit, die wesentlich weiter gingen. Darin fand sich der Vorschlag, die Höchstbeitragsgrundlage gänzlich abzuschaffen oder als Alternative bei der Mitversicherung die Höchstbeitragsgrundlage pro Familienmitglied um 3.000 Schilling zu erhöhen. Die SPÖ tat die Vorschläge wieder als Überlegungen ab, die frühestens im Rahmen der für 1999 geplanten großen Steuerreform diskutiert werden müssten.[873]

Bald nach den ersten Einhebungen der Krankenscheingebühr begannen beide Koalitionsparteien, wieder über Selbstbehalte nachzudenken. Der ÖVP-Fraktionsführer im Gesundheitsunterausschuss, Günther Leiner, schlug vor, nur mehr die Behandlung schwerer Krankheiten von den Kassen bezahlen zu lassen. Ärztliche Dienste für leichte Erkrankungen sollten die Patienten übernehmen müssen oder deren Zusatzversicherungen. Er sah das als eine Spielart von Selbstbehalten an. So sollte Geld für den Ausbau der medizinischen Infrastruktur lukriert werden, die zum Wirksamwerden der Spitalsreform notwendig gewesen wäre. Ausnahmen sollten nur für Mindestrentner gelten.[874] Die SPÖ schloss eine Erweiterung des Selbstbehalte-Systems kategorisch aus. Die Verpflichtung, die medizinische Infrastruktur auszubauen, hatten laut SPÖ-Gesundheitssprecher Gug-

[870] Vgl. Die Presse, 20.11.1996. S.7.
[871] Vgl. Der Standard, 21.11.1996. S.5.
Die Presse, 21.11.1996. S.7.
[872] Vgl. Die Presse, 6.11.1996. S.6.
[873] Vgl. Die Presse, 9.11.1996. S.7.
[874] Vgl. Der Standard, 13.1.1997. S.9.

genberger die Bundesländer übernommen, sodass die Krankenkassen dafür kein Geld benötigten.[875]

Kurz darauf kündigte Bundeskanzler Klima (SPÖ) an, über Finanzierungsmodelle für die Krankenkassen nachzudenken, die die Abschaffung der Krankenscheingebühr ermöglichten.[876] Gesundheitsministerin Hostasch (SPÖ) relativierte diese Aussagen, wobei sie sich zwar als Gegnerin der Selbstbehalte bezeichnete, aber aus finanziellen Gründen die Abschaffung der bestehenden ausschloss.[877]

Mitte Juni 1997 diskutierten die Koalitionspartner wieder über die Erhöhung der Bemessungsgrundlage. Auslöser war ein diesbezüglicher Vorschlag von Sozialministerin Hostasch. Die Fronten verliefen dabei wie gewohnt.[878]

Im Rahmen der Planungen für den Ersatz der Krankenscheine durch eine Chipkarte kündigte Gesundheitsministerin Hostasch an, bei der Umstellung die Krankenscheingebühr von 50 Schilling ersatzlos streichen zu wollen. Unterstützung bekam sie dabei vom Präsidenten der Sozialversicherungsträger, Hans Sallmutter. Die ÖVP lehnte das allerdings ab, da aus ihrer Sicht die Einnahmen in den Krankenkassen dringend benötigt würden. Eine Beitragserhöhung schloss die ÖVP aus.[879]

6.2 Rauchen

Am 13. Juli 1993 brachte Gesundheitsminister Ausserwinkler eine Vorlage für ein neues Tabakgesetz vor den Ministerrat. Dort verweigerten die ÖVP-Minister ihre Zustimmung. Die SPÖ, allen voran ihr Gesundheitsminister, zeigte sich überrascht. Nach seiner Darstellung war das Gesetz mit dem Gesundheitssprecher der ÖVP, Günther Leiner, akkordiert worden. Vizekanzler Busek (ÖVP) sah das allerdings anders. Strittiger Punkt war die vorgesehene Verpflichtung für Restaurants ab einer gewissen Größe, Nichtraucherzimmer einzurichten. Laut ÖVP hatte man sich geeinigt, diese Verpflichtung samt vorgesehener Strafe bei Verstößen dagegen aus dem Gesetz zu nehmen und auf freiwillige Umsetzung der Gastronomie zu setzen. Gesundheitsminister Ausserwinkler hatte allerdings eine Passage im Entwurf belassen, die ihm ermöglichte, per Verordnung Nichtraucherzimmer vorzuschreiben und auch Geldbußen (bis 50.000 Schilling) anzudrohen. Er begründete dies damit, dass ein gewisser Druck ausgeübt werden müsse, kündigte aber

[875] Vgl. Der Standard, 14.1.1997. S.7.
[876] Vgl. Der Standard, 10.2.1997. S.1.
[877] Vgl. Der Standard, 13.2.1997. S.1.
[878] Vgl. Der Standard, 18.6.1997. S.6, 7.
[879] Vgl. Die Presse, 29.3.1999. S.10.

auch an, Anreize für die rasche Umsetzung bieten zu wollen.[880] Am 3. August wiederholten sich die Geschehnisse im Ministerrat. Wirtschaftsminister Schüssel (ÖVP) begründete das abermalige Veto seiner Partei mit der Befürchtung, einen Überwachungsstaat für Gaststätten zu schaffen, wenn die Gastwirte, wie vorgesehen, die Einhaltung der Rauchverbote zu überwachen gehabt hätten. Dieser Interpretation widersprach Ausserwinkler. Seiner Darstellung nach wären sie lediglich dazu verpflichtet gewesen, die Nichtraucherzonen ausreichend zu kennzeichnen. Außerdem sah Schüssel in der Vorgehensweise Ausserwinklers eine Kompetenzüberschreitung, da für die Ausstattung von Gaststätten der Wirtschaftsminister zuständig war. Die Unterschrift seines Parteifreundes Leitner unter den Entwurf bezeichnete der Wirtschaftsminister daher als vorläufige Punktation, entscheidend wäre aber seine eigene Zustimmung. Er sprach sich ebenfalls für Freiwilligkeit bei der Umsetzung aus. Eine diesbezügliche Empfehlung hatte er bereits ausgearbeitet.[881]

Am 31. August verkündeten die Koalitionspartner eine Einigung. Diesmal hatten die Gesundheitssprecher beider Parteien, Stoker (SPÖ) und Leitner (ÖVP), sowie die betroffenen Minister Ausserwinkler und Schüssel gemeinsam verhandelt. Konkrete Ergebnisse gaben die Beteiligten erste einige Tage später bekannt.[882] Die ÖVP hatte sich mit ihrer Linie durchgesetzt, wodurch keine Verpflichtung der Gastwirte zur Schaffung von Nichtraucher-Zonen enthalten war. Stattdessen kündigte die Regierung eine Werbekampagne für Restaurants mit rauchfreien Zonen an. Entsprechend zufrieden mit der Einigung zeigte sich der Wirtschaftsminister. Der Ministerrat nahm die Vorlage am 14. September an.[883]

In der parlamentarischen Behandlung kam es dann aber erneut zu einem Konflikt. Im zuständigen Unterausschuss verlangten die ÖVP-Abgeordneten deutliche Entschärfungen der vorgesehenen Werbebeschränkungen und der Rauchverbote in öffentlichen Gebäuden.[884] Nach dem Abgang von Gesundheitsminister Ausserwinkler (er trat im März zurück und übernahm das Amt des Kärntner SPÖ-Obmanns) diskutierten die Koalitionspartner zwar noch kurze Zeit weiter über den Gesetzesentwurf, im Juli 1994 war dann

[880] Vgl. Die Presse, 14.7.1993. S.7.
Kleine Zeitung, 14.7.1993. S.2.
[881] Vgl. Die Presse, 4.8.1993. S.1, 4.
Der Standard, 4.8.1993. S.5.
[882] Vgl. Die Presse, 1.9.1993. S.7.
[883] Vgl. Die Presse, 10.9.1993. S.7.
Die Presse, 14.9.1993. S.9.
Die Presse, 15.9.1993. S.8.
[884] Vgl. Die Presse, 14.1.1994. S.7.

aber klar, dass in der laufenden Legislaturperiode kein entsprechendes Gesetz mehr beschlossen werden könnte.[885]

Im Februar 1995 lehnte die ÖVP, unterstützt von der FPÖ, den Entwurf von Gesundheitsministerin Krammer (SPÖ) für ein neues Tabakgesetz ab, während sich SPÖ, LIF und Grüne dafür aussprachen. Krammer wollte das Vorhaben ihres Vorgängers Ausserwinkler, in öffentlichen Gebäuden das Rauchen generell zu verbieten, durchsetzen. Tabakwerbung für starke Sorten sollte außerdem verboten werden. ÖVP-Gesundheitssprecher Rasinger verlangte namens seiner Partei stattdessen höhere Tabakpreise, um so den Zigarettenkonsum einzudämmen und das Geld für Gesundheitsinformation und die finanzielle Unterstützung von Entwöhnungsmaßnahmen verwenden zu können.[886] Dafür erhielt er von SPÖ-Gesundheitssprecher Guggenberger Unterstützung, aber eine klare Ablehnung von Wirtschaftsminister Schüssel und Bundeskanzler Vranitzky.[887] Dennoch war die Preiserhöhung um einen Schilling pro Zigarettenpackung zur Finanzierung von Aufklärungskampagnen zunächst noch in einem gemeinsam von ÖVP Gesundheitssprecher Rasinger und der Gesundheitsministerin ausgehandelten Gesetzesentwurf enthalten.[888] Am 3. April 1995 erzielten die Verhandler einen Kompromiss, der beide Positionen in abgeschwächter Form wiedererkennen ließ. Zwar sollte es ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden geben, aber Ausnahmen für Flughäfen und Bahnhöfe. Die Werbebeschränkungen wurden etwas entschärft. Den Kern dabei bildeten bereits bestehende freiwillige Selbstbeschränkungen der Industrie. Dazu kam eine Höchstgrenze von Tabakwerbung in Zeitungen von einer Seite pro Konzern und die Bestimmung, dass Personen, die jünger wirkten als 30 Jahre, nicht für Tabak werben dürften. Außerdem sollten die Gelder, die durch die Erhöhung der Zigarettenpreise um einen Schilling lukriert würden, für Gesundheitsaufklärung verwendet werden.[889] Der Beschluss im Nationalrat erfolgte am 31. Mai 1995.[890]

[885] Vgl. Kleine Zeitung, 6.7.1994. S.3.
[886] Vgl. Kleine Zeitung, 26.2.1995. S.3.
Die Presse, 27.2.1995. S.1.
Die Presse, 28.2.1995. S.7.
[887] Vgl. Kleine Zeitung, 1.3.1995. S.2.
[888] Vgl. Kleine Zeitung, 28.3.1995. S.3.
[889] Vgl. Die Presse, 4.4.1995. S.6.
Kleine Zeitung, 5.4.1995. S.3.
[890] Vgl. Kleine Zeitung, 1.6.1995. S.2.

6.3 Gentechnologie

Das erste Gentechnikgesetz beschloss der Nationalrat am 26. Mai 1994 nach einer langen und intensiven Vorbereitung, in deren Verlauf es zu keinen eigentlichen Konflikten zwischen den Koalitionspartnern gekommen war, sondern vielmehr zu innerparteilichen Streitigkeiten zwischen Befürwortern und Gegnern der Gentechnologie. Lediglich die Forderung von Umweltministerin Rauch-Kallat (ÖVP), die Hauptentscheidungskompetenz bei der Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen zu erhalten, führte zu einem Konflikt mit dem ressortmäßig zuständigen Gesundheitsminister Ausserwinkler (SPÖ). Im Gesetz fand sich dann eine Informationspflicht an das Umweltministerium.[891]

Die Debatte um Gentechnologie in Österreich kam erst nach dem Gentechnik-Volksbegehren richtig in Schwung. Zuvor hatte es zwar bereits Diskussionen innerhalb der Koalition gegeben, die Fronten waren aber noch nicht klar, was vor allem an der ÖVP lag. Innerhalb der Volkspartei gab es maßgebliche Befürworter (z.B. Wirtschaftsminister Farnleitner) wie Gegner (z.B. Landwirtschaftsminister Molterer) der Gentechnologie. Die SPÖ zeigte sich einheitlich skeptisch und verlangte möglichst restriktive Regeln und Verbote.[892] Über das Ergebnis des Volksbegehrens,[893] das von 7. bis 14. April 1997 über 1,2 Millionen Österreicher (21,23 Prozent der Wahlberechtigten) unterschrieben hatten,[894] zeigte keine der Parteispitzen besonderen Enthusiasmus. Sowohl Bundeskanzler Klima als auch Vizekanzler Schüssel versprachen aber eine eingehende Beschäftigung mit dem Thema. Beinahe zeitgleich legte Konsumentenschutz-Ministerin Prammer (SPÖ) ihr Veto im Ministerrat gegen ein Positionspapier ihrer Regierungskollegen, Umweltminister Bartenstein (ÖVP) und Landwirtschaftsminister Molterer (ÖVP), ein und verlangte eine intensivere Diskussion darüber.[895] Eine Woche später gelang die Einigung. Nun stimmte Prammer zu, da bei der Regelung der Haftungsfrage und der Einbeziehung gentechnischer Anlagen in die Umweltverträglichkeitsprüfung ihr Einverständnis als Bedingung vorgesehen war. Außerdem gelang es ihr, die Freisetzung und das Inden-Verkehr-bringen gentechnisch veränderter Organismen in die Haftung einzubeziehen.[896]

---

[891] Vgl. Hopf, Alexandra: Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse. S.102-111.

[892] Vgl. Der Standard, 2.9.1996. S.11.
Der Standard, 14.3.1996. S.6.

[893] Das Volksbegehren stellte drei Forderungen auf: 1. Kein Essen aus dem Genlabor in Österreich! 2. Keine Freisetzung genmanipulierter Organismen in Österreich! 3. Kein Patent auf Leben. (vgl. 715 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP)

[894] Vgl. <http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2006/start.aspx> (17.4.2010).

[895] Vgl. Die Presse, 16.4.1997. S.6.

[896] Vgl. Die Presse, 23.4.1997. S.6.

Bei der weiteren Behandlung des Volksbegehrens zeigte sich die ÖVP besonders skeptisch, was die Erfüllung der meisten Forderungen betraf. Aber auch die Regierungsmannschaft der SPÖ machte keinen Druck in diese Richtung, was ihr in den eigenen Reihen auch Kritik einbrachte. So empfahl ihr zum Beispiel Wiens Bürgermeister Häupl, sich vom Koalitionspartner nicht in Geiselhaft nehmen zu lassen, und sprach sich für die Kennzeichnung gentechnikfreier Lebensmittel, ein Verbot der Freisetzung ohne vorhergehende umfassende Folgenabschätzungen, ein Verbot des Patents auf Leben und ein Ethik-Memorandum aus.[897] Auf einem Gentechnik-Regierungsgipfel einigten sich Bundeskanzler Klima und Vizekanzler Schüssel darauf, das fünfjährige Freisetzungs-Moratorium und das Produktionsverbot genmanipulierter Lebensmittel nicht zu verwirklichen. Alles Weitere sollte mangels Einigkeit in Arbeitsgruppen besprochen werden und erst anschließend in Verhandlungen zu Ergebnissen gebracht werden. Als sich wenige Tage vor dem angepeilten Termin noch nicht einmal die Arbeitsgruppen konstituiert hatten, beschuldigten einander die Koalitionspartner gegenseitig, für die Verzögerung verantwortlich zu sein.[898] In der ersten Lesung des Volksbegehrens im Parlament präsentierten sich die Koalitionspartner weitgehend einig, wenn auch in der Bewertung der wirtschaftlichen Bedeutung der Gentechnologie Unterschiede erkennbar waren. Die ÖVP zeigte sich beim Einsatz der Gentechnologie aus wirtschaftlichen Gründen aufgeschlossener als die SPÖ.[899]

Verkompliziert wurde die Debatte durch die Tatsache, dass wichtige Entscheidungen auf EU-Ebene und nicht in Österreich fielen. So fand auch das Stimmverhalten der österreichischen EU-Abgeordneten Eingang in die heimische Gentechnik-Debatte. Die ÖVP-Europaabgeordneten (nur Agnes Schierhuber hatte sich enthalten) mussten sich die Kritik der Konsumentenschutzministerin gefallen lassen, da sie für die EU-Richtlinie gestimmt hatten, die auch die Patentierung von Bestandteilen des menschlichen Körpers unter bestimmten Bedingungen vorsah. Sie verwies auf eine Erklärung, in der sich die Regierung gegen die Patentierung von einzelnen Genen oder Erbsträngen ausgesprochen hatte, und forderte Wirtschaftsminister Farnleitner auf, diese Linie im EU-Ministerrat zu vertreten.[900] Im Hauptausschuss des Nationalrates versuchten die Oppositionsparteien erfolglos, Minister Farnleitner für diesen Ministerrat zu einem Stimmverhalten im Sinne des Volksbegehrens zu verpflichten. Der SPÖ war es durch den Koalitionspakt nicht mög-

[897] Vgl. Der Standard, 30.4.1997. S.8.
[898] Vgl. Der Standard, 29.4.1997. S.1.
Der Standard, 31.5.1997. S.5.
Die Presse, 4.6.1997. S.7.
[899] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 82/NRSITZ (XX. GP). S.34-54.
[900] Vgl. Der Standard, 18.7.1997. S.6.

lich, dabei gegen die ÖVP zu stimmen. SPÖ-Klubobmann Kostelka drückte öffentlich sein Bedauern über diese Tatsache aus und appellierte an den Koalitionspartner, von seiner Linie abzugehen. Die ÖVP blieb allerdings dabei, einzelne Patente auf Pflanzen, Tiere und gewerbliche Anwendungen zuzulassen, um so den Forschungs- und Wirtschaftsstandort Österreich nicht zu schwächen, während die SPÖ den Vorschlag ablehnte.[901]
Im Gentechnik-Sonderausschuss spießte es sich zwischen den Koalitionsparteien an der Frage, wie die wissenschaftlichen Ausschüsse zu besetzen wären. Die SPÖ wollte eine Bestellung durch das Umweltbundesamt, während die ÖVP eine öffentliche Ausschreibung und Auswahl durch die Akademie der Wissenschaften verlangte. Beim Gentechnik-Haftungsgesetz wollte die SPÖ im Gegensatz zum Koalitionspartner auch Bürgerinitiativen eine Parteienstellung einräumen. Die Schuld für die Verzögerungen fanden beide Parteien beim jeweils anderen. Außerdem warf die Vorsitzende des Gentechnik-Ausschusses, Rauch-Kallat (ÖVP), dem Koalitionspartner vor, die Arbeitsplätze im Gentechnik-Bereich aus Österreich vertreiben zu wollen.[902] Bei der Haftung gab es Ende März 1998 eine Einigung. Einklagbare „Umweltbeeinträchtigungen" mussten genau definiert und mit einem Sachschaden verbunden sein. Auch unmittelbar betroffene Nachbarn sowie die Standortgemeinde, angrenzende Gemeinden und das jeweilige Bundesland erhielten Parteienstellung in den Verfahren. Bei dem Nominierungsverfahren für die wissenschaftlichen Ausschüsse setzte sich die ÖVP durch, was die öffentliche Ausschreibung und die Bewertung durch die Akademie der Wissenschaften betraf; außerdem erhielt Prof. Dr. Weish als Vertreter des Gentechnik-Volksbegehrens Sitz und Stimme in diesem Gremium. Die Debatte über die Ergebnisse des Ausschusses im Plenum des Nationalrates fand am 16. April 1998 statt. Dabei kam es zu keinerlei Wortgefechten zwischen den Koalitionspartnern.[903]

6.4 Zahnersatz und Hausapotheken

Im Mai 1998 begann ein für die Thematik überraschend heftiger Streit. Es ging dabei um die Frage, ob Patienten nicht mehr nur bei niedergelassenen Zahnärzten feste Zahnersätze („Zahnkronen") erhalten sollten, sondern auch in den Zahnambulatorien der Krankenkassen. Das wollte die Sozialministerin im Rahmen der 55. ASVG-Novelle erreichen. Ziel war eine Preissenkung. Die ÖVP hingegen sprach sich für unverbindliche Richttarife aus,

[901] Vgl. Die Presse, 6.11.1997. S.7.
[902] Vgl. Der Standard, 13.3.1998. S.7.
Die Presse, 25.3.1998. S.6.
[903] Vgl. Die Presse, 31.3.1998. S.8.
Stenographische Protokolle des Nationalrates 116/NRSITZ (XX. GP). S.16-88.

um so ein Preisniveau zu definieren. Für den Fall einer Lösung im Sinne der Sozialministerin verlangte Vizekanzler Schüssel, dass die Krankenkassen einen Teil der Kronen, die von niedergelassenen Zahnärzten eingesetzt würden, zu bezahlen hätten, um so die Zahnärzte nicht einem unfairen Preiskampf auszusetzen.[904] Die Krankenkassen hatten ja angekündigt, in ihren 84 Zahnambulatorien Kronen um 5.500 Schilling und damit 3.000 bis 5.000 Schilling billiger als bei niedergelassenen Zahnärzten anzubieten. Für ÖVP-Gesundheitssprecher Rasinger setzte die Sozialministerin dabei die falschen Prioritäten. Aus seiner Sicht sollten die Krankenkassen vielmehr dringend notwendige Leistungen für Schwerkranke bezahlen, anstatt billige Kronen anzubieten. In der Zielsetzung, die Preise für Zahnersatz zu senken, waren sich die Regierungsparteien einig. Dennoch gab es aus dem ÖAAB scharfe Kritik an der Vorgangsweise der ÖVP-Regierungsmannschaft. Der Beschluss der ASVG-Novelle musste wegen des Streits um die Zahnkronen zunächst um eine Woche verschoben werden.[905] Relativ rasch einigten sich die Verhandler auf die Einführung von Richttarifen, die für Ambulatorien und Zahnarztpraxen gleichermaßen gelten sollten, womit kein Preiskampf mehr zu befürchten war. Geschehen sollte das über einen zwischen Ärztekammer und Hauptverband der Sozialversicherungsträger verhandelten Gesamtvertrag über Tarife und Umfang der Tätigkeiten von Ambulatorien. Als gesetzliche Grundlage für diese Vorgehensweise sollte der neu einzuführende Paragraph 343c der 55. ASVG-Novelle dienen. Die Voraussetzung für das Funktionieren der Idee war allerdings, dass es tatsächlich zu so einer Einigung kommen würde.[906] Bis zum Ministerrat vom 9. Juni 1998 sollten der Hauptverband der Sozialversicherungen und die Ärztekammer eine Einigung über die Höhe der Richtpreise erzielen. Dabei konnten sich die Verhandler zunächst weder über die Definition, von welchen Zahnersätzen überhaupt die Rede war, noch über den Tarif, noch über die Frage einigen, ob Ambulatorien die umstrittene Dienstleistung anbieten dürften. Um den Termin einzuhalten, wurde praktisch dauernd verhandelt und auf Betreiben der Regierung noch eine Verhandlungsrunde eingeschoben.[907] Schließlich einigten sich die Sozialpartner und die Regierungsparteien doch noch auf eine Regelung. Zahnkronen sollten zwischen 5.580 und 6.320 Schilling kosten. Formal wurden Krankenkassen und Ärztekammer zu einer Einigung über die Höhe per Gesetz verpflichtet. Außerdem mussten sie sich in einem Vertrag über die Leistungen einigen, die von den Ambulatorien angeboten werden dürften. Der umstrittene Zahnersatz war dabei nicht vorgesehen. Die ASVG-Novelle konnte damit im Ministerrat

[904] Vgl. Die Presse, 19.5.1998. S.7.
Der Standard, 19.5.1998. S.8.
[905] Vgl. Der Standard, 20.5.1998. S.8.
[906] Vgl. Der Standard, 22.5.1998. S.6.
[907] Vgl. Die Presse, 9.6.1998. S.8.

abgesegnet werden. Die koalitionären Hauptverhandler, Sozialministerin Hostasch und Wirtschaftsminister Bartenstein, zeigten sich zufrieden mit dem Ergebnis, nicht so der Präsident des Hauptverbandes, Hans Sallmutter (SPÖ).[908] Ihm schlossen sich in kurzer Zeit das ÖGB-Präsidium und Teile des SPÖ-Klubs an, darunter auch der Gesundheitssprecher Guggenberger. Hauptkritikpunkt war, dass Ambulatorien weiterhin keine Kronen anbieten durften. Die Zustimmung des Sozialausschusses im Parlament schien dadurch gefährdet. Um eine Ablehnung zu verhindern, verlangte die Regierung von den betroffenen Sozialpartnern eine verbindliche Erklärung über die Leistungen, die die Ambulatorien zukünftig anbieten sollten. Weitere Meinungsverschiedenheiten gab es über Richttarife für sogenannte Zwischenglieder (Vorschlag der Ärzte: 5.000 Schilling; Vorschlag des Hauptverbandes: 3.000 Schilling) und Stiftzähne (Vorschlag der Ärzte: 2.000 Schilling, Vorschlag des Hauptverbandes: 1.000 Schilling).[909] Trotz mehrstündiger Verhandlungen im Sozialausschuss scheiterte das Vorhaben, die Vorlage noch vor dem Sommer in einer Plenarsitzung behandeln zu lassen. Ein Kompromiss schien so unwahrscheinlich, dass die Parteiobmänner Klima und Schüssel damit befasst wurden.[910] Auch in der Sitzung des Sozialausschusses am 7. Juli gab es keine Einigung. Die SPÖ beharrte darauf, den Gesamtvertrag über das Leistungsangebot der Ambulatorien vor Beschluss des Gesetzes abzuschließen und nicht bis Jahresende darauf zu warten. Beim Zahnersatz war die Partei nun gänzlich auf die Linie des Hauptverbandes eingeschwenkt. Sie wollte daher einen Abänderungsantrag beschließen lassen, der für den Fall, dass es weiterhin zu keiner Einigung kommen würde, eine automatische Erlaubnis für die Ambulatorien zum Anbieten von Zahnkronen vorsah. Die ÖVP lehnte das naturgemäß ab und schlug ihrerseits vor, die umfangreiche ASVG-Novelle ohne die strittigen Punkte zu beschließen, um so den geplanten Termin für das Inkrafttreten einhalten zu können. Das wiederum lehnte die SPÖ ab. Gegenseitig warf man sich vor, die Linien der jeweils nahestehenden Interessensvertretung kritiklos zu übernehmen.[911] Ein Vorschlag der SPÖ sollte die Patt-Situation lösen. Demnach sollte die ASVG-Novelle ohne Zahnkronen-Regelung beschlossen werden. SPÖ und ÖVP würden aber eine Vereinbarung unterschreiben, am letzten Plenartag vor der Sommerpause einen Initiativantrag einzubringen. Dieser sollte den Hauptverband und die Ärztekammer zu einer Einigung bis 31. Oktober über ein Ge-

[908] Vgl. Die Presse, 10.6.1998. S.9.
[909] Vgl. Die Presse, 24.6.1998. S.7.
[910] Vgl. Die Presse, 2.7.1998. S.8.
[911] Vgl. Der Standard, 4.7.1998. S.7.
Die Presse, 8.7.1998. S.1, 7.
Der Standard, 13.7.1998. S.6.
Der Standard, 17.7.1998. S.6.

samtpaket verpflichten. Für den Fall, dass es zu keiner Einigung kommen würde, sollten die Ambulatorien automatisch Zahnersatz anbieten dürfen. Dabei handelte es sich also um eine Abwandlung des wenige Tage zuvor schon unterbreiteten Angebots.[912]

Von 15. auf 16. Juli fanden die Koalitionspartner doch noch eine Lösung. Die 55. ASVG-Novelle wurde ohne Regelung über die Kronen beschlossen. Die Kontrahenten Hauptverband der Sozialversicherungen und Ärztekammer erhielten bis 30. November Zeit, sich in dieser Frage zu einigen. Sollten sie das nicht schaffen, würde die Koalition am 16. Dezember im Nationalrat eine gesetzliche Regelung vornehmen, die den Ambulatorien entsprechende Rechte einräumen würde. Das entsprach also im Wesentlichen dem Vorschlag der SPÖ. Gleichzeitig gab es eine Einigung an einer anderen „Front" in der Gesundheitspolitik, bei der sich tendenziell die ÖVP durchgesetzt hatte. Der Verfassungsgerichtshof hatte durch ein Urteil die Liberalisierung bei der Eröffnung von Apotheken erwirkt. Nun waren die Hausapotheken der Ärzte von der Schließung bedroht, da sie nur betrieben werden durften, wenn im Umkreis von 4 Kilometern keine Apotheke existierte. Die ÖVP wollte nun eine gesetzliche Regelung schaffen, um die Schließungen von Hausapotheken zu verhindern. Damit war sie wie auch bei der Debatte um die Zahnkronen auf einer Linie mit der Ärztekammer. Die SPÖ sah allerdings keinen Veränderungsbedarf. Gleichzeitig mit der Einigung in der Zahnkronen-Frage gab die Regierung nun bekannt, dass die Existenz der Hausapotheken per Gesetz noch weitere zehn Jahre erlaubt werden sollte.[913]

Die Verhandlungen zwischen Ärztekammer und Hauptverband der Sozialversicherungen scheiterten am 25. November, worauf die Regierungsparteien gemeinsam mit den Grünen am 4. Dezember 1998 im Nationalrat ein Gesetz beschlossen, das es den Zahnambulatorien erlaubte, zum Preis von 5.500 Schilling Zahnkronen herzustellen.[914]

---

[912] Vgl. Der Standard, 15.7.1998. S.7.

[913] Vgl. Die Presse, 16.7.1998. S.6.
Der Standard, 16.7.1998. S.6.
Die Presse, 2.7.1998. S.8.
Der Standard, 17.7.1998. S.1.

[914] Vgl. Kleine Zeitung, 26.11.1998. S.2.
Kleine Zeitung, 5.12.1998. S.2.

7 Soziales und Wirtschaft

7.1 Pensionen

Das Thema Pensionen führte bereits kurze Zeit nach Abschluss des ersten Koalitionsabkommens zu einem Konflikt. Im Jänner 1987 distanzierte sich SPÖ-Zentralsekretär Keller, unterstützt von den ÖGB-Frauen, von der Einigung über die sogenannte „Partnerschaftliche-Hinterbliebenen-Pension". Laut Koalitionspakt sollten in Zukunft bei dem Tod eines Ehepartners die beiden Pensionsansprüche zusammengerechnet werden und der Hinterbliebene davon maximal zwei Drittel bekommen (bisher die eigene und zwei Drittel der Pension des Verstorbenen).[915]

Innerhalb der SPÖ führte auch die von Sozialminister Dallinger und ÖVP-Sozialsprecher Schwimmer ausverhandelte Reform zu Widerstand. Bei beiden Parteien mehrten sich daher die Befürchtungen, dass die Neuerungen nicht wie geplant mit 1. Jänner 1988 in Kraft treten könnten.[916] Die Forderung der ÖVP, auch beim Eisenbahnerpensionsrecht erste Reformschritte zu setzen, verkomplizierte die Angelegenheit weiter. Im Visier von Schwimmer waren dabei vor allem das durchschnittliche Pensionsalter von 53 Jahren und die Höhe der Pensionen (83 Prozent des Letztbezuges).[917]

Der vereinbarte Termin hielt nicht, womit die Verhandlungen auch im Jahr 1988 fortgesetzt werden mussten. Die Aufhebung der Ruhensbestimmungen[918] für Beamte durch den Verfassungsgerichtshof verkomplizierte die Sachlage noch weiter. Damit hätten Beamte in ihrer Pension beliebig viel dazuverdienen können, ohne Abschläge bei ihren Pensionen erdulden zu müssen. In der ÖVP wurden danach wieder Stimmen laut, die Ruhensbestimmungen auch für ASVG-Versicherte gänzlich abzuschaffen. Konkret wollte die ÖVP dies durch einen „gleitenden Übergang in die Pension" ermöglichen. (Diese Vorstellungen hatte die ÖVP bereits auf ihrem Wirtschaftsparteitag im Februar 1986 formuliert.[919]). Bundeskanzler Vranitzky, Sozialminister Dallinger und ÖGB-Chef Verzetnitsch (alle SPÖ) lehnten das strikt ab.[920] Sowohl der Sozialminister als auch SPÖ-

[915] Vgl. Die Presse, 23.1.1987. S.4.
[916] Vgl. Die Presse, 29.9.1987. S.4.
Die Presse, 7.10.1987. S.4.
[917] Vgl. Die Presse, 15.10.1986. S.4.
Kleine Zeitung, 16.10.1987. S.2.
Die Presse, 20.10.1987. S.1.
Kleine Zeitung, 20.10.1987. S.2.
[918] Die Ruhensbestimmungen geben an, ab welcher Höhe des Zuverdienstes (gegebenenfalls auch einer weiteren Pension) der Pensionsanspruch zumindest teilweise ruht.
[919] Vgl. Mock, Alois: Wir wirtschaften besser. S.71.
[920] Vgl. Die Presse, 6.4.1988. S.4.

Klubobmann Fischer sprachen sich für ein neues Modell mit Ruhensbestimmungen für Beamte und ASVG-Pensionisten aus.[921]

Einen gänzlich neuen Vorschlag machte ÖVP-Wirtschaftssprecher Josef Taus. In Österreich sollte – wie im Ausland bereits üblich – eine überbetriebliche Pensionskasse geschaffen werden. In den Genuss von innerbetrieblichen Pensionskassen kamen zum damaligen Zeitpunkt nur Arbeiter und Angestellte von größeren Betrieben. Laut Taus hätte sein Vorschlag eine Zusatzpension für alle Arbeitnehmer gebracht und auch größere Sicherheit im Falle eines Konkurses bedeutet. Nach seinem Plan sollten die Dienstgeber 4 Prozent und der Arbeitnehmer 2 Prozent der jährlichen Lohnsumme einzahlen.[922] Reaktionen auf diesen Vorschlag gab es nur wenige. Für den ÖGB lehnte ihn Präsident Verzetnitsch ab.[923]

Die Einigung über die zweite Phase der Pensionsreform (diese sollte mit 1. Juli 1988 in Kraft treten) spießte sich weiterhin an der Frage der Ruhensbestimmungen. Hier warfen sich die beiden Koalitionsparteien gegenseitig vor, an einer möglichen Verzögerung der Reform schuld zu sein.[924] Sozialminister Dallinger, unterstützt von Frauen-Staatsekretärin Dohnal (SPÖ), blieb mit Hinweis auf eine sonstige massive Belastung des Budgets bei seinem Ziel, gleiche Ruhensbestimmungen für alle einzuführen. Bundeskanzler Vranitzky ließ sich noch jeden Verhandlungsspielraum offen, betonte aber, dass aus seiner Sicht in manchen Fällen Pensionskürzungen unverzichtbar wären.[925]

Bezüglich der Ruhensbestimmungen erklärte ÖVP-Generalsekretär Kukacka, dass nur beim Zusammenfall einer Berufsunfähigkeitspension mit einem Erwerbseinkommen eine Regelung eingeführt werden sollte. Bei den anderen Punkten (ÖBB-Pensionsantrittsalter und Ruhensbestimmungen beim Zusammentreffen mehrerer Pensionen) gab es zunächst keine Annäherung. Gleichzeitig mehrten sich in der ÖVP die Stimmen, die eine mittelfristige Anhebung des Regelpensionsalters für Frauen auf das der Männer forderten. Das alleine sollte 20 Milliarden Schilling bringen.[926] Aufgrund der Unstimmigkeiten sah sich

---

Die Presse, 9.4.1988. S.4.

[921] Vgl. Die Presse, 12.4.1988. S.4.

[922] Vgl. Die Presse, 14.5.1988. S.4.

[923] Vgl. Die Presse, 26.5.1988. S.4.
Kleine Zeitung, 28.5.1988. S.4.

[924] Vgl. Die Presse, 21.5.1988. S.4.
Die Presse, 24.5.1988. S.4.
Die Presse, 25.5.1988. S.4.

[925] Vgl. Die Presse, 25.5.1988. S.4.
Die Presse, 26.5.1988. S.4.

[926] Vgl. Die Presse, 27.5.1988. S.4.
Die Presse, 31.5.1988. S.1.
Kleine Zeitung, 31.5.1988. S.5.

die Regierung genötigt, das angepeilte Datum des Inkrafttretens der Pensionsreform auf 1. Jänner 1989 zu verschieben.

Die SPÖ signalisierte mittlerweile, dass das ÖBB-Pensionsrecht für sie nicht tabu war. Verschlechterungen sollten allerdings nur für neue ÖBB-Bedienstete gelten (so Kanzleramtsminister Löschnak) und die Angleichung des Pensionsrechts an das des öffentlichen Dienstes im Einvernehmen mit der Gewerkschaft geschehen (so Sozialminister Dallinger).[927] Trotz dieser vorsichtigen Annäherung kam es auf diesem Gebiet zu keiner Abkühlung des Streits. Als Bundeskanzler Vranitzky anregte, nur budgetwirksame Maßnahmen mit Jahresanfang 1989 in Kraft treten und die längerfristige Neugestaltung in einem mehrjährigen Zeitraum erfolgen zu lassen, kam scharfe Kritik aus der ÖVP. Die Drohung von Eisenbahnergewerkschaftschef Schmölz (SPÖ), das geltende Pensionsrecht auch mit Streiks zu verteidigen, und die Ankündigung der ÖVP, den Investitionen für das Reformprojekt „Neue Bahn" die Zustimmung zu verweigern, falls es zu keiner Änderung des Pensionsrechts käme,[928] ließen die Stimmung weiter verschlechtern. Dabei zeigte die SPÖ-Spitze Verständnis für die strikte Ablehnung der ÖVP-Forderungen durch die Eisenbahnergewerkschafter, allerdings nicht ohne auch selbst von einem gewissen Reformbedarf in diesem Bereich zu sprechen.[929]

Parallel ging der Streit über die Ruhensbestimmungen weiter. ÖVP-Hauptverhandler Schwimmer argumentierte mit einer Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung, dass das Wegfallen der Ruhensbestimmungen die Arbeitslosenzahl nur leicht steigen ließe (10.000 bis 15.000 zusätzliche Arbeitslose), die SPÖ argumentierte mit denselben Zahlen, allerdings dahingehend, dass diese eine volkswirtschaftliche Belastung von 2,5 bis 3 Milliarden Schilling mit sich bringen würden und daher unbedingt zu vermeiden wären.[930]

Ende Juni kam es aber in der Frage der Ruhensbestimmungen zu einer Annäherung. SPÖ-Klubobmann Fischer und Sozialminister Dallinger kündigten nacheinander an, dass es kein generelles Verbot aller Nebenbeschäftigungen für Pensionisten geben werde. Außerdem sollten für Pensionisten, die Kinder zu versorgen, und für diejenigen, die mehr als 40 Beitragsjahre aufzuweisen hätten, die Ruhensbestimmungen gelockert bzw. abgeschafft werden. Die ÖVP ließ ebenfalls Kompromissbereitschaft erkennen.[931]

---

[927] Vgl. Kleine Zeitung, 2.6.1988. S.8.
Die Presse, 9.6.1988. S.4.

[928] Vgl. Die Presse, 22.6.1988. S.4.

[929] Vgl. Kleine Zeitung, 22.6.1988. S.2.

[930] Vgl. Kleine Zeitung, 30.6.1988. S.2.

[931] Vgl. Die Presse, 28.6.1988. S.4.
Kleine Zeitung, 31.8.1988. S.2.

Vom Generalsekretär des Wirtschaftsbundes Schüssel (ÖVP) kam gleichzeitig mit einer strikten Ablehnung, die Pensionsbeiträge zu erhöhen, erstmals die Anregung, das Pensionsalter anzuheben.[932] Frauenministerin Dohnal wiederum kündigte als Antwort darauf an, dass die Sozialisten einer Erhöhung des Frauenpensionsalters sicher nicht zustimmen würden.[933]

Um die Verhandlungen bezüglich der Pensionsreform weiterzubringen – selbst für die Einhaltung des bereits verschobenen Termins herrschte bereits Zeitdruck – trat im September der Koalitionsausschuss[934] zusammen. Die SPÖ-Verhandler wollten dabei das Pensionsalter der ÖBB-Bediensteten nicht diskutieren, während die ÖVP-Verhandler dies als wichtigen Teil ansahen.[935]

Ergebnisse dieser Runde gelangten nicht an die Öffentlichkeit. In der Pressestunde mit Sozialminister Dallinger am folgenden Sonntag kam jedoch noch ein weiterer Streitpunkt hinzu. Dallinger sprach vom Vorhaben des Finanzministers, im nächsten Jahr nur niedrigere Pensionen um 2,2 Prozent zu erhöhen, da die Bezieher höherer Pensionen durch die kommende Steuerreform ohnehin einen Nettogewinn von 12 Prozent verbuchen würden. Walter Schwimmer (ÖVP) wies diese geplante Ungleichbehandlung der Pensionen namens seiner Partei sofort zurück. Bezüglich der ÖBB-Pensionen zeigte sich der Sozialminister aber optimistisch.[936] Auf eben dieser Reform bestand die ÖVP besonders vehement und verwies dabei auf den Koalitionspakt, in dem eine Harmonisierung der Pensionssysteme enthalten war.[937] Anfang Oktober 1988 kam es zu der ersten Verhandlungsrunde mit den ÖBB-Gewerkschaftern, die bisher mit weitgehender Unterstützung der SPÖ jegliche Veränderungen abgelehnt hatten. In dieser Verhandlungsrunde einigte man sich lediglich auf die Erstellung einer Analyse über die Unterschiede zwischen ÖBB- und Beamten- Pensionsrecht.[938] Um die Harmonisierung auch tatsächlich durchzubringen, bestand die Volkspartei auf einer Paketlösung und lehnte die zeitliche Trennung der Reformbeschlüsse ab. Die ÖVP sagte die für 10. November geplante Verhandlungsrunde ab, offiziell wegen einer Terminkollision, inoffiziell aber aus Verärgerung über den Vorwurf von Bundeskanzler Vranitzky, die ÖVP-Verhandler hätten zu wenig Durchset-

[932] Vgl. Die Presse, 4.7.1988. S.5.
Kleine Zeitung, 4.7.1988. S.2.
[933] Vgl. Die Presse, 23.8.1988. S.4.
[934] Teilnehmer waren von SPÖ-Seite die Minister Dallinger, Lacina und Löschnak, von ÖVP-Seite Staatssekretär Stummvoll und Sozialsprecher Schwimmer (Kanzleramtsminister Neisser war verhindert).
[935] Vgl. Die Presse, 6.9.1988. S.1.
[936] Vgl. Die Presse, 12.9.1988. S.5.
[937] Vgl. Die Presse, 4.10.1988. S.1.
[938] Vgl. Kleine Zeitung, 6.10.1988. S.2.

zungsvermögen.[939] Außerdem wurde in den Medien spekuliert, dass auch interne Widerstände gegen die Parteilinie dazu geführt hatten. Die ÖVP bezeichnete die Forderung der SPÖ, bei einer Reform des ÖBB-Pensionsrechts auch das der Landesbeamten zu erneuern, als Ablenkungsmanöver.[940] Die beiden Junktimierungen (ÖBB, Landesbeamte) zur Pensionsreform verkomplizierten die Verhandlungen noch weiter.[941] Die Situation entspannte sich aber durch die Ankündigung von ÖVP-Generalsekretär Kukacka, dass seine Partei auch über eine einheitliche Regelung für Bundes- und Landesbeamte verhandeln würde. Auch in der Frage der Ruhensbestimmungen machte er einen Schritt in Richtung SPÖ. Seiner Ansicht nach hätte man den Zuschuss, den der Staat zu jeder Pension leistete, bei Mehrfachpensionen nur einmal wirksam werden lassen können.[942]

Von der ÖVP kam im Februar 1989 abermals die Drohung, das fertiggestellte Konzept „Neue Bahn" platzen zu lassen, sollte nicht zuvor die Frage der ÖBB-Pensionen gelöst werden. Als neues Argument nannte Staatssekretär Stummvoll (ÖVP) die Kosten für die „Neue Bahn", die an einer anderen Stelle eingespart werden müssten.[943] Nach den Vorstellungen von ÖVP-Generalsekretär Kukacka sollte das Pensionsalter alle drei Monate um einen Monat angehoben werden.[944]

Der neue Sozialminister Geppert (SPÖ) glaubte mittlerweile nicht mehr an eine Einigung über die Pensionsreform innerhalb der laufenden Legislaturperiode.[945] Am 5. September 1989 legte er ein neues Pensionskonzept vor, das auch die anderen Parteien wohlwollend kommentierten. Es enthielt ein Zwei-Säulen-Modell für die Altersvorsorge, bestehend aus gesetzlicher Pensionsversicherung und betrieblicher Zusatzpension. Auch die Einrechnung von Kindererziehungszeiten fand Zustimmung bei der ÖVP. Sie kritisierte jedoch den Zeithorizont bis zum Wirksamwerden, war dieses doch erst für 2025 geplant. Bei den Ruhensbestimmungen gab es keine weitere Annäherung.[946]

Im Oktober 1989 brachte Staatssekretär Stummvoll (ÖVP) neue Forderungen ein, deren Realisierung er aber erst für die nächste Legislaturperiode als realistisch ansah. Das langfristige Ziel, eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters, wollte er mit einem Bonus-Malus-

---

[939] Vgl. Die Presse, 10.11.1988. S.1, 5.
[940] Vgl. Die Presse, 11.11.1988. S.4.
Der Standard, 15.11.1988. S.4.
[941] Vgl. Die Presse, 16.11.1988. S.5.
Die Presse, 17.11.1988. S.5.
[942] Vgl. Die Presse, 26.11.1988. S.5.
Der Standard, 28.11.1988. S.4.
Der Standard, 5.1.1989. S.5.
[943] Vgl. Die Presse, 3.2.1989. S.5.
[944] Vgl. Die Presse, 6.7.1989. S.5.
[945] Vgl. Der Standard, 19.5.1989. S.6.
Die Presse, 24.5.1989. S.5.
[946] Vgl. Die Presse, 6.9.1989. S.5.

System erreichen. Ausgehend von einem Richtalter von 62 bis 63 Jahre sollte es bei früheren Pensionierungen Abschläge, bei späteren Zuschläge geben. Auch die Harmonisierung der Pensionssysteme erklärte er erneut zu einem Ziel.[947]

Ein weiterer Konflikt entzündete sich an einem Vorschlag von ÖVP-Obmann und Vizekanzler Riegler. Er wollte die Mindestpensionen innerhalb der folgenden drei Jahre von 5.600 auf 7.000 Schilling netto anheben[948]. Den jährlichen budgetären Mehraufwand dafür bezifferte er mit 700 Millionen Schilling. Die Reaktion aus dem SPÖ-geführten Sozialministerium war zunächst positiv. Aus der SPÖ selbst kam aber rasch Kritik, die vor allem auf die Frage der Kosten und damit auf die Finanzierung abzielte.[949] Bundeskanzler Vranitzky wollte die Erhöhung der Mindestpension zunächst gleichzeitig mit der Erhöhung des Mindestlohnes diskutieren, da dieser zum damaligen Zeitpunkt bei 6.000 Schilling und damit unter der angestrebten Mindestpension lag.[950] Bezüglich der Höhe der Mehrkosten entbrannte schließlich ein Streit. Die genannten Zahlen reichten von 700 Millionen bis 14 Milliarden Schilling. Der Initiator der Debatte gab unter Einbeziehung auch der Ehepartner eine Mehrerfordernis von 1,2 Milliarden an. Die meisten Stimmen aus der SPÖ (vor allem aus Arbeiterkammer und ÖGB) sprachen sich zwar prinzipiell für das Vorhaben aus, zweifelten aber an dessen Finanzierbarkeit.[951] Auch Bundeskanzler Vranitzky zeigte sich der Idee wohl gesonnen, kritisierte aber, dass die ÖVP kein einheitliches und durchgerechnetes Modell vorgelegt hatte.[952]

Im Juli 1990 ging die Debatte über die eigentliche Pensionsreform weiter. Die Forderung von ÖVP-Obmann Riegler, die Altersgrenze für Frühpensionen um drei Monate anzuheben, lehnte SPÖ-Familiensprecherin Traxler für ihre Partei als unsozial ab.[953] In den beginnenden Wahlkampf zur Nationalratswahl am 7. Oktober zogen beide Koalitionspartner mit neuen Vorschlägen. Die ÖVP wollte die Frühpensionierungen, die nicht auf Arbeitsunfähigkeit zurückgingen, mittels des bereits propagierten Bonus-Malus-Systems zurückdrängen. Außerdem wollte sie unter dem Motto der Familienfreundlichkeit Zeiten für Kindererziehung und Pflege von Verwandten anrechnen sowie für Hausfrauen eine

[947] Vgl. Der Standard, 13.10.1989. S.17.
[948] Genau genommen war damit eine Erhöhung des Richtsatzes für Ausgleichszulagen gemeint. Eine echte Mindestpension gab es nicht.
[949] Vgl. Die Presse, 12.4.1990. S.5.
[950] Vgl. Die Presse, 13.4.1990. S.6.
[951] Vgl. Die Presse, 14.4.1990. S.4.
[952] Vgl. Der Standard, 18.4.1990. S.7.
Die Presse, 18.4.1990. S.1.
[953] Vgl. Die Presse, 20.7.1990. S.5.

begünstigte Selbstversicherung einführen. Der für den öffentlichen Dienst zuständige Kanzleramtsminister Ettl (SPÖ) forderte, das Beamten-Pensionssystem an das der ASVG-Versicherten[954] anzugleichen.[955] Die Reaktion der ÖVP darauf war einerseits die Ablehnung dieses Vorschlags, da man laut ÖAAB-Obmann Lichal dann auch das Besoldungssystem der Beamten diskutieren hätte müssen, um hier vergleichbare Modelle zu schaffen, andererseits der Vorschlag über private Pensionskassen den ASVG-Versicherten ebenfalls 80 Prozent des Letztbezuges als Pension zu sichern. Die SPÖ kritisierte an diesem Vorschlag nicht das Ziel, sondern dass es mit Hilfe von privaten Pensionskassen erreicht werden sollte.[956] Im Wahlkampf betonte die ÖVP auch wieder ihr Vorhaben, das durchschnittliche Pensionsalter der Eisenbahner von 54 auf 60 Jahre anzuheben.[957] Das bezeichnete SPÖ-Familiensprecherin Traxler als unsozial und realitätsfremd.[958] Josef Riegler forderte, unterstützt von seiner Partei, eine Anrechnung von mindestens drei Jahren der Kindererziehungszeiten für die Pensionen.[959] Insgesamt veränderten sich die Positionen der Parteien im Wahlkampf nicht mehr.[960]

In den Koalitionsverhandlungen des Jahres 1990 beschlossen SPÖ und ÖVP eine Anrechnung von Kindererziehungszeiten. Die ÖVP war aber mit dem Kompromiss, dies erst Frauen des Geburtsjahrganges 1960 zu ermöglichen, nicht zufrieden.[961] Kurz nach der Nationalratswahl fielen im Verfassungsgerichtshof Entscheidungen, die für die weitere Diskussion eine wichtige Rolle spielten. Am 6. Dezember 1990 hob der VfGH das ungleiche Pensionsantrittsalter von Männern und Frauen auf.[962] In den ersten Reaktionen zeigten sich SPÖ und ÖVP darüber einig, dass dafür langfristige Übergangszeiten notwendig wären und dass in bestehende sowie absehbare Pensionsansprüche nicht eingegriffen werden sollte.[963] Kurz darauf hob der Verfassungsgerichtshof auch die Ruhensbestimmungen für ASVG-Pensionisten auf.[964] Beide Klagen hatten Rechtsanwäl-

---

[954] ÖGB Präsident Verzetnitsch wollte den umgekehrten Weg gehen und das ASVG-System an das der Beamten angleichen, was jedoch sowohl der Bundeskanzler als auch Kanzleramtsminister Ettl (alle SPÖ) ablehnten.

[955] Vgl. Die Presse, 26.7.1990. S.5.

[956] Vgl. Der Standard, 28.7.1990. S.6.
Die Presse, 31.7.1990. S.5.

[957] Vgl. Die Presse, 31.7.1990. S.5.

[958] Vgl. Die Presse, 10.8.1990. S.5.

[959] Vgl. Der Standard, 10.8.1990. S.7.

[960] Vgl. Der Standard, 11.10.1990. S.7.

[961] Vgl. Der Standard, 23.11.1990. S.7.

[962] Bis 30. November 1991 sollte ein neues, verfassungskonformes Gesetz beschlossen werden. Bis dahin durfte die alte Regelung gelten.

[963] Vgl. VfGH Erkenntnis, Sammlungsnummer 12568, G223/88, G235/88, G33/90, G63/90, G144/90.
Der Standard, 7.12.1990. S.1.

[964] Vgl. VfGH Erkenntnis, Sammlungsnummer 12592, G33-38/89, G46-51/89, G58/89 u.a.
Der Standard, 17.12.1990. S.7.

te eingebracht, die Funktionen in der ÖVP innehatten.[965] Entsprechend positiv kommentierte die ÖVP-Spitze auch dieses zweite Erkenntnis.[966]

Nun einigten sich Koalitions- und Sozialpartner rasch auf die einheitliche Aufhebung der Ruhensbestimmungen für Beamte und ASVG-Pensionisten. Um eine zu starke plötzliche Belastung des Arbeitsmarktes zu verhindern, wollte man jedoch eine sechs Monate dauernde „Karenzzeit" einführen, während der ein Zuverdienst doch Pensionsabstriche mit sich gebracht hätte.[967] Nach dieser scheinbar mühelosen Einigung kam es jedoch bald zu Unstimmigkeiten. Sozialminister Hesoun strebte die gleichen Bestimmungen auch für Bauern- und Gewerbepensionisten an. Außerdem war die Ausformulierung der sogenannten Karenzzeit noch strittig. Hesoun wollte sie bei einem Wechsel des Arbeitgebers aufheben, während die ÖVP genau das ablehnte.[968] Am 21. Februar 1991 einigten sich die Verhandler weitestgehend auf die Vorschläge des Sozialministers.[969]

Mitte März 1991 nahm ÖVP-Obmann Riegler die Forderung nach Abschlägen für Frühpensionisten (Bonus-Malus-System) zurück und verkündete, dass seine Partei keine Abschläge für Pensionsantritte in den gesetzlichen Normen anstrebte. Die Belohnungen für einen späteren Pensionsantritt beschloss der Nationalrat am selben Tag.[970]

Bei der Aufgabe, das Pensionsalter von Frauen und Männern in verfassungskonformer Weise zu ändern, war man sich nicht einmal über die Zeitvorgabe einig. Während Sozialminister Hesoun dies mit der geplanten großen Pensionsreform Anfang 1993 zusammenlegen wollte, verlangte die ÖVP, so rasch wie möglich zu handeln und dem Erkenntnis entsprechend das Gesetz bis Ende 1992 zu reparieren. In einem Ministerialentwurf wollte sie auch bereits die Anrechnung der Kindererziehungszeiten auf die Pension für Mütter ab 1.1.1992 enthalten sehen.[971] Mittlerweile mehrten sich die Stimmen in der SPÖ für die Verlängerung des ungleichen Pensionsalters per Verfassungsgesetz zunächst für ein Jahr, was die ÖVP ablehnte.[972] Langsam begannen sich zuerst die ÖVP-Frauen mit dieser Variante anzufreunden, da keine zeitgerechte Einigung zu erwarten war. Sie erhoben auch die Forderung, dass Mütter bereits nach fünf Jahren Berufstätigkeit einen

---

[965] Heinrich Wille, designierter Parteiobmann von Wien, hatte gegen das unterschiedliche Pensionsantrittsalter und ÖVP-Nationalrats-Abgeordneter Michael Graff gegen die Ruhensbestimmungen geklagt.
[966] Vgl. Die Presse, 15.3.1991. S.6.
[967] Vgl. Die Presse, 12.2.1991. S.6.
[968] Vgl. Die Presse, 16.2.1991. S.5.
[969] Vgl. Kleine Zeitung, 22.2.1991. S.2.
[970] Vgl. Die Presse, 15.3.1991. S.6.
[971] Vgl. Die Presse, 28.3.1991. S.7.
Der Standard, 5.4.1991. S.5.
[972] Vgl. Der Standard, 16.4.1991. S.6.
Der Standard, 14.8.1991. S.6.

Pensionsanspruch haben sollten, während die Sozialdemokraten es bei der bisherigen Regelung von mindestens 15 Jahren belassen wollten.[973]

Anlässlich des Welt-Frauentages erklärte Frauenministerin Dohnal, dass sie einer Angleichung des Pensionsantrittsalters von Männern und Frauen nur bei einer tatsächlichen Gleichstellung der Frauen in allen Lebensbereichen zustimmen werde.[974]

Bezüglich des Zustandekommens der Pensionsreform zeigte sich der Sozialminister im März 1992 optimistisch, warnte aber den Koalitionspartner, dass er zu einer solchen nur dann seine Zustimmung geben könnte, wenn auch Gewerbetreibende und Bauern mit einbezogen würden.[975]

Zu einer Einigung über die wichtigsten Punkte kam es Ende April. Die wichtigsten Punkte daraus waren:

- Berechnung der Pensionserhöhungen auf Basis der Nettosteigerung der Bezüge (sollte gegenüber der Bruttosteigerung als bisheriger Grundlage bei höheren Sozialversicherungsbeiträgen zu geringeren Pensionssteigerungen führen)
- Anrechnung pro Kind für die Pension von vier Jahren mit einem fiktiven Monatseinkommen von 9.800 Schilling ab 1993 (Steigerung der Pension um 700 Schilling)
- Reduktion der Hinterbliebenenpension von 60 Prozent bis auf 40 Prozent, wenn diese größer war als die eigene Pension
- schrittweise Erhöhung des Frauenpensionsalters auf das der Männer ab 2008 bis 2030 (ein halbes Jahr pro Jahr)
- keine Abzüge bei Frühpensionierung
- ein Gleitpensionssystem (Wer ab 60 Jahren nur 70 Prozent der Pension bezieht und weiter arbeitet, erhält für jedes zusätzliche Arbeitsjahr 1,5 Prozent mehr Pension, bei einem Bezug von 50 Prozent der Pension einen Zuschlag von 2,5 Prozent und bei 30 Prozent jährlich 3,5 Prozent.)
- Neuregelung der Berufsunfähigkeitspension (Auszahlung des Zuschlags zum Pensionsanspruch nur bei Eintritt der Berufsunfähigkeit vor dem 50. Lebensjahr)[976]

Bezüglich des Pensionsalters für Frauen wurden die Details im Oktober 1992 festgelegt und als Vorbereitung auf die Angleichung ein Gleichbehandlungspaket beschlossen *(vgl.*

[973] Vgl. Die Presse, 25.6.1991. S.6.
[974] Vgl. Der Standard, 9.3.1992. S.5.
[975] Vgl. Der Standard, 9.3.1992. S.13.
[976] Vgl. Der Standard, 2.5.1992. S.14.

Kap. 4 Frauen).[977] Kurz vor der Beschlussfassung im Ministerrat drohte die ÖVP noch damit, diese platzen zu lassen. Grund war die enthaltene Bestimmung, dass Pensionsbeitragserhöhungen automatisch durchgeführt werden sollten, wenn der Bundeszuschuss ein Drittel der Gesamtausgaben für die Pensionen überstiegen hätte. Die Volkspartei fürchtete ein baldiges Wirksamwerden dieses Passus für Bauern und Gewerbetreibende. Er wurde daraufhin nur für Arbeiter und Angestellte beschlossen.[978] Bei der Frage nach der Anrechnung von Kindererziehungszeiten einigte man sich auf Drängen der ÖVP darauf, für die betroffenen Frauen die Möglichkeit zu schaffen, zwischen der alten und der neuen Regelung bis 1995 (danach sollte eine Anhebung der Anrechnung erfolgen) zu wählen, da die neue für Besserverdienende eine Verschlechterung bedeutet hätte.[979] Die Beschlussfassung ging am 21. April 1993 im Nationalrat über die Bühne.[980]

1993 und im Wahljahr 1994 beschränkte sich die Pensionsdebatte auf einige wenige kontroverse Wortmeldungen. So kündigte ÖVP-Sozialsprecher Feuerstein an, dass seine Partei in die nächsten Koalitionsverhandlungen mit der nicht neuen Forderung nach einer gesetzlich festgeschriebenen Betriebspension gehen werde. Nach seinen Vorstellungen sollten die Unternehmen, statt Abfertigungen zu zahlen, für eine Zusatzpension ihrer Angestellten und Arbeiter zwei Prozent der Lohn- oder Gehaltssumme an die Pensionskassen überweisen. Vom Sozialminister kam diesbezüglich eine Ablehnung.[981]
In den Koalitionsverhandlungen spielte das Thema wieder eine größere Rolle. Die ÖVP wollte in der neuen Legislaturperiode durch ein Anreizsystem eine Anhebung des faktischen Pensionsalters erreichen. Aus der SPÖ kamen dazu skeptische bis ablehnende Wortmeldungen.[982] Auch die ebenfalls bekannte ÖVP-Forderung nach Änderung des ÖBB-Pensionsrechtes traf bei der SPÖ auf keine Zustimmung. Ebenso kritisierte sie, dass der Koalitionspartner wieder mit den alten Forderungen der vergangenen Legislaturperiode in die Verhandlungen ging und erneut versuchte, diese unter dem Schlagwort des Sparens durchzusetzen.[983] Im Koalitionspakt stand schließlich:

> „Die Regierungspartner werden Maßnahmen setzen, um das vorzeitige Ausscheiden von Menschen in den Ruhestand mit all seinen negativen Wirkungen einzudämmen. Das derzeitige gesetzliche Pensionsantrittsalter bleibt bestehen; die tatsächlichen Pensionsantritte sollen jedoch an das gesetzliche Pensionsantrittsalter herangeführt werden. [...]

[977] Vgl. Der Standard, 15.10.1992. S.1, 6.
[978] Vgl. Die Presse, 23.12.1992. S.4.
[979] Vgl. Die Presse, 13.11.1992. S.1.
Der Standard, 23.12.1992. S.5.
[980] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 114/NRSITZ (XVIII. GP). S.13286-13383.
[981] Vgl. Der Standard, 9.8.1994. S.4.
[982] Vgl. Der Standard, 22.10.1994. S.6.
[983] Vgl. Der Standard, 9.11.1994. S.3.

> Die Bemühungen zur Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters setzen entsprechende gesundheitsfördernde und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen voraus."[984]

Auch nach den Koalitionsverhandlungen blieb vor allem das Thema „Frühpensionen" an der Tagesordnung, wobei sich die Positionen zunächst nicht veränderten.[985] Die von Sozialminister Hums angedeutete Notwendigkeit einer geringfügigen Erhöhung der Pensionsbeiträge stritt die ÖVP postwendend ab.[986] Mit den Budgetverhandlungen *(vgl. Kap. 2.11 Budget 1996 mit Koalitionsbruch)* kam aber Bewegung in die Fronten. Dabei standen vor allem kurz- bis mittelfristig wirksame Maßnahmen im Vordergrund. Auch die Sozialpartner berieten intensiv über die Pensionsfrage. Zu den zwei bekannten Varianten, nämlich Bonus-Malus-System und längerer Durchrechnungszeitraum, kam nun von der ÖVP noch ein weiterer Vorschlag, der auf die Beitragssätze abzielte. Die über 30 Arbeitsjahre hinausgehende Zeit sollte höher als bisher eingerechnet werden, um längeres Arbeiten attraktiver werden zu lassen.[987]

Von den Sozialpartnern, die maßgeblich in die Budgetverhandlungen involviert waren, kamen keine Vorschläge zur Eindämmung der Frühpensionen. Der ÖGB hatte das verhindert. Allerdings gelang die Einigung auf folgende Punkte:

- Bei Doppelpensionen Kürzung der kleineren Pension um 60 Prozent ab einer noch festzulegenden Höhe der Gesamtsumme, voraussichtlich aber ab der Höchstbeitragsgrundlage von 39.000 Schilling; ab einer weiteren Grenze um 80 Prozent
- Wiedereinführung der Ruhensbestimmungen für ASVG-Versicherte und Beamte
- Beseitigung von Privilegien bei Politikerpensionen[988]

Seinen Vorschlag, zur Sanierung des Pensionssystems die Pensionsbeiträge zu erhöhen, nahm Sozialminister Hums (SPÖ) in den Budgetverhandlungen wieder zurück.[989]

Die ÖVP arbeitete Vorschläge aus, die deutlich über die der Sozialpartner hinausgingen. Diese sahen vor, dass bei einer Zuerkennung einer Invaliditäts- oder Berufsunfähigkeitspension das bisherige Dienstverhältnis gelöst werden müsste, geminderte Arbeitsfähigkeit sollte erst ab 56 statt wie bisher mit 55 Jahren anerkannt werden, und auf Frühpensionen sollte ein Abschlag eingeführt werden.[990] Die Abschläge sollten im ersten Jahr 10

[984] Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1994. S.29-29.
[985] Vgl. Der Standard, 10.3.1995. S.6.
[986] Vgl. Die Presse, 26.6.1995. S.6.
[987] Vgl. Der Standard, 30.8.1995. S.6.
[988] Vgl. Der Standard, 7.9.1995. S.5.
[989] Vgl. Der Standard, 9.9.1995. S.15.
[990] Vgl. Der Standard, 22.11.1995. S.5.

Prozent ausmachen und dann jährlich um 2 Prozent sinken. Das lehnte der Koalitionspartner als Strafsteuer für Frühpensionisten ab. Die SPÖ wollte den Pensionsbeitrag (bezahlt je zur Hälfte von Arbeitnehmer und Arbeitgeber) um ein Prozent und die Höchstbeitragsgrundlage für Dienstgeber von 39.000 auf 45.000 Schilling erhöhen.[991] Diese Beitragserhöhungen schlossen Vizekanzler Schüssel und Wirtschaftsminister Ditz wiederum aus. Gleichzeitig reduzierten sie ihre Abschlagsforderung auf ein Zehntelprozent pro Monat, womit eine maximale Reduktion von 6 Prozent erreicht worden wäre.[992] Die Beschränkung der Frühpensionen kristallisierte sich zu einem der entscheidenden Punkte heraus, bei dem beide Parteien festgefahrene Standpunkte vertraten. In der ÖVP war man lediglich bereit, über die Höhe zu diskutieren und präsentierte ein neues Angebot mit einer maximalen Reduktion von 5 Prozent bei Abschlägen von ebenfalls einem Zehntelprozent pro Monat. Die SPÖ schien davon unbeeindruckt und verwies auf die bereits mit den Sozialpartnern abgestimmten und auch in der Koalition außer Streit stehenden Maßnahmen.[993]

Ende September 1995 drohte die ÖVP, die Koalition platzen zu lassen, sollte die SPÖ ausreichenden Maßnahmen zur Verringerung der Frühpensionsantritte ihre Zustimmung verweigern. Gemeint waren damit die diskutierten Abschläge und eine Anhebung der Mindestversicherungszeit von 35 auf 37,5 Jahre für den Antritt der Frühpension.[994] Die ablehnende Haltung der SPÖ erhielt durch einen entsprechenden Beschluss des SPÖ-Parteitages am 3. Oktober besonderen Nachdruck.[995] Tags darauf gab es kurz Hoffnung auf eine Einigung, als ÖVP-Obmann Schüssel ankündigte, auf die Abschläge verzichten zu können. Die SPÖ begrüßte dieses Abrücken von der bisherigen Position.[996] Bezüglich der Anhebung der notwendigen Mindestversicherungszeit blieben die Standpunkte allerdings gleich. Auch die von der ÖVP angebotene Alternativvariante, das gesetzliche Anspruchsalter um 2 Jahre auf 57 Jahre bei Frauen und 62 bei Männern zu erhöhen, brachte keinen Fortschritt.[997]

Die Budgetverhandlungen scheiterten am 12. Oktober 1995 auch aufgrund der Uneinigkeit in der (Früh-)Pensionsfrage. Am selben Tag fand eine Sitzung des Nationalrates

[991] Vgl. Die Presse, 26.9.1995. S.7.
Der Standard, 26.9.1995. S.15.
[992] Vgl. Der Standard, 27.9.1995. S.5.
[993] Vgl. Die Presse, 29.9.1995. S.1.
Der Standard, 30.9.1995. S.5.
[994] Vgl. Der Standard, 28.9.1995. S.1, 7.
Der Standard, 29.9.1995. S.4.
Der Standard, 2.10.1995. S.4.
[995] Vgl. Der Standard, 4.10.1995. S.6.
[996] Vgl. Der Standard, 5.10.1995. S.5.
Die Presse, 6.10.1995. S.1.
[997] Vgl. Der Standard, 10.10.1995. S.5.

statt, bei der neben dem Budget auch die Pensionsfrage eine wichtige Rolle spielte. Zwei Auszüge aus den stenographischen Protokollen des Nationalrates zeigen, wie hitzig die Debatte geführt wurde. Für die SPÖ trat unter anderem der Abgeordnete Rudolf Nürnberger ans Rednerpult:

> „Sie stellen sich hier her und sagen: Die soziale Absicherung der bereits in Pension Befindlichen muß gegeben sein. Da muß man der Öffentlichkeit einmal sagen, welche Vorschläge Sie bis vor 14 Tagen noch auf dem Tisch gehabt haben. Sie wollten allen Frauen zwischen 55 und 60 Jahren und allen Männern zwischen 60 und 65, die 30, 40 oder 45 Jahre schwer gearbeitet haben und eine Durchschnittspension in der Höhe von 14 000 S beziehen, die Pension um 10 Prozent kürzen. Das ist doch eine Strafsteuer, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ. – Rufe bei der SPÖ: Unerhört! – Abg. Dr.* **Puttinger***: Was hat das mit der heutigen Situation zu tun?)*"[998]

Dann Gottfried Feuerstein für die ÖVP:

> „Wir stehen dafür ein, Meine Damen und Herren, daß es bei wohlerworbenen Rechten keine Eingriffe gibt. *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)* Es ist falsch, wenn Sie meine Damen und Herren von der SPÖ behaupten, daß wir in solche wohlerworbenen Rechte eingreifen würden *(Beifall bei der ÖVP)*.
>
> Wir haben den Vorschlag des Finanzministers, eine Steuer auf alle Pensionen einzuführen, in den Budgetverhandlungen abgelehnt *(Abg. Dr.* ***Khol:*** *Ungeheuerlich!)* Diesen Vorschlag, daß alle neuen Pensionisten mit einer Steuer belegt werden, haben wir abgelehnt, meine Damen und Herren. *(Abg.* **Schwarzenberger***: Ungeheuerlich, was der Finanzminister verlangt!)* Dieser Vorschlag war wirklich unerhört!"[999]

Im Wahlkampf heizte eine bekannt gewordene Statistik, die einen starken Anstieg der Frühpensionierungen (25 Prozent innerhalb eines Jahres) erkennen ließ, die Pensionsdiskussion zusätzlich an. Die ÖVP interpretierte das Datenmaterial als Beweis für die Notwendigkeit ihrer Forderungen. Die SPÖ begründete die Entwicklung mit der angespannten Situation am Arbeitsmarkt und der Anrechnung von Kindererziehungszeiten seit 1993. Dem wiederum hielt die ÖVP entgegen, dass vor allem die Frühpensionierungen wegen verminderter Erwerbsfähigkeit besonders stark gestiegen waren.[1000] Die Standpunkte der Parteien änderten sich im Wahlkampf nicht.[1001] Unterstützung erhielten sie wie bisher von den ihnen jeweils nahe stehenden Sozialpartnern.[1002] Nun wechselte auch der Vorwurf des „Rentenklaus"[1003] die Seiten. Bundeskanzler Vranitzky bezichtigte die ÖVP, bestehende Pensionen kürzen zu wollen, was diese strikt zurückwies. Die ÖVP wiederum warf der SPÖ vor, durch die Weigerung, Maßnahmen zur Erhöhung des Pen-

---

998 Nürnberger, Rudolf. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 52/NRSITZ (XIX. GP). S.16.
999 Feuerstein, Gottfried. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 52/NRSITZ (XIX. GP). S.21-22.
1000 Vgl. Der Standard, 19.10.1995. S.5.
1001 Vgl. Der Standard, 20.10.1995. S.16.
1002 Vgl. Der Standard, 23.10.1995. S.4.
1003 Das war ein bewusster Rückgriff auf die Wahlkampfrhetorik der 50er Jahre.

sionsantrittsalters zu setzen, das gesamte Pensionssystem zu gefährden.[1004] Besondere Verärgerung in der ÖVP erzeugte ein von Bundeskanzler Vranitzky unterschriebener Brief an die Pensionisten. Vizekanzler Schüssel stieß sich dabei sowohl an der Form (rot-weiß-rot umrandet und von Vranitzky als Bundeskanzler unterschrieben) als auch am Inhalt.[1005]

Die Zugänge der Parteien waren dabei nach wie vor komplett unterschiedlich. Dies zeigte sich auch bei einem Symposium der Zukunfts- und Kulturwerkstätte im Sommer 1995. Hier antwortete Sozialminister Hums auf das Hauptargument der ÖVP. Diese rechnete mit Hinweis auf den Pensionsexperten Bernd Marin immer wieder vor, dass durch die steigende Lebenserwartung bei gleich bleibendem Pensionsantrittsalter zu wenige Beschäftigte zu vielen Pensionisten gegenüberstehen würden und dadurch das Pensionssystem nicht mehr funktionieren könnte.[1006] Der Sozialminister meinte dazu:

> „Von einem unlösbaren Problem, von einem Finanzierungsdebakel – wie es hie und da gerne herbeigeredet wird – sind wir allerdings meilenweit entfernt. [...] Ich höre immer nur, daß das heutige Pensionssystem, wenn es weiter so bleibt, zu einer Verdopplung der Beiträge führen würde. Niemand wünscht sich das, das ist keine Frage. Aber gleichzeitig müssen wir auch feststellen, daß sich durch die Produktivitätsentwicklung im selben Zeitraum auch das gesamte Einkommen verdoppeln oder gar verdreifachen würde. Für ein Schreckens-Szenario ist folglich kein Platz. Denn: Alle Beitragssätze, mit denen da jongliert wird, müßten sich schließlich auch auf das zukünftige doppelte oder dreifache Einkommen beziehen. Und das relativiert doch all die Befürchtungen sehr gründlich...
>
> Wenn Menschen länger leben, ist auch zu überlegen, wie das freiwillige Pensionsantrittsalter angehoben werden soll und kann. Und ich betone hier bewußt das ‚freiwillige' “.[1007]

Im selben Referat sprach er sich für eine Beitragserhöhung und gegen eine private Vorsorge als offiziellen Teil des Pensionssystems aus.[1008]

Natürlich war das Pensionssystem auch in den Koalitionsverhandlungen nach der Nationalratswahl vom 17. Dezember 1995 ein Thema für beide Parteien.[1009] Dabei gelang es allerdings überraschend schnell und geräuschlos, zu einer Einigung zu kommen:

- Erhöhung der notwendigen Versicherungszeiten für eine vorzeitige Alterspension bei Arbeitslosigkeit auf 20 Jahre (statt bisher 15); 15 Jahre davon mussten Pensionsbeiträge gezahlt worden sein (damit bekamen Ersatzzeiten wie Prä-

[1004] Vgl. Die Presse, 23.11.1995. S.8.
Der Standard, 23.11.1995. S.5.
[1005] Vgl. Der Standard, 13.12.1995. S.6.
[1006] Vgl. Karas, Othmar: Statement bei Advanced Democracy. S.133.
[1007] Hums, Franz: Statement bei Advanced Democracy. S.129.
[1008] Vgl. Hums, Franz: Statement bei Advanced Democracy. S.130f.
[1009] Vgl. Der Standard, 8.1.1996. S.11.
Der Standard, 9.1.1996. S.5.

senzdienst, Krankheit und Arbeitslosigkeit weniger Gewicht); Abfederung der Maßnahmen durch Übergangsregeln

- Erhöhung der notwendigen Versicherungszeiten für die vorzeitige Alterspension wegen geminderter Erwerbsfähigkeit von 120 Monaten innerhalb der letzten 20 Jahre vor der Pension auf 240 Monate innerhalb der letzten 30 Jahre
- Anhebung des Mindestalters für die vorzeitige Alterspension wegen geminderter Erwerbsfähigkeit für Männer um 2 Jahre auf 55
- keine rückwirkende Zuerkennung der Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension
- keine Anrechnung von Schul- und Studienjahren als Ersatzzeiten mehr (beim Nachkauf setzte die ÖVP höhere Beträge durch, als von der SPÖ vorgeschlagen: 2.964 Schilling statt 2.223 für Schuljahre und 5.928 Schilling statt 4.446 für Studienjahre)
- Veränderung der Steigerungsbeiträge (abhängig von den Versicherungsjahren) und damit Abschläge von bis zu sieben Prozent für Frühpensionsantritte
- Auszahlung der neuen Pensionen erst am Ende des Monats
- Erhöhung der Beiträge für Bauern und Gewerbetreibende[1010]

Außerdem verständigten sich die beiden Koalitionspartner auf eine Pensionserhöhung unter der Inflationsrate.[1011]

Nur sechs Tage nach der Einigung über ein Koalitionsabkommen kam es zum nächsten Konflikt. Die ÖVP lehnte die von Beamtenstaatssekretär Schlögl geforderte Wiedereinführung von Ruhensbestimmungen für Beamte und ASVG-Versicherte ab. Nur Kürzungen für Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitsrentner wären aus Sicht von ÖVP-Klubobmann Khol vorstellbar gewesen.[1012]
Der Vorschlag von Sozialministerin Hostasch, die Durchrechnungszeiträume für die Berechnung der Pension zu erhöhen, stieß nicht nur in ihren eigenen Reihen auf Skepsis. Auch aus der ÖVP kamen Warnungen, dass damit gewisse Gesellschaftsgruppen – etwa die Frauen – besonders getroffen würden. Dennoch zeigte ÖVP-Sozialsprecher Feuerstein Verhandlungsbereitschaft in dieser Frage.[1013] Nach wie vor betrachtete die ÖVP die

[1010] Vgl. Der Standard, 6.2.1996. S.5.
Der Standard, 23.2.1996. S.5.
[1011] Vgl. Der Standard, 24.2.1996. S.1.
[1012] Vgl. Der Standard, 14.3.1996. S.22.
[1013] Vgl. Der Standard, 24.4.1997. S.7.

Reduktion der Frühpensionierungen als wichtigsten Schritt zur Sicherung der Pensionen.[1014]

Auch die nächste Idee der Sozialministerin, die Höchstbeitragsgrundlage von 40.800 auf 45.000 Schilling zu erhöhen, fand beim Koalitionspartner keine Zustimmung. Die ÖVP bezeichnete dies als eine lediglich kurzfristige Maßnahme, verlangte aber ein langfristiges Gesamtreformkonzept für ASVG-Versicherte, Beamte, Landwirte und Gewerbetreibende. Vor allem die Wirtschaftskammer machte sich gegen die Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage stark, da sie höhere Lohnnebenkosten befürchtete. Die ebenfalls in den Vorschlägen enthaltene Verlängerung des Durchrechnungszeitraums stieß auch in den eigenen Reihen, vor allem bei den SPÖ-Frauen und dem ÖGB, auf Widerstand.[1015]

Der Gesamtvorschlag von Sozialministerin Hostasch sah dann folgendermaßen aus:

- Einbeziehung aller Erwerbseinkommen in die Sozialversicherung (mit ÖVP abgestimmt)
- Pensionsversicherung für geringfügig Beschäftigte: Dienstnehmer können den vollen Pensionsbeitrag zahlen, Dienstgeber müssen (ÖVP dagegen)
- Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage auf 45.000 Schilling schon 1998 (Sozialpartner dagegen)
- Erhöhung der Eigenfinanzierung bei Selbstständigen und Bauern (Wirtschaft gegen höhere Beiträge)
- Umschichtung des Überschusses der Arbeitslosenversicherung an die Pensionsversicherung 1998 und 1999 (nicht strittig)
- Anhebung des faktischen Pensionsalters: strengere Kontrolle von Invaliditätspensionen, strengere Ruhensbestimmungen für Frühpensionisten, Förderung der Beschäftigung von Älteren und stärkerer Kündigungsschutz (nicht strittig)
- Verlängerung des Bemessungszeitraums von 15 auf 20 Jahre (Gewerkschaft und Arbeiterkammer dagegen)
- attraktivere Gleitpensionsmodelle (Modus strittig)
- Abschläge für Frühpensionierung: 2 bis maximal 15 Prozent pro Jahr (Gewerkschaft und Arbeiterkammer dagegen)
- Kostenwahrheit bei Pensionsersatzzeiten: verstärkte Finanzierung aus Budget der entsprechenden Ministerien (ÖVP dagegen)[1016]

[1014] Vgl. Der Standard, 20.5.1997. S.6.
[1015] Vgl. Die Presse, 18.6.1997. S.8.
Der Standard, 18.6.1997. S.8.
Der Standard, 19.7.1997. S.7.
[1016] Vgl. Der Standard, 23.7.1997. S.9.

Zusätzlich wollte die ÖVP eine höhere Bewertung der Kindererziehungszeiten, was die SPÖ ablehnte. Die SPÖ wiederum verlangte, die kostenlose Mitversicherung zu streichen, was die ÖVP ablehnte.

Die koalitionsinternen Verhandlungen hatten gleichzeitig eine Einigung über die Pensionsreform und über das Budget für das nächste Jahr zum Ziel. Dabei suchte man 16 Milliarden Schilling, die kurzfristig für die Pensionen im Budget nötig waren.[1017] Das langfristige Ziel war die Pensionsreform.[1018] Diese Punkte waren auch der Grund für Sonderschichten in der Endphase der Budgetverhandlungen.[1019]

Am 24. Juli einigten sich die Koalitionspartner auf das Doppelbudget 1998/99 und präsentierten das Ergebnis der Öffentlichkeit. Die kurzfristig budgetwirksamen Bestimmungen im Bereich der Pensionen lauteten:

- Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage von 40.800 auf 45.000 Schilling ab 1998 (für alle Bereiche der Sozialversicherung)
- Einbeziehung der geringfügig Beschäftigten: Wahlfreiheit für die Betroffenen unter einem Verdienst von 3.740 Schilling, ob sie einzahlen oder nicht; verpflichtend für den Dienstgeber ab einer Lohnsumme von 5.610 Schilling
- Erhöhung der Eigenfinanzierung bei Selbstständigen und Bauern um insgesamt 500 Millionen in den Jahren 1998 und 1999 (Wie das geschehen sollte, war noch nicht ausverhandelt.)
- Anhebung des Pensionsantrittsalters durch mehr Teilzeit, Karenzmodelle für Ältere, AMS-Förderungen, erschwerte Bedingungen für Frühpensionen wegen Invalidität und Berufsunfähigkeit bei Zuverdiensten
- Umschichtung aus den Mitteln des Arbeitsmarktservice: 5,5 Milliarden aus den Überschüssen sollten in den Pensionsetat gehen

Stillschweigen wurde hingegen über das Ergebnis der langfristigen Maßnahmen in der Pensionsfrage bewahrt. Diese Ergebnisse wollte man zuvor noch mit den Sozialpartnern akkordieren. Dabei verzögerten sich die Verhandlungen zusätzlich, da die ÖVP auch bei den noch geheim gehaltenen Ergebnissen auf der Unterschrift des Koalitionspartners bestand, wogegen sich die SPÖ zunächst stemmte.[1020]

[1017] Stichworte: Höchstbeitragsgrundlage, mehr Eigenmittel für die Bauern und Gewerbetreibenden zur Pensionsversicherung, Einbeziehung der geringfügig Beschäftigten

[1018] Stichworte: Frühpension, Durchrechnungszeitraum

[1019] Vgl. Die Presse, 24.7.1997. S.7.
Der Standard, 24.7.1997. S.5.

[1020] Vgl. Die Presse, 25.7.1997. S.1, 7.
Der Standard, 25.7.1997. S.1, 5.

Am 25. Juli präsentierten die Hauptverhandler, Sozialministerin Hostasch und Familienminister Bartenstein, auch die langfristigen Maßnahmen:

- sukzessive Erhöhung des Bemessungszeitraums bis 2012 von 15 auf 20 Jahre für Frühpensionisten
- sukzessive Erhöhung des Bemessungszeitraums bei Beamten auf 11,25 Jahre bei regulärem Pensionsantritt und auf 15 Jahre bei 5 Jahre früherer Pensionierung ab 2012
- einheitliche Steigerung von jährlich 2 Prozent (ÖVP wollte nur 1,8 Prozent)
- Harmonisierung aller Systeme ab dem Jahr 2000
- Ruhensbestimmungen für alle Frühpensionisten ab 1998
- Frühpension bei verminderter Erwerbsfähigkeit nur bei vorherigem Krankenstand von mindestens 26 Wochen
- höhere Bewertung der Kindererziehungszeiten (8.000 statt 6.500 Schilling) ab dem Jahr 2000 (SPÖ war ursprünglich dagegen)
- Möglichkeit einer Pensionsversicherung für Frauen, die schwerstkranke Angehörige pflegen: Sie zahlen 10,25 Prozent des Pflegegeldes, das Sozialministerium den Dienstgeberanteil von 10,55 Prozent. (SPÖ war ursprünglich dagegen)
- Fallen des Subsidiaritätsprinzips: Alle, die in mehreren Systemen versichert sind, müssen überall Beiträge zahlen. (ÖVP war ursprünglich dagegen)
- Obergrenze bei Doppelpensionen (Höhe noch nicht fixiert)[1021]

Große Aufregung bei der SPÖ verursachte der Vorstoß von Familienminister Bartenstein, bei kinderlosen Frauen das Pensionsantrittsalter auf das der Männer zu erhöhen. Dabei argumentierte er damit, dass das niedrigere Pensionsalter mit der Doppelbelastung der Frauen begründet worden war und dass eben diese bei Kinderlosigkeit nicht gegeben wäre. Frauenministerin Prammer bezeichnete die Äußerung als Affront gegenüber Frauen, die keine Kinder bekommen konnten.[1022]

Der wirkliche Konflikt spielte sich aber mittlerweile zwischen der Regierung und den Sozialpartnern ÖGB und AK ab. Diese lehnten vor allem den längeren Durchrechnungszeitraum, die Maßnahmen gegen die Frühpensionen und die erhöhte Höchstbemessungsgrundlage ab. Letztere bezeichneten sie als kurzfristige Geldbeschaffungsaktion, schließlich würden daraus später auch höhere Pensionen resultieren. Daraufhin sprach sich Vi-

[1021] Vgl. Der Standard, 26.7.1997. S.7.
Kleine Zeitung, 1.8.1997. S.2.
[1022] Vgl. Der Standard, 16.8.1997. S.5.

zekanzler Schüssel, unterstützt von Wirtschaftskammerpräsident Maderthaner, dafür aus, die Reform notfalls auch ohne Zustimmung der Sozialpartner zu beschließen. Das wurde von Bundeskanzler Klima als Drohgebärde zurückgewiesen.[1023] Der Streit zwischen den Sozialpartnern ging soweit, dass der Wirtschaftskammerpräsident erst zu weiteren Gesprächen überredet werden musste, da er über die Eckpunkte der Pensionsreform nicht mehr diskutieren wollte. Nur in der Kritik an der Erhöhung der Höchstbemessungsgrundlage waren sie sich einig.[1024] Nun fanden die Verhandlungen unter großem Zeitdruck statt, da geplant war, das Reformwerk am 7. Oktober 1997 nach einer vierwöchigen Begutachtungszeit im Ministerrat zu beschließen.[1025] Gerade diese Zeitnot heizte die Gemüter weiter an. Die ÖVP warf dem ÖGB vor, die Reform absichtlich verzögern zu wollen, was SPÖ-Klubobmann Kostelka nicht auf dem Gewerkschaftsbund sitzen ließ. Seinerseits warf er der ÖVP vor, durch die Eskalation die Sozialpartnerschaft schwächen zu wollen. Mittlerweile wurden schon Terminverschiebungen und Fristverkürzungen diskutiert.[1026]

Zusätzlich sorgte die Ankündigung von Sozialministerin Hostasch für Aufregung, per Gesetz ältere Arbeitnehmer vor Frühpensionierung und Kündigung schützen zu wollen. Die ÖVP-Vertreter der Wirtschaftskammer befürchteten dadurch eine Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Österreich und sprachen der Maßnahme jeden Zusammenhang mit der Pensionsreform ab.[1027]

In seiner Budgetrede vor dem Nationalrat konnte Finanzminister Edlinger noch keine Einigung in der Pensionsdebatte verkünden, verlieh aber der Hoffnung Ausdruck, in wenigen Wochen die Diskussion positiv beenden zu können.[1028]

Bei den Verhandlungen spitzte sich die Lage jedoch mehr und mehr zu. In der Öffentlichkeit wurde nun sogar darüber gestritten, ob Gesetzesteile, die in Begutachtung geschickt worden waren, abgesprochen waren. Während die SPÖ eben dies behauptete, widersprach die ÖVP der Darstellung und stellte sich vehement gegen die betroffenen Passagen. Größtes Problem war, dass von einem Durchrechnungszeitraum keine Rede mehr war. Schließlich ergänzte man die Ankündigung, diese Bestimmungen nachzureichen. Außerdem war ein Recht auf Bildungsurlaub enthalten, das die ÖVP als zu teuer und als nicht dazu geeignet, Arbeitsplätze zu schaffen, ablehnte. Gerüchte, die SPÖ-

[1023] Vgl. Die Presse, 28.8.1997. S.6.
[1024] Vgl. Der Standard, 29.8.1997. S.5.
Der Standard, 2.9.1997. S.7.
[1025] Vgl. Der Standard, 4.9.1997. S.7.
[1026] Vgl. Die Presse, 6.9.1997. S.7.
Der Standard, 6.9.1997. S.6.
[1027] Vgl. Der Standard, 13.9.1997. S.5.
[1028] Vgl. Edlinger, Rudolf: Stenographische Protokolle des Nationalrates 84/NRSITZ (XX. GP). S.65f.

Abgeordneten würden nur dann der Pensionsreform zustimmen, wenn sich der ÖGB mit den Neuerungen einverstanden zeigte, beantwortete Wirtschaftsminister Farnleiter (ÖVP) mit der Drohung, beim Platzen der Reform die Regierung zu verlassen. Vizekanzler Schüssel relativierte die Aussagen aber.[1029] Aus dem Gewerkschaftsbund kamen zum selben Zeitpunkt ebenfalls kämpferische Töne. ÖGB-Präsident Verzetnitsch (SPÖ) lehnte die Verlängerung des Durchrechnungszeitraums kategorisch ab und ließ sogar die Möglichkeit eines Streiks anklingen. Er begründete diese Härte mit drohenden Pensionseinbußen für Frühpensionisten von bis zu 11 Prozent. Die ÖVP führte dagegen die Meinung des Pensionsexperten Bert Rürup ins Rennen, der sich vehement sowohl für den längeren Durchrechnungszeitraum als auch für die Abschläge bei Frühpensionierungen aussprach.[1030]

Sozialministerin Hostasch präsentierte am 22. September abermals einen Vorschlag, in dem der auf 20 Jahre verlängerte Durchrechnungszeitraum für Frühpensionisten (bei regulärem Pensionsantritt weiterhin bei 15 Jahren) wieder enthalten war, obwohl sich der ÖGB nach wie vor dagegen aussprach. Er verlangte die Berücksichtigung langer Versicherungszeiten und kritisierte den geplanten unterschiedlichen Durchrechnungszeitraum für ASVG-Versicherte (20 Jahre) und Beamte (15 Jahre). Von der ÖVP kam Widerspruch zu den Begleitmaßnahmen, wie Rechtsanspruch auf Bildungsurlaub und Teilzeit für ältere Arbeitnehmer.[1031] Die Sozialministerin wiederum bezeichnete die Einführung eines Durchrechnungszeitraumes für Beamte als Bedingung für den verlängerten Durchrechnungszeitraum der ASVG-Versicherten.[1032] Innerhalb der SPÖ versuchte unterdessen Bundeskanzler Klima die SPÖ-Gewerkschaft von der Notwendigkeit der Maßnahmen zu überzeugen.[1033] Die Hauptgegner waren zu diesem Zeitpunkt die ÖVP und der ÖGB, was sich auch in der Wortwahl widerspiegelte. ÖVP-Generalsekretärin Rauch-Kallat warf ÖGB-Präsident Verzetnitsch (SPÖ) die Verbreitung von Halbwahrheiten vor und bezeichnete den Gewerkschaftsbund als Bremserflügel. Für den Gewerkschaftsbund konterte der Bundessekretär der FSG (Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter) Karl Drochter, indem er die ÖVP der sozialen Kälte bezichtigte.[1034]

Die Lage verkomplizierte sich noch, als es zu einer einhelligen Ablehnung der Pensionsreform durch das ÖGB-Präsidium kam. Das bedeutete, dass sich nun auch die ÖVP-

[1029] Vgl. Die Presse, 20.9.1997. S.7.
Die Presse, 22.9.1997. S.1, 7.
[1030] Vgl. Der Standard, 22.9.1997. S.5.
[1031] Vgl. Die Presse, 23.9.1997. S.1.
Der Standard, 23.9.1997. S.1, 5.
[1032] Vgl. Der Standard, 24.9.1997. S.7.
[1033] Vgl. Die Presse, 24.9.1997. S.7.
[1034] Vgl. Der Standard, 25.9.1997. S.5.

Arbeitnehmer dagegen stellten. Zudem kritisierte ÖAAB-Obmann und Verteidigungsminister Fasslabend, dass Wirtschaftskammer-Generalsekretär Stummvoll bei seinen Aussagen den Eindruck erweckte, für die gesamte ÖVP zu sprechen. Gestärkt durch diese plötzliche öffentliche Ablehnung der Pensionsreform durch die ÖVP-Arbeitnehmervertreter drohte ÖGB-Präsident Verzetnitsch der Regierung mit harten Maßnahmen, sollte sie wie geplant die umstrittenen Passagen beschließen.[1035]
Bundeskanzler Klima stellte sich nun demonstrativ hinter die Pensionsreform und bezeichnete den verlängerten Durchrechnungszeitraum als deren Kernstück. Die Gewerkschafter versuchte er mit der Aussicht auf Sonderregelungen zur Entschärfung von Härtefällen zu beruhigen.[1036]
Auch bei den parallel laufenden Verhandlungen über die Reform des Beamtenpensionsrechts verschärfte sich der Konflikt immer mehr. Der Chef der GÖD (Gewerkschaft öffentlicher Dienst) Dohr (ÖVP) zeigte sich gegenüber seinem Verhandlungspartner Ruttenstorfer (SPÖ) nur dann über die Einführung des Durchrechnungszeitraums verhandlungsbereit, wenn die Beamten im Gegenzug auch in den Genuss der Vorteile des ASVG-Systems (Abfertigung, niedrigere Pensionsbeiträge) kommen würden. Außerdem verlangte er einen Vertrauensschutz für Beamte im Alter von über 50 Jahren. Ebenfalls strittig waren Verschärfungen der Ruhensbestimmungen für Beamte.[1037] Am 2. Oktober 1997 war klar, dass 27 ÖVP-Mandatare (vor allem jene aus dem ÖAAB) die Pensionsreform in der vorliegenden Form ablehnen würden. Für ihre Zustimmung forderten sie längere Übergangsfristen vor allem bei der Einführung der Durchrechnungszeiträume für Beamte, um den Menschen die Möglichkeit zu geben, sich auf die neuen Regeln einzustellen. Weiters verlangten sie eine höhere Treffsicherheit, um Härtefälle zu vermeiden, ein Programm für Über-50-Jährige, um zwangsweise Frühpensionierungen zu verhindern und die steuerliche Absetzbarkeit privater Vorsorgemodelle.[1038] Bei den Beamten schienen die Fronten härter als im ASVG-Bereich, da die Sozialministerin hier in den umstrittensten Fragen Verhandlungsbereitschaft gegenüber der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer (AK) auf der einen und der Wirtschaftskammer auf der anderen Seite signalisierte. Bei Frühpensionierungen aus gesundheitlichen Gründen deutete sie unter anderem den Verbleib des 15jährigen Durchrechnungszeitraums an. Die Begutachtungsfrist des Gesetzesentwurfs war bereits in der Nacht von 6. auf 7. Oktober zu Ende gegangen. Bis

[1035] Vgl. Die Presse, 26.9.1997. S.7.
Der Standard, 26.9.1997. S.5.
[1036] Vgl. Der Standard, 27.9.1997. S.7.
[1037] Vgl. Der Standard, 27.9.1997. S.7.
[1038] Vgl. Der Standard, 3.10.1997. S.7.

zum 10. Oktober blieben der Sozialministerin und dem Beamtenstaatssekretär noch Zeit, um Änderungswünsche für die Beschlussfassung im Ministerrat einzuarbeiten.[1039]

Der Arbeiterkammerchef von Vorarlberg, Fink, und der niederösterreichische AK-Vizechef, Dirnberger (beide ÖVP), forderten ÖAAB-Obmann Fasslabend auf, im Ministerrat gegen die Gesetzesvorlage zu stimmen, sollten nicht die Bedenken des ÖAAB durch Änderungen ausgeräumt werden. Gleichzeitig stand schon das Verschieben der Diskussion über die strittigen Punkte auf das kommende Jahr bzw. eine längerfristige Umstellung der Pensionsreform (volle Wirksamkeit erst mit 2017) zur Debatte.[1040] Am 9. Oktober kam aus Regierungskreisen ein neuerlicher Vorschlag, der die Front mit der Beamtengewerkschaft noch verschärfte, da diese noch mit aller Kraft gegen den alten, deutlich weniger weit gehenden kämpfte: Auch für Beamte sollte bei einer Frühpensionierung ein Durchrechnungszeitraum von 20 Jahren gelten. Gleichzeitig wurde bekannt, dass weder Verteidigungsminister Fasslabend noch Frauenministerin Prammer (SPÖ) ernsthaft vorhatten, die Reform durch ihr Veto im Ministerrat zu Fall zu bringen. Prammer war durch einige Veränderungen (höhere Bewertung von Kindererziehungszeiten ab dem Jahr 2000 auch für Frauen, die nicht vom erhöhten Durchrechnungszeitraum betroffen waren, sowie die Möglichkeit für geringfügig Beschäftigte, sich um 540 Schilling selbst zu versichern) überzeugt worden.[1041] Bei dem von der Wirtschaft abgelehnten Rechtsanspruch auf Teilzeit und Bildungskarenz für ältere Arbeitnehmer erzielten Familienminister Bartenstein und Sozialministerin Hostasch einen Kompromiss. Es sollte zwar keinen Rechtsanspruch geben, jedoch sollten Arbeitnehmer die Möglichkeit einklagen können, wenn der Arbeitgeber keine ausreichende Begründung für die Ablehnung des Ansuchens angegeben hatte. Dazu fehlte nur noch die Zustimmung der jeweiligen Parteien.[1042]

Nach einem 14-stündigen Verhandlungsmarathon, an dem auch die Sozialpartner teilgenommen hatten, verkündete die Regierungsspitze eine Einigung. Die Gewerkschafter sprachen zwar noch nicht von einer endgültigen Zustimmung, signalisierten aber auch keine Ablehnung mehr. Sowohl ÖGB-Präsident Verzetnitsch als auch Beamtengewerkschaftschef Dohr wollten zuvor noch sicherstellen, dass die Regeln keine besonderen Härtefälle erzeugen könnten. Folgende Punkte bezeichnete die Regierung nunmehr als fix:

[1039] Vgl. Der Standard, 7.10.1997. S.6.
Die Presse, 8.10.1997. S.7.
Der Standard, 9.10.1997. S.1, 5.

[1040] Vgl. Die Presse, 9.10.1997. S.7.
Der Standard, 9.10.1997. S.5.

[1041] Vgl. Der Standard, 10.10.1997. S.5.

[1042] Vgl. Die Presse, 10.10.1997, S.7.

- kein Eingriff in bestehende Pensionen
- Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage auf monatlich 42.000 Schilling
- Harmonisierung aller Pensionssysteme (für das Regelpensionsalter ein einheitlicher Durchrechnungszeitraum von 15 Jahren, Anhebung der Durchrechnungszeiträume ab dem Jahr 2003 bis 2020 auf 18 Jahre für Frühpensionisten)
- Abschläge bei Frühpensionen von 2 Prozent pro vorgezogenem Jahr bis maximal 15 Prozent ab 2000
- höhere Eigenfinanzierung der Bauern und Selbstständigen um je 250 Millionen Schilling
- Rechtsanspruch auf Gleitpensionen in Betrieben mit mehr als zehn Arbeitnehmern
- Einführung der Bildungskarenz, während der ein Weiterbildungsgeld, ähnlich dem Karenzgeld, geschaffen werden soll
- stärkere Transparenz bei Ersatzzeiten: Zuständige Ministerien (wie Verteidigungsministerium für Präsenzdienst, Innenministerium für Zivildienst, Familienministerium für Karenzzeit) sollen mehr dazuzahlen
- Vertrauensschutz für ältere Arbeitnehmer (Ausnahme von der Erhöhung des Durchrechnungszeitraums für Personen, die fünf Jahre vor der Pensionierung standen)
- Abschaffung des Subsidiaritätsprinzips
- Einbeziehung aller Erwerbseinkommen in die Sozialversicherung
- Einführung eines pauschalierten Dienstgeberbeitrages für Dienstgeber, wenn die Summe der Entgelte aller geringfügig Beschäftigten 5.610 S übersteigt
- freiwillige Selbstversicherung der geringfügig Beschäftigten
- Erhöhung der Anrechnung von Kindererziehungszeiten um 35 Prozent
- Reduktion der Beiträge um 50 Prozent für pflegende Angehörige (minus 1.170 Schilling)
- Verschärfung der Voraussetzungen für den Anspruch auf vorzeitige Alterspension (mindestens 20 Wochen einschlägiger Krankenstand)
- Härteklausel für Invaliditätspensionen
- Ruhensbestimmungen für Beamte (bei Unter-60-Jährigen darf die Summe von Pension und Zusatzverdienst 12.000 Schilling betragen, sonst wird in steigendem Maße die Pension gekürzt, zwischen 60 und 65 beginnen die Kürzungen erst ab 18.000 Schilling)

Die größte Änderung im Vergleich zu den bekannten Vorschlägen war, dass die schrittweise Erhöhung der Durchrechnungszeiträume erst ab 2003 und nicht schon ab 2000 beginnen sollte. Beide Regierungsparteien zeigten sich mit dem Ergebnis zufrieden.[1043]
In den nächsten Tagen stellte sich die Entscheidung der Beamtengewerkschaft als der Knackpunkt im weiteren Verlauf heraus. Spitzenpolitiker beider Regierungsparteien versuchten unterdessen, die Vorzüge der Reformen herauszustreichen.[1044]
Am 14. Oktober 1997 lehnte die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst die Pensionsreform in allen Punkten einstimmig ab. Weitere Verhandlungsbereitschaft zeigte man nur im Falle einer Zusage für eine neue Lebensverdienstsumme für öffentlich Bedienstete. ÖVP und SPÖ schlossen das aus und kündigten an, die Pensionsreform auch gegen diesen Widerstand durchzusetzen.[1045] Darauf folgte auch noch die Ablehnung durch den ÖGB-Vorstand. Der ÖVP-Klub stellte sich jedoch mit nur einer Enthaltung[1046] hinter die Beschlüsse und schob der SPÖ den Ball zu. Von mehreren ÖVP-Politikern kamen Aufforderungen an Bundeskanzler Klima, die Gewerkschafter in seinem Klub zur Zustimmung zu bewegen.[1047] Führende SPÖ-Politiker zeigten sich zuversichtlich, den ÖGB durch das Verhindern von möglichen Härtefällen zur Zustimmung bewegen zu können.[1048] Aufgrund der jedoch anhaltenden Widerstände verlegten die Regierungsparteien den Termin für die Beschlussfassung im Sozialausschuss auf 3. November, womit sie nur zwei Tage vor der Plenardebatte stattfinden sollte.[1049]
Ohne eine Einigung erzielt zu haben, wurden die Verhandlungen von 22. bis 31. Oktober wegen des stattfindenden Gewerkschaftstages des öffentlichen Dienstes unterbrochen.[1050]
Auf eben dieser Versammlung wurden sowohl Bundeskanzler Klima als auch Vizekanzler Schüssel bei ihren Grußworten ausgepfiffen und ausgebuht.[1051] Dennoch gab es einen deutlichen Fortschritt in den Verhandlungen. Die Regierung sagte den Beamten eine Deckelung der Verluste durch den Durchrechnungszeitraum zu, die erst mit dem Jahr 2020 auslaufen sollte. Nun verlangte der ÖGB dieselbe Regelung auch für die ASVG-Versicherten.[1052] Als die Regierungsparteien am nächsten Tag dieser Forderung nachga-

[1043] Vgl. Der Standard, 11.10.1997. S.6, 7.
Die Presse, 11.10.1997. S.1.
[1044] Vgl. Der Standard, 13.10.1997. S.5.
[1045] Vgl. Die Presse, 15.10.1997. S.7.
Der Standard, 15.10.1997. S.1.
[1046] Walter Schwimmer (ÖAAB) enthielt sich der Stimme.
[1047] Vgl. Die Presse, 16.10.1997. S.6.
[1048] Vgl. Der Standard, 16.10.1997. S.5.
Der Standard, 17.10.1997. S.6.
[1049] Vgl. Der Standard, 21.10.1997. S.6.
[1050] Vgl. Der Standard, 23.10.1997. S.6.
[1051] Vgl. Der Standard, 29.10.1997. S.7.
[1052] Vgl. Der Standard, 4.11.1997. S.5.

ben, stimmte der ÖGB der gesamten Reform zu. Bei Beamten und ASVG-Versicherten sollten nunmehr die Verluste durch die Reform bei einer Pensionshöhe von bis zu 10.000 Schilling maximal 100 Schilling betragen und dann linear bis auf 1.960 Schilling (7 Prozent) bei einer Pensionshöhe von 28.000 Schilling ansteigen. Diese Beträge sollten außerdem einer Inflations-Anpassung unterliegen. Für die Beamten beschloss die Regierung zusätzlich eine von 7 auf 12 Prozent linear steigende Deckelung für Pensionen zwischen 28.000 und 42.000 Schilling.
Jüngeren öffentlich Bediensteten sagte man außerdem die Senkung der Pensionsbeiträge auf das Niveau der ASVG-Versicherten zu.[1053]
Bei der Debatte im Plenum des Nationalrates am 7. November 1997 verteidigten die Regierungsparteien einmütig die Reform gegen die Kritik der Opposition und beschlossen die entsprechenden Gesetze.[1054]

Nur wenige Tage nach der Beschlussfassung zu diesem Teil der Pensionsreform durch SPÖ und ÖVP eröffnete die ÖVP eine neue Front in der Pensionsdebatte. Der von der ÖVP nominierte Hauptverhandler, Landwirtschaftsminister Molterer, verlangte eine Angleichung des ÖBB-Pensionssystems an das der Beamten.[1055] Verkehrsminister Einem sprach sich allerdings gegen eine Änderung aus. Er begründete das mit den Einzelverträgen der ÖBB-Bediensteten,[1056] in die man eingreifen hätte müssen, womit das Einverständnis jedes Betroffenen nötig gewesen wäre. Nicht einmal die Zustimmung der Gewerkschaft, die sich ohnehin scharf gegen das Gesetz aussprach, hätte daher für eine Änderung gereicht. Außerdem wies er darauf hin, dass die ab 1995 eingestellten Mitarbeiter bereits in das ASVG-Pensionssystem fielen, womit ab dem Jahr 2030 das Problem ohnehin nicht mehr existieren würde. Die Eisenbahnergewerkschaft kündigte Einzelklagen der ÖBB-Bediensteten gegen jeden Eingriff in die Dienstverträge an. Daraufhin drohte ÖVP-Klubobmann Khol sogar mit einer Blockade der Beamtenpensionsreform im Ministerrat. Dennoch begann das Verhandlungsteam, bestehend aus Landwirtschaftsminister Molterer, Finanzminister Edlinger, Verkehrsminister Einem und Gewerkschaftsvertretern, mit der Arbeit.[1057] Dabei setzten sich die Regierungsvertreter selbst das Ziel, die

[1053] Vgl. Der Standard, 5.11.1997. S.1, 6, 7.
[1054] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 95/NRSITZ (XX. GP). S.27-166.
[1055] 55.000 Eisenbahner hatten nach wie vor die Möglichkeit, nach 35 Dienstjahren im Alter von 53 Jahren mit 83 Prozent des Letztbezuges in Pension zu gehen.
[1056] Seit der Ausgliederung der Bundesbahnen basierte das Anstellungsverhältnis jedes Bediensteten auf einem Einzelvertrag. Jede Änderung durfte daher nur mit Einverständnis des Betroffenen geschehen. (Vgl. Standard, 11.11.1997. S.5.)
[1057] Vgl. Die Presse, 11.11.1997. S.7.
Der Standard, 11.11.1997. S.1, 5.

Reform noch bis zum Jahreswechsel durchzuführen. Die ÖVP strebte weiterhin eine gesetzliche Regelung und Verkehrsminister Einem eine vertragliche an. Eine gesetzliche Regelung konnte sich Einem nur beim absoluten Scheitern der Gespräche vorstellen. Das Ziel, eine Angleichung an das Pensionssystem der Beamten, war aber ein Gemeinsames. Am 12. November 1997 starteten die Verhandlungen mit der Eisenbahnergewerkschaft.[1058]

Vorsorglich kündigte ÖVP-Klubobmann Khol an, dass seine Partei die bereits beschlossene Pensionsreform in zwei Teilen im Bundesrat behandeln wolle: zuerst den ASVG-Teil und dann gemeinsam mit der noch zu erarbeitenden ÖBB-Pensionsreform den zweiten Teil für die Beamten. Die SPÖ zeigte sich darüber verärgert – Klubobmann Kostelka bezeichnete das als Erpressung und Steinzeitmethode – und sprach sich vehement für eine möglichst rasche Erledigung beider Teile aus.[1059] Die vorletzte Möglichkeit der Beschlussfassung im Bundesrat während des laufenden Jahres verstrich ungenützt.[1060] In den Verhandlungen zeigten sich vor allem ÖVP und Gewerkschaft unnachgiebig, womit auch der letztmögliche Termin bereits in Gefahr schien.[1061] Auch die fünfte Verhandlungsrunde blieb ohne Ergebnis. Die Eisenbahn-Gewerkschafter argumentierten gegen den Durchrechnungszeitraum vor allem mit den im Vergleich zu Beamten und ASVG-Versicherten höheren Pensionsbeiträgen. Der SPÖ-Abgeordnete Edler warf danach der ÖVP vor, nur die Verschlechterung der Situation der Eisenbahner zu wollen und den Koalitionspartner zu erpressen. ÖVP-Generalsekretär Karas konterte mit dem Vorwurf der Realitätsverweigerung.[1062] Von der Regierung kam das Angebot, im Gegenzug zur Einführung des Durchrechnungszeitraums, der Arbeitslosenversicherung und der Ruhensbestimmungen die Pensionsbeiträge zu senken. Innerhalb der Regierung war man sich jedoch noch nicht einig, ob die Änderung per Gesetz oder über die Verträge geschehen sollte. Hier war die SPÖ nach wie vor auf der Seite der Gewerkschaft. Um doch noch den Beschluss im laufenden Kalenderjahr zu ermöglichen, wurde der Verkehrsausschuss, in dem die Gesetzesvorlage behandelt werden musste, von 3. auf 5. Dezember verschoben.[1063] Am 4. Dezember schien die Einigung erreicht. Der Durchrechnungszeitraum und

[1058] Vgl. Die Presse, 12.11.1997. S.7.
Der Standard, 12.11.1997. S.7.
[1059] Vgl. Die Presse, 13.11.1997. S.7.
Der Standard, 13.11.1997. S.6.
[1060] Vgl. Der Standard, 14.11.1997. S.6.
[1061] Vgl. Die Presse, 29.11.1997. S.1.
[1062] Vgl. Der Standard, 1.12.1997. S.13.
Die Presse, 1.12.1997. S.7.
[1063] Vgl. Die Presse, 3.12.1997. S.7.
Der Standard, 3.12.1997. S.6.
Der Standard, 4.12.1997. S.5.

die Ruhensbestimmungen sollten wie bei den Beamten (auch mit denselben Übergangsfristen), die Arbeitslosenversicherung und die Nettoanpassung[1064] wie im ASVG-Bereich eingeführt werden. Im Gegenzug sollte der Pensionsbeitrag der ÖBB-Bediensteten reduziert und die auf die Pension angerechnete Nebengebührenpauschale erhöht werden. Grundsätzlich wäre der Pensionsantritt weiterhin mit 53 Jahren möglich geblieben, für jedes weitere Jahr sollte der Pensionsbeitrag um 0,2 Prozent sinken. Von diesen Bestimmungen sollten nur Arbeitslosenversicherung, Ruhensbestimmungen und Nettoanpassung gesetzlich, der Rest vertraglich geregelt werden.

Nun fehlte noch die Zustimmung des obersten Eisenbahnergewerkschaftsgremiums zu dem Verhandlungsergebnis. Für den Fall der Ablehnung hatte sich die Regierung die Möglichkeit einer Durchsetzung der gesamten Vorschläge per Gesetz vorbehalten.[1065] Am nächsten Tag wurde bekannt, dass die Gewerkschaft die Reform ablehnte. Hauptgrund war laut Eisenbahnergewerkschaftschef Haberzettl (SPÖ) die teilweise gesetzliche Regelung. Daraufhin wurde der Verkehrsausschuss auf 9. Dezember vertagt.[1066] Die ÖVP pochte nunmehr darauf, zumindest die Eckpunkte der Reform auf Gesetzesbasis zu beschließen, wie das – nach ihrer Ansicht – mit der SPÖ ausgemacht worden war.[1067] Koalitionsintern diskutierte man nur mehr über diese eine Frage. Die Gewerkschaft hatte in der Zwischenzeit mit der ÖBB-Führung eine betriebsinterne Regelung vereinbart, die der Einigung mit der Regierung entsprach. Haberzettel bot die Festschreibung von Eckpunkten, nicht aber von Details, im Gesetz als Kompromiss an.[1068] Unter dem Eindruck dieses Entgegenkommens einigten sich die Klubobleute von SPÖ und ÖVP nach einer neuerlichen Vertagung des Verkehrsausschusses auf folgende Regelung: Von den Neuerungen sollten nur die Arbeitslosenversicherung und die Finanzströme gesetzlich geregelt werden. Für alle anderen Bereiche war im Gesetz lediglich ein Querverweis auf die Betriebsvereinbarung vorgesehen. Diese Betriebsvereinbarung war zwischendurch im Safe von Nationalratspräsident Fischer aufbewahrt worden, um die ÖVP von ihrer Existenz zu überzeugen. Außerdem wollte man festlegen, dass der Bundeszuschuss an die ÖBB ge-

---

Die Presse, 4.12.1997. S.7.

[1064] Bei den ASVG-Pensionen werden die Pensionen der Entwicklung der Löhne und Gehälter – nach Abzug der Sozialabgaben – der im Erwerbsleben stehenden, versicherten Arbeitnehmer angepasst.

[1065] Vgl. Der Standard, 5.12.1997. S.1, 7.
Die Presse, 5.12.1997. S.8.

[1066] Vgl. Der Standard, 6.12.1997. S.5.

[1067] Vgl. Die Presse, 9.12.1997. S.1.
Der Standard, 9.12.1997. S.6.

[1068] Vgl. Die Presse, 10.12.1997. S.7.

senkt werden sollte, wenn die neue Pensionsregelung teurer als geplant werden sollte. Alle Beteiligten bezeichneten den Kompromiss als Erfolg.[1069]

In der Sitzung des Nationalrates, in der die Änderungen beschlossen wurden, standen die Regierungsparteien hinter den Inhalten der Einigung, was sie allerdings nicht daran hinderte, Kritik am Partner zu üben. So erklärte Josef Edler (SPÖ):

> „Das hat mich persönlich als Sozialdemokraten ein bisserl gewundert, was der Regierungspartner ÖVP eingebracht hat, nämlich daß sie gemeint hat, nur der Gesetzgeber sei zuständig, obwohl sie damals bei den Verhandlungen ständig die Forderung aufgestellt hat: Die ÖBB müssen ausgegliedert werden, sie müssen sich selbst verwalten, sie müssen die Entscheidungen selbst treffen, und diese sind zu respektieren, selbstverständlich auch, was das Dienstrecht betrifft.
>
> Das haben wir damals auch im ÖBB-Gesetz niedergeschrieben. Daher ist es für mich unverständlich, daß die ÖVP die Gesamtpensionsreform über den Bundesrat blockieren wollte – sie hat es zumindest angedroht. Das war sicherlich nicht notwendig und hat das Klima sicherlich verschlechtert. [...]
>
> Ich bin froh darüber, daß es doch zur Respektierung des Vertragsrechtes in Österreich gekommen ist, denn es war durch diesen starken Druck besonders der ÖVP gefährdet. Ich glaube, daß die Kolleginnen und Kollegen in der ÖVP eingesehen haben, daß man nicht in Eigentumsrechte eingreifen soll.“[1070]

Helmut Kukacka (ÖVP) verteidigte die Vorgehensweise seiner Partei und startete einen Angriff auf die nach wie vor existierende Möglichkeit einer Pensionierung mit 53 Jahren für die Eisenbahner:

> „Diese Neuregelungen erfolgen weitgehend auf gesetzlicher Basis beziehungsweise durch einen gesetzlichen Verweis auf die Pensionsordnung, die zwischen ÖBB-Vorstand und Gewerkschaft ausverhandelt wurde und im wesentlichen auf den Einzelverträgen der ÖBB-Bediensteten beruht.
>
> Das war unserer Meinung nach notwendig, um eine entsprechende Bestandsfestigkeit und Rechtssicherheit zu erreichen, ohne daß wir deshalb die Einzelverträge der Bundesbahnen in Frage stellen wollten. [...]
>
> Ein Wermutstropfen ist zweifellos, daß das Pensionsantrittsalter der Eisenbahner nicht gesenkt wurde. Sicher, die Eisenbahner müssen einen höheren Pensionsbeitrag und die Pensionisten einen Pensionssicherungsbeitrag in der Höhe von 3 beziehungsweise 4 Prozent zahlen – sozusagen als Gegenleistung für ihr früheres Pensionsantrittsalter. Meine Damen und Herren! Sachlich betrachtet ist das aber keine echte Gleichbehandlung. Das muß festgestellt werden. In diesem Sinne bleibt dieses Thema auch für die nächste Etappe der Pensionsreform auf der Tagesordnung.“[1071]

Darauf wiederum antwortete der ehemalige Chef der Eisenbahnergewerkschaft, Franz Hums:

> „Die ÖVP wollte unbedingt mit Gesetz in privatrechtliche Verträge eingreifen, und nicht nur im Bereich der Harmonisierung, sondern gleichzeitig, wie Kollege Kukacka hier ja nochmals erklärt hat, auch dort, wo die 35 Arbeitsjahre, die für die Pension erforderlich sind, in Frage gestellt werden, obwohl sie in mehrfacher Weise kompensiert werden. [...]

[1069] Vgl. Der Standard, 10.12.1997. S.1, 5.
Der Standard, 11.12.1997. S.5.

[1070] Edler, Josef. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 105/NRSITZ (XX. GP). S.96.

[1071] Kukacka, Helmut. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 105/NRSITZ (XX. GP). S.98f.

> Bei den Eisenbahnern zahlen übrigens in Solidarität auch die Pensionisten einen Pensionsbeitrag. Ich ersuche daher die ÖVP, endlich einmal nicht mit Halbwahrheiten zu versuchen, Neidkomplexe zu schüren. Ich ersuche die ÖVP, endlich einmal bei dem Vertragsergebnis, das es 1992 gegeben hat, zu bleiben und nicht ununterbrochen ein Thema aufs neue zu behandeln, das bereits abgehandelt ist.
>
> Die Eisenbahner haben nicht nur eine schwierige Arbeit, sondern sie leisten auch höhere Beiträge, sie haben längere Wochenarbeitszeiten, eine flexiblere Arbeitszeit, und die Tatsache, daß sie keine Abfertigung erhalten, ist ein weiterer Grund dafür, früher in Pension gehen zu dürfen.“[1072]

Den letzten Angriff startete Katharina Horngacher (ÖVP):

> „Es ist ein wesentlicher Schritt zur Harmonisierung gelungen, allerdings nur ein Schritt. Ein Beispiel, Herr Bundesminister: Ich wohne in einem Dorf, in dem sehr viele Eisenbahner leben. Wie ist das nun? – Da sind zwei Männer miteinander in die Schule gegangen. Der eine ist Chauffeur bei den Bundesbahnbussen, der andere ist Chauffeur bei den Postbussen. Beide haben eine ähnliche Ausbildung und eine ähnliche Belastung. Sie werden Schwierigkeiten haben, ihnen zu erklären, warum der eine mit 53 Jahren in Pension geht und der andere noch mehrere Jahre bleiben muß.“[1073]

Die Abgeordneten Edler und Hums (beide SPÖ) machten sich während dieser Rede durch Zwischenrufe bemerkbar, in denen sie die unterschiedlichen Gesamtzeiten und die höheren Beiträge anführten. Gemeinsam beschlossen die Regierungsparteien schließlich die gesetzliche Regelung.[1074] Im Nachhinein wurde bekannt, dass die Gewerkschafter in den Verhandlungen über die Pensionsregelung mit der ÖBB-Geschäftsführung die Abschaffung der untersten drei von zehn Gehaltsklassen erreicht hatten.[1075]

Bis zum Februar 1999 herrschte in der Pensionsfrage Ruhe. In diesem Wahljahr kamen jedoch wieder alte und neue Vorschläge in die Medien. Im Februar forcierte die ÖVP ihr Modell einer neuen Abfertigung bzw. Betriebspension. Der Arbeitgeber sollte demnach 2,5 Prozent der Lohnsumme eines Arbeitnehmers in eine private Pensionskasse einzahlen. Dieser sollte dann das Kapital als Abfertigung oder als monatliche Zusatzpension beziehen. Beim Wechsel des Dienstgebers sollte man das Geld ausbezahlt bekommen oder zum nächsten Dienstgeber mitnehmen können. Der Wirtschaftsflügel der Partei unterstütze das Modell, da so keine Millionenabfertigungen plötzlich fällig werden konnten, die bisher immer wieder Betriebe in den Konkurs gebracht hatten.[1076] Die SPÖ kritisierte dabei vor allem, dass Saisonarbeiter ausgenommen wären, da erst nach einem Jahr ein Abfertigungsanspruch entstanden wäre.[1077]

[1072] Hums, Franz. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 105/NRSITZ (XX. GP). S.100f.
[1073] Horngacher, Katharina. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 105/NRSITZ (XX. GP). S.103.
[1074] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 105/NRSITZ (XX. GP). S.103.
[1075] Vgl. Der Standard, 27.12.1997. S.23.
[1076] Vgl. Die Presse, 6.2.1999. S.7.
[1077] Vgl. Der Standard, 4.3.1999. S.8.

Im Wahlkampf spielte das Pensionsthema erst relativ spät eine Rolle. Den Anstoß gab Vizekanzler Schüssel, der sich bei einer Diskussion in der Industriellenvereinigung für eine umfassende Reform des Pensionswesens in der kommenden Legislaturperiode aussprach. Als Ziel gab er eine Mischung aus staatlicher Grundversorgung, Betriebspensionen und privater Vorsorge an. Die SPÖ warnte daraufhin, dass ein solches System dramatische Einbußen zur Folge haben würde.[1078]

Im Wahlkampf verschickten SPÖ und FPÖ Briefe an Pensionisten, in denen sie sich jeweils als die alleinigen Garanten für die Sicherheit von Pensionen gerierten. Die ÖVP bezeichnete das als Angstmacherei und präsentierte ihrerseits ein Schreiben an die Pensionisten.[1079]

Auch in den Sondierungsgesprächen und Koalitionsverhandlungen nach der Wahl blieben die Pensionen ein Thema. Die ÖVP lehnte dabei die Vorschläge von Bundeskanzler Klima ab, die unterschiedlichen Pensionssysteme ganz anzugleichen, eine allgemeine Alterssicherung für Frauen einzuführen und dafür die Witwenpensionen nur mehr für soziale Notfälle bereitzuhalten. Eine weitere Harmonisierung befürwortete die ÖVP zwar, wollte aber einer vollkommenen Gleichstellung mit Hinweis auf das besondere Dienstverhältnis der Beamten nicht zustimmen. Die Einschränkung der Witwenpensionen lehnte sie mit dem Argument ab, dass Frauen im Schnitt um 40 Prozent weniger Pension erhielten als Männer.[1080] In den Koalitionsverhandlungen einigten sich die Spitzen von SPÖ und ÖVP darauf, das Frühpensionsalter um zwei Jahre anzuheben. Die Gewerkschaft protestierte allerdings von Anfang an gegen dieses Vorhaben, da es ihrer Meinung nach vor allem Frauen getroffen hätte.[1081] Im vorbereiteten Koalitionspakt waren folgende Punkte enthalten:

- Auslagerung der Abfertigung aus den Betrieben und Umwandlung in eine Pensionsvorsorge
- schrittweise Anhebung des gesetzlichen Frühpensionsalters
- schrittweise Anhebung des Zugangsalters zur vorzeitigen Alterspension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit

[1078] Vgl. Die Presse, 16.9.1999. S.7.
[1079] Vgl. Die Presse, 24.9.1999. S.1.
Der Standard, 25.9.1999. S.7.
Kleine Zeitung, 23.9.1999. S.2f.
Kleine Zeitung, 23.9.1999. S.2f.
[1080] Vgl. Die Presse, 16.11.1999. S.1, 6.
Der Standard, 4.1.2000. S.6.
[1081] Vgl. Der Standard, 11.1.2000. S.7.
Der Standard, 15.1.2000. S.7.

- Überprüfung der Zugangsbestimmungen zu allen gesundheitsbedingten Pensionen
- Orientierung der Pensionsanpassung am Ziel der Wertsicherung
- Erhöhung des Eigenfinanzierungsanteils der Selbstständigen und Bauern
- Auslaufen der freiwilligen Höherversicherung im öffentlichen Pensionssystem
- Erhöhung des Pensionssicherungsbeitrags um 0,95 Prozent im öffentlichen Dienst

Die beiden Gewerkschaftsfunktionäre Verzetnitsch und Nürnberger, die im SPÖ-Verhandlungsteam und im Parteipräsidium vertreten waren, protestierten jedoch gegen die Vorhaben. Nürnberger kündigte sogar an, den Pakt nicht zu unterschreiben und berief sich dabei auf die Ablehnung in seiner Gewerkschaftsfraktion. Hauptgrund war die Erhöhung des Frühpensionsantrittsalters. Damit stand das Abkommen auf wackeligen Beinen, waren doch zwölf der 65 SPÖ-Abgeordneten Gewerkschafter.[1082]
Mit dieser Weigerung, den Pakt zu unterschreiben, begründete die ÖVP im Nachhinein unter anderem das Nichtzustandekommen der Koalition.

7.2 Arbeitslose

Der erste Konflikt, der sich im Bereich der Sozialversicherung abspielte, entbrannte im Frühjahr 1987 aufgrund der Forderung von Sozialminister Dallinger, eine Milliarde Schilling für beschäftigungsfördernde Maßnahmen auszugeben, um das Ansteigen der Arbeitslosenzahlen zu stoppen. Im Rahmen der sogenannten „Aktion 8000“ hatte er im Vorjahr drei Milliarden Schilling von den Arbeitslosenversicherungsbeiträgen abgezweigt, um damit angeschlagene Betriebe zu unterstützen und Lohnkosten von Jugendlichen zu übernehmen. Für die Finanzierung der zusätzlichen Aufwendungen ohne Beitragserhöhungen verlangte er nun einen Solidarbeitrag von Beamten, Bauern und Freiberuflern. Die Abgabe von 0,5 Prozent des Bruttolohnes bzw. -gehalts sollte dabei rund 800 Millionen Schilling einbringen. Von der ÖVP kam dazu ein klares Nein. ÖVP-Staatssekretär Ditz verlangte im Gegenzug, die Effizienz der Arbeitsmarktpolitik zu überprüfen und sich von der Tradition zu verabschieden, dass der Staat Geld an Betriebe verteile.[1083] Beide Politiker erhielten massive Unterstützung aus ihren Parteien.[1084] Den-

[1082] Vgl. Der Standard, 20.1.2000. S.2, 4.
[1083] Vgl. Kleine Zeitung, 13.2.1987. S.2.
Die Presse, 16.2.1987. S.1, 7.
[1084] Vgl. Die Presse, 14.2.1987. S.4.

noch ging der Sozialminister mit besagtem Plan in die Budgetberatungen. Aus seiner Sicht gab es als Alternative zu diesem neuen Solidaritätsbeitrag nur Beitragserhöhungen, die er aber verhindern wollte.[1085] Auch Dallingers Vorhaben, eine Milliarde Schilling aus dem Insolvenz-Fonds für die Arbeitsmarktverwaltung umzuschichten, lehnte die ÖVP ab.[1086]

Eine Annäherung der Parteienstandpunkte brachte Dallingers Kompromissangebot, bei Förderungen und Arbeitslosengeldern 625 Millionen Schilling einzusparen und 700 Millionen aus dem Insolvenzausgleichsfonds zu entnehmen. ÖVP-Sozialsprecher Schwimmer schlug vor, einen „Durchrechnungszeitraum" für die Bemessung des Arbeitslosengeldes einzuführen, die Lehrlingsförderung und die Unterstützungen für Schulungsteilnehmer zu kürzen, aber die Sozialprogramme für Jugendliche im Rahmen der „Aktion 8000" zu belassen. In den Verhandlungen einigte man sich außerdem darauf, 150 Millionen Schilling aus dem Reservefonds der Sozialversicherung beizusteuern und den von der ÖVP geforderten sechsmonatigen Durchrechnungszeitraum als Bemessungsgrundlage für das Arbeitslosengeld (bisher nur ein Monat) heranzuziehen. Im Vergleich mit dem Koalitionspartner verlangte die ÖVP schärfere Sanktionen bei Arbeitsunwilligkeit in Form von Streichung des Arbeitslosengeldes. Auch in den Details für die Einsparungen gab es noch Differenzen.[1087]

Bei einer Ablehnung eines Solidaritätsbeitrages von Beamten, Bauern und Freiberuflern[1088] hätte der Arbeitslosenbeitrag mit Jahresbeginn 1988 um 0,8 Prozent erhöht werden müssen, um die notwendigen Geldmittel zu beschaffen. Einen neuen Anlauf unternahm der Sozialminister im März 1988. Die ÖVP schien dies jedoch zu ignorieren.[1089]

Ein kurzer, aber heftiger Streit entzündete sich an der scharfen Kritik von Vizekanzler Mock an der „Aktion 8000". Laut seinen Aussagen gab es trotz jährlicher Kosten von 600 Millionen Schilling keine effiziente Hilfe für Langzeitarbeitslose, da sie keine auf den Arbeitsmarkt ausgerichtete Ausbildung bekämen, sondern nur versorgt würden. Er forderte daher das Ende der Aktion, eine Untersuchung der Arbeitsmarktverwaltung durch das Wirtschaftsforschungsinstitut und eine Radikalkur, um die Effizienz zu steigern. Sozialminister Dallinger, Bundeskanzler Vranitzky und SPÖ-Zentralsekretär Keller verteidigten die Aktion, indem sie auf die im Vergleich mit anderen Ländern hohe Ver-

[1085] Vgl. Die Presse, 13.2.1987. S.7.
Die Presse, 18.3.1987. S.4.
Kleine Zeitung, 6.5.1987. S.4.
[1086] Vgl. Die Presse, 29.4.1987.S.4.
[1087] Vgl. Die Presse, 3.6.1987. S.1.
[1088] Vgl. Die Presse, 7.5.1987. S.1.
[1089] Vgl. Die Presse, 30.6.1988. S.4.

mittlungsrate von 50 Prozent hinwiesen.[1090] Die Angriffe der ÖVP auf die Arbeitsmarktverwaltung gingen jedoch weiter und zielten auf eine Privatisierung der Stellenvermittlung ab. Das lehnte jedoch Sozialminister Geppert ab. Wie sein Vorgänger lobte er im Gegensatz zum kleinen Koalitionspartner die Effizienz der Arbeitsämter.[1091] Der vom Sozialminister angestrebten Ausweitung des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer verweigerte die ÖVP die Zustimmung.[1092] Als Geppert im Februar 1990 die Ausgliederung der Arbeitsämter aus der Hoheitsverwaltung des Staates ankündigte, begrüßte die ÖVP dies zwar, stufte es allerdings erst als ersten, notwendigen Schritt auf dem Weg zur vollkommenen Privatisierung ein.[1093] Der nächste Schritt in diese Richtung war die Zulassung von privaten Arbeitsvermittlern. Vizekanzler Riegler reagierte entsprechend erbost, als Sozialminister Hesoun den zwischen den Regierungsparteien vereinbarten Stichtag (1.1.1994) nicht einhalten wollte. Im Gegenzug drohte er, keine Zustimmung zu den von Hesoun geforderten 395 Dienstposten für die Arbeitsmarktverwaltung zu geben. Der Sozialminister erklärte daraufhin, nicht prinzipiell gegen die privaten Stellenvermittler zu sein, sondern zuerst eine Einigung der Sozialpartner über dieses Thema herbeiführen zu wollen. Streitpunkt war vor allem der Reservefonds, in dessen Zuständigkeit die Arbeitsamt-Bediensteten fielen. Die ÖVP wollte diesen nur bis Ende 1993 befristen. Damit wäre allerdings unklar gewesen, was danach mit den Arbeitsplätzen in den Arbeitsämtern geschehen würde.[1094] Unterdessen hatten die Bediensteten der Arbeitsämter bereits zwei Tage die Arbeit niedergelegt, um die geforderten zusätzlichen Dienstposten zu erhalten. Sie drohten mit einem neuerlichen Streik, um Sozialminister Hesoun in den Verhandlungen zu unterstützen. Die Vorsitzende der Privatangestellten-Gewerkschaft und SPÖ-Sozialsprecherin Eleonora Hostasch trat vehement gegen die Einführung von privaten Jobvermittlern ein, da aus ihrer Sicht dann aus der Not der Arbeitslosen Kapital geschlagen werden würde. ÖVP-Sozialsprecher Feuerstein wiederum warf den Arbeitsämtern erneut vor, ineffizient und damit mitschuldig an den steigenden Arbeitslosenzahlen zu sein. Außerdem wiesen die ÖVP-Politiker auf eine entsprechende Passage im Koalitionsabkommen hin, in der von einer Zusammenarbeit des neuen Arbeitsmarktservices mit privaten Dienstleistern zu lesen war.[1095] Aufgrund der höheren Arbeitslosenzahlen

[1090] Vgl. Der Standard, 8.11.1988. S.5.
Die Presse, 8.11.1988. S.5.
Der Standard, 9.11.1988. S.4.
[1091] Vgl. Die Presse, 29.5.1989. S.5.
[1092] Vgl. Hopf, Alexandra: Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse. S.51.
[1093] Vgl. Der Standard, 6.2.1990. S.15.
[1094] Vgl. Die Presse, 13.3.1991. S.6.
[1095] Vgl. Der Standard, 20.3.1991. S.16.
Die Presse, 20.3.1991. S.6.

und der damit verbundenen gesunkenen Einnahmen, aber gestiegenen Ausgaben, wurden in der SPÖ Überlegungen laut, die Arbeitslosen- und Krankenkassenbeiträge zu erhöhen. Die ÖVP wollte einem derartigen Schritt aber erst nach Ausschöpfung des ihrer Ansicht nach großen Sparpotentials und nach der Beseitigung struktureller Schwächen der Arbeitsämter zustimmen.[1096] Am 23. Juli 1991 präsentierte Sozialminister Hesoun seine konkreten Vorstellungen über die zukünftigen Arbeitslosenbeiträge: Ab ersten Oktober sollten sie um 0,8 und ab 1. Jänner um weitere 0,2 Prozentpunkte erhöht werden (jeweils aufgeteilt auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer).[1097] Die diesbezügliche Ablehnung durch die ÖVP kritisierte vor allem SPÖ-Sozialsprecherin Hostasch.[1098] Laut Aussagen aus der SPÖ war eine Erhöhung mit der ÖVP bereits akkordiert worden. Die ÖVP verwies diese Behauptung jedoch ins Land der Märchen.[1099] Zusätzliche Nahrung erhielt die Diskussion durch einen Rechnungshof-Rohbericht, der die Arbeitsmarktförderung kritisierte. Die ÖVP nahm das zum Anlass, die Verlagerung der Förderungsvergabe vom Sozialministerium in das unter ÖVP-Führung stehende Wirtschaftsministerium zu verlangen. In Zukunft sollten offensive Wirtschaftsprojekte besser gefördert werden.[1100] Naturgemäß lehnte die SPÖ das ab.[1101] In den Budgetverhandlungen wurde nun, angeregt vom Sozialminister, über die bekannte Erhöhung der Arbeitslosenversicherung, eine Erhöhung der Krankenversicherung um 1,5 Prozent und die Finanzierung der Pflegeversicherung über Beiträge diskutiert. Das hätte insgesamt ein Volumen von 20 Milliarden Schilling ausgemacht.[1102] Als Bedingung für die Zustimmung zu diesen Maßnahmen verlangte die ÖVP eine genau durch Daten belegte Begründung für die Notwendigkeit und ein klares Einsparungskonzept.[1103] Schließlich einigten sich die Regierungsparteien auf die Ausgliederung der Arbeitsmarktverwaltung unter die Führung der Sozialpartner und die Zulassung von privaten Arbeitsvermittlern, zunächst aber nur für Führungskräfte[1104] und ab Juli 1993 für alle Arbeit-Suchenden. Die ÖVP hatte die Zulassung ab Jänner 1992 verlangt, Sozialminister Hesoun wollte sie ursprünglich mit Verweis auf das Regierungsabkommen erst 1994 verwirklichen.[1105] Zuständig für die Zulassung der privaten Arbeits-

---

Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1990. S.52.

[1096] Vgl. Die Presse, 22.7.1991. S.5.
[1097] Vgl. Die Presse, 24.7.1991. S.1.
[1098] Vgl. Die Presse, 24.7.1991. S.5.
[1099] Vgl. Die Presse, 25.7.1991. S.6.
[1100] Vgl. Der Standard, 8.8.1991. S.5.
Die Presse, 8.8.1991. S.6.
[1101] Vgl. Die Presse, 9.8.1991. S.4.
[1102] Vgl. Der Standard, 20.8.1991. S.15.
[1103] Vgl. Der Standard, 3.9.1991. S.16.
Die Presse, 13.9.1991. S.6.
[1104] Damit waren Personen mit einem Jahreseinkommen über 450.000 Schilling gemeint.
[1105] Vgl. Die Presse, 21.10.1991. S.1.

vermittler sollte der Wirtschaftsminister (Schüssel) sein, dabei allerdings vom Sozialminister (Hesoun) kontrolliert werden. Den privaten Anbietern gab die Regierung aber strenge Regeln mit, so wurde ihnen verboten:

- die Vermittlung von Stellen, über deren konkrete Anforderungen sie keine umfassende Auskunft geben können
- das Fordern eines Entgeltes vom Arbeitnehmer (auch diesbezügliche Vereinbarungen zwischen dem Arbeitssuchenden und dem Anbieter der offenen Stelle)
- die Verwendung öffentlicher Mittel
- die wissentliche Vermittlung bei Streiks und an Unternehmen, die die wesentlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht einhalten
- die Vermittlung von Arbeiten, die die Gesundheit der Arbeitskräfte gefährden

Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung sollte bereits ab November um 0,5 Prozent angehoben werden. Bei der Krankenversicherung wurden die Beiträge für Bauern und Arbeiter um 0,8 Prozent erhöht, für Beamte um 0,6 Prozent verringert.[1106]

Im Dezember verweigerte Wirtschaftsminister Schüssel Sozialminister Hesoun die Verlängerung des Sondersubventionstopfes für große Unternehmen, die Arbeitsplätze schafften oder sicherten („Paragraph 39a Arbeitsmarktförderung"). Dabei argumentierte er mit der Annäherung an die EG, im Zuge derer man die Förderpolitik generell ändern müsste.[1107]

Im Mai 1992 wärmte Sozialminister Hesoun eine Forderung seiner Vorgänger auf. Auch er verlangte einen Solidaritätsbeitrag für Arbeitslose von den Beamten. Aus der betroffenen Gewerkschaft kam dazu kein dezidiertes Nein, als Bedingung sah man aber die Einführung eines solchen Beitrages auch bei den Bauern und Selbstständigen an. Das lehnte wiederum die ebenfalls ÖVP-dominierte Wirtschaftskammer ab.[1108]

Zu einem Konflikt ohne konkret ausformulierte Forderungen kam es Ende Juni 1992. Die ÖVP verlangte vom Sozialminister, im Sozialversicherungssystem einen Privilegienabbau durchzuführen und drohte, dies wenn möglich mit Hilfe der FPÖ im Parlament durchzusetzen. FPÖ-Obmann Haider ließ diesbezüglich auch Verhandlungsbereitschaft erkennen. Zusätzliche Brisanz erhielt diese Drohung durch die kurz zuvor stattgefundene Wahl von Franz Fiedler zum Präsidenten des Rechnungshofes durch ÖVP

Der Standard, 21.10.1991. S.5.

[1106] Vgl. Der Standard, 12.11.1991. S.1.
Die Presse, 22.11.1991. S.6.

[1107] Vgl. Der Standard, 21.12.1991. S.1.

[1108] Vgl. Die Presse, 5.5.1992. S.4.

und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ *(vgl. Kap. 20.11 Wahl zum Präsidenten des Rechnungshofes)*.[1109]

Auch bei der Bekämpfung der steigenden Altersarbeitslosigkeit waren sich die Regierungsparteien nicht einig. Die ÖVP forderte die Aufhebung der von Sozialminister Hesoun erlassenen Krisenregionenregelung. Diese sicherte Arbeitslosen, die älter als 40 Jahre waren und aus 22 ausgewählten Gebieten kamen, vier Jahre (statt einem Jahr) Arbeitslosengeld. Aus Sicht der ÖVP hätte diese Bestimmung die Tendenz gefördert, dass Betriebe in wirtschaftlichen Schwierigkeiten vermehrt ältere Arbeitnehmer entlassen hätten. Aufgrund der Weigerung des Sozialministers, die Verordnung aufzuheben, ließ der kleinere Koalitionspartner den bisher akkordierten Teil des Paketes für ältere Arbeitnehmer platzen. Vorgesehen wären gewesen:

- Beihilfen für Firmen, die ältere Arbeitslose einstellen
- stärkerer Rechtsschutz für langjährige Mitarbeiter (Kündigung nur, wenn dem Unternehmen andernfalls nachhaltiger Schaden drohen würde)
- Meldepflicht bei Kündigung von fünf älteren Mitarbeitern im Monat
- Verweigerung der Arbeitserlaubnis für Ausländer, wenn ein halbes Jahr vorher ein älterer Arbeitnehmer in dem Betrieb gekündigt wurde
- verstärkte Vermittlungsbemühungen[1110]

Im Hauptausschuss des Nationalrates wurde am 22. Oktober der Antrag auf Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages auf Betreiben der ÖVP von der Tagesordnung genommen. Dies geschah trotz inhaltlicher Einigung, da die ÖVP zuvor die Pensionsreform *(vgl. Kap. 7.1 Pensionen)* ausverhandeln wollte. Die SPÖ war über diese Vorgehensweise verstimmt.[1111]

Am 21. Dezember legten beide Parteien schließlich doch noch das Maßnahmenpaket zum Schutz von älteren Arbeitnehmern vor.[1112] Anfang 1993 kam es auch zu einer überraschenden Einigung über die Krisenregionenregelung zwischen den Sozialpartnern. Der verlängerte Arbeitslosenbezug sollte auf ganz Österreich ausgeweitet werden, allerdings wurde die Altersgrenze bei Männern von 50 auf 55 und bei Frauen von 52 auf 53 Jahre angehoben. Eine Gesamtregelung scheiterte allerdings an weitergehenden Forderungen

[1109] Vgl. Der Standard, 30.6.1992. S.1.
Die Presse, 1.7.1992. S.5.
[1110] Vgl. Der Standard, 5.10.1992. S.13.
[1111] Vgl. Die Presse, 23.10.1992. S.4.
[1112] Vgl. Der Standard, 23.12.1992. S.4.

der Wirtschaft, wie Versteuerung von Arbeitslosengeld, Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen und Nichtbezahlung des ersten Krankenstandstages.[1113]

Als die Ausgliederung der Arbeitsmarktverwaltung unter die Führung der Sozialpartner zu stocken begann, verlangte die ÖVP für den Fall des Scheiterns die Schaffung einer GesmbH oder einer Aktiengesellschaft. Die Kritik richtete sich dabei vorwiegend gegen die zögernden Sozialpartner.[1114]

Im April 1993 begann durch eine in diese Richtung zielende Aussage von Bundeskanzler Vranitzky erneut eine Diskussion über die Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung. Die ÖVP lehnte dies ab und wies in der Begründung auf eine entsprechende Abmachung der Koalitionspartner für die laufende Legislaturperiode hin. Im selben Interview kritisierte Vranitzky angesichts der angespannten konjunkturellen Lage die Weigerung der ÖVP, die „Paragraph 39a Arbeitsmarktförderung" zu verlängern *(vgl. oben)*. Über ein neues, ähnliches Modell zeigte sich ÖVP-Generalsekretärin Korosec gesprächsbereit.[1115] Bezüglich der Beitragserhöhung blieb die ÖVP unter Führung von Vizekanzler Busek trotz Insistierens der SPÖ bei einer klaren Ablehnung. Für deren Verhinderung wollte er sogar ein höheres Budgetdefizit in Kauf nehmen.[1116] Das hinderte Finanzminister Lacina nicht, prinzipiell auf seinem Standpunkt zu bleiben und abermals die Wiedereinführung der Arbeitsmarktförderung nach Paragraph 39a[1117] bzw. als Alternative eine Solidarabgabe der Beamten, Freiberufler und Bauern von 0,5 Prozent zu fordern, was von der ÖVP mit gleicher Vehemenz abgelehnt wurde. Die von der SPÖ angeführte Notwendigkeit von Mehreinnahmen für die Arbeitslosenversicherung bezeichnete Vizekanzler Busek als Zeichen des Scheiterns von Sozialminister Hesoun. Daher verweigerte die ÖVP im Ministerrat der Gesetzesnovelle zur Arbeitsplatzsicherung die Zustimmung. Ihr fehlten darin außerdem die Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose und die Abschaffung der Förderung für Krisenregionen (Arbeitslose konnten in 22 Regionen Österreichs vier Jahre statt ein Jahr Unterstützung beziehen). Deswegen waren nun auch Punkte in Frage gestellt, über die bereits eine Einigung erzielt worden war. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um das Paket, auf das man sich bereits im Oktober 1992 geeinigt hatte, das aber damals ebenfalls geplatzt war. Im Gegenzug warf SPÖ-Zentralsekretär Cap der ÖVP vor, zahlreiche Pläne zu hegen, deren Verwirklichung

---

[1113] Vgl. Hopf, Alexandra: Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse. S.51.ff.
[1114] Vgl. Die Presse, 10.3.1993. S.6.
[1115] Vgl. Die Presse, 10.4.1993. S.5.
[1116] Vgl. Die Presse, 14.4.1993. S.4.
Die Presse, 30.3.1933. S.4.
[1117] Vgl. Die Presse, 15.4.1993. S.4.
Die Presse, 4.5.1993. S.1.

einem groß angelegten Sozialabbau gleichkommen würde. Die Verhandlungen über das Gesetz wurden aber unter dem Eindruck von insgesamt 4 bis 4,5 fehlenden Milliarden Schilling weitergeführt.[1118] Die SPÖ-Basis machte in Form von Anträgen einiger Bezirks- und Landesorganisationen an den SPÖ-Parteitag Druck auf die Bundespartei, nicht von dem Solidaritätsbeitrag abzulassen.[1119] Kurz darauf beruhigte sich die Lage wieder, als bekannt wurde, dass ein Durchführungserlass mit den von der ÖVP geforderten Verschärfungen bereits Ende April im Sozialministerium vorbereitet worden war.[1120]

Am 2. Juni verkündete ÖVP-Generalsekretärin Korosec Einigkeit darüber, keinen Solidaritätsbeitrag einzuheben, und auch Bundeskanzler Vranitzky sprach von der Suche nach anderen Lösungen. Bezüglich der Novellierung des Beschäftigungsgesetzes sprachen beide von Fortschritten.[1121] Damit verschob sich der Schwerpunkt der Diskussion abermals auf die Frage nach der Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge mit den gleichen Vorzeichen wie bisher. Die ÖVP konnte sich die von der SPÖ geforderte Erhöhung erst nach Reformen in der Arbeitsmarktverwaltung und einer darauf folgenden einjährigen Erprobungsphase vorstellen. Bis dahin sollten die fehlenden Mittel aus dem Bundesbudget entnommen werden.[1122]

In den Verhandlungen über strengere Regeln für Arbeitslose kamen die Koalitionspartner Ende Juni zu einem Ergebnis. Die wichtigsten Punkte daraus waren:

- vier Wochen Verlust der Arbeitslosenunterstützung, wenn ein Arbeitsloser bei Schwarzarbeit erwischt wird
- vier Wochen Verlust der Arbeitslosenunterstützung bei Verweigerung der wöchentlich nachzuweisenden selbstständigen Bemühungen, einen Arbeitsplatz zu finden
- bei Selbstkündigung nur mehr ein halber Tag pro Woche für die Arbeitssuche frei
- Urlaubsanspruch aliquot zur Beschäftigungszeit bei Selbstkündigung (nicht mehr in voller Höhe nach sechs Monaten Beschäftigung)

[1118] Vgl. Der Standard, 4.5.1993. S.15.
Die Presse, 4.5.1993. S.4.
Der Standard, 5.5.1993. S.6.
Die Presse, 5.5.1993. S.5.
Der Standard, 8.5.1993. S.24.
Hopf, Alexandra: Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse. S.55f.

[1119] Vgl. Die Presse, 1.6.1993. S.4.

[1120] Vgl. Der Standard, 11.5.1993. S.15.

[1121] Vgl. Die Presse, 3.6.1993. S.4.

[1122] Vgl. Die Presse, 14.6.1993. S.9.
Die Presse, 15.6.1993. S.6.

- Erhöhung der Notstandshilfe für ältere Arbeitslose statt der Krisenregionenregelung[1123]

Der Nationalrat beschloss die Beschäftigungssicherungsnovelle am 9. Juli 1993.[1124]

Bezüglich der Arbeitslosenversicherungsbeiträge kamen aus der SPÖ erneut Vorstöße von Finanzminister Lacina, Bundeskanzler Vranitzky und Sozialminister Hesoun in Richtung einer Erhöhung um jeweils 0,3 Prozent für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das restliche fehlende Geld sollte durch Einsparungen und Zuschüsse aus dem Budget hereingebracht werden. Die Reaktionen der ÖVP waren im Wesentlichen gleich lautend wie bisher. An den Standpunkten änderte auch ein Budgetgipfel nichts.[1125]
Mitte August kam von SPÖ-Sozialsprecherin Hostasch erneut die Forderung nach einem Solidarbeitrag der Beamten, Freiberufler und Bauern. Ihrer Vorstellung nach hätte er 0,3 Prozent betragen und befristet für die Zeit der angespannten Arbeitsmarktlage gelten sollen.[1126]
Zu einem überraschenden Schwenk innerhalb der ÖVP kam es bei ihrer Klausur Anfang September. Ab diesem Zeitpunkt schloss die Partei eine geringe Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge in der Höhe von 0,2 bis 0,3 Prozent nicht mehr aus. Bedingung war dafür aber weiterhin, dass zunächst Einsparungen über Effizienzsteigerungen (rund die Hälfte der zehn Milliarden) erfolgen sollten und ein großer Teil der restlichen Summe über das Bundesbudget zu decken wäre.[1127] Nach weiteren Verhandlungsrunden verkündete Wirtschaftsminister Schüssel, dass man sich auf das „Einfrieren" (d.h. keine Inflationsabgeltung) bei den Sozialleistungen geeinigt hatte. Bundeskanzler Vranitzky widersprach dieser Darstellung allerdings.[1128] Einen Tag später blieb Vranitzky zwar bei diesem Nein, konnte sich nun aber eine geringe Erhöhung unter der Inflationsrate vorstellen. Wirtschaftsminister Schüssel bestand jedoch weiterhin auf dem Einfrieren, das ja seiner Darstellung nach bereits beschlossen worden war. Vranitzky und Sozialminister Hesoun bezichtigten Schüssel allerdings ausdrücklich nicht der Lüge, sondern sprachen nur von unterschiedlichen Sichtweisen. Aus ihrer Sicht konnte man erst von einem Beschluss

[1123] Vgl. Die Presse, 30.6.1993. S.6.
[1124] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 130/NRSITZ (XVIII. GP). S.14968.
[1125] Vgl. Die Presse, 10.7.1993. S.1.
Die Presse, 13.7.1993. S.6.
Die Presse, 17.7.1993. S.7.
Der Standard, 14.7.1993. S.13.
[1126] Vgl. Die Presse, 18.8.1993. S.6.
[1127] Vgl. Die Presse, 6.9.1993. S.1, 6.
Die Presse, 15.9.1993. S.7.
Die Presse, 22.9.1993. S.6.
[1128] Vgl. Die Presse, 28.9.1993. S.1.

sprechen, wenn eine Einigung auch von den Verhandlungspartnern unterschrieben wäre, was aber noch nicht der Fall war.[1129] Einig war man sich allerdings mittlerweile darüber, die Beiträge um je 0,35 Prozent (für Arbeitgeber und Arbeitnehmer) und die Höchstbeitragsgrundlage für die Sozialversicherungen von 33.600 auf 36.000 Schilling zu erhöhen. Letzteres würde ausschließlich Besserverdienende treffen.[1130] Nächster Punkt der Annäherung war, die Anhebung des Arbeitslosengeldes um ein Prozent geringer ausfallen zu lassen, als das praktisch automatisch durch die Lohnerhöhungen passiert wäre.[1131] Dagegen stemmte sich vor allem Frauenministerin Dohnal (SPÖ), da sie nach wie vor ein Sparen auf dem Rücken der Ärmsten befürchtete.[1132] Hier beschloss die Regierung, die Unterstützung für Arbeitslose, die zuvor mehr als 21.500 Schilling brutto verdient hatten, geringer ansteigen zu lassen als bei niedrigeren Einkommen. Am 18. Dezember erfolgte schließlich die Einigung über das Budget für 1994 und damit auch über die Höhe des Arbeitslosengeldes.[1133]

Im darauffolgenden Jahr herrschte relative Ruhe, was die Arbeitslosenversicherung betraf. Lediglich der von ÖVP-Obmann Busek gemachte Vorschlag, man sollte Arbeitslosen die Unterstützung kürzen, wenn sie nach einer gewissen Zeit Angebote nicht annehmen, wurde von Bundeskanzler Vranitzky namens seiner Partei zurückgewiesen.[1134] Durch den Widerstand der ÖVP war die Idee von Finanzminister Lacina, die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung neu zu staffeln, ebenso rasch vom Tisch. Für niedrigere Löhne und Gehälter sollte sie gesenkt, für höhere angehoben werden.[1135]

Im Rahmen der Budgetverhandlungen im Jahre 1995 *(vgl. Kap. 2.11 Budget 1996 mit Koalitionsbruch)*, die schließlich zum Koalitionsbruch führten, wurden auch immer wieder Fragen der Arbeitslosenversicherung angesprochen. Die Realisierung des ersten Vorschlags von Sozialminister Hesoun, Unternehmer-Gattinnen das Arbeitslosengeld zu streichen, konnte die ÖVP verhindern.[1136] Im Budgetvorschlag der ÖVP, der am 21. September an die Öffentlichkeit gelangte, war von einer Reduktion des Bundesbeitrages an das Arbeitsmarktservice von 2,5 auf eine Milliarde Schilling die Rede.[1137] Umgekehrt verlangte die SPÖ die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge als Teil des Sanierungsplanes, womit sich wieder die altbekannten gegensätzlichen Standpunkte gegen-

[1129] Vgl. Die Presse, 29.9.1993. S.1, 6.
[1130] Vgl. Der Standard, 30.9.1993. S.19.
[1131] Vgl. Die Presse, 12.10.1993. S.6.
Der Standard, 13.10.1993. S.15.
[1132] Vgl. Die Presse, 14.10.1993. S.7.
[1133] Vgl. Die Presse, 19.10.1993. S.1, 7.
[1134] Vgl. Die Presse, 18.8.1994. S.8.
[1135] Vgl. Die Presse, 22.7.1994. S.1.
[1136] Vgl. Der Standard, 7.3.1995. S.5.
[1137] Vgl. Der Standard, 22.11.1995. S.5.

überstanden.[1138] Eine Einigung erzielten die Koalitionsparteien jedoch über die Abschaffung der Sonderunterstützung für ältere Arbeitslose.[1139]

Auch nach den Wahlen veränderten sich die Standpunkte nicht. Die ÖVP wollte nach wie vor das weitere Steigen der Kosten für die Arbeitslosenversicherung verhindern und lehnte Beitragserhöhungen ab. Sozialminister Hums (SPÖ) weigerte sich, über eine Kürzung der Arbeitsmarktförderung zu reden. Verhandelt wurde aber darüber, Dauer und Höhe des Arbeitslosengeldes stärker von der Anzahl der Beitragsmonate abhängig zu machen, und darüber, die Regeln für dessen Bezug zu verschärfen.[1140] In den Verhandlungen setzte sich die ÖVP gegen Sozialminister Hums in zwei Punkten durch. Bei Werkverträgen sollte der Arbeitgeber weiterhin nur dann sozialabgabenpflichtig sein, wenn diese einem Angestelltenverhältnis glichen[1141] (Hums wollte ursprünglich alle einbeziehen). Und die Anwartschaft auf das Arbeitslosengeld sollte nach einem Wiedereinstieg in ein ordentliches Arbeitsverhältnis für alle nunmehr 28 statt wie bisher 26 Wochen dauern. Die Ausnahme für Unter-25-Jährige konnte der Sozialminister nicht durchsetzen.[1142]

Die Debatte über die Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage im Sommer 1997 betraf natürlich auch die Arbeitslosenversicherung, soll hier aber nicht ein weiteres Mal dargestellt werden *(vgl. Kap. 7.1 Pensionen)*.

Im Februar brachte die Führung des ÖVP-Klubs eine ungewohnt scharf formulierte Anfrage an Sozialministerin Hostasch zum Thema AMS ein. Indirekt kritisierten die ÖVP-Abgeordneten dabei die Effizienz des AMS, die Barrieren für private Arbeitsvermittler und vor allem die hohe Arbeitslosigkeit im (SPÖ-regierten) Wien.[1143]

Anfang 1999 kam es zu einer Diskussion über die Verteilung des Überschusses des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF). Dabei sah das Konzept von Finanzminister Edlinger vor, mit einem Teil dieses Geldes (2,3 Milliarden Schilling) den Anteil der Arbeitslosenversicherung am Karenzgeld zu bezahlen, um dadurch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um je 0,15 Prozent senken zu können. Die ÖVP, allen voran Familienminister Bartenstein, setze sich jedoch dafür ein, das Geld für das „Karenzgeld für alle" zu verwenden *(vgl. Kap. 3.2 Unterstützungen und Karenzzeiten)*.[1144] Dem ÖVP-Modell

[1138] Vgl. Die Presse, 26.11.1995. S.7.
Der Standard, 26.11.1995. S.15.
[1139] Vgl. Der Standard, 27.11.1995. S.6.
[1140] Vgl. Der Standard, 9.1.1996. S.5.
[1141] Sogenannte „freie Dienstverträge".
[1142] Vgl. Der Standard, 22.2.1996. S.6.
[1143] Vgl. Khol Andreas und Genossen: Anfrage 5707/J XX. GP Tätigkeit des AMS.
[1144] Vgl. Der Standard, 12.2.1999. S.2.
Der Standard, 19.6.1999. S.7.

folgte schließlich die Einigung bei den Koalitionsverhandlungen im Jahr 2000. Der nie verwirklichte Koalitionspakt sah vor, die Familienleistungen im Familienfonds so zu bündeln, dass die Dienstgeberbeiträge zur Krankenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung um je 0,3 Prozentpunkte[1145] abgesenkt worden wären.[1146]

7.3 Wohnen

Beim Thema Wohnen stießen zwei unterschiedliche, ideologisch geprägte Vorstellungen aufeinander: Während die SPÖ die Wohnungsgemeinnützigkeit und die Gestaltung der Mieten im Mittelpunkt ihrer Bestrebungen hatte, zielte die ÖVP darauf ab, möglichst vielen Menschen den Erwerb von Wohnungseigentum zu ermöglichen und damit den Wohnungsbau zu stimulieren. Natürlich kamen in beiden Parteien Mischformen vor, die Tendenzen gingen aber in die eben genannte Richtung.[1147]

Im Februar 1989 entzündete sich die Debatte über die Festlegung der Mietzinse bei Neuvermietungen von Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln saniert wurden. Die SPÖ wollte die Beibehaltung des Kategoriemietzinses, die ÖVP die Einführung des sogenannten angemessenen Mietzinses. Sie erhoffte sich dadurch einen Anreiz für Investition von Privatkapital in notwendige Sanierungen. Die SPÖ wiederum befürchtete, dass der ÖVP-Vorschlag deutlich höhere Mieten bringen würde. Außerdem konnte man sich nicht auf die Preisfestsetzung beim Kauf einer von gemeinnützigen Wohnbauträgern errichteten Wohnung nach zehn Jahren Miete einigen. Die SPÖ wollte dafür den Verkehrswert der Wohnung zum Zeitpunkt des Verkaufs heranziehen, die ÖVP den zum Zeitpunkt der Errichtung bzw. einen dazwischen liegenden Wert.[1148]
Vor der nahenden Nationalratswahl gelang keine Einigung auf ein neues Mietrecht. Vor allem die Höhe des Mietzinses nach einer Sanierung galt als Hürde.[1149] Tatsächlich wurde erst im Laufe der neuen Koalitionsverhandlungen am 13. November 1990 eine Einigung bei den umstrittenen Punkten erzielt. Die Kategoriemietzinse sollten in der kommenden Legislaturperiode für Neuvermietungen abgeschafft werden. Mieter von entsprechenden Wohnungen sollten jedoch auch in Zukunft die Möglichkeit haben, sich vor Gericht gegen zu hohe Mieten zu wehren. Für alle Bundesländer wollte man mit Hilfe von

[1145] Das hätte bei der Arbeitslosenversicherung eine Ersparnis von 2,3 Milliarden und bei der Krankenversicherung eine von drei Milliarden Schilling bedeutet.
[1146] Vgl. Der Standard, 20.1.2000. S.2.
[1147] Vgl. Weber, Roland: Wohnen als Grundbedürfnis des Menschen. S.45ff.
Wischin, Michaela: Soziale Wohnpolitik. S.115ff.
[1148] Vgl. Die Presse, 28.2.1989. S.6.
[1149] Vgl. Die Presse, 7.3.1990. S.5.

Kommissionen angemessene Mieten für vier Kategorien festlegen, wobei in der untersten (Kategorie D) nur mehr die Erhaltungskosten bezahlt werden sollten. Wohnungen mit besonderen Ausstattungsmerkmalen sollten davon jedoch gänzlich ausgenommen werden.[1150]

Über die Richtwerte in den einzelnen Kategorien einigten sich die Wohnbausprecher Kurt Eder (SPÖ) und Otto Keimel (ÖVP) im Februar 1992.[1151] Die fixen Mietzinsobergrenzen für die Kategorien B und C sollten fallen und durch den Begriff der Angemessenheit ersetzt werden. Zur Orientierung sollte ein Beirat bundesländerweise Mittelwerte vorgeben. Die beiden Verhandler waren sich aber der Zustimmung ihrer Parteien zu diesem Zeitpunkt noch nicht sicher.[1152] Tatsächlich lagen bereits am nächsten Tag neue Forderungen auf dem Tisch. Kurt Eder wollte in die Mittelwerte einen Althausabschlag einrechnen, der eine Mietreduktion von 20 Prozent bringen sollte, Wiens Wohnbaustadtrat Edlinger (SPÖ) verlangte sogar 25 bis 30 Prozent. Ziel dieser Forderungen war es, das Gesetz für die eigenen Reihen akzeptabel zu machen. Die angestrebten Reduktionen begründete man mit dem niedrigeren Wert von Altbauten. Otto Keimel wies die Wünsche mit einem Hinweis auf das Koalitionsabkommen für die ÖVP zurück.[1153]

Der nächste Kompromissvorschlag sah Folgendes vor: Für die Begrenzung der Mietzinsen sollten statt einem Mittelwert zwei Richtwerte (einer für bessere, einer für schlechtere Bausubstanz) eingesetzt werden. Zusätzlich sollten dann noch Zu- und Abschläge, je nach Ausstattung (z.B. Lift, Garage) möglich sein. In die Überlegungen wurden auch unterschiedliche Richtlinien für die einzelnen Bundesländer einbezogen.[1154] Am 10. Juli verkündete die Regierung abermals eine Einigung. Für die oberste Wohnungskategorie wollte man eine Bandbreite von ca. 45 bis 65 Schilling pro m^2 und Monat abhängig von der Qualität der Bausubstanz erlauben.[1155] Die Richtwerte sollten jeweils vom Justizministerium veröffentlicht und damit definitiv festgelegt werden.[1156]

In der „vorläufig endgültigen" Einigung am 19. November 1992 waren dann eben diese Richtwerte für die „Angemessenheit" von Neuverträgen samt Zu- und Abschlägen für Lage, Zustand und Ausstattung enthalten.[1157]

[1150] Vgl. Der Standard, 14.11.1990. S.15.
[1151] Vgl. Der Standard, 1.2.1992. S.19.
[1152] Vgl. Der Standard, 20.2.1992. S.16.
[1153] Vgl. Der Standard, 21.2.1992. S.1, 15.
[1154] Vgl. Die Presse, 12.3.1992. S.6.
[1155] Vgl. Der Standard, 11.7.1992. S.1.
[1156] Vgl. Der Standard, 13.10.1992. S.15.
[1157] Vgl. Die Presse, 20.11.1992. S.9.
Der Standard, 20.11.1992. S.26.

Kaum war die Vorlage für das Gesetz ausformuliert, tauchten auch schon Befürchtungen auf, dass es nicht praktikabel sei. So forderte Justizminister Michalek eine Festlegung der Zu- und Abschläge in Schillingbeträgen oder Prozentsätzen vom Richtwert.[1158] Auch die Wiener SPÖ zeigte sich vom Ergebnis nicht zufriedengestellt. Daraufhin verlangten die Verhandler Keimel und Eder, dass sich Bundeskanzler Vranitzky und Vizekanzler Busek der Materie annehmen sollten. Keimel warf dabei der SPÖ vor, sich zum wiederholten Male von bereits ausverhandelten Kompromissen zu verabschieden.[1159] Am 9. Juni 1993 wurde erneut eine Einigung verkündet, die nicht lange halten sollte. Dort, wo Miethäuser der Gründerzeit standen (das betraf vor allem Wien), sollte das Lagekriterium ohne Auf- oder Abschläge gelten, für andere Gebiete hätten die Kosten bei der Errichtung des Hauses die Berechnungsgrundlage gegeben.[1160]

Am 16. Juni stellte die ÖVP, namentlich ÖVP-Generalsekretär Ferdinand Maier, gemeinsam mit dem Wohnbausprecher Keimel der SPÖ das Ultimatum, bis zum 22. Juni zu den Vereinbarungen vom November des Vorjahres zurückzukehren; anderenfalls würde es keine Gespräche mehr geben. Dabei stellten sie auch klar, dass sie die Wünsche der Wiener SPÖ nicht erfüllen würden. Die Verzögerungen begründeten die ÖVP-Politiker mit der Uneinigkeit beim Koalitionspartner. Die SPÖ kündigte daraufhin eine interne Abklärung und neue Gespräche mit der ÖVP an.[1161] Bereits am nächsten Tag ging SPÖ-Bundesgeschäftsführer Cap wieder in die Offensive und warf der ÖVP vor, die Beschlussfassung des Gesetzes zu verzögern, da sie lediglich die Interessen von Wohnungseigentümern und Spekulanten vertrete. Als letzte Forderungen seiner Partei nannte er ein nachvollziehbares Richtwertsystem und eine Eindämmung der befristeten Mietverträge. Nun mehrten sich auch die Stimmen in der SPÖ dafür, das Mietrecht in wesentlichen Punkten den Bundesländern zu überlassen.[1162] Diese Variante konnte sich auch ÖVP-Obmann Busek im Falle einer Nichteinigung auf Regierungsebene vorstellen. Er richtete aber einen neuerlichen Appell an den Bundeskanzler, in seiner Partei für eine einheitliche Verhandlungslinie zu sorgen.[1163] Die SPÖ gab die Schuld postwendend an den Koalitionspartner zurück und betonte, dass es ihr nur mehr auf die Ausarbeitung eines nachvollziehbaren Richtwertsystems durch Experten ginge.[1164] In den nächsten Tagen verdichteten sich die Anzeichen für eine „Verländerung" der strittigen Punkte. Jedoch betrachtete

[1158] Vgl. Der Standard, 26.3.1993. S.34.
[1159] Vgl. Der Standard, 6.5.1993. S.6.
[1160] Vgl. Der Standard, 9.6.1993. S.6.
[1161] Vgl. Die Presse, 16.6.1993. S.1.
Die Presse, 18.6.1993. S.6.
[1162] Vgl. Die Presse, 19.6.1993. S.6.
[1163] Vgl. Die Presse, 21.6.1993. S.6.
[1164] Vgl. Der Standard, 22.6.1993. S.7.

vor allem der kleinere Koalitionspartner diese Variante als Notlösung.[1165] Am 24. Juni wurde ein entsprechender Vorschlag kolportiert: Bundeseinheitlich sollte eine Erhaltungskomponente (abhängig von Zustand und Alter des Hauses) festgelegt werden und je nach Bundesland auch ein Wohnwertbetrag (orientiert an Baukosten, die von der Landeswohnbauförderung akzeptiert würden). Dazu sollte eine flexible Wohnwertkomponente (orientiert nach den Grundstückspreisen der Umgebung) kommen.[1166] Nun ließen beide Verhandlungspartner erstmals seit längerer Zeit wieder Optimismus erkennen, da nur mehr Details verhandelt werden mussten.[1167] Am 1. Juli verkündeten sie die Grundsatzeinigung. Diese sah folgendermaßen aus: Die bisherigen Kategorie-Mietzinse wollte man durch ein Richtwertsystem ersetzen. Diese Richtwerte sollten durch einen Beirat im Justizministerium für die einzelnen Bundesländer festgelegt werden. Ausgehend von einer durchschnittlichen Kategoriewohnung (ehemals Kategorie A) wollte man je nach Ausstattung und Lage[1168] der Wohnung prozentuell festgelegte Zu- und Abschläge festschreiben. In bestehende Verträge sollte nicht eingegriffen werden. Die Wiener SPÖ zeigte sich mit dem Kompromiss nicht gerade zufrieden, akzeptierte ihn aber.[1169] Am 21. Oktober 1993 beschloss der Nationalrat die entsprechenden Gesetzesänderungen.[1170]

Bereits im Mai 1995 (also etwas mehr als ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes) kamen aus der SPÖ Wortmeldungen für eine Änderung des Mietrechts. Die ÖVP wies dieses Ansinnen mit Hinweis auf den Koalitionspakt, der einen zweijährigen Beobachtungszeitraum vorsah, zurück.[1171] Für diese Weigerung musste sich die VP den Vorwurf vom Koalitionspartner anhören lassen, nichts gegen zu hohe Mieten tun zu wollen. Die Kritik der SPÖ am geltenden Gesetz bezog sich vor allem auf das Zuschlagssystem, das laut Bundesgeschäftsführer Cap willkürliche Miethöhen ermöglichte. Ebenfalls im Visier der SPÖ waren die befristeten Mietverträge, die sie gänzlich abschaffen wollte. Auch einen Eingriff in bereits bestehende Mietverhältnisse wollte sie nicht ausschließen.[1172]

[1165] Vgl. Die Presse, 23.6.1993. S.6.

[1166] Vgl. Der Standard, 24.6.1993. S.6.
Die Presse, 24.6.1993. S.6.

[1167] Vgl. Die Presse, 1.7.1993. S.7.

[1168] Berechnungsbasis war ein unbebautes Grundstück mit einem Preis von 2.000 Schilling pro Quadratmeter. In so einem Fall hätte es keine Zu- oder Abschläge gegeben (ehemals Kategorie A).

[1169] Vgl. Die Presse, 2.7.1993. S.6.
Der Standard, 2.7.1993. S.5.
Kleine Zeitung, 22.7.1993. S.4.

[1170] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 134/NRSITZ (XVIII. GP). S.15597.

[1171] Vgl. Der Standard, 19.5.1995. S.24.
Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und der ÖVP 1994. S.34.

[1172] Vgl. Die Presse, 20.5.1995. S.7.
Der Standard, 20.5.1995. S.5.

Überraschenderweise ging die Reform des Mietrechts Ende 1996 ohne öffentliche Konflikte über die Bühne. Die Änderungen betrafen die Befristungen. Nunmehr sollte es auch möglich sein, einen befristeten Vertrag (künftig drei bis zehn Jahre) um bis zu sieben Jahre zu verlängern. Die Abschläge für befristete Mietverträge wurden je nach Dauer von zehn bis 30 Prozent gestaffelt.[1173]

Im Wahljahr 1999 war das Mietrechtsgesetz noch einmal Objekt eines Konflikts. Die Unzufriedenheit der SPÖ hatte sich bereits in ihrem Programm „Wohnen 2000" manifestiert. Hier kritisierte sie, dass sich der „angemessene Mietzins" nicht bewährt habe. Als Ziel nannte sie wieder Mietzinsobergrenzen.[1174] Kurz vor der Regierungsklausur im Jänner legte die SPÖ überraschend drei Gesetzesanträge zum Mietrecht vor und kündigte an, diese in den Nationalrat einzubringen. Die Annahme dieser Gesetzestexte hätte die Änderung der Kategoriezinsregelung sowie der Auf- und Abschläge bei Mieten, eine Senkung der Immobilienmaklerprovisionen und eine Senkung der Mieten, dort wo Kredite schon zurückgezahlt wurden, gebracht. Die ÖVP lehnte alle Vorschläge bis auf den letzten prompt ab und verwies auf die durch die Befristung von Mietverträgen gesunkenen Mietpreise als Erfolg hin.[1175] SPÖ-Klubobmann Kostelka nannte als Ziel eine Senkung der Mieten um durchschnittlich zehn Prozent und forderte auch eine Abschaffung der Befristung, die seiner Ansicht nach zu einer Verteuerung geführt hatte. Damit stellte er sich diametral gegen die Argumentation der ÖVP.[1176]
Nur zwei Wochen später setzte ÖVP-Wohnbausprecher Schwimmer jedoch nach und verlangte die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten, ohne jedoch den Vorsteuerabzug für Vermieter zu streichen, was eine Senkung von rund zehn Prozent bedeutet hätte. Zusätzlich schlug er vor, das Hausbesorgergesetz abzuschaffen, was niedrigere Gehälter für die Hausmeister und damit eine Senkung der Betriebskosten bedeutet hätte. Diesmal kam die Ablehnung von der SPÖ mit dem Hinweis auf massive Steuerausfälle von 5,1 Milliarden Schilling und die mögliche Inkompatibilität mit EU-Recht. Aus ihrer Sicht hätte auch die Abschaffung des Hausbesorgergesetzes keine finanziellen Vorteile für die Mieter gebracht.[1177] Nun sprachen sich die Koalitionspartner gegenseitig die Ernsthaftigkeit ihrer Vorschläge ab.[1178]

[1173] Vgl. Der Standard, 11.12.1996. S.19.
[1174] Vgl. Weber, Roland: Wohnen als Grundbedürfnis des Menschen. S.45ff.
[1175] Vgl. Die Presse, 20.1.1999. S.7.
[1176] Vgl. Die Presse, 29.1.1999. S.10.
[1177] Vgl. Der Standard, 12.2.1999. S.2.
Die Presse, 12.2.1999. S.10.
[1178] Vgl. Der Standard, 13.2.1999. S.8.
Die Presse, 13.2.1999. S.9.

7.4 Wertschöpfungsabgabe

Sozialminister Dallinger (SPÖ) machte während der Großen Koalition erstmals vor dem ÖGB-Kongress im Oktober 1987 einen Vorstoß für die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe. Die Idee dahinter war, die von Arbeitgebern zu zahlenden Sozialabgaben nicht mehr nur aufgrund der Zahl der Arbeitnehmer und deren Einkommen zu berechnen, sondern auch auf Basis der Produktivität des Unternehmens (Gewinn, Personalkosten, Abschreibungen). Damit sollte der Einsatz von Kapital höher und der von Arbeitskräften geringer besteuert werden. Mit dieser Idee stieß er aber auch bei der Spitze seiner eigenen Partei auf keine Begeisterung. Der Sozialsprecher der ÖVP Schwimmer lehnte den Vorschlag nicht gänzlich ab, bezeichnete ihn aber in Hinblick auf die aktuelle Wirtschaftslage als unpassend, da er Investitionen verteuert hätte.[1179]

Am 2. September 1988 wurde allerdings bekannt, dass Experten des Sozial- und Finanzministeriums (beide von SPÖ-Ministern geführt) an einem Entwurf für eine Wertschöpfungsabgabe – von Gegnern auch als „Maschinensteuer“ bezeichnet – arbeiteten. Ziel war, die Finanzierung des Sozialsystems auf eine breitere Basis zu stellen und gleichzeitig den Faktor Arbeit zu entlasten. Prompt lehnte der ÖVP-Staatssekretär im Finanzministerium, Stummvoll, dieses Vorhaben ab. In seiner Begründung wies er darauf hin, dass trotz Diskussion in vielen Ländern noch nirgends eine entsprechende Besteuerung eingeführt worden war.[1180] Für diese neue Art der Berechnung der Sozialbeiträge sprachen nach Argumentation des Sozialministers zwei Gründe. Erstens müsste künftig eine kleiner werdende Zahl von Aktiven für eine größer werdende von Pensionisten aufkommen. Zweitens würden durch den verstärkten Einsatz von Mikroelektronik Rationalisierungsschübe nicht ausbleiben, wodurch immer weniger Menschen immer größere Werte schaffen würden.[1181]

Eineinhalb Monate später kündigte Dallinger an, einen vorbereiteten Gesetzesentwurf zur Einführung der Wertschöpfungsabgabe mit den Sozialpartnern diskutieren zu wollen.[1182] Staatssekretär Stummvoll wollte hingegen darüber nicht einmal diskutieren. Für die Sicherung des Sozialsystems im Allgemeinen und des Pensionssystems im Speziellen schlug er im Gegensatz zu Dallinger vorwiegend ausgabenseitige Maßnahmen vor. Unterstützung erhielt der Sozialminister hingegen von Arbeiterkammerpräsident Vogler

[1179] Vgl. Die Presse, 7.10.1987. S.1.
[1180] Vgl. Kleine Zeitung, 3.9.1988. S.2.
Die Presse, 5.9.1988. S.1.
[1181] Vgl. Kleine Zeitung, 13.10.1988. S.5.
Der Standard, 30.11.1988. S.6.
[1182] Vgl. Der Standard, 10.1.1989. S.5.

(SPÖ).[1183] Der Nachfolger von Alfred Dallinger, Walter Geppert (SPÖ), verfolgte die Idee kurzfristig weiter.[1184]

Erst 4 Jahre später, Anfang 1998, unternahm SPÖ-Finanzsprecher Nowotny erneut einen Vorstoß, im Rahmen der für das Jahr 2000 geplanten Steuerreform die Wertschöpfungsabgabe einzuführen. Im Gegenzug wollte er die Arbeitgeberbeiträge zum FLAF (4,5 Prozent) und zur Wohnbauförderung (0,5 Prozent) halbieren. Wieder lehnte dies Stummvoll, diesmal als ÖVP-Finanzsprecher, für seine Partei ab. Er sprach sich auch gegen eine EU-weite Einführung aus, da er eine Abwanderung kapitalintensiver Unternehmen befürchtete.[1185] Auch die Überlegung von Finanzminister Edlinger, die Finanzierung des FLAF auf eine Wertschöpfungsabgabe (bisher von der Lohnsumme errechnet) umzustellen, traf im September 1998 bei der ÖVP nur auf Ablehnung.[1186]

In den Budgetverhandlungen des Jahres 1999 wollte Finanzminister Edlinger die Dienstgeberbeiträge zum FLAF um 0,5 Prozent senken, diese aber aufgrund der Wertschöpfungsbasis berechnen. Die von ÖVP-Politikern geführte Wirtschaftskammer protestierte dagegen heftig.[1187] Damit war die Diskussion beendet.

7.5 Kriegsmaterialgesetz

Anlass für die Diskussion über das Waffenexportgesetz gab der sogenannte Noricum-Skandal *(vgl. Kap. 20.8 Noricum)*. Startzeichen war eine parlamentarische Anfrage der ÖVP an Bundeskanzler Vranitzky, was die Bundesregierung zu tun gedenke, um die 12.000 Arbeitsplätze in der Waffenindustrie zu sichern. Der Bundeskanzler hingegen sprach in seiner Antwort von lediglich 4.500 Beschäftigten bei Waffenproduzenten, davon 2.500 in der verstaatlichten Industrie. Er verteidigte die gültige Rechtslage mit dem Hinweis auf andere neutrale Staaten mit ähnlichen Gesetzen und sah keine Notwendigkeit für eine Änderung.[1188] Der Fragesteller, Andreas Khol (ÖVP), setzte in einer Zusatzfrage nach:

> „[...] Denn das Kriegsmaterialgesetz hat weder die Einhaltung der Neutralitätspflichten noch die Menschenrechte garantieren können, denn wir liefern in den Iran, noch den Reststaat, noch die wirtschaftlichen Interessen. Jetzt meine Frage an Sie: Werden Sie dieses heuchlerische und in weiten Bereichen unvollziehbare Gesetz durch eine Regierungsvorlage verbessern, worin die Verbotsbestände klar definiert sind – Klammer auf: natürlich nicht Lieferung in kriegsführende Länder; Klammer geschlossen –, aber auch das Verfahren schärfer gestaltet wird, sodaß derartige Durchstechereien, wie sie in der

[1183] Vgl. Der Standard, 11.1.1989. S.5.
[1184] Vgl. Die Presse, 19.6.1989. S.5.
[1185] Vgl. Der Standard, 3.1.1998. S.1, 22.
[1186] Vgl. Die Presse, 14.11.1998. S.9.
[1187] Vgl. Der Standard, 22.3.1999. S.7.
[1188] Stenographische Protokolle des Nationalrates 56/NRSITZ (XVII. GP). S.6384-6385.

> Vergangenheit im Bereich der verstaatlichten Industrie passiert sind, nicht mehr möglich sind?“[1189]

Der Bundeskanzler verwies daraufhin auf von ihm angeregte Gespräche über eine Analyse des Status quo, die dann in weitere Überlegungen führen sollte.[1190]

Die ÖVP verlangte im März 1988 von der SPÖ eine Modifikation des Gesetzes, um der österreichischen Waffenindustrie im Wettbewerb gleiche Chancen wie anderen Ländern zu ermöglichen. Konkret forderte sie, dass bereits erteilte Exportbescheide auch im Falle eines erst später eintretenden Kriegsfalles weiter gelten sollten und Ersatzteile weiter geliefert werden könnten. Als Argumente für die Forderungen führten die Vertreter der ÖVP an, dass der Staat 1,7 Milliarden Schilling zuschießen musste, um das Überleben des Steyr-Konzerns zu sichern. Außerdem waren Geschäfte mit Chile, Marokko und Indien aufgrund der Beschränkungen nicht zustande gekommen. Für den Fall, dass die SPÖ keinen entsprechenden Gesetzesvorschlag vorlegen sollte, drohte der kleine Koalitionspartner mit der Ausnützung des koalitionsfreien Raumes. ÖVP-Zentralsekretär Kukacka bezeichnete es als doppelbödig, eine Waffenindustrie aufzubauen, aber den Export von Waffen zu behindern. Außerdem wäre es aufgrund der Neutralität auch weiterhin unmöglich gewesen, in kriegführende Länder zu liefern.[1191] Von Innenminister Blecha (SPÖ) und Klubobmann Fischer kam eine klare Ablehnung der Forderungen. Außerdem kritisierten sie die Einigkeit von ÖVP und FPÖ in dieser Frage. Der SPÖ-Klub und Bundeskanzler Vranitzky ließen auch durchblicken, dass sie einer Auslagerung des Themas in den koalitionsfreien Raum nicht zustimmen würden, was aber laut Koalitionsabkommen dafür notwendig gewesen wäre.[1192] Der SPÖ-Zentralsekretär ging sogar einen Schritt weiter und forderte eine Verschärfung des Gesetzes. So sollte bereits die Produktion und nicht wie bisher nur die Ausfuhr von Waffen genehmigungspflichtig werden.[1193] Bei einem Experten-Hearing des SPÖ-Klubs zu diesem Thema zog man den Schluss, dass die bestehende Gesetzeslage im Großen und Ganzen richtig war und nur im Feinbereich Adaptionen vorgenommen werden sollten. SPÖ-Klubobmann Fischer forderte die Umstellung der Kanonenerzeugung auf andere Produkte, da sie sowohl mit Exportlockerung als auch ohne diese nicht mehr zukunftsträchtig wäre.[1194]

[1189] Khol, Andreas: Stenographische Protokolle des Nationalrates 56/NRSITZ (XVII. GP). S.6385.

[1190] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 56/NRSITZ (XVII. GP). S.6385-6386.

[1191] Vgl. Die Presse, 22.3.1988. S.4.
Die Presse, 23.3.1988. S.4.
Die Presse, 29.3.1988. S.1.

[1192] Vgl. Die Presse, 30.3.1988. S.1.
Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1987. S.5.

[1193] Vgl. Die Presse, 29.3.1988. S.4.
Die Presse, 30.3.1988. S.4.

[1194] Vgl. Die Presse, 29.4.1988. S.4.

Daraufhin wurde es – mit Ausnahme der neuerlichen Verlautbarung der ÖVP-Forderungen durch ÖVP-Sicherheitssprecher Ettmayer im September 1988[1195] – wieder ruhig in dieser Frage.

Erst an einem konkreten Anlassfall entzündete sich der Konflikt erneut: Wirtschaftsminister Ditz wollte, unterstützt von Vizekanzler Schüssel, 1996 Waffenexporte nach Saudi-Arabien ermöglichen. Entsprechend der geltenden Gesetzeslage wurden diese nicht genehmigt, weswegen er eine Novellierung des Gesetzes forderte. Der zuständige Minister Einem lehnte dieses Ansinnen jedoch ab. Er begründete die Ablehnung von Waffenexporten nach Saudi-Arabien mit Bedenken des Bundeskanzleramtes bezüglich der Menschenrechtssituation.[1196] Zusätzliche Brisanz erhielt die Debatte durch die Besuche des Wirtschaftsministers und des Bundeskanzlers in Saudi-Arabien. Der Regierungschef wies dabei auf die bestehende Rechtslage hin und warb um Verständnis für die österreichische Vorgehensweise. In diesem Zusammenhang sprach sich Vranitzky dafür aus, das Kriegsmaterialgesetz zu überdenken. Dabei relativierte er die in Saudi-Arabien getätigte Aussage in Österreich wieder, indem er diese Frage als nicht aktuell einstufte. Sein Klubobmann Kostelka wollte dazu nicht einmal einen Kommentar abgeben. ÖVP-Wehrsprecher Maitz ließ Wohlwollen über Vranitzkys ursprüngliche Wortmeldungen erkennen.[1197]

7.6 Arbeitszeit

Der immer wieder geäußerte Wunsch des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, in Österreich die 35-Stunden-Woche einzuführen, erhielt zwar die Unterstützung von Bundeskanzlers Vranitzky.[1198] Diese war allerdings nicht so vehement, dass es nach dem schon vor der Gründung der Koalition festgelegten und dezidierten Nein der ÖVP überhaupt zu ernsthaften Verhandlungen kam. Der kleine Koalitionspartner begründete die Ablehnung mit der Befürchtung, dass die Betriebe das nicht verkraften würden und dass es dadurch zum Gegenteil des gewünschten Effektes, nämlich zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit, kommen würde.[1199] Daran änderte auch ein neuerlicher Vorstoß von Sozialminister Dallinger (SPÖ) nichts, der behauptete, Bundeswirtschaftskammer und Industriellenver-

[1195] Vgl. Die Presse, 2.9.1988. S.4.
[1196] Vgl. Die Presse, 22.5.1996. S.7.
[1197] Vgl. Der Standard. 25.6.1996. S.5.
Die Presse, 25.6.1996. S.4.
[1198] Vgl. Die Presse, 13.6.1988. S.5.
Kleine Zeitung, 13.6.1988. S.2.
[1199] Vgl. Mock, Alois: Wir wirtschaften besser. S.77.
Kleine Zeitung, 15.6.1988. S.2.
Der Standard, 10.11.1988. S.5.

einigung hätten sich diesbezüglich gesprächsbereit gezeigt. Beide Interessensvertretungen bezeichneten das als Erfindung Dallingers.[1200]

Nachdem die Gewerkschaft der Privatangestellten im Oktober 1993 Verhandlungsbereitschaft über flexiblere Arbeitszeiten signalisiert hatte, kündigte ÖVP-Generalsekretärin Korosec eine ÖVP-Arbeitsgruppe[1201] zu diesem Thema an, um den ihrer Ansicht nach bisher in dieser Thematik untätigen Sozialminister zu drängen. Von flexibleren Arbeitszeiten erwartete sich die ÖVP eine Dynamisierung des Arbeitsmarktes und damit verbunden eine Senkung der Arbeitslosigkeit.[1202] Im November 1994 setzte die Regierung ebenfalls eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Sozial- und Wirtschaftsminister ein, die folgende Reformen vorbereiten sollte:

- Schaffung eines Jahresarbeitszeitmodells
- Anhebung der Höchstgrenze für die Tagesarbeitszeit
- Liberalisierung des Ladenschutzgesetzes
- Lockerung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen (Angleichung an das EU-Niveau)[1203]

Im EU-Weißbuch der Bundesregierung sollte ursprünglich ein Kapitel zu Sozialfragen enthalten sein. Die ÖVP verweigerte dem aber die Zustimmung, als Sozialminister Hesoun kurzfristig noch einige Punkte aufnehmen wollte, ohne darüber zu diskutieren. Der wichtigste davon war die Ablehnung von flexibilisierten Arbeitszeiten. Das Weißbuch enthielt schließlich keine Aussagen zur Sozialpolitik.[1204]

In den Verhandlungen der Sozialpartner prallten zwei unterschiedliche Ansätze aufeinander. Die Vertreter der Wirtschaft wollten durch die Flexibilisierung vor allem Kosten sparen, während die Arbeitnehmervertreter mehr Zeitsouveränität für die Arbeiter und Angestellten anstrebten. Die erste Gesprächsrunde endete ohne Ergebnis, worauf die Wirtschaftskammer die Verhandlungen bereits abbrechen wollte. Die AK kritisierte diesen Abbruch als voreilig und warf dem Gegenüber vor, eigentlich keine Lösung zu wollen.[1205]

Seinen Standpunkt erklärte der Sozialminister bei dem Symposium „Advanced Democracy“ folgendermaßen:

[1200] Vgl. Kleine Zeitung, 31.8.1988. S.2.
[1201] Bestehen sollte diese Gruppe aus der stellvertretenden Präsidentin der Wirtschaftskammer, Rabl-Stadler, Sozialsprecher Feuerstein und ÖVP-Generalsekretärin Korosec.
[1202] Vgl. Der Standard, 6.10.1993. S.15.
[1203] Vgl. Der Standard, 26.11.1994. S.27.
[1204] Vgl. Der Standard, 7.12.1994. S.6.
[1205] Vgl. Der Standard, 24.6.1995. S.17.

> „In Diskussion stehen auch eine Neuverteilung der Lebensarbeitszeit wie auch verschiedene Modelle, die eine differenzierte Gestaltung der Arbeitszeit ins Auge fassen. Gerade vor dem Hintergrund steigender Produktivität und einem grundlegenden Wandel in vielen Bereichen der Arbeitswelt halte ich das Thema Arbeitszeitverkürzung für aktuell. Ich verwende aber ungern den Ausdruck „Flexibilisierung" der Arbeitszeit, ich möchte ihn positiver darstellen und sagen: mehr „Gestaltungsmöglichkeiten" im Arbeitszeitbereich, sowohl für Arbeitnehmer als auch für Unternehmer. Konkrete Vorschläge zu erarbeiten, liegt nun an den Kollektivvertragspartnern. [...] Breitere Gestaltungsmöglichkeiten bringen der Wirtschaft Vorteile. Dazu noch auch weniger zu bezahlen, entspricht nicht der geforderten Ausgewogenheit."[1206]

Zu einem konkreten Konflikt kam es erst im Oktober 1996, als die Regierung an einem ganzen Paket von sozial- und arbeitsrechtlichen Reformen arbeitete. Dabei verliefen die Fronten entlang der Sozialpartnerseiten. Hauptstreitpunkt war, ob flexiblere Arbeitszeiten nur durch individuelle Regelungen per Kollektivvertrag möglich gemacht werden könnten (Standpunkt der Arbeitnehmervertreter) oder ob dafür auch Betriebsvereinbarungen reichen würden (Standpunkt der Arbeitgebervertreter). Die ÖVP wollte die sechs Minuten Freizeit pro Stunde Nachtarbeit aus Kostengründen streichen, obwohl es in dieser Frage bereits eine Einigung der Sozialpartner gab. Diese Vorgehensweise kritisierte die SPÖ.[1207]

AK und ÖGB lehnten diese Forderung ab, da sie befürchteten, dass die Unternehmer die angespannte Arbeitsmarktsituation ausnützen würden, um mit ihrer dadurch entstanden Macht die Arbeitnehmer zu einer Annahme der Betriebsvereinbarungen zu zwingen. Auch von der bereits erwähnten Einigung über die Zeitgutschrift für Nachtarbeit distanzierten sich die Arbeitgebervertreter wieder. Jedoch machten sie gemeinsam mit der ÖVP den Arbeitnehmern und der SPÖ ein Angebot: Die Flexibilisierung der Arbeitszeit sollte nur mit Zustimmung der Gewerkschaft als Kollektivvertragspartner erfolgen, wenn dafür die Zeitgutschriften für die Nachtarbeit ebenfalls in Kollektivverträgen und nicht mittels eines Gesetzes geregelt werden würden. Bei der am Tag nach dieser Ankündigung abgehaltenen Regierungsklausur konnte jedoch noch keine Einigung darüber erzielt werden. Sozialminister Hums drohte danach aufgrund der festgefahrenen Positionen damit, seinen ursprünglichen Entwurf ohne Zustimmung der Sozialpartner und der ÖVP in den Ministerrat einzubringen, was aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips wohl lediglich Auswirkungen auf die Stimmung innerhalb der Koalition gehabt hätte.[1208] Als Kompromiss bot Familienminister Bartenstein an, weitreichende Flexibilisierungen (Durchrechnungszeitraum von 52 Wochen, maximale Wochenarbeitszeit 52 Stunden) nur über den Kollektiv-

[1206] Hums, Franz: Statement bei Advanced Democracy. S.127f.
[1207] Vgl. Der Standard, 25.9.1996. S.9.
[1208] Vgl. Die Presse, 12.11.1996. S.7.
Der Standard, 12.11.1996. S.13.
Der Standard, 13.11.1996. S.1.
Der Standard, 14.11.1996. S.1, 5.

vertrag zu regeln. Sollte es darüber bis 1. September 1997 keine Einigung geben, wollte er auf Basis der Betriebsvereinbarungen aber einen kleineren Rahmen (Durchrechnungszeitraum 26 Wochen, maximale Wochenarbeitszeit 45 Stunden) zulassen. Der Sozialminister zeigte sich davon unbeeindruckt. Auch die Forderung, in Unternehmen ohne Betriebsrat die Arbeitszeitflexibilisierung über Einzelverträge festlegen zu können, ließ die ÖVP fallen und verlangte nun von der SPÖ ebenfalls Zugeständnisse.[1209]

Am 26. November machte Sozialminister Hums seine Drohung wahr und brachte eine nicht mit dem Koalitionspartner akkordierte Gesetzesvorlage in den Ministerrat. Die von der ÖVP verlangten Änderungen wollte die SPÖ aber nicht akzeptieren, worauf Hums zurückzog und es zu keiner Abstimmung kam.[1210] Vor allem nach der SPÖ-Klausur im Jänner 1997 kritisierten Sozialminister Hums und ÖGB-Präsident Verzetnitsch die Haltung der ÖVP scharf und kündigten an, in den umstrittenen Punkten nicht nachgeben zu wollen.[1211]

Bundeskanzler Klima machte im Februar einen neuen Vorschlag, der als Entgegenkommen gedacht war. Zwar wollte er nicht von der Kollektivvertragsvariante abgehen, schlug aber als Instrument den „erzwingbaren Kollektivvertrag“[1212] vor.[1213]

In intensiven Verhandlungen erarbeiteten die Sozialpartner einen Kompromiss. Prinzipiell sollten es möglich sein, in einem Durchrechnungszeitraum von bis zu acht Wochen maximal 50 Stunden pro Woche zu arbeiten, ohne dafür Überstundenzuschläge zu erhalten, bei einer längeren Durchrechnung bis maximal 48 Stunden wöchentlich. Darüber hinausgehende Mehrarbeit müsste in Freizeit abgegolten werden (pro Arbeitsstunde eineinhalb freie Stunden). Die Details sollten in den Kollektivverträgen festgelegt werden. Wenn sich die Sozialpartner nicht auf einen solchen einigen könnten, würde ein Schiedsgericht aus ehemaligen Vertretern der Sozialpartner entscheiden.[1214]

Im Rahmen der Pensionsreformdebatte waren die Arbeitszeiten ebenfalls ein Thema. Das Sozialministerium unter der Führung von Eleonora Hostasch plante, einen Rechtsanspruch auf Teilzeit-Arbeit für ältere Beschäftigte einzuführen. Dagegen protestierten Wirtschaftskammerpräsident Maderthaner und sein Generalsekretär Stummvoll (beide

[1209] Vgl. Der Standard, 15.11.1996. S.26.
[1210] Vgl. Die Presse, 27.11.1996. S.15.
Der Standard, 27.11.1996. S.5.
[1211] Vgl. Die Presse, 11.1.1997. S.7.
[1212] Vorbild dafür sollten die bereits im Arbeitsverfassungsgesetz vorgesehenen erzwingbaren Betriebsvereinbarungen sein. Bei einer Nichteinigung würde somit eine Schlichtungsstelle entscheiden.
[1213] Vgl. Der Standard, 10.2.1997. S.1.
[1214] Vgl. Kleine Zeitung, 18.2.1997. S.3.
Kleine Zeitung, 19.2.1997. S.3.

ÖVP) vehement. Sie warfen der Sozialministerin vor, mit diesen Maßnahmen Arbeitsplätze zu gefährden.[1215]

Am 19. September sandte die Sozialministerin die Pensionsreform und ein Paket von Begleitmaßnahmen in Begutachtung. Darin enthalten war die sogenannte Bildungskarenz, die bei ÖVP und Wirtschaftskammer auf schärfste Ablehnung stieß. Demnach hätten Arbeitnehmer alle drei Jahre für sechs bis zwölf Monate zur Weiterbildung die Arbeit aussetzen können und ein Rückkehrrecht in den Betrieb gehabt. Vom Arbeitsmarktservice hätten sie in dieser Zeit eine Unterstützung mindestens in der Höhe des Karenzgeldes (5.565 Schilling pro Monat) erhalten.[1216]

Am 29. September hatte die ÖVP ihre Ablehnung des Rechts auf Teilzeit bereits abgeschwächt. Vizekanzler Schüssel sprach davon, dass seine Partei der Schaffung eines solchen Rechtsanspruchs zustimmen könnte, wenn dieser in Kombination mit einem Gleitpensionsmodell eingeführt würde. Nach seinen Vorstellungen hätte ein Arbeitnehmer bis zu 28 Stunden in der Woche arbeiten und gleichzeitig 40 bis 90 Prozent der Pension kassieren können.[1217] Kurz darauf schwenkte auch die Wirtschaftskammer auf diese Linie ein. Es blieb allerdings beim Nein der Wirtschaft zum Recht auf Bildungskarenz und zum Recht auf Teilzeit zur Pflege von Angehörigen, das die Sozialministerin ebenfalls gefordert hatte.[1218]

Im Jahr 1999 fasste Vizekanzler Schüssel die unterschiedlichen Konzepte der Koalitionsparteien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus seiner Sicht zusammen:

> „Die einen wollen die bestehende Arbeit gerechter verteilen, während die anderen mehr Arbeitsmöglichkeiten schaffen wollen. [...]. Es ist bezeichnend, daß die Sozialdemokraten nicht von Arbeit, sondern immer nur von Beschäftigung sprechen. [...] Man will den Menschen irgendetwas zu tun geben, damit sie sich nicht ausgegrenzt fühlen. Letzteres ist löblich und wichtig, aber es muß uns eigentlich darum gehen, Anreize für Arbeit zu schaffen – in Richtung der Unternehmen, der Institutionen und der Arbeitnehmer selbst. Die Arbeit muß wachsen können, deshalb verdient das Etikett ‚sozial' nur, was auch wirklich Arbeit schafft."[1219]

7.7 Ladenöffnungszeiten

Auf dem ÖVP-Sonderparteitag zu Wirtschaftsthemen am 21. Februar 1986 (also noch vor der Großen Koalition) verlangte Parteiobmann Mock namens seiner Partei liberalere Ladenschlussregelungen, die aber sozialpartnerschaftlich abgestimmt sein sollten.[1220] Die konkrete Diskussion begann nach einem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes im

[1215] Vgl. Die Presse, 13.9.1997. S.6.
[1216] Vgl. Die Presse, 20.9.1997. S.7.
[1217] Vgl. Die Presse, 1.10.1997. S.6.
[1218] Vgl. Die Presse, 2.10.1997. S.7.
[1219] Schüssel, Wolfgang: Im Namen der Zukunft. S.151.
[1220] Vgl. Mock, Alois: Wir wirtschaften besser. S.70.

Jahr 1989, das die geltenden Regeln als zu eng bezeichnete. Demnach sollten Geschäfte nicht mehr zwischen 18.00 und 18.30, sondern erst um 20.00 schließen müssen, außer es gäbe einen langen Einkaufssamstag im Monat. Von der ÖVP kam größtenteils Zustimmung zu dem Erkenntnis, die Gewerkschaftskreise der SPÖ befürchteten hingegen Verschlechterungen für die Arbeitnehmer.[1221]

Ein wirklicher Konflikt entstand jedoch erst im Juni 1995, als Wirtschaftsminister Ditz ankündigte, die Ladenöffnungszeiten mittels Initiativantrag stark liberalisieren zu wollen. Sein Plan sah vor, dass Läden von Montag bis Freitag zwischen 5.30 und 22.00, am Samstag zwischen 5.30 und 18.00 offen halten könnten. In Fremdenverkehrsgebieten war ein genereller Zeitrahmen bis 23 Uhr vorgesehen. Kleine Betriebe ohne Angestellte sollten diesbezüglich überhaupt keinen Einschränkungen mehr unterliegen und daher auch an Sonntagen aufsperren dürfen. Der Wirtschaftsminister begründete sein Vorhaben mit einem Kaufkraftabfluss in den Grenzregionen. Als Schutz für die Arbeitnehmer sollte die maximale Gesamtöffnungszeit bei 80 Stunden in der Woche bleiben, auch die Schutzbestimmungen für die Arbeitnehmer wollte er nicht verändern. Genaue Details der Regelung sollten aber von den Sozialpartnern festgelegt werden. Sozialminister Hums (SPÖ) ließ jedoch sofort durchblicken, dass er diesem Vorhaben seine Zustimmung verweigern würde.[1222] Der raschen Reaktion des Sozialministers folgte die Ablehnung der Vorschläge durch den SPÖ-Parlamentsklub und durch die Gewerkschaft. Neben den inhaltlichen Gründen kritisierte SPÖ-Klubobmann Kostelka die Geschwindigkeit, die der Wirtschaftsminister an den Tag legen wollte.[1223] Das Tempo erklärte Ditz mit dem permanenten Kaufkraftabfluss, den es zu stoppen galt. Das endgültige Scheitern des Vorhabens, noch vor dem Sommer die Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten zu beschließen, kam am 4. Juli, als Klubobmann Kostelka verkündete, dass die SPÖ ohne Sozialpartnereinigung keine Zustimmung geben werde. Hans Sallmutter (SPÖ), Chef der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA), kritisierte ebenfalls das Tempo, das Ditz vorlegen wollte, und beschuldigte ihn, mit diesem Thema lediglich die Vorbereitung für eine generelle Arbeitszeitflexibilisierung zu betreiben. *(vgl. Kap. 7.6 Arbeitszeit)*.[1224] Das sogenannte Sozialpaket konnte nicht wie geplant beschlossen werden, da sich die Koalitionsparteien nicht über den Modus einigen konnten, wie man Handelsbetrieben ohne Mitarbeiter Ausnahmen zugestehen könnte. Die SPÖ wollte die Regelung in der Verfassung festschreiben (dazu wären die Stimmen einer Oppositionspartei notwendig gewesen), die ÖVP

[1221] Vgl. Die Presse, 23.6.1989. S.4.
[1222] Vgl. Der Standard, 24.6.1995. S.17.
Kleine Zeitung, 25.6.1995. S.3.
[1223] Vgl. Der Standard, 28.6.1995. S.5.
[1224] Vgl. Der Standard, 5.7.1995. S.13.

wollte dies über ein normales Bundesgesetz machen. Ihr Kompromissangebot, eine auf ein Jahr befristete Regelung zu schaffen, lehnte die SPÖ ab.[1225]

Im Wahlkampf für die Nationalratswahl im Jahr 1995 kam es noch zu einem Streit über eine zukünftige Regelung für den 8. Dezember (Maria Empfängnis). Im zuständigen Ausschuss des Nationalrates stimmten ÖVP, FPÖ und LIF für die Aufhebung des Arbeitsruhegesetzes am 8. Dezember.[1226] Der größte Widerstand diesbezüglich kam von den SPÖ-Gewerkschaftern, namentlich von GPA-Chef Sallmutter.[1227] Im Plenum des Nationalrates gab es diesbezüglich einen Schlagabtausch. Besonders spannend wurde die Debatte, weil sich SPÖ und ÖVP nicht mehr an den Koalitionspakt gebunden fühlten und daher neue Mehrheiten (wie bereits im Ausschuss) bilden konnten. Die Notwendigkeit, durch ein Aufsperren der Geschäfte am 8. Dezember einen Kaufkraftabfluss ins Ausland zu verhindern, erkannten alle Parteien an. Der Streitpunkt war jedoch, wie dies geschehen sollte: Die ÖVP wollte eine gesetzliche Regelung, die SPÖ eine kollektivvertragliche. Sozialminister Hums begründete den Standpunkt seiner Partei so:

> „Die Schutzbestimmung, daß es eine kollektivvertragliche Regelung geben muß, fällt weg. Das ist das einzige, über das hier überhaupt diskutiert wird.
>
> Wenn hier erklärt wird, es genügt für die Verkäuferinnen und Verkäufer, daß sie sagen können, sie wollen das nicht, dann muß ich sagen, wird das in den meisten Unternehmungen eine Möglichkeit sein. Aber eines möchte ich doch feststellen: Die Grundlage der Arbeitnehmerschutzgesetzgebung besteht doch darin, daß man in all den Bereichen vorsorgen muß, in denen der einzelne Arbeitnehmer zu schwach ist, seine Interessen zu vertreten. Das ist die Grundlage unseres gesamten Sozialsystems im Arbeitnehmerschutzbereich.“[1228]

Die Abgeordneten der ÖVP verwiesen auf die in ihrem Gesetzesvorschlag enthaltenen Bestimmungen, um diese Befürchtungen auszuräumen:

> „Wir haben das erste Mal in ein Arbeitsrechtsgesetz die Bestimmung aufgenommen, daß die individuellen Rechte des Arbeitnehmers uneingeschränkt einzuhalten und zu beachten sind. Es ist also das erste Mal vorgesehen, daß der Arbeitnehmer sagen kann: Ich bin nicht bereit, an diesem Tag eine Dienstleistung zu verrichten.“[1229]

Für die SPÖ war das zu wenig, sie befürchtete starken Druck der Unternehmer auf ihre Bediensteten und Kündigungen im Falle der (gesetzlich gedeckten) Arbeitsverweigerung:

> „Die Wirtschaft will Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Status von Leibeigenen, sogenannten Arbeitssklaven. Das streben Sie wieder an! Nun soll ganz bewußt durch die Vortäuschung einer individuellen Rechtsdurchsetzungsmöglichkeit, aber unter Weglassung der Bindung an den Kollektivvertrag, dieser Feiertag von Ihnen, von der

[1225] Vgl. Die Presse, 6.7.1995. S.1.
[1226] Die Aufhebung sollte nur dann gelten, wenn der 8. Dezember auf einen Werktag fiel.
[1227] Vgl. Der Standard, 16.11.1995. S.5.
[1228] Hums, Franz: Stenographische Protokolle des Nationalrates 57/NRSITZ (XIX. GP). S.459.
[1229] Feuerstein, Gottfried: Stenographische Protokolle des Nationalrates 57/NRSITZ (XIX. GP). S.453.

FPÖ und von der ÖVP – leider mit der Unterstützung des Liberalen Forums –, abgeschafft werden.“[1230]

Eine Nebenfront in der Debatte bezog sich auf die Frage, wer eine zuvor bereits existierende Einigung gebrochen hatte. Die SPÖ warf genau das der ÖVP vor, während die ÖVP darauf hinwies, dass es die SPÖ war, die bei einem Paket von Abmachungen, nämlich in der Agrarfrage *(vgl. Kap. 11.1 Förderungen)*, zuerst wortbrüchig geworden war.

Der von ÖGB-Präsident Verzetnitsch und Parteigenossen eingebrachte Abänderungsantrag (Ladenöffnung am 8. Dezember nur nach kollektivvertraglicher Regelung) wurde auf Verlangen der SPÖ namentlich abgestimmt und von ÖVP, FPÖ und LIF abgelehnt, der Gesetzesentwurf aus dem Ausschuss jedoch durch die Abgeordneten derselben drei Parteien beschlossen.[1231]

7.8 Ausländer-Beschäftigung

(vgl. Kap. 15.2 Ausländer)

Der Konflikt um die Beschäftigung von Arbeitskräften mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft beschränkte sich im Wesentlichen auf das Jahr 1990. Der erste Anstoß kam von der ÖVP, die die Ausländer-Schwarzarbeit bekämpfen wollte. ÖVP-Sozialsprecher Feuerstein stellt dazu folgende Forderungen auf:

- Ausstellung eines Ausweises für angemeldete Ausländer durch die Sozialversicherung (spätestens drei Tage nach Antritt des Arbeitsverhältnisses) zur besseren Kontrolle der Anmeldepflicht
- keine Besserstellung mehr von Asylwerbern mit noch nicht abgeschlossenem Verfahren gegenüber anderen Ausländern
- grundsätzlicher Vorrang von Österreichern gegenüber Ausländern
- Ausstattung von Arbeitskräften aus den Nachbarländern CSSR, Ungarn und Jugoslawien mit dem Status als Grenzgänger (keine Einrechnung in das Kontingent für Beschäftigungsgenehmigungen)
- Schaffung eines Saisonnier-Status (Arbeitsverhältnis nicht länger als sechs Monate) für einzelne Branchen, wie zum Beispiel den Tourismus

Sozialminister Geppert (SPÖ) lehnte die Vorschläge allesamt ab.[1232]

In den darauf folgenden Verhandlungen kristallisierte sich vor allem die Frage nach den Saisonniers als Knackpunkt heraus. Die ÖVP sah eine Saisonnier-Regelung als probates

[1230] Silhavy, Heidrun: Stenographische Protokolle des Nationalrates 57/NRSITZ (XIX. GP). S.495f.
[1231] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 57/NRSITZ (XIX. GP). S.461-508.
[1232] Vgl. Die Presse, 16.1.1990. S.5.

Mittel an, um Schwarzarbeit und so Ausbeutung von Ausländern zu verhindern. Die SPÖ befürchtete eher eine Verstärkung dieser Tendenz, da sich Ausländer in Abhängigkeit vom Arbeitgeber (meist gleichzeitig der Unterkunftgeber) befinden würden. Um diesen Befürchtungen die Grundlage zu nehmen, schlug die ÖVP vor, Saisonniers zunächst nur im Fremdenverkehr und in der Gastronomie zuzulassen und die jeweiligen Arbeitgeber zu einer Anmeldung bereits am ersten Tag des Beschäftigungsverhältnisses zu verpflichten (sonst spätestens am dritten Tag). Aus der Sicht von ÖVP-Generalsekretär Kukacka hätte diese Regelung Vorteile für Wirtschaft und Arbeitnehmer gebracht. SPÖ-Zentralsekretär Cap hingegen bezeichnete die Beschäftigung von ausländischen Saisonniers als inhuman.[1233] Mit der Vorlage eines Gesetzesentwurfs durch Sozialminister Geppert (SPÖ) schienen sich die Fronten zu verhärten. Der ÖVP fehlte darin die Saisonnier-Regelung; außerdem war sie gegen die darin enthaltene Ausländer-Höchstgrenze für Betriebe.[1234]

Der Entwurf für ein neues Ausländer-Beschäftigungsgesetz von Sozialminister Geppert (SPÖ) sah sehr restriktive Bestimmungen vor, die die ÖVP nicht akzeptierte. Am heftigsten war die Ablehnung der geplanten Obergrenze für ausländische Arbeitnehmer von maximal zehn Prozent pro Betrieb (die genaue Zahl sollte jährlich festgelegt werden). Die ÖVP setzte schließlich durch, dass alle bisher legal beschäftigten Ausländer, die länger als ein Jahr in Österreich gearbeitet hatten, eine Arbeitserlaubnis erhalten sollten. Das hatten vor allem die westlichen (ÖVP-regierten) Bundesländer mit einer starken Tourismuswirtschaft gefordert.[1235] Die Tatsache, dass Ausländer in Österreich in wenigen Monaten das verdienen konnten, wofür sie in ihren Heimatländern Jahre benötigten, führte Wirtschaftsminister Schüssel als Argument für eine großzügige Lösung an.[1236]

In den kommenden Wochen blieben diese zwei Punkte im Brennpunkt der Diskussion. Auf die Seite der ÖVP stellte sich die Industriellenvereinigung, auf die der SPÖ der Gewerkschaftsbund. Gegenseitig warf man sich die Inhumanität der Pläne vor. Am 7. Juni 1990 galten die Verhandlungen als vorläufig gescheitert. Schon am 11. Juni war jedoch klar, dass man doch weiterverhandeln würde.[1237] ÖVP-Justizsprecher Graf bezichtigte

---

[1233] Vgl. Der Standard, 21.4.1990. S.17.
Die Presse, 8.5.1990. S.6.
Die Presse, 9.5.1990. S.5.
Die Presse, 10.5.1990. S.6.

[1234] Vgl. Die Presse, 11.5.1990. S.5.

[1235] Vgl. Kleine Zeitung, 9.5.1990. S.2.
Kleine Zeitung, 10.5.1990. S.2.
Kleine Zeitung, 11.5.1990. S.2.
Der Standard, 28.5.1990. S.6.

[1236] Vgl. Der Standard, 28.5.1990. S.6.

[1237] Vgl. Die Presse, 26.5.1990. S.5.

den Sozialminister und die Gewerkschaften, mitschuldig an den von Ausländern begangenen Straftaten zu sein. Als Lösung forderte er einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt.[1238] Am 19. Juni kam es zu einer neuerlichen Verhandlungsrunde. Sie stand jedoch von Anfang an unter keinem guten Stern, da ÖGB-Präsident Verzetnitsch (SPÖ) die Ausländer-Höchstgrenze von 10 Prozent und die Verhinderung der Saisonnier-Regelung als unumgängliche Eckpunkte bezeichnete.[1239] Bei letzterem Punkt gab die ÖVP nach und zog die Forderung zurück. Gleichzeitig verlangte Wirtschaftsminister Schüssel, für die Wirtschaft weitere 100.000 Ausländer nach Österreich zu lassen, aber das Fremdengesetz so zu verschärfen, dass Aufenthaltsverbot verhängt werden könnte, wenn ein Ausländer auf frischer Tat bei einem Vermögensdelikt erwischt würde.[1240] In den unter Zeitdruck stehenden Verhandlungen[1241] sah die ÖVP die Weigerung der Gewerkschaft, auf eine Art Veto-Recht bei den Beschäftigungsbewilligungen für Ausländer zu verzichten, als Haupthürde an. Ihr Kompromissvorschlag lautete: Die Höchstgrenze für den Gastarbeiteranteil sollte befristet für zwei Jahre bei 10 Prozent des Gesamtbeschäftigtenstandes festgelegt werden.[1242] SPÖ-Klubobmann Fischer, dessen Partei sich ja klar hinter die Forderung der Gewerkschaft gestellt hatte, begründete dies mit der stark gestiegenen Anzahl der Ausländer in Österreich und der ebenso gestiegenen Arbeitslosigkeit[1243] unter den Ausländern.[1244]

Zum letztmöglichen Zeitpunkt, dem 27. Juni 1990, gelang schließlich die Einigung. Der Kompromissvorschlag der ÖVP wurde angenommen. Zusätzlich sollten aber auch Landeslimits durch die Landesregierungen, die Sozialpartner oder den Sozialminister beantragt werden können. Als Begleitmaßnahme wollte man ein Schnellverfahren für kriminelle Ausländer einsetzen, das in einer Hauptverhandlung binnen 48 Stunden ein Aufenthaltsverbot verhängen könnte. Für bereits in Österreich lebende Ausländer wurde der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert (seit dem 1. April 1990 in Österreich gemeldete sollten automatisch eine Beschäftigungsbewilligung erhalten) und deren Flexibilität vergrößert (nach einem Jahr Beschäftigung sollten sie eine generelle Beschäftigungsbewilli-

---

Die Presse, 8.6.1990. S.1.
Die Presse, 9.6.1990. S.5.

[1238] Vgl. Die Presse, 12.6.1990. S.5.
[1239] Vgl. Die Presse, 20.6.1990. S.5.
[1240] Vgl. Die Presse, 21.6.1990. S.5.
[1241] Das Gesetz musste realistisch gesehen vor der Sommerpause beschlossen werden, da bereits am 7. Oktober des Jahres die Nationalratswahl stattfand.
[1242] Vgl. Die Presse, 23.6.1990. S.5.
[1243] Laut Fischer war die Anzahl der ausländischen Beschäftigten von Mai 1989 bis Mai 1990 von 162.000 auf 203.000 und die Arbeitslosenrate unter den Ausländern im selben Zeitraum von 4,9 Prozent auf 7,5 Prozent gestiegen.
[1244] Vgl. Die Presse, 26.6.1990. S.5.

gung für ein Bundesland, nach fünf Jahren die gänzlich freie Wahl des Arbeitsplatzes erhalten).[1245] Der Nationalrat beschloss die entsprechenden Bestimmungen am 5. Juli.[1246]

Der erste Vorstoß für ein passives Wahlrecht für Ausländer bei den AK- und Betriebsratswahlen kam 1993 vom ÖGB. ÖVP-Generalsekretärin Korosec lehnte das namens ihrer Partei ab. Für sie hätte es einen Widerspruch bedeutet, Ausländer mit einer Arbeitsgenehmigung für zwei Jahre in eine Position mit vierjährigem Kündigungsschutz zu wählen.[1247] Im April 1998 wollte Sozialministerin Hostasch das passive Wahlrecht für Ausländer bei der AK einführen und legte einen entsprechenden Antrag im Ministerrat vor. Dagegen sprach sich wiederum die ÖVP aus, weswegen die Beschlussfassung vertagt wurde.[1248] Zwei Wochen später passierte das AK-Wahlrecht den Ministerrat ohne die von der SPÖ gewünschte Bestimmung.[1249] Im Dezember des Jahres gab es von der Sozialministerin noch einmal einen Vorstoß in dieselbe Richtung, jedoch ohne beim Koalitionspartner einen Meinungsumschwung zu bewirken.[1250]

7.9 Energiekonzept

Der von Wirtschaftsminister Farnleitner im November 1997 präsentierte Vorschlag zur Strom-Liberalisierung (der Inhalt war bereits vorher bekannt) enthielt entgegen dem ausdrücklichen Wunsch der SPÖ unter dem Verhandlungsleiter Staatssekretär Wolfgang Ruttenstorfer keine unabhängige Regulierungsbehörde, nach dem Vorbild des Telekommunikationsgesetzes. Farnleitners Vorschlag sah lediglich Bundes- und Landesbeiräte vor, die von den Kammern beschickt werden sollten. Die Regulierung der E-Wirtschaft wäre bis auf die Preisregelung künftig bei den Ländern gelegen. Außerdem wäre das 2. Verstaatlichungsgesetz aufgehoben worden, womit keine Verpflichtung der öffentlichen Hand mehr bestanden hätte, an den Elektrizitätsversorgungsunternehmen die Mehrheit zu halten. Was mit dem Eigentum geschehen sollte, war nicht Inhalt des Vorschlags. Der Entwurf ging ohne Zustimmung der SPÖ in die Begutachtungsphase.[1251]
Im Februar 1998 spießte es sich an einer anderen Frage. Der Entwurf von Wirtschaftsminister Farnleitner für das Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetz fand nicht die restlose Zustimmung der SPÖ. Der Plan, Stromverteilern ab 19. Februar 1999 die freie

[1245] Vgl. Die Presse, 28.6.1990. S.5.
[1246] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 152/NRSITZ (XVII. GP). S.17633f.
[1247] Vgl. Der Standard, 22.5.1993. S.5.
[1248] Vgl. Die Presse, 2.4.1998. S.6.
[1249] Vgl. Die Presse, 16.4.1998. S.7.
[1250] Vgl. Der Standard, 30.12.1998. S.6.
[1251] Vgl. Der Standard, 5.11.1997. S.23.

Wahl des Stromlieferanten zu ermöglichen, war noch unbestritten. Für die zweite Stufe der Liberalisierung gingen die Meinungen jedoch auseinander. Der Wirtschaftsminister hatte die Möglichkeit für Stromverteiler mit einem Jahresverbrauch von 40 GWh, die elektrische Energie beim jeweils günstigsten Lieferanten kaufen zu dürfen, vom ursprünglich geplanten 19. Februar 2002 auf das Jahr 2005 verschoben. Das missfiel der SPÖ, da den Landesversorgern diese Möglichkeit bereits ab dem 19. Februar 2002 zugestanden werden sollte, womit diese einen Wettbewerbsvorteil erhalten hätten. Betroffen wären dabei vor allem private Haushalte gewesen, die hauptsächlich von den regionalen Verteilern versorgt wurden. Für diesen Fall hätte die SPÖ auf einer Einschränkung des freien Stromverkaufs für die Landesversorger bestanden. Als ersten Schritt in Richtung einer Lösung dieses Problems interpretierte sie die Einigung, dass die Haushaltspreise für Strom bis 2003 nicht erhöht werden dürften. Als Kontrollinstanz sah der Vorschlag des Wirtschaftsministers eine Art Energiesektion im Wirtschaftsministerium vor und kam damit dem Wunsch der SPÖ nach.[1252]

Aufgrund massiver Bedenken der EU-Kommission gegen das geplante Gesetz schien die Gefahr des Scheiterns sehr groß. Innerhalb der Koalition sprach sich die ÖVP auch gegen das Vorhaben der SPÖ aus, Investitionen, die nach der Liberalisierung nicht mehr rentabel sein würden (sogenannte „stranded investments“), im Gesetz festzuschreiben.[1253] Am 20. Juni verkündete die Regierung die Einigung. Die SPÖ hatte sich mit der Forderung durchgesetzt, unter anderem Strom aus heimischer Braunkohle im Gesetz als „stranded investment“ festzuschreiben. Ebenfalls nachgekommen wurde der SPÖ-Forderung, die Koordinierungsverträge zwischen Verbund und Landesgesellschaften weiterlaufen zu lassen. Bis zum Jahr 2003 sollten die Preise aber vom Verbundtarif auf Marktpreisniveau sinken. Der freie Einkauf wurde für Verteiler mit einem Verbrauch von 45 GWh ab dem Jahr 2002 und für Verteiler mit 9 GWh ab 2003 festgelegt. Für Großkunden sollte dies bereits mit dem Jahr 1999 gelten.[1254]

7.10 Missbrauch bei Sozialleistungen

Die Debatte über den Missbrauch von Sozialleistungen begann Anfang des Jahres 1993 mit Vorschlägen der ÖVP, wie man gegen einen solchen ankämpfen könnte. Gesprochen wurde jedoch fast ausschließlich über das Vorhaben der ÖVP, den ersten Krankenstandstag genauer zu kontrollieren. Die SPÖ wies das einstimmig und mit großer

[1252] Vgl. Der Standard, 18.2.1998. S.17.
Der Standard, 14.3.1998. S.25.
[1253] Vgl. Der Standard, 12.6.1998. S.25.
[1254] Vgl. Der Standard, 20.6.1998. S.25.

Empörung zurück. Sozialminister Hesoun warf dem Koalitionspartner vor, Klassenkampf zu betreiben und nur die Arbeiter im Visier zu haben, Beamte und Selbstständige aber generell zu schonen. Er kündigte an, vermehrt zu kontrollieren, ob Ehefrauen von Unternehmern Sozialleistungen in Anspruch nehmen würden. SPÖ-Zentralsekretär Cap bezichtigte die ÖVP, Sozialabbau zu planen, und sprach ihr jede Sozial- und Wirtschaftskompetenz ab. Bundeskanzler Vranitzky und sein Sozialminister lehnten sogar Verhandlungen über die ÖVP-Vorschläge ab.[1255] Die ÖVP versuchte nun den Vorwurf der Ungleichbehandlung von Bevölkerungsgruppen zu entkräften, Sie schlug vor, gegen Scheindienstverhältnisse vorzugehen, die Unternehmer für ihre Ehepartner abschlossen, um für diese Sozialleistungen herauszuschlagen. Innerhalb der ÖVP kamen jedoch vor allem aus dem Arbeitnehmerflügel vermehrt Stimmen, die das Ende der Debatte forderten.[1256] Die ÖVP wiederholte zwar in der Folge mehrmals die Absichtserklärung, gegen Sozialmissbrauch vorgehen zu wollen, nannte aber keine konkreten Maßnahmen mehr. Die SPÖ reagierte jeweils prompt mit Ablehnung und dem bekannten Vorwurf, Sozialabbau betreiben zu wollen.[1257]

Im Jahr 1998 sorgte die ÖVP in Person ihres Klubobmanns Khol mit der Idee einer verpflichtenden gemeinnützigen Arbeit für Notstandsempfänger bei der SPÖ für Aufregung. Khol wollte Arbeitsunwilligen die Notstandshilfe entziehen. Sozialministerin Hostasch wollte davon nichts wissen. Sie wies darauf hin, dass Arbeitsbereitschaft bereits eine Voraussetzung für die Notstandshilfe war und im Vorjahr aus diesem Grund 269 Personen die Unterstützung gestrichen worden war. Die Verpflichtung zur gemeinnützigen Arbeit lehnte die SPÖ als Zwangsarbeit ab.[1258]

7.11 Schwarzarbeit

Nach dem Bruch der Koalition im Herbst 1995 beschloss der Nationalrat mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und Grünen auf Antrag der SPÖ ein „Antimissbrauchsgesetz“, das vor allem gegen Schwarzarbeit gerichtet war.[1259] Das Gesetz enthielt:

- eine Anhebung der Mindeststrafsätze

[1255] Vgl. Die Presse, 9.1.1993. S.4.
Die Presse, 11.1.1993. S.4.
[1256] Vgl. Die Presse, 12.1.1993. S.4.
[1257] Vgl. Die Presse, 7.4.1993. S.4.
Der Standard, 21.7.1993. S.1.
Die Presse, 24.7.1993. S.7.
[1258] Vgl. Die Presse, 10.4.1998. S.7.
Die Presse, 21.10.1998. S.9.
[1259] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 57/NRSITZ (XIX. GP). S.439-529.

- die Verpflichtung, ausländischen Arbeitnehmern ab dem ersten Tag (nicht mehr wie bisher nach 30 Tagen) den Kollektivvertragslohn zu zahlen
- eine Solidarhaftung (Arbeitnehmer sollten nicht nur ausländische Dienstgeber, sondern auch den inländischen Beschäftiger wegen zu geringer Bezahlung klagen können)
- erweiterte Kontrollmöglichkeiten und die Beweislastumkehr beim Verdacht illegaler Beschäftigung[1260]

Die ÖVP begründete ihre Ablehnung damit, dass in dem Gesetzesentwurf nur Randfragen behandelt würden, aber von einem echten Missbrauchsgesetz keine Rede sein konnte, und vor allem damit, dass nur Schwarzarbeit, nicht aber auch Pfusch bekämpft würde. Der ÖVP-Abgeordnete Feuerstein formulierte das folgendermaßen:

> „Es geht nicht nur um die Einhaltung von Kollektivvertragsbestimmungen – auf die wir größten Wert legen! –, sondern es geht auch um die Verhinderung der Umgehung von Gewerberechtsbestimmungen, meine Damen und Herren! Aber davon wollten Sie in Ihren Anträgen nichts wissen. Auch Gewerberechtsbestimmungen sind selbstverständlich zu beachten. Es geht darum, Schwarzarbeit und Pfusch zu bekämpfen. [...]
>
> Ich finde es eine problematische Lösung, wenn der Auftraggeber, also derjenige, der beispielsweise einen Auftrag an ein Bauunternehmen vergibt, dafür haftet, wenn die Kollektivvertragsbestimmungen nicht korrekt eingehalten werden. Wie soll der Auftraggeber überhaupt überprüfen können, ob die Kollektivvertragsbestimmungen eingehalten wurden?“[1261]

Die Redner der SPÖ sahen den Gesetzestext als einen wichtigen Schritt in der Missbrauchsbekämpfung an. So meinte der Abgeordnete Guggenberger:

> „Wir wollen in diesem Bereich mehr Kontrollen haben, und wir wollen in diesem Bereich strengere Strafen haben. Wir wollen beispielsweise auch haben, daß der Generalunternehmer dafür einzustehen hat, was der von ihm beauftragte angestellte Subunternehmer macht. Ich kann Ihnen Beispiele aus der Praxis nennen noch und nöcher. Jede Menge! Der Generalunternehmer wäscht seine Hände in Unschuld: Ich habe ja nichts gewußt.“[1262]

Nach dem Beschluss des „Antimissbrauchsgesetzes“ kündigte die ÖVP an, dieses beim Verfassungsgerichtshof aus formalrechtlichen Gründen[1263] anzufechten. Die SPÖ warf der ÖVP daraufhin vor, eine Wirtschaftslobby-Partei zu sein und daher nichts gegen die Schwarzarbeit tun zu wollen.[1264]

Im April 1999 lehnte der ÖVP-Parlamentsklub die zuvor bereits im Ministerrat beschlossene Gesetzesvorlage zur Bekämpfung der Schwarzarbeit ab. Als Grund dafür gaben die

---

[1260] Vgl. Reitsamer, Annemarie. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 57/NRSITZ (XIX. GP). S.440f.

[1261] Feuerstein, Gottfried. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 57/NRSITZ (XIX. GP). S.454f.

[1262] Guggenberger, Walter. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 57/NRSITZ (XIX. GP). S.500.

[1263] Aus zwei getrennten Anträgen war nach der Abstimmung ein Gesetzestext zusammengestellt worden.

[1264] Vgl. Der Standard, 29.11.1995. S.6.

ÖVP-Abgeordneten die möglichen Hausdurchsuchungen durch Kontrollore an. Sie sollten sich bei begründetem Verdacht auf illegale Erwerbstätigkeit ohne richterlichen Befehl Zutritt zu Kontrollstellen verschaffen können. Dabei wurde sogar von Polizeistaatmethoden gesprochen. Klubobmann Khol meinte dazu laut der Tageszeitung „Die Presse", „Heeresnachrichtenamt mal Stapo mal Lauschangriff" seien dagegen ein „Lercherl".[1265] Auch die Verpflichtung, Mitarbeiter bereits am ersten Tag ihres Dienstverhältnisses bei der Krankenkasse anzumelden, ging der ÖVP zu weit. Sozialministerin Hostasch (SPÖ) zeigte sich über die plötzliche Ablehnung empört und kündigte weitere Gespräche mit der ÖVP an. Dem Vorwurf von SPÖ-Seite, der ÖVP-Klub halte sich nicht an Abmachungen der Regierung, entgegnete Khol, dass es die Aufgabe des Parlaments sei, Fehler und Irrtümer in Gesetzesvorlagen zu korrigieren.[1266] Am nächsten Tag kritisierten Finanzminister Edlinger (SPÖ) und AK-Präsident Tumpel (SPÖ) die ÖVP scharf, indem sie ihr vorwarfen, mit der Ablehnung des Gesetzes Unternehmen, die Arbeiter illegal beschäftigen, zu schützen. Unterstützung erhielt die SPÖ dabei von FPÖ und LIF; die Grünen schlugen sich hingegen auf die Seite der ÖVP.[1267]
Wirtschaftsminister Farnleitner, der die Vorlage mit Sozialministerin Hostasch hauptverantwortlich verhandelt hatte, zeigte sich nicht enttäuscht über die Ablehnung durch seine Partei und kündigte verstärkte Kontrollen gegen Schwarzarbeit in seinem Bereich an.[1268]

7.12 Werkverträge

Die Debatte über die Werkvertragsregelung begann erst nach deren Inkrafttreten am 1. Juli 1996. Um Sozialmissbrauch bei dienstnehmerähnlichen Werkverträgen, bei denen der Dienstgeber keine Sozialversicherung zu bezahlen hatte, hintanzuhalten, hatte der Nationalrat ein Regelwerk geschaffen, das nun von vielen als zu kompliziert kritisiert wurde. Zunächst kündigte Sozialminister Hums eine Novellierung an.[1269] Wenige Tage später sah die Situation allerdings anders aus. Die SPÖ und ihr Sozialminister lehnten nun eine Änderung der gültigen Regelung ab, obwohl sich alle anderen im Parlament vertretenen Parteien dafür aussprachen. Vizekanzler Schüssel wollte die Sozialversicherungspflicht auf die Fälle beschränken, die wirklich arbeitnehmerähnliche Verhältnisse waren, und dafür die Geringfügigkeitsgrenze deutlich anheben. Damit sollte die Verwal-

[1265] Khol, Andreas. Zitiert nach: Die Presse, 29.4.1999. S.9.
[1266] Vgl. Die Presse, 29.4.1999. S.1.
Der Standard, 29.4.1999. S.9.
[1267] Vgl. Der Standard, 30.4.1999. S.8.
Die Presse, 30.4.1999. S.8.
[1268] Vgl. Die Presse, 4.5.1999. S.7.
[1269] Vgl. Der Standard, 30.7.1996. S.4.

tung der Regelung für alle Beteiligten deutlich vereinfacht werden. Der ÖVP-Wirtschaftsbund wollte überhaupt die ersatzlose Streichung der Materie erreichen.[1270] Sozialminister Hums sah im Gegensatz dazu keine Notwendigkeit für irgendeine Änderung und wies auf die ursprüngliche Zustimmung der nunmehrigen Kritiker hin. Damit lag er auf dem Standpunkt des ÖGB.[1271] Als Knackpunkte stellten sich die Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze und die Frage heraus, ob prinzipiell jeder Erwerbstätige künftig auch sozialversicherungspflichtig sein sollte, wie das die SPÖ anstrebte. Sie wollte ja die sogenannten „freien Dienstverträge" zurückdrängen. Die ÖVP befürchtete in diesem Fall einen zu billigen Erwerb von Pensionszeiten. Besonders taten sich die Vertreter des Wirtschaftsflügels der Partei hervor.[1272] ÖGB und SPÖ bestätigten noch vor dem Beginn der offiziellen Verhandlungen, dass die Sozialversicherungspflicht ab der aktuellen Grenze von 3.600 Schilling bleiben sollte.[1273] Die ersten Verhandlungsrunden[1274] verliefen ergebnislos. Die SPÖ lehnte auch die Abschaffung des Begriffs der „dienstnehmerähnlichen Werkverträge" ab.[1275] Nachdem es bis zum 16. September keine Einigung gegeben hatte, griffen die Parteiobmänner Vranitzky und Schüssel direkt in die Verhandlungen ein. Zuletzt hatte es sich auch an dem Vorhaben des Sozialministers gespießt, Arbeitnehmer, die innerhalb eines Jahres mehr als einen Werkvertrag von ein und demselben Arbeitgeber erhielten, in die Sozialversicherungspflicht zu nehmen.[1276] Am 18. September erzielten die Koalitionspartner schließlich eine Einigung auf folgende Punkte:

- Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze auf 7.000 Schilling (letzte Forderung der ÖVP: 7.400 Schilling)
- Annahme von Dienstnehmerähnlichkeit bei mehr als drei Vereinbarungen innerhalb von sechs Monaten oder bei einer Tätigkeit von mehr als zwei Monaten
- Addition der Einkommen aus echten Dienstverträgen und mehreren parallelen Werkverträgen zur Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge, Geringfügigkeitsgrenze in diesem Fall bei 3.600 Schilling (ohne echten Dienstvertrag bei mehreren Werkverträgen mit einem Auftraggeber bei 7.000 Schilling)

[1270] Vgl. Kleine Zeitung, 17.9.1996. S.2.
[1271] Vgl. Die Presse, 8.8.1996. S.13.
[1272] Vgl. Der Standard, 31.8.1996. S.5.
[1273] Vgl. Der Standard, 4.9.1996. S.7.
[1274] Hauptverhandler waren Sozialminister Hums und Familienminister Bartenstein.
[1275] Vgl. Die Presse, 5.9.1996. S.1.
Der Standard, 10.9.1996. S.5.
Der Standard, 11.9.1996. S.6.
Der Standard, 13.9.1996. S.5.
Der Standard, 14.9.1996. S.5.
[1276] Vgl. Der Standard, 17.9.1996. S.5.
Der Standard, 18.9.1996. S.5.

- der Auftragnehmer sollte Krankenversicherungsbeiträge, die über die Höchstbemessungsgrundlage von 39.000 Schilling gingen, zurückerhalten (zur Entlastung von Lehrlingen)[1277]

7.13 Telekommunikation

Bei dem Telekommunikationsgesetz mit dem Ziel der Liberalisierung verlief der Konflikt wie beim Energiekonzept, aber mit umgekehrten Vorzeichen *(vgl. Kap. 7.9 Energiekonzept)*. Hier lehnte Wirtschaftsminister Farnleitner (ÖVP) den Entwurf von Verkehrsminister Einem (SPÖ) ab. Farnleitner begründete das mit einer drohenden Überregulierung. Außerdem war ihm der Vorschlag zu Post-freundlich und zu wenig wettbewerbsorientiert. Konkret missfiel dem Wirtschaftsminister die Tatsache, dass private Telekommunikationsfirmen schon für den Universaldienst[1278] zahlen hätten müssen, wenn sie fünf Prozent des Marktes beherrschten; für ihn waren 25 Prozent als Grenze akzeptabel. Weiters sprach er sich gegen die Preisbildung durch die Behörden, aber für die absolute Eigenständigkeit des Regulators, die Sicherung des Zugangs zum Letztkunden für neue Konkurrenten und die Möglichkeit, die Telefonnummern zu behalten, wenn man den Betreiber wechselt, aus. Das Hauptziel der Reform sollte eine Senkung der Telekommunikationskosten sein.[1279] Kurze Zeit nach dieser Ablehnung zog Verkehrsminister Einem seinen Gesetzesentwurf, der im Wesentlichen auf einer Vorlage seines Vorgängers Scholten (SPÖ) beruhte, zurück. Er kündigte an, eine Regulierungsbehörde nach US-Muster zu schaffen, die auch für Rundfunk und Fernsehen zuständig sein sollte. Damit kam er den Vorstellungen aus der Wirtschaft und der ÖVP entgegen, einen zentralen Regulator zu schaffen, der auch mit Strafen einen fairen Wettbewerb sichern sollte.[1280] Am 3. Juli einigten sich die Koalitionspartner. Die Privatanbieter sollten für den Universaldienst in einer Höhe, die ihrem Marktanteil entsprach, zuzahlen müssen, wenn sie mehr als 250 Millionen Schilling Umsatz erwirtschafteten. Der Telekom-Control GmbH wurde eine Telekom-Control-Kommission mit richterlicher Hoheit und ein Telekom-Beirat zur Seite gestellt.[1281]

[1277] Vgl. Die Presse, 19.9.1996. S.1.
Der Standard, 19.9.1996. S1, 6.

[1278] Unter „Universaldienst" versteht man im Wesentlichen die Grundversorgung der Bevölkerung auch in unrentablen Regionen mit Telekommunikationsdienstleistungen in bestimmter Qualität zu einem erschwinglichen Preis.

[1279] Vgl. Der Standard, 24.3.1997. S.11.

[1280] Vgl. Der Standard, 5.4.1997. S.34.

[1281] Vgl. Die Presse, 4.7.1997. S.17.

7.14 Arbeiter – Angestellte

Die Frage, ob es eine sozialrechtliche Gleichstellung zwischen Arbeitern und Angestellten geben sollte, wurde erst im Jahr 1998 diskutiert. Die SPÖ wollte von den Sozialpartnern Vorschläge, wie dies zu bewerkstelligen wäre. Von der ÖVP kam diesbezüglich sofort Kritik, da sie dadurch eine Erhöhung der Lohnnebenkosten befürchtete.[1282] Sozialministerin Hostasch (SPÖ) strebte mit der Aktion „Fairness" dasselbe Ziel an. Der ÖVP wollte sie mit einer schrittweisen Angleichung entgegenkommen.[1283]

Ab Jänner 1999 zeigte sich die ÖVP nicht mehr gänzlich ablehnend. Ihr Klubobmann Khol erklärte, dass seine Partei bei einer Einigung zwischen den Sozialpartnern dieser zustimmen könnte. Die von der Sozialministerin ins Spiel gebrachte etappenweise Angleichung galt nunmehr als mögliche Kompromissvariante.[1284] Die angesprochenen Verhandlungen brachten der SPÖ jedoch nicht rasch genug ein Ergebnis. Daher wollte sie auch ohne Zustimmung der Wirtschaft die Reform in der Regierung beschließen. Dies wäre die letzte Möglichkeit gewesen, die Gleichstellung noch in der laufenden Legislaturperiode durchzusetzen. Die Vorlage von Ministerin Hostasch sah vor, dass Arbeiter bei Krankheitsfällen (sechs Wochen Entgeltfortzahlung) oder sonstigen Arbeitsverhinderungen wie auch bei Kündigungen dieselben Rechte haben sollten wie Angestellte. Zur Begründung des Tempos verwies Hostasch auf das Koalitionsabkommen. Die ÖVP verweigerte mit Hinweis auf die Uneinigkeit der Sozialpartner die Zustimmung und konnte dabei auch auf die genaue Formulierung des Koalitionspaktes hinweisen. Hier war nämlich nur von der gemeinsamen Arbeit mit den Sozialpartnern an einer Lösung die Rede.[1285] Damit war klar, dass die Gleichstellung nicht mehr vor Ende der laufenden Legislaturperiode durchgesetzt werden könnte.[1286] Die SPÖ brachte zwar die Gesetzesvorlage im Parlament ein und forderte die ÖVP auf, die Abstimmung ohne Klubzwang durchführen zu lassen, da sie auf die Stimmen der ÖAAB-Vertreter hoffte. Die Angesprochenen lehnten dieses Ansinnen mit Hinweis auf die Sozialpartnerschaft ab. SPÖ-Klubobmann Kostelka warf dem Koalitionspartner aus diesem Grund „soziale Kälte" vor.[1287]

[1282] Vgl. Die Presse, 22.7.1998. S.6.
[1283] Vgl. Der Standard, 30.12.1998. S.6.
[1284] Vgl. Die Presse, 18.1.1999. S.7.
[1285] Vgl. Die Presse, 11.6.1999. S.12.
Bundespressedienst (Hg.): Koalitionsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1996. S.53.
[1286] Vgl. Die Presse, 19.6.1999. S.8.
[1287] Vgl. Der Standard, 10.7.1999. S.9.
Die Presse, 10.7.1999. S.8.

7.15 Berggesetz

Während der Verhandlungen über ein neues Berggesetz passierte 1998 das Grubenunglück von Lassing.[1288] Die Diskussion über die Fehler, die dazu geführt hatten, beeinflussten auch die Diskussion. Hauptverhandler waren Wirtschaftsminister Farnleitner (ÖVP) und Konsumentenschutzministerin Prammer (SPÖ). Zunächst war der umstrittenste Punkt der Gültigkeitsbereich des Bergbaugesetzes. Die SPÖ wehrte sich vehement dagegen, diesen auch auf den Schotter- und Lehmabbau auszuweiten, weil Anrainer dadurch Teile ihres Mitspracherechts verloren hätten. Als Kompromiss stand zur Debatte, alle mineralischen Rohstoffe und deren mechanische Aufbereitung von der Bergbehörde regeln zu lassen, dafür aber den Mindestabstand von Schottergruben zu verbautem Gebiet von 300 auf 500 Meter zu vergrößern und den Anrainern im Bergrecht dieselben Mitsprachemöglichkeiten zuzugestehen wie im Gewerberecht. Die Einigung schien nun greifbar.[1289] Nach der Sommerpause gingen die Meinungen wieder weiter auseinander. Die ÖVP konnte sich zwar eine grundsätzliche Verankerung des Mindestabstands vorstellen, die SPÖ bestand aber auf einer absoluten. Außerdem verlangte die SPÖ, die Schottergruben wieder der Gewerbeordnung zu unterstellen.[1290] Durch die Rückkehr zu den alten Positionen musste die geplante Beschlussfassung im Ministerrat am 22. September verschoben werden. Dennoch versprühten die Klubobleute Optimismus, was eine Einigung betraf. Die ÖVP erklärte sich bereit, der Schutzzone von 300 Metern um Wohngebiete zuzustimmen. Die SPÖ akzeptierte im Gegenzug, diese Regelung auf neue Schotter- und Kiesgruben zu beschränken. Keine Einigkeit gab es aber noch bei der Organisation. Wirtschaftsminister Farnleitner wollte die Berghauptmannschaften auflösen und deren Kompetenzen an die Bezirkshauptmannschaften übertragen. Die SPÖ hingegen verlangte mit Hinweis auf die Ereignisse von Lassing eine neue Bundesbehörde für den klassischen[1291] Bergbau.[1292]

Am 1. Dezember einigten sich die Koalitionspartner im parlamentarischen Wirtschaftsausschuss auf das neue Berggesetz. Demnach sollten die 900 anhängigen Verfahren für den Schotterabbau in den folgenden zwei Jahren noch von der Bergbehörde abgewickelt

[1288] Am 17.7.1998 wurden bei einem Einbruch des Bergwerksdaches im Talkbergwerk der Naintsch-Mineralwerke im steirischen Lassing elf Arbeiter verschüttet. Nur einer davon konnte lebend geborgen werden. Ursache des Einsturzes war illegaler Abbau. In der Folge entzündete sich an der Organisation der Rettungsaktion und der Bergbaubehörde heftige Kritik. Wirtschaftsminister Farnleitner wurde mangelnde Kontrolle vorgeworfen.

[1289] Vgl. Der Standard, 16.7.1998. S.6.
Der Standard, 17.7.1998. S.7.

[1290] Vgl. Der Standard, 21.9.1998. S.7.

[1291] Schotter- und Kiesabbau fallen nicht unter den „klassischen“ Bergbau.

[1292] Vgl. Der Standard, 25.9.1998. S.7.

werden. Zur Anwendung sollte aber bereits das neue Gesetz kommen. Für den Abbau von „bergfreien Mineralien“ (z.B. Reinkalk und Quarzsand mit mehr als 80 Prozent Quarzgehalt) waren keine Schutzzonen vorgesehen. Die von der SPÖ geforderte wirtschaftliche Bedarfsprüfung war in dem Gesetzesvorschlag nicht enthalten. Die ÖVP hatte diese als planwirtschaftliches Instrument strikt abgelehnt.[1293] Der Nationalrat beschloss das Gesetz am 4. Dezember 1998.[1294]

[1293] Vgl. Der Standard, 3.12.1998. S.7.
[1294] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 152/NRSITZ (XX. GP). S.69-72.

8 Verstaatlichte Unternehmen und Privatisierung

8.1 Industrie

In der Anfangsphase der Großen Koalition war die Regierung mit einer sehr schlechten finanziellen Lage von Großteilen der verstaatlichten Industrie konfrontiert. Bereits in den Jahren zuvor hatte die ÖVP immer wieder die Sanierung der im Staatsbesitz befindlichen Unternehmen und deren Privatisierungen gefordert.[1295] In der SPÖ veränderte sich durch Bundeskanzler Vranitzky (zuvor Finanzminister) die Einstellung zur verstaatlichten Industrie. Subventionen, so das theoretische Vorhaben, sollten nur mehr als Starthilfe gegeben werden und Teilprivatisierungen waren nun zumindest denkbar.[1296] Dabei bezeichnete der neue Bundeskanzler in einem Interview mit Hans Rauscher „die Heilswirkung der Privatisierung" als „Larifari".[1297]

Im Koalitionsabkommen wurde das Wort „Privatisierung" zwar vermieden, allerdings fand sich darin folgende Passage:

> „Sämtliche Unternehmen der ÖIAG-Gruppe werden auf ihre Kapitalmarktfähigkeit mit dem Ziel überprüft, den österreichischen Aktienmarkt zur Aufbringung zusätzlichen Kapitals zu nutzen."[1298]

Das kam einer Einigung auf Privatisierungen gleich. Im Mai 1987, während der Verhandlungen zum ersten Sparpaket, ging es auch um ein Milliardenpaket an Unterstützungen für die Verstaatlichte. Die ÖVP wollte dafür maximal, wie im Koalitionsabkommen festgeschrieben, 32 Milliarden Schilling gewähren, die SPÖ hingegen die von der verstaatlichten Industrie verlangten 42 Milliarden.[1299] Die Kritik der ÖVP am Management der betroffenen Unternehmen bezeichnete Bundeskanzler Vranitzky als Rufschädigung der Betriebe, die negative wirtschaftliche Auswirkungen haben würde. ÖVP-Generalsekretär Graff wies dies zurück und warf ihm im Gegenzug vor, sich nicht rechtzeitig um Sanierungskonzepte gekümmert zu haben.[1300] Die Verhandlungen über die Zuschüsse dauerten Wochen, weil keine der Parteien von ihrem Betrag ablassen wollte.[1301]

[1295] Vgl. Mock, Alois: ...für Österreich. S.70-80.
Mock, Alois: Für eine neue Politik. S.19-21.

[1296] Vgl. Lauber, Volkmar: Wirtschafts- und Finanzpolitik. S.509.

[1297] Vranitzky. In: Rauscher, Hans: Vranitzky. Eine Chance. Wien 1987 S.183

[1298] Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1987. S.56.

[1299] Vgl. Die Presse, 24.3.1987. S.4

[1300] Vgl. Die Presse, 25.3.1987. S.1
Kleine Zeitung, 26.3.1987. S.4.
Die Presse, 26.3.1987. S.4.
Die Presse, 2.4.1987. S.4.
Die Presse, 4.4.1987. S.1.

[1301] Vgl. Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen. S.294.
Die Presse, 26.3.1987.S.4.

Als erste Kompromissmöglichkeit galt eine Ausbezahlung von 34 bis 35 Milliarden und von zusätzlichem Geld aus Privatisierungserlösen. Sechs bis acht weitere Milliarden sollten in einen Innovationstopf für Investitionen in neue Technologien von Staats- und Privatbetrieben fließen. Nicht einigen konnte man sich zunächst auch darüber, welche Unternehmen man privatisieren sollte.[1302] Am 23. April schien dann doch eine Einigung in greifbarer Nähe: Bundes- und Vizekanzler hatten sich auf einen Zuschuss von 32 Milliarden aus dem Budget geeinigt. Der benötigte Rest sollte durch Privatisierungen beschafft werden.[1303] Am 5. Mai wurde ein Zuschuss von 32,9 Milliarden Schilling beschlossen,[1304] wofür die ÖVP Teilprivatisierungen in der E-Wirtschaft verlangte.[1305] Von Seiten des ÖGB kam die Forderung, in einem Verfassungsgesetz festzuschreiben, dass die Anteile des Bundes an verstaatlichten Betrieben nicht unter 51 Prozent sinken dürften. Bundeskanzler Vranitzky zeigte zwar Verständnis, Unterstützung gab es von ihm dafür aber keine. Allerdings betonte er, dass in den nächsten acht bis zehn Jahren keine höheren Privatisierungsanteile zu erwarten wären. Die ÖVP sah das anders und schloss die Senkung des Staatsanteils auf unter 51 Prozent nur für ÖMV, AUA und die verstaatlichten Banken aus.[1306] Das Verhandlungsergebnis bewertete sie ausgesprochen positiv. Zu einer Teilprivatisierung sollte es demnach bei ÖMV, Verbund, CA, Länderbank und AUA kommen. Doch auch wenn Finanzstaatssekretär Ditz (ÖVP) damit seine Erwartungen übertroffen sah, meldeten sich ÖVP-Generalsekretär Graff und Klubobmann König bereits mit der Forderung nach einer Fortsetzung der Privatisierungen. Den Verkäufen standen geplante Unterstützungen von 32 Milliarden innerhalb der laufenden Legislaturperiode gegenüber, die allerdings als die letzten dieser Art bezeichnet wurden.[1307]

Im darauf folgenden Jahr 1988 sah die Situation bereits wieder anders aus. Auch Finanzstaatssekretär Ditz verlangte nunmehr für die Zukunft weitergehende Privatisierungen,[1308] und Verstaatlichten-Minister Streicher sprach von der Notwendigkeit weiterer Finanzspritzen in den kommenden Jahren.[1309] Im Juli präsentierte Wirtschaftsbundgene-

---

Die Presse, 2.4.1987. S.4.
Die Presse, 15.4.1987. S.1.
Die Presse, 4.4.1987. S.1.
Kleine Zeitung, 5.4.1987. S.4.

[1302] Vgl. Die Presse, 21.4.1987. S.4.
Die Presse, 22.4.1987. S.1.
Die Presse, 23.4.1987. S.1.

[1303] Vgl. Die Presse, 24.4.1987. S.1.

[1304] Vgl. Die Presse, 5.5.1987. S.1.

[1305] Vgl. Die Presse, 30.5.1987. S.1.

[1306] Vgl. Die Presse, 17.6.1987. S.1.

[1307] Vgl. Die Presse, 9.7.1987. S.4.
Die Presse, 20.5.1988. S.4.

[1308] Vgl. Die Presse, 20.5.1988. S.4.

[1309] Vgl. Die Presse, 27.6.1988. S.4.

ralsekretär Schüssel das neue Konzept des ÖVP-Arbeitskreises für die verstaatlichte Industrie, das langfristig weitere Privatisierungen über die 49-Prozent-Marke hinaus vorsah. Dabei sollten folgende Grundsätze gelten:

- Mitarbeiterbeteiligung
- breite Besitzstreuung
- Ausgliederung von Aufgaben aus der Hoheitsverwaltung
- Managementmethoden in der Verwaltung
- Geld für die Sanierung von Unternehmen nur aus Privatisierungen und nicht aus dem Budget[1310]

Diese Vorstellungen kritisierte SPÖ-Klubobmann Heinz Fischer. Er rief die ÖVP dazu auf, nicht immer noch mehr zu fordern. Das beeindruckte den Koalitionspartner kaum. Kanzleramtsminister Neisser (ÖVP) sprach in seiner Reaktion auf diese Mahnung von weiteren Privatisierungen und vor allem von Ausgliederungen im Bereich des Öffentlichen Dienstes.[1311] Auch Wirtschaftsbundsekretär Schüssel und ÖVP-Generalsekretär Kukacka legten nach und verlangten, das bisher erledigte Privatisierungsvolumen von 20 Milliarden Schilling auf 30 Milliarden aufzustocken. Nur bei der Elektrizitätswirtschaft wollten sie bei einem staatlichen Anteil von über 50 Prozent bleiben. Als Leitmotive nannte Schüssel mehr Mitbeteiligung, mehr Mitbestimmung und mehr Mitverantwortung. Durch das vermehrte Privateigentum sollten persönlicher Spielraum sowie Markt- und Wettbewerbschancen erhöht werden. Erst in zweiter Linie waren die Privatisierungen auch für die Budgetsanierung gedacht.[1312]

Der konkrete Vorschlag von ÖVP-Klubobmann König, das Tabakmonopol aufzuheben und die Austria Tabak zu verkaufen, wies Bundeskanzler Vranitzky zurück. Aus seiner Sicht wäre es nicht sinnvoll gewesen, einen Gewinnbringer zu veräußern. König argumentierte hingegen damit, dass Monopole nicht mit dem EG-Recht konform gingen und es für einen Staat schwierig wäre, auf der einen Seite vor dem Rauchen warnen zu müssen, auf der anderen Seite aber damit Geschäfte zu machen.[1313]

Der von der ÖIAG-Spitze vorgelegte Sanierungs- und Organisationsplan erhielt die Unterstützung von Verstaatlichten-Minister Streicher (SPÖ), nicht jedoch die der ÖVP. Der Plan sah einen großen Mischkonzern mit einer starken Spitze vor, der sich durch Anteilsverkäufe an der Börse Kapital beschaffen könnte. Die ÖVP befürchtete durch die existierende Staatshaftung eine Wettbewerbsverzerrung an der Börse und eine Fortführung der

[1310] Vgl. Die Presse, 22.7.1988. S.1.
[1311] Vgl. Die Presse, 4.8.1988. S.4.
[1312] Vgl. Der Standard, 7.10.1988. S.5.
[1313] Vgl. Die Presse, 5.1.1989. S.5.

alten Strukturen und plädierte daher für die Privatisierung der Branchenholdings.[1314] In diesem Fall sah wiederum die SPÖ die Gefahr eines Ausverkaufes der einzelnen Unternehmen an das Ausland und eine verlorene Chance auf ein österreichisches Industrie-Flaggschiff mit internationaler Bedeutung.[1315]

Die Koalition einigte sich aber zunächst rasch auf einen Zuschuss von 4,8 Milliarden Schilling. Vom ÖIAG-Zentralbetriebsrat und vom ÖIAG-Management waren bis zu zehn Milliarden verlangt worden.[1316]

Als die Pläne von Minister Streicher bekannt wurden, der verstaatlichten Industrie Wandelschuldverschreibungen und Optionsanleihen in der Höhe von zehn Milliarden Schilling zu ermöglichen, drohte die ÖVP, die bereits akkordierten sechs Milliarden Schilling als weitere Tranche der geplanten Unterstützung platzen zu lassen. Sie sah nämlich durch dieses Vorhaben den Sanierungskurs als gefährdet an. Aus ihrer Sicht handelte es sich dabei um nichts anderes als um eine Neuverschuldung, die ohne neuerliche Staatsgarantie gar nicht möglich wäre. Akzeptabel und anstrebenswert war für die ÖVP hingegen der Verkauf einzelner Holding-Gesellschaften. Auf diese Weise sollten statt der Emission einer Wandelanleihe Teile der ÖMV verkauft werden, was die SPÖ erneut ablehnte.[1317]

Die ÖVP weigerte sich nach der Ablehnung weiterer, aus ihrer Sicht vereinbarter Privatisierungsschritte durch die SPÖ, die bereits vereinbarten 4,8 Milliarden Schilling freizugeben.[1318] Die Erlöse aus weiteren erwünschten Verkäufen sollten nach Vorstellung der ÖVP im Jahr 1990 einen wichtigen Teil der Budgetkonsolidierung darstellen, um so Steuererhöhungen zu vermeiden, die sie immer ausgeschlossen hatte.[1319] Außerdem verlangte sie eine Darstellung des mittelfristigen Finanzierungsbedarfs für die nächsten drei bis fünf Jahre und Konzepte für den Chemie-, Maschinen- und Elektroholdingbereich.[1320]

Wenige Tage später erhob die ÖVP die Vollprivatisierung der AUA zu ihrer Forderung.[1321]

[1314] Vgl. Der Standard, 9.2.1989. S.13.
[1315] Vgl. Der Standard, 10.2.1989. S.1.
[1316] Vgl. Der Standard, 13.4.1989. S.6.
Der Standard, 21.2.1989. S.1.
Die Presse, 27.2.1989. S.1.
[1317] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 97/NRSITZ (XVII. GP). S.11371, 11378.
Der Standard, 29.4.1989. S.7.
Die Presse, 2.5.1989. S.5.
Die Presse, 3.5.1989. S.1.
[1318] Vgl. Die Presse, 8.5.1989. S.5.
[1319] Vgl. Die Presse, 12.5.1989. S.1.
Der Standard, 21.6.1989. S.1, 13.
[1320] Vgl. Die Presse, 1.8.1989. S.5.
Der Standard, 1.8.1989. S.4.
[1321] Vgl. Der Standard, 6.7.1989. S.5.

Über die Weigerung der ÖVP, die 6,15 Milliarden Schilling (letzte Rate der vereinbarten 32,9 Milliarden) im Ministerrat zu beschließen, sollte es keinen genauen Zeitplan für die weiteren Privatisierungsschritte und keinen Verzicht auf die Wandelanleihen geben, zeigte sich die SPÖ verärgert. Der zuständige Minister Streicher verwies dabei auf die Erfolge der ÖIAG im vergangenen Jahr und kritisierte die Privatisierungspläne des Koalitionspartners. Seine Androhung, das Geld in einzelnen Tranchen unter einer Milliarde auszuzahlen, wofür kein Ministerratsbeschluss notwendig gewesen wäre, bezeichnete ÖVP-Staatsekretär Stummvoll als möglichen Grund für einen schweren Vertrauensverlust und eine starke Belastung für die Koalition.[1322] Im entscheidenden Ministerrat gelang die Entschärfung des Konflikts. Man einigte sich auf die Freigabe von 675 Millionen Schilling für den Edelstahl- und den Buntmetallbereich. Der Rest sollte nach einvernehmlicher Erarbeitung eines Zukunftskonzepts im Herbst beschlossen werden. Den erneuten Verkaufsforderungen der ÖVP stellte Bundeskanzler Vranitzky die Warnung vor einer Überfremdung der österreichischen Wirtschaft entgegen. Außerdem lehnte er die Junktimierung von Zuschuss und Privatisierung ab. Für die Privatisierung der ÖMV nannte die ÖVP eine Obergrenze von 49 Prozent, die SPÖ eine von 35 Prozent.[1323]

Im Sommer sprach Bundeskanzler Vranitzky zwar von der Möglichkeit von weiteren Privatisierungen, gleichzeitig verlangte er aber erneut die Erhaltung der Einheit der ÖIAG, um Österreich auf diese Art ein Großunternehmen zu sichern. Auch einem zeitlich genau festgelegten Finanzierungsplan erteilte er eine Absage, da er dadurch niedrigere Erlöse und verstärktes Engagement von Spekulanten befürchtete.[1324]

In der ersten Septemberwoche verkündete Verstaatlichten-Minister Streicher eine Einigung der Koalitionspartner. Die ÖVP relativierte diese Darstellung zwar, wies sie aber auch nicht gänzlich zurück. Laut Streicher war geplant, den ÖIAG-Konzern in der aktuellen Struktur zu behalten. Den nötigen Finanzmittelbedarf sollte er aus dem Verkauf von Firmenanteilen (zunächst ÖMV und Siemens) lukrieren. Auch der Konzern selber sollte über die Emission einer Optionsanleihe an die Börse gehen dürfen, da dies aufgrund des positiven Betriebsergebnisses wirtschaftlich sinnvoll geworden war.[1325]

[1322] Vgl. Der Standard, 8.8.1989. S.1, 5.
Die Presse, 8.8.1989. S.1, 4.

[1323] Vgl. Die Presse, 9.8.1989. S.5.
Der Standard, 9.8.1989. S.1, 5.

[1324] Vgl. Der Standard, 17.8.1989. S.1.

[1325] Vgl. Die Presse, 6.9.1989. S.1.
Der Standard, 6.9.1989. S.1.

In der Nationalratssitzung, in der der Geschäftsbericht der ÖIAG diskutiert wurde, ritt der SPÖ-Abgeordnete Kurt Eder scharfe Attacken gegen den Koalitionspartner und zeigte damit gleichzeitig auch den Standpunkt vieler seiner Parteikollegen auf:

> „Man spricht zwar immer wieder in diesem Zusammenhang von Entpolitisierung, in Wahrheit aber geht es immer wieder auch in diesem Bereich um handfeste Politik. Die Gefahr allerdings besteht darin, daß ein Konzern wie die ÖMV AG durch den permanenten Druck der Österreichischen Volkspartei wie schon so oft aus politischen Gründen als Bauernopfer herhalten muß. [...]
>
> Und obwohl sich bereits weit mehr als 40 Prozent der heimischen Industrie in ausländischer Hand befinden, wird immer wieder weiter darauf gedrängt, die Aktivitäten der Verstaatlichtenholding ÖIAG auf eine Eigentümervertretung zu beschränken. [...] Diese Branchenholdings wollen die konservativen Kräfte in Österreich zur gänzlichen Privatisierung freigeben, wobei sich sehr rasch zeigen würde, daß diese über kurz oder lang an die internationalen Konkurrenten geraten würden. [...]
>
> Diesen Überlegungen steht die Konzeption unseres Verstaatlichtenministers Dr. Rudolf Streicher gegenüber. Er betrachtet die ÖIAG als Spitze eines ökonomisch bedeutenden Mischkonzerns, der zumindest eine Chance hätte, auch auf dem Weltmarkt zu bestehen. [...]
>
> Dieses Gefühl darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine Privatisierung verstaatlichter Bereiche weniger bedrohlich ist als umgekehrt.“[1326]

Bereits knapp ein Jahr vor den Nationalratswahlen wurden in der ÖVP Stimmen laut, die eine mehrheitliche Privatisierung der ÖIAG als Bedingung für eine neuerliche Regierungsbeteiligung wünschten. Explizit, aber ohne dies als Voraussetzung für eine Fortsetzung der Große Koalition zu bezeichnen, forderte Wirtschaftsminister Schüssel die Senkung der Staatsanteile an der ÖIAG, an der Länderbank und an der CA auf unter 50 Prozent. Als Gründe dafür nannte er eine damit einhergehende geringere Bevormundung der Unternehmen durch den Staat und eine Verbreiterung des Besitzes auf viel kleinere Aktionäre. Um einen Ausverkauf an ausländische Investoren zu verhindern, wollte Schüssel gesetzliche Hürden schaffen. Verstaatlichten-Minister Streicher wies diese Variante für die nächste Zeit allerdings zurück, sprach sich aber nicht prinzipiell dagegen aus und nannte das Jahr 1995 als frühestmöglichen Termin. Finanzminister Lacina wollte diesen Schritt in näherer Zukunft für die Banken nicht ausschließen.[1327] ÖVP-Obmann Riegler legte nach und sprach sich auf dem ÖVP-Wirtschaftskongress für eine Vollprivatisierung der verstaatlichten Industrie und der Banken bereits in der nächsten Legislaturperiode aus.[1328] Wenig später schwächte Generalsekretär Kukacka diese Aussage wieder ab. Nach seinen Vorstellungen sollte die Senkung der Staatsquote in der nächsten Legisla-

[1326] Kurt, Eder. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 113/NRSITZ (XVII. GP). S.13407-13408.

[1327] Vgl. Der Standard, 29.12.1989. S.13.
Der Standard, 4.1.1990. S.13.

[1328] Vgl. Der Standard, 31.3.1990. S.1.

turperiode auf 51 Prozent und erst in weiterer Folge auf null Prozent gesenkt werden.[1329] Parteiobmann Riegler blieb jedoch bei seiner Linie. Außerdem verlangte er, dass die bisher gewährten Finanzhilfen (60 Milliarden Schilling) von der ÖIAG an den Bund zurückgezahlt werden müssten. Beide Koalitionsparteien warfen sich in dieser Thematik vor, nur aus einer ideologischen Motivation heraus zu agieren und wiesen genau diesen Vorwurf für sich selbst zurück.[1330] Besonders deutlich äußerte die ÖVP das Vorhaben, die beiden Großbanken vollständig zu verkaufen *(vgl. Kap. 8.2 Banken)*.[1331]

In den Verhandlungen zum neuen Koalitionsabkommen wollte die ÖVP genaue Verkaufstermine und fixe Prozentsätze der zu privatisierenden Anteile festschreiben, während die SPÖ genau diese Konkretisierung ablehnte. Ihr Argument dagegen war, dass dadurch ein niedriger Verkaufserlös zu erwarten wäre.[1332] Bei den Banken konnte man sich auf einen Verkauf von über 50 Prozent einigen.[1333] Die Einigung sah folgendermaßen aus: Die Dachgesellschaft ÖIAG sollte mittelfristig zu mehr als der Hälfte privatisiert werden, wobei der Erlös zuerst zur Stärkung der Eigenkapitalbasis und dann als Rückzahlung an das Bundesbudget verwendet werden sollte. Der Zeitpunkt des Verkaufs sollte gemäß der wirtschaftlichen Lage gewählt werden.[1334]
Unterschiedliche Auffassungen gab es über das Prozedere bei der Ausgliederung der Bundesimmobilienverwaltung. Der zuständige Wirtschaftsminister Schüssel wollte zunächst nur Gebäude ohne Bedarfsanmeldung in die neue Gesellschaft einbringen und sprach sich auch beim Personal für eine schrittweise Überführung aus. Die SPÖ, deren Vorschlag von der Abgeordneten Ederer ausgearbeitet worden war, verlangte vor einer möglichen Gesamtausgliederung zunächst eine Wertschätzung aller Immobilien und eine genaue Erhebung der Bedarfsansprüche.[1335]
Bei der Vorbereitung des Teilverkaufs der ÖIAG zeigte sich die ÖVP unzufrieden mit den Plänen von Verstaatlichten-Minister Streicher. Sein Entwurf für eine Novelle sah die Übernahme der Anleihen und Darlehen, die die ÖIAG für ihre Tochtergesellschaften aufgenommen hatte (ca. 94 Milliarden Schilling), durch den Staat vor. Die ÖVP hatte

[1329] Vgl. Die Presse, 12.5.1990. S.1.
[1330] Vgl. Die Presse, 26.5.1990. S.5.
Die Presse, 14.7.1990. S.1.
Die Presse, 8.10.1990. S.5.
[1331] Vgl. Die Presse, 18.10.1990. S.6.
Der Standard, 14.9.1990. S.7.
[1332] Vgl. Der Standard, 3.11.1990. S.17.
[1333] Vgl. Der Standard, 17.11.1990. S.17.
[1334] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1990. S.36f.
Der Standard, 30.11.1990. S.5.
[1335] Vgl. Der Standard, 1.2.1991. S.16.

zwar nichts gegen den Inhalt, wollte aber eine Absicherung der mehrheitlichen Privatisierung durch einen privatrechtlichen Vertrag. Sie befürchtete nämlich, dass nach Verkauf nur einer Aktie der Bund alle Verpflichtungen übernehmen hätte müssen. Der Minister zeigte sich diesbezüglich verhandlungsbereit, auch wenn aus seiner Sicht eine Willenserklärung selben Inhaltes gereicht hätte.[1336] Die rechtlichen Voraussetzungen zur Teilprivatisierung der Austrian Industries (AI)[1337] wurden am 9. Juli 1991 im Parlament geschaffen.[1338]

Schlechte wirtschaftliche Daten der verstaatlichten Betriebe ließen vor allem in der ÖVP die Befürchtungen wachsen, dass Massenkündigungen anstehen würden. Bundeskanzler Vranitzky und Verstaatlichten-Minister Streicher versuchten zu beruhigen, indem sie erklärten, dafür keine Anzeichen zu sehen.[1339] Die Kandidatur von Verkehrs- und Verstaatlichten-Minister Streicher für das Amt des Bundespräsidenten heizte die Diskussion über die verstaatlichte Industrie zusätzlich an. Deutlich erkennbar war dies auch in der Nationalratssitzung vom 30. Jänner 1992. Einen Frontalangriff startete dabei der Verstaatlichten-Sprecher der ÖVP, Burgstaller:

> „Es wurden 1986, 1987, 1988, 1989 mehr als 40 Milliarden Schilling zugeführt. Es hat eine Bombenhochkonjunktur gegeben, hervorgerufen unter anderem durch sehr niedrige, um 30 bis 40 Prozent niedrigere Rohstoffpreise. Das heißt, es kommen noch einmal 10, 15, 20 Milliarden dazu. Es gibt rund 25.000 weniger Beschäftigte. Die Gehaltssumme macht daher um mindestens 7,5 Milliarden Schilling weniger aus. Aber, meine Damen und Herren: Welche neuen Investitionen wurden getätigt, welche neuen Arbeitsplätze wurden mit diesen Mitteln geschaffen? Wo?“[1340]

Burgstaller wie auch die anderen Redner der ÖVP zitierten Manager der verstaatlichten Betriebe, die weitere Verluste von Arbeitsplätzen ankündigten. Die SPÖ-Mandatare bezichtigten die ÖVP der Angstmacherei und verwiesen auf die positiven Entwicklungen in den Betrieben, die sie auf die Arbeit von Minister Streicher zurückführten. Gegenseitig warfen sich die Koalitionspartner vor, nur aufgrund der Bundespräsidentschaftswahlen so zu argumentieren.[1341] Außerdem wiesen sie darauf hin, dass die Arbeitsplätze ohne Entlassungen verringert wurden und viele davon durch Privatisierungen zwar nicht mehr in verstaatlichten Betrieben bestanden, aber weiter existierten:

[1336] Vgl. Der Standard, 7.6.1991. S.15.

[1337] Eine 1989 gegründete Tochtergesellschaft der ÖIAG, in der folgende Unternehmen eingebracht worden waren: Austria Metall AG, Chemie Holding AG, Elektro- und Elektronik-Industrieholding AG, Maschinen- und Anlagenbauholding AG, OMV AG und VOEST-ALPINE STAHL AG.

[1338] Vgl. Die Presse, 10.7.1991. S.5.
Der Standard, 10.7.1991. S.5.

[1339] Vgl. Der Standard, 11.1.1992. S.9.

[1340] Burgstaller, Paul: Stenographische Protokolle des Nationalrates 58/NRSITZ (XVIII. GP). S.6021.

[1341] Stenographische Protokolle des Nationalrates 58/NRSITZ (XVIII. GP). S.6017-6055.

> „Es wurden keine Entlassungen in den verstaatlichten Betrieben getätigt, weil wir als Betriebsräte gemeinsam mit der Gewerkschaft, gemeinsam mit dem Sozialminister abfedernde Maßnahmen verhandelt haben. [...]
>
> Hatten wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch 1986 bis 1988 einen Verlust von 20,7 Milliarden Schilling, so können wir im Zeitraum von 1989 bis 1991 einen Gewinn von 8,4 Milliarden Schilling ausweisen."[1342]

Den neuen Verstaatlichten-Minister Klima empfing die ÖVP geradezu mit der Forderung nach beschleunigten Privatisierungen im Amt. ÖVP-Obmann Busek erneuerte dabei alte Wünsche seiner Partei. Aus seiner Sicht war es nicht notwendig, eine Börsenhausse abzuwarten, da die Anleger durch sehr hohe Preise getäuscht worden wären. Eine eigene Institution ähnlich der Bundesimmobiliengesellschaft sollte den Privatisierungsprozess vorantreiben und die Verkäufe durchführen.[1343] Bezüglich der Maximierung des Verkaufserlöses vertrat ÖVP-Industriesprecher Martin Bartenstein dieselbe Ansicht. Seiner Meinung nach waren bei einer Privatisierung ein schlüssiges Fortführungskonzept, maximale Arbeitsplatzsicherung und zukunftsweisende Investitionen wichtigere Kriterien als der Preis.[1344] Anfang Juni 1993 meldete der staatliche Aluminiumkonzern AMAG den Bedarf von drei Milliarden Schilling an, den er zur Fortführung der Geschäfte von der Verstaatlichten-Holding Austrian Industries (AI) benötigte. Die ÖVP sah damit ihre Befürchtungen bestätigt, dass sich der für 1993 geplante Börsegang der AI dadurch verzögern würde und es nicht zu den kalkulierten gesamten 4,5 Milliarden Schilling Zuschuss zum Bundesbudget aus den verstaatlichten Betrieben käme. Die SPÖ versuchte zu beruhigen und appellierte, auf die Fähigkeiten der Manager zu vertrauen.[1345] Innerhalb der AI begann man aufgrund der schlechten Ergebnisse den Verkauf von einzelnen, hauptsächlich gewinnbringenden Unternehmen – prominentester Betrieb war die OMV – zu erwägen, um Geld für die Sanierung der anderen zu erhalten. Die ÖVP hatte nichts gegen diese Pläne, da sie ja ihren eigenen Vorstellungen entsprachen. Lediglich die angedachte Übernahme der OMV durch den Verbund und die damit einhergehende Entstehung eines „Energiemonopolisten" gefiel ihr daran nicht.[1346] ÖVP-Obmann Busek machte die SPÖ für die Krise verantwortlich, da sie den Umstrukturierungs-Vorschlägen seiner Partei nicht zugestimmt hatte.[1347] ÖVP-Industriesprecher Bartenstein verlangte kurz darauf, dass in den kommenden Jahren ein Privatisierungserlös von jährlich 10 bis 11 Milliarden Schilling ins Budget fließen sollte, während die Prognosen zwischen 1,2 und

[1342] Koppler, Erhard: Stenographische Protokolle des Nationalrates 58/NRSITZ (XVIII. GP). S.6047.
[1343] Vgl. Der Standard, 11.4.1992. S.15.
[1344] Vgl. Bartenstein, Martin: Die verstaatlichte Industrie. S.579.
[1345] Vgl. Die Presse, 3.6.1992.S.1.
[1346] Vgl. Der Standard, 30.6.1992. S.13.
[1347] Vgl. Die Presse, 20.7.1992. S.4.

3,6 Milliarden lagen. Als neue Eigentümer wünschte er sich Österreicher, wollte dies aber keinesfalls als Bedingung ansehen.[1348] Im August meinte Bartenstein, dass der gewünschte Verkauf der OMV-Anteile in der Jahresfrist aufgrund des Zustandes des Unternehmens und der Situation an der Börse nicht möglich wäre. Den Verkauf an den Verbund schloss er weiter aus, auch weil er befürchtete, dass die Stromkunden indirekt den Deal finanzieren müssten. Somit blieb aus seiner Sicht nur mehr die Variante einer Abgabe von Anteilen an die Landesversorger und an ausländische Interessenten übrig.[1349] Wenige Wochen später wollte er keinen Zeitdruck mehr für den ÖMV-Verkauf erkennen. Auch ÖVP-Staatssekretär Ditz wollte sich beim Verkauf der ÖMV Zeit lassen und einer österreichischen Lösung den Vorzug geben. Im September 1992 musste die Führung der AI drohende Verluste im laufenden Jahr eingestehen. Diese sollten durch Verkäufe abgedeckt werden.[1350] Im selben Monat veröffentlichte die Führung der AI Pläne für eine neue Organisationsstruktur, die helfen sollten, den Weg aus der Krise zu finden. Die ÖMV und einige kleinere Tochtergesellschaften sollten verkauft und die Organisation des verbleibenden Kerns gestrafft werden. Die ÖVP zeigte sich mit diesem Konzept nicht zufrieden, da sie seit jeher das Gegenteil angestrebt hatte, nämlich mehr Eigenverantwortung für die einzelnen Branchen und damit weniger Zentralismus. Auch die Teilung der VOEST Alpine Stahl in vier Einzelunternehmen fand bei der ÖVP keinen Gefallen. Bundeskanzler Vranitzky hingegen stellte sich hinter die Überlegungen des AI-Managements.[1351] Einverstanden, wenn auch nicht davon begeistert, zeigte sich die ÖVP mit dem von Verstaatlichten-Minister Klima vorgelegten Konzept des „private placements“[1352] für Anteile des AI-Konzerns. Industriesprecher Bartenstein hielt es aber für schwierig bis unmöglich, Unternehmen zu finden, die sich am Gesamtkonzern beteiligen wollten, da sich dies selbst für die ÖMV als nicht leicht herausgestellt hatte. Gleichzeitig sprach er sich für den mehrheitlichen Verkauf der Verbundgesellschaft aus.[1353]

Kritik am ehemaligen und am aktuellen Verstaatlichten-Minister kam im November von ÖVP-Obmann Busek. Beide hätten – so sein Vorwurf – die schlechte Lage der verstaatlichten Industrie immer beschönigt und trügen damit persönliche Verantwortung für das

[1348] Vgl. Die Presse, 29.7.1992. S.4.
Der Standard, 29.7.1992. S.13.
[1349] Vgl. Der Standard, 11.8.1992. S.21.
[1350] Vgl. Der Standard, 14.9.1992. S.13.
[1351] Vgl. Die Presse, 15.9.1992. S.11.
[1352] Darunter versteht man die Platzierung von neuen Anteilen an einer Kapitalgesellschaft entweder als Selbstemission (Anteile werden an bekannte Interessenten oder bisherige Gesellschafter angeboten) oder als Fremdemission mit nicht öffentlichem Adressatenkreis.
[1353] Vgl. Der Standard, 10.10.1992. S.28.

Verfehlen der Ziele. Für seine Partei lehnte er die Mitverantwortung ab, da sie von der SPÖ nicht in Entscheidungen eingebunden worden war.[1354]

Bei den Kundgebungen am 1. Mai verteidigte Bundeskanzler Vranitzky eventuelle Unterstützungen der Verstaatlichten als gelebte Solidarität mit Arbeitern, während Vizekanzler Busek dies als Rückgriff auf Zeiten des Staatsinterventionismus kritisierte.[1355]

Wenige Tage später wurde die Diskussion härter. Angesichts der angekündigten Kurzarbeit im VOEST-Werk Judenburg, die ein Zeichen der schlechten Auslastung war, kündigte ÖVP-Obmann Busek an, weiteren Finanzspritzen keinesfalls zustimmen zu wollen und stattdessen eher Neuwahlen zu riskieren. Bundeskanzler Vranitzky quittierte das laut der Zeitung „Die Presse" mit dem Satz: „Ich halte mich selten an das, was der Vizekanzler sagt."[1356] Von der Neuwahldiskussion wollte er gar nichts wissen. Auch der ÖGB kritisierte die Äußerungen scharf.[1357] Sogar in der ÖVP gab es Widerspruch zu Buseks Aussage. Sowohl die Landeshauptmänner Krainer (Steiermark) und Ratzenböck (Oberösterreich) wie auch der ÖAAB wollten Subventionen keine definitive Absage erteilen. Die Parteizentrale der ÖVP stellte sich allerdings hinter ihren Chef und kritisierte die Reaktion Vranitzkys scharf. Der gegenüber der mittelfristigen Planung entstandene kolportierte Fehlbetrag betrug bis zu acht Milliarden Schilling.[1358]

Nach der Sitzung des ÖVP-Parteivorstandes war die innerparteiliche Einigkeit wieder hergestellt. Die Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Subventionen wurden zu Missverständnissen erklärt. In derselben Sitzung beschloss die ÖVP-Spitze auch die Forderung nach Auflösung der AI, da das SPÖ-Konzept, die „Verstaatlichte" als Mischkonzern zu führen, offensichtlich gescheitert war. Die AI sollte zu einer reinen Beteiligungsholding umgewandelt werden und für die privatisierungsfähigen Unternehmen Käufer suchen. Einen raschen Verkauf der ÖMV nur zur Sanierung der schwachen Unternehmen lehnte der ÖVP-Parteivorstand ab.[1359] Wenige Tage später sprach ÖVP-Industriesprecher Bartenstein von der Möglichkeit, die verstaatlichte Industrie mit Stützungskapital zu versorgen, solange dies auf Basis des Finanzierungsgarantie-Gesellschafts-Gesetzes (FGG-Gesetz) passieren würde oder durch Beteiligungsfonds, die in verstaatlichten Unternehmen einsteigen könnten. Im Gegensatz zu Verstaatlichten-Minister Klima wollte der ÖVP-Obmann Böhler-Uddeholm jedoch nicht als Kandidaten für Stabilisierungskapital

[1354] Vgl. Die Presse, 26.11.1992. S.7.
[1355] Vgl. Die Presse, 3.5.1993. S.4.
[1356] Vranitzky Zitiert nach: Die Presse, 11.5.1993. S.1.
[1357] Vgl. Der Standard, 11.5.1993. S.7.
[1358] Vgl. Die Presse, 12.5.1993. S.1, 4.
Der Standard, 12.5.1993. S.6.
[1359] Vgl. Der Standard, 14.5.1993. S.5.

sehen und in Verhandlungen über eine Veränderung der Koalitions-Vereinbarung zu den AI treten.[1360] Busek rückte jedoch nicht von seiner Linie ab, sondern warf Verstaatlichten-Minister Klima vor, untätig zu sein. Busek bezeichnete den Minister sogar als „fahrlässigen Eigentümer". Dieser zeigte sich bezüglich der AI optimistisch. Die Erfüllung aller drei ÖVP-Forderungen (kein Konkurs, keine Zuschüsse, kein ÖMV-Verkauf) zur wirtschaftlich in einer schweren Krise steckenden AMAG bezeichnete er als unmöglich.[1361]

Wenige Tage später setzten die ÖVP-Politiker Kukacka und Bartenstein nach. In Anbetracht der Tatsache, dass die Realisierung von Teilen des Regierungsprogrammes (Dividenden-Rückzahlung, Börsegang bzw. Privatisierung) zur Verstaatlichten überhaupt nicht realisierbar waren, verlangten sie Neuverhandlungen, den Rücktritt von AI-Chef Sekyra, Entschuldung der AMAG aus dem Konzern heraus und die Dezentralisierung der Verstaatlichten.[1362] Die Überlegungen von Verstaatlichten-Minister Klima hinsichtlich einer Bundeshaftung über 14 Milliarden Schilling (diese Summe wäre zur Verhinderung eines AMAG-Konkurses notwendig gewesen) veranlassten die ÖVP dazu, einen „Verstaatlichten-Gipfel" zu verlangen. Als Bedingung für eine Zustimmung nannte ÖVP-Verstaatlichten-Sprecher Bartenstein die Verkleinerung der AI von 220 Mitarbeitern auf etwa die Hälfte und weitere Privatisierungen, deren Erlöse die Finanzierungskosten decken sollten. Die SPÖ zeigte sich verhandlungsbereit.[1363] Organisatorisch wollte Bartenstein die wirtschaftlich auf solider Basis stehenden Unternehmen in eine Industriebeteiligungs-AG einbringen, die als reine Finanzholding (unter der Führung heimischer Banken) wahrgenommen werden und für den mittelfristigen Börsengang zuständig sein sollte. Die ÖIAG würde demnach an den Verkaufserlösen beteiligt sein. Als Ziel nannte Bartenstein auch, das Stimmrecht mehrheitlich in österreichischer Hand zu behalten. Diese Lösung hätte das Ende der AI bedeutet.[1364]

Die Neubesetzung des Verbund-Vorstandes sorgte in Opposition und Medien für Spekulationen. Der als SPÖ-Mann geltende Vorstandsvorsitzende Walter Fremuth wurde von dem von der ÖVP nominierten Johann Haider abgelöst. Gerüchteweise sollte der ÖVP damit die Zustimmung zu Staatshaftungen für die AMAG abgerungen werden.[1365]

[1360] Vgl. Der Standard, 22.5.1993. S.21.
[1361] Vgl. Die Presse, 26.5.1993. S.7
[1362] Vgl. Bartenstein, Martin: Die verstaatlichte Industrie. S.575.
Die Presse, 29.6.1993. S.6.
[1363] Vgl. Die Presse, 21.7.1993. S.1.
[1364] Vgl. Der Standard, 27.8.1993. S.21.
[1365] Vgl. Der Standard, 2.9.1993. S.21.

In die Verhandlungen mit der SPÖ ging die ÖVP aber nicht mit dem Vorschlag Bartensteins, sondern mit folgenden Programmpunkten: möglichst rasche Privatisierung von verkaufsfähigen Unternehmen, Suche nach Partnern für die anderen Teile und langfristig die vollständige Privatisierung der verstaatlichten Industrie. Für die Einhaltung eines festzulegenden Zeitplanes sollten Sanktionen, wie zum Beispiel stückweise Übernahme von Haftungen nur nach erfolgreichen Privatisierungen, sorgen. Damit waren die Haftungen nicht mehr ausgeschlossen, sondern sogar Teil des Plans.[1366]
Vor dem Verhandlungsbeginn betonte Finanzstaatssekretär Ditz die drei wichtigsten Ziele seiner Partei:

- Beschluss eines ÖIAG-Gesetzes, für die mehrheitliche Privatisierung der verstaatlichten Industrie
- Haftungsübernahme für Notfälle, um nicht unter Zeitdruck verkaufen zu müssen, aber den Fortbestand zu sichern (Auf konkrete Zahlen wollte sich die ÖVP noch nicht festlegen.)
- Auflösung der AI (Einzelne operative Gesellschaften hätten aus Sicht der ÖVP leichter Partner gefunden.)

Verstaatlichten-Minister Klima zeigte sich zwar verhandlungsbereit, verwies aber auf den Vorschlag eines Beratungsunternehmens, das zu einer weiteren Holding für den Technologiebereich riet.[1367]
In einem Interview, das die Zeitung „Der Standard“ mit mehreren SPÖ-Politikern (Bruno Aigner, Josef Edler, Alfred Gusenbauer, Peter Marizzi, Franz Vranitzky, Herbert Schmidtmeier) führte, zeigten sich alle von der Notwendigkeit, Privatisierungen durchzuführen, überzeugt und sprachen auch über die Problematik des Staates als Unternehmer. Gleichzeitig betonten sie aber die Verantwortung der Politik gegenüber den Beschäftigten innerhalb der verstaatlichten Industrie. Kritik äußerten sie hingegen an den Managern.[1368]

Aus den Verhandlungen drangen konkrete Zahlen an die Öffentlichkeit. Während die SPÖ für die Bundeshaftung für die AMAG einen Rahmen von zusätzlichen 14 Milliarden Schilling wollte, konnte sich die ÖVP maximal 5 Milliarden vorstellen. Verstaatlichten-Minister Klima sprach sogar von weiteren 6 Milliarden zur Unterstützung anderer Betriebe. Außerdem wollte die ÖVP nur einer zeitlich befristeten Erhöhung des Rahmens bis Sommer 1994 zustimmen; die Haftung dürfte nur im Insolvenzfall schlagend werden.

[1366] Vgl. Der Standard, 7.9.1993. S.13.
[1367] Vgl. Der Standard, 6.10.1993. S.15.
[1368] Vgl. Der Standard, 7.10.1993. S.6.

Weitere namhafte Privatisierungen waren die ÖVP-Bedingung für eine Verlängerung der Bundeshaftungen.[1369]

Am 20. Oktober 1993 fand auf Verlangen der ÖVP im Nationalrat eine Aktuelle Stunde zur Zukunft der verstaatlichten Industrie, insbesondere der AMAG, statt. Der ÖVP-Abgeordnete Bartenstein kritisierte dabei Verstaatlichten-Minister Klima und seine Vorgänger scharf und unterstrich die Forderung der ÖVP nach Privatisierungsschritten:

> „Wir finden es in diesem Zusammenhang unakzeptabel, wenn diejenigen, die seit 23 Jahren den Verstaatlichten-Minister stellen, wenn diejenigen, die letztlich auch die politische Verantwortung für die Bestellung aller Aufsichtsräte im Bereich von Austrian Industries tragen, wenn diejenigen, die - frei nach Hans Rauscher im ‚Kurier' – die Verstaatlichte auch immer als eine Art politische Hausmacht betrachtet haben, wenn diejenigen, die zweimal eine AI-Struktur mit der leider nicht aufgegangenen Vision eines nationalen Flaggschiffes geschaffen haben, die Österreichs Staatsbürger und Steuerzahler insgesamt mindestens 110 Milliarden Schilling kosten wird, dann denjenigen, die seit Jahren vor dieser Entwicklung gewarnt haben, Kleinkariertheit vorwerfen, Greißlerhaftigkeit vorwerfen.[...]
>
> Dazu gehört aber auch ein ÖIAG-Gesetz, das in ein ÖIAG-Privatisierungsgesetz umgewandelt wird, und dazu gehört weiters, daß realistische Ziele für Privatisierungsmaßnahmen im Sinne eines konkreten Fahrplans, der schon bis zu den Nationalratswahlen Ergebnisse erbringen muß, erstellt werden."[1370]

Bundesminister Klima antwortete darauf:

> „Wir wollen nicht, daß diese wertvollen Unternehmen mit ihrem Know-how, mit ihrem Produktionswissen, mit ihrer Technik an ausländische Unternehmen verkauft werden, wir wollen nicht, daß diese Unternehmen mittelfristig zur verlängerten Werkbank werden beziehungsweise in allfällige Billiglohnländer verlagert werden, und hier werden dann die Produktionen zugesperrt. Wir wollen, daß diese Unternehmen in ihren Kernbereichen unter österreichischer Gestaltungsmehrheit bleiben, und eine andere Lösung wird die Sozialdemokratie nicht zulassen."[1371]

Nach einigen Verhandlungswochen bestätigte ÖVP-Industriesprecher Bartenstein ein Kompromissangebot. Einige Betriebe sollten bis zu 49 Prozent und die Verstaatlichten-Holding ÖIAG bis 1995 mehrheitlich privatisiert werden. Bei vier Fällen (SGP, Elin-Verkehrstechnik, VA Medizintechnik, Elektro Bau AG Linz) wollte die ÖVP jedoch einen mehrheitlichen Verkauf auf operativer Ebene. Die von der SPÖ gewünschten Garantien hielt Bartenstein nach wie vor für zu hoch.[1372]

Am 12. November konnte eine Einigung verkündet werden. Die wichtigsten Punkte daraus waren:

- Privatisierung von 51 Prozent der Technologiegruppe bis Mitte 1994

[1369] Vgl. Der Standard, 15.10.1993. S.23.
Der Standard, 22.10.1993. S.21.

[1370] Bartenstein, Martin. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 133/NRSITZ (XVIII. GP). S.15355f.

[1371] Klima, Viktor. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 133/NRSITZ (XVIII. GP). S.15357.

[1372] Vgl. Der Standard, 6.11.1993. S.24.

- Auflösung der AI als weisungsbefugte Konzernspitze
- kein Weisungsrecht der ÖIAG an ihre Tochterunternehmen
- Ausgliederung von Böhler-Uddeholm aus der Stahlgruppe
- Beteiligung der Stahlgruppe an der neu gegründeten VOEST-Alpine Technologie AG mit 25 Prozent
- Beteiligung der VOEST-Alpine Technologie AG an der ebenfalls neu gegründeten VOEST-Alpine Stahl AG mit 25 Prozent
- Langfristiger Verbleib von 24 Prozent der Technologiegruppe im ÖIAG-Besitz
- mehrheitliche Privatisierung von der Stahl AG, von Böhler Uddeholm, ÖMV und AMAG sobald diese Unternehmen als börsereif gelten (Zeithorizont bis 1996), bei gleichzeitiger Gewährleistung einer österreichischen Mehrheit an diesen Betrieben
- vollständiger Verkauf von SGP Verkehrstechnik, VA Eisenbahnsysteme, Austria Mikrosysteme, VAMED, VA Bergtechnik, VA Steinel, Schoeller-Bleckmann und AT&S
- „Zwischenfinanzierung" der Verkaufsvorbereitungen mit insgesamt 7,5 Milliarden Schilling, Rückzahlung dieser Summe aus den Privatisierungserlösen (Haftung des Bundes nur im Fall einer Insolvenz)
- Verzicht des Bundes auf 3,4 Milliarden ausständige Dividenden[1373]

Gegen das im Dezember 1993 geäußerte Vorhaben der Bank Austria (BA), ihren 50%-Anteil an der AI Energy & Environment SGP/Waagner Biró GmBH gegen eine achtprozentige Beteiligung an der VA Technologie zu tauschen, sprach sich die ÖVP aus. Sie sah darin einen Verstoß gegen den Sinn des Privatisierungsauftrages, würde sich doch auf diese Weise eine mehrheitlich im Besitz des Staates stehende Bank an einer Privatisierung beteiligen. Industriesprecher Bartenstein drohte damit, die Unterstützungen, die man unter der Bedingung von Privatisierungen auszuzahlen versprochen hatte, zurückzuhalten. In der ÖIAG war diese Idee entstanden, um die Privatisierung der Technologiegruppe zu erleichtern, da dieser dann alle Töchterunternehmen zu 100 Prozent gehört hätten. In der SPÖ sah man das Vorhaben positiv, weil dadurch ein dominanter österreichischer Einfluss sichergestellt worden wäre.[1374]

[1373] Vgl. Die Presse, 12.11.1993. S.15.
Der Standard, 13.11.1993. S.23.
[1374] Vgl. Der Standard, 17.12.1993. S.21.

Im März des folgenden Jahres entzündete sich ein Konflikt an der Frage, ob und wie man eine österreichische Mehrheit in den privatisierten Unternehmen erreichen könnte. SPÖ-Wirtschaftssprecher Nowotny, dessen Partei eine solche unbedingt sicherstellen wollte, ließ mit der Idee einer Stimmrechtsbeschränkung für Großaktionäre aufhorchen. Seiner Meinung nach würde dies auch vor Übernahmen durch aggressive Konkurrenten schützen. Kein Aktionär würde über mehr als 25 Prozent der Stimmrechte verfügen dürfen; dafür gäbe es mehrere internationale, erfolgreiche Beispiele. Wirtschaftsminister Schüssel hingegen bezeichnete den Vorschlag laut der Zeitung „Die Presse" als Privatisierung mit angezogener Handbremse.[1375]

Heftige Kritik an Verstaatlichten-Minister Klima gab es aus der ÖVP für dessen Aussage vor der AMAG-Belegschaft in Ranshofen, die restlichen 700 Millionen Schilling der maximalen staatlichen Verlustabdeckung auch auszahlen zu wollen, wenn das Unternehmen diese gar nicht mehr benötigte. Das Geld sollte dann für Eigenkapitalstärkung oder Investitionen verwendet werden. Finanz-Staatssekretär Ditz zeigte sich vor allem verwundert, da das ÖIAG-Gesetz die Rückzahlung aller gewährten Darlehen vorsah, womit die AMAG die 700 Millionen wieder zurückzahlen hätte müssen. ÖVP-Industriesprecher Bartenstein sah sich an Kreiskys Verstaatlichten-Politik erinnert.[1376]
Im beginnenden Nationalratswahlkampf des Jahres 1994 kündigte Finanzstaatssekretär Ditz an, dass die Privatisierung der Austria Tabakwerke Bedingung für eine Koalition mit Beteiligung der ÖVP sein würde. Als Begründung nannte er dabei den Kauf der Sportartikelgruppe HTM durch die Austria Tabak, der einer Verstaatlichung gleichkäme. Finanzminister Lacina sprach sich gegen den Verkauf aus, da es sich um einen Monopolbetrieb handelte, bei dem eine Privatisierung nicht sinnvoll wäre. Die Länder und Gemeinden forderte Ditz auf, ihre Anteile an Unternehmen – vor allem an den Energieversorgern – zu verkaufen, wofür eine Änderung des zweiten Verstaatlichten-Gesetzes notwendig gewesen wäre.[1377] Am nächsten Tag stellten sich auch Bartenstein und Busek hinter diese Vorgabe ihres Parteifreundes. Bartenstein inkludierte in seine Verkaufswünsche einen weiteren Monopolbetrieb, nämlich die Salinen. Den Börsegang beider Unternehmen wollte er noch vor dem Wegfall der Monopolstellung 1998 durchführen. Auch das Dorotheum stand auf Buseks Verkaufsliste. Das dringend benötigte Geld sollte zur Senkung des Defizits ins Budget fließen. Was den Verkauf der Landesenergieversorger betraf, zeigte sich SPÖ-Bundesgeschäftsführer Cap einverstanden, sah dabei die Pflicht

[1375] Vgl. Die Presse, 21.3.1994. S.1, 11.
[1376] Vgl. Die Presse, 10.9.1994. S.21.
[1377] Vgl. Der Standard, 19.7.1994. S.1.

aber vor allem bei den ÖVP-Landeshauptleuten. Die restlichen Forderungen, klassifizierte er als unnötig, da die meisten Projekte bereits in Vorbereitung waren.[1378]

In den Koalitionsverhandlungen einigten sich SPÖ und ÖVP, die Bestimmung im zweiten Verstaatlichten-Gesetz, die eine staatliche (d.h. Landes- oder Bundes-) Mehrheit bei den Energieversorgern festlegte, ersatzlos zu streichen.[1379] Die Austria Tabakwerke und die Salinen sollten aus dem Kompetenzbereich des Finanzministers in den des Verstaatlichten-Ministers transferiert und anschließend privatisiert werden. [1380]

Beim Verkauf des Verbundes gab es allerdings noch Schwierigkeiten. Als die Landesstromgesellschaften ihren Plan kundtaten, den Verbund mehrheitlich übernehmen und aufteilen zu wollen, kündigten SPÖ, Grüne und LIF an, das zweite Verstaatlichten-Gesetz in diesem Fall nicht ändern zu wollen, womit das Vorhaben gescheitert wäre. Die ÖVP hielt sich in dieser Frage zurück.[1381] Im Juni 1996 sprach sich SPÖ-Wirtschaftssprecher Nowotny dafür aus, den Verbund erst dann mehrheitlich an die private Hand zu übergeben, wenn die Strategie der EU zur Liberalisierung der E-Wirtschaft klar sein würde. Das Außenhandelsmonopol wollten der Energiesprecher seiner Partei Georg Oberhaidinger und er auch weiterhin dem Verbund überlassen.[1382]

Im Nationalratswahlkampf des Jahres 1999 kam es noch einmal zu einem Streit über die ÖIAG. Die SPÖ wollte die Holding in einen staatlichen Kernaktionär verwandeln, um so einen vollständigen Verkauf ins Ausland zu verhindern, während die ÖVP die ÖIAG als Privatisierungsagentur verstand. Finanzminister Edlinger (SPÖ) sah die bereits festgeschriebenen Verwaltungsaufgaben der ÖIAG als Beweis für die Linie seiner Partei. Die ÖVP trat weiterhin für eine vollständige Privatisierung der verstaatlichten Industrie ein.[1383]

In den schließlich gescheiterten Regierungsverhandlungen erzielten die Verhandler bereits in der siebten Runde eine Einigung über das Thema ÖIAG. Für alle Privatisierungen sah der Pakt eine Sperrminorität des Bundes vor.[1384]

[1378] Vgl. Der Standard, 1.8.1994. S.5.
Der Standard, 20.7.1994. S.11.

[1379] Dafür wäre eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig gewesen, die die Koalition in der damaligen Legislaturperiode nicht aus eigener Kraft aufbringen konnte.

[1380] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1994. S.15-18.
Der Standard, 26.11.1994. S.27.

[1381] Vgl. Der Standard, 24.2.1994. S.24.

[1382] Vgl. Der Standard, 4.6.1996. S.15.

[1383] Vgl. Schüssel, Wolfgang: Im Namen der Zukunft. S.122.
Der Standard, 16.9.1999. S.22.
Die Presse, 28.7.1999. S.1.

[1384] Vgl. Der Standard, 15.1.2000. S.7.

8.2 Banken

Der erste richtige Konflikt im Bereich des Bankwesens – einige Scharmützel hatte es ja bereits im Umfeld der Diskussion über die Privatisierungen im Industriebereich gegeben *(vgl. Kap. 8.1 Industrie)* – entzündete sich im Juli 1991. Der Länderbank waren zur Rettung vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch vom Bund bis zum Jahr 2006 Zuschüsse zugesagt worden (jährlich zwischen 200 und 250 Millionen Schilling). Dieser drohte aufgrund uneinbringlicher Kredite.[1385] Um die geplante Fusion der Länderbank mit der Wiener Zentralsparkasse („Z“) zu ermöglichen, war es nun notwendig, diese Beträge in einer Einmalzahlung abzuleisten. Von der Länderbank kam das Angebot, dies mit dem Barwert der Zahlungen von 2,5 Milliarden Schilling zu tun, was ÖVP-Finanzstaatsekretär Stummvoll als um einige 100 Millionen überhöht ansah. Außerdem verlangte er eine Ergebnisvorschau der Bank bis 2006.[1386] Finanzminister Lacina wollte den genannten Betrag aber akzeptieren, andernfalls befürchtete er Klagen von Privataktionären. Für die ÖVP wiederum sollte die Länderbank Abschläge in Kauf nehmen, damit ihr die imageschädigenden Bilanzvermerke über die Bundeszahlungen erspart blieben. Außerdem hätte der Staat die Möglichkeit verloren, die Zahlungen zu verringern, wenn die Bank ihre wirtschaftliche Lage verbessert hätte. Für die Zukunft der beiden zu fusionierenden Institute wollte Stummvoll weitere Privatisierungsschritte festlegen und Politiker[1387] aus dem Aufsichtsrat drängen.[1388] Der Wunsch der ÖVP nach Abschlägen von einigen 100 Millionen Schilling ließ die Verhandlungen um einen Tag länger dauern als geplant, weswegen sich auch die Vertragsunterzeichnung für die Fusion verzögerte.[1389] Schließlich entschied Finanzminister Lacina, den Gesamtbetrag auszuzahlen, ohne dafür die Zustimmung der ÖVP zu haben, die er dafür de jure auch nicht benötigte. Die Stadt Wien, die von der Bank 50,33 Prozent der Aktien und rund 58 Prozent (zweitgrößter Aktionär war der Bund mit 23 Prozent der Aktien) der Stimmrechte hielt, entsandte bis 1993 als Aufsichtsratspräsidenten Bürgermeister Zilk, danach sollte es, dem Wunsch der ÖVP entsprechend, keine Politiker mehr in dem Gremium geben.[1390] Die beiden Banken fusionierten noch im selben Jahr zur Bank Austria.

Der von der Raiffeisenzentralbank angestrebte Kauf der Creditanstalt (CA) vom Bund scheiterte an der Weigerung des Aufsichtsratspräsidenten, die Namen der Partner bei

[1385] Für die Unternehmen Eumig, Klimatechnik und Funder.
[1386] Vgl. Der Standard, 16.7.1991. S.13.
[1387] Zum damaligen Zeitpunkt saß Wiens Bürgermeister Zilk im „Z“-Aufsichtsrat.
[1388] Vgl. Der Standard, 23.8.1991. S.17.
[1389] Vgl. Der Standard, 4.9.1991. S.15.
[1390] Vgl. Der Standard, 5.9.1991. S.15.

dem Geschäft zu nennen. Genau das war aber eine Bedingung von Finanzminister Lacina.[1391]

Bezüglich des Verkaufs der CA kritisierte Finanzstaatssekretär Ditz im März 1994 Finanzminister Lacina, der nach seinen Aussagen einen ausländischen Großinvestor suchte. Er selbst bevorzugte eine österreichische Lösung, die aus einer Gruppe heimischer Firmen bestehen könnte und einen ausländischen Investor nur dazu nehmen würde, wenn dies notwendig wäre bzw. passen würde. Außerdem wollte Ditz den Verkauf beschleunigen und die CA im September an die Börse bringen.[1392] Im Mai des Jahres lagen zwei Angebote auf dem Tisch. Das erste war von der schweizerischen CS Holding. Dieses präferierte Finanzminister Lacina, da damit der von ihm gewünschte strategische Partner gegeben gewesen wäre. Das zweite legte eine Gruppe von Investoren (EA Generali, Banca Commerciale Italiana, deutsche Commerzbank, Erste Österreichische Spar-Casse, Wüstenrot, und eine Gruppe von österreichischen Industriellen). Staatssekretär Ditz kündigte an, gegen einen Verkauf an die schweizerische Gruppe sein Veto einzulegen.[1393] Da der Finanzminister aber nicht an das von seinem Staatsekretär favorisierte Konsortium, von dem dieser sich einen Verbleib der Entscheidungsstrukturen in Österreich erhoffte, verkaufen wollte – er qualifizierte es als nicht stabil genug – zeichnete sich die Verschiebung des Verkaufs ab. Damit konnte dieser in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr über die Bühne gehen.[1394] Abermals sprach sich ÖVP-Obmann Busek für einen Verkauf an die Gruppe um die Generali-Versicherung mit ihren zahlreichen österreichischen Investoren aus. Damit glaubte Busek den österreichischen Einfluss wahren zu können. Außerdem hätte es dann ein Gegengewicht zur in staatlichem Besitz (Stadt Wien) stehenden BA gegeben. Gegen die schweizerische Gruppe sprach seiner Ansicht nach auch deren Engagement in Ost- und Mitteleuropa, das mit dem der CA kollidieren würde. Die vom Finanzminister in Auftrag gegebenen Prüfungen der Angebote durch Beraterfirmen bezeichnete Busek als Verzögerungstaktik.[1395] Eine ähnlich lautende Aussage kam auch von ÖVP-Generalsekretär Molterer und von ÖVP-Industriesprecher Bartenstein. Die beiden verlangten außerdem den Verkauf der Bundesanteile an der BA und in späterer Folge auch den der Anteile der Stadt Wien.[1396] Trotz dieses Angriffs fand der Verkauf nicht mehr vor den Wahlen statt.

[1391] Vgl. Der Standard, 7.5.1993. S.19.
[1392] Vgl. Der Standard, 30.3.1994. S.13.
[1393] Vgl. Der Standard, 20.5.1993. S.23.
[1394] Vgl. Der Standard, 18.6.1994. S.17.
[1395] Vgl. Der Standard, 20.7.1994. S.11.
[1396] Vgl. Der Standard, 26.7.1994. S.11.

Im September 1994 verkündete die schweizerische CS Holding, die bisher für eine Beteiligung von 30 Prozent an der CA geboten hatte und in weiterer Folge die gesamte Bank übernehmen wollte, ihren Rückzug aus den Verkaufsverhandlungen. Als Grund für den Verlust ihres Interesses nannte sie die politischen Querelen um den Verkauf. Unter anderem war dem Vertreter der Holding von Vizekanzler Busek mehrmals ein Gespräch verweigert worden. Nunmehr blieb noch die Investorengruppe um die Generali, die um 7,3 Milliarden Schilling Anteile an der Bank kaufen und den Rest über die Börse veräußert sehen wollte. Über ein wiederauflebendes Interesse der Raiffeisen Zentralbank wurde auch spekuliert, offiziell gab es jedoch kein Angebot.[1397] Für den Rückzug der CS-Gruppe machte Finanzminister Lacina die ÖVP verantwortlich. Er befürchtete dadurch einen niedrigeren Gewinn. ÖVP-Obmann Busek und Wirtschaftsminister Schüssel wiesen diese Vorwürfe mit dem Argument zurück, dass sie den Verkauf an die Schweizer nicht verhindern hätten können, auch wenn sie das gewollt hätten, und sprachen sich für den raschen Verkauf an das von ihnen schon bisher präferierte Konsortium aus.[1398] Vor der Nationalratswahl kam es zu keinem Verkauf mehr. Kurz danach erklärte Raiffeisen-Generaldirektor Liebscher, dass seine Bank sich auf Anfrage an einem CA-Kauf beteiligen, jedoch nicht selbst aktiv werden würde.[1399]

Im Koalitionsabkommen für die 29. Gesetzgebungsperiode fand sich bezüglich der Banken folgende Passage:

> „Die Ermächtigung zur Abgabe sämtlicher Bundesanteile an der Bank Austria und der Creditanstalt soll in dieser Gesetzgebungsperiode unter Wahrung österreichischer Interessen auf der Basis eines Bundesgesetzes umgesetzt werden."[1400]

Im Mai 1995 dementierte Raiffeisen Generalanwalt und RZB-Aufsichtsratschef Konrad Gerüchte, wonach sich der Raiffeisensektor gemeinsam mit der deutschen Allianz um die CA bemühe. Gleichzeitig schloss er einen Wiedereinstieg nicht vollkommen aus. Die Erste Bank, die bisher immer in der Generali-Investorengruppe dabei war, verlautbarte nun aber, sich auch gemeinsam mit dem Raiffeisensektor einen CA-Einstieg vorstellen zu können.[1401]

Der neue Finanzminister Staribacher (SPÖ) erklärte im Mai 1995 sein Vorhaben, die CA von einer Investmentbank neu bewerten zu lassen und danach eine Neuausschreibung zu starten. Dagegen sprach sich die ÖVP-Spitze aus. Sie befürchtete eine Verzögerung um

[1397] Vgl. Der Standard, 13.9.1994. S.17.
[1398] Vgl. Die Presse, 14.9.1994. S.1.
Der Standard, 11.5.1995. S.15.
[1399] Vgl. Der Standard, 19.10.1994. S.21.
[1400] Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1994. S.15.
[1401] Vgl. Die Presse, 11.5.1995. S.15.

Jahre und verlangte den Verkauf an die italienisch-deutsch-österreichische Bietergruppe. Staribacher glaubte jedoch trotz Neubewertung an einen Verkauf bis Ende des Jahres (wie es auch vorgesehen war) und kündigte an, Gespräche mit allen bisherigen Interessierten zu führen, um sie zu einem Wiedereinstieg in die Verkaufsverhandlungen zu bewegen. Davon erhoffte er sich einen höheren Preis.[1402]

Auch über die BA entzündete sich wieder ein Streit. Die geplante „Vollkonsolidierung für Finanzholdings" (eine EU-Richtlinie) hätte vor allem die BA betroffen. Sie hätte die Anteilsverwaltung Zentralsparkassa (AVZ), den Mehrheitseigentümer der Bank, in die Konsolidierung einbeziehen müssen, was ihr rund zehn Milliarden Schilling Eigenmittelunterlegung gekostet und damit eine Wachstumsbremse bedeutet hätte. Die SPÖ wollte daher eine zehnjährige Übergangsfrist in das Bankwesengesetz (BWG) aufnehmen. Dagegen sprachen sich aber sowohl ÖVP als auch andere Banken, unter anderem die CA, aus, da sie eine Wettbewerbsverzerrung befürchteten. In diesem Fall drohte eine Anfechtung des Gesetzes vor den EU-Gremien. Für den Finanzminister waren allerdings lange Übergangsfristen international durchaus üblich.[1403]

Bereits im Juli wurde die Bewertung der Bundesanteile an der CA bekannt. Sie betrug 17,5 bis 18,7 Milliarden Schilling. Gleichzeitig kündigte Finanzminister Staribacher an, den Bundesanteil nur als Paket zu verkaufen, da laut Gutachten einzig und allein auf diese Weise der geschätzte Preis zu erreichen war. Angesichts der Höhe des Betrages – er lag rund sechs Milliarden über dem gelegten Angebot – begannen Mitglieder des Konsortiums, einen Rückzug zu überlegen. Andererseits gab es Gerüchte über neue Interessenten wie die Hongkong-Shanghai Banking Corporation (HSBC-Holding) und die Westdeutsche Landesbank. Dem von ÖVP-Kreisen geforderten Abschlag für eine österreichische Lösung wollte die SPÖ nur in einem möglichst geringen Maß zustimmen, da das Geld für das Budget benötigt wurde. Die ÖVP wiederum wollte einem CA-Verkauf ins Ausland keinesfalls zustimmen und erinnerte an die ÖIAG-Debatte, bei der die SPÖ unbedingt österreichische Eigentümer verlangte.[1404] Bereits einen Tag später näherten sich die Spitzen der Koalitionsparteien in dieser Frage an. Nach Meinung der SPÖ sollten nicht nur der Preis, sondern auch die strategischen und geschäftspolitischen Ziele des Käufers beim Verkauf beachtet werden, womit ein österreichischer Partner oder einer mit Bezug zu Österreich als wünschenswert galt. ÖVP-Obmann Schüssel präferierte nach wie vor eine österreichische Lösung. Für ihn war es laut eigenen Aussagen wichtiger,

[1402] Vgl. Der Standard, 11.5.1995. S.23.
[1403] Vgl. Die Presse, 15.6.1995. S.15.
[1404] Vgl. Der Standard, 15.7.1995. S.23.
Der Standard, 18.7.1995. S.11.

dass Schlüsselbereiche wie Energie- oder Kreditwirtschaft österreichische Eigentümer hätten als ein Stahlwerk.[1405]

Im Informationsmemorandum, das Ende April fertiggestellt wurde, fand sich eine nach der Diskussion überraschende deutliche Passage, die einen österreichischen Teilnehmer bei einer Käufergruppe vorschrieb. Außerdem sollte der Partner eine Kredit- oder Finanzinstitution sein, die bei der CA die Führerschaft übernehmen könnte. Damit hatten sich die Chancen für das italienisch-deutsch-österreichische Konsortium wieder deutlich verbessert, und auch über eine Rückkehr des Raiffeisensektors wurde nun spekuliert.[1406]

Anders sah die Lage aber nach Veröffentlichung der Verkaufsausschreibung in der „Wiener Zeitung" und in der Londoner „Financial Times" aus. Darin wurde als Hauptziel des Verkaufs der höchstmögliche Preis genannt, Barzahlung gefordert und nur das gesamte Aktienpaket des Bundes angeboten. Von einer österreichischen Beteiligung war kein Wort zu finden. Von den potentiellen Käufern wurde eine Beschreibung der voraussichtlichen Auswirkungen ihrer Unternehmensstrategie auf die österreichische Wirtschaft und Bankenstruktur verlangt. Allerdings kündigte Finanzminister Staribacher an, bei ähnlichen Angeboten nach eigenem Ermessen entscheiden zu wollen. Eine Sprecherin des Finanzministers interpretierte das als Bevorzugung österreichischer Kandidaten bei gleichlautenden Angeboten. Allgemein wurden die Bedingungen jedoch so interpretiert, dass die Chancen für das Konsortium mit österreichischer Beteiligung damit gegen Null gingen. Vizekanzler Schüssel kritisierte, dass die Inserate nicht mit seiner Partei abgesprochen waren und dass sie nicht konform mit dem Koalitionsabkommen seien.[1407] Schärfer formulierte dies Wirtschaftsminister Ditz. Er wollte unter keinen Umständen einen Verkauf an rein ausländische Bieter und sah als Ausweg eine möglichst breite Streuung der CA-Aktien an der Börse, um möglichst viele Österreicher daran zu beteiligen. Den Preis stufte er als zweitrangig ein. Überraschenderweise sprach sich auch Bundeskanzler Vranitzky für eine österreichische Lösung aus. Für den Inhalt der Ausschreibung machte er nicht den Finanzminister, sondern die damit beauftragte Investmentbank verantwortlich.[1408]

Trotz des Rückschlags legte die oft als „Österreich-Konsortium" bezeichnete italienisch-deutsch-österreichische Gruppe ein höheres Angebot vor, um im Rennen zu bleiben. Zu-

[1405] Vgl. Der Standard, 19.7.1995. S.11.
[1406] Vgl. Die Presse, 25.8.1995. S.11.
[1407] Vgl. Die Presse, 8.9.1995. S.13.
Der Standard, 8.9.1995. S.21.
[1408] Vgl. Der Standard, 9.9.1995. S.1, 15.

vor hatte das Finanzministerium bestätigt, dass es bereits mehrere Interessenten für die CA gab.[1409]

Der Wirtschaftssprecher der SPÖ, Nowotny, verteidigte die Vorgangsweise des Finanzministers. Zwar war auch seiner Ansicht nach der Preis nicht das Wichtigste, gegenüber der weiteren Entwicklung des Institutes eine mehrheitlich österreichische Beteiligung aber zweitrangig.[1410] Gerüchteweise hatten bis zum Ablauf der Frist am 9. Oktober mehrere potentielle Käufer ihr Angebot abgegeben. Allerdings behielt der Finanzminister absolutes Stillschweigen über Anzahl, Identität und Angebotshöhe der Kandidaten.[1411]

Am 12. Oktober kündigte Finanzminister Staribacher den Stopp des Verkaufsprozesses an und begründete dies mit der Regierungskrise *(vgl. Kap. 2.11 Budget 1996 mit Koalitionsbruch)*, die eine Abwicklung erschweren, wenn nicht unmöglich machen würde.[1412]

In den Medien zirkulierten Gerüchte, wonach der eigentliche Grund für die Verschiebung war, dass kein Käufer die vom Finanzminister gewünschte Summe geboten hatte. Einige Tage später erklärte das von der ÖVP bevorzugte Konsortium (einziger offiziell bekannter Bieter), den von der Investmentbank ermittelten und vom Finanzminister gewünschten Preis, der deutlich über dem Börsenkurs der CA-Aktie lag, nicht zahlen zu können.[1413]

Im Wahlkampf blieb Finanzminister Staribacher mit Hinweis auf die EU-Richtlinien dabei, bei einem neuerlichen Anlauf für den CA-Verkauf österreichische Bieter nicht zu bevorzugen.[1414] Im neuen Koalitionsübereinkommen, das im März 1996 unterzeichnet wurde, fand sich zwar der Verkauf der CA als Ziel definiert, von „österreichischen Interessen“ oder gar einer österreichischen Beteiligung war jedoch nichts zu finden.[1415]

Der neue Finanzminister Klima (SPÖ) kündigte den Verkauf für die Jahre 1996/97 an.[1416]

Im Juni begann es im Konsortium, das nach wie vor auf die Übernahme der CA abzielte, zu kriseln. Dabei ging es hauptsächlich um die Frage, welchen Einfluss die Erste Bank haben sollte. Nachdem bereits der Zerfall der Gruppe kolportiert wurde, klärten sich im August die Fronten wieder.[1417] EA Generali, die das Konsortium nach wie vor anführte,

---

[1409] Vgl. Die Presse, 20.9.1995. S.15.
Die Presse, 26.9.1995. S.1.
[1410] Vgl. Der Standard, 28.9.1995. S.24.
[1411] Vgl. Die Presse, 11.10.1995. S.1.
[1412] Vgl. Die Presse, 13.10.1995. S.6.
Der Standard, 13.10.1995. S.24.
[1413] Vgl. Der Standard, 18.10.1995. S.13.
Die Presse, 1.4.1996. S.18.
[1414] Vgl. Der Standard, 18.11.1995. S.18.
[1415] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Koalitionsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1996. S.18.
[1416] Vgl. Die Presse, 1.4.1996. S.18.
[1417] Vgl. Der Standard, 9.7.1996. S.1.
Der Standard, 8.6.1996. S.25.

und Erste Bank erzielten eine Einigung über die angepeilte Konstruktion. Die CA sollte demnach in eine Holding mit der Ersten geführt werden, alle Details der Übernahme waren aber nach wie vor nicht geklärt.[1418] Die Diskussionen innerhalb des Konsortiums gingen aber weiter.[1419] Schließlich setzte Finanzminister Klima der Gruppe ein Ultimatum. Sollte sie bis 7. September kein konkretes Angebot abgeben, würde er den gesamten Verkaufsprozess stoppen und von neuem beginnen.[1420] Kurz vor Ablauf der Frist verließ die Erste Bank das Konsortium. Die Verbleibenden legten dem Finanzminister dennoch ein Offert vor, in dem sie für einen Teil der Bundesanteile 7 Milliarden Schilling boten.[1421] Finanzminister Klima verlangte allerdings eine Exaktifizierung. Vor allem wollte er wissen, wer aus dem Konsortium wie viele Aktien übernehmen würde.[1422] Vizekanzler Schüssel bedauerte den Ausstieg der Erste Bank und verlangte vom Finanzminister die Prüfung, ob das Restkonsortium nun einen österreichischen Kern innehabe. Sollte dem nicht so sein, sah Schüssel in einer schrittweisen Privatisierung der Bank über die Börse eine überlegenswerte Alternative.[1423] Am 23. September lehnte der Finanzminister das Angebot ab. Seiner Begründung nach entsprach es nicht dem gesetzlichen Privatisierungsauftrag, da nur sieben Milliarden geboten wurden (der Rest der CA-Aktien sollte über die Börse verkauft werden, um so die fehlende Summe aufzubringen), kein österreichischer Kern vorhanden war und das Ergebnis auch nicht zu einer Strukturbereinigung im österreichischen Bankensektor geführt hätte. Der Finanzminister kündigte an, erneut eine Ausschreibung durchzuführen, diesmal aber nicht für das gesamte Aktienpaket des Bundes. Ansonsten sollten die Auflagen wie bisher den gesetzlichen Auftrag erfüllen.[1424] In den darauf folgenden Wochen wurde in den Medien viel über neue bzw. alte Interessenten(gruppen) spekuliert. Gesichert war jedoch nur, dass sich erneut ein Konsortium aus Generali und Erste Bank gebildet hatte, um für die CA zu bieten.[1425] Als zur „Due

---

Die Presse, 6.7.1996. S.1.
Der Standard, 11.7.1996. S.1.

[1418] Vgl. Die Presse, 13.8.1996. S.1.
Der Standard, 13.8.1996. S.13.

[1419] Vgl. Der Standard, 31.8.1996. S.17.

[1420] Vgl. Der Standard, 3.9.1996. S.15.

[1421] Vgl. Die Presse, 7.9.1996. S.1.
Der Standard, 7.9.1996. S.17.

[1422] Vgl. Der Standard, 9.9.1996. S.11.

[1423] Vgl. Der Standard, 11.9.1996. S.15.

[1424] Vgl. Die Presse, 24.9.1996. S.13.
Der Standard, 24.9.1996. S.1, 15.

[1425] Vgl. Der Standard, 25.9.1996. S.17.
Der Standard, 3.10.1996. S.17.
Der Standard, 12.11.1996. S.13.
Der Standard, 13.11.1996. S.13.
Die Presse, 19.11.1996. S.1.

Diligence-Prüfung“[1426], bei der den potentiellen Käufern Einblick in Daten des Verkaufsobjektes gewährt wurde, nur das bekannte Konsortium um Generali und Erste Bank erschienen war und der Finanzminister erklärte, der zweite wolle seine Identität nicht bekanntgeben, begannen die Gerüchte um den unbekannten Bieter zu brodeln. Von einem Konsortium aus RZB und BA wurde gesprochen genauso wie von der Möglichkeit, dass es überhaupt keinen weiteren Bieter (mehr) gäbe.[1427]

Am 10. Dezember meldete die Abendausgabe der Kronen Zeitung, dass die BA auch ein Angebot für die CA abgegeben hatte. Aus der BA gab es dazu keinen Kommentar. CA-Aufsichtsratspräsident Walter Fremuth bestätigte jedoch das Gerücht. Finanzminister Klima[1428] wollte die Namen der Angebotsleger erst nach Ende der Angebotsfrist am Montag, den 16. Dezember, bekannt geben.[1429] Am nächsten Tag galt das Gerücht als bestätigt, dass die BA bereit war, 16 Milliarden Schilling – also eine Summe, die deutlich über der des Generali-Konsortiums lag – für die Bundesanteile an der CA zu zahlen.[1430]

An diesem Tag kam es auch im Nationalrat zu einigen Wortmeldungen, die am Rande auch die Frage des CA-Verkaufs behandelten, so warnte zum Beispiel der ÖVP-Abgeordnete Stummvoll:

> „Ich möchte unabhängig von Namen, unabhängig von Betrieben in jedem Bereich vermeiden, daß es zu Machtzusammenballungen kommt, zu Machtzusammenballungen, die letztlich zu Lasten unserer mittelständischen Wirtschaft gehen. Das ist eine ordnungspolitische Position und keine Einmischung in aktuelle Unternehmensüberlegungen.“[1431]

Und Josef Höchtl, ebenfalls Abgeordneter der ÖVP:

> „Wenn wir sagen, wir sind für Privatisierung, so meinen wir dieses Ziel als umfassendes Ziel. Privatisierung kann nicht alleine die Abgabe der Anteile des Bundes an irgend jemanden bedeuten, Privatisierung heißt auch, daß man nicht eine Kommunalisierung einer Institution durchführt, denn Kommunalisierung ist nichts anderes als eine Verstaatlichung auf Länder- oder Gemeindeebene. Und wir sind auch dagegen, denn das ist nicht die Vorgangsweise, wie wir uns eine sinnvoll durchgeführte Privatisierung vorstellen. Deswegen eine eindeutige Festlegung: Für Privatisierung und gegen Machtkonzentration! Gegen Kommunalisierung!“[1432]

Insgesamt waren die Reaktionen der ÖVP relativ zurückhaltend, was in Zeitungen auch auf eine Schrecksekunde oder auf die Suche nach einer Linie zurückgeführt wurde. Von

---

[1426] Beim Erwerb eines Unternehmens muss das erwerbende Management die an den Tag gelegte Sorgfalt (due diligence) des Managements bei der Führung der Geschäfte der zu übernehmenden Gesellschaft prüfen, um das zu übernehmende Risiko möglichst weit einzuschränken.

[1427] Vgl. Die Presse, 30.11.1996. S.23.

[1428] Klaus Grubelnik stellt in seinem Buch „Die Rote Krake“ die Vermutung auf, Finanzminister Klima habe bereits im Sommer des Jahres 1996 von dem Plan der BA, die CA zu kaufen, gewusst. Beweise dafür gibt es aber keine.

[1429] Vgl. Die Presse, 11.12.1996. S.13.
Der Standard, 11.12.1996. S.1, 19.

[1430] Vgl. Die Presse, 12.12.1996. S.15.
Der Standard, 12.12.1996. S.1.

[1431] Stummvoll, Günter: Stenographische Protokolle des Nationalrates 51/NRSITZ (XX. GP). S.39f.

[1432] Höchtl, Josef: Stenographische Protokolle des Nationalrates 51/NRSITZ (XX. GP). S.50f.

der SPÖ gab es dazu keine nennenswerten Reaktionen, außer den Hinweis von Finanzminister Klima auf seine gesetzeskonforme Vorgehensweise.[1433] FPÖ-Obmann Haider sprach sich für den Verkauf der CA an die BA aus und behauptete, schon vor Wochen von BA-Generaldirektor Randa, der entsprechende Gerüchte sonst als „Faschingsscherz" abgetan hatte, informiert worden zu sein. Gerhard Randa bestritt das allerdings.[1434] Indes wurde immer klarer, dass der Einstieg der BA in die Verkaufsverhandlungen von langer Hand geplant war, da sich die Bank offenbar schon seit geraumer Zeit um die Aufbringung der notwendigen Summe gekümmert hatte.[1435] Eine Erweiterung erfuhr der Konflikt durch die Äußerung der Raiffeisenspitze, die Gruppe wäre am Kauf der im Staatsbesitz stehenden Postsparkassen interessiert.[1436]

In der Sitzung des Nationalrates am 13. Dezember kam es im Rahmen einer Dringlichen Anfrage der FPÖ zum Thema „harter Schilling – weicher Euro" zu einer Debatte über den Verkauf der CA. Die ÖVP brachte dabei zwei Argumente gegen einen möglichen Verkauf an die BA vor. Erstens die drohende Machtkonzentration, zweitens, dass es sich dabei um keine Privatisierung, sondern um eine Kommunalisierung handeln würde, da sich ja die BA mehrheitlich im Besitz der Stadt Wien befand:

> „Meine Damen und Herren! Das ist keine Privatisierung! Das ist das Gegenteil einer Privatisierung, das ist eigentlich eine Reverstaatlichung, eine Kommunalisierung. Und für mich ist Kommunalisierung keine Zukunftsstrategie, sondern ein Schritt in die Vergangenheit, ein Rückschritt!
>
> Man weiß, wie die Konstruktion der Anteilsverwaltung Zentralsparkasse im Detail ausschaut. Dort sind Gemeinderatsbeschlüsse notwendig, dort haben die Betriebsräte ein Vetorecht. Unter solchen Voraussetzungen sind wir als Volkspartei nicht bereit, über eine Zukunftsstrategie für den Bankensektor zu reden. Das wäre ein Rückschritt, ein Schritt in die Vergangenheit
>
> Meine Damen und Herren! Was das Stichwort "Zusammenballung wirtschaftlicher Macht" betrifft: Ich möchte jetzt gar nicht darauf eingehen, daß diese beiden großen Banken, Bank Austria und Creditanstalt, heute 95 Prozent der Großbetriebe und ungefähr 65 Prozent der mittelständischen Wirtschaft als Kunden haben, sondern darauf, daß beide Banken auch Industriekonzerne haben, die zusammengelegt die Größenordnung der früheren verstaatlichten Industrie hätten. Unselige Erinnerungen werden da wach."[1437]

Die SPÖ-Redner wiesen auf den gesetzlichen Auftrag des Finanzministers hin und betonten, dass dieser sich daran halten müsste. SPÖ-Klubobmann Kostelka sprach die parteipolitische Motivation der ÖVP an (Stichwort: „rote Bank kauft schwarze Bank"). Außerdem bezichtigte er die ÖVP des Koalitionsbruches, da während der Sitzung bereits die

[1433] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 51/NRSITZ (XX. GP). S.29-64.
[1434] Vgl. Grubelnik, Klaus: Die rote Krake. S.14.
[1435] Vgl. Der Standard, 12.12.1996. S.19.
[1436] Vgl. Der Standard, 13.12.1996. S.26.
[1437] Stummvoll, Günter: Stenographische Protokolle des Nationalrates 53/NRSITZ (XX. GP). S.115.

Annahme eines Entschließungsantrages von ÖVP und FPÖ absehbar war.[1438] Tatsächlich hatten zuerst ÖVP und FPÖ getrennte Anträge eingebracht; der zweite, von Maria Rauch-Kallat (ÖVP) formulierte, wurde schließlich gegen die Stimmen von SPÖ, Grünen und Liberalen angenommen. Die ÖVP begründete diese Vorgangsweise mit dem drohenden Koalitionsbruch der SPÖ durch die „Kommunalisierung" der CA. In dem Entschließungsantrag wurde die Bundesregierung mit Bezug auf das Privatisierungsgesetz von 1991 und das Koalitionsabkommen aufgefordert:

> „...die Bundesanteile an CA und Bank Austria echt (vollständig) zu privatisieren und nicht diese Anteile bloß an unmittelbar oder mittelbar im Einflußbereich von Gebietskörperschaften befindlicher Unternehmungen abzugeben.
>
> Darüber hinaus wird die Bundesregierung ersucht, raschest mit der Gemeinde Wien in Verhandlungen zu treten, die sicherstellen, daß die Anteilsverwaltung Zentralsparkasse ihre Anteile an der Bank Austria gleichfalls an private Interessenten veräußert."[1439]

Die Annahme dieses Antrags hatte jedoch keinerlei rechtliche Auswirkungen, da der Finanzminister aufgrund des Privatisierungsgesetzes nach wie vor dazu berechtigt war, die CA zu verkaufen. Deswegen brachte die ÖVP noch einen Antrag auf Änderung dieses Gesetzes ein, der allerdings zuerst dem Finanzausschuss zugewiesen werden musste. Demnach hätte die CA nicht mehr an ein Unternehmen (bzw. Bank) verkauft werden dürfen, das mittelbar oder unmittelbar unter Einfluss des Staates (Gebietskörperschaften) stand. Kurz darauf zog sie den Antrag aber wieder zurück. SPÖ-Klubobmann Kostelka interpretierte das Vorgehen der ÖVP als Zerrütten der Koalition und sah die Regierungspartnerschaft in Gefahr. Die Parteiobmänner Vranitzky und Schüssel beruhigten hingegen, wobei der ÖVP-Obmann heftig kritisierte, dass das Angebot der BA monatelang vorbereitet worden war, ohne dass seine Partei davon Informationen erhalten hätte. Bei einer Betriebsversammlung der CA kam es zu heftigen Protesten der Belegschaft gegen die drohende Übernahme durch die BA.[1440]

Am Tag, an dem die Angebotsfrist endete, wechselten die Vorwürfe die Seiten, der jeweils andere habe einen Koalitionsbruch begangen. Allerdings kündigte SPÖ-Klubobmann Kostelka an, dass bei einem Zuschlag für die BA die Anteile der Stadt Wien zurückgenommen werden würden.[1441] An diesem Tag wurde auch bekannt, dass das italienisch-deutsch-österreichische Konsortium sein Angebot auf alle Anteile des Bundes ausgeweitet hatte (rund 14 Milliarden Schilling) und die Karl-Wlaschek-Stiftung ebenfalls um die CA mitbot (rund 15 Milliarden Schilling). Mit der BA (rund 17 Milliar-

---

[1438] Vgl. Kostelka, Peter: Stenographische Protokolle des Nationalrates 53/NRSITZ (XX. GP). S.137.

[1439] Entschließungsantrag von Maria Rauch-Kallat. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 53/NRSITZ (XX. GP). S.135.

[1440] Vgl. Die Presse, 14.12.1996. S.1.
Der Standard, 14.12.1996. S.27.

[1441] Vgl. Der Standard, 16.12.1996. S.1, 5, 13.

den Schilling) waren es somit drei Bieter. SPÖ-Politiker beteuerten mittlerweile immer wieder, dass der Finanzminister das beste Angebot zu nehmen habe, wobei auch eine Sympathie für die BA zu erkennen war. Der Finanzminister erklärte, dass er nach EU-Recht dazu verpflichtet wäre, dem höchsten Angebot den Zuschlag zu erteilen. Jedes andere Verhalten hätte beeinsprucht werden können, weil die Eigentümerstruktur des Käufers hier keine Rolle spielen durfte. Diese Meinung bestätigte auch ein Sprecher der EU-Kommission. Die ÖVP hingegen kündigte an, einem Verkauf an die BA ihre Zustimmung zu verweigern. Die Schuld für die Klimaverschlechterung innerhalb der Koalition gab die ÖVP-Generalsekretärin dem Koalitionspartner. Von Neuwahlen wollte sie nicht sprechen, schloss diese aber nicht gänzlich aus. Auch innerhalb der Wiener Landeskoalition zwischen SPÖ und ÖVP kam es zu einer Krise. Der Wiener ÖVP-Obmann und Vizebürgermeister Görg beschwerte sich, nicht über die Pläne der BA informiert worden zu sein. Seine Fraktion brachte einen Antrag auf völlige Privatisierung der AVZ-Anteile (Die AVZ hielt 41 Prozent an der BA[1442]) im Gemeinderat ein.[1443] Dieser Antrag erhielt durch die Zustimmung von ÖVP und FPÖ genau 50 Prozent der Stimmen und galt daher als abgelehnt.[1444]

Am 17. Dezember forderte ÖVP-Obmann Schüssel von Finanzminister Klima, das Angebot der BA auszuscheiden, da es nicht dem Koalitionsabkommen entsprechen würde. Das lehnte die gesamte SPÖ ab. Ihre Vertreter beriefen sich dabei auf das Höchstbieterprinzip. Die Koalition wollten aber sämtliche Spitzenvertreter beider Koalitionsparteien nicht verlassen. Allerdings deutete Schüssel einen möglichen Verkauf der CA an die BA als Koalitionsbruch, der das Arbeitsübereinkommen für die laufende Legislaturperiode zu Altpapier machen würde.[1445] Am nächsten Tag spitzte sich die Lage weiter zu. ÖVP-Klubobmann Khol brachte einen Antrag auf Änderung des Privatisierungsgesetzes ein, wonach ein Verkauf der CA an die BA rückwirkend mit 1. Dezember ausgeschlossen werden sollte, da sie unter Einfluss der Stadt Wien stand. Außerdem drohte er mit einer Sondersitzung des Nationalrates und wollte auch einen Misstrauensantrag gegen Finanzminister Klima nicht explizit ausschließen. Auf jeden Fall sollten alle Mittel genützt werden, um den Verkauf der CA an die BA zu verhindern. Da sich aber nicht einmal die FPÖ mit dieser Vorgehensweise anfreunden konnte, waren die Chancen auf eine Geset-

[1442] Vgl. Kleine Zeitung, 21.12.1996. S.27.
[1443] Vgl. Die Presse, 16.12.1996. S.6.
Die Presse, 17.12.1996. S.1, 7.
Der Standard, 17.12.1996. S.1, 5.
[1444] Vgl. Die Presse, 19.12.1996. S.1, 7.
Der Standard, 19.12.1996. S.1, 5, 19.
[1445] Vgl. Die Presse, 18.12.1996. S.1, 7.
Der Standard, 18.12.1996. S.1, 6.

zesänderung verschwindend gering. Auch in der Wiener Landespolitik kam es zu einem Streit in der rot-schwarzen Koalition. Die SPÖ bezeichnete auf allen Ebenen das Vorgehen der ÖVP als parteipolitisch motiviert und wies immer wieder auf den gesetzlichen Auftrag hin. Der Finanzminister beteuerte erneut, dass er sich bei Nichtbeachtung strafbar machen würde. Einen Bruch der Koalition hielten aber beide Parteien trotz der Eskalation des Konflikts für unwahrscheinlich.[1446]

In der Sitzung des Bundesrates am 19. Dezember beschloss die ÖVP gemeinsam mit der FPÖ drei Entschließungsanträge gegen die Stimmen der SPÖ. Der erste lautete folgendermaßen:

> „Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, ehestmöglich den Entwurf einer Novelle zum Sparkassengesetz vorzulegen, mit dem die Haftung der Gemeinden für die Verbindlichkeiten der Gemeindesparkassen in jedem Fall ausgeschlossen wird."[1447]

Im zweiten wurde die Privatisierung aller im Besitz des Staates stehenden Betriebe gefordert. Und der dritte war identisch mit dem bereits im Nationalrat beschlossenen *(vgl. oben)*.[1448]

Am nächsten Tag gab es keine wesentlichen Fortschritte in der Diskussion; beide Parteien blieben bei ihren Standpunkten und Argumenten. Zur Lösung des Problems sollte auch ein Gespräch zwischen den Parteiobmännern Vranitzky und Schüssel beitragen. Mittlerweile war allerdings klar, dass sich eine Entscheidung vor Weihnachten, wie das ursprünglich geplant war, nicht mehr ausgehen konnte, auch weil der Finanzminister noch ein Gutachten der mit der Abwicklung des Geschäfts betrauten Investmentbank abwarten wollte.[1449] Die Parteispitzen einigten sich auf ein Gipfelgespräch vor dem Jahreswechsel, in dem auch Finanz- und Wirtschaftsminister teilnehmen und nach einem Ausweg suchen sollten. Eine Veränderung der Positionen war jedoch nicht zu erkennen.[1450] Am 22. Dezember verkündete Finanzminister Klima eine 24-Stunden-Frist für die Nachbesserung der Angebote. Damit stiegen vor allem die Chancen der beiden Mitbewerber der BA. ÖVP-Klubobmann Khol, dessen Wortmeldungen gegen die BA seit Beginn an zu den schärfsten aus seiner Partei gehört hatten, blieb weiter bei seinem Standpunkt. Er erwartete bei einem Zuschlag für den von ihm ungeliebten Bieter ein EU-Verfahren, da die Haftung der Gemeinde Wien für die AVZ und damit auch für die BA

[1446] Vgl. Die Presse, 19.12.1996. S.1, 7.
Der Standard, 19.12.1996. S.1, 5, 19.

[1447] 620/BRSITZ/96620. Sitzung des Bundesrates vom 19. Dezember 1996, Entschließungsantrag E149. S.116.

[1448] Vgl. 620/BRSITZ/96620. Sitzung des Bundesrates vom 19. Dezember 1996, Entschließungsantrag E149. S.112-136.

[1449] Vgl. Die Presse, 20.12.1996. S.7.
Der Standard, 20.12.1996. S.1, 17.

[1450] Vgl. Der Standard, 21.12.1996. S.5.

eine Wettbewerbsverzerrung darstellen würde. Eine politische Abmachung über die Besetzung von Aufsichtsratsposten als Kompromiss schlossen beide Parteien aus. Die Vorwürfe aus der ÖVP, der Finanzminister habe den Koalitionspartner zu spät über das Angebot der BA informiert, wies dessen Sprecher zurück. Laut seinen Aussagen war Vizekanzler Schüssel im September und Wirtschaftsminister Farnleitner am 6. Dezember informiert worden.[1451] Am nächsten Tag erklärte jedoch Bundeskanzler Vranitzky, wie alle anderen auch erst im Dezember vom definitiven Offert erfahren zu haben. In seinem Buch „Politische Erinnerungen" schrieb Vranitzky, dass er im Sommer 1995 das erste Mal von Gerhard Randa von Überlegungen, bei der CA einzusteigen, informiert wurde. Auch im Herbst 1997, vor der erneuten Ausschreibung des Verkaufs, hatte Randa laut Vranitzky sein Interesse erneuert.[1452] Am 7. Dezember erklärte Finanzminister Klima den 10. Jänner zum Ende einer nun doch längeren Nachbesserungsfrist.[1453] Die SPÖ wertete das als Entgegenkommen für die ÖVP. ÖVP-Wirtschaftsminister Farnleitner hatte sich zwar gegen die Nachfrist ausgesprochen, ließ aber nach der Entscheidung keine Verärgerung erkennen. Allerdings bezeichnete er eine breite Privatisierung der CA über einen Börsegang als nach wie vor mögliche und gute Variante. Finanzminister Klima widersprach ihm diesbezüglich. Aus seiner Sicht konnte er selbst den laufenden Verkaufsvorgang nun nicht mehr stoppen.[1454] Die ursprüngliche und bisher nicht zurückgenommene Forderung von Vizekanzler Schüssel, das BA-Angebot auszuscheiden, lehnte Bundeskanzler Vranitzky in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Presse" strikt ab. Im selben Gespräch deutete er an, dass es gemeinsam mit dem Zuschlag für die BA eine „größere Lösung" im Bankenbereich geben könnte, was dahingehend interpretiert wurde, dass der „schwarze" Raiffeisensektor die PSK erhalten sollte. Außerdem wies er auf die Bereitschaft der Gemeinde Wien hin, sich langsam mit ihrer AVZ aus der BA zurückzuziehen.[1455] Den Vorschlag von Wirtschaftsminister Farnleitner, die CA über einen Börsegang zu verkaufen, lehnten seine Partei und der Finanzminister ab. Für Letzteren spra-

---

[1451] Vgl. Die Presse, 23.12.1996. S.1, 13.
Der Standard, 24.12.1996. S.15.

[1452] Vgl. Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen. S.370f.
Laut Grubelnik (Die rote Krake) war Bundeskanzler Vranitzky von Wirtschaftsminister Farnleitner mehrmals auf die Befürchtung von CA-Generaldirektor Schmidt-Chiari, die BA plane den Kauf der CA, angesprochen worden. Dieser hatte immer wieder, zuletzt am 9. Dezember 1996 – also einen Tag vor Bekanntwerden des Angebots – versichert, nichts davon zu wissen.
Van der Bellen vermutet in „Bankenstrukturen und Politik", wie auch Chorherr in „Die Roten Bürger" eine gemeinsame Aktion von Wiener SPÖ und Finanzminister Klima, von der Vranitzky erst am Tag des offiziellen Bekanntwerdens des Angebots erfuhr und die auch das Ende der Ära Vranitzky einläuten sollte.

[1453] Vgl. Die Presse, 28.12.1996. S.7.

[1454] Vgl. Der Standard, 28.12.1996. S.1, 19.
Die Presse, 28.12.1996. S.17.

[1455] Vgl. Die Presse, 28.12.1996. S.1.

chen mehrere Gründe gegen diese Variante: Der Verkaufserlös würde sich um geschätzte zwei Milliarden Schilling verringern, der Verkauf könnte aufgrund der geringen Aufnahmefähigkeit des österreichischen Kapitalmarktes nur in mehreren Schritten erfolgen, durch den Stopp des laufenden Verfahrens würde Österreich international an Reputation verlieren und die Vorgabe nach Strukturverbesserung des österreichischen Kreditwesens würde auch nicht erfüllt werden.[1456]

Am 30. Dezember spitzte sich die Lage erneut zu. Die ÖVP beantrage eine Sondersitzung des Nationalrates mit dem Ziel, ein Privatisierungsgesetz zu beschließen, durch das Bankmitarbeiter und Kleinaktionäre begünstigte („Volks"-)Aktien kaufen könnten. Sie warnten den Finanzminister, vor der Sitzung eine Entscheidung zu treffen. Alle anderen im Parlament vertretenen Parteien sprachen sich aber dagegen aus, womit eine Annahme als äußerst unwahrscheinlich galt. Die SPÖ warf dem Koalitionspartner vor, damit den Koalitionspakt zu brechen. ÖVP-Klubobmann Khol bestätigte diese Sichtweise sogar, begründete den Schritt aber damit, nur so den Inhalt des Übereinkommens erfüllen zu können, und hielt dadurch sogar eine Stärkung der Koalition für möglich. SPÖ-Klubobmann Kostelka deutete das Ende der Koalition an und warf, wie auch SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Ederer, der ÖVP vor, aus parteipolitischen Motiven eine Lösung zu verlangen, die zu Lasten der Steuerzahler ginge. ÖVP-Wirtschaftssprecher Stummvoll wies auf die Formulierung im Ermächtigungsgesetz für den CA-Verkauf hin, die nicht den höchstmöglichen Preis, sondern die bestmögliche Veräußerung verlangte. Diese Bedingung erfüllte das Angebot der BA seiner Ansicht nach nicht.[1457] In einem Interview in der Zeitung „Der Standard" erklärte Bundeskanzler Vranitzky in einer Reaktion auf das Vorgehen der ÖVP das Parlament für nicht zuständig und sah die Entscheidungsbefugnis alleine beim Finanzminister. Dass die ÖVP von den Absichten der BA erst so spät erfahren hatte, sah er als eine aufgrund der Verschwiegenheitspflicht des Finanzministers unveränderbare Notwendigkeit an. Dabei zeigte er sogar Verständnis für die Einstellung der ÖVP:[1458]

> „Es ist natürlich eine wichtige Geschichte, und ich weiß, daß der ÖVP-Obmann um das ÖVP-Bollwerk Creditanstalt besorgt ist. Ich denke mir aber auf der anderen Seite, ob sich in drei oder fünf Jahren irgend jemand noch fragen wird, ob das Institut einen roten oder einen schwarzen Bereichsdirektor hat, sondern man wird sich fragen, ob das eine tüchtige Bank ist."[1459]

[1456] Vgl. Der Standard, 30.12.1996. S.13.
[1457] Vgl. Die Presse, 31.12.1996. S.7, 15.
Der Standard, 31.12.1996. S.5, 13.
[1458] Vgl. Der Standard, 31.12.1996. S.5.
[1459] Vranitzky, Sperl, Krawagner-Pfeifer. In: Der Standard, 31.12.1996. S.5.

In den Medien wurde parallel zu dem Streit über alle erdenklichen neuen Konstruktionen von Bieter-Konsortien spekuliert, die eine Entschärfung des politischen Konflikts bringen hätten können.[1460]

Auch in die Konfliktfronten schien etwas Bewegung zu kommen. Finanzminister Klima erlaubte den Bietern, untereinander Partner zu tauschen, womit ein Zusammengehen der überbotenen Wlaschek-Stiftung und des Konsortiums möglich wurde. SPÖ-Finanzsprecher Nowotny stellte ein Kompromissangebot in den Raum, wonach der Finanzminister den Höchstbieter dazu verpflichten sollte, nach dem Kauf für die Streuung einer möglichst großen Anzahl von Aktien an der Börse zu sorgen. Die ÖVP zeigte sich zwar erfreut über das Aufweichen der Fronten, aber nicht zufrieden mit dem Vorschlag. Gleichzeitig war laut ÖVP-Klubobmann Khol keine Rede mehr von einem Misstrauensantrag gegen den Finanzminister.[1461] Bereits am nächsten Tag schien eine Einigung wieder in weite Ferne gerückt. Vizekanzler Schüssel wollte von dem Kompromissvorschlag nichts wissen und einen Misstrauensantrag gegen Klima nicht mehr ausschließen, wenn dieser den Verkauf an die BA vor der Sondersitzung des Nationalrates durchführen würde. Ein derartiges Vorgehen Klimas wertete er als Bruch des Koalitionsabkommens. Von der immer wieder diskutierten Einbindung anderer Banken in die CA-Privatisierung (Stichwort „Raiffeisen") wollte Schüssel ebenfalls nichts wissen, da es ihm nach seinen eignen Worten nicht um eine „schwarze Bank", sondern um eine saubere marktwirtschaftliche Lösung ohne politische Hintergründe ging.[1462] Im Gegensatz zu Schüssel sah Bundeskanzler Vranitzky in der Sondersitzung keinen Grund für eine Verschiebung der Entscheidung durch den Finanzminister. Zur Lösung des Konflikts wollte er den Koalitionsausschuss einberufen. Schärfer formulierte SPÖ-Klubobmann Kostelka die Kritik am Koalitionspartner. Er warnte ihn davor, sich wie angekündigt für die erwünschten Beschlüsse Mehrheiten im Parlament zu suchen.[1463] Die CA-Volksaktie lehnten alle Vertreter der SPÖ ab. Auf ihrem traditionellen Dreikönigstreffen erarbeitete die ÖVP drei Lösungsvorschläge. Erstens: Verkauf von 50 Prozent der Bundesanteile an das Konsortium und ein „secundary offering"[1464] des Rests an der Börse. Zweitens: Verkauf über soge-

[1460] Vgl. Die Presse, 2.1.1997. S.12.
Der Standard, 3.1.1997. S.1.

[1461] Vgl. Die Presse, 3.1.1997. S.11.
Der Standard, 3.1.1997. S.1, 17.

[1462] Vgl. Der Standard, 4.1.1997. S.1.
Die Presse, 4.1.1997. S.6.

[1463] Vgl. Die Presse, 7.1.1997. S.6.
Der Standard, 7.1.1997. S.5.

[1464] Im Gegensatz zum IPO (initial public offering – sogen Börsegang) handelt es sich beim „secundary offering" um die Kapitalerhöhung durch Ausgabe neuer Aktien einer bereits börsengelisteten Gesellschaft.

nannte „Volksaktien“. Und drittens: Verkauf von 50 Prozent an die BA und der zweiten Hälfte an der Börse. Bedingung für diese dritte, in der ÖVP unbeliebteste Variante, wäre allerdings der vollständige Rückzug der AVZ aus der BA innerhalb von 12 bis 18 Monaten und die sofortige Streichung aller Subventionen und Beihilfen für BA und CA (gemeint war vor allem die Bundesbeihilfe für die Sanierung der Länderbank, die mit der „Z“ nun die BA bildete). Finanzminister Klima lehnte dies ab und kündigte an, eher das Ende der Koalition zu riskieren als auf drei Milliarden Schilling zu verzichten. Außerdem wollte er die Entscheidung noch vor der Sondersitzung treffen und gab erstmals die Information preis, dass auch die Strategie der BA für die CA von der Investmentbank am besten beurteilt worden war. Beim Rückzug der AVZ ließ die SPÖ aber Gesprächsbereitschaft erkennen. Beide Parteien beteuerten dabei immer wieder, die Koalition nicht wegen der aktuellen Krise platzen lassen zu wollen.[1465] Dennoch erzielten ÖVP und FPÖ am 9. Jänner eine Einigung über drei Gesetzesvorlagen:

- verpflichtendes Kaufangebot für Kleinaktionäre bei der Übernahme eines Unternehmens (CA) zum selben Preis wie für den Verkäufer (Bund)
- Verpflichtung für alle Gemeindesparkassen, ein Haftungsentgelt an die jeweiligen Haftungsgeber (die Gemeinden) zu bezahlen, in späterer Folge Aufhebung der Haftungen bzw. Privatisierung der Gemeindesparkassen
- schnellstmögliche Umsetzung der EU-Konsolidierungsrichtlinien (würde der BA kurzfristig mehrere Milliarden Schilling kosten) *(vgl. oben)*

Jeder einzelne Punkt hätte eine deutliche Verteuerung des Kaufs der CA durch die BA bedeutet. Aus der SPÖ kam scharfe Kritik an den Verhandlungen der ÖVP mit der FPÖ. Ihre Vertreter stellten die Frage, ob die ÖVP eigentlich weiter in der Koalition bleiben wolle. Außerdem prognostizierten sie für die Zukunft eine erschwerte Koalitionsarbeit. Kurz vor dem Ende der Angebotsfrist kündigte der Finanzminister erneut an, noch vor der Sondersitzung einen Verkaufsentscheid zu treffen und dem Bestbieter den Zuschlag zu erteilen, um keinen Gesetzesbruch zu begehen. Über den Termin für die Sitzung des Koalitionsausschusses war mittlerweile Übereinstimmung erzielt worden. Die ÖVP hatte einen Termin am Tag vor der Sondersitzung des Nationalrates, also am 13. Jänner, gewünscht, während die SPÖ ein möglichst rasches Zusammentreffen bevorzugt hatte. Schließlich legte man den 11. Jänner als Datum fest; teilnehmen sollten Bundeskanzler Vranitzky, Vizekanzler Schüssel, Finanzminister Klima, Wirtschaftsminister Farnleitner,

[1465] Vgl. Der Standard, 8.1.1997. S.5, 6.
Die Presse, 8.1.1997. S.1, 7, 13.
Die Presse, 9.1.1997. S.1, 7, 8.
Der Standard, 9.1.1997. S.5, 6.

die Klubobmänner Khol und Kostelka und auf ÖVP-Seite zusätzlich Wirtschaftskammer-Generalsekretär Stummvoll und Wiens Vizebürgermeister Görg. Die Entscheidung des Finanzministers für einen Käufer erwarteten die Medien für die Zeit unmittelbar nach der Aussprache in der Koalition.[1466] Vor dem Koalitionsausschuss versicherten die Spitzen beider Parteien, dass die Koalition weiter geführt werde, sprachen aber auch von schweren Belastungen durch die Ereignisse der vergangenen Wochen. Zunächst gab es nicht einmal Einigkeit, worüber in dem Gipfeltreffen überhaupt gesprochen werden sollte. Die SPÖ verlangte genaue Auskunft über die gemeinsamen Gesetzesvorlagen von ÖVP und FPÖ. Die ÖVP wollte den Koalitionspartner darüber aber erst nach einer weiteren Verhandlungsrunde mit der FPÖ am 13. Jänner informieren. Die SPÖ kritisierte die geplanten Anträge von ÖVP und FPÖ. Aus der Sicht von Finanzminister Klima hätten diese außerdem nicht mehr für den Verkauf der CA, sondern erst für die Zukunft wirksam werden können. Die Autoren der Gesetzesvorlagen sahen das allerdings anders.[1467] In diesen Tagen liefen streng vertrauliche Verhandlungen zwischen Wirtschaftsminister Farnleitner und BA Generaldirektor Randa, welche Bedingungen die BA akzeptieren könnte.[1468] Am Tag vor dem Zusammentreffen der Koalitionsspitzen wurde in der Öffentlichkeit bekannt, dass die BA auch nach Ende der Nachfrist weiterhin mit Abstand das höchste Angebot[1469] vorgelegt hatte.

Die Sitzung des Koalitionsausschusses (zu der auch BA Generaldirektor Randa immer wieder beigezogen wurde) dauerte von 14.30 Uhr bis 1.25 Uhr. Schließlich gelang eine Einigung. Während der Sitzung gab es laut Pressemeldungen eine Entschuldigung von ÖVP-Klubobmann Khol für die kurz zuvor gewählte Formulierung, der Stil des Bundeskanzlers „kotze ihn an", nachdem dieser angekündigt hatte, im Koalitionsausschuss nicht über die CA reden zu wollen. Zusätzlich entschuldigte sich auch SPÖ-Klubobmann Kostelka für seine Aussage, die ÖVP befinde sich auf der „Kokospalme". Inhaltlich sah die Einigung folgendermaßen aus:

- Verkauf der CA an die BA um 17,2 Milliarden Schilling
- Eigenständigkeit der CA für mindestens fünf Jahre
- unbefristeter Kündigungsschutz für die Mitarbeiter der CA

[1466] Vgl. Die Presse, 10.1.1997. S.1, 8, 13.
Der Standard, 10.1.1997. S.1, 6.

[1467] Vgl. Die Presse, 11.1.1997. S.1, 7.
Der Standard, 11.1.1997. S.1, 5, 15.

[1468] Vgl. Grubelnik, Klaus: Die rote Krake. S.21.

[1469] Die Bank Austria hatte ihr Angebot von 16,7 auf 17,2 Milliarden erhöht. Das Konsortium bot nunmehr 15,1 Milliarden. Die Karl-Wlaschek-Stiftung hatte die Höhe ihres Angebotes nicht verändert.

- Angebot an die Mitarbeiter der CA, Aktien ihrer Bank bis zu 500 Millionen Schilling zu erwerben
- Änderung des Übernahmerechts, sodass private Kleinaktionäre ein Umtauschangebot ihrer Aktien in Aktien der BA oder eine Barabfindung (zum aktuellen Börsenkurs und nicht zum höheren Preis, den die BA bezahlte) erhalten müssten
- Angebot an die Aktionäre von BA und CA, die CA-Anteile an der Kontrollbank und der Investkredit zu kaufen
- keine Beteiligung der BA am PSK-Verkauf
- kein Asset-stripping[1470]
- die AVZ muss sich von ihrem Anteil an der GiroCredit trennen
- Senkung der Stimmrechtsanteile der AVZ und der Wiener Holding an der BA innerhalb von fünf Jahren auf unter 25 Prozent, in den darauf folgenden zwei Jahren auf unter 20 Prozent; bis dahin übt ein Treuhänder die über der 25-Prozentmarke liegenden Stimmrechte aus (Durch Anteile der Wiener Städtischen bleibt Sperrminorität der Stadt Wien erhalten)
- Privatisierung der Bundesanteile an der BA (19 Prozent) unter breiter Streuung
- Gewinnverdopplung von BA und CA pro Aktie innerhalb von fünf Jahren

Zusätzlich akkordierten die Koalitionspartner noch die Grundzüge für ein neues Übernahmerecht, Haftungsregelungen im Sparkassengesetz, die Privatisierung der Börse und je eine Technologie- und Exportförderungsmilliarde für 1998 und 1999. Die gemeinsamen Gesetzesbeschlüsse von ÖVP und FPÖ in der Sondersitzung waren ebenfalls vom Tisch und für die Zukunft sollten Privatisierungen vom gesamten Ministerrat beschlossen werden müssen. Das Abgehen von der Einigung mit der FPÖ begründete ÖVP-Klubobmann Khol mit der wiederhergestellten Koalitionsdisziplin und der Tatsache, dass die FPÖ-Spitze[1471] eine Einigung mit der ÖVP abgestritten hatte.

Die SPÖ begrüßte das Verhandlungsergebnis ausdrücklich. Die ÖVP sprach hingegen von einem gerade noch akzeptablen Kompromiss.[1472] Die Privatisierung der BA sah sie als Haupterfolg an, den sie ohne das angedrohte gemeinsame Vorgehen mit der FPÖ

[1470] Darunter versteht man die Unternehmenszerschlagung durch Verkauf von Teilbereichen oder Vermögensgegenständen unmittelbar nach der Übernahme.

[1471] Lediglich der geschäftsführende Klubobmann Stadler hatte die Existenz des Papiers nie bestritten und bezichtigte ÖVP-Klubobmann Khol nun des Wortbruchs.

[1472] Vgl. Der Standard, 13.1.1997. S.1, 5, 6.
Die Presse, 13.1.1997. S.1, 7.

nicht erreicht hätte.[1473] Das betonte Klubobmann Khol auch in der Sondersitzung des Nationalrates am 14. Jänner 1997:

> „Meine Damen und Herren! Die Sondersitzung hat bereits bewirkt, was sie bewirken sollte. Die Entscheidung über die Creditanstalt ist getroffen worden: Die Creditanstalt ist an eine andere Bank Austria verkauft worden, als die, die noch vor einem Monat bestand. Es kommt eine Entscheidung zustande ohne Verstaatlichung, ohne Rückverstaatlichung, es kommt die volle Privatisierung zustande, es wird der Rückzug aus der Politik, aus der Bank, zustande kommen. Es gibt einen Reformschub auf dem Kapitalmarkt, eine Garantie für den Weiterbestand der Creditanstalt und auch für die Beschäftigten in der Creditanstalt. Das ist für uns außerordentlich wichtig und positiv."[1474]

Insgesamt verlief die Sitzung relativ ruhig. SPÖ und ÖVP brachten noch einmal alle Argumente vor, um die von ihnen vertretenen Standpunkte zu untermauern. Die Kritik am jeweiligen Koalitionspartner fiel angesichts der Ereignisse der vergangenen Wochen relativ mild aus und erschöpfte sich in den bereits bekannten Vorwürfen. Die Inhalte der Einigung wurden als gemeinsamer Entschließungsantrag[1475] eingebracht und mit den Stimmen der Koalitionsparteien beschlossen.[1476]

In den folgenden Tagen waren die Koalitionspartner bemüht, Normalität in den Alltag einkehren zu lassen. Beide Seiten betonten aber, dass ein gewisses Misstrauen geblieben wäre.[1477] Von dem allgemein als ÖVP-nahe titulierten und sich selbst als konservativ bezeichnenden Journalisten Chorherr war der Verkauf der CA an die BA einer der größten Fehler der ÖVP, die von der SPÖ, unter Regie von Wiens Vizebürgermeister Mayr, über den Tisch gezogen worden war. Darauf folgte nach seinen Angaben eine Unterwanderung der CA durch Leute aus der BA, wobei es nur um Macht ging. [1478] Der Industrielle und frühere ÖVP-Obmann Josef Taus meinte hingegen:

> „Die Übernahme der CA-Aktien aus Bundesbesitz durch die Bank Austria war für die ÖVP sicher nicht angenehm und hat ihr wegen des großen öffentlichen Interesses sicher geschadet. Nüchtern betrachtet war der „Machtverlust" der Partei unbedeutend, und von einer schweren Niederlage der ÖVP-Führung kann schon gar nicht die Rede sein."[1479]

Der Präsident der Wiener Wirtschaftskammer, Walter Nettig, Vizevorsitzender des Aufsichtsrates der BA, erklärte in einem Interview mit dem „Profil", Vizekanzler Schüssel bereits im August und im September von den Plänen der BA, ein Angebot für die CA zu legen, unterrichtet zu haben.[1480]

[1473] Vgl. Der Standard, 14.1.1997. S.6.
[1474] Khol, Andreas: Stenographische Protokolle des Nationalrates 55/NRSITZ (XX. GP). S.40f.
[1475] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 55/NRSITZ (XX. GP). Antrag E39 S.52.
[1476] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 55/NRSITZ (XX. GP). S.20-112.
[1477] Vgl. Der Standard, 16.1.1997. S.5.
Der Standard, 18.1.1997. S.6.
[1478] Vgl. Chorherr, Thomas: Die Roten Bürger. S.188f.
[1479] Taus, Josef: Die Bankenstruktur nach dem Kauf der Creditanstalt durch die Bank Austria. S.331-334.
[1480] Vgl. Profil, 20.1.1997. S.23.

Im Mai des Jahres unternahm die Wiener ÖVP im Gemeinderat einen Versuch, die möglichst rasche vollkommene Privatisierung der AVZ zu erreichen. Die SPÖ lehnte das mit Hinweis auf die im Koalitionsabkommen und der Vereinbarung auf Bundesebene enthaltenen Fristen ab.[1481] Zu einer Einigung kam es am 26. Mai. Die Stadt Wien sollte innerhalb von sechs Jahren ihren vollständigen Rückzug aus der BA durchführen.[1482]

Anfang Juni wurde bekannt, dass die Westdeutsche Landesbank (WestLB) ein Vorkaufsrecht auf die BA-Anteile der AVZ bis 2001 besaß. Laut eigenen Aussagen waren davon alle hochrangigen Politiker der Koalitionsparteien überrascht. Besondere Brisanz hatte dieses Vorkaufsrecht durch die von der ÖVP herausverhandelte Vereinbarung, dass die AVZ ihre Anteile an der BA sukzessive senken musste. Die ÖVP fühlte sich hintergangen und forderte sogar eine Rückabwicklung des CA-Verkaufs, da nunmehr von einer österreichischen Lösung für die CA keine Rede mehr sein konnte.[1483] Auf Antrag der FPÖ fand am 5. Juni eine Sondersitzung des Nationalrates statt. In ihrer dringlichen Anfrage zum CA-Verkauf, dessen Folgen und dem Vorkaufsrecht der WestLB warf die FPÖ dem ehemaligen Finanzminister und nunmehrigen Bundeskanzler Klima vor, schon vor dem Verkauf der CA davon informiert gewesen zu sein. Dieser versuchte die Situation zu beruhigen. Er versicherte, bei der Privatisierung der CA noch nichts von diesem Vorkaufsrecht gewusst zu haben. Außerdem erklärte er:

> „Das Vorkaufsrecht der Westdeutschen Landesbank ist erstens bis März 2001 zeitlich befristet, wie Sie wissen, und gilt zweitens nicht für die Anteile der Republik Österreich an der Bank Austria. Das heißt, die Verpflichtung, die wir eingegangen sind – diese 19 Prozent Anteile, die die Republik Österreich an der Bank Austria hält –, ist nicht von diesem Vorkaufsrecht betroffen.
>
> Der Rückzug der AVZ, der nicht von uns beschlossen werden konnte, von Randa zugesagt war und einige Wochen später vertragskonform von der AVZ auch beschlossen wurde, ist dominant – das wurde auch immer erklärt – über Kapitalerhöhungen und Aktienumtausch vorgesehen, und dafür ist auch das Vorkaufsrecht der WestLB ohne jegliche Bedeutung. Ein allfälliger Rest eines Verkaufes kann nach Ablaufen des Vorkaufsrechtes der WestLB erfolgen.“[1484]

Wirtschaftskammersekretär Stummvoll, als Hauptredner der ÖVP, ließ durch die Blume Misstrauen an den Aussagen des Bundeskanzlers erkennen.

> „Herr Bundeskanzler! Sie sind eine der handelnden Personen. Ich möchte offen erklären: Ich glaube, daß Sie heute hier im Parlament die Wahrheit gesagt haben, denn alles andere wäre politischer Selbstmord. Ich glaube das, obwohl ich ehrlich sagen muß, es fällt uns immer schwerer, gewisse Dinge zu glauben, die in den letzten Tagen ausgesprochen wurden. Es fällt mir als einem, der selbst fast vier Jahre lang Staatssekretär im Finanzministerium war – und ich gebe das offen zu –, schwer zu glauben – ich glaube

[1481] Vgl. Der Standard, 17.5.1997. S.7.
Der Standard, 24.5.1997. S.7.
[1482] Vgl. Die Presse, 27.5.1997. S.8.
Der Standard, 24.5.1997. S.
[1483] Vgl. Die Presse, 4.6.1997. S.1.
[1484] Klima,Viktor: Stenographische Protokolle des Nationalrates 76/NRSITZ (XX. GP). S.32.

> es aber dennoch –, daß trotz §20 Bankwesengesetz, trotz Bankenaufsicht, trotz Staatskommissär das alles nicht bekannt war. Aber ich respektiere Ihre Aussage, Herr Bundeskanzler!“[1485]

In weiterer Folge kritisierte er in ähnlicher Form Finanzminister Edlinger, der zum Zeitpunkt des CA-Verkaufs Finanzstadtrat in Wien war. Offen fielen seine Kritik an und seine Vorwürfe gegen Wiens Bürgermeister Häupl und BA-Generaldirektor Randa aus, die seiner Darstellung nach von dem Vorkaufsrecht gewusst haben mussten. Laut seinen Aussagen war in der deutschen Version des Gesellschaftsvertrages zwischen WestLB und AVZ im Gegensatz zur englischen Version kein Wort über ein Vorkaufrecht enthalten. Dies wertete Stummvoll als einen Bruch des Aktienrechts.[1486] Zu den Spekulationen über das Ende der Koalition meinte er:

> „Ich sage Ihnen: Wir bleiben in dieser Regierung – aber nicht aus Loyalität zur SPÖ, sondern aus Verantwortung unserem Land gegenüber! Denn ein Ausscheiden aus der Regierung würde eine schwere Regierungskrise bedeuten und würde de facto eine Unregierbarkeit des Landes mit sich bringen.“[1487]

Finanzminister Edlinger und die übrigen Vertreter der SPÖ, die sich in der Debatte zu Wort meldeten, verteidigten naturgemäß das Vorgehen ihrer Parteifreunde. Dabei entsprach ihre Argumentation im Wesentlichen jener von Bundeskanzler Klima. Der von der FPÖ eingebrachte Misstrauensantrag gegen den Bundeskanzler wurde abgelehnt.[1488] Ebenso erging es dem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur politischen und rechtlichen Verantwortung im Zusammenhang mit der Veräußerung der CA-Bundesanteile an die BA (Beide Male verweigerte also auch die ÖVP ihre Unterstützung).[1489] In den nächsten Tagen betonte die ÖVP immer wieder den Ärger über das Verhalten des Koalitionspartners und forderte diesen mehrmals auf, für den Rücktritt von BA-Generaldirektor Randa zu sorgen.[1490]

Am 8. Juli des Jahres beschloss der Nationalrat eine Änderung des Privatisierungsgesetzes, wonach der Finanzminister beim Verkauf von Unternehmen die Zustimmung des Ministerrates einzuholen habe.[1491]

Nach etwa einem Jahr Pause wurde die BA (mittlerweile BA-CA) wiederum zum Objekt eines Koalitionsstreites. Die Stadt Wien (die Wiener ÖVP hatte ihre Zustimmung gegeben) wollte die AVZ (Hauptaktionär der BA) in eine Stiftung umwandeln. Das sollte

---

[1485] Stummvoll, Günter: Stenographische Protokolle des Nationalrates 76/NRSITZ (XX. GP). S.42f.
[1486] Vgl. Stummvoll, Günter: Stenographische Protokolle des Nationalrates 76/NRSITZ (XX. GP). S.42f.
[1487] Stummvoll, Günter: Stenographische Protokolle des Nationalrates 76/NRSITZ (XX. GP). S.26-103.
[1488] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 76/NRSITZ (XX. GP). S.76-78.
[1489] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 76/NRSITZ (XX. GP). S.103.
[1490] Vgl. Der Standard, 7.6.1997. S.6.
Der Standard, 9.6.1997. S.7.
[1491] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 80/NRSITZ (XX. GP). S.127-145.

durch ein von Finanzminister Edlinger im Ministerrat eingebrachtes Gesetz möglich gemacht werden. Vizekanzler Schüssel legte dagegen allerdings sein Veto ein, da er damit den Rückzug Wiens aus der BA in Gefahr sah. Das von Schüssel gewünschte Aufgriffsrecht (Vorkaufsrecht beim Kauf anderer Sparkassen) für die Erste Bank verhinderte wiederum der Finanzminister, da er es für verfassungswidrig hielt.[1492] Im Dezember des Jahres kam es aber auch hier zu einer Einigung. Für die Verpflichtung der AVZ, ihren Anteil an der BA durch Nicht-Teilnahme an Kapitalerhöhungen auf unter 15 Prozent zu senken, stimmte die ÖVP dem Gesetz zu, das die Umwandlung der AVZ in eine Stiftung ermöglichte. Die Erste Bank erhielt das Aufgriffsrecht befristet auf fünf Jahre.[1493] Damit war der Konflikt um die CA und die BA formal beendet.

8.3 Nationalbank

Wie im Frühjahr 1993 bekannt wurde, hatte sich die SPÖ entschlossen, ihre Nationalbankanteile mit dem Nominale von 6,4 Millionen Schilling um 100 Millionen Schilling an die Arbeiterkammer (AK) zu verkaufen. In der AK war der Beschluss dazu mit den Stimmen der SPÖ-Mehrheit gegen die anderen Fraktionen gefasst worden. Die ÖVP und die gesamte Opposition kritisierten dies heftig. Auf gemeinsamen Antrag von FPÖ, LIF und Grünen fand am 17. Mai 1993 eine Sondersitzung des Nationalrates statt, in der diese Frage behandelt wurde.[1494] Die SPÖ musste sich dabei indirekt den Vorwurf der illegalen Parteienfinanzierung anhören lassen. Der ÖVP-Abgeordnete Höchtl argumentierte, dass finanzielle Vorteile für die AK nicht der Grund für das Geschäft sein könnten:

> „Wenn eine derartige Aktion geplant ist, für 6,4 Millionen Nominale 100 Millionen Schilling bezahlt werden sollen und man für diese 100 Millionen Schilling im Jahr dann insgesamt höchstens 480.000 S Dividende bekommt, so haben wir die Auffassung, daß das nicht eine Vorgangsweise ist, die im Interesse der österreichischen Arbeitnehmer gelegen sein kann.“[1495]

Die Vertreter der SPÖ hingegen begründeten den Entschluss der AK mit wirtschaftspolitischen Interessen und versuchten von der Rechtmäßigkeit des Geschäfts zu überzeugen. Der SPÖ-Abgeordnete Edler sagte:

> „[...] es muß in der Demokratie auch der Mehrheit zugestanden werden, daß sie Entscheidungen zu treffen hat. Und in diesem Fall hat die sozialdemokratische Mehrheit in der Wiener Arbeiterkammer im Vorstand diese Entscheidung herbeigeführt. [...] wenn hier von Parteienfinanzierung gesprochen worden ist, so ist das striktest zurückzuweisen!“[1496]

[1492] Vgl. Die Presse, 19.6.1998. S.17.
[1493] Vgl. Die Presse, 17.12.1998. S.1.
[1494] Vgl. Kleine Zeitung, 13.5.1993. S.2.
Der Standard, 14.5.1993. S.5.
[1495] Höchtl, Josef: Stenographische Protokolle des Nationalrates 120/NRSITZ (XVIII. GP). S.13899.
[1496] Edler, Josef: Stenographische Protokolle des Nationalrates 120/NRSITZ (XVIII. GP). S.13888.

Und sein Parteikollege Marizzi fügte hinzu:

> „Dies wurde von unabhängigen Wirtschaftsprüfern durchgeführt, diese haben eine Bewertung gemacht. Nicht die SPÖ hat diese Bewertung in Auftrag gegeben, sondern der Käufer. [...] Ich glaube es gibt ein vitales Interesse der Arbeitnehmer in diesem Land, an der Währungspolitik, an der Notenbank mitzuwirken."[1497]

Ursprünglich war von der ÖVP ein Initiativantrag in Umlauf gebracht worden, in dem die AK aufgefordert wurde, das AK-Gesetz strikt einzuhalten und die Nationalbankanteile nicht zu erwerben. In den darauf folgenden Verhandlungen gelang eine Neuformulierung. Schließlich brachten die Regierungsparteien einen gemeinsamen Entschließungsantrag ein, in dem der Sozialminister aufgefordert wurde, der AK eine Überprüfung des geplanten Kaufs und die Veröffentlichung der Ergebnisse zu empfehlen. Dieser Antrag wurde schließlich angenommen. Da der SPÖ-Fraktionschef im ÖGB, Nürnberger, und der Vizepräsident der AK-Wien, Edler, den Beschluss mittrugen, gingen alle davon aus, dass dieses Geschäft nicht mehr zustande kommen würde.[1498] Nach der Entscheidung äußerte Bundeskanzler Vranitzky seine Verwunderung über die Aufregung und wies auf die Tatsache hin, dass auch andere Sozialpartner Aktien der Nationalbank besaßen. Der Wiener AK-Obmann Vogler zeigte sich über die Verhinderung des Deals verärgert. Gleichzeitig qualifizierte AK-Direktor Muhm den Kauf als betriebswirtschaftlichen Verlust, aber als strategische Investition. Der steirische AK-Chef Schmid kritisierte das gesamte Vorhaben und äußerte die Vermutung, dass neben den ÖVP geführten Arbeiterkammern auch jene von Kärnten, Salzburg und Steiermark gegen den Kauf waren.[1499]

8.4 Post

Bezüglich der Ausgliederung der Post kam es im Oktober 1995 zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalition. Die ÖVP wollte eine Aufteilung in die Bereiche Telekom und Gelbe Post in selbstständige Unternehmen unter dem Dach einer Holding und anschließender Privatisierung über die Börse. Die SPÖ kritisierte das als Zerschlagung der Post mit drohendem Verkauf ins Ausland. SPÖ-Abgeordneter Parnigoni bevorzugte für seine Partei hingegen ein einheitliches Unternehmen mit drei Divisionen.[1500] Dieser Standpunkt setzte sich schließlich durch und fand seinen Niederschlag im Poststrukturgesetz von 1996.[1501]

[1497] Marizzi, Peter: Stenographische Protokolle des Nationalrates 120/NRSITZ (XVIII. GP). S.13879.
[1498] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 120/NRSITZ (XVIII. GP). S.13900-13909.
Die Presse, 18.5.1993. S.5.
Kleine Zeitung, 18.5.1993. S.8.
[1499] Vgl. Kleine Zeitung, 19.5.1993. S.3.
[1500] Vgl. Der Standard, 23.10.1995. S.4.
[1501] BGBl. Nr. 201/1996.

Um die Post für den Börsegang attraktiv zu gestalten, überlegten Management und Regierung, wie ein sozial verträglicher Personalabbau unter den eigentlich unkündbaren Beamten zu bewerkstelligen wäre. Die SPÖ trat dabei für eine Regelung ein, die es den Post-Beamten ermöglichen sollte, mit 55 Jahren bis zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter von 60 Jahren karenziert zu werden. Ihnen sollten demnach in dieser Zeit 70 Prozent ihres Letztbezuges ausgezahlt werden. Gleichzeitig würden die Beamten weiterhin 11,75 Prozent Pensionsbeitrag an die Post bezahlen, die wiederum dem Bund als Entschädigung für den Entfall der Pensionsbeiträge pro Betroffenem 130.000 Schilling überweisen sollte. Damit sollte das Modell für den Bund zumindest kostenneutral ausfallen. Laut Standard war die Annahme dieses Plans durch eine Junktimierung der ÖVP mit einem Frühpensionsmodell für Lehrer gefährdet.[1502] Die ÖVP bestritt diese Darstellung. Ihre Gegnerschaft zu dem SPÖ-Vorschlag erklärte sie aus ihrer Ablehnung der geplanten Frühpensionierungen, die sie als grundsätzlich falsch und nicht verhandlungswürdig ansah.[1503] Auch den Vorschlag von Beamtenstaatssekretär Ruttenstorfer, allen auszugliedernden Unternehmen eine Dienstfreistellung von Mitarbeitern von 55 bis 60 Jahren – also bis zur Pensionierung – zu ermöglichen, wenn dem Bund dadurch keine Kosten entstehen würden, lehnte der Koalitionspartner ab. Für ÖVP-Sozialsprecher Gottfried Feuerstein waren sowohl die Karenzierungen als auch die Dienstfreistellungen nichts anderes als verdeckte Frühpensionierungen und als solche grundsätzlich abzulehnen. Von der Post verlangte die ÖVP, Mitarbeiter in Arbeitsstiftungen auf andere Berufe umzuschulen.[1504]

Eine Verschärfung des Konflikts brachte die ÖVP-Forderung, noch einmal über die Aufteilung der Post in eine Telekom AG und die Gelbe Post verhandeln zu wollen. Für Wirtschaftsminister Farnleitner war die aktuelle Unternehmensform, der auch seine Partei im Poststrukturgesetz zugestimmt hatte, nicht für einen Börsegang geeignet. Vor dieser grundlegenden Änderung würde seine Partei dem Sozialplan nicht zustimmen.[1505] Auch wenn die SPÖ offiziell ihren Widerstand gegen diese Vorgangsweise fortführte, wurden doch auch in ihren Kreisen Stimmen laut, die die Aufteilung für wirtschaftlich sinnvoll hielten.[1506]

[1502] Vgl. Der Standard, 25.6.1997. S.18.
[1503] Vgl. Der Standard, 26.6.1997. S.17.
[1504] Vgl. Der Standard, 9.7.1997. S.15.
[1505] Vgl. Der Standard, 16.7.1997. S.17.
[1506] Vgl. Die Presse, 1.8.1997. S.11.
Der Standard, 1.8.1997. S.1.

9 Verkehr

9.1 ÖBB

Die Diskussionen über eine Reform der Österreichischen Bundesbahnen köchelten seit Beginn der Großen Koalition dahin, bis die ÖVP begann, medialen Druck auszuüben. Den Startschuss dazu lieferte der ÖAAB-Generalsekretär Walter Heinzinger am 3. November 1988. Er begründete das Drängen mit den 326 Milliarden Schilling, die laut seinen Angaben seit 1970 den ÖBB zugeschossen worden waren und den zu erwartenden Verlusten von 25 Milliarden Schilling für das laufende Jahr 1988. Inkludiert in die Forderungen war auch die Angleichung des ÖBB-Pensionssystems an das der ASVG-Versicherten.[1507] *(vgl. Kap. 7.1 Pensionen)* [In diesem Kapitel sollen nur Verbindungen der Pensionsreform mit der ÖBB-Reform dargestellt werden. Anm. d. Verf.] Bereits wenige Tage später, am 9. November, wurde eine Einigung über die Investitionen für die Modernisierung von Bahnstrecken und -garnituren verkündet.[1508] Diese Einigung hatte jedoch keinerlei Auswirkungen auf den Streit zwischen dem ÖAAB und der von SPÖ-Vertretern dominierten Eisenbahnergewerkschaft. Der ÖAAB warf den ÖBB zahlreiche Privilegien, vor allem bei ihrem Pensionsrecht, vor und kritisierte eine im internationalen Vergleich geringe Effizienz auf Grund eines viel zu hohen Personalstandes. Die Gewerkschaft wiederum begründete die angesprochenen Privilegien mit den körperlichen Belastungen und verwies auf die bereits um 4,8 Prozent reduzierten Personalstände. Die ÖVP antwortete darauf mit dem Hinweis auf ähnlich belastete ASVG-Versicherte, die keine der kritisierten Privilegien vorzuweisen hatten, und auf den deutlich höheren Personalabbau in anderen europäischen Ländern wie Schweden und der BRD.[1509] Dieser Streit war auch in der Nationalratssitzung vom 15. Dezember, in der das Hochleistungsstrecken-Gesetz als wichtiger Teil der Bahnstrecken-Modernisierung beschlossen werden sollte, ein Thema. Vor allem der SPÖ-Abgeordnete und Eisenbahngewerkschafter, Johann Schmölz, kritisierte die Angriffe der ÖVP lautstark und qualifizierte diese als Verunglimpfungen und als sachlich falsch.[1510]

Im Jänner des darauf folgenden Jahres wurden die bereits getroffenen Abmachungen wieder in Frage gestellt. Dafür gaben sich die Koalitionspartner gegenseitig die Schuld. Streitpunkt waren dabei wieder die ÖBB-Pensionen. Die ÖVP, vor allem in Person ihres

[1507] Vgl. Der Standard, 4.11.1988. S.6.
[1508] Vgl. Der Standard, 9.11.1988. S.17.
[1509] Vgl. Die Presse, 10.11.1988. S.5.
[1510] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 89/NRSITZ (XVII. GP). S.10259-10304.

Verkehrssprechers Kukacka, bestand auf einer Abschaffung der Privilegien und berief sich dabei auf das Koalitionsabkommen, in dem eine Anhebung des Pensionsalters von derzeit 53 Jahren festgeschrieben worden war. SPÖ-Klubobmann Fischer beschwerte sich bei der ÖVP-Spitze über die Vorgehensweise von Kukacka und verwies darauf, dass in der Einigung über die „Neue Bahn" die Pensionsfrage nicht angesprochen worden war.[1511]

Trotz dieses Disputs wurde am 26. Jänner eine Einigung erzielt. Die Investitionen waren ja bereits zuvor praktisch außer Streit gestanden. Bezüglich der Pensionen legte man fest, dass das bereits existierende entsprechende Verhandlungskomitee bis Ende Juni einen Bericht vorlegen sollte. Außerdem wurde auf Drängen der ÖVP eine weitere Rationalisierung festgeschrieben, um den Bundeszuschuss zur Bahn zu senken. Praktisch als Gegenleistung stimmte die SPÖ der von Umweltministerin Flemming (ÖVP) geforderten Müllabgabe *(vgl. Kap. 10.1 Abfallwirtschaftsgesetz)* zu.[1512] Am 1. März beschloss der Nationalrat 31 Milliarden Schilling in die ÖBB zu investieren. In der entsprechenden Debatte lobten die Vertreter beider Regierungsparteien den Pakt, nicht aber ohne sich gegenseitig Vorwürfe zu machen. Die SPÖ kritisierte, dass die ÖVP den Beschluss immer wieder auch durch Junktimierungen hinausgezögert hatte. Die Redner der ÖVP setzten dem entgegen, dass sie einem Zuschuss solcher Größenordnung nicht ohne Weiteres ihre Zustimmung geben konnten und verglichen die monatelangen Verhandlungen mit den aus ihrer Sicht kontraproduktiven 15 Jahren sozialistischer Alleinverantwortung für die ÖBB.[1513]

Erwartungsgemäß war die Diskussion über die ÖBB-Reform damit aber nicht beendet. So kündigte ÖVP-Generalsekretär Kukacka im Sommer 1990 an, dass eine Reform der Bahn Bedingung für eine Weiterführung der Koalition sein würde. Er strebte dabei eine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft an. Außerdem wollte er Ergebnisse der ÖBB-internen Lohnverhandlungen vom Hauptausschuss des Nationalrates absegnen lassen.[1514] Verkehrsminister Streicher lehnte zwar die Umwandlung in eine AG ab, schlug aber stattdessen die Ausgliederung der ÖBB in eine Sondergesellschaft des Bundes vor. Er erwartete dadurch Erleichterungen bei der Reform, da in diesem Fall nicht mehr weisungsgebundene Beamte, sondern vollverantwortliche Manager die Führung des Betriebes innehätten. Die Pensionisten sollten nach seinem Plan aus der ÖBB ausgegliedert

[1511] Vgl. Die Presse, 21.1.1989. S.5.
Der Standard, 24.1.1989. S.4.
[1512] Vgl. Die Presse, 27.1.1989. S.1.
[1513] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 95/NRSITZ (XVII. GP). S.11049-11087.
Der Standard, 2.3.1989. S.1.
[1514] Vgl. Der Standard, 4.8.1990. S.6.

werden und vom Bund bezahlt werden. Ziel der Reform sollten Gewinne der Bahn im operativen Sektor sein. In den Bereichen, die auf Auftrag des Bundes erledigt würden, sollte der Bund dafür bezahlen, womit die ÖBB dieses Geld als Einnahmen verbuchen hätten können.[1515]

In den Koalitionsverhandlungen nach den Wahlen am 7. Oktober 1990 wurde die Frage des künftigen Status der ÖBB zu einem der Knackpunkte. Einen besonderen Vorteil der AG gegenüber dem Streicher-Modell einer Sondergesellschaft sah die ÖVP in der Tatsache, dass die weitgehenden Mitspracherechte der Gewerkschaft wegfallen würden.[1516] Als Erstes signalisierte die ÖVP Gesprächsbereitschaft: Eine andere rechtliche Konstruktion als eine Aktiengesellschaft wäre möglich, hieß es, wenn damit nicht die Beibehaltung des geltenden Personalrechtes eingeschlossen sei.[1517] Ganz abgerückt war man von der AG allerdings noch nicht. Verkehrsminister Streicher zeigte seinerseits Kompromissbereitschaft. Er kündigte eine Stärkung von Vorstand und Verwaltungsrat (durch die Besetzung mit Unternehmern und Managern), dem Vorbild einer Aktiengesellschaft entsprechend, an. Auch einer Veränderung des Dienstrechtes stimmte er zu, nur in bestehende Pensionen wollte er nicht eingreifen. Mit diesen Zugeständnissen hoffte er, eine Einigung mit der ÖVP erzielen zu können.[1518] Die wichtigste diesbezügliche Passage aus dem Koalitionspakt lautete folgendermaßen:

> „Unter Beachtung des Unternehmensgegenstandes der Österreichischen Bundesbahnen, insbesondere hinsichtlich der Erbringung gemeinwirtschaftlicher Leistungen und der gesetzlichen Pflichten des Eisenbahnunternehmens, soll ausgehend von bewährten Elementen des Ges.m.b.H.-Gesetzes ein Unternehmen herbeigeführt werden, in dem der Vorstand und das Aufsichtsorgan soweit als möglich eigenverantwortlich sind, insbesondere im Bereich der Tarife, der Finanzen, des Personals und des Beschaffungswesens. Im gleichen Sinne sollen die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmervertreter angepaßt werden. [...] Für neu Eintretende ist der Status von Angestellten oder erforderlichenfalls von Personen gemäß Nacht-, Schicht und Schwerarbeitsgesetz unter Beachtung der Besonderheiten des Eisenbahnbetriebes anzustreben.“[1519]

In der Budgetdebatte im März 1991 traten die Meinungsverschiedenheiten der beiden Koalitionspartner wieder offen ans Tageslicht, vor allem durch die Angriffe von ÖVP-Verkehrssprecher Kukacka gegen Verkehrsminister Streicher wegen des gestiegenen Bundeszuschusses für die ÖBB.[1520] Er forderte erneut, die Mitbestimmungsrechte der Gewerkschafter bei den ÖBB zu reduzieren.[1521]

[1515] Vgl. Der Standard, 27.9.1990. S.17.
[1516] Vgl. Der Standard, 2.11.1990. S.15.
[1517] Vgl. Die Presse, 23.11.1990. S.1990. S.6.
[1518] Vgl. Der Standard, 26.11.1990. S.13.
[1519] Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1990. S.29.
[1520] Applaus erhielt er dabei nicht nur von seiner eigenen Fraktion, sondern auch von der FPÖ.
[1521] Vgl. Die Presse, 22.3.1991. S.7.

In der Folge legten die beiden Parteien Reformprogramme vor und bezeichneten die Vorschläge des jeweils anderen als konzeptlos.[1522] Vor allem als Verkehrsminister Streicher seine Variante präsentierte, protestierte die ÖVP. Wirtschaftsminister Ditz sah ein finanzielles Abenteuer heraufdämmern. Vor allem kritisierte er die aus seiner Sicht zu ungenau definierten gemeinwirtschaftlichen Leistungen, die vom Bund abgegolten werden sollten. Er befürchtete, dass der ÖBB so alle Defizite ersetzt werden würden, auch weil die Finanzierungskompetenz vom Finanzministerium in das Verkehrsministerium verlagert worden wäre. Auch die erwarteten Betriebsabgänge der folgenden Jahre wollte die ÖVP nicht durch die Kapitalausstattung von vorneherein abdecken, sondern diese im Nachhinein vom Nationalrat absegnen lassen, um sich ein Mitspracherecht zu sichern.[1523] Außerdem stieß sie sich an der ihr zu weit gehenden Weisungsbefugnis des Verkehrsministers gegenüber dem Bahnmanagement und nach wie vor auch an den Pensionssonderregelungen. Das erklärte Ziel der ÖVP war es weiterhin, durch die Reform eine Entlastung des Budgets zu erzielen.[1524]

Die Vorlage des Verkehrsministers wurde aufgrund der Ablehnung des kleineren Koalitionspartners im Ministerrat zurückgestellt. Aber man einigte sich darauf, die Verhandlungen fortzuführen. Dennoch zeigte sich die SPÖ über die erreichten Annäherungen zufrieden.[1525] Die ÖVP bestand auch weiterhin auf einer schärferen Abgrenzung zwischen marktwirtschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Leistungen, der strikten Trennung zwischen Infrastruktur und Betrieb, einem Verbot von Querfinanzierung innerhalb der ÖBB und einer Dienstrechtsänderung für neu eintretende Eisenbahner.[1526]

Ohne direkte Auswirkungen auf die Debatte unterstellen zu wollen, muss an dieser Stelle angemerkt werden, dass Verkehrsminister Streicher mittlerweile zum Kandidaten für die Bundespräsidentenwahlen am 26. April 1992 gekürt worden war und der Wahlkampf langsam einsetzte.

Am 31. Jänner liefen die Verhandlungen mit unveränderten Positionen wieder an.[1527] Doch die erste Runde brachte keinerlei Annäherung der bekannten Standpunkte.[1528] Ein gewichtiger Gegner für die ÖVP war dabei natürlich die SPÖ-dominierte Eisenbahner-Gewerkschaft, die vor allem die Eingriffe ins Dienstrecht ablehnte. Während jedoch Ver-

[1522] Vgl. Die Presse, 15.4.1991. S.5.
[1523] Auch Finanzminister Lacina befürchtete eine erhöhte Belastung des Budgets.
[1524] Vgl. Kukacka: Ein zukunftsweisendes ÖBB-Reformkonzept aus Sicht der ÖVP. S.517-578.
Die Presse, 10.11.1991. S.5.
Der Standard, 16.11.1991. S.21.
[1525] Vgl. Der Standard, 20.11.1991. S.15.
[1526] Vgl. Die Presse, 6.12.1991. S.6.
Der Standard, 8.1.1992. S.6.
[1527] Vgl. Der Standard, 30.1.1992. S.13.
[1528] Vgl. Die Presse, 4.2.1992. S.5.

kehrsminister Streicher betonte, dass seine Vorschläge dem Koalitionsabkommen entsprachen, forderte Wirtschaftsminister Ditz, dass zukünftig Weisungen nur mehr in Form von Verordnungen – diese müssen von der Gesamtregierung beschlossen werden – geschehen sollten.[1529] Der neue Verkehrsminister Klima[1530] signalisierte Kompromissbereitschaft bei dem im Entwurf seines Vorgängers vorgesehenen Recht des Wirtschaftsministers, die ÖBB-Vorstände zu bestellen und auch in der Frage nach dem Dienstrecht. Hier deutete er an, dass es wie von Streicher geplant erst vom neuen ÖBB-Vorstand verhandelt werden sollte, dieser aber durch eine Weisung zur Änderung des Dienstrechts verpflichtet werden könnte. Die ÖVP hatte ja immer verlangt, zuerst das Dienstrecht zu verändern, um die Novellierung auch abzusichern.[1531]

Am 2. Juli kam es schließlich zu einer weitgehenden Einigung über das Bundesbahngesetz. Darin war eine vollständige Trennung von Betrieb und Infrastruktur vorgesehen. Die Kosten für Letztere und die gemeinwirtschaftlichen Leistungen sollten in Zukunft vom Staat übernommen werden. Auch die Bahnpensionisten sollte der Bund übernehmen und dafür von den ÖBB jährlich 26 Prozent der Bruttolohnsumme als Pensionsbeitrag erhalten. Sowohl ÖVP als auch Gewerkschaft, als erbitterte Gegner, gaben zu den Vorhaben ihren Sanktus. Zuvor hatte sich der Chef der Eisenbahner-Gewerkschaft Franz Hums (SPÖ) bereit erklärt, einer Eigentümerweisung an den neuen Vorstand der ÖBB, sofort mit Verhandlungen über ein neues Dienst- und Pensionsrecht zu beginnen, nichts in den Weg zu stellen.[1532] ÖVP-Verkehrssprecher Kukacka äußerte sich geradezu enthusiastisch über das Gesetz und sah alle Forderungen der ÖVP im Wesentlichen erfüllt.[1533] Kurz darauf einigte man sich auch über die Eröffnungsbilanz und die zukünftige finanzielle Ausstattung der ÖBB. Zuvor hatte es eine Neubewertung des Bahnvermögens gegeben.[1534]

Im letzten Jahr der Koalition kam es noch einmal zu einem kurzen Streit. Verkehrsminister Einem wollte eine den Richtlinien der EU entsprechende Liberalisierung des Schienenverkehrs, sprich eine Öffnung für andere Anbieter, durchsetzen. Seine Vorlage ging jedoch der ÖVP zu wenig weit. Stellvertretend für seine Partei kritisierte Verkehrssprecher Kukacka, dass mit dem Entwurf kein fairer Wettbewerb entstehen würde. Ein Grund

[1529] Vgl. Der Standard, 27.2.1992. S.14.
[1530] Bundeskanzler Vranitzky präsentierte am 30 März im Rahmen einer größeren Regierungsumbildung Viktor Klima als Nachfolger für den Bundespräsidentschaftskandidaten Streicher, der sich nunmehr ganz dem Wahlkampf widmen wollte/sollte. (Vgl. Die Presse, 31.3.1992. S.1.)
[1531] Vgl. Der Standard, 9.5.1992. S.17.
[1532] Vgl. Der Standard, 3.7.1992. S.13.
[1533] Kukacka: Neues ÖBB-Gesetz ist Beginn einer neuen verkehrspolitischen Ära. S.521-529.
[1534] Vgl. Der Standard, 11.7.1992. S.1.

dafür war seiner Ansicht nach, dass die ÖBB das Schienennetz verwalten hätte sollen und damit auch dafür zuständig gewesen wäre, ihren Konkurrenten Kapazitäten zuzuweisen. Auch der vorgesehene Regulator wäre seiner Ansicht nach mit zu wenig Kompetenz ausgestattet gewesen. Und dem Weisungsrecht des Verkehrsministers gegenüber dem „Rail Regulator" wollte er ebenso wenig seine Zustimmung erteilen wie der vorgesehenen Möglichkeit für ihn, die Benützungsentgelte festzulegen. Schließlich war der Minister ja ein Eigentümervertreter der ÖBB und konnte als solcher nicht an einer funktionierenden Konkurrenz interessiert sein.[1535] Das Gesetz konnte nicht mehr in der laufenden, letzten Legislaturperiode der Großen Koalition beschlossen werden.

9.2 Kennzeichen-Tafeln

Bereits im Juni 1988 hatten die beiden Koalitionsparteien beschlossen, neue Kennzeichen-Tafeln einzuführen. Statt wie bisher weiße Schrift auf schwarzem Grund sollte nunmehr schwarze Schrift auf weißem Grund zu sehen sein. Einige ÖVP-Abgeordnete hatten jedoch auch einen Antrag auf Änderung dieser Novelle eingebracht. Im Verkehrs-Unterausschuss des Parlaments stimmten am 7. November zwei von vier der darin vertretenen ÖVP-Abgeordneten für den Entwurf von Friedensreich Hundertwasser, der wiederum die ursprüngliche Kontrastierung enthielt. Die Abgeordnete Cordula Frieser (ÖVP) kündigte sogar an, ein Volksbegehren für diese Lösung zu initiieren. Die ÖVP wollte daher eine freie Abstimmung (ohne Klubzwang) im Parlament durchführen. Mit den Grünen und Freiheitlichen, die ebenfalls für die Hundertwasser-Lösung waren, hätte damit der alte Beschluss voraussichtlich gekippt werden können. Die SPÖ wollte das verhindern und erklärte das Thema zu einer „wichtigen Frage" im Sinne des Koalitionsabkommens. Laut diesem Pakt durfte bei einem Thema, das ein Koalitionspartner für wichtig erachtete, der andere diesen nicht mit Hilfe der Opposition überstimmen. Die SPÖ in Person ihres Klubobmannes Heinz Fischer begründete die Erklärung mit Sicherheits-Argumenten der Gutachterkommission und der Tatsache, dass mehrere Bezirkshauptmannschaften bereits 275.000 Tafeln nach der beschlossenen Norm bestellt hätten, womit eine Änderung finanziellen Schaden für den Staat gebracht hätte. Für die ÖVP kritisierte Klubobmann König die Entscheidung, kündigte aber die Einhaltung des Koalitionsabkommens durch seine Partei an.[1536] Das Volksbegehren wurde nicht initiiert, da die Ausgabe der neuen Tafeln kurz darauf begann.

[1535] Vgl. Die Presse, 18.5.1999. S.1, 17.
[1536] Vgl. Der Standard, 9.11.1989. S.7.
Die Presse, 9.11.1989. S.1, 18.

9.3 Punkteführerschein

Den ersten Vorstoß auf politischer Ebene in Richtung eines Punkteführerscheines unternahm ÖVP-Sicherheitssprecher Ettmayer im August 1989. Demnach sollte es für gewisse Vergehen im Straßenverkehr Punkte geben. Ab einer festzulegenden Punkteanzahl sollten Strafen wie der Führerscheinentzug drohen. Die SPÖ in Person ihres Justizsprechers Rieder lehnte den Vorschlag ab, da sie eine Benachteiligung von Berufsfahrern befürchtete.[1537]

Einige Jahre später hatten die Standpunkte gewechselt: Im Mai 1997 war im Rahmen des Verkehrssicherheitspaketes *(vgl. Kap. 9.6 Die Promillegrenze)* auch der Punkteführerschein wieder ein Diskussionsgegenstand. Innenminister Einem (SPÖ) wollte die Einführung,[1538] die ÖVP lehnte sie ab, da sie einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand von 200 Millionen befürchtete.[1539] Der Punkteführerschein wurde schließlich aus der Regierungsvorlage genommen, um den Beschluss des Verkehrssicherheitspaketes nicht noch länger hinauszuzögern.[1540]

9.4 Lkw-Nachtfahrverbot

Am 2. Juni 1989 kündigte Verkehrsminister Streicher an, ab 1. Dezember des Jahres ein Lkw-Nachtfahrverbot für Brenner-, Inntal- und Tauernautobahn zu verhängen. Dem Vorstoß waren zwar Diskussionen über eine Beschränkung des Schwerverkehrs in den Bundesländern Tirol und Vorarlberg vorausgegangen, dennoch kam er überraschend. Von der Regelung sollten Kraftfahrzeuge ab 7,5 Tonnen Gesamtgewicht betroffen sein. Eine Ausnahme wollte Streicher nur für lärmarme Lkw genehmigen. Aus den betroffenen Bundesländern kamen positive Rückmeldungen. Wirtschaftsminister Schüssel hingegen sprach sich gegen diese Vorgangsweise aus. Aus seiner Sicht war die Umsetzung zu schnell geplant, um den Frächtern die Chance zu geben, sich auf die neue Situation ein-

---

[1537] Vgl. Der Standard, 3.8.1989. S.5.

[1538] Vorgesehen war dabei: Ein Punkt für Überholen trotz Verbots und Fahren gegen die Einbahn; zwei Punkte für Überholen bei ungenügender Sicht, Rückwärtsfahren auf Pannenstreifen der Autobahn, Alkoholgehalt zwischen 0,5 und 0,9 Promille, Tempoüberschreitungen um 21-40 km/h im Ortsgebiet und um 31-50 km/h auf Freilandstraßen, Nichtanhalten bei Schutzwegen und Ungehorsam gegenüber der Polizei; vier Punkte bei Blutalkohol über 0,8 Promille, Fahrerflucht bei Personenschäden, Überholen auf Schutzwegen, Geisterfahrten, Tempoüberschreitungen um mehr als die bei der Drei-Punkte-Regelung, Fahren ohne Berechtigung, Vorbeifahren an Schülertransporten in Haltestellen, Vorrangverletzungen. Bei acht gesammelten Punkten Trainingsfahrten, die drei Punkte Abzug bringen, bei zwölf Punkten Führerscheinentzug für zehn Monate und anschließende Nachschulung. (Vgl. Der Standard, 12.5.1997. S.9.)

[1539] Vgl. Der Standard, 12.5.1997. S.6.

[1540] Vgl. Der Standard, 22.5.1997. S.9.

zustellen.[1541] Unterstützung erhielt der Wirtschaftsminister dabei von seinem Parteiobmann Riegler. Dieser kritisierte, dass der Verkehrsminister auf jegliche Koordination mit den Betroffenen verzichtet hatte.[1542] Inhaltlich stand die ÖVP aber mehrheitlich hinter der Maßnahme, auch wenn sich Teile des Wirtschaftsbundes skeptisch äußerten. Die Gegner führten dabei das Argument der Frächter an. Sie forderten, dass vor dem In-Kraft-Treten der Verordnung genügend lärmarme Lkw zur Verfügung stehen müssten.[1543]

Nachdem die Verordnung tatsächlich zum geplanten Zeitpunkt in Kraft getreten war, warf die ÖVP, allen voran Verkehrssprecher Kukacka und Obmann Riegler, Streicher vor, die Maßnahme ungenügend vorbereitet zu haben. Konkret kritisierten sie, dass zu wenige lärmarme Lkw zur Verfügung standen, dass die Bahn zu wenig zusätzliche Kapazitäten angeboten hatte und dass mit der Bundesrepublik Deutschland[1544] keine Einigung erzielt worden war. Verkehrsminister Streicher konterte mit dem Vorwurf, die ÖVP würde sich nur von ihrer Linie zurückziehen, weil es Widerstände von der Frächter-Lobby[1545] und dem Nachbarland geben würde.[1546]

In den Koalitionsverhandlungen von 1990 wurde ein generelles Nachtfahrverbot für Lkw und eine zeitliche Ausweitung des Wochenendfahrverbotes von Samstag 15 Uhr auf 5 Uhr diskutiert.[1547] Im Koalitionsabkommen war schließlich ein Nachtfahrverbot für nicht-lärmarme Lkw enthalten.[1548]

9.5 Maut

Im Jahr 1990 gab ÖVP-Obmann Josef Riegler ein Buch unter dem Titel „Ökosoziale Marktwirtschaft“ heraus. Dieser Begriff wurde auch zu einem Leitspruch der Volkspartei unter seiner Führung. In dem Buch verglich der ÖVP-Abgeordnete Gerhart Bruckmann die Ideen seiner Partei zur Verkehrspolitik mit denen der SPÖ. Den Vorschlag von Verkehrsminister Streicher eine „Transportwürdigkeitsprüfung“ für Lkw-Transporte (nur transportwürdige Güter sollten durch Österreich transportiert werden) einzuführen, bezeichnete er als „planwirtschaftliches System der Oststaaten“ mit großem Verwaltungsaufwand und als „typisch sozialistisch“. Dem stellte er das System der ökosozialen

[1541] Vgl. Die Presse, 2.6.1989. S.1.
[1542] Vgl. Die Presse, 5.7.1989. S.5.
[1543] Vgl. Die Presse, 10.6.1989. S.5.
[1544] Der deutsche Verkehrsminister Zimmermann drohte mit Gegenmaßnahmen, vor allem für das sogenannte „kleine“ und das „große deutsche Eck“.
[1545] Die Frächter drohten mittlerweile mit Streik.
[1546] Vgl. Der Standard, 2.12.1989. S.18.
[1547] Vgl. Der Standard, 2.11.1990. S.15.
[1548] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1990. S.24.

Marktwirtschaft gegenüber, das einen sich langsam erhöhenden Zuschlag auf den Benzinpreis vorsah und so der Wirtschaft Zeit und Anreiz für eine Umstellung des Transportwesens geben sollte. Dieser Zuschlag wäre eine andere Form der Maut gewesen. Mittel des Konzeptes sollten Anreize statt Verbote, Kontrollen und Einschränkungen sein.[1549] Das Konzept der ökosozialen Markwirtschaft wurde von SPÖ-Obmann Vranitzky als „leichtgewichtige aber voluminöse Worthülse" und als nicht umsetzbar abgetan. Gleichzeitig überlegte Verkehrsminister Streicher Benzinverbrauchslimits festzulegen und Kfz-Steuern auf Grundlage von Leistung und Treibstoffverbrauch berechnen zu lassen.[1550]

Für die grundsätzliche Einigung in der Mautfrage gab es zwei Gründe: einerseits den umwelttechnischen, um die Fahrten auf gewissen Straßen finanziell unattraktiver zu machen, andererseits den finanziellen, um Geld einzuheben. Der erste ließ sich in der Öffentlichkeit gut verkaufen, vor allem, da es sich nur um Lkw handelte, der zweite half bei der Lösung der budgetären Probleme.[1551]

Zu Meinungsverschiedenheiten kam es erst im April 1994, als über die Höhe der zukünftigen kilometerabhängigen Autobahnmaut diskutiert wurde. Der Vorschlag von Wirtschaftsminister Schüssel, pro Kilometer 1,2 Schilling für Lkw und 30 Groschen für Pkw zu verlangen, ging Verkehrsminister Klima zu wenig weit; er wollte vor allem für die Lkw deutlich höhere Tarife. Seiner Rechnung nach wäre der Vorschlag durch den Wegfall von bestehenden Mauten für Lkw einkommensneutral gewesen, während er für Pkw eine Verteuerung bedeutet hätte. Einen konkreten Vorschlag wollte er selbst jedoch nicht machen.[1552]

Im August 1995 machte Wirtschaftsminister Ditz (ÖVP) den Vorschlag, als Überbrückung der Zeit bis zur Installierung der im Koalitionsabkommen vorgesehenen kilometerabhängigen Maut eine Autobahnvignette einzuführen. Er wurde dabei von seiner Partei unterstützt, wobei aus dem Wirtschaftsbund auch zahlreiche kritische bis ablehnende Stimmen kamen. Die SPÖ lehnte den Vorschlag als unfair gegenüber Wenigfahrern ab und warf der ÖVP vor, damit das Roadpricing aufschieben zu wollen, um der ihr nahestehenden Frächter-Lobby einen Gefallen zu tun.[1553] Die beiden betroffenen SPÖ-Minister Staribacher (Finanzen) und Klima (Verkehr) änderten jedoch bald darauf ihre Einstellung, und ihre Partei folgte ihnen. Als Bedingung für die Zustimmung verlangten

[1549] Vgl. Bruckmann: Gedanken zur ökosozialen Marktwirtschaft. S.49.
[1550] Vgl. Die Presse, 23.4.1990. S.5.
[1551] Vgl. Der Standard, 11.2.1992. S.13.
[1552] Vgl. Der Standard, 29.4.1994. S.24.
[1553] Vgl. Der Standard, 19.8.1995. S.13.
Kleine Zeitung, 20.8.1995. S.2.

sie die Einsetzung einer Arbeitsgruppe für die Einführung der kilometerabhängigen Lkw-Maut und den Start dieses Mautsystems ab dem Jahr 1997. Zunächst wären also nur Mehrkosten (geplant waren 300 Schilling) für Pkw entstanden.[1554]

Kurz darauf kam ein neues Modell von Wirtschaftsminister Ditz in die Diskussion. Er wollte auch eine Vignette für Lkw bis 3,5 Tonnen, die das Gleiche kosten sollte wie die für Pkw, nämlich 390 Schilling. Für Pkw sollte seinem Vorschlag folgend jedoch auch ein Saison-Pickerl (Winter/Sommer) für 250 Schilling angeboten werden. Schwere Lkw hätten demnach eine Vignette gebraucht, deren Preis der zu diesem Zeitpunkt gültigen Straßenbenutzungsabgabe entsprochen hätte. Seiner Einschätzung nach hätte das kilometerabhängige System frühestens in fünf Jahren in Kraft treten können. Die SPÖ kritisierte den Vorschlag als zu Lkw-freundlich. Außerdem erschien ihr der Zeitplan viel zu lange.[1555] Nach heftigen Streitereien kam es am 15. September 1995 überraschend zu einer Einigung. Diese muss im Zusammenhang mit einem umfangreichen Sparpaket gesehen werden *(vgl. Kap. 2.11 Budget 1996 mit Koalitionsbruch)*. Die Regelung für die Benützung der österreichischen Autobahnen sah folgendermaßen aus: Jahresvignette für Pkw um 390 Schilling bzw. eine Saisonvignette um 250 Schilling, für Lkw bis 7,5 Tonnen um 5.000 Schilling und für schwerere Fahrzeuge um 13.000 Schilling. Als Ausgleich für die höheren Kosten sollten die Lkw bei der Kraftfahrzeugsteuer entlastet werden. Ein elektronisches, kilometerabhängiges Mautsystem für Lkw sollte im Juli 1997 in Kraft treten, das für Pkw mit Ende des Jahrzehnts. Die Einnahmen waren für den Ausbau des hochrangigen Straßennetzes vorgesehen.[1556]

In der Nationalratsdebatte am 16. November 1995, in der die Anhebung der Mauten für Lkw einstimmig beschlossen wurde, brachte die SPÖ einen Antrag auf Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer für Lkw ein. Die ÖVP kritisierte dies als einseitige Benachteiligung der heimischen Frächter gegenüber den ausländischen. Die SPÖ bezichtigte daraufhin die ÖVP, eine Frächter-Lobby zu sein. Außerdem warfen sie den (Ex-)Wirtschaftsministern Ditz und Schüssel vor, durch die noch immer nicht geschehene Einführung der kilome-

[1554] Vgl. Der Standard, 26.8.1995. S.13.
Kleine Zeitung, 27.8.1995. S.3.
Kleine Zeitung, 29.8.1995. S.2.

[1555] Vgl. Die Presse, 30.8.1995. S.13.
Kleine Zeitung, 30.8.1995. S.2.

[1556] Vgl. Kleine Zeitung, 12.9.1995. S.3.
Der Standard, 7.9.1995. S.21.
Der Standard, 16.9.1995. S.27.

terabhängigen Lkw-Maut diesen Schritt notwendig zu machen[1557]. Der SPÖ-Antrag wurde mit Stimmen von ÖVP, FPÖ und LIF abgelehnt.[1558]

Während der Vorbereitungsphase kam es noch zu kleineren Meinungsverschiedenheiten. In den Koalitionsverhandlungen des Jahres 1996 verlangte vor allem der Tiroler Landeshauptmann Weingartner (ÖVP) eine Preisgestaltung, die das Ausweichen der Lkw auf die Landstraßen verhindern sollte. Er erreichte dabei, dass in der Jahresmaut für Brenner-, Phyrn- und Tauernautobahn der Vignettenpreis bereits inkludiert wurde, zeigte sich aber trotz seiner Zustimmung zu dem Kompromiss nicht zufrieden.[1559]

Die bei der Bestellung der Vignetten auftretenden Probleme (Qualität, Stückzahl) rechnete die SPÖ dem zuständigen Wirtschaftsminister Farnleitner (ÖVP) als Versagen an, was naturgemäß von der ÖVP zurückgewiesen wurde.[1560] Auf Antrag der Grünen fand zu diesem Thema eine Aktuelle Stunde im Nationalrat statt, in der auch die SPÖ die Vorgangsweise kritisierte.

> „...ich glaube, daß Sie, Herr Minister Farnleitner, jetzt der Arme sind, der auszubaden hat, was Ihnen Ihr Parteiobmann Schüssel eingebrockt hat, denn die Ursache geht in diese Zeit zurück. Es ist gut, daß der Rechnungshof, wie ich höre, schon eine Sonderprüfung begonnen hat, und bis zu deren Abschluß soll auch für Sie die Unschuldsvermutung gelten. [...]
>
> Es wird jedenfalls zu prüfen sein, ob die Ausschreibung und die Vergabe von Beratung und Produktion korrekt war. Es wird zu prüfen sein, warum ein nicht lieferbares teureres Produkt mit Qualitätsmängeln aus dem Ausland einem billigeren Produkt aus Österreich – mit Liefergarantie, mit Qualitätsgarantie, mit Sicherheitsgarantie, wie von den betroffenen Firmen bestätigt wurde – vorgezogen wurde."[1561]

Die ÖVP verteidigte ihren Minister. Er selbst betonte, dass der Republik kein Schaden entstanden sei und dass das SPÖ-geführte Finanzministerium an allen Entscheidungen mitgewirkt hatte.[1562]

Ein tiefergehender Konflikt entstand über die eigentlich bereits außer Streit gestellte kilometerabhängige Lkw-Maut. Die ÖVP plädierte auf Initiative von Wirtschaftsminister Farnleitner ab April 1997 dafür, diese nur im Gleichklang mit der EU einzuführen. Die SPÖ stellte sich gegen diese Vorgangsweise und warf der ÖVP vor, die dadurch entfallenden Einnahmen durch eine Erhöhung des Preises für Pkw-Vignetten kompensieren zu wollen.[1563] Vizekanzler Schüssel begründete seinen Standpunkt mit der Gefährdung von

---

[1557] Die durch die EU-Gesetzeslage notwendige Senkung des Straßenverkehrsbeitrages hatte einen Einnahmen-Ausfall von 700 Millionen Schilling bedeutet. Um dieses Budgetloch zu stopfen, hatten sich alle im Parlament vertretenen Parteien auf die Erhöhung der Pkw-Mauten geeinigt. Den Restbetrag von 300 Millionen wollte die SPÖ durch die Erhöhung der Kfz-Steuer lukrieren.

[1558] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 57/NRSITZ (XIX. GP). S.161, 351-380.

[1559] Vgl. Der Standard, 9.3.1996. S.5.

[1560] Vgl. Der Standard, 11.1.1997. S.6.

[1561] Kaipl, Erwin: Stenographische Protokolle des Nationalrates 57/NRSITZ (XX. GP). S.26f.

[1562] Vgl. Farnleitner, Johannes: Stenographische Protokolle des Nationalrates 57/NRSITZ (XX. GP). S.31f.

[1563] Vgl. Die Presse, 24.4.1997. S.10.

Arbeitsplätzen bei einem Alleingang Österreichs und mit der technischen Unmöglichkeit, den ursprünglich festgelegten Starttermin 1998 einzuhalten. Für die Verschiebung wäre eine Gesetzesänderung notwendig geworden, da das Roadpricing bei Einführung der Vignette festgelegt worden war. Schüssel wies den Vorwurf, die Vignettenpreise für Pkw erhöhen zu wollen, zurück. Klubobmann Kostelka bezeichnete im Rahmen dieser Diskussion Wirtschaftsminister Farnleitner als „Schwachstelle" der Regierung.[1564] Außerdem beschuldigte er den Koalitionspartner der Lobbyismustätigkeit für die Frächterbranche. Farnleitner verwies seinerseits auf massiven Druck aus den Bundesländern gegen das Roadpricing und auf eine Studie, laut der es wenig Geld einbringen würde.[1565] Nach dem offenen Disput folgte einige Monate Ruhe in dieser Thematik. Erst im November des Jahres traten die beiden zuständigen Minister, Einem und Farnleitner, wieder mit gemeinsamer Linie auf. Sie kündigten an, dem Ministerrat einen gemeinsamen Bericht vorzulegen und ein Gesetz verabschieden zu wollen, das der Regierung die Einführung des Roadpricings per Verordnung ermöglichen sollte. Farnleitner versprach, den Versuch zu unternehmen, den ÖVP-Parteivorstand von seinem Anti-Maut-Beschluss abzubringen.[1566] ÖVP-Obmann Schüssel wollte jedoch seiner bisherigen Linie entsprechend nur im Gleichklang mit Europa bzw. zumindest mit Deutschland vorgehen.[1567]
Die kilometerabhängige Autobahnmaut für Lkw wurde nicht mehr unter der Großen Koalition verwirklicht.

9.6 Die Promillegrenze

Der Anstoß zu einer Senkung der Alkohol-Promillegrenze im Blut für Autofahrer von 0,8 auf 0,5 Promille kam von Verkehrsminister Klima (SPÖ) im Juli 1992. Die Reaktionen vom Koalitionspartner ÖVP wie auch von den Grünen waren zunächst positiv. Klima begründete seinen Vorschlag mit der Hoffnung auf eine Reduktion der Verkehrstoten.[1568] Ein weiterer Vorstoß in diese Richtung kam von SPÖ-Klubobmann Fuhrmann, der die Unterstützung der Idee durch seinen Klub im Parlament versprach.[1569] Nun waren die Reaktionen der ÖVP schon differenzierter: Während Verkehrssprecher Kukacka Verhandlungsbereitschaft signalisierte, sprach sich Parteiobmann Busek gegen die Senkung

[1564] Vgl. Der Standard, 25.4.1997. S.1, 27.
Die Presse, 25.4.1997. S.1.
[1565] Vgl. Der Standard, 26.4.1997. S.6, 34.
[1566] Vgl. Der Standard, 25.11.1997. S.22.
[1567] Vgl. Der Standard, 28.11.1997. S.7.
[1568] Vgl. Der Standard, 7.7.1992. S.6.
[1569] Vgl. Der Standard, 25.9.1992. S.6.

aus und plädierte stattdessen für verschärfte Kontrolle der bestehenden Regelung.[1570] Bis zum September des Jahres ging der Meinungsbildungsprozess innerhalb der ÖVP in Richtung Beibehaltung der 0,8 Promille-Grenze weiter. Die Ablehnung der Senkung wurde zum offiziellen Parteistandpunkt.[1571] Auch der ursprünglich vorsichtig zustimmende Verkehrssprecher Kukacka schwenkte auf diese Linie ein. Er forderte zunächst verstärkte Kontrollen und eine Aufklärungskampagne über die Gefahren von Alkohol am Steuer. Erst wenn diese Maßnahmen nicht greifen sollten, würde er eine Diskussion über eine Senkung der Promillegrenze befürworten. Seiner Meinung nach hätte es keinen Sinn gehabt, eine Regelung zu verschärfen, die bisher oft nicht eingehalten worden war. Außerdem lag das Problem seiner Meinung nach bei Verkehrsteilnehmern, die sich nicht an die gültige Regelung hielten. Nicht unerheblich für die Parteilinie dürfte die Ablehnung der niedrigeren Promillegrenze durch Teilorganisationen von Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer gewesen sein. Diese Interessensvertretungen mit einem traditionellen Naheverhältnis zur ÖVP befürchteten Umsatzeinbußen in Fremdenverkehr, Gastronomie, Getränkeindustrie und Weinbau.[1572] Die SPÖ kritisierte diese Einstellung des Koalitionspartners und beharrte auf ihrem Plan.[1573] Die ÖVP wiederum warf der SPÖ vor, durch ihr Beharren auf der Senkung, eine effiziente Kontrolle zu verhindern. Die Frage nach der Promillegrenze verhinderte nämlich den raschen Beschluss der 19. Novelle zur Straßenverkehrsordnung, die vorsah, dass Autolenker auch ohne Verdacht auf Alkohol im Blut getestet werden könnten (wie dies im Koalitionspakt vorgesehen war[1574]).[1575]

Eine neue Facette erhielt die Diskussion durch einen Vorstoß von Verkehrsminister Klima, bei der Abstimmung über die Promilleregelung den Klubzwang in den Koalitionsparteien aufzuheben. ÖVP-Obmann Busek zeigte sich gesprächsbereit, wollte aber diesen Weg auch bei anderen Abstimmungen, vor allem bei der über das Namensrecht *(vgl. Kap. 3.5 Ehe und Scheidung)* gehen, wogegen sich die SPÖ bisher quergelegt hatte und dies auch weiterhin tat. Inhaltlich blieb er bei seiner Linie.[1576]

Im März 1994 trafen die beiden Standpunkte wieder hart aufeinander. Die SPÖ wollte ihre Vorlage für die Novelle samt Senkung der Promillegrenze durch den Ministerrat bringen. ÖVP-Verkehrssprecher Kukacka legte hingegen einen Plan vor, wonach die

[1570] Vgl. Der Standard, 26.9.1992. S.5.
[1571] Vgl. Der Standard, 29.9.1992. S.7.
[1572] Vgl. Wolf, Armin: Die 0,5-Promille Regelung. S.201.
[1573] Vgl. Die Presse, 25.5.1993. S.1.
Der Standard, 9.10.1993. S.7.
[1574] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und der ÖVP 1990. S.26.
[1575] Vgl. Der Standard, 20.11.1993. S.6.
[1576] Vgl. Die Presse, 23.11.1993. S.7.
Der Standard, 23.11.1993. S.1.

Novelle ohne den umstrittenen Passus beschlossen werden sollte. Dann sollte ein Jahr lang beobachtet werden (in der Zwischenzeit stand die Nationalratswahl an), ob die neuen Bestimmungen (vor allem die Alkoholkontrollen ohne Verdacht) Wirkung zeigten. Sollte dies nicht der Fall sein, würde man in einer neuen Novelle die Promillegrenze dem SPÖ-Vorschlag entsprechend senken.[1577]

Für den 16. Juni brachten die Grünen den Initiativantrag ein, die Grenze auf 0,5 Promille zu senken. Die SPÖ kündigte an, für die Abstimmung darüber den Klubzwang aufzuheben. Neben den Grünen hatten auch die Liberalen angekündigt, den Antrag zu unterstützen. Unter der Voraussetzung, dass alle SPÖ-Abgeordneten dafür gestimmt hätten, wäre der Antrag angenommen worden.[1578] SPÖ-Klubobmann Fuhrmann hatte jedoch bereits vor der Sitzung angekündigt, dass es in seiner Fraktion unterschiedliches Stimmverhalten geben würde. Die zwischen den Koalitionsparteien akkordierte Novellierung der Straßenverkehrsordnung sollte jedoch einvernehmlich und ohne Veränderung der Promillegrenze passieren.[1579]

Verkehrsminister Klima (SPÖ) legte sich für die Senkung der Promillegrenze ins Zeug:

> „Diese Diskussion mit dem gegenseitigen Ausspielen von mehr Überwachung und geringerer Promille-Grenze ist hinfällig geworden, da Sie heute Maßnahmen für mehr Überwachung beschließen werden. Es ist aber unbestritten – es gibt keinen Fachmann, der das nicht sagt –, daß eine Senkung von 0,8 auf 0,5 Promille die Gefährdung reduzieren wird. Es gibt keinen einzigen, der das nicht sagt, und es kann auch niemand plausibel behaupten, daß die Senkung von 0,8 auf 0,5 Promille die Gefährdung nicht reduziert.
>
> [...] Ich möchte in aller Offenheit hier folgendes sagen: Ich bin kein Puritaner, und ich bin auch nicht der Oberlehrer der Nation. Man könnte sogar zynisch sagen: Es geht um die Freiheit jedes einzelnen Menschen; jeder soll sich betrinken und sich selbst zu Tode fahren können, es ist ja sein Leben. Aber meine sehr geehrten Damen und Herren, nur ein Viertel der Unfälle sind Alleinunfälle. Bei drei Viertel der Unfälle gibt es eine Opfer-Täter-Beziehung, und ich halte es einfach für erforderlich, daß wir dabei auch an jene drei Viertel der Opfer denken, die in diesem Fall von den Tätern zu Betroffenen gemacht werden.“[1580]

Dem setzte ÖVP-Verkehrssprecher Kukacka einige Zitate von Experten entgegen, die die Wirkung der diskutierten Maßnahme in Frage stellten. Er wie auch die meisten seiner Parteifreunde sahen die Probleme im Straßenverkehr woanders:

> „Dann sollten wir uns auch vor Augen führen, daß der Anteil der Verunglückten bei Alkoholunfällen an der Gesamtzahl der Verunglückten im Jahr 1993 nur rund 7 Prozent betrug. [...]
>
> Denn 53 Prozent der Lenker, die alkoholisiert erwischt wurden, hatten einen Promillegrad zwischen 1,5 und 2,5 Prozent, der Mittelwert der abgenommenen Blutproben in

[1577] Vgl. Der Standard, 12.3.1994. S.6.

[1578] Die SPÖ hatte 80 Abgeordnete, die Grünen 10 und das Liberale Forum 5. 92 Abgeordnete wären bei Vollbesetzung des Plenums notwendig gewesen.

[1579] Vgl. Die Presse, 17.6.1994. S.6.
Der Standard, 16.6.1994. S.7.

[1580] Klima, Viktor. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 169/NRSITZ (XVIII. GP). S.19861.

> den letzten zehn Jahren lag ständig gleichbleibend bei etwa 1,5 Promille, und nur jeder tausendste alkoholisierte Fahrer, so sagt das Kuratorium für Verkehrssicherheit, wird von der Exekutive entdeckt. – Da liegen die tatsächlichen Gründe. Hier muß die Verkehrssicherheitspolitik ansetzen. Das ist das Wichtigste, und das Wichtigste sollten wir zuerst machen!"[1581]

Bei dieser ersten geheimen Abstimmung – der Klubzwang war von allen Parteien ausdrücklich aufgehoben worden – erhielt der Antrag 81 Stimmen; dagegen stimmten 83. Der Konflikt konnte damit im beginnenden Wahlkampf weitergehen.[1582] So forderte zum Beispiel Verkehrsminister Klima die Aufnahme der Senkung des Alkohollimits in einen zukünftigen Koalitionspakt, was von der ÖVP wiederum prompt zurückgewiesen wurde.[1583]

Im März 1995 unternahm Verkehrsminister Klima einen neuen Anlauf. Er kündigte den Versuch an, alle verantwortlichen Stellen von der Sinnhaftigkeit der Reduktion zu überzeugen.[1584] Rund um die Nationalratswahl blieb es dann aber ruhig um diese Frage, und in den Koalitionsverhandlungen spielte sie ebenfalls keine Rolle.[1585] Im Mai 1996 verkündeten SPÖ und ÖVP wieder die altbekannten Positionen, worauf wieder Ruhe einkehrte.[1586] Im September desselben Jahres kolportierten die Medien plötzlich eine Annäherung. Die ÖVP hatte demnach den Vorschlag gemacht, ab einer Alkoholisierung von 0,5 Promille Geldstrafen einzuheben und wie bisher erst ab 0,8 Promille den Führerschein zu entziehen.[1587]

Doch die Diskussion ging mit denselben Argumenten, aber mit einem neuen Verkehrsminister weiter. Klimas Nachfolger im Verkehrsministerium war Caspar Einem. Dieser verfolgte dasselbe Ziel wie sein Vorgänger. Die ÖVP wiederum beharrte auf ihrem Standpunkt. Auch die Argumente der Kontrahenten hatten sich nicht geändert.[1588]

Im Mai 1997 beschloss der Ministerrat ein weiteres Verkehrssicherheitspaket. Wieder enthielt es nicht die von der SPÖ gewünschte und von der ÖVP abgelehnte Senkung der Promillegrenze. In den Verhandlungen war erneut der von der ÖVP vorgeschlagene Kompromiss *(vgl. oben)* zur Diskussion gestanden.[1589] Eine Einigung erfolgte jedoch nicht. Verkehrsminister Einem kündigte aber einen Initiativantrag seiner Partei mit an-

---

[1581] Kukacka, Helmut. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 169/NRSITZ (XVIII. GP). S.19872.
[1582] Vgl. Der Standard, 18.6.1994. S.6.
Die Presse, 18.6.1994. S.7.
[1583] Vgl. Die Presse, 28.7.1994. S.7.
[1584] Vgl. Die Presse, 23.3.1995. S.4.
[1585] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Koalitionsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1996.
[1586] Vgl. Die Presse, 9.5.1996. S.7.
[1587] Vgl. Wolf, Armin: Die 0,5-Promille-Regelung. S.203
Der Standard, 10.9.1996. S.5.
[1588] Vgl. Der Standard, 5.2.1997. S.8.
[1589] Vgl. Der Standard, 12.5.1997. S.3.

schließender freier Abstimmung an.[1590] Von der ÖVP gab es keine Proteste gegen diese Vorgangsweise, da im aktuellen Koalitionspakt dieses Thema ausdrücklich für den koalitionsfreien Raum vorgesehen war.[1591] Der SPÖ-Antrag sah eine abgestufte Bestrafung vor: Bei einem Blutalkoholgehalt zwischen 0,5 und 0,8 Promille sollten Geldstrafen verhängt werden und erst im Wiederholungsfall der Führerschein abgenommen werden. Innerhalb des ÖVP-Klubs wurde eine Probeabstimmung durchgeführt, bei der sieben Abgeordnete[1592] für den SPÖ-Antrag votierten. Verkehrssprecher Kukacka legte seinerseits einen Antrag auf höhere Strafen für Alko-Lenker mit über 0,8 Promille vor.[1593] Doch auch die SPÖ fand keine einheitliche Linie. In einer Probeabstimmung stimmten fünf Abgeordnete[1594] gegen den Antrag der eigenen Fraktion. Ein einheitliches Stimmverhalten für den Antrag konnte man von Liberalen und Grünen erwarten. Die FPÖ war bis auf eine Abgeordnete geschlossen gegen die Vorlage.[1595] Bezog man noch die Möglichkeit der Abwesenheit von Abgeordneten und die des Verlassens des Plenums vor der Abstimmung mit ein, war der Ausgang der Abstimmung völlig offen. Die Redner brachten wiederum die bereits bekannten Argumente vor:

Für die SPÖ:

Rudolf Parnigoni:

> „Es handelt sich um ein jahrelanges Anliegen im Dienste der Verkehrssicherheit. Die Wissenschaft sagt uns, meine Damen und Herren, daß ab 0,5 Promille ein deutlicher Wahrnehmungsverlust auftritt. Es kommt zwischen 0,5 und 0,8 Promille zu einer Verdreifachung der Fehler.
>
> Meine Damen und Herren! Wir wissen ganz genau, daß zwischen 0,5 und 0,8 Promille die Konzentrationsfähigkeit ebenfalls massiv abnimmt und daß sich die Risikobereitschaft gewaltig steigert. Darüber hinaus schätzen die Unfallchirurgen und auch das Kuratorium für Verkehrssicherheit, daß rund 50 Menschenleben durch eine Absenkung auf 0,5 Promille gerettet werden könnten. Wir wissen, daß 25 Prozent aller Verkehrsunfälle mit Todesfolgen einen Zusammenhang mit Alkohol haben, und wir wissen, daß alkoholisierte Fahrer eine Bedrohung auf der Straße darstellen.[1596]“

Winfried Seidinger

> „Aus eigener Erfahrung kann ich als Teilnehmer bei einem Trinkversuch, der vom Kuratorium für Verkehrssicherheit vor einigen Jahren veranstaltet worden ist, sagen – der damals frischgebackene Verkehrsminister Viktor Klima hatte dazu eingeladen –, daß schon bei der Hälfte der erlaubten 0,8 Promille die Fahrtüchtigkeit nicht mehr gegeben ist, und zwar nicht nur durch Geräte bewiesen nicht mehr gegeben ist, sondern auch

[1590] Vgl. Der Standard, 22.5.1997. S.9.
[1591] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Koalitionsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1996. S.8.
[1592] Das waren Klubobmann Andreas Khol, Sonja Moser, Gertrude Brinek, Franz Morak, Günther Leiner und Erwin Rasinger.
[1593] Vgl. Der Standard, 14.6.1997. S.9.
[1594] Das waren Matthias Achs, Karl Gerfried Müller, Günter Kiermayer, Marianne Hagenhofer und Anton Leikam.
[1595] Vgl. Die Presse, 9.7.1997. S.3.
[1596] Parnigoni, Rudolf: Stenographische Protokolle des Nationalrates 81/NRSITZ (XX. GP). S.97.

nach dem rein persönlichen Gefühl. Ich glaube, auch diese Erfahrungen muß man entsprechend einbeziehen, daraus müssen entsprechende Schlüsse gezogen werden."[1597]

Christa Krammer:

„Ich muß jenen ganz entschieden entgegentreten, die sagen, mit 0,8 Promille gebe es keine schweren Unfälle. Es kann kein Befürworter von 0,8 behaupten, daß es bei 0,8 Promille nie Unfälle mit Schwerverletzten gegeben hätte, daß es nie Unfälle mit Querschnittgelähmten, mit weiß Gott wie lange im Koma Liegenden und Toten gegeben hat. Niemand kann mir erzählen, daß das mit 0,8 Promille noch nie passiert ist. Niemand ist in der Lage, den unerschütterlichen und unwiderlegbaren Gegenbeweis anzutreten."[1598]

Für die ÖVP:

Helmut Kukacka:

„[...] ist es nicht gelungen, die eine gesicherte Expertenmeinung zu erschüttern, die da sagt, das Problem der Unfälle mit Alkohol am Steuer liegt nicht im Bereich zwischen 0,5 und 0,8 Promille, sondern weit jenseits der 0,8 Promille.

In einem sind sich alle Studien einig: daß eine konsequente Überwachung des Verkehrs, strenge Sanktionen gegen Verkehrssünder und eine deutliche Erhöhung der Wahrscheinlichkeit des Erwischt-Werdens mehr bringen als jede andere Maßnahme, auch als die Senkung auf 0,5 Promille.

[...] Meine Damen und Herren, deshalb sage ich Ihnen: Nur eine stärkere Verkehrsüberwachung mit strengen Alkoholkontrollen, nur massive Strafsanktionen für Promilletrinker, nur verbesserte Aufklärungsarbeit für jugendliche Verkehrsteilnehmer, nur eine deutliche Erhöhung der Wahrscheinlichkeit des Erwischt-Werdens werden entscheidende Verbesserungen im Zusammenhang mit dem Problem Alkohol am Steuer mit sich bringen. Das ist der Schlüssel zum Erfolg, und daran müssen wir arbeiten!"[1599]

Johann Kurzbauer:

Faktum ist, daß 94 Prozent der Unfälle mit Alkohol am Steuer jenseits der 0,8-Promille-Grenze liegen, sie liegen im Durchschnitt bei 1,2 oder 1,4 Promille.[1600]

Günter Puttinger:

„7 Prozent der Unfälle passieren im Zusammenhang mit Alkoholisierung, das sind von 56.000 Unfällen 4.000. 96 Prozent der alkoholbedingten Unfälle, das wissen Sie, passieren im Bereich über 0,8 Promille. Es bleiben also nur 4 Prozent der Unfälle übrig – insgesamt sind zirka 80 Personen betroffen [Anm. des Verfassers: Das eigentliche Ergebnis der Rechnung müsste 160 Personen lauten] –, und jeder 56. endet mit einem Todesfall. Das möchte ich schon sagen: Jeder einzelne Todesfall ist einer zu viel, dazu stehe ich. Aber – hören Sie bitte zu! – der Gesetzgeber hat Grenzen festzulegen, ansonsten dürfte es – das ist Ihre Konsequenz – nur 0,0 Promille oder null Stundenkilometer geben, denn 47 Prozent der Unfälle passieren bei Höchstgeschwindigkeiten und nur 0,3 Prozent davon im Zusammenhang mit Alkohol!"[1601]

Während der Nationalratssitzung kam es zu einem Konflikt über die Abstimmungsmodalitäten. Die ÖVP hatte einen Antrag auf geheime Abstimmung eingebracht, die SPÖ setz-

[1597] Seidinger, Winfried: Stenographische Protokolle des Nationalrates 81/NRSITZ (XX. GP). S.168.
[1598] Krammer, Christa: Stenographische Protokolle des Nationalrates 81/NRSITZ (XX. GP). S.177.
[1599] Kukacka, Helmut: Stenographische Protokolle des Nationalrates 81/NRSITZ (XX. GP). S.105-108.
[1600] Kurzbauer, Johann: Stenographische Protokolle des Nationalrates 81/NRSITZ (XX. GP). S.165.
[1601] Puttinger, Günter: Stenographische Protokolle des Nationalrates 81/NRSITZ (XX. GP). S.182.

te ein Verlangen auf namentliche und damit offene Abstimmung[1602] dagegen.[1603] Gegen dieses Verlangen protestierte ÖVP-Klubobmann Khol:

> „Nicht zu akzeptieren habe ich allerdings – und ich verlange daher die Einberufung einer Präsidiale –, daß entgegen allen Ankündigungen in der Öffentlichkeit jetzt nicht freie Abstimmungen stattfinden, wo jeder Abgeordnete nach seinem Gewissen abstimmen kann, sondern daß der Klubzwang durch die namentliche Abstimmung quasi instrumentalisiert wird.“[1604]

SPÖ-Klubobmann Kostelka verteidigte die Vorgehensweise:

> „...dann bin ich genau gegenteiliger Meinung, Herr Kollege Khol. Ich bin nämlich deswegen der entgegengesetzten Meinung, weil hier 183 vom Volk gewählte Abgeordnete sitzen, die das Abstimmen zu ihrem Beruf gemacht haben, deren Beruf es ist, zu ihrer Meinung und zu ihrem Stimmverhalten zu stehen“[1605]

In zweiter Lesung wurde der Antrag auf Senkung der Grenze mit 91 zu 86 Stimmen angenommen. Die Abstimmung zur dritten Lesung erfolgte auf Anweisung von Nationalratspräsident Fischer ebenfalls namentlich. Er begründete dies damit, dass ein knappes Ergebnis zu erwarten wäre. ÖVP und FPÖ ließen dagegen ihren Unmut in Zwischenrufen erkennen, konnten diese Vorgangsweise jedoch nicht verhindern. In dieser dritten Lesung wurde das Gesetz überraschend mit 87 zu 92 Stimmen abgelehnt.[1606] Gegenseitige Schuldzuweisungen, man habe eigene Abgeordnete gegen ihren Willen zu einem Stimmverhalten gezwungen, wechselten nun die Seiten.[1607] ÖVP-Klubchef Khol begründete das unterschiedliche Verhalten seiner Abgeordneten in den beiden Abstimmungen damit, dass der aus seiner Sicht offensichtlich von der SPÖ auf die Abgeordnete Hagenhofer ausgeübte Zwang, für den Antrag zu stimmen,[1608] die Dissidenten in seiner Partei (darunter er selbst) aus Protest ihre Meinung hätte ändern lassen. Die offizielle SPÖ und die betroffene Abgeordnete wiesen die Darstellung zurück.[1609] Nachweisbar ist, dass auf beiden Seiten Abgeordnete nicht so abgestimmt hatten, wie ursprünglich angekündigt.[1610] Besondere Brisanz erhielt dieser Koalitionskrach durch einen Skandal, der an sich das

---

[1602] Das Verlangen nach einer namentlichen Abstimmung braucht nur die Zustimmung von 20 Abgeordneten und „schlägt“ als eine Form des Minderheitenschutzes einen Antrag auf geheime Abstimmung.

[1603] Vgl. Der Standard, 10.7.1997. S.5.

[1604] Khol, Andreas: Stenographische Protokolle des Nationalrates 81/NRSITZ (XX. GP). S.187.

[1605] Kostelka, Peter: Stenographische Protokolle des Nationalrates 81/NRSITZ (XX. GP). S.191.

[1606] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 81/NRSITZ (XX. GP). S.201ff.

[1607] Als Kontrahenten standen sich dabei FPÖ und ÖVP auf der einen Seite und SPÖ, Grüne und Liberale auf der anderen Seite gegenüber.

[1608] Erste Vorwürfe in diese Richtung wurden bereits während der Sitzung von den freiheitlichen Abgeordneten in Zwischenrufen getätigt (Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 81/NRSITZ (XX. GP). S.208f.).

[1609] Vgl. Die Presse, 11.7.1997. S.3.
Der Standard, 11.7.1997. S.5.

[1610] Auf SPÖ-Seite war dies neben Marianne Hagenhofer auch Günter Kiermaier.
In der ÖVP nahmen in zweiter Lesung Maria Rauch-Kallat, Günter Leiner und Andreas Khol nicht an der Abstimmung teil. Sonja Moser stimmte für die Beibehaltung der 0,8-Promille-Grenze. Nur Franz Morak stimmte seiner Ankündigung entsprechend zweimal für 0,5-Promille. (Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates Kostelka: Stenographische Protokolle des Nationalrates 81/NRSITZ (XX. GP). S.191. mit dem Ergebnis der klubinternen Abstimmung)

Regierungsklima nicht belastet hatte. In den Medien (vor allem im deutschen „Focus“ und in der österreichischen Tageszeitung „Der Standard“) war Außenminister Schüssel vorgeworfen worden, bei einem Frühstück mit Journalisten Politiker und einflussreiche Persönlichkeiten aus dem Ausland mit unflätigen Ausdrücken bedacht zu haben. Schüssel bestritt die Darstellungen vehement. Die Oppositionsparteien brachten einen Misstrauensantrag im Nationalrat ein. In der Debatte erhielt Schüssel die – wenn auch schwache – Unterstützung des Koalitionspartners, mit dessen Hilfe schließlich der Antrag abgelehnt wurde. Der SPÖ-Abgeordnete Guggenberger hatte zuvor mit Hinweis auf die Vorgänge um die sogenannte Promilleabstimmung angekündigt, seine Parteifreunde würden die Fäuste in den Taschen ballen und mit zusammengebissenen Zähnen für Schüssel stimmen.[1611]

Die sachliche Diskussion ging aber weiter. Die Gegner der Senkung gerieten durch einen tragischen Unfall,[1612] der in der Öffentlichkeit eine Bewegung für die 0,5-Promille-Grenze entstehen ließ, unter Druck.[1613] Die ÖVP forderte nun einen Bericht über die Anzahl der Unfallverursacher mit einem Alkoholspiegel zwischen den diskutierten Grenzen. Dies geschah aufgrund der auch öffentlich geäußerten Vermutung, dass in diesen Grenzen kaum Unfälle passierten.[1614] Der Druck aus der Bevölkerung und den Medien wurde jedoch immer stärker. Eine Schülerinitiative organisierte eine Demonstration vor dem Parlament mit 2.000 Teilnehmern und übergab dabei 20.000 Unterschriften für die strengere Regelung an Nationalratspräsident Fischer. Außerdem stellten sich auflagenstarke Medien wie die „Neue Kronenzeitung“, „täglich Alles“, „Kurier“ und „News“ durch offizielle Kampagnen hinter deren Forderungen. Auch in der ORF-Sendung Help-TV-Spezial wurde den Befürwortern viel Platz gelassen. Der damalige ÖVP-Klubobmann Khol begründete den Meinungsumschwung in seiner Partei direkt mit diesem medialen Druck und dem damit verbundenen Stimmungswandel in der Bevölkerung.[1615]

Das Liberale Forum brachte einen neuerlichen Antrag auf Senkung der Promillegrenze ein. Er enthielt die bereits diskutierte Variante, Geldstrafen bei einer Alkoholisierung zwischen 0,5 und 0,8 Promille zu verhängen und erst im Wiederholungsfall den Führerschein zu entziehen. Schon bei der Einbringung äußerten alle Seiten die Vermutung, dass diesmal eine Zustimmung wahrscheinlich wäre.[1616]

[1611] Vgl. Die Presse, 11.7.1997 S.1.
[1612] In der Nacht von 15. auf 16. September hatte ein Autolenker mit 2,1 Promille Alkohol im Blut zwei Kinder angefahren und getötet.
[1613] Vgl. Die Presse, 19.11.1997.
[1614] Vgl. Der Standard, 28.11.1997. S.7.
[1615] Vgl. Wolf, Armin: Die 0,5-Promille-Regelung. S.205ff.
[1616] Vgl. Der Standard, 5.12.1997. S.1, 6.

In der ÖVP begann ein Umdenkprozess. Den Wendepunkt stellte die Ankündigung von ÖVP-Obmann Schüssel am 5. Dezember 1997 dar, dem Parteivorstand die Senkung der Grenze zu empfehlen, wobei er die bekannte Kompromissvariante nannte und auch forderte, dass es zwischen 0,5 und 0,8 Promille keinen automatischen Regress der Versicherung gegen den alkoholisierten Lenker geben dürfte.[1617] Nun schien sogar ein All-Parteien-Antrag möglich, eine Variante, die sich jedoch bald wieder zerschlug. Schließlich konnten sich die Koalitionspartner sowie Grüne und Liberale einigen. Beim ersten Mal 0,5 Promille sollte eine Strafe von 3.000 bis 50.000 Schilling verhängt werden, beim zweiten Mal sollte derselbe Rahmen gelten, jedoch verbunden mit einem Führerscheinentzug für mindestens drei Wochen, und beim dritten Mal innerhalb eines Jahres sollten neben der Verhängung einer Geldstrafe der Führerschein vier Wochen lang eingezogen werden und Regressforderungen der Versicherungen eintreten. Abermals kündigte Vizekanzler Schüssel an, seinen Klub auf diese Linie einschwören zu wollen und begründete dies mit dem gestiegenen öffentlichen Druck.[1618]

Am 12. Dezember war es schließlich soweit, der ausverhandelte Kompromiss wurde im Nationalrat angenommen. Dabei stimmten einzelne Mandatare sowohl von SPÖ als auch von ÖVP[1619] gegen die Senkung und damit auch gegen ihre Parteilinie.[1620]

[1617] Vgl. Die Presse, 6.12.1997. S.1.
Der Standard, 6.12.1997. S.6.

[1618] Vgl. Der Standard, 10.12.1997. S.8.
Die Presse, 11.12.1997. S.9.
Der Standard, 11.12.1997. S.1, 5.

[1619] Von der SPÖ stimmten Matthias Achs und Marianne Hagenhofer (also zwei) dagegen, in der ÖVP waren dies Jakob Auer, Rosemarie Bauer, Matthias Ellmauer, Maria Fekter, Ernst Fink, Wolfgang Großruck, Fritz König, Walter Murauer, Günter Puttinger, Franz Steindl und Johannes Zweytick (also elf). Die ÖVP-Abgeordneten Helmut Kukacka, Leopold Marderthaner und Günter Stummvoll lehnten das Gesetz in zweiter Lesung als Zeichen ihrer Skepsis ab, stimmten aber in dritter Lesung zu.

[1620] Vgl. Die Presse, 13.12.1997. S.8.
Der Standard, 13.12.1997. S.7.

10 Umwelt

10.1 Abfallwirtschaftsgesetz

Die erste grundlegende Änderung im Abfallwirtschaftsgesetz erfolgte ohne Konflikte. So wurde 1988 eine Müllabgabe nach dem Verursacherprinzip beschlossen. Die Einnahmen sollten zur Mülltrennung und damit zur Müllvermeidung anregen und zweckgebunden für die Sanierung von umweltgefährdenden Mülldeponien sowie zur Betreibung von neuen sicheren Deponien verwendet werden.[1621]

Ab dem Jahr 1989 war die politische Harmonie in Sachen Abfallwirtschaft zu Ende. Beide Parteien legten einen Entwurf für ein neues Abfallwirtschaftsgesetz vor und kritisierten jeweils die Vorlage der anderen. Die SPÖ bezeichnete den Entwurf der ÖVP als „zahnlosen Papiertiger", da er bei Verstößen nur ein Strafhöchstausmaß von 400.000 Schilling vorsah, während die SPÖ fünf Millionen Schilling anstrebte. Zudem wollte die SPÖ die Genehmigung von Betriebsanlagen erst bei einer nachweislichen Minimierung der Müllmenge durch gesicherte Sammlung von wieder verwertbaren Altstoffen und dem Aufbau eines Pfandsystems zulassen. Außerdem war man sich auch über den Zeitpunkt der Einführung der bereits paktierten Müllabgabe noch nicht einig. Umweltministerin Flemming (ÖVP) strebte den Beschluss noch im kommenden Frühjahr an. Der Umweltsprecher der SPÖ, Peter Keppelmüller, sprach vorsichtiger von der laufenden Legislaturperiode.[1622] Schließlich gab es doch noch eine Übereinkunft, die Einführung bis zur Jahresmitte anzustreben. Doch kurz darauf kam es wieder zu inhaltlichen Differenzen. So war man sich noch nicht über die Einhebung und die Aufteilung auf die Länder im Klaren.[1623] Am 28. Februar wurde schließlich die Einigung über die Müllabgabe verkündet.[1624] Beschlossen wurde das Gesetz am 17. Juni 1989.

Der Streit über das Abfallwirtschaftsgesetz ging jedoch weiter. Die SPÖ drängte dabei die ÖVP, rasch einen Beschluss herbeizuführen. Umweltsprecher Keppelmüller überlegte dazu sogar, einen Fristsetzungsantrag im Parlament einzubringen. Gleichzeitig kündigte der große Koalitionspartner aber auch an, einem Gesetz ohne anlagenbezogener Abfallvermeidung nicht zuzustimmen. Der ÖVP warf man vor, gegenüber der Wirtschaft zu viel Rücksicht zu nehmen. Die ÖVP wies diesbezüglich alle Vorwürfe zurück. Wirtschaftsminister Schüssel (ÖVP) verwies auf die zwischen Umwelt- und Wirtschaftsmi-

[1621] Vgl. Der Standard, 19.10.1988. S.6.
[1622] Vgl. Die Presse, 7.1.1989. S.5.
[1623] Vgl. Die Presse, 25.2.1989. S.1.
[1624] Vgl. Die Presse, 1.3.1989. S.5.

nisterium akkordierte Gesetzesvorlage, die alle Vorschriften des Sonderabfallgesetzes in größtenteils erweiterter Form enthielt. Er kündigte an, im Rahmen der Gewerbeordnung und der Berggesetznovelle für entsprechende Vorschriften im Anlagegenehmigungsverfahren zu sorgen.[1625] In dieselbe Richtung ging auch der Vorschlag von ÖVP-Klubobmann König. Er wollte die Regelungen stufenweise beschließen: zuerst ein Gesetz für den Hausmüll (z.B. Einsammelsysteme für Dosen und Plastikflaschen), dann für den Bergbau und schließlich für Industrie- und Gewerbemüll. Sein SPÖ-Amtskollege Fischer verlangte hingegen, die Regelungen in einem einzigen Gesetz zu verabschieden.[1626]

Mitte März verkündete Umweltministerin Flemming eine Einigung. Dies wurde jedoch prompt von der SPÖ bestritten und auf noch immer schwerwiegende Bedenken hingewiesen. Die SPÖ wollte für Produkte, die große Abfallberge verursachen, als letzte Konsequenz auch Verbote ermöglichen. Dabei stellte sich die ÖVP auf die Seite der Wirtschaft, die eine solche Vorgangsweise strikt ablehnte. Die Umweltministerin hatte vor, durch „Zielverordnungen" für Getränkegebinde, Leuchtstoffröhren und Batterien der Wirtschaft die Möglichkeit zu bieten, die Problematik selbst zu regeln, während die SPÖ verbindliche Verordnungen anstrebte. Außerdem wollte die SPÖ die neuen Auflagen im Gegensatz zur Vorlage auch für bereits bestehende Anlagen einführen. Die ÖVP argumentierte hingegen, dass Betriebe bei jeder Investition ohnehin umstellen müssten und damit innerhalb von zehn Jahren 95 Prozent den neuen Regeln entsprechend umgestellt sein würden. Eine schnellere Umstellung war aus Sicht der ÖVP nicht realistisch. Auch bei der Definition gab es noch Uneinigkeit. Die ÖVP wollte das für Recycling vorgesehene Material als „Altstoffe" ausnehmen, die SPÖ hingegen als „Abfall" einbeziehen. SPÖ-Vertreter warfen der Umweltministerin vor, sich von der Wirtschaft unter Druck setzen zu lassen. Diese wiederum vermutete, die SPÖ wolle ihr vor den Wahlen[1627] einfach den Erfolg nicht gönnen.[1628] Am 13. April kam es laut der hochkarätigen Verhandlungsrunde (Finanzminister Lacina, Wirtschaftsminister Schüssel, ÖVP-Klubobmann König, SPÖ-Umweltsprecher Keppelmüller und SPÖ-Umweltexperte Schnattinger) zu einer Einigung. Gegenüber der Öffentlichkeit hielt man sich zwar, was die Ergebnisse betraf, bedeckt, kündigte aber den Beschluss im Ministerrat für 24. April und den im Na-

[1625] Vgl. Der Standard, 17.1.1990. S.5.
Die Presse, 17.1.1990. S.5.
[1626] Vgl. Die Presse, 23.1.1990. S.5.
[1627] Die Nationalratswahl war für 7. Oktober 1990 angesetzt.
[1628] Vgl. Die Presse, 20.3.1990. S.6.
Der Standard, 4.4.1990. S.5.
Der Standard, 5.4.1990. S.8.

tionalrat noch für die Zeit vor dem Sommer an.[1629] Am 23. April erklärte SPÖ-Klubobmann Fischer für seine Partei die Absicht, gleichzeitig mit der Beschlussfassung des Abfallwirtschaftsgesetzes einen Initiativantrag einzubringen, mit dem ein Pfandsystem für Batterien und Getränkeverpackungen oder das Verbot von PVC-Verpackungen aus dem Lebensmittelbereich jederzeit durchgesetzt werden könnte. ÖVP-Klubchef König wollte dafür keine Notwendigkeit erkennen.[1630] Die SPÖ brachte schließlich am 10. Mai tatsächlich einen Entschließungsantrag in den Umweltausschuss ein. Ergänzt werden sollte dieser Antrag durch konkrete Maßnahmen und Verordnungen, bei deren Nichtbeachtung Strafen vorgesehen waren. Als die SPÖ ihren Antrag jedoch nicht zur Beschlussfassung einbrachte, wurde dies von den Vertretern der Grünen übernommen. Die SPÖ stimmte dann gegen ihren eigenen Antrag.[1631] In der Nationalratsdebatte begründete SPÖ-Umweltsprecher Keppelmüller dieses Vorgehen mit der Rücksicht auf den Koalitionspartner.[1632]

Schließlich gab es doch noch eine Einigung. Im Gesetz wurden, dem ÖVP-Wunsch entsprechend, Altstoffe ausgenommen. Enthalten war hingegen der Auftrag an den Umweltminister, bei Bedarf Pfandeinhebung und Sammelpflicht zu verordnen. Gleichzeitig erhielt er die Möglichkeit, das Ziel auch mit Hilfe einer Zielverordnung zu erreichen. Bestehende Anlagen sollten nur bei Veränderungen zu prüfen sein. Die SPÖ hatte für den Umweltminister die Möglichkeit hinein reklamiert, nicht recyclebaren Abfall erzeugende Produkte im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsminister verbieten zu können. Nicht enthalten war jedoch ihre Forderung, die zentral gesammelten Daten über Entstehung von Abfall in den Betrieben den Bürgern einsehbar zu machen. Auch bei den Sanktionen bei Verstößen gegen das Abfallwirtschaftsgesetz konnte sich die SPÖ nicht durchsetzen. Als Höchststrafe wurden 500.000 Schilling festgesetzt.[1633] Die Abgeordneten der ÖVP zeigten sich im Wesentlichen mit dem Gesetz zufrieden, während von SPÖ-Seite Kritik im Sinne der alten Forderungen zu hören war.[1634]

Die ersten Änderungswünsche kamen jedoch noch in derselben Legislaturperiode. Die SPÖ ortete im November 1993 massive Ungereimtheiten in der Verpackungsverordnung und kündigte in Person ihres Umweltsprechers Keppelmüller an, bis zu einer kompletten

[1629] Vgl. Die Presse, 13.4.1990. S.6.
Die Presse, 14.4.1990. S.1.
[1630] Vgl. Die Presse, 24.4.1990. S.5.
[1631] Vgl. Wurmbrand, Dieter Heinz: Die Entstehung von Umweltgesetzen. S.176.
[1632] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 145/NRSITZ (XVII. GP). S.16735-16792.
[1633] Vgl. BGBl. Nr. 325/1990.
[1634] Vgl. Wurmbrand, Dieter Heinz: Die Entstehung von Umweltgesetzen. S.275f.

Änderung des Systems anstehende Verordnungen zu Elektroschrott und den Druckerzeugnissen zu verhindern. Vor allem kritisierte Keppelmüller die nicht in gewünschter Form funktionierende Recycling- und Sammlungsvereinigung ARA, da es für große Entsorgungsbereiche noch keine Verwertungswege gab. Konkret forderte Keppelmüller als Vorbedingung für die Zustimmung,

- das Verbrennen betroffener Kunststoffe mit dem Restmüll
- die Abschaffung der Strafandrohung bei Verstößen gegen die Mülltrennung
- der privaten Abfall-Sammelgesellschaft die Finanzierung der Entsorgung zu entziehen und die Beiträge durch mehrere zentrale öffentliche Fonds zu verwalten
- die Erhöhung der Anzahl der Konsumentenvertreter in der Verpackungskommission

Unterstützung erhielt er dabei von seiner Partei und der AK, die meinte, dass die Kühlschrankentsorgungsbeiträge nicht den gewünschten Erfolg gebracht hätten und es daher nicht sinnvoll wäre, das gleiche System für den Elektroschrott einzuführen. Umweltministerin Rauch-Kallat kritisierte das Vorgehen als „Verzögerungstaktik". Die Umweltreferenten-Konferenz der Bundesländer unterstützte hingegen die Forderungen der SPÖ. Die Grünen stellten sich hinter die Umweltministerin.[1635]

10.2 Öko-Abgaben

Im Wahlkampf 1990 bekam das Thema Umwelt einen besonderen Stellenwert. Vor allem das von der ÖVP unter ihrem Obmann Riegler erstellte Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft[1636] wurde diskutiert. Er selbst fasste den Inhalt mit dem Satz zusammen:

> „Umweltgerechtes Verhalten von Unternehmern und Privaten muß billiger sein als Umweltbelastung."[1637]

Demnach sollten Verursacher von Umweltschäden für deren Kosten aufkommen, statt wie bisher die öffentliche Hand. Gleichzeitig sollte generell der Verbrauch von knappen Ressourcen (vor allem Energie) teurer werden. Erreichen wollte man das durch neue Steuern, Abgaben und Strafen. Gleichzeitig sollte aber das Gesamtsteuervolumen durch die Senkung anderer Steuern (Stichwort: Entlastung des Faktors Arbeit) nicht erhöht

[1635] Vgl. Der Standard, 11.11.1993. S.21.
Der Standard, 17.11.1993. S.1, 5, 13.

[1636] Am sogenannten Zukunftsparteitag am 24./25. November wurde das zuvor ausgearbeitete Konzept als Leitantrag von der ÖVP beschlossen. (Vgl. Riegler, Josef: Ökosoziale Marktwirtschaft. S.11.)

[1637] Riegler, Josef: Vorwort. S.3.

werden.[1638] Landwirtschaftsminister Fischler (ÖVP) stellte dieses Modell den Ansätzen der SPÖ gegenüber:

> „Nicht wenige glauben, dieses Ziel mit neuen Vorschriften, mit Verboten und Geboten, mit staatlichen Kontrollen und langen Strafkatalogen erreichen zu können. Man glaubt, wieder einmal auf den Staat und nicht auf die Bürger setzen zu müssen. Unsere Antwort ist eindeutig. Wir müssen unser marktwirtschaftliches System so weiterentwickeln, daß es lebensschonend und ökologisch funktioniert. Es muß sich lohnen, umweltgerecht zu produzieren und es muß etwas kosten, zu Lasten der Umwelt zu wirtschaften.“[1639]

SPÖ-Obmann und Bundeskanzler Vranitzky bezeichnete hingegen die Idee der Ökosozialen Marktwirtschaft als „leichtgewichtige aber voluminöse Worthülse“, die „weder neu noch umsetzbar“ sei.[1640] Die Vorstellungen der SPÖ über die Umweltpolitik unterschieden sich von denen der ÖVP dabei nicht so deutlich, wie diese Aussage vermuten ließ. Die Grundziele waren die Gleichen, vor allem das „Verursacherprinzip“ befand sich in programmatischen Schriften beider Parteien und deshalb auch in allen Regierungserklärungen.[1641] Lediglich beim Weg dorthin wollte die SPÖ dem Staat eine stärkere Rolle zukommen lassen und nicht dem Markt alles überlassen. Und es sollte ein gewisser internationaler Gleichklang hergestellt werden.[1642]

Das von ÖVP-Obmann Riegler präsentierte Konzept der ökosozialen Marktwirtschaft beinhaltete eine Besteuerung von Energie im Gesamtvolumen von 50 Milliarden Schilling mit einer gleichzeitigen Senkung der Lohnsteuer. Diese Vorschläge wies Finanzminister Lacina (SPÖ) scharf zurück. Er befürchtete durch solche Maßnahmen negative Verteilungseffekte, einen Inflationsschub von 2,5 Prozent und langfristig ein Budgetloch. Gleichzeitig kündigte er eine weitere Steuerreform nach ökologischen Standpunkten an. Unterstützung fanden die ÖVP-Ideen aber bei den Grünen.[1643] Einigen konnte man sich hingegen rasch auf eine Abwasserabgabe und ein Veränderung der Kfz-Abgabe (Einhebung aufgrund der PS-Anzahl und nicht mehr nach dem Hubraum).[1644]

In der Debatte über eine weitere Steuerreform für die Zeit nach der Nationalratswahl forcierte die ÖVP wieder ihre Idee von Ökosteuern (hauptsächlich in Form einer Energieabgabe). Finanzminister Lacina (SPÖ) wollte bis auf eine mögliche Abwasserabgabe nach einer zweijährigen Ankündigungsfrist jedoch nichts wissen.[1645] Im Koalitionspakt fand

---

[1638] Vgl. Hubinek, Marga: Unser Weg zur Ökosozialen Marktwirtschaft. S.87-92.
[1639] Fischler, Franz: Zusammenfassung und Ausblick. S.93.
[1640] Vgl. Der Standard, 23.4.1990. S.6.
[1641] Vgl. Schaller, Martin: Grünprogramme der österreichischen Großparteien. S.6f.
Pundy, Wolfgang: Die Entwicklung der Umweltpolitik in Österreich 1984-1994. S.43ff-
[1642] Vgl. Vranitzky, Franz: Neues Denken in der Umweltpolitik.
[1643] Vgl. Die Presse, 4.8.1989. S.4.
Die Presse, 3.11.1989. S.3.
[1644] Vgl. Der Standard, 8.8.1989. S.1.
[1645] Vgl. Der Standard, 13.6.1990. S.15.

sich dann das Bekenntnis, dass die Umwelt nicht mehr kostenlos verschmutzt werden dürfte und die Absicht eine Abwasserabgabe (deren Funktio als lenkend, aber nicht fiskalpolitisch bezeichnet wurde) einzuführen. Ausdrücklich hielten die Koalitionsparteien darin fest, dass eine Energieabgabe nur im Gleichklang mit den anderen westeuropäischen Ländern erfolgen dürfte.[1646]

Einen weiteren Vorstoß in Richtung Energie- bzw. CO_2-Steuer machte Umweltministerin Feldgrill-Zankel (ÖVP) im Oktober 1991. Dabei wies sie auf andere Staaten (Schweiz, Deutschland, Schweden) hin, in denen eine Energieabgabe vor kurzem beschlossen worden war oder sich in Vorbereitung befand. Damit war aus ihrer Sicht die im Koalitionsabkommen festgeschriebene Bedingung für entsprechende Öko-Abgaben erfüllt.[1647]

Im Dezember 1992 ging Wirtschafts-Staatssekretärin Fekter (ÖVP) mit der Idee einer Steuer für Landschaftsverbrauch an die Öffentlichkeit. Diese Öko-Abgabe sollte wettbewerbsneutral gestaltet (d.h. gleiche Höhe für alle Gebiete) und zweckgebunden für Umweltschutzmaßnahmen in den betroffenen Regionen werden. Weiter verfolgt wurde der Vorschlag jedoch nicht.[1648] Im darauf folgenden Februar erhielt sie diesbezüglich Unterstützung von ihren Parteifreunden Wirtschaftsminister Schüssel und Finanzstaatssekretär Ditz. Beide strebten auch eine Erhöhung der Mineralölsteuer an, wie sie in Deutschland bereits vorbereitet wurde. Außerdem sollte in diese Besteuerung Kohle einbezogen und die Begünstigungen für Erdöl verringert werden. Schließlich setzten sie sich auch für eine Besteuerung von Strom und Gas, aber gleichzeitig auch für die Entlastung aller Betroffenen ein. Finanzminister Lacina winkte wiederum mit dem Argument, Energiesteuern seien sozial unverträglich, ab.[1649] *(vgl. Kap. 2.8 Steuerreform und Budget 1994)*

In einer Debatte im Nationalrat über den Waldbericht 1992 gab es aus der ÖVP und von den Grünen erneut die Forderung nach einer Energieabgabe. Der ÖVP-Abgeordnete und Präsident des Österreichischen Bauernbundes, Schwarzenberg, meinte:

> „Der Wald ist aber auch ein sehr wesentlicher Energiespender, und für uns ist die Biomasse die biologische und ökologische Alternative, die Energiealternative. Wenn wir das Toronto-Abkommen ernst nehmen, wonach wir die CO2-Belastung bis zum Jahr 2005 wesentlich abzusenken haben, so müssen wir in der Energiefrage stärker als bisher den Kreislauf der Natur ausnützen.[...]
>
> Ich denke dabei nicht an eine stärkere Gesamtsteuerbelastung, sondern an eine Berücksichtigung der Tatsache, daß die Energiegewinnung aus Biomasse zur Gänze mit Arbeitsleistungen zusammenhängt. Das heißt, wir müssen Arbeit entlasten und in demselben Ausmaß sozusagen fossile Energie belasten.“[1650]

[1646] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1990. S.40.
[1647] Vgl. Der Standard, 21.10.1991. S.5.
[1648] Vgl. Der Standard, 28.12.1992. S.7.
[1649] Vgl. Der Standard, 18.2.1993. S.21.
[1650] Schwarzenberg, Georg. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 158/NRSITZ (XVIII. GP). S.18384f.

Wieder blockte die SPÖ ab. Sie wollte laut ihrem Abgeordneten Hofmann nur im internationalen Gleichklang diesen Schritt wagen:

> „Ohne internationalen Gleichklang ist es meines Erachtens, auch aus Sicht der SPÖ insgesamt, derzeit undenkbar, in der derzeit auch international schwierigen wirtschaftlichen Situation eine solche Abgabe einzuführen, denn dadurch würde der derzeitige Energiepreis verdoppelt werden. Das könnte doch unsere Wirtschaft nicht aushalten, und das würde auch unsere Wettbewerbssituation international gesehen mehr als erschweren."[1651]

Umweltministerin Rauch-Kallat forderte vehement eine Erhöhung des Benzinpreises um 1,12 Schilling und verwies dabei auf einen entsprechenden Schritt Deutschlands, womit aus ihrer Sicht der von der SPÖ immer geforderte internationale Gleichklang gegeben war.[1652]

Im November 1993 blockierten die ÖVP-Mitglieder im CO_2-Ausschuss einen bereits mit der SPÖ akkordierten Entschließungsantrag zur Absenkung der CO_2-Emissionen. Sie verlangten zum Erreichen des sogenannten Toronto-Ziels[1653] die Schaffung einer aufkommensneutralen CO_2-Steuer.[1654]

Im April veränderte sich der Standpunkt der SPÖ. Nun gab man bekannt, in die nächsten Koalitionsverhandlungen mit der Forderung nach einer Energieabgabe zu gehen. Gegenüber dem Konzept der ÖVP fand sich in den Vorschlägen der SPÖ allerdings ein entscheidender Unterschied: Sie wollte nämlich die Energieträger nach ihrem Energiegehalt und nicht nach ihrer Umweltverträglichkeit besteuern. Der ÖVP schwebte eine CO_2-Abgabe vor, von der erneuerbare Energieträger wie Biomasse und Rapsöl ausgenommen werden sollten.[1655] Als Entlastung wollte die SPÖ den von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu zahlenden Wohnbauförderungsbeitrag herabsetzen. Für die besonders energieintensive Industrie sollte ein Vorsteuerabzug die Belastung vermindern. Für Finanzstaatssekretär Ditz war der gesamte, von SPÖ-Wirtschafts- und Finanzsprecher Ewald Nowotny erarbeitete Vorschlag zu wenig ausgereift und zu wenig mutig, ging aber in die richtige Richtung.[1656]

Aufgrund dieser Entwicklung war es wenig verwunderlich, dass in den neuen Koalitionspakt die Absicht, eine Energiesteuer einzuführen, aufgenommen wurde. Ebenfalls enthalten war die Absichtserklärung, sich in der EU-Umweltpolitik besonders zu engagieren und sich für die Einführung einer gemeinschaftlichen Energieabgabe einzuset-

[1651] Hofmann, Harald. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 158/NRSITZ (XVIII. GP). S.18390.
[1652] Vgl. Die Presse, 21.8.1993. S.7.
[1653] Verringerung der CO_2-Emissionen um ein Fünftel des Wertes von 1988 bis zum Jahr 2005.
[1654] Vgl. Die Presse, 5.11.1993. S.6.
[1655] Vgl. Der Standard, 14.4.1994. S.19.
[1656] Vgl. Der Standard, 15.4.1994. S.7.

zen.[1657] Über die genauen Bestimmungen verhandelten die Koalitionspartner jedoch erst nach Abschluss des Abkommens. Schnell erzielte man eine Einigung über die Erhöhung der Mineralölsteuer um einen Schilling pro Liter. Bei Kohle wollte die SPÖ aber keine Preiserhöhung verantworten, um die Schwerindustrie und sozial Schwache – Kohle wurde vor allem von diesen beiden Gruppen verwendet – nicht zu treffen. Die ÖVP tendierte eher zu einer Besteuerung von Kohle.[1658]

Konkret wurden die besagten Steuern bei den Verhandlungen für das Budget 1996 diskutiert. Die ÖVP legte sich im Juli auf eine Ökosteuer auf Gas (50 g/m^3), Strom (5g/kWh), Kohle (23g/kg) und Heizöl extra leicht (50g/l) mit einem Volumen von sechs Milliarden Schilling jährlich fest. Dabei sah sie Ausnahmen bzw. Erleichterungen für sozial schwache Personen, energieintensive Unternehmensbereiche, Einsatz von Energieträgern zur Elektrizitätserzeugung und einige Sonderbefreiungen vor. 20 Prozent der Einnahmen sollte der Umweltminister für eine Klimaschutzoffensive verwenden, die restlichen 80 Prozent wären für die Entlastung der Arbeitskosten vorgesehen gewesen.[1659] Außerdem wollte man die Fernwärmeförderung wieder beleben. Die ÖVP sprach dabei selbst von einem geringen Volumen, das man auch ohne internationalen Gleichklang durchführen könnte. Die SPÖ beurteilte die Vorschläge als unsozial und nicht zielführend.[1660] So zeichnete sich – anders als es das Koalitionsabkommen erwarten ließ – ein Konflikt über diese Steuer ab. Für die SPÖ lehnte Bundeskanzler Vranitzky die Steuer überraschend deutlich ab, während Vizekanzler Schüssel die Forderung bekräftigte. Die SPÖ war damit wieder auf die alte Linie umgeschwenkt: Öko-Steuer ja, aber nicht im Alleingang, da sie sonst Wettbewerbsnachteile mit sich bringen würde. Die ÖVP hingegen wollte gerade in ihrem eigenen Modell aufgrund enthaltener Ausnahmeregelungen keine Nachteile für die österreichische Wirtschaft erkennen.[1661] Dabei wies zum Beispiel Umweltminister Barteinstein auf andere europäische Länder hin, in denen Energieträger höher belastet wurden als in Österreich, bzw. in denen sie im Gegensatz zu Österreich überhaupt besteuert wurden.[1662]

Nach dem Scheitern der Budgetverhandlungen zog die ÖVP mit der Forderung nach einer Energiesteuer auf fossile Brennstoffe in den Wahlkampf zu den vorgezogenen Neuwahlen. Sie sollte ein erster Schritt zu einem „ökologisierten“ Steuersystem sein, das

[1657] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1994. S.34.
[1658] Vgl. Der Standard, 12.12.1994. S.13.
[1659] Vgl. Bartenstein, Martin: Die Ökologisierung des Steuersystems. S.17.
[1660] Vgl. Die Presse, 8.7.1995. S.7.
[1661] Vgl. Die Presse, 17.7.1995. S.1.
[1662] Vgl. Bartenstein, Martin: Die Ökologisierung des Steuersystems. S.17.

aber nur mit anderen Staaten eingeführt werden könnte.[1663] Die SPÖ strebte im Wahlkampf eine Anpassung der NOVA (Normverbrauchsabgabe) an, um so verbrauchsarme Fahrzeuge attraktiver zu machen. Für Gas und Strom sollte eine Energiesteuer im Gesamtvolumen von vier bis fünf Milliarden Schilling eingehoben werden. Steuern auf feste Energieträger waren nicht vorgesehen.[1664]

In den Koalitionsverhandlungen nach der Wahl legten sich ÖVP und SPÖ darauf fest, die Abgaben auf Gas und Strom zu erhöhen.[1665]

Im Jahr 1998 verlangte Finanzminister Edlinger (SPÖ), die Energiesteuer anzuheben, um mit den Mehreinnahmen eine Steuerreform zu finanzieren. Dabei ging es hauptsächlich um die Erhöhung des Benzinpreises um 40 Cent, was von der ÖVP-Generalsekretärin Rauch-Kallat als „Tankstellensteuer" abgelehnt wurde. Eine generelle Erhöhung der Energiebesteuerung mit Deckelung für energieintensive Industriezweige und finanziellen Förderungen von Energiesparmaßnahmen hielten sie und Finanzsprecher Stummvoll (ÖVP) hingegen für wünschenswert.[1666] Etwas mehr als ein Monat später lehnte SPÖ-Klubobmann Kostelka eine Erhöhung der Energiesteuern zur Finanzierung einer Steuerreform wieder strikt ab.[1667]

10.3 Atompolitik

In der Diskussion, wie man die ČSFR[1668] dazu bewegen könnte, das als unsicher geltende und sich in der Nähe der österreichischen Grenze befindliche Atomkraftwerk Bohunice zu schließen, machte ÖVP-Obmann Riegler 1991 den Vorschlag, dem Nachbarstaat Geld dafür anzubieten. Konkret wollte er sofort drei Milliarden Schilling aus Bundesmitteln freimachen. In weiterer Folge sollten nach seinem Plan in den kommenden drei bis fünf Jahren 10 bis 15 Milliarden Schilling an Stromlieferungen für die Schließung aller rund um Österreich befindlichen, unsicheren Kernreaktoren aufgebracht werden. Über diesen zweiten Teil sollte jedoch die Bevölkerung abstimmen, da es um Summen ging, die unter Umständen eine eigene „Sicherheitsabgabe" notwendig machen würden.[1669] Der Koalitionspartner hielt von dem Plan (auch nur das Kraftwerk Bohunice betreffend) nichts. Bundeskanzler Vranitzky meinte dazu, dass Österreich nicht als einziges Land die Besei-

[1663] Vgl. Der Standard, 14.11.1995. S.4.
[1664] Vgl. Der Standard, 28.11.1995. S.4.
[1665] Vgl. Der Standard, 3.5.1996. S.15.
[1666] Vgl. Der Standard, 12.11.1998. S.9.
Die Presse, 14.11.1998. S.9.
[1667] Vgl. Der Standard, 28.12.1998. S.6.
[1668] Tschechische und Slowakische Föderative Republik
[1669] Vgl. Der Standard, 7.1.1991. S.5.

tigung von Atomkraftwerken in Mitteleuropa finanzieren könnte. Unterstützung bekam das Vorhaben nur von den Grünen, dagegen war neben der Industriellenvereinigung auch die FPÖ.[1670]

Uneinigkeit herrschte auch über die Lagerung von Atommüll in Österreich. Wissenschaftsminister Busek (ÖVP) hatte das Forschungszentrum Seibersdorf angewiesen, die Suche nach einem Endlager zu beenden. Zuvor hatte er bereits beim Bürgermeister der Gemeinde angefragt, ob er Bedenken gegen eine Endlagerung in Seibersdorf hätte. Die SPÖ kritisierte dieses Vorgehen scharf. Nach Meinung von Klubobmann Fuhrmann könnte man nach diesen Schritten eine weitere Zwischenlagerung in Seibersdorf nicht mehr zulassen, womit der gesamte Atommüll an die Produzenten zurückgeschickt werden müsste, also de facto unkontrolliert in Österreich verteilt würde.[1671]

Im Rahmen des österreichischen Kampfes gegen den Bau des Atommeilers Temelin richtete ÖVP-Klubobmann Heinrich Neisser eine scharf formulierte Anfrage an Bundeskanzler Vranitzky. Damit übte er Kritik an der nach ÖVP-Ansicht zu wenig ambitionierten Politik des Bundeskanzlers. Vor allem bemängelte der kleine Regierungspartner, dass Vranitzky sich nicht bei den USA gegen deren Finanzierung des AKWs stark gemacht hatte.[1672]

Ein letzter Streit über die Atompolitik entzündete sich im Februar 1998 in den Vorbereitungen auf das Atomsperrgesetz, das in den Verfassungsrang gehoben werden sollte. Die SPÖ wollte darin ein Verbot festschreiben, in Österreich Atomwaffen zu lagern oder zu transportieren. Die ÖVP hingegen wollte mit einem solchen Transportverbot die NATO nicht vor den Kopf stoßen und damit einen eventuellen NATO-Beitritt erschweren. Die SPÖ sah die Forderung als logischen Teil des Gesetzes an und wies auf die bisher praktizierte Vorgangsweise hin, Durchmarsch- und Überflugsgenehmigungen nur zu erteilen, wenn keine ABC-Waffen transportiert würden.[1673] Die ÖVP argumentierte mit den bereits bestehenden Verboten im Bundesgesetz und sprach aufgrund dessen der SPÖ-Forderung jeden realpolitischen Bezug ab. Gleichzeitig deutete sie jedoch auch Verhandlungsbereitschaft an.[1674]

[1670] Vgl. Die Presse, 8.1.1991. S.1.
[1671] Vgl. Der Standard, 18.2.1992. S.5.
[1672] Vgl. Die Presse, 17.2.1994. S.7.
[1673] Vgl. Die Presse, 4.2.1998. S.8.
[1674] Vgl. Die Presse, 25.2.1998. S.9.

Beschlossen wurde das Verfassungsgesetz schließlich am 13.7.1999 nach dem Wunsch der SPÖ mit dem Transportverbot.[1675]

10.4 Umweltverträglichkeitsprüfung

Der erste Entwurf von Umweltministerin Feldgrill-Zankel (ÖVP) für ein Gesetz über eine Umweltverträglichkeitsprüfung stieß beim Koalitionspartner auf Kritik. Für die SPÖ-Parlamentarier Resch (Energiesprecher), Keppelmüller (Umweltsprecher) und Svihalek entsprach der Anlagenkatalog, der bestimmen sollte, welche Projekte geprüft werden müssten, nicht den Ansprüchen der Zeit und die Formulierung des Gesetzes war ihnen zu weitschweifend und umständlich. Aus ihrer Sicht waren Veränderungen dringend notwendig. Den Ministerrat passierte die Vorlage demnach auch erst nach mehrmaliger Zurückstellung und nur mit dem Protokollvermerk, dass umfassende Veränderungen in der parlamentarischen Verhandlung durchgeführt werden müssten.[1676]

Im Juni des darauf folgenden Jahres – nach acht Monaten parlamentarischer Behandlung und vielen koalitionsinternen Gesprächen – forderte die Umweltministerin, unterstützt von den Grünen, die SPÖ auf, endlich dem nunmehr adaptierten Gesetz zuzustimmen. SPÖ-Umweltsprecher Keppelmüller befürchtete trotz gestraffter Verfahrensfristen, dass das UVP-Gesetz zu einem Verhinderungsgesetz werden könnte.[1677] Nachdem diese Bedenken ausgeräumt waren, blieb nur mehr die Frage des Instanzenweges als Streitpunkt übrig. Die SPÖ wollte als erste Instanz den gegenüber der Bundesregierung weisungsgebundenen Landeshauptmann, die ÖVP hingegen die weisungsungebundene Landesregierung installieren. Über einen obersten Umweltsenat des Bundes als zweite Instanz war man sich jedoch schon einig. Die ÖVP vermutete hinter der Forderung der SPÖ die Überlegung, dass anderenfalls der Verkehrsminister (traditionell ein SPÖ-geführtes Ressort) kein erstinstanzliches Zugriffsrecht mehr beim Bau von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken gehabt hätte. Laut ÖVP-Verhandler Khol war der Vorschlag, den die ÖVP nun verwirklichen wollte, ursprünglich von Beamtenstaatssekretär Kostelka (SPÖ) gekommen.[1678] Auch der Kompromissvorschlag der ÖVP, als zweite Berufungsinstanz den Verwaltungsgerichtshof zu bestimmen, fand bei der SPÖ keine Zustimmung.[1679] Schließlich rückte zwar die SPÖ von ihrem Standpunkt ab und stimmte zu, die

[1675] Vgl. BGBl. I Nr. 149/1999, §1.
[1676] Vgl. Der Standard, 15.10.1991. S.7.
Hopf, Alexandra: Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse. S.98.
[1677] Vgl. Der Standard, 29.6.1992. S.5.
[1678] Vgl. Die Presse, 9.12.1992. S.5.
Die Presse, 12.12.1992. S.4.
[1679] Vgl. Hopf, Alexandra: Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse. S.100.

Landesregierungen als erste Instanzen zu installieren, dafür sollte nun aber in zweiter Instanz der Umweltsenat entscheiden. Die ÖVP hingegen wollte diesem zwar die Kompetenz zuschreiben, erstinstanzliche Urteile aufzuheben, daraufhin hätte aber wieder die zuständige Landesregierung neu entscheiden müssen. Umweltministerin Rauch-Kallat berief daher einen Koalitionsgipfel ein.[1680] Schließlich konnten sich die Koalitionsparteien doch noch auf ein Konzept einigen. Diesmal gab die ÖVP nach, wodurch der Bundesumweltsenat in zweiter Instanz mit inhaltlichen Entscheidungsbefugnissen ausgestattet wurde. Als Entgegenkommen stimmte die SPÖ einer zeitlichen Befristung der Existenz des Senates bis 2001 zu. Danach sollten die Erfahrungen evaluiert und über die weitere Existenz entschieden werden.[1681] Der Nationalrat beschloss das Gesetz in der Nationalratssitzung vom 24. September 1993.[1682]

Seit dem Jahr 1998 wollte die Regierung das Umweltgesetz für Betriebsanlagen (UGBA) beschließen. Im Juni 1999 ging es in die Endphase der Verhandlungen und damit an die umstrittenen Themen. Die SPÖ kritisierte am vorliegenden Entwurf, dass das angestrebte „One-Stop-Shop"-Prinzip (Anlagengenehmigung durch einen Bescheid einer Behörde) ungenügend realisiert würde, da auf Antrag das baurechtliche und betriebsanlagenrechtliche Verfahren doch eigenständig durchgeführt werden könnte. Die ÖVP gestand zwar zu, dass die ursprüngliche Idee aufgeweicht worden war, sah aber die Ermöglichung eines koordinierten Vorgehens der betroffenen Behörden (Gemeinde und Bezirksverwaltungsbehörde) als großen Schritt an. Wirtschaftsminister Farnleitner (ÖVP) warf der SPÖ zudem vor, sich bei allen Standards am niedrigsten EU-Niveau orientiert zu haben. Außerdem wollte die SPÖ die Zusammenfassung aller Regeln in einem einzigen Gesetz und keine Aufsplitterung auf mehrere. Außerdem kritisierte sie das Fehlen einer Kostenabschätzung.[1683] Am 15. Juni verkündete die ÖVP das Platzen der Verhandlungen. Sie hatte dem Koalitionspartner vorgeschlagen, die Vorlage im Ministerrat zu beschließen und die strittigen Punkte noch bis zur Nationalratssitzung Ende Juni auszuverhandeln. Die SPÖ lehnte diese Vorgehensweise ab und wollte weiterverhandeln, war aber bezüglich einer Einigung in der laufenden Legislaturperiode pessimistisch und behielt damit auch recht.[1684]

[1680] Vgl. Der Standard, 9.6.1993. S.6.
[1681] Vgl. Der Standard, 11.6.1993. S.4.
[1682] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 131/NRSITZ (XVIII. GP). S.15259-15251.
[1683] Vgl. Der Standard, 8.6.1999. S.19.
[1684] Vgl. Die Presse, 16.6.1999. S.1.

10.5 Ozon

Den von den Umweltsprechern Keppelmüller (SPÖ), Kopf (ÖVP) und dem ÖVP-Verkehrssprecher Kukacka ausverhandelten Antrag, für die Sommermonate niedrigere Tempolimits (80km/h auf Freilandstraßen, 100km/h auf Autobahnen) für katalysatorlose Autos zu beschließen, lehnte der SPÖ-Klub ab. Auch Verkehrsminister Klima sprach sich dagegen aus, da dies aus seiner Sicht sozial diskriminierend gewesen wäre und umwelttechnisch gesehen nur symbolischen Charakter gehabt hätte. Die ÖVP kündigte daraufhin an, einen Initiativantrag einzubringen, der einige Änderungen enthalten sollte:

- Maßnahmen nur bei Ozon-Vorwarnstufe
- Tempobeschränkungen nur regional begrenzt (Information der Bevölkerung durch den Landeshauptmann)
- Geschwindigkeitslimit für Lkw von 60km/h
- Strafen bis zu 10.000 Schilling

Die SPÖ wollte weiter beraten.[1685] Knappe zwei Wochen später präsentierte sie ihre Vorschläge:

- Nulltarif für öffentliche Verkehrsmittel ab der Ozonvorwarnstufe, zu finanzieren durch das Umweltministerium
- Lkw-Fahrverbot bei Ozonalarm
- Verbot des Einsatzes von Rapsmethylester und der Gülleausbringung von Juni bis September in der Landwirtschaft
- nicht genannte Maßnahmen zur Verringerung der Kraftfahrzeuge ohne Katalysator

Die von der ÖVP vorgeschlagenen Maßnahmen hätten laut Argumentation der SPÖ nicht gegriffen, da die Senkung der Tempolimits für Pkw nur 2,6 Prozent Verringerung bedeutet hätte, während 50 Prozent der Belastung durch die Lkw verursacht würden.[1686]
Auf das entsprechende Gesetz einigten sich die Regierungsparteien erst im Jahr 1997. Sie schufen damit die Möglichkeit, sowohl Geschwindigkeitsbegrenzungen als auch Fahrverbote zu verhängen. Davon ausgenommen waren Kraftfahrzeuge zur Personenbeförderung im Kraftfahrlinien-, Gelegenheits- oder Werkverkehr.[1687]

[1685] Vgl. Der Standard, 24.6.1995. S.5.
[1686] Vgl. Der Standard, 6.7.1995. S.5.
[1687] Vgl. BGBl. I Nr. 115/1997. Abschnitt 4, §14.

11 Landwirtschaft

11.1 Förderungen

Die wenigen Konflikte, die es im Bereich der Landwirtschaft gab, bezogen sich meist auf die finanzielle Unterstützung der Bauern. Dabei ist ein immer wiederkehrendes Muster zu erkennen: Die ÖVP wollte höhere Förderungen für die Landwirte, während die SPÖ das verhindern wollte. Erkennbar war das bereits in den Koalitionsverhandlungen. Dabei verhärteten sich die Fronten so, dass die Zeitung „Die Presse" bereits von der Landwirtschaft als „Koalitionshürde" sprach. Die ÖVP argumentierte damit, Einkommensverluste von 17 Prozent wie im Jahr 1985 für die Bauern nicht mehr zulassen zu können und forderte daher rund zwei Milliarden Schilling an zusätzlichen Unterstützungen.[1688] Schließlich fand man doch eine Einigung, die eine Erhöhung der Förderungen um 1,71 Milliarden für das Jahr 1987 vorsah.[1689]

Anfang des Jahres 1989, als sich bereits abzeichnete, dass Österreich den Weg in die Europäische Gemeinschaft suchen werde, verlangte die ÖVP, zeitgerecht vor dem Beitritt die Unterstützungen für die Bauern zu erhöhen, da klar war, dass diese durch die Mitgliedschaft Einkommensverluste hinnehmen müssten. Der kleinere Koalitionspartner beziffert die zu erwartenden Verluste mit zwei Milliarden Schilling. Die zusätzlichen finanziellen Förderungen sollten dazu dienen, die Bauern konkurrenzfähig zu machen. Finanzminister Lacina (SPÖ) winkte diesbezüglich jedoch ab. Den geforderten drei Milliarden stellte ÖVP-Obmann Mock die Investitionskosten für die Neue Bahn von dreißig Milliarden gegenüber.[1690] Auch bei den Koalitionsverhandlungen des Jahres 1990 standen die Vorzeichen ähnlich. Diesmal argumentierte die ÖVP mit den zu erwartenden Einbußen für Bauern durch die laufenden Verhandlungen zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und verlangte eine Milliarde mehr für das erste Jahr der folgenden Legislaturperiode. Zusätzlich kam von der ÖVP noch der Wunsch, Anbaualternativen zu Getreide zu forcieren, zum Beispiel durch eine Befreiung des aus Raps gewonnenen Biodiesels von der Mineralölsteuer, durch eine direkte Förderung sowie durch finanzielle Stützungen für die Verarbeitung. Das wurde von der SPÖ als Dreifachförde-

[1688] Vgl. Die Presse, 31.12.1986. S.1.
Die Presse, 7.1.1987. S.1.
Kleine Zeitung, 9.1.1987. S.2.
Kleine Zeitung, 14.1.1987. S.2.
[1689] Vgl. Kleine Zeitung, 26.2.1987. S.2, 3.
[1690] Vgl. Die Presse, 7.1.1989. S.5.

rung abgelehnt.[1691] Die Verhandler nahmen den Hinweis auf die GATT-Vorhaben mit dem Bekenntnis zu entsprechenden Anpassungen im Bereich der Förderungen ins Koalitionsübereinkommen auf. In den Jahren 1991 und 1992 sollten insgesamt zusätzlich drei Milliarden Schilling für Förderungen im Landwirtschaftsbereich zu Verfügung stehen. Außerdem sollten biogene Kraftstoffe mit dem niedrigsten Satz der Mineralölsteuer belegt werden.[1692]

Im April 1992 brachte Landwirtschaftsminister Fischler einen neuen Vorschlag ein. Er wollte die Agrarförderungen des Bundes als Staatsziel in die Verfassung schreiben und damit so absichern, dass sie auch bei einer Regierung ohne ÖVP (zumindest wenn diese ein Drittel der Abgeordneten hätte) nicht gesenkt oder gar abgeschafft hätten werden können. Als Argument nannte er die rasch sinkende Zahl von Haupterwerbslandwirten. Wenig überraschend weigerte sich die SPÖ, diese Vorgangsweise zu unterstützen. Aus ihrer Sicht hätte man in diesem Fall auch eine Einkommensgarantie für Arbeiter in der Industrie in die Verfassung schreiben müssen.[1693]

Die ÖVP wiederum lehnte die von der SPÖ angestrebte Ausgliederung von Landwirtschaftsförderungen (betroffen wäre hier die Agrarinvestkredit gewesen) aus dem Landwirtschaftsministerium im Rahmen einer generellen Neuorganisation des Förderwesens ab.[1694]

Die üblichen Wünsche nach finanzieller Besserstellung der Bauern von Seiten der ÖVP bei den Koalitionsverhandlungen des Jahres 1994 stießen bei der SPÖ auf das ebenso traditionelle Unverständnis. Diesmal bezogen sich die Forderungen auf den Sozialversicherungsbereich. Die Bauernvertreter der ÖVP wollten erreichen, dass die Beitragsbelastung nicht erhöht und der Selbstbehalt bei der Krankenversicherung generell auf zehn Prozent gesenkt würde. Die SPÖ stützte sich in ihrer Ablehnung auf Berechnungen, die eine Mehrbelastung des Budgets von zunächst 1,5 Milliarden ansteigend bis zum Jahr 1998 auf 20 Milliarden Schilling bei Erfüllung der Wünsche befürchten ließen.[1695]

Ende des Jahres 1995 erhielt die Thematik besondere Brisanz. Die Koalition war am 12. Oktober zerbrochen und bis zur vorverlegten Nationalratswahl am 17. Dezember herrschte im Nationalrat das freie Spiel der Kräfte. Die ÖVP beantragte in einer Sitzung des Nationalrates eine zusätzliche Agrarförderung von 600 Millionen Schilling und wurde dabei von der FPÖ unterstützt. Nur aufgrund einiger fehlender Abgeordneter[1696] der beiden

[1691] Vgl. Die Presse, 20.11.1990. S.6.
[1692] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1990. S.45-47.
[1693] Vgl. Der Standard, 15.4.1992. S.16.
[1694] Vgl. Der Standard, 6.4.1993. S.13.
[1695] Vgl. Der Standard, 18.11.1994. S.7.
[1696] Bei zwei Abstimmungen gab es eine Pattsituation (82:82), womit der Antrag als abgelehnt galt.

Parteien reichte es nicht für einen Beschluss.[1697] Um einige dringende Gesetze noch vor den Wahlen zu beschließen, versuchten die beiden bisherigen Koalitionspartner eine Tagesordnung für eine Sondersitzung und eine gemeinsame Vorgangsweise zu akkordieren. Dabei wollte die ÖVP unbedingt auch die Umweltförderung für die Bauern beschließen.[1698] Finanzminister Staribacher wiederum wollte die Freigabe von insgesamt 7,5 Milliarden Schilling nur dann zulassen, wenn pro Betrieb für alle Förderungen zusammen eine Obergrenze von 270.000 Schilling jährlich geschaffen würde. Die ÖVP-Vertreter sahen dies als Existenzgefährdung für manche Betriebe an und drohten, die ganze Sondersitzung platzen zu lassen, sollte die SPÖ nicht den Forderungen zustimmen. Von der SPÖ mussten sie sich daraufhin den Vorwurf anhören, nur die Großbauern unterstützen zu wollen und wichtige Themen zu blockieren.[1699] Die ÖVP wiederum warf der SPÖ vor, den „Europavertrag" mit den Bauern zu brechen, ihnen einen großen Wettbewerbsnachteil gegenüber ihren Berufskollegen aus der EU zu bescheren und sie zu einer Intensivierung der Landwirtschaft mit allen negativen Folgen für die Natur zu zwingen.[1700] Mittlerweile hatten sowohl Freiheitliche als auch Grüne signalisiert, dass sie dem ÖVP-Antrag zustimmen könnten. Landwirtschaftsminister Molterer erklärte unterdessen, dass er sich bei der EU für eine Sockel- (für Kleinbetriebe) und eine Einschleifregelung (für Großbetriebe) bei den Agrarförderungen stark machen werde. In einer Pressekonferenz mit Bauernbundpräsident Schwarzenberger und Landwirtschaftskammerpräsident Schwarzböck (beide ÖVP) legte Landwirtschaftsminister Molterer sein Hauptargument dar: Den Bauern war eine Umweltförderung in bestimmter Höhe versprochen worden, wenn sie ihre Betriebe auf biologische Landwirtschaft umstellten und sich dazu verpflichteten, sie fünf Jahre in diesem Sinne zu betreiben. Nach der begonnenen oder bereits abgeschlossenen Umstellung konnte man diese Zusagen aus seiner Sicht nicht mehr zurückziehen.[1701]

Am 13. November fand in Wien eine vom ÖVP-Bauernbund organisierte Bauerndemonstration mit rund 15.000 Teilnehmern (laut Polizeiangaben) statt. In der Zwischenzeit hatte Finanzminister Staribacher 5,3 Milliarden für Agrarförderungen freigegeben,

[1697] Vgl. Der Standard, 16.10.1995. S.2.
[1698] Vgl. Der Standard, 25.10.1995. S.6.
[1699] Vgl. Die Presse. 4.11.1995. S.6.
Der Standard, 4.11.1995. S.4.
Der Standard, 6.11.1995. S.7.
[1700] Vgl. Der Standard, 7.11.1995. S.6.
Die Presse, 8.11.1995. S.6.
[1701] Vgl. Der Standard, 9.11.1995. S.1.

womit nur mehr die besonders umstrittenen 2,2 Milliarden[1702] fehlten. Über die Höhe der Deckelung bekundete die SPÖ im Gegensatz zur ÖVP Verhandlungsbereitschaft, wollte sie aber keinesfalls ganz fallen lassen.[1703]

Am 15. Dezember beschlossen ÖVP, FPÖ und Grüne gegen die Stimmen von SPÖ und Liberalen die Ausschüttung des fehlenden Geldes.[1704] Zuvor erklärte der SPÖ-Abgeordnete Harald Hofmann die Vorgehensweise seiner Partei:

> „Wir Sozialdemokraten wollen den Bauern keinen Schilling wegnehmen! Das 30-Milliarden-Schilling-Förderungsbudget steht für dieses Jahr. Wir stimmen diesem Topf in der Höhe von 5,3 Milliarden Schilling an Umweltförderungsprogramm und den zusätzlichen 2,2 Milliarden Schilling zu, wenn dies durch Umschichtungen und nicht durch Neuverschuldungen des Staates erfolgt. Wir wollen vor allem eine Bedingung daran knüpfen, daß in Zukunft Millionengeschenke an einzelne Großbauern und Gutsherren nicht mehr möglich sind, sondern daß es eine verstärkte Förderung für die Berg-, Bio-, Nebenerwerbs- und Zuerwerbsbauern gibt.“[1705]

Der ÖVP-Abgeordnete Georg Schwarzenberg erneuerte den Standpunkt seiner Partei:

> „Die Bauern haben große Opfer gebracht, und die Bauern sollen das, was ihnen versprochen wurde, auch erhalten. Ich hätte es lieber gesehen, wenn beide Regierungsparteien – beide Regierungsparteien haben den Bauern das versprochen; jetzt sind nur mehr wird dafür – dieses Versprechen eingehalten hätten, aber Gott sei Dank hat der größte Teil der Opposition diese Tragweite erkannt und wird dem zustimmen.“[1706]

Der Streit um diese Fördergelder beeinflusste auch die Debatte um das Offenhalten der Geschäfte am 8. Dezember, als es darum ging, welche Partei als erste die Abmachung über ein gemeinsames Beschlusspaket gebrochen hatte *(vgl. Kap. 7.7 Ladenöffnungszeiten)*.

11.2 Marktordnung

Bereits das erste Marktordnungsgesetz der Großen Koalition musste im Jahr 1988 von der Tagesordnung des Ministerrates genommen werden, da die SPÖ dem Entwurf von Landwirtschaftsminister Riegler (ÖVP) nicht zustimmen wollte. Der strittige Punkt dabei war die Reform des Molkereiwesens. Bisher musste der Milchwirtschaftsfonds alle Investitionen der Molkereien genehmigen, außerdem wurde das potentielle Rationalisierungsvolumen der rund 200 österreichischen Molkereien von Experten auf eine Milliarde

---

[1702] Ursprünglich waren für diesen Posten 5,3 Milliarden vorgesehen gewesen. Dieser Summe stimmte nun auch die SPÖ zu. Da sich aber unerwartet viele Bauern auf eine den Richtlinien der Umweltförderung entsprechende Bewirtschaftung umgestellt hatten, fehlten nunmehr 2,2 Milliarden Schilling. Durch die Beteiligung der Länder (900 Millionen) und Umschichtungen im Landwirtschaftsressort konnte die fehlende Summe auf 600 Millionen Schilling reduziert werden. Für diese Summe war aber ein Budgetüberschreitungsgesetz notwendig.

[1703] Vgl. Die Presse, 14.11.1995. S.1.
Der Standard, 14.11.1995. S.5.

[1704] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 57/NRSITZ (XIX. GP). S.349.

[1705] Hofmann, Harald. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 57/NRSITZ (XIX. GP). S.44.

[1706] Schwarzenberger, Georg. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 57/NRSITZ (XIX. GP). S.47.

Schilling geschätzt. Um die Landwirtschaft auf die Teilnahme Österreichs am EG-Binnenmarkt vorzubereiten, verlangte die SPÖ mehr unternehmerisches Denken im Verarbeitungsbereich.[1707] Tatsächlich einigten sich die koalitionären Verhandler auf folgende Punkte:

- Ersatz der Fixpreise durch (den Molkereien vorgeschriebene) Richtpreise
- Strafmaßnahmen gegen Molkereien, die sich nicht daran hielten
- Streichung von Zuschüssen und konkurrenzeinschränkenden Maßnahmen bei Mühlen
- ein Härtefonds, dotiert mit 200 Millionen Schilling, um in der Übergangsphase Einnahmenverluste der Bauern abzufedern.

Durch diese Maßnahmen sollten die Preise für Milch und Mahlprodukte für die Konsumenten billiger werden.[1708]

Im Dezember des Jahres 1989 verlangte Finanzminister Lacina von der Landwirtschaftspolitik, den Milchpreis für die Konsumenten zu senken und die Ausgleichszahlungen für die Bauern zu durchforsten, sprich das Gesamtvolumen zu senken. Die SPÖ forderte eine Senkung von einem Schilling pro Liter, die ÖVP bot 20 Groschen an. Man einigte sich auf 70 Groschen. Dafür blieb die ÖVP bei dem Preis für die Bauern hart. Sie verlangte 29 Groschen mehr pro Liter, während die SPÖ nur 10 anbot. Das Ergebnis war schließlich eine Erhöhung um 25 Groschen. Die Exportstützungen sollten in Zukunft, wie es sich der Finanzminister gewünscht hatte, über das Agrarbudget laufen und nicht mehr über den Milchpreis, was größere Transparenz bringen sollte. Als mittelfristiges Ziel nannte die SPÖ das Ende von Belieferungsmonopolen durch die Genossenschaftsverträge und die weitere Reduktion der Ausgleichszahlungen. Aus diesem Grund stimmte sie einer Festschreibung des neuen Systems auf nur ein Jahr, statt, wie von der ÖVP gewünscht, auf zwei Jahre zu.[1709]

Im September 1990 warf der SPÖ-Agrarsprecher Wolf Landwirtschaftsminister Fischler vor, der Schutzpatron des Milchmonopols zu sein und über die „kartellähnlichen Knebelungsverträge im Milchbereich“[1710] unrichtig zu informieren. Der steirische ÖGB-Vorsitzende Ressel (SPÖ) sprach von einer „Kampfansage des Raiffeisen-Milchmonopols gegen die Konsumenteninteressen“.[1711]

[1707] Vgl. Die Presse, 17.5.1988. S.1.
[1708] Vgl. Kleine Zeitung, 19.5.1988. S.2.
[1709] Vgl. Der Standard, 15.12.1989. S.18.
[1710] Wolf, Helmut. Zitiert nach: Die Presse, 13.9.1990. S.5.
[1711] Ressl, Hans Joachim. Zitiert nach: Die Presse, 13.9.1990. S.5.

Im Juli 1991 entstand ein Streit um die Subventionen für den Export von Milchprodukten, als die Milchexporteure in Streik traten, um höhere Unterstützungen zu erhalten. Die SPÖ bezichtigte daraufhin Landwirtschaftsminister Fischler, durch seine Unterstützung für die Proteste ein im Jänner unterzeichnetes Abkommen über den schrittweisen Abbau solcher Förderungen zu brechen, und lehnte ab. Von SPÖ-Agrarsprecher Helmut Wolf kam der Vorschlag, die freiwillige Milchverzichtsaktion durch Zahlungen des Bundes von 14,5 auf 25 Prozent zu erhöhen und damit die Exportsubventionen aufgrund des fehlenden Überschusses hinfällig werden zu lassen. Auch über die Stützung des Exports von 630 Tonnen Emmentaler wurde gestritten. Das SPÖ-geführte Finanzministerium wollte die geforderten 36,5 Millionen Schilling nur genehmigen, wenn die Bauern selbst 15 Prozent dazu beitragen würden. Landwirtschaftsminister Fischler wollte den Betrag aber zu 100 Prozent aus Bundesmitteln aufbringen.[1712]

Mit dem Ziel des EG-Beitritts war klar, dass die Marktordnung den Regeln der Gemeinschaft angepasst werden musste, weswegen sich die beiden Großparteien in den Koalitionsverhandlungen 1990 auch rasch grundsätzlich auf dieses Ziel einigen konnten.[1713]

Im Mai 1992 ging man mit der Meldung über eine erzielte Einigung bezüglich der Marktordnung an die Öffentlichkeit. Von der ÖVP wurden jedoch praktisch gleichzeitig Änderungswünsche angegeben und die Zustimmung im Ministerrat mit dem knappen Zeitplan begründet. Die Streitpunkte waren:

- die Absatzfinanzierung (Die SPÖ wollte die 50:50 Finanzierung von Bund und Bauern beibehalten, während die ÖVP unter Berufung auf das Koalitionsabkommen die „sukzessive Reduktion" der bäuerlichen Mitverantwortung anstrebte.)
- der von der ÖVP angestrebte Ausbau der Förderung von Getreide-Alternativen auf 300.000 ha
- die Aufgaben der neuen Agrarmarkt Austria (AMA) (Die SPÖ sah es als abgemacht an, dass die Marketingaufgaben gestrichen würden, die ÖVP hingegen ging von ihrer alten Forderung nicht ab.)[1714]

Beim Marketing setzte sich die ÖVP durch.[1715]

[1712] Vgl. Der Standard, 3.7.1991. S.13.
[1713] Vgl. Die Presse, 20.11.1990. S.6.
[1714] Vgl. Der Standard, 13.5.1992. S.18.
[1715] Vgl. Astl, August: Die Agrarmarktordnungsreform 1992. S.517.

11.3 Tierschutz

Auch das Tierschutz-Volksbegehren[1716] brachte die ÖVP nicht von ihrer Linie ab, ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz weiter abzulehnen. Allerdings machte sie den Vorschlag, mittels 15a-Verträgen die Bundesländer zu einem einheitlichen Vorgehen zu drängen. Die ÖVP-Vorschläge umfassten strengere Vorschriften für die Heimtierhaltung, das Verbot nichtartgerechter Haltung von Wildtieren und exotischen Arten, neue Regeln für die Jagd und Fischerei sowie das Verbot von chirurgischen Eingriffen. Gleichzeitig kritisierte ÖVP-Generalsekretärin Rauch-Kallat das Tiertransportgesetz von Verkehrsminister Einem als zahnlos. Von der SPÖ kam zu den Vorschlägen wohlwollende Zustimmung, aber Kritik an der Durchsetzungsform der 15a-Verträge, da dies laut Tierschutzsprecherin Ludmilla Parfuss nicht im Sinne der Unterzeichner des Volksbegehrens wäre.[1717] Über weitere Verhandlungen drang daraufhin nichts mehr an die Öffentlichkeit. Ein Bundestierschutzgesetz beschloss der Nationalrat erst im Jahr 2005.[1718]

[1716] Das Tierschutzvolksbegehren war von 35 Abgeordneten aus den Parlamentsklubs der FPÖ und der Grünen eingeleitet worden und wurde im Eintragungszeitraum (18.3-25.3.1996) von 459.096 Österreichern unterschrieben.
[1717] Vgl. Der Standard, 21.5.1997. S.5.
[1718] Vgl. Pernkopf, Stephan: Die Entstehung des österreichischen Bundestierschutzgesetzes 2005. S.1, 2.

12 Außenpolitik

12.1 Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft/Union

Die globalorientierte Außenpolitik von Bruno Kreisky war bereits unter dessen Nachfolgern im Bundeskanzleramt, Sinowatz und Vranitzky, mit den Außenministern Gratz, Jankowitsch und Lanc (alle SPÖ) leicht zu Gunsten einer regionaler orientierten verändert worden. Der tatsächliche Bruch zu einer auf Österreichs Interessen konzentrierten Außenpolitik mit einer Abkehr von der strikten Neutralitäts-Politik[1719] hin zu einer Konzentration auf die Europapolitik und einer Politik der guten Nachbarschaft erfolgte schließlich unter Vizekanzler und Außenminister Mock.[1720] Sie wurde von seinem Nachfolger Schüssel (beide ÖVP) fortgesetzt. Dieser Paradigmenwechsel war aber bereits durch die von der ÖVP immer wieder geäußerte Kritik an der Außenpolitik Kreiskys vorherzusehen gewesen[1721] und durch verschiedene Aktionen wie die der Mitteleuropa-Initiative (Hauptproponent war Erhard Busek) angekündigt worden.[1722] Die Absehbarkeit einer Richtungsänderung hatte auch die Erbitterung Bruno Kreiskys heraufbeschworen, als „sein" Außenministerium in den Koalitionsverhandlungen an die ÖVP ging. Er legte aus Protest dagegen sogar den Ehrenvorsitz der SPÖ zurück.[1723]
Am 2. Februar 1987 legten SPÖ und ÖVP in zwei Pressekonferenzen ihre unterschiedlichen Standpunkte dar. Während SPÖ-Klubobmann Heinz Fischer befürchtete, die Ost-West-, die Entspannungs- und Friedenspolitik könnten unter Außenminister Mock zu kurz kommen, widersprach dieser dem „Einengungsvorwurf", bekräftige aber gleichzeitig sein Vorhaben, die Nachbarschafts- und Europapolitik in den Mittelpunkt seiner Arbeit zu stellen.[1724]

Der Meinungsbildungsprozess über einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG) kann kaum als Konflikt im eigentlichen Sinne gewertet werden, da die offiziellen Parteimeinungen von SPÖ und ÖVP nie einen solchen gänzlich ausschlossen. Gegenteilige, auch einflussreiche Stimmen aus Teilen beider Parteien wurden zwar laut, erreichten aber

[1719] Vgl. Kramer, Helmut: Austrian foreign policy from the State Treaty to European Union membership. S.170.
[1720] Busek, Erhard: Neue Außenpolitik in einer neuen Welt. S.23.
[1721] Vgl. Luif, Paul: Österreich und die europäische Integration 1985-1995. S.680.
[1722] Vgl. Marjanovic, Vladislav: Die Mitteleuropa-Idee. S.104-110.
[1723] Vgl. Gehler, Michael: Der lange Weg nach Europa. S.275.
[1724] Vgl. Die Presse, 3.2.1987. S.1.

nie den Status einer Mehrheitsmeinung in den Gremien. Diskussionspunkt war vielmehr das Tempo, mit dem das Ziel erreicht werden sollte.

Die laute Nachdenkphase begann bereits vor der Gründung der großen Koalition. Im Jahr 1985 schloss der außenpolitische Sprecher der SPÖ, Peter Jankowitsch, nachdem es zuvor schon von Seiten der ÖVP vermehrt Stimmen gab,[1725] die in Richtung eines EG-Beitrittes gingen, einen solchen nicht mehr aus.[1726]

In einem parlamentarischen Entschließungsantrag regte die ÖVP einen Ausbau der Beziehungen zur EG an; einen Beitritt forderte sie dabei jedoch noch nicht.

Während der Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP im Jahr 1986 sah der SPÖ-Parteivorsitzende, Bundeskanzler Vranitzky, mit Hinweis auf die Neutralität einen Beitritt noch als unmöglich an. Eine „Quasi-Mitgliedschaft" empfand er jedoch als erstrebenswert.[1727] Zu diesem Zeitpunkt lagen die beiden offiziellen Parteimeinungen noch nicht so weit auseinander. In der ersten Regierungserklärung der Großen Koalition bezeichnete der Bundeskanzler schließlich den „Ausbau des Verhältnisses Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft" als „zentrales Anliegen der österreichischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik".[1728]

In den darauf folgenden zwei Jahren wurden verschiedene Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft diskutiert, ohne dass es dabei zu nennenswerten Konflikten gekommen wäre. Die süße Traube am Stamm der EG war dabei der wirtschaftlich so interessante Binnenmarkt. Als Vertreter der EG klar machten, dass dieser nur für Vollmitglieder erreichbar wäre, wurden andere kolportierte Annäherungsmöglichkeiten uninteressant.[1729]

Im November 1987 klang Vranitzky bereits wesentlich positiver, als er mit Hinweis auf das Gutachten der Völkerrechtler Hummer und Schweitzer[1730] keinen formalrechtlichen Grund für einen Widerspruch zwischen Neutralität und einer Vollmitgliedschaft bei der EG erkennen konnte.[1731] Im gleichen Interview sprach er sich aber auch für „politische Sensibilität" im Umgang mit diesem Thema aus,[1732] eine Wortwahl, die man als Plädoyer für eine vorsichtige und langsame Annäherung an das Thema verstehen konnte.

[1725] Vgl. Luif, Paul: Österreich und die europäische Integration 1985-1995. S.682
[1726] Vgl. Die Presse, 16.11.1985. S.1.
[1727] Vgl. Luif, Paul: Österreich und die europäische Integration 1985-1995. S.682.
[1728] Vranitzky, Franz. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 2/NRSITZ (XVII. GP). S.44.
[1729] Vgl. Luif, Paul: Austrian Neutrality and the Europe of 1992. S.27.
[1730] Vgl. Hummer, Waldemar; Schweitzer, Michael: Österreich und die EWG.
[1731] Erstmals wurde damit der herrschenden Lehre von der Unvereinbarkeit von EG-Mitgliedschaft und österreichischer Neutralität widersprochen. Damit konnte aus verfassungsrechtlicher Sicht in jede der beiden Richtungen argumentiert werden. (Vgl. Pelinka, Anton: Europäische Integration und politische Kultur. S.22)
[1732] Vgl. Die Presse, 21.11.1987. S.1.

Den Schnitt in diesem recht einmütigen Nachdenkprozess zog schließlich die ÖVP bei ihrer Vorstandssitzung am 8. Jänner 1988 in Maria Plain. Hier fasste die Parteiführung einstimmig den Beschluss, den Vollbeitritt zur EG anzustreben. Dabei war der Entscheidungsfindungsprozess bei dieser Sitzung für alle Teilnehmer eher überraschend. Nach der Aussage von Andreas Khol verdankte man diese Entwicklung einer gewissen Eigendynamik, die entstand, als der noch eher skeptische Parteiobmann Mock die Delegierten um ihre Meinung bat, ohne sich zunächst selbst zu äußern. Als dann der Vorarlberger Landeshauptmann Purtscher, ein überzeugter Befürworter des Beitritts, begann und ihm mit gleich lautenden Aussagen die Landeshauptleute von Tirol (Partl) und Salzburg (Haslauer) folgten, kippte die Stimmung, und es kam zum einstimmigen Beschluss des Parteivorstandes für einen Vollbeitritt.[1733] Ludwig Steiner bestätigte diese Eindrücke Khols.[1734] Damit war die Linie der Volkspartei klar vorgegeben. Nun war die SPÖ am Zug. Ihr Vorsitzender Bundeskanzler Vranitzky zählte zwar zu den Befürwortern eines Beitritts, doch war die innerparteiliche Skepsis groß genug, um ihn unter Druck zu setzen.[1735] Deutlich wurde dies bei einer Klausur des SPÖ-Parlamentsklubs. Der Fraktionsführer Heinz Fischer warnte danach wiederholt in den Medien davor, „alle Karten auf die EG zu setzten", und nannte vor allem die Neutralität und die Gefahr finanzieller Nachteile als Gründe dafür.[1736]

Die bereits im Februar 1987 von der Bundesregierung eingesetzte „Arbeitsgruppe für Europäische Integration" legte am 20. Juni 1988 dem Ministerrat ihren Bericht, den sogenannten „Scheich-Bericht",[1737] vor. Ohne eine direkte Empfehlung abzugeben, machte dieser die Vorteile eines Vollbeitritts gegenüber allen anderen Verhältnissen zur EG deutlich.[1738] Nun begann ein Disput über die Geschwindigkeit, mit der eine Entscheidung über europäische Integration Österreichs herbeigeführt werden sollte. Die ÖVP drängte zu einem raschen Vorgehen, während die SPÖ die Rolle des Bremsers übernahm.[1739] Deutlichster Ausdruck dieses Bremsens war der Beschluss des SPÖ-

[1733] Vgl. Gehler, Michael: s.o. S.227.
[1734] Vgl. Schaller, Christian: Die innenpolitische EG-Diskussion seit den 80er Jahren. S.100.
[1735] Vgl. Leitner, Gregor: Der Weg nach Brüssel. S.92.
[1736] Vgl. Die Presse, 26.3.1988. S.1.
Die Presse, 17.8.1988. S.4.
[1737] Benannt nach Manfred Scheich, der von 1983 bis 1986 österreichischer Botschafter bei der EG war und nun als Sektionschef für Integrations- und Wirtschaftspolitik im Außenministerium die Leitung der Arbeitsgruppe innehatte. Scheich galt durch seine Mitgliedschaft bei der ÖCV-Verbindung Franco Bavaria als ÖVP-nahe.
[1738] Vgl. Blaßnig, Annemarie: Neuorientierung und Wende in der österreichischen Außenpolitik. S.37-38.
[1739] Vgl. Die Presse, 25.6.1988. S.2
Die Presse, 15.7.88. S.1.
Die Presse, 26.7.88. S.1.
Die Presse, 2.9.1988. S.1.
Die Presse, 3.9.1988. S.1.

Bundesparteivorstandes, bis 1989 alle Für und Wider eines Beitrittsantrages zu prüfen.[1740]

Am 17.Oktober 1988 beschloss die Koalition, im Jänner oder Februar des folgenden Jahres das Beitrittsansuchen an die EG zu formulieren.[1741] Die SPÖ hatte zunächst versucht, diesen Termin auf Sommer des nächsten Jahres hinauszuzögern. Innerhalb der Partei gab es vor allem Bedenken, ob die Neutralität mit einer Mitgliedschaft vereinbar sei. Aus diesem Grund kündigte Bundeskanzler Vranitzky an, dass im Zweifelsfalle der Neutralität der Vorrang einzuräumen wäre und man auf einen Beitritt verzichten müsste.[1742] Die ÖVP betonte daher auch ausdrücklich die aus ihrer Sicht gegebene Kompatibilität.[1743]
Die Rollenverteilung von Bremser und Drängler in der Europapolitik blieb auch nach dem formalen Terminbeschluss aufrecht, wobei eigentlich nur um wenige Monate Ermessensspielraum diskutiert wurde.[1744] In der SPÖ organisierten sich zu diesem Zeitpunkt auch Kritiker eines Beitritts. An ihrer Spitze waren die zwar nicht mehr in der ersten Reihe stehenden, aber mit der Autorität ihrer „außer Dienst" Titel ausgestatteten ehemaligen Außenminister Erwin Lanc (SPÖ) und Erich Bielka (als Parteiloser in der Regierung Kreisky von 1974-1976).[1745]

Am 29. November begann mit dem EG-Bericht von Außenminister Mock vor dem Ministerrat schließlich offiziell die inhaltliche Diskussion über Möglichkeit und Sinnhaftigkeit eines Beitritts. Oder vielmehr, sie sollte beginnen, denn gleichzeitig eröffnete sich im Umfeld der eigentlichen Sachfrage ein heftiger Streit zwischen Bundeskanzler und Außenminister über die Koordinationshoheit in der Europafrage *(vgl. Kap. 12.2 Europa-Kompetenz)*.[1746] Zusätzlich verkompliziert wurde die Situation durch innerparteiliche Schwierigkeiten der SPÖ,[1747] sodass die ÖVP zustimmte, die Entscheidung bis März zu vertagen.[1748]

Doch auch wenn Medienberichte einen Stillstand vermuten ließen, wurden im Hintergrund die konkreten Probleme analysiert, Gutachten in Auftrag gegeben und bewertet. Dabei schwenkten drei maßgebliche SPÖ-Politiker, nämlich die Landeshauptleute von Wien (Helmut Zilk), Burgenland (Johann Sipötz) und Kärnten (Leopold Wagner), die Ende 1987 noch eine Petition der Landeshauptleute Konferenz für einen EG-Beitritt un-

[1740] Vgl. Die Presse, 30.6.1988. S.4.
[1741] Vgl. Die Presse, 18.10.1988. S.1.
[1742] Vgl. Die Presse, 22.8.1988. S.1.
Vranitzky, Franz: Die Rolle Österreichs im neuen Europa. S.9-11.
[1743] Vgl. Die Presse, 26.8.1988. S.4.
[1744] Vgl. Die Presse, 29.10.1988. S.5.
[1745] Vgl. Die Presse, 16.11.1988. S.1f.
[1746] Vgl. Der Standard, 30.11.1988. S.4.
[1747] SPÖ-Zentralsekretär Sallaberger wurde vorgeworfen, Bezüge nicht versteuert zu haben.
[1748] Vgl. Die Presse, 13.12.1988. S.1.

terstützt hatten, auf die Linie der Gegner ein, wie auch einige SPÖ-Abgeordnete zum Nationalrat.[1749] Grund für die Gegnerschaft wie auch für die Skepsis zahlreicher SPÖ-Funktionäre war dabei die Frage der Neutralität. Das prägte natürlich auch den Kurs der Gesamtpartei, der von Vorsicht getragen war, während der gesamten Debatte.[1750] Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der Unterschied in der Nuancierung zwischen Interpretationen, die fürs Ausland bestimmt waren und jenen fürs Inland. Während nach innen die bereits erwähnte Vorsicht waltete, ging Bundeskanzler Vranitzky bei kritischen Wortmeldungen aus dem Ostblock (DDR und UdSSR) überraschend deutlich in die Offensive und bestand im Einklang mit ÖVP-Politikern auf der Vereinbarkeit von Neutralität und EG-Mitgliedschaft.[1751] Die ÖVP hingegen betonte diese auch im innenpolitischen Diskurs stets mit Nachdruck.[1752]

Schließlich gelang es dem SPÖ-Parteivorsitzenden Vranitzky am 3. April 1989, im Parteivorstand eine klare Mehrheit[1753] für Beitrittsverhandlungen zu erreichen. Der Preis dafür war die Ausformulierung von Bedingungen, die von der ÖVP akzeptiert wurden und dann im Bericht der Bundesregierung an das Parlament enthalten waren:

- Beibehaltung der Neutralität
- Sicherung der hohen Standards in Sozial- und Umweltpolitik
- Eigenbestimmung des Asylwesens
- Lösung der Transitfrage und Beibehaltung der Grundverkehrspolitik
- Schutz der Landwirtschaft vor ökonomischen Nachteilen[1754]

Inwieweit zu diesem positiven Beschluss auch unverhohlene Drohungen der ÖVP mit dem Ende der Koalition[1755] beigetragen haben, ist nicht feststellbar, aus der Sicht des Verfassers aber zu bezweifeln. Es dürfte wohl klar gewesen sein, dass ein EG-Beitritt

---

[1749] Vgl. Leitner, Gregor: Der Weg nach Brüssel. S.95.

[1750] Vgl. Die Presse, 3.5.1988. S.2.
Pd-aktuell, 30.11.1988. Zitiert nach: Kunnert, Gerhard: Spurensicherung auf dem österreichischen Weg nach Brüssel. S.184.
Sozialistische Korrespondenz, 5.4.1989. Zitiert nach: Kunnert, Gerhard: Spurensicherung auf dem österreichischen Weg nach Brüssel. S.204.
Sozialistische Korrespondenz, 18.4.1989. Zitiert nach: Kunnert, Gerhard: Spurensicherung auf dem österreichischen Weg nach Brüssel. S.184.

[1751] Vgl. Die Presse, 18.5.1988. S.1.
Die Presse, 16.6.1988. S.1.

[1752] Vgl. Die Presse, 26.8.1988. S.4.
Europamanifest der ÖVP. Zitiert nach: Kunnert, Gerhard: Spurensicherung auf dem österreichischen Weg nach Brüssel. S.255.
Bericht der Arbeitsgruppe Außenpolitik und Bundesverfassung der ÖVP. Zitiert nach: Kunnert, Gerhard: Spurensicherung auf dem österreichischen Weg nach Brüssel. S.269.
ÖVP-Pressedienst, 2.2.1989.

[1753] Die Abstimmung brachte das Ergebnis von 50 Pro- und 4 Contrastimmen. Dagegen waren: Christian Cap, Gusenbauer, Hatzl, Lanc,

[1754] Schneider, Heinrich: Alleingang nach Brüssel. S.213ff.

[1755] Vgl. Der Standard, 3.4.1989. S.4.

Verfassungsänderungen mit sich bringen musste, die wiederum nur mit der Zustimmung der SPÖ durchzusetzen waren.

Bereits am 17. April 1989 konnte nun der endgültige Integrationsbericht vom Ministerrat beschlossen werden, wobei die von der SPÖ aufgestellten Bedingungen von der ÖVP akzeptiert und in den Bericht aufgenommen worden waren. Zuvor hatte es noch eine Diskussion gegeben, ob ein von den EG-Experten des Bundeskanzleramtes verfasster, oder wie von der ÖVP gewünscht, ein ergänzter „Scheich-Bericht" dem Ministerrat vorgelegt werden sollte. Ein paritätisch besetztes Politikerkomitee formulierte dann einen Kompromissbericht.[1756]

Nach Beratungen in den jeweiligen Ausschüssen des Nationalrates verabschiedete dieser mit den Stimmen der beiden Koalitionsparteien und der FPÖ gegen die der Grünen Alternative am 29. Juni 1989 einen Initiativantrag an die Bundesregierung mit der Aufforderung, bis zum Herbst des Jahres ein Beitrittsansuchen an die EG, EGKS und EURATOM zu stellen. Auf den Weg wurden der Bundesregierung noch die von ihr selbst ohnehin schon gutgeheißenen Bedingungen mitgegeben.[1757] Den formellen dahingehenden Beschluss fasste die Bundesregierung schließlich am 18. April 1989.[1758] Ab diesem Zeitpunkt sind „wohl nicht mehr das prinzipielle Ja, sondern nur mehr das Wie, die Bedingungen für ein EG-Beitrittsansuchen 1989, offen" gewesen.[1759]

Damit war auch klar, dass ein Projekt begonnen worden war, das nicht in dieser einen Legislaturperiode abgeschlossen werden konnte. Aus diesem Grund bastelten die Regierungsparteien parallel zu den Vorbereitungen für die offiziellen Beschlüsse an einer Parteienvereinbarung, die eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet bis zum Beitritt festschreiben sollte. Der erste Vorstoß dazu kam schon vorher von Außenminister Mock,[1760] der am 4. April davon sprach, die längerfristige Vorgangsweise in einer Parteienvereinbarung niederzuschreiben.[1761] In der Präambel der Vereinbarung war schließlich zu lesen: „Sie [die Vereinbarung, Anm. d. Verf.] gilt vom jetzigen Zeitpunkt an bis zum Ende des Verhandlungsprozesses mit den Europäischen Gemeinschaften."[1762] Doch bis es soweit war, mussten noch die diversen Meinungsverschiedenheiten aus dem Weg geräumt wer-

---

[1756] Vgl. Kunnert, Gerhard: Österreichs Weg in die Europäische Union. S.164.
[1757] Vgl. Blaßnig, Annemarie: Neuorientierung und Wende in der österreichischen Außenpolitik S.42.f.
[1758] Vgl. Die Presse, 18.4.1989. S.1.
[1759] Schaller, Christian: Die innenpolitische EG-Diskussion seit den 80er Jahren. S.155.
[1760] Die erste nachweisbare Forderung nach einer Parteienvereinbarung stammt von ÖVP-Obmann Alois Mock. Dennoch wird von Kunnert (in: Spurensicherung auf dem österreichischen Weg nach Brüssel) und Blaßnig (In: Neuorientierung und Wende in der österreichischen Außenpolitik) Vranitzky als die treibende Kraft dahinter gesehen.
[1761] Vgl. Der Standard, 5.4.1989. S.4.
[1762] Parteienvereinbarung zwischen SPÖ und ÖVP zur weiteren Vorgansweise in der Integrationspolitik vom 26. Juni 1989. In: Wiener Zeitung, 29.6.1989. S.5.

den. Zum Ersten war da die Kompetenzfrage für die innerstaatliche Koordination der Beitrittsvorbereitungen *(vgl. Kap. 12.2 Europa-Kompetenz)*, zum Zweiten die Frage nach der finanziellen Unterstützung der Landwirtschaft. Die Sozialisten wollten hier die Förderungen stärker von der Produktion auf die Stilllegung von Äckern umlenken.[1763]
Die harten Verhandlungen schlossen die Koalitionsparteien am 26. Juni erfolgreich ab und veröffentlichten die Parteienvereinbarung am 29. Juni, also zeitgleich mit dem Beschluss des Initiativantrages *(vgl. oben)* in der Wiener Zeitung.

Beim Wortlaut des Beitrittsansuchens verzichtete die SPÖ auf den Hinweis auf den Staatsvertrag und auf das ausdrückliche Verlangen, dass die EG aus Rücksicht auf die österreichische Neutralität ihre Verträge ändern sollte. Die ÖVP wiederum verzichtete auf das gewünschte Bekenntnis zur europäischen Einigung.[1764] Außerdem akzeptierte sie die von Vranitzky geforderte Formulierung nach einer „völkerrechtlich abgesicherten Neutralität" statt einer allgemeiner gehaltenen.[1765] Ursprünglich wollte Außenminister Mock das Beitrittsansuchen ohne Neutralitätsvorbehalt abschicken, was aber der Bundeskanzler auch in Anbetracht des innerparteilichen Druckes in dieser Frage ablehnte. Die ÖVP akzeptierte, um das Verfahren nicht noch länger hinauszuzögern und wohl auch aus Angst, die SPÖ könnte wegen dieser Frage überhaupt aussteigen.[1766]
Am 17. Juli 1989 übergab Außenminister Mock schließlich in Brüssel den Beitrittsantrag Österreichs.
Seit diesem Zeitpunkt gab es in inhaltlichen Fragen keine gravierenden Unterschiede zwischen den beiden Regierungsparteien.[1767] Lediglich über das Tempo – Vranitzky kritisierte das Drängen Mocks auf baldigen Beginn der Beitrittsverhandlungen – gab es einen kurzen medialen Wortwechsel.[1768] Sogar die Neudefinition der Neutralität gelang in einmütiger Weise. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen resümierte Alois Mock über die in seinen Augen hervorragende Zusammenarbeit der Vertreter von SPÖ und ÖVP:

> „In Brüssel habe ich sehr deutlich gespürt, daß die Österreicher, wenn es ums Ganze geht, an einem Strang ziehen können. In den entscheidenden Stunden hat es keine Rolle gespielt, von welcher Partei einer kommt, welche Funktion er ausübt, ob er Gewerkschafter ist oder Bauernvertreter."[1769]

[1763] Vgl. Die Presse, 22.6.1989. S.1.
[1764] Vgl. Die Presse, 27.7.1989. S.1.
[1765] Vgl. Der Standard, 27.7.1989. S.5.
[1766] Vgl. Sully, Melanie: Der Paradigmenwechsel in der österreichischen Außenpolitik. S.89.
Gehler, Michael: Der lange Weg nach Europa. S.288.
[1767] Vgl. Kunnert, Gerhard: Spurensicherung auf dem österreichischen Weg nach Brüssel. S.232.
[1768] Vgl. Die Presse, 2.8.1990. S.2.
[1769] Mock, Alois: Heimat Europa. S.184.

Bis zur Volksabstimmung über den Beitritt gab es nur eine kleinere Reiberei. Die ÖVP kritisierte die von Staatssekretärin Ederer organisierte EG-Kampagne als zu „leichtgewichtig", was Bundeskanzler Vranitzky schroff zurückwies.[1770] Ansonsten zeigte man großkoalitionäre Einigkeit, um die erhoffte Zustimmung der Bevölkerung zu erlangen. Was schließlich auch eindrucksvoll gelang.

12.2 Europa-Kompetenzen

Die Zusammenarbeit von Bundeskanzler Vranitzky und Außenminister Mock auf dem Gebiet der Außenpolitik funktionierte nach der Einschätzung des Historikers Michael Gehler nur selten konfliktfrei.[1771] Vor allem bei Angelegenheiten, die sowohl der Innen- als auch Außenpolitik zuzuordnen waren, kam es zu eifersüchtig wirkenden Kompetenzstreitigkeiten.

Beispielhaft sei hier der Wettstreit um Auslandsbesuche angeführt: Bundeskanzler Vranitzky gelang es für April 1987, einen Besuch in Washington nur rund einen Monat vor einem bereits geplanten Termin Mocks in der US-Hauptstadt zu ergattern. Ein ähnlicher Bewerb zeichnete sich um die Sowjetunion ab.[1772] Nur zwei Jahre später, bei einem neuerlichen Besuch Vranitzkys in Washington mit Visite beim US-Präsidenten, reagierte die ÖVP abermals gereizt und bezeichnete die Auslandsaktivitäten Vranitzkys als „Herumreiserei", die jeder machen könne.[1773] Vranitzky beschrieb diesen Konflikt und dessen Lösung in seinem Buch „Poltische Erinnerungen" folgendermaßen:

> „Außenminister Mock und ich hatten nach einigen diesbezüglichen Ungereimtheiten zu Beginn unserer Regierungsarbeit ein System vereinbart, Reisepläne und die Auswahl der Zielländer für offizielle oder Arbeitsbesuche zu koordinieren. Das funktionierte. Ich ersuchte Mock auch regelmäßig, einen eingearbeiteten und repräsentativen Beamten des Außenministeriums zu nominieren, den ich dann in meine Delegation aufnahm."[1774]

Ein tatsächlicher Konflikt entwickelte sich über der Frage, wer bei der Europa-Integration die Letztverantwortung trage. Der inhaltliche Auslöser für diesen Streit war der Vorschlag Vranitzkys, unter seiner Führung ein Ministerkomitee zur Erledigung der Vorarbeiten für den Beitritt zu installieren.[1775] Bundeskanzler Vranitzky interpretierte die Verfassung dahingehend, dass er als Bundeskanzler in allen ressortübergreifenden Fra-

[1770] Vgl. Die Presse, 24.2.1993. S.4.
Die Presse, 27.2.1993. S.2.
[1771] Vgl. Gehler, Michael: Der lange Weg nach Europa. S.277.
[1772] Vgl. Die Presse, 11.4.1987. S.2.
Kunnert, Gerhard: Österreichs Weg in die Europäische Union. S.146.
[1773] Vgl. Der Standard, 12.5.1989. S.1.
[1774] Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen. S.225.
[1775] Vgl. Die Presse, 26.11.1988. S.1f.

gen die Koordinationskompetenz innehabe, sprach aber Außenminister Mock die Verantwortung für die Vertretung nach außen nicht ab. In mehreren Aussagen versuchten zwar Vertreter beider Parteien den Streit herunterzuspielen, beharrten aber jeweils auf ihren Standpunkten.[1776] Das gipfelte in der Absetzung des Themas „EG" in der Ministerratssitzung vom 29. November 1988, da sich Vranitzky und Mock nicht darüber einigen konnten, wer von beiden nun dem Ministerrat über die Integrationsfortschritte berichten dürfte. Hinter dieser Diskussion verbarg sich natürlich auch ein inhaltlicher Unterschied in den Berichten. Während Mock lediglich einen Vergleich der österreichischen Rechtslage mit der der Europäischen Gemeinschaft vorlegen wollte, enthielt der Bericht Vranitzkys auch Strategien für Übergangsfristen.[1777] Mock gab schließlich ein verfassungsrechtliches Gutachten (bei Günther Winkler) in Auftrag. Dieses Gutachten bezeichnete den Bundeskanzler als „primus inter pares" und schrieb ihm nur die Vermittlerkompetenz zwischen den Mitgliedern des Kollegialorgans Bundesregierung zu.[1778] Wie zu erwarten war, brachte dieses Gutachten keine wie auch immer geartete Beruhigung der Situation. Hinter diesem Streit stand natürlich die längerfristige Überlegung, ein Präjudiz für die Zuständigkeiten in der Europapolitik zu schaffen,[1779] was auch bald offenbar wurde.

Erneut entbrannte im Juni 1989 ein Streit, dem ebenfalls die Kompetenzfrage zu Grunde lag. Bundeskanzler Vranitzky wollte dem Außenminister die Verhandlungsführung in Brüssel zwar nicht streitig machen, sah die innerstaatliche Koordinationsarbeit aber in seinem Aufgabenbereich. Er wollte die interministerielle Gruppe, die zur Begleitung der Verhandlungen eingesetzt werden sollte, selbst leiten und sie mit dem Weisungsrecht gegenüber der Verhandlungsgruppe in Brüssel, der Außenminister Mock vorstand, ausstatten. Die ÖVP wehrte sich dagegen und argumentierte, dass ein Auseinanderreißen der Verantwortlichkeiten unvernünftig wäre.[1780] Die Lösung war ein klassischer Kompromiss, nämlich die Einsetzung von zwei Gruppen: einer unter Vorsitz des Bundeskanzlers, der die Vorbereitung der inhaltlichen Verhandlungspositionen oblagen, und einer unter Vorsitz des Außenministers mit dem Aufgabenbereich der Verhandlungsvorbereitung und –führung. Diese Lösung war Teil des „Einigungspaketes" von Parteienvereinbarung

[1776] Vgl. Die Presse, 28.11.1988. S.1.
Der Standard, 30.11.1988. S.4.
Der Standard, 1.12.1988. S.1, 6
Der Standard, 2.12.1988. S.4.
Der Standard, 5.12.1988. S.4.
Die Presse, 10.12.1988. S.1.
[1777] Vgl. Die Presse, 30.11.1988. S.1.
[1778] Vgl. Die Presse, 10.12.1988. S.5.
[1779] Vgl. Schneider, Heinrich: Alleingang nach Brüssel. S.221.
[1780] Vgl. Die Presse, 22.6.1989. S.1.
Der Standard, 26.6.1989. S.1.

und Beschluss des Initiativantrages zum EG-Beitrittsansuchen *(vgl. Kap. 12.1 Beitritt)*.[1781]

Keine Streitereien gab es hingegen bei der Installierung eine Rats für Integrationsfragen[1782] unter Vorsitz des Bundeskanzlers, der ähnlich wie der außenpolitische Rat aber auch keine Exekutivgewalt innehatte.[1783]

Während der Verhandlungen über den Beitritt zur EG bzw. zur Europäischen Union (seit 1. November 1993) gab es kaum Konflikte (weder inhaltlicher noch formaler Natur), die in der Öffentlichkeit ausgetragen wurden. Wahrscheinlich auch um die Verhandlungsposition Österreichs nicht zu schwächen, zeigte die Regierung demonstrative Einigkeit. Diese gipfelte in dem berühmt gewordenen Bussi von Außenminister Alois Mock für die Europastaatssekretärin Brigitte Ederer (SPÖ) nach den abgeschlossenen Beitrittsverhandlungen und den standing ovations auch von Teilen der SPÖ-Abgeordneten für Mocks Abschlussbericht im Nationalrat.[1784] Bis zur Volksabstimmung über den Beitrittsvertrag dauerte die Harmonie – wenn auch nicht mehr mit derselben Herzlichkeit – an. Mit einer Ausnahme: Die SPÖ fühlte sich vom Außenministerium über die mit Beamten zu beschickenden EU-Kommissionen schlecht informiert und benachteiligt, weswegen sie den Vorschlag machte, die zwei der wichtigsten EU-Gremien (Binnenmarkt und allgemeine Angelegenheiten) nicht mehr nur durch das Außenministerium, sondern in alternierender Folge auch durch das Bundeskanzleramt zu beschicken (mit jeweils einem Vertreter des anderen). Die ÖVP lehnte diesen Vorschlag aber, wie zu erwarten war, ab.[1785]

Kurz nach der großen Zustimmung der österreichischen Bevölkerung am 12. Juni 1994[1786] wurde die Kompetenzstreitigkeit weitergeführt. Dabei ging es um keine sachlichen Probleme, sondern um einen Platz auf den Titelseiten und in den Geschichtsbüchern: Es ging um die Frage, wer auf dem EU-Gipfel in Korfu den Beitrittsvertrag unterzeichnen durfte. Dahinter versteckte sich natürlich auch der alte Streit um die Vertretungskompetenz gegenüber der EU. Zu den üblichen Protagonisten in dieser Frage (Vranitzky und Mock) gesellte sich noch Bundespräsident Klestil, der ebenfalls an der Zeremonie teilnehmen wollte. Das Problem bestand schließlich in der begrenzten Teilnehmerzahl von vier Personen pro Land, wobei nur zwei davon bei den Sitzungen des Europäischen Rates zugelassen waren (Österreich hatte dabei erstmals Beobachterstatus). Zu-

[1781] Vgl. Der Standard, 27.6.1989. S.1
Die Presse, 27.6.1989. S.1.

[1782] Mitglieder waren Vertreter aller Parteien, der Kammern, des ÖGB, der Bundesländer, von Gemeinden und Städten

[1783] Vgl. Der Standard, 15.6.1989. S.1.

[1784] Vgl. Der Standard, 3.3.1994. S.3.

[1785] Vgl. Die Presse, 18.5.1994. S.6.

[1786] Bei einer Wahlbeteiligung von 81,27% stimmten 66,58% für den Beitritt zur EU.

nächst einigte man sich auf folgende Regelung: Bundeskanzler Vranitzky, Außenminister Mock und EU-Botschafter Manfred Scheich sollten unterschreiben, Bundespräsident Klestil, Finanzminister Lacina und EU-Staatssekretärin Ederer als Begleiter fungieren.[1787] Diese Regelung war jedoch dem Staatsoberhaupt zu wenig. So sah der nächste Kompromiss vor, dass Klestil bei der Sitzung des EU-Rates teilnehmen durfte, wodurch Mock von dieser fernbleiben musste. Als vierter Unterzeichner wurde der Sektionsleiter im Bundeskanzleramt, Ulrich Stracher (galt als SPÖ-nahe), ausgewählt. Damit war dem Gleichgewicht der Parteien Genüge getan worden.[1788] Die SPÖ-Seite äußerte Kritik, da sie eigentlich Brigitte Ederer diesen Part übernehmen lassen wollte.[1789]

Hinter diesem Streit um den besten Platz im Kameralicht verbarg sich eine sehr ernste Diskussion um das weitere Auftreten in bzw. gegenüber der EU. Da in den Schaltzentralen der Union nun auch für Österreich direkt wirksame Entscheidungen getroffen wurden, war sie nicht mehr einfach nur Ausland. Und tatsächlich kam es wieder zu Reibereien zwischen Bundeskanzleramt und Außenministerium. Zunächst ging es um den Vorsitz in den EU-Koordinationssitzungen aller Ministerien und Sozialpartner. Diese Sitzungen waren bislang unter abwechselndem Vorsitz von Beamten des Außenministeriums und des Bundeskanzleramtes über die Bühne gegangen. Nun wollte das Bundeskanzleramt alleine den Vorsitz führen, was vom Außenamt abgelehnt wurde. Im Raum stand sogar, zwei streng nach politischen Farben getrennte Arbeitsgruppen zu führen.[1790] Diese Variante legten Vranitzky und Mock aber nach längeren Verhandlungen und mehreren Vier-Augen-Gesprächen ad acta, und man einigte sich wieder auf die ursprüngliche Halbe-Halbe-Lösung.[1791]

Nur einen Tag später bezweifelt Vizekanzler Busek die Koordinierungskompetenz des Bundeskanzlers.[1792] Wieder einen Tag später versuchten sowohl Busek als auch das Bundeskanzleramt zu beschwichtigen und verwiesen auf weitere Verhandlungen.[1793] Rund um die feierliche Unterzeichnung des Beitrittsvertrages am 24. Juni 1994 herrschte dann mediale Ruhe um die Kompetenzfrage.

Doch bereits rund zwei Wochen später ging die Diskussion weiter. Kernpunkt war nun das Weisungsrecht gegenüber den österreichischen Vertretern in Brüssel. Außer Streit war dabei nur die Verantwortung des Außenministeriums für Fragen der Außen- und

[1787] Vgl. Der Standard, 14.6.1994. S.5.
[1788] Vgl. Die Presse, 16.6.1994. S.3.
[1789] Vgl. Die Presse, 16.6.1994. S.1.
[1790] Vgl. Die Presse, 18.6.1994. S.1.
[1791] Vgl. Die Presse, 21.6.1994. S.1, 4.
[1792] Vgl. Der Standard, 22.6.1994. S.1.
[1793] Vgl. Der Standard, 23.6.1994. S.5.

Sicherheitspolitik. Alle anderen Themenkreise beanspruchte auch das Bundeskanzleramt für sich. Als Lösungsmöglichkeit erörterte die Regierung folgende Regelung: Die Weisungen sollten vom Bundeskanzleramt kommen, aber auf dem Weg nach Brüssel ohne inhaltliche Veränderung zu Weisungen des Außenministeriums werden.[1794] Ein weiterer Lösungsvorschlag des Bundeskanzleramtes sah vor, dass abhängig von der Sachfrage der jeweils zuständige Minister die Mitwirkung an der Politik der EU übernehmen sollte. Prompt reagierte das Völkerrechtsbüro des Außenministeriums mit einer Ablehnung und verlangte neuerlich, die Gesamtkoordination dem Außenminister zu überlassen. Es bezeichnete die Erklärung der EU-Politik zur „inneren Angelegenheit" als falsch.[1795] Schließlich kam es doch noch zu einem Kompromiss. Die Repräsentanten beider Seiten sprachen von einer grundsätzlichen Einigung bezüglich der Kompetenzfrage, ohne jedoch Details zu nennen. Klar war hingegen, dass der Außenminister das Weisungsrecht gegenüber dem EU-Missionschef behalten sollte.[1796]

Nach der Nationalratswahl vom 9. Oktober 1994, die für beide Regierungsparteien schwere Verluste gebracht hatten, brach die alte Kompetenzfrage bei den Koalitionsverhandlungen erneut auf. Als die SPÖ die Schaffung eines Europaministeriums oder zumindest eines Europa-Staatssekretariats unter Führung eines SPÖ-Politikers (Favoritin war die bisherige EU-Staatssekretärin im Bundeskanzleramt Brigitte Ederer) forderte, kündigte Alois Mock seinen Rücktritt für diesen Fall an, da er keinen substantiellen Verzicht an Kompetenzen hinnehmen wollte. Die SPÖ sah dabei zusätzliche Kompetenzen für ihre Regierungsmannschaft als logische Folge ihrer Zustimmung für die Nominierung Franz Fischlers (ÖVP) zum EU-Kommissar an.[1797] Als Kompromiss in dieser Frage bot Vranitzky der ÖVP eine gemeinsame Zuständigkeit von Bundeskanzler und Außenminister in EU-Fragen an, was die ÖVP prompt mit Hinweis auf die bisher funktionierende Zuständigkeit ablehnte. Nun bot die ÖVP ein SPÖ-geführtes Staatssekretariat als Kompromiss an, was nun wiederum die SPÖ ablehnte. Die Argumente der beiden Verhandlungsparteien waren dieselben wie schon in den Jahren zuvor: Je nach Parteizugehörigkeit sah man die EU als Teil der Innen- bzw. Außenpolitik.[1798] Die ÖVP wollte die Definition der EU als internationale Organisation sogar in der Verfassung verankern, um sie

[1794] Vgl. Der Standard, 8.7.1994. S.6.
[1795] Vgl. Der Standard, 20.7.1994. S.4.
[1796] Vgl. Der Standard, 22.7.1994. S.6.
[1797] Vgl. Der Standard, 19.10.1994. S.1.
Der Standard, 3.11.1994. S.3.
[1798] Vgl. Die Presse, 9.11.1994. S.7.
Der Standard, 9.11.1994. S.1.

damit in ihren Zuständigkeitsbereich zu bringen. Erwartungsgemäß ging die SPÖ nicht auf diesen Vorschlag ein.[1799]

Mittlerweile war diese Frage zu einem der am heißesten umkämpften Themenfelder der Verhandlungen und zu einer Gefahr für das Zustandekommen einer Neuauflage der Großen Koalition überhaupt geworden. Der Koalitionspakt sah schließlich eine Fortführung des Status quo vor. Die Weisungskompetenz gegenüber Brüssel blieb entgegen dem Wunsch von SPÖ-Seite im Außenministerium, und die von der ÖVP ungeliebte Abhängigkeit von der Zustimmung des Bundeskanzlers in Personalfragen blieb ebenfalls aufrecht.[1800]

Nachdem dieser Streit beigelegt worden war, kam es mit einem beinahe nahtlosen Übergang zu einer weiteren Kompetenzdiskussion. Gegenstand waren nunmehr die Aufgaben des Bundespräsidenten. Die Kontrahenten waren auf der einen Seite Bundespräsident Klestil mit der ÖVP, auf der anderen Seite die SPÖ sowie Grüne und LIF. Die drei Letztgenannten wollten in den EU-Begleitgesetzen, für deren Beschluss teilweise eine Zweidrittel-Mehrheit und damit die Zustimmung von zumindest Teilen der Opposition notwendig war, die Zuständigkeiten und Kompetenzen des Bundespräsidenten niederschreiben, während die ÖVP die existierenden Verfassungsbestimmung als ausreichend ansah. Konkret ging es dabei um die Bemerkung, dass im EU-Rat nicht der Bundespräsident, sondern ausschließlich Regierungsmitglieder politische Feststellung treffen dürften.[1801] Die Weigerung von ÖVP und FPÖ, einer „Definition" der Rechte des Staatsoberhauptes zuzustimmen, verhinderte schließlich dieses Vorhaben.[1802]

12.3 Ratifizierung des EU-Beitrittsvertrages

Nach der Volksabstimmung am 12. Juni 1994 über den EU-Beitritt eröffnete sich eine neue Koalitionsfront. Es ging um den Zeitpunkt, zu dem der Vertrag vom Parlament ratifiziert werden sollte. Wieder übernahmen die beiden Koalitionspartner die bereits gewohnten Rollen. Die ÖVP drängte darauf, noch vor der im Herbst angesetzten Nationalratswahl zu ratifizieren. Als Argumente dienten ihr die nicht vorherzusehende Zusammensetzung des Nationalrates und der zu erwartende Termindruck (Stichwort: Koalitionsverhandlungen) nach der Wahl. In der SPÖ, die für eine Absegnung des Vertrages nach der Wahl eintrat, fürchtete man, in so einer Sitzung der Opposition ein Wahlkampf-

[1799] Vgl. Der Standard, 12.11.1994. S.1.
[1800] Vgl. Die Presse, 30.11.1994. S.20.
[1801] Vgl. Der Standard, 13.12.1994. S.6.
Die Presse, 15.12.1994. S.6.
[1802] Vgl. Der Standard, 15.12.1994. S.6.

forum zu bieten, und dass bei einer Ablehnung des Beitritts durch einen der anderen Kandidaten die Ratifizierung wiederholt werden müsste, da der Vertrag von insgesamt vier neuen Mitgliedsländern ausging.[1803]

Der Streit gipfelte in der Weigerung Vranitzkys, den EU-Vertrag auf die Tagesordnung des Ministerrates zu setzten, obwohl Außenminister Mock das verlangt hatte.[1804] Die ÖVP warf ihm daraufhin sogar den Bruch der Verfassung vor, und beide Parteien versuchten, mit Gutachten ihren Standpunkt zu untermauern.[1805] Die Behandlung im Ministerrat erfolgte – da die SPÖ nicht von ihrer Haltung abzubringen war – nach den Wahlen am österreichischen Nationalfeiertag, dem 26. Oktober 1994.[1806] Nun konnte der Vertrag an das Parlament weitergeleitet werden.

12.4 Neutralität

Die in der Bundesverfassung festgeschriebene Neutralität führte zu einem sich über die gesamte Dauer der Großen Koalition hinziehenden Konflikt. Dabei handelt es sich um das einzige Thema, bei dem sich im Vergleich mit der ersten Großen Koalition (1945-1966) die Vorzeichen umgedreht hatten. Damals war die ÖVP die treibende Kraft für die Aufnahme der Neutralität und die SPÖ die bremsende.[1807] Nun begann die Volkspartei gegen den Widerstand des Koalitionspartners, die Neutralität in Frage zu stellen und teilweise sogar ihre Abschaffung zu fordern. Grund der Diskussion war die Frage nach der Sinnhaftigkeit/Nützlichkeit der Neutralität in der Gegenwart. Anlass war die Diskussion über einen Beitritt zur EG bzw. EU, gab es doch zunächst die allgemeine Auffassung, ein Beitritt stünde im Widerspruch zur Neutralität. Als schließlich ein Gutachten das Dogma von der Unvereinbarkeit beschädigte, war das Tabu gebrochen *(vgl. Kapitel 12.1 Beitritt)*.

Erstmals in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geriet die Neutralitätsdiskussion durch die Frage nach der Obsoleterklärung von Teilen des Staatsvertrags im Jahr 1990. In die Medien gelangte das Thema durch eine undichte Stelle im Außenministerium. Man hatte in

[1803] Vgl. Die Presse, 14.6.1994. S.6.
Die Presse, 21.6.994. S.8.
Die Presse, 3.9.1994. S.7.
Die Presse, 17.9.1994. S.1.
Die Presse, 20.9.1994. S.7.
Die Presse, 21.9.1994. S.7.
Die Presse, 22.9.1994. S.7.
Die Presse, 27.9.1994. S.7.
[1804] Vgl. Die Presse, 28.9.1994. S.1.
[1805] Vgl. Die Presse, 28.9.1994. S.6.
Die Presse, 29.9.1994. S.6.
[1806] Vgl. Die Presse, 25.10.1994. S.7.
[1807] Vgl. Schmidt, Egmont: Kämpfe, Krisen und Konflikte. S.66f.

Geheimverhandlungen an einem Entwurf gearbeitet, der – in Absprache mit dem ebenfalls neutralen Finnland (das Ähnliches mit seinem Friedensvertrag vorhatte) und den Signatarmächten – einige Inhalte des Staatsvertrags für nichtig erklärt hätte. Durch die Veröffentlichung dieses Vorhabens kamen nun auch neue Aspekte in die Diskussion. Das von der SPÖ geführte Bundeskanzleramt forderte, der Erklärung einen Zusatz beizufügen, der ausdrücklich die weiteren, nicht erwähnten Bestimmungen des Staatsvertrags und die (bekanntlich darin nicht enthaltene) Neutralität von dieser Obsoleterklärung ausschloss. Die ÖVP wehrte sich erfolgreich gegen diese Aufnahme, weil sie diese Erwähnung als internationale Festschreibung der Neutralität, die sie ja in Frage stellte, interpretierte.[1808]

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus im Ostblock und der offiziellen Auflösung des Warschauer Paktes im Jahr 1991 kam die Diskussion tatsächlich in Schwung.

Die Diskussion lief dabei auf zwei Ebenen. Einerseits ging es um die Frage, ob die Neutralität überhaupt abgeschafft werden sollte oder nicht, andererseits um den Interpretationsspielraum bei der (noch) existierenden Gesetzeslage.

Den ersten ernst zunehmenden Vorstoß machte Andreas Khol im Jahr 1990. Nach seiner Argumentation war durch die politischen Umwälzungen im Ostblock die ursprüngliche Bedeutung der Neutralität verloren gegangen:

> „Die strategische Grundgleichung der österreichischen Neutralität hat daher aufgehört zu existieren – weder hat die Sowjetunion ein Interesse an einem neutralen österreichischen Vorfeld, noch die USA. Die Frage, die man heute immer wieder gestellt erhält, vor allem im Ausland, bringt die Sache auf den Punkt: Zwischen welchen Staaten will Österreich denn eigentlich heute noch neutral sein?“[1809]

Zu diesem Zeitpunkt schloss er einen Beitritt zur NATO oder zur Westeuropäischen Union (WEU), den er als eine von drei Optionen nannte, noch dezidiert aus. Für die zweite Möglichkeit, die Beibehaltung des Status quo, ließ er wenig Begeisterung erkennen. Als beste und wahrscheinlichste Variante sah er zu diesem Zeitpunkt den Aufbau einer europäischen Friedensordnung und das Aufgehen in selbiger an, wobei diese Möglichkeit seiner Ansicht nach nicht im Widerspruch zur Neutralität stand, sondern lediglich eine Neuausrichtung notwendig gewesen wäre.[1810]

Noch fanden diese Vorschläge wenig Echo. Erst im Jahr 1992 setzte Vizekanzler Busek nach, indem er meinte, die Neutralität habe ihren Adressaten verloren.[1811] Mit der Erklä-

[1808] Vgl. Die Presse, 27.10.1990. S.12.
[1809] Khol, Andreas: Neutralität – ein überholtes Instrument österreichischer Sicherheitspolitik? S.696.
[1810] Vgl. a.a.O.
[1811] Vgl. Hamburger, Friedrich: Die Neutralitätsdebatte des Jahres 1992. S.212.

rung, die Neutralität, wie sie seit 1955 bestanden habe, sei beendet, rief er den Widerspruch von Bundeskanzler Vranitzky hervor.[1812]

Dennoch stellte die Bundesregierung in ihrem Aide Mémoire vom Juni und Dezember 1992 fest, dass sich Österreich vorbehaltlos an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union und der Mitgestaltung einer künftigen gemeinsamen Verteidigungspolitik beteiligen werde; das Wort „Neutralität" war darin nicht zu finden.[1813]

Ab dem Jahr 1993 kann man schließlich von einer offenen Kontroverse sprechen, deren Intensität stetig zunahm. Der Standpunkt der SPÖ war klar und wurde immer wieder – wenn auch mit unterschiedlicher Nuancierung – durch Wortmeldungen deutlich gemacht. Die konservativste Position nahm dabei Nationalratspräsident Fischer ein, der sich klar für die kontinuierliche Fortsetzung der Neutralitätspolitik einsetzte, während Bundeskanzler Vranitzky ein Festhalten zumindest bis zur Existenz eines akzeptablen europäischen Sicherheitssystems anstrebte und damit die Möglichkeit einer Abkehr nicht gänzlich, aber doch längerfristig ausschloss.[1814] Die ÖVP-Repräsentanten versuchten ab 1991, dem Begriff der „Neutralität" den der „Solidarität" beizustellen bzw. überzuordnen. Als Beispiel führten sie die Unterstützung der Vereinten Nationen gegen den Irak und die Solidarität mit Slowenien und Kroatien gegen Restjugoslawien an. Letztere hatte freilich nicht ungeteilte Zustimmung gefunden *(vgl. Kap.12.6 Balkankrise)*.[1815] Nationalratspräsident Fischer wehrte sich gegen diese Argumentation. Er meinte, dass Neutralität und Solidarität kein Widerspruch wären und verwies dabei auf dieselben Beispiele wie die ÖVP, allerdings mit dem Hinweis, dass sich Österreich gerade in diesen Fällen solidarisch erwiesen hatte, ohne jedoch den Status der Neutralität aufgegeben zu haben.[1816] Besonders deutlich machten Nationalratspräsident Fischer und ÖVP-Klubobmann Khol die unterschiedliche Bewertung von Solidarität und Neutralität in einer Diskussion am 27.2.1995. Dabei meinte Khol:

> „Das andere ist, Herr Präsident Fischer, daß die Neutralität keine Maxime der österreichischen Außenpolitik ist. Maxime ist ein Grundprinzip. [...] Ich glaube, daß die Neutralität österreichisches Verfassungsgesetz ist, das wir zu respektieren haben. [...] Aber die Maxime der österreichischen Außenpolitik ist natürlich die europäische Solidarität."[1817]

Die Antwort Fischers darauf:

[1812] Vgl. Die Presse, 12.6.1992. S.1.
[1813] Vgl. Hamburger, Friedrich: Die Neutralitätsdebatte des Jahres 1992. S.213.
[1814] Vgl. Mair, Roman: Die Neutralität. S.45.
[1815] Vgl. Busek, Erhard: Neue Außenpolitik in einer neuen Welt. S.27.
Blaßnig, Annemarie: Neuorientierung und Wende in der österreichischen Außenpolitik 1983 – 1994. S.57.
[1816] Vgl. Der Standard, 8.11.1993. S.1.
[1817] Khol, Andreas. In: Österreichische Sicherheitspolitik. S.475.

> „Diese Differenzierung kann wiederum nur Ausgangspunkt für ein weiteres Mißverständnis sein. Ich glaube, es ist Verfassungsgesetz und daher ist es zu beachten. Und etwas, was im Rang eines Verfassungsgesetzes ist, ist auch Maxime der Politik.“[1818]

Trotz dieser skeptischen Haltung gab es noch keine Vorstöße in Richtung eines Verteidigungsbündnisses.[1819] Im Jahr 1992 verstärkten sich die Wortmeldungen innerhalb der ÖVP in Richtung Abschaffung der Neutralität, sobald ein europäisches Sicherheitssystem bestünde.[1820]

Als offizielle Parteilinie – bisher handelte es sich vorwiegend um nicht widersprochene Einzelmeinungen – kann man dies ab Oktober 1993 bezeichnen, wobei auch hier eine langfristige Sichtweise herrschte.[1821] Im Rahmen einer ÖVP-Klubklausur bezeichnete der Fraktionschef Heinrich Neisser die Neutralität für Europa als überflüssig. Er tat dies auch mit Verweis auf die Verträge von Maastricht, die bei einem damals noch nicht feststehenden EG-Beitritt für Österreich Bedingung geworden wären und aus seiner Sicht die Neutralität bedeutungslos gemacht hätten.[1822]

In der Sitzung des Nationalrats, die die Ratifizierung des Beitrittsvertrages zur EU bringen sollte, traten die Meinungsunterschiede bezüglich der Neutralität klar ans Tageslicht. Andreas Khol von der ÖVP bezeichnete die Neutralität als:

> „ein wertvolles Relikt, ein verehrungswürdiges Erinnerungsstück, das wir wie die Kaiserkrone in die Schatzkammer stellen sollten. Dort können wir sie bewundern und sagen: Das hat uns einmal gute Dienste geleistet, aber sie wird nicht mehr getragen. Sie war für eine andere Zeit.“[1823]

Die SPÖ wollte die Neutralität beibehalten, sah sie allerdings auf den militärischen Kern reduziert. Das erklärte Bundeskanzler Vranitzky folgendermaßen:

> „Ich glaube nicht, daß es langwieriger Debatten bedarf, um zu belegen, daß die Neutralität im Jahr 1995 selbstverständlich einen anderen Stellenwert hat, als sie im Jahr 1955 hatte. [...] Die Kernbereiche, das wissen wir, sind nicht in erster Linie die wirtschaftlichen Sanktionen, sondern die Kernbereiche sind Fernhalten von Kriegen, Fernhalten ausländischer Truppen von österreichischem Territorium und das Sich-Fernhalten von Militärbündnissen. Das ist der Kern der Neutralität!“[1824]

Dies wurde auch durch die Aufnahme von Artikel 23f in die Verfassung dokumentiert:

> „Artikel 23f. (1) Österreich wirkt an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union auf Grund des Titels V des Vertrages über die Europäische Union mit. Dies schließt die Mitwirkung an Maßnahmen ein, mit denen die Wirtschaftsbeziehungen zu einem oder mehreren dritten Ländern ausgesetzt, eingeschränkt oder vollständig eingestellt werden.“

[1818] Fischer, Heinz. In: Österreichische Sicherheitspolitik. S.476.
[1819] Vgl. Der Standard, 20.1.1992. S.6.
[1820] Vgl. Wally, Stefan; Blümel, Barbara: Österreichische Parteien und die europäische Integration. S.134
[1821] Wally und Blümel (s.o.) gehen davon aus, dass diese Entscheidung bereits 1992 fiel. Offizielle Beschlüsse der Partei sind aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht getroffen worden.
[1822] Vgl. Die Presse, 28.10.1993. S.6.
[1823] Khol, Andreas. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 4/NRSITZ (XIX. GP). S.34.
[1824] Vranitzky, Franz. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 4/NRSITZ (XIX. GP). S.51.

Einer Abschaffung wollte die SPÖ nur bei der Existenz einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur zustimmen.

Die ÖVP sprach sich nun mehr dafür aus, die Neutralität auf ihren „rechtlichen Wesenskern" zurechtzustutzen. Das hätte bedeutet, dass von der ursprünglichen Neutralität nur mehr die Nichtzugehörigkeit zu militärischen Bündnissen und die Nichtzulassung fremder Stützpunkte auf österreichischem Territorium übrig geblieben wären.[1825] Führende ÖVP-Politiker setzten mit andere Relativierungen nach; dabei fielen Worte wie „überholt", „neu interpretieren", „an Bedeutung verlieren".[1826]

Ein konkretes Streitobjekt in Sachen Neutralität fanden die beiden Regierungsparteien in den zu erarbeitenden Leitlinien für die EU-Reformkonferenz 1996. Auf Beamtenebene wurde ein Entwurf erstellt, in den auf Wunsch der SPÖ noch ein Hinweis auf die österreichische Neutralität aufgenommen werden sollte.[1827] Die ÖVP unter Vizekanzler Schüssel bestand jedoch auf der ursprünglichen Vorlage. Sein Argument: Die Neutralität sei ein innerösterreichisches Problem und daher auch nur von Österreich zu interpretieren.[1828] In diesem Fall setzte sich die ÖVP durch. Das Wort „Neutralität" kam in den Leitlinien nicht vor.[1829]

Bei den Koalitionsverhandlungen nach der Nationalratswahl im Dezember 1996 wurde das Thema „Neutralität" sogar entscheidend für die Fortführung der Zusammenarbeit. Die ÖVP forderte eine Verfassungsänderung, die es ermöglichen sollte, in einem europäischen Sicherheitsnetz voll eingebunden zu sein. Da auch eine Verschmelzung von EU und WEU im Raum stand, gesellte sich dazu auch noch die Frage einer Beistandspflicht, die mit der Neutralität nicht vereinbar gewesen wäre *(vgl. Kap. 14.3 Militärbündnisse)*.[1830] Wieder tauchte dabei der Begriff „Solidarität" auf, diesmal im Zusammenhang mit einem entsprechenden Gesetzestext (Solidaritätsgesetz).[1831] Die SPÖ lehnte einen Beitritt zur WEU kategorisch ab und stellte sich auch dagegen, der europäischen Sicherheitspolitik überallhin, das heißt ohne zu wissen wohin, zu folgen.[1832]

Ein weiteres, wenn auch nur theoretisches Problem war die Frage, was für die gänzliche Abschaffung der Neutralität notwendig wäre: eine Volksabstimmung, wie Nationalrats-

---

[1825] Vgl. Rinderer, Mirjam: Der Funktionswandel der österreichischen Neutralität. S.92.
[1826] Vgl. a.a.O. S.93.
[1827] Vgl. Die Presse, 30.5.1995. S.9.
[1828] Vgl. Der Standard, 24.5.1995. S.5.
[1829] Vgl. Die Presse, 31.5.1995. S.9.
[1830] Vgl. Die Presse, 9.1.1996. S.1.
[1831] Vgl. Die Presse, 1.1.1996. S.6.
[1832] Vgl. Die Presse, 10.1.1996. S.6.
Die Presse, 17.2.1996. S.7.
Die Presse, 21.2.1996. S.1.
Die Presse, 4.3.1996. S.6.

präsident Fischer meinte, oder eine einfache Verfassungsänderung durch den Nationalrat, wie von der ÖVP vorgeschlagen[1833]. Aus der Sicht von ÖVP-Obmann Schüssel war allerdings ohnehin eine dynamische Interpretation ausreichend.[1834]

12.5 Konkrete Neutralitätsfälle

Einen tiefen Eingriff in das Neutralitätsrecht nahmen die Regierungsparteien am 17. Jänner 1991 vor.[1835] Sie setzten das Verbot des Transits von Kampfmitteln für Kampfhandlungen aus, die der UN-Sicherheitsrat erlaubte.[1836] Anlass war der Angriff der USA und ihrer Verbündeten auf den Irak nach der Besetzung Kuwaits.[1837] Bei der Anwendung dieses Gesetzes kam es kurz darauf dennoch zu Meinungsverschiedenheiten.

Auslöser war das Ansuchen Großbritanniens um Überfluggenehmigungen eines Raketentransports. Dies geschah im Zuge des durch eine UNO-Resolution legitimierten Irak-Krieges. Die offizielle Genehmigung dafür musste durch Innenminister Löschnak (SPÖ) im Einvernehmen mit dem Außen- und Verteidigungsminister sowie dem Bundeskanzler erfolgen.[1838] Das Ansuchen war am Dienstag, 5. Februar, eingelangt und hatte eine Genehmigung für Sonntag, 10. Februar, erbeten. Die drei erforderlichen Zustimmungen trafen bis Freitag bei Innenminister Löschnak ein. Dieser wollte jedoch noch einmal persönliche Rücksprache mit den jeweiligen Ressortchefs halten, da ihm eine Zustimmung auf Beamtenebenen zu wenig war. Mit dem Aufschub über das Wochenende wurde das Ansuchen jedoch hinfällig, da sich die britische Armee eine andere Flugroute gesucht hatte, um ihren Transport pünktlich durchführen zu können. Außenminister Mock kritisierte die Verzögerungstaktik scharf und bezeichnete das Verhalten des Innenministers als unsolidarisch gegenüber der Staatengemeinschaft. Bundeskanzler Vranitzky hingegen stellte sich hinter seinen Innenminister. Er bezeichnete dessen Vorgangsweise als korrekt und bestand auf der genauen Prüfung jedes einzelnen erwünschten Waffentransports durch österreichisches Hoheitsgebiet. Er sprach sich auch gegen Vorratsbeschlüsse für solche Fälle aus.[1839]

Rund ein Jahr später, im Februar 1992, kam es zu einem inhaltlich ähnlichen Streit, der juristisch allerdings etwas anders gelagert war. Die NATO hatte um Überflugsgenehmigungen für Radarflugzeuge des Typs Awacs gebeten. Da es sich dabei

[1833] Vgl. Die Presse, 25.9.1996. S.1.
[1834] Vgl. Die Presse, 27.9.1996. S.1.
[1835] In der SPÖ stimmten jedoch acht Abgeordnete dagegen (Vgl. Mair, Roman: Die Neutralität. S.41).
[1836] Vgl. Österreichisches BVG 5a/2 §6 (1a).
[1837] Vgl. Luif, Paul: Der Wandel der österreichischen Neutralität. S 30.
[1838] Vgl. Österreichisches BVG 5a/2 §3(1).
[1839] Vgl. Der Standard, 13.2.1991. S.1, 5.

nicht um einen Waffentransport handelte, war für die Genehmigung in diesem Fall der Außenminister zuständig, der diese – gestützt auf ein positives Gutachten des Verteidigungsministeriums – auch prompt vornehmen wollte. Zentralsekretär Cap kritisierte das als Angriff auf die Neutralitätspolitik. Die SPÖ-Regierungsmannschaft machte vor allem ihrem Ärger über die nicht mit der Gesamtregierung koordinierte Vorgangsweise Luft.[1840] Rund um den Ministerrat vom 11. Februar diskutierten die Koalitionsparteien die Entscheidung nochmals. Die SPÖ-Regierungsmitglieder, allen voran Bundeskanzler Vranitzky, kritisierten, dass der Außenminister die Regierung von seiner Vorgangsweise nicht einmal informiert hatte. Dass sein Handeln formalrechtlich korrekt war, sprachen sie ihm dabei nicht ab.[1841] Mit nochmaliger Betonung seiner alleinigen Entscheidungskompetenz sagte Außenminister Mock zu, bei weiteren Überflugsanträgen den Ministerrat zu informieren.[1842]

Der Teilnahme an der Balkan-Friedensmission unter dem Oberkommando der NATO im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden" (Partnership for Peace – PfP) *(vgl. Kap. 14.3 Militärbündnisse)* stimmte die SPÖ erst zu, als ihr die ÖVP versprach, in Verhandlungen mit NATO und UNO sicherzustellen, dass Österreicher in keine Kampfhandlungen verwickelt werden könnten.[1843]

Weitere Probleme bereiteten der Koalition NATO-Übungen in Nachbarländern:
Für das Ansuchen Frankreichs, Waffen zu einer Übung in der Slowakei (einem zukünftigen NATO-Mitglied) durch Österreich zu transportieren, stellte das Bundeskanzleramt einen negativen Bescheid aus, was die ÖVP kritisierte, hatten doch Verteidigungs- und Außenministerium (beide in der Verantwortlichkeit der ÖVP) positive Erklärungen abgegeben.[1844]
Die Diskussion wiederholte sich, als Ungarn ein kleines Truppenkontingent (5 Schützenpanzer und 125 Soldaten) zu einem Manöver nach Italien durch Österreich transportieren wollte. Wieder lehnte das „rote" Bundeskanzleramt ab und machte damit die Zustimmung der „schwarzen" Ministerien für Landesverteidigung und für Auswärtige Angelegenheiten gegenstandslos. Dies geschah mit dem Hinweis auf die Neutralität und auf den Umstand, dass es sich dabei um eine NATO-Übung handelte. Die ÖVP hingegen verwies darauf, dass Ungarn und das ebenfalls an dem Manöver teilnehmende Tschechien offizi-

[1840] Vgl. Die Presse, 8.2.1992. S.1f.
[1841] Vgl. Die Presse, 12.2.1992. S.1f.
[1842] Vgl. Die Presse, 18.2.1992. S.2.
[1843] Vgl. Die Presse, 8.11.1995. S.5.
[1844] Vgl. Die Presse. 23.9.1998. S.6.

ell noch keine NATO-Mitglieder waren. Außerdem führte sie die gute Zusammenarbeit mit dem Militärbündnis in der „Partnerschaft für den Frieden“ *(vgl. Kap. 14.3 Militärbündnisse)* an. Auch die auf Bitten Österreichs durchgeführte Hilfe der NATO bei den Aufräumarbeiten nach dem Lawinenunglück von Galtür[1845] brachte sie als Argument ins Spiel.[1846]

12.6 Balkankrise

Am 28. Juni 1991 marschierten Jugoslawische Armeeeinheiten in Kroatien und Slowenien ein. Drei Tage zuvor hatten die beiden Teilstaaten Jugoslawiens ihre Unabhängigkeit erklärt. Diese kriegerischen Auseinandersetzungen, die teilweise direkt an der Grenze zu Österreich ausgetragen wurden, mussten eine (außenpolitische) Reaktion Österreichs hervorrufen.

Auch in diesem Fall kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien, wobei die jeweiligen Ansichten an die Vorgangsweise bei der EG/EU-Diskussion erinnerten. Wiederum wollte die ÖVP eine offensivere Linie einschlagen als die SPÖ.

Erstmals zeichneten sich diese Positionen am 4. Juli 1991 ab, als der nunmehrige ÖVP-Obmann und Vizekanzler Erhard Busek die völkerrechtliche Anerkennung von Slowenien und Kroatien forderte, Bundeskanzler Vranitzky dieses Ansinnen zunächst aber ablehnte.[1847] Der Außenpolitische Ausschuss des Parlaments forderte in einem Entschließungsantrag an den Nationalrat, die beiden ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens anzuerkennen. Dies geschah mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP. Die SPÖ hatte allerdings einen Passus hineinreklamiert, wonach diese Anerkennung nur unter Berücksichtigung des internationalen und europäischen (d.h. des EU-) Standpunktes erfolgen dürfe. Diese Passage war der Preis für ihre Zustimmung, veranlasste aber die beiden Oppositionsparteien (FPÖ und Grüne) nicht zuzustimmen, da sie wie die ÖVP eine schnelle Anerkennung forderten.[1848] Die Überlegungen hinter diesen beiden Positionen waren folgende: Die ÖVP wollte gegenüber Jugoslawien das Selbstbestimmungsrecht der Völker untermauern und die beiden jungen Republiken unterstützen. Die SPÖ hingegen fürchtete wei-

[1845] Da Österreich zu wenig Hubschrauber-Kapazitäten für das Ausfliegen der durch die Lawinen (23. Februar 1999) eingeschlossenen Urlauber und Bewohner des Tiroler Ortes Galtür hatte, stellte die NATO auf Bitten Österreichs Hubschrauber zur Verfügung. Diese Hilfsaktion war während der Diskussion über die Militärtransitgenehmigung noch im Laufen.

[1846] Vgl. Die Presse, 15.2.1999. S.1.
Die Presse, 16.2.1999. S.1.
Die Presse, 17.2.1999. S.6.
Die Presse, 25.2.1999. S.4.

[1847] Vgl. Der Standard, 4.7.1991. S.1.

[1848] Vgl. Der Standard, 5.7.1991. S.8.

tere militärische Maßnamen gegen Kroatien und Slowenien durch Rest-Jugoslawien und wollte ein alleiniges Vorpreschen Österreichs verhindern.[1849] In der Parlamentsdebatte vom 8. Juli 1991 argumentierte Bundeskanzler Vranitzky folgendermaßen:

> „Erstens: Ich verkenne durchaus nicht die in erster Linie psychologische Wirkung, die eine solche Maßnahme für die Slowenen haben würde. Wir müssen uns aber auch darüber im klaren sein, daß wir es nach einem Anerkennungsschritt dann nicht mehr mit einer inneren Auseinandersetzung in Jugoslawien, sondern mit einem Konflikt zwischen zwei Staaten zu tun hätten, in dem Österreich als neutraler Staat zur striktesten Anwendung des Neutralitätsrechts und der Neutralitätspolitik verhalten wäre. Das heißt, daß unser Handlungsspielraum damit nicht notwendigerweise erweitert wäre. Das ist jedenfalls im Hinblick auf unsere Vermittlungsrolle ernsthaft mit zu bedenken, damit hier keine Unklarheiten oder Illusionen im Raum stehenbleiben.
>
> Zweitens: Man muß sich auch darüber im klaren sein, daß mit der Anerkennung durch Österreich allein weder die inneren Probleme noch die internationalen Probleme gelöst wären.“[1850]

In derselben Sitzung des Nationalrates gab es noch weitere interessante Redepassagen. So sagte SPÖ-Klubobmann Fuhrmann:

> „Wir wollen aber auch eines zur Kenntnis nehmen: Wir haben derzeit noch einen Nachbarstaat, mit dem wir immer gute Beziehungen haben, und der heißt Jugoslawien.“[1851]

Darauf Andreas Khol (ÖVP):

> „Die SPÖ hat sich immer dadurch ausgezeichnet, daß sie zu den letzten zählte, welche die Hände der alten Machthaber gedrückt hat: dem Herrn Modrow in der DDR, dem Tschechen Adamec, nicht dem Dissidenten Havel. Sie haben in Jugoslawien noch mit Ante Markovic geredet, als jeder gewußt hat, er repräsentiert nichts mehr außer sich selber und sein Sekretariat. Wir haben zu diesem Zeitpunkt eben schon mit den Carnogurskys, mit den Havels, mit den Lech Walesas, mit diesen Politikern der geheimen Opposition geredet. Bitte, es ist ja nichts dabei, wenn Sie es anerkennen. Wir hatten nie Berührungsängste, wir sind nicht gemeinsam im IUSY-Camp mit den serbischen Politikern aufgewachsen. Daher haben wir also mit den Oppositionsleuten mehr Kontakte.“[1852]

Josef Cap antwortete darauf:

> „Darauf kann ich nur sagen, daß er das noch immer durch seine Oppositionsbrillen betrachtet und noch nicht gesehen hat, daß Oppositionspolitik auf der einen Seite und Regierungspolitik auf der anderen Seite etwas Unterschiedliches sind. Da ist es durchaus legitim, wenn man Herrn Modrow trifft, der seinerzeit Ministerpräsident war, oder eben andere Funktionäre, die zum damaligen Zeitpunkt Repräsentanten des betreffenden Staates waren. [...] Über Jahre und Jahrzehnte hat es Repräsentanten der verbotenen sozialdemokratischen Parteien auf den Parteitagen der SPÖ gegeben.“[1853]

[1849] Vgl. Der Standard, 5.7.1991. S.8.
Der Standard, 6.7.1991. S.5.

[1850] Vranitzky, Franz. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 35/NRSITZ (XVIII. GP). S.3281.

[1851] Fuhrmann, Willi. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 35/NRSITZ (XVIII. GP). S.3295.

[1852] Khol, Andreas. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 35/NRSITZ (XVIII. GP). S.33121.

[1853] Cap, Josef. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 35/NRSITZ (XVIII. GP). S.33121.

Der ÖVP-Idee, eine Gruppe von Parlamentariern zu einer Fact-Finding Mission nach Jugoslawien zu schicken, stimmte die SPÖ nach anfänglicher Ablehnung doch zu.[1854]

Der Europastaatssekretär Jankowitsch (SPÖ) reagierte auf die Kritik aus Frankreich an der eindeutigen Positionierung Österreichs auf der Seite der beiden neuen Staaten mit Angriffen auf die Außenpolitik von Alois Mock. Er warf ihm vor, bereits Partei in dem Konflikt geworden zu sein und damit die Vermittlerrolle aufgegeben zu haben.[1855]

Bundeskanzler Vranitzky erklärte allerdings, dass Österreich sich dafür einsetzen werde, möglichst viele Länder zu einer baldigen Anerkennung zu bewegen. Unterstützung fand die Regierung im EG-Präsidenten Jacques Delors.[1856]

Der nächste Höhepunkt in diesem Streit war eine Vorlage Mocks für den Ministerrat, in der er von der Regierung die Ermächtigung verlangte, Slowenien und Kroatien anzuerkennen, wenn dies auch andere Staaten tun würden.[1857] Mock bestätigte auch, diesbezüglich mit anderen europäischen Staaten[1858] in Verbindung zu stehen, die einen solchen Vorstoß unterstützen würden.[1859] Durch die Weigerung der SPÖ, dem Antrag zuzustimmen, kam der Beschluss nicht zustande.[1860]

In den folgenden Tagen bekräftigten beide Seiten immer wieder ihre Standpunkte.[1861] Schließlich einigte man sich für die Nationalratssitzung auf einen gemeinsamen Antrag, der im Wesentlichen den Vorstellungen der SPÖ entsprach: Anerkennung nur im Einklang mit anderen Staaten.[1862] In der entsprechenden Nationalratssitzung machten beide Regierungsparteien noch einmal ihre Standpunkte klar, um dann den gemeinsamen Antrag zu beschließen. Stellvertretend für ihre Parteien seien die Argumente der beiden wichtigsten Vertreter dargestellt. Bundeskanzler Vranitzky erklärte:

> „Ich bin aber dennoch davon überzeugt, dass ein Alleingang Österreichs in dieser Frage, die für uns, für alle Völker Jugoslawiens und auch für die gesamte europäische Entwicklung von größter Tragweite ist, nicht zur erwünschten Hilfe für die bedrängten Kroaten führen würde. Es könnte sogar sein, daß der Alleingang das Gegenteil von dem bewirkt, was wir erreichen wollen.

[1854] Vgl. Der Standard, 6.7.1991. S.5.
Der Standard, 6.7.1991. S.5.

[1855] Vgl. Der Standard, 13.7.1991. S.1.
Die Presse, 17.7.1991. S.1.

[1856] Vgl. Der Standard, 28.8.1991. S.5.

[1857] Vgl. Die Presse, 3.9.1991. S.1.

[1858] Vom Außenministerium wurden die Namen Deutschland, Dänemark, Italien, Luxemburg, Portugal und Island kolportiert, aber nicht vom Außenminister offiziell bestätigt.

[1859] Vgl. Der Standard, 3.9.1991. S.1.

[1860] Vgl. Der Standard, 4.9.1991. S.1.
Die Presse, 4.9.1991. S.1.

[1861] Vgl. Der Standard, 7.9.1991. S.7.
Der Standard, 9.9.1991. S.1.
Die Presse, 9.9.1991. S.1f.
Die Presse, 11.9.1991. S.1.

[1862] Vgl. Der Standard, 18.9.1991. S.6.

> Serbien hat Österreich bereits da und dort bezichtigt, an den Kampfhandlungen indirekt schuldig zu sein. Wir weisen diesen Vorwurf selbstverständlich energisch von uns, aber wir können nicht sicher sein, daß durch eine einseitige Anerkennung der Einsatz militärischer Gewalt nicht verstärkt, anstatt verringert wird. [...] Es ist in der derzeitigen Situation – zu betonen ist: die derzeitige Situation – nicht damit zu rechnen, daß ein solcher Schritt von irgendeinem anderen europäischen Land mitvollzogen würde."[1863]

Außenminister Mock begründete sein Drängen auf sofortige Anerkennung:

> „Zum einen entspräche eine Anerkennung dem demokratisch zum Ausdruck gebrachten Willen der Bevölkerung Kroatiens und Sloweniens. Zum anderen trüge ein solcher Schritt der realen Situation Rechnung. Gerade durch das Blutvergießen der letzten Monate und die dadurch neu aufgerissenen Gräben zwischen den Völkern Jugoslawiens hat der Prozeß der Desintegration des Landes eine solche Dynamik erreicht, daß er nicht mehr aufgehalten werden kann. Die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens liegt auch im Interesse der anderen Republiken Jugoslawiens, damit dort eine Chance besteht, nach einer Reform ein neues Jugoslawien zu schaffen und aufzubauen. Je früher die internationale Gemeinschaft diesen Realitäten Rechnung trägt, desto eher kann dieser Prozeß beginnen.
>
> Weiters stellt die Anerkennung einen Hebel zur stärkeren Internationalisierung der Krise dar. Der Konflikt zwischen den Völkern Jugoslawiens könnte nicht mehr als innerstaatliche Angelegenheit qualifiziert werden.
>
> Damit wären günstige Voraussetzungen für die direkte Einschaltung weiterer internationaler Mechanismen des Krisenmanagements geschaffen."[1864]

Die Parteispitze der ÖVP musste einiges an Überredungskunst aufbieten, um die eigenen Mandatare davon abzuhalten, zwei Oppositionsanträgen (einer von der FPÖ, einer von den Grünen) auf sofortige Anerkennung zuzustimmen und der Koalitionsdisziplin Genüge zu tun. Der ÖVP-Abgeordnete Bruckmann erklärte die offizielle Linie der Partei folgendermaßen:

> „Eine allfällige knappe parlamentarische Mehrheit gegen die stärkste Partei könnte sich in Westeuropa und den USA aber negativ auswirken, insbesondere da diese formal die Bundesregierung nicht bindet. – Daher die Politik der ÖVP, den Koalitionspartner von der Richtigkeit der Anerkennung zu überzeugen, im Sinne der Entschließung des Außenpolitischen Rates vom 26. August, daß die Anerkennung von der Bundesregierung beschlossen werden solle, um dann gemeinsam mit anderen Ländern durchgeführt zu werden. Zu meiner Erschütterung muß ich sagen, daß eine allfällige schwache parlamentarische Mehrheit am heutigen Tag daher auch für Kroatien aller Voraussicht nach dann negative Folgen hätte, wenn sie Europa nicht überzeugt."[1865]

Zwei ÖVP-Abgeordnete[1866] stimmten bei der namentlichen Abstimmung dennoch mit der Opposition, die restlichen, der Regierungsvorlage zustimmenden ÖVP-Politiker mussten sich die Häme der Opposition gefallen lassen.[1867]

[1863] Vranitzky, Franz. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 38/NRSITZ (XVIII. GP). S.3732.
[1864] Mock, Alois. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 38/NRSITZ (XVIII. GP). S.3736.
[1865] Bruckmann, Gerhart. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 38/NRSITZ (XVIII. GP). S.3788.
[1866] Das waren die Kärntner Abgeordneten Hubert Pirker und Edeltraud Gatterer.
[1867] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 38/NRSITZ (XVIII. GP). S.3730-3797.
Der Standard, 18.9.1991. S.6.
Die Presse, 18.9.1991. S.1.

Die Fronten blieben in der folgenden Zeit unverändert. Dabei war immer klar, dass die Anerkennung früher oder später erfolgen würde, die Frage war nur, ob sie sofort oder erst gemeinsam mit anderen Staaten beschlossen würde. Durch einen offiziellen Ministerratsbeschluss machte sich die Gesamtregierung gegen den Widerstand der Volkspartei die Linie der SPÖ zu eigen.[1868] Das war für den kleinen Koalitionspartner die maximal erreichbare Variante.

Eine neue Spielart der Konfliktaustragung wurde mit der Diskussion gefunden, ob Außenminister Mock mit seinen Erklärungen vor dem Ministerrat und dem Parlament nicht bereits eine völkerrechtliche Anerkennung durch Österreich durchgeführt hatte. Die Worte „prinzipielle Anerkennung ist eine feststehende Tatsache" durch den Außenminister konnten in diese Richtung interpretiert werden, da er laut internationalen Bestimmungen die Befugnis dafür gehabt hätte. Aus Sicht der SPÖ war dieser Schritt nach österreichischem Recht allerdings nur mit der Zustimmung der Gesamtregierung rechtskräftig.[1869]

Am 17. Dezember erklärte der Außenminister, dass die Anerkennung am 15. Jänner erfolgen werde und bestätigte die Zustimmung des Bundeskanzlers.[1870] Dieser widersprach jedoch prompt der Darstellung und verwies auf die hinlänglich bekannte Linie seiner Partei.[1871]

Ihre Übereinstimmung mit der Opposition machte der ÖVP in dieser Frage das Leben besonders schwer, winkte doch eine klare Mehrheit im Parlament, die man aus Koalitionsdisziplin nicht annehmen konnte. Man musste sogar *(vgl. oben)* gegen Beschlüsse stimmen, die mit der eigenen Überzeugung vollkommen identisch waren. Dieses Dilemma brachte ÖVP-Obmann Busek sogar dazu, mit einer schwarz-blauen Koalition zu drohen. Die SPÖ zeigte sich davon aber wenig bis gar nicht beeindruckt.[1872]

Die ÖVP lehnte aus Protest gegen die Linie der SPÖ die Anerkennung von neuen Republiken auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR ab und junktimierte diese offiziell mit der Jugoslawienfrage, was wiederum bei der SPÖ auf Unverständnis stieß.[1873]

Das Finale des Konflikts fand am 14. und 15. Jänner 1992 statt. Für diese Tage wurde der Bericht der EG-Juristenkommission erwartet, der eine Empfehlung über die (Nicht-) Anerkennung von Slowenien und Kroatien abgeben sollte. Bei der traditionell am Dienstag stattfindenden Ministerratssitzung wollten die ÖVP-Minister abermals eine sofortige

[1868] Vgl. Die Presse, 11.12.1991. S.1.
[1869] Vgl. Die Presse, 19.12.1991. S.2.
Die Presse, 20.12.1991. S.2.
[1870] Vgl. Der Standard, 18.12.1991. S.6.
[1871] Vgl. Der Standard, 19.12.1991. S.6.
[1872] Vgl. Die Presse, 21.12.1991. S.5.
[1873] Vgl. Die Presse, 9.1.1992. S.1.
Der Standard, 9.1.1992. S.1.

Anerkennung erreichen (mittlerweile hatten vier Staaten diese vollzogen, von vier weiteren wurde dasselbe Vorgehen stündlich erwartet), was wiederum von der SPÖ blockiert wurde, da sie noch auf besagten Bericht warten wollte. Daraufhin beantragte Vizekanzler Busek die Unterbrechung des Ministerrates bis zur Veröffentlichung des Berichts.[1874] Am nächsten Tag beschloss der Ministerrat schließlich die Anerkennung der beiden Staaten, nachdem diese von einigen europäischen Staaten bereits vollzogen worden war.[1875]

Ein weiteres Mal wurde Jugoslawien – oder das, was davon übrig geblieben war – zu einem Koalitionsthema. Als der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina[1876] immer brutaler und die Existenz von Konzentrationslagern bekannt wurde, begann die internationale Staatengemeinschaft über Hilfsmöglichkeiten für die unterdrückten Bevölkerungsteile zu diskutieren. Die ÖVP unter Federführung ihres Außenministers Mock forderte eine militärische Intervention durch internationale Truppen. Als diese Forderung von der SPÖ kritisiert wurde, verlangte der Außenminister zumindest eine Aufhebung des Waffenembargos gegen die umkämpfte Republik. Doch auch diesen Vorstoß lehnte die SPÖ ab.[1877] Einen entsprechenden Vorstoß der USA im Jahr 1995 unterstützte Mock, was ihm genauso die Kritik der SPÖ einbrachte wie seine Empfehlung an das Parlament, die Kontakte mit Restjugoslawien zu beschränken. Diese Aussage nahm er allerdings mit dem Ausdruck des Bedauerns wieder zurück.[1878]
Die SPÖ[1879] widersprach auch der Ankündigung von Verteidigungsminister Fasslabend (ÖVP) im Jahr 1992, bei Hilfs- oder Militäraktionen der UNO Landerechte zu gewähren, die militärische Sicherung von Lagern zu übernehmen oder eine logistische Basis bereitzustellen.[1880]
In seinen politischen Erinnerungen beschrieb Vranitzky seine Sicht des Konflikts folgendermaßen:

> „Da es sich aber sehr bald herausstellte, daß die nichtserbische Seite, im wesentlichen also die Kroaten, später im Kosovo die Albaner, gegen serbische Minderheiten nicht weniger radikal und grausam vorgingen als die Serben im umgekehrten Fall, entschloß ich mich, mich der einseitigen Verurteilung und Verdammung zu enthalten, die generelle Einstellung des Wahnsinns zu verlangen und die politische Grundlinie der österrei-

[1874] Vgl. Die Presse, 15.1.1992. S.1.
Der Standard, 15.1.1992. S.5.
[1875] Vgl. Die Presse, 16.1.1992. S.1.
Der Standard, 16.1.1992. S.1.
[1876] Bosnien-Herzegowina bisher Teilrepublik Jugoslawiens, hatte 1991 seine Unabhängigkeit erklärt. Daraufhin marschierten die serbisch dominierten jugoslawischen Truppen ein, um diesen Schritt zu verhindern. Es kam zu einem Bürgerkrieg, der bis zum März 1994 dauerte.
[1877] Vgl. Die Presse, 7.8.1992. S.1.
[1878] Vgl. Die Presse, 17.3.1995. S.6.
[1879] Von den maßgebenden SPÖ-Politikern unterstützte nur Staatssekretär Peter Kostelka die ÖVP-Linie.
[1880] Vgl. Die Presse, 19.8.1992. S.1.

chischen Bundesregierung aus so zu definieren. In individuellen Stellungnahmen als Parteichef ging Mock einen anderen Weg. Sein einziger Ziel- und Angriffspunkt war Belgrad, für ihn Inbegriff des zu bekämpfenden Kommunismus.

[...]

Nur die breite Anerkennung bewirkte diesen Vorgang [Abflauen und Beendigung der Kämpfe, Anm. des Autors]; der ‚Vorreiter' Österreich allein hätte dieses Ergebnis nicht zuwege gebracht."[1881]

Alois Mock beurteilte die Politik Vranitzkys rückblickend als Ausdruck einer Grundhaltung:

„Offensichtlich war der SPÖ-Vorsitzende eher der Meinung, man müsse sich aus dem Konflikt heraushalten, das ginge uns nichts an, man könne sich nur die Finger verbrennen. Sicher kommt auch hinzu, daß für die Sozialisten noch immer lange Zeit ein gewisses Naheverhältnis zum marxistischen Regime in Belgrad bestand..."[1882]

12.7 Somalia-Einsatz

Im Zuge der Somaliakrise[1883] forderte die ÖVP im Oktober 1992 die Teilnahme Österreichs an der UNO-Mission zur Friedenschaffung in diesem Land. Außenminister Mock hob vor allem die humanitäre Katastrophe hervor, bei deren Bekämpfung man aus seiner Sicht teilnehmen musste. Seiner Meinung nach war das offizielle Ansuchen der UNO um Teilnahme von 750 österreichischen Blauhelmen Grund genug für deren Entsendung. Bei Zurückweisung des Ansuchens befürchtete die ÖVP internationale Verstimmungen. Die SPÖ unter Bundeskanzler Vranitzky widersprach dieser Ansicht.[1884] Am 16. Oktober 1992 sprach er sein endgültiges Veto gegen die Entsendung aus. Die Ablehnung der SPÖ erfolgte mit der Begründung, die österreichischen Soldaten hätten nicht die notwendige Ausbildung und die technische Ausrüstung, weswegen der Einsatz zu gefährlich geworden wäre.[1885] Vor allem ÖVP-Obmann Busek kritisierte Vranitzky daraufhin scharf.[1886]

[1881] Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen. S.355ff.
[1882] Mock, Alois: Das Balkan-Dossier. S.144f.
[1883] In dem afrikanischen Land hatte ein lange schwelender Konflikt die Ausmaße eines Bürgerkrieges erreicht. Regierungstruppen kämpften gegen die Opposition, die wiederum zerstritten waren. Die UNO entschied sich schließlich im Jahr 1992 unter Führung der USA zu einer Friedensmission.
[1884] Vgl. Die Presse, 15.10.1992. S.1f.
[1885] Vgl. Die Presse, 16.10.1992. S.2.
[1886] Vgl. Die Presse, 31.12.1992. S.1.

14 Verteidigungspolitik

14.1 Organisation

Die Diskussion über die Organisation des österreichischen Bundesheeres begann gegen Ende der ersten Legislaturperiode der großen Koalition. Den Stein ins Rollen brachte die Sozialistische Jugend (SJ), die ein Reformkonzept unter dem Stichwort „Bundesheer light" ausgearbeitet hatte. Die darin enthaltenen Vorschläge wurden zwar in der sicherheitspolitischen Kommission der SPÖ diskutiert und weitgehend akzeptiert, dennoch erlangten sie niemals die Stellung eines offiziellen Sicherheitsprogramms der SPÖ.[1887] Die ÖVP reagierte praktisch nicht auf das Reform-Papier. Lediglich der Wehrsprecher Dr. Felix Ermacora fällte ein vernichtendes Urteil über die Vorschläge:

> „Nun aber geht es darum, dieses mühsam aufgebaute Milizheer in ein schwaches Heer umzuwandeln. Etwas, was immer Ziel österreichischer sozialdemokratischer Wehrpolitik gewesen ist."[1888]

In seinem Buch „Politische Erinnerung", das er nach seiner politischen Karriere verfasste, bestätigte der damalige Bundeskanzler Vranitzky indirekt diese Einschätzung:

> „Die schrecklichen bewaffneten Auseinandersetzungen des Jahres 1934, bei denen die uniformierte Staatsmacht – Heer und Polizei – Gemeinsamkeit (es schossen Österreicher auf Österreicher) und Gefühl eklatant vermissen ließ, verstärkten ein verständliches Trauma der Sozialdemokraten, das schon 1927 beim rücksichtlosen Vorgehen der Polizei beim Justizpalastbrand entstanden war. Traumata und Ressentiments pflanzen sich über Generationen fort. Trotzdem konnte ich die Aversion meiner Partei gegenüber dem Österreichischen Bundesheer nach dem Zweiten Weltkrieg nicht teilen."[1889]

Innerhalb der SPÖ war die Diskussion damit eröffnet. Die Richtung, in die es gehen sollte, bekam in der Diskussion den Namen, unter dem schon das SJ-Konzept bekannt geworden war: „Bundesheer light". Die sogenannte Munitionsaffäre *(vgl. Kap. 20.10 Die Munitionsaffäre)* ließ auch die anderen Parteien in die Diskussion einsteigen. Bald sprachen sich alle für eine Reform der Landesverteidigung aus.[1890]

Noch bevor die SPÖ ihre Vorschläge unterbreitete, machte Verteidigungsminister Lichal (ÖVP) im Jänner 1990 eine überraschende Wende, indem er die baldige Einführung der Fünf-Tage-Woche für Soldaten ankündigte,[1891] ein Vorhaben, das von der SPÖ schon mehrmals urgiert, von ihm bis dato jedoch strikt abgelehnt worden war.[1892]

[1887] Vgl. Schifferl, Harald: Die Wehrpolitik der großen Koalition. S.69.
[1888] Vgl. Ermacora, Felix: „Bundesheer light" vom wehrpolitischen Standpunkt. S.381.
[1889] Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen. S.31.
[1890] Vgl. Der Standard, 9.1.1990. S.1.
Standard, 10.1.1990. S.5.
[1891] Vgl. Der Standard, 23.1.1990. S.7.

In der aktuellen Stunde mit dem Thema „Zur Notwendigkeit von Reformen in der österreichischen Landesverteidigung“ ritt vor allem der SPÖ-Abgeordnete Peter Marizzi scharfe Attacken gegen Minister Lichal:

> „Die Krise kommt von innen und von oben, meine sehr geehrten Damen und Herren. [...] Abgesehen vom Munitionsskandal, abgesehen von den Voruntersuchungen, die Sie sich selbst mit den Richtern ausmachen müssen, abgesehen von den skandalösen Zuständen in unseren Kasernen, die teilweise noch aus der k.u.k. – und aus der Hitler-Zeit stammen, abgesehen von den Leerläufen, abgesehen von den Wartezeiten, abgesehen von den Fehlplanungen, abgesehen von et cetera et cetera...“[1893]

Der ÖVP-Abgeordnete Karas (ÖVP) verwies im Gegenzug auf die Reformen, die Verteidigungsminister Lichal in den drei Jahren seiner Tätigkeit durchgesetzt hatte und machte für die von Marizzi aufgezählten Missstände die SPÖ- und FPÖ-Verteidigungsminister der Jahre zuvor verantwortlich.[1894]

Nur wenige Tage später präsentierten die beiden Zentralsekretäre der SPÖ Josef Cap und Peter Marizzi ein Zehn-Punkte-Programm für die Reform der Landesverteidigung mit dem Titel „Bundesheer neu“:

- neuer Auftrag für das Bundesheer (Sicherung der Grenzen, regionale Objektsicherung, Umwelthilfs- und Katastrophenschutz, Beteiligung an UN-Friedenseinsätzen)
- Reduktion der Mobilmachungsstärke auf 150.000 Mann
- moderne und effiziente Bewaffnung und Ausrüstung für Umwelt- und Katastrophenschutz
- Abbau des Verwaltungsapparates um mindestens die Hälfte, Dezentralisierung, Privatisierung von Dienstleistungen
- Verkürzung der Wehrdienstzeit auf vier Monate Grundwehrdienst und zwei Monate Truppenübungen; Reduktion der Systemerhalter-Posten
- Neugestaltung der Allgemeinen Dienstvorschrift, Verbesserung der Unterkünfte („zeitgemäß“, „menschenwürdig“)
- bessere Bezahlung der Präsenzdiener
- Stärkung des Milizgedankens (Öffnung des Generalstabdienstes für die Miliz), wechselseitige Anrechnung von zivilen und militärischen Qualifikationen
- Auflösung der militärischen Nachrichtendienste
- Abschaffung der Gewissensprüfung für Wehrdienstverweigerer

Die Presse, 24.1.1990. S.5.

[1892] Vgl. Der Standard, 31.7.1989. S.1.
Die Presse, 19.1.1990. S.5.

[1893] Marizzi, Peter. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 129/NRSITZ (XVII. GP). S.15209.

[1894] Vgl. Karas, Othmar. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 129/NRSITZ (XVII. GP). S.15210.

Marizzi führte als Argumente für dieses „BH-light“ die positiven sicherheitspolitischen Entwicklungen in Europa an und sprach dem Bundesheer die alleinige Verantwortung für die Landesverteidigung ab, indem er diese zu einer gesellschaftspolitischen Aufgabe in allen Bereichen erklärte.[1895]

Das war der offizielle Startschuss für die Heeresreform-Diskussion. Innerhalb der SPÖ kursierte jedoch eine Art Gegenvorschlag, den Minister Harald Ettl[1896] gemeinsam mit Offizieren des Bundesheeres erarbeitet hatte. Im Großen und Ganzen waren die Vorlagen kompatibel. Lediglich in drei Punkten wichen sie von einander ab: Das Ettl-Papier lehnte eine Verkürzung der Wehrdienstzeit, die Abschaffung der Zivildienstkommission und die der Nachrichtendienste ab. Innerhalb der SPÖ setzte sich jedoch die Marizzi-Cap-Linie durch.[1897]

Auch in der ÖVP musste zunächst die Parteilinie geklärt werden. Hier gab es sogar Stimmen, die sich für einen langfristigen Umstieg auf ein Berufsheer aussprachen.[1898] Schon vor der offiziellen Präsentation der ÖVP-Vorstellungen am 5. März 1990[1899] wurden die wichtigsten Punkte daraus veröffentlicht.[1900]

Die Endfassung enthielt im Wesentlichen folgende Forderungen:

- Reduktion der derzeit vorgesehenen Ausbaustufe von 300.000 auf 200.000 Mann
- verstärkte Sicherungseinsätze an der Grenze
- Bereitstellung von Truppen für internationale Katastrophenhilfe und Sicherungseinsätze
- Reduktion der Systemerhalter um 50 Prozent
- selbe Anzahl von Tagen in Grundwehrdienst und Truppenübungen für alle Grundwehrdiener
- 1170 Stunden Ausbildung und 8 Wochen Truppenübungen als Mindesterfordernis für Sinnhaftigkeit, sonst Berufsheer nach vorheriger Volksabstimmung
- Dezentralisierung der militärischen Führung
- verbesserte Ausrüstung (vor allem Lenkwaffen, Schützenpanzer, Hubschrauber)

[1895] Vgl. Marizzi, Peter: Braucht Österreich ein Bundesheer? S.399f.

[1896] Harald Ettl war als Bundesminister im Bundeskanzleramt für Öffentlichen Dienst, Verfassungsrecht und Gesundheitspolitik und damit auch für Fragen des nationalen Krisenmanagements zuständig.

[1897] Vgl. Schifferl, Harald: Die Wehrpolitik der großen Koalition. S.71ff.
Die Presse, 20.2.1990. S.1.

[1898] Vgl. Die Presse, 21.2.1990. S.1.

[1899] Vgl. Die Presse, 6.3.1990. S.1.

[1900] Vgl. Die Presse, 24.2.1990. S.5.

- Abschaffung der Zivildienstkommission, aber Zivildienst muss Wehrersatzdienst bleiben
- moderne Bewaffnung

Beiden Konzepten gemein war die Einschätzung, dass sich das Gefahrenpotential für Österreich von einem Konflikt der Großmächte ausgehend zu regionaleren Krisenszenarien hinbewegt hatte.[1901] Beim Vergleich der Forderungen fällt auch in vielen Gebieten eine durchwegs große Ähnlichkeit der Vorstellungen auf.

Nach der parteiinternen Klärung der Standpunkte stellten die Koalitionsparteien ein Sechserteam[1902] auf, das die Reform verhandeln sollte. Als einer der kontroversesten Punkte stellte sich rasch die Länge des Grundwehrdienstes heraus. Die ÖVP legte sich auf eine Ausbildungszeit von 1170 Stunden fest, was bei einer 45-Stunden-Woche 6 Monaten entsprach. Dazu wären noch Truppenübungen gekommen. Eine Verkürzung der Grundwehrzeit wäre nach diesen Vorstellungen nur bei einer Verlängerung der täglichen Ausbildungszeit möglich gewesen. Für den Fall, dass die SPÖ diesem Standpunkt nicht zustimmen konnte, bot der kleine Koalitionspartner eine Alternativvariante an: den Umstieg auf ein Berufsheer nach einer diesbezüglich positiven Volksabstimmung. Diese Variante lehnte der Koalitionspartner mit Hinweis auf die Ereignisse im Februar 1934 ab.[1903]

Für die SPÖ erklärte Bundeskanzler Vranitzky die Forderung nach Wehrdienstverkürzung als unabdingbar, wobei dies seiner Meinung nach durch bessere Organisation und Streichung von Leerläufen ohne Qualitätsverlust erreichbar gewesen wäre.[1904] Damit eng verbunden war auch die Frage nach dem Wesen des Zivildienstes. Sollte er ein Ersatzdienst bleiben – wie von der ÖVP verlangt – oder eine gleichwertige Alternative werden – wie von der SPÖ gefordert? *(vgl. Kap. 15.1 Zivildienst)*[1905]

Die im Herbst des Jahres anstehende Nationalratswahl brachte einen gewissen Zeitdruck mit sich, da keine der beiden Parteien während des Intensivwahlkampfes einen substantiellen Fortschritt in den heiklen Fragen erwartete. In den nächsten Wochen beschränkte sich die öffentliche Diskussion auf die Frage nach der Dauer des Grundwehrdienstes und

---

[1901] Vgl. Schifferl, Harald: Die Wehrpolitik der großen Koalition. S.74ff.
Der Standard, 17.2.1990. S.5.
Die Presse, 17.2.1990. S.5.

[1902] Für die SPÖ waren darin Wehrsprecher Roppert, Zentralsekretär Marizzi und Kanzleramtsminister Ettl, für die ÖVP Verteidigungsminister Lichal, Generalsekretär Kukacka und Wehrsprecher Ermacora vertreten.

[1903] Vgl. Der Standard, 19.2.1990. S.1.

[1904] Vgl. Die Presse, 7.3.1990. S.5.

[1905] Vgl. Der Standard, 19.2.1990. S.1.
Der Standard, 21.2.1990. S.6.

auf das Austauschen der alten Argumente.[1906] Einen Schritt in Richtung Kompromiss machte die SPÖ mit dem Angebot, den Wehrdienst auf 4,5 Monate zu verkürzen. Die ÖVP veränderte ihren Standpunkt hingegen nicht.[1907] Daraufhin eröffnete die SPÖ eine neue Front im Konflikt um die Dienstzeit. Sie verhinderte zunächst die von Verteidigungsminister Lichal geplante und von ihr selbst ursprünglich geforderte 5-Tage-Woche für Präsenzdiener, indem sie den entsprechenden Punkt von der Tagesordnung des Ministerrates nehmen ließ. Sie warf der ÖVP, insbesondere ihrem Verteidigungsminister, vor, durch die Einführung einer verringerten Wochen-Dienstzeit die Verkürzung der Wehrdienstzeit verhindern zu wollen. Den Vorschlag von Bundeskanzler Vranitzky, die Fünf-Tage-Woche gemeinsam mit der verkürzten Präsenzdienstzeit zu beschließen, lehnte die ÖVP als unzulässige Verbindung von nicht zusammenhängenden Themen ab.[1908] Mit dem Scheitern der Verhandlungen am 5. Juli war klar, dass vor der kommenden Nationalratswahl aus zeitlichen Gründen (Sommerpause des Nationalrates) kein Beschluss einer Heeresreform mehr möglich war.[1909] Nur wenige Wochen vor der Nationalratswahl setzte Verteidigungsminister Lichal einen Pilotversuch der Fünf-Tage-Woche durch, der in fünf Kasernen durchgeführt wurde.[1910]

Empörte Ablehnung bei Frauenstaatssekretärin Johanna Dohnal (SPÖ) erzeugte die Überlegung von Familienministerin Marlies Flemming (ÖVP), nach einer diesbezüglichen Volksabstimmung auch Frauen zum Wehrdienst einzuziehen. Flemming distanzierte sich rasch selbst von der Idee, wollte aber weiter eine Diskussion darüber führen. Ihren Aussagen nach strebte sie eher einen freiwilligen nichtmilitärischen Einsatz im Katastrophenschutz an. Der Verteidigungsminister wollte Überlegungen maximal in Richtung eines freiwilligen Einsatzes im Bundesheer anstrengen.[1911]

[1906] Vgl. Die Presse, 30.5.1990. S.5.
Die Presse, 31.5.1990. S.5.
[1907] Vgl. Die Presse, 1.6.1990. S.1.
Der Standard, 1.6.1990. S.7.
Die Presse, 2.6.1990. S.1.
Der Standard, 2.6.1990. S.5.
Die Presse, 15.6.1990. S.5.
[1908] Vgl. Der Standard, 27.6.1990. S.6.
Die Presse, 30.6.1990. S.5.
Die Presse, 3.7.1990. S.1.
Die Presse, 4.7.1990. S.1.
Der Standard, 4.7.1990. S.5.
[1909] Vgl. Die Presse, 6.7.1990. S.1.
Der Standard, 6.7.1990. S.8.
[1910] Vgl. Die Presse, 28.8.1990. S.5.
Der Standard, 28.8.1990. S.5.
[1911] Vgl. Die Presse, 10.7.1990. S.1.
Der Standard, 10.7.1990. S.5.

Zwischen Finanzminister Ferdinand Lacina (SPÖ) und Verteidigungsminister Lichal (ÖVP) entzündete sich ein Kompetenzstreit an einer von Letzterem geplanten Werbeaktion für das Bundesheer. Die dafür veranschlagten 18 Millionen Schilling wollte er aus dem Heeresbudget aufwenden und sah keine Notwendigkeit, die Zustimmung des Finanzministers dafür einzuholen. Er begründete die Aktion mit dem stark zurückgegangenen Interesse für das Berufssoldatentum. Der Finanzminister wiederum bezeichnete dieses Vorgehen als gesetzeswidrig und sprach sich generell gegen eine solche Werbeaktion aus. Das Verteidigungsministerium führte die Kampagne dennoch durch.[1912]

Im Wahlkampf vertraten beide Parteien die bekannten Standpunkte. Nach den Wahlen herrschte zunächst Ruhe um die Reform des Bundesheeres. Ein kurzes Geplänkel gab es lediglich im Sommer 1991 nach einem Vorstoß von Verteidigungsminister Fasslabend. Er wollte im Zuge der Diskussion über die Beteiligung Österreichs an einem europäischen Sicherheitssystem *(vgl. Kap. 14.3 Militärbündnisse)* den Umstieg auf ein Berufsheer nicht ausschließen. Die SPÖ, allen voran Bundeskanzler Vranitzky und Frauenministerin Dohnal, lehnten diese Überlegungen als langfristig irrelevant ab.[1913]
Während der nächsten Jahre gingen die Verhandlungen ohne größere öffentliche Auseinandersetzungen weiter. Nur selten nahmen Protagonisten der beiden Parteien Stellung zu wehrpolitischen Themen. Im Februar 1992 sprach sich die SPÖ gegen eine von ÖVP-Seite geplante Erweiterung des „Acht-Monate-Durchdienens“ aus, da sie dadurch eine Schwächung des von ihr verteidigten Milizheeres erkannte.[1914] Über eine finanzielle Besserstellung von Grundwehrdienern (von 80 auf 110 Schilling erhöhtes Taggeld für Einsätze) und Zeitsoldaten (Anerkennungsprämien für besondere Leistungen und erhöhte Einsatzvergütung) konnte man sich ohne Diskussionen im Mai 1992 einigen.[1915]
Gleich einem Strohfeuer flammte die Berufsheerdiskussion im Jänner 1994 auf und erlosch nach nicht einmal einer Woche wieder. Anlass war die Aussage von ÖVP-Vizekanzler Busek, dass man eine Diskussion über die Umwandlung führen müsse, da der Trend in Richtung stärkerer Professionalisierung ginge. Dabei assistierte ihm Verteidigungsminister Fasslabend. Die SPÖ lehnte dieses Ansinnen jedoch mit dem Argument von wesentlich höheren Kosten sofort ab. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Cap äußerte auch

[1912] Vgl. Die Presse, 10.7.1990. S.5.
Der Standard, 10.7.1990. S.5.
[1913] Vgl. Die Presse, 14.8.1991. S.1.
Die Presse, 16.8.1991. S.1.
Die Presse, 14.9.1991. S.6.
[1914] Vgl. Der Standard, 8.2.1992. S.6.
Der Standard, 17.2.1992. S.6.
[1915] Vgl. Der Standard, 7.5.1992. S.6.

die Vermutung, der Vorschlag könnte ein Näherrücken der ÖVP an die FPÖ signalisieren, die bereits seit längerer Zeit ein Berufsheer forderte.[1916] Gelegentlich wurden auch noch zu späteren Zeitpunkten die Standpunkte in dieser Frage wiederholt. Zu einer wirklichen Diskussion darüber kam es allerdings nicht.[1917]

Bei den nach der Nationalratswahl im Oktober 1994 stattfindenden Koalitionsverhandlungen diskutierten die Teilnehmer die Möglichkeit eines freiwilligen Dienstes von Frauen beim Heer. Zunächst schien es, als könnte rasch das Einvernehmen über die positive Erledigung dieses Themas erzielt werden.[1918] Frauenministerin Dohnal verhinderte jedoch die Aufnahme eines entsprechenden Passus in das Koalitionsabkommen. Vereinbart wurde nur die Erstellung eines Berichts über Frauen im Heer.[1919] Auch einen neuerlichen Vorstoß der ÖVP im Juli 1995 wehrte die SPÖ ab.[1920] 1996 konnte in der SPÖ nach weiterem Drängen des Verteidigungsministers erstmals die Bereitschaft geortet werden, Frauen den Zugang zum Bundesheer zu ermöglichen. Frauenministerin Konrad zeigte zwar keinerlei Enthusiasmus für das Thema, formulierte aber folgende Bedingungen für eine Zustimmung:

- Festschreibung der Freiwilligkeit in der Verfassung
- uneingeschränkter Zugang zu allen Verwendungsmöglichkeiten
- Schutz vor sexueller Diskriminierung
- keine zusätzlichen Kosten[1921]

Eine Einigung im Sinne der ÖVP schien im Februar 1997 bereits in Sicht. Frauenministerin Prammer (SPÖ) sah nach den Vorbereitungen von Verteidigungsminister Fasslabend alle Bedingungen erfüllt und kündigte ihre Zustimmung an, nicht jedoch ohne ihre Abneigung gegenüber einer Regelung für Frauen im Heer kundzutun.[1922] Doch obwohl der Ministerrat (also auch die betreffende Ministerin) am 3. April zustimmte, bremste die Frauenministerin nach Vorliegen der exakten Gesetzesänderungen wieder. Dabei ging es eher um technische Fragen, wie um die Teilnahme an Nachtübungen, Dienstverpflich-

[1916] Vgl. Die Presse, 18.1.1994. S.1, 6.
Der Standard, 18.1.1994. S.6.
Die Presse, 19.1.1994. S.6.
Der Standard, 19.1.1994. S.6.
[1917] Vgl. Die Presse, 24.6.1994. S.7.
Die Presse, 3.9.1994. S.7.
Die Presse, 20.2.1997. S.7.
[1918] Vgl. Die Presse, 12.11.1994. S.6.
[1919] Vgl. Der Standard, 29.12.1994. S.6.
[1920] Vgl. Die Presse, 7.7.1995. S.6.
[1921] Vgl. Der Standard, 11.3.1996. S.6.
Der Standard, 12.3.1996. S.5.
Die Presse, 17.7.1996. S.6.
[1922] Vgl. Die Presse, 26.2.1997. S.8.
Die Presse, 27.3.1997. S.1, 7.

tung auf längere Zeit und die Übernahme nach der Ausbildung.[1923] Ihre endgültige Zustimmung gab die Frauenministerin schließlich in der Ministerratssitzung am 4. November 1997.[1924] Die entsprechenden Gesetze beschloss der Nationalrat am 11. Dezember, womit Frauen ab 1. Jänner 1998 zum Bundesheer durften.[1925]

Zu einem neuerlichen Aufflackern der Berufsheerdiskussion kam es im Sommer 1997. Diesmal startete Nationalratspräsident und SPÖ-Vizeobmann Fischer die Diskussion, als er erklärte, ein Berufsheer nicht gänzlich ausschließen zu wollen, da man aufhören müsse, diese Frage aus der Perspektive von 1934 zu betrachten.[1926] Die ÖVP begrüßte den Vorstoß, doch kamen von der SPÖ auch gleich wieder relativierende Aussagen, die auf einen erwarteten finanziellen Mehraufwand hinwiesen. Die SPÖ setzte daraufhin eine interne Arbeitsgruppe ein, die sich mit dem Thema beschäftigen sollte.[1927] Aus allen Teilorganisationen kamen sowohl positive als auch negative Wortmeldungen, womit eine einheitliche Linie nicht erkennbar war.[1928] ÖVP-Klubobmann Khol brachte einen verpflichtenden Sozialdienst für Männer für den Fall eines Umstieges auf ein Berufsheer ins Spiel.[1929]

Im Jänner 1998 verlagerte sich die Heeresreformdiskussion wieder auf die Frage der Finanzierung. SPÖ-Wehrsprecher Gaal forderte aus Spargründen eine Halbierung der Kriegsstärke auf 60.000 Mann plus 20 Prozent Mobilisierungsreserve. Verteidigungsminister Fasslabend hingegen sah eine Gesamtstärke von 110.000 Mann als Minimum an und sprach sich auch gegen die Reduktion der Militärkommanden aus. Bei den Korpskommanden sah er eine Verringerung auf zwei als genügend an, während die SPÖ nur ein einziges belassen wollte.[1930] (Dabei handelte es sich keineswegs um neue Standpunkte[1931]) Auch die beiden Parteiobmänner und der Klubobmann der SPÖ schalteten sich in die Diskussion ein, wobei sie den jeweiligen Parteifreunden sekundierten.[1932] Eine erste Annäherung gelang am 21. Jänner, als Bundeskanzler Klima der ursprünglich von seiner

[1923] Vgl. Die Presse, 13.9.1997. S.6.
Die Presse, 30.9.1997. S.6.
[1924] Vgl. Die Presse, 5.11.1997. S.9.
[1925] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 104/NRSITZ (XX. GP). S.54-55.
[1926] Vgl. Der Standard, 28.7.1997. S.6.
[1927] Vgl. Der Standard, 29.7.1997. S.6.
[1928] Vgl. Der Standard, 30.7.1997. S.5.
Der Standard, 1.8.1997. S.6.
[1929] Vgl. Der Standard, 6.9.1997. S.6.
[1930] Vgl. Der Standard, 16.1.1998. S.1, 5.
[1931] Vgl. Der Standard, 20.10.1997. S.5.
[1932] Vgl. Die Presse, 17.1.1998. S.6.
Der Standard, 17.1.1998. S.5.

Partei geforderten Halbierung der Heeresstärke eine Absage erteilte und als großes Ziel die Effizienzsteigerung definierte. Seiner Meinung nach sollten 2.000 Planstellen reduziert werden. Vom Koalitionspartner kam prompt Lob für diese Aussagen.[1933] Die Anzahl der Berufssoldaten wurde aber kurz darauf wieder zum Streitpunkt mit denselben Vorzeichen: Der Verteidigungsminister wollte nun bis zum Jahr 2000 auch 2.000 Planstellen abbauen, die SPÖ erhöhte aber ihre Ziele und forderte, die anstehende „natürliche" Pensionierungswelle durch attraktive Angebote für Soldaten über dem 55. Lebensjahr zu verstärken und so 4.000 – 5.000 Stellen zu kürzen.[1934] In der Verhandlungsrunde vom 10. Februar konnte trotz der zunächst starr wirkenden Fronten eine Einigung erzielt werden. Die Heeresstärke wurde von (nie erreichten) 150.000 Mann auf 110.000 (92.000 plus Reserve) reduziert, die Planstellen in den folgenden zwei Jahren um 2.000 und die Anzahl der Korpskommanden von drei auf zwei verringert und außerdem Brigaden zusammengelegt. Die Umsetzung sollte sofort nach der Einigung beginnen. Keine Einigung gab es über die zu sperrenden Kasernen und die Zusammenlegung von Heeresausbildungseinrichtungen.[1935]

Ein kurzes Aufflammen der Berufsheerdiskussion gab es ausgelöst durch eine entsprechende Forderung von ÖVP-Klubobmann Khol am 2. und 3. Juni 1998 mit dem öffentlichen Austausch der bekannten Argumente.[1936]

Der nahende Nationalratswahlkampf gepaart mit den Wahlen zum europäischen Parlament brachte im Jahr 1999 wieder die Organisationsstrukturen des Bundesheeres in die politische Diskussion. Zunächst kritisierte die SPÖ die Arbeit des Verteidigungsministers. Daraufhin warf die ÖVP dem Koalitionspartner vor, für die Probleme des Heeres selbst verantwortlich zu sein, da er zur Zeit der Alleinregierung eine ausreichende finanzielle Ausstattung versäumt hatte und als Koalitionspartei eine solche verhinderte. Gleichzeitig forderte die ÖVP, dem Bundesheer nach der nächsten Wahl mehr Geld zur Verfügung zu stellen.[1937] Ein Jahr zuvor hatte Nationalratspräsident Fischer seine Meinung (wenn auch im Zusammenhang mit der NATO-Diskussion) und wohl auch bis zu einem gewissen Grad die Verteidigungspolitik der SPÖ beschrieben, als er meinte:

> „Ich bin überzeugt, daß eine Milliarde Dollar, die nicht für Rüstungszwecke ausgegeben wird (werden muß), sondern in Projekte zur Überwindung sozialer Gegensätze, zum Abbau nationaler Spannungen, zur Versorgung von Flüchtlingen, zur Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität und in vieles andere mehr inves-

[1933] Vgl. Der Standard, 21.1.1998.5.
[1934] Vgl. Die Presse, 28.1.1998. S.8.
[1935] Vgl. Die Presse, 11.2.1998. S.1.
[1936] Vgl. Die Presse, 3.6.1998. S.7.
Die Presse, 4.6.1998. S.7.
[1937] Vgl. Die Presse, 17.4.1999. S.8.
Die Presse, 26.4.1999. S.1.

> tiert werden kann, mehr zur Friedenssicherung und zur Erhaltung der Stabilität in Europa beiträgt als die Verwendung eines gleich hohen Betrages zur Modernisierung militärischer Infrastruktur.“[1938]

Im Juni kam es erneut zu einer Diskussion über ein Berufsheer. In beiden Koalitionsparteien gab es sowohl ablehnende als auch befürwortende Stimmen.[1939] Vizekanzler Schüssel sprach sich dabei auch im Rahmen der erneut aufflammenden NATO-Debatte *(vgl. Kap. 14.3 Militärbündnisse)* für diese Variante aus.[1940] Im September – also kurz vor der Nationalratswahl – schien es, als ob alle fünf im Parlament vertretenen Parteien auf diese Linie eingeschwenkt wären. Unstimmigkeiten gab es zwischen den Koalitionspartnern lediglich über die Form der Einführung. Sollte es eine Volksabstimmung darüber (und gleichzeitig auch über den Beitritt in ein Militärbündnis) geben, wie es die ÖVP forderte, oder genügte ein entsprechender Beschluss des Parlaments, wie sich das die SPÖ vorstellte?[1941] Die von der ÖVP vorgenommene Verbindung von Berufsheer und Militärbündnis lehnte der größere Koalitionspartner, namentlich Nationalratspräsident Fischer, überhaupt ab.[1942]

Nach den Wahlen schien der Konsens über das Berufsheer auch in den Sondierungsgesprächen zu halten.[1943] Bei den Koalitionsverhandlungen kam es dann allerdings zu einem neuerlichen Streit über die finanzielle Ausstattung des Bundesheeres.[1944]

14.2 Ausrüstung

Ein kurzes, folgenloses Geplänkel gab es im März 1987 zwischen SPÖ und ÖVP in der Frage des Draken-Ankaufs. Diesen hatte noch die SPÖ-FPÖ-Koalition beschlossen. Der ÖVP-Verteidigungsminister musste das Geschäft abwickeln und die Stationierung organisieren. Die ÖVP-geführte Steiermark protestierte mit Vehemenz gegen die Pläne, dies auf ihrem Gebiet zu machen.[1945] Nicht zuletzt durch den Einfluss der Steirer kam es zu einem Beschluss des ÖVP-Bundesparteivorstandes, der einen Ausstieg aus dem Kaufvertrag forderte, wobei keine generelle Ablehnung gegenüber einer Anschaffung von Abfangjägern vorlag. Die SPÖ wies dieses Ansinnen zurück, und der Ankauf der Abfangjä-

[1938] Fischer, Heinz: Reflexionen. S.525.
[1939] Vgl. Der Standard, 23.6.1999. S.7.
[1940] Vgl. Die Presse, 25.6.1999. S.7.
[1941] Vgl. Die Presse, 20.9.1999. S.2.
Die Presse, 28.9.1999. S.1.
[1942] Vgl. Die Presse, 29.9.1999. S.10.
[1943] Vgl. Die Presse, 8.11.1999. S.7.
[1944] Vgl. Die Presse, 27.11.1999. S.1.
[1945] Dabei brachten sogar steirische ÖVP-Abgeordnete einen Misstrauensantrag gegen den „eigenen“ Minister Robert Lichal im Nationalrat ein, den aber die restlichen ÖVP-Abgeordneten und die SPÖ-Mandatare ablehnten.

ger ging wie geplant über die Bühne.[1946] Zuvor hatte schon der vor allem durch seine steirischen Parteifreunde bedrängte Verteidigungsminister Lichal angekündigt, Ausstiegsmöglichkeiten aus dem Draken-Kaufvertrag zu überprüfen, war aber auch durch die Ergebnisse eines eigens eingesetzten parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu dem Schluss gekommen, dass dies nicht möglich war.[1947]

Dies sollte das einzige Mal bleiben, dass eine Anschaffung für das Bundesheer von der SPÖ gefördert und von der ÖVP kritisch betrachtet wurde. Von nun an war es genau umgekehrt.

Der erste Anlass war die Ankündigung von Verteidigungsminister Lichal, das Bundesheer mit Gefechtsfeldlenkwaffen auszurüsten. Von Bundeskanzler Vranitzky und Finanzminister Lacina kam prompt eine Ablehnung aus finanziellen Gründen. Doch auch in der SPÖ gab es Stimmen, die sich für die Lenkwaffen aussprachen, allen voran Wehrsprecher Roppert.[1948] Einen neuen öffentlichen Anlauf diesbezüglich unternahm der Verteidigungsminister im Frühjahr 1989. Das Bundesheer war zu diesem Zeitpunkt auch schon voll in der Testphase der in Frage kommenden Modelle.[1949] Im Juni des Jahres fiel im Landesverteidigungsrat[1950] (d.h. mit Zustimmung der SPÖ) die Entscheidung für den Ankauf des schwedischen Panzerabwehrsystems „Bill". Der Antrag auf Anschaffung von Fliegerabwehr Lenkwaffen war hingegen zurückgestellt worden.[1951] Trotz der prinzipiellen Ablehnung der SPÖ ließ der Verteidigungsminister Tests für eine entsprechende zukünftige Anschaffung durchführen.[1952]

Im Zusammenhang mit dieser konkreten Ausrüstungsfrage entzündete sich eine grundsätzliche Debatte über die Bewaffnung des österreichischen Bundesheeres. Die SPÖ setzte das bereits aus der Organisations-Diskussion bekannte Stichwort „Bundesheer light" ein und hinterfragte damit überhaupt die Sinnhaftigkeit von schweren Waffen. Wobei auch hier maßgebliche Stimmen innerhalb der SPÖ gegen dieses Schlagwort und die dahinter stehende Idee laut wurden. Die Ablehnung der ÖVP war hingegen in der Partei-

[1946] Vgl. Die Presse, 20.3.1987. S.1, 4.
Kleine Zeitung, 20.3.1987. S.2.
[1947] Vgl. Kleine Zeitung, 12.3.1987. S.2.
Kleine Zeitung, 24.9.1987. S.2.
[1948] Vgl. Die Presse, 7.8.1987. S.3.
[1949] Vgl. Die Presse, 10.3.1989. S.5.
[1950] Laut dem Wehrgesetz von 1970 gehörten dem Landesverteidigungsrat der Bundeskanzler, der Vizekanzler, der Verteidigungsminister, der Außenminister, die sonst jeweils zur Beratung heranzuziehenden sachlich beteiligten Minister, ein vom Verteidigungsminister zu bestimmender hierfür geeigneter Beamter seines Ministeriums, der Generaltruppeninspektor und Vertreter der im Nationalrat vertretenen politischen Parteien an.
[1951] Vgl. Die Presse, 22.6.1989. S.4
[1952] Vgl. Der Standard, 28.4.1990. S.8.

spitze einhellig.[1953] Wehrsprecher Ermacora und Milizsprecher Ikrath erhoben sogar die gegenteilige Forderung nach mehr schweren Waffen mit Hinweis auf die Verpflichtungen eines neutralen Staates.[1954]

Beinahe viereinhalb Jahre kam es zu keinen wahrnehmbaren Konflikten in der Ausrüstungsfrage. Erst im Februar 1995 kam es wieder zu einem Streit über den Ankauf von 22 mobilen Radargeräten. Verteidigungsminister Fasslabend hatte das Geschäft in die Wege geleitet, die SPÖ wollte es in einer Sitzung des Landesverteidigungsrates stoppen. Damit war sie auf einer Linie mit den beiden Oppositionsparteien Grüne und Liberale. Gefordert wurde eine Neuausschreibung. Die FPÖ kündigte die Unterstützung der ÖVP-Linie an, womit eine Mehrheit für die Beschaffung gegeben gewesen wäre.[1955] Die Ampelkoalition erhob überhaupt die Forderung, bei allen Beschaffungen den Landesverteidigungsrat einzubeziehen. Das wäre ein deutlicher Eingriff in den Kompetenzbereich des ÖVP-Verteidigungsministers gewesen. Auch in diesem Punkt erhielt die ÖVP Unterstützung durch die Freiheitlichen.[1956] In der Sitzung konnte man sich schließlich ohne die Einbringung des angedrohten Antrages einigen. Der Kauf wurde durchgeführt und auch die Anschaffung blieb generell in der Verantwortung des Verteidigungsministers. Dieser sagte dafür eine bessere Informationspolitik zu. Außerdem einigte man sich darauf, dass künftig Gegengeschäfte eine größere Rolle spielen sollten.[1957]

Im Jahr 1996 begannen die Überlegungen für die Luftraumüberwachung nach dem nahenden Ende der Draken-Einsatzfähigkeit. SPÖ-Klubobmann Kostelka sprach sich aus Kostengründen als Erster für die Prüfung von Alternativen zu Abfangjägern wie Radarsysteme und Raketen aus. Die Ablehnung des Vorschlages kam diesmal nicht nur von der ÖVP, sondern auch aus seiner eigenen Partei.[1958] Unterstützung für ihn gab es allerdings auch, wie zum Beispiel vom SPÖ-Finanzsprecher Nowotny.[1959] Doch trotz der existierenden Skepsis in der Sozialdemokratie gegenüber neuen Abfangjägern schien doch die mehrheitliche Bereitschaft in der Parteispitze vorhanden, die Anschaffung durchzuführen.[1960] Bei der Finanzierung der neuen Abfangjäger gingen die Vorstellungen aber bereits wieder auseinander. Während der Bundeskanzler das Geld aus den laufenden

[1953] Vgl. Die Presse, 2.8.1989. S.5.
Der Standard, 7.9.1989. S.4.
[1954] Vgl. Der Standard, 19.8.1989. S.5.
Die Presse, 3.8.1989. S.5.
[1955] Vgl. Die Presse, 22.2.1995. S.7.
[1956] Vgl. Die Presse, 23.2.1995. S.7.
[1957] Vgl. Die Presse, 24.2.1995. S.7.
[1958] Vgl. Die Presse, 25.5.1996. S.7.
Der Standard, 25.5.1996. S.5.
[1959] Vgl. Der Standard, 28.5.1996. S.5.
[1960] Vgl. Der Standard, 13.6.1996. S.5.
Die Presse, 29.10.1996. S.6.

Verteidigungsbudgets lukrieren wollte, verlangte der Verteidigungsminister zusätzliches Geld für den Ankauf.[1961] Die prinzipielle inhaltliche Einigkeit sollte daher auch nicht zu einem Entschluss führen. Im Landesverteidigungsrat vom 18. Dezember 1997, von dem man den entsprechenden Beschluss erwartet hatte, kam es lediglich zu einer Vertagung. Die Wehrsprecher der Koalitionspartner versuchten danach jeweils dem anderen die Verantwortung dafür zuzuschieben, wobei dies in einer so friedlichen Art und Weise geschah, dass man vermuten könnte, keiner der beiden wäre ausgesprochen unglücklich über die Entwicklung gewesen. Der Hinweis von ÖVP-Wehrsprecher Maitz auf den hohen finanziellen Aufwand scheint den Grund dafür zu offenbaren.[1962]

Ein länger andauernder Konflikt entzündete sich am Ankauf von Panzern. Die Rollenverteilung war auch hier eine traditionelle. Verteidigungsminister Fasslabend wollte Panzer (114 Kampfpanzer „Leopard", 87 Jagdpanzer „Jaguar", 110 Kampfschützenpanzer „Ascod" und 200 Radpanzer „Pandur") im Gesamtwert von sechs Milliarden Schilling kaufen und begann mit den Vorbereitungen dafür. Von SPÖ-Klubobmann Kostelka kam jedoch die Forderung, vor einer Entscheidung über einen Kauf ein Verteidigungskonzept vorzulegen und damit den Ankauf zu begründen.[1963] Auch der SPÖ-Wehrsprecher kritisierte das Vorhaben, wobei er vor allem die Kampfpanzer ablehnte.[1964] Er stützte sich dabei auf ein „Geheimpapier" des Amts für Wehrtechnik unter dem als SPÖ-nahe geltenden Divisionär Friedrich Dechant *(vgl. Kap. 20.10 Die Munitionsaffäre)*, das eine derartige Anschaffung als ungerechtfertigt und unbegründbar bezeichnete.[1965] Der für Rüstung zuständige General Corriere befürwortete den Ankauf hingegen klar.[1966] Verteidigungsminister Fasslabend vertrat den Standpunkt, dass er ohne Zustimmung des Landesverteidigungsrates entscheiden könne, da es sich um eine „Ersatzinvestition" und nicht um eine Neubeschaffung handelte und leitete den Kauf daher ein.[1967] Auf Antrag der FPÖ fand am 10. Dezember ein Landesverteidigungsrat statt, in dessen Rahmen der Ankauf diskutiert wurde. Die vom Verteidigungsminister vorgelegten Konzepte und Begründungen, zusammen mit der Zusicherung, das notwendige Geld ohne Aufstockung

[1961] Vgl. Die Presse, 30.12.1996. S.1.
Die Presse, 2.1.1997. S.6.
[1962] Vgl. Der Standard, 19.12.1997. S.5.
Die Presse, 19.12.1997. S.7.
Kleine Zeitung, 19.12.1997. S.2.
[1963] Vgl. Die Presse, 27.11.1996. S.6.
[1964] Vgl. Die Presse, 3.12.1996. S.6.
Der Standard, 3.12.1996. S.6.
[1965] Vgl. Die Presse, 7.12.1996. S.6.
[1966] Vgl. Die Presse, 11.12.1996. S.6.
[1967] Vgl. Der Standard, 5.12.1996. S.6.

des Verteidigungsbudgets aufzubringen, ließen die SPÖ schließlich dem Gesamtpaket zustimmen.[1968]

Im März 1998 kritisierte die SPÖ den Verteidigungsminister für die Verzögerungen im Panzerkauf. Dabei ging es allerdings um die Ulan- und Pandur-Panzer, die bei der österreichischen Firma Steyr-Daimler-Puch gekauft werden sollten und damit ein Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung waren, weswegen die SPÖ diesen Kauf auch niemals in Frage gestellt hatte.[1969] Ebenfalls auf Kritik bei der SPÖ stieß die Tatsache, dass für die umstrittenen Leopard-Kampfpanzer zusätzliche Kosten anfielen, etwa für Ersatzteile und Munition sowie für die Rückzahlungsraten. Der Verteidigungsminister wies die Vorwürfe zurück, indem er daran erinnerte, immer von einem „nackten" Kaufpreis gesprochen zu haben.[1970]

Das Lawinenunglück in Galtür 1999[1971] brachte einen neuerlichen Konflikt in die Verteidigungspolitik. Da das österreichische Bundesheer keine geeigneten Hubschrauber für die Hilfsmaßnahmen zur Verfügung hatte, musste man auf ein entsprechendes Hilfsangebot der NATO zurückgreifen. Eine prinzipielle Einigung, dass derartige Hubschrauber gekauft werden sollten, war schnell hergestellt. Ein Konflikt entwickelte sich jedoch über die Finanzierung. Während die ÖVP, allen voran der Verteidigungsminister Fasslabend, eine Sonderfinanzierung forderte, wollte die SPÖ unter der Wortführung von Finanzminister Edlinger den Kauf aus den laufenden Bundesheerbudgets finanzieren. Dabei warfen sich die beiden gegenseitig vor, für die mangelhafte Ausrüstung des Bundesheeres verantwortlich zu sein. Die SPÖ machte schlechte Planung des ÖVP-geführten Ministeriums aus, die ÖVP wiederum warf dem Koalitionspartner erneut vor, das Bundesheer seit Jahrzehnten finanziell auszuhungern.[1972] Bei den Hubschraubern war auch die nötige Anzahl umstritten. Die ÖVP forderte wie Vertreter des Bundesheeres 24 Hubschrauber, die SPÖ maximal 8.[1973] Bis zum deswegen einberufenen Landesverteidigungsrat im April 1999 gingen die Meinungen in diesen Fragen auseinander. Kurz zuvor einigte man sich schließlich auf den Ankauf von neun bis zwölf Hubschraubern (abhängig vom Fas-

[1968] Vgl. Die Presse, 10.12.1996. S.7.
Die Presse, 11.12.1996. S.6.
Der Standard, 11.12.1996. S.6.

[1969] Vgl. Die Presse, 31.3.1998. S.8.

[1970] Vgl. Die Presse, 6.2.1999. S.7.

[1971] Eine große Lawine hatte einige Häuser des Tiroler Ortes Galtür verschüttet. Zahlreiche Menschen lagen unter den Trümmern. Durch die Schneemassen war der Transport von Hilfsmannschaften und –gerät in den Ort sowie von verletzten Personen und unversehrten Urlaubern aus dem Ort tagelang nur mit Hubschraubern möglich.

[1972] Vgl. Der Standard, 3.3.1999. S.9.
Die Presse, 4.3.1999. S.1.

[1973] Vgl. Die Presse, 10.4.1999. S.10.

sungsvolumen) und eine Aufstockung des Heeresbudgets um jährlich 400 Millionen Schilling auf zunächst zwei Jahre. Außerdem legten die Verhandler Gegengeschäfte in der Höhe des Kaufpreises als Bedingung für eine Anschaffung fest.[1974]

In der Endphase der Koalition forderte die SPÖ den Verteidigungsminister noch auf, entgegen seiner Intention beim Hubschrauberkauf mehr Wert auf die Personen-Transportkapazität als auf die mögliche Bewaffnung zu legen.[1975]

14.3 Militärbündnisse

Die ersten nennenswerten Überlegungen über eine Zukunft Österreichs in Zusammenhang mit einem Militärbündnis kamen wiederum von der ÖVP. Zwar bezeichnete Andreas Khol die Option eines Beitritts zur WEU oder zur NATO als „derzeit nicht möglich", schränkte diese Ablehnung aber für das nicht absehbare Aufgehen eines der beiden Bündnisse in einer europäischen Friedensordnung ein.[1976]

In den von der Bundesregierung und damit sowohl von allen ÖVP- als auch von allen SPÖ-Ministern verabschiedeten Aides Mémoires von 1992 ist das klare Bekenntnis zu finden, sich an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union und der Mitgestaltung einer künftigen gemeinsamen Verteidigungspolitik zu beteiligen.[1977] Von Spitzenrepräsentanten der ÖVP kamen im selben Jahr bereits Wortmeldungen, die Sympathie für die Eingliederung Österreichs in ein Verteidigungsbündnis erkennen ließen. Da war zum Beispiel die rhetorische Frage von Verteidigungsminister Fasslabend, wer für Österreich im Notfall ausrücken würde.[1978] Oder die Überlegung von Vizekanzler Busek, dass es zu der deutlichen Steigerung der Heeresausgaben nur die Alternative einer solidarischen Teilnahme an einem europäischen Sicherheitssystem gäbe. Als dritte, aber von ihm sofort verworfene, Option sah er die Beibehaltung des Status quo an. Diese bezeichnete er als „Wegschauen" und schloss sie „für verantwortungsbewusste" Politiker aus. Noch deutlicher war er in folgender Formulierung:

> „Im europäischen Zusammenhang muß an die Stelle der Neutralität die Solidarität treten. Wir wollen von Anfang mit dabei sein, daher unsere Hoffnung auf ein Europa, das die Ziele des Maastrichter Vertragswerkes [[1979]] verwirklicht." [1980]

[1974] Vgl. Die Presse, 134.1999. S.9.
Der Standard, 14.4.1999. S.8.

[1975] Vgl. Der Standard, 11.1.2000. S.7.

[1976] Vgl. Khol, Andreas: Neutralität – ein überholtes Instrument österreichischer Sicherheitspolitik? S.698.

[1977] Der von SPÖ und ÖVP eingebrachte Entschließungsantrag vom 20. Oktober 1992 hatte denselben Inhalt und bestätigte damit die Linie.

[1978] Vgl. Hamburger, Friedrich: Die Neutralitätsdebatte des Jahres 1992. S.213-219.

[1979] Im Vertrag von Maastricht wurde der Grundstein für eine gemeinsame Sicherheitspolitik gelegt.

[1980] Vgl. Busek, Erhard: Neue Außenpolitik in einer neuen Welt. S.27.

Da man davon ausgehen konnte, dass der Aufbau so eines Systems nur über die EU und vor allem über die WEU passieren konnte, hätte diese Variante zumindest einer näheren Kooperation bedurft. So gesehen passt auch der Vorstoß von Außenminister Mock und Verteidigungsminister Fasslabend für eine Beobachterrolle bei der WEU durchaus ins Bild. [1981] Die Wortmeldungen aus der ÖVP wurden Schritt für Schritt deutlicher und ließen auch mehr und mehr eine gewisse Sympathie für die NATO erkennen. Außenminister Mock plädierte sogar ausdrücklich dafür, Berührungsängste zur NATO, die ja in enger Verbindung mit der WEU stand,[1982] abzubauen. Als Hindernis für einen NATO-Beitritt nannte der Außenminister die Neutralität, die er persönlich im Gegensatz zu ÖVP-Obmann Busek[1983] für nach wie vor aktuell ansah. Bei all diesen Aussagen betonten die ÖVP-Politiker aber auch die Langfristigkeit der Strategie und strebten zunächst einen Beobachter-Status in der WEU an.[1984]

Bundeskanzler Vranitzky vertrat hingegen die Auffassung, Österreich sollte zunächst abwarten – ob und wenn, in welcher Form – eine europäische Kooperation in Sicherheitsfragen zustande käme, und dann erst über eine eventuelle Beteiligung diskutieren.[1985]

Der von Busek geäußerten Ansicht, Österreich könnte im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems auch ausländischen Truppen die Stationierung auf seinem Gebiet erlauben, widersprach die SPÖ in Person von Staatsekretär Peter Kostelka mit Hinweis auf die Neutralität scharf.[1986]

Bei ihrem Dreikönigstreffen im Jänner 1993 bekam die Forderung der ÖVP nach Mitarbeit bei der WEU einen parteioffiziellen Charakter. Die ÖVP begründete diesen Schritt damit, dass die WEU noch in den Kinderschuhen steckte und damit ausbaufähig wäre, womit Österreich seine eigenen Vorstellungen bei der Gestaltung einbringen könnte.[1987]

Die Reaktionen aus der SPÖ waren zwar eher ablehnend, aber nicht generell gegen einen WEU-Beitritt gerichtet. Vielmehr kritisierte sie die offensive Vorgehensweise der ÖVP. Der Grundtenor dabei war: zunächst abwarten, wie sich die WEU entwickelt, und erst dann einen Beitritt überlegen.[1988]

[1981] Vgl. Hamburger, Friedrich: Die Neutralitätsdebatte des Jahres 1992. S.222.
[1982] Alle Vollmitglieder der WEU waren auch Mitglieder der NATO.
[1983] Vgl. Der Standard, 12.6.1992. S.1.
[1984] Vgl. Wally, Stefan, Blümel, Barbara: Österreichische Parteien und die Europäische Integration. S.134f. Der Standard, 20.10.1992. S.4.
[1985] Vgl. Hamburger, Friedrich: Die Neutralitätsdebatte des Jahres 1992. S.222.
[1986] Vgl. Der Standard, 23.5.1992. S.1.
[1987] Vgl. Die Presse, 7.1.1993. S.1.
[1988] Vgl. Die Presse, 11.1.1993. S.4.

Im Rahmen des Beitritts zur EU gab es eine koalitionäre Uneinigkeit über einen Gesetzesentwurf zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Der erste Vorschlag war laut der Tageszeitung „Kurier“: „Österreich nimmt an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik teil, dies schließt insbesondere die Teilname an Wirtschaftssanktionen ein.“[1989] Die SPÖ war gegen das Wort „insbesondere“, da es laut ihrer Interpretation auch weitergehende Maßnahmen einschließen würde. Die ÖVP verzichtete schließlich darauf, um den Preis, dass in den Erläuterungen zum Gesetz auch andere Möglichkeiten von Sanktionen ausdrücklich eingeschlossen wurden.[1990]

Einen mit der SPÖ-Führungsspitze scheinbar nicht akkordierten Vorstoß für einen NATO-Beitritt von Peter Jankowitsch kritisierte die ÖVP als unkoordiniert.[1991] Doch nur wenige Monate später, im November desselben Jahres, sprach auch Außenminister Mock im Rahmen einer Klubklausur der ÖVP von der möglichen Vereinbarkeit von WEU- oder NATO-Mitgliedschaft mit der Neutralität. Er begründete dies mit geänderten Strukturen und Zielen der beiden Organisationen, die in Richtung Sicherheitsbündnis gingen. Diesmal lehnte die SPÖ die Aussage schroff ab.[1992]

Überraschend konfliktfrei ging eine Neudefinition der Neutralität durch den Ministerrat über die Bühne. In einer Erklärung gegenüber der EU stellte die Regierung fest, dass Österreich sich nicht zur militärischen Teilnahme an Kriegen, zum Beitritt zu Militärbündnissen und zur Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Staatsgebiet verpflichten lassen werde. Damit war die Neutralität auf ihren „militärischen Kern“ zurückgestutzt.[1993]

Am 13. Dezember 1994 beschloss der Ministerrat die Übernahme des Beobachterstatus in der WEU.[1994] Von Verteidigungsminister Fasslabend kamen in diesem Zusammenhang auch Wortmeldungen, die einen Vollbeitritt forderten, wobei er auch darauf hinwies, dass aus seiner Sicht eine Mitgliedschaft mit der Neutralität vereinbar gewesen wäre.[1995]

Anfang des Jahres 1994 lud die NATO unter dem Eindruck des Krieges in Jugoslawien alle europäischen Länder ein, an der „Partnerschaft für den Frieden“ (Partnership for Peace – PfP) teilzunehmen. Die ÖVP sprach sich bereits ab April 1994 deutlich für eine

---

[1989] Vgl. Kurier, 15.7.1994. S.2.
[1990] Vgl. Rinderer, Mirjam: Der Funktionswandel der österreichischen Neutralität. S.63f.
[1991] Vgl. Der Standard, 15.1.1993. S.5.
Der Standard, 16.1.1993. S.1.
[1992] Vgl. Der Standard, 2.11.1993. S.9.
[1993] Vgl. Luif, Paul: Der Wandel der österreichischen Neutralität. S.35.
[1994] Vgl. a.a.O S.37.
[1995] Vgl. Schneider, Heinrich: Die österreichische Neutralität und die europäische Integration. S.491.

Teilnahme aus,[1996] die SPÖ unter Vranitzky folgte dem Drängen des Koalitionspartners im September desselben Jahres.[1997] In der Nationalratsdebatte über den Bericht des Außenpolitischen Ausschusses zum EU-Beitrittsvertrag skizzierte Peter Schieder den Standpunkt der SPÖ:

> „Es ist klar, daß sowohl der EU-Beitritt als auch die Mitwirkung Österreichs an einem europäischen Sicherheitssystem mit der Neutralität vereinbar sind, und es ist daher nicht notwendig und den Interessen Österreichs nicht zuträglich, wenn man mit der Aufgabe der Neutralität spekuliert. Es ist klar, daß die Teilnahme Österreichs an der „Partnerschaft für den Frieden" der NATO, und daß auch der angestrebte Beobachterstatus bei der WEU in keinem Widerspruch zur Neutralität stehen. Aber – und das sage ich auch Ihnen, Herr Minister –, ob es eines fernen Tages ein europäisches Sicherheitssystem geben wird, das dann die Neutralität unnötig macht, läßt sich heute noch nicht abschätzen. [...] Es ist sinnlos und falsch, bis dahin die Neutralität in Reden, in Vergleichen und durch Handlungen täglich in Frage zu stellen."[1998]

Nachdem das Ziel – eine Teilnahme an der PfP – klar war, musste man sich noch über das Ausmaß der Beteiligung einig werden. Die SPÖ lehnte im Gegensatz zur ÖVP eine Teilnahme an militärischen Aktionen ab. Für humanitäre und friedenserhaltende Maßnahmen gab es jedoch beiderseitige Zustimmung. So entstand im Endeffekt am 30. Jänner 1995 die Formulierung, dass Österreich „insbesondere" in den Bereichen der friedenserhaltenden Operationen und der Katastrophenhilfe mit den Partnern für den Frieden kooperieren würde. Ob das Wort „insbesondere" auch militärische Maßnahmen einschloss, wurde der Interpretation überlassen und erfolgte entsprechend der Parteizugehörigkeit. Der Beitritt erfolgte am 26.2.1995 und ließ die Entscheidung über das konkrete Ausmaß an Beteiligung in der Verantwortung Österreichs.[1999]

Diskussionen gab es 1995 noch über die Teilnahme österreichischer Soldaten an einer NATO-Übung in der Slowakei. Die SPÖ legte trotz Drängens der ÖVP für die Entsendung ihr Veto dagegen ein. Auch die Beteiligung an der internationalen Friedenstruppe in Bosnien-Herzegowina war zunächst nicht unumstritten. Wieder war es die ÖVP, die für die Beteiligung daran kämpfte, und wieder war die SPÖ der bremsende Faktor. Vor allem stieß sie sich an dem Oberkommando der NATO. Erst nach einem persönlichen Gespräch Vranitzkys mit dem US-Generalstabschef John Shalikashvili, in dem dieser Österreich „genügend Flexibilität" zusicherte, stimmte auch die SPÖ dem Einsatz zu.[2000]
Im Wahlkampf zur vorgezogenen Nationalratswahl 1995 waren Neutralität und der Beitritt zu Militärbündnissen auch Thema einer dringlichen Anfrage der Grünen zur Europa-

[1996] Vgl. Die Presse, 14.6.1994. S.6.
[1997] Vgl. Die Presse, 17.9.1994. S.1.
[1998] Schieder, Peter. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 4/NRSITZ (XIX. GP). S.58.
[1999] Vgl. Luif, Paul: Der Wandel der österreichischen Neutralität. S.37f.
[2000] Vgl. a.a.O. S.39f.

politik. Der SPÖ-Abgeordnete Schieder zitierte dabei den Bundeskanzlers, der die Neutralität als gestaltendes Element der österreichischen Sicherheitspolitik bezeichnete und keinen Grund sah, einen Beitritt zur WEU oder NATO ins Auge zu fassen.[2001] Der ehemalige Außenminister Mock beschrieb den Standpunkt der ÖVP dabei folgendermaßen:

> „Die Neutralität ist nicht das Ziel. Mir geht es – um klar verstanden zu werden – nicht um die Neutralität, mir geht es um die Sicherheit für dieses Land, um die Freiheit seiner Bürger und die Unabhängigkeit nach außen. Das ist das Ziel! Und jedes Mittel ist mir recht dazu.
>
> Es war ein Glücksfall im Jahre 1955, daß damals die politischen Verantwortlichen diesen Griff nach der Neutralitätslösung gemacht haben. [...] Das war ein Instrument, kein Selbstzweck. Wenn es damals die Neutralität war, dann war unser Status gerechtfertigt. Aber wenn sie es morgen nicht mehr ist, dann suche ich mir wenigstens das nächste Instrument. [...] Die Neutralität tritt zurück. Sie ist voll vereinbar mit unserem Status -, man muß die Dinge dynamisch sehen. [...] Wenn ich ein besseres Instrument habe zur Sicherheit meiner Bürger, ist mir das Grund genug.“[2002]

Nach der Wahl im Dezember 1995 wurden die Differenzen der beiden Parteien in der Neutralitäts- und Sicherheitspolitik wieder deutlicher. Während der Koalitionsverhandlungen stellte die ÖVP die Forderung auf, ein „Solidaritätsgesetz“ in die Verfassung aufzunehmen und damit der Neutralität beizustellen. Das Gesetz sollte die volle Beteiligung Österreichs an der EU-Sicherheitspolitik festschreiben. Von der ursprünglichen Bedeutung der Neutralität sollte damit nach Aussage von Verteidigungsminister Fasslabend lediglich die nicht einseitige Teilnahme an Kriegen übrig bleiben. Seine Forderung nach einem Vollbeitritt zur WEU nahm seine Partei nicht sofort auf, sondern bezeichnete dies als mittelfristiges Ziel.[2003] Von der SPÖ kam strikte Ablehnung, interpretierte man das geforderte Verfassungsgesetz doch als De-Facto-Abschaffung der Neutralität.[2004] Um die Verhandlungen nicht festfahren zu lassen, schlug der Bundeskanzler vor, einen „Sicherheitsrat“ auf Regierungsebene zu installieren, der diese und ähnliche Fragen erörtern sollte. Dieses Ausklammern der Sicherheitsfrage von den Koalitionsverhandlungen lehnte die ÖVP ab.[2005] Von ÖVP-Klubobmann Khol kam das Stichwort von der „geteilten Neutralität“: Solidarität innerhalb Europas und Neutralität außerhalb. Auch diese Variante fand keine Zustimmung beim Koalitionspartner, der seinerseits ein Sicherheitskooperationsgesetz anstrebte, in dem die Grundlagen für die Beteiligungen an internationalen Solidaritätsaktionen festgeschrieben werden sollten. Das wiederum war der ÖVP zu we-

---

[2001] Vgl. Schieder, Peter: Stenographische Protokolle des Nationalrates 57/NRSITZ (XIX. GP). S.296.
[2002] Mock, Alois: Stenographische Protokolle des Nationalrates 57/NRSITZ (XIX. GP). S.301.
[2003] Vgl. Der Standard, 10.1.1996. S.5.
Dieselbe Argumentation lieferte auch Vizekanzler Schüssel. Vgl. Der Standard, 27.2.1996. S.4.
[2004] Vgl. Der Standard, 15.1.1996. S.1.
Der Standard, 16.2.1996. S.4.
[2005] Vgl. Der Standard, 17.2.1996. S.1.

nig.[2006] Aufgrund der nicht zu erwartenden Zustimmung zog die ÖVP schließlich die Forderung nach dem Solidaritätsgesetz zurück, was die SPÖ erleichtert zur Kenntnis nahm.[2007] Doch auch die SPÖ bekam das von ihr gewünschte Kooperationsgesetz nicht. Der Kompromiss war schließlich die Novellierung des im Verfassungsrang stehenden Entsendegesetzes, damit Österreich sich leichter an internationalen Aktionen solidarisch beteiligen konnte.[2008] Ins Koalitionsabkommen nahmen die beiden Parteien auch noch die Abmachung auf, bis März 1998[2009] einen Optionenbericht über die österreichische Sicherheitspolitik vorzulegen.[2010]

Nach dieser Einigung versuchten beide Parteien, für sich eine einheitliche, klare Linie in der Sicherheitspolitik zu finden.

Kurzfristig schien sogar eine vorsichtige Kursänderung der SPÖ in Richtung einer Mitgliedschaft zu WEU oder NATO möglich. Die erste Andeutung in diese Richtung kam von einem der stärksten Neutralitätsbefürworter in der SPÖ, Nationalratspräsident Fischer, als er am 12. Juli 1996 meinte, die Verhältnisse, die zum strikten Nein seiner Partei geführt hatten, hätten sich nun geändert.[2011] Nur drei Tage später sprach sich der SPÖ-Abgeordnete Josef Cap für einen NATO-Beitritt aus.[2012] Auch Bundeskanzler Vranitzky schloss einen Beitritt zur WEU und NATO nicht aus und nannte erstmals konkrete Bedingungen[2013] für eine Zustimmung. Alle drei forderten aber eine Volksabstimmung über einen Beitritt in ein Bündnis.[2014] Doch am 30. November erklärte Vranitzky gemeinsam mit seinem Stellvertreter als Parteiobmann Heinz Fischer, dass die SPÖ einen WEU- und NATO-Beitritt ablehne. Als Begründung führten sie die österreichische Neutralität an.[2015]

Auch in der ÖVP dauerte die Klärung der Parteilinie einige Monate und verlief beinahe umgekehrt proportional zur Meinungsfindung in der SPÖ. Zunächst ging Vizekanzler Schüssel auf Distanz zur NATO, indem er seine Priorität auf die Neutralität setzte.[2016]

[2006] Vgl. Der Standard, 17.2.1996. S.5.
[2007] Vgl. Der Standard, 27.2.1996. S.4.
[2008] Vgl. Der Standard, 6.3.1996. S.6.
[2009] Der Bericht sollte vor der Übernahme der EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1998 erfolgen.
[2010] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Koalitionsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1996. S.32.
Luif, Paul: Der Wandel der österreichischen Neutralität. S.41.
[2011] Vgl. Der Standard, 13.7.1996. S.1.
[2012] Vgl. Die Presse, 15.7.1996. S.1.
[2013] Diese Bedingungen waren im Wesentlichen: Genügend Einfluss für kleine Mitgliedsländer, keine Entwicklung zu einer militärischen Hegemonialmacht, sondern zu einer regionalen Friedensmacht, keine Stationierung von Atomwaffen in Österreich, keinen Zwang zur Aufrüstung auf NATO-Niveau
[2014] Vgl. Der Standard, 13.7.1996. S.5.
Der Standard, 24.7.1996. S.4.
Der Standard, 27.8.1996. S.4.
Die Presse, 19.11.1996. S.3.
[2015] Vgl. Der Standard, 30.11.1996. S.1.
Die Presse, 30.11.1996. S.1.
[2016] Vgl. Die Presse, 28.8.1996. S.7.

Dies geschah jedoch im Widerspruch zu Verteidigungsminister Fasslabend und Ex-Außenminister Mock.[2017] Diese Wortmeldung blieb auch seine einzige in diese Richtung. Andreas Khol argumentierte auch weiterhin für eine Mitgliedschaft bei der WEU.[2018] Als offizielle Parteilinie kristallisierte sich das Ziel eines WEU-Beitritts mit der weiteren Option einer NATO-Mitgliedschaft heraus.[2019]

Im Gegensatz zur SPÖ sprach sich die ÖVP zunächst einhellig gegen einen eventuellen Volksentscheid über einen Beitritt aus.[2020] Doch mehrten sich nach und nach auch Stimmen, die einer Volksabstimmung Positives abgewinnen konnten.[2021]

Als klar wurde, dass die NATO bei ihrem Gipfel Anfang Juli 1997 ehemaligen Warschauer Pakt Staaten, darunter auch Österreichs Nachbarländern, die Mitgliedschaft anbieten würde, begann die ÖVP auf Beitrittskurs umzuschwenken. Die erste dahingehende Forderung kam von Staatssekretärin Ferrero-Waldner.[2022] Vizekanzler Schüssel verlangte kurz darauf, dass der Entschluss für oder gegen einen NATO-Beitritt schneller fallen müsse als im Koalitionsübereinkommen festgelegt, da bei einer Entscheidung für eine Mitgliedschaft Österreich schon in der kommenden Erweiterungsrunde dabei sein könnte. Gleichzeitig ließ er auch seine Sympathie für eine positive Entscheidung erkennen.[2023]

Als Reaktion darauf kündigte SPÖ-Klubobmann Kostelka einen Parteitagsbeschluss gegen einen NATO-Beitritt an und sprach sich auch gegen eine Vorverlegung des Optionenberichtes aus.[2024]

Nun ging es auch wieder um die Vereinbarkeit von Neutralität und Beitritt bzw. um eine notwendige Neuinterpretation der Neutralität. Bundeskanzler Klima, der laut persönlichen Aussagen einen Beitritt nicht für alle Zukunft ausschließen wollte,[2025] widersprach der von der ÖVP behaupteten Vereinbarkeit durch eine Adaptierung. (Damit war eine Einschränkung der Neutralität auf das Verbot von Stationierung fremder Truppen und Atomwaffen in Österreich gemeint.) [2026]

[2017] Vgl. Die Presse, 29.8.1996. S.1.
Die Presse, 2.9.1996. S.7.
[2018] Vgl. Der Standard, 17.6.1996. S.6.
Der Standard, 20.7.1996. S.23.
[2019] Vgl. Der Standard, 25.7.1996. S.1.
[2020] Vgl. Der Standard, 11.7.1996. S.5.
Der Standard, 23.7.1996. S.4.
Der Standard, 24.7.1996. S.4.
[2021] Vgl. Der Standard, 21.9.1996. S.1.
[2022] Vgl. Der Standard, 13.1.1997. S.1.
[2023] Vgl. Der Standard, 14.3.1997. S.6.
[2024] Vgl. Die Presse, 26.3.1997. S.4.
[2025] Vgl. Der Standard, 8.2.1997. S.1.
[2026] Vgl. Die Presse, 27.3.1997. S.1.
Der Standard, 18.3.1997. S.5.
Der Standard, 19.3.1997. S.1.

Von nun an veränderten sich die Positionen nur mehr marginal, die Diskussion verstummte aber nicht und wurde mit dem Austausch von immer wiederkehrenden Argumenten geführt. An dieser Stelle sollen daher lediglich die Höhepunkte angeführt werden.

Ein erstes neuerliches Aufflammen gab es nach einem Besuch von Außenminister Schüssel im NATO-Hauptquartier, wo er erklärt hatte: „Meine persönliche Überzeugung ist es, daß wir gemeinsam mit Ihnen diese Zukunft teilen sollten."[2027] Diese Aussagen kritisierte die SPÖ scharf. Man warf dem Vizekanzler vor, damit dem Koalitionsabkommen und der existierenden Gesetzeslage zuwiderzuhandeln.[2028]

Das Drängen der ÖVP auf einen raschen Beitrittsbeschluss bremste sich im Juli 1997[2029] etwas ein. Das Ziel blieb aber das Gleiche, was sogar durch einen Parteivorstandsbeschluss nochmals bekräftig wurde.[2030] Während des gemeinsamen Besuches von Bundeskanzler Klima und Außenminister Schüssel bei der NATO zeigten die beiden demonstrative Einigkeit und schlossen eine Teilnahme an der ersten Erweiterungsrunde aus.[2031] Über die Gründe für die Temporeduktion kann man nur spekulieren. Einerseits war abzusehen, dass eine Teilnahme bei der anstehenden Erweiterung gegen den Widerstand der SPÖ nicht durchsetzbar war, andererseits war Vizekanzler Schüssel zu diesem Zeitpunkt auch der „Beschimpfungsaffäre" *(vgl. auch Kap. 9.6 Die Promillegrenze)* ausgesetzt, was ihn möglicherweise dazu veranlasste, den Koalitionspartner nicht weiter auf die Probe zu stellen. Inhaltlich blieben die Differenzen aber im vollen Umfang erhalten.[2032]

Im November einigte sich die Regierung auf eine Annäherung an die NATO. Dies geschah im Rahmen der Intensivierung der „Partnerschaft für den Frieden" unter der Bezeichnung „PfP plus". Damit waren vor allem organisatorische Schritte gemeint, die eine bessere Zusammenarbeit gewährleisten sollten. Auch gemeinsame Übungen sollten von nun an stattfinden und damit auch militärische Einsätze zur Friedensschaffung mit Teilnahme Österreichs vorbereiten. Für die SPÖ war damit der Plafond einer Zusammenarbeit erreicht, während die ÖVP weiterhin den Beitritt forderte.[2033] So war die Ausgangsposition für die Erarbeitung des Optionenberichtes nicht besonders vielversprechend.

[2027] Schüssel, Wolfgang: Österreich und die neue NATO. In: Der Standard, 28.4.1997. S.19.
[2028] Vgl. a.a.O.
[2029] Vgl. Die Presse, 10.7.1997. S.1.
[2030] Vgl. Die Presse, 15.7.1997. S.5.
Der Standard, 15.7.1997. S.5.
[2031] Vgl. Der Standard, 10.7.1997. S.2.
Die Presse, 24.7.1997. S.1.
[2032] Vgl. Die Presse, 13.10.1997. S.4.
Der Standard, 5.9.1997. S.7.
[2033] Vgl. Luif, Paul: Der Wandel der österreichischen Neutralität. S.47f.

Dies machte bereits Anfang Dezember 1997 SPÖ-Klubobmann Kostelka mit folgender Ankündigung klar: Für den Fall, dass die ÖVP auf einer Aufnahme des NATO-Beitritts als Option bestünde, würde die SPÖ auch andere, unrealistische Varianten hineinreklamieren und damit eine Konkretisierung vermeiden.[2034] Vizekanzler Schüssel bestand aber weiterhin auf einer Aufnahme der NATO-Option in den Bericht, auch um den Preis, dass sich eine zweite Option, nämlich die Neutralität, darin befinden würde.[2035] Dies wiederum lehnte Bundeskanzler Klima zunächst mit Hinweis auf das Koalitionsabkommen ab, in dem eine eindeutige Empfehlung an den Nationalrat vorgesehen war.[2036] Diesen Standpunkt relativierte er wieder, als aus der ÖVP Überlegungen laut wurden, den Bericht gänzlich platzen zu lassen,[2037] sollte nicht auf ihre Forderung eingegangen werden.[2038] Schließlich schloss die SPÖ die Aufnahme der NATO-Option gänzlich aus, und die ÖVP weigerte sich, einen Bericht ohne diese mitzutragen.[2039] Am 1. April 1998 mussten die beiden Koalitionsparteien das Scheitern des Berichts im selbst gesetzten Zeitrahmen eingestehen. Gleichzeitig gaben sie bekannt, die Arbeit daran nicht mehr fortzuführen.[2040]

Während der erfolglosen Verhandlungen kam es noch zu einem untergeordneten Konflikt. Die Präsidiale des Nationalrats lehnte mit den Stimmen der Vertreter von SPÖ, Grünen und Liberalen eine Einladung des NATO-Oberkommandierenden in Europa, Wesley Clark, für eine österreichische parlamentarische Delegation zu einem Besuch des NATO-Hautquartiers ab. Die ÖVP sah das als Affront gegenüber der NATO an und kritisierte diesen Entschluss scharf.[2041]

Im Österreichischen Jahrbuch für Politik 1997 fassten Heinz Fischer für die SPÖ und Außenminister Schüssel die Argumente ihrer Parteien gegen bzw. für einen Vollbeitritt zusammen.

Für einen Beitritt sprachen laut Schüssel folgende Aspekte:

- die laufende Abrüstung des Bündnisses
- das vertraglich abgesicherte Verhältnis zu Russland
- neue Bedrohungen in Europa durch ethnische Konflikte

[2034] Vgl. Der Standard, 1.12.1997. S.5.
[2035] Vgl. Die Presse, 2.1.1998. S.1.
[2036] Vgl. Der Standard, 3.1.1998. S.1.
[2037] Vgl. Der Standard, 14.1.1998. S.5.
[2038] Vgl. Der Standard, 19.1.1998. S.6.
[2039] Vgl. Die Presse, 11.3.1998. S.1f.
[2040] Vgl. Die Presse, 2.4.1998. S.1.
[2041] Vgl. Die Presse, 21.3.1998. S.5.

- Vorsorge vor Verbreitung von Massenvernichtungswaffen durch fragwürdige Regime und Terrororganisationen
- Sicherheit ist im Verbund billiger als alleine
- langfristiger „Versicherungsschutz“
- Mitsprache bei Schaffung einer europäischen Sicherheitsordnung
- WEU ist ohne NATO längerfristig nicht funktionsfähig
- mit einer Mitgliedschaft sind auch Rechte verbunden[2042]

Für Fischer sprach gegen den Beitritt:

- Unvereinbarkeit mit Neutralität
- verbesserte sicherheitspolitische Lage nach dem Ende des Kalten Krieges
- keine absehbaren Bedrohungen für Österreich (nur dann hätte Beistandspflicht einen Sinn)
- keine praktische Mitsprachemöglichkeit aufgrund des Größenverhältnisses
- Solidarität auch ohne Mitgliedschaft möglich
- höhere Verteidigungsausgaben wären nötig
- für Friedenspolitik ist Partnerschaft ausreichend
- neue Bedrohungen wie organisierte Kriminalität müssen anders bekämpft werden[2043]

In der Nationalratsdebatte vom 15. April 1998, in der der Optionenbericht vorgelegt werden sollte, präsentierten dann die beiden Regierungsparteien jeweils einen eigenen Bericht. Außenminister Schüssel (ÖVP) bedauerte, dass sich SPÖ und ÖVP nicht auf einen Bericht einigen konnten:

> „Es geht und ging bei diesem Optionenbericht nicht um eine endgültige, also definitive Entscheidung. Diese ist der Volksvertretung und allenfalls auch dem Volk vorbehalten. Worum es ging, ist, daß die Regierung ihre Karten ehrlich auf den Tisch legt und der Bevölkerung reinen Wein einschenkt, welche Optionen in Zukunft weiterverfolgt werden können. Mir ging es darum, daß die erste Adresse, nämlich die NATO, nicht ausdrücklich aus diesen sicherheitspolitischen Überlegungen ausgeklammert werden darf.
>
> Wir hätten gemeint, daß die notwendigen Fragen, die sich ja zu Recht stellen – Wie schaut etwa die Qualität dieser neuen NATO aus? Wieviel kostet das? Was bedeutet das für die österreichische Heeresgliederung und Struktur? Gibt es Entwicklungen, Rußland und die Ukraine einzubinden? Wie schaut es mit der strategischen Planung aus? Wie schaut es mit den Fragen der Mitgliedschaft aus? –, in einem intensivierten Dialog festzulegen und zu ergründen gewesen wären. Leider hat es in diesem Bereich keine Einigung gegeben. Ich bedauere das. Die Diskussion geht weiter, und ich bin sicher, am Ende werden die besseren Argumente zählen.“[2044]

[2042] Vgl. Schüssel, Wolfgang: Die Perspektiven der österreichischen Sicherheitspolitik. S.131-143.
[2043] Vgl. Fischer, Heinz: Österreichs Sicherheitspolitik im Hinblick auf NATO und WEU. S.117-129.
[2044] Schüssel, Wolfgang. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 115/NRSITZ (XX. GP). S.41.

Darauf antwortet SPÖ-Klubobmann Kostelka:

> „Außen- und Sicherheitspolitik waren in Österreich in den letzten 50 Jahren stets Konsensmaterien. Und ich bedauere, Anzeichen dafür zu sehen, daß es unser Koalitionspartner in Erwägung zieht, diesen gemeinsamen Konsens zu verlassen. Das bedauere ich schon allein deswegen, weil nicht nur die politische Vernunft dagegen spricht, sondern auch die verfassungsgesetzliche Regelung, auf deren Boden wir alle stehen.
>
> Das Bundesverfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität ist ein geltendes Verfassungsgesetz, auch wenn es manche im Tabernakel der Geschichte verschwinden sehen möchten. Daher hat ein Beitritt zu einem Militärpakt – und ein solcher ist die NATO – ein Gesetz zur Voraussetzung, das mit Zweidrittelmehrheit in diesem Hause beschlossen werden muß.
>
> Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Bitte nehmen Sie zur Kenntnis: Wir stehen nicht für eine Politik zur Verfügung, auf deren Wege die NATO durch die Hintertür in Österreich eingeführt werden soll!“[2045]

Die FPÖ wollte eine Abstimmung über den Bericht der ÖVP erzwingen und diesem zustimmen. Die ÖVP wehrte sich jedoch erfolgreich dagegen, um nicht gegen den eigenen Antrag stimmen zu müssen und damit das Koalitionsabkommen zu missachten.[2046] Auch den am nächsten Tag von der FPÖ eingebrachten Antrag, der gleich lautend wie der ÖVP-Bericht war, lehnte die ÖVP aus Koalitionsdisziplin ab. Die Redner der ÖVP bemühten sich mit historischen Beispielen verschiedenster Länder darzustellen, welch geringe Rolle die Neutralität in Kriegsfällen gespielt hatte. Die SPÖ hingegen führte gegen die NATO-Option vor allem die nach wie vor existierende Erstschlagsdoktrin (mit Atomwaffen) des Verteidigungsbündnisses und die Kosten eines Beitritts an.[2047]
Der ehemalige Bundeskanzler Vranitzky wertete das Scheitern des Optionenberichtes als einen der Hauptgründe für das immer schlechter werdende Verhältnis zwischen Klima und Schüssel.[2048]

Die Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages[2049] machte eine Änderung der österreichischen Verfassung und damit ein gemeinsames Vorgehen von SPÖ und ÖVP notwendig. Grund waren die angestrebten friedensschaffenden Einsätze. Die ÖVP wollte die Teilnahme Österreichs auch ohne UN-Mandat im Rahmen der Petersberger Aufgaben[2050] ermöglichen. Für die SPÖ stand diesem Vorhaben die Neutralität im Weg, die sie auch

---

[2045] Kostelka, Peter. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 115/NRSITZ (XX. GP). S.44.
[2046] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 115/NRSITZ (XX. GP). S.37-56.
[2047] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 116/NRSITZ (XX. GP). S.108-148.
[2048] Vgl. Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen. S.388f.
[2049] Im Amsterdamer Vertrag (von den Regierungschefs am 16./17. Juni 1997 beschlossen und am 2. Oktober 1997 unterzeichnet), dem Nachfolger des Maastrichtvertrages, erklärte sich Österreich bereit, an friedensschaffenden Maßnahmen teilzunehmen, die von EU oder OSZE beschlossen werden. Bisher galt dies nur für Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates. Der Vertrag trat am 1.5.1999 in Kraft.
[2050] Die Petersberger-Aufgaben wurden 1992 definiert. Sie umfassen humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben und Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung inklusive friedensschaffender Maßnahmen.

nicht verändern wollte. Der Kompromiss war die Aufnahme eines Artikels, der zwar die Teilnahme an solchen Einsätzen nicht ausschloss, aber den Beschluss des Rates der EU voraussetzte, der wiederum nur mit Zustimmung Österreichs zustande kommen konnte. In Kraft gesetzt wurde die Verfassungsänderung gleichzeitig mit dem Amsterdamer Vertrag.[2051] Die unterschiedliche Interpretation durch die Koalitionspartner zeigte sich auch in der Nationalratssitzung vom 16. Juni 1999 bei der Rede von ÖVP-Klubobmann Khol mit den Zwischenrufen von SPÖ-Klubobmann Kostelka:

> „Wir haben mit der notwendigen Verfassungsmehrheit dieses Hauses aufgrund eines Antrages Kostelka/Khol und eines Berichtes von Kostelka und Khol hier in diesem Haus für Europa den Amsterdamer Vertrag im Verfassungsrang in Geltung gesetzt *(Abg. Dr. **Kostelka:** Und die Neutralität gesichert!)* und damit für Europa Neutralität durch Solidarität ersetzt. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. **Kostelka:** Das stimmt nicht! Das ist eine ... wider besseres Wissen!)*“[2052]

Vor Beginn der österreichischen EU-Präsidentschaft mit 1. Juli 1998 wurde die Debatte noch einmal kurz aufgewärmt, als Vizekanzler und Außenminister Schüssel bei einer NATO-Tagung meinte, die Solidarität hätte für Österreich Vorrang vor der Neutralität.[2053] Diese Aussagen wies die SPÖ-Spitze mit Hinweis auf den Amsterdamer Vertrag als ein Ausspielen der beiden Begriffe zurück.[2054]

Bis zum Ende der EU-Präsidentschaft gab es kaum Wortmeldungen zu diesem Thema. Die wenigen, die es gab, bestätigten die bisherigen Linien. Lediglich im November ließ Klubobmann Khol aufhorchen, als er einen Beitritt zur NATO erst für die Zeit nach dem Verschmelzen von WEU und EU zur Diskussion stellte. Das interpretierte die SPÖ als Abweichung von der NATO-Linie. Die ÖVP wollte das jedoch nur als Reaktion auf die strikte Ablehnung der SPÖ verstanden wissen.[2055]
Erst im April 1999 kam es wieder vermehrt zu Wortmeldungen bezüglich des Beitritts zu einem Militärbündnis. Anlass war der Kosovo-Konflikt, bei dem die NATO ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates auf Seiten der Kosovaren eingegriffen hatte. Die ÖVP erneuerte ihre Forderung nach einem langfristigen Beitritt und verlangte auch Überflugsgenehmigungen für NATO-Flugzeuge. Die SPÖ lehnte beides ab.[2056]

[2051] Vgl. Mair, Roman: Die Neutralität. S.66f.
[2052] Khol, Andreas; Kostelka, Peter. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 174/NRSITZ (XX. GP). S.28.
[2053] Vgl. Der Standard, 23.6.1998. S.6.
[2054] Vgl. Der Standard, 24.7.1998. S.6
[2055] Vgl. Der Standard, 4.11.1998. S.7.
Die Presse, 4.11.1998. S.4.
[2056] Vgl. Der Standard, 3.4.1999. S.9.
Die Presse, 3.4.1999. S.9.

Die Wortgefechte köchelten dahin bis durch den Vorschlag von Bundeskanzler Klima, die Neutralität solle für fünf Jahre tabu sein, eine neue Front eröffnet wurde. Von der ÖVP (wie auch von der Opposition) wurde das Ansinnen brüsk abgelehnt.[2057] Vizekanzler Schüssel wies jedoch darauf hin, dass die NATO-Diskussion ohnehin nicht aktuell wäre, da die NATO zur Zeit keine neuen Mitglieder aufnehme. Er forderte, dass Österreich nunmehr über die europäische Sicherheitsarchitektur die Annäherung an das Bündnis suchen sollte.[2058] Der inhaltlich gleiche Dialog mit anderen Formulierungen wiederholte sich noch einmal Mitte Juni.[2059]

Auch die anstehenden Wahlen[2060] belebten die Diskussion. Bereits im Mai bezeichnete Bundeskanzler Klima die Forderung nach einem NATO-Beitritt als Koalitionshindernis für die SPÖ und drohte der ÖVP für diesen Fall mit einer Minderheitsregierung.[2061]

Aus der ÖVP kam der Vorschlag, nach den Wahlen erneut an einem Optionenbericht zu arbeiten, wobei die NATO nicht ausdrücklich erwähnt sein müsste, wenn prinzipiell keine Möglichkeit ausgeschlossen würde.[2062]

Einen weiteren Anlass lieferte ein Papier der deutschen EU-Präsidentschaft, das die Verschmelzung von WEU und EU zum Inhalt hatte. Die SPÖ bekrittelte, dass das österreichische Außenamt im Gegensatz zu den entsprechenden Ministerien der ebenfalls neutralen EU-Mitglieder Schweden, Finnland und Irland keinen Gegenvorschlag unterbreitete. Klubobmann Kostelka interpretierte dies als einen Versuch, Österreich indirekt in die NATO zu integrieren.[2063] Bundeskanzler Klima übernahm daraufhin die Initiative und koordinierte mit den anderen neutralen Staaten einen Gegenvorschlag, den Deutschland auch tatsächlich einarbeitete. Damit war die automatische Beistandspflicht für neutrale Staaten nicht vorgesehen. Außenminister Schüssel tat die Veränderung als „virtuelle Diskussion“ und „bloße Formulierungsfrage“ ab.[2064] Die SPÖ feierte die Aufnahme des Neutralitätsstatus in das EU-Papier als Sensation. Die ÖVP bezeichnete die SPÖ-Politik als Lüge, da der Inhalt der Erklärung vorsah, dass Mitgliedstaaten bei militärischen Konflikten auch nicht behindert werden dürften (Stichwort: Überflüge) und damit die Neutra-

---

[2057] Vgl. Die Presse, 19.4.1999. S.1.
Der Standard, 19.4.1999. S.7.

[2058] Vgl. Die Presse, 26.4.1999. S.5.
Der Standard, 26.4.1999. S.8.
Stenographische Protokolle des Nationalrates 169/NRSITZ (XX. GP). S.47-88.

[2059] Vgl. Der Standard, 15.6.1999. S.3.
Der Standard, 16.6.1999. S.9.

[2060] Wahl zum Europaparlament am 13. Juni und Nationalratswahl am 3. Oktober

[2061] Vgl. Die Presse, 3.5.1999. S.1.

[2062] Vgl. Die Presse, 20.5.1999. S.1.
Der Standard, 20.5.1999. S.9.

[2063] Vgl. Die Presse, 26.5.1999. S.1.
Der Standard, 27.5.1999. S.8.

[2064] Vgl. Der Standard, 29.5.1999. S.1.

lität nicht zu halten sei.[2065] Dieser Vorwurf, die Unwahrheit zu sagen, wechselte in den folgenden Tag noch mehrmals die Seiten.[2066]
Bis zur Nationalratswahl veränderten sich die Standpunkte nicht mehr. Die ÖVP verlangte den Eintritt in einen europäischen Sicherheitsverbund und in weiterer Folge den NATO-Beitritt.[2067] Die SPÖ schloss zumindest Letzteres völlig aus, beließ die Kombination aus Neutralität und europäischem Sicherheitssystem aber im Bereich des Möglichen.[2068]

Die nach den Wahlen von Bundespräsident Klestil in Auftrag gegebenen Sondierungsgespräche zwischen den Parteien brachten keine Annäherung der bekannten Standpunkte.[2069] Auch als es schließlich zu Koalitionsverhandlungen kam, waren die Standpunkte so verhärtet, dass beide Parteien das Akzeptieren ihres Standpunktes als Bedingung für eine Koalition deklarierten.[2070] Dennoch gelang eine Einigung. Im Koalitionsabkommen sollte festgeschrieben werden, dass sich die beiden Parteien zu einer aktiven Beteiligung an der Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verpflichten. Ziel wäre eine Adaptierung der Neutralität gewesen, sodass sie einer Beistandsgarantie auf europäischer Ebene nicht mehr im Wege gestanden wäre. Allerdings sollte dies nur mit der Zustimmung der österreichischen Bevölkerung geschehen.[2071]

14.4 Parade

Anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Österreichischen Bundesheeres (und der 50-Jahr-Feier der Republik) plante das Verteidigungsministerium am Nationalfeiertag 1995

[2065] Vgl. Der Standard, 5.6.1999. S.9.
Der Standard, 8.6.1999. S.7.
Die Presse, 7.6.1999. S.1.
[2066] Vgl. Die Presse, 17.6.1999. S.5.
Die Presse, 5.7.1999. S.7.
[2067] Vgl. Schüssel, Wolfgang: Im Namen der Zukunft. S.79-85.
Der Standard, 17.6.1999. S.7.
Die Presse, 4.8.1999. S.5.
Die Presse, 31.8.1999. S.1.
[2068] Vgl. Die Presse, 19.7.1999. S.6.
Die Presse, 20.7.1999. S.6.
Die Presse, 18.9.1999. S.6.
[2069] Vgl. Die Presse, 22.11.1999. S.1, 6.
Die Presse, 23.11.1999. S.7.
Die Presse, 24.11.1999. S.1.
Der Standard, 22.11.1999. S.6.
[2070] Vgl. Der Standard, 11.12.1999. S.1.
Der Standard, 14.12.1999. S.1.
Die Presse, 14.12.1999. S.1.
Die Presse, 15.12.1999. S.7.
[2071] Vgl. Der Standard, 20.1.1999. S.2.

neben der traditionellen Informationsschau auch eine Militärparade auf der Ringstraße durchzuführen. Die SPÖ sprach sich sofort dagegen aus. Ihr Wortführer war Wehrsprecher Gaal. Hauptkritikpunkt waren die anfallenden Kosten, die er mit 50 Millionen Schilling bezifferte. Diese Summe war seiner Meinung nach in Zeiten von Sparpaketen der Bevölkerung nicht zumutbar bzw. besser in Mannschaftsausrüstung investiert. Der Verteidigungsminister sprach hingegen von 12 bis 15 Millionen. Wie seine Parteikollegen betrachtete er die Parade als Demonstration der Einsatzfähigkeit und Hilfsbereitschaft des Bundesheeres.[2072] Eine Reihe von SPÖ-Politikern meldete sich nun zu Wort, allesamt mit negativen Kommentaren zur Parade. Sie machten auch Alternativvorschläge: Bosniensammlung (Michael Häupl), Werbung durch private Gespräche (Franz Vranitzky), Friedensdemonstration (Juso-Chef von Niederösterreich).[2073] Der Bundeskanzler verfasste einen öffentlichen Brief an den Verteidigungsminister, in dem er ihn bat, das Vorhaben noch zu überdenken. Minister Fasslabend kritisierte diese Vorgehensweise, vor allem weil der Brief erst Tage später bei ihm eintraf und er einen Tag später als die Veröffentlichung datiert war. Er forderte seinerseits den Bundeskanzler auf, solche Probleme mit ihm persönlich zu besprechen.[2074] Von den Gegenvorschlägen konnte er lediglich der Bosniensammlung als zusätzlicher Aktivität (zur Parade) etwas abgewinnen.[2075] Auch Vizekanzler Schüssel schaltete sich in die Diskussion ein und verteidigte die Parade, plädierte aber gleichzeitig für eine möglichst kostengünstige Variante.[2076]

In einer Unterredung von Verteidigungsminister Fasslabend mit Bundeskanzler Vranitzky in dessen Feriendomizil am Wörthersee einigte man sich, eine „Expertengruppe“ an einer Lösung arbeiten zu lassen. Diese Gruppe bestand aus je einem Mitarbeiter des Bundeskanzler-Büros und des Verteidigungsministeriums.[2077] Nun zeichnete sich schnell ein Kompromiss ab: die Durchführung der Parade in einer reduzierten und somit verbilligten Form.[2078] Vizekanzler Schüssel skizzierte kurz vor der Einigung einen Kompromiss, der schließlich zum Ziel führte.[2079] Die Einigung in diesem Sinne erzielten Vranitzky, Schüssel und Fasslabend am Wochenende vom 26. bis 27. August. An der Parade sollten – anders als ursprünglich geplant – keine Panzer (nur unbewegt zu sehen) und

[2072] Vgl. Die Presse, 19.7.1995. S.7.
Der Standard, 19.7.1995. S.4.
[2073] Vgl. Der Standard, 21.7.1995. S.4.
[2074] Vgl. Die Presse, 27.7.1995. S.6.
[2075] Vgl. Die Presse, 22.7.1995. S.7.
[2076] Vgl. Die Presse, 25.7.1995. S.6.
[2077] Vgl. Die Presse, 28.7.1995. S.6.
[2078] Vgl. Die Presse, 29.7.1995. S.7.
[2079] Vgl. Die Presse, 23.8.1995. S.6.

3.380 statt 4.000 Soldaten teilnehmen. Durch diese Maßnahmen sollten die Kosten auf rund 10 Millionen Schilling begrenzt werden.[2080]

14.5 Militärbefugnisgesetz

Im Zentrum der Diskussion um das Militärbefugnisgesetz standen die beiden Heeresgeheimdienste Heeres-Nachrichtendienst (HNA) und Heeres-Abwehramt (HAbwA), aber auch die Kompetenzaufteilung mit der Staatspolizei, die ja im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums lag. Somit handelt es sich bei dieser Diskussion um eine ministerienübergreifende Angelegenheit *(vgl. Kap. 15.4 Sicherheitspolizeigesetz)*.

Eine kurze Diskussion über die Heeresnachrichtendienste gab es bereits im Jahr 1990. Die SPÖ gab aber ihre Forderung nach Auflösung der beiden Heeresnachrichtendienste (für Abwehr und Aufklärung) mit der Bedingung auf, dass die von der ÖVP angestrebte Zusammenlegung der Ämter nicht kommen würde und stattdessen beide, wenn auch in abgespeckter und umorganisierter Form, bestehen blieben.[2081]

Den Beginn der eigentlichen Diskussion markiert die Forderung von SPÖ-Klubobmann Kostelka im April 1996, das HNA in der existierenden Form aufzulösen und es mit der Staatspolizei zusammenzulegen. Der neue Geheimdienst sollte dann im Bundeskanzleramt positioniert werden. Im Innenministerium wäre damit nur der operative Teil der Staatspolizei verblieben, im Verteidigungsministerium nur mehr das Heeres-Abwehramt. Für Kostelka war ein Heeresgeheimdienst genug. Wenn die von der ÖVP geforderte Reform der Staatspolizei durchgeführt werden sollte, so hätte man seiner Meinung nach auch das unter ÖVP-Einfluss stehende Geheimdienstwesen reformieren müssen. Da bei Realisierung des Vorschlages weitreichende Kompetenzen von einem ÖVP-Ministerium in ein SPÖ-geführtes gewandert wären, waren die ablehnenden Reaktionen des kleinen Regierungspartners wenig überraschend und heftig.[2082] Verteidigungsminister Fasslabend verglich die Staatspolizei mit einem abstiegsgefährdeten Fußballklub, der mit dem Spitzenklub (dem HNA) fusionieren möchte. Kostelka hingegen erhielt Schützenhilfe von Innenminister Einem (SPÖ).[2083]

Im Oktober gelang durch eine Zusammenarbeit des HNA und der Staatspolizei ein großer Erfolg in der Ermittlung gegen den Briefbombenattentäter. Dem HNA gelang es,

[2080] Vgl. Der Standard, 28.8.1995. S.1, 4.
Die Presse, 28.8.1995. S.1.
[2081] Vgl. Die Presse, 6.7.1990. S.1.
Der Standard, 6.7.1990. S.8.
[2082] Vgl. Die Presse, 16.4.1996. S.7.
[2083] Vgl. Die Presse, 17.4.1996. S.6.

einen codierten Brief in kürzester Zeit[2084] zu entschlüsseln. Der Erfolg wurde durch Eifersüchteleien allerdings verspielt. Zunächst bat die Stapo das HNA, das Ergebnis aus Ermittlungsgründen nicht zu veröffentlichen. Wenige Tage später präsentierte es allerdings Innenminister Einem im Fernsehen. Das HNA, das sich um die Anerkennung für seine Leistung betrogen fühlte, veröffentlichte zum Beweis seines Erfolges Details, die die Stapo laut eigenen Aussagen aus Ermittlungsgründen geheim halten wollte.[2085]

Im November desselben Jahres legte die SPÖ einen Entwurf für die Reform der Heeres-Nachrichten-Dienste[2086] vor. Darin war zwar nicht mehr von einer Auflösung oder Zusammenlegung mit der Stapo die Rede, vielmehr sah er eine engere Definition des Aufgabenbereiches und eine strengere Kontrolle der Arbeit vor:

- Berichtspflicht an die Mitglieder der Regierung
- Orientierung an staatspolitischen Bedürfnissen
- Informationsbeschaffung durch Auswertung offener Quellen und Anfragen an in- und ausländische Behörden und Menschen
- Weitergabe der Informationen an Exekutive, Staatsanwaltschaft, in- und ausländische Behörden
- Gültigkeit des Datenschutzgesetzes für die beiden Nachrichtendienste
- Koordination der Arbeit durch eine Staatsschutzkommission
- keine Geheimhaltungspflicht vor einem eigens zu schaffenden parlamentarischer Kontrollausschuss[2087]

Die Reaktion der ÖVP auf die Vorschläge war erstaunlich mild. Fast schien es, als wollte man das SPÖ-Papier schlicht ignorieren. Verteidigungsminister Fasslabend stellte nur fest, dass die Kontrolle der Dienste bereits sichergestellt sei, und verwies auf die bereits lange dauernden und fortgeschrittenen Vorbereitungen eines eigenen Vorschlags durch sein Ministerium, über dessen Inhalt er aber noch nichts sagte.[2088]

Fast ein Jahr später im September 1997 war es so weit: Der Verteidigungsminister stellte seinen ersten Entwurf eines Militärbefugnisgesetzes vor und prompt wies ihn die SPÖ zurück, weil dieser dem Bundesheer weitreichende Kompetenzen zugestanden hätte: Die militärischen Geheimdienste hätten ohne richterliche Aufsicht Lauschangriffe und Rasterfahndungen durchführen können und in militärischen Bereichen (überall um militärische Güter, also auch Fahrzeuge) war ein Wegweise-, Durchsuchungs- und

[2084] Das gelang immerhin vier Tage vor der sagenumwobenen, Milliarden Schilling schweren US-amerikanischen NSA, die man um Hilfe gebeten hatte.
[2085] Vgl. Die Presse, 10.10.1996. S.3.
[2086] Bisher hatten die beiden Dienste nur auf Basis der Ministerweisungen aus dem Jahr 1985 gearbeitet.
[2087] Vgl. Die Presse, 16.11.1996. S.7.
[2088] Vgl. Die Presse, 18.11.1996. S.6.

Festnahmerecht vorgesehen. Von Klubobmann Kostelka brachte die Vorlage dem Minister sogar den Vorwurf ein, eine eigene Militärstaatlichkeit aufzubauen.[2089] Mit der SPÖ-Reaktion war auch schon klar, dass der Entwurf so nicht beschlussfähig war. Doch auch obwohl Fasslabend Verhandlungsbereitschaft signalisierte, gab es zunächst keine Annäherung. Es wurde zwar ein Verhandlungsteam[2090] zusammengestellt, da aber beide Parteien geradezu diametral entgegengesetzte Entwürfe als Verhandlungspositionen übernahmen, konnte man keine rasche Einigung erwarten.[2091]

Auch ein gutes weiteres Jahr später gab es in dieser Angelegenheit nur wenige Fortschritte. Die ÖVP wollte weiterhin den Gesetzesentwurf in Begutachtung schicken, den die SPÖ ablehnte. Mittlerweile waren bereits einige Hauptkritikpunkte herausgenommen worden. So sollte das Bundesheer nur mehr im Einsatzfall befugt sein, Privatfahrzeuge zu konfiszieren und nicht sogar bei Übungen. Auch die Möglichkeit eines Lauschangriffs war nicht mehr vorgesehen. Besonders umstritten blieben die Passagen, die es den Heeresgeheimdiensten erlauben sollten, verdeckte Ermittlungen durchzuführen und Bild- und Tonaufzeichnungsgeräte einzusetzen.[2092] Ebenfalls kritisierte die SPÖ die ihrer Ansicht nach zu geringen Rechtsschutzinstrumentarien.[2093] Das Recht für Soldaten, bei Verdacht eines Angriffs auf militärische Einrichtungen, Zivilisten zu kontrollieren und festzunehmen, wollte sie, wenn überhaupt, nur speziell dafür ausgebildeten Militärs zugestehen.[2094]

Im Jänner 1999 wurden die Arbeiten am Militärbefugnisgesetz fortgesetzt. SPÖ-Politiker sprachen dabei immer wieder von einer Junktimierung mit dem Sicherheitspolizeigesetz durch die ÖVP.[2095] Mittlerweile gab es einige negative Stellungnahmen[2096] zu dem Gesetz, die teilweise auch aus ÖVP-nahen Kreisen kamen.

Aus der SPÖ-Mannschaft äußerte sich lediglich Innenminister Schlögl vorsichtig positiv. Er sprach von der Möglichkeit einer Zustimmung, sollte im Gegenzug seine Staatspolizei mehr Befugnisse erhalten („erweiterte Gefahrenerforschung“).[2097]

[2089] Vgl. Der Standard, 15.9.1997. S.1.
Die Presse, 16.9.1997. S.7.
[2090] Kostelka, Gaal; Khol, Maitz.
[2091] Vgl. Die Presse, 20.9.1997. S.6.
Die Presse, 30.9.1997. S.6.
[2092] Vgl. Die Presse, 12.11.1998. S.9.
[2093] Vgl. Der Standard, 13.11.1998. S.7.
[2094] Vgl. Die Presse, 14.11.1998. S.9.
Der Standard, 21.11.1998. S.8.
[2095] Vgl. Der Standard, 11.11.1998. S.8.
Die Presse, 7.1.1999. S.8.
Der Standard, 13.1.1999. S.7.
[2096] z.B. von Finanz-, Justiz-, Außenministerium, Wirtschaftskammer und evangelische Kirche
[2097] Vgl. Der Standard, 23.2.1999. S.8.

In Anbetracht der breiten Ablehnungsfront war es wenig überraschend, dass der Versuch von Verteidigungsminister Fasslabend, das Gesetz durch den Ministerrat vom 23. Februar zu bringen, scheiterte. Die Behandlung wurde wegen Uneinigkeit auf unbestimmte Zeit zurückgestellt. Daran konnte auch der in die Vorlage aufgenommene Rechtschutzbeauftragte nichts ändern. Der SPÖ, die ja immer ein Kontrollorgan gefordert hatte, war dieses Entgegenkommen viel zu wenig. Klubobmann Kostelka kritisierte die Tatsache, dass der Rechtschutzbeauftragte vom Minister selbst bestellt werden sollte und selbst ihm gegenüber zu Amtsverschwiegenheit verpflichtet gewesen wäre. Außerdem wäre er nicht im Gesetz selbst, sondern nur in einem Beiblatt erwähnt gewesen.[2098]

Am 23. März sah es schließlich so aus, als gäbe es eine Einigung. Die Gesetzesvorlage passierte den Ministerrat trotz zahlreicher Bedenken, die vor allem bei der SPÖ nach wie vor existierten. Innenminister Schlögel hatte aber die von ihm erwünschte Änderung durchgesetzt. Weiter umstritten blieb die Möglichkeit, Gespräche mit Hilfe von verwanzten Mitarbeitern des HAbwA abzuhören (kleiner Lauschangriff), und die Ermächtigung, Daten über heereskritisch eingestellte Personen zu sammeln. Die ÖVP erreichte die Zustimmung der SPÖ laut „Der Standard“ durch die Ankündigung, andernfalls das Sicherheitspolizeigesetz zu Fall zu bringen.[2099]

Doch mit der Zustimmung im Ministerrat war es noch nicht getan. Bereits kurz darauf machte Klubobmann Kostelka klar, dass für eine Zustimmung seiner Fraktion im Plenum des Nationalrates noch Änderungen in der Gesetzesvorlage notwendig waren. Er drohte zudem mit einem eigenen Gegenentwurf seiner Partei.[2100] Am 13. April keimte noch einmal Hoffnung auf eine Einigung auf. Zwar wurden keine Annäherungspunkte veröffentlicht, aber die Regierungsmitglieder versprühten Optimismus.[2101] Ende Mai sprachen beide Seiten jedoch schon von einem möglichen Scheitern der zwei, nunmehr ziemlich offen von der ÖVP junktimierten Gesetze. Gegenseitig warf man sich Unbeweglichkeit vor. Die letzte Möglichkeit, das Werk zu retten, sah man darin, es zur Chefsache zu erklären. Das heißt, die Parteispitzen Bundeskanzler Klima und Vizekanzler Schüssel sollten die Verhandlungen direkt führen.[2102] Auch wenn auf Beamtenebene weiterverhandelt wurde, so warteten doch alle Beteiligten gespannt auf das angekündigte Gespräch zwi-

[2098] Vgl. Die Presse, 23.2.1999. S.9.
Die Presse, 24.2.1999. S.7.
[2099] Vgl. Der Standard, 24.2.1999. S.6.
Die Presse, 24.3.1999. S.10
[2100] Vgl. Die Presse, 30.3.1999. S.8.
Der Standard, 3.4.1999. S.9.
[2101] Vgl. Der Standard, 14.4.1999. S.8.
Die Presse, 14.4.1999. S.7.
[2102] Vgl. Die Presse, 27.5.1999. S.7.

schen den beiden. Am 25. Juni fand zwar eine Besprechung in Form eines Frühstücks statt, behandelt wurde das strittige Thema dort laut Aussagen der beiden Teilnehmer nicht.[2103] Am 29. Juni war das endgültige Scheitern fixiert. Die inhaltlichen Punkte, die dazu geführt hatten, waren seit Monaten die gleichen: zu wenig Kontrolle, aber zu viele Kompetenzen für die Heeresgeheimdienste und das Recht notfalls privates Eigentum (Fahrzeuge, Treibstoff, optische Geräte,...) zu beschlagnahmen.[2104]

[2103] Vgl. Die Presse, 26.6.1999. S.10.
[2104] Vgl. Der Standard, 30.6.1999. S.8
Die Presse, 30.6.1999. S.8.

15 Innere Sicherheit

15.1 Zivildienst

Dem Bundesministeriengesetz entsprechend war der Zivildienst seit jeher beim Innenministerium angesiedelt. Da er aber als Ersatzdienst für den Präsenzdienst beim Bundesheer konzipiert wurde, steht dieses Thema in engem Zusammenhang mit der Verteidigungspolitik *(vgl. Kap. 14.1 Organisation)*.

Die erste, wenn auch kurze Diskussion über den Zivildienst entstand durch einen ÖVP-Vorstandsbeschluss, sich für eine Verlängerung des Zivildienstes einzusetzen. Dies geschah im Rahmen einer geplanten Novellierung des Zivildienstgesetzes, die notwendig geworden war, da die gültige Regelung mit 31. November 1988 auslief. Verteidigungsminister Lichal (ÖVP) hatte schon Ende 1987 laut über eine Verlängerung des Zivildienstes nachgedacht. Dem Einwand von Innenminister Blecha (SPÖ), der darin einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz sah, konnte er nichts abgewinnen. Er argumentierte, dass sich jemand, der wirklich aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe ablehnte, auch von einer etwas längeren Dauer des Ersatzdienstes nicht abschrecken lassen würde.[2105] Dieses Argument wies wiederum SPÖ-Innenminister Karl Blecha (SPÖ) zurück.[2106] Da auch in der ÖVP die Verlängerung nicht unumstritten war – so vertrat Sicherheitssprecher Ettmayer eine andere Linie – wurde diese Forderung nicht durchgesetzt. Allerdings setzte sich die ÖVP mit der neuen Linie durch, einen „Belastungsausgleich" zwischen Präsenz- und Zivildienst herbeizuführen. Das Gesetz brachte demnach einige Verschlechterungen für die künftigen Zivildiener mit sich, die im Wesentlichen eine Gleichstellung mit den Präsenzdienern bedeuteten. Das waren die Reduzierung der Einsatzmöglichkeiten und eine gleiche wöchentliche Arbeitszeit, die bei Bedarf verlängert werden konnte. ÖVP-Wehrsprecher Ermacora bezeichnete das als gelungene Herstellung einer „Opfergleichheit".[2107]

Im Jahr 1990 begannen sich die künftigen Fronten deutlicher abzuzeichnen. Verbunden war die Zivildienstdiskussion dabei immer mit dem Konflikt um die Heeresreform, vor allem um die Dauer des Präsenzdienstes.[2108] Ab Anfang 1993 kam es zum offenen Kon-

[2105] Vgl. Kleine Zeitung, 15.12.1987. S.2.
[2106] Vgl. Die Presse, 30.3.1988. S.4.
Kleine Zeitung, 30.3.1988. S.2.
[2107] Vgl. Die Presse, 12.4.1988. S.4.
Kleine Zeitung, 28.4.1988. S.2.
Der Standard, 23.9.1988. S.5.
Der Standard, 7.10.1988. S.5.
[2108] Vgl. Der Standard, 21.2.1990. S.6.

flikt mit klaren Fronten: Die ÖVP wollte als Preis für die Abschaffung der Gewissensprüfung eine deutliche Verlängerung des Wehrersatzdienstes (von 8 auf 10 bis 11 Monate). Die SPÖ stimmte einer Verlängerung zwar zu, nur sollte diese eher symbolischer Natur, also wesentlich kürzer sein. Dabei konnte SPÖ-Zentralsekretär Marizzi auf das Koalitionsabkommen von 1990 hinweisen, in dem „vom Prinzip der Lastengleichheit zwischen Präsenzdienst und Zivildienst“[2109] ausgegangen wurde.[2110] Ziel der ÖVP war es hingegen, einen Lastenausgleich zu den erschwerten Lebensbedingungen (Stichwort: Kasernenleben) der Soldaten zu schaffen, dabei verwies man auch auf das Ausland mit größtenteils ähnlichen Verhältnissen.[2111] Recht überraschend kam dann die plötzliche Einigung zwischen Innenminister Löschnak und Verteidigungsminister Fasslabend am 27. März: Die Kommission zur Überprüfung der Gewissensnöte von Waffendienstverweigerern sollte fallen. An deren Stelle sollte ein Verwaltungsverfahren treten und der Wehrersatzdienst um 2 Monate (auf 10) verlängert werden. Ausgenommen von der Verlängerung sollten jedoch besonders belastende Einsätze (Alten- und Krankenpflege sowie in psychiatrischen Anstalten) sein. Für Zivildiener sollte es später nicht mehr möglich sein, Waffen für private Zwecke zu erhalten oder in waffenführende Wachkörper des Bundes aufgenommen zu werden.[2112]

Der auf Basis dieser Einigung vom Innenministerium erarbeitete Gesetzesvorschlag traf bei der ÖVP jedoch auf Ablehnung. Sie stieß sich vor allem an einer Formulierung, die ihrer Meinung nach dazu führen hätte können, dass der achtmonatige Zivildienst wieder zum Regelfall geworden wäre. Außerdem befand man die Regelung, welche Belastungen zu einer Verkürzung des Zivildienstes führen sollten, als zu ungenau. Stattdessen wollte man hier das Nachtschichtschwerarbeitergesetz als Vergleich heranziehen und/oder eine Expertenkommission einsetzen. Nicht enthalten war auch ein Passus, der bereits ausgehandelt worden war: Vor dem Eintritt in den Zivildienst hätte das Strafregister und der Besitz eines Waffenscheines überprüft werden sollen.[2113] In die Zeit zwischen Einigung und Fertigstellung der Gesetzesvorlage war freilich der Wiener SPÖ-Parteitag gefallen, auf dem ein Antrag angenommen worden war, den Zivildienst nicht zu verlängern.

In den nächsten Tagen verlief die Debatte auf persönlicher Ebene; Sachthemen traten in den Hintergrund. Fasslabend warf Löschnak den Bruch der Vereinbarung vor und vermu-

---

Die Presse, 7.11.1990. S.6.
Die Presse, 8.11.1990. S.6.

[2109] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1990. S.20.
[2110] Vgl. Die Presse, 19.2.1991. S.6.
[2111] Vgl. Die Presse, 20.2.1991. S.7.
[2112] Vgl. Die Presse, 28.3.1991. S.7.
[2113] Vgl. Die Presse, 8.7.1991. S.5.

tete als Grund dafür innerparteilichen Druck.[2114] Löschnak hingegen forderte Fasslabend auf, den Entwurf genau zu lesen und unterstellte ihm, von seinen Beratern gelenkt zu sein.[2115] In einer Verhandlungsrunde rüttelten Bundes- und Vizekanzler sowie der Finanz-, der Verteidigungs- und der Innenminister nicht mehr an den Eckpfeilern der Regelung und einigten sich schließlich am 1. Dezember über die Reform. Die Runde war notwendig geworden, nachdem die parlamentarischen Verhandlungen wegen Streits der beiden Koalitionsparteien abgebrochen worden waren und ein Gespräch der beiden Hauptkontrahenten ergebnislos geblieben war. Wie von der ÖVP verlangt, sollte eine Expertengruppe für das ganze Bundesgebiet eine einheitliche Regelung erarbeiten, welche Dienste 10 und welche 8 Monate zu dauern hätten. Die Regelung sollte befristet bis Ende 1993 gelten.[2116] Das Jahr 1992 verlief bezüglich des Zivildiensts ohne Konflikte. Die ÖVP beobachtete den rasanten Anstieg der Zivildieneranzahl jedoch mit Besorgnis.[2117] Im Jahr 1993 entschieden sich bereits 38 Prozent der Wehrpflichtigen für den Zivildienst, vor 1991 (in diesem Jahr wurde die Gewissenskommission außer Kraft gesetzt) waren es lediglich 6 Prozent gewesen.[2118]

Durch das Auslaufen der Regelung war somit für das Jahr 1993 ein Konflikt vorprogrammiert. Und er begann tatsächlich im März 1993 langsam auf Touren zu kommen. Zunächst waren aber nicht einmal die offiziellen Parteilinien klar, wobei natürlich die Tendenzen schon ersichtlich und aus der ersten Konfliktrunde bereits bekannt waren.[2119]

Der richtige Start war dann die Forderung von Vizekanzler und ÖVP-Parteiobmann Busek am 16. August, den Zivildienst auf 12 Monate zu verlängern, um die Funktionsfähigkeit des Bundesheeres zu gewährleisten. SPÖ-Zentralsekretär Marizzi reagierte darauf, indem er die Mängel im Ausbildungsbetrieb des Bundesheeres für dessen Unattraktivität verantwortlich machte. Gleichzeitig sprach er sich dagegen aus, dieses Problem mit der Verlängerung des Zivildienstes beheben zu wollen.[2120] Die ÖVP konterte mit einer Studie, die einen direkten Zusammenhang zwischen Dauer des Zivildienstes und Anzahl der Anträge herstellte, und dem Vergleich mit anderen Ländern. Außerdem befürchteten ihre Spitzenrepräsentanten zukünftige Engpässe bei der Rekrutierung. Als Ziel nannte der

---

[2114] Vgl. Die Presse, 31.7.1991. S.5.
[2115] Vgl. Die Presse, 1.8.1991. S.6.
[2116] Vgl. Der Standard, 2.12.1991. S.5.
Die Presse, 2.12.1991. S.5.
[2117] Vgl. Ermacora, Felix: Heeresreform – neu. S.578.
Die Presse, 20.11.1992. S.6.
[2118] Vgl. Hartmann, Klaus; Steyrer, Peter: Der Neue Zivildienst. S.468f.
[2119] Vgl. Der Standard, 17.3.1993. S.5.
Der Standard, 19.3.1993. S.6.
Die Presse, 20.3.1993. S.4.
[2120] Vgl. Der Standard, 17.8.1993. S.1.

Verteidigungsminister 20 Prozent Zivildienstanträge statt wie zum aktuellen Zeitpunkt etwa 30 Prozent.[2121] Den Status einer offiziellen ÖVP-Parteilinie erhielt die Forderung nach Verlängerung des Zivildienstes mit einem entsprechenden Beschluss des Parteivorstands am 6. September 1993.[2122] Sofort nach dem Bekanntwerden reagierte Bundeskanzler Vranitzky mit strikter Ablehnung.[2123] Der Ministerrat beauftragte Minister Fasslabend und Löschnak mit Verhandlungen.[2124]

Noch vor Beginn der Verhandlungen überraschte Innenminister Löschnak mit einer Zivildienstnovelle, die er ohne Absprache mit dem Koalitionspartner in Begutachtung schickte. Darin war eine Zivildienstdauer von zehn Monaten vorgesehen, allerdings sollte die Möglichkeit eines achtmonatigen Dienstes bei besonders belastender Tätigkeit wegfallen. Außerdem war eine Ausweitung der möglichen Tätigkeiten (auch für Umweltschutz und für Gedenkstätten) und damit verbunden eine Erhöhung der Zivildienstplätze vorgesehen.[2125] Am ersten Tag der offiziellen Verhandlungen präsentierte Verteidigungsminister Fasslabend seine Vorschläge für die Zivildienstreform:

- Verlängerung auf zwölf Monate (bei schwerer Belastung um zwei Monate kürzer)
- Streichung des Verpflegungsgeldes und Kürzung des Monatsgeldes auf Niveau der Grundwehrdiener
- Anwendung des Militärstrafrechts bei unerlaubter Abwesenheit
- Krankheitsbestätigungen nur mehr von Amtsärzten
- allgemeines Waffenverbot im Privatleben
- Möglichkeit der jederzeitigen Rücknahme des Zivildienstantrages[2126]

Aufgrund der Reaktionen aus der SPÖ war schnell klar, dass man sich auf einige Punkte rasch einigen könnte, da sich sogar SPÖ-Bundesgeschäftsführer Marizzi für die finanzielle Gleichstellung aussprach.[2127] Innenminister Löschnak deutete am 5. November einen klassischen Kompromiss an: die Verlängerung um einen Monat auf 11.[2128] Um den eigenen Standpunkt zu untermauern, legte Marizzi eine Umfrage vor, die auf keinen großen Effekt der ÖVP-Forderungen hindeutete; demnach hätten sich voraussichtlich nur wenige

[2121] Vgl. Der Standard, 18.8.1993. S.5.
Die Presse, 18.8.1993. S.1, 4.
[2122] Vgl. Die Presse, 7.9.1993. S.1, 7.
Der Standard, 7.9.1993. S.5.
[2123] Vgl. Die Presse, 7.9.1993. S.7.
[2124] Vgl. Der Standard, 8.9.1993. S.6.
[2125] Vgl. Die Presse, 17.9.1993. S.6.
Der Standard, 17.9.1993. S.4.
[2126] Vgl. Die Presse, 30.9.1993. S.6.
[2127] Vgl. Die Presse, 1.10.1993. S.7.
[2128] Vgl. Die Presse, 5.11.1993. S.6.

Männer (laut Studie 1.700) wegen der angestrebten Verlängerung für den Präsenzdienst statt für den Zivildienst entschieden. Daraus schloss er, dass eine Reform des Bundesheeres zielführender wäre.[2129]

Bei der ÖVP war keinerlei Bereitschaft erkennbar, von ihrem Standpunkt abzuweichen. Sowohl Zeit als auch Gesetzeslage arbeiteten für sie. Bis zum Jahresende musste man eine Novellierung durchbringen, anderenfalls hätte die Gewissenskommission wieder eingesetzt werden müssen, wodurch erfahrungsgemäß die Anzahl der Zivildiener wieder stark verkleinert worden wäre. Zwar wollte diese Lösung auch die ÖVP nicht, als Druckmittel war sie aber allemal gut. Knackpunkt blieb weiter die Dauer des Zivildienstes.[2130] Bei den anderen von der ÖVP geforderten Maßnahmen signalisierte SPÖ-Bundesgeschäftsführer Cap Verständnis und damit die Möglichkeit einer Einigung.[2131]

Vor der entscheidenden Verhandlungsrunde am 25. November war deren Scheitern bereits absehbar, da die ÖVP auch die von der SPÖ ins Spiel gebrachte einjährige Verlängerung des noch gültigen Provisoriums ablehnte. Sie argumentierte weiter, dass für die Rekrutierung der 38.000 jährlich benötigten Präsenzdiener maximal 6.000 und nicht wie durch die existierende Regelung 13.000 Männer den Zivildienst absolvieren dürften.[2132] Das letzte Angebot des Verteidigungsministers lautete, die Verlängerung zunächst auf zwei Jahre zu befristen. Tatsächlich endeten die Verhandlungen ergebnislos.[2133] Die Schuld für das Scheitern sah jede der beiden Parteien bei der anderen.[2134] Nun hoffte man noch auf ein Gipfelgespräch der beiden Parteichefs, wobei das feste Beharren auf dem jeweiligen Standpunkt die Erfolgsaussichten denkbar gering erscheinen ließ. Nicht verschwiegen werden sollte in diesem Zusammenhang, dass es in beiden Parteien auch einige wenige Gegner der offiziellen Linie gab, was die andere Partei jeweils erfreute, aber keinerlei Auswirkung auf die Verhandlungen hatte.

Für das am 30. November geplante Gipfelgespräch kündigte Vizekanzler Busek einen Kompromissvorschlag an, ohne dessen Inhalt auch nur anzudeuten.[2135] Erst nach der Verhandlungsrunde gelangte dieser an die Öffentlichkeit. Busek wollte eine flexible Dauer des Zivildienstes: Jahr für Jahr sollte auf Grundlage der Zahlen des Vorjahres festgelegt werden, wie lange der Zivildienst zu dauern habe. Bei einer niedrigen Anzahl an

---

[2129] Vgl. Der Standard, 10.11.1993. S.5.
[2130] Vgl. Die Presse, 16.11.1993. S.6.
[2131] Vgl. Der Standard, 20.11.1993. S.6.
[2132] Vgl. Der Standard, 25.11.1993. S.8.
[2133] Vgl. Die Presse, 26.11.1993. S.1, 6.
Der Standard, 26.11.1993. S.7.
[2134] Vgl. Der Standard, 27.11.1993. S.7.
Der Standard, 29.11.1993. S.1.
[2135] Vgl. Der Standard,.30.11.1993. S.5.

Präsenzdienern länger, bei einer genügend hohen kürzer. Begonnen werden sollte mit zwölf Monaten. Aus der SPÖ kam keine Zustimmung für das Modell. Bundesgeschäftsführer Cap bezeichnete es als nicht administrierbar. Außerdem wurden Bedenken über die Verfassungsmäßigkeit laut.[2136] Trotz des fehlenden Fortschritts setzte die Koalition angesichts der drohenden Gewissensprüfungskommission die Verhandlungen fort. Nun präsentierte die SPÖ einen neuen Vorschlag: Die Dauer des Zivildiensts wäre demnach bei zehn Monaten geblieben, jedoch mit der Möglichkeit, in Katastrophenfällen die Zivildiener im Ausmaß von 30 Tagen einzuberufen (ähnlich den Übungen von Soldaten).[2137] Der Vorschlag löste zwar keine sofortige Ablehnung des Koalitionspartners aus, brachte aber auch nicht die erhoffte Zustimmung. Unterdessen hatte man sich auf alle anderen Punkte der Zivildienstnovelle geeinigt. Das waren:

- Beschränkung des Waffenverbotes für Zivildiener auf 15 Jahre
- Ausbau der Disziplinarmaßnahmen statt der Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit
- Verkürzung der Frist für den Zivildienstantrag auf die Zeit bis einen Monat nach der Stellungskommission

Dabei hatte sich die ÖVP also mit ihren Forderungen weitgehend durchgesetzt. Flankierend plante die Regierung auch Verbesserungen für die Präsenzdiener:

- Taggelderhöhung von 1.800 auf 3.000 Schilling pro Monat
- Freifahrt in Uniform auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln
- flexible 5-Tage-Woche nach der Grundausbildung
- Ausweitung der Heimschläfer-Erlaubnis
- Überarbeitung der Dienstvorschriften
- Verbesserung der Unterkünfte und Freizeiteinrichtungen
- Vereinbarung über die Investitionen für bessere Ausrüstung
- Verpflichtende pädagogische Kurse für Ausbildner (Dauer: 14 Tage)[2138]

Als am 8. Dezember immer noch keine Einigung verkündet wurde, war klar, dass die Novelle nicht mehr rechtzeitig bis Jahresende vom Nationalrat beschlossen werden konnte.[2139] Um die alte Regelung (Gewissenskommission) in diesem Fall nicht wieder in Kraft treten zu lassen, sprachen beide Seiten bereits von rückdatierten Gesetzen. Für ei-

[2136] Vgl. Der Standard, 1.12.1993. S.5.
Kleine Zeitung, 1.12.1993. S.2.
Die Presse, 2.12.1993. S.8.
[2137] Vgl. Der Standard, 2.12.1993. S.1.
Neue Kronen Zeitung, 3.12.1993. S.3.
[2138] Vgl. Der Standard, 3.12.1993. S.7.
[2139] Vgl. Die Presse, 9.12.1993. S.6.

nen tatsächlichen Arbeitsbeginn dieser Kommission hätte man schließlich noch einige Monate Vorbereitungszeit benötigt.[2140] Ohne weitere Änderungen der Standpunkte verhandelten die beiden hauptbetroffenen Minister und auch die beiden Parteichefs weiter. Nun stellte wieder die ÖVP ein Kompromissmodell vor: Im folgenden Jahr sollte der Zivildienst 11 Monate dauern, sollten die Bewerberzahlen dadurch nicht im gewünschten Ausmaß zurückgehen, würde dann automatisch auf 12 Monate verlängert werden.[2141] Kurz vor Weihnachten schien in der SPÖ die Bereitschaft gegeben, einer Dauer von 11 Monaten zuzustimmen, die mögliche Verlängerung lehnte sie jedoch ab, vor allem weil sie automatisch und damit auch ohne Zustimmung der SPÖ in Kraft treten sollte.[2142] Auf dieser Bestimmung beharrte wiederum der Verteidigungsminister. Nun schien es, als ob man ein Provisorium schaffen und damit die Diskussion auf das nächste Jahr verschieben würde. [2143] Nach einer kurzen Weihnachtspause nahm die Koalition die Verhandlungen am 30. Dezember wieder auf. Am 4. Jänner 1994 hieß es erneut, die Verhandlungen seien geplatzt, und dennoch wurde weiterverhandelt.[2144]

Am 11. Jänner erzielten SPÖ und ÖVP schließlich eine Einigung. Diese bestand aus der Verlängerung des Zivildienstes mit 1.1.1994 auf 11 Monate (bzw. wahlweise 10 Monate plus 30 Tage Übungen in den beiden Folgejahren) und der Option auf Verlängerung ab 1995, wenn zwischen 1. Mai und 31. Oktober mehr als 3.000 Zivildienstanträge eingebracht und vom Innenministerium anerkannt würden (im gesamten Vorjahr waren es 14.000). Die Regelung sollte wiederum als Provisorium bis Ende 1995 gelten. Danach hätte – bei keiner weiteren Novellierung – wieder die Gewissensprüfungskommission ihre Arbeit aufnehmen müssen.[2145] Die beiden Verhandlungspartner zeigten sich zumindest in der Öffentlichkeit zufrieden über ihren Kompromiss.[2146] Innerhalb der SPÖ gab es aber auch Widerstand gegen die Regelung. Der SPÖ-Nationalratsabgeordnete Peter Keppelmüller kündigte an, gegen den Kompromiss zu stimmen, und forderte die anderen SPÖ-Mandatare auf, ihm zu folgen.[2147] Nur wenige Tage später verabschiedete der steiri-

[2140] Vgl. Die Presse, 14.12.1993. S.7.
Der Standard, 15.12.1993. S.7.
[2141] Vgl. Die Presse, 16.12.1993. S.7.
Der Standard, 16.12.1993. S.5.
Der Standard, 17.12.1993. S.9.
Der Standard, 21.12.1993. S.7.
[2142] Vgl. Die Presse, 23.12.1993. S.6.
Die Presse, 24.12.1993. S.1.
[2143] Vgl. Die Presse, 24.12.1993. S.7.
[2144] Vgl. Die Presse, 5.1.1994. S.1, 7.
Der Standard, 5.1.1994. S.6.
[2145] Vgl. Hartmann, Klaus; Steyrer, Peter: Der neue Zivildienst. S.469ff.
[2146] Vgl. Der Standard, 12.1.1994. S.1, 6.
Die Presse, 13.1.1994. S.7.
[2147] Vgl. Der Standard, 14.1.1994. S.5.

sche SPÖ-Vorstand eine ähnliche Erklärung.[2148] Der Nationalrat beschloss das Gesetz dennoch am 4. Februar. (Der Abgeordnete Keppelmüller verließ den Plenarsaal.)[2149] Im November desselben Jahres einigte sich die koalitionsinterne Arbeitsgruppe für Sicherheit darauf, im Wesentlichen die Regeln des geltenden Zivildienst-Provisoriums zur Dauerlösung zu machen und damit die Kommission zur Prüfung der Gewissensgründe definitiv abzuschaffen.[2150] Die Detailverhandlungen gingen aber weiter. Einen neuerlichen Versuch für eine endgültige Einigung gab es im Mai 1995. Nun wollte Innenminister Einem gegen den Willen von Verteidigungsminister Fasslabend die Möglichkeit schaffen, auch fünf Jahre (nicht wie bisher ein Monat) nach Erhalt des Tauglichkeitsbescheides den Zivildienst zu wählen.[2151] Es existierte jedoch noch ein weiteres Problem: Für jegliche Änderung oder auch für die bloße Verlängerung des Provisoriums war eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Nationalrat, also die Unterstützung von mindestens einer Oppositionspartei erforderlich. Doch von keiner war das zu erwarten, womit erst recht wieder die Gewissenskommission drohte. Bei einer Sondersitzung des Nationalrates am 13. November 1995 brachten SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne jeweils unterschiedliche Anträge ein.[2152] In der Sitzung vom 17. November beschloss der Nationalrat mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit (auf Antrag von SPÖ und ÖVP), das Provisorium um ein Jahr zu verlängern, um die drohende automatische Wiedereinführung der Gewissenskommission zu verhindern.[2153] Dabei wechselten die Vorwürfe die Seiten, der jeweils andere habe eine bessere, dauerhafte Lösung verhindert. Der SPÖ-Abgeordnete Anton Gaal bezichtigte die ÖVP, jegliche Verbesserung für Zivildiener verhindern zu wollen.[2154] Karl Maitz von der ÖVP warf dem Koalitionspartner im Allgemeinen und Innenminister Einem im Speziellen vor, „unter mißbräuchlicher Verwendung der Anliegen der Zivildiener die stille Abschaffung der Wehrpflicht“[2155] zu betreiben.

Nach geschlagener Nationalratswahl am 17. Dezember 1995 und mit der wieder errungenen Zwei-Drittel-Mehrheit einigten sich SPÖ und ÖVP in den Koalitionsverhandlungen erstaunlich rasch auf eine Lösung: Die Dauer des Zivildienstes legten sie mit 12 Monaten fest, dafür erhielt jeder Zivildiener zwei Wochen Urlaub. Der Antrag auf Ableistung des Zivildienstes sollte von nun an bis einen Tag vor dem Einberufungsbefehl möglich

[2148] Vgl. Die Presse, 18.1.1994. S.1.
[2149] Vgl. Der Standard, 5.2.1994. S.6.
[2150] Vgl. Die Presse, 4.11.1994. S.7.
[2151] Vgl. Die Presse, 24.5.1995. S.6.
[2152] Vgl. Der Standard, 14.11.1995. S.4.
[2153] Stenographische Protokolle des Nationalrates 57/NRSITZ (XIX. GP). S.612.
[2154] Vgl. Gaal, Anton. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 57/NRSITZ (XIX. GP). S.605.
[2155] Maitz, Karl. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 57/NRSITZ (XIX. GP). S.594.

sein.[2156] Das war eine Grundsatzerklärung, jedoch noch kein Gesetzesbeschluss und damit war noch Potential für Konflikte vorhanden. Tatsächlich zeigte sich Verteidigungsminister Fasslabend erbost, als Innenminister Einem ohne ihn zu konsultieren einen Entwurf in Begutachtung schickte. Dabei war das Hauptproblem, ob der Zivildienst und damit verbunden der Präsenzdienst auch nach dem Studium absolviert werden dürfte oder nicht. Das war überwiegend ein finanzielles Problem, da mit höherem Alter die Ausgaben des Staates für zum Beispiel Wohnungs- oder Familienunterhalt anstiegen. Einem wollte den Jugendlichen diese Wahlmöglichkeit zugestehen, Fasslabend nicht.[2157] Am 30. Oktober 1996 drohte SPÖ-Klubobmann Kostelka unverhohlen mit der Wiedereinführung der Gewissensprüfung, sollte die ÖVP den Bedingungen der SPÖ nicht zustimmen. Zu diesem Zeitpunkt gab es bereits kaum mehr strittige Punkte. Die SPÖ wollte lediglich zusätzlich eine Ausweitung des Einsatzgebietes auf Umweltschutz und Kinderbetreuung und mindestens sechs Monate Entscheidungsfrist nach Erhalt des Stellungsbescheides.[2158]

Auf der Regierungsklausur vom 12. November gelang schließlich der Durchbruch. Bei den letzten offenen Punkten hatte man sich wie folgt geeinigt:

- Zeit für den Antrag auf Ableistung des Zivildienstes: mindestens 6 Monate nach der Tauglichkeitsprüfung, längstens aber bis zwei Tage vor dem Einberufungsbefehl
- Möglichkeit begonnene Ausbildung abzuschließen, dann (z.B. vor Studium) definitive Einberufung
- Umentscheidung auch nach abgeleistetem Präsenzdienst möglich (d.h. bis vor der Einberufung zu Übungen)
- Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten auf Dienste für Justizanstalten, Betreuungshilfe für Schubhäftlinge und Gesundheitsvorsorge[2159]

15.2 Ausländer

In den ersten Jahren der Großen Koalition spielte das „Ausländer-Thema“ keine bedeutende Rolle in der Regierungsarbeit. Im Juni 1990 verursachten Wortmeldungen der bei-

[2156] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Koalitionsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1996. S.38.
Die Presse, 19.2.1996. S.1.
Der Standard, 19.2.1996. S.5.
[2157] Vgl. Die Presse, 3.8.1996. S.7.
Der Standard, 19.10.1996. S.6.
[2158] Vgl. Die Presse, 31.10.1996. S.7.
Der Standard, 9.11.1996. S.10.
[2159] Vgl. Der Standard, 13.11.1996. S.5.
Die Presse, 13.11.1996. S.7.

den SPÖ-Zentralsekretäre einen Streit. Josef Cap forderte, die Visumpflicht für Polen einzuführen, wogegen sich die ÖVP sofort aussprach. Von Bundeskanzler Vranitzky kam vorsichtige Zustimmung, auch wenn er diese Maßnahme erst nach Ausschöpfung anderer Mittel anwenden wollte. Am selben Tag formulierte der zweite SPÖ-Zentralsekretär, Peter Marizzi, seine Forderung nach restriktiver Einwanderungspolitik mit den Worten „Das Boot ist voll". Vizekanzler Riegler erklärte seine Bestürzung über diese Aussage, die jedoch auch nahezu die gesamte SPÖ-Spitze zurückwies.[2160] Ende August war die Visa-Pflicht für Polen bei zu geringer Wirkung anderer Maßnahmen zur offiziellen Forderung der SPÖ geworden.[2161] Nur wenige Tag später sah sie offenbar keine andere Möglichkeit mehr und verlangte vom Koalitionspartner die Zustimmung. Vor allem Wissenschaftsminister Busek wehrte sich dagegen, stimmte im Ministerrat dann aber wie auch die anderen ÖVP-Minister zu.[2162]

Im Jahr 1992 arbeitete die Regierung an einem „Niederlassungsgesetz", das sie mit 1. Jänner 1993 in Kraft treten lassen wollte. Nach der Vorlage des ersten Entwurfes durch Innenminister Löschnak präsentierte die ÖVP ihre Änderungsvorhaben:

- Altersgrenze für Einwanderer von 45 Jahren (Ausnahmen nur bei besonders gesuchten Qualifikationen)
- eine Saisonarbeiterregelung für eine Aufenthaltsdauer bis zu einem halben Jahr (zusätzlich zur Gastarbeiterregelung mit einer Aufenthaltsbewilligung von einem ganzen Jahr)
- Verhältnis Gastarbeiter zu Saisonniers von 8:2
- Mitsprache der Landeshauptleute bei der Quotenregelung
- Möglichkeit einer einjährigen Nullquote für besonders belastete Bundesländer
- keine automatische Niederlassungsbewilligung für legal beschäftigte Ausländer (außer wenn die vorherige Aufenthaltsgenehmigung noch mindestens ein Jahr gültig ist)
- vorhandener Wohnraum in „ortsüblichem" Ausmaß als Voraussetzung für die Einwanderungsbewilligung
- Differenzierung beim „Sichtvermerk", um durch ausländische Lehrlinge und Studenten strukturelle Entwicklungshilfe leisten zu können[2163]

[2160] Vgl. Der Standard, 6.6.1990. S.1.
Die Presse, 6.6.1990. S.1.

[2161] Vgl. Die Presse, 31.8.1990. S.7.

[2162] Vgl. Der Standard, 5.9.1990. S.1.
Kleine Zeitung, 5.9.1990. S.2.

[2163] Vgl. Der Standard, 21.3.1992. S.7.
Die Presse, 21.3.1992. S.4.

Von außen nahm FPÖ-Obmann Haider Einfluss auf die Diskussion. Vor allem als er einen Sonderausschuss des Nationalrates zum Ausländerthema beantragte und bei einer Ablehnung dieses Wunsches mit einem Volksbegehren über seine Vorstellungen drohte. SPÖ, ÖVP und Grüne stimmten den Antrag in einer Präsidiumssitzung dennoch nieder.[2164] Die ÖVP signalisierte aber, einlenken zu wollen, um das drohende Volksbegehren abzuwenden. In der SPÖ gab Parteiobmann Vranitzky die harte ablehnende Haltung vor, wofür ihn ÖVP-Chef Busek und der zweite Nationalratspräsident Neisser (ÖVP) heftig kritisierten.[2165] Zwei Tage nach der Ablehnung eines Sonderausschusses durch die Präsidiale des Nationalrates kündigte die ÖVP an, die Einsetzung eines ständigen Unterausschusses des Innenausschusses zur Vollziehung der Ausländergesetze in einem Initiativantrag zu beantragen, und tat dies auch. Die SPÖ reagierte verärgert. Die FPÖ signalisierte ihre Zustimmung, was durch die schwarz-blaue Mehrheit im Innenausschuss besondere Brisanz hatte. Von dem geplanten Ausländervolksbegehren wollte FPÖ-Chef Haider dennoch nicht abrücken.[2166] Kurz darauf qualifizierte Haider die Idee wieder als untauglich.[2167] Trotz der ersten scharfen Ablehnung der SPÖ waren beide Seiten versucht, in vertraulichen Gesprächen eine einvernehmliche Lösung zu finden.[2168] Da das Volksbegehren aber ohnehin nicht mehr abzuwenden war, verfolgten die Koalitionsparteien die Idee schließlich nicht mehr weiter.

Im Sommer 1994 kam es zu einem Streit zwischen Wissenschaftsminister Busek und Innenminister Löschnak. Busek wollte ausländische Studenten nicht in die festgelegte Ausländerquote einrechnen, da diese mit dem Arbeitsmarkt nicht in Verbindung standen. Der Innenminister lehnte das Ansinnen mit dem Argument ab, dass Ausländer sich dann vermehrt als Studenten ausgeben würden.[2169] Unterstützung erhielt er dabei von SPÖ-Bundesgeschäftsführer Cap, der von Busek eine Konkretisierung der Vorstellungen forderte und die Aufnahmefähigkeit der Universitäten bezweifelte.[2170] Am 17. August einigten sich die beiden Kontrahenten darauf, für Studenten eine eigene Quote einzuführen.[2171]

[2164] Vgl. Der Standard, 12.11.1992. S.1.
[2165] Vgl. Die Presse, 10.11.1992. S.1.
Der Standard, 13.11.1992. S.7.
[2166] Vgl. Die Presse, 14.11.1992. S.1.
Der Standard, 14.11.1992. S.6.
[2167] Vgl. Die Presse, 18.11.1992. S.4.
[2168] Vgl. Die Presse, 17.11.1992. S.5.
[2169] Vgl. Der Standard, 29.7.1994. S.5.
[2170] Vgl. Die Presse, 30.7.1994. S.6.
[2171] Vgl. Die Presse, 18.8.1994. S.1.
Der Standard, 18.8.1994. S.5.

Im Wahlkampf für die Nationalratswahl im Oktober 1994 sprach sich Innenminister Löschnak, unterstützt von seiner Partei, für die Schaffung einer eigenen Grenzschutztruppe in seinem Zuständigkeitsbereich aus. Die ÖVP lehnte mit Verweis auf die geschätzten Kosten in Milliardenhöhe (Schilling) und praktische Gründe (ausgesprochen eintöniger und damit psychisch belastender Dienst) ab.[2172] Löschnak selbst bezifferte die Kosten für eine 5.000 Mann starke Truppe hingegen mit 600 bis 700 Millionen Schilling jährlich und wies auf frühere, seinen Aussagen entsprechende Forderungen von ÖVP-Politikern hin.[2173]

Im Oktober des Jahres 1995, als sich das Scheitern der Budgetverhandlungen abzuzeichnen begann und die Stimmung innerhalb der Koalition bereits sehr gereizt war, konnte man die Spannungen auch in der Diskussion über die Änderung des Ausländergesetzes spüren. Als Innenminister Einem ankündigte, sein Integrationspaket in den parlamentarischen Unterausschuss zu bringen, drohte die ÖVP, den Ausschuss in diesem Fall zu verlassen, da die Neuerungen nicht mit ihr abgesprochen waren. Vor allem stieß sich die ÖVP in Person ihres Sicherheitssprechers Kiss an der Aufhebung der Quadratmetergrenze (Mindestmaß an Wohnraum) und daran, dass Asylwerbende ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht erhalten sollten. Auch dass Ausländer nach acht Jahren Aufenthalt nur mehr bei einer mehr als zweijährigen Haftstrafe ausgewiesen werden könnten, lehnte die Volkspartei ab.[2174] In den daraufhin anberaumten Gesprächen legten die Kontrahenten nur mehr ihre Standpunkte dar, wobei die ÖVP zusätzlich die Erleichterungen im Asylverfahren ablehnte, da sie eine starke Zunahme der Flüchtlingszahlen befürchtete.[2175] Die weiteren Wahlkampfdiskussionen zum Ausländerthema brachten keine weiteren inhaltlichen Konflikte zu Tage. Die Einigung auf die Änderungen kam allerdings erst nach den Wahlen und nach dem erfolgreichen Abschluss der Koalitionsverhandlungen, bei denen das Thema bereits eine Rolle gespielt hatte, im Mai 1996 zustande.[2176] Sie enthielt folgende Punkte:

- Reduktion der Quote für neue ausländische Arbeitskräfte
- Erleichterung des Familiennachzugs (der Großteil der Aufenthaltsgenehmigungen sollte dafür reserviert werden)
- Verpflichtung für Unternehmer, den von ihnen angestellten Ausländern ausreichenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen

[2172] Vgl. Der Standard, 23.8.1994. S.5.
[2173] Vgl. Der Standard, 29.8.1994. S.4.
[2174] Vgl. Der Standard, 4.10.1995. S.8.
[2175] Vgl. Die Presse, 7.10.1995. S.7.
[2176] Vgl. Sohler, Karin: Zur Neuformulierung der Politik der Inneren Sicherheit. S.61.

- Entzug der Aufenthaltsbewilligung nach acht Jahren in Österreich nur mehr bei schwerwiegenden Delikten (hier hatte sich die SPÖ durchgesetzt); Ausnahme für in Österreich aufgewachsene Kinder
- vorläufiges Aufenthaltsrecht und Unterbringung in Bundesbetreuung für Asylsuchende[2177]

Infolge der Ablehnung der Gesetzesvorlage durch die Bundesländer und Sozialpartner (wegen der Bestimmungen über den Familienzuzug und die Abstimmung von Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung) musste wieder neu verhandelt werden.[2178]

Am 2. Oktober 1996 eröffnete die ÖVP eine neue Front in der Debatte, als sie im Parlament einen Antrag einbrachte, dessen Annahme strengere Regeln für die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft mit sich gebracht hätte. Demnach sollte ein 15-jähriger Hauptwohnsitz (statt 10 Jahren), eine gewisse Sprachbeherrschung, sowie Kenntnisse aus der Geschichte, dem Rechtssystem, der Verfassung und der Kultur Voraussetzung für die Erteilung der Staatsbürgerschaft sein. Zuvor sollten die Bewerber Integrationsschulungen besuchen. Die Erstreckung der Staatsbürgerschaft auf Ehepartner sollte nicht mehr automatisch erfolgen.[2179] SPÖ-Klubobmann Kostelka bezichtigte daraufhin den Hauptproponenten der ÖVP in der Ausländerpolitik, Andreas Khol, des Rechtsrucks und verballhornte die Integrationsschulungen als Goldhaubenstickkurse.[2180]

Zwei Tage später formulierte Khol seine Forderungen neu. Dabei klangen seine Vorstellungen bezüglich der Mindestaufenthaltsdauer für die Staatsbürgerschaft anders. Die 10-Jahres-Frist sollte als Mindestanforderung beibehalten, jedoch nach 14 statt wie bisher nach 30 Jahren die Staatsbürgerschaft zwingend verliehen werden.[2181]

Ab Februar zeichnete sich eine Verringerung der Ausländerquoten ab. Der neue, in diese Richtung arbeitende Innenminister Schlögl erhielt dafür ausdrückliches Lob von ÖVP-Klubobmann Khol. Gleichzeitig forderte dieser aber eine Senkung der Neuaufnahmen auf 4.100, wobei davon auf den Familienzuzug 2.500 Bewilligungen fallen sollten (bisher 10.000); 1.600 Bewilligungen sollten für sogenannte Schlüsselarbeitskräfte reserviert sein. Khol begründete die Forderung nach diesen Verschärfungen mit der Tatsache, dass durch das neue Gesetz Manager, Pensionisten und Studenten nicht mehr eingerechnet würden. Mit der Aufenthaltserlaubnis sollte aber nach den Vorstellungen Khols gleichzeitig eine Beschäftigungsbewilligung verbunden sein.[2182]

[2177] Vgl. Die Presse, 13.5.1996. S.6.
[2178] Vgl. Der Standard, 7.8.1996. S.4.
[2179] Vgl. Die Presse, 3.10.1996. S.6.
[2180] Vgl. Der Standard, 4.10.1996. S.5.
[2181] Vgl. Der Standard, 5.10.1996. S.6.
[2182] Vgl. Der Standard, 13.2.1997. S.1.

Die Verhandlungen über die Novellierung des Gesetzes fanden hauptsächlich abseits der Öffentlichkeit statt. Der Innenminister ließ aber durchblicken, dass er eine höhere Quote für den Familienzuzug anstrebte als die ÖVP, ohne diese aber mit einer automatischen Arbeitserlaubnis verbinden zu wollen.[2183] Einig waren sich die beiden Parteien relativ schnell darüber, in der Quote ausschließlich Platz für Schlüsselarbeitskräfte, Familienzuzug und sonstige Arbeitskräfte einzuberechnen, wobei der Anteil der letztgenannten Kategorie nahezu gegen null gehen sollte. Arbeitslose Ausländer sollten bei dreimaliger Ablehnung von zumutbarer Arbeit abgeschoben werden können. Für Ausländer mit Aufenthaltsbewilligung wollte man die Frist bis zur Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis von fünf auf zwei Jahre verkürzen. Durch Heirat eines Österreichers sollte man automatisch eine Aufenthaltsbewilligung bekommen.[2184]

Streit gab es jedoch noch über die exakte Höhe der Quoten. Die SPÖ setzte gegen die von der ÖVP vorgeschlagene Zahl von 2.500 für Familienzuzug einen Wert zwischen 7.000 und 8.000.[2185] Am 12. März verkündete die Regierung schließlich eine Einigung.[2186] Diese war jedoch auf Gebieten erzielt worden, bei denen es ohnehin keine wesentlichen inhaltlichen Differenzen mehr gegeben hatte, die also nur mehr detailliert ausgearbeitet worden waren. Bei der Frage nach der Höhe der Familienzuzugsquote verschob man die definitive Festlegung auf später, hier waren die unterschiedlichen Standpunkte gleich geblieben.[2187]

Parallel zu den Verhandlungen über das neue Fremdengesetz gab es auch noch Uneinigkeit über die Form der Unterstützung von rückkehrwilligen bosnischen Flüchtlingen. Während die SPÖ unter Bundeskanzler Klima Geldbeträge zur Verfügung stellen wollte, präferierte die ÖVP unter Vizekanzler Schüssel die Verteilung von Schecks für Sachleistungen.[2188]

Im November 1997 erneuerte ÖVP-Klubobmann Khol seine Forderung nach einer Novelle des Staatsbürgerschaftsgesetzes. Sie sollte eine Überprüfung der sprachlichen Grundkenntnisse, der österreichischen Geschichte, der Bürgerrechte und –pflichten, sowie Kenntnisse der Behörden bringen. Der frühere Innenminister Einem hatte sich in diesem Zusammenhang keinerlei Tests oder verpflichtende Kurse vorstellen können,

---

Die Presse, 13.2.1997. S.6.

[2183] Vgl. Der Standard, 15.2.1997. S.6.

[2184] Vgl. Der Standard, 3.3.1997. S.2.

[2185] Vgl. Der Standard, 4.3.1997. S.7.
Der Standard, 12.3.1997. S.5.

[2186] Vgl. Die Presse, 13.3.1997. S.7.

[2187] Vgl. Der Standard, 15.3.1997. S.1, 6.

[2188] Vgl. Der Standard, 4.3.1997. S.7.
Der Standard, 25.3.1997. S.6.

sondern höchstens ein Gespräch mit Beamten, um Grundkenntnisse der deutschen Sprache zu überprüfen.[2189] Nach vier Monaten ohne öffentliche Diskussion stimmte der neue Innenminister Schlögl der von der ÖVP geforderten Sprachprüfung zu, lehnte aber weiterhin den Wunsch nach der Landeskunde-Prüfung ab. Gleichzeitig wurden jedoch noch andere Meinungsverschiedenheiten offenbar. So wollte der Innenminister die reguläre Frist für die Verleihung der Staatsbürgerschaft von 10 auf 8 Jahre verkürzen und die für besonders berücksichtigungswürdige Fälle auf 4 bis 6 Jahre festsetzen. Der Verhandlungsführer der ÖVP, Andreas Khol, trat für die Belassung der 10-Jahres-Frist und für eine Verlängerung der Frist für vorzeitige Einbürgerungen auf sieben Jahre ein. Auch die vom Innenminister überlegte Doppelstaatsbürgerschaft für Jugendliche der zweiten oder dritten Generation lehnte Khol strikt ab.[2190] Am 5. Mai 1998 zeichnete sich ein klassischer Kompromiss als Verhandlungsergebnis ab. Die Fristen der Einbürgerung sollten demnach, wie es dem Wunsch der ÖVP entsprach, nicht verkürzt werden, dafür verzichtete sie auf die Kenntnisse der Landeskunde.[2191] Die endgültige Einigung erfolgte am 6. Mai:

- Kenntnis der deutschen Sprache als Voraussetzung für den Erwerb der Staatsbürgerschaft (Nachweis durch Sprachzeugnis oder Gespräch mit einem Beamten unter Berücksichtigung der Lebensumstände)
- Rechtsanspruch auf die Staatsbürgerschaft weiterhin erst ab 30 Jahren Aufenthalt in Österreich, bei besonders starker Integration bereits nach 15 Jahren
- früheste Einbürgerung nach 10 Jahren Hauptwohnsitz in Österreich
- bei Vorliegen von bestimmten, genau aufgezählten Gründen vorzeitige Einbürgerung bei Minderjährigen ab 4, bei Erwachsenen ab 6 Jahren
- bei außerordentlichen Leistungen Möglichkeit durch Beschluss der Bundesregierung eingebürgert zu werden
- eine dreimonatige (bisher sechsmonatige) unbedingte Haftstrafe schließt Einbürgerung aus
- keine Vereinfachung für Doppelstaatsbürgerschaften[2192]

[2189] Vgl. Die Presse, 20.11.1997. S.1.
[2190] Vgl. Die Presse, 17.3.1998. S.1.
Der Standard, 17.3.1998. S.7.
[2191] Vgl. Die Presse, 6.5.1998. S.7.
[2192] Vgl. Die Presse, 7.5.1998. S.8.
Der Standard, 1.7.1998. S.7.

15.3 Grenzschutz

Den ersten Vorschlag, eine eigene Grenzschutztruppe aufzubauen, formulierte Innenminister Löschnak (SPÖ) im Herbst 1990. Der Koalitionspartner lehnte diese „Privatarmee des Innenministers" jedoch sofort strikt ab.[2193]

Im Sommer 1994, also bereits im Wahlkampf zur nächsten Nationalratswahl im November, bezeichnete die SPÖ die Grenzsicherung und Grenzverteidigung als zukünftig gegenüber der Gesamtraumverteidigung vorrangige Aufgaben des Bundesheeres und forderte eine dementsprechende Organisation, Gliederung und Ausrüstung.[2194] Nur wenige Wochen später ließ jedoch Innenminister Löschnak (SPÖ) mit der Forderung nach einer eigenen Grenzschutztruppe aufhorchen. Verteidigungsminister Fasslabend zeigte sich mit Hinweis auf dadurch entstehende Kosten in Milliardenhöhe ablehnend. Der Sicherheitssprecher der ÖVP, Paul Kiss, unterstützte den Vorschlag, blieb damit aber in seiner Partei alleine.[2195] Im September desselben Jahres sprach sich die ÖVP nach Vorliegen eines konkreten Konzeptes, das von Finanzminister Lacina und Innenminister Löschnak ausgearbeitet worden war, plötzlich für die Einsetzung einer Grenzpolizei aus. Der Grund dafür war, dass nicht wie ursprünglich kolportiert ein neuer Wachkörper geschaffen werden sollte, sondern ein „Grenzdienst der Bundesgendarmerie" vorgesehen war. Damit entsprach der Plan laut ÖVP-Chef Busek den langjährigen Forderungen der ÖVP.[2196]

Erneut begann eine Diskussion über den Grenzschutz im Jahr 1996 nach der Forderung von ÖVP-Klubchef Khol, den bisher auf das Burgenland beschränkten Assistenzeinsatz des Bundesheeres[2197] auch auf Niederösterreich auszudehnen. Dieses Ansinnen lehnte Innenminister Einem ab, da er sachlich keine Rechtfertigung dafür erkennen konnte und aus seiner Sicht der Grenzschutz keine militärische Aufgabe darstellte.[2198] Der niederösterreichische Landeshauptmann Pröll (ÖVP) machte sich für den Einsatz in seinem Bundesland stark. Die Befürworter im Verteidigungsministerium konnten zudem auf eine entsprechende Passage im Koalitionsabkommen hinweisen, die einen solchen Einsatz

---

[2193] Vgl. Die Presse, 3.10.1990. S.6.

[2194] Vgl. Die Presse, 24.6.1994. S.7.

[2195] Vgl. Der Standard, 23.8.1994. S.5.
Die Presse, 23.8.1994. S.6.
Der Standard, 24.8.1994. S.5.
Die Presse, 24.8.1994. S.1.

[2196] Vgl. Die Presse, 16.9.1994. S.6.
Die Presse, 17.9.1994. S.6.

[2197] Seit September 1989 sicherte das Österreichische Bundesheer im Rahmen eines Assistenzeinsatzes die österreichischen Ost-Außengrenzen zu Ungarn und der Slowakei. (Das Einsatzgebiet beschränkte sich zunächst auf einen Teil der burgenländischen Grenze.)

[2198] Vgl. Die Presse, 5.11.1996. S.1.

vorsah.[2199] Am 12. November 1996 erfolgte die Einigung zwischen den beiden Parteien mit Hilfe eines klassischen Kompromisses. Statt der Ausweitung des Assistenzeinsatzes auf Niederösterreich beschloss die Regierung, die Truppen im Burgenland um 400 Präsenzdiener aufzustocken, wodurch mehr Grenzgendarmen für Niederösterreich frei werden sollten. Zusätzlich sagte man noch Hubschrauber-Kontrollflüge zu.[2200]

15.4 Sicherheitspolizeigesetz

Die sogenannte „Spitzelaffäre" brachte die Arbeiten an einem neuen Sicherheitspolizeigesetz in die öffentliche Diskussion. Die Staatspolizei hatte von 1983 bis 1985 über rund 60.000 Bürger Akten angelegt. Das Bekanntwerden dieser Tatsache brachte Innenminister Löschnak die Kritik der Opposition und auch der ÖVP ein, sein Ministerium nicht im Griff zu haben. Er verteidigte sich mit dem Hinweis auf seine Vorbereitungen für ein neues Polizeibefugnisgesetz.[2201] Der kleine Koalitionspartner beschuldigte Innenminister Löschnak, sein Versprechen, bei der Stapo für Ordnung zu sorgen, nicht eingehalten zu haben. Außerdem forderte die ÖVP, die betroffenen Bürger zu informieren, ihnen Einblick in die über sie angelegten Akten zu gewähren und diese anschließend unter parlamentarischer Kontrolle zu vernichten. Bundeskanzler Vranitzky lehnte dieses Ansinnen ab. Außerdem wollte die ÖVP einen Unterausschuss des Innenausschusses zur Kontrolle der Stapo einrichten.[2202] Auch der Innenminister weigerte sich zunächst, die Bespitzelten zu informieren, änderte aber rasch seine Meinung. Er ließ einen Telefonservice einrichten, bei dem sich Anrufer erkundigen konnten, ob über sie Stapo-Akten angelegt worden waren. Wenn dem so war, erhielten sie eine schriftliche Information und die Möglichkeit, in diese Akten Einsicht zu nehmen. Bei besonders heiklen Fällen sollte eine unabhängige Kommission darüber entscheiden, ob den Betroffenen diese Möglichkeit verwehrt werden sollte.[2203]

Das Sicherheitspolizeigesetz sollte eine parlamentarische Kontrolle der Stapo gewährleisten und deren Aufgabenbereiche und Kompetenzen regeln. Der Ministerrat nahm den vom Innenministerium ausgearbeiteten Entwurf für das Gesetz an. Nun sollte diese Vorlage trotz schwerer Bedenken des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes den parlamentarischen Weg über den Innenausschuss bis zur Beschlussfassung im Plenum ge-

---

[2199] Vgl. Der Standard, 9.11.1996. S.10.
Bundespressedienst (Hg.): Koalitionsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1996. S.37.
[2200] Vgl. Die Presse, 13.11.1996. S.6.
[2201] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 131/NRSITZ (XVII. GP). S.15486-18489.
Der Standard, 1.3.1990. S.1.
[2202] Vgl. Die Presse, 2.3.1990. S.5.
[2203] Vgl. Kleine Zeitung, 3.3.1990. S.2.

hen. Auf dieser Reise stoppte ihn allerdings die ÖVP. Ihre Vertreter im Innenausschuss[2204] sprachen sich (gemeinsam mit den Grünen) aufgrund schwerwiegender Bedenken für eine tiefer gehende Diskussion des Gesetzes hinsichtlich seiner Anwendung aus.[2205] Die ÖVP-Vertreter forderten den Innenminister zwar auf, rasch eine praktikable neue Vorlage zu liefern, es war aber klar, dass eine Beschlussfassung in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr möglich war, stand doch die Nationalratswahl am 7. Oktober des Jahres an.[2206] Auch aufgrund dieser zeitlichen Nähe wurden Vermutungen laut, dass die Ablehnung der ÖVP aus wahltaktischen Gründen erfolgt war. Sie sollte schlichtweg dem „roten" Innenminister den Erfolg nicht gegönnt haben. Ein Beweis dieser Vermutung ist allerdings nicht gelungen.[2207] In den weiteren Verhandlungen attestierte der Grüne-Abgeordnete Peter Pilz den beiden Koalitionspartnern ein grundsätzlich unterschiedliches Verständnis des Begriffes „Sicherheit". Bei der SPÖ (und bei der FPÖ) war das seiner Interpretation nach eine „nicht näher bestimmte allgemeine Sicherheit", bei den anderen (hier nannte er explizit die Grünen, implizit durch die Verwendung des Plurals aber auch die ÖVP) „ein subjektives Recht auf Schutz"[2208].
Am 2. Oktober 1992 beschlossen die Regierungsparteien das Sicherheitspolizeigesetz ohne jegliche Nebengeräusche. Es trat mit 1.Mai 1993 in Kraft.[2209]

Mit der jahrelangen erfolglosen Suche nach dem/n Urheber/n einer Reihe von Briefbomben und Sprengfallen, die erstmals am 3. Dezember 1993 detoniert waren, stellten sich Öffentlichkeit wie Politik die Frage, ob eine Ausweitung der Fahndungsmethoden das Auffinden von Terroristen beschleunigen würde.
Zum ersten Mal führte die Diskussion im Juli 1995 zu einem Konflikt. Die bereits längere Zeit laufenden Gespräche dauerten der ÖVP zu lange. Ihr Klubchef Andreas Khol setzte dem Koalitionspartner ein (äußerst) kurzfristiges Ultimatum (binnen eines Tages) für eine Einigung und drohte, andernfalls mit Unterstützung der FPÖ einen Initiativantrag einzubringen, um ein Inkrafttreten des neuen Sicherheitspolizeigesetzes mit 1. Jänner des kommenden Jahres zu ermöglichen. Die SPÖ mit Innenminister Einem und auch der parteifreie Justizminister Michalek wiesen das Ultimatum zurück.[2210] Eine gemein-

[2204] Michael Graf, Felix Ermacora, Heinrich Neisser und der Sicherheitssprecher Wendelin Ettmayer
[2205] Vgl. Der Standard, 13.6.1990. S.5.
Der Standard, 21.6.1990. S.1.
[2206] Vgl. Der Standard, 17.8.1990. S.6.
[2207] Vgl. Sperlich, Thomas: Ein Mißstand wird Recht. Neues vom Sicherheitspolizeigesetz. S.7.
Pilz, Peter: Das Hoch-Sicherheitsgesetz. S.598.
[2208] Pilz, Peter: Das Hoch-Sicherheitsgesetz. S.598f.
[2209] Vgl. Der Standard, 31.12.1992. S.6.
[2210] Vgl. Die Presse, 10.7.1995. S.6.
Der Standard, 11.7.1995. S.4.

same Terminvereinbarung ließ den ÖVP-Klubobmann jedoch seine Androhungen nicht wahr machen: Im August wollte man eine gemeinsame Vorlage erarbeitet haben und so den gewünschten 1. Jänner einhalten.[2211] Tatsächlich verkündete die Koalition am 11. Juli eine Einigung, nicht jedoch ohne gleichzeitig eine neuerliche Meinungsverschiedenheit zu proklamieren. Die SPÖ in Person des Innenministers wollte auch präventive Lauschangriffe ermöglichen. Ohne Vorliegen eines konkreten Verdachtes, lediglich aufgrund von Indizien oder Vermutungen sollte unter richterlicher Kontrolle ein Lauschangriff möglich sein. Für diese Änderung wäre sogar eine Verfassungsänderung und damit die Zustimmung zumindest eines Teiles der Opposition notwendig gewesen. Die ÖVP lehnte das als zu weit gehend ab.[2212] Die SPÖ schwächte die Forderung nach dem präventiven Lauschen daraufhin etwas ab. SPÖ-Klubchef Kostelka bezeichnete es als „ultima ratio". Allerdings wollte der große Koalitionspartner weiterhin den Lauschangriff im Sicherheitspolizeigesetz (und damit in der Verfassung) festschreiben, während die ÖVP die Strafprozessordnung als geeigneten Platz ansah.[2213] Unterstützung erhielt sie dabei von Justizminister Michalek.[2214]

Das Scheitern der Koalition bei den Budgetverhandlungen und der darauf folgende Wahlkampf trugen nicht zur Versachlichung der Diskussion bei. Die ÖVP drängte weiter auf einen schnellen Beschluss, während die SPÖ argumentierte, dass eine derart heikle Materie gründlich ausdiskutiert werden müsse.[2215]

Ihre Fortsetzung fand die Diskussion nach der neuerlichen Koalitionsbildung. Mitte Juli 1996 schwenkte die SPÖ auf eine restriktivere Linie um. Gegen die Regierungsvorlage, also auch gegen die eigenen Minister lehnte der SPÖ-Klub die Rasterfahndung[2216] und den Lauschangriff in der dem momentanen Verhandlungsstadium entsprechenden Form ab. Laut Peter Kostelka sollte jeder Lauschangriff vom Haftprüfungssenat des Obersten Gerichtshofes geprüft werden (statt wie vorgesehen von Richtersenaten bei verschiedensten Gerichten), und es sollte ein generelles Veröffentlichungsverbot der Abhörprotokolle erlassen werden. Außerdem hätte nach den Vorstellungen der SPÖ nur eine einzige Einheit der Exekutive einen Lauschangriff durchführen dürfen. In ihrer Reaktion verwies die ÖVP auf entsprechende Bestimmungen des Koalitionspaktes und drohte, den koalitions-

[2211] Vgl. Die Presse, 11.7.1995. S.7.
[2212] Vgl. Die Presse, 12.7.1995. S.7.
Der Standard, 13.7.1995. S.6.
[2213] Vgl. Die Presse, 15.7.1995. S.6.
Die Presse, 18.7.1995. S.7.
[2214] Vgl. Der Standard, 22.7.1995. S.4.
[2215] Vgl. Der Standard, 3.11.1995. S.6.
Die Presse, 7.11.1995. S.8.
[2216] Als Rasterfahndung wird die EDV-unterstützte Verknüpfung verschiedenster Daten auf der Suche nach der Verbindung von bestimmten Personenmerkmalen bezeichnet.

freien Raum auszunützen, also mit dem Beschluss durch die Hilfe der FPÖ.[2217] SPÖ-Vorsitzender Vranitzky stellte sich wie auch der Sicherheitssprecher seiner Partei, Robert Elmecker, weiterhin hinter den Regierungsbeschluss, versprach seinen Parteigenossen jedoch eine genaue Prüfung aller Bedenken und Forderungen. Damit war eine weitere Verzögerung in dieser Thematik fixiert.[2218]

Nach der Sommerpause ging die Diskussion in derselben Tonart weiter: Die ÖVP drängte auf eine schnelle Beschlussfassung mit Hinweis auf den Koalitionspakt, um das Inkrafttreten des Gesetzes mit Jahreswechsel zu ermöglichen, während die SPÖ noch weiter prüfen und diskutieren wollte und ihrerseits kein fixes Datum in der Vereinbarung erkennen konnte.[2219] Im Koalitionspakt stand tatsächlich kein Zeitpunkt für die Beschlussfassung. ÖVP-Klubobmann Khol berief sich jedoch auf eine Passage im allgemeinen Teil, in der sich die Parteien verpflichtet hatten, Regierungsvorlagen auch durch das Parlament zu bringen.[2220] Nun äußerte sich auch Innenminister Einem skeptisch gegenüber dem Lauschangriff, dabei wies er auf seine USA-Reise hin, während der er kaum positive Erfahrungen über Lauschangriffe zu hören bekommen hatte. Er und mit ihm der SPÖ Klub forderten jedoch, die anderen Teile des Fahndungsmethoden-Paketes, zum Beispiel die Kronzeugenregelung, sofort zu beschließen.[2221] Die ÖVP lehnte dies ab und stellte daraufhin abermals die Möglichkeit in den Raum, sich im Parlament eine Mehrheit außerhalb der Koalition zu suchen, wobei in dieser Frage aus Gründen der inhaltlichen Übereinstimmung nur die FPÖ in Frage kam.[2222] Die SPÖ zeigte sich davon jedoch nicht beeindruckt.[2223] Und daran änderte sich auch nichts, als Andreas Khol bereits von einer schweren Koalitionskrise sprach und eine Abstimmung ohne Klubzwang in allen Fraktionen forderte.[2224] Nach einem Expertenhearing im entsprechenden Unterausschuss gab die ÖVP ihre zeitliche Festlegung auf, fühlte sich aber in den inhaltlichen Standpunkten bestätigt, da sich nach Aussagen von Justizsprecherin Fekter nur zwei von 15 Experten gegen die geforderten Maßnahmen ausgesprochen hatten.[2225]

[2217] Vgl. Die Presse, 14.6.1996. S.1, 7.
Der Standard, 14.7.1996. S.1.
Der Standard, 14.7.1996. S.6.
[2218] Vgl. Der Standard, 15.6.1996. S.1.
Die Presse, 15.6.1996. S.7.
[2219] Vgl. Die Presse, 18.9.1996. S.7.
[2220] Vgl. Der Standard, 27.9.1996. S.6.
[2221] Vgl. Der Standard, 19.9.1996. S.6.
[2222] Vgl. Der Standard, 27.9.1996. S.6.
[2223] Vgl. Die Presse, 25.9.1996. S.7.
Der Standard, 26.9.1996. S.6.
[2224] Vgl. Die Presse, 28.9.1996. S.8.
Der Standard, 23.10.1996. S.6.
[2225] Vgl. Der Standard, 25.10.1996. S.9.

Am 30. Oktober präsentierte Peter Kostelka die Bedingungen für die Zustimmung der SPÖ zu Lauschangriff und Rasterfahndung:

Für den Lauschangriff:

- Freiheitsstrafen bei Veröffentlichung von Abhörprotokollen
- keine Aufnahme von privaten Gesprächen
- keine Verwertung von Zufallsbelauschungen

Bei der Rasterfahndung wollte die SPÖ die Bezeichnung auf „Fahndungsraster" ändern und die Verwertung von privaten Daten nur bei konkretem Verdacht erlauben.[2226] Für die ÖVP kamen diese Vorschläge einer Abschaffung der Rasterfahndung gleich.[2227] Ausdrücklich wollte Fekter Daten von Elektrizitätsversorgern und der Telekom in die Rasterfahndung hinein nehmen.[2228] Auch über die Art des Verbrechens, das einen Lauschangriff rechtfertigen sollte, herrschte Uneinigkeit. Der Großteil der SPÖ wollte ihn nur gegen organisierte Kriminalität einsetzen, während die ÖVP auch bei konventionellen schweren Delikten diese Möglichkeit schaffen wollte.[2229]

Eine erste deutliche Annäherung gab es am 14. November 1996. Kostelka und Khol einigten sich auf:

- durchgehende richterliche Kontrolle für die erweiterten Fahndungsmethoden
- zeitliche Befristung
- eigene Strafbestimmungen bei Missbrauch
- Nichtaufnahme bzw. Vernichtung von irrelevanten Ergebnissen
- Schaffung eines Instrumentariums für einen effizienten Grundrechtsschutz
- Begrenzung der Rasterfahndung auf bereits der Exekutive zur Verfügung stehende Daten

Damit waren die heißesten Konflikte gelöst.[2230]

Doch in den nächsten Monaten gab es keine Verhandlungen über die noch ausständigen Details der Regelung. Erst am 21. März 1997 kamen die Vertreter der Koalitionsparteien wieder in dieser Angelegenheit zusammen. Vor allem die SPÖ wollte noch festschreiben, welche Datensätze für die Rasterfahndung verwendet werden dürfen und dabei Gesundheitsdaten ausdrücklich ausschließen. Auch beim Lauschangriff wollte sie restriktivere Regeln für das Abhören von tatverdächtigen Anwälten und Beichten als die ÖVP.[2231] Die Ergebnisse der Verhandlungsrunde blieben aber geheim. Die Öffentlichkeit bekam von

[2226] Der Entwurf des Justizministeriums wollte die Verwendung privater Daten gänzlich ausschließen.
[2227] Vgl. Die Presse, 31.10.1996. S.8.
[2228] Vgl. Der Standard, 5.10.1996. S.5.
[2229] Vgl. Der Standard, 9.11.1996. S.10.
[2230] Vgl. Die Presse, 15.11.1996. S.9.
[2231] Vgl. Die Presse, 20.3.1997. S.6.

beiden Seiten lediglich Lob über die Konstruktivität der Verhandlungen zu hören.[2232] Die Frage nach Orten, die vom Lauschangriff ausgenommen werden sollten, war in den nächsten Wochen die konfliktreichste. Das Problem dabei war die Frage, was als Beichtstuhl bzw. Aussprachezimmer bezeichnet werden sollte, kann doch eine Beichte überall abgenommen werden. Die SPÖ wollte zudem diese religiös begründete Ausnahme nicht alleine stehen lassen und verlangte, auch andere „Berufsgeheimnisträger" (z.B. bei Gesprächen zwischen Anwalt und Klient, zwischen Therapeut und Patient sowie Journalisten) aus der Genehmigung herauszunehmen. Ebenfalls noch nicht entschieden war wiederum die Verwertung von „Zufallsergebnissen". Die ÖVP wollte das ab einem für die Tat vorgesehenem Strafausmaß von 3 Jahren, die SPÖ ab einem von 10 Jahren zulassen.[2233] Auch als Anfang Mai abermals eine Einigung verkündet wurde, stellte sich rasch heraus, dass eben diese Fragen noch immer nicht geklärt waren.[2234] Überraschend kam der Vorschlag von Nationalratspräsident Fischer, Rasterfahndung und Lauschangriff zunächst befristet auf drei bis vier Jahre zu beschließen und dann die Ergebnisse zu evaluieren. Die Idee kann als Versuch gewertet werden, die Gegner der neuen Fahndungsmethoden in seiner Partei zu beruhigen, von denen einige[2235] angekündigt hatten, gegen das entsprechende Gesetz zu stimmen oder zumindest das Plenum bei der Abstimmung zu verlassen.[2236] Der Vorschlag wurde jedoch nicht weiter diskutiert.[2237]

Ein weiterer Punkt der Uneinigkeit war, in welcher Institution der Rechtsschutzbeauftragte angesiedelt und wie er bestimmt werden sollte. Die ÖVP wollte eine Ernennung durch den Justizminister und eine Zuordnung zum Obersten Gerichtshof, während die SPÖ die Auswahl aus einem Dreiervorschlag (erstellt vom Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, von einem Vertreter des Rechtsanwaltkammertages und vom ersten Nationalratspräsident) präferierte.[2238]

Bis zur Beschlussfassung der Fahndungsmethoden am 10. Juli durch SPÖ, ÖVP und FPÖ einigten sich die Parteien, ohne neue Argumente vorzubringen, nach und nach auf folgende Regelung:

[2232] Vgl. Der Standard, 22.3.1997. S.6.
[2233] Vgl. Die Presse, 19.4.1997. S.6.
Der Standard, 29.4.1997. S.6.
[2234] Vgl. Die Presse, 3.5.1997. S.8.
[2235] Dazu gehörten die Abgeordneten Sonja Ablinger, Walter Posch, Elisabeth Pittermann und Walter Guggenberger.
[2236] Vgl. Der Standard, 15.5.1997. S.6.
[2237] Vgl. Der Standard, 31.5.1997. S.5.
[2238] Vgl. Der Standard, 20.6.1997. S.7.

Für die Rasterfahndung sollten nur genau definierte private Daten[2239] verwendet werden dürfen und auch nur dann, wenn es um Delikte ging, für die ein Strafrahmen von mindestens zehn Jahren vorgesehen war.[2240] Nächster Einigungspunkt waren die Ausnahmen für den Lauschangriff. Hier nahm man die Berufsgruppen mit einem bereits bestehenden Zeugnisentschlagungsrecht aus.[2241] Diese Gruppen sollten nur belauscht werden dürfen, wenn sie selbst verdächtigt würden und die Genehmigung dazu durch einen neuen Rechtsschutzbeauftragten erteilt worden wäre. Einzig Beichtgespräche sollten absolut tabu sein. Bei der Rasterfahndung sah man vor, dass Daten mit Informationen über rassische Herkunft, politische Anschauungen, religiöse oder andere Überzeugungen, Gesundheitsmerkmale oder sexuelle Orientierung doch verwendet werden dürften, wenn sie in erkennungsdienstlichen Daten enthalten wären, die von der Exekutive bereits ermittelt worden waren.[2242] Der Rechtsschutzbeauftragte wurde nach den Vorstellungen der SPÖ festgelegt.[2243]

Am 10. Juli 1997 beschloss der Nationalrat das Gesetzeswerk zu den neuen Fahndungsmethoden.

Die Diskussion über Befugnisse und Kontrolle kam erst wieder rund um den Konflikt über das Militärbefugnisgesetz *(vgl. Kap. 14.5 Militärbefugnisgesetz)* in Gang. Der Entwurf des Verteidigungsministeriums hätte den Heeresgeheimdiensten mehr Rechte zugestanden als der Stapo. Um seine Vorschläge durchzubringen, versuchte Verteidigungsminister Fasslabend mit Hilfe seiner Partei, die Beschlussfassung des Militärbefugnisgesetzes mit der Novellierung des Sicherheitspolizeigesetzes für das Innenministerium zu junktimieren.[2244] Die ÖVP verzögerte den Ministerratsbeschluss dieses von Innenminister Schlögl erarbeiteten Gesetzes, um den massiven Bedenken des Justizministeriums Rechnung zu tragen und Verbesserungen durchzusetzen. Die umstrittene Veränderung war nach der Öffnung des Telekommunikationssektors für private Betreiber notwendig geworden. Die Stapo sollte nun auch im streng limitierten Bedarfsfall Erkundigungen

[2239] Daten von Personen, die bestimmte Waren oder Dienstleistungen beziehen (von zum Beispiel Versandhäusern, Post oder Bahn); Daten von Mitgliedern von Personenvereinigungen des Privatrechts oder juristische Personen (außer von Vereinen deren Zweck im Zusammenhang von besonders geschützten Merkmalen wie Herkunft, politische Anschauung, religiöse oder andere Überzeugung, Gesundheit oder Sexualleben)

[2240] Vgl. Die Presse, 19.6.1997. S.9.

[2241] Verteidiger, Rechtsanwälte, Notare, Wirtschaftstreuhänder, Psychiater, Psychotherapeuten, Psychologen, Bewährungshelfer und Journalisten.

[2242] Vgl. Die Presse, 3.7.1997. S.7.

[2243] Vgl. BGBl. Nr. 105/1997. Abschn. IX, §149n.

[2244] Vgl. Der Standard, 11.11.1998. S.8.
Die Presse, 14.11.1998. S.9.

über Teilnehmernummer, Name und Adresse einholen dürfen. Am 12. November 1998 passierte das Gesetz den Ministerrat.[2245]

Die Verbindung zwischen Militärbefugnisgesetz und Sicherheitspolizeigesetz blieb auch im kommenden Jahr bestehen. Die von Innenminister Schlögl geforderte Erweiterung des Handlungsspielraumes („erweiterte Gefahrenerforschung“[2246]) von Polizei und Gendarmerie wollte die ÖVP nur bei Zustimmung der SPÖ zum Militärbefugnisgesetz von Minister Fasslabend akzeptieren. Diese Junktimierung lehnte die SPÖ allerdings ab, lediglich der Innenminister schien verhandlungsbereit. Er sah jedoch seinerseits die Zustimmung der ÖVP für sein Gesetz als Voraussetzung und wollte verhindern, dass den Heeresnachrichtendiensten mehr Möglichkeiten zugestanden würden als der Staatspolizei.[2247]

De facto mussten die Verhandlungen über die beiden Gesetze jedoch parallel geführt werden, da es auch zu Kompetenz-Konflikten kam. Die zunehmende Verstrickung von äußerer und innerer Sicherheit wurde hier deutlich sichtbar.[2248] Zeichen dafür war auch der Vorschlag der SPÖ, einen ständigen parlamentarischen Unterausschuss für die Kontrolle der Staatspolizei und der Heeresnachrichtendienste einzusetzen.[2249]

Die Verhandlungen über die beiden Gesetze konnten soweit vorangebracht werden, dass sie am 23. März 1999 vom Ministerrat beschlossen werden konnten. Dabei hatte es beim Sicherheitspolizeigesetz keine öffentlich ausgetragenen inhaltlichen Konflikte gegeben. Es war also das Militärbefugnisgesetz, das die Verzögerung verursacht hatte.[2250] Die SPÖ konnte den Koalitionspartner nur zur Zustimmung bewegen, indem sie ihrerseits für das Militärbefugnisgesetz stimmte. Im Protokoll ließ sie aber ihre Bedenken festhalten und die ÖVP versprechen, die beiden Gesetzestexte vor der Beschlussfassung im Parlament noch zu verbessern. Eine endgültige Einigung war das also noch nicht.[2251]

Am 13. April sprachen die Koalitionspartner wieder von einer Annährung in den strittigen Punkten,[2252] dennoch scheiterten die Verhandlungen am 29. Juni. Die Vertreter der beiden Parteien konnten sich weder über die erweiterte Gefahrenforschung für die

---

[2245] Vgl. Die Presse, 12.11.1998. S.9.
Die Presse, 13.11.1998. S.9.
Der Standard, 13.11.1998. S.7.

[2246] Damit ist die Möglichkeit gemeint, dass Polizei und Gendarmerie auf Anordnung des Innenministers Gruppierungen auch dann beobachten können, wenn sie (noch) keine kriminelle Taten begangen haben, aber die Gefahr besteht, dass sie zu einer schweren Gefahr für die öffentliche Sicherheit werden.

[2247] Vgl. Der Standard, 13.1.1999. S.7.
Der Standard, 23.2.1999. S.8.

[2248] Vgl. Sohler, Karin: Zur Neuformulierung der Politik der inneren Sicherheit. S.178.

[2249] Vgl. Die Presse, 24.2.1999. S.7.

[2250] Vgl. Die Presse, 20.3.1999. S.8.
Der Standard, 22.3.1999. S.7.
Die Presse, 23.3.1999. S.8.

[2251] Vgl. Der Standard, 24.3.1999. S.7.

[2252] Vgl. Der Standard, 14.4.1999. S.8.

Staatspolizei noch über deren Kontrolle (und die der Heeresnachrichtendienste) einigen. Beide sahen die Schuld dafür jeweils beim anderen.[2253] Andreas Khol warf der SPÖ vor, die Frage künstlich zu verkomplizieren, um eine Einigung zu verhindern (die SPÖ wollte 15 neue Absätze in der Bundesverfassung). Peter Kostelka wiederum sah den Grund in den von der ÖVP geforderten weitgehenden Befugnissen für Stapo und Heeresgeheimdienste und der gleichzeitigen Ablehnung von strengen Kontrollmechanismen. Beschlossen werden konnte jedoch die rechtliche Absicherung der DNA-Analyse zur Verbrechensaufklärung, die Installierung des Menschenrecht-Beirates, der Sicherheitsüberprüfung von Bewerbern bei sensiblen Unternehmen, die Schaffung eines Identitätsausweises und die rechtliche Grundlage für eine Sicherheitsakademie.[2254]

15.5 Verkehrssicherheitspolizei

Die Pläne von Innenminister Löschnak, eine eigene Verkehrssicherheitspolizei zu schaffen, zogen im März 1991 den Widerspruch der ÖVP nach sich. Von ÖVP-Verkehrssprecher Kukacka kam eine sofortige und definitive Ablehnung. In der Nationalratsdebatte vom 9. März 1991 stellten die Grünen im Rahmen der Debatte über das Budgetkapitel „Inneres" einen Entschließungsantrag im Sinne des SPÖ-Vorschlages. Die SPÖ stimmte zwar wie angekündigt dagegen, warf aber dem Koalitionspartner vor, den Koalitionspakt zu brechen. Die betreffende Passage lautete:

> „Weiters ist dafür zu sorgen, daß im Bereich der Verkehrspolizei durch einen entsprechenden Ausbau der Kompetenzen des Innenministeriums (Mitwirkung beim Vollzug des KFG und der StVO auf Ministerebene, Übertragung von Länderkompetenzen für den exekutiven Vollzug der StVO) stärker als bisher wirksame Maßnahmen gegen den Tod auf der Straße gesetzt werden können."[2255]

Die SPÖ interpretierte das als eindeutigen Auftrag, eine eigene Verkehrspolizei aufzustellen und warf der ÖVP mit Hinweis auf die besonders scharfe Ablehnung durch die ÖVP-Landeshauptmänner vor, aus Gründen des Föderalismus dagegen zu sein.

> „Es kann und darf nicht wahr sein, daß aus krankhaftem Föderalismusdenken eine so gute und wichtige Einrichtung sabotiert wird."[2256]

Für die ÖVP betonte Helmut Kukacka, dass sie niemals Zweifel daran gelassen hatte, gegen die Aufstellung eines eigenen Exekutivkörpers zu sein und zitierte auch die negativen Stellungnahmen der Landesgendarmeriekommanden.[2257] Die Abgeordneten der

---

[2253] Vgl. Die Presse, 27.5.1999. S.7.
[2254] Vgl. Der Standard, 30.6.1999. S.8.
Die Presse, 1.7.1999. S.9.
[2255] Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1990. S.79.
[2256] Strobl, Robert. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 21/NRSITZ (XVIII. GP). S.1737.
[2257] Vgl. Kukacka, Helmut. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 21/NRSITZ (XVIII. GP). S.1745.

ÖVP lehnten aber wie auch die der SPÖ einen Entschließungsantrag der FPÖ gegen die Installation einer Verkehrssicherheitspolizei ab.[2258]

15.6 Waffengesetz

Die Diskussion über eine Gesetzesnovelle über den privaten Besitz von Waffen begann mit der Forderung von Innenminister Einem nach einem psychologischen Persönlichkeitstest auf Zuverlässigkeit und Stabilität für Waffenbesitzer.[2259] Die Reaktion der ÖVP war sofort ablehnend. Ihr Tiroler Abgeordnete Günther Platter sprach sich mit dem Hinweis auf die Tiroler Schützen, die durch ihre Waffen auch unter das Gesetz gefallen wären, dagegen aus.[2260] In die Regierungsklausur gingen beide Parteien mit den bekannten Standpunkten: Die SPÖ wollte einen psychologischen Test für alle Waffenbesitzer, während die ÖVP den Status quo (d.h. nur die Überprüfung der Unbescholtenheit) belassen wollte.[2261] Auf dieser Klausur kam es zur Einigung, einen psychologischen Test einzuführen. Über dessen Form kam es jedoch schon wenige Tage später zu einem Konflikt. Die ÖVP hatte die verpflichtende ärztliche Prüfung, worunter sie generell aufwändige Tests verstand, aus dem Gesetzestext herausverhandelt. Die SPÖ wollte hingegen stattdessen einen wissenschaftlich fundierten, vom Institut für Psychologie erarbeiteten, aufwändigen Test, dessen Kosten von 3.000 bis 4.000 Schilling vom Antragsteller zu bezahlen gewesen wären, während Andreas Khol für die ÖVP ausdrücklich eine billige, leicht durchzuführende Variante wollte. Khol schlug dazu vor, einen Fragebogen zu erstellen und diesen vom Jägerverband, der Bezirksverwaltungsbehörde oder dem Kuratorium für Verkehrssicherheit überprüfen zu lassen. Die SPÖ sah damit den Sinn des Gesetzes in Frage gestellt.[2262] Schließlich einigte man sich darauf, die aufwändigeren Tests nur bei Personen durchzuführen, die zuvor bereits psychisch auffällig geworden waren: für alle anderen sollte ein einfacher Multiple-Choice-Test ohne Kostenaufwand für den Bewerber verwendet werden. Bei Jägern, Sportschützen und Exekutivbeamten setzte man die Verlässlichkeit voraus und nahm sie von jeglicher Testverpflichtung aus.[2263]

Noch vor dem Inkrafttreten der Neuerungen mit 1. Juli 1997 kam es am 5. Mai 1997 zu einer Tragödie, die eine weitere Diskussion über die Waffengesetze in Gang brachte. Ein

[2258] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 21/NRSITZ (XVIII. GP). S.1706-1748. Die Presse, 20.3.1991. S.6.
[2259] Vgl. Die Presse, 3.9.1996. S.8.
[2260] Vgl. Die Presse, 4.11.1996. S.8.
[2261] Vgl. Der Standard, 9.11.1996. S.10.
[2262] Vgl. Der Standard, 16.11.1996. S.1, 5.
[2263] Vgl. Der Standard, 14.12.1996. S.6.

15-jähriger Schüler erschoss eine Lehrerin und verletzte eine zweite schwer.[2264] Daraufhin wurden Stimmen für eine weitere Verschärfung der Bestimmungen laut. In den ersten Stellungnahmen schien auch eine Übereinstimmung der beiden Koalitionsparteien vorzuliegen. In der ersten Reaktion sprach Andreas Khol davon, nur mehr Berufsgruppen wie Jägern und Sicherheitsbediensteten Waffenbesitzkarten auszustellen.[2265] Dennoch dauerte es noch bis in den September, bis erste konkrete Vorschläge auf den Tisch kamen. Die SPÖ schlug vor:

- eine Waffenabgabe (von etwa 300 Schilling jährlich)
- verschärfte Rechtfertigungspflicht beim Kauf einer Waffe
- regelmäßige Kontrolle der Verlässlichkeit und Rechtfertigungsgründe von Waffenbesitzern
- ungenützte waffenrechtliche Dokumente sollen nach drei Jahren automatisch eingezogen werden
- Möglichkeit für die Exekutive, jederzeit die ordnungsgemäße Verwahrung der Waffe zu kontrollieren
- Genehmigungspflicht auch für Langwaffen (also Gewehre)
- verpflichtende Schulung im Umgang mit der Waffe[2266]

ÖVP-Sicherheitssprecher Kiss zeigte sich über diesen mit seiner Partei nicht akkordierten Vorstoß verärgert, signalisierte aber Verhandlungsbereitschaft und verwies auf eine ohnehin geplante Diskussionsrunde im Herbst desselben Jahres. Die geforderte Waffenabgabe betreffend verwies er aber auf das Koalitionsabkommen, in dem neue Steuern und Abgaben ausgeschlossen worden waren.[2267] In dasselbe Horn stieß auch Andreas Khol. Er schloss eine solche Abgabe dezidiert aus und wollte von einer weiteren Verschärfung des Gesetzes nichts wissen.[2268]

Am 21. November 1997 kam es im Ort Mauterndorf wieder zu einem Amoklauf,[2269] der die bereits laufende Diskussion weiter anheizte.[2270] Die SPÖ forderte daraufhin eine weitere Verschärfung des Waffengesetzes. Ein besonders weitreichender Vorschlag kam von Bundeskanzler Klima. Er wollte die Waffenbesitzkarte abschaffen. Damit hätte es nur mehr den Waffenpass gegeben, der auch zum Tragen einer Waffe berechtigte (nicht nur zur Aufbewahrung), für diesen musste man jedoch eine Gefährdung der eigenen Person

[2264] Vgl. Die Presse, 6.5.1997. S.8.
[2265] Vgl. Der Standard, 13.5.1997. S.1.
[2266] Vgl. Der Standard, 1.9.1997. S.6.
[2267] Vgl. Der Standard, 2.9.1997. S.7.
[2268] Vgl. Der Standard, 4.9.1997. S.7.
[2269] Ein 36 Mann lief Amok und tötete dabei sieben Menschen.
[2270] Vgl. Die Presse, 24.11.1997. S.1.
Der Standard, 22.11.1997. S.1, 14.

glaubhaft machen können. Ausnahmen wollte er nur für Jäger und Sportschützen gewähren. Die ÖVP in Person von Andreas Khol lehnte den Vorschlag zwar nicht sofort ab, sah es aber als vorrangiges Ziel an, unverlässliche Waffenbesitzer aufzuspüren und ihnen die Waffenbesitzkarte zu entziehen.[2271] Die ÖVP verstärkte ihre Ablehnung dann schrittweise. Sicherheitssprecher Kiss und Klubobmann Khol argumentierten damit, dass die meisten Gewaltverbrechen mit illegalen Waffen verübt würden. Daraus zogen sie den Schluss, dass verschärfte Kontrollen gegen illegalen Waffenbesitz zielführender wären. Ihre Partei stellte ein Zehn-Punkte-Programm gegen Gewalt vor:

- Rundfunkreform gegen die zunehmende Verherrlichung von Gewalt in den Medien
- Erziehung der Jugendlichen in Schule und Elternhaus zu Friedfertigkeit
- Meldung von Waffenbesitzern an das zuständige Polizei-Rayon
- planmäßige Suche nach unzuverlässigen Waffenbesitzern
- Information aller Waffenbesitzer über die ordnungsgemäße Verwahrung
- Überprüfung der ordnungsgemäßen Verwahrung
- Schulung über den Umgang mit Waffen bei deren Kauf

Außerdem verwies Khol auf die mit der Zustimmung der ÖVP beschlossenen Verschärfungen, die bereits mit 1. Juli des Jahres in Kraft getreten waren.[2272]

Der Exekutivsprecher der ÖVP, Günter Platter, sah bei der Verwirklichung der SPÖ-Pläne die Gefahr, dass Waffenbesitz vermehrt illegal vorkommen würde, wodurch eine effiziente Kontrolle nicht mehr möglich wäre. Mit diesem Argument plädierte er, die erst kurz zuvor in Kraft getretene Verschärfung des Waffengesetzes zu beobachten und dann erst die Schlüsse für eine weitere Novellierung zu ziehen.[2273]

Eine erste Annäherung der Standpunkte gab es am 2. Dezember. Beide Parteien waren sich darüber einig, dass für den Waffenkauf eine Befähigung im Umgang mit der Waffe und ihrer Verwahrung nachgewiesen werden sollte. Auch eine Überprüfung der sicheren Aufbewahrung sollte eingeführt werden. Die SPÖ ließ von ihrer Forderung nach der Abschaffung des Waffenscheines und der Einführung einer Waffenabgabe ab. Uneinigkeit herrschte über die Form der Durchsetzung. Die SPÖ verlangte eine Gesetzesänderung, während die ÖVP die Regelungen durch Verordnungen durchsetzen wollte.[2274] Nur wenige Wochen später waren die Fronten wieder deutlicher zu erkennen. Die SPÖ präsen-

[2271] Vgl. Der Standard, 26.11.1997. S.12.
[2272] Vgl. Die Presse, 27.11.1997. S.13.
Der Standard, 27.11.1997. S.6.
[2273] Vgl. Der Standard, 28.11.1997. S.7.
[2274] Vgl. Der Standard, 3.12.1997. S.6.

tierte eine Gesetzesvorlage, die auch bereits wegverhandelt geglaubte Punkte enthielt. Die wichtigsten Neuerungen gegenüber der geltenden gesetzlichen Lage waren:

- Ausstellung eines Waffenpasses nur mehr bei Nachweis einer besonderen Gefährdung
- getrennte Aufbewahrung von Waffe und Munition in versperrbaren Schränken
- nicht angekündigte Überprüfungen dieser Vorschrift durch die Exekutive von 7 bis 20 Uhr
- Erhalt eines Waffenführerscheins erst nach der Schulung und einem psychologischen Test (zu bezahlen vom Antragsteller)
- Waffenabgabe von 500 bis 5.000 Schilling jährlich pro Waffe (zweckgebunden für Opfer von Schusswaffen)
- Ausnahmen nur für Sportschützen, Jäger und Personen mit beruflichem Schusswaffengebrauch[2275]

Nach dieser erneuten Vertiefung der Gräben kam es im Jänner 1998 wieder zu einer Annäherung der Standpunkte. Bei ihrer Klubklausur signalisierte die SPÖ Bereitschaft, die Waffenabgabe nicht jährlich, sondern nur einmal, beim Kauf, zu kassieren. Die Eckpunkte blieben dabei gleich.[2276] Dieses Entgegenkommen der SPÖ brachte aber keinen substantiellen Fortschritt. Am 9. März betonte die SPÖ zwar noch ihren Standpunkt, Innenminister Schlögl zeigte sich aber bezüglich der Einigung auf ein neues Gesetz skeptisch und kündigte an, die bestehende Rechtslage mit Hilfe von Verordnungen so streng wie möglich auszulegen. Ein Vorhaben, das auch die Unterstützung der ÖVP fand.[2277]

Kurz danach sollten abermals zwei Tragödien[2278] die Diskussion beeinflussen. Als Reaktion darauf erneuerte SPÖ-Geschäftsführer Rudas die Forderungen seiner Partei nach Verschärfung des Waffengesetzes.[2279] Auch die vom Innenminister bereits angekündigte Verordnung war weiterhin Streitthema. Als sie Ende August noch immer nicht verwirklicht worden waren, gaben sich die beiden Koalitionsparteien gegenseitig die Schuld dafür. ÖVP-Sicherheitssprecher Kiss warf Innenminister Schlögl Säumigkeit vor. Dieser schob den schwarzen Peter zurück und forderte die ÖVP auf, ihre längst fällige Stellungnahme zu den Verordnungen abzugeben. Gleichzeitig lehnte die ÖVP weiterhin eine Ge-

[2275] Vgl. Der Standard, 12.12.1997. S.6.
Der Standard, 17.12.1997. S.10.
[2276] Vgl. Die Presse, 10.1.1998. S.6.
Der Standard, 10.1.1998. S.5.
[2277] Vgl. Der Standard, 10.3.1998. S.9.
[2278] Zwei Tote und zwei Schwerverletzte bei Amoklauf in Aspang am 13. August 1998 (Vgl. Die Presse, 14.8.1998).
Mord und Selbstmord bei einem Familiendrama in Vomp in Tirol am 18. August 1998 (Vgl. Der Standard, 19.8.1998. S.9.).
[2279] Vgl. Der Standard, 19.8.1998. S.9.

setzesänderung im Sinne der SPÖ als Anlassgesetzgebung ab. Innenminister Schlögl verwies dagegen auf die zahlreichen Anlässe, die es in den letzten Monaten gegeben hatte, und verlieh der Hoffnung Ausdruck, mit einem neuen Gesetz weitere solche Tragödien zu verhindern.[2280] Am 9.11.1998 wurde die Verordnung schließlich veröffentlicht.[2281]

Im September ventilierte die SPÖ die Möglichkeit, sich im Parlament eine Mehrheit für die gewünschten Gesetzesänderungen zu suchen. Sie hoffte dabei auf die Stimmen des Liberalen Forums, der Grünen und von drei ÖVP-Abgeordneten,[2282] womit eine knappe Mehrheit gegeben gewesen wäre.[2283] Doch die drei besagten ÖVP-Politiker deuteten kurz darauf an, dass sich die SPÖ ihrer Stimmen nicht sicher sein konnte.[2284]

Bis zum Ende der Koalition wurde keine Novellierung des Waffengesetzes beschlossen.

15.7 Kurden

Im Februar 1999 kam es im Parlament zu einem heftigen Wortgefecht zwischen SPÖ, Grünen und Liberalem Forum auf der einen Seite und ÖVP und FPÖ auf der anderen. Gegenstand war die Kurdenpolitik[2285]. Schwarz und Blau warfen dem Innenminister ein zu zögerliches Vorgehen gegen die PKK in Österreich vor und verwiesen auf ein Erkenntnis des Obersten Gerichtshofes, das die PKK und ihre Teilorganisationen als „kriminelle Vereinigungen“ eingestuft hatte. Von der ÖVP griff ihr Sicherheitssprecher Kiss den Koalitionspartner scharf an. Er warf der SPÖ ein Naheverhältnis zu kriminellen, kommunistischen Kurdenorganisationen vor:

> „In diesem Zusammenhang kann ich der SPÖ den Vorwurf nicht ersparen, daß ihre Nähe zur PKK, zur ERNK, zur ARGK evident ist. Ich habe das schon damals getan und tue es heute wieder. Dieser Umstand ist nicht nur dokumentiert, in Bildern dargestellt, sondern auch zu einem Problem der österreichischen Innenpolitik geworden. Das sage ich als Sicherheitssprecher der Österreichischen Volkspartei!“[2286]

Darauf gab es keine Antwort der SPÖ-Redner. Weiters forderte Kiss in seiner Rede das Verbot der PK, ERNK und ARGK, eine Maßnahme, die der Innenminister bereits zuvor mit folgender Begründung abgelehnt hatte:

[2280] Vgl. Der Standard, 26.8.1998. S.11.
[2281] Vgl. BGBl. II Nr. 313/1998.
[2282] Die SPÖ rechnete mit Erwin Rasinger, Werner Amon und Franz Morak.
[2283] Vgl. Die Presse, 12.9.1998. S.7.
[2284] Vgl. Die Presse, 15.9.1998. S.7.
[2285] Vgl. Die Presse, 26.2.1999. S.1, 5.
Nach der Verhaftung von Kurdenführer Öcalan durch die Türkei, gab es auch in Österreich heftige Proteste von Kurden gegen türkische Einrichtungen. So war es in Graz von 23. auf 24. Februar zu einem Brandanschlag auf ein türkisches Gebetshaus gekommen.
[2286] Kiss, Paul. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 161/NRSITZ (XX. GP). S.34f.

> „Ein generelles Verbot, wie beispielsweise in Deutschland, oder ein Verbot von Teilorganisationen, wie in Frankreich, würde nach Ansicht des österreichischen Staatsschutzes zu einer Abwanderung von PKK-Aktivisten in den Untergrund führen. Dadurch würde eine Beobachtung der Strukturen erschwert. Nach Schätzungen der Staatspolizei und aufgrund der internationalen Erfahrungen könnte eine Untersagung eine weitere Radikalisierung oder gewalttätige Kundgebungen mit sich bringen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß ein Verbot eine Umbenennung und Neugründung beziehungsweise ein Ausweichen auf neue Vereine oder Teilorganisationen bewirken würde. Ich bin deshalb überzeugt davon, daß der österreichische Weg der friedlichen politischen Auseinandersetzung unserem Land bisher ausufernde Gewaltakte erspart hat.“[2287]

Außerdem forderte Kiss die Rücknahme einer Weisung von Schlögls Vorgänger Casper Einem, wonach Kurden-Organisationen nicht zu beobachten seien. Der Innenminister versicherte, dass diese Weisung bereits unter Einem nicht mehr vollzogen wurde und unter seiner Zuständigkeit aufgehoben worden sei.[2288]

[2287] Schlögl, Karl. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 161/NRSITZ (XX. GP). S.21.
[2288] Vgl. Kiss, Paul. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 161/NRSITZ (XX. GP). S.34.
Schlögl, Karl. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 161/NRSITZ (XX. GP). S.49.

16 Justiz

16.1 Sexualstrafrecht

In der Diskussion über das Sexualstrafrecht war von Anfang an die Senkung des Schutzalters für Sexualkontakte zwischen Männern der Knackpunkt. Die SPÖ setzte sich schon bald für die Senkung dieses Alters von 18 auf 16 Jahre ein, stieß damit bei der ÖVP aber auf klare Ablehnung. Forderungen von homosexuellen Initiativen in ganz Europa, die Möglichkeit einer amtlichen Legalisierung von homosexuellen Partnerschaften zu schaffen, trafen bei der ÖVP ebenso auf klare Ablehnung. Aus der SPÖ gab es teilweise Zustimmung, wie bei Justizsprecherin Hlavac, teilweise aber auch Skepsis, wie bei Zentralsekretär Marizzi, der sich abwartend äußerte und eine Überforderung der Bevölkerung befürchtete.[2289] Hinter Hlavac stellte sich ihr Parteifreund Gesundheitsminister Ausserwinkler, Bundeskanzler Vranitzky unterstützte die Linie seines Zentralsekretärs. Die Haltung der ÖVP-Politiker war zwar homogener, aber auch nicht einheitlich. Im Wesentlichen sprachen sie sich gegen eine Gleichstellung von homosexuellen Partnerschaften mit der Institution Ehe aus, aber – in unterschiedlicher Intensität – für den Abbau von rechtlichen Einschränkungen. Am weitesten von den bekannten ÖVP-Protagonisten ging die designierte Familienministerin Rauch-Kallat, als sie sich für „registrierte Partnerschaften" aussprach, um Diskriminierungen in Steuer-, Wohn- und Erbrecht zu beseitigen. Von der Opposition waren im Großen und Ganzen die FPÖ auf Linie der ÖVP und die Grünen auf Seite der SPÖ.[2290] Nach der rege geführten Debatte im Herbst 1992 ebbte die Diskussion wieder rasch ab und kam mit Ausnahme einzelner Wortmeldungen, die lediglich die bekannten Standpunkte wiederholten,[2291] erst 1995 wieder in Schwung. Bereits im Juli hatte die SPÖ eine freie Abstimmung im Nationalrat vorgeschlagen, war aber beim Koalitionspartner auf Ablehnung gestoßen. Nach dem Zerbrechen der Koalition im Herbst 1995 kam es dann zu einer Abstimmung im koalitionsfreien Raum über die Homosexuellen-Paragraphen, wobei ÖVP und FPÖ deren Abschaffung verhinderten. SPÖ und Grünen stimmten dafür.[2292]

[2289] Vgl. Der Standard, 10.9.1992. S.6.
Der Standard, 11.9.1992. S.7.

[2290] Vgl. Die Presse, 6.11.1992. S.4.
Der Standard, 21.11.1992. S.6.
Der Standard, 25.11.1992. S.5.

[2291] Vgl. Die Presse, 30.3.1993. S.4.
Der Standard, 12.7.1995. S.5.

[2292] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 56/NRSITZ (XIX. GP). S.44-50.
Der Standard, 16.11.1995. S.5.

Im April 1996 gab es einen neuen koalitionären Vorstoß. SPÖ und ÖVP hatten sich geeinigt, rasch über die drei Homosexuellenparagraphen (Werbeverbot, Vereinsverbot und Schutzalter) abzustimmen. Da diesbezüglich im Koalitionsabkommen keinerlei Vorgaben enthalten waren, konnte so eine Abstimmung im koalitionsfreien Raum über die Bühne gehen. Während die SPÖ alle drei Bestimmungen abschaffen wollte, machte sich die ÖVP für die Beibehaltung des Schutzalters stark. Demnach waren sexuelle Kontakte von Männern über 19 Jahren mit Burschen unter 18 strafbar. Die Gegner dieser Regelung – also auch die SPÖ-Politiker – kritisierten diesen Paragraphen, da das Verbot nicht für weibliche Personen galt und es generell homosexuelle Männer gegenüber heterosexuellen diskriminierte. Dem ersten Argument setze die ÖVP die Forderung nach Einführung eines Schutzalters von 16 Jahren (bisher bei 14 Jahren) für gleichgeschlechtliche Frauen entgegen.[2293] SPÖ-Klubobmann Fuhrmann kritisierte das namens seiner Partei scharf. Dabei fielen laut der Tageszeitung „Der Standard" die Ausdrücke „weltfremd", „verzopfte Sexualmoral", „patriarchalische Denkweise" und „Spießbürgermoral".[2294] Ähnliche Äußerungen kamen auch vom Juso-Vorsitzenden Delfs.[2295] Am 8. Mai legte der ÖVP-Parlamentsklub seine Linie in einer Klausur fest. Nach Parteiangaben erhielten alle diesbezüglichen Beschlüsse eine überwältigende Mehrheit. Demnach sollte das Verbot von Werbung für gleichgeschlechtliche Kontakte doch beibehalten werden, Vereine und Verbindungen sollten bei Erregung öffentlichen Ärgernisses aufgelöst werden können und für sie sollte die Anwerbung von Jugendlichen unter 18 Jahren verboten sein. Bezüglich des Schutzalters für Mädchen wurde der Beschluss für die Anhörung von Experten vertagt. Alle diese Vorhaben kritisierte der Koalitionspartner scharf, richteten sie sich doch diametral gegen dessen Vorstellungen.[2296] In den nächsten Tagen wurde die Debatte intensiv in allen Medien geführt. Beide Kontrahenten beriefen sich in ihren Standpunkten auf Experten, die ÖVP zusätzlich auf eine Meinungsumfrage, die ihrer Linie eine breite Akzeptanz von 83 Prozent der Bevölkerung bescheinigte. Die SPÖ hatte unterdessen bereits einen Antrag auf Streichung der Paragraphen gestellt.[2297] In den folgenden Tagen kamen von ÖVP-Politikern auch Äußerungen, die in Richtung einer Abschaffung der umstrittenen Paragraphen zielten, sie blieben jedoch deutlich in der Minderheit.[2298] Eine Entschärfung schlug ÖVP-Klubobmann Khol vor. Es sollte nicht mehr nur das Alter,

[2293] Vgl. Die Presse, 19.4.1996. S.8.
[2294] Fuhrmann, Willi. Zitiert nach: Der Standard, 25.4.1996. S.5.
[2295] Vgl. Der Standard, 26.4.1996. S.7.
[2296] Vgl. Der Standard, 9.5.1996. S.6.
[2297] Vgl. Der Standard, 11.5.1996. S.6.
Der Standard, 13.5.1996. S.4.
[2298] Vgl. Der Standard, 14.5.1996. S.5.

sondern auch der Altersunterschied (Khol sprach von drei Jahren) über die Strafbarkeit entscheiden. Bisher wurde – wie immer wieder von den Gegnern der Regelung zitiert – eine legale Beziehung zwischen einem 18-Jährigem und einem 17-Jährigen mit dem 19. Geburtstag des Älteren strafbar.[2299] Im Oktober präsentierte die ÖVP einen Änderungsvorschlag zu den Homosexuellen-Paragraphen. Das Schutzalter (18 für Burschen, 14 für Mädchen) sollte bestehen bleiben, bei einem Altersunterschied von weniger als zwei Jahren aber keine Bestrafung erfolgen. Werbung und Zusammenschluss von Vereinen sollte nur mehr bei Erregung öffentlichen Ärgernisses bestraft werden.[2300] Im Justizausschuss des Parlaments fand keiner der gestellten Anträge eine Mehrheit, da die FPÖ-Vertreter weder dem der SPÖ noch dem der ÖVP zustimmten. Für die Nationalratssitzung wurde eher die Abschaffung der Homosexuellen-Paragraphen erwartet, da bei SPÖ, Grünen und Liberalen (zusammen 89 Stimmen) mit keinen Abweichlern gerechnet wurde und sich bei FPÖ und ÖVP (zusammen 94 Stimmen) einige Abgeordnete[2301] für die Abschaffung ausgesprochen hatten oder sich zumindest gegenüber der geltenden Rechtslage kritisch zeigten. Alle Parteien gaben die Abstimmung für ihre Klubs frei. In den Tagen vor der Abstimmung mutmaßten die Medien beinahe täglich über das Abstimmungsergebnis und kolportierten ebenso oft Namen von ÖVP- oder FPÖ- Mandataren, die für eine Abschaffung stimmen oder zumindest den Saal verlassen könnten.[2302] In der Nationalratsdebatte selbst kam es zu keinen Überraschungen. Beide Seiten brachten lediglich alte Argumente vor. Abgeordnete von SPÖ, LIF und Grünen bezeichneten die umstrittenen Strafrechtsparagraphen als diskriminierend und sprachen sich für deren ersatzlose Streichung aus. Mandatare von ÖVP und FPÖ konnten darin keine Diskriminierung, sondern lediglich Schutzbestimmungen für Jugendliche erkennen. Die ÖVP brachte einen Abänderungsantrag ein, der inhaltlich mit den von ihr im Oktober präsentierten Vorschlägen identisch war.[2303]

Auf Antrag von SPÖ, LIF und Grünen stimmte das Plenum über die Streichung von Paragraph 209 (Schutzalter) namentlich ab. Von der ÖVP stimmte nur Franz Morak, von der FPÖ Harald Ofner dafür. Das Abstimmungsergebnis von 91 zu 91 bedeutete die Bei-

[2299] Vgl. Die Presse, 14.5.1996. S.7.
[2300] Vgl. Die Presse, 3.10.1996. S.6.
[2301] Bei der ÖVP waren dies Gertrude Brinek, Franz Morak und Ridi Steibl.
[2302] Vgl. Die Presse, 20.11.1996. S.6.
Der Standard, 21.11.1996. S.6.
Die Presse, 21.11.1996. S.8.
Der Standard, 26.11.1996. S.5.
Der Standard, 27.11.1996. S.6.
[2303] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 47/NRSITZ (XX. GP). S.43-91.
Die Presse, 28.11.1996. S.6.
Der Standard, 28.11.1996. S.5.

behaltung der Bestimmung. Die Kompromissanträge von FPÖ (Senkung des Schutzalters auf 16 Jahre) und ÖVP *(vgl. oben)* fanden nur in den jeweils eigenen Reihen Zustimmung, im Falle der ÖVP nicht einmal dort zu Gänze.[2304] Bei der erneut namentlichen Abstimmung zur Aufhebung des Werbeverbotes fehlten zwei Abgeordnete der FPÖ, womit der Antrag mit 90 zu 89 Stimmen angenommen wurde. Damit war aber auch automatisch das Werbeverbot für Sodomie gefallen. Nach einer zweistündigen Unterbrechung zur Klärung der weiteren Vorgangsweise führten ÖVP und FPÖ dieses wieder ein (Abstimmungsergebnis: 93 zu 89). Gegen die Aufhebung des Vereinsverbotes für Homosexuelle stimmte dann in der erneut namentlich durchgeführten Abstimmung mit Ausnahme von Franz Morak nur mehr die ÖVP.[2305]

Anfang 1997 wurde im Justizministerium eine Arbeitsgruppe zum Sexualstrafrecht eingesetzt, die eine Reform ausarbeiten sollte. Gegen die ersten Ergebnisse protestierte die ÖVP heftig. Klubobmann Khol sah bei einer Umsetzung den gesellschaftlichen Grundkonsens in Gefahr. Nach der Fragestunde mit Justizminister Michalek im Parlament kündigte ÖVP-Justizsprecherin Fekter den Auszug ihrer Partei aus der Arbeitsgruppe an, was auch tatsächlich geschah. Michalek bezeichnete als Ziel der Reform die Wendung weg vom Begriff der Sittlichkeit hin zur sexuellen Selbstbestimmung. Konkrete Punkte des Anstoßes waren der Vorschlag, das Schutzalter für alle sexuellen Kontakte generell auf 14 Jahren zu senken und vor allem das Vorhaben, zukünftig Sexualpraktiken nicht zu bestrafen, die im gegenseitigen Einvernehmen der Sexualpartner geschahen (Stichwort „Sadomasochismus“ und „Blutschande“).[2306]
Im Sommer 1998 schienen sich die Koalitionsparteien auf eine Reform des Sexualstrafrechts geeinigt zu haben. Wichtigste Punkte daraus waren eine schärfere Bestrafung des Missbrauchs von Minderjährigen und die Gleichbewertung von Beischlaf und beischlafähnlichen Handlungen. Kurz vor der geplanten Beschlussfassung im Justizausschuss erhob die ÖVP jedoch die Forderung, das absolute Schutzalter für Sex zwischen Minderjährigen von zwölf auf 13 Jahre anzuheben. Der Entwurf sah ein absolutes Verbot für Kinder unter 12 Jahren vor, aber kein Verbot für Jugendliche unter 14 Jahren, deren Altersunterschied maximal drei Jahre betrug. Da die SPÖ den Entwurf jedoch ohne wesent-

[2304] Dagegen stimmten die ÖVP-Abgeordneten Werner Amon und Gertrude Brinek. Den Saal verließen Cordula Frieser und Franz Morak.
[2305] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 47/NRSITZ (XX. GP). S.94-108.
Die Presse, 28.11.1996. S.6, 7.
Der Standard, 28.11.1996. S.5.
[2306] Vgl. Die Presse, 7.11.1997. S.7.
Der Standard, 7.11.1997. S.1.
Stenographische Protokolle des Nationalrates 94/NRSITZ (XX. GP). S.16-17.

liche Änderungen beschließen wollte, wurde die gesamte Strafrechtsreform wieder von der Tagesordnung gestrichen.[2307] Die SPÖ warf darauf dem Koalitionspartner veraltete Moralvorstellungen vor. Die ÖVP-Justizsprecherin Fekter konterte für ihre Partei damit, dass sie eben keine mittelalterlichen Verhältnisse schaffen wollte, in denen Beischlaf von Zwölfjährigen normal war. Das Verbot sollte ihrer Ansicht nach vor allem jungen Mädchen als Argumentationshilfe für eine Weigerung dienen. Hinter der Vertagung der Reform vermutete sie die Hoffnung der SPÖ, so der vom LIF beantragten Abstimmung über das Homosexuellen-Schutzalter zu entgehen. Hier hätte die SPÖ aus Koalitionsdisziplin gegen die Streichung stimmen müssen.[2308] Eine Woche später verständigten sich die Regierungsparteien darauf, die Verschärfungen des Strafrechts für Kindesmissbrauch unabhängig von der Einigung über die strittigen Punkte noch vor der Sommerpause im Parlament zu beschließen.[2309] Am nächsten Tag konnten sie auch noch eine einheitliche Linie beim Schutzalter präsentieren. Diese sah eine Senkung von 14 auf 13 Jahre für sexuelle Beziehungen unter Jugendlichen vor, die nicht älter als 16 Jahre waren. Das war also der Kompromiss zu der ursprünglichen Angleichung des Schutzalters für Beischlaf und beischlafsähnliche Handlungen. Die SPÖ hatte ja die Anhebung des Mindestalters für beischlafsähnliche Handlungen genauso abgelehnt wie die ÖVP die Absenkung des Mindestalters für den Beischlaf.[2310] Einen Verzögerungsversuch von ÖVP-Klubchef Khol – er wollte die Reform des Sexualstrafrechtes gemeinsam mit Bestimmungen zur Neutralitätsgefährdung beschließen – wies die SPÖ strikt zurück.[2311] Am 17. Juli beschloss der Nationalrat wie geplant die Reform. Bei der von den Liberalen verlangten Abstimmung über die Streichung des Homosexuellen-Schutzalters verließen die Abgeordneten der SPÖ das Plenum, um nicht gegen die Koalitionsdisziplin oder gegen die eigene Meinung stimmen zu müssen. Der Antrag war damit abgelehnt. Laut den Aussagen von Nationalratspräsident Fischer hatte es innerhalb der SPÖ Überlegungen gegeben, den Koalitionspakt zu brechen und zuzustimmen. Für die Zukunft kündigte er neuerliche Vorstöße seiner Partei für die Streichung des umstrittenen Paragraphen an.[2312] Tatsächlich präsentierten SPÖ-Politiker immer wieder Vorschläge für eine rechtliche Besserstellung von Homosexuellen. Kernpunkt war dabei immer die Angleichung des Schutzalters an das von heterosexuellen Partnerschaften. Außerdem enthielten sie auch Modelle für standesamt-

[2307] Vgl. Der Standard, 1.7.1998. S.7.
Die Presse, 1.7.1998. S.8.
[2308] Vgl. Die Presse, 2.7.1998. S.7.
[2309] Vgl. Die Presse, 14.7.1998. S.8.
[2310] Vgl. Der Standard, 15.7.1998. S.1, 6.
[2311] Vgl. Die Presse, 16.7.1998. S.6.
[2312] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 137/NRSITZ (XX. GP). S.90-94.
Die Presse, 21.7.1998. S.7.

lich registrierte Partnerschaften für hetero- und homosexuelle Paare mit eheähnlichen Rechten und Pflichten. Ziel der SPÖ war die Realisierung nach der kommenden Nationalratswahl. Die ÖVP lehnte diese Pläne aber entschieden ab.[2313]

Einen anderen das Strafrecht betreffenden Vorschlag der ÖVP lehnte wiederum die SPÖ ab. Der kleine Koalitionspartner wollte nämlich Sexualstraftäter nur freilassen, wenn sich diese einer permanenten Hormontherapie mit dem relativ neuen Medikament Triptorelin unterzögen, um so Rückfälle zu verhindern. Der ÖVP-Gesundheitssprecher verwies dabei auf erfolgversprechende Studien. Der SPÖ-Justizsprecher bezeichnete die Pläne einerseits als unzulässig, andererseits verwies er auf bereits bestehende Bestimmungen, die eine Hormonbehandlung von Triebtätern als Voraussetzung für deren Entlassung vorsahen.[2314]

16.2 Pornographiegesetz

Für die erste Hälfte des Jahres 1994 war die Präsentation eines Entwurfes für ein neues Pornographiegesetz durch den Justizminister geplant. Ziel war eine Liberalisierung und Neuformulierung. Diese war laut Justizministerium notwendig, weil gewisse Formulierungen und Begriffe nicht mehr aktuell waren (Gesetz vom Jahr 1950) und daher zu Rechtsunsicherheiten führen konnten. Die ÖVP wollte vor allem eine Liberalisierung verhindern. Druck diesbezüglich kam auch von der katholischen Kirche.[2315] Vor der Präsentation der Änderungsvorschläge durch den Justizminister brachten bereits vier weibliche Abgeordnete der ÖVP einen Initiativantrag ein, der strengere Strafen für Kinderpornos vorsah. Eine Gesamtreform lehnten sie jedoch ab. Der Vorsitzende des Justizausschusses, Michael Graff (ÖVP), kündigte prompt an, den Initiativantrag auf die Tagesordnung zu setzen und unter Umständen einen eigenen Unterausschuss ins Leben zu rufen. Die SPÖ zeigte sich über die Vorgehensweise verärgert. Sie unterstützte die Arbeit des Ministeriums und wies daraufhin, dass praktisch alle damit beschäftigten Stellen dessen Vorschläge begrüßt hatten.[2316] Aus der ÖVP gab es bald Stimmen, die eine Reform des Pornographiegesetzes in der laufenden Legislaturperiode ausschlossen, sich aber gleichzeitig dafür aussprachen, die Strafen für Kinderpornographie sofort zu verschär-

[2313] Vgl. Die Presse, 3.3.1999. S.8.
Die Presse, 23.8.1999. S.6.
Die Presse, 24.8.1999. S.6.
[2314] Vgl. Der Standard, 31.8.1999. S.8.
Der Standard, 1.9.1999. S.10.
[2315] Vgl. Profil, 11.7.1994. S.13.
[2316] Vgl. Die Presse, 19.3.1994. S.7.

fen.[2317] Für die ÖVP stellte vor allem die gemeinsam mit dem Pornographiegesetz geplante Senkung des Schutzalters für Heterosexuelle von 16 auf 14 Jahre ein Problem dar. Was ihr von der SPÖ-Justizsprecherin den Vorwurf eintrug, unter dem Einfluss fundamentalistisch-katholischer Kreise zu stehen.[2318] Am Tag darauf, dem 14. April 1994, erklärte Justizminister Michalek, dass sein Ministerium die Arbeit an der Novelle des Pornographiegesetzes einstellen und daher auch keine Gesetzesvorlage in den Ministerrat einbringen würde, da keine Aussicht auf die notwendige Zustimmung beider Koalitionsparteien bestünde.[2319] Diese Position veränderte sich nicht bis zum 4. Juli. Die SPÖ gab schließlich nach und akzeptierte, dass nur die Verschärfungen im Bereich der Kinderpornographie, über die es schon längere Zeit Übereinstimmung gab, und nicht eine Gesamtreform beschlossen werden sollten. Klubobmann Fuhrmann erklärte das Einlenken damit, dass sonst die erwünschte stärkere Bestrafung von Produktion und Verbreitung von Kinderpornos sowie die Unter-Strafe-Stellung des Besitzes selbiger verzögert oder gar verhindert worden wäre.[2320] Am 15. Juli beschloss der Nationalrat, den Besitz von Kinderpornographie mit einer Haftstrafe von einem halben Jahr zu bestrafen.[2321]

16.3 Habsburgergesetze

Im Juni 1992 machte ein Thema kurzfristig Schlagzeilen, das in der ersten Großen Koalition von 1945 bis 1966 noch einen heftigen Konflikt ausgelöst hatte: die Habsburger-Gesetze.[2322] Der ehemalige ÖVP-Nationalratsabgeordnete Othmar Karas hatte sich in einem Brief an die Klubobleute im Parlament für die Aufhebung der Habsburger-Gesetze ausgesprochen, die er als Unrecht bezeichnete. Während sich ÖVP und FPÖ dafür aussprachen, lehnten SPÖ und Grüne ab. SPÖ-Klubobmann Fuhrmann sprach sich nicht aktiv für die Beibehaltung aus, sondern wies nur die Argumente der ÖVP zurück, dass diese Gesetze diskriminierend und völkerrechtswidrig seien. Damit war die Debatte de facto schon wieder beendet.[2323]

Aktualität erhielt der Konflikt noch einmal im März 1996 als Felix Habsburg, der dritte Sohn von Kaiser Karl und Kaiserin Zita, angab, sich in Österreich als Konsulent betäti-

[2317] Vgl. Kleine Zeitung, 1.4.1994. S.2.
[2318] Vgl. Kleine Zeitung, 14.4.1994. S.5.
[2319] Vgl. Kleine Zeitung, 15.4.1994. S.2.
[2320] Vgl. Die Presse, 14.4.1994. S.6.
Kleine Zeitung, 5.7.1994. S.3.
Die Presse, 5.7.1994. S.6.
[2321] Vgl. Kleine Zeitung, 17.7.1994. S.2.
Profil, 11.7.1994. S.22.
[2322] Vgl. Schmidt, Egmont: Kämpfe, Krisen und Konflikte. S.80-85.
[2323] Vgl. Die Presse, 21.11.1992. S.4.

gen zu wollen. Im Gegensatz zu seinem Bruder Otto hatte er allerdings keinen offiziellen Verzicht auf den Thron unterschrieben, weswegen ihm aufgrund der geltenden Gesetzeslage die Einreise nach Österreich verwehrt werden hätte müssen. Die ÖVP nahm das zum Anlass, erneut die Aufhebung der Habsburgergesetze zu fordern. Der zweite Nationalratspräsident Neisser bezeichnete die Gesetze als Anachronismus. Unterstützung dafür kam aus allen Oppositionsparteien. Die SPÖ stellte sich aber dagegen. Sowohl SPÖ-Vizeklubobmann Nowotny als auch Nationalratspräsident Fischer sprachen sich erstens für die Anwendung der Gesetze und zweitens für deren Beibehaltung aus. Felix Habsburg war unterdessen unbehelligt eingereist, verließ aber die Republik Österreich kurz darauf wieder.[2324] Nichtsdestoweniger ging die Debatte weiter. Vizekanzler Schüssel sah einen Widerspruch zwischen den Habsburgergesetzen und den europäischen Freizügigkeitsbestimmungen, konkret der Reisefreiheit. Bundeskanzler Vranitzky nahm einen eher neutralen Standpunkt ein und sprach sich dafür aus, die Gesetze von Verfassungsrechtlern prüfen zu lassen. Strikt dagegen positionierte sich SPÖ-Klubobmann Kostelka, der behauptete, dass sich die Habsburger bei einer Aufhebung der Gesetze die Kaiserkrone aus der Schatzkammer holen und in die Hofburg einziehen könnten.[2325] Gelöst wurde der Konflikt mit folgendem Kompromiss: Felix Habsburg-Lothringen sollte nach Österreich einreisen dürfen, wenn er eine Verzichtserklärung auf Herrschaftsansprüche und Vermögen unterschriebe. Vranitzky wandte sich bei der Bekanntgabe der Lösung gegen die auch von ÖVP-Klubobmann Khol vertretene Rechtsansicht, dass eine Verzichtserklärung nach dem EU-Beitritt Österreichs nicht mehr notwendig wäre, und sprach sich auch deutlich gegen eine Aufhebung der Gesetze aus, da er die Angelegenheit als zu unwichtig für eine Verfassungsänderung einstufte.[2326] Im Ministerrat vom 26. März 1996 anerkannte die Bundesregierung, einem zuvor ausgehandelten Kompromiss folgend, die von den Kaisersöhnen Felix und Carl-Ludwig eingelangten Passansuchen als ausreichende Verzichtsansprüche und gewährte ihnen die Einreise. ÖVP-Klubobmann Khol bezeichnete die Habsburgergesetze daraufhin als „totes Recht“, da sie auf niemand anderen als auf die beiden Betroffenen angewandt werden konnten.[2327]

16.4 Wiederbetätigung

Im Mai 1991 brachte die SPÖ einen Gesetzesentwurf im Nationalrat ein, der Verschärfungen bei der Bestrafung von nationalsozialistischer Wiederbetätigung und Verhetzung

[2324] Vgl. Der Standard, 14.3.1996. S.6.
[2325] Vgl. Der Standard, 16.3.1996. S.5.
[2326] Vgl. Der Standard, 19.3.1996. S.4.
[2327] Vgl. Der Standard, 26.3.1996. S.6.

vorsah. Vor allem sollten Lücken geschlossen werden. Der ÖVP und ihrem Justizsprecher Michael Graff, der auch den Justizausschuss leitete, warf SPÖ-Klubobmann Fuhrmann vor, diesen Entwurf nicht zu behandeln, und forderte eine Einberufung des Justizausschusses zu diesem Thema. Außerdem kritisierte er den Vorschlag der ÖVP, das Mindeststrafmaß für Wiederbetätigung nach dem NS-Verbotsgesetz von fünf auf null Jahre zu senken. Laut Graff ließ das hohe Mindeststrafmaß Geschworene davor zurückschrecken, Angeklagte zu verurteilen. Genau das wäre aber das Gegenteil von dem, was der Gesetzgeber im Sinn gehabt hatte.[2328] Mitte Oktober stieß die SPÖ-Justizsprecherin Hlavac in dasselbe Horn, da Graff nach wie vor keine Sitzung des Ausschusses zu diesem Thema einberufen hatte.[2329] Die weiteren Diskussionen liefen ohne öffentliche Diskussion ab. Anfang 1992 einigte sich die Koalition darauf, die Verharmlosung, Leugnung und das Gutheißen von Verbrechen des Nationalsozialismus in der Öffentlichkeit zu bestrafen, gleichzeitig aber die Mindeststrafen des Verbotsgesetzes zu senken.[2330]

16.5 Strafrechtsreform

Im Juli 1997 forderte SPÖ-Justizsprecher Fuhrmann die rasche Einführung des außergerichtlichen Tatausgleichs für Erwachsene. Er erhoffte sich dadurch eine Entlastung der Gerichte und das Wegfallen der Stigmatisierung durch eine Verurteilung von Personen, die durch einen Fehler ohne kriminelle Absicht bisher vor Gericht gestellt worden waren. ÖVP-Justizsprecherin Fekter konterte mit der Forderung nach einem verstärkten Opferschutz, nachdem man sich aus ihrer Sicht jahrelang auf die Täter konzentriert hatte.[2331] Dennoch nahmen SPÖ und ÖVP Verhandlungen auf. Im Herbst trafen die unterschiedlichen Ansichten aber erneut aufeinander. Die ÖVP stellte nun Bedingungen für ihre Zustimmung zum Gesetzesentwurf des Justizministeriums im Ministerrat. Sie verlangte einen besseren Opferschutz, klare Vorgaben für die Staatsanwälte und dass die Diversion[2332] nur für Vergehen angewandt werden sollte, für die eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren vorgesehen war. SPÖ-Justizsprecher Litzka zeigte sich verärgert und warf der ÖVP vor, eine Verzögerungstaktik zu verfolgen.[2333] Im Dezember gelang doch noch die

[2328] Vgl. Der Standard, 25.6.1991. S.6.
[2329] Vgl. Der Standard, 15.10.1991. S.7.
[2330] Vgl. BGBl. 57/1992.
[2331] Vgl. Der Standard, 18.7.1997. S.6.
[2332] Strafrechtlich gesehen versteht man unter Diversion Möglichkeiten, auf die Durchführung eines förmlichen gerichtlichen Strafverfahrens zu verzichten. Nach erfolgreicher Diversion wird ein Strafverfahren endgültig eingestellt. Beispiel dafür: außergerichtlicher Tatausgleich, Probezeit, gemeinnützige Leistungen oder Zahlung eines Geldbetrages. (<http://www.help.gv.at/Content.Node/99/Seite.991060.html> 17.4.2010).
[2333] Vgl. Der Standard, 9.11.1998. S.7.

Einigung. Die Wünsche der ÖVP fanden in der Vorlage insofern ihren Niederschlag, als nur Vergehen diversionsfähig werden sollten, die in der Zuständigkeit eines Einzelrichters lagen. Außerdem sollten die Gerichte entscheiden, ob die Schwere der Schuld oder präventive Gründe eine Diversion ausschließen würden.[2334]

Die Presse, 9.11.1998. S.7.
Stenographische Protokolle des Nationalrates 149/NRSITZ (XX. GP). S.22-41.

[2334] Vgl. Die Presse, 11.12.1998. S.4.

17 Medien

17.1 ORF-Generalintendant

Die Wahl des ORF-Generalintendanten war nicht erst während der Koalition ein Strategiespiel SPÖ vs. ÖVP. Die dafür notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit im ORF-Kuratorium zementierte im Gegensatz zu dem vergleichbaren Quorum in der Schulgesetzgebung die Große Koalition in der Rundfunk-Politik nicht ein. Einschränkungen erfährt diese Aussage bei der Besetzung von ORF-Posten der zweiten Reihe.
Nur wenige Monate vor Abschluss des Koalitionspaketes im Jahr 1986 konnte der damalige Bundeskanzler Sinowatz (SPÖ) seinen Wunschkandidaten Taddäus Podgorski durchsetzen. Dies geschah durch einen in der Öffentlichkeit umstrittenen Auftrag an die von der SPÖ gestellten bzw. ihr nahe stehenden Kuratoren, gegen Gerd Bacher und für Podgorski zu stimmen.[2335]

Vier Jahre später war es wieder soweit. Vor der anstehenden Wahl im Juli 1990 hatten sich beide Großparteien auf ihre Kandidaten festgelegt. Die SPÖ auf den amtierenden Generalintendanten Podgorski, die ÖVP auf den Herausforderer und ehemaligen Generalintendanten Gerd Bacher. Den beiden Großparteien wurden jeweils 16 Kuratoren zugerechnet. Vom „Grünen-Kurator" hatte es zuvor eine Festlegung auf Podgorski (allerdings mit Bedingungen behaftet) gegeben. Keine Aussagen gab es hingegen von den beiden freiheitlichen Kuratoren Gredler und Schmidt, deren Stimmen für die absolute Mehrheit entscheidend waren.[2336] Im ersten Wahlgang erhielt Bacher 18 der 35 Stimmen (17 gingen an Podgorski, zwei weitere Kandidaten erhielten keine Stimme) und damit nicht die notwendige Zweitdrittelmehrheit. Im zweiten Wahlgang erhielt Bacher bereits 21 Stimmen. Die zusätzlichen Stimmen kamen von den SPÖ-Betriebsräten. Daraufhin wurde die Wahl vertagt.[2337] SPÖ-Zentralsekretär Cap witterte hinter der Zustimmung der FPÖ-Kuratoren für den ÖVP-Kandidaten Bacher einen Probelauf für eine schwarz-blaue Koalition, was ÖVP und FPÖ sofort dementierten. Die SPÖ-Betriebsräte begründeten ihr Stimmverhalten im zweiten Durchgang damit, dass sie dem ORF ein Provisorium in der Leitung ersparen wollten. Indirekt bestätigten sie dabei Gerüchte, wonach ein Abkommen mit den ÖVP-Betriebsräten vorgesehen hatte, dass im zweiten Durchgang der Kan-

[2335] Vgl. Die Presse, 5.7.1986. S.4.
[2336] Vgl. Der Standard, 10.7.1990. S.7.
Die Presse, 11.7.1990. S.1.
[2337] Vgl. Die Presse, 12.7.1990. S.1.
Der Standard, 12.7.1990. S.1, 7.

didat unterstützt werden sollte, der im ersten Durchgang mehr Stimmen erhalten hatte.[2338] Zwei Tage später erreichte Bacher im dritten Wahlgang die Zweidrittelmehrheit wieder nicht. Die Absolute reichte jedoch für eine provisorische Bestellung aus. Die Reaktionen aus der SPÖ waren zwiespältig; während Zentralsekretär Cap darin abermals die Vorboten einer schwarz-blauen Koalition erkennen wollte, konnte Bundeskanzler Vranitzky daraus überhaupt keine Prognosen ableiten. Allerdings sprach er sich für die Idee seines Parteifreundes Peter Schieder (ORF-Kurator) aus, das Rundfunkgesetz so abzuändern, dass keine Parteienvertreter mehr in das Kuratorium entsandt werden könnten. Der Wiener Bürgermeister Zilk (SPÖ) begrüßte die Wahl Bachers sogar ausdrücklich. Die ÖVP-Vertreter brachten über die Wahl ihres Kandidaten naturgemäß ihre Freude zum Ausdruck. Die Forderungen aus der SPÖ für eine Entpolitisierung des Kuratoriums qualifizierten sie als Versuch ab, ungeliebte demokratische Ergebnisse zu verhindern.[2339] Im Oktober fand schließlich der entscheidende Wahlgang statt, in dem 23 Kuratoren für und nur 11 gegen Bacher stimmten. Laut der Tageszeitung „Der Standard" hatten die SPÖ-Betriebsräte wie schon zuvor für Bacher gestimmt, und auch der Wiener Stadtrat Michael Häupl dürfte demnach diesmal im Auftrag von Bürgermeister Zilk gegen die Parteilinie votiert haben; und das, obwohl der Sekretär von Bundeskanzler Vranitzky, Karl Krammer, versucht hatte, alle SPÖ-Kuratoren gegen Bacher einzustimmen.[2340] In seinem Buch „Politische Erinnerungen" schrieb Vranitzky über die Wahl:

> „Seine [Bachers] Wiederwahl im Jahr 1990 war in Wirklichkeit eine Niederlage für die SPÖ, da sie diese im Vorfeld bekämpft hatte. Karl Blecha, von der Partei ausgesandt, um die „roten Dissidenten" festzustellen, erzählte mir Jahre später, Betriebsratsstimmen hätten den Ausschlag zugunsten Bachers gegeben. Ich persönlich kann behaupten, mit Bacher zu Rande gekommen zu sein."[2341]

Nach der vierjährigen Amtsperiode stand im März 1994 wieder die Generalintendanten-Wahl an. Gerd Bacher bewarb sich diesmal nicht mehr um den Posten. Als mögliche Nachfolger wurden rasch Gerhard Zeiler und Johannes Kunz genannt. Wobei es von beiden Koalitionsparteien zu jedem der zwei Kandidaten unterschiedliche Bewertungen gab. Die Fronten klärten sich aber schnell.[2342] In der Öffentlichkeit sprachen sich beide Parteien für eine rasche Wahl aus. Vor allem bei der SPÖ hatte das auch taktische Gründe, galt doch in diesem Fall der Sieg ihres Kandidaten Gerhard Zeiler (ehemaliger Sinowatz-Sekretär) als höchst wahrscheinlich, wohingegen bei mehreren Wahlgängen die Chancen

[2338] Vgl. Der Standard, 13.7.1990. S.6.
[2339] Vgl. Die Presse, 14.7.1990. S.5.
Der Standard, 14.7.1990. S.5.
[2340] Vgl. Der Standard, 27.10.1990. S.9.
[2341] Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen. S.434.
[2342] Vgl. Die Presse, 27.1.1994. S.26.

anderer Kandidaten gestiegen wären, so zum Beispiel die des Informationsintendanten Johannes Kunz (ehemaliger Kreisky-Sekretär). Die ÖVP konnte keinen ihr nahe stehenden Kandidaten vorweisen und zeigte sich wohl nicht zuletzt deswegen bezüglich einer raschen Entscheidung äußerst skeptisch. Ihre Vertreter hielten eine definitive Wahl erst im Oktober für wahrscheinlich.[2343] Damit sollten sie Recht behalten. Im ersten Wahlgang erhielt Zeiler 19, Kunz 15 und der weitgehend unbekannte Medienberater Schmid eine Stimme. Bei den darauf folgenden Abstimmungen über die einzelnen Kandidaten erhielt Zeiler 19 Pro- und 15 Contra-Stimmen, Kunz 16 Pro- und 18 Contra-Stimmen und Schmid 14 Pro- und 18 Contra-Stimmen.[2344] Das Ergebnis spiegelte die im Vorhinein bekannten Präferenzen wider. So dürften die 16 der SPÖ zugerechneten Kuratoren, der Vertreter der Grünen, ein unabhängiger Betriebsrat und ein weiterer Wahlberechtigter für Zeiler gestimmt haben, die 14 ÖVP-nahen und die zwei FPÖ-nahen Kuratoren für Kunz. Vor dem nächsten Wahlgang erklärten mehrere ÖVP-Kuratoren in unterschiedlicher Schärfe, dass Zeiler, bevor er mit ihren Stimmen rechnen könnte, sein Team bekannt geben müsste. Dieser weigerte sich jedoch, der Forderung nachzukommen.[2345] Am 15. März stimmte das Kuratorium erneut einzeln ab. Weder Zeiler (erster Wahlgang 20:14, zweiter Wahlgang 20:15) noch Kunz (15:19) erhielten dabei die notwendigen 23 Stimmen. ÖVP-Kurator Steinbauer zeigte sich darüber erfreut und verlangte eine Neuausschreibung, während SPÖ-Kurator und SPÖ-Zentralsekretär Cap das Stimmverhalten des Koalitionspartners kritisierte.[2346] Ein eigens erstelltes Rechtsgutachten bestätigte die Ansicht der ÖVP, dass eine definitive Bestellung ohne Neuausschreibung nicht mehr möglich war. Daraufhin stimmten die Kuratoren am 23. März über die provisorische Leitung ab. Dabei setzte sich Zeiler im direkten Duell mit Kunz, der diesmal die offizielle Unterstützung der ÖVP erhielt, mit 20 zu 13 Stimmen durch. Steinbauer äußerte daraufhin die Hoffnung, dass bis zur fixen Bestellung noch ein unabhängiger Kandidat gefunden würde. Die SPÖ stellte sich weiterhin hinter Zeiler.[2347] Außenminister Mock sprach sich sogar deutlich für einen eigenen ÖVP-Kandidaten und allgemein gegen ehemalige SPÖ-Parteisekretäre aus.[2348] Je näher die weiteren Wahlgänge kamen, desto mehr verbesserten

[2343] Vgl. Der Standard, 5.3.1994. S.1, 8.
[2344] Vgl. Der Standard, 8.3.1994. S.11.
[2345] Vgl. Kleine Zeitung, 8.3.1994. S.2.f.
Kleine Zeitung, 12.3.1994. S.3.
Der Standard, 12.3.1994. S.12.
Kleine Zeitung, 15.3.1994. S.10.
[2346] Vgl. Der Standard, 16.3.1994. S.9.
Kleine Zeitung, 16.3.1994. S.2.
[2347] Vgl. Der Standard, 24.3.1994. S.10.
Kleine Zeitung, 24.3.1994. S.2.
[2348] Vgl. Der Standard, 12.9.1994. S.9.

sich die Chancen für Zeiler. So stellte sich im September ORF-Betriebsrat Heinz Fiedler (ÖVP) hinter ihn. Auch der niederösterreichische Kurator Strasser (ÖVP) sprach sich für eine möglichst rasche Lösung – und das konnte in der momentanen Situation nur die Wahl Zeilers sein – aus.[2349] Laut Medienberichten gab es Verhandlungen zwischen SPÖ, ÖVP und Zeiler über die personelle Besetzung des ORF-Führungsteams, die auch den ÖVP-Kuratoren die Wahl des SPÖ-Kandidaten erleichtern sollte. Alle Beteiligten bestritten dies und bestätigten nur Gespräche über den Charakter des Teams. Als Grund für die Annäherung nannten die ÖVP-Politiker ein Gutachten, das für die definitive Bestellung des Generalintendanten die Zwei-Drittel-Mehrheit in jedem Fall als Bedingung bezeichnete.[2350] Die nahende Nationalratswahl und die Verwirklichung eines bereits vorliegenden Sparprogramms, das bei den Betriebsräten des ORF auf starken Widerstand stieß, erhöhte aber auch auf Zeiler und die SPÖ den Druck, doch noch eine Führung zu bestimmen, die auch auf die Unterstützung der ÖVP-Kuratoren hoffen konnte.[2351] Am 17. Oktober 1994 gab es für Zeiler im ersten Wahlgang eine klare Mehrheit von 31 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung. Sein Team erhielt die Zustimmung von 29 Kuratoren. Erst wenige Stunden vor der Wahl hatte die ÖVP „ihren" Kuratoren grünes Licht für die Wahl Zeilers gegeben und damit den Weg zur Zwei-Drittel-Mehrheit frei gemacht. Dabei lobten die ÖVP-Kuratoren Zeilers Team bereits vor dessen Präsentation. Nach der Wahl zeigten sich beide Koalitionspartner über das Ergebnis ausgesprochen zufrieden.[2352]

Die letzte Wahl eines ORF-Generalintendanten während der Großen Koalition ging im Jahr 1998 über die Bühne, und wieder stellte sich der amtierende nicht mehr der Wiederwahl. In den Interviews fielen bezüglich seiner Nachfolge die Namen der „bürgerlichen" Kandidaten Peter Radel (Kaufmännischer ORF-Direktor), Gerhard Weis (Generalsekretär), Rudi Klausnitzer (Chef der Vereinigten Bühnen) und der des als SPÖ-nahe geltende Hans Mahr (RTL-Informationsdirektor). Bereits in der Anfangsphase der Spekulationen galt Gerhard Weis als chancenreicher Kompromisskandidat, da er durch seine Mitgliedschaft bei der ÖCV-Verbindung Bajuvaria zwar als bürgerlich, aber mangels Parteibuch nicht als reiner ÖVP-Mann galt.[2353] Ende Mai verursachte die Aussage der ÖVP-Europaabgeordneten Ursula Stenzel (ehemalige ORF-Journalistin), gemeinsam mit

[2349] Vgl. Der Standard, 12.9.1994. S.9.
[2350] Vgl. Die Presse, 21.9.1994. S.7.
Der Standard, 22.9.1994. S.27.
[2351] Vgl. Der Standard, 11.10.1994. S.13.
[2352] Vgl. Die Presse, 18.10.1994. S.20.
Der Standard, 18.10.1994. S.1, 29.
[2353] Vgl. Der Standard, 1.4.1998. S.1.
Der Standard, 25.4.1998. S.77.

der FPÖ durch die Wahl von Peter Radel eine Wende im ORF herbeiführen zu wollen, Verärgerung beim Koalitionspartner SPÖ. Bundesgeschäftsführer Rudas sah damit seine Vermutungen bestätigt und führte die Pattstellung in den Verhandlungen auf die Taktik der ÖVP zurück.[2354] Der SPÖ-Abgeordnete Cap warf dem Koalitionspartner Politpackelei vor. Die Dementi von ÖVP-Generalsekretär Karas, Landwirtschaftsminister Molterer, FPÖ-Generalsekretär Westenthaler und Peter Radel selbst, der seine Überparteilichkeit betonte, überzeugten ihn nicht vom Gegenteil.[2355] Die Kuratoren aus dem „ÖVP-Freundeskreis" wehrten sich besonders gegen die Überlegungen Stenzels, und auch von der FPÖ kamen ablehnende Kommentare.[2356] In den Tagen vor der Wahl kam noch ein Kandidat dazu. Der ehemalige ÖVP-Abgeordnete und amtierende Landesintendant der Steiermark, Kurt Bergmann, brachte sich selbst als Kompromisskandidaten ins Spiel. Diese Kandidatur war schon Wochen zuvor in der Öffentlichkeit als wahrscheinlich angenommen worden.[2357] Seine Partei, die ÖVP, zeigte sich aber nicht erfreut darüber.

Im ersten Wahlgang am 15. Juni erhielt Weis 17 und Radel 15 Stimmen. Bei der Einzelabstimmung wählten 20 der 35 Kuratoren Weis, Radel hingegen nur 16. Der „ÖVP-Freundeskreis" hielt daraufhin eine interne Sitzung ab, da der von der SPÖ favorisierte Kandidat Weis offensichtlich auch von drei ÖVP-(nahen)-Kuratoren gewählt worden war. Hier soll laut der Tageszeitung „Der Standard" ÖVP-Betriebsrat und ORF–Kurator Fiedler sogar das Wort „Verräter" für die nicht linientreuen Kuratoren verwendet haben. Beim Wahlgang nach der Besprechung erhielt Weis 18 Stimmen und Radel 15. Daraufhin wurde die Wahl vertagt.[2358] Am Tag vor dem zweiten Termin rechnete Fiedler, der sich zuletzt noch für Kurt Bergmann eingesetzt hatte, bereits mit der Wahl von Gerhard Weis. Er sollte Recht behalten.[2359] Am 6. Juli erhielt Weis nach dem Rückzug Radels, der sich keine Chancen mehr ausrechnete, und nach einer von den ÖVP-Kuratoren verlangten ausdrücklichen Absage an eine Umwandlung des ORF in eine Aktiengesellschaft mit einer möglicherweise damit verbundenen Teilprivatisierung *(vgl. Kap. 17.2 Medienrecht)* im ersten Wahlgang 28 Stimmen (bei fünf Gegenstimmen und zwei Enthaltungen) und so die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit. Wahlversprechen für die Zustimmung gab

[2354] Vgl. Der Standard, 23.5.1998. S.21.
[2355] Vgl. Der Standard, 25.5.1998. S.8.
[2356] Vgl. Der Standard, 27.5.1998. S.19.
Der Standard, 28.5.1998. S.15.
Der Standard, 29.5.1997. S.7.
[2357] Vgl. Der Standard, 13.6.1998. S.22.
[2358] Vgl. Der Standard, 16.6.1998. S.13.
[2359] Vgl. Der Standard, 6.7.1998. S.21.

es laut Aussage aller Beteiligten nicht. Wieder zeigten sich die Vertreter beider Koalitionsparteien mit dem Ergebnis sehr zufrieden.[2360]

17.2 Medienrecht

In den ersten Jahren der Großen Koalition spielte die Medienpolitik eine untergeordnete Rolle. Meinungsverschiedenheiten gab es zwar über das ORF-Sendemonopol – die ÖVP wollte es lockern, die SPÖ unverändert beibehalten –, doch hatten diesbezügliche Äußerungen eher den Charakter von Randbemerkungen.[2361]
Ab Juni 1989 gelangten konkrete Pläne aus dem Entwurf des ÖVP-Medienkonzeptes an die Öffentlichkeit:

- Zulassung von Privatradios
- Möglichkeit von „Österreich-Fenstern" für ausländische Programme
- maximaler Anteil eines Printmedienunternehmens an einem Privatsender: 24 Prozent; maximaler Gesamtanteil mehrerer Printmedien an einem Sender: 50 Prozent (zur Verhinderung einer Medienkonzentration)
- Voraussetzungen für eine Lizenz: fachliche Kompetenz und eine ausreichende finanzielle Ausstattung
- Ausschluss von im ORF vertretenen Gruppen (Parteien, Interessensvertretungen, Gebietskörperschaften) vom Beteiligungsrecht

Hauptziel war also nach wie vor die teilweise Abschaffung des Monopols, wobei die Zulassung von privaten Fernsehsendern für die nahe Zukunft nicht angedacht wurde, da die ÖVP dies als nicht wirtschaftlich erachtete. Außerdem sollte der ORF in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Wobei 50 Prozent der Bund und die anderen 50 Prozent die Bundesländer erhalten sollten. Davon erhoffte sich die ÖVP transparentere Eigentümerstrukturen und mehr Flexibilität in der Führung des Unternehmens.[2362] Im Gegensatz zum Koalitionspartner wollte die SPÖ weniger weit gehen. So sollte es nach ihren Vorstellungen zu maximal einem Privatradio pro Bundesland kommen, während die ÖVP die Anzahl der möglichen Frequenzen als Obergrenze ansah. Private Radiobetreiber hätten nach dem SPÖ-Konzept denselben Programmauftrag wie der ORF, aber keinen Anteil an den Gebühren erhalten, womit die wirtschaftliche Attraktivität eines solchen

[2360] Vgl. Die Presse, 7.7.1998. S.25.
Der Standard, 7.7.1998. S.1, 11.
[2361] Vgl. Die Presse, 19.4.1988. S.1.
Die Presse, 10.6.1989. S.5.
[2362] Vgl. Die Presse, 22.6.1989. S.4.
Der Standard, 9.11.1989. S.7.

Unternehmens stark reduziert worden wäre. Nach einer weiteren Forderung der SPÖ hätten nur Kapitalgesellschaften Rechtsträger von privaten Rundfunkanbietern sein dürfen.[2363] Konkrete Verhandlungen führten die Justizsprecher der Koalitionsparteien Rieder (SPÖ) und Graff (ÖVP) ab Oktober 1989. Ziel beider Parteien war es, Konzentrationsbestrebungen in der österreichischen Medienlandschaft zu verhindern. Während Rieder für eine Regelung auf Basis der Umsatzhöhe eintrat, wollte Graff eine Regelung, wonach sich das Kartellgericht auf die Empfehlungen eines Gutachterbeirates stützen hätte können.[2364] Im November legte die ÖVP dem Koalitionspartner ihren Entwurf für ein Privatradiogesetz vor, das im Wesentlichen die bekannten Pläne enthielt. Die SPÖ stieß sich dabei vor allem an einer Passage, die die Lizenzvergabe an Inhaber von Printmedien untersagte. Zentralsekretär Cap wollte zwar auch verhindern, dass Sendelizenzen ausschließlich an Zeitungen gingen, Beteiligungen sollten seiner Ansicht nach aber zugelassen werden.[2365] Weitere Knackpunkte waren die Lizenzvergabe und die Zulassungsbehörde. Die ÖVP wollte im Gegensatz zur SPÖ ein Mitspracherecht der Bundesländer und die SPÖ machte sich gegen die Vorstellungen der ÖVP von Wettbewerbs- und Meinungsfreiheit dafür stark, pro Bundesland nur einen Privatradiosender zuzulassen.[2366] Vizekanzler Riegler sprach sich diesbezüglich klar für die gänzliche Abschaffung des Monopols aus und ÖVP-Mediensprecher Steinbauer bezichtigte die SPÖ, die Liberalisierung zu verhindern.[2367] Die Verhandlungen konnten vor der Nationalratswahl des Jahres 1990 nicht zum Abschluss gebracht werden.

Im Koalitionsübereinkommen von 1990 nahm sich die Koalition die Liberalisierung der Rundfunkgesetze auf Basis der Vorverhandlungen der abgelaufenen Legislaturperiode vor. Die Öffnung des Fernsehbereiches sollte in Angriff genommen werden, ohne inhaltliche Vorbestimmungen zu nennen.[2368] Der ÖVP-Chefverhandler im Bereich Medien, Kukacka, hatte während der Verhandlungen öffentlich bedauert, dass die SPÖ vor allem bei der Liberalisierung des Fernsehbereiches, aber auch beim Radiobereich auf der Bremse stand.[2369] Im Juni 1993 waren die Mediensprecher Cap (SPÖ) und Maier (ÖVP) einer Einigung bereits sehr nahe gekommen. Allerdings wollte die ÖVP mehr Mitsprache

[2363] Vgl. Popp, Gerhard: Zukunftsorientierte Alternativen in der österreichischen Medienpolitik. S.480 – 483.
[2364] Vgl. Die Presse, 7.10.1989. S.5.
[2365] Vgl. Die Presse, 11.11.1989. S.5.
[2366] Vgl. Die Presse, 4.5.1990. S.1.
[2367] Vgl. Die Presse, 18.7.1990. S.5.
[2368] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1990. S.73.
[2369] Vgl. Die Presse, 7.11.1990. S.6.

der Bundesländer bei der Privatradio-Lizenzvergabe und die SPÖ eine niedrigere Beteiligungsobergrenze (25 statt 33 Prozent) von Medienunternehmen an den Sendern.[2370]

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gegen das ORF-Monopol brachte die Diskussion über private Fernsehsender in Gang. Die ÖVP sprach sich rasch für die Ermöglichung solcher Sender aus. Die SPÖ hingegen sah aufgrund der Größe des österreichischen Marktes dafür keine wirtschaftliche Basis gegeben und wollte daher nur einen dritten TV-Kanal mit privater Beteiligung, aber unter Führung des ORF, zulassen.[2371]

Meinungsunterschiede gab es auch bei den Verhandlungen über die Umwandlung des ORF in eine Aktiengesellschaft. ÖVP-Mediensprecher Molterer verlangte die Überwachung der Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrages durch einen starken Publikumsbeirat, außerdem sollte der Geschäftsführer keine Eingriffsrechte in die Programmgestaltung haben. Die SPÖ, vertreten durch Dietmar Ecker, wollte umgekehrt eine stärkere Position der Geschäftsführung mit der Möglichkeit, in die Rundfunkprogramme einzugreifen. Ecker trat auch dafür ein, dass trotz der geplanten Aufteilung der ORF-Anteile auf Bund und Länder (je 50 Prozent) die Oppositionsparteien im Aufsichtsrat vertreten sein sollten. Der ÖVP-Vorschlag sah ja 9 Ländervertreter, 9 Bundesvertreter und 9 Betriebsräte vor. Molterer konnte sich außerdem bis zu 2 großflächige Regionalradiosender pro Bundesland vorstellen, die SPÖ hingegen außer für Wien nur einen.[2372]

Auch über die Vorgehensweise bei der durch ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes notwendigen Reparatur des Regionalradiogesetzes herrschte Uneinigkeit. Die SPÖ verlangte eine eingehende Begutachtungsphase, um neuerliche Verfassungswidrigkeiten zu verhindern. Die ÖVP präferierte hingegen die Einbringung eines Initiativantrages, um einen Beschluss noch vor der Sommerpause des Nationalrates zu ermöglichen.[2373] Am 7. August 1996 verkündeten die Koalitionsparteien eine weitgehende Einigung über die Novellierung des Regionalradiogesetzes. Demnach sollten für Wien zwei, für die übrigen Bundesländer je eine Sendelizenz vergeben werden. Die Entscheidung über die Anzahl der zu vergebenden Lokalradiolizenzen sollte beim Verkehrsminister liegen. Bei der ÖVP herrschte Freude über die Rahmenbedingungen, die sie als ausgesprochen liberal ansah. So sollten kleine Sender mit bis zu zwei Stunden Sendezeit täglich ihren Betrieb

[2370] Vgl. Der Standard, 12.6.1993. S.12.
[2371] Vgl. Der Standard, 27.11.1993. S.1.
[2372] Vgl. Der Standard, 15.5.1996. S.29.
Der Standard, 17.5.1996. S.33.
[2373] Vgl. Der Standard, 26.6.1996. S.27.

nur anmelden müssen und die Maximalbeteiligung für Zeitungsherausgeber an Sendern war mit 26 Prozent festgelegt.[2374]

Bei der Umwandlung des ORF in eine AG mit einer 50:50 Beteiligung von Bund und Ländern fanden es die ÖVP-Politiker folgerichtig, dass die Länder auch die Hälfte (zwei) der Vorstände bestimmen sollten. SPÖ-Mediensprecher Cap befürchtete, dass dies in der Bevölkerung als großkoalitionäre Aufteilung des ORF interpretiert werden würde. Bundeskanzler Vranitzky kritisierte überhaupt die Aufteilung als falsch verstandenen Föderalismus und hielt eine Föderalisierung des Programms für vollkommen ausreichend.[2375]

Um keine weitere Verzögerung zu riskieren, akzeptierte die SPÖ im Ministerrat „Maßgaben“[2376] der ÖVP als Anhängsel an ihrem Gesetzesentwurf. Eine inhaltliche Einigung hatte es freilich nicht gegeben, diese sollte nun der Verfassungsausschuss des Parlaments finden. Die strittigen Forderungen der ÖVP waren:

- Schaffung eines Grundversorgungsplanes, der innerhalb eines halben Jahres die Gründung von 10 Regional- und 45 Lokalradiosender erlauben sollte
- Möglichkeit für Kirchen und Religionsgemeinschaften, Programme zu gestalten
- Ausweitung des Kabel-Rundfunkgesetzes auf den Satelliten-Rundfunk

Die SPÖ sah für diese Wünsche bis auf die Satellitenfrage wenig Chance auf Realisierung. Beim Grundversorgungsplan befürchtete sie sogar Verfassungswidrigkeit, da durch die Frequenzenvergabe nur schwer zu verändernde Tatsachen geschaffen würden.[2377]

Im Februar 1997 konnten die Parteispitzen die Einigung bekannt geben. In allen strittigen Punkten hatte die ÖVP ihre Vorstellungen durchgesetzt.[2378]

In der nächsten Zeit war die ORF-Reform das Hauptthema der Medienpolitik. Eine der ersten umstrittenen Forderungen kam von der ÖVP. Sie wollte einen der beiden ORF-Sender den Landesstudios überlassen, was die SPÖ ablehnte.[2379] Im Jänner 1998 legte die ÖVP ein Positionspapier vor, das folgende Forderungen enthielt:

- Möglichkeit, Spartenprogramme mit anderen Unternehmen zu betreiben
- Mindestanteile von österreichischen und europäischen Unternehmen (im Hörfunk mindestens zehn Prozent für österreichische Beiträge)

[2374] Vgl. Der Standard, 8.8.1996. S.11.
[2375] Vgl. Der Standard, 24.8.1996. S.6.
Die Presse, 18.9.1996. S.7.
[2376] Darunter versteht man Forderungen nach Abänderungen.
[2377] Vgl. Der Standard, 21.11.1996. S.15.
Die Presse, 21.11.1996. S.23.
[2378] Vgl. Der Standard, 19.2.1997. S.5.
Der Standard, 20.2.1997. S.15.
[2379] Vgl. Der Standard, 27.8.1997. S.11.

- Trennung von direkt und indirekt mit dem gesetzlichen Auftrag in Verbindung stehenden Geschäftsfeldern (Gebührenfinanzierung)
- keine Belangsendungen für Interessensvertretungen
- Belangsendungen für Parteien nur vor Wahlen
- bei Beibehaltung der Rechtsform: Verkleinerung des Kuratoriums von 35 auf 27 Mitglieder
- bei der AG-Variante: Stärkere Einbindung des Betriebsrates, dafür kein Publikumsrat
- durchgehend höhere Qualität als bei Privatsendern (mehr Information, mehr Kultur, mehr Wissenschaft, sensiblerer Umgang mit Privatsphäre)[2380]

Am 30. Jänner 1998 erklärte ÖVP-Mediensprecher Molterer plötzlich, dass seine Partei nicht mehr über die Umwandlung des ORF in eine Aktiengesellschaft verhandeln würde. Als Grund gab er an, dass der Wiener Bürgermeister Berichte über einen möglichen Einstieg der Bank Austria (BA) in diese AG nicht dementierte. Dieser hatte öffentlich darüber nachgedacht, dass zum wirtschaftlichen Erfolg der Landesstudios private Beteiligungen notwendig wären. ÖVP-Politiker sahen für diesen Fall den öffentlich-rechtlichen Auftrag in Gefahr. Kurz darauf schlossen aber sowohl SPÖ-Politiker als auch Vertreter der BA diese Variante aus. Das brachte die ÖVP aber auch nicht mehr von ihrer Linie ab. In der Öffentlichkeit wurde auch spekuliert, dass die ÖVP sich gegen die AG aussprach, um so Generaldirektor Zeiler, der seinen Verbleib von dieser Umwandlung abhängig gemacht hatte, loszuwerden.[2381]

Am 12. Februar versuchten Kanzler und Vizekanzler nach dem überraschenden Abbruch, die Gespräche wieder in Gang zu bringen. Knackpunkte dabei blieben die Umwandlung in eine AG, das von der ÖVP abgelehnte Durchgriffsrecht des Generalintendanten auf das Programm und die Zusammensetzung des Kuratoriums oder Aufsichtsrates.[2382] Nach einigen Tagen klangen die Kommentare wieder versöhnlicher. ÖVP-Mediensprecher Molterer konnte sich laut eigenen Aussagen eine Organisationsform für den ORF vorstellen, die einer AG ähnelte. Dass ein Vorstandsvorsitzender den Fernsehbereich übernehmen sollte, lehnte er aber strikt ab. Unterstützung erhielt er für seine Pläne von ÖVP-Klubobmann Khol, der selbst in einer AG zahlreiche Vorteile, aber auch gravierende Nachteile erkennen wollte.[2383] Die Diskussion um die Umwandlung beeinflusste auch die

[2380] Vgl. Der Standard, 22.1.1998. S.13.
[2381] Vgl. Der Standard, 31.1.1998. S.16.
Der Standard, 6.2.1998. S.11, 26.
[2382] Vgl. Der Standard, 13.2.1998. S.12.
[2383] Vgl. Der Standard, 24.2.1998. S.13.

Wahl des Generalintendanten im Jahr 1998 *(vgl. Kap. 17.1 ORF-Generalintendant)*. Neuerliche Wortmeldungen vom Wiener Bürgermeister Häupl, dass er sich sehr wohl Beteiligungen von internationalen (Medien-)Konzernen oder Zeitungen an einer ORF-AG vorstellen könnte, verschärften die Lage. Der ÖVP-Betriebsrat des ORF, Heinz Fiedler, rief daraufhin die Kuratoren auf, nur Kandidaten zu wählen, die sich von den AG-Plänen distanzierten und nannte dabei ausdrücklich den von der ÖVP unterstützten Peter Radel.[2384] Im Juli kündigten die Koalitionspartner wieder einen Anlauf zur ORF-Reform an. Die ÖVP verlangte als Bedingung dafür die Vorlage eines Gesetzesentwurfes für terrestrisches Fernsehen. Die SPÖ beabsichtigte dies ohnehin zu tun und akzeptierte. Erneut sprach sich die ÖVP gegen die Umwandlung des ORF in eine AG aus, da sie aufgrund der Gewinnorientierung einer AG die Realisierung eines bereits akkordierten, umfangreichen Maßnahmenkatalogs für die Qualität des ORF in Gefahr sah. Die SPÖ sprach sich weiterhin für das AG-Modell aus und verwies diesbezüglich auf das Koalitionsabkommen.[2385] Dadurch erhoffte sich Chefverhandler Rudas effizienteres und kostengünstigeres Wirtschaften im ORF. Die Gewinnorientierung empfand er nicht als Problem, da das Unternehmen die erwirtschafteten Gewinne ja reinvestieren könnte.[2386] Als Kompromissvariante wurde eine Stiftung ins Spiel gebracht, in deren Besitz sich die ORF-AG befinden sollte. Diese hätte darauf achten müssen, dass Gewinne wieder ins Programm geflossen wären. Die ÖVP zeigte sich darüber verhandlungsbereit.[2387] Zunächst war die Koalition noch optimistisch bezüglich einer Einigung bis zum Frühherbst.[2388]

Ab Anfang des Jahres 1999 drehte sich die Medienpolitik wieder um die Zulassung von Privatsendern. Die SPÖ wollte solche rasch ermöglichen, während die ÖVP keinen Zeitdruck erkennen konnte. Der Nationalratsabgeordnete Kukacka begründete das damit, dass es in Österreich bis dato noch keine Interessenten für den Betrieb gegeben hatte. Die Gründung einer Medienanstalt, die für Lizenzenvergabe und zur Kontrolle der Einhaltung von Auflagen im Radio- und Fernsehbereich zuständig sein sollte, lehnte die SPÖ als einzige Parlamentspartei ab.[2389] Am 31. Mai kündigte Bundeskanzler Klima überraschend an, dass seine Partei noch vor der nahenden Nationalratswahl einen Gesetzesantrag auf Umwandlung des ORF in eine AG im Besitz einer Stiftung im Parlament ein-

---

Der Standard, 21.7.1998. S.13.

[2384] Vgl. Der Standard, 1.7.1998. S.17.

[2385] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Koalitionsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1996. S.45.

[2386] Vgl. Der Standard, 22.7.1998. S.15.

[2387] Vgl. Der Standard, 28.7.1998. S.13.

[2388] Vgl. Der Standard, 12.12.1998. S.13.

[2389] Vgl. Der Standard, 21.1.1999. S.15.
Der Standard, 12.2.1999. S.24.

bringen würde. Die ÖVP kritisierte die Vorgehensweise Klimas, da nach ihren Aussagen kurz zuvor in einer Regierungsklausur weitere Verhandlungen abgemacht worden waren.[2390] Auch zur Frage der Gründung einer unabhängigen Medienanstalt blieben die Fronten hart.[2391] Zu einer Einigung über ein neues Rundfunkgesetz kam es nicht mehr.

17.3 Einfluss auf den ORF

Ein heftiges persönliches Hick-Hack löste ÖVP-Generalsekretär Kukacka mit seinem Angriff auf ORF-Generalsekretär Zeiler (zuvor Sekretär von Bundeskanzler Sinowatz) im Juli 1989 aus. Er warf ihm vor, als Statthalter der SPÖ im ORF zu fungieren, außerdem sah Kukacka eine linkslastige Personalpolitik durch Informationsintendanten Kunz und eine Bevorzugung der SPÖ in den „Zeit im Bild"-Sendungen gegeben. Letzteres belegte er mit einem Vergleich der Auftrittslängen von Bundeskanzler Vranitzky und Vizekanzler Riegler. ORF-Generalintendant Podgorski nahm seinen Generalsekretär ebenso in Schutz wie Kunz die Arbeit der „Zeit im Bild"-Redaktion und die eigene Personalpolitik mit Hinweis auf die Bestellung von drei als bürgerlich geltenden Journalisten[2392] zu Hauptabteilungsleitern. In einem scharfen Gegenangriff warf Zeiler Kukacka vor, bei anstehenden Personalentscheidungen zu intervenieren. Ähnliche Vorwürfe kamen auch von den Redakteuren des „Aktuellen Dienstes".[2393] Kukacka konterte laut der Tageszeitung „Die Presse" damit, dass ähnliche Aktionen der SPÖ-Seite als „freundschaftliche Gespräche unter Gesinnungsfreunden" gewertet würden. Für die nahende Neubesetzung des ORF-Kuratoriums, die er als koalitionspolitische Schlüsselfrage titulierte, kündigte er an, an alten Machtpositionen der SPÖ rütteln zu wollen, da sich durch die Große Koalition die Verhältnisse geändert hatten. Mit drohendem Unterton warnte er Generalsekretär Zeiler davor, weiterhin parteipolitisch zu agieren, wenn er auch mit dem nächsten Kuratorium auskommen wollte. SPÖ-Zentralsekretär Marizzi warf ihm daraufhin vor, den ORF unter seinen parteipolitischen Zugriff bringen zu wollen.[2394] Bundeskanzler Vranitzkys Reaktion war noch schärfer. Er bezichtige Kukacka, ORF-Mitarbeiter wegen ihrer SPÖ-Mitgliedschaft kündigen zu wollen, und kritisierte auch die Ankündigungen zur Neubesetzung des Kuratoriums.[2395] Die Parteienverhandlungen über die Neubesetzung des ORF Kuratoriums gestalteten sich – wie nach den Aussagen zu erwarten war – schwierig. Nach der alten Konstellation wurden 17 Kuratoren der SPÖ zuge-

[2390] Vgl. Der Standard, 1.4.1999. S.19.
[2391] Vgl. Der Standard, 10.4.1999. S.22.
[2392] Dabei nannte er Horst Friedrich Mayer, Franz Krynedl, Franz Hlavac und Hans Benedict.
[2393] Vgl. Die Presse, 22.7.1989. S.5.
[2394] Vgl. Die Presse, 25.7.1989. S.5.
[2395] Vgl. Die Presse, 26.7.1989. S.5.

rechnet, 15 der ÖVP, 2 der FPÖ und einer den Grünen. Strittig waren aber nur die 9 Regierungsvertreter. Von denen entfielen 6 auf die SPÖ, 2 auf die ÖVP und einer auf die FPÖ. Der ÖVP-Generalsekretär betrachtete diese Aufteilung als Überbleibsel der Kleinen Koalition von SPÖ und FPÖ und verlangte eine Angleichung an die Mehrheitsverhältnisse in der Regierung (50:50). SPÖ-Zentralsekretär Cap lehnte dieses Ansinnen mit dem Hinweis auf die relative Mehrheit der SPÖ im Nationalrat und auf den von seiner Partei gestellten Bundeskanzler ab.[2396]

Der im Jänner 1990 von Kukacka vorgebrachte Vorschlag, künftig zwei Nachrichtenteams im ORF arbeiten zu lassen, um so eine interne Konkurrenz zu schaffen, fand bei den anderen Parteien keinen Gefallen. SPÖ-Zentralsekretär Cap vermutete dahinter den Versuch, eine angebliche SPÖ-Lastigkeit der Redaktion zu konterkarieren. Als Begründung für seine Ablehnung nannte er den nahe liegenden Verdacht des Proporzausbaus.[2397]

Im Herbst 1993 wurde aus einer rein personalpolitischen Entscheidung ein parteipolitisches Geplänkel. Der Programmintendant Ernst Wolfram Marboe[2398] hatte die Produktion der „Lustigen Witwe“ in der Aufführung der Mörbischer Seefestspiele der Firma seines Sohnes (mitbeteiligt daran war auch der Sohn seines engen Mitarbeiters Neuspiel) zugeschanzt. Der grüne Kurator Pius Strobel hatte aufgedeckt, dass die Kosten dafür höher zu werden drohten als eine ORF-Eigenproduktion, die aus Spargründen nicht realisiert worden war. Deshalb erklärte ORF-Generalintendant Bacher sein Vertrauensverhältnis zu Marboe für erschüttert. Das Kuratorium forderte ihn daraufhin gegen die Stimmen der ÖVP-Kuratoren auf, die Abberufung Marboes vorzuschlagen. Der Kompromissvorschlag der ÖVP-Kuratoren, Marboe eine schwere Rüge zu erteilen, fand bei den anderen „Freundeskreisen“ keine Unterstützung. Da Marboe nicht zu einem freiwilligen Rückzug zu bringen war, folgte Bacher der Aufforderung, und Marboe wurde abgesetzt. Die ÖVP-Kuratoren hatten aus Protest beide Male den Raum verlassen.[2399] Nach diesen Vorgängen meldeten sich zahlreiche hochrangige ÖVP-Politiker von Vizekanzler Busek abwärts zu Wort und forderten die Ablöse der gesamten ORF-Geschäftsführung rund um Gerd Bacher, da sich diese nicht mehr um Reformen, sondern nur mehr um Personalia kümmerte. Von der SPÖ kam diesbezüglich jedoch nur Ablehnung. Ihre Ver-

[2396] Vgl. Die Presse, 4.11.1989. S.5.
[2397] Vgl. Die Presse, 24.1.1990. S.5.
[2398] E.W. Marboe galt durch seine Mitgliedschaft bei der ÖCV-Verbindung Bajuvaria und als Bruder des ÖVP-Politikers Peter Marboe als ÖVP-nahe.
[2399] Vgl. Der Standard, 18.9.1993. S.6.

treter sprachen sich für den Verbleib Bachers bis zum Ende seiner Amtszeit (Dauer noch ein knappes Jahr) aus. Auf die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit im Kuratorium für eine Abberufung bestand damit keine Chance.[2400]

Im Mai 1999 führte die Wahl der Kuratoriumsmitglieder aus der Hörer- und Sehervertretung zu einem Machtpoker. Die Wahl musste wegen der Uneinigkeit einmal verschoben werden. Durch die Verluste bei den Kärntner Landtagswahlen hatte die SPÖ den Kärntner Kuratoriumssitz verloren. Bei gleich bleibender Aufteilung der Kuratoren aus der Hörer- und Sehervertretung (drei SPÖ, drei ÖVP) drohte nun eine schwarz-blaue Mehrheit im Kuratorium. Einzige Möglichkeit dies zu verhindern, war die Entsendung der Kuratoriumsmitglieder durch die Bundesregierung, wozu wieder eine Einigung mit dem Koalitionspartner notwendig war. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Rudas stritt ab, in den Verhandlungen die rote Mehrheit sichern zu wollen, erklärte aber die Verhinderung einer schwarz-blauen Mehrheit zum Ziel seiner Partei.[2401] Rund um die Verhandlungen gab es Gerüchte über einen Abtausch eines Kuratoriumssitzes für die SPÖ gegen den Vorsitz in diesem Gremium. Sogar der Botschafterposten in Brüssel war angeblich Objekt der Verhandlungen.[2402]
Im Juli, also zwei Monate später als geplant, stand die Zusammensetzung des Kuratoriums fest. Unbesetzt blieb lediglich noch der Posten des tödlich verunglückten, parteilosen Kurators der Steiermark, um dessen Nachfolge noch bundeslandintern zwischen SPÖ, ÖVP und FPÖ gepokert wurde. Vorsitzender wurde Leopold März (Rektor der Universität für Bodenkultur, „ÖVP-Freundeskreis“). Der SPÖ wurden direkt 13 Kuratoren und indirekt die parteiunabhängige Erika Pluhar, der ÖVP ebenfalls 13 Kuratoren und die zwei parteiunabhängigen Franz Küberl und Michaela Steiner zugerechnet. (FPÖ zwei, Liberale ein, Grüne ein, plus ein parteiunabhängiger Kurator).[2403]

Im Juli 1999, also in greifbarer Nähe der Nationalratswahlen, entzündete sich an einem Beitrag über die sogenannte Euroteam-Affäre[2404] ein Streit über den Einfluss im ORF. Auf Geheiß des zuständigen Chefs vom Dienst Fritz Dittlbacher war ein fertiger Beitrag um genau jene acht Sekunden gekürzt worden, in denen die Namen von Jan Klima (Sohn

[2400] Vgl. Der Standard, 21.9.1993. S.5.
[2401] Vgl. Der Standard, 18.5.1999. S.35.
[2402] Vgl. Der Standard, 19.5.1999. S.23.
[2403] Vgl. Der Standard, 14.7.1999. S.13.
[2404] Die Firma Euroteam war beauftragt worden, für die zahlreichen lehrstellensuchenden Jugendlichen Ausbildungsplätze zu schaffen bzw. zu finden. Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsgebarung führten zu einer politischen Debatte. Die Tatsache, dass zahlreiche führende Mitarbeiter ein Naheverhältnis hatten, verschärfte die Diskussion weiter.

des Bundeskanzlers) und David Mock (Pressesprecher des Bundeskanzlers) vorgekommen waren. ÖVP-Kurator Strasser warf nun Dittlbacher vor, die SPÖ-Zentrale von besagtem Beitrag informiert zu haben, worauf hin diese den Ausschnitt hinaus-interveniert hätte. Informationsintendant Leopoldseder verteidigte die Vorgehensweise der Chefredaktion vor dem Vorwurf Strassers, Politkommissare zu sein. Der Redakteursrat verteidigte einerseits die ursprüngliche Fassung des Berichts als korrekt und zeitlich angemessen, andererseits aber auch Dittlbacher und Chefredakteur Stoppacher vor den Vorwürfen Strassers. SPÖ-Generalsekretäre Rudas bezichtigte in einem Gegenangriff die ÖVP, selbst immer wieder zu intervenieren, und nannte dafür konkrete, aber unbestätigte Beispiele. Daraus zog er den Schluss, dass es zu einer Entpolitisierung des ORF kommen müsste. Konkrete Mittel zur Erreichung dieses Ziels nannte er jedoch nicht.[2405]

[2405] Vgl. Die Presse, 22.7.1999. S.6.
Der Standard, 22.7.1999. S.15.
Der Standard, 23.7.1999. S.15.

18 Kultur

18.1 Hrdlicka-Denkmal

Die geplante Errichtung eines vom Bildhauer Alfred Hrdlicka entworfenen „Denkmals gegen Krieg und Faschismus“ am Wiener Albertina-Platz sorgte für einen Streit zwischen SPÖ und ÖVP. Vor allem Wissenschaftsminister Tuppy (ÖVP) sprach sich deutlich gegen die Errichtung an diesem Ort aus und stand damit im Widerspruch zur SPÖ. Ein von ihm in Auftrag gegebenes Gutachten der Finanzprokuratur empfahl, die Errichtung nur mit Zustimmung des Bundes durchzuführen. Hintergrund war ein Vertrag des Bundes mit der Stadt Wien aus dem Jahr 1973, in dem sich die Stadt verpflichtete, für die Dauer des Bestehens einer Tiefgarage den Platz oberirdisch unverbaut zu lassen. Die Tiefgarage war jedoch niemals gebaut worden. Die ÖVP favorisierte als Standort den Morzinplatz.[2406] Alfred Hrdlicka lehnte diesen Ort jedoch aufgrund des Platzmangels und der Verkehrssituation ab. Auch der Schwarzenbergplatz war bei der ÖVP im Gespräch. Auf keinen Fall wollte die ÖVP den Albertinaplatz als Standort. Sie begründete das mit der Rücksichtnahme auf die dort begrabenen Opfer eines Fliegerangriffs im Zweiten Weltkrieg und einer Gefährdung der Sammlung Albertina. Die SPÖ präsentierte ein Gegengutachten der Magistratsdirektion, das eine Zustimmung des Bundes für nicht notwendig erachtete. Sie sah die Entscheidungskompetenz bei der Wiener Stadtregierung unter Bürgermeister Zilk (SPÖ). SPÖ-Zentralsekretär Keller kritisierte Wissenschaftsminister Tuppy scharf für seine Aussagen und forderte ihn indirekt zum Rücktritt auf, was ihm heftigen Widerspruch von ÖVP-Klubobmann König und ÖVP-Kultursprecher Busek einbrachte. SPÖ-Klubchef Fischer bezichtigte den Wissenschaftsminister der Unfähigkeit.[2407] Die Arbeiterzeitung vermutete hinter dem Widerstand der ÖVP die Angst vor dem im Kunstwerk inkludierten „Tor der Gewalt“, das sich nicht nur gegen die Nationalsozialisten, sondern auch gegen den „dollfußmaroden Ständestaat“ beziehen sollte.[2408] Der SPÖ-Abgeordnete Nedwed warf der ÖVP vor, gegen das Denkmal zu sein, weil Hrdlicka sich gegen Bundespräsident Waldheim engagiert hatte.[2409] Von ÖVP-Generalsekretär Kukacka kam zwei Tage später ein direkter Angriff auf den Künstler, als er ihm vorwarf, in erster Linie von Steuergeldern zu leben. Unterrichtsministerin Hawlicek (SPÖ) wies diese Aussage empört zurück. Gleichzeitig sprach sich Bundes-

[2406] Am Morzinplatz befand sich in der NS-Zeit die GESTAPO-Zentrale.
[2407] Vgl. Sandner, Günther: „Kulturkämpfe“. S.68-71.
[2408] Vgl. Arbeiterzeitung, 30.1.1988. S.16.
[2409] Vgl. Die Presse, 9.7.1988. S.4.
Die Presse, 11.7.1988. S.4.

kanzler Vranitzky für die Errichtung des Denkmals am geplanten Ort aus und warnte davor, die Kunstwerke nach der politischen Einstellung ihrer Erschaffer zu bewerten. Das war natürlich eine indirekte Kritik am Koalitionspartner. Außerdem befürchtete er durch die Debatte einen Schaden für die internationale Reputation Österreichs.[2410] Vizekanzler Mock stellte sich hinter seine Parteifreunde und kritisierte die von der Stadt Wien schließlich fixierte Entscheidung, das Denkmal doch auf dem Albertinaplatz zu errichten. Diese führte er auf den Einfluss Hrdlickas innerhalb der SPÖ zurück.[2411]

Die letzte Möglichkeit, das Denkmal an besagtem Ort zu verhindern, ließ Wirtschaftsminister Graf (ÖVP) ungenutzt verstreichen. Er hätte seinen an der Bauverhandlung teilnehmenden Beamten Weisungen für die Verhinderung erteilen können. Graf war aber bereits zuvor entgegen der Parteilinie nicht gegen das Denkmal am Albertinaplatz aufgetreten. In der Zwischenzeit hatte die Finanzprokuratur ihre Rechtsmeinung geändert (da ihr Unterlagen bekannt geworden waren, die den Bau einer Tiefgarage de facto ausschlossen) und sah die Zustimmung des Bundes als nicht mehr notwendig an.[2412]

18.2 Claus Peymann

Die Kritik an Burgtheaterdirektor Peymann entzündete sich zunächst innerhalb des Ensembles und des Bühnenpersonals an einem Interview im deutschen Wochenmagazin „Die Zeit".[2413]

Zu einem Politikum wurde seine Intendanz mit der Aufführung des Stückes „Heldenplatz" von Thomas Bernhard. Aus der ÖVP gab es zahlreiche Stimmen, zum Beispiel Parteiobmann Mock, die eine Absetzung des Stückes bzw. eine Zensur der umstrittenen Passagen verlangten. Einige, wie zum Beispiel Kultursprecher Busek, forderten die Absetzung von Burgtheaterdirektor Peymann oder den Rücktritt der Unterrichtsministerin und des Bundestheater-Generalsekretärs Scholten. Inhaltliche Kritik an der Aufführung und Boykottaufrufe gab es aus beiden Koalitionsparteien.[2414] Die ÖVP begründete die Rücktrittsaufforderung nicht mit der Auswahl der Stücke, sondern mit dem Besucherrückgang. Die Bundesministerin für Unterricht, Kultur und Sport, Hilde Hawlicek (SPÖ), lehnte jedoch ein Eingreifen mit Hinweis auf die Freiheit der Kunst strikt ab. Dieses Ar-

[2410] Vgl. Die Presse, 13.7.1988. S.4.
[2411] Vgl. Die Presse, 28.7.1988. S.1.
[2412] Vgl. Die Presse, 5.8.1988. S.4.
Sandner, Günther: „Kulturkämpfe". S.70.
[2413] Vgl. Die Presse, 13.6.1988. S.5.
[2414] Vgl. Sandner, Günther: „Kulturkämpfe" S.76, 84, 85.
Die Presse, 8.10.1988. S.4.

gument ließ die ÖVP nicht gelten, da sie ihre Kritik auf das wirtschaftliche Management konzentrierte.[2415]

Am 19. Jänner 1989 gab die Kulturministerin bekannt, den Vertrag von Burgtheaterdirektor Peymann um zwei Jahre verlängert zu haben. ÖVP-Kultursprecher Busek kritisierte diesen Akt. Er hatte sich zuvor mit Hinweis auf die Ablehnung von Peymann durch das Burgtheaterensemble für ein Auslaufen des Vertrages ausgesprochen.[2416]

Anfang 1992 war Burgtheaterdirektor Peymann abermals der Grund für Diskussionen in der Koalition. Minister Scholten beantragte die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Peymann. Diese hätte durch den einstimmigen Beschluss des Ministerrates erfolgen müssen. Die ÖVP legte sich aber quer. Vizekanzler Busek begründete die Weigerung mit der prinzipiellen Ablehnung von Privilegien. Außerdem bezweifelte er, dass ein öffentliches Interesse existierte, und kritisierte die Einstellung Peymanns zu Österreich. Kulturminister Scholten konnte diese Argumentation nicht nachvollziehen.[2417] Nur wenige Tage später verkündete Scholten die abermalige Verlängerung des Vertrages von Peymann. Wieder musste er sich dafür die Kritik des Koalitionspartners gefallen lassen.[2418] Der kollektive Rücktritt der Burgtheater-Ensemble-Vertretung aus Protest gegen die Vertragsverlängerung heizte die Stimmung weiter an. ÖVP-Generalsekretärin Korosec sah daher die Rechtsgültigkeit der Vertragsverlängerung in Frage gestellt, da aus ihrer Sicht eine wichtige Voraussetzung, nämlich die Wiederherstellung eines akzeptablen Gesprächsklimas zwischen Direktion und Ensemble, nicht erfüllt worden war. Vizekanzler Busek missfiel nicht nur der Inhalt der Entscheidung, sondern auch, dass es zuvor keine Kontaktaufnahme mit seiner Partei gegeben hatte.[2419] Am 27. Februar behandelte der Nationalrat die dringliche Anfrage der FPÖ zur Vertragsverlängerung für Claus Peymann. Die Redner der SPÖ verteidigten die Vorgehensweise Scholtens ausdrücklich. So zum Beispiel Hilde Hawlicek:

> „Peymann steht für spannendes, innovatives, anerkanntes, internationales Theater, er steht für kulturelle Liberalität. [...] Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion dieses Hauses begrüße ich diese Verlängerung und den Verbleib Peymanns an der ‚Burg' "[2420]

Und Walter Posch:

[2415] Vgl. Die Presse, 21.10.1988. S.1.
Stenographische Protokolle des Nationalrates 77/NRSITZ (XVII. GP). S.8864, 8894.
[2416] Vgl. Der Standard, 20.1.1989. S.1.
[2417] Vgl. Der Standard, 16.1.1992. S.9.
[2418] Vgl. Der Standard, 24.2.1992. S.1.
[2419] Vgl. Der Standard, 26.2.1992. S.9.
[2420] Hawlicek, Hilde: Stenographische Protokolle des Nationalrates 60/NRSITZ (XVIII. GP). S.6345.

> „... aber eines ist für mich unbestritten: daß der zuständige Ressortminister das Recht, ja sogar die Pflicht und die Verantwortung hat, den Direktor des Burgtheaters zu bestellen."[2421]

Die ÖVP kritisierte einhellig, dass der Minister nicht das Gespräch mit der Ensemblevertretung und dem Koalitionspartner gesucht hatte. Über die künstlerische Arbeit gab es innerhalb der ÖVP unterschiedliche Ansichten. So lobte der Abgeordnete Steinbauer diese ausdrücklich, formulierte aber die Bedenken seiner Partei folgendermaßen:

> „Aber was ich dem Bundesminister wirklich vorwerfe, ist, daß er die Heilungsaufgabe dieses Bruchs [zwischen der Direktion und dem Ensemble, Anm.] nicht zustande gebracht hat. [...] Und wenn er keinen Kontakt zur Ensemblevertretung hat, dann paßt dazu, daß er auch keinen Kontakt zum Regierungspartner hat. Herr Bundesminister Scholten, unglücklicher hätten Sie die Wiederbestellung des Burgtheaterdirektors [...] nicht anfassen können."[2422]

Cordula Frieser (ÖVP) wollte Peymann nicht mehr als Burgtheaterdirektor sehen und begründete dies folgendermaßen:

> „Die Diagnose scheint also klar: weniger Besuchstage, mehr Schließtage, anhaltendes Chaos bei den Besetzungen und den Premieren, Budgetprobleme und ein gestörtes Verhältnis zum Ensemble. [...] Ich fordere Sie daher auf, Herr Bundesminister, endlich Ihre Verantwortung wahrzunehmen, Konsequenzen zu ziehen, die Verhandlungen mit Dr. Peymann zu überdenken, vielleicht abzubrechen, im Sinne des Burgtheaters zu handeln und für die Funktion eines neuen Burgtheaterdirektors eine Ausschreibung zu machen und einen qualifizierten internationalen Theatermanager zu beauftragen."[2423]

Dem Antrag der FPÖ, den Vertrag Peymanns nicht zu verlängern, stimmten von der ÖVP nur die Abgeordneten Frieser und Korosec zu. Der anschließende Misstrauensantrag gegen Minister Scholten fand überhaupt nur die Zustimmung der FPÖ.[2424]

Zwei Jahre später, im Jahr 1994, stand abermals die Entscheidung über die Führung des Burgtheaters an. Zunächst schien es, als ob Peymann den Rückhalt innerhalb der SPÖ verloren hätte. Schon ab Mai galt seine Vertragsverlängerung aber wieder als praktisch fix, obwohl Kulturminister Scholten betonte, dass noch keine Entscheidung gefallen wäre. Diesmal gab es keine Proteste der Ensemblevertretung.[2425] Aus der ÖVP kam scharfe Kritik von der Kultursprecherin Frieser. Sie warf Scholten vor, sich nicht ernsthaft um Alternativen zu kümmern. Bei den einzigen von ihm noch genannt anderen Möglichkeiten (Jürgen Flimm und Thomas Langhoff) war von vorneherein bekannt gewesen, dass sie ablehnen würden.[2426] Neuen Schwung in die Diskussion brachte ein Bericht des Rechnungshofes, der dem Burgtheater eine Reduktion der Auslastung und der Theatervorstellungen um jeweils rund 10 Prozent attestierte und gleichzeitig eine Erhöhung der

---

[2421] Posch, Walter: Stenographische Protokolle des Nationalrates 60/NRSITZ (XVIII. GP). S.6353.
[2422] Steinbauer, Heribert: Stenographische Protokolle des Nationalrates 60/NRSITZ (XVIII. GP). S.6356.
[2423] Frieser, Cordula: Stenographische Protokolle des Nationalrates 60/NRSITZ (XVIII. GP). S.6347.
[2424] Vgl. Der Standard, 28.2.1992. S.11.
[2425] Vgl. Der Standard, 10.5.1994. S.1.
[2426] Vgl. Der Standard, 11.5.1994. S.11.

Bezüge von Direktor Peymann um 44 Prozent auf 3,13 Millionen Schilling jährlich feststellte.[2427] Die Vergleiche bezogen sich dabei auf das Jahr 1986. Die ÖVP sah darin gute Gründe gegen eine Vertragsverlängerung. Kulturminister Scholten hingegen interpretierte die Kritik als Verbesserungsvorschläge, sah aber keinen Zusammenhang mit der Direktorenbestellung.[2428] ÖVP-Klubchef Heinrich Neisser forderte Scholten auf, bei der Entscheidung den Konsens innerhalb der Regierung zu suchen, obwohl dies – wie er selbst einschränkte – rechtlich nicht notwendig war.[2429] Ende Juni gab Scholten die Entscheidung für eine Vertragsverlängerung von Claus Peymann bis zum Jahr 1999 bekannt. Von seiner Partei erhielt er dafür Unterstützung. Kritik dagegen gab es unter Hinweis auf den Rechnungshofbericht von der ÖVP und sogar die Aufforderung an Bundeskanzler Vranitzky, die Verlängerung zu verhindern, da über Alternativen nicht einmal richtig nachgedacht worden wäre. SPÖ-Zentralsekretär Cap warf der ÖVP laut der Tageszeitung „Die Presse“ eine „geistige Affinität zu Jörg Haider“ vor. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, dass die ÖVP den früheren Ensemble-Vertreter des Burgtheaters und Peymann-Kritiker, Franz Morak, auf einen sicheren Listenplatz für die kommende Nationalratswahl setzte. Dieser bezeichnete laut der Tageszeitung „Der Standard“ die Vertragsverlängerung als: „fast ein Dolchstoß für die Theaterkultur des Landes“.[2430] Bei der offiziellen Bekanntgabe in einer Pressekonferenz erklärte Scholten, tatsächlich keinen anderen Kandidaten gefragt und Peymann auch keinerlei Auflagen für die weiteren Jahre als Burgtheaterdirektor erteilt zu haben.[2431] Diese Aussagen entsprachen der allgemeinen Einstellung Scholtens zur Kulturpolitik, als deren wichtigste Aufgabe er das Gewährenlassen betrachtete.[2432]

18.3 Bundestheaterreform

Im Rahmen der geplanten Ausgliederung und Neuorganisation der Bundestheater kam es zwischen den Koalitionsparteien im Jahr 1998 zu einer Debatte über die Reformkonzepte. Das von Kulturstaatssekretär Wittman (SPÖ) mit seinen Beamten (Mailath-Pokorny, Georg Springer, Josef Kirchberger) ausgearbeitete Konzept sah die Gründung einer GmbH für jede der drei Staatsbühnen vor. Diese sollten von je einem künstlerischen und

[2427] Dies waren die in der Politik und Medien am meisten erwähnten Punkte aus dem Bericht, der noch andere Kritikpunkte aber auch beschwichtigendere Passagen enthielt.
[2428] Vgl. Der Standard, 26.5.1994. S.1, 11.
[2429] Vgl. Die Presse, 17.6.1994. S.1.
[2430] Vgl. Die Presse, 27.6.1994. S.20.
Der Standard, 27.6.1994. S.1, 9.
[2431] Vgl. Die Presse, 29.6.1994. S.1.
[2432] Vgl. Gerl, Claudia: Kunst & Politik in der öffentlichen Debatte in Österreich. S.5.

einem kaufmännischen Geschäftsführer geleitet werden. Weitere Geschäftsführer sollten für die Werkstätten und sonstige zentrale Einrichtungen eingesetzt werden. Als Dachorganisation war eine Holding GmbH vorgesehen. Insgesamt hätte es damit um 9 Geschäftsführer und 5 Aufsichtsratsgremien mehr gegeben. Die ÖVP qualifizierte diesen Vorschlag als zu unflexibel und teuer. Außerdem missfiel ihr, dass sie noch nicht einmal die genaue Gesetzesvorlage erhalten hatte, während bereits die Ausschreibung für die Geschäftsführer-Posten durchgeführt worden war. Von der SPÖ hieß es dazu, dass alle Vorhaben mit ÖVP-Kultursprecher Morak akkordiert worden waren, wovon dieser aber nichts wissen wollte. [2433] Außerdem zeigte sich die SPÖ darüber verwundert, dass die Ablehnung durch den kleinen Koalitionspartner so spät erfolgt war. Was dieser mit der trotz mehrmaligen Urgierens nicht erfolgten Übermittlung der detaillierten Unterlagen begründete. ÖVP-Klubobmann Khol sprach sich statt einer GmbH-Lösung, die aus seiner Sicht wegen der Gewinnorientierung nicht für einen Kulturbetrieb geeignet war, für die Rechtsform von „Anstalten" mit einem Kuratorium als aufsichtsratsähnlichen Kontrollorgan aus. Das ging dem Koalitionspartner allerdings zu wenig weit. Zudem befürchtete er durch das Kuratorium eine Politisierung der Kulturinstitutionen. Weiters kritisierte Khol, dass durch den vorliegenden Plan der Bundeskanzler eine kulturpolitische Hegemoniestellung erhalten hätte, und kündigte die Vorlage eines anderen Organisationsplanes an. In den Verhandlungen gab es zunächst keine Annäherung.[2434]

Am Karfreitag 1998 einigten sich Kunststaatssekretär Wittmann und ÖVP-Klubobmann Khol dann doch noch auf eine Reform. Bei der Rechtsform setzte die SPÖ ihre geplante GmbH-Lösung samt Holding durch. Die Finanzhoheit und die Verwaltung der Gebäude sollte jedoch nach dem ÖVP-Wunsch den jeweiligen Bühnen überlassen werden. Aufgrund dieser Reduktion des Einflusses sollte die Holding auch nur von 6 bis 7 Personen geleitet werden. Auch die Schaffung eines Publikumsbeirats konnte die ÖVP durchsetzen, jedoch sollte es nur einen für alle drei Häuser zusammen geben und er nur ein Beratungsorgan darstellen. Mit dieser Lösung sah Khol die Umpolung vom Gewinn- zum Kulturauftrag erreicht. Auch Wittmann zeigte sich, wenn auch über den Beirat nicht glücklich, so insgesamt doch ausgesprochen zufrieden.[2435] Nach Protesten aus Künstlerkreisen und von seinen eigenen Parteifreunden, die den Beirat mit einer Zensurbehörde verglichen, kündigte er an, die Gesetzesvorlage ohne besagten Paragraphen in den Minis-

[2433] Vgl. Die Presse, 20.3.1998. S.26.
[2434] Vgl. Die Presse, 21.3.1998. S.8.
Der Standard, 21.3.1998. S.9.
Der Standard, 27.3.1998. S.12.
Der Standard, 28.3.1998. S.14.
[2435] Vgl. Der Standard, 11.4.1998. S.16.

terrat einzubringen. Gleichzeitig drückte er aber die Vermutung aus, dass nach der Sitzung die entsprechende Passage wieder enthalten sein werde. Aus dem SPÖ-Parlamentsklub hieß es, dass man einer Bundestheater-Organisationsform mit Publikumsbeirat keine Zustimmung geben werde.[2436] Schließlich beschloss der Ministerrat eine Gesetzesvorlage, die den Publikumsbeirat unter dem Namen „Publikumsforum" enthielt. Besagtes Gremium erhielt aber keinerlei Weisungsrechte gegenüber den Direktoren, sondern war lediglich dazu ermächtigt, Fachempfehlungen abzugeben.[2437] Bei der Nationalratsdebatte, in der das Gesetz beschlossen wurde, zeigte sich die ÖVP sehr zufrieden mit dem Ergebnis, die Abgeordneten der SPÖ trotz einzelner Bedenken gegenüber dem Publikumsforum ebenfalls.[2438]

[2436] Vgl. Der Standard, 20.5.1998. S.13.
Kleine Zeitung, 20.5.1988. S.59.
Kleine Zeitung, 21.5.1998. S.107.
[2437] Vgl. Kleine Zeitung, 27.5.1988. S.67.
[2438] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 134/NRSITZ (XX. GP). S.165-178.

19 Demokratie und Verfassung

19.1 Wahlrecht

Vor der Nationalratswahl im Jahr 1986 erklärte ÖVP-Obmann Mock eine Personalisierung des Wahlrechts zu einem Ziel seiner Partei. Das sollte dadurch erreicht werden, dass der Wahlberechtigte nicht nur eine Partei wählen, sondern einem bestimmten Kandidaten eine Vorzugsstimme geben können sollte. Die bisherige Ablehnung dieser Bestrebungen durch die SPÖ erklärte er so:

> „Aus ideologischer Überzeugung heraus muß ein Sozialist der Meinung sein, daß allein die Partei das politische Bewußtsein entwickeln kann und allein die Partei – straff organisiert – den politischen Vertretungsanspruch ihrer Wählerinnen und Wähler beanspruchen darf. Das ist eine alte sozialistische Grundvorstellung, die ja nicht nur die negative Einstellung der SPÖ gegenüber einer Wahlrechtsreform erklärt, sondern auch ihre große innere Skepsis gegenüber Elementen direkter Demokratie in unserer Verfassung.“[2439]

Wissenschaftsminister Fischer legte im September 1986 Grundsätze für eine Wahlrechtsreform vor, in denen er den ÖVP-Intentionen eine Absage erteilte:

> „Das Ziel einer stärkeren Bindung und Verbindung des Abgeordneten mit seinen Wählern soll nicht durch eine Ausdehnung der Möglichkeit des Reihens und Streichens auf Parteilisten, sondern durch die Schaffung kleiner überschaubarer Wahlkreise verwirklicht werden.“[2440]

Wenige Wochen vor der Wahl kündigte der ÖVP-Obmann in der Erwartung eines Wahlsieges für die kommende Legislaturperiode die Einführung eines Persönlichkeitswahlrechts, von Volksbefragungen und der Verpflichtung, nach einem erfolgreichen Volksbegehren (mehr als 500.000 Unterschriften) eine Volksabstimmung durchzuführen, an.[2441] Gegen letztere Forderung gab es in den Koalitionsverhandlungen massiven Widerstand der SPÖ, sodass sie nicht in den Pakt aufgenommen wurde. Schon vor den Wahlen hatte sich die SPÖ mit den Argumenten dagegen ausgesprochen, dass derartig emotionale Anliegen der Bevölkerung unmittelbar Eingang ins Gesetzblatt finden würden und dass durch entsprechenden Aufwand von Werbemitteln praktisch alles eingeführt bzw. abgeschafft werden könnte.[2442] Dafür stimmte die SPÖ dem Vorhaben zu, die Durchführung eines Volksbegehrens durch den Verzicht auf einen ausformulierten Gesetzestext zu erleichtern. Die SPÖ-Forderung nach 100 Wahlkreisen[2443], in denen der Mandatar mit „relativer/absoluter Mehrheit“ gewählt werden sollte, fand sich im Koalitionspakt wieder.

[2439] Mock, Alois: ...für Österreich. S.87.
[2440] Fischer, Heinz. Zitiert nach: Moser, Bernhard: Demokratieform. S.151.
[2441] Vgl. Die Presse, 18.10.1986. S.1.
[2442] Vgl. Moser, Bernhard: Demokratiereform. S.160.
[2443] Bisher gab es 9 Bundesländerwahlkreise, die zu zwei Wahkreisverbänden zusammengefasst waren.

Die ÖVP sah damit ihre Forderung nach Personalisierung ebenfalls als erfüllt an, obwohl sie zunächst 24 Wahlkreise mit Vergabe nach dem Stärkeverhältnis verlangt hatte (der gesamtösterreichische Proportionalitätsausgleich war bei beiden Parteien vorgesehen gewesen). Die Briefwahl, ein weiterer Wunsch der ÖVP, fand sich in eingeschränktem Ausmaß (nur für im Auftrag der Republik im Ausland tätige Bürger) im Koalitionsabkommen.[2444] Zieht man die Differenzen vor der Großen Koalition in Betracht, kann man die rasche Einigung auf dieses Demokratiepaket durchaus als überraschend bezeichnen. Das sahen auch die beiden maßgeblichen Verhandler Heinz Fischer (SPÖ)[2445] und Heinrich Neisser (ÖVP)[2446] so. Trotzdem oder gerade deswegen war die Stimmung in beiden Parteien skeptisch. Fischer meinte im Nachhinein dazu:

> „Addiert man die Abgeordneten aus allen vier Fraktionen, die erkennbar Einwendungen gegen dieses Modell hatten, so gab es vermutlich eine Mehrheit gegen diese Wahlrechtsreform, anstelle der erforderlichen Zweidrittelmehrheit dafür"[2447]

Angesichts der Mehrheit der Koalition im Nationalrat (85,8 Prozent der Abgeordneten) bedeutete das nichts anderes, als dass eine große Anzahl der SPÖ- und ÖVP-Mandatare gegen die im Koalitionspakt skizzierte Wahlrechtsreform war.

Bereits im März 1987 wurden die unterschiedlichen Standpunkte wieder deutlich. In der SPÖ verfestigte sich die bisher schon vertretene Linie, dass in den Wahlkreisen ein Kandidat die absolute Mehrheit erreichen müsste, um gewählt zu sein. Die ÖVP hingegen zementierte sich auf die relative Mehrheit ein. Außerdem ging die Meinung des kleinen Koalitionspartners in Richtung Schaffung von gleich großen Wahlkreisen, während die SPÖ für historisch gewachsene und damit ungleich große Regionen mit 50.000 bis 150.000 Wählern eintrat.[2448] Für die Einführung des sogenannten Stimmensplittings[2449] (jeder Wähler gibt eine Stimme für einen Kandidaten und eine davon unabhängige Stimme für eine Partei ab) gab es weitgehende Übereinstimmung und auch darüber, entgegen dem Koalitionsabkommen (nur auf Bundesebene) doch durch zwei Ermittlungsverfahren (auf Landes- und Bundesebene) den Proportionalitätsausgleich zu schaffen.[2450] Ende 1987 zeichnete sich bereits ab, dass sich beim Themenkomplex „Volksbefragungen und Volksabstimmungen" die skeptische Linie der SPÖ durchsetzen würde. Eine Volks-

---

[2444] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1987. S.7.
Die Presse, 2.1.1987. S.4.
Die Presse, 17.1.1987. S.1.
[2445] Vgl. Fischer, Heinz: Die Reform der Nationalratswahlordnung. S.344.
[2446] Vgl. Neisser, Heinrich: Die Reform der Nationalratswahlordnung. S.366.
[2447] Fischer, Heinz: Die Reform der Nationalratswahlordnung. S.344.
[2448] Vgl. Die Presse, 31.3.1987. S.1, 4.
[2449] Vorbild in dieser Hinsicht war die Bundesrepublik Deutschland.
[2450] Vgl. Die Presse, 3.4.1987. S.3.

befragung sollte demnach nur durch eine Mehrheit des Nationalrates in Gang gesetzt werden und nicht mehr wie im Koalitionspakt vorgesehen auch durch die Bundesregierung. Eine verpflichtende Volksabstimmung nach einem erfolgreichen Volksbegehren war de facto bereits vom Tisch. Als besonders überzeugter Gegner erwies sich hier SPÖ-Klubobmann Fischer.[2451] Innerparteiliche Meinungsverschiedenheiten erschwerten die Kompromisssuche zusätzlich.

Ende Februar 1988 präsentierten beide Parteien neue Vorschläge, die deutlich weniger weit gingen als im Koalitionsübereinkommen vorgesehen. Grund dafür war sicherlich auch, dass es sowohl in der SPÖ als auch in der ÖVP innerparteilichen Widerstand gegeben hatte.[2452] Damit wurde auch ein Konzept verworfen, das in einer koalitionären Arbeitsgruppe des Innenministeriums ausgearbeitet worden war und 80 Einerwahlkreise sowie ein zweites Ermittlungsverfahren für den Proportionalitätsausgleich vorgesehen hatte. Der Vorschlag der ÖVP (erarbeitet von Bruckmann, Khol und Graff) sah nun 25 Wahlkreise und die Möglichkeit für den Wähler vor, durch Reihen und Streichen die von den Parteien erstellten Wahllisten zu verändern. Die SPÖ hingegen wollte bei den bestehenden 9 Wahlkreisen bleiben und für das zweite Ermittlungsverfahren die 2 bestehenden Wahlkreisverbände zu einem einzigen, gesamtösterreichischen zusammenfassen. Davon erhoffte sie sich mehr Gerechtigkeit beim Proportionalitätsausgleich. Bis dahin berechnete sich die Wahlzahl[2453] nach der Bevölkerungsanzahl, wodurch im kinderreicheren Westen für ein Mandat nach wie vor weniger Stimmen notwendig waren. Weiters wollte die SPÖ kleineren Parteien den Einzug ins Parlament auch durch Überspringen der bundesweiten Drei-Prozent-Hürde ermöglichen (bisher nur über ein Grundmandat in einem Wahlkreis). Mittlerweile sprachen die Vertreter der Koalitionsparteien schon davon, dass die Reform nicht ganz so groß ausfallen würde, wie sie es ursprünglich angestrebt hatten.[2454] Ende März schien abermals ein Kompromiss möglich. Beide Klubobleute (Fischer und König) sprachen dabei selbst nur mehr von einer Minimalreform. Teilweise sollten Bestimmungen des Wahlrechts vor 1971 wieder aufgenommen werden. So war die Schaffung von 25 Wahlkreisen vorgesehen, aber auch eine Verstärkung des Vorzugsstimmensystems; hier sollte die Hälfte der Stimmen der Wahlzahl für die Direktwahl genügen. Am zweiten Ermittlungsverfahren (Proportionalitätsausgleich) hätten nur mehr jene Parteien teilnehmen können, die bundesweit die Drei-Prozent-Hürde übersprungen

[2451] Vgl. Die Presse, 2.12.1987. S.4.
[2452] Vgl. Moser, Wolfgang C. Neue Entwicklungen des Persönlichkeitswahlrechts in Österreich. S.688.
[2453] Die Wahlzahl ist der Quotient aus (Anzahl der gültigen Stimmen) / (Anzahl der zu vergebenden Mandate).
[2454] Vgl. Die Presse, 27.2.1988. S.5.
Kleine Zeitung, 27.2.1988. S.2.

hatten, womit das Grundmandat nicht mehr für den Einzug in den Nationalrat notwendig gewesen wäre.[2455] Nun zeigte sich die Opposition von dem Vorschlag nicht begeistert. Die Koalition hatte sich aber deren Einbindung zum Ziel gesetzt. Auch eine weitere Idee aus der ÖVP für ein Vorzugsstimmenmodell fand keinen Anklang bei den anderen Parteien. Dieses Modell hätte dem Wähler die Möglichkeit gegeben, die Kandidatenliste umzureihen und zusätzlich eine „freie Stimme" einzutragen.[2456] Das im Koalitionsabkommen angekündigte „Zweitstimmenmodell" galt zu diesem Zeitpunkt bereits als nicht realisierbar. Etwa zwei Wochen später intensivierte die ÖVP ihren Einsatz für das Auslandsösterreicher-Wahlrecht wieder. Nach ihren Vorstellungen sollten nicht nur, wie bereits mit der SPÖ akkordiert, einige wenige Gruppen (Botschaftsangehörige, UN-Soldaten, Angehörige internationaler Organisationen, Mitglieder der Handelsdelegationen) davon profitieren, sondern alle im Ausland lebenden Österreicher.[2457]

Im August schien eine Einigung zunächst wieder in greifbarer Nähe. Der Kompromiss zu den Vorzugsstimmen sah vor, dass die Stimmberechtigten bei der von ihnen gewählten Partei durch Ankreuzen einem Kandidaten der abgedruckten Liste ihre Stimme geben hätten können. Ein Kandidat mit einer Anzahl an Vorzugsstimmen von mindestens der Hälfte der Wahlzahl (also etwa sechs Prozent der Wahlberechtigten in einem Wahlkreis) wäre bei der Mandatsverteilung innerhalb der Partei vorgereiht worden. Die ÖVP hatte als alternative Variante 15 Prozent der Parteistimmen in einem Wahlkreis als Voraussetzung für ein Direktmandat vorgeschlagen.[2458] Nur wenige Tage später hatten sich die Verhandler von SPÖ und ÖVP wieder voneinander entfernt. Grund war ein neuerlicher Vorstoß der ÖVP für die Schaffung von 23 Wahlkreisen (statt der bisherigen 9) und einer 5-Prozent-Hürde. SPÖ-Klubobmann Fischer bezeichnete dies laut der Tageszeitung „Die Presse" als „Frechheit".[2459] Für die ÖVP lag der Vorteil des Modells im direkteren Kontakt der Wähler zu ihrem Abgeordneten. Fischer ließ dieses Argument nur teilweise gelten. Aus seiner Sicht sprach vor allem dagegen, dass die Direktwahl eines Kandidaten trotz Senkung der notwendigen Stimmen auf die halbe Wahlzahl dadurch erschwert worden wäre. Von den ursprünglich geplanten 100 Wahlkreisen war überhaupt keine Rede mehr. In beiden Parteien hatten sich die Gegner dieser Regelung zumindest kurzfristig durchgesetzt. Sie befürchteten durch den geringer werdenden Einfluss der Partei auf die Mandatslisten parteiinterne Wahlkämpfe und dass die private finanzielle Situation eines

[2455] Vgl. Die Presse, 29.3.1988. S.4.
[2456] Vgl. Die Presse, 29.4.1988. S.4.
[2457] Vgl. Die Presse, 18.5.1988. S.4.
[2458] Vgl. Kleine Zeitung, 19.8.1988. S.2.
Die Presse, 23.8.1988. S.4.
[2459] Vgl. Die Presse, 29.8.1988. S.5.

Kandidaten für den Wahlkampf ausschlaggebend geworden wäre.[2460] Allerdings bezeichnete SPÖ-Zentralsekretär Keller den Kompromiss-Vorschlag von ÖVP-Wahlrechtsexperten Bruckmann, 50 Wahlkreise zu schaffen, als akzeptablen Weg. Aber nicht einmal in seiner eigenen Partei fand der Bruckmann-Plan breite Unterstützung. Seine Parteifreunde dürften sich davor gefürchtet haben, dass ihre Kandidaten gegen die der SPÖ in den Städten kaum Chancen gehabt hätten. Und innerhalb der ÖVP sahen sich ÖAAB und Wirtschaftsbund in ländlicheren Gebieten gegenüber dem Bauernbund benachteiligt. Aber auch SPÖ-Klubobmann Fischer sprach sich deutlich dagegen aus. Er brachte erneut die bereits für tot erklärten 100 Wahlkreise aus dem Regierungsprogramm aufs Tapet. Als abgemacht galt bereits das Wahlrecht für alle im Ausland berufstätigen Österreicher. Die ÖVP verlangte aber nach wie vor für alle am Wahltag im Ausland weilenden Österreicher mit einer Wahlkarte das Recht, ihre Stimme bei einem Konsulat abgeben zu können.[2461]

Auch auf einer anderen Linie gab es Differenzen. Die SPÖ (nicht so jedoch Wiens Bürgermeister Zilk) sprach sich für das Wahlrecht von in Österreich lebenden Ausländern auf Bezirksebene aus. Die ÖVP lehnte das ab, konnte sich aber eine Verkürzung der Wartezeit für die Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft von zehn auf acht Jahre vorstellen. Die SPÖ begrüßte diesen Vorschlag als Entgegenkommen.[2462]

Ein bereits mit Spannung erwartetes Urteil des Verfassungsgerichtshofes brachte die Parteien in Zugzwang. Dieser hob am 16. März 1989 §2 des Wählerevidenzgesetzes auf, weil dieses ständig im Ausland wohnhafte österreichische Staatsbürger von den Wahlen ausschloss. Binnen Jahresfrist musste das Gesetz repariert werden. Allerdings schloss das Gericht nach damaliger verfassungsrechtlicher Lage ein generelles Briefwahlrecht aus. Die ÖVP konnte sich deswegen auch eine Änderung der Verfassung vorstellen, die SPÖ jedoch nicht.[2463]

Bei der Frage nach der Anzahl der Wahlkreise schien eine Äußerung von Bundeskanzler Vranitzky wieder Bewegung in die Diskussion zu bringen. Er hatte erklärt, sich auch eine höhere Anzahl kleinerer Wahlkreise vorstellen zu können. Kurz darauf sprach auch In-

---

[2460] Vgl. Die Presse, 5.9.1988. S.5.
Neisser, Heinrich: Die Reform der Nationalratswahlordnung. S.367.
Fischer, Heinz: Die Reform der Nationalratswahlordnung. S.358f.

[2461] Vgl. Der Standard, 21.10.1988. S.6.
Der Standard, 22.11.1988. S.4.
Die Presse. 9.1.1989. S.5.
Der Standard, 3.4.1989. S.4.

[2462] Vgl. Der Standard, 23.2.1989. S.6.
Die Presse, 7.3.1989. S.5.

[2463] Vgl. Der Standard, 23.3.1989. S.6.
Die Presse, 17.3.1989. S.1.

nenminister Löschnak von 50 bis 55 etwa gleich großen Wahlkreisen. Das begrüßte die ÖVP ausdrücklich. Bei der Diskussion über die Durchführung des Wahlrechts für Auslandsösterreicher gab es zunächst keine Annäherung. SPÖ-Klubobmann Fischer sah nach wie vor kein Problem bei Auslandsösterreichern mit Wohnsitz in Österreich. Bei anderen wollte er unterscheiden zwischen denen, die noch eine Beziehung zu ihrem Heimatland aufrecht erhielten und jenen, bei denen das nicht mehr der Fall war. Die ÖVP lehnte das aber als Schaffung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft ab.[2464]

Bei der Gesamtreform des Wahlrechts kamen sich die Regierungsparteien nun um einen entscheidenden Schritt näher. Rund 100 Mandate sollten in etwa 50 Wahlkreisen vergeben werden, weitere 60 in den Landeswahlkreisen und die restlichen auf Bundesebene. Dabei sollte jedes Mandat gleich viel „kosten". Differenzen gab es noch über die Prozenthürde für Kleinparteien (hier war die SPÖ für drei, die ÖVP für vier Prozent) und bei den Vorzugsstimmen. Nach dem Willen der ÖVP sollten 30 Prozent der für eine Partei abgegebenen Stimmen reichen, die SPÖ strebte 50 Prozent an.[2465]

Die ÖVP stand nach wie vor fest hinter der Briefwahl, da sie darin die einfachste und kostengünstigste Variante für die Republik und für die Auslandsösterreicher sah, das VfGH-Urteil zu erfüllen. Die in vielen Ländern notwendigen weiten Reisen zu Konsulaten waren aus ihrer Sicht nicht zumutbar. Außerdem gab es, laut ihrer Argumentation, in einigen Ländern wie in der Schweiz und in der BRD aufgrund eines Verbotes von ausländischen Wahlgängen gar keine andere Möglichkeit.[2466] Für die SPÖ war das kein Thema. Klubobmann Fischer bezeichnete es als ausreichend für die Erfüllung des VfGH-Urteils, Auslandsösterreicher ohne Wohnsitz in Österreich in die Wählerevidenzen eintragen zu lassen. Die Ausübung sollte dann aber an einen Besuch eines in Österreich gelegenen Wahllokals gebunden sein, außer für im Ausland Urlaubende und ausgewählte Gruppen wie zum Beispiel UNO-Soldaten.[2467] Mitte Mai 1989 gab die SPÖ ein Stück ihres Widerstandes auf. Sie erklärte sich bereit, einem Wahlverfahren für Auslandsösterreicher zuzustimmen. Bedingung dafür war, dass ein Notar oder Rechtsanwalt (jeweils kostenpflichtig für den Wähler) oder ein Konsulat (gratis) anstelle der Wahlbehörde bestätigen müsste, dass der Stimmberechtigte den Wahlzettel im Kuvert eigenhändig in das dazugehörige äußere Kuvert gesteckt habe. Mit einer solchen Lösung sah die SPÖ das

[2464] Vgl. Die Presse, 21.3.1989. S.1.
Der Standard, 29.3.1989. S.1.
[2465] Vgl. Der Standard, 6.4.1989. S.7.
Der Standard, 14.4.1989. S.4.
[2466] Vgl. Die Presse, 18.4.1989. S.5.
Der Standard, 17.4.1989. S.4.
[2467] Vgl. Der Standard, 19.4.1989. S.19.

geheime und persönliche Wahlrecht für Auslandsösterreicher garantiert. Die ÖVP zeigte sich darüber erfreut und bezeichnete den Vorschlag der SPÖ als Briefwahl mit Bedingungen. Allerdings wollte der kleine Koalitionspartner eine Vereinfachung des SPÖ-Vorschlags erreichen.[2468] Am 23. Juli verkündeten ÖVP und SPÖ eine Einigung über die gesamte Wahlrechtsreform, ohne jedoch deren Inhalt zu verlautbaren.[2469] Wenige Tage später war von einer Einigung keine Rede mehr. Im Gegenteil, die Standpunkte schienen wieder weiter auseinander zu liegen. So lehnte ÖVP-Demokratiesprecher Heinrich Neisser die verpflichtende notarielle Beglaubigung eines Wahlvorganges im Ausland strikt ab. Als Grund nannte er die teilweise hohen Kosten dafür, die man aus seiner Sicht einem österreichischen Staatsbürger nicht zumuten konnte. Der ÖVP hätte eine eidesstattliche Erklärung ohne Zeugen genügt. Dabei verwies er auf AK- und Personalvertretungswahlen, bei denen die Briefwahl schon praktiziert wurde. Unterstützung erhielt er dabei vom ÖVP-Abgeordneten Josef Höchtl, der auf eine Umfrage verwies, in der sich 69 Prozent der Österreicher für die Briefwahl ausgesprochen hatten. SPÖ-Klubobmann Fischer brachte als Hauptargument gegen die Briefwahl die damit verbundenen Gefahren von Wahlbetrug oder von Bruch des Wahlgeheimnisses vor und bezeichnete die notarielle Beglaubigung als Kernstück des Modells. Bei den übrigen Punkten der Reform sah Neisser auch noch einiges an Verhandlungsbedarf gegeben.[2470]

Bei der Anzahl der Wahlkreise war mittlerweile eine neue Variante im Spiel. Die 9 bereits existierenden Landeswahlkreise (Bundesländer) sollten in kleinere Wahlbezirke aufgegliedert werden, womit 20 bis 25 Wahlkreise entstanden wären. Generell war in beiden Parteien aber bereits die Tendenz erkennbar, diesen Teil der Reform erst nach der nächsten Nationalratswahl zu beschließen.[2471] ÖVP-Justizsprecher Graff sah die Schuld für das drohende Scheitern der Reform bei SPÖ-Klubobmann Fischer, da sich dieser gegen alle Veränderungen aussprach und eine Reform von der Zustimmung zumindest einer Oppositionspartei abhängig machte. Zwar war es auch das Ziel der ÖVP, die Opposition ins Boot zu holen, doch Graff wollte das nicht zu einem Vetorecht der Oppositions-

[2468] Vgl. Die Presse, 17.5.1989. S.5.
Der Standard, 22.7.1989. S.1.
Die Presse, 22.7.1989. S.5.

[2469] Vgl. Der Standard, 24.7.1989. S.6.

[2470] Vgl. Die Presse, 29.7.1989. S.4.
Der Standard, 29.7.1989. S.4.
Der Standard, 7.8.1989. S.5.
Die Presse, 8.8.1989. S.4.
Fischer, Heinz: Die Reform der Nationalratswahlordnung. S.355.

[2471] Vgl. Die Presse, 3.8.1989. S.5.
Die Presse, 14.9.1989. S.6.

parteien werden lassen.[2472] Überraschenderweise sprach ÖVP-Generalsekretär Kukacka am 18. September davon, dass die Regierungsparteien doch eine Einigung erzielt hätten, lediglich über die Hürde für den Einzug in den Nationalrat war man sich noch nicht einig. Die Inhalte des Kompromisses gaben die Parteien nicht bekannt.[2473] Beim Thema Briefwahl waren in der Sache die Fronten nach wie vor hart. Da nützte auch die Zusicherung des ÖVP-Generalsekretärs nichts, die Briefwahl innerhalb Österreichs nicht weiter zu verfolgen, sollte die SPÖ eine beigelegte eidesstattliche Erklärung statt des Notariatsaktes für Auslandsösterreicher akzeptieren. Die professionelle Beglaubigung bezeichnete ÖVP-Klubobmann König als Schikane. Die SPÖ befürchtete nach wie vor Wahlbetrug oder die Beeinflussung durch Familienmitglieder. Meinungsverschiedenheiten gab es auch darüber, welchem Wahlkreis die Stimmen von Auslandsösterreichern ohne Wohnsitz im Inland zugerechnet werden sollten. Die SPÖ wollte den letzten österreichischen Wohnsitz bzw. den naher Verwandter dafür verwenden oder wenn es schon über Generationen keinen mehr gab, einen Zufallsgenerator darüber entscheiden lassen. Die ÖVP wollte die Wähler frei entscheiden lassen.[2474]

Am 6. Oktober verkündeten die Regierungsparteien abermals eine weitgehende Einigung bezüglich des Wahlsystems. Diese sah die Schaffung von 28 Wahlkreisen mit einem Vorzugsstimmensystem vor. Allerdings waren sich alle Parteien bereits einig, die Reform erst mit der übernächsten Nationalratswahl (1994) in Kraft treten zu lassen.[2475]

Ende November behauptete die SPÖ die Existenz von Unterlagen, die belegen sollten, dass der Notariatsakt für die Wahlen auch von der Schweiz und der BRD akzeptiert würde. Die ÖVP wiederum gab an, Unterlagen zu besitzen, die genau das Gegenteil beweisen sollten. In die Öffentlichkeit kamen weder die einen noch die anderen.[2476] Am 29. November gab es wieder ein Gerücht über einen Kompromiss beim Wahlrecht für Auslandsösterreicher, den aber keine Seite bestätigte. Demnach wäre der von der SPÖ geforderte Notariatsakt durch zwei Zeugen ersetzt worden.[2477] Doch in den nächsten Tagen bedauerten wieder beide Seiten die Zähigkeit der Verhandlungen in allen Themenkreisen. Die ÖVP argumentierte mit einer Studie über fünf europäische Staaten, von denen keiner eine notarielle Bestätigung für einen Wahlvorgang im Ausland verlangte. Aus ihrer Sicht

[2472] Vgl. Die Presse, 9.8.1989. S.5.
[2473] Vgl. Der Standard, 19.9.1989. S.2.
[2474] Vgl. Die Presse, 28.9.1989. S.5.
Der Standard, 30.9.1989. S.4.
Der Standard, 8.11.1989. S.7
[2475] Vgl. Die Presse, 7.10.1989. S.5.
[2476] Vgl. Die Presse, 22.11.1989. S.5.
[2477] Vgl. Die Presse, 30.11.1989. S.5.

hätte eine strafrechtliche Absicherung gegen Missbrauch gereicht.[2478] Im Gegensatz zu der generellen Wahlrechtsreform, deren In-Kraft-Treten ja bereits auf die nächste Legislaturperiode verschoben worden war, drängte aufgrund des Verfassungsgerichtshofurteils die Zeit. Am 8. Dezember kamen die Koalitionspartner überein, zunächst einen von beiden als Minimalkonsens bezeichneten Gesetzesentwurf im Parlament einzubringen. Dieser sah vor, dass alle Auslandsösterreicher (für in der Schweiz und in der BRD lebende war die Rechtmäßigkeit dieses Vorgangs nach wie vor umstritten) in Konsulaten ihre Stimme abgeben konnten. Zudem kündigten beide Parteien an, einen Abänderungsantrag einzubringen, die SPÖ für die zusätzliche Möglichkeit, unter notarieller Aufsicht per Brief wählen zu können, und für zusätzliche „fliegende Wahlkommissionen", die ÖVP für ein generelles Briefwahlrecht.[2479] Für beide Anträge war die Chance auf Realisierung gering, da die Opposition zum ÖVP-Vorschlag tendierte, der aber eine Zwei-Drittel-Mehrheit benötigte.

Überraschenderweise brachte SPÖ-Klubobmann Fischer die ursprünglich im Koalitionsabkommen vorgesehenen 100 Wahlkreise wieder ins Spiel. Die ÖVP zeigte sich darüber verwundert und verwies darauf, dass die SPÖ zuerst von diesem Vorhaben abgewichen war. Einig waren sich die beiden Parteien lediglich in ihrem Abgehen vom Stimmensplitting.[2480] Unterschiedliche Interpretationen fanden Innenminister Löschnak (SPÖ) und ÖVP-Generalsekretär Kukacka für Stellungnahmen aus der Schweiz und der BRD zum Wahlrecht für Auslandsösterreicher. Die ÖVP verstand sie als Absage an die „Notariatslösung", da Wahlhandlungen in Botschaften und Notariaten verboten wären und auch deutsche wie schweizerische Notare nicht als Helfer bei ausländischen Wahlen fungieren dürften. Die SPÖ bezeichnete die ÖVP-Lesart als Fehlinterpretation.[2481]

Am 10. Jänner gab es wieder eine Einigung. Die Lösung sah vor, dass ein Wahlvorgang im Ausland auch von zwei österreichischen Staatsbürgern bezeugt werden könnte, um gültig zu sein. Diese Idee war zwar so ähnlich schon seit Monaten als Kompromissvariante kolportiert worden, dennoch reklamierten beide Parteien den Verhandlungserfolg für sich. Wobei ÖVP-Generalsekretär Kukacka die Lösung als Briefwahl bezeichnete und SPÖ-Klubobmann Fischer behauptete, dass niemand von einer Briefwahl sprechen könnte.[2482] Rund um die prinzipielle Übereinkunft gab es noch einige Diskussionspunkte. So

[2478] Vgl. Der Standard, 7.12.1989. S.7.
[2479] Vgl. Der Standard, 9.12.1989. S.7.
Die Presse, 9.12.1989. S.5.
[2480] Vgl. Die Presse, 2.12.1989. S.5.
Der Standard, 12.12.1989. S.6.
[2481] Vgl. Die Presse, 20.12.1989. S.6.
Der Standard, 23.12.1989. S.5.
[2482] Vgl. Der Standard, 11.1.1990. S.1, 5.

wollte die SPÖ die Wahl vor Zeugen nur dann zulassen, wenn aus bestimmten Gründen das Aufsuchen eines Konsulats oder eines Notars nicht möglich oder zumutbar wäre. Die ÖVP hingegen sah das als gleichrangige Methode an. Auch bei den entstehenden Notarkosten wollte die SPÖ die Hürde höher setzen und lehnte die von der ÖVP verlangte Übernahme der Kosten durch die Republik Österreich ab. ÖVP-Generalsekretär Kukacka bezeichnete das als Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz und damit als verfassungswidrig.[2483]

Bezüglich des Hauptteils der Wahlrechtsreform erklärten Vertreter beider Regierungsparteien, dass eine Einigung in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr zu erwarten war.[2484] Am 19. Jänner 1990 gelang ein weiterer Schritt in Richtung endgültiger Einigung zum Wahlrecht für Auslandsösterreicher. Die ÖVP setzte ihre Forderung durch, wonach jeder Auslandsösterreicher selbst entscheiden könnte, welche Form der Stimmabgabe er in Anspruch nehmen würde (in einer Vertretungsbehörde, bei einem Notar, wobei in diesem Fall keine Erstattung der Kosten vorgesehen war, oder unter Beisein von zwei österreichischen Staatsbürgern als Zeugen). Auch die Frage, zu welchen Wahlkreisen die Stimmen von Auslandsösterreichern ohne Wohnsitz im Inland gezählt werden sollten, war mittlerweile gelöst; dieser sollte sich nach dem Geburtsort bzw. nach dem letzten gültigen Wohnsitz des Wahlberechtigten in Österreich richten. Den entsprechenden Initiativantrag brachten die beiden Parteien in der Nationalratssitzung vom 24. Jänner ein.[2485] Am 27. Februar beschloss der Nationalrat das Wahlrecht für Auslandsösterreicher in der ausverhandelten Form, womit dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes (Reparatur bis 16. März) Genüge getan war.[2486]

Die Nationalratsdebatte darüber verlief in großer Einigkeit, lediglich in den weiteren Zielen unterschieden sich die beiden Koalitionspartner. Während die SPÖ das Gesetz eher als Endpunkt in der Entwicklung sah, kündigte die ÖVP an, sich weiterhin für die Einführung eines reinen Briefwahlrechtes einzusetzen. Gleichzeitig sprachen ihre Abgeordneten teilweise schon jetzt von einer Briefwahl.[2487] Der Abgeordnete Edgar Schranz (SPÖ) formulierte den Standpunkt seiner Partei so:

> „Auch wenn es immer wiederholt wird, so sprechen die Verfassungsprinzipien des geheimen und des persönlichen Wahlrechtes gegen die Briefwahl. Dieser Standpunkt ist in dem genannten Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes erhärtet worden, und wir

[2483] Vgl. Die Presse, 12.1.1990. S.5.
Der Standard, 12.1.1990. S.5.
Die Presse, 16.1.1990. S.5.
[2484] Vgl. Der Standard, 16.1.1990. S.1.
[2485] Vgl. Der Standard, 20.1.1990. S.5.
Die Presse, 23.1.1990. S.5.
[2486] Vgl. Der Standard, 27.2.1990. S.6.
[2487] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 131/NRSITZ (XVII. GP). S.15439-15463.

> sollten uns daher vor allem davor hüten, etwa die Briefwahl entgegen diesem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes durch ein Verfassungsgesetz zu verankern und damit den Verfassungsgerichtshof auszuschalten. Nach unserer Meinung kann es so etwas nicht geben. Es muß weiterhin im Mittelpunkt der Wahlgrundsätze das Prinzip des persönlichen und des geheimen Wahlrechts stehen, und dazu bekennen wir uns auch weiterhin."[2488]

Darauf antwortet der Andreas Khol (ÖVP)

> „Natürlich ist es richtig, daß auf Grundlage des geltenden Artikels 26 der Bundesverfassung der Verfassungsgerichtshof entschieden hat, daß das Briefwahlrecht mit der Verfassung nicht vereinbar sei. Gerade deswegen haben wir die Verfassung in diesem Punkt geändert, sowie wir sie seit 1945 bereits 453mal geändert haben, um auf diese Weise sicherzustellen, daß das gesamte Bundesvolk auch an den Wahlen teilnehmen kann."[2489]

Und Felix Ermacora (ÖVP) ergänzte:

> „Ich möchte hervorheben, daß diese Novelle dem Gleichheitsgrundsatz etwas besser zur Durchsetzung verhilft. Ich glaube, daß aber letztlich die volle Gleichheit im Wahlrecht nicht hergestellt sein wird [...]
>
> Aber um alle Ungereimtheiten, die es geben mag – der Verfassungsgerichtshof hat uns ja keine Richtlinie gegeben –, zu bereinigen, scheint mir ausschließlich die Briefwahl die Lösungsmöglichkeit zu sein."[2490]

In der Frage der Personalisierung von Nationalratswahlen ging die Debatte unvermindert weiter, wobei nach wie vor keine klaren Linien erkennbar waren. Die abermalige Forderung von SPÖ-Klubobmann Fischer, doch die im Koalitionsabkommen festgeschriebenen 100 Wahlkreise einzurichten, entwickelte sich in den nächsten Wochen wieder zur offiziellen Linie der SPÖ, obwohl es auch hier innerparteilichen Widerstand gab. Die ÖVP sah in diesem ursprünglich ja auch von ihr vertretenen Modell aber das Ziel einer Personalisierung nicht verwirklichbar, da in diesem Fall aller Voraussicht nach immer nur zwei Kandidaten (je einer der Großparteien) reelle Chancen gehabt hätten. Daher trat sie für weniger, dafür aber größere Wahlkreise ein, in denen die Parteilisten durch eine relativ geringe Anzahl an Vorzugsstimmen abgeändert werden könnten, und verwies auf ihre Zustimmung zum Modell von Innenminister Löschnak (SPÖ) mit 27 Wahlkreisen. Das wiederum wollte Bundeskanzler Vranitzky nicht als Personalisierung anerkennen.[2491] Beide Parteien signalisierten trotz aller Differenzen weiter Verhandlungsbereit-

---

[2488] Schranz, Edgar. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 131/NRSITZ (XVII. GP). S.15452.
[2489] Khol, Andreas. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 131/NRSITZ (XVII. GP). S.15453.
[2490] Ermacora, Felix. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 131/NRSITZ (XVII. GP). S.15461.
[2491] Vgl. Die Presse, 20.3.1990. S.6.
Die Presse, 24.3.1990. S.5.
Der Standard, 5.4.1990. S.7.
Die Presse, 7.4.1990. S.5.
Der Standard, 9.4.1990. S.5.
Der Standard, 18.4.1990. S.7.
Der Standard, 21.4.1990. S.7.
Fischer, Heinz: Reflexionen. S.495.

schaft und zeigten plötzlich doch Interesse daran, noch in der laufenden Legislaturperiode zu einem Ergebnis zu kommen.[2492] Mittlerweile diente der ÖVP die Ablehnung der Oppositionsparteien gegen die 100 Wahlkreise als Argument und SPÖ-Klubobmann Fischer wollte genau das nicht mehr als Hindernis sehen.[2493] Nur wenige Wochen später änderte die FPÖ ihre Linie. Ihr Spitzenkandidat für die kommende Nationalratswahl, Norbert Gugerbauer, sprach sich nunmehr für die Schaffung von 100 Wahlkreisen aus und die ÖVP zeigte sich bereit, diese Variante trotz aller Vorbehalte wieder in die Verhandlungen einzubeziehen. Die gleichzeitig mit diesem Angebot geäußerte Forderung an die SPÖ, ein detailliertes Gesamtkonzept ihres Modells vorzulegen, verärgerte SPÖ-Klubobmann Fischer. Sinngemäß lautete die Antwort, dass sich seine Partei vom ÖVP-Generalsekretär keine Aufträge erteilen lasse und dass dieser das Verhandlungsklima massiv störe.[2494] Am 16. Mai erklärten die Klubobleute von SPÖ und ÖVP unisono, dass es vor den Nationalratswahlen am 7. Oktober zu keiner Wahlrechtsreform mehr kommen werde, beide Parteien aber an dem Ziel einer verstärkten Personalisierung der Wahlen festhielten.[2495] Nur wenige Tage später kündigte die ÖVP einen Initiativantrag im Parlament an, der die Schaffung von 27 Wahlkreisen und den Ausbau des Vorzugsstimmensystems beinhalte. Sinn dieses Antrags, der ja keine Chance auf Annahme hatte, war laut ÖVP-Generalsekretär Kukacka zu zeigen, dass die ÖVP aktiv für ein Persönlichkeitswahlrecht eintrete. Sein Gegenüber in der SPÖ, Josef Cap, bezeichnete den Standpunkt der ÖVP als Kapitulation vor ihrer bündischen Struktur.[2496]

Am 27. Juli verkündete ÖVP-Justizsprecher Graff die überraschende Einigung zwischen SPÖ und ÖVP auf eine Wahlrechtsreform, die unabhängig von der zukünftigen Regierungskonstellation in der neuen Legislaturperiode beschlossen werden sollte. Keine exakten Angaben gab es von ihm über den strittigsten Punkt, nämlich die Anzahl der Wahlkreise. Er sprach zwar davon, dass 25 möglich seien, sein Parteifreund und Klubobmann König wiederum gab einen Rahmen von 30 bis 35 an.[2497] Vier Tage später bezeichnete Heinz Fischer laut „Der Standard“ die Meldung über eine Einigung als „in dieser Form frei erfunden“. Er wollte auch weiterhin nicht vom „Hunderter-Vorschlag“ abgehen und

[2492] Vgl. Die Presse, 18.4.1990. S.1.
[2493] Vgl. Die Presse, 19.4.1990. S.5.
[2494] Vgl. Der Standard, 3.5.1990. S.5.
Die Presse, 10.5.1990. S.6.
Die Presse, 11.5..1990. S.5.
[2495] Vgl. Der Standard, 17.5.1990. S.6.
[2496] Vgl. Der Standard, 19.5.1990. S.7.
Der Standard, 30.5.1990. S.6.
Die Presse, 30.5.1990. S.5.
[2497] Vgl. Der Standard, 28.7.1990. S.1, 5.

warf der ÖVP vor, sich innerparteilich nicht auf eine Linie festlegen zu können.[2498] Zwei Wochen später dementierte Fischer eine Einigung noch immer, äußerte sich aber bezüglich eines raschen Abschlusses der Verhandlungen deutlich optimistischer.[2499]

In den Koalitionsverhandlungen nach der Wahl spielte die Wahlrechtsreform weiterhin eine Rolle. Dabei gab es zwei Überraschungen: Die SPÖ ging mit einem Kompromissmodell von 46 Wahlkreisen in die Verhandlungen und die ÖVP erklärte sich bereit, auch über 100 Wahlkreise zu verhandeln.[2500] Ende November gab es dann die Einigung für das Koalitionsübereinkommen. Dieses sah 45 Wahlbezirke mit durchschnittlich 120.000 Wählern vor, die zu neun Landeswahlkreisen zusammengefasst werden sollten. Vorzugsstimmen waren für beide Ebenen vorgesehen. Ein Kandidat, der mehr als ein Sechstel der auf seine Partei entfallenden Stimmen erlangte, wäre demnach bei der Mandatsvergabe im Wahlkreis an die erste Stelle gerückt. (Die SPÖ wollte ursprünglich die Grenze bei 20 Prozent setzen, und die ÖVP wollte den Kandidaten vorreihen, der um mindestens drei Prozent mehr Vorzugsstimmen erhielt als der Erstgereihte.) Auf Ebene der Landeswahlkreise hätte ein Kandidat, um vorgereiht zu werden, die Anzahl an Stimmen erhalten müssen, die für ein Mandat notwendig war. In den 45 Wahlbezirken sollten rund 90 Mandate, in den Landeswahlkreisen rund 65 und auf Bundesebene die restlichen rund 25 Mandate zum Proportionalitätsausgleich vergeben werden. Für den Einzug in den Nationalrat waren zwei Möglichkeiten vorgesehen, nämlich das Überspringen der Vier-Prozent-Marke auf Bundesebene oder das Erreichen eines Grundmandats in einem der Wahlbezirke. Die Vertreter beider Parteien zeigten sich mit dem Ergebnis zufrieden und sahen ihre Anforderungen an ein neues Wahlrecht zur Gänze erfüllt. Erwähnenswert ist dabei die Tatsache, dass bei einer Anwendung des neu vereinbarten Wahlrechts auf die kurz davor über die Bühne gegangene Nationalratswahl jede Partei dieselbe Anzahl an Mandaten erhalten hätte, lediglich andere Personen wären in den Nationalrat eingezogen.[2501]

Am 26. März präsentierte Innenminister Löschnak einen detaillierten, nach diesen Vorgaben ausgearbeiteten Vorschlag für ein neues Wahlgesetz. Die SPÖ lobte die Vorlage

[2498] Vgl. Der Standard, 1.8.1990. S.6.
[2499] Vgl. Die Presse, 16.8.1990. S.5.
[2500] Vgl. Die Presse, 3.11.1990. S.5.
Die Presse, 9.11.1990. S.6.
[2501] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1990. S.7-9.
Der Standard, 30.11.1990. S.5.
Die Presse, 5.12.1990. S.6.
Der Standard, 4.12.1990. S.1, 6.
Der Standard, 5.12.1990. S.6.
Kleine Zeitung, 5.12.1990. S.2.

enthusiastisch. Von der ÖVP gab es immerhin Anerkennung.[2502] Über die weiteren Verhandlungen wurde Stillschweigen vereinbart. Mitte Juni erklärte SPÖ-Klubobmann Fuhrmann dennoch, dass es nur mehr in wenigen, nicht näher genannten Details Meinungsverschiedenheiten gäbe.[2503] Im Februar 1992 kam ein strittiger Punkt dennoch an die Öffentlichkeit. Dabei ging es um die Einteilung Wiens in Regionalwahlkreise. Die Wiener ÖVP verlangte im Einklang mit der Bundespartei für die Bundeshauptstadt neun statt wie vorgesehen sieben Wahlkreise und eine Aufteilung, die natürliche, historische oder verwaltungstechnische Grenzen einbezog, statt der aus ihrer Sicht willkürlichen Einteilung des vorliegenden Plans. Die SPÖ (Landes- wie Bundesorganisation) hingegen befürwortete das Modell.[2504] Besonders erregte die ÖVP, dass das Wiener Rathaus eine positive Stellungnahme zu der Einteilung verfasst hatte, ohne wie in den übrigen Bundesländern mit der Opposition darüber zu sprechen. Die Wiener SPÖ hingegen behauptete, die Zustimmung von der ÖVP-Landesorganisation erhalten zu haben.[2505]

Eine weitere Meinungsverschiedenheit zum Thema Wahlrecht gab es im Februar 1992. Die ÖVP unterstützte eine Petition von Volksgruppenvertretern, die eine Ausnahme bei den Hürden für den Einzug ihrer Vertreter in den Nationalrat forderte. Demnach hätte ein bundesweites Erreichen der Wahlzahl für ein Mandat genügt. SPÖ und Oppositionsparteien sprachen sich dagegen für eine verstärkte Integration der Volksgruppen auf den Listen der im Parlament vertretenen Parteien aus.[2506]

Beide Parteien bekannten sich jedoch nach wie vor zum Ziel, das Wahlrecht noch vor dem Sommer auszuverhandeln, um es mit Jahresbeginn 1993 in Kraft treten zu lassen.[2507] Ende Mai 1992 – es gab noch keine Einigung über die Wahlkreis-Aufteilung – sprach sich Bundeskanzler Vranitzky plötzlich dafür aus, das Stimmensplitting wieder in die Überlegungen einzubeziehen.[2508] Ebenso überraschend verlangte der designierte Landeshauptmann von Niederösterreich, Erwin Pröll (ÖVP), das Stimmensplitting sofort in die Wahlrechtsreform einzubauen,[2509] und ÖVP-Generalsekretärin Korosec unterstützte ihn dabei. In der Pressestunde vom 30. Mai steckte der Bundeskanzler wieder etwas zurück, da er eine Diffusion des Wählerwillens befürchtete. Eine Verwirklichung des Stimmen-

[2502] Vgl. Die Presse, 27.3.1991. S.6.
[2503] Vgl. Der Standard, 11.6.1991. S.8.
[2504] Vgl. Die Presse, 4.2.1992. S.5.
[2505] Vgl. Die Presse, 6.2.1992. S.6.
[2506] Vgl. Der Standard, 21.2.1992. S.6.
[2507] Vgl. Die Presse, 14.4.1992. S.4.
Die Presse, 15.4.1992. S.4.
[2508] Vgl. Der Standard, 27.5.1992. S.5.
[2509] Vgl. Der Standard, 30.5.1992. S.5.

splittings wollte er, wenn überhaupt, erst bei einer weiteren Wahlrechtsreform.[2510] Auch seine Parteifreunde zeigten sich eher skeptisch, da man für den Einbau des Stimmensplittings alle bisher erzielten Kompromisse wieder in Frage stellen hätte müssen. So meinte Nationalratspräsident Fischer, dass für eine sinnvolle Umsetzung dieses Systems 100 Wahlkreise nötig wären, was zwar dem SPÖ-Wunsch entsprach, die Verhandlungen aber wieder an den Anfang gebracht hätte. Deswegen war auch wenig Begeisterung in der Ankündigung von ÖVP-Obmann Busek zu erkennen, mit Bundeskanzler Vranitzky noch einmal darüber zu sprechen.[2511] Am 3. Juni erklärten die Parteiobmänner Vranitzky und Busek übereinstimmend, dass das Stimmensplitting nicht in das Wahlrecht Eingang finden würde. Die wenigen noch zu klärenden Details, wie die exakte Anzahl der Regionalwahlkreise (zwischen 42 und 44), der im Großen und Ganzen stehenden Wahlrechtsreform sollten im Parlamentsausschuss ausverhandelt werden.[2512] Dennoch gab es aus beiden Parteien Aussagen, die darauf schließen ließen, dass das Stimmensplitting noch nicht ganz vom Tisch war, die tatsächliche Einigung darauf aber von allen Beteiligten als unrealistisch angesehen wurde.[2513]

Am 30. Juni einigten sich die Koalitionsparteien im Parlamentsausschuss auf die endgültige Fassung des Wahlrechts mit 43 Regionalwahlkreisen.[2514] In Wien hatte sich, was die Zahl der Wahlkreise (7) betraf, die SPÖ durchgesetzt, was die Kriterien für die Einteilung betraf, hingegen die ÖVP.[2515] Am 10. Juli 1992 beschlossen die Regierungsparteien, gegen die Stimmen der Opposition, das neue Wahlrecht.[2516]

In den folgenden Jahren der Großen Koalition gab es – obwohl die Personalisierung sich nicht in den Wahlergebnissen widerspiegelte – keine weitere Diskussion über eine Strukturreform der Nationalratswahlordnung. Es bestand anscheinend bei keiner im Nationalrat vertretenen Partei Interesse daran, Veränderungen vorzunehmen.[2517]

In den Sondierungsgesprächen und anschließenden Koalitionsverhandlungen nach der Nationalratswahl 1999 wurden zum Teil alte Themen des Wahlrechts wieder diskutiert. Die ÖVP verlangte die Einführung der allgemeinen Briefwahl und eine Wahlrechtsre-

---

[2510] Vgl. Die Presse, 1.6.1992. S.4.
[2511] Vgl. Der Standard, 2.6.1992. S.1, 6.
Fischer, Heinz: Die Reform der Nationalratswahlordnung. S.350.
Die Presse, 2.6.1992. S.4.
[2512] Vgl. Der Standard, 3.6.1992. S.5.
[2513] Vgl. Die Presse, 3.6.1992. S.4.
Die Presse, 10.6.1992. S.4.
[2514] Vgl. Der Standard, 1.7.1992. S.6.
[2515] Vgl. BGBl. Nr. 471/1992 Anlage 1.
[2516] Vgl. Der Standard, 11.7.1992. S.1, 5.
[2517] Vgl. Neisser, Heinrich: Mythos Persönlichkeitswahlrecht. S.99.

form mit 100 Einerwahlkreisen. Die SPÖ strebte eine nicht exakt ausformulierte Kombination aus Persönlichkeits- und Proportionalitätswahlrecht an. Bei der ÖVP fand sich zudem auch eine Forderung aus den Anfängen der Koalition wieder, nämlich bei einem Volksbegehren mit über 500.000 Unterschriften automatisch eine Volksabstimmung durchzuführen. Hintergrund für die als Bedingung vorgetragene Forderung der ÖVP dürfte auch die Tatsache gewesen sein, dass es ihr mit den Wahlkarten noch gelungen war, bis auf wenige 100 Stimmen an die FPÖ heranzukommen. Da aber ein Viertel der Wahlkarten ungültig war, erhoffte sich die ÖVP durch die weniger formalisierte Variante der Briefwahl für zukünftige Wahlen mehr Stimmen. Am 5. Jänner 2000 akzeptierte die SPÖ die Briefwahl.[2518]

19.2 Nationalrat

Bereits in ihrer Oppositionszeit hatte die ÖVP immer wieder gefordert, die Minderheitenrechte im Nationalrat auszubauen. Sie tat das dann auch weiterhin als Regierungspartei. Die am weitesten reichende Idee dabei war, einen Untersuchungsausschuss von nur 20 Abgeordneten einsetzen und auch dessen Obmann zu bestimmen zu lassen.[2519] Die SPÖ lehnte diesen Vorschlag ab. Ihr Klubobmann Fischer begründete das damit, dass das Recht auf Einberufung alleine keinen Fortschritt darstellte, da in diesem Fall die Mehrheit (also die Regierungsparteien) die Zeugen bestimmen und den gesamten Verlauf des Untersuchungsausschusses beinahe nach Belieben leiten hätte können. Die SPÖ war aber keinesfalls bereit, der Opposition auch diesbezüglich weitergehende Rechte zuzusprechen, da damit laut Fischer das Mehrheitsprinzip verworfen worden wäre.[2520]

Der Streit über die Einberufung von Untersuchungsausschüssen konkretisierte sich rasch bei den Themenkomplexen „Lucona", „Noricum" und „Milchwirtschaftsfonds" *(vgl. Kap. 20.7 Lucona und Bundesländerversicherung; 20.8 Noricum; 20.9 Milchwirtschaftsfonds)*.

[2518] Vgl. Die Presse, 20.11.1999. S.1.
Der Standard, 4.1.2000. S.6.
Der Standard, 7.1.2000. S.7.

[2519] Zu diesem Zeitpunkt stellten FPÖ und Grüne gemeinsam 26 Abgeordnete (18+8). Ab 1990 hätte die FPÖ allein einen Untersuchungsausschuss erzwingen können, aber das war zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar.

[2520] Vgl. Die Presse, 20.2.1987. S.4.
Moser, Bernhard: Demokratiereform. S.163f.

19.3 Rechnungshof

1989 setzte sich die ÖVP ebenfalls für die Stärkung eines Kontrollinstruments ein. Sie forderte mehr Rechte für den Rechnungshof. Konkret wollte sie die vom Rechnungshof Kontrollierten dazu verpflichten, zwei Jahre nach der Kontrolle dem Parlament einen Bericht über die Befolgung der Rechnungshof-Empfehlungen zu geben. Bei einer Nichtbefolgung sollte ein Hearing vor dem Rechnungshofausschuss erfolgen und in weiterer Konsequenz Sanktionen, wie die Kürzung von Budgetmitteln oder die Rückforderung von verschwendeten Geldern, verlangt werden. SPÖ-Klubobmann Fischer bezeichnete diese Vorschläge laut der Tageszeitung „Die Presse" als nicht ernstzunehmend. Er relativierte diese Aussage aber gleich wieder, indem er erklärte, dass aus Sicht seiner Partei die Rechenschaftspflicht nur Mehrkosten und einen Papierkrieg bedeutet hätte, die Sanktionen aber jederzeit verwirklichbar wären. Gleichzeitig warf er der ÖVP vor, die Rechnungshof-Kontrolle von Firmen, die öffentliche Aufträge erhalten hatten, verhindert zu haben.[2521]

Im Oktober desselben Jahres verlangte Fischer die Abschaffung des Rohberichtes. Der Rechnungshof sollte stattdessen die Argumente der betroffenen Stelle gleich in den Bericht einarbeiten und dies nicht erst nach der Veröffentlichung des Rohberichts. Die ÖVP sprach sich dagegen aus und setzte sich damit durch.[2522]

19.4 Kammern

Im Juni 1990 wurde bekannt, dass die steirische AK Alois Rechberger (SPÖ) für seine zweijährige Präsidentschaft eine Abfertigung von 700.000 Schilling und eine monatliche Pension von 84.400 Schilling ausbezahlte. Die Empörung darüber ging durch alle politischen Lager. ÖVP und Opposition forderten nun ein Einschreiten von Sozialminister Geppert (SPÖ), der in dieser Funktion auch das oberste Aufsichtsorgan für die Arbeiterkammern war. Dieser wies darauf hin, dass ihm die gesetzliche Lage keinen Eingriff in die Verträge erlaubte. Die Kritik an der mangelnden Kontrolle musste er sich weiterhin gefallen lassen.[2523] Seine Reformvorschläge, wie die Verbesserung der Selbstkontrolle, die Genehmigungspflicht für Sonderverträge durch den Arbeiterkammertag und konkretere Aufsichtsmöglichkeiten, waren dem kleineren Koalitionspartner zu wenig.[2524] ÖVP-

[2521] Vgl. Die Presse, 14.1.1989. S.15.
[2522] Vgl. Die Presse, 3.10.1989. S.5.
[2523] Vgl. Der Standard, 22.6.1990. S.7.
Stenographische Protokolle des Nationalrates 148/NRSITZ (XVII. GP). S.17087-17114.
[2524] Vgl. Die Presse, 26.6.1990. S.5.

Obmann Riegler kritisierte zunächst die SPÖ, da sich diese gegen alle Versuche der ÖVP, das Kammersystem zu reformieren, gewehrt hatte, und schlug dann wenige Tage später eine Urabstimmung der Kammermitglieder über die Pflichtmitgliedschaft vor.[2525] Als ÖVP-Obmann Riegler den Vorschlag der SPÖ, die AK vom Rechnungshof prüfen zu lassen, als zu wenig weitgehend ablehnte – er bezeichnet das als „Augenauswischerei" – bedachte ihn Vranitzky mit der Bezeichnung „Waldbauernbub".[2526] Der innerhalb der Volkspartei immer öfter geäußerten Forderung nach einer Abstimmung über die Pflichtmitgliedschaft erteilte der Koalitionspartner eine klare Absage.[2527] ÖVP-Generalsekretär Kukacka setzte zudem auf eine Senkung der AK-Umlage um ein Drittel.[2528]
Beim Wunsch nach mehr Kontrolle, Abwahlmöglichkeit von Funktionären und Bezüge-Höchstgrenze herrschte dennoch rasch Einigkeit. Die ÖVP zeigte allerdings weiterhin, im Gegensatz zum Koalitionspartner, Sympathien für eine Urabstimmung über die Pflichtmitgliedschaft bei allen Kammern. Sie lag damit genau in der Mitte zwischen der Opposition (FPÖ, Grüne), die eine Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft forderten, und der SPÖ, die ebendiese unbedingt beibehalten wollte.[2529] Die Regierungsparteien sahen in der Debatte besonderen Reformbedarf bei den jeweils dem Koalitionspartner nahe stehenden Kammern. Die SPÖ wollte die Wirtschaftskammer in ihren Rechten bei der Lehrlingsausbildung und die Landwirtschaftskammer bei der Vergabe der Agrarförderungen beschneiden sowie die Finanzierung beider Institutionen so verändern, dass im Endeffekt beide weniger Geld erhalten hätten. Die Kritik der ÖVP zielte vor allem auf die Privilegien mancher AK-Funktionäre.[2530]

19.5 Liberales Forum

Nach dem Austritt von fünf FPÖ-Abgeordneten[2531] aus ihrer Partei und der Gründung des Liberalen Forums durch diese Politiker am 4. Februar 1993 stellte sich die Frage, ob die Gruppierung als Parlamentsklub anerkannt werden könnte. Die rechtliche Lage war nicht klar. Daher beauftragte Nationalratspräsident Fischer (SPÖ) den parlamentarischen Legislativdienst, ein Gutachten zu erstellen. Das Gutachten bezeichnete eine Klubbildung

[2525] Vgl. Der Standard, 4.7.1990. S.5.
[2526] Vgl. Die Presse, 25.8.1990. S.5.
Der Standard, 27.8.1990. S.7.
[2527] Vgl. Der Standard, 28.8.1990. S.5.
Der Standard, 29.8.1990. S.6.
[2528] Vgl. Der Standard, 31.8.1990. S.5.
[2529] Vgl. Der Standard, 11.9.1990. S.6.
[2530] Vgl. Der Standard, 17.10.1990. S.17.
[2531] Dabei handelte es sich um Heide Schmidt, Friedhelm Frischenschlager, Klara Motter, Helmut Moser und Thomas Barmüller.

als rechtskonform. Allerdings gab es auch Stimmen namhafter Juristen, die gegenteiliger Meinung waren.[2532] Fischer, in dessen Kompetenz die Entscheidung lag, wollte zunächst versuchen, einen Konsens mit den Fraktionsführern der Parteien zu erzielen, kündigte aber für den Fall, dass dies nicht gelingen sollte, eine Entscheidung für die Klubbildung an. In der ÖVP gab es sowohl Stimmen für als auch gegen die Anerkennung des Liberalen Klubs. Der ÖVP-Parlamentsklub einigte sich aber dann darauf, gegen die Anerkennung einzutreten (und lag damit auf Linie der FPÖ). Die SPÖ (unterstützt von den Grünen) sprach sich hingegen dafür aus. Beide argumentierten dabei mit juristischen Überlegungen.[2533] Nach einer fast dreistündigen Sitzung der Präsidialkonferenz am 20. Februar bestätigte Nationalratspräsident Fischer die Bildung des Liberalen Parlamentsklubs. Die ÖVP akzeptierte die Entscheidung, wie zuvor bereits angekündigt. Der zweite Nationalratspräsident Lichal (ÖVP) lobte die Vorgehensweise von Nationalratspräsident Fischer sogar ausdrücklich.[2534] ÖVP-Klubobmann Neisser äußerte jedoch Zweifel an der Berechtigung des Klubstatus für das LIF.[2535]

19.6 Staatsreform und EU-Beitrittsgesetz

Unter dem Titel „Staatsreform" war eine Neuaufteilung der Staatsaufgaben, verbunden mit Einsparungen im Verwaltungsbereich, vorgesehen. Im November 1993 hatten sich die Regierungsparteien in von der Öffentlichkeit nahezu unbeachteten Verhandlungen auf einen Verfassungsentwurf geeinigt. Die wichtigsten Punkte waren aber nach wie vor ungeklärt. Grund dafür war das Abrücken der SPÖ von den Vereinbarungen zwischen Regierung und Landeshauptleuten zur Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern. Ein wichtiger Punkt daraus war die Streichung der Einspruchsrechte des Bundes bei Gesetzesbeschlüssen der Landtage. Die SPÖ verlangte nun genau das Gegenteil, nämlich die Ausweitung der Einspruchsrechte. Insgesamt wollte die ÖVP als Vorbereitung auf den Beitritt Österreichs zur EU die Länderrechte stärken, während die SPÖ in diesen Belangen bremste.[2536] SPÖ-Klubobmann Fuhrmann sah durch die Vorstellungen der Landeshauptleute, die ja im Wesentlichen von der ÖVP geteilt wurden, die Gefahr einer Umwandlung des Bundesstaates Österreich zu einem Staatenbund gegeben. Die Vertreter eines stärkeren Föderalismus konnten diese Befürchtungen in keiner Weise nachvollzie-

[2532] Vgl. Der Standard, 9.2.1993. S.
[2533] Vgl. Der Standard, 18.2.1993. S.5.
Der Standard, 19.2.1993. S.6.
[2534] Vgl. Der Standard, 20.2.1993. S.6.
[2535] Vgl. Der Standard, 22.2.1993. S.5.
[2536] Vgl. Die Presse, 9.11.1993. S.6.
Die Presse, 24.11.1993. S.6.

hen. Der ÖVP-Verfassungsexperte Khol bewertete die bundesstaatlichen Merkmale in Österreich im Vergleich zu Deutschland als sehr schwach ausgeprägt. Die Notwendigkeit von mehr Kompetenzen für die Bundesländer sah er durch den EU-Beitritt gegeben. Durch diesen gaben ja Gemeinden, Länder und Bund Kompetenzen an die EU-Gremien ab, nur der Bund erhielt aber gleichzeitig auch ein Mitspracherecht in diesen.[2537]

Im Oktober 1993 verhandelten die Koalitionsparteien über die Einführung der Bürgermeister-Direktwahl. Die SPÖ wollte als Bedingung dafür die Zustimmung des jeweiligen Landtages mit Zwei-Drittel-Mehrheit. Hintergrund war eine generelle Skepsis der SPÖ gegen die Direktwahl. Der ÖVP-Verfassungssprecher Khol wehrte sich als Vertreter seiner Partei dagegen mit dem Argument, durch eine solche Vorschrift würde der Bund den Ländern eine Große Koalition vorschreiben. Er plädierte für eine einfache Mehrheit.[2538] Nachdem die Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt hatten, brachten beide Parteien Initiativanträge im Nationalrat ein, die den jeweiligen Standpunkt enthielten. Die ÖVP wollte auf diesem Weg auch das Wahlrecht für Auslandsösterreicher bei Landtagswahlen einführen.[2539]
Im Februar 1994 gab es diesbezüglich eine Annäherung. Einen möglichen Kompromiss, der die Einführung mit Zwei-Drittel-Mehrheit vorsah, aber für die Durchführungsbestimmungen nur eine einfache Mehrheit verlangte, bezeichneten sowohl Föderalismusminister Weiss (ÖVP) als auch Beamten-Staatssekretär Kostelka als akzeptable Variante.[2540] Am 30. März 1994 verkündeten die Klubobmänner Fuhrmann und Khol die Einigung im Sinn der SPÖ, also dass die Direktwahl der Bürgermeister von den Landtagen mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen werden müsste.[2541]

Im Juni 1994 hatten sich die Regierungsparteien mit den Landeshauptleuten zwar über die (Bundes-)Staatsreform geeinigt (bis auf die Punkte Finanzierung und Spitäler), doch gab es nun Dissonanzen über den Zeitpunkt der Beschlussfassung. Die SPÖ präferierte nämlich die Zeit unmittelbar nach der bevorstehenden Nationalratswahl, um eventuell noch Änderungen vornehmen zu können. Ihre Vertreter sahen eine detaillierte Beschäftigung des Nationalrates mit dieser Materie und dem damit in Zusammenhang stehenden EU-Beitrittsvertrag für wichtiger an als eine rasche Beschlussfassung. Die ÖVP hingegen

[2537] Vgl. Der Standard, 29.12.1993. S.6.
Kiefer, Andreas: Die Bundesstaatsreform im Jahr 1993. S.422f.
[2538] Vgl. Die Presse, 19.10.1993. S.7.
[2539] Vgl. Die Presse, 21.10.19993. S.6.
[2540] Vgl. Die Presse, 17.12.1994. S.7.
[2541] Vgl. Die Presse, 31.3.1994. S.6.

verlangte eine unverzügliche Verabschiedung der Reform im Parlament, da es ja eine Einigung aller Betroffenen gegeben hatte. Jedenfalls wurde die Gesetzesvorlage im Ministerrat beschlossen und der Behandlung im Parlament zugewiesen.[2542] Dabei zeigte sich die SPÖ auch von der ÖVP-Drohung unbeeindruckt, alle weiteren Verhandlungen über die Bundesstaatsreform zu boykottieren, sollte nicht deren Beschluss in den Parlamentsfahrplan aufgenommen werden. Danach, so kündigte die ÖVP an, würde sie der Öffentlichkeit darlegen, dass die SPÖ an der Verzögerung schuld sei.[2543] Die Drohung wurde allerdings nicht wahr gemacht. Stattdessen schlug ÖVP-Klubobmann Neisser vor, den zuständigen Unterausschuss des Verfassungsausschusses „für permanent" zu erklären, damit dieser auch im Sommer tagen könnte und somit genügend Arbeitszeit zur Verfügung stehen würde. Er verwies auch auf Zusagen des Bundeskanzlers, die Bundesstaatsreform vor den Wahlen zu beschließen.[2544] Nationalratspräsident Fischer nannte neben genügend Zeit für die Verhandlungen noch ein weiteres Argument, nämlich die Vereinbarung, gleichzeitig mit der Bundesstaatsreform auch das EU-Anpassungsgesetz, für das aber noch nicht einmal eine Regierungsvorlage existierte, zu beschließen. Ihre Haltung brachte der SPÖ von Außenminister Mock (ÖVP) den Vorwurf ein, in der Regierung den absoluten Machtanspruch zu stellen und alle wichtigen Vorhaben zu blockieren, um bei künftigen Koalitionsverhandlungen Bedingungen für deren Realisierung stellen zu können.[2545] ÖVP-Obmann Busek drohte sogar, in der nächsten Legislaturperiode Fischer bei der Wahl zum Nationalratspräsidenten die Zustimmung zu versagen, wenn dieser weiterhin den Beschluss der Reform hinauszögere. Eine Blockade anderer Gesetze schloss er jedoch aus. Fischer wies diesen Angriff als parteipolitisch motiviert zurück. SPÖ-Klubobmann Fuhrmann bot nun an, den Vorschlag seines Kollegen Neisser aufzunehmen und den betreffenden Unterausschuss für „permanent" zu erklären. Zu diesem Schritt hatte wohl auch zunehmender Druck aus den Ländern geführt.[2546]

Beschlossen wurden vor der Nationalratswahl 1994 weder die Bundesstaatsreform noch die EU-Beitritts-Begleitgesetze. In den Koalitionsverhandlungen nach der Wahl machte die ÖVP wieder Druck für eine rasche Erledigung der Reform, die sie als weitestgehend

[2542] Vgl. Die Presse, 7.6.1994. S.7.
Der Standard, 8.6.1994. S.5.
Der Standard, 24.6.1994. S.5.
Die Presse, 24.6.1994. S.6.
[2543] Vgl. Die Presse, 22.6.1994. S.7.
[2544] Vgl. Die Presse, 25.6.1994. S.7.
[2545] Vgl. Der Standard, 1.7.1994. S.4.
[2546] Vgl. Die Presse, 5.7.1994. S.6.
Der Standard, 5.7.1994. S.6.

ausverhandelt betrachtete.[2547] Bis zu den vorgezogenen Neuwahlen im Jahr 1996 gab es aber keine Bewegung in dieser Frage. Die Lage verkompliziert sich, da die Regierungsparteien im Nationalrat nicht mehr die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit hatten. Im Koalitionsabkommen von 1996 war dann wieder die Absicht zu lesen, die Reform auszuverhandeln und zu beschließen.[2548] Anfang 1997 forderte der Vizepräsident des Bundesrates Weiss (ÖVP, früherer Föderalismusminister) die Regierung im Allgemeinen und die SPÖ im Besonderen auf, das Koalitionsübereinkommen in diesem Punkt rasch zu erfüllen.[2549] SPÖ-Klubobmann Kostelka schlug daraufhin vor, die gesamte Materie neu zu verhandeln und nicht mehr auf den bisher erzielten Einigungen aufzubauen. Mit ein Grund für diese Idee war der Wunsch von SPÖ und Oppositionsparteien, die Forderungen des Tierschutzvolksbegehrens nach einem bundeseinheitlichen Tierschutzgesetz[2550] *(vgl. Kap. 11.3 Tierschutz)* in die Bundesstaatsreform einzubauen. Die ÖVP hingegen bezeichnete den Vorschlag Kostelkas als reine Verzögerungstaktik.[2551]

Für die Verhandlungen legte man sich auf einen Fahrplan fest, der zu einem Beschluss Anfang 1998 führen sollte. Strittigste Frage war der „Konsultationsmechanismus", der dafür Sorge tragen sollte, dass nicht eine Körperschaft Gesetze zum finanziellen Nachteil einer anderen beschließen konnte.[2552]

19.7 Verfassungsgerichtshof

Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes (VfGH) vom Jänner 1992 zur steuerlichen Begünstigung von Familien mit Kindern *(vgl. Kap. 3.2 Unterstützungen und Karenzzeiten)* löste auch eine Debatte über die Institution VfGH aus. Mehrere hochrangige Politiker der SPÖ kritisierten das Höchstgericht in ungewohnt scharfer Weise. Bundeskanzler Vranitzky, Nationalratspräsident Fischer, Familiensprecherin Traxler und Klubobmann-Stellvertreterin Ederer warfen den Richtern des VfGH in unterschiedlichen Formulierungen vor, sich von der Rechtsprechung auf Basis der Verfassung zur politischen Arbeit gewandt zu haben. Aus der ÖVP, die ja das Erkenntnis inhaltlich begrüßte, kam wiederum scharfe Kritik an den Aussagen der SPÖ-Politiker. Vizekanzler Busek stieß sich vor allem daran, dass der Bundeskanzler ein Erkenntnis des VfGH in Frage stellte. Besonders scharf antwortete der Vorsitzende des Verfassungsausschusses Andreas Khol. Er bezeichnete laut der Tageszeitung „Die Presse" die Kritik der SPÖ am VfGH als

[2547] Vgl. Der Standard, 22.10.1994. S.6.
[2548] Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Koalitionsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1996. S.49.
[2549] Vgl. Der Standard, 15.2.1997. S.6.
[2550] Rund 460.000 Personen unterschrieben das Tierschutzvolksbegehren.
[2551] Vgl. Die Presse, 25.2.1997. S.6.
[2552] Vgl. Der Standard, 19.6.1997. S.8.

„schlimmste austromarxistische Tradition“ und fühlte sich an den Justizpalastbrand erinnert.[2553] In den folgenden Tagen schwächte die SPÖ ihre Kritik merklich ab.[2554] Das war auch in der Nationalratsdebatte vom 12. März 1992 erkennbar. So stellten sich alle Redner voll und ganz hinter die Institution des Verfassungsgerichtshofes. Die SPÖ-Abgeordneten ließen aber auch durchblicken, sich für eine Befristung der Amtsperiode der Verfassungsrichter und vor allem für die Einführung einer „dissenting opinion“ erwärmen zu können. Demnach hätten Richter ihre von der Mehrheit abweichende Meinung öffentlich machen und erklären können. Der Hauptredner der SPÖ, Josef Cap, erklärte dazu:

> „Ich glaube – das hat auch die Diskussion über die letzten, oft umstrittenen Erkenntnisse bewiesen –, daß es sinnvoll wäre, wenn auch die in der Minderheit gebliebenen Richter des Verfassungsgerichtshofes die Möglichkeit hätten, hier in Form eines Minderheitsberichtes ihre Position darzulegen, damit diese öffentliche Debatte weit effizienter und sinnvoller geführt werden kann. Ich sage gleich dazu, es wäre ja nichts Außergewöhnliches. Das gibt es ja auch in anderen Ländern, und das hat sich wirklich auch bewährt. [...] Es wäre eine der wirklich positiven Folgewirkungen, daß diese Tabuisierung bei den Erkenntnissen beseitigt werden könnte, daß Kritikfähigkeit entstehen würde, ja daß sich auch die Mitglieder dieses Gerichtshofes der öffentlichen Kritik zu stellen hätten und ihre Meinung eben auch begründen müßten.“[2555]

Der ÖVP-Abgeordnete Khol sprach sich für seine Partei gegen Reformvorhaben dieser Art aus:

> „Wenn man plötzlich an sich auf Lebenszeit ernannten Richtern signalisiert: Wir wollen euch in Zukunft nicht mehr auf Lebenszeit, sondern nur auf Zeit!, so ist das eine Bedrohung. Wenn man den Richtern signalisiert: Wir wollen euer Abstimmungsverhalten kennen!, wenn man sagt: Wir wollen, daß ihr eine dissenting opinion – eine abweichende Meinung – abgeben könnt!, so signalisiert man, man will das Abstimmungsverhalten kontrollieren.“[2556]

Im September des Jahres legte das Bundeskanzleramt ein Konzept für die Reform des VfGH vor, das die Einführung einer „dissenting opinion“ enthielt. Die ÖVP befürchtete dahinter eine gezielte Schwächung des von der SPÖ kritisierten Höchstgerichtes und lehnte die Idee ab.[2557]

Ähnlich gelagert war ein Konflikt im Herbst 1997. Wieder war ein Erkenntnis des Verfassungsgerichthofes zur Familienbesteuerung *(vgl. Kap. 3.2 Unterstützungen und Karenzzeiten)* Auslöser für eine Debatte über dessen Stellung und eine mögliche Reform. Und wieder waren die Rollen gleich verteilt. Während sich die ÖVP über das Erkenntnis

[2553] Vgl. Die Presse, 9.1.1992. S.1.
Die Presse, 10.1.1992. S.5.
[2554] Vgl. Die Presse, 13.3.1992. S.5.
[2555] Cap, Josef. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 63/NRSITZ (XVIII. GP). S.6562.
[2556] Khol, Andreas. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 63/NRSITZ (XVIII. GP). S.6557.
[2557] Vgl. Die Presse, 28.9.1992. S.4.
Der Standard, 28.9.1992. S.5.

erfreut zeigte, kritisierten es SPÖ-Politiker scharf.[2558] Der SPÖ-Klubobmann setzte sich stellvertretend für seine Partei dafür ein, durch die Erhebung des Gesetzes in den Verfassungsrang dieses dem Zugriff des VfGH zu entziehen. Das trug ihm von seinem Gegenüber Khol (ÖVP) den Vorwurf ein, Verfassungsbruch zu begehen. Darauf konterte Kostelka:

> „Ergibt sich aus bestehenden Grundrechten eine verfassungsgesetzliche Interpretation, die nicht dem gesellschaftlichen Konsens entspricht, so hat der Nationalrat diesen Grundrechtskatalog weiter zu entwickeln. Ein solcher Gesetzesbeschluß stellt daher niemals einen Verfassungsbruch, sondern eine notwendige Verfassungsrevolution dar.“[2559]

ÖVP-Klubobmann Khol wiederum verwies darauf, dass sich der VfGH in dem Erkenntnis auf den Gleichheitsgrundsatz berufen hatte und dass die Pläne der SPÖ dem Durchbrechen dieses Grundsatzes gleichkommen würden.[2560] Den Umgang der SPÖ (sowie der Grünen und der Liberalen) mit dem Urteil nannte Khol im November als Grund für den Meinungsschwenk der ÖVP in Sache „dissenting opinion“. Zuvor hatte es eine Einigung aller im Parlament vertretenen Parteien auf Einführung der Minderheitsmeinung gegeben. Er bezeichnete die Äußerungen von Politikern der drei Parteien als Angriff auf die richterliche Unabhängigkeit.[2561]

Im Dezember 1998 griff Nationalratspräsident Fischer nochmals das Thema auf und kündigte an, die Einführung der „dissenting opinion“ in das nächste Koalitionsabkommen aufnehmen zu wollen. Er erhoffte sich dadurch mehr Transparenz bei den Urteilen. ÖVP-Klubobmann Khol schloss dies aber prompt kategorisch aus.[2562]

19.8 Politikerbezüge

Im Jahr 1996 begann die Diskussion über neue Regeln für Politikerbezüge. Über weite Strecken waren sich die Koalitionsparteien dabei einig.[2563] Ein erster Konflikt ergab sich mit der Forderung der SPÖ, dass in Zukunft Mandatare neben ihrem Hauptberuf nur mehr ein einziges weiteres Einkommen erhalten dürften („Eins-plus-eins-Regelung“). Dagegen stellte sich die ÖVP mit dem Argument, dass freiberuflich tätige Kammerfunktionäre und Bauern damit kaum mehr in der Legislative vertreten sein könnten. Diese Regelung hätte vor allem ÖVP-Politiker, wie zum Beispiel Wirtschaftskammerpräsident Maderthaner (Inhaber einer Neonröhrenfirma) oder den Salzburger Wirtschaftskammer-

[2558] Vgl. Der Standard, 21.10.1997. S.7.
[2559] Kostelka: „Gralshüter“ der Verfassung. In: Der Standard, 28.10.1997. S.27.
[2560] Vgl. Khol, Andreas: Hände weg von der Verfassung! In: Der Standard, 30.10.1997. S.31.
[2561] Vgl. Der Standard, 13.11.1997. S.6.
[2562] Vgl. Der Standard, 18.12.1998. S.9.
[2563] Vgl. Der Standard, 20.6.1996. S.5.
Der Standard, 21.6.1996. S.1, 6.

präsidenten Puttinger (Gastwirt), betroffen. SPÖ-Politiker hingegen wären kaum in diese Regelung gefallen, rekrutierten sie sich doch oftmals aus Arbeiter- und Angestelltenvertretungen ohne zusätzliche bezahlte Tätigkeiten, und ÖGB-Bedienstete wären von der Regelung nicht erfasst worden, handelt es sich doch bei der Gewerkschaft um einen Verein. SPÖ-Klubobmann Kostelka zeigte sich davon unbeeindruckt und bezeichnete seinen Vorschlag als die einzige Möglichkeit, eine saubere Lösung zu erreichen. Wirtschaftskammergeneralsekretär Stummvoll sah darin den Versuch, Freiberufler, Wirtschaftstreibende und Bauern aus dem Parlament zu drängen. Die Konsequenz der Verwirklichung der SPÖ-Vorschläge wäre seiner Ansicht nach gewesen, dass nur mehr Beamte und freigestellte Betriebsräte im Parlament gesessen wären und dass sich nach US-amerikanischem Vorbild Industrieunternehmen Abgeordnete gehalten hätten. Auch die SPÖ-Forderung, alle Gehälter der Politiker offenzulegen, lehnte die ÖVP mit der Begründung ab, dies würde lediglich die „Neidgenossenschaft" aktivieren.[2564] Die tatsächlich am 9. Juli 1996 beschlossene Reform regelte dann lediglich Gehaltsfortzahlungen bzw. -kürzungen für öffentlich Bedienstete, die in den Nationalrat gewählt wurden. Dadurch sollten Einkommen ohne Tätigkeit ausgeschlossen werden.[2565]

Anfang 1997 verhandelten die Parlamentsparteien mit Ausnahme der FPÖ[2566] intensiv über eine Bezügereform für Politiker. Basis der Gespräche war die unter der Leitung von Rechnungshofpräsident Fiedler ausgearbeitete Gehaltspyramide. Die ÖVP zeigte sich mit der Vorlage zufriedener als die SPÖ und wollte diese ohne Veränderungen übernehmen. Die Meinungsverschiedenheiten bewerteten beide Parteien jedoch als gering. ÖVP-Klubobmann Khol sprach sich namens seiner Partei für eine Überführung der Politiker ins ASVG-Pensionssystem aus, die SPÖ wollte in diesem Punkt die alte Regelung beibehalten.[2567] Am 19. März hatten sich SPÖ, ÖVP, LIF und Grüne auf die Bezügereform geeinigt. Diese sah die Abschaffung der Politikerpensionen vor. Die Betroffenen sollten im jeweiligen Pensionssystem bleiben, in dem sie sich in ihrem Zivilberuf befunden hatten.[2568] Tatsächliche Konflikte hatte es lediglich zwischen den Ländervertretern und den Bundespolitikern gegeben, ohne dass dabei Parteigrenzen eine wesentliche Rolle gespielt hatten.[2569]

[2564] Vgl. Der Standard, 25.6.1996. S.1, 4.
Der Standard, 26.6.1996. S.1, 5.
[2565] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 34/NRSITZ (XX. GP). S.17-152.
[2566] Die FPÖ lehnte als einzige im Parlament vertretene Partei die „Fiedler-Pyramide" als Basis für Verhandlungen ab, da ihr die darin vorgesehenen Politikerbezüge zu hoch erschienen.
[2567] Vgl. Die Presse, 1.2.1997. S.7.
[2568] Vgl. Die Presse, 20.3.1997. S.7.
[2569] Vgl. Der Standard, 15.2.1997. S.6.

Im Mai kam es dann doch noch zu einem Konflikt. Die Vorlage hatte eine Staffelung der Landeshauptleute-Einkommen nach Größe des Bundeslandes und Anzahl der Einwohner vorgesehen. Dagegen protestierten nun die Landeshauptleute, da sie dadurch eine Klassifizierung der Länder in wichtigere und weniger wichtige befürchteten. Unterstützung erhielten sie dabei aber nur von der ÖVP, die nunmehr eine einheitliche Höhe der Bezüge (200.000 Schilling) forderte. SPÖ-Klubobmann Kostelka zeigte sich zwar nicht einer Meinung mit dem Koalitionspartner, signalisierte aber Verhandlungsbereitschaft. Die ÖVP distanzierte sich außerdem von der vorgesehenen Verpflichtung, Bezüge im öffentlichen Bereich (darunter verstand man alles, wofür der Rechnungshof zuständig war) über 80.000 Schilling im Monat alle zwei Jahre veröffentlichen zu lassen (sollte auch für die Spitzenverdiener zum Beispiel aus ORF oder der E-Wirtschaft gelten). Diesem Punkt wollte sie nur bei einer Vier-Parteien-Einigung zustimmen. Bundeskanzler Klima hingegen begrüßte diese Regelung ausdrücklich.[2570]

Schließlich fanden die Verhandlungspartner eine Formulierung, die jeder der Beteiligten nach seinen Vorstellungen interpretieren konnte. Nun war von „quantitativen und qualitativen Kriterien“ für die Höhe der Bezüge der Gemeinde- und Landespolitiker die Rede, für alle waren aber Obergrenzen vorgesehen. Die ÖVP sah damit die größtmögliche Freiheit für Länder und Gemeinden erreicht. SPÖ, LIF und Grüne sahen darin eine andere Formulierung für die ursprüngliche Regelung, die ausdrücklich eine Staffelung nach Fläche, Einwohnerzahl, Budget, Verantwortung und Funktion vorgeschrieben hatte. Auch die ÖVP-Ländervertreter im Bundesrat stimmten schließlich für das Gesetz.[2571]

[2570] Vgl. Die Presse, 6.5.1997. S.7.
Der Standard, 6.5.1997. S.5.
Die Presse, 7.5.1997. S.7.
Der Standard, 7.5.1997. S.5.

[2571] Vgl. Die Presse, 9.5.1997. S.8.
Der Standard, 10.5.1997. S.5.

20 Taktik, Persönliches, Skandale

20.1 Ressorts

Bei der Bildung der Großen Koalition im Jahr 1987 spielte die Ressortverteilung eine wichtige Rolle. Die Forderung der ÖVP, genauso viele Ressorts zu erhalten wie der größere Regierungspartner, akzeptierte die SPÖ rasch. Deutlich mehr Probleme verursachte die Zuteilung des Außenministeriums. Das SPÖ-Team weigerte sich zunächst, der ÖVP dieses Ressort zu überlassen. Dabei intervenierte der ehemalige Bundeskanzler und Außenminister Kreisky massiv gegen eine solche Variante und drohte für den Fall, dass ein ÖVP-Politiker als Außenminister angelobt werden sollte, mit der Mobilisierung der Parteibasis – ein Vorgehen, das die ÖVP in ihren Bemühungen wohl eher bestärkte. Zweiter wichtiger Streitpunkt war das Justizressort. Die ÖVP wollte ihren aktuellen Parteisekretär Graff an der Spitze dieses Ressorts sehen; dieses Szenario lehnte die SPÖ ebenfalls ab. Die ÖVP bot dafür einen SPÖ-Justizstaatssekretär an und sah damit Graff bereits als zukünftigen Minister.[2572] Schließlich vereitelte die SPÖ doch noch dessen Angelobung. Zunächst wollte sie die ÖVP zwei aus vier Ministerien (Außen-, Justiz,- Wissenschafts- und Unterrichtsministerium) wählen lassen. Die ÖVP legte ihrerseits den Kompromissvorschlag vor, das Außenministerium wieder im Bundeskanzleramt anzusiedeln und dessen Agenden dem Vizekanzler zu übergeben. Nach langwierigen Verhandlungen zu diesen Punkten gelang schließlich ein Kompromiss. Das Justizministerium sollte von einem Parteifreien geleitet werden, dafür ging das Außenministerium an die ÖVP.[2573]

Rund um die Beitrittsverhandlungen zur EG kam es innerhalb der Regierung, vor allem zwischen Bundeskanzler Vranitzky und Außenminister Mock zu tiefergehenden Konflikten über die Europa-Kompetenz *(vgl. Kap. 12.2 Europa-Kompetenz)*. Das äußerte sich auch in den Koalitionsverhandlungen des Jahres 1990. Die SPÖ wollte von der durch das Wahlergebnis geschwächten ÖVP das Außenministerium oder zumindest eine größere Einbindung in diese Angelegenheiten. Die erste Möglichkeit kam für die ÖVP auch deshalb nicht in Frage, da das Ressort ihr Ehrenobmann Alois Mock führte. Dieser wehrte sich auch dementsprechend gegen eine Verminderung seiner Kompetenzen. Schließlich wurde ein Europastaatssekretariat im Bundeskanzleramt geschaffen und mit Peter

[2572] Vgl. Kleine Zeitung, 8.1.1987. S.2, 3.
Die Presse, 14.1.1987. S.1, 4.
Kleine Zeitung, 14.1.1987. S.2.

[2573] Vgl. Die Presse, 15.1.1987. S.1.
Kleine Zeitung, 15.1.1987. S.2, 3.

Jankowitsch (SPÖ) besetzt. Außerdem verlor das Außenministerium die Entwicklungshilfeagenden an das Bundeskanzleramt.[2574] Erfolgreich verteidigen konnte die ÖVP aber den Bereich der Auslandskultur.[2575]

Bereits im Wahlkampf zur Nationalratswahl des Jahres 1994 forderte die ÖVP die Zusammenlegung von Unterrichtsministerium, geleitet von ÖVP-Obmann Busek, und Wissenschaftsministerium, geleitet von Rudolf Scholten, zu einem Bildungsministerium.[2576] Dieser lehnte die Schaffung eines solchen „Mammutministeriums" – wie er das nannte – ab.[2577] (Die Übergabe des Bundeskanzleramtes von Vranitzky an Klima nahm die ÖVP 1997 zum Anlass, wieder die Schaffung eines großen Bildungsressorts zu fordern. Abermals gab es von der SPÖ keine Zustimmung.[2578]) Im Gegenzug verlangte Verkehrsminister Klima die Richtlinienkompetenz seines Ministeriums auch über den bei Wirtschaftsminister Schüssel beheimateten Straßenbau. Dieses Ansinnen lehnte wiederum die ÖVP ab und verwies dabei auf Versuche der Regierung, Mitkompetenzen zu reduzieren.[2579] In den Regierungsverhandlungen vertraten beide Parteien die bereits im Wahlkampf verlautbarten Standpunkte. Zu grundlegenden Kompetenzverschiebungen kam es allerdings in diesen Bereichen nicht.[2580]

Im Jahr 1996 rangen SPÖ und ÖVP nach den vorgezogenen Wahlen im Rahmen der Verhandlungen über die Regierungsbildung heftig um Ressorts und Kompetenzen. Vor allem das Vorhaben, die Regierung zu verkleinern, also Minister- und Staatssekretärsposten einzusparen, führte zu Problemen. Diese Einsparung bei Ministerien konnte schließlich nur über Zusammenlegungen erfolgen. Die ÖVP schlug also vor, die meisten Agenden des Verkehrsministeriums (bisher SPÖ) dem Wirtschaftsministerium (bisher ÖVP) zuzuschlagen. Die SPÖ wollte genau den umgekehrten Weg gehen und das Verkehrsministerium zu einem Zukunftsministerium machen. Wobei beide Parteien noch nicht von der gänzlichen Auflösung des jeweils zu filetierenden Ressorts spra-

[2574] Vgl. Kunnert, Gerhard: Österreichs Weg in die Europäische Union. S.208f.
[2575] Vgl. Die Presse, 13.12.1990. S.6.
Kleine Zeitung, 11.12.1990. S.2, 3.
[2576] Vgl. Die Presse, 29.3.1994. S.6.
[2577] Vgl. Der Standard, 6.4.1994. S.6.
Die Presse, 12.7.1994. S.6.
[2578] Vgl. Die Presse, 10.4.1997. S.1.
Der Standard, 11.4.1997. S.6.
[2579] Vgl. Die Presse, 28.7.1994. S.7.
[2580] Vgl. Der Standard, 2.11.1994. S.6.
Die Presse, 7.11.1994. S.1.

chen.[2581] Das geschah von ÖVP-Seite erst durch Wirtschaftsminister Ditz. Der noch amtierende Verkehrsminister und zukünftige Finanzminister Klima qualifizierte das als kuriosen Vorschlag, den er ebenso wie der Bundeskanzler ablehnte.[2582] Im Gespräch waren aber auch noch andere mögliche Zusammenlegungen bzw. Auflösungen. Das von ÖVP-Obmann Schüssel verkündete Einsparungsziel von je einem Minister und einem Staatssekretär pro Regierungspartei, wollte die SPÖ mit Hinweis auf ihren vorhergegangenen Wahlsieg nicht bestätigen.[2583] Das betraf zum Beispiel die äußeren Angelegenheiten. Hier wollte Bundeskanzler Vranitzky genauso wenig auf das dem Bundeskanzleramt zugeordnete Europastaatssekretariat (bisher SPÖ) verzichten wie Vizekanzler und Außenminister Schüssel auf seine Staatssekretärin Ferrero-Waldner (ÖVP), die er zur Entlastung benötigte.[2584] Keinesfalls sollte es laut ÖVP-Obmann Schüssel weiterhin sogenannte „Aufpasser-Staatssekretäre", also Staatssekretäre mit anderer Parteizugehörigkeit als der der Minister, geben.[2585] Der konkrete Vorschlag der ÖVP am 4. März lautete: Einsparung der Ministerien für Verkehr (SPÖ) und Familien (ÖVP) sowie der Staatssekretariate für Europa (SPÖ) und Verkehr (ÖVP).[2586] Dass Bundeskanzler Vranitzky die Streichung des EU-Staatssekretariats oder auch nur dessen Zusammenlegung mit dem ebenfalls im Bundeskanzleramt angesiedelten Beamtenstaatssekretariats ausschloss, irritierte den Verhandlungspartner dabei wenig.[2587] Die SPÖ interpretierte die EU-Angelegenheiten als innenpolitische, die ÖVP als außenpolitische Themen, womit beide ihren Standpunkt untermauerten.[2588] Die Einigung gelang schließlich am 7. März. Die Agenden des Verkehrsministeriums gingen ins SPÖ-besetzte Wissenschaftsressort (damit „Zukunftsministerium"), die des Familienministeriums (ÖVP) ins ÖVP-geführte Umweltressort (Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie) über. Das bisher von der ÖVP besetzte Sportstaatssekretariat wurde aufgelassen, die Agenden des SPÖ-besetzten EU-Staatssekretariats vom Beamtenstaatssekretär (SPÖ) übernommen.[2589] Nach der Angelobung der Regierung mussten noch einige Kompetenzfragen geklärt werden. Das Ansinnen von Wirtschaftsminister Ditz, den ERP-Fonds[2590] vom bisherigen

[2581] Vgl. Der Standard, 1.2.1996. S.17.
[2582] Vgl. Der Standard, 27.2.1996. S.5.
[2583] Vgl. Der Standard, 13.2.1996. S.5.
Der Standard, 2.3.1996. S.5.
[2584] Vgl. Der Standard, 15.2.1996. S.5.
Die Presse, 16.2.1996. S.5.
[2585] Vgl. Der Standard, 1.3.1996. S.4.
[2586] Vgl. Der Standard, 5.3.1996. S.4.
[2587] Vgl. Der Standard, 6.3.1996. S.6.
[2588] Vgl. Der Standard, 7.3.1996. S.5.
[2589] Vgl. Der Standard, 8.3.1996. S.1.
[2590] Der ERP-Fonds erhielt seinen Namen durch das European Recovery Program (Marshall-Plan).

Verkehrsministerium in sein Ressort überzuführen, konnte von seinem Ministerkollegen Scholten abgewehrt werden.[2591]

Im Nationalratswahlkampf des Jahres 1999 spielte die Ressortaufteilung wieder eine Rolle. Der Anstoß kam von der SPÖ, die ein Konzept zu einer gänzlichen Neuaufteilung vorlegte:

- Umwandlung des Europastaatssekretariats zu einem Ministerium im Bundeskanzleramt
- Umwandlung des Landwirtschaftsressorts zu einer Sektion im Wirtschaftsministerium
- Eingliederung der Familienagenden in das Sozialministerium
- Zusammenfassung der Gesundheitsagenden in einem Staatssekretariat
- Zusammenlegung von Umwelt- und Konsumentenschutz in einem Ministerium
- Schaffung eines gemeinsamen Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Technologie
- Schaffung eines Infrastrukturministeriums
- Eingliederung der Kulturagenden in das Bildungsministerium
- Verschiebung der Gesetzeskompetenzen des Justizministeriums im Familienbereich zum Frauenministerium

Die SPÖ wollte das als Beitrag zur Effizienzsteigerung verstanden wissen. Die ÖVP befürwortete zwar eine Entwirrung des Kompetenznetzes, sprach sich aber gegen eine Diskussion vor der Wahl aus, da dies den Anschein einer Beuteverteilung erwecken würde.[2592] Abgesehen davon sah sie das Konzept nur als Versuch an, ideologische Interessen durchzusetzen.[2593] Strikt lehnte die ÖVP auch Überlegungen der SPÖ ab, den Bundeskanzler mit einer Richtlinienkompetenz auszustatten.[2594]

Den heftigsten Konflikt um die Aufteilung der Ressorts gab es bei den letzten – schließlich erfolglosen – Koalitionsverhandlungen. Zunächst waren alle anderen Bereiche ausverhandelt und die Aufteilung der Ministerien weitgehend hintangestellt worden. Auch wenn zunächst wenige Informationen an die Öffentlichkeit gelangten, so war doch bald klar, dass die ÖVP das Finanzministerium für sich reklamierte und auch ein Auge auf das

[2591] Vgl. Der Standard, 11.3.1996. S.6.
Der Standard, 13.3.1996. S.1, 5.
[2592] Vgl. Der Standard, 3.8.1999. S.6.
[2593] Vgl. Der Standard, 4.8.1999. S.7.
Der Standard, 7.8.1999. S.7.
[2594] Vgl. Der Standard, 20.8.1999. S.7.

Innenministerium geworfen hatte.[2595] Die SPÖ hatte mittlerweile schon zugestimmt, der ÖVP ein Ministerium mehr zu überlassen. Die Verhandler diskutierten auch über ein Bildungsressort mit der Zuständigkeit für Schulen und Universitäten und ein Zukunftsressort mit den Themen Wissenschaft, Forschung und Technologie, beide unter ÖVP-Ministern. Zum Knackpunkt sollte aber das Finanzministerium werden, wobei die ÖVP zunächst als Alternative auch das Sozialministerium ins Spiel brachte. Auf alle Fälle sollte es ein Schlüsselressort für die Budgetwahrheit sein.[2596] Dabei galt diese Variante in der SPÖ als noch unwahrscheinlicher, da das Sozialministerium traditionell von einem der ohnehin mit den Verhandlungsergebnissen unzufriedenen Gewerkschaftern besetzt wurde. Zunächst gab es noch Gerüchte, die ÖVP würde sich mit einem Staatssekretär unter einem roten Finanzminister begnügen.[2597] Als die ÖVP diese Möglichkeit ablehnte, drehte sich bei der Bildung der Koalition alles nur mehr um zwei Punkte: die Unterschrift aller SPÖ-Verhandler unter den Koalitionspakt und eben die Besetzung des Finanzministeriums. Die ÖVP argumentierte ihr Verlangen damit, dass sie bisher bereits dreimal nur unter der Drohung eine Koalition platzen zu lassen, über die tatsächliche Lage der Staatsfinanzen informiert worden war und erstmals seit Beginn der Großen Koalition eine Kontrollmöglichkeit über die Finanzen aller Ressorts erhalten wollte. Die ÖVP machte noch das Angebot, der SPÖ im Tausch für das Finanzministerium das Wirtschaftsministerium zu überlassen.[2598] Die SPÖ lehnte ab und stellte dem Verhandlungspartner ein Ultimatum. Bis Donnerstag, 20. Jänner um 20.00 Uhr sollten die Verhandlungen beendet sein, damit der für Mitternacht angesetzte Parteivorstand weitere Schritte beschließen könnte. Zu diesem Zeitpunkt war in den Medien von Überlegungen der Verhandlungspartner über alternative Regierungsvarianten, wie Schwarz-Blau oder Rot mit blauer Duldung, zu lesen.[2599] In der ZIB 2 machte ÖVP-Obmann Schüssel der SPÖ noch das Angebot, für einen unabhängigen Finanzminister auf das Ressort zu verzichten. Doch die Verhandlungen wurden nicht mehr aufgenommen.[2600]

[2595] Vgl. Die Presse, 18.1.2000. S.1.
Der Standard, 18.1.2000. S.3.
[2596] Vgl. Der Standard, 19.1.2000. S.1, 2.
Die Presse, 19.1.2000. S.1.
[2597] Vgl. Der Standard, 20.1.2000. S.3.
[2598] Vgl. Die Presse, 20.1.2000. S.4.
Die Presse, 21.1.2000. S.1.
[2599] Vgl. Der Standard, 21.1.2000. S.1, 2.
Die Presse, 21.1.2000. S.4.
[2600] Vgl. Der Standard, 22.1.2000. S.2.

20.2 Parteibuchwirtschaft – Proporz

Die Besetzung von wichtigen Posten im öffentlichen Bereich und in staatsnahen Betrieben durch Mitglieder der beiden Großparteien beurteilte die Öffentlichkeit stets negativ. Der Chef der größten und bei Wahlen erfolgreichsten Oppositionspartei, Jörg Haider, legte auf dieses Thema einen Schwerpunkt seiner politischen Arbeit. SPÖ und ÖVP mussten daher tunlichst darauf achten, dieses Thema nicht zu sehr in die Medien zu bringen. Daher versuchten sie, in der Öffentlichkeit nicht über Postenvergaben an Parteimitglieder zu diskutieren, wenn diese in gegenseitigem Einvernehmen geschahen. Gleichzeitig gab es immer wieder Versuche, dem jeweils anderen vorzuwerfen, in seinem Verantwortungsbereich genau das zu tun, was man selbst zu vermeiden vorgab, nämlich die „Einfärbung" von Ressorts und Verantwortungsbereichen mit der eigenen Parteifarbe. Diese zahlreichen gegenseitigen Attacken führten jedoch kaum zu wirklichen Konflikten und bleiben daher in dieser Arbeit unerwähnt.

Der erste wirkliche Streit bei Postenbesetzungen entwickelte sich im Jahr 1988 um die Neubesetzung des Notenbankpräsidenten.[2601] Der bisherige Notenbankpräsident, Stephan Koren (ÖVP), war im Amt gestorben. Die ÖVP erhob nun den Anspruch auf das Vorschlagsrecht für diesen Posten.[2602] Inoffiziell galt ÖVP-Industriesprecher Josef Taus als erste Wahl der ÖVP-Spitze. Die ÖVP sah es angesichts der Tatsache, dass die SPÖ sowohl den Bundeskanzler als auch den Finanzminister stellte, als ihr Recht an, den Posten des Notenbankpräsidenten zu besetzen. Bundeskanzler Vranitzky hingegen wollte Helmut Haschek, den Generaldirektor der Kontrollbank (parteifrei), als Notenbank-Chef installieren.[2603] Gemeinsam war beiden Parteien nur der Vorwurf an den jeweils anderen, Postenschacher zu betreiben.[2604] Vranitzky reagierte besonders erbost auf die Aussage von ÖVP-Generalsekretär Kukacka, die ÖVP werde den Posten des Notenbank-Chefs keinesfalls der SPÖ überlassen. Der Regierungschef sprach danach von einem deutlich verschlechterten Koalitionsklima.[2605] Dem Thema maßen beide Parteien so große Bedeutung bei, dass sie es zur Chefsache erklärten. Als Kompromisskandidat galt bald der Vorstand der Genossenschaftlichen Zentralbank und Generalrat (Aufsichtsrat) der Nationalbank, Hellmuth Klauhs, der zwar ÖVP-Mitglied war, aber für die SPÖ akzeptabler schien

[2601] Vgl. Die Presse, 5.2.1988. S.5.
[2602] Vgl. <http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.k/k674082.htm> (17.4.2010).
[2603] Vgl. Die Presse, 1.7.1988. S.4.
Kleine Zeitung, 1.7.1988. S.2.
[2604] Vgl. Die Presse, 2.7.1988. S.4.
Kleine Zeitung, 2.7.1988. S.2.
[2605] Vgl. Die Presse, 6.7.1988. S.1.

als der ehemalige ÖVP-Parteiobmann Taus.[2606] Am 8. Juli einigten sich die Parteichefs tatsächlich auf Klauhs als neuen Präsidenten der Nationalbank. Die Nachfolge für den in den Ruhestand abtretenden Vizepräsidenten der Notenbank, Herbert Koller (SPÖ), sollte Heinz Kienzl (SPÖ), Generaldirektor der Nationalbank, übernehmen, dem wiederum Adolf Wala (SPÖ) folgen sollte.[2607]

Die Besetzung von EU-Spitzenposten, die nach dem Beitritt Österreichern offenstanden, führte zu Querelen innerhalb der Koalition. Vor allem ging es dabei um die Besetzung eines Postens im EU-Rechnungshof. Die SPÖ schlug dafür ihren Fraktionsführer im parlamentarischen Rechnungshofausschuss, Peter Marizzi, vor. Außerdem hatte sich der Direktor des ÖVP-Parlamentsklubs, Harald Wögerbauer, ein Mitglied des Wiener Rechnungshofes, für die Stelle beworben.[2608] Der Ministerrat beschloss dann in einem ganzen Paket von Besetzungen, der EU Marizzi vorzuschlagen. Vor allem dieser Punkt führte bei der Opposition aber auch innerhalb der ÖVP, in Person von ÖAAB-Obmann Höchtl und JVP-Obmann Amon, zu Widerstand. Hauptkritikpunkt war, dass Marizzi keine einschlägige Ausbildung vorzuweisen hatte.[2609] Nachdem der mediale Druck gegen seine Nominierung immer stärker geworden war, zog Marizzi seine Kandidatur zurück, wobei er den Medien und dem ÖVP-Klubdirektor vorwarf, hinter der Kampagne gegen seine Person zu stehen. Als Grund vermutete er, dass „ein Mann aus einfachen Verhältnissen“[2610] keine Spitzenposten bekleiden sollte. Die ÖVP-Spitze drückte ihr Missfallen über die ursprüngliche SPÖ-Entscheidung erst nach dem Rückzug offen aus.[2611]

Der längste und heftigste öffentlich ausgetragene Konflikt um Postenbesetzungen spielte sich im Jahr 1999 ab. Es ging dabei um eine Reihe von vakanten Stellen im Bereich des Außenministeriums, hauptsächlich um Botschafterposten. Dabei konzentrierte sich die Diskussion auf Brüssel. Die ÖVP wollte den pensionierten Manfred Scheich (ÖVP-nahe) durch den Leiter der EU-Abteilung im Außenamt, Gregor Woschnagg, ersetzen, die SPÖ durch Dietmar Schweisgut, einen hohen Beamten des Finanzministeriums. Beide besaßen kein Parteibuch, wurden aber der jeweils vorschlagenden Partei zugerechnet. Die SPÖ fühlte sich übergangen, da ihr Favorit bereits für den Botschafterposten in Tokio vorgesehen war, während für die Stelle in Brüssel erst die Ausschreibung erfolgen musste.[2612]

[2606] Vgl. Die Presse, 8.7.1988. S.1.
Kleine Zeitung, 6.7.1988. S.2.
[2607] Vgl. Kleine Zeitung, 8.7.1988. S.2.
Die Presse, 9.7.1988. S.1, 5.
[2608] Vgl. Der Standard, 3.12.1994. S.5.
[2609] Vgl. Der Standard, 21.12.1994. S.6.
[2610] Marizzi war als Waise aufgewachsen und hatte keine höhere Schule besucht.
[2611] Vgl. Der Standard, 23.12.1994. S.6.
[2612] Vgl. Die Presse, 26.1.1999. S.4.

Der SPÖ-Fraktionsführer im EU-Parlament, Hannes Swoboda, drohte für den Fall, dass seine Partei hier leer ausgehen würde, damit, den Anspruch auf den österreichischen EU-Kommissar zu stellen.[2613] In der ORF-Pressestunde und in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Profil“ bestätigte Landwirtschaftskommissar Fischler (ÖVP), dass Bundeskanzler Klima in einem Telefonat mit ihm seine Wiedernominierung von der Bestellung des SPÖ-Kandidaten zum EU-Botschafter abhängig gemacht hatte, und kritisierte diese Vorgehensweise scharf. Die SPÖ-Politiker wollten das nicht als Junktimierung bezeichnen, warfen aber Außenminister Schüssel vor, Sozialdemokraten von Positionen auszuschließen.[2614] Dieser reagierte empört auf den Vorwurf und verwies auf seinen Vorschlag, Wolfgang Petritsch (SPÖ) zum EU-Sonderbeauftragten für das Kosovo zu machen. Zudem richtete er dem Koalitionspartner über die Medien aus, dass er nicht daran denke, im Außenministerium Postenbesetzungen nach den Kriterien des Proporzes durchzuführen, sondern diese aufgrund der Qualifikation von einer Kommission ermitteln lasse.[2615] Am 23. März lehnte die SPÖ das Botschafterpaket im Ministerrat zum achten Mal mit der Begründung ab, dass nicht alle in Kürze zu besetzenden Stellen (wie die in Brüssel) darin enthalten waren.[2616] Der SPÖ-Fraktionsführer im Europaparlament Swoboda erklärte, dass einer der für die Außen- und Sicherheitspolitik hauptverantwortlichen Posten (Botschafter in Brüssel, EU-Kommissar, Außenminister und Verteidigungsminister) von seiner Partei gestellt werden müsste, da dieser gesamte Bereich nicht von der ÖVP dominiert werden dürfte.[2617] Am 25. März bestritt Bundeskanzler Klima dann die Darstellung Fischlers, er habe ihm den Deal angeboten. Am selben Tag warf SPÖ-Klubobmann Kostelka dem EU-Kommissar vor, seinerseits der SPÖ den Posten des Kabinettschefs in seinem Ressort als Gegenleistung für seine Wiederbestellung zugesagt zu haben. Fischler bestätigte etwa drei Wochen später, Klima um einen Vorschlag für die Besetzung dieses Postens gebeten zu haben. Allerdings hatte die SPÖ-Spitze seiner Darstellung nach zugesagt, für den Fall, dass der neue Kommissionspräsident Romano Prodi Österreich wieder den Posten des Landwirtschaftskommissars anbieten würde, Fischler die Zustimmung nicht zu verweigern. Bei einem anderen Ressort hätte die Auswahl demnach aber völlig frei von allen Bedingungen erfolgen sollen.[2618] Im Gegensatz dazu

[2613] Vgl. Der Standard, 8.2.1999. S.9.
[2614] Vgl. Die Presse, 22.3.1999. S.1, 4.
Der Standard, 22.3.1999. S.1, 7.
Kleine Zeitung, 22.3.1999. S.4.
[2615] Vgl. Der Standard, 23.3.1999. S.1, 2.
Die Presse, 23.3.1999. S.6.
[2616] Vgl. Der Standard, 24.3.1999. S.7.
[2617] Vgl. Der Standard, 11.6.1999. S.12.
[2618] Vgl. Der Standard, 26.3.1999. S.6.

verlangte ÖVP-Obmann Schüssel mit Hinweis auf dessen Erfahrung und Ansehen in jedem Fall die Nominierung Fischlers.[2619] Dabei hatte die ÖVP den Vorteil, dass der designierte Kommissionspräsident Prodi angekündigt hatte, zuerst ein Team zusammenzustellen und erst dann die Ressorts zu verteilen. Am 25. Juni wurde zwar das Paket über die Botschafterbesetzungen zum 22. Mal im Ministerrat zurückgestellt, dennoch zeichnete sich mittlerweile ab, dass die SPÖ den von der ÖVP bevorzugten Gregor Woschnagg als neuen EU-Botschafter akzeptieren würde.[2620] Das geschah wohl auch durch die mittlerweile über die Bühne gegangene Ernennung von Wolfgang Petritsch (SPÖ) zum EU-Koordinator für Bosnien-Herzegowina. Von Romano Prodi gab es mittlerweile inoffizielle Signale, dass er Fischler wieder mit den Landwirtschaftsagenden betrauen würde, sollte ihm dieser von der Bundesregierung vorgeschlagen werden.[2621]

Am 6. Juli konnte im 23. Anlauf das Botschafterpaket, das mittlerweile auf 34 Posten angewachsen war, vom Ministerrat beschlossen werden. Schlüssel dazu war die Einigung darauf, Franz Fischler erneut als EU-Kommissar vorzuschlagen. Gregor Woschnagg bekam die Stelle in Brüssel (bei der Ausschreibung war er Erstgereihter), als Sektionsleiterin für EU-Integration im Außenministerium folgte ihm Eva Nowotny (SPÖ).[2622]

20.3 Koalitionsfreier Raum

In den Koalitionsverhandlungen des Jahres 1994 ließ die ÖVP mit der Forderung nach einem koalitionsfreien Raum, also nach Sachgebieten, bei denen eine Regierungspartei den Partner mit Hilfe von einer oder mehreren Oppositionsparteien überstimmen könnte, aufhorchen. Ins Koalitionsübereinkommen sollten demnach nur das Budget, die Europapolitik und andere besonders wichtige Bereiche einfließen. Die SPÖ lehnte dieses Ansinnen aber entschieden ab.[2623] So befürchtete etwa Nationalratspräsident Fischer (SPÖ), dass durch Überstimmen des Koalitionspartners langfristig die Handlungsfähigkeit der Koalition leiden würde.[2624] ÖVP-Klubobmann Khol entschärfte den Konflikt allerdings, als er meinte, an dieser Frage würden die Verhandlungen nicht scheitern.[2625] Plötzlich war auch nur mehr von „manchen“ Themenbereichen die Rede, worunter beispielsweise

---

Der Standard, 16.4.1999. S.7.

[2619] Vgl. Die Presse, 25.6.1999. S.8.

[2620] Vgl. Die Presse, 26.6.1999. S.6, 8.

[2621] Vgl. Der Standard, 30.6.1999. S.5.

[2622] Vgl. Die Presse, 6.7.1999. S.4.
Der Standard, 6.7.1999. S.2.

[2623] Vgl. Der Standard, 21.10.1994. S.6.

[2624] Vgl. Der Standard, 10.1.1996. S.5.
Der Standard, 18.1.1996. S.4.

[2625] Vgl. Der Standard, 19.1.1996. S.4.

der Justizbereich fallen sollte, was die SPÖ wiederum als unvorstellbar einstufte. Die ÖVP argumentierte für ihren Vorschlag vor allem damit, dass mit der Schaffung eines koalitionsfreien Raumes das freie Mandat und die Opposition gestärkt würden.[2626] Im Koalitionsabkommen fand sich schließlich der Kompromiss:

> „Die Bestimmungen dieses Abkommens finden keine Anwendung auf jene Materien, wo zwischen den Regierungsparteien einvernehmlich vereinbart wird, die parlamentarischen Beratungen ohne Anwendung des Koalitionsabkommens zu führen (koalitionsfreier Raum).
>
> Als solche Materien werden zunächst festgelegt:
> - Das Bundesgesetz über die Geschäftsordnung des Nationalrates.
> - Die Bestimmungen über die Strafbarkeit der Homosexualität im Strafrechtsänderungsgesetz.
> - Begrenzung des zulässigen Blutalkoholgehaltes beim Lenken von Kraftfahrzeugen.
> - Rechtsbereinigung.
>
> Weitere Materien können jederzeit vereinbart werden.“[2627]

Den Versuch des neuen Bundeskanzlers Klima, die Forderungen des Frauenvolksbegehrens in den koalitionsfreien Raum zu stellen, lehnte die ÖVP ab. Dabei ging es vor allem um die Finanzierungsfrage, die die ÖVP als vollkommen ungelöst bewertete *(vgl. Kap. 4 Frauen).*[2628]

Nach den Vorfällen um die Einführung der 0,5-Promille-Grenze *(vgl. Kap. 9.6 Die Promillegrenze)* einigten sich die Klubobleute der Koalitionsparteien, Kostelka und Khol, darauf, keine weiteren Inhalte mehr im koalitionsfreien Raum zu behandeln. Bis auf die Rechtsbereinigung hatte es zu allen genannten Materien bereits Verhandlungen gegeben.[2629]

20.4 Bundespräsident Waldheim

Die Affäre über die Kriegsvergangenheit von Bundespräsident Kurt Waldheim warf ihren Schatten noch auf die Große Koalition. Die ÖVP blieb dabei der Rolle als Verteidiger des Bundespräsidenten treu. Die SPÖ versuchte den Spagat zwischen Respekt vor dem gewählten Staatsoberhaupt und Kritik an der Person Waldheim zu meistern. Anlass für die Fortführung des Konflikts nach Gründung der Koalition war die Entscheidung der USA, Waldheim auf die Watchlist zu setzen und ihm damit die Einreise zu verweigern. Die SPÖ forderte Waldheim auf, gegen diese Entscheidung und die Berichterstattung

[2626] Vgl. Der Standard, 29.2.1996. S.6.
[2627] Bundespressedienst (Hg.): Koalitionsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP 1996. S.8.
[2628] Vgl. Der Standard, 21.5.1997. S.1.
[2629] Vgl. Der Standard, 24.7.1997. S.6.

amerikanischer Medien, die ihn als Kriegsverbrecher bezeichnet hatten, zu klagen. ÖVP-Generalsekretär Graff, einer der prononciertesten Waldheimverteidiger und Medienrechtsexperten, riet wegen der praktisch nicht vorhandenen Erfolgschancen jedoch davon ab.[2630] Die ÖVP wollte im Nationalrat einen Entschließungsantrag zur Unterstützung Waldheims beschließen lassen, der Bundeskanzler Vranitzky de facto dazu verpflichtet hätte, bei seiner USA-Reise gegen die Aufnahme Waldheims auf die Watchlist zu protestieren. SPÖ-Klubobmann Fischer bezeichnete den Text als für seine Fraktion nicht akzeptabel. Er sprach sich für eine Formulierung aus, die eine Unterstützung der Bundesregierung für die Verteidigung des Staatsoberhauptes vor ungerechtfertigten Vorwürfen zum Inhalt haben sollte. Bei der von Simon Wiesenthal vorgeschlagenen Einsetzung einer Historikerkommission zur Untersuchung von Waldheims Vergangenheit gab es ebenfalls Auffassungsunterschiede. Die SPÖ wollte dabei keinerlei Einmischung der Regierung, während sich die ÖVP für eine Einsetzung der Kommission durch die Regierung aussprach.[2631] In der Nationalratsdebatte vom 14. Mai 1987 beschlossen die Regierungsparteien einen gemeinsam eingebrachten Entschließungsantrag im Sinne des Vorschlags von SPÖ-Klubobmann Fischer. Der Antrag enthielt auch eine „Verurteilung jeder Form von Antisemitismus oder anderer Formen religiöser, politischer oder rassischer Diskriminierung".[2632] In der recht ruhigen Debatte kam es nur zu indirekten Angriffen. Der SPÖ-Abgeordnete Cap stellte an die ÖVP die Frage, warum sie sich nicht für den Rücktritt von Bundespräsident Waldheim ausspreche, und erinnerte an entsprechende Aufforderungen an den früheren FPÖ-Verteidigungsminister Frischenschlager im Rahmen der sogenannten Reder-Affäre.[2633] Ludwig Steiner (ÖVP) vermutete in seiner Rede die Initiatoren der Waldheim-Kampagne im Inland, ohne dabei ausdrücklich den Koalitionspartner zu nennen.[2634] Obwohl nach der Nationalratsdebatte kurzfristig wieder versöhnlichere Töne vernehmbar waren, warf ÖVP-Generalsekretär Graff einzelnen SPÖ-Politikern, ohne deren Namen zu nennen, vor, sich auf Kosten Waldheims profilieren zu wollen. Für die Haltung des Bundeskanzlers fand er jedoch auch lobende Worte,[2635] obwohl dieser sich bei seinem USA-Besuch erfolgreich bemüht hatte, das Thema Waldheim möglichst

[2630] Vgl. Kleine Zeitung, 30.4.1987. S.2.
[2631] Vgl. Die Presse, 8.5.1987. S.4.
[2632] König, Fritz. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 17/NRSITZ (XVII. GP). S.1964.
[2633] Walter Reder war SS-Sturmbannführer und als solcher unter anderem hauptverantwortlich für das Massaker von Marzabotto, bei dem als Vergeltungsmaßnahme für Partisanenanschläge 1.830 Zivilisten ermordet wurden. Ein italienisches Militärgericht verurteilte ihn wegen Kriegsverbrechen zu lebenslanger Haft. Dennoch wurde er im Jahr 1985 freigelassen. Bei der Einreise nach Österreich empfing ihn der damalige Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager (FPÖ) mit einem Handschlag.
[2634] Stenographische Protokolle des Nationalrates 17/NRSITZ (XVII. GP). S.1964-2054.
[2635] Vgl. Die Presse, 18.5.1987. S.1.

im Hintergrund zu halten.[2636] In einer offiziellen Note an die USA wies das ÖVP-geführte Außenministerium die „Anwürfe" gegen Kurt Waldheim zurück und verlangte die Rücknahme der Watchlist-Entscheidung.[2637]

Große Empörung bei der ÖVP löste die in Israel geäußerte Kritik von ÖGB-Präsident Benya (SPÖ) an Papst Johannes Paul II. wegen dessen Einladung an Bundespräsident Waldheim aus.[2638] Die Kritik bezog sich dabei auch auf die Tatsache, dass die Äußerungen im Ausland gefallen waren. Bundeskanzler Vranitzky zeigte zwar Verständnis für die Meinung Benyas, begrüßte aber die Einladung des Papstes an Waldheim.[2639]

Aus der SPÖ gab es Signale, bei einem Rücktritt von Bundespräsident Waldheim einen ÖVP-Kandidaten für den Rest der Amtszeit durch die Bundesversammlung wählen zu lassen. Kurz danach stimmte die Mehrheit der Wiener SPÖ einer Rücktrittsaufforderung an den Bundespräsidenten zu. Das führte zu einer beträchtlichen Verstimmung mit der ÖVP, obwohl die Spitze der Bundes-SPÖ von der Vorgangsweise der Landesorganisation nicht begeistert erschien und Bundeskanzler Vranitzky wie auch Wiens SPÖ-Chef Gratz am Parteitag versucht hatten, die Delegierten von diesem Votum abzubringen. Der schärfste Angriff gegen Waldheim kam von Josef Hindels, der das Staatsoberhaupt als „hinterhältigen Lügner" bezeichnete. ÖVP-Generalsekretär Graff verglich Hindels daraufhin mit dem Präsidenten des NS-Volksgerichtshofes Roland Freisler.[2640]

Die Rolle von Alt-Bundeskanzler Sinowatz im Bundespräsidentschaftswahlkampf führte zu einer Nebenfront in der Waldheim-Debatte. Nachdem Vorwürfe laut geworden waren, dass Sinowatz die Kampagne gegen Waldheim gezielt gestartet hatte, verlangte die ÖVP einen Untersuchungsausschuss im Parlament, den die SPÖ aber ablehnte. Daraufhin forderte ÖVP-Generalsekretär Graff die Staatsanwaltschaft öffentlich auf, Ermittlungen gegen Sinowatz einzuleiten. Als diese nach dem Eingehen einer diesbezüglichen Anzeige tatsächlich mit Erhebungen begann, warf SPÖ-Zentralsekretär Keller seinem Gegenüber vor, die Anzeige selbst getätigt zu haben und damit die Koalitionsarbeit zu erschweren. Graff gab zwar zu, zahlreiche Pressemeldungen an die Staatsanwaltschaft übergeben zu haben, bestritt aber die Anzeige. Von Bundeskanzler Vranitzky war der Vorwurf an den

---

[2636] Vgl. Kleine Zeitung, 23.5.1987. S.2.
[2637] Vgl. Kleine Zeitung, 17.6.1987. S.2.
[2638] Vgl. Die Presse, 20.6.1987. S.1.
[2639] Vgl. Die Presse, 22.6.1987. S.5.
[2640] Vgl. Kleine Zeitung, 28.6.1987. S.2.
Die Presse, 29.6.1987. S.5.
Die Presse, 30.6.1987. S.1.
Die Presse, 30.6.1987. S.4.
Gehler, Michael: „..eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes...". S.644.

Koalitionspartner zu hören, den Fall „Waldheim“ zu einem Fall „Sinowatz“ machen zu wollen.[2641] *(vgl. Kap. 20.5 Sinowatz – falsche Zeugenaussage)*

Am SPÖ-Bundesparteitag im Herbst 1990 gab es wieder einen Antrag, der den Rücktritt von Bundespräsident Waldheim verlangte. Die Parteispitze empfahl die Ablehnung und brachte ihrerseits einen Antrag ein, der den einzelnen Teilorganisationen das Recht zusprechen sollte, aus Sorge um Österreich den Rücktritt des Staatsoberhauptes zu fordern. Die Delegierten folgten diesmal der Parteispitze mit 198 zu 101 Stimmen, wobei von einzelnen Funktionären und den Jugend-Organisationen teils heftige Kritik an dem Antrag geübt wurde.[2642]

Große Aufregung entstand durch einen Artikel in der französischen Zeitung „L'Expresse“, in dem ÖVP-Generalsekretär Graff mit den Worten „Solange nicht bewiesen ist, daß er [Anm.: Waldheim] mit seinen eigenen Händen sechs Juden erwürgt hat, gibt es kein Problem“ zitiert wurde.[2643] Graff bestritt zwar, die Aussage so getätigt zu haben, trat aber nach massiver Kritik von allen Seiten zurück. Obwohl sich auch ÖVP-Obmann Mock und Bundespräsident Waldheim von Graff distanzierten, mussten sie sich von SPÖ-Klubobmann Fischer den Vorwurf gefallen lassen, zu langsam reagiert zu haben. An der Reaktion des Bundespräsidenten missfiel Fischer vor allem, dass diese erst nach dem Rücktritt Graffs getätigt worden war. Die Aussagen Graffs qualifizierte Fischer laut der Tageszeitung „Die Presse“ als „unerträglich gesteigerte Philosophie der Waldheim-Verteidiger“.[2644]

Der mit Spannung erwartete Bericht der Historikerkommission warf seinen Schatten schon voraus. In einem „Presse“-Interview empfahl Innenminister Blecha dem Staatsoberhaupt nach der zu erwartenden Entlastung durch den Bericht zurückzutreten, weil ein Nachlassen der Kampagne im Ausland nicht zu erwarten wäre. Der Bundespräsident zitierte daraufhin den Bundeskanzler zu sich, der ihm versicherte, dass ihn kein Mitglied der Regierung zum Rücktritt auffordern würde. In einem direkten Telefonat zwischen Blecha und Waldheim erklärte der Innenminister zudem, dass es sich bei den Aussagen lediglich um seine Privatmeinung gehandelt habe und er dem gewählten Staatsoberhaupt selbstverständlich den gebührenden Respekt erweisen werde.[2645]

[2641] Vgl. Die Presse, 27.8.1987. S.4.
Die Presse, 28.8.1987. S.4.

[2642] Vgl. Die Presse, 30.10.1987. S.1.
Kleine Zeitung, 30.10.1987. S.2.

[2643] Vgl. Die Presse, 18.11.1987. S.4.

[2644] Vgl. Die Presse, 24.11.1987. S.4.

[2645] Vgl. Die Presse, 28.12.1987. S.1.

Nach seiner Veröffentlichung erzeugte der Inhalt des Berichts der Historikerkommission neuerliche Spannungen innerhalb der Koalition. Waldheim verlangte die Rückweisung des Berichts durch die Bundesregierung. Als das Bundeskanzler Vranitzky ablehnte, wandte er sich mit demselben Anliegen an die ÖVP. Aber auch diese wollte von einer gänzlichen Rückweisung nichts wissen. Allerdings sprach sie sich dafür aus, nur den Teil anzunehmen, der sich aus ihrer Sicht innerhalb des Mandats der Kommission bewegte und Waldheim kein persönlich schuldhaftes Verhalten attestierte. Der Teil, in dem von Mitwisserschaft und Falschaussagen die Rede war, sollte durch die Regierung zurückgewiesen werden. Diese Vorgehensweise lehnte die SPÖ jedoch ebenso ab. In ihren Presseerklärungen betonten Bundes- und Vizekanzler, dass dem Bundespräsidenten keine Kriegsverbrechen oder auch nur persönlich schuldhaftes Verhalten angelastet werden könnte. Während Vranitzky jedoch auch die kritischen Passagen einbezog, erklärte Mock diese zur Privatmeinung der Historiker, deren Veröffentlichung nicht mit dem Auftrag der Kommission abgedeckt wäre.[2646] Aus SPÖ-Teilorganisationen kamen weiterhin Rücktrittsaufforderungen, denen sich sogar Staatssekretärin Dohnal anschloss. Und SPÖ-Zentralsekretär Heinrich Keller sprach dem Staatsoberhaupt jegliche Glaubwürdigkeit ab. Dennoch betonten die Spitzen beider Regierungsparteien, dass die Koalition nicht gefährdet wäre.[2647] Zuvor soll es laut der ORF-Sendung „Report" aber Aufforderungen aus der ÖVP an den Bundespräsidenten gegeben haben, Bundeskanzler Vranitzky samt Regierung zu entlassen.[2648] ÖVP-Obmann Mock bezeichnete die Turbulenzen um den Bericht der Historikerkommission zwar als bisher schwierigstes Problem der Koalition, zeigte sich aber zu den von der SPÖ vorgeschlagenen Gesprächen über eine Neubewertung der Situation bereit.[2649] In den folgenden Tagen drängte SPÖ-Obmann Sinowatz weiter auf Verhandlungen über eine Abdankung des Bundespräsidenten. Neben dem bereits bekannten Vorschlag, einen ÖVP-Kandidaten durch die Bundesversammlung wählen zu lassen, bot der Alt-Bundeskanzler auch seinen eigenen Abtritt vom Amt des Parteiobmanns als eine Art Gegengeschäft an. Das lehnte ÖVP-Obmann Mock namens seiner Partei ab, da er eine Parteifunktion nicht mit dem Amt des Bundespräsidenten in Zusammenhang bringen wollte.[2650] Bundeskanzler Vranitzky drohte sogar mit seinem

[2646] Vgl. Die Presse, 10.2.1988. S.1.
Kleine Zeitung, 10.2.1988.S.2.
[2647] Vgl. Die Presse, 11.2.1988. S.1.
Kleine Zeitung, 11.2.1988. S.2.
Die Presse, 12.2.1988. S.5.
[2648] Vgl. ORF-Sendung Report spezial „Der Fall Waldheim".
[2649] Vgl. Die Presse, 13.2.1988. S.1.
[2650] Vgl. Die Presse, 23.2.1988. S.1.
Die Presse, 29.2.1988. S.1.

Rücktritt, sollte er weiterhin 60 Prozent seiner Zeit damit verbringen, sich vor den Bundespräsidenten stellen zu müssen. Nach seiner Amtszeit wollte er die Ernsthaftigkeit dieser Drohung allerdings nicht bestätigen.[2651]

Fünf Tage vor den Nationalratswahlen im Oktober 1990 forderte ÖVP-Obmann Riegler die SPÖ auf, sich für die von ihr in Gang gesetzte Kampagne gegen Waldheim zu entschuldigen. Er verwies dabei auf die Verurteilung von Altkanzler Sinowatz wegen Falschaussage *(vgl. Kap. 20.5 Sinowatz – falsche Zeugenaussage)*. Die SPÖ-Politiker lehnten das ab.[2652] Der Konflikt um Bundespräsident Waldheim war damit dennoch de facto beendet.

20.5 Sinowatz – falsche Zeugenaussage

In direkter Verbindung mit der Diskussion über die Kriegsvergangenheit von Bundespräsident Waldheim stand der Konflikt um die Rolle des damaligen Bundeskanzlers Fred Sinowatz (SPÖ). Bereits während des Präsidentschaftswahlkampfes behauptete der Profil-Journalist Alfred Worm, dass Sinowatz schon im Sommer 1985 vor dem burgenländischen SPÖ-Landesparteivorstand eine Informations-Kampagne über die „braune"-Vergangenheit des ÖVP-Kandidaten angekündigt hatte. Sinowatz klagte Worm. Das Gericht sprach den Journalisten aber frei.[2653]

Nun stand eine Anklage gegen den Ex-Bundeskanzler wegen Falschaussage im Raum. Für einen Prozess war aber die Aufhebung der parlamentarischen Immunität notwendig. Die SPÖ sprach sich von Anfang an klar gegen diese Aufhebung aus. In der ÖVP gab es dabei allerdings keine einheitliche Linie. Klubchef König sprach sich mit Berufung auf die bisherigen Usancen gegen die Aufhebung aus, Obmann Mock dafür.[2654] Im Sinne Mocks äußerten sich dann immer mehr ÖVP-Politiker. Als Hauptbegründung führten sie an, dass in der Bevölkerung nicht der Eindruck entstehen dürfte, Politiker könnten straflos falsche Zeugenaussagen ablegen. Die Haltung des Koalitionspartners veranlasste die SPÖ, von einer Koalitionsfrage zu sprechen.[2655] Gleichzeitig lag dem Parlament auch noch ein Antrag auf Aufhebung der Immunität für den Grünen-Abgeordneten Peter Pilz (ebenfalls wegen falscher Zeugenaussage) vor. Pilz und seine Partei verlangte diese aus-

[2651] Vgl. Vranitzky, Franz; Thurnher, Armin: Vranitzky im Gespräch mit Armin Thurnher. S.26 – 29.
[2652] Vgl. Der Standard, 3.10.1990. S.7.
[2653] Vgl. Gehler, Michael: „..eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes...". S.659.
[2654] Vgl. Kleine Zeitung, 29.7.1988. S.2.
Die Presse, 2.8.1988. S.1.
[2655] Vgl. Die Presse, 2.8.1988. S.1.
Die Presse, 1.9.1988. S.4.

drücklich.[2656] Zunächst einigten sich die Klubobleute Fischer und König noch darauf, ein etwaiges Auslieferungsbegehren negativ zu beantworten. Innerhalb der ÖVP gab es daran heftige Kritik, die sich kurzfristig beruhigte, als Sinowatz seinen baldigen Austritt aus dem Nationalrat ankündigte, sollte der Antrag auf Aufhebung der Immunität abgelehnt werden.[2657] In den folgenden Tagen kündigten aber weitere ÖVP-Abgeordnete an, einem Antrag auf Aufhebung der Immunität von Sinowatz zuzustimmen. Bundeskanzler Vranitzky und SPÖ-Klubobmann Fischer reagierten erbost und sprachen von einer schweren Belastung für die Koalition.[2658] Die Diskussion drehte sich dabei um die Frage, ob die falsche Zeugenaussage im Rahmen der Ausübung des Nationalratsmandates geschehen war oder nicht. Der ehemalige Bundeskanzler legte mit 22. September sein Mandat zurück, nachdem am 9. September die Staatsanwaltschaft angekündigt hatte, den Antrag auf Auslieferung zu stellen. Die Reaktionen der SPÖ auf das Verhalten des Koalitionspartners waren ausgesprochen scharf. Laut der Tageszeitung „Die Presse" fielen dabei Ausdrücke wie „Politik der verbrannten Erde", „Heuchelei", „Unverschämtheit", „Klimavergiftung" und Ähnliches. Die ÖVP begrüßte die Entscheidung des Altkanzlers ausdrücklich.[2659] Zwar war damit der Fall Sinowatz auf parlamentarischer Ebene geklärt, die Diskussion über den Umgang mit der Immunität von Abgeordneten ging allerdings am Beispiel Peter Pilz (Grüne) weiter. Die ÖVP wollte, wie auch bei Sinowatz, für die Aufhebung der Immunität stimmen, und die SPÖ wollte ebenfalls bei ihrer Argumentation bleiben und daher dagegen votieren. Da alle Oppositionsparteien angekündigt hatten, mit der ÖVP zu stimmen, stand für die SPÖ die erste Niederlage im Nationalrat seit 16 Jahren im Raum. Die Verstimmung in der SPÖ war entsprechend groß. Ihr Klubobmann Fischer drohte unverhohlen mit einer Revanche.[2660] Die turbulent verlaufende Sitzung des Nationalrates, in der auch die Themen Lucona- und Bundesländer-Skandal *(vgl. Kap. 20.8 Noricum)* behandelt wurden, brachte Bundeskanzler Vranitzky sogar dazu, die Koalitionsfrage zu stellen. Schließlich fand man trotz der ausgesprochen gereizten Stimmung eine diplomatische Lösung. Der Antrag auf Aufhebung der Immunität sollte an den Immunitätsausschuss zurückverwiesen werden. Damit war klar, dass die Frist von acht Wo-

[2656] Vgl. Die Presse, 6.9.1988. S.4.
[2657] Vgl. Die Presse, 7.9.1988. S.4.
[2658] Vgl. Kleine Zeitung, 8.9.1988. S.2.
Kleine Zeitung, 9.9.1988. S.2.
Die Presse, 16.9.1988. S.1.
Kleine Zeitung, 10.9.1988. S.2.
[2659] Vgl. Kleine Zeitung, 16.9.1988. S.2.
Kleine Zeitung, 17.9.1988. S.2.
Die Presse, 17.9.1988. S.1.
[2660] Vgl. Kleine Zeitung, 27.9.1988. S.2.
Kleine Zeitung, 28.9.1988. S.2.

chen, die der Nationalrat nach einem Auslieferungsantrag zur Entscheidung hat, überzogen würde. Der Abgeordnete Pilz verlor damit automatisch seine Immunität.[2661]

Am 10. Mai 1989 verurteilte das Gericht Ex-Bundeskanzler Sinowatz wegen falscher Zeugenaussage. In zweiter Instanz wurde das Urteil im April 1991 bestätigt. Das rief unter SPÖ-Politikern zum Teil recht heftige Kritik an der Justiz hervor. Nationalratspräsident Fischer sprach laut der Tageszeitung „Der Standard" von der Gefahr eines „Richterstaates", was wiederum ÖVP-Politiker kritisierten.[2662] ÖVP-Justizsprecher Graff warf Fischer vor, die Richterschaft in Bezug auf die anhängigen Verfahren in der Causa „Noricum" unter Druck setzen zu wollen.[2663] Fischer blieb allerdings bei seiner Kritik (die er auch ausführlich begründete), wenn er sie auch in seinem Buch „Reflexionen" nicht mehr so scharf formulierte, sondern das Urteil nur mehr als „kein Ruhmesblatt der Justiz" bezeichnete.[2664]

20.6 Vranitzky – Abfertigung

Im Oktober 1989 gab ein noch nicht veröffentlichter Rechnungshof-Rohbericht, dessen wichtigste Punkte allerdings schon bekannt waren, Anlass zu einem Konflikt zwischen den Koalitionspartnern. Ein Teil des Berichts beschäftigte sich mit der Abfertigung, die Bundeskanzler Vranitzky bei seinem Wechsel von der Länderbank in die Politik – er wurde Finanzminister – erhalten hatte. Der ÖVP-Abgeordnete Steinbauer sprach von unüblich hohen Zahlungen. Kolportiert wurden ein Pensionsanspruch von 200.000 Schilling monatlich ohne Ruhensbestimmungen und unabhängig vom Alter sowie eine Abfertigung von drei Millionen Schilling nach nur zwei Jahren als Vorstandsvorsitzender trotz Selbstkündigung. Ohne diese Zahlen zu dementieren, verwies der Bundeskanzler darauf, dass die Abfertigung durch Rechtsgutachten und die Lohnsteuerprüfung untermauert wäre. Außerdem war die Vertragsauflösung – so seine Argumentation – aufgrund des dringenden öffentlichen Interesses erfolgt.[2665] ÖVP-Obmann und Vizekanzler Riegler kritisierte vor allem, dass Vranitzky nach seiner Verabschiedung mit den umstrittenen Ansprüchen zum Finanzminister ernannt worden war und damit die oberste Kontrollinstanz für den bisherigen Arbeitgeber übernommen hatte. Die Länderbank verteidigte na-

[2661] Vgl. Kleine Zeitung, 29.9.1988. S.2.
Die Presse, 29.9.1988. S.1.
Kleine Zeitung, 30.9.1988. S.2.
Stenographische Protokolle des Nationalrates 74/NRSITZ (XVII. GP). S.8465-8498.
[2662] Vgl. Die Presse, 17.4.1991. S.1.
Der Standard, 23.4.1991. S.6.
[2663] Vgl. Der Standard, 25.4.1991. S.1.
[2664] Fischer, Heinz: Reflexionen. S.445-448.
[2665] Vgl. Der Standard, 21.10.1989. S.5.

turgemäß ihre Vorgangsweise.[2666] Die Aussage des Bundeskanzlers, wonach er die Abfertigung für seine zwanzigjährige Tätigkeit in der Branche erhalten hatte, empfand die ÖVP als aufklärungswürdig. Das hätte nämlich bedeutet, dass er von der Länderbank auch eine Abfertigung für seine Tätigkeit bei der Creditanstalt erhalten hatte. Die CA hatte ihm aber bereits eine Million Schilling ausbezahlt, als er für Hannes Androsch (SPÖ) Platz machen musste. Aus Sicht der ÖVP bezahlten die beiden staatlichen Banken für zwei ehemalige Generaldirektoren aus der SPÖ Abfertigung und Pension.[2667]

Der Streit eskalierte, als Bundeskanzler Vranitzky sich weigerte, einer Einladung des Rechnungshofausschusses Folge zu leisten. SPÖ-Klubobmann Cap begründete das damit, dass der Auftritt Vranitzkys vor dem Ausschuss von den anderen Parteien nur als Teil des Wahlkampfes angesehen würde. Außerdem verwies er darauf, dass eine Vorführung von Personen oder die Verpflichtung, ein Schriftstück (dabei ging es um die Dienstverträge) herauszugeben, nicht von der geltenden Rechtslage gedeckt wäre. Der ÖVP-Fraktionsführer im Rechnungshofausschuss Ettmayer widersprach dieser Aussage, was die Schriftstücke betraf nicht, allerdings erinnerte er an das Recht des Ausschusses, Mitglieder der Bundesregierung zum Erscheinen verpflichten zu können. Genau das kündigte er für den Fall an, dass Vranitzky die Verträge nicht vorlegen würde. ÖVP-Politiker bezeichneten die Weigerung aber als Bruch der Usancen und als Missachtung des Parlaments. Bezüglich der Herausgabe der Verträge berief sich die SPÖ auf den Datenschutz, alle anderen im Parlament vertretenen Parteien auf das öffentliche Interesse. Die Opposition wollte Vranitzky unbedingt vor den Ausschuss laden.[2668] Ettmayer sah noch eine zweite Möglichkeit, Vranitzky den Auftritt zu ersparen, nämlich durch eine vertrauliche Aussage von Rechnungshofpräsident Broesigke über die Verträge Vranitzkys. Genau diese Variante hatte der Rechnungshofpräsident aber bisher abgelehnt. Die Vorladung des Regierungschefs bezeichnete der ÖVP-Abgeordnete nunmehr als ultima ratio.[2669] Vranitzky selbst verteidigte die Umstände seiner Vertragsauflösung mit der Länderbank. Die Vorwürfe aus den anderen Parteien bezeichnete er als politisch motiviert. Einen Verzicht auf die ihm vertraglich zustehenden Gelder lehnte er kategorisch ab und verwies dabei auf einen finanziellen Verlust, den er mit der Aufgabe des Generaldirektor-Postens zu Gunsten des Bundeskanzleramtes auf sich genommen hatte.[2670] Obwohl beide Koaliti-

[2666] Vgl. Der Standard, 25.10.1989. S.5.
[2667] Vgl. Die Presse, 4.11.1989. S.1.
[2668] Vgl. Die Presse, 11.11.1989. S.5.
Die Presse, 14.11.1989. S.5.
Der Standard, 14.11.1989. S.6.
[2669] Vgl. Die Presse, 16.11.1989. S.1.
Der Standard, 16.11.1989. S.7.
[2670] Vgl. Die Presse, 20.11.1989. S.1.

onsparteien auf ihrem Standpunkt bezüglich des Datenschutzes beharrten, gab es doch eine Annäherung. Die SPÖ bekundete, nichts gegen eine vertrauliche Aussage des Rechnungshofpräsidenten über die Verträge Vranitzkys zu haben, wenn er sich an die Richtlinien des Datenschutzes hielte. Nach der Aussage Broesigkes vor dem Ausschuss zeigte sich die ÖVP über deren Substanz so zufrieden, dass sie eine Befragung Vranitzkys als nicht mehr notwendig erachtete. Allerdings wies Ettmayer darauf hin, dass im Gegensatz zu den Aussagen Vranitzkys eine einseitige Vertragsauflösung durch ihn doch möglich gewesen wäre.[2671] In der Nationalratsdebatte vom 13. Dezember 1989 kritisierten die ÖVP-Abgeordneten Vranitzky auf moralischer Ebene für die Annahme der Zahlungen. Die SPÖ-Mandatare unterstrichen erneut deren Rechtmäßigkeit und hoben die Verdienste ihres Parteivorsitzenden um die Länderbank hervor.[2672]

20.7 Lucona und Bundesländerversicherung

Im Rahmen der Lucona-Affäre[2673] gab es massive Vorwürfe gegen Spitzenpolitiker der SPÖ, sie hätten die Ermittlungen gegen ihren persönlichen Freund Udo Proksch zu verhindern versucht und teilweise behindert. Der ehemalige Außenminister, Wiener Bürgermeister und Nationalratspräsident Leopold Gratz wurde in diesem Zusammenhang wegen falscher Zeugenaussage verurteilt. Soweit die Begleitumstände.

Der politische Konflikt spielte sich weitgehend in und um den Lucona-Untersuchungsausschuss ab. Der Nationalrat setzte diesen am 19. Oktober 1988 einstimmig ein.[2674] Zuvor war am 27. September bereits über einen ähnlichen Antrag der FPÖ abgestimmt worden. Die SPÖ hatte dabei den Saal verlassen (das war ausdrücklich als Warnschuss für die ÖVP wegen ihres Verhaltens in der Immunitätsdiskussion bei den Abgeordneten Sinowatz und Pilz deklariert) *(vgl. Kap. 20.5 Sinowatz – falsche Zeugenaussage)*, die ÖVP dagegen gestimmt.[2675] Über diesen bereits zuvor angekündigten Auszug aus dem Plenum machte sich der ÖVP-Abgeordnete Khol in seiner Rede lustig, in-

---

[2671] Vgl. Die Presse, 22.11.1989. S.5.
Die Presse, 23.11.1989. S.1.
Die Presse, 24.11.1989. S.1.

[2672] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 125/NRSITZ (XVII. GP). S.14784-14849.

[2673] Im Jahr 1987 charterte Udo Proksch den Frachter „Lucona". Bei der „Bundesländer"-Versicherung gab er als Ladung eine Uranerzaufbereitungsanlage an (in Wahrheit handelte es sich um Metallschrott) und versicherte diese auf einen Wert von 212 Millionen Schilling. Der Frachter versank nach einer Explosion an Bord im Indischen Ozean. Die Versicherung verweigerte allerdings die Auszahlung der Summe, da sie einen Betrug vermutete. In dem von 1990 bis 1991 dauernden Prozess wurde Udo Proksch wegen Versicherungsbetrug und Mord an sechs Besatzungsmitgliedern zu zwanzig Jahren Haft verurteilt.

[2674] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 75/NRSITZ (XVII. GP). S.8645.

[2675] Vgl. Kleine Zeitung, 29.9.1988. S.2.
Stenographische Protokolle des Nationalrates 72/NRSITZ (XVII. GP). S.8320-8333.

dem er sagte: „Ich höre, Sie werden heute am Nasenring aus dem Plenum hinausgeführt." Die Abgeordneten der SPÖ protestierten lautstark gegen diese Bemerkung.[2676] Der mediale Druck, nicht zuletzt durch das Buch „Der Fall Lucona" von Hans Pretterebner, hatte den Weg für den Ausschuss geebnet.[2677] In den Ausschuss entsandte die SPÖ die vier Abgeordneten Elmecker, Fuhrmann, Rieder und Schieder und die ÖVP die vier Abgeordneten Gaigg, Graff, Ermacora und Steiner. (Für die FPÖ war Helene Partik-Pablé, für die Grünen Walter Geyer, später Peter Pilz vertreten).[2678]

Im Jänner 1989 stand im Untersuchungsausschuss zunächst die Rolle von Innenminister Karl Blecha (SPÖ) im Mittelpunkt. Mehrere Zeugen warfen ihm vor, sich in die Ermittlungen gegen Proksch eingeschaltet und das Parlament nicht richtig informiert zu haben.[2679] Als der Sicherheitsdirektor von Salzburg, Günther Thaller, angab, mit Blecha und dem Sektionschef Armin Hermann über seine Zeugenaussagen gesprochen zu haben, konzentrierte sich die öffentliche Kritik auf den Innenminister. Auch vom Koalitionspartner kamen scharfe Wortmeldungen. Zunächst forderte der Ausschuss-Vorsitzende Steiner (ÖVP) Konsequenzen von Blecha, für den Fall, dass der Vorwurf der Zeugenabsprache stimmen sollte. Bundeskanzler Vranitzky sprach seinem Innenminister daraufhin ausdrücklich das Vertrauen aus.[2680] Am nächsten Tag bezweifelte Vizekanzler Mock öffentlich, ob der Innenminister noch tragbar wäre, und ÖVP-Sicherheitssprecher Wendelin Ettmayer forderte Blecha auf, für die Zeit der Untersuchungen sein Ressort von einem anderen Minister führen zu lassen.[2681] Als Vizekanzler Mock meinte, die Grenzen der Zumutbarkeit seien erreicht, reagierte Bundeskanzler Vranitzky verärgert. Er qualifizierte die Aussagen der ÖVP-Politiker als entbehrlich und überflüssig, wobei er ausdrücklich die des ÖVP-Obmanns hervorhob.[2682] Zwei Tage später am 20. Jänner 1989 trat Innenminister Blecha zurück.[2683] Am 25. Jänner tat es ihm Nationalratspräsident Gratz, der mit ähnlichen Vorwürfen konfrontiert war, gleich.[2684]

Danach änderte sich die Taktik allerdings. Bundeskanzler Vranitzky und sein Klubchef Fischer drängten auf eine Untersuchung der Versicherung und kündigten an, die Lucona-Affäre nicht alleine der SPÖ zuordnen zu lassen.[2685] Daraufhin brachte die FPÖ einen Antrag auf Einbeziehung der „Bundesländer"-Versicherung in die Untersuchungen des

[2676] Khol, Andreas. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 72/NRSITZ (XVII. GP). S.8321.
[2677] Vgl. Freihofner, Gerald: Der Proksch-Prozeß und seine politischen Implikationen. S.624.
[2678] Vgl. Sruc, Michael: Lucona und Noricum. S.56f.
[2679] Vgl. Zuckerstätter, Klaus: Kritik am politischen System Österreichs 1986 – 1996. S.35f.
[2680] Vgl. Die Presse, 11.1.1989. S.1.
[2681] Vgl. Die Presse, 12.1.1989. S.1.
[2682] Vgl. Die Presse, 18.1.1989. S.1.
[2683] Vgl. Die Presse, 20.1.1989. S.1.
[2684] Zuckerstätter, Klaus: Kritik am politischen System Österreichs 1986 – 1996. S.36.
[2685] Vgl. Die Presse, 25.1.1989. S.1.

Lucona-Ausschusses ein. ÖVP und Grüne lehnten ihn mit dem Argument ab, dass dies ohnehin schon geschehen würde. Die SPÖ befürwortete den Antrag allerdings. Da die ÖVP die Angelegenheit als „wichtig" im Sinne des Koalitionsabkommens erklärte, war es der SPÖ unter Einhaltung des Paktes nicht möglich zuzustimmen. Die Abstimmung wurde daher auf den 28. Februar verschoben.[2686] (In dieser Sitzung lehnten die Koalitionsparteien den Antrag der FPÖ ab.[2687]) Bis dahin sollten mehrere Mitarbeiter und der Chef der „Bundesländer"-Versicherung, Kurt Ruso, bereits vor dem Lucona-Ausschuss ausgesagt haben.[2688] Kurz darauf legte SPÖ-Justizsprecher Sepp Rieder Unterlagen vor, wonach die „Bundesländer"-Versicherung angeblich an einen Briten Provisionen in der Höhe von 20,8 Millionen Schilling gezahlt hatte, sich die Geldflüsse aber nur bis zum Zentraldirektor Löschenkohl verfolgen ließen. Daraus zog Rieder den Schluss, dass es sich dabei entweder um persönliche Bereicherung oder um eine Verschleierung des tatsächlichen Empfängers handeln müsste. Er ließ auch einen Verdacht auf Parteienfinanzierung durchblicken. ÖVP-Generalsekretär Kukacka deutete die Bereitschaft seiner Partei an, einem eigenen Untersuchungsausschuss zur „Bundesländer"-Versicherung zuzustimmen. Eine Behandlung der Vorwürfe im Lucona-Ausschuss hielt er nur dann für sinnvoll, wenn die SPÖ irgendeinen Zusammenhang mit der Lucona-Affäre herstellen könnte. SPÖ-Klubobmann Fischer forderte eine Untersuchung der „Bundesländer"-Versicherung auch auf die Gefahr hin, dass dadurch die Koalition platzen würde.[2689] Das war jedoch nicht notwendig, da die ÖVP grünes Licht für eine Untersuchung gab. Generalsekretär Kukacka verband diese Ankündigung mit der Feststellung, dass Vranitzky in seiner Zeit als Finanzminister bereits als Aufsichtsbehörde tätig werden hätte müssen. Dass die ÖVP irgendwelche finanziellen Zuwendungen erhalten hatte, schlossen ihre Proponenten kategorisch aus.[2690] In einer Sitzung des Ausschusses, die ganz der Verbindung zwischen „Bundesländer"-Versicherung und dem Fall Lucona gewidmet war, konnten keine weiteren Verbindungen aufgedeckt werden. Damit blieb offen, warum Proksch die Ladung der Lucona beim teuersten Anbieter versichern ließ und was es mit den 20,8 Millionen Schilling auf sich hatte. Als Empfänger konnten die ehemalige burgenländische Landtagsabgeordnete Matysek (früher SPÖ), die Turn- und Sportunion Wien-West, der Ex-Abt von Stift Rein Paulus Rappold und die Familie des früheren steirischen Lan-

[2686] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 93/NRSITZ (XVII. GP). S10783-10788.
[2687] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 94/NRSITZ (XVII. GP). S.10804.
[2688] Vgl. Die Presse, 27.1.1989. S.5.
[2689] Vgl. Die Presse, 28.1.1989. S.1, 5.
Der Standard, 30.1.1989. S.5.
Die Presse, 31.1.1989. S.1.
[2690] Vgl. Die Presse, 2.2.1989. S.5.
Der Standard, 2.2.1989. S.5.

deshauptmannes Niederl (ÖVP) ausgemacht werden.[2691] Allerdings forderte ÖVP-Generalsekretär Kukacka nun die Prüfung der Wiener Städtischen Versicherung, da diese Proksch im Zusammenhang mit dem Plaza-Hotel in Wien 10 Millionen gezahlt hatte. (Die Versicherung wies in einer Stellungnahme auf bereits eingebrachte Klagen hin.)[2692]

Der ÖVP-Fraktionssprecher im Ausschuss, Michael Graff, setzte die Angriffe auf die SPÖ fort. Er sprach davon, dass SPÖ- und FPÖ-Politiker die Ermittlungen gegen Proksch so weit wie möglich behindert hatten.[2693] Nach der Aufnahme von Voruntersuchungen gegen den Wiener Sozialgerichtspräsidenten und Proksch-Freund Karlheinz Demel und dessen kurzzeitiger Verhaftung forderte er die SPÖ auf, künftig keine Protektionskinder mehr an hohe staatliche Stellen zu hieven. SPÖ-Justizsprecher Rieder tat dies als billige Polemik ab.[2694]
Der Schlusspunkt in der parlamentarischen Behandlung der Lucona-Affäre fand am 28. Juni 1989 im Plenum statt, als der Bericht des Untersuchungsausschusses behandelt wurde.[2695] Nur die FPÖ verweigerte ihre Zustimmung.[2696]

Ende des Jahres 1990 spielten persönliche Verwicklungen mit der Lucona-Affäre noch einmal eine Rolle in der Innenpolitik. Als die inhaltlichen Punkte des Koalitionsabkommens geklärt waren, ging es in den Verhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP um die Ressortverteilung. Dabei spitzte es sich beim Amt des Justizministers zu. Die ÖVP setzte sich für eine Wiederbestellung des parteifreien Egmont Foregger ein, befand sich aber in den Verhandlungen auf einem schwachen Standpunkt, da sie im Gegensatz zur SPÖ 17 Mandate verloren hatte. Ihr gelang es zwar, die gleiche Anzahl an Minister- und Staatssekretärposten wie die SPÖ zu erlangen, das Vorschlagsrecht für einen parteifreien Justizminister musste sie dafür der SPÖ zugestehen. Diese wollte Foregger nicht mehr als Ressortchef des Justizministeriums einsetzen.[2697] Sie schlug Otto Oberhammer, Sektionschef im Justizministerium und früherer ORF-Generalintendant, vor.[2698] Nach dem Bekanntwerden dieser Personalentscheidung kam aus der ÖVP sofort Kritik. Die Lan-

[2691] Vgl. Sruc, Michael: Lucona und Noricum. S.35f.
[2692] Vgl. Die Presse, 11.2.1989. S.5.
[2693] Vgl. Der Standard, 17.5.1989. S.1.
[2694] Vgl. Der Standard, 17.5.1989. S.1.
[2695] Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses. 1000 der Beilagen XVII GP.
[2696] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 109/NRSITZ (XVII. GP). S.12805-12890.
[2697] Vgl. Der Standard, 22.11.1990. S.7.
Der Standard, 5.12.1990. S.6.
Der Standard, 12.12.1990. S.7.
Pretterebner, Hans: Das Netzwerk der Macht. S.424.
[2698] Vgl. Fischer, Heinz: Reflexionen. S.513.

deshauptleute von Vorarlberg und Salzburg, Purtscher und Katschthaler, warfen Oberhammer vor, in seiner Funktionsperiode als ORF-Generalintendant als verlängerter Arm Kreiskys fungiert zu haben, und sprachen ihm daher die Unabhängigkeit ab.[2699] Rund um diese Ereignisse erhielt der als Lucona-Aufdecker bekannte Journalist Hans Pretterebner nach eigenen Aussagen Besuch von Abgesandten beider Großparteien, die sich nach angeblichen Verstrickungen Oberhammers mit dem Fall Lucona erkundigten. Nach einiger Zeit konnte er Unterlagen finden, die eine Bekanntschaft von Udo Proksch mit dem designierten Justizminister belegen konnten. Demnach unterstützte die Ehefrau Oberhammers die Ex-Freundin von Udo Proksch, Alexandra Colloredo-Mannsfeld, einen Rechtsbeistand zu finden. So sollte sie nicht gezwungen werden, den Aufenthaltsort ihres international gesuchten Ex-Geliebten verraten zu müssen. Pretterebner übergab die Akten der ÖVP (danach auch den Medien), deren Bundesparteivorstand daraufhin die Ernennung Oberhammers zum Justizminister ablehnte und sogar mit Neuwahlen drohte.[2700] Kurz darauf waren die Protokolle des abgehörten Telefonats auch in den Medien zu lesen. Bundeskanzler Vranitzky wollte dennoch Oberhammer in seinem Kabinett behalten, da er in den vorgelegten Unterlagen nicht genügend Gründe gegen die Bestellung sehen konnte, und sprach von Wortbruch der ÖVP. Diese blieb aber hart.[2701] Am nächsten Tag, dem 16. Dezember 1990, erklärte Oberhammer, nicht mehr für das Amt des Justizministers zur Verfügung zu stehen. Zuvor hatten Vranitzky und Riegler eine Ehrenerklärung für ihn abgegeben, in der sie ihm persönliche Integrität und fachliche Kompetenz attestierten. In einem längeren Gespräch, das Vranitzky als teilweise unfreundlich einstufte, einigten sich die beiden Parteiobmänner auf den Präsidenten der Notariatskammer, Nikolaus Michalek, den Vranitzky vorgeschlagen hatte. Im Gegenzug verlangte die SPÖ den Verzicht von Helmut Kukacka auf das Bautenstaatssekretariat. Dem kam die ÖVP nach und nominierte Maria Fekter.[2702]

20.8 Noricum

Im September 1987 stellten Innen- und Außenministerium den Antrag an die Staatsanwaltschaft, Indizien für illegale Waffengeschäfte der VOEST-Tochter Noricum mit dem

[2699] Vgl. Die Presse, 13.12.1990. S.1.
Der Standard, 13.12.1990. S.1, 7.
[2700] Vgl. Pretterebner, Hans: Das Netzwerk der Macht. S.424-429.
Der Standard, 14.12.1990. S.1, 7.
[2701] Vgl. Die Presse, 15.12.1990. S.1.
Der Standard, 15.12.1990. S.5.
[2702] Vgl. Der Standard, 17.12.1990. S.1, 7.
Die Presse, 17.12.1990. S.1.

Iran nachzugehen. Am 27. Jänner 1988 gestand der frühere Noricum-Geschäftsführer, Peter Unterweger, verbotene Geschäfte mit dem kriegführenden Iran abgewickelt zu haben.[2703] Daraufhin gab es erstmals Überlegungen, einen Untersuchungsausschuss zum Noricum-Skandal einzusetzen. ÖVP-Klubobmann König schloss zu diesem Zeitpunkt aufgrund der zu erwartenden Ablehnung der SPÖ eine Zustimmung seiner Fraktion zu einem entsprechenden Antrag der Opposition mit Hinweis auf die Koalitionsdisziplin noch aus.[2704] In diesem Sinne lehnten die beiden Koalitionsparteien in der Nationalratssitzung vom 28. Februar bis 1. März entsprechende Anträge von FPÖ und Grünen ab.[2705] Bundeskanzler Vranitzky sprach sich deutlich gegen einen Untersuchungsausschuss aus und begründete das mit seinem Vertrauen darauf, dass die Justiz im anhängigen Verfahren ohnehin alles aufklären würde. Für diese Aussage setzte es Kritik aus der ÖVP und den übrigen Parteien.[2706] In den folgenden Monaten klangen Stellungnahmen aus der ÖVP zu einem möglichen Untersuchungsausschuss immer weniger nach einer eindeutigen Ablehnung.[2707] Zunächst stimmte der ÖVP-Klub mit der SPÖ sowohl am 25. Februar[2708] als auch am 17. Mai noch gegen einen entsprechenden Oppositionsantrag. Der ÖVP-Abgeordnete Graff begründete das mit dem in Vorbereitung stehenden Geschworenen-Prozess und den negativen Auswirkungen einer parallelen Untersuchung.[2709] Der ÖVP-Parteitag verabschiedete aber die Forderung nach möglichst rascher Einsetzung des Untersuchungsausschusses. Danach erstellte die noch immer zögerlich wirkende Parteiführung ein Positionspapier zum Thema „Noricum". Das führte zu Protesten aus der SPÖ. Bundeskanzler Vranitzky forderte ÖVP-Chef Riegler brieflich auf, angeblich darin enthaltene Vorwürfe gegen ihn und seinen Finanzminister Lacina offenzulegen oder zu dementieren. Nach einem Vier-Augen-Gespräch mit dem Vizekanzler zeigte sich Vranitzky aber wieder zufrieden.[2710] Als von neuem belastenden Beweismaterial gegen frühere sozialistische Politiker die Rede war, kündigte Bundeskanzler Vranitzky in einer Art Entlastungsoffensive die Zusammenstellung einer Beamtenkommission an, die systematisch nach Material in der Causa „Noricum" suchen sollte, um so weitere Überraschun-

[2703] Vgl. Zuckerstätter, Klaus: Kritik am politischen System Österreichs 1986 – 1996. S.32f.
[2704] Vgl. Die Presse, 3.2.1988. S.1.
[2705] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 94/NRSITZ (XVII. GP). S.10953f.
[2706] Vgl. Der Standard, 3.5.1989. S.1.
Die Presse, 30.5.1989. S.5.
[2707] Vgl. Der Standard, 13.5.1989. S.6.
Der Standard, 19.5.1989. S.6.
[2708] Vgl. Zuckerstätter, Klaus: Kritik am politischen System Österreichs 1986 – 1996. S.33.
[2709] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 104/NRSITZ (XVIII. GP). S.12057f.
[2710] Vgl. Die Presse, 13.6.1989. S.5.
Die Presse, 14.6.1989. S.5.

gen zu vermeiden.[2711] Die ÖVP verschärfte nun ihre Gangart sukzessive. Zunächst bezeichnete Vizekanzler Riegler mögliche weitere Enthüllungen als Grund für das Ende der Koalition, sollten sie sich gegen amtierende Minister wie Lacina oder Streicher richten und damit die Arbeit der Regierung behindern.[2712] Dann traten innerhalb weniger Tage hintereinander ÖVP-Generalsekretär Graff und Wissenschaftsminister Busek (ÖVP) klar für einen Untersuchungsausschuss ein.[2713] Daraufhin warf SPÖ-Justiz-Sprecher Rieder dem Koalitionspartner vor, SPÖ-Ministern etwas anhängen zu wollen. Außerdem behauptete er, dass der ÖVP-Abgeordnete Khol denselben Wissensstand wie Finanzminister Lacina gehabt haben müsste, war ihm doch bereits im Februar Akteneinsicht gewährt worden. Der Angesprochene behauptete allerdings in seiner Reaktion, dass ihm genau die belastenden Materialien nicht vorgelegt worden waren.[2714]

Am 7. August bezeichnete SPÖ-Klubobmann Fischer die Zustimmung seiner Partei zu einem Noricum-Untersuchungsausschuss als möglich. Die Bedingungen dafür waren allerdings, dass zuerst die Urteilsverkündung (ausdrücklich nicht die Rechtskraft des Urteils) im Noricum-Prozess abgewartet würde und dass danach noch offene Fragen existierten. Eine gleichzeitige Untersuchung der Vorgänge durch ein Gericht und einen parlamentarischen Ausschuss betrachtete er als rechtsstaatlich bedenklich.[2715] Für die ÖVP war das allerdings kein Hindernis. Ihr Justizsprecher Graff sprach sich für den laut Staatsanwaltschaft wahrscheinlichen Fall, dass die Vorermittlungen gegen die früher führenden SPÖ-Politiker Sinowatz, Gratz und Blecha nicht bis Herbst des Jahres abgeschlossen werden könnten, für die rasche Einsetzung des umstrittenen Gremiums aus. Sein Parteiobmann Riegler erklärte, dies auch gegen den ausdrücklichen Willen des Koalitionspartners tun zu wollen. Für ihn schien eigentlich nur mehr der Zeitpunkt für den Beschluss fraglich, stimmte er doch Bedenken zu, dass ein Parallellauf von Zeugenaussagen bei Gericht und vor dem Ausschuss kontraproduktiv wäre. Die Geladenen hätten sich dann unter Hinweis auf das laufende Verfahren der Aussage entschlagen können.[2716]

Für Diskussionen sorgte ein angebliches Tauschgeschäft zwischen SPÖ und ÖVP im Februar 1986, also aus der Zeit vor der großen Koalition. Die ÖVP sollte eine verkürzte Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage akzeptiert haben, wofür ihr Abgeordneter

---

[2711] Vgl. Der Standard, 5.7.1989. S.4.
[2712] Vgl. Die Presse, 21.7.1989. S.5.
[2713] Vgl. Die Presse, 24.7.1989. S.1.
Der Standard, 24.7.1989. S.6.
[2714] Vgl. Die Presse, 3.8.1989. S.5.
Der Standard, 3.8.1989. S.5.
[2715] Vgl. Der Standard, 8.8.1989. S.5.
[2716] Vgl. Die Presse, 9.8.1989. S.5.
Die Presse, 11.8.1989. S.5.
Der Standard, 11.8.1989. S.4.

Khol volle Einsicht in die betreffenden Noricum-Akten erhalten hatte, dabei allerdings der Verschwiegenheitspflicht unterlegen war. Die ÖVP dementierte umgehend. Eine Abmachung hatte ihrer Darstellung nach nur insofern bestanden, als Geschäftsdetails der damals in einer Krise befindlichen VOEST nicht öffentlich diskutiert werden sollten, um dem Betrieb nicht zu schaden. Sie berichtete von einem Versuch von Mitarbeitern des Innenministers, die Anfrage zu verhindern. Außerdem hätte man damals unvollständige und teilweise falsche Informationen erhalten. So hätte Blecha im Gegensatz zu seinen Aussagen Hinweise auf illegale Waffenlieferungen nicht an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Damit waren aus Sicht der ÖVP sowohl der Vorwurf der Packelei als auch der Mitwisserschaft entkräftet.[2717]

Auf den immer stärker werdenden Druck des Koalitionspartners reagierten die SPÖ-Spitzenpolitiker unterschiedlich. Der Bundeskanzler sprach sich tendenziell für eine Weiterführung der Koalition aus, auch für den Fall, dass die ÖVP gegen den ausdrücklichen Willen der SPÖ für einen Untersuchungsausschuss stimmte. Er machte dies allerdings von den Begleitumständen abhängig. SPÖ-Klubobmann Fischer hingegen drohte für diesen Fall deutlich mit dem Ende der Koalition, da dann die Paktfähigkeit der ÖVP nicht mehr gegeben wäre. Gänzlich ausschließen wollte keiner von beiden eine Zustimmung der SPÖ zu einem solchen Ausschuss, falls dieser nicht parallel zu dem Gerichtsverfahren laufen würde.[2718] Von der ÖVP gab es zu den Aussagen des Bundeskanzlers positive Reaktionen. Generalsekretär Kukacka bezeichnete es als Ziel der ÖVP, gemeinsam mit dem Koalitionspartner einen Ausschuss einzusetzen.[2719] Vizekanzler Riegler sprach sich für die Einsetzung des Ausschusses mit Beginn des Jahres 1990 aus, da laut Justizminister Foregger (parteifrei) für Ende 1989 ein Gerichtsurteil zu erwarten war.[2720] Kurz darauf korrigierte der Justizminister allerdings die Aussage und sprach nunmehr von einem Termin Anfang des nächsten Jahres. Klubobmann Fischer bestätigte abermals seinen Standpunkt, wonach die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegen den erklärten Willen der SPÖ das Ende der Koalition bedeuten könnte.[2721] Wenige Tage später erklärte der zuständige Linzer Senatspräsident, dass sich der Prozess seiner Meinung nach statt wenige Wochen, eher acht Monate dahinziehen würde. Daraufhin schwenkte die ÖVP offiziell auf die Linie um, den Untersuchungsausschuss sofort zu beschließen. Ihr Ob-

[2717] Vgl. Der Standard, 12.8.1989. S.1, 5.
Der Standard, 14.8.1989. S.5.
Die Presse, 22.8.1989. S.5.
[2718] Vgl. Die Presse, 23.8.1989. S.5.
[2719] Vgl. Der Standard, 24.8.1989. S.6.
[2720] Vgl. Der Standard, 26.8.1989. S.1.
[2721] Vgl. Die Presse, 29.8.1989. S.5.

mann Riegler sah es nach eigenen Worten als unabdingbar an, die Hintergründe des Skandals noch innerhalb der laufenden Legislaturperiode aufzuklären, um die folgende nicht auch mit diesem Thema zu belasten. Die Parallelität von Gerichtsverfahren und Ausschussarbeit wollte er daher in Kauf nehmen. Die SPÖ reagierte empört. Zentralsekretär Cap vermutete dahinter ein Nachgeben Rieglers im innerparteilichen Machtkampf mit Hardlinern.[2722] Außerdem fielen dabei laut der Tageszeitung „Der Standard" die Worte: „jämmerlicher Standpunkt", „kabaretthaftes, unsicheres Lavieren", „Meinungslosigkeit". SPÖ-Klubobmann Fischer berief sich in seiner Kritik an der ÖVP auf eine Sitzung des Koalitionsausschusses, in der nach seiner Lesart beide Parteien übereingekommen wären, einen Untersuchungsausschuss nicht parallel zu einem Gerichtsverfahren einzusetzen. Er befürchtete einen reinen Wahlkampfausschuss, der nur den Grünen nützen würde. Eine Zustimmung zum Ausschuss schloss die SPÖ jedoch trotz aller Kritik weiterhin nicht aus. Die ÖVP interpretierte das Ergebnis der Koalitionsausschusssitzung als Empfehlung und nicht als Abmachung und argumentierte damit, dass sich das auf den damaligen Wissensstand bezogen hatte. In der Zwischenzeit waren drei ehemalige SPÖ-Minister von Zeugen zu Angeklagten geworden und die Schätzungen über die Prozessdauer hatten sich vervielfacht. Die ÖVP-Politiker äußerten zwar die Hoffnung, die SPÖ noch ins Boot zu holen, wollten aber notfalls auch das Scheitern der Koalition riskieren.[2723] ÖVP-Justizsprecher Graff heizte den Konflikt weiter an, als er ein Plädoyer für den Ausschuss hielt und auch gerichtliche Vorerhebungen gegen die amtierenden SPÖ-Minister Lacina und Streicher sowie den ehemaligen FPÖ-Verteidigungsminister Frischenschlager forderte.[2724]

Am 7. September geschah dann, was sich in den vorhergehenden Tagen abgezeichnet hatte. Der Bundesparteivorstand der ÖVP gab eine offizielle Empfehlung an den Parlamentsklub ab, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Noricum-Skandal zu beantragen. Dabei sollte mit der SPÖ sichergestellt werden, dass die Gleichzeitigkeit mit dem Gerichtsverfahren zu keinen gegenseitigen Behinderungen führen würde. An die Adresse der SPÖ, die den Beschluss als Wahltaktik klassifizierte, richtete ÖVP-Obmann Riegler die Aufforderung, doch zu erklären, warum sie als im Parlament vertretene Partei gegen die parlamentarische Aufklärung wäre. Die Zustimmung von FPÖ und Grünen galt von vorneherein als sicher. SPÖ-Zentralsekretär Cap wollte in einer ersten Reaktion den

[2722] Vgl. Der Standard, 1.9.1989. S.1.
Die Presse, 1.9.1989. S.1.
[2723] Vgl. Die Presse, 2.9.1989. S.1, 5.
Der Standard, 2.9.1989. S.5.
[2724] Vgl. Die Presse, 5.9.1989. S.5.
Der Standard, 5.9.1989. S.5.

Bruch der Koalition nicht ausschließen.[2725] Am Tag danach war wieder Beruhigung angesagt. ÖVP-Chef Riegler verlangte den Abschluss des Ausschusses bis zum Sommer, um so das Thema aus dem Wahlkampf herauszuhalten, und SPÖ-Zentralsekretär Cap sprach nun nicht mehr von einem vorzeitigen Ende der Koalition, konstatierte aber eine geschwächte Vertrauensbasis.[2726] Den in seiner Partei von einigen vertretenen Standpunkt, die SPÖ solle keine Mitglieder in den Ausschuss entsenden, teilte Bundeskanzler Vranitzky nicht.[2727] SPÖ-Klubobmann Fischer setzte seine Angriffe gegen den Koalitionspartner im Allgemeinen und gegen Vizekanzler Riegler im Besonderen fort. Hauptangriffspunkt war die Abkehr Rieglers von der laut Fischer gemachten Zusage, vor Einsetzung des Untersuchungsausschusses das Ende des Gerichtsverfahrens abzuwarten. Erneut sprach er ihm in diesem Zusammenhang die Paktfähigkeit ab. Bei seiner Kritik an der Parallelität der Untersuchungen konnte sich Fischer auf entsprechende Äußerungen von Justizminister Michalek und dem Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Schuppich berufen. Der freiheitliche Klubobmann Gugerbauer hingegen rechnete nicht mit einem Prozessbeginn gegen die Politiker vor Mitte des Jahres 1990 (im Gegensatz zum Prozess gegen die VOEST-Manager).[2728]

Der ÖVP-Parlamentsklub versuchte trotz seines Vorhabens, für den Ausschuss zu stimmen, den Koalitionspartner nicht zu sehr zu verärgern. Zunächst wollte man weiter versuchen, die SPÖ ins Boot zu holen. Für den zu erwartenden Fall, dass dies scheiterte, wollte man eine Formulierung finden, die nicht so scharf sein sollte wie die der Opposition. Die Zustimmung zu einem entsprechenden Antrag von FPÖ oder Grünen schloss die ÖVP aus. Der Ablauf des Ausschusses sollte so geplant werden, dass die (ehemaligen) Politiker möglichst vor ihrem eigenen Prozess aussagen müssten.[2729] Auch bei der Frage nach Konsequenzen bei einer im Raum stehenden Anklage gegen den amtierenden Finanzminister Lacina (SPÖ) zeigte sich die ÖVP sehr zurückhaltend. Am 21. September sprach sich der SPÖ-Bundesparteivorstand für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Milchwirtschaftsfonds aus, was die ÖVP als Retourkutsche betrachtete *(vgl. Kap. 20.9 Milchwirtschaftsfonds)*.[2730] Bereits vor der entscheidenden Sitzung des

[2725] Vgl. Die Presse, 8.9.1989. S.1.
Der Standard, 8.9.1989. S.1, 5.
[2726] Vgl. Der Standard, 9.9.1989. S.5.
[2727] Vgl. Die Presse, 11.9.1989. S.1.
[2728] Vgl. Die Presse, 12.9.1989. S.5.
Der Standard, 12.9.1989. S.5.
[2729] Vgl. Der Standard, 13.9.1989. S.4.
Die Presse, 14.9.1989. S.5.
Der Standard, 15.9.1989. S.5.
[2730] Vgl. Die Presse, 22.9.1989. S.5.
Der Standard, 26.9.1989. S.7.

Nationalrates war klar, dass FPÖ und Grüne dem Antrag der ÖVP auf Einsetzung des Noricum-Ausschusses trotz Kritik an der Formulierung zustimmen und ihm damit eine Mehrheit verschaffen würden.[2731] Am 27. September 1989 fand im Nationalrat die Debatte über den Untersuchungsausschuss statt. Im Rahmen der SPÖ-Anfrage an den Justizminister, ob die vieldiskutierte Parallelität negative Einflüsse auf das Gerichtsverfahren haben könnte, ging der Hauptteil der Konfrontation über die Bühne. Justizminister Foregger wiederholte dabei seinen bereits bekannten Standpunkt, dass eine Beeinflussung möglich wäre. In seiner Rede war die Ablehnung des Untersuchungsausschusses zum momentanen Zeitpunkt klar erkennbar. Die Wortmeldungen der SPÖ-Abgeordneten waren gekennzeichnet von der Argumentation, die sich auf die Rede des Justizministers bezog, und von Angriffen auf die ÖVP. Dazu verwendeten sie durchgehend Zitate von ÖVP-Politikern, die sich früher gegen die Gleichzeitigkeit von Gerichtsverfahren und Untersuchungsausschuss gewandt hatten. Außerdem musste sich die ÖVP den Vorwurf gefallen lassen, den Ausschuss nur aus wahlkampftaktischen Gründen zu beantragen. Exemplarisch einige Passagen aus den Reden:

Rupert Gmoser (SPÖ):

> „Wir sind als Sozialisten nicht gegen einen Untersuchungsausschuß, auch nicht im Zusammenhang mit Noricum. Ich glaube nur, daß der jetzige Zeitpunkt – und Kollege Khol hat das angeschnitten – unvertretbar ist.“[2732]

Willi Fuhrmann (SPÖ)

> „... daß offensichtlich die durch die Umfrageergebnisse über den Sommer signalisierte Schwindsucht in der Zustimmung zur ÖVP anscheinend auch zu einer Schwindsucht im Sinne rechtsstaatlicher Überlegungen bei den Kolleginnen und Kollegen von dieser Seite des Hauses geführt hat, was ich sehr bedaure.“[2733]

Reimar Gradischnik (SPÖ)

> „Wir werden allen klarmachen, daß Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, bewußt Schaden an rechtsstaatlichen Einrichtungen in Kauf nehmen, um möglicherweise ein bißchen parteipolitisches Kleingeld gewinnen zu können.“[2734]

Heinz Fischer (SPÖ)

> „Er nützt wahrscheinlich dem Hang zu Vorverurteilungen, er nützt vielleicht der Opposition [...] er nützt allen, die Vorurteile gegen Politiker gerne sehen. Er schadet einem reibungslosen Gerichtsverfahren, er schadet dem Vertrauen zwischen den Regierungsparteien, er schadet der sachlichen und medialen Konzentration auf die eigentlichen Aufgaben unseres Landes, und er schadet der unbeeinflußten Wahrheitsfindung.“[2735]

Die Redner der ÖVP konzentrierten sich als Antwort auf die Vorwürfe der SPÖ darauf, die Veränderungen, die sie zum Meinungsumschwung gebracht hatten, darzustellen und

[2731] Vgl. Der Standard, 27.9.1989. S.5.
[2732] Gmoser, Rupert: Stenographische Protokolle des Nationalrates 111/NRSITZ (XVII. GP). S.13280.
[2733] Fuhrmann, Willi: Stenographische Protokolle des Nationalrates 111/NRSITZ (XVII. GP). S.13285.
[2734] Gradischnik, Reimar: Stenographische Protokolle des Nationalrates 111/NRSITZ (XVII. GP). S.13333.
[2735] Fischer, Heinz: Stenographische Protokolle des Nationalrates 111/NRSITZ (XVII. GP). S.13257.

die Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit des Ausschusses zu erläutern. Dabei betonten aber auch alle Redner, um die Problematik der Gleichzeitigkeit von Gerichtsverfahren und Ausschuss zu wissen. Michael Graff (ÖVP):

> „Der Unterschied zu der Situation im Mai ist eben der, daß sich sehr viel geändert hat. Erstens wissen wir, daß die 18 Manager, die vor den Geschworenen in Linz stehen [...] einen Prozeß ab 22. November haben werden, den der Prozeßvorsitzende mit acht Monaten Dauer einschätzt. Das ist neu. Es wurde im Juli eine Voruntersuchung eingeleitet – das ist neu – gegen Altbundeskanzler Sinowatz, den früheren Außenminister Gratz, den früheren Innenminister Blecha. Auch dieses Verfahren müßte abgewartet werden. [...] Es wurden ferner – auch das ist neu – vor wenigen Tagen Vorerhebungen eingeleitet, wie wir vernommen haben, gegen den damaligen Verstaatlichten- und heutigen Finanzminister Lacina, gegen den früheren Außenminister Lanc und gegen den Herrn Dr. Frischenschlager, früheren Verteidigungsminister, und es plant die Justiz – das steht in der Zeitung – weitere Verfahren gegen 91 Beschuldigte in 12 Verfahren.“[2736]

Paul Burgstaller (ÖVP):

> „Richten jene einen Schaden an, die, weil der Rechtsstaat in verschiedenen Bereichen versagt hat, das aufgeklärt haben wollen? Oder sind es nicht vielmehr jene, die es zugelassen haben, daß die Rechtsstaatlichkeit nicht mehr funktioniert?“[2737]

Andreas Khol (ÖVP) stellt die Verbindung zur für den folgenden Tag geplanten Einsetzung des Milchausschusses her:

> „Wäre die Parallelität der einzige Maßstab, so müßte entweder die SPÖ heute auch ihren Antrag, einen Untersuchungsausschuß zum Milchwirtschaftsfonds einstellen, oder sie müßte uns zustimmen. [...]
>
> Aber vor die Wahl gestellt: Verzicht auf politische Verantwortung oder Parallelität des Verfahrens hier im Ausschuß und in Linz, haben wir uns für die politische Verantwortung entschieden.“[2738]

Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses wurde mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und Grünen beschlossen.[2739] Die Mitgliederliste des Ausschusses sah wie folgt aus: Brigitte Ederer, Willi Fuhrmann, Reimar Gradischnik, Herbert Schmidtmeier (alle vier SPÖ); Michael Graff, Ludwig Steiner, Heinrich Neisser, Heribert Steinbauer (alle vier ÖVP); Herbert Haupt (FPÖ) und Peter Pilz (Grüne).[2740] Ausgesprochen emotional reagierte SPÖ-Klubobmann Fischer auf den Vorwurf von ÖVP-Generalsekretär Kukacka, er habe für den Verzicht auf den Noricum-Ausschuss die Ablehnung des Milchausschusses durch die SPÖ angeboten *(vgl. Kap. 20.9 Milchwirtschaftsfonds)*. Fischer bezichtigte Kukacka der Lüge und verpasste ihm laut der Zeitung „Der Standard“ das Attribut „charakterlos“.[2741] In der Anfangsphase verlief der Noricum-Untersuchungsausschuss relativ sachlich und konfliktfrei. Durch Verzögerungen im Noricum-Prozess sah die SPÖ ihre

[2736] Graff, Michael: Stenographische Protokolle des Nationalrates 111/NRSITZ (XVII. GP). S.13262f.
[2737] Burgstaller, Paul: Stenographische Protokolle des Nationalrates 111/NRSITZ (XVII. GP). S.13334.
[2738] Khol, Andreas: Stenographische Protokolle des Nationalrates 111/NRSITZ (XVII. GP). S.13273-13274.
[2739] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 111/NRSITZ (XVII. GP). S.13334.
[2740] Vgl. Die Presse, 11.10.1989. S.5.
[2741] Vgl. Der Standard, 30.9.1989. S.5.

Befürchtungen bestätigt, dass die Gleichzeitigkeit zu Problemen führen könnte. Der ursprüngliche Plan, Zeugen erst dann zu vernehmen, wenn sie ihre Aussage vor Gericht bereits getätigt hatten, war nunmehr deutlich erschwert.[2742] Wie von der SPÖ befürchtet, kam es in der Anfangsphase auch zu Problemen bei der Beschaffung von Akten vom Linzer Landesgericht. Karl Blecha, Leopold Gratz und Fred Sinowatz verweigerten die Aussage genauso wie Divisionär Friedrich Dechant (SPÖ-Mitglied).[2743] Die Ausschussmitglieder akzeptierten das, obwohl die bei Untersuchungsausschüssen sinngemäß anzuwendende Strafprozessordnung kein generelles Entschlagungsrecht vorsah.[2744]

Ab Februar wurde die Stimmung merklich gereizter. Es begann mit dem Vorwurf Graffs an Finanzminister Lacina, er habe durch langes Stillschweigen den Eindruck bestehen lassen, dass es eine Überprüfung der umstrittenen Geschäfte gegeben hätte. Lacina hingegen betonte, immer deutlich gemacht zu haben, dass es nie einen Überprüfungsauftrag von Innenminister Blecha gegeben hatte.[2745] Zu einem veritablen Konflikt führte die von der ÖVP thematisierte Rolle von Bundeskanzler Vranitzky im Fall „Noricum". Vranitzky war laut Aussagen seiner Beraterin Eva Nowotny im Juni 1986 von Verdachtsmomenten gegen Innenminister Blecha und Außenminister Gratz informiert worden und hatte nichts unternommen. Vranitzky bestätigte das sogar, begründete sein Verhalten aber mit dem Vertrauen in die Beteuerungen Blechas und den im Jahr 1987 eingeleiteten Erhebungen der Staatsanwaltschaft, die eine interne Untersuchung überflüssig erscheinen ließen. Der ÖVP waren diese Aussagen nicht genug. Innerhalb der Partei mehrten sich die Stimmen, Vranitzky und Innenminister Löschnak, die nur wenige Monate formal für Angelegenheiten, die die Ausfuhr von Kriegsmaterial betrafen, zuständig gewesen waren, sollten vor dem Ausschuss aussagen. Das lehnte die SPÖ strikt ab, da sie darin nur eine Wahlkampfstrategie der ÖVP sah.[2746] Aus diesem Grund sprachen die ÖVP-Vertreter zunächst nur von einer Einladung zu einer freiwilligen Aussage, drohten aber gleichzeitig für den Fall, dass Vranitzky diese ausschlagen würde, mit einer offiziellen Ladung vor den Ausschuss.[2747] Kurz nach der Entscheidung des ÖVP-Bundesvorstandes, Vranitzky unter allen Umständen zu einer Aussage bringen zu wollen, erklärte sich der Bundeskanzler zu

---

[2742] Vgl. Der Standard, 15.11.1989. S.6.
[2743] Vgl. Sruc, Michael: Lucona und Noricum. S.88f.
[2744] Vgl. Epp, Helmut: Die Ergebnisse des Noricum-Untersuchungsausschusses. S.571.
[2745] Vgl. Die Presse, 15.2.1990. S.5.
Der Standard, 15.2.1990. S.5.
[2746] Vgl. Die Presse, 14.3.1990. S.5.
Die Presse, 21.3.1990. S.5.
[2747] Vgl. Der Standard, 28.3.1990. S.5.
Der Standard, 29.3.1990. S.7.
Die Presse, 29.3.1999. S.5.
Der Standard, 30.3.1990. S.1, 5.

einem Auftritt vor dem Ausschuss bereit, obwohl er das zuvor strikt abgelehnt hatte. Allerdings machte er aus seinem Unwillen kein Hehl und betonte mehrfach, dass er den Auftritt als unnötig empfand. Das brachte ihm von der ÖVP den indirekten und von der Opposition den direkten Vorwurf der arroganten Haltung gegenüber dem Parlament ein. Die schärfere Gangart der ÖVP gegen Bundeskanzler Vranitzky interpretierte die Tageszeitung „Die Presse" als Retourkutsche. Ein gemeinsamer Beschluss des Endberichtes, der in einem Erstentwurf vom Ausschuss-Vorsitzenden Steiner (ÖVP) bereits vorlag, galt im Gegensatz zu der Zeit vor der Diskussion um die Vranitzky-Ladung nunmehr als ausgesprochen unwahrscheinlich.[2748] Kurz nach der entsprechenden Entscheidung im Ausschuss war es laut der Tageszeitung „Die Presse" zu einem Schreiduell zwischen Graff und Fuhrmann gekommen. Grund war der Entwurf für den Endbericht. Die SPÖ empörte sich über – ihrer Meinung nach – präjudizielle Feststellungen, die zu einer Beeinflussung der Geschworenen im Prozess führen hätten können. Die SPÖ verließ den Ausschussraum, worauf die verbleibenden Parteien den Endbericht, der gegenüber der Vorlage nur wenige Änderungen enthielt, fertigstellten. Zentralsekretär Cap sprach davon, dass die Stimmung innerhalb der SPÖ einen Grenzwert erreicht hätte.[2749]

Der Auftritt Vranitzkys vor dem Ausschuss am 3. April verlief dann wieder ruhig. Der Regierungschef blieb bei seiner Linie: Er habe den Aussagen der mittlerweile unter Verdacht stehenden ehemaligen Minister vertraut und keine konkreten Verdachtsmomente gehabt, die eine Änderung dieser Einstellung gerechtfertigt hätten. Von der ÖVP gab es danach zwar Kritik an der Untätigkeit Vranitzkys, allerdings sah man keinen Grund, einem Misstrauensantrag der Opposition zuzustimmen.[2750]

Am 2. April fand im Plenum des Nationalrates die Debatte über den Abschlussbericht statt, ebenso wie die Debatte über den Bericht des Ausschusses zum Milchwirtschaftsfonds *(vgl. Kap. 20.9 Milchwirtschaftsfonds)*. Die Abgeordneten der SPÖ kritisierten dabei wie schon bisher, dass der Ausschuss das Gerichtsverfahren beeinflusst hätte und warfen den anderen Parteien vor, Unwahrheiten und falsche Schlüsse in den Bericht aufgenommen zu haben. Als konkreter Anlass bot sich eine in letzter Minute durchgeführte Änderung des Berichts an. Zunächst stand darin, Vranitzky war „unter Vorlage von Unterlagen" über Verdächtigungen in der Causa „Noricum" informiert worden. Dies wurde auf die Formulierung „unter Hinweis auf Unterlagen" abgeändert. Fuhrmann bezeichnete

[2748] Vgl. Die Presse, 29.3.1990. S.1, 5.
Der Standard, 30.3.1990. S.1, 5.
[2749] Vgl. Die Presse, 30.3.1990. S.1.
Der Standard, 31.3.1990. S.1, 6.
Die Presse. 31.3.1990. S.1, 5.
[2750] Vgl. Die Presse, 3.4.1990. S.1.

das als Missbrauch des Rechts auf Berichtigung, da die politischen Wertungen, die auch auf dieser Passage basierten, keiner Korrektur unterzogen wurden. Die anderen Parteien lobten den Bericht und stimmten ihm folgerichtig auch zu.[2751] Während im offiziellen Bericht den ehemaligen Ministern Gratz, Blecha und Sinowatz Verschleierung und unwahre Aussagen vorgeworfen und die amtierenden Minister Lacina und Streicher (alle SPÖ) kritisiert wurden (aber auch Außenminister Mock nicht gänzlich ungeschoren davon kam), enthielt der „Gegenbericht" der SPÖ keinerlei Schlüsse, um – wie es hieß – das laufende Verfahren nicht zu beeinflussen.[2752]

Auch Jahre später bewertete Heinz Fischer (SPÖ) die Tätigkeit des Noricum-Untersuchungsausschusses folgendermaßen:

> „Im Zuge der Verhandlungen im Noricum-Untersuchungsausschuß wurden rechtsstaatliche Grundsätze bisweilen mit Füßen getreten und es wurde auch ein Meinungsklima aufgebaut, durch das ein objektives Gerichtverfahren in der gleichen Angelegenheit sehr erschwert und behindert wurde."[2753]

Nach der Behandlung im Plenum des Nationalrates verschwand die Noricum-Diskussion rasch aus der Tagespolitik. Ein Aufflackern gab es lediglich bei wenigen Anlässen. Einige davon bot der Noricum-Prozess. Der als Zeuge geladene Außenminister Mock (ÖVP) bezichtigte dabei laut „Der Standard" Sinowatz, Gratz und Blecha, die ÖVP „an der Nase herumgeführt zu haben".[2754]

Besonderen Widerspruch von allen Seiten, insbesondere vom Koalitionspartner, erntete Nationalratspräsident Heinz Fischer (SPÖ) für seine Zeugenaussage im Prozess. Dabei hatte er gemeint, dass eine mögliche Verurteilung von Ex-Bundeskanzler Sinowatz ein Fehlurteil wäre. ÖVP-Justizsprecher Graff bezeichnete das als unzulässigen Versuch, die Geschworenen in einem Verfahren zu beeinflussen, als möglicherweise sogar strafbare Handlung und als Missbrauch seines Amtes. Scharfe Kritik kam auch von den ÖVP-Generalsekretären Maier und Korosec.[2755] Die Aussage von Bundeskanzler Vranitzky am Wiener SPÖ-Parteitag, wonach zu prüfen sei, ob die „Beurteilung politischen Handelns tatsächlich von Strafgerichten auszutragen sein wird oder soll" stieß bei der ÖVP ebenso auf Missfallen.[2756]

[2751] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 136/NRSITZ (XVII. GP). S.15889-15965.
Die Presse, 4.4.1990. S.1, 5.
Der Standard, 4.4.1990. S.5.

[2752] Vgl. Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses. 1235 der Beilagen XVII GP.

[2753] Fischer, Heinz: Reflexionen. S.484f.

[2754] Vgl. Der Standard, 22.9.1990. S.1.

[2755] Vgl. Der Standard, 24.4.1993. S.1.
Die Presse, 24.4.1993. S.4.
Die Presse, 27.4.1933. S.4.

[2756] Vgl. Der Standard, 26.4.1993. S.5.

Im Zusammenhang mit der Neutralitätsdebatte und der Diskussion über das Kriegsmaterialgesetz *(vgl. Kap. 15.6 Waffengesetz)* ist ein Ausschnitt aus dem Resümee von Michael Spindelegger (ÖVP) zur Noricum-Affäre interessant:

> „So gesehen ist es wirklich ein Treppenwitz der Zeitgeschichte, daß dieser Tatbestand gerade in jenen zwei Jahrzehnten, in denen die Neutralität Österreichs ihre größte Bedeutung hatte und man auch besonders um ihre strenge Beachtung bemüht war, so gut wie keine Rolle spielte und er in der Rechtspraxis durch das „Noricum"-Verfahren ausgerechnet erst zu einem Zeitpunkt aktuell wurde, als das Bewußtsein für die Erforderlichkeit der Neutralität mehr und mehr einer realistischeren Einschätzung sicherheitspolitischer Erfordernisse wich."[2757]

20.9 Milchwirtschaftsfonds

Im Vergleich zum Konflikt über den Noricum-Untersuchungsausschuss begann der Streit um den Milchwirtschaftsfonds abrupt. Am 14. September 1989, also zu einem Zeitpunkt, als die Einsetzung des Noricum-Untersuchungsausschusses zwar noch nicht beschlossen, aber aufgrund der Einigkeit zwischen ÖVP, FPÖ und Grünen in dieser Frage bereits so gut wie fix war, nahm die SPÖ den Rohbericht des Rechnungshofes über den Milchwirtschaftsfonds zum Anlass für Angriffe auf Vizekanzler und ÖVP-Chef Riegler. Der Rechnungshof-Rohbericht kritisierte, dass besagter Fonds zum Nachteil der Konsumenten und ohne wirtschaftliche oder gesetzliche Rechtfertigung Überschüsse von etwa einer Milliarde Schilling gebildet hatte. Die SPÖ sah die Verantwortung dafür bei Josef Riegler, der von 1987 bis 1989 Landwirtschaftsminister war, und verlangte einen Untersuchungsausschuss zu diesem Thema.[2758] Die ÖVP-Politiker verteidigten naturgemäß ihren Parteiobmann und sprachen sich wie dieser selbst für eine genaue Untersuchung der Vorwürfe aus.[2759] Am 18. September demonstrierten SPÖ-Vertreter vor dem Sitz des Milchwirtschaftsfonds für dessen Auflösung. ÖVP-Chef Riegler warfen sie dabei vor, seiner Kontrollpflicht nicht nachgekommen zu sein. Der ÖVP-Generalsekretär konterte daraufhin mit der Anschuldigung, dass die SPÖ-Verhandler unter den Sozialpartnern die von Riegler eingeleiteten Strukturreformen blockierten.[2760] Während Bundeskanzler Vranitzky vor einer Entscheidung für oder gegen einen eigenen Untersuchungsausschuss die Ergebnisse der vom amtierenden Landwirtschaftsminister Fischler angesetzten Gespräche mit Vertretern von Parteien und Sozialpartnern zum Milchwirtschaftsfonds abwarten wollte, sprach sich sein Zentralsekretär für die unverzügliche Einsetzung des

[2757] Spindelegger, Michael: Der „Noricum-Prozeß": Ein Resümee aus politischer Sicht. S.752.
[2758] Vgl. Die Presse, 15.9.1989. S.1.
[2759] Vgl. Die Presse, 16.9.1989. S.1.
[2760] Vgl. Die Presse, 19.9.1989. S.1.

Ausschusses aus.[2761] Im Sinne Vranitzkys verschob der SPÖ-Bundesparteivorstand die Entscheidung um einen Tag. Damit waren die angekündigten Gespräche des Landwirtschaftsministers vorüber, als der Parteivorstand sich wie erwartet am 21. September für die Einsetzung des Untersuchungsausschusses aussprach (es gab darüber allerdings keine Abstimmung).[2762] ÖVP-Generalsekretär Kukacka wertete dies laut der Tageszeitung „Die Presse" als eine „billige Retourkutsche für den Noricum-Ausschuss". Ohne sich direkt gegen eine Untersuchung des Milchwirtschaftsfonds auszusprechen, verlangte er allerdings zuvor den Endbericht des Rechnungshofes und die Stellungnahme des Rechnungshofausschusses (erwartet bis Jahresende) abzuwarten. Gleichzeitig drohte er damit, künftig vertrauliche Rohberichte über die ÖBB zum Anlass für die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen zu machen.[2763] Die Klubobmänner der beiden Koalitionsparteien Fischer (SPÖ) und König (ÖVP) einigten sich dennoch auf den Antrag für einen Untersuchungsausschuss. Im Gegensatz zum bisherigen SPÖ-Vorhaben sollten nunmehr Erzeugung, Verwertung und Export von Milchprodukten und nicht aller agrarischen Produkte untersucht werden. Die ÖVP gab zwar nach der Einigung der Klubobmänner noch keine fixe Zusage für die Zustimmung, bezeichnete diese aber als wahrscheinlich. Die Oppositionsparteien wollten ohnedies dafür stimmen, womit die notwendige Mehrheit gesichert war.[2764] Vizekanzler Riegler sprach sich deutlich für einen Ausschuss aus, wobei er betonte, dass es aus seiner Sicht zwar keinen Anlass dafür gäbe, er aber das Bedürfnis der SPÖ nach einem solchen Gremium verstehe und dieses auch dem Vertrauen in die Politik hilfreich sein könnte.[2765] Am 28. September fand im Plenum des Nationalrates die Debatte über die Einsetzung des Untersuchungsausschusses statt. Die zwei Redner der SPÖ begründeten den Antrag ihrer Partei relativ emotionslos, bestritten, dass es sich dabei um eine Retourkutsche für den Noricum-Ausschuss handelte, und brachten Zitate von ÖVP-Politikern, allen voran Landwirtschaftsminister Fischler, die sich für die Untersuchung ausgesprochen hatten.[2766] Harald Hofmann:

> „Also der Herr Minister selbst hat praktisch die Diskussion ausgelöst. Für uns Sozialisten war es keineswegs eine Retourkutsche, sondern einfach eine Notwendigkeit aufgrund solcher Aussagen, das über Jahre hinweg herrschende Unbehagen in der Bevölkerung, insbesondere in der Bauernschaft, zur Kenntnis zu nehmen und, wie bereits angeklungen ist, Licht ins Dunkle zu bringen."[2767]

[2761] Vgl. Die Presse, 20.9.1989. S.1.
[2762] Vgl. Die Presse, 21.9.1989. S.5.
Der Standard, 22.9.1989. S.1.
[2763] Vgl. Die Presse, 23.9.1989. S.1.
[2764] Vgl. Der Standard, 27.9.1989. S.5.
[2765] Vgl. Die Presse, 27.9.1989. S.1, 5.
[2766] Stenographische Protokolle des Nationalrates 113/NRSITZ (XVII. GP). S.13472-13484.
[2767] Hofmann, Harald: Stenographische Protokolle des Nationalrates 113/NRSITZ (XVII. GP). S.13477.

Die drei Redner der ÖVP kündigten zwar die Zustimmung ihrer Partei an, um die Bereitschaft zur Aufklärung zu signalisieren, kritisierten aber den Antrag und die Argumentation der SPÖ, wobei sie auch auf die Debatte über den Noricum-Ausschuss zurückgriffen. Alois Puntigam:

> „Es gibt einen Rechnungsrohbericht, der – wie so viele andere Rohberichte auch – unter Verletzung von Gesetzen bei einer Zeitung und anderen Stellen gelandet ist. Ich kenne den Rechnungshofrohbericht nicht. Ich kann ihn daher nicht als Beute vorweisen, weil ich weder am Einbruch beteiligt gewesen noch als Hehler angeheuert worden bin.
>
> Als dieser Rechungshofbericht auf dem Tisch lag, haben einige NORICUM-gestreßte SPÖ-Politiker gemeint, da wäre ein mögliches Tauschobjekt. Als man schließlich einsehen mußte, daß das nicht geht, kam dann die Retourkutsche.“[2768]

Georg Schwarzenberger:

> „Darüber hinaus handelt es sich hier nicht um einen agrarischen Skandal, sondern um einen Gegenschlag zum NORICUM-Skandal, vielmehr um einen sozialistischen Familien- und Richtungsstreit. Denn das Leitungsgremium des Milchwirtschaftsfonds besteht aus vier Sozialpartnergruppen, aus vier Vertretern des Gewerkschaftsbundes, aus vier Vertretern der Arbeiterkammer, aus vier Vertretern der Bundeswirtschaftskammer und aus vier Vertretern des agrarischen Bereiches. Dazu kommen ein sozialistischer Kommissar vom Landwirtschaftsministerium und ein sozialistischer Kommissar vom Finanzministerium. In der Summe ergibt das eigentlich eine SPÖ-Mehrheit. Außerdem können die Beschlüsse im Fonds nur mit Vierfünftelmehrheit, das heißt quasi einstimmig, verabschiedet werden. [...]
>
> Außerdem erstreckt sich der Untersuchungszeitraum des Rechnungshofes auf die Jahre 1981 bis 1987. Das heißt, es ist der alte Milchwirtschaftsfonds überprüft worden. [...]
>
> Vizekanzler Riegler hat nach der Regierungsbildung als erster Landwirtschaftsminister nach langer Zeit entsprechende Reformen eingeleitet.“[2769]

Der Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses und ein Fristsetzungsantrag auf Berichterstattung bis 4. April wurden einstimmig angenommen.[2770]

An dieser Stelle sei nochmals auf den Schlagabtausch zwischen ÖVP-Generalsekretär Kukacka und SPÖ-Klubobmann Fischer hingewiesen. Ersterer behauptete, die SPÖ hätte einen Tauschhandel zwischen Noricum- und Milchwirtschaftsausschuss angeboten, der Zweite bestritt dies vehement. *(vgl. Kap.20.8 Noricum)*.

Am 12. Oktober konstituierte sich der Milchwirtschaftsausschuss. Die SPÖ war durch die vier Abgeordneten Brigitte Ederer, Willi Fuhrmann, Reimar Gradischnik, Herbert Schmidtmeier, die ÖVP durch die vier Abgeordneten Michael Graff, Ludwig Steiner, Heinrich Neisser, Heribert Steinbauer (für die FPÖ Herbert Haupt und für die Grünen Peter Pilz) vertreten. Zum Vorsitzenden wurde Hans-Joachim Ressel (SPÖ) bestellt.[2771]

[2768] Puntigam, Alois: Stenographische Protokolle des Nationalrates 113/NRSITZ (XVII. GP). S.13474.
[2769] Schwarzenberger, Georg: Stenographische Protokolle des Nationalrates 113/NRSITZ (XVII. GP). S.13478.
[2770] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 113/NRSITZ (XVII. GP). S.13483f.
[2771] Vgl. Die Presse, 11.10.1989. S.5.

Die tatsächliche Arbeit begann allerdings erst am 5. Dezember.[2772] Noch vor der ersten Arbeitssitzung entbrannte ein Streit über die Nominierung von Gerhard Steger als Ausschussbetreuer der SP. Steger hatte jahrelang als Staatskommissär des Finanzministeriums an den Sitzungen des Milchwirtschaftsfonds teilgenommen. Die ÖVP-Ausschussmitglieder bezeichneten diesen Schritt als juristisch bedenklich. Außerdem betonte der ÖVP-Abgeordnete Gaigg, dass der zu untersuchende Zeitraum ausschließlich in die Zeit der sozialistischen Alleinregierung und der rot-blauen Koalition falle und dass die kritisierten Vorgangsweisen im neuen System ohnehin nicht mehr möglich wären. Dem Ausschuss verpasste er laut der Tageszeitung „Der Standard" die Bezeichnung „Historikerkommission".[2773]

Nach den ersten drei Sitzungstagen sah sich die SPÖ in ihren Vorwürfen bestätigt. Die ÖVP erkannte zwar nun an, dass die berühmte Milliarde des Milchwirtschaftsfonds tatsächlich existierte, sah aber mehrere Widersprüche im Rechnungshofbericht. Die SPÖ verlangte zudem die sofortige Einstellung aller Leistungen an die Molkereiverbände, was zu einer Reduktion des Milchpreises um 1,5 Schilling pro Liter geführt hätte. Außerdem behaupteten beide Koalitionspartner, die Zeugen der jeweils anderen Seite hätten ihre Aussagen abgesprochen.[2774] In der Sitzung vom 17. Jänner drehte sich die Diskussion lange Zeit um die Frage, welche Spitzenpolitiker vorgeladen werden sollten. Zuerst setzte die SPÖ eine vorzeitige Befragung von Landwirtschaftsminister Fischler (ÖVP) durch, daraufhin erreichte die ÖVP die Ladung von Finanzminister Lacina (SPÖ), worauf die SPÖ erfolgreich einen Auftritt von Vizekanzler Riegler (ÖVP) beantragte. Die Partei der Zeugen konnte dabei jeweils den Sinn des Auftritts ihres Parteifreundes nicht erkennen.[2775] Seine Aussage vor dem Ausschuss nahm Landwirtschaftsminister Fischler zum Anlass, eine kartellrechtliche Überprüfung der Verträge zwischen Molkereiverbänden und Molkereien anzukündigen.[2776]

Die SPÖ organisierte am 28. Jänner eine Demonstration gegen das System des Milchwirtschaftsfonds und der Raiffeisengenossenschaften in der Wiener Innenstadt.[2777]

Im Ausschuss entzündete sich zwischen ÖVP auf der einen Seite und den übrigen drei Parteien auf der anderen Seite ein Streit um die Frage, ob der frühere Landwirtschaftsminister und nunmehrige Vizekanzler Riegler eine überraschend hohe Stützung von

[2772] Vgl. Der Standard, 3.11.1989. S.6.
[2773] Vgl. Die Presse, 2.12.1989. S.5.
[2774] Vgl. Die Presse, 22.12.1989. S.5.
Der Standard, 11.1.1990. S.1.
[2775] Vgl. Die Presse, 18.1.1990. S.4.
[2776] Vgl. Der Standard, 19.1.1990. S.1.
[2777] Vgl. Die Presse, 27.1.1990. S.5.

„Cheese-base“ der Firma „Alpi“ persönlich genehmigt oder nur Einsicht in die bereits erteilte Genehmigung erhalten hatte. Riegler wollte nur davon informiert worden sein. Die SPÖ und die Oppositionspolitiker sahen ihn aber als Betreiber der aus ihrer Sicht überhöhten Förderung an. Unter den mit besagten Stützungszahlungen beschäftigten Beamten hatte während der Entscheidung Uneinigkeit geherrscht. Die Einwände eines Beamten – er wollte die Förderung von 42 Schilling pro Kilo auf 37,5 Schilling senken (das hätte eine um rund 2 Millionen Schilling reduzierte Förderung ergeben) – wischte sein Vorgesetzter vom Tisch. Die Frage, ob dies auf Weisung des Ministers geschah, konnten die Beamten im Zeugenstand nicht klären.[2778] Gegen die Stimmen der ÖVP beschlossen die übrigen Ausschussmitglieder eine neuerliche Ladung von Vizekanzler Riegler. Dieser reagierte empört. Er beteuerte korrekt gehandelt und wahrheitsgetreu ausgesagt zu haben, womit aus seiner Sicht keinerlei Anlass für eine weitere Befragung bestand. Er beschwerte sich telefonisch beim im Urlaub weilenden Bundeskanzler über die Vorgehensweise des Koalitionspartners. Der Regierungschef soll sich dabei laut „Die Presse“ bedeckt gehalten, aber ein aggressives Verhalten seiner Parteifreunde im betreffenden Ausschuss konstatiert haben.[2779]

Aufgrund der Uneinigkeiten zeichnete sich ab Ende März ab, dass es keinen gemeinsamen Bericht des Milch-Ausschusses geben würde.[2780] Kurzfristig schien es, als ob jede Fraktion ihren eigenen Bericht ins Plenum bringen würde, was die ÖVP dazu veranlasste, dem Ausschuss-Vorsitzenden Ressel (SPÖ) das Scheitern zu attestieren.[2781] Schließlich gelang es SPÖ, FPÖ und Grünen doch noch, sich auf einen Mehrheitsbericht zu einigen. Darin wurde dem früheren Landwirtschaftsminister Riegler mehrfach sorgloser Umgang mit Steuergeldern vorgeworfen. Außerdem verlangten die drei Parteien eine Neuordnung des Kartellrechts, eine Änderung des Genossenschaftswesens, eine Neuformulierung der Agrar-Marktordnungsgesetze und die Auflösung des Milchwirtschaftsfonds. Das Ausgleichssystem zwischen teuer und billiger produzierenden Molkereien sollte damit auslaufen. Die ÖVP hielt in ihrem Minderheitsbericht fest, dass sich nahezu alle strittigen Förderungsfälle unter SPÖ-Ministern (Haiden und Schmidt) zugetragen hätten. Außerdem sprach sie sich statt für die Abschaffung des Milchwirtschaftsfonds für dessen verstärkte Überprüfung aus, da sie andernfalls eine Unterhöhlung der Sozialpartnerschaft und eine massive Gefährdung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und Molkerei-

[2778] Vgl. Der Standard, 30.1.1990. S.7.
Der Standard, 31.1.1990. S.4.
Der Standard, 1.2.1990. S.5.
[2779] Vgl. Die Presse, 9.2.1990. S.5.
[2780] Vgl. Der Standard, 31.3.1990. S.1.
[2781] Vgl. Die Presse, 2.4.1990. S.5.

wirtschaft befürchtete.[2782] Die Diskussion über die Berichte des Milchwirtschafts-Untersuchungsausschusses fand am 4. April 1990 statt. Alle Parteien brachten nochmals die Argumente aus ihren Berichten vor. Dann genehmigten SPÖ, FPÖ und Grüne gegen die Stimmen der ÖVP nicht nur ihren Mehrheitsbericht, sondern verabschiedeten auch einen Entschließungsantrag. In diesem forderte der Nationalrat das Landwirtschaftsministerium auf, den Bericht an das Justizministerium zur Prüfung strafrechtlicher Konsequenzen zu übermitteln. Außerdem wurde eine Novellierung des Kartell- und Genossenschaftsgesetzes gefordert.[2783]

20.10 Die Munitionsaffäre

Im Dezember 1989 begann die Staatsanwaltschaft mit Voruntersuchungen gegen Verteidigungsminister Lichal (ÖVP). Der Vorwurf lautete, Lichal habe Übungsmunition für das Bundesheer vom Schweizer Rüstungskonzern Oerlikon-Bührle ankaufen lassen, obwohl dessen Angebot um 20 Millionen Schilling teurer gewesen war als das des französischen Unternehmens Matra-Manurhin. Angeblich hatte es noch günstigere Angebote aus der Türkei gegeben. In der Beschaffungssektion des Ministeriums hatten General Corrieri, Divisionär Fenz und Divisionär Dechant massiven Widerstand gegen die Vergabe geleistet, die der Verteidigungsminister schließlich durch Weisung durchgesetzt hatte.[2784] Die Staatsanwaltschaft stützte sich auf Aussagen von Divisionär Friedrich Dechant, dem Leiter des Amtes für Wehrtechnik. Dieser sprach von einem langfristigen Einsparungspotential in der Höhe von Zehnerpotenzen über dem umstrittenen Betrag. Aus den Lichal nahe stehenden Kreisen im Verteidigungsministerium wurden Vermutungen laut, der hohe Offizier wollte sich dafür revanchieren, dass ihm Lichal die Konsulententätigkeit für Rüstungskonzerne wie Noricum untersagt hatte.[2785] Als die Staatsanwaltschaft am Wochenende vom 16. auf 17. Dezember im Ministerbüro eine Hausdurchsuchung vornahm, hagelte es dagegen Kritik aus der ÖVP. Justizminister Foregger (parteifrei) erstattete auch tatsächlich eine Disziplinaranzeige gegen den verantwortlichen Staatsanwalt Mekis. SPÖ-Geschäftsführer Cap bezeichnete die Attacken des Koalitionspartners gegen die Justiz als Ablenkungsmanöver und verlangte eine Klärung der Verdachtsmomente gegen Lichal. Der zweite Generalsekretär der SPÖ, Peter Marizzi, warf Lichal außerdem vor, mit seiner Entscheidung für die Schweizer die öster-

[2782] Vgl. Der Standard, 3.4.1990. S.16.
[2783] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 137/NRSITZ (XVII. GP). S.15974-16094. Der Standard, 5.4.1990. S.17
[2784] Vgl. Sickinger, Hubert: Von der „Insel der Seeligen“ zur Skandalrepublik. S.716f.
[2785] Vgl. Der Standard, 19.12.1989. S.7.

reichische Waffenindustrie geprellt zu haben, da die Firma Matra einen Teil der Munition in der Hirtenberger-Patronenfabrik erzeugen hätte lassen. Divisionär Dechant sprach mittlerweile von jahrelang vergebenen Aufträgen zu überhöhten Preisen an die Firma Oerlikon.[2786] ÖVP-Generalsekretär Kukacka bezeichnete die Untersuchungen als parteipolitisch motiviertes Zusammenspiel und wies dabei auf die SPÖ-Mitgliedschaft von Divisionär Dechant und Staatsanwalt Mekis hin. Außerdem machte er auf Unstimmigkeiten in den Aussagen des Staatsanwaltes aufmerksam. Dieser hatte zunächst erklärt, das am Samstag gefundene Material bei einem Vertreter der Oerlikon habe die Untersuchung des Ministerbüros notwendig gemacht. Der Untersuchungsbeschluss war aber bereits am Freitag ausgestellt worden. SPÖ-Klubobmann Fischer stellte sich vor den Verteidigungsminister, indem er die Vorwürfe als Fall für eine dringliche Anfrage, nicht aber für die Staatsanwaltschaft bezeichnete. Gleichzeitig kritisierte er die Entlastungsoffensive der ÖVP-Parteizentrale.[2787]

Nach einem Artikel des Nachrichtenmagazins „Profil“, in dem von Indizien für eine Parteienfinanzierung der ÖVP durch die Firma Oerlikon die Rede war, forderte SPÖ-Wehrsprecher Roppert Lichal zum Rücktritt auf. Sowohl Lichal als auch der Österreich-Vertreter von Oerlikon, Walter Schön, kündigten daraufhin Klagen gegen das Magazin an.[2788] Am 3. Jänner spitzte sich die Lage weiter zu, als der Untersuchungsrichter das Büro von Lichal in der ÖAAB-Bundeszentrale aufbrechen ließ (Lichal war ÖAAB-Obmann). Bundeskanzler Vranitzky konnte daraufhin in einem ORF-Interview zwar keine Gefahr für die Koalition erkennen, bezeichnete aber darin die Entlassung eines Ministers als Sache des Bundeskanzlers. Das war zwar juristisch eine klare Angelegenheit, verursachte aber beim Koalitionspartner dennoch Verärgerung. Vizekanzler Riegler bezeichnete diese Andeutung als nicht notwendig. Der gerade im Urlaub weilende Lichal und seine Parteifreunde kritisierten die Vorgangsweise der Justiz und beteuerten, dass besagte Munitionseinkäufe korrekt abgewickelt worden wären.[2789] In einer vierstündigen Vernehmung durch den Untersuchungsrichter am 10. Jänner legte der Verteidigungsminister nach eigenen Angaben alle Informationen vor, die die Korrektheit des Beschaffungsvorganges belegen sollten. Vor allem betonte er, dass der andere Anbieter zum besagten Zeitpunkt nicht lieferfähig war. Aus der SPÖ kamen unterdessen immer wieder direkte und indirekte Forderungen an Lichal zurückzutreten.[2790] Der ÖVP-Abgeordnete

[2786] Vgl. Der Standard, 21.12.1989. S.7.
[2787] Vgl. Die Presse, 23.12.1989. S.5.
Der Standard, 23.12.1989. S.5.
[2788] Vgl. Der Standard, 3.1.1990. S.7.
[2789] Vgl. Die Presse, 4.1.1990. S.1.
[2790] Vgl. Der Standard, 11.1.1990. S.5.

Graff beschuldigte den mittlerweile durch Justizminister Foregger von dem Fall abgezogenen Staatsanwalt Mekis, illegal vorgegangen zu sein, als er bei der Hausdurchsuchung im Verteidigungsministerium das Heeres-Abwehramt beigezogen hatte, und zeigte ihn deswegen an. Divisionär Dechant bezichtigte er der persönlichen Bereicherung im Noricum-Skandal, was dieser naturgemäß scharf zurückwies.[2791] Eine Äußerung von Bundespräsident Waldheim zu der Munitionsaffäre schürte die Missstimmung zwischen den Koalitionspartnern weiter. Er wurde dabei dahingehend zitiert, dass er dem Verteidigungsminister ein korrektes Vorgehen attestierte. Das brachte ihm, auch wenn er die Formulierung weniger eindeutig wiederholte, die Kritik der SPÖ ein, sich zugunsten der ÖVP einzumischen.[2792]

Gleichzeitig zu diesen Vorgängen kam auch die Diskussion über die Heeresreform in Schwung *(vgl. Kap. 14.1 Organisation)*. Nach dem Ministerrat vom 23. Jänner verband der Bundeskanzler die beiden Heeresthemen, indem er laut der Tageszeitung „Der Standard" vor Journalisten sinngemäß meinte, es wäre für einen Verteidigungsminister zu wenig, eine Taggelderhöhung für Rekruten als Heeresreform zu bezeichnen, wenn einem der Schlamm bis hierher stehe. Dabei hob er die Hand bis über die Stirn.[2793]

Am 26. Jänner überraschte das Management der französischen Rüstungsfirma Matra mit dem Eingeständnis, zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe nicht lieferfähig gewesen zu sein. Verteidigungsminister Lichal und die ÖVP sahen damit alle Verdachtsmomente entkräftet. Der Vorwurf, trotz ausreichender Munitionsmengen den Ankauf getätigt zu haben, konnte ebenfalls nicht bestätigt werden, da in den zuständigen Sektionen des Verteidigungsministeriums über den damaligen Lagerbestand nach wie vor keine Einigkeit herrschte.[2794] Erstmals war zu diesem Zeitpunkt in den Medien auch davon die Rede, dass Divisionär Dechant als Konsulent für die Hirtenberger Munitionsfabrik, dem Repräsentanten Matras in Österreich, tätig gewesen war. Die SPÖ und Divisionär Dechant erhielten nichtsdestoweniger ihre Vorwürfe aufrecht.[2795] Nach einem Interview mit der Tageszeitung „Der Standard", in dem er gemeint hatte, entweder seien die Lichal-Kritiker „Pülcher" oder der Minister selbst, wurde der Divisionär wegen Schädigung des Ansehens von Minister Lichal und dem des Verteidigungsministeriums vom Dienst sus-

[2791] Vgl. Der Standard, 12.1.1990. S.5.
[2792] Vgl. Die Presse, 19.1.1990. S.5.
[2793] Vgl. Die Presse, 20.1.1990. S.5.
Der Standard, 24.1.1990. S.5.
[2794] Vgl. Schifferl, Harald: Die Wehrpolitik der Großen Koalition 1987 – 1990. S.59.
[2795] Vgl. Die Presse, 27.1.1990. S.5.
Der Standard, 29.1.1990. S.6.
Der Standard, 30.1.1990. S.1.

pendiert.[2796] Während die ÖVP den Schritt begrüßte, kam aus der SPÖ heftige Kritik. Zentralsekretär Cap warf Lichal Metternich´sche Methoden vor und sprach ihm genauso wie SPÖ-Wehrsprecher Roppert die notwendige Durchsetzungskraft für eine Heeresreform ab.[2797] Am 5. Februar erklärte SPÖ-Klubobmann Fischer, dass er eine Anklage gegen Lichal und als Reaktion darauf dessen Rücktritt erwartete. Am nächsten Tag erklärte erneut ein hoher Manager der Waffenfirma Matra, dass das Unternehmen zum Zeitpunkt der Ausschreibung nicht in der Lage war, Probemunition zu liefern und daher unternehmensintern nicht mit einem Zuschlag gerechnet worden war.[2798] Das nahm die ÖVP zum Anlass, den Koalitionspartner aufzufordern, die Angriffe gegen den Verteidigungsminister einzustellen.[2799] Tatsächlich wurde es nun ruhiger in dieser Angelegenheit, bis der suspendierte Divisionär Dechant in einem Interview behauptete, der Anwalt des Verteidigungsministers habe ihm vorgeschlagen, einen Widerruf seiner Vorwürfe gegen Lichal zu unterschreiben, wenn er nicht entlassen werden wolle. Verteidigungsminister Lichal behauptete hingegen, dass Dechant an seinen Anwalt herangetreten wäre und eine Ehrenerklärung für Lichal angeboten habe. Außerdem bestritt Dechant, dass er als Konsulent für die Firmen Matra und Hirtenberger tätig gewesen war.[2800]

In indirektem Zusammenhang mit der Munitionsaffäre stand auch eine Expertise des Verteidigungsministeriums, die der zehn Jahre zuvor gekauften Pfeilmunition Funktionsuntüchtigkeit bescheinigte. Diese Pfeilmunition hatte die VOEST aufgrund einer Expertise des suspendierten Divisionärs Dechant entwickelt. Außerdem gelangte die Information an die Öffentlichkeit, dass diese Munition teurer gewesen war als ihr französisches Pendant. Die Tageszeitung „Der Standard“ vermutete, dass das Gutachten geheim gehalten wurde, um nicht den Eindruck eines Revancheakts gegen Dechant zu erwecken.[2801] Am 14. Dezember 1990 stellte die Oberstaatsanwaltschaft Wien das Verfahren gegen Robert Lichal ein.[2802] Im Februar 1991 wurde Dechant vom Vorwurf der pflichtwidrigen Vorgangsweise bei der Erstellung eines Gutachtens für die Noricum freigesprochen. Im ebenfalls laufenden Disziplinarverfahren musste er jedoch zugeben, auf Einladung der Firma Matra in Frankreich gewesen zu sein und mit besagter Firma den Munitionsbedarf

[2796] Vgl. Der Standard, 31.1.1990. S.1, 4.
[2797] Vgl. Der Standard, 1.2.1990. S.5, 6.
Die Presse, 2.2.1990. S.5.
Der Standard, 2.2.1990. S.6.
[2798] Vgl. Der Standard, 7.2.1990. S.5.
[2799] Vgl. Die Presse, 8.2.1990. S.5.
[2800] Vgl. Der Standard, 6.3.1990. S.6.
Die Presse, 6.3.1990. S.5.
[2801] Vgl. Der Standard, 9.7.1990. S.6.
[2802] Vgl. Zuckerstätter, Klaus: Kritik am politischen System Österreichs 1986-1996. S.37.

des österreichischen Bundesheeres erörtert zu haben.[2803] Die Suspendierung Dechants hob die Disziplinarkommission erst unter Verteidigungsminister Fasslabend (ÖVP), dem Nachfolger Lichals, auf.[2804]

20.11 Wahl zum Präsidenten des Rechnungshofes

Die Streitigkeiten über die Wahl des Nachfolgers von Rechnungshofpräsident Tassilo Broesigke (FPÖ) im Jahr 1992 begannen am 20. Mai mit der Ankündigung von ÖVP-Klubobmann Heinrich Neisser, dass seine Partei den bisherigen Vizepräsidenten des Rechnungshofes Franz Fiedler vorschlagen werde. Der stellvertretende SPÖ-Klubchef Nowotny bezeichnete Fiedler postwendend als nicht ernst zu nehmenden Kandidaten.[2805] Ab dem 10. Juni gingen die Verhandlungen der Parteien in die entscheidende Phase. Dabei waren neben Fiedler erst die drei Kandidaten der Grünen bekannt. Die SPÖ diskutierte noch, wobei auch der Name Ewald Nowotny fiel. Zwischen den Koalitionsparteien gab es intensive Gespräche über einen gemeinsamen Kandidaten, ohne dass dabei konkrete Namen genannt wurden.[2806] Zwei Tage vor dem Hearing im Parlament am 15. Juni gab es nach wie vor keinen gemeinsamen Kandidaten der Koalitionsparteien. In den Medien wurde allerdings kolportiert, dass SPÖ-Obmann Vranitzky seinem Gegenüber ÖVP-Obmann Busek vier Personen vorgeschlagen hatte, von denen die ÖVP zwei als akzeptabel ansah. Die Präsidiale des Nationalrates dehnte die Nominierungsfrist bis zum Vortag des Hearings aus, was als Zeichen für harte Verhandlungen gewertet werden konnte.[2807] Am 16. Juni präsentierten SPÖ und ÖVP den Wirtschaftsprofessor Werner Doralt als gemeinsamen Kandidaten, womit es nun sieben Bewerber[2808] gab. Zuvor hatte die ÖVP dessen Bruder, den Wiener Handelsrechtler Peter Doralt vorgeschlagen. Ihn hatte jedoch die SPÖ mit Hinweis auf seine ÖVP-Mitgliedschaft abgelehnt.[2809] Die Oppositionsparteien FPÖ und Grüne protestierten mit dem Rückzug ihrer Kandidaten gegen das Vorgehen der Koalitionsparteien, da ihrer Meinung nach durch den gemeinsamen Kandidaten das Hearing ad absurdum geführt wurde. Aus ihrer Sicht war mit der Einigung der Regie-

[2803] Vgl. Der Standard, 13.2.1991. S.5.
[2804] Vgl. Schifferl, Harald: Die Wehrpolitik der Großen Koalition 1987 – 1990. S.59.
[2805] Vgl. Die Presse, 21.5.1992. S.4.
[2806] Vgl. Die Presse, 10.6.1992. S.5.
[2807] Vgl. Die Presse, 16.6.1992. S.5.
[2808] Nominiert von der FPÖ: Ernst Kohlfürst (Wirtschaftsprüfer) und Friedhelm Frischenschlager (FPÖ-Abgeordneter). Nominiert von den Grünen: Geiserich Tichy (Wirtschaftsprüfer), Alexander van der Bellen (Wirtschaftsprofessor), Katharina Rueprecht (Rechtsanwältin). Nominiert von der ÖVP: Franz Fiedler (Rechnungshof-Vizepräsident)
[2809] Vgl. Wögerbauer, Harald: Die Rechnungshofreformen und die Wahl des Rechnungshofpräsidenten. S.423.

rungsparteien bereits klar, wer die Wahl gewinnen würde.[2810] FPÖ-Chef Haider verhinderte jedoch die als sicher geltende Wahl von Doralt zum Rechnungshofpräsidenten durch massive Anschuldigungen gegen ihn. Haider warf ihm vor, an einer vom Rechnungshof heftig kritisierten Firma beteiligt zu sein. Schließlich sprach er noch von kriminellen Machenschaften. Doralt bestritt die Beteiligung, gab aber kurz darauf zu, als Treuhänder fungiert zu haben, ohne den Treugeber zu kennen, da er nur im Subauftrag einer Kanzlei die Unterschrift im Gründungsakt geleistet hatte. Die Offenlegung des Treuhandvertrags war ihm aufgrund der Verschwiegenheitspflicht nicht gestattet. Doralt zog seine Kandidatur daraufhin zurück. Die Koalitionsparteien kündigten daraufhin an, einen anderen gemeinsamen Kandidaten zu suchen. [2811] Die Opposition verlangte, dass nur bereits nominierte Kandidaten zu der Wahl zugelassen werden sollten. Ihre Kandidaten – so die Darstellung – hätten die Kandidatur nicht zurückgezogen, sondern waren nur nicht beim Hearing erschienen. Ein Vorgang, der aber nachgeholt werden könnte. Nationalratspräsident Fischer sah das hingegen anders. In den Regierungsparteien mehrten sich unterdessen vor allem in der zweiten Reihe die Stimmen, die dafür waren, auf einen gemeinsamen Kandidaten zu verzichten. Von ÖVP-Obmann Busek, der zwar Doralt verteidigte, kam auch Kritik am Koalitionspartner. Seiner Ansicht nach hatte die SPÖ Doralt zu spät vorgeschlagen und der ÖVP eine aufgrund der Eile unvollständige Expertise über Doralt geliefert.[2812] Bundeskanzler Vranitzky hingegen sprach sich weiterhin deutlich für einen gemeinsamen Kandidaten aus.[2813] Am 22. Juni war allerdings klar, dass es dazu nicht mehr kommen würde. Die SPÖ präsentierte den parteifreien Leiter des Verfassungsdienstes Gerhart Holzinger als ihren Kandidaten. Sein Name war bereits in den Verhandlungen mit der ÖVP genannt worden. Durch seine Mitgliedschaft in einer Verbindung des Österreichischen Cartellverbandes galt er als bürgerlich und sollte damit für die ÖVP wählbar sein. Doch der kleinere Koalitionspartner lehnte das Ansinnen ab, da ihm Holzinger als ein zu enger Mitarbeiter des Kanzlers erschien und er zu sehr in der Verwaltung verwurzelt wäre, die er als Rechnungshofpräsident zu kontrollieren gehabt hätte. Es gab aber auch Stimmen in der ÖVP, die sich für ihn aussprachen. Damit ging er als Favorit ins Rennen, brauchte er doch im Hauptausschuss des Nationalrates neben den zwölf Stimmen der SPÖ nur mehr zwei der neun Stimmen von der ÖVP, um dem Ple-

[2810] Vgl. Der Standard, 17.6.1992. S.5.
Die Presse, 17.6.1992. S.5.
[2811] Vgl. Die Presse, 19.6.1992. S.1.
Der Standard, 19.6.1992. S.6.
[2812] Vgl. Die Presse, 20.6.1992. S.1, 5.
Der Standard, 20.6.1992. S.6.
[2813] Vgl. Der Standard, 22.6.1992. S.5.

num als Kandidat vorgeschlagen zu werden.[2814] Die Oppositionsparteien betrachteten ihn daher auch als heimlichen Koalitionskandidaten. Eine Sichtweise, die durch Aussagen von Bundeskanzler Vranitzky bestärkt wurde. Er meinte, dass man sich die peinliche Situation um Doralt ersparen hätte können, wenn die ÖVP wenige Wochen zuvor bereits Holzinger akzeptiert hätte. Nach den Hearings der weiteren Kandidaten am 23. Juni kündigte FPÖ-Chef Haider überraschend an, dass seine Partei den ÖVP-Kandidaten Fiedler unterstützen werde. Damit war die ÖVP in die unangenehme Situation geraten, entweder den Koalitionspartner zu verärgern, indem sie gemeinsam mit der FPÖ den Rechnungshofpräsidenten bestimmte, oder sich dem Vorwurf auszusetzen, wegen der Koalitionstreue ihren eigenen Kandidaten fallen lassen zu müssen, um den SPÖ-Kandidaten zu wählen. Da die SPÖ bald vermutete, dass sich die ÖVP eher für die erste Variante entscheiden würde, machte der SPÖ-Klubobmann noch den Vorschlag, dem Plenum einen Dreiervorschlag zukommen zu lassen. Genau diesen Antrag hatte seine Partei am Vormittag des Tages aber abgelehnt, als er von der FPÖ gemacht worden war. Schließlich kürte der Hauptausschuss des Nationalrates mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ Fiedler zum einzigen Kandidaten für das Amt des Rechnungshofpräsidenten.[2815] Vor der tatsächlichen Wahl im Plenum zeigte sich die SPÖ über den Koalitionspartner verärgert, vor allem aber skeptisch, ob hinter dem gemeinsamen Vorgehen weitere Pakte stünden, was die ÖVP dementierte. Dennoch bemühten sich die Klubobleute beider Parteien um Beruhigung der Situation. ÖVP wie FPÖ wiesen Verdächtigungen, es habe Absprachen zwischen den beiden Parteien gegeben, zurück. Allerdings verlangte Haider die Zustimmung der ÖVP für einen Rechnungshof-Vizepräsidenten Frischenschlager. (Im Jahr 1994 wurde das Amt des Rechnungshofvizepräsidenten aus Einsparungsgründen abgeschafft.[2816]) Für die Wahl erwartete man allgemein ein knappes Ergebnis, da SPÖ und Grüne angekündigt hatten, gegen den einzigen Kandidaten Fiedler zu stimmen. ÖVP und FPÖ verfügten allerdings nur über die knappe Mehrheit von 93 der 183 Sitze im Nationalrat. Daher bemühten sich alle Parteien, ihre Abgeordneten zur Abstimmung zu bringen, weswegen auch einige auf Auslandsaufenthalten weilende zurückgeholt und auch rekonvaleszente einberufen wurden.[2817] Die Redner der SPÖ kritisierten vor allem die Vorgangs-

[2814] Vgl. Die Presse, 23.6.1992. S.4.
Der Standard, 23.6.1992. S.1, 5.
[2815] Vgl. Die Presse, 24.6.1992. S.1, 4.
Der Standard, 24.6.1992. S.1, 5.
[2816] Vgl. <http://www.rechnungshof.gv.at/ueber-den-rh/geschichte/geschichtliche-entwicklung.html> (17.4.2010).
[2817] Vgl. Die Presse, 25.6.1992. S.4, 5.
Der Standard, 25.6.1992. S.1, 5.

weise der FPÖ und versuchten, den Kandidaten Fiedler als Parteisoldaten der ÖVP darzustellen. SPÖ-Klubobmann Fuhrmann:

> „Der vorgeschlagene Kandidat ist weder ein hochqualifizierter Vertreter einer Oppositionspartei noch im entferntesten als unabhängig zu bezeichnen. Daher meine abschließende Bemerkung: Ich glaube, daß der Präsident des Rechnungshofes das Vertrauen einer möglichst großen Mehrheit des Nationalrates genießen sollte. Nach bestem Wissen und Gewissen war meine Fraktion der Meinung, mit der Nominierung unseres Kandidaten einer solchen Zielsetzung zu dienen. Was sich aber im Hauptausschuß ereignet hat und heute hier versucht wird, ist das genaue Gegenteil: Ein Parteikandidat soll mit hauchdünner Mehrheit durchgepeitscht werden.“[2818]

Darauf erwiderte ÖVP-Klubobmann Neisser:

> „Es gibt überhaupt keinen fachlichen Zweifel an der Persönlichkeit Dr. Fiedlers. [...] Ich sage Ihnen, es ist demokratiepolitisch gar nicht unbedeutend, daß wir, wenn Dr. Fiedler heute gewählt wird, einen Rechnungshofpräsidenten haben, der auch das Vertrauen einer großen Oppositionspartei in diesem Haus hat. Das ist demokratiepolitisch nicht unbedeutend.“[2819]

Schließlich wurde Franz Fiedler mit den Stimmen von FPÖ und ÖVP zum Rechnungshofpräsidenten gewählt. Dafür waren allerdings zwei Wahlvorgänge notwendig. Der letzte Redner der SPÖ, Ewald Nowotny, verzögerte mit seiner Rede den Beginn der Abstimmung so lange, bis der erste Nationalratspräsident Fischer (SPÖ) wieder den Vorsitz übernahm.[2820] Den ersten Wahlgang erklärte Nationalratspräsident Fischer für ungültig, weil die FPÖ ihre 32 Stimmzettel mit einem „F“ markiert hatte, um zu zeigen, dass sie geschlossen für Fiedler stimmte. Innerhalb der Präsidiale hatte es dazu verschiedene Rechtsansichten gegeben. Fischer berief sich auf eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes, der die Wahl des Bürgermeisters von Steyregg für ungültig erklärt hatte, da die Stimmzettel durchnummeriert worden waren. Der zweite Nationalratspräsident Lichal (ÖVP) und ÖVP-Klubobmann Neisser sahen dabei keine Vergleichbarkeit, da im genannten Fall die Stimmzettel eindeutig zuordenbar waren, während bei der Wahl des Rechnungshofpräsidenten diese Möglichkeit nicht gegeben war. Beide stimmten jedoch auch für eine Wahlwiederholung, um eine Blockade zu verhindern. Der zweite Versuch brachte dasselbe Ergebnis wie der erste, nämlich 93 Stimmen für Fiedler.[2821]

Die Vorgänge um die Wahl blieben auch in den folgenden Tagen noch ein Thema. Vor allem aus der SPÖ hagelte es massive Vorwürfe gegen den Koalitionspartner, dieser habe sich nicht an eine Abmachung gehalten. ÖVP-Klubobmann Neisser widersprach diesen Aussagen. Nach seiner Darstellung hatten beide Parteien angekündigt, im Hauptausschuss zunächst ihren eigenen Kandidaten zu wählen. Die ÖVP hatte dabei lediglich die

---

[2818] Fuhrmann, Willi. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 74/NRSITZ (XVIII. GP). S.8076.
[2819] Neisser, Heinrich. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 74/NRSITZ (XVIII. GP). S.8082.
[2820] Vgl. Wögerbauer, Harald: Die Rechnungshofreformen und die Wahl des Rechnungshofpräsidenten. S.424f.
[2821] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 74/NRSITZ (XVIII. GP). S.8074-8123. Der Standard, 26.6.1992. S.1, 6.

Bereitschaft erkennen lassen, in einem weiteren Wahlgang für den SPÖ-Kandidaten Holzinger zu stimmen. Durch das ursprünglich nicht vorhersehbare Stimmverhalten der FPÖ war das aber nicht mehr notwendig gewesen.[2822]

20.12 Rechnungshofausschüsse (AMAG, DDSG, Phyrn)

Der Konflikt um die Wahl des Rechnungshofpräsidenten setzte sich in Form einer gereizten Stimmung im Rechnungshofausschuss fort. In diesem sollten die äußerst kritischen Berichte zur AMAG[2823] (13 Milliarden Schilling), zur DDSG[2824] (500 Millionen Schilling), zur Errichtung der Phyrnautobahn (120 Millionen) und zu der Österreichischen Weinmarketing GesmbH (10 Millionen Schilling) behandelt werden. Die ersten beiden Skandale fielen in den Zuständigkeitsbereich der SPÖ, die beiden letzteren in den der ÖVP. Die ÖVP war nun mehrheitlich[2825] dafür, den Rechnungshofausschuss zu einem permanenten Ausschuss zu erklären, um Sitzungen auch während der Sommerpause zu ermöglichen. Die SPÖ fürchtete, dass dieser von der Opposition als Wahlkampfbühne genützt werden würde, und sprach sich daher dagegen aus.[2826] 89 Abgeordnete stimmten für die Arbeit im Sommer, 77 dagegen (das waren allesamt SPÖ-Abgeordnete), die neun oberösterreichischen ÖVP-Abgeordneten waren bei der Abstimmung nicht anwesend. Allgemein ging man davon aus, dass diese eine Zeugenaussage ihres Landeshauptmannes Ratzenböck verhindern wollten.[2827] Bundeskanzler Vranitzky kritisierte die Entscheidung heftig und interpretierte sie als ein Wahlkampfmanöver. Mit dem Beschluss war absehbar, dass er im Wahlkampf vor den Rechnungshofausschuss zum DDSG-Bericht vorgeladen werden würde, war er doch als früherer Finanzminister einer der wichtigsten Entscheidungsträger gewesen.[2828] Der Rechnungshof hatte den Ankauf des Passagierschiffs „Mozart“ um 426 Millionen Schilling trotz fragwürdiger wirtschaftlicher Sinnhaftigkeit und die Verlustabdeckung der DDSG von 1973 bis 1993 in der Höhe von 4,5 Milliarden Schilling durch den Bund kritisiert. Die Befragung Vranitzkys am 28. Juli 1994 geriet zu einer veritablen Konfrontation zwischen den Koalitionsparteien. Die entscheidenden Fragestellungen dabei waren, ob das damalige DDSG-Management oder Vranitzky als damaliger Finanzminister und Eigentümervertreter den Anstoß zum Kauf des Donauschiffes „Mozart“ gegeben hatte und wer für die Bedingungen des Kaufs verantwortlich war.

[2822] Vgl. Der Standard, 29.6.1992. S.5.
[2823] Austria Metall AG
[2824] Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft
[2825] Nicht dafür waren die oberösterreichischen ÖVP-Abgeordneten.
[2826] Vgl. Die Presse, 16.7.1994. S.7.
[2827] Vgl. Die Presse, 18.7.1994. S.6.
[2828] Vgl. Die Presse, 20.7.1994. S.6.

Die SPÖ sah die Schuld für die Fehlentscheidungen beim Management und berief sich auf Auslastungsgarantien, die dieses laut Vranitzky gegeben hatte. ÖVP und Oppositionsparteien hingegen wähnten die Schuld bei Vranitzky und beriefen sich dabei auf die Aussagen der Manager, nie eine solche Garantie gegeben zu haben.[2829] Von der SPÖ kamen nach der Sitzung massive Vorwürfe gegen Rechnungshofpräsident Fiedler. Die Rede war von fehlender Kompetenz, Arbeitnehmerfeindlichkeit und Parteipolitik im Rechnungshof. Vor allem der Zeitpunkt der Veröffentlichung des DDSG-Berichts erregte SPÖ-Bundesgeschäftsführer Cap, der Fiedler bewusste Einflussnahme auf den Wahlkampf vorwarf.[2830] Die SPÖ stimmte schließlich auch gegen den Abschlussbericht, der das Vorgehen Vranitzkys als „wirtschaftlich unvertretbar" qualifizierte. ÖVP, FPÖ und Grüne beschlossen den Bericht mit dieser Formulierung.[2831]

Im Anschluss begann die Behandlung des Rechnungshofberichtes zum Pyhrn-Skandal. Der Rechnungshof hatte kritisiert, dass beim Bau der Phyrnautobahn 509 Millionen Schilling verschwendet worden wären. In diesem Zusammenhang gab es bereits Anklagen der Staatsanwaltschaft gegen die Phyrnautobahn AG (PAG). Der Ausschuss sollte die politische Verantwortung der ÖVP-regierten Länder Oberösterreich und Steiermark klären. Die ÖVP-Politiker qualifizierten den Schaden allerdings als wesentlich geringer, da der Rechnungshof den Fehlbetrag bereits auf 228 Millionen nach unten revidiert hatte (der Rest soll in Qualitätsverbesserungen investiert worden sein). Ein weiterer Teil war angeblich durch Vergleiche wieder zurückgeflossen, wodurch der Schaden „nur mehr" 110 Millionen Schilling ausmachte, so der ÖVP-Fraktionsführer im RH-Ausschuss Heribert Steinbauer.[2832] Dieselbe Argumentation vertrat auch Wirtschaftsminister Schüssel. Rechnungshofpräsident Fiedler sprach hingegen sogar von einem Schaden, der mittlerweile mit 677 Millionen Schilling beziffert werden konnte. Wie zuvor Vranitzky bei dem DDSG-Skandal übernahm auch Schüssel die politische Verantwortung, aber nicht ohne darauf hinzuweisen, dass er seiner Ansicht nach aus dem Skandal die Konsequenzen gezogen und Vorkehrungen getroffen hatte, um solche Fehler nicht noch einmal passieren zu lassen.[2833] Parallel zur Phyrn-Untersuchung fand die Behandlung der AMAG-Pleite statt. Zunächst lehnten ÖVP und FPÖ die Vorladung des steirischen Landeshauptmanns Krainer (ÖVP) ab, was die SPÖ verärgerte.[2834] Am 24. August nützte die SPÖ dann die

[2829] Vgl. Der Standard, 29.7.1994. S.4.
Die Presse, 29.7.1994. S.7.
[2830] Vgl. Die Presse, 30.7.1994. S.6.
[2831] Vgl. Die Presse, 11.8.1994. S.8.
[2832] Vgl. Der Standard, 9.8.1994. S.4.
[2833] Vgl. Der Standard, 11.8.1994. S.4.
[2834] Vgl. Der Standard, 18.8.1994. S.5.

kurzfristige Abwesenheit eines ÖVP- und eines FPÖ-Abgeordneten im Rechnungshofausschuss, um nochmals die Befragung des Landeshauptmanns zu beantragen. Diesmal gab es eine knappe Mehrheit für den Antrag. Die erboste ÖVP kündigte daraufhin ihrerseits an, über eine neuerliche Ladung von Bundeskanzler Vranitzky vor den Ausschuss, diesmal zum AMAG-Skandal, abstimmen zu lassen. Inhaltlich begründete sie das damit, dass kein zuständiger Minister (gemeint waren Verstaatlichten-Minister Streicher und sein Nachfolger Klima, beide SPÖ) die Verantwortung für das Debakel übernehmen wollte. Die SPÖ sah naturgemäß keinen Anlass für eine solche Vorladung. Der Antrag wurde mit den Stimmen der ÖVP und der Opposition angenommen. Laut der Tageszeitung „Der Standard" sprach die ÖVP nach den Ereignissen von einem Foul-Spiel der SPÖ, die SPÖ von einem Revancheakt der ÖVP.[2835] Neue Erkenntnisse brachten die Aussagen von Landeshauptmann Krainer vor dem Ausschuss nicht. Durch eine Panne kam es beim Thema Phyrn nicht zu einem gemeinsamen Bericht von SPÖ, FPÖ und Grünen. Die drei Parteien legten aber gleich lautende Minderheitsberichte vor, die Wirtschaftsminister Schüssel wegen mangelnder Kontrolle die Verantwortung für den Skandal zuschrieben. Der Bericht der ÖVP hingegen lobte den Wirtschaftsminister ausdrücklich für seine Arbeit in dieser Causa. Den von den Grünen angedachten Untersuchungsausschuss lehnten die beiden Koalitionsparteien gemeinsam ab.

Die Befragung des Bundeskanzlers zum AMAG-Skandal bewerteten die Parteien ebenfalls unterschiedlich. Die SPÖ sah sie als unnütz, die anderen drei Parteien als aufschlussreich an. Zu diesem Thema gelang ein Mehrheitsbeschluss von ÖVP, SPÖ und Grünen, in dem sie eine politische Verantwortung Vranitzkys („Untätigkeit") feststellten.[2836]

20.13 Innenminister Einem

Am 11. April 1995 kamen bei einem Sprengstoffanschlag auf einen Strommast in der Ortschaft Ebergassing (Niederösterreich) zwei Linksextremisten ums Leben. Bei den Ermittlungen stellte sich heraus, dass sie sich im Dunstkreis der Zeitung „TATblatt" bewegten. Dieser hatte der wenige Tage zuvor angelobte Innenminister Caspar Einem einmal 5.000 Schilling und einmal 1.000 Schilling gespendet. Daraufhin gab es auch vom Koalitionspartner, namentlich vom ÖVP-Sicherheitssprecher Kiss, Rücktrittsaufforde-

[2835] Vgl. Die Presse, 25.8.1994. S.1, 7.
Der Standard, 25.8.1994. S.1, 6.
Die Presse, 26.8.1994. S.7.

[2836] Vgl. Die Presse, 1.9.1994. S.6.
Der Standard, 1.9.1994. S.6.

rungen. Die SPÖ stellte sich hinter ihren Innenminister, wenn auch Bundeskanzler Vranitzky sein Missfallen über die Optik der Angelegenheit zum Ausdruck brachte.[2837] Vizekanzler Schüssel sah ebenfalls keinen Grund für die Ablöse, verlangte aber die Zerschlagung von linken und rechten Netzwerken und Szenen.[2838]

In der Nationalratsdebatte vom 5. Mai 1995 wurde auf Antrag der FPÖ über einen Misstrauensantrag gegen Innenminister Einem abgestimmt. Die Redner der ÖVP kritisierten zwar den Innenminister, machten aber auch von Anfang an klar, dem FPÖ-Antrag nicht zuzustimmen, einerseits, weil sie der FPÖ mangelnde Abgrenzung zu rechtsextremen Gruppierungen und daher Unglaubwürdigkeit in dieser Frage vorwarfen, anderseits auch aus Koalitionsdisziplin. Paul Kiss formulierte das so:

> „Selbstverständlich – wir haben es auch in persönlichen Gesprächen so gehalten – hat Innenminister Einem – ich habe mich nicht gescheut, dies unmißverständlich zu sagen – nach unserer Einschätzung einen politischen Fehler begangen, als Staatssekretär eine linksradikale Publikation aus der Anarchoszene mit einer Spende zu unterstützen. Er unterstützt damit, nach dieser Argumentation, die wir als die unsere ansehen, staatsfeindliche Tendenzen und schadet so dem Rechtsstaat Österreich.
>
> Herr Bundeskanzler! Sie tragen die Nominierung des Innenministers Einem mit. Sie sind der Chef dieser Regierung, und Sie müssen sich daher auch bewußt sein, daß die Bevölkerung nur dann Vertrauen in die Sicherheit unseres Landes hat, wenn der Innenminister eine absolut unbeschadete Persönlichkeit ist.
>
> Linke Bombenattentäter und rechte Extremisten werden es aber dennoch nicht erreichen, daß diese Koalition gesprengt wird. Es ist selbstverständlich, daß die ÖVP dem durchsichtigen Mißtrauensantrag der Freiheitlichen geschlossen die Zustimmung verwehrt. Wir geben Ihnen einstweilen einen Vertrauensvorschuß, Herr Minister.“[2839]

Die Redner der SPÖ verteidigten naturgemäß (wie im Übrigen auch die von LIF und Grünen) den Innenminister. Elisabeth Pittermann:

> „Was war das schwere Vergehen unseres Innenministers? Warum soll er zurücktreten? – Er hat eine Spende gegeben – sehr vielen Menschen würde das nicht passieren, denn sie geben überhaupt keine Spenden; schon gar nicht von ihrem eigenen Geld –, er hat eine Spende gegeben für Menschen, die er aus seiner früheren beruflichen Tätigkeit kennt, die für Meinungsvielfalt plädierten. Er spendierte für eine Druckmaschine, um Meinungsäußerung zu ermöglichen. Das zweite Mal half er, finanzielle Mittel aufzubringen, um den Rechtsweg zu beschreiten und einen Prozeß zu Ende führen zu können.“[2840]

Die Rücktrittsaufforderung der bundesweiten Personalvertretung der Sicherheitswache an Innenminister Einem interpretierte Vranitzky als Initiative der ÖVP-Gewerkschafter.[2841]

[2837] Vgl. Der Standard, 28.4.1995. S.11.
Die Presse, 29.4.1995. S.8.

[2838] Vgl. Der Standard, 5.5.1995. S.7.

[2839] Kiss, Paul. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 36/NRSITZ (XIX. GP). S.122.

[2840] Pittermann, Elisabeth. In: Stenographische Protokolle des Nationalrates 36/NRSITZ (XVIII. GP). S.127.

[2841] Vgl. Der Standard, 15.5.1995. S.5.

Ein zweites Mal geriet Innenminister Einem im Frühjahr 1996 unter Beschuss. Ursprung der Aufregung war die Behauptung von ÖVP-Sicherheitssprecher Kiss, Einem habe eine rechtswidrige Weisung erteilt. Daraufhin nahm die Staatsanwaltschaft Ermittlungen auf. Der konkrete Vorwurf lautete, Einem habe per Weisung die strafrechtliche Verfolgung einer Unterorganisation der Kurdischen Arbeiterpartei PKK verhindert. Als Beweis dafür sollte ein handschriftlicher Vermerk des Generaldirektors für öffentliche Sicherheit, Michael Sika, herhalten. In diesem war von der Entscheidung Einems zu lesen, dass hinsichtlich der Organisation keine Konsequenzen zu ziehen seien. Sika erklärte nun allerdings, dass es sich dabei nicht um eine Weisung, sondern den Vorschlag gehandelt habe, die PKK so wie bereits zuvor zu behandeln. Damit bestätigte er die Aussagen seines Chefs. Bundeskanzler Vranitzky stand auch diesmal wieder voll und ganz hinter seinem Innenminister.[2842] Die ÖVP wollte vor einer Beurteilung zumindest das Ende der Vorermittlungen der Staatsanwaltschaft in diesem Fall abwarten.[2843] Innerhalb der ÖVP gab es verschiedene Ansichten. Die einen, wie Sicherheitssprecher Kiss und Verkehrssprecher Kukacka, vertraten eine harte Linie gegenüber Einem und verwendeten das Wort „Amtsmissbrauch“, während sich andere, wie Vizekanzler Schüssel, versöhnlicher zeigten.[2844] Den Antrag der FPÖ auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses lehnte die ÖVP aber ab und begründete dies mit den gerichtlichen Voruntersuchungen.[2845] Die mündlichen Angriffe blieben aber hart.[2846] Einem selbst behauptete, die Vorgangsweise bzw. das Nicht-Vorgehen gegen die PKK mit Außenminister Schüssel abgesprochen zu haben, was dessen Büro entschieden dementierte.[2847]

[2842] Vgl. Der Standard, 23.4.1996. S.5.
[2843] Vgl. Die Presse, 24.4.1996.S.7.
[2844] Vgl. Die Presse, 25.4.1996. S.7.
[2845] Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrates 17/NRSITZ (XX. GP). S.604.
[2846] Vgl. Die Presse, 4.5.1996. S.7.
[2847] Vgl. Der Standard, 10.5.1996. S.6.

Zusammenfassung

Die Regierungszusammenarbeit zwischen SPÖ und ÖVP führte im Laufe der 14 Jahre ihrer Dauer in allen Gebieten der Politik zu Konflikten. Der größte Teil davon ist auf die unterschiedliche ideologische Prägung der beiden dominierenden Parteien der Zweiten Republik zurückzuführen. Exemplarisch seien die Themengebiete „Familie", „Frauen", „Soziales" und „Wirtschaft" hervorgehoben. Hier traten die verschiedenen Menschen- und Gesellschaftsbilder am deutlichsten zu Tage. Aus den differierenden Zugangsweisen ergaben sich traditionelle Klientel-Schichten, die es zu bedienen galt. Folgerichtig konnten beide in den Kernwählerschichten des Partners größeres Reformpotential erkennen als in den eigenen. Hier dienen die Kapitel „Landwirtschaft" und „Verstaatlichte" zu den beispielhaften Darstellungen. Zahlreiche Konflikte ergaben sich durch taktische Überlegungen, wie die eigene Position gestärkt werden könnte. Sie finden ihren Niederschlag vor allem in den Kapiteln „Medien", „Demokratie und Verfassung" und „Taktik, Persönliches, Skandale". Kaum ein Konflikt ist dabei nur einer Kategorie zuzuordnen, sondern ergibt sich meist aus einer Kombination aus differierenden Überlegungen, Standpunkten und Interessen. Besonders trifft dies auf die an dieser Stelle nicht explizit erwähnten Kapitel zu.

Nicht zu vergessen sind persönliche Freundschaften und Animositäten zwischen zur Zusammenarbeit gezwungenen Personen. Bekannt, weil auch öffentlich bestätig, ist die problematische Beziehung zwischen Franz Vranitzky und Alois Mock bzw. die besondere Wertschätzung zwischen Josef Hesoun und Wolfgang Schüssel. Der Einfluss von Sympathie und Antipathie auf eine Koalitionsarbeit ist wohl am schwersten einzuschätzen.

Während der langen Zusammenarbeit gab es Abschnitte, die eher von Harmonie, und Phasen, die von besonderer Konfliktträchtigkeit gezeichnet waren. Zur ersten gehören unterschiedlich lange Zeitspannen nach dem Abschluss eines neuen Koalitionspaktes, die Vorbereitungszeit für den Beitritt zur europäischen Union und die erste EU-Präsidentschaft. Zur zweiten zählten die Phasen um die Untersuchungsausschüsse zu „Lucona und Bundesländerversicherung", „Noricum" und „Milchwirtschaftsfonds", die Budgetverhandlungen im Jahr 1995, die schließlich zum vorzeitigen Ende der Gesetzgebungsperiode führten, und der Verkauf der CA an die Bank Austria.

Bei der Themenstellung der vorliegenden Dissertation gerät man leicht in Versuchung, die Große Koalition als einen einzigen durchgehenden Kampf zwischen SPÖ und ÖVP zu interpretieren. Dieser Eindruck täuscht natürlich. Er wird außerdem durch einen Blick über die Grenzen weiter relativiert. Das Themenfeld „Wirtschaft und Soziales" nimmt in

dieser Arbeit viel Platz ein, gehörten doch einige Konfliktherde daraus zu den heftigsten der gesamten Koalition. Rosner, Van der Bellen und Winckler hingegen stufen den Sozialbereich als zu den weniger konfliktreichen Themenkomplexen gehörend ein. Diese Qualifikation rührt vor allem durch den von den drei Autoren angestrebten Vergleich mit Ländern wie den USA und Großbritannien, in denen der Sozialstaat generell in Frage gestellt und schließlich grundlegend umgebaut wurde. In Österreich war das Wohlfahrtsystem in den wesentlichen Punkten unbestritten, was die Autoren zu ihrer Schlussfolgerung kommen ließ.[2848] Nach dem Ende der Großen Koalition und mit Beginn der ÖVP-FPÖ-Regierungsphase wird von vielen politischen Kommentatoren vom Ende der Konsensdemokratie gesprochen, was die Einschätzung einer permanent zerstrittenen Großen Koalition weiter zurückdrängt. Nicht zu vergessen ist die wohl größte Errungenschaft dieser Regierungsform, der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, ein Schritt, der ohne die langfristige Zusammenarbeit der beiden großen Parteien nur schwer möglich gewesen wäre.

In den Jahren ihres Bestehens verloren die beiden Parteien gemeinsam 24,3 Prozent der Stimmen. Der Vertrauensverlust bei knapp einem Viertel der österreichischen Bevölkerung erklärt sich wohl auch dadurch, dass es kaum möglich ist, für die Dauer von 14 Jahren eine Politik zu betreiben, die 84,4 Prozent der Bevölkerung zufrieden stellt. Gleichzeitig wird in der letzten Phase der Großen Koalition die Erschöpfung des Reservoirs an Gemeinsamkeiten erkennbar. Das bedeutet nicht, dass hier die Konflikte besonders heftig waren, sonder eher, dass große Reformvorhaben kaum mehr angestrebt wurden.

[2848] Vgl. Rosner, Peter; Van der Bellen, Alexander; Winckler, Georg: Economic and Social Politics in the Vranitzky Era. S.154ff.

Abstract

During 14 years of collaboration between SPÖ and ÖVP in Government there were continuously disputes in all different fields of politics. For the most part this can be ascribed to two fundamentally different ideologies of both of the dominant parties of the so-called "Second Republic". As examples serve topics like "Family", "Women", "Social Affairs" and "Economic System". Therein the diverse idea of man and society became clearly evident. Different approaches resulted in traditional ranks of clientele, who had to be satisfied. Consequentially both parties could find more potential for reforms in the respectively opposing core of voters than in their own, as exemplified in chapters "Agriculture" and "Nationalized Companies and Privatization". Numerous conflicts came up due to tactical considerations how to strengthen one's position, primarily to be read in chapters "Media", "Democracy and Constitution" and "Tactics, Personal Affairs, Scandals". Scarcely a conflict can be assigned to only one category but rather arises out of different considerations, positions and interests. That especially applies to chapters which are not explicitly mentioned at this point.

Furthermore, private friendships and animosities between people who were forced to cooperation, should not be overlooked. Known, since officially confirmed, is the problematical relationship between Franz Vranitzky and Alois Mock as well as the special appreciation between Josef Hesoun and Wolfgang Schüssel. It might be rather difficult to assess these influences of sympathy and antipathy on coalition issues.

During continuous collaboration there were phases of more harmony as well as phases of notable potential for conflicts. Phases mentioned first include variably long time periods after a newly terminated coalition pact, time periods used to arrange joining the European Union and the first EU-presidentship. Phases mentioned secondly include congressional investigation committees concerning "Lucona and Insurance of provinces", "Noricum" and "Dairy Farming Funds", negotiations on the budget in 1995 which finally aborted the legislation period and the sale of the CA to Bank Austria.

Due to the selection of topics presented in this dissertation one tempts to misinterpret the grand coalition as nothing but a permanent fight between SPÖ and ÖVP. Of course this impression is misleading. It is further relativized by looking over the borders. The chapter "Economy System and Social Affairs" takes up a lot of space in this thesis, since some of the most severe conflicts have arisen from it. On the contrary Rosner, Van der Bellen and Winckler consider the social affairs to be rather less conflict-filled. That is because they aimed for a comparison with countries as the USA and Great Britain, where a social state was generally questioned and finally rebuilt. The fact that the welfare sys-

tem basically was without controversy in Austria, let the authors come to their conclusion.[2849] The end of the grand coalition and the beginning of the ÖVP-FPÖ government is often called the "End of Democracy of consensus" by a lot of political expositors, which pushes back the idea of a permanently fighting grand coalition. Probably one of the greatest accomplishments of this type of government was joining the European Union, which would not have been possible without the big parties' long-term collaboration. Throughout the years of their existence, the two parties together lost 24.3 percent of their votes. They probably lost confidence of almost a forth of the Austrian population because it is hardly possible to practice politics, which satisfy 84.4 percent of the population over a period of 14 years. At the same time the limited amount of possible similarities became distinguishable in the last period of the grand coalition. It was not that the conflicts at that time were especially intense, but the coalition rather not aimed for great reform projects any more.

[2849] Compare: Rosner, Peter; Van der Bellen, Alexander; Winckler, Georg: Economic and Social Politics in the Vranitzky Era. P. 154 ff.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Literatur und gedruckte Quellen

Aiginger, Karl: Industriepolitik. In: Dachs, Herbert (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien, 1992.

Astl, August: Die Agrarmarktordnungsreform 1992. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1992. München: Oldenburg 1993. S. 505-521.

Bartenstein, Martin: Die Ökologisierung des Steuersystems – Der Kern der ökosozialen Marktwirtschaft. In: Riegler, Josef; Moser, Anton: Ökosoziale Marktwirtschaft. Denken und Handeln in Kreisläufen. Graz [u.a.] 1996. S.114-126.

Bartenstein, Martin: Die Verstaatlichte Industrie: „Die unendliche Geschichte“. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1993. München: Oldenburg 1994. S. 575-599.

Bartik-Kneifl, Sabine: Die Hochschulpolitik seit dem Beginn der großen Koalition 1986. Ungedr. grund- und integrativwissenschaftliche Diplomarbeit. Wien, 1993.

Bericht der Arbeitsgruppe Außenpolitik und Bundesverfassung der ÖVP-Europa-Kommission vom Oktober 1988. Zitiert nach: Kunnert, Gerhard: Spurensuche auf dem österreichischen Weg nach Brüssel. Wien 1992. S.269.

Bischof, Günter: The Vranitzky era in Austria. New Brunswick, 1999.

Blaßnig, Annemarie: Neuorientierung und Wende in der Österreichischen Außenpolitik 1934-1994. Ungedr. Diplomarbeit, Klagenfurt 1997.

Budge, Ian; Keman, Hand: Parties and Democracy. Coalition Formation and Government Functioning in Twenty States. New York 1993.

Bundespressedienst (Hg.) Koalitionsübereinkommen zwischen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei. Wien, am 11. März 1996. Wien, 1996.

Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen der Sozialistischen Partei Österreichs und der österreichischen Volkspartei über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung für die Dauer der XVIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates. Wien, 1990.

Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung für die Dauer der XVII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates. 16. Jänner 1987. Wien 1987.

Bundespressedienst (Hg.): Arbeitsübereinkommen zwischen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei. 29. November 1994. Wien, 1994.

Burger, Christina: Koalitionen aus spieltheoretischer Sicht. Ungedr. Diplomarbeit, Linz 1993.

Busek, Erhard: Neue Außenpolitik in einer neuen Welt. In: Khol, Andreas (Hg.): Neue Außenpolitik in einer neuen Welt. Ergebnisse des Symposions der Politischen Akademie in Zusammenarbeit mit der Vereinigung Österreichischer Industrieller vom 19. Oktober 1992. Wien 1993. S. 23-29.

Chorherr, Thomas: Dir roten Bürger. 30 Jahre sozialistisches Österreich. Gedanken eines Konservativen. Wien, 2000.

Epp, Helmut: Die Ergebnisse des Noricum-Untersuchungsausschusses. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1989. München: Oldenburg 1990. S. 569-591.

Ermacora, Felix: „Bundesheer light" vom wehrpolitischen Standpunkt. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1989. München: Oldenburg 1990. S. 375-404.

Ermacora, Felix: Heeresreform – neu. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1992. München: Oldenburg 1993. S. 573 – 585.

Fischer, Heinz: Die Reform der Nationalratswahlordnung1992. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1992. München: Oldenburg 1993. S.341-361.

Fischer, Heinz: Österreichs Sicherheitspolitik im Hinblick auf Nato und WEU. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1997. München: Oldenburg 1998. S.117-129.

Fischer, Heinz: Politischer Spielraum bei Neutralitätspolitik nicht verhandelbar. In: Sozialistische Korrespondenz, 5.4.1989. Zitiert nach: Kunnert, Gerhard: Spurensuche auf dem österreichischen Weg nach Brüssel. Wien 1992. S.201.

Fischer, Heinz: Reflexionen. Wien 1998.

Fischler, Franz: Zusammenfassung und Ausblick. In: Christian, Reinhold (Hg.): Ökosoziale Marktwirtschaft. Wien 1990. S. 93.

Freihofner, Gerald: Der Proksch-Prozeß und seine politischen Implikationen. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991. München: Oldenburg 1992.

Gehler, Michael: „...eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes...". Die Waldheim-Affäre 1986.1992. In: Gehler, Michael; Sickinger, Hubert (Hgg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Wien, 1996. S.614-666.

Gehler; Michael: Der lange Weg nach Europa. Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU. Darstellung. Innsbruck 2002.

Gehrer, Elisabeth; Schüssel, Wolfgang: Das ÖVP-Bildungsprojekt für das 21. Jahrhundert. Ein bildungspolitischer Wegweiser von Elisabeth Gehrer und Wolfgang Schüssel. Wien 1999.

Gerl, Claudia: Kunst & Politik in der öffentlichen Debatte in Österreich. Wie Kunst funktionalisiert wird – und wie Künstler sich dazu stellen. Ungedr. Diplomarbeit. Wien 1998.

Grubelnik, Klaus: Die rote Krake. Eine Bank erobert Österreich. Wien 1998.

Hamburger, Friedrich: Die Neutralitätsdebatte des Jahres 1992. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1992. München: Oldenburg 1993. S. 211-233.

Hartmann, Klaus; Steyrer, Peter: Der neue Zivildienst. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1996. München: Oldenburg 1997.

Hopf, Alexandra: Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse am Beispiel von Sozial-, Justiz- und Umweltpolitik. Ungedr. Diplomarbeit. Wien 1996.

Hubinek, Marga: Unser Weg zur Ökosozialen Marktwirtschaft. In: Christian, Reinhold (Hg.): Ökosoziale Marktwirtschaft. Wien 1990. S. 87-92.

Hummer, Waldemar; Schweitzer, Michael: Österreich und die EWG. Neutralitätsrechtliche Beurteilung der Möglichkeiten der Dynamisierung des Verhältnisses zur EWG. Wien 1987.

Hums, Franz: Statement zu: Sind Vollbeschäftigung, Wohlfahrt und Verteilungsgerechtigkeit möglich? In: Zunkunfts- und Kulturwerkstätte (Hg.): Advanced democracy. Ein politischer Diskurs über die Zukunft der Zweiten Republik. Wien, 1996. S. 124-132.

Karas, Othmar: Statement zu: Sind Vollbeschäftigung, Wohlfahrt und Verteilungsgerechtigkeit möglich? In: Zunkunfts- und Kulturwerkstätte (Hg.): Advanced democracy. Ein politischer Diskurs über die Zukunft der Zweiten Republik. Wien, 1996. S. 132-135.

Khol, Andreas: Neutralität – ein überholtes Instrument österreichischer Sicherheitspolitik? In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1990. München: Oldenburg 1991. S. 677-699.

Khol, Andreas: Zur Wahlrechtsreform des Bundes. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1990. München: Oldenburg 1991. S. 359-389.

Kiefer, Andreas: Die Bundesstaatsreform im Jahr 1993. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1992. München: Oldenburg 1993. S. 413-439.

Kramer, Helmut: Austrian foreign policy from the State Treaty to European Union membership. S.170. In: Luther, Kurt Richard; Pulzer Peter (Hgg.): Austria 1945-95. Fifty Years of the Second Republic. Aldershot 1998. S.161-181.

Kunnert, Gerhard: Österreichs Weg in die Europäische Union. Ein Kleinstaat ringt um eine aktive Rolle im europäischen Integrationsprozeß. Wien 1993.

Lauber, Volkmar: Wirtschafts- und Finanzpolitik. In: Dachs, Herbert (u.a.) (Hgg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien 1992. S.545-557.

Laver, Michael; Schofield, Norman: Multiyparty Government. The Politics of Coalition in Europe. New York ^{2}1992.

Leitner, Gregor: Der Weg nach Brüssel. In: Gehler, Michael; Steininger, Rolf (Hgg.): Österreich und die europäische Integration 1945-1993. Aspekte einer wechselvollen Entwicklung. Wien, Köln, Weimar 1993.

Liebhart, Karin: Gleichberechtigte Partizipation oder strukturelle Anpassung? Genderpolitische Aspekte der Demokratiequalität Österreichs. In: Campell, David F.J.: Demokratiqualitiät in Österreich. Opladen, 2002. S. 113-133.

Luif, Paul: Austrian Neutrality and the Europe of 1992. In: Bischof, Günter; Pelinka, Anton: Austria in the new Europe. Contemporary Austrian Studies Volume 1. New Brunswick, New Jersey 1993. S. 819-42.

Luif, Paul: Der Wandel der österreichischen Neutralität. Ist Österreich ein sicherheitspolitischer „Trittbrettfahrer“? Laxenburg 1998^{2}.

Luif, Paul: Österreich und die europäische Integration 1985-1995. In: Gehler, Michael; Steininger, Rolf (Hgg.): Die Neutralen und die europäische Integration 1945-1995. Wien, Köln, Weimar 2000. S.680-701.

Mair, Roman: Die Neutralität in der österreichischen parteipolitischen Diskussion unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1998. Ungedr. Diplomarbeit. Wiener Neustadt 1999.

Marizzi, Peter: Braucht Österreich ein Bundesheer? In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1989. München: Oldenburg 1990. S. 399-404.

Marjanovic, Vladislav: Die Mitteleuropa-Idee und die Mitteleuropa-Politik Österreichs 1945-1995.Frankfurt am Main. 1998.

Matzenauer, Hans: Zielvorstellungen einer sozialistischen Bildungspolitik für das nächste Jahrzehnt. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1989. München: Oldenburg 1990. S. 697-707.

Mock, Alois (Hg.), Vytiska, Herbert (Bearb.): Das Balkan-Dossier. Der Aggressionskrieg in Ex-Jugoslawien – Perspektiven für die Zukunft. Wein 1997.

Mock, Alois: ... für Österreich. meine politischen Konzepte. Wien 1986.

Mock, Alois: Für eine neue Politik. Erklärung zur Lage der Nation. Schriftenreihe „Sicherheit und Demokratie“ Wien 1986.

Mock, Alois: Wir wirtschaften besser. Rede am Sonderparteitag der ÖVP, Kurhalle Oberlaa, 21. Februar 1986. In: Mock, Alois: ...für Österreich. Meine politischen Konzepte. Wien, 1986. S. 70-80.

Mock, Alois; Vytiska, Herbert: Heimat Europa. Der Countdown von Wien nach Brüssel. Wien 1994.

Moser, Bernhard: Demokratiereform: Die Vorstellungen von ÖVP und SPÖ und die Koalitionsvereinbarung. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1986. München: Oldenburg 1987. S.145-173.

Moser, Bernhard; Klestil, Thomas; Fischer, Heinz; Khol, Andreas: Österreichische Sicherheitspolitik: Neutralität – WEU – NATO – OSZE. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1994. München: Oldenburg 1995.

Müller, Harald: Ein spieltheoretisches Konzept zur Bildung von politischen Koalitionen unter Berücksichtigung von politischen Präferenzen, relativer Stärke und Regierungsambitionen. Ungedr. Diplomarbeit Wien 1997.

Müller, Janette: Ehe und Familie. Zur Politik des Privaten. Ungedr. grund- und naturwissenschaftliche Diplomarbeit, Wien 1998.

Müller, Wolfgang C.: Österreich: Festgefügte Koalitionen und stabile Regierungen. In: Müller, Wolfgang C.; Strom, Kare: Koalitionsregierungen in Westeuropa. Bildung, Arbeitsweise und Beendigung. Wien 1997. S.109-161.

Müller, Wolfgang C.; Strom Kaare: Koalitionsregierungen in Westeuropa – Eine Einleitung. In: Müller, Wolfgang C.; Strom, Kare: Koalitionsregierungen in Westeuropa. Bildung, Arbeitsweise und Beendigung. Wien 1997. S.9-47.

Müller, Wolfgang C: Neue Entwicklungen des Persönlichkeitswahlrechts in Österreich. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1988. München: Oldenburg 1989. S.671-693.

N.N.: Vranitzky nach Ministerrat: Europäische Integration: Sache der gesamten Bundesregierung. In: pd-aktuell, 30.11.1988. Zitiert nach: Kunnert, Gerhard: Spurensuche auf dem österreichischen Weg nach Brüssel. Wien 1992

Neisser, Heinrich: Die Reform der Nationalratswahlordnung. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1992. München: Oldenburg 1993. S.361-385.

Neisser, Heinrich: Mythos Persönlichkeitswahlrecht: Über die Pünktlichkeit angekündigter Wahlreformen. In: Campbell, David F.J.; Liebhart, Karin: Martinsen, Renate; u.a.

(Hgg.): Die Qualität der österreichischen Demokratie. Versuche einer Annäherung. Wien 1996.

ÖVP: Europamanifest der ÖVP vom 23.5.1988. Zitiert nach: Kunnert, Gerhard: Spurensuche auf dem österreichischen Weg nach Brüssel. Wien 1992. S.255.

Pelinka, Anton: Europäische Integration und politische Kultur. In: Pelinka, Anton; Schaller Christian; Luif, Paul: Ausweg EG? Innenpolitische Motive einer außenpolitischen Umorientierung. Wien, Köln, Graz 1994. S. 11-27.

Pelinka, Anton; Schaller Christian; Luif, Paul: Ausweg EG? Innenpolitische Motive einer außenpolitischen Umorientierung. Wien, Köln, Graz 1994.

Pernkopf, Stephan: Die Entstehung des österreichischen Bundestierschutzgesetzes 2005, die verfassungsmäßige Verankerung, die Adaptierungen im Gesetzwerdungsprozess (Begutachtung, Ministerrat, Parlament) sowie die verwaltungsrechtliche Implementierung. Ungedr. juristische Dissertation. Wien, 2006.

Peter, Wolfgang: Polemische Bauernfängerei mit dem Begriff ´Neutralität´. In: ÖVP-Pressedienst, 2.2.1989. Zitiert nach: Kunnert, Gerhard: Spurensuche auf dem österreichischen Weg nach Brüssel. Wien 1992. S.294.

Pilz, Peter: Das Hoch-Sicherheitsgesetz. Zur Diskussion um Polizeibefugnisse und die Kontrolle der Staatspolizei. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991. München, Oldenburg 1992.

Politische Akademie: Das Erbe. 16 Jahre sozialistisches Regieren; eine Bilanz. Wien, 1987.

Popp, Gerhard: Zukunftsorientierte Alternativen in der österreichischen Medienpolitik. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1989. München: Oldenburg 1990. S. 475 – 495.

Pretterebner, Hans: Das Netzwerk der Macht. Anatomie der Bewältigung eines Skandals. Wien, 1993.

Pundy, Wolfgang: Die Entwicklung der Umweltpolitik in Österreich 1984 – 1994 (von Hainburg bis zu Österreichs Beitritt zur Europäischen Union). Ungedr. Diplomarbeit, Wien 1995.

Rauscher, Hans: Vranitzky. Eine Chance. Wien 1987 S.

Reitmaier, Nina: „Die Qual der Namenswahl“. Der parteipolitische Diskurs um das österreichische Namensrecht vor dem Hintergrund des Namensrechts-Änderungsgesetztes 1995. Ungedr. geisteswissenschaftliche Diplomarbeit. Salzburg, 1999.

Riegler, Josef: Ökosoziale Marktwirtschaft. In: Riegler, Josef; Moser, Anton: Ökosoziale Marktwirtschaft. Denken und Handeln in Kreisläufen. Graz [u.a.] 1996. S.7-52.

Riegler, Josef: Vorwort. In: Christian, Reinhold (Hg.): Ökosoziale Marktwirtschaft. Wien 1990. S. 5-6.

Rinderer, Mirjam: Der Funktionswandel der österreichischen Neutralität im Zuge der europäischen Integration und ihre Konsequenz in einem europäischen Sicherheitssystem. Eine Analyse der Neutralitätsdiskussion in Österreich im Zuge der österreichischen Beitrittsdebatte zur Europäischen Union. Ungedr. Diplomarbeit. Innsbruck 1995.

Rosenberger, Sieglinde: Frauenpolitik in Rot-Schwarz-Rot. Geschlechterverhältnisse als Gegenstand der österreichischen Politik. In: Pelinka, Anton (Hg.): Studien zur politischen Wirklichkeit. Bd. 6. Wien, 1992.

Rosner, Peter; Van der Bellen, Alexander; Winckler, Georg: Economic and Social Policy of the Vranitzky Era. In: Bischof, Günther; Pelinka, Anton; Karlhofer, Ferdinand (Hgg.): The Vranitzky Era in Austria. New Brunswick, London, 1999. S. 136-165.

Sandner, Günther: „Kulturkämpfe". Die Konflikte um Alfred Hrdlickas „Mahnmal gegen Krieg und Faschismus" und Thomas Bernhards „Heldenplatz". Ungedr. geisteswissenschaftliche Diplomarbeit. Salzburg 1992.

Schaller, Christian: Die innenpolitische EG- Diskussion seit den 80er Jahren. In: Pelinka, Anton; Schaller Christian; Luif, Paul: Ausweg EG? Innenpolitische Motive einer außenpolitischen Umorientierung. Wien, Köln, Graz 1994. S. 27-193.

Schaller, Martin: Grünprogramme der österreichischen Großparteien: Schlagworte, Utopien oder reale Lösungsmöglichkeiten des Miteinander von Ökonomie und Ökologie? Ungedr. Diplomarbeit, Wien 1991.

Schifferl, Harald: Die Wehrpolitik der großen Koalition 1987 – 1990. Ungedr. grund- und Integrativwissenschaftliche Diplomarbeit. Wien 1993.

Schmid, Gerhard: Schulpolitik im Wandel. Schulreform und Schulentwicklung zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Ungedr. grund- und integrativwissenschaftliche Diplomarbeit. Wien, 1992.

Schmidt, Egmont: Kämpfe, Krisen und Konflikte: Die Große Koalition von 1945 bis 1966. Dokumentation der Schwierigkeiten einer Zusammenarbeit. Ungedr. geistes- und kulturwissenschaftliche Diplomarbeit. Wien 2001.

Schneider, Heinrich: Alleingang nach Brüssel. Österreichs EG-Politik. Bonn 1990.

Schneider, Heinrich: Die österreichische Neutralität und die europäische Integration. In. Gehler, Michael; Steiniger Rolf (Hgg.): Die Neutralen und die europäische Integration 1945-1995. S. 465-497.

Schüssel, Wolfgang: Die Perspektiven der österreichischen Sicherheitspolitik. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1997. München: Oldenburg 1998. S.131-143.

Schüssel, Wolfgang: Im Namen der Zukunft. Politische Orientierungen für Österreich im 21. Jahrhundert. Wien 1999.

Sickinger, Hubert: Von der „Insel der Seeligen" zur „Skandalrepublik". Politische Skandale in der Zweiten Republik. In: Gehler, Michael; Sickinger, Hubert (Hgg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Wien, 1996. S. 698-747.

Sofsky, Wolfgang; Paris, Rainer: Figurationen sozialer Macht. Autorität, Stellvertretung, Koalition. Frankfurt am Rhein 1994.

Sohler; Karin: Zur Neuformulierung der Politik der Inneren Sicherheit im Kontext der Immigrationskontrolle in Österreich, 1989 – 1999. Ungedr. grund- und integrativwissenschaftliche Diplomarbeit. Wien 1999.

Sperlich, Thomas: Ein Mißstand wird Recht. Neues vom Sicherheitspolizeigesetz. Juridikum 2/91. S.7.

Spindelegger, Michael: Der „Noricum-Prozeß": ein Resümee aus politischer Sicht. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1993. München: Oldenburg 1994. S.752-755.

SPÖ-Bundesgeschäftsstelle: SPÖ. Das Grundsatzprogramm. Wien 1998.

Sruc, Michael: Lucona und Noricum. Ungedr. grund- und integrativwissenschaftliche Diplomarbeit. Wien 1991.

Sully, Melanie: Der Paradigmenwechsel in der österreichischen Außenpolitik. In: Khol, Andreas (Hg.): Neue Außenpolitik in einer neuen Welt. Ergebnisse des Symposions der Politischen Akademie in Zusammenarbeit mit der Vereinigung Österreichischer Industrieller vom 19. Oktober 1992. Wien 1993. S. 29-38.

Taus, Josef: Die Bankenstruktur nach dem Kauf der Creditanstalt durch die Bank Austria. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1996. München: Oldenburg 1997. S.331-339.

Thonhauser, Josef: Erziehung und Bildung. In: Mantel, Wolfgang (Hg.) : Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel. Wien 1992. S.620-645.

Van der Bellen, Alexander: Bankenstrukturen und Politik. Der CA-Verkauf und seine Folgen. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1996. München: Oldenburg 1997. S. 313-331.

Vranitzky, Franz: Die Rolle Österreichs im neuen Europa. Referat des SPÖ-Vorsitzenden Dr. Franz Vranitzky am 15.10.1988 auf dem Europa-Kongreß der SPÖ in Bregenz. Zitiert nach: Kunnert, Gerhard: Spurensuche auf dem österreichischen Weg nach Brüssel. Wien 1992.

Vranitzky, Franz: EG-Beitritt ohne Absicherung der Neutralität nicht möglich – Bundesregierung beschließt österreichischen EG-Bericht. In: Sozialistische Korrespondenz, 17.4.1989. Zitiert nach Kunnert, Gerhard: Spurensuche auf dem österreichischen Weg nach Brüssel. Wien 1992. S.204.

Vranitzky, Franz: Neues Denken in der Umweltpolitik, Dr. Karl Renner Institut, Wien 1989. Manuskript der Rede im Rahmen der "Umweltpolitischen Arbeitsgespräche" des Dr. Karl Renner-Institutes in Wien. Zitiert nach: Schaller, Martin: Grünprogramme der österreichischen Großparteien: Schlagworte, Utopien oder reale Lösungsmöglichkeiten des Miteinander von Ökonomie und Ökologie? Diplomarbeit, Wien 1991.

Vranitzky, Franz: Neues Denken in der Umweltpolitik. In: Rosenberger, Barbara: Umweltpolitische Arbeitsgespräche 1990. Wien 1990.

Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen. Wien 2004.

Vranitzky, Franz; Thurnher, Armin: Franz Vranitzky im Gespräch mit Armin Thurnher. Frankfurt 1992.

Wally, Stefan; Blümel, Barbara: Österreichische Parteien und die Europäische Integration. Eine zusammenfassende Darstellung. Salzburg, Wien 1993.

Weber, Roland: „Wohnen als Grundbedürfnis des Menschen und die Gestaltung der Wohnungspolitik aus der Sicht der Parteien“. Ungedr. grund- und integrativwissenschaftliche Diplomarbeit. Wien 1998.

Wischin, Michaela: Soziale Wohnpolitik – bloß ein Schlagwort oder eine machbare Politik. Ungedr. volkswirtschafstheoretische und -politische Diplomarbeit. Wien, 1997.

Wögerbauer, Harald: Die Rechnungshofreform und die Wahl des Rechnungshofpräsidenten im Lichte der Erfahrungen des Jahres 1992. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1992. München: Oldenburg 1993. S.415-431.

Wolf, Armin: Die 0,5-Promille-Regelung – ein mediengemachtes Gesetz. Sonderfall oder Prototyp? In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hgg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1997. München: Oldenburg 1998. S.198-223.

Wurmbrand, Dieter Heinz: Die Entstehung von Umweltgesetzen im Spannungsfeld verschiedener Interessenseinflüsse. Untersucht am Beispiel des Abfallwirtschaftsgesetzes. Ungedr. volkswirtschafstheoretische und -politische Diplomarbeit. Wien 1993.

Zuckerstätter, Klaus: Kritik am politischen System Österreichs 1986 – 1996 unter besonderer Berücksichtigung demokratiepolitischer Aspekte. Ungedr. sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Diplomarbeit. Linz, 1997.

Stenographische Protokolle des Nationalrates

2/NRSITZ (XVII. GP) am 28. Jänner 1987.

17/NRSITZ (XVII. GP) am 14. Mai 1987.

31/NRSITZ (XVII. GP) am 21. Oktober 1987.

39/NRSITZ (XVII. GP) am 26. November 1987.

39/NRSITZ (XVII. GP) am 26. November 1987.

43/NRSITZ (XVII. GP) am 11. Dezember 1987.

56/NRSITZ (XVII. GP) am 23. März 1988.

70/NRSITZ (XVII. GP) am 7. Juli 1988.

72/NRSITZ (XVII. GP) am 27. September 1988.

74/NRSITZ (XVII. GP) am 28. September 1988.

75/NRSITZ (XVII. GP) am 19. Oktober 1988.

77/NRSITZ (XVII. GP) am 21. Oktober 1988.

93/NRSITZ (XVII. GP) am 26. Jänner 1989.

94/NRSITZ (XVII. GP) am 28. Februar 1989.

97/NRSITZ (XVII. GP) am 16. März 1989.

101/NRSITZ (XVIII. GP) am 30. November 1989.

109/NRSITZ (XVII. GP) am 28. Juni 1989.

111/NRSITZ (XVII. GP) am 27. September 1989.

113/NRSITZ (XVII. GP) am 28. September 1989.

121/NRSITZ (XVII. GP) am 30. November 1989.

124/NRSITZ (XVII. GP) am 12. Dezember 1989.

125/NRSITZ (XVII. GP) am 13. Dezember 1989.

129/NRSITZ (XVII. GP) am 24. Jänner 1990.

131/NRSITZ (XVII. GP) am 28. Februar 1990.

136/NRSITZ (XVII. GP) am 3. April 1990.

137/NRSITZ (XVII. GP) am 4. April 1990.

145/NRSITZ (XVII. GP) am 6. Juni 1990.

148/NRSITZ (XVII. GP) am 27. Juni 1990.

152/NRSITZ (XVII. GP) am 5. Juli 1990.

Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses (NORICUM-Untersuchungsausschuß). Nr. 1235 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates (XVII. GP).

Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Nr. 1000 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates (XVII. GP).

5/NRSITZ (XVIII. GP) am 12. Dezember 1990.

21/NRSITZ (XVIII. GP) am 19. März 1991.

33/NRSITZ (XVIII. GP) am 20. Juni 1991.
35/NRSITZ (XVIII. GP) am 8. Juli 1991.
36/NRSITZ (XVIII. GP) am 5. Mai 1995.
38/NRSITZ (XVIII. GP) am 17. September 1991.
39/NRSITZ (XVIII. GP) am 26. November 1987.
43/NRSITZ (XVII. GP) am 22. Oktober 1991.
58/NRSITZ (XVIII. GP) am 20. Jänner 1992.
60/NRSITZ (XVIII. GP) am 27. Februar 1992.
63/NRSITZ (XVIII. GP) am 12. März 1992.
74/NRSITZ (XVIII. GP) am 25. Juni 1992.
90/NRSITZ (XVIII. GP) am 1. Dezember 1992.
101/NRSITZ (XIII. GP) am 21. Dezember 1993.
104/NRSITZ (XVIII. GP) am 17. Mai 1989.
114/NRSITZ (XVIII. GP) am 21. April 1993.
120/NRSITZ (XVIII. GP) am 15. Mai 1993.
130/NRSITZ (XVIII. GP) am 9. Juli 1993.
131/NRSITZ (XVIII. GP) am 24. September 1993.
133/NRSITZ (XVIII. GP) am 20. Oktober 1993.
134/NRSITZ (XVIII. GP) am 21. Oktober 1993.
146/NRSITZ (XVIII. GP) am 15. Dezember 1993.
158/NRSITZ (XVIII. GP) am 17. März 1994.
169/NRSITZ (XVIII. GP) am 16. Juni 1994.

4/NRSITZ (XIX. GP) am 11. November 1994.
12/NRSITZ (XIX. GP) am 16. Dezember 1994.
29/NRSITZ (XIX. GP) am 30. März 1995.
36/NRSITZ (XIX. GP) am 5. Mai 1995.
52/NRSITZ (XIX. GP) am 12. Oktober 1995.
54/NRSITZ (XIX. GP) am 13. Oktober 1995.
56/NRSITZ (XIX. GP) am 13. November 1995.
57/NRSITZ (XIX. GP) am 15.-18. November 1995.

17/NRSITZ (XX. GP) am 26. April 1996.
34/NRSITZ (XX. GP) am 9. Juli 1996.
47/NRSITZ (XX. GP) am 27. November 1996.
49/NRSITZ (XX. GP) am 29. November 1996.
51/NRSITZ (XX. GP) am 11. Dezember 1996
53/NRSITZ (XX. GP) am 13. Dezember 1996.
55/NRSITZ (XX. GP) am 14. Jänner 1997.
63/NRSITZ (XX. GP) am 26. Februar 1997.
76/NRSITZ (XX. GP) am 5. Juni 1997.

81/NRSITZ (XX. GP) am 9. Juli 1997.
82/NRSITZ (XX. GP) am 10. Juli 1997.
84/NRSITZ (XX. GP) am 18. September 1997.
94/NRSITZ (XX. GP) am 6. November 1997.
95/NRSITZ (XX. GP) am 7. November 1997.
104/NRSITZ (XX. GP) am 11. Dezember 1997.
105/NRSITZ (XX. GP) 12. Dezember.1997.
115/NRSITZ (XX. GP) am 15. April 1998.
116/NRSITZ (XX. GP) am 16. April.1998.
125/NRSITZ (XX. GP) am 28. Mai 1998
134/NRSITZ (XX. GP) am 8. Juli 1998.
137/NRSITZ (XX. GP) am 17. Juli 1998.
145/NRSITZ (XX. GP) am 4. November 1998.
149/NRSITZ (XX. GP) am 26. November 1998.
152/NRSITZ (XX. GP) am 4. Dezember 1998.
154/NRSITZ (XX. GP) am 16. Dezember 1998.
156/NRSITZ (XX. GP) am 20.-21. Jänner 1999.
161/NRSITZ (XX. GP) am 25. Februar 1999.
169/NRSITZ (XX. GP) am 19. Mai 1999.
174/NRSITZ (XX. GP) am 16. Juni 1998.
178/NRSITZ (XX. GP) am 8. Juli 1999.
179/NRSITZ (XX. GP) am 13. Juli 1999.
180/NRSITZ (XX. GP) am 14. Juli.1999.
715 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates (XX. GP).
Anfrage 5707/J (XX. GP) Tätigkeit des AMS. eingebracht am 8.2.1999.
Anfragebeantwortung: 2159/AB (XX. GP) Schulversuche zum Ethikunterricht.

Antrag 39/AE XXI.GP.
Antrag 39/AE XXI.GP.

Stenographische Protokolle des Bundesrates

605/BRSITZ am 20. Oktober 1995.
620/BRSITZ/96620 am 19. Dezember 1996, Entschließungsantrag E149.

Fernsehsendung

ORF-Sendung Report spezial „Der Fall Waldheim“. 18.4.2006.

Bundesgesetzblätter

BGBl.Nr. 242/1989.
BGBl. Nr. 325/1990.
BGBl. Nr. 471/1992.
BGBl. 57/1992.

BGBl. 188/1993.

BGBl. Nr. 201/1996.

BGBl. I Nr. 115/1997.

BGBl. II Nr. 313/1998.

BGBl. I Nr. 68/1998.

BGBl. I Nr. 149/1999.

Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes

VfGH Erkenntnis, Sammlungsnummer 14992, Geschäftszahl: G168/96,G285/96.

VfGH Erkenntnis, Sammlungsnummer 12568, Geschäftszahl: G223/88, G235/88, G33/90, G63/90, G144/90.

VfGH Erkenntnis, Sammlungsnummer 12592, Geschäftszahl: G 33-38/89, G 46-51/89, G 58-61/89 u.a.

Zeitungen

Budget, Schulden, Steuern, Abgaben

Budget 1987

Red: Koalition: Nun Budget `87 ausgehandelt. In: Kleine Zeitung, 23.12.1986. S.2.

Red: Vranitzky beharrt auf einem ausgewogenem Einsparen. In: Kleine Zeitung, 8.1.1987. S.2

Albertani, Claus: Koalition ist eigentlich nur noch „Geldfrage“. In: Kleine Zeitung, 11.1.1987. S.2.

Red: Budget: Keine schnelle Bremse. In: Kleine Zeitung, 26.2.1987. S.2,3.

Red: Graff übt scharfe Kritik an Lacina. „Er läßt zu sehr die Zügel schleifen“. In: Die Presse, 5.8.1987. S.4.

Budget 1988

Rohrer, Anneliese: Mock: Steuerreform für Aufsteiger. Kritik an SP-Ministern und eigener VP. In: Die Presse, 20.8.1987. S.1.

Red: Lacina: 1988 „Nullrunde“ für Pensionisten und Beamte. In: Kleine Zeitung, 27.8.1987. S.2.

Red: Breite Empörung über Lacina. Aber ÖVP-Haltung nicht einheitlich. In: Die Presse, 28.8.1987. S.1.

Red: Lob und Schelte für Lacinas Sparpläne. Taus: SP bestätigt VP-Wirtschaftspolitik. In: Die Presse, 29.8.1987. S.4.

Horwitz, Kurt: Budget: VP will sparen statt belasten. Ditz legt Sanierungskonzept vor. In: Die Presse, 31.8.1987. S.1.

Wiener Redaktion: Suche nach Budgetkonsens: Pensionen als harter Kern. In: Kleine Zeitung, 27.8.1987. S.2.

t.c: Budget: Vranitzky demonstriert Härte. „Wir werden jetzt nicht zurückzucken“. In: Vgl. Die Presse, 4.9.1987. S.4.

Wiener Redaktion: Sparkatalog steht: 20 Punkte, die dem Staat Geld bringen. In: Kleine Zeitung, 4.9.1987. S.2.

Horwitz, Kurt: Lacina und Ditz über Sanierungspaket einig. Montag müssen Parteispitzen entscheiden. In: Die Presse, 4.9.1987. S.4.

Red: Vranitzky: Alle müssen mehr für ihre Pension bezahlen. In: Kleine Zeitung, 5.9.1987. S.2.
Ett. Sparbudget: Kontroverse um Quellensteuer heizt Klima an. In: Die Presse, 8.9.1987. S.4.
Kh, ett: „Sparpaket" für Budget 1988 ist fertig. Kräftige Kürzungen im Sozialbereich. In: Die Presse, 9.9.1987. S.1.
Wiener Redaktion: Koalition vor Budgetkonsens: Nun harte Runde mit Ländern. In: Kleine Zeitung, 9.9.1987. S.2.
Red: Rentner, Kranke, Beamte: Der Staat greift bei allen zu. In: Kleine Zeitung, 10.9.1987. S.4,5.
Red: Sparen will der Staat überall. In: Kleine Zeitung, 10.9.1987. S.4,5.
a.k, ar: Regierung beschloß Budget trotz Lücken. Nervosität in beiden Großparteien steigt. In: Die Presse, 20.10.1987. S.1.
Wiener Redaktion: Budget für 1988 fixiert, aber Begleitgesetze noch offen. In: Kleine Zeitung, 20.10.1987. S.2.
mth: Regierung mit Budget ´88 zufrieden. VP wie SP: „Unsere Handschrift". In: Die Presse, 24.11.1987. S.4.
ett, a.k: Budget im Hohen Haus: Sinowatz rügt wieder VP. In: Die Presse, 27.11.1987. S.4.

Steuerreform und Budget 1989

Mth, a.k, ett: „Aktion scharf" statt Quellensteuer? SP will Steuerpflicht exekutieren. In: Die Presse, 19.12.1987. S.4.
Hws, Red: Das umfangreichste aller Koalitionsvorhaben nimmt nun immer mehr Gestalt an. In: Die Presse, 9.1.1988. S.1.
Red: Zinsensteuer: Lacina spricht von Pakt mit VP. In: Kleine Zeitung, 9.1.1988. S.2.
Zankel, Erwin: Klausur endet mit Krach. In: Kleine Zeitung, 9.1.1988. S.2, 3.
Wiener Redaktion: Dohnal kontra Flemming: „Rückfall ins Mittelalter". In: Kleine Zeitung, 9.1.1988. S.5.
Red: ÖVP ließ Eröffnungsrunde über Steuerreform platzen. In: Kleine Zeitung, 10.1.988. S.2.
Red: Kukacka betoniert ÖVP ein: Keine Zinsensteuer. In: Kleine Zeitung, 11.1.1988. S.2.
Red: ÖVP besteht auf Anonymität. Finalrunde der Steuerreform. In: Die Presse, 11.1.1988. S.1.
Red: Steuern: Lacina hielt sich bedeckt. In: Kleine Zeitung, 16.1.1988. S.2.
Wiener Redaktion: ÖVP-Ditz: Mit 30 Milliarden wird nur Kosmetik betrieben. In: Kleine Zeitung, 19.1.1988. S.2
Mth: Keller: SP könnte auf Quellensteuer verzichten. In: Die Presse, 21.1.1988. S.4.
Wiener Redaktion: Mock zur Steuerreform: „Vielleicht neue Ideen". In: Kleine Zeitung, 26.1.1988. S.6.
Kh, ett: Steuerreform hängt an acht Milliarden. Koalitionsparteien einzementiert. In: Die Presse, 29.1.1988. S.1.
Red: Lacina setzt noch immer auf Steuer auf den Zinsertrag. In: Kleine Zeitung, 1.2.1988. S.2.
Red: Kein Ende im Konflikt um Besteuerung von Zinserträgen. In: Die Presse, 1.2.1988. S.1.
Red: Zinsensteuer: ÖVP kündigt „erbitterteren Widerstand" an. In: Kleine Zeitung, 2.2.1988. S.8.
Red: ÖAAB: Zinsenbesteuerung bringt nicht weiter. Milliardenlücke bei Steuerreform. In: Die Presse, 4.2.1988. S.5.

Red: Steuerreform soll nächste Woche fertig sein. Banken halten neuen Plan für „Schnapsidee“. In: Die Presse, 5.2.1988. S.5.
Red: Endrunde um Steuerreform. Tee und Kaffee: Halbe Steuer. In: Kleine Zeitung, 28.1.1988. S.4.
Red: Steuerreform fertig: Milliardenloch offen. In: Kleine Zeitung, 29.1.1988. S.2, 3.
Wiener Redaktion: Koalition streitet weiter um eine Zinsensteuer. In: Kleine Zeitung, 29.1.1988. S.3.
Red: Neuer Zinsensteuerplan der SP als Köder für VP. In: Die Presse, 12.2.1988. S.5.
Red: Zinsaufwandssteuer statt einer Zinsertragssteuer? In: Kleine Zeitung, 5.2.1988. S.4.
Horwitz, Kurt: Doch Steuerkompromiß? Sparer werden geschont. In: Die Presse, 18.2.1988. S.1.
Red: Gipfelgespräch Vranitzky – Mock: Steuerreform und Personalfragen. In: Die Presse 23.2.1988. S.1.
Red: Gipfel ebnete Weg zur Steuerreform. Zinsen weniger, Energie mehr belastet. In: Die Presse, 27.2.1988. S.1.
Red: Noch Streit, wen die Zinsensteuer verschon. In: Kleine Zeitung, 28.2.1988. S.2.
Red: Volksentscheid über Zinsensteuer. In: Die Presse, 29.2.1988. S.1.
Red: Mock betoniert sich ein: Keine Sparbuchsteuer. In: Kleine Zeitung, 29.2.1988. S.2.
Red: VP zu „gewissen Formen“ einer Zinsensteuer bereit. In: Kleine Zeitung, 24.2.1988. S.4.
Red: Haider höhnt VP wegen Ja zur Sparbuchsteuer. In: Kleine Zeitung, 27.2.1988. S.4.
Red: Noch Streit, wen die Zinsensteuer verschont. In: Kleine Zeitung, 28.2.1988. S.2.
Red: Vranitzky konter: „Mock fürchtet sich vor Haider“. In: Kleine Zeitung, 1.3.1988. S.2.
Red: Vranitzky schließ Neuwahlen nicht aus. Steuer Ultimatum an die Volkspartei. In: Die Presse, 2.3.1988. S.1.
Red: Steuerreform spaltet die ÖVP. Staatssekretär Ditz trat zurück. In: Die Presse, 3.3.1988. S.1.
Red: Steuer: Mock opfert seinen Staatssekretär. In: Kleine Zeitung, 3.3.1988.S.2.
Red: Das Mißtrauen in der Koalition wächst. Keller: „Ein unwürdiges Schauspiel“. In: Die Presse, 4.3.1988. S.4.
Red: Schicksalswoche für die Koalition. ÖGB fürchtet Platzen der Steuerreform. In: Die Presse, 5.3.1988. S.1.
Ar: Einigung über Steuerreform in letzter Minute. Quellensteuer kommt, Energieabgabe nicht. In: Die Presse, 7.3.1988. S.1.
Red. 7 Milliarden Schilling stopfen die Lücke. In: Die Presse, 7.3.1988. S.1.
Wiener Redaktion: Die Zinsensteuer verschont nur das Normal-Sparbuch. In: Kleine Zeitung, 7.3.1988.S.2.
Hws: Neuer Unfrieden in der Koalition: Zins-Steuer schon ab 1. Juli 1988? In: Die Presse, 8.3.1988. S.1.
Red: Kanzler bremst den Finanzminister: Auch Zinsensteuer erst ab 1. Jänner. In: Der Standard, 9.3.1988. S.1.
Wiener Redaktion: Vranitzky stellt klar: Anfang 1989 kommt die Zinsensteuer. In: Kleine Zeitung, 9.3.1988. S.2.
Has: Neue Hürden auf dem Weg zur geplanten Steuerreform. In: Die Presse, 25.3.1988. S.4.
Red: Steuerreform: Beschlossen und schon wieder renoviert. In: Kleine Zeitung, 29.3.1988. S.2.
Red: Neue Steuerrunde soll noch vor Ostern Klarheit bringen. In: Kleine Zeitung, 30.3.1988. S.2.
Has: Nun keine Besteuerung der Arbeitslosen geplant. In: Die Presse, 30.3.1988. S.4.

Red: Letztes Steuertreffen Vranitzky – Mock Ministerialentwurf ist bereits fertig. In: Die Presse, 1.4.1988. S.4.
Red: Letzte Details der Steuerreform: Ein Schub von Teuerungen steht bevor. In: Die Presse, 5.4.1988. S.1.
Red: Steuerreform als Bewährungsprobe der Koalition. Aber alle Streitpunkte wurden ausgeklammert. In: Die Presse, 7.4.1988. S.1.
Wiener Redaktion: Lacinas Steuerreform-Paket mit kleinen Überraschungen. In: Kleine Zeitung, 7.4.1988. S.2.
Red: Neuer Vorstoß aus der ÖVP für einen Energiesteuer. In: Die Presse, 11.4.1988. S.4.
Has: Steuerreform passiert heute den Ministerrat. In: Die Presse, 7.6.1988. S.4.
Red: Feilschen um Budget 1989. In: Kleine Zeitung, 29.6.1988. S.2.
Mth: Regierung könnte am Budget scheitern. In: Die Presse, 21.7.1988. S.1.
Red: Budget geht in Endrunde: Sparziel mit Tricks erreicht. In: Kleine Zeitung, 9.9.1988. S.2.
Ett, ho: Koalitionskrach um Lacinas Budget. VP-Minister fordern drei Milliarden. In: Die Presse, 10.9.1988. S.1.
Wiener Redaktion: Donnergrollen ums Budget: VP fühlt sich „benachteiligt“. In: Kleine Zeitung, 9.9.1988. S.2.
Red: Kampf ums Budget: Lichal weiter hart. In: Kleine Zeitung., 13.9.1988. S.2.
Wiener Redaktion: Koalitionswehen ums neue Budget: heute Fortsetzung. In: Kleine Zeitung, 20.9.1988. S.2.
Wiener Redaktion: Koalition: Hartes Gerangel um Lichals Geldwünsche. In: Kleine Zeitung, 21.9.1988. S.2.
Wiener Redaktion: Budgetstreit spitz sich zu. Lichal Ärger über ‚Märchen‘. In: Kleine Zeitung, 22.9.1988. S.2.
Red: „Nachdenkpause“ der Koalition über Budget 1989. Aber SP sieht keinen Verhandlungsspielraum mehr. In: Die Presse, 22.9.1988. S.4.
Red: Bundes-VP wirft Krainer vor, Lichal in den Rücken zu fallen. In: Kleine Zeitung, 24.9.1988. S.2.
Red: Nach Einigung über Budget: SP und VP sprechen von Sieg. In: Die Presse, 26.9.1988. S.1.

Budget 1990

Vecs: Vizekanzler Riegler rechnet mit „heißem Budgetherbst“. In: Der Standard, 29.8.1989. S.4.
Salomon, Martina: Klausur ohne Mißtöne: Budget ist fix. In: Der Standard, 13.9.1989. S.6.
Mk: „High noon“ am Ballhausplatz um fehlende Millionen. In: Die Presse, 11.10.1989. S.5.

Wahlkampf und Koalitionsverhandlungen 1990; Budget 1991

Red: ÖVP: Zinsensteuer abschaffen. In: Der Standard, 30.3.1990. S.1.
Hsp: SPÖ-ÖVP-Debatte um weniger Mehrwertsteuer. In: Der Standard, 13.6.1990. S.5.
Ha: Mehrwertsteuer wird deutlich gesenkt. In: Der Standard, 13.6.1990. S.15.
Hann, Michael: ÖVP genügen Lacinas Reformpläne nicht. Steuersenkung für Betriebsvermögen. In: Der Standard, 15.6.1990. S.15.
Ett: VP pocht auf Steuersenkung. In: Die Presse, 10.8.1990. S.5.
Red: VP will Lohnsteuer senken, SP spricht von „Wahlzuckerl“. In: Die Presse, 12.9.1990. S.1.
Ett: SP will mehr Wettbewerb. Nein zu Steuer-„Lizitation“. In: Die Presse, 18.9.1990. S.6.

Red: In der Koalition weiter Scharmützel um Steuerreform. In: Die Presse, 19.9.1990. S.6.
Hasy: Differenzen um Steuersenkung. In: Der Standard, 19.10.1990. S.17.
Mk: Begehrlichkeiten werden eingedämmt. In: Die Presse, 25.10.1990. S.6.
Ertl, Josef; Vécsei, Paul: SP und VP einigten sich über das Budgetziel. In: Die Presse, 25.10.1990. S.7.
Ertl, Josef; Salomon, Martina: Verhandler müssen noch Budget-Team überstehen. In: Der Standard, 13.11.1990. S.6.
Has: Die Zinsensteuer bleibt. Annäherung über ÖBB. In: Die Presse, 23.11.1990. S.6.
Ertl, Josef: Verstaatlichte wird privatisiert. Koalitionskompromiß: Staat gibt ÖIAG-Mehrheit mittelfristig ab. In: Der Standard, 30.11.1990. S.5.
Syrowy, Reinhard: Große Mehrwertsteuerreform gefallen. In: Der Standard, 4.12.1990. S.15.
Has: Mehrwertsteuer sinkt. In: Die Presse, 6.12.1990. S.6.
Ertl, Josef; Syrowy, Reinhard: Neue Regierung bis Weihnachten. In: Die Presse, 6.12.1990. S.6.
Red: Reform bei Steuern in kleine Schritten. In: Kleine Zeitung, 11.12.1990.S.2.
Red: Rotstift streicht alle Wünsche zusammen. In: Kleine Zeitung, 12.12.1990. S.2.
Wiener Redaktion: Lacina rangelt mit Ressorts um 21 Budgetmilliarden. In: Kleine Zeitung, 10.1.1991. S.5.
Wiener Redaktion: Lacina rangelt mit Ressorts um 21 Budgetmilliarden. In: Kleine Zeitung, 10.1.1991. S.5. Has, red: Stummvoll gegen SP: Statt höherem Budgetdefizit mehr sparen, privatisieren. In: Die Presse, 11.1.1991. S.6.
Wiener Redaktion: Nationalrat macht Druck: Budgetgipfel beim Kanzler. In: Kleine Zeitung, 26.1.1991. S.9.
Red: Rotstift bei den ÖBB soll das Budget retten. In: Kleine Zeitung, 27.1.1991. S.8.
Wiener Redaktion: Als „Überbrückungshilfe“. Familiengelder für Spitäler. In: Kleien Zeitung, 30.1.1991. S.8.
Wiener Redaktion: Für Budget-‚Atempause‘ alle Mittel zusammengekratzt. In: Kleine Zeitung, 16.2.1991. S.2.
Red: Zur Budgetrede: Lacina kassiert bei den Rauchern. In: Kleine Zeitung, 28.2.1991. S.8.

Budget 1992

Red: Differenzen in Regierung. In: Die Presse, 3.4.1991. S.1, 6.
Ett: Sparpläne für Budget: Neuer Anlauf vor dem Sommer. Lacina von Parteifreund Hesoun im Stich gelassen. In: Die Presse, 4.4.1991. S.7.
Spu: ÖVP nennt Lacinas Budgetplan unbrauchbar. In: Der Standard, 5.4.1991. S.5.
d.n, red: Koalitions-Krisensitzung zum Budget. VP wettert weiter gegen Finanzminister. In: Die Presse, 5.4.1991. S.6.
sy: Streit um Finanzierung neuer Ostkredite. In: Der Standard, 8.5.1991. S.23.
red: ÖVP will Zulassungssteuer erst ab 1993 einführen. In: Der Standard, 13.7.1991. S.1.
mth: Pröll kritisiert Lacina. In: Die Presse, 13.8.1991. S.5.
red: Heftige Reaktion auf Lacinas Budgetpläne. In: Die Presse, 19.8.1991. S.1.
sy: ÖVP will Vermögenssteuer abschaffen. In: Der Standard, 13.7.1991. S.17.
red: Busek lehnt Lacinas geplante Erhöhung ab. In: Der Standard, 19.8.1991. S.5.
sy: Sozialpaket für Finanzminister. Budgetrettung durch Abgabe. In: Der Standard, 20.8.1991. S.15.
d.n: Finanzminister verteidigt jetzt sein Belastungspaket. Lacina: „Das ist die Notbremse, die gezogen wird“. In: Die Presse, 21.8.1991. S.8.
red, apa: Schlagabtausch im Steuerstreit. In: Der Standard, 26.8.1991. S.7.

Syrowy, Reinhard; Georg Lahninger: Steuererhöhungen, Herr Kanzler? „Ich muß jetzt leider gehen“. In: Der Standard, 11.9.1991. S.15.
Red: Koalitionskrampf um das Budget. Familienministerin droht mit Veto. In: Der Standard, 16.9.1991. S.7.
Sy: Minister geschont. Reserven geplündert. Budgetziel geschafft. In: Der Standard, 18.9.1991. S.1.
Syrowy, Reinhard: Mit leeren Taschen ins Budgetziel. In: Der Standard, 18.9.1991. S.1, 17.
Red: Aufregung um Erhöhung der Mineralölsteuer. In: Die Presse, 19.9.1991. S.7.
Sy: Höhere Mineralölsteuer fast fix. In: Der Standard, 3.10.1991. S.13.
Red: Koalition auf Messers Schneide. In: Der Standard, 6.10.1991. S.6.
Sp: Busek rechnet mit Bruch der Koalition vor Wiener Wahlen. In: Der Standard, 9.10.1991. S.1.
Mth, d.n: Koalitionskrach dauert an: VP setzt auf harte Linie. In: Die Presse, 10.10.1991. S.6.
Seidl, Conrad: Bitte an den Verhandlungstisch! In: Der Standard, 14.10.1991. S.5.
Red: Der Budget-Gipfel brachte wieder keinen Fortschritt. In: Der Standard, 16.10.1991. S.1.
Lahn: Die lange Geburt des Budgets. In: Der Standard, 22.10.1991. S.7.

Budget 1993

Sy: Ditz will Zinsensteuer von 20 Prozent. In: Der Standard, 10.4.1992. S.15.
Apa: Kest-Erhöhung nur mit großer Steuerreform. In: Der Standard, 9.5.1992. S.18.
Kh: Finanzminister schnürt neues Belastungspaket. Ditz massiv gegen „leistungsfeindliche Pläne“ Lacinas. In: Die Presse, 19.5.1992. S.4.
d.n, eid: Lacinas Steuerpläne: Vranitzky auf Distanz. Gegen Wettbewerbsnachteile für die Wirtschaft. In: Die Presse, 20.5.1992. S.4.
rie: VP will Senkung von Lohn- und Einkommenssteuer. In: Die Presse, 28.7.1992. S.4.
Wiener Redaktion: Budget: Zinshobel für alle. Arbeitslosenbeitrag höher. In: Kleine Zeitung, 2.10.1992. S.2.

Budget 1994

Ett, ag: Busek: Lieber mehr Budgetdefizit als höhere Beiträge. Koalition bei Wirtschaftsentlastung auf Kollisionskurs. In: Die Presse, 30.3.1993. S.4.
d.n: „Solidarpakt“ gegen Wirtschaftskrise? Belastungsstopp entzweit Koalition. In: Die Presse, 30.3.1993. S.4.
d.n, red: „Solidarpakt“ gegen Wirtschaftskrise? Belastungsstopp entzweit Koalition. In: Die Presse, 3.4.1993. S.1.
sy: Kräftige Differenzen um die Steuerreform. In: Der Standard, 7.4.1993. S.13.
mk: Korosec: Steuerreform hat Vorrang vor Budget. In: Die Presse, 8.4.1993. S.4.
apa, red: Steuerreform kommt 1994. In: Die Presse, 19.4.1993. S.1.
apa: Gegen Verschiebung der Steuerreform. In: Der Standard, 19.4.1993. S.4.
red, ag: Koalition uneins beim Kampf gegen Wirtschaftsprobleme. In: Die Presse, 13.4.1993. S.4.
Syrow, Reinhard: Spürbare Entlastung für mittlere Einkommen. In: Der Standard, 26.5.1993. S.13.
Sy: Fünf Steuern werden abgeschafft. In: Der Standard, 9.6.1993. S.19.
Red: Belastungen entzweien Koalition. In: Die Presse, 14.7.1993. S.1.
Kadi, Manfred: Benzin soll um 1,12 S mehr kosten. Rauch-Kallat versteht Lacina nicht. In: Die Presse, 21.8.1993. S.7.
Ett: Hektik um Budget: ÖVP beharrt auf Einsparungen bei Sozialleistungen. In: Die Presse, 22.9.1993. S.6.

Red: Sparen bei Karenzgeld, „Arbeitslose“. Einigung über Budget 1994 perfekt. In: Die Presse, 25.9.1993. S.7.
Red, d.n: Nun wackelt „Einigung“ über das Budget ´94. In: Die Presse, 27.9.1993. S.6.
Lyn, sy: Dohnal blockiert Budget, falls Karenzgeld eingefroren wird. In: Der Standard, 28.9.1993. S.16.
Rief, Norbert: ÖVP bleibt bei Sparpaket. In: Die Presse, 5.10.1993. S.1.
Red: Busek stellt klar: Budgeteinigung ist fixiert. In: Die Presse, 6.10.1993. S.7.
Mk: Budget: Nun neue Verhandlungen. In: Die Presse, 8.10.1993. S.7.
Horwitz, Kurt: Neuer Koalitionskrach ums Budget. „Gipfel“ statt Einzelverhandlungen. In: Die Presse, 9.10.1993. S.6.
Apa: Vranitzky erneut für höheres Karenzgeld. In: Der Standard, 12.10.1993. S.16.
Sy: Langes Ringen um Einsparungen für den neuen Bundeshaushalt. In: Der Standard, 13.10.1993. S.15.
Stui, dan: ÖVP droht: Budget oder Neuwahlen. In: Der Standard, 15.10.1993. S.1, 5.
Red: Gerüchte um Neuwahlen. In: Die Presse, 15.10.1993. S.1, 6.
Red: Koalition gerettet, Sparpläne beschlossen. In: Die Presse, 19.10.1993. S.1.
Sy: Budgetdefizit heuer um fast die Hälfte höher als geplant. In: Der Standard, 19.10.1993. S.1.
Sy: Haushalt passierte Ministerrat. Defizit von knapp 80 Milliarden. In: Der Standard, 20.10.1993. S.18.
Red: Koalition gerettet, Sparpläne beschlossen. In: Die Presse, 19.10.1993. S.1.
Stocker, Ulrich: Verkäufe retten Budget. Lücke für Beamte, VI, Bahn. In: Kleine Zeitung, 20.10.1993. S.3.

Wahlkampf und Koalitionsverhandlungen 1994

Sy: Nächste Steuerreform zeichnet sich ab. In: Der Standard, 30.3.1994. S.13.
Hann, Michael; Brandstetter, Ernst: SPÖ will 1997 Energiesteuer einführen. In: Der Standard, 14.4.1994. S.19.
Red: Nein zu „Belastungsorgie“. In: Die Presse, 26.7.1994. S.1.
Ha, apa: Disput um die Erbschaftssteuer. In: Der Standard, 20.10.1994. S.22.
Tom: Annäherung von SP und VP bei beinhartem Sparpaket. In: Der Standard, 14.11.1994. S.5.
Ha, sy: Koalition setzt massiv den Rotstift ein. In: Der Standard, 15.11.1994. S.17.
Stui: Vranitzky: „Kann Nürnberger verstehen“. In: Der Standard, 16.11.1994. S.5.
Stui, ina: SP-Vorstand: 28 Ja gegen 13 Nein-Stimmen. In: Der Standard, 22.11.1994. S.7.
Red: ÖVP: Einigkeit überdeckt Dissens in Detail. In: Der Standard, 23.11.1994. S.5.
Kob, stui: Gewerkschafter proben den Aufstand. In: Der Standard, 23.11.1994. S.5.
Red: Regierungsabkommen unterzeichnet. FPÖ nennt Sparpaket „Schweinerei“. In: Der Standard, 30.11.1994. S.5.

Budget 1995

Bra, kbau: Das Sparpaket ist gescheitert. In: Der Standard, 30.12.1994. S.1.
Dam: VP öffnet das Sparpaket. In: Der Standard, 31.12.1994. S.5.
Red: Vranitzky schließt Solidarbeitrag für Besserverdienende nicht aus. In: Der Standard, 11.1.1995. S.1.
Red: Ampflwang auf rot oder: Im Sparpaket ist alles möglich. In: Die Presse, 12.1.1995. S.3.
Red: Vranitzky schließt Solidarbeitrag für Besserverdienende nicht aus. In: Der Standard, 11.1.1995. S.1.
Red: SPÖ plötzlich doch für höhere Steuern. Solidarabgabe spaltet die Koalition. In: Die Presse, 21.1.1995. S.1.
Rie: SP-Schwenk: Cap für Solidarabgabe. In: Die Presse, 21.1.1995. S.6.

Stui: Cap: „Meinung in der SPÖ tendiert zu Solidarabgabe“. In: Die Presse, 21.1.1995. S.6.
Dam: VP beharrt auf Nein zur Solidarabgabe. In: Die Presse, 21.1.1995. S.6.
Sp: Kraftprobe der Koalition wegen Solidarabgabe. In: Der Standard, 24.1.1995. S.1.
Dam: SP verschärft Gangart für Solidarabgabe. In: Der Standard, 24.1.1995. S.5.
Red: Nun auch Vranitzky für Solidarabgabe. In: Die Presse, 25.1.1995. S.7.
Red: Termin für die Sondersteuer bleibt offen. In: Der Standard, 25.1.1995. S.5.
Seidl, Conrad: SP-Kader fast geschlossen für Solidarabgabe. In: Der Standard, 26,1.1995. S.4.
Rie: SPÖ nun geschlossen für eine Solidarabgabe. In: Die Presse, 27.1.1995. S.9.
Kob: SPÖ stimmt einhellig für Solidarabgabe. In: Der Standard, 27.1.1995. S.6.
Red: „Ich stehe dafür nicht zur Verfügung“. In: Die Presse, 31.1.1995. S.7.
Red: Koalition „überlebt“ Budget-Krise. In: Die Presse, 31.1.1995. S.7.
Ina, anka: Regierung kann Defizit bei 100 Milliarden eingrenzen. In: Der Standard, 7.2.1995. S.5.
Red: 102 Milliarden Defizit. In: Der Standard, 15.2.1995. S.1.
Sy: Budgetdefizit knapp über 100 Milliarden. In: Der Standard, 15.2.1995. S.1, 15.
Red: Nun VP-Nein zur Kommunalabgabe. In: Die Presse, 23.2.1995. S.1.
Red: Abschied von neuer Kommunalabgabe. In: Der Standard, 24.2.1995. S.23.
Red: Kommunalabgabe wackelt. In: Kleine Zeitung, 25.2.1995. S.3.
Stocker, Ulrich: Wie sich „drei Arme“ über den Steuerkuchen einigten. In: Kleine Zeitung, 3.3.1995. S.2.
Red: Die Wirtschaft gibt sich nun zufrieden. In: Kleine Zeitung, 3.3.1995. S.2.
Red: Regierung beschließt Budget. Gesetz bis Ostern fertig. In: Der Standard, 8.3.1995. S.1.
Sitt, kob: Feilschen bis zur letzten Sekunde. In: Der Standard, 8.3.1995. S.6.
Kob, sitt: „Ein großer Konsolidierungsschritt“. In: Der Standard, 9.3.1995. S.6.

Budget 1996 mit Koalitionsbruch

Red, apa: Konflikt um Steuerpläne. In: Die Presse, 18.4.1995. S.1.
Red: Schonzeit für Gutverdienende. In: Der Standard, 18.4.1995. S.1.
Hm, mue: Ditz für große Reform der Lohnsteuer. In: Der Standard, 20.4.1995. S.23.
Hm: Koalitionskrach um 13. Und 14. Gehalt. In: Der Standard, 12.5.1995. S.23.
Red: Steuerpläne des Finanzministers: Widerstand bei ÖVP und Gemeinden. In: Die Presse, 16.5.1995. S.8.
Red: Khol zu neuen Steuerpläne der SPÖ „Bevor das kommt, platzt Regierung“. In: Die Presse, 22.5.1995. S.6.
Red: SPÖ hält an höherer Besteuerung von Weihnachts- und Urlaubsgeld fest. In: Die Presse, 24.5.1995. S.6.
Rie: Cap: Solidarabgabe ist keine Koalitionsfrage. In: Die Presse, 27.5.1995. S.7.
Krawagner-Pfeifer, Katharina: „VP soll saure Äpfel nicht der SP zuschanzen“. In: Der Standard, 19.6.1995. S.5
Stuiber, Petra: Nowotny weiter für Solidarabgabe. In: Der Standard, 12.7,1995. S.5.
Mm: Vranitzky besteht auf Spar-Disziplin. Neuwahlen bei Scheitern des Budgets. In: Die Presse, 15.7.1995. S.1.
Hm: Steuerbegünstigung für Sonderausgaben fällt ganz. In: Der Standard, 27.7.1995. S.1.
c.l, red: Proteststurm gegen Staribachers Steuerpläne. In: Die Presse, 27.7.1995. S.6.
red: Ditz lehnt SP-Pläne als Finanztrick ab. Defizit dramatisch. In: Der Standard, 25.8.1995. S.1.
red: Khol gegen neue Steuern. Kostelka für Sozialausgleich. In: Der Standard, 26.8.1995. S.1.

hm: Ditz lehnt Ausgliederung von Investitionen als Budgettrick ab. In: Der Standard, 25.8.1995. S.19.
bra: Maut auf Autobahnen in Österreich ab 1996 so gut wie fix. In: Der Standard, 26.8.1995. S.1.
red: SPÖ erwägt die Erhöhung des Spitzensteuersatzes. In: Der Standard, 30.8.1995. S.1.
kob, stui: Besserverdiener zur Kasse. In: Der Standard, 30.8.1995. S.4.
red: Dramatisches Ringen um Budget `96. SP für höhere Steuern, VP dagegen. In: Die Presse, 31.8.1995. S.7.
rie, red: Zerbricht Koalition am Budget `96? SP-Cap: Brauchen neue Steuern. In: Die Presse, 2.9.1995. S.7.
kob, stui: „Das Budget wird termingerecht erstellt." In: Der Standard, 6.9.1995. S.6.
rie: ÖVP beharrt: Keine neuen Belastungen. In: Die Presse, 5.9.1995. S.7.
anka, stui, wof: Präsidenten ringen um Einigung. In: Der Standard, 5.9.1995. S.5.
red: Sozialpartner einigen sich auf 33-Milliarden-Paket. In: Der Standard, 7.9.1995. S.4, 5.
Red: Nun doch neue Steuer, weniger Sozialleistungen. In: Die Presse, 7.9.1995. S.1
Red, apa: Zwischeneiszeit bei Verhandlern des Budget. In: Der Standard, 14.9. 1995. S.5.
Rie: Fischer: Sparpaket nicht „aufschnüren". In: Der Standard, 19.9.1995. S.5.
Kob: Ditz fordert „nationale Kraftanstrengung" zur Rettung des Budgets. In: Der Standard, 19.9.1995. S.5.
Kob: „Wir lassen uns nicht erpressen". In: Der Standard, 20.9.1995. S.6.
Stui: Sozialpartner verweigern 20-Milliarden-„Nachschlag" auf ihr Einsparungspaket. In: Der Standard, 21.9.1995. S.5.
Stui: ÖVP präsentiert ein Milliardenprogramm zur Budgetsanierung. In: Der Standard, 22.9.1995. S.5.
Ar, rie: Dramatik in Regierung. VP sieht Notstand. In: Die Presse, 22.9.1995. S.1.
Red: Budget: Steuererhöhung bleibt größte Streitfrage. In: Die Presse, 23.9.1995. S.1.
Red: Trotz hektischer Nachtverhandlung kein Durchbruch beim Sparbudget. In: Der Standard, 25.9.1995. S.1.
Sy: Das Budget ist saniert, wenn der anderer zahlt. In: Der Standard, 26.9.1995. S.15
Laho, red: Das Budget-Chaos spitz sich zu. SPÖ will Bausparförderung kürzen. In: Red: Das SP-Budgetpapier. In: Die Presse, 26.9.1995. S.7.
Red: Das SP-Budgetpapier. In: Die Presse, 26.9.1995. S.7.
Red: Das VP-Budgetpapier. In: Die Presse, 26.9.1995. S.7.
Sy, stui: Besserverdiener sollen zur Kasse gebeten werden. In: Der Standard, 27.6.1995. S.6.
Ett: Vranitzky reißt Geduld: Budget fertig. Keine Änderungen bei 13./14. Gehalt.
Red: Die ÖVP droht bereits mit dem Bruch der Koalition. In: Der Standard, 28.9.1995. S.1.
Red: Der Verhandlungston wird schärfer. In: Der Standard, 28.9.1995. S.1, 7.
Red: Budget-Finale: Kraftprobe um Frühpensionen. In: Die Presse, 29.9.1995. S.1.
Red: Schüssel und Vranitzky: „Wollen keinen Bruch". In: Der Standard, 30.9.1995. S.1.
Sp: Sparkurs: Schüssel will 20 Milliarden. In: Der Standard, 30.9.1995. S.5.
Apa, mm: Budget droht Koalition zu zerreißen. Harte Attacken statt Annäherung. In: Die Presse, 30.10.1995. S.1.
Ett: Krise um das Budget verschärft sich: ÖVP berät Verhandlungs-Abbruch. In: Die Presse, 2.10.1995. S.1.
Red: Vranitzky schließt Koalitionsbruch nicht aus. In: Der Standard, 2.10.1995. S.1.
Stuiber, Petra: Knackpunkt bleiben Frühpensionen. In: Der Standard, 2.10.1995. S.4.
Krawagner-Pfeifer: „Es steht viel auf dem Spiel". In: Der Standard, 2.10.1995. S.5.
Red: Schüssel fordert Machtwort. Franz Vranitzkys in der SPÖ. In: Der Standard, 3.10.1995. S.1.

Stuiber, Petra: Vranitzky an VP: „Wir wollen ein Budget, aber wir lassen uns nicht erpressen“. In: Der Standard, 3.10.1995. S.5.
Dam: VP spielt SP Budgetball zu: „Schicksal der Koalition liegt in Vranitzkys Hand“. In: Der Standard, 3.10.1995. S.6.
Chs, ett: Budget: Ultimatum Schüssels an SPÖ. In: Die Presse, 3.10.1995. S.6.
Red: Hauptthema Budget: Delegierte gegen „Strafsteuer“ für Frühpensionisten. In: Der Standard, 4.10.1995. S.6.
Bene, sitt, ett, rie: ÖVP gegen Neuwahl, fliegenden Wechsel. In: Die Presse, 4.10.1995. S.6.
Red: ÖVP warnt: Heute abend letzte Frist für Budgeteinigung. In: Der Standard, 5.10.1995. S.1.
Ha, stui: Annäherung bei Frühpensionen. In: Der Standard, 5.10.1995. S.5.
Red: Bis zuletzt Nervenkrieg um Budget. In: Die Presse, 6.10.1995. S.1.
Stui, sy, ha: Neues SPÖ-Paket soll 7 Milliarden bringen. In: Der Standard, 6.10.1995. S.5.
Sp, ha: „Keine Bewegung der SPÖ“. In: Der Standard, 6.10.1995. S.5.
Red: Budget geplatzt, Koalition ratlos, Neuwahl möglich. In: Die Presse, 7.10.1995. S.1.
Ett: Nervenkrieg um das Budget: Vor Neuwahlen? In: Die Presse, 7.10.1995. S.1.
Red: Budgetverhandlungen abgebrochen. Wolfgang Schüssel will nicht mehr. In: Der Standard, 7.10.1995. S.1.
Damböck, Berndadette; Stuiber, Bernadette: VP bricht Gespräch ab, peil Neuwahl an. In: Der Standard, 7.10.1995. S.2.
Kob: Ditz: Entscheidung über Budget in den nächsten zwei Tagen. In: Der Standard, 9.10.1995. S.4.
Af: VP-Schüssel: „Neuwahlen sind keine Tragödie“. In: Der Standard, 9.10.1995. S.5.
Red: Kein Ende der Regierungskrise in Sicht. In: Die Presse, 10.10.1995. S.1.
Dam, er, stui: SP-Prock schert aus: Warum nicht wählen? In: Der Standard, 10.10..1995. S.4.
Stui, sy, ha: Längere Wartezeit oder Bonus-Malus. In: Der Standard, 10.10..1995. S.5.
d.n, ett: Budget: Nun neue SP-Sparvorschläge. ÖVP fordert Klarheit bis Donnerstag. In: Die Presse, 11.10.1995. S.6.
Stui, ha: Staribacher will Fasslabend noch zwei Milliarden für Beschaffung streichen. In: Der Standard, 12.10.1995. S.5.
Red: Das allerletzte Aufgebot von SPÖ und ÖVP. In: Der Standard, 13.10.1995. S.3.
Red: Neuwahlen am 17. Dezember. In: Der Standard, 13.10.1995. S.1.
Red: Eine Scheidung auf österreichisch. In: Der Standard, 13.10.1995. S.2.
Red: Drei Parteien starten Kopf an Kopf in die Neuwahl. In: Die Presse, 13.10.1995. S.1.
Krawagner-Pfeifer, Katharina: Vranitzky: „Ich hätte auch oft vom Tisch aufstehen können“. In: Der Standard, 14.10.1995. S.2.
Sperl, Gerfried: Schüssel: „Die Spielzeit war zu Ende“. In: Der Standard, 14.10.1995. S.4.
Bra: Scheitern der Koalition kommt Österreich 1996 teuer zu stehen. In: Der Standard, 14.10.1995. S.29.
Ha: „Budget mit Pflicht zur Korrektur“. In: Der Standard, 14.10.1995. S.30.
Rose: „Materielle Schäden des Koalitionsbruches nicht mehr reparabel“. In: Der Standard, 20.10.1995. S.16.
Ju: Ditz: „Budget mit Paukenschlag sanieren“. In: Die Presse, 20.10.1995. S.7.
Ewi: Einstellungsstopp bis Juli 1996. Vranitzky stellt „Kanzler-Budget“ vor. In: Die Presse, 20.10.1995. S.7.
Hm: „Nicht auf Kosten unserer Kinder“. In: Der Standard, 20.10.1995. S.16.
Stui: „Fünf Milliarden Steuern auf Überstunden“. In: Der Standard, 28.10.1995. S.4.
Ett: VP-Front gegen Staribacher. In: Die Presse, 10.11.1995. S.1.

Brandstetter, Ernst: Kassasturz und Rückzug des Staates. In: Der Standard, 17.11.1995. S.26.
Mon, red: Hums bittet Unternehmen zur Kasse. In: Der Standard, 22.1.1995. S.4.
d.n, ett: Schüssel ortet in SPÖ „Klassenkampf-Ideen". In: Die Presse, 22.11.1995. S.7.
red: Vranitzky kündigt nun „tiefe Einschnitte" an. In: Die Presse, 4.12.1995. S.6.
d.n: Budget bis zuletzt größter Zankapfel. In: Die Presse, 4.12.1995. S.6.
Kraus, Doris; Böhm, Wolfgang: Madrid: Währung wurde Zankapfel. Letzter Koalitionsstreit vor der Wahl. In: Die Presse, 16.12.1995. S.1.

Koalitionsverhandlungen und Doppelbudget 1996/97

Rie: Erster Konsens zwischen SP und VP: Kassasturz eröffnet Koalitionssuche. In: Die Presse, 23.12.1995. S.1.
Red: Schock nach Kassasturz: In zwei Jahren 166 Milliarden einsparen. In: Die Presse, 29.12.1995. S.1.
Kob: Fischer mahnt Koalitionsverhandler zur Eile. In: Der Standard, 29.12.1995. S.4.
Ett, ju: Erste Annäherung der Koalition: Zwei Budgets auf einen Streich. In: Die Presse, 30.12.1995. S.1.
Dam: Staribacher warf das Handtuch: „Sachverstand allein ist zuwenig". In: Der Standard, 3.1.1996. S.4.
Sperl, Gerfried: Vranitzky vollzieht schnellen Klima-Wechsel. In: Der Standard, 3.1.1996. S.5.
Red: Mit Klima steigt Chance auf Koalition. In: Die Presse, 3.1.1996. S.1.
Red: Erste Annäherung im Koalitions-Poker. In: Die Presse, 4.1.1996. S.1.
Ina: Klima will in zwei Jahren 100 Milliarden sparen. In: Der Standard, 4.1.1996. S.4.
Red: Weitere Annäherung SPÖ-ÖVP: Weg frei für offizielle Gespräche. In: Die Presse, 5.1.1996. S.1.
Red: Weniger Steuerzuckerln und soziale Staffelung von Förderungen. In: Der Standard, 8.1.1996. S.11.
Sy: „Sehr geehrter Herr Vizekanzler". Vranitzkys Sparbrief an Schüssel. In: Der Standard, 8.1.1996. S.11.
Kobenter, Samo; Krawagner-Pfeifer, Katharina: VP will mit der SP verhandeln. In: Der Standard, 9.1.1996. S.5.
Red: SPÖ und ÖVP mit Auftakt zufrieden. In: Der Standard, 13.1.1996. S.5.
Stui: Die Entdeckung der „neuen Ehrlichkeit". In: Der Standard, 19.1.1996. S.4.
Rie, red: Budget: Jeder zahlt bis zu 4500 S im Monat. In: Die Presse, 6.2.1996. S.1, 6.
Red: Zwischen SPÖ und ÖVP vereinbarte Maßnahmen. In: Die Presse, 6.2.1996. S.6.
Red: Vranitzky: Sparen durch Reform. In: Der Standard, 6.2.1996. S.1.
Red: Eine nationale Kraftanstrengung. In: Der Standard, 6.2.1996. S.4.
Red: Eltern müssen sich zweiter Karenzjahr künftig teilen. In: Der Standard, 6.2.1996. S.4.
Red: Aufwand für Beamte einfrieren. In: Der Standard, 6.2.1996. S.4.
Red: Fiskus kassiert 33 Milliarden mehr. In: Der Standard, 6.2.1996. S.5.
Red: Verlustabschreiber im Aus. Höhere Investitionsfreibeträge. In: Der Standard, 6.2.1996. S.5.
Red: Kräftige Schnitte bei den Frühpensionen. In: Der Standard, 6.2.1996. S.5.
Red: Schüssel: „Harte Tage kommen erst". In: Der Standard, 7.2.1996. S.4.
Stui, apa: Sozialsparpaket bleibt zu. In: Der Standard, 22.2.1996. S.6.

Budget 1998 und 1999

d.n: Koalitionsstreit um Doppelbudget 98/99. In: Die Presse, 25.7.1996. S.6.
red: Vranitzky: Nein zu weiteren Doppelbudgets.
Red: Vranitzky: Nein zu weiteren Doppelbudgets. In: Die Presse, 29.7.1996. S.6.

Apa: Vranitzky will nicht von Doppelbudgets wissen. In: Der Standard, 29.7.1996. S.5.
Ett: Doppelbudget: SP verwundert über Khol. „Dazu wäre Verfassungsänderung nötig". In: Die Presse, 30.7.1996. S.6.
Apa: Klima: Ein zweites Doppelbudget ist verfassungswidrig. In: Der Standard, 31.7.1996. S.14.
Neuwirth, Dietmar; Rief, Norbert: Budgets sollen bis `99 fixiert werden. Regierung erledigt Reformvorhaben. In: Die Presse, 13.11.1996. S.6.
Red: VP lehnt Erhöhung der Erbschaftssteuer ab. In: Der Standard, 7.5.1996. S.5.
Red: Für Vranitzky ist Erhöhung der Erbschaftssteuer fix. In: Der Standard, 25.11.1996. S.1.
Red: Edlinger gegen Rauch-Kallat. Steuerreform nicht vor 2000. In: Der Standard, 3.3.1997. S.12.
Red: Schüssel: Steuerreform noch vor nächster Wahl. In: Der Standard, 10.3.1997. S.1.
Cs, apa: Schüssel drängt auf Steuerreform. In: Der Standard, 10.3.1997. S.6.
Hann, Michael: Edlinger will Kest erhöhen. In: Der Standard, 29.3.1997.S.27
Ett: Steuerpläne: Schüssel tadelt Finanzminister. In: Die Presse, 4.4.1997. S.7
Ett: Höhere Steuern: ÖVP will darüber nicht diskutieren. In: Die Presse, 27.5.1997. S.6.
Ett: Klima: Keine neuen Belastungspakete. Schüssel verweigert Steuerdebatte. In: Die Presse, 28.5.1997. S.8.
Red: Harmoniebekundungen am Seeufer. In: Der Standard, 10.6.1997. S.5.
Red: Vor letzten Budgetverhandlungen: Hektik und Irritation in der Koalition. In: Die Presse, 23.7.1997. S.10.
Ha: Edlinger: Ab 1999 werden die Staatsschulden gesenkt. In: Der Standard,25.7.1997. S.1.
Stuiber, Petra: Mehr Geld für Familien läßt Steuerreform schrumpfen. In: Der Standard, 13.2.1998. S.5.
Hann, Michael: Das Budget für 1999 ist fixiert. In: Der Standard, 4.3.1998. S.19.
Stui: Edlinger präsentiert Euro-Budget. In: Der Standard, 26.3.1998. S.6.

Steuerreform und Budget 2000

w.s; ag: Hin und Her um Steuerreform und Wahlen. In: Die Presse, 22.8.1998. S.7.
red, apa: ÖVP drängt auf Steuerreform. In: Der Standard, 24.8.1998. S.6.
Krawagner-Pfeifer, Katharina: „Stehe für Abenteuer bei Steuerreform nicht zur Verfügung." In: Der Standard, 25.8.1998. S.8.
Red: Steuerreform vor der Wahl im Herbst. In: Der Standard, 27.8.1998. S.8.
d.n, ewi: Karenz, Waffen: Koalition streitet weiter. In: Die Presse, 17.9.1998. S.1.
apa: Kostelka appelliert bei Steuerreform an „Regierungsverantwortung" der VP. In: Der Standard, 21.9.1998. S.7.
Ettinger, Karl; Benedikt, Robert: ÖVP attackiert Finanzminister und beharrt auf Senkung der Steuertarife. In: Die Presse, 14.10.1998. S.9
Ina: ÖVP-Arbeitnehmer für Spekulationssteuer. In: Der Standard, 5.10.1998. S.8.
Ef: Edlinger bekräftigt: SPÖ will Steuer auf Aktiengewinne. In: Der Standard, 7.10.1998. S.1.
Ina: Steuerreform als „Koalitionsfrage". In: Der Standard, 19.10.1998. S.7.
Ha: Steuerreform: VP fordert SP-Konzept. In: Der Standard, 21.10.1998. S.23.
Klima: Steuerreform bis März oder Neuwahlen. In. Die Presse, 31.10.1998. S.1.
Ar: Steuerreform: Klima lehnt VP-Plan ab. In: Die Presse, 2.11.1998. S.1.
Red: Schon im Mai 1999 soll gewählt werden. In: Der Standard, 2.11.1998. S.1.
Krawagner-Pfeifer, Katharina: Schüssel: Früher wählen ohne VP nicht machbar. In: Der Standard, 3.11.1998. S.8.
And: ÖVP lenkt nun bei der Spekulationssteuer ein. In: Die Presse, 3.11.1998. S.23.
Ewi: SPÖ empört über VP-Chef Schüssel. In: Die Presse, 4.11.1998. S.9.

Stui: Keine Grenze für Beiträge zur Sozialversicherung. In: Der Standard, 13.11.1998. S.7.
Stui, mue: Bis zu 4800 Schilling Steuerersparnis. In: Der Standard, 14.11.1998. S.7.
Stui, mon: ÖVP schwankt von „Belastung“ zu „Schritt in die richtige Richtung“. In: Der Standard, 17.11.1998. S.7.
Ew, red: Differenzen mit Minister Edlinger. ÖVP beharrt: Steuertarife senken. In: Die Presse, 19.11.1998. S.7.
Ett, per: Senkung der Steuertarife: Skepsis Klimas zu VP-Plan. In: Die Presse, 21.11.1998. S.7.
Schell, and: Schüssel drängt auf Entlastung. SPÖ hält „Geheimtreffen“ ab. In: Die Presse, 28.11.1998. S.25.
Ha: Steuerreform: Die ÖVP will eine Entlastung von 26 Milliarden Schilling. In: Der Standard, 28.11.1998. S.27.
Stui: VP wettert gegen „Belastung“, Klima will „Vertraulichkeit“. In: Der Standard, 21.11.1998. S.7.
Apa, red: Steuerreform-Kraftakt: Am Montag beginnen die Intensiv-Verhandlungen. In: Die Presse, 12.12.1998. S.50.
Ha, stui: Eine Entlastung um 30 Milliarden. In. Der Standard, 15.12.1998. S.7.
Red, apa: Heftiger Steuerstreit in Koalition. In: Der Standard, 18.1.1999. S.8.
Red: „Schüssel soll Spendierhosen ausziehen“. In: Der Standard, 21.1.1999. S.6.
Red: Steuerreform: Vor Verhandlungen Krieg der Worte in der Koalition. In. Die Presse, 9.2.1999. S.9.
Cs, stui: „Forderungen der ÖVP sind überzogen und kosten 40 Milliarden“. In: Der Standard, 9.2.1999. S.6.
Ett: Entspannung im Kampf um die Steuerreform. In: Die Presse, 10.2.1999. S.7.
Red: Finale bei Steuerreform: Ringen um Entlastung für Besserverdiener. In: Die Presse, 22.3.1999. S.6.
Stuiber, Petra: Edlinger: Tarifsenkung und Absetzbetrag sind gemeinsam Möglichkeit. In: Die Presse, 10.2.1999. S.7.
Ett: Regierung ringt um Reformpaket: „Aktiensteuer ist absolut strittig“. In: Die Presse, 17.3.1999. S.9.
Stui, mon: Koalition über Tarifsenkung noch uneinig. In: Der Standard, 17.3.1999. S.9.
Kob, jub, völ: Langsame Annäherung an Steuerreform. In: Der Standard, 18.3.1999. S.8.
Stuiber, Petra: „Maschinensteuer“ für die Familien. In: Der Standard, 20.3.1999. S.7.
Red: Steuerreform: Hektik um Abschluß. In: Die Presse, 24.3.1999. S.1.
Ett: Feilschen bis zuletzt um Details der Steuerreform. In: Die Presse, 24.3.1999. S.7.
Ett: „Eine herzeigbare Steuerreform“. Nun Neuwahlen am 3. Oktober. In: Die Presse, 24.3.1999. S.10.
And: Aktiensteuer „light“ als Kompromiß. In: Die Presse, 24.3.1999. S.11.
And: 17 Milliarden Tarif-Senkung fixiert. Auch Entlastung der Spitzenverdiener. In: Die Presse, 24.3.1999. S.11.
Stuiber, Petra: Frühlingserwachen in Steuersachen. In: Der Standard, 24.3.1999. S.2.
Red: Getränkesteuer: SPÖ versucht Alleingang. In: Die Presse, 7.7.1999. S.1.
Red: Getränkesteuer: SPÖ versucht Alleingang. In: Die Presse, 7.7.1999. S.1.
And: Reparatur der Getränkesteuer spaltet die Regierungsparteien. In: Die Presse, 7.7.1999. S.15.
Red: Riesenkrach um Getränkesteuer. In: Die Presse, 15.7.199. S.1.
Ha: Länder sollen Gemeinden retten. In: Der Standard, 16.7.1999. S.17.

Koalitionsverhandlungen 1999/2000

Red: Budget-Krach verschärft die Spannung zwischen SPÖ, ÖVP. In: Die Presse, 1.12.1999. S.1.

Linsinger, Eva: Schüssel: Den Ministern drohen wegen Edlinger Zivilklagen. In: Der Standard, 1.12.1999. S.6.
Völker, Michael: Molterer: Sparerlass „unsinnig“. In: Der Standard, 2.12.1999. S.8
Red: Ministerien wollen sparen, wo es am wenigsten weh tut. In: Der Standard, 3.12.1999. S.7.
Witzmann, Erich: „Edlinger hat Regierung nicht zeitgerecht, nicht vollständig informiert.“ In: Die Presse. 30.12.1999. S.7.
Ewi, ett: „Hundert Mal gefragt.“ In: Die Presse, 31.12.1999. S.7.
d.n, mip: Konflikt um die neuen Budget-Zahlen. In: Die Presse, 12.1.2000. S.9.

Familie

Ehe und Familie in der Verfassung

a.k: Ehe und Familie: Der Volkspartei den Kampf angesagt. In: Die Presse, 29.10.1987. S.7.
a.k: Die Ehe als Verfassungswert: Weiter Streit um Kompromiß. In: Die Presse, 5.2.1988. S.5.
red: Verankerung von Ehe und Familie: Schwesternzwist der Großparteien. In: Die Presse, 19.2.1988. S.5.
mth: Neuer Regierungszank um Ehe und Familie. In: Die Presse, 18.3.1988. S.4.
red: Ehe in der Verfassung: Streit neu entflammt. In: Die Presse, 9.9.1988. S.4.
ett: Konflikt in Fragen der Familienpolitik eskaliert. In: Die Presse, 8.11.1988. S.5.
d.n: Bei Jugendwohlfahrt und Männer-Karenz wurden Verhandlungen jetzt unterbrochen. In: Die Presse, 7.12.1988. S.4.
d.n: Familie in der Verfassung. Noch immer keine Einigung. In: Die Presse, 9.2.1989. S.5.
ett: Verfassungsstreit um Frauen und Familie. In: Die Presse, 3.6.1995. S.6.
red: Streit um Familie in der Verfassung. In: Die Presse, 27.5.1997. S.7.
stui: „Familien nicht in die Verfassung“. In: Der Standard, 6.6.1997. S.6.
red, apa: VP-Bartenstein beharrt: Familien in Verfassung. In: Der Standard, 6.6.1997. S.6.
eli, völ: Hürden auf dem Weg. In: Der Standard, 4.1.2000. S.6.

Familienförderung

a.k: Kindergeld nur für „Arme“? Flemming löst Streit aus. In: Die Presse, 20.2.1987. S.4.
red: Familienbeihilfe: Kommt es zu einer Staffelung? In: Kleine Zeitung, 9.1.1987. S.2.
a.k: Flemming beharrt auf Kindergeld-Staffelung. In. Die Presse, 17.4.1987. S.4.
a.k: 600 Millionen aus Familienfonds für ÖBB. VP plant höheres Kindergeld ohne Ja der SP. In: Die Presse, 9.10.1987. S.4.
s.m: Dohnal lehnt Staffelung der Kinderbeihilfe ab. In: Die Presse, 13.10.1987. S.4.
a.k: Koalition streitet weiter über Väter-Karenz. SP will eingrenzen, VP hat radikalere Pläne. In: Die Presse, 27.5.1987. S.4.
red: Heftiger Streit um Familienförderung. Protest gegen Flemmings Steuerpläne. In: Die Presse, 7.1.1988. S.4.
d.n: Bei Jugendwohlfahrt und Männer-Karenz wurden Verhandlungen jetzt unterbrochen. In: Die Presse, 7.12.1988. S.4.
d.n: Streit um Männer-Karenz schürt Mißtrauen in Koalition. In: Die Presse, 2.2.1989. S.5.
thal: Dohnal, Traxler: ÖVP will zur Heirat zwingen. Nach Kompromiß über Jugendwohlfahrt: Karenzurlaub und Mutterschutz bleiben Stolpersteine. In: Der Standard, 2.2.1989. S.6.

d.n: Väterkarenz spaltet die Regierung. VP beharrt auf Koppelung mit Sorgerecht. In: Die Presse, 16.3.1989. S.5.
d.n: Streitfall Männer-Karenz. Flemming nimmt jetzt einen neuen Anlauf. In: Die Presse, 24.5.1989. S.5.
mth: SP plant Familienpaket ohne Mehrkindstaffelung. In: Die Presse, 23.3.1989. S.5.
d.n: Flemming will Karenzurlaub auf drei Jahre verlängern. In: Die Presse, 16.2.1989. S.5.
Kohl, Walter: VP will Mehrkind-Familien fördern. Mock übt beim Familienkongress Kritik am Koalitionspartner. In: Die Presse, 3.4.1989. S.5.
Mth: Maßnahmenkatalog für die Familien. SPÖ jetzt für Teilzeitarbeit nach Karenz. In: Die Presse, 26.5.1989. S.5.
Ett: VP will zwei Jahre Karenz. Mehr Beihilfe für kinderreiche Familien. In: Die Presse, 2.6.1989. S.5.
Salomon, Martina: Geppert: Recht auf Teilzeit für Eltern. Koalitionskomitee um Kompromiß bemüht – Sozialminister: „Kein Medienmuffel“. In: Der Standard, 3.6.1989. S.4.
Red, apa: Staffelung der Kinderbeihilfen: Lacina attackiert Flemming. In: Der Standard, 20.7.1989. S.1.
d.n, red: Zwist um Familienbeihilfe. SP lehnt gestaffelte Erhöhung ab. In: Der Standard, 20.7.1989. S.5.
mk, red: Riegler bricht Lanze für Flemming. In: Die Presse, 21.7.1989. S.5.
mon: Jeder kämpft für sein Familienmodell. In: Der Standard, 22.7.1989. S.5.
red: Vranitzky will jetzt Altersstaffelung bei Familienbeihilfe. In: Die Presse, 22.6.1989. S.5.
mk, red: 150 Schilling pro Kind? Neue Runde im Familienstreit. In: Die Presse, 22.8.1989. S.5.
red: Neuer Vorschlag der SPÖ zur Erhöhung der Familienbeihilfe. In: Der Standard, 22.8.1989. S.5.
mth: Neue SP-Idee zur Familienpolitik. Keine längere Karenz, kürzere Arbeitszeit für beide Elternteile. In: Die Presse, 25.8.1989. S.5.
mon: Koalition berät Erhöhung der Kinderbeihilfe. In: Der Standard, 6.9.1989. S.5.
Solomon, Martina: Familienbeihilfe: Noch kein Kompromiß in Sicht. In: Der Standard, 1.9.1989. S.4.
Red: Ringen um Familienförderung. In: Die Presse, 14.9.1989. S.6.
Mon, sy: Mitte 1991 Erleichterung für Familien. Zweites Karenzjahr ohne Arbeitsverbot. In: Der Standard, 14.9.1989. S.1.
Salomon, Martina: Koalition über längeren Karenzurlaub einig. In: Der Standard, 14.9.1989. S.5.
Red, apa: SP droht mit Alleingang bei höherer Familienbeihilfe. Traxler hofft auf „gütliche Einigung“ mit ÖGB. In: Der Standard, 15.9.1989. S.5.
d.n: Familienbeihilfe entzweit weiter die Koalition. In: Die Presse, 19.9.1989. S.5.
d.n: Vor Familien-Kompromiß. Statt Mehrkinderstaffel neuer Fonds. In: Die Presse, 28.9.1989. S.5.
Ettinger, Karl: Familienpaket. In: Die Presse, 3.10.1989. S.5.
Red: Konflikt um zweites Karenzjahr nicht beigelegt. In: Die Presse, 5.10.1989. S.5.
d.n: Koalition ringt um Familienpakte. Zweijährige Karenz weiter strittig. In: Die Presse, 30.10.1989. S.5.
red: Neue Flemming-Ideen für das Familienpaket. In: Die Presse, 2.11.1989. S.5.
d.n: Familien-Verhandlungen treiben Keil in Koalition. In: Die Presse, 31.10.1989. S.5.
Salomon, Martina: Flemming beschuldigte Dohnal: „Zweites Karenzjahr blockiert“. In: Der Standard, 3.11.1989. S.6.
d.n: Vranitzky, Riegler sollen das Familienpaket retten. In: Die Presse, 4.11.1989. S.5.

mon, apa: Parteichefs sollen Karenzjahr klären. In: Der Standard, 4.11.1989. S.7.
mk: Familienpaket bleibt offen. Erfolgloses Gespräch Vranitzky – Riegler. In: Die Presse, 9.11.1989. S.5.
d.n: Familienpaket: Flemming droht mit VP-Alleingang. In: Die Presse, 10.11.1989. S.5.
mon: Familienpaket soll in den nächsten Tagen fertig sein. In: Der Standard, 14.11.1989. S.6.
mth: Familienpaket: Einigung. Bundes- und Vizekanzler verhandelten. In: Die Presse, 14.11.1989. S.5.
er: Nun endgültige Einigung über das Familienpaket. Regelung für Bäuerinnen noch offen. In: Der Standard, 15.11.1989. S.6.
ar, d.n: Familienpaket: VP-Konflikt eskaliert. Riegler bedauert Nein der Wirtschaft. In: Die Presse, 7.12.1989. S.5.
d.n: Väter-Karenz ab 1990. Koalition bejubelt schwer erzielte Einigung. In: Die Presse, 9.12. 1989. S.5.
Wiener Redaktion: Vater-Babyurlaub: ÖVP-Klub gibt die Abstimmung frei. In: Kleine Zeitung, 12.12.1989. S.2.
d.n: Familienpaket, Teil II. In: Die Presse, 14.12.1989. S.5.
ett: Ringen um längere Karenz. Flemming will Wirtschaft entgegenkommen. In: Die Presse, 5.1.1990. S.5.
red: Flemming und Dohnal: Zweites Karenzjahr klären. In: Der Standard, 5.1.1990. S.5.
apa, red: Kinderfreunde fordern drei Jahre Karenzurlaub. SP-Schulsprecher Matzenauer neuer Obmann. In: Der Standard, 29.1.1990. S.6.
mon: Sozialpartner zur Familie: Zweites Karenzjahr so gut wie fix. In: Der Standard, 3.5.1990. S.5.
d.n, ett: Sozialpartner: Weg frei für ein zweites Karenzjahr. In: Die Presse, 4.5.1990. S.1,6.
Salomon, Martina: Letzte Familienpaket-Streitpunkte: Geld für Firmen und Bäuerinnen. In: Der Standard, 5.5.1990. S.5.
Salomon, Martina: Zähneknirschen bis zuletzt. Verhandlungen zum Familienpaket auch in der Endphase mühsam. In: Der Standard, 10.5.1990. S.6.
d.n: Karenzgeld für Hausfrauen. VP: Erziehung auf Pension anrechnen. In: Die Presse, 11.5.1990. S.1.
hsp: ÖVP wirbt mit Geld um Frauenstimmen. Karenz auch für Hausfrauen, Studenten. In: Der Standard, 11.5.1990. S.6.
d.n, red: „Klassenkampf“ um Karenzgeld für selbständige Mütter und Bäuerinnen. In: Die Presse, 12.5.1990. S.1.
red, apa: Zweites Karenzjahr: Dohnal erwartet rasche Einigung. In: Die Presse, 22.5.1990. S.5.
ett: Weiter Warten auf Familienpaket. In: Die Presse, 23.5.1990. S.5.
mon: Familienpaket: Jeder bucht Erfolg für sich. In: Der Standard, 9.12.1990. S.6.
red: Zeit drängt, Regierung pokert, Parlament wartet. Gespräche in letzter Minute sollen Familienpaket retten. In: Die Presse, 30.5.1990. S.5.
ar: Gespräch mit Ditz beseitigt die letzten Hürden. In: Die Presse, 31.5.1990. S.1.
ar: Gespräch Lacina – Ditz rettet Familienpaket. In: Die Presse, 31.5.1990. S.1.
er: Karenzgeld für Selbständige fix. Mutterschutzbestimmungen für Frauen mit befristetem Dienstverhältnis. In: Der Standard, 30.5.1990. S.7.
d.n: Familienpaket jetzt fix. Zwei Jahre Karenzurlaub. In: Die Presse, 2.6.1990. S.1.
red, apa: Koalitionsparteien einigten sich: Das Familienpaket ist geschnürt. In: Der Standard, 2.6.1990. S.5.
d.n, mk: Jubel über Familienpaket. In: Die Presse, 28.6.1990. S.5.
Ettinger, Karl: Dohnal: Teilzeitarbeit für Eltern weiter verbessern. Staatsekretärin will 10.000 Schilling Mindestlohn per Gesetz. In: Die Presse, 30.7.1990. S.5.

d.n: VP: Mütter pro Kind zwei Jahre früher in Pension. In: Die Presse, 1.8.1990. S.5.
red: SP: Teilzeitarbeit für Eltern bis zum 6. Jahr des Kindes. In: Die Presse, 10.8.1990. S.5.
kor, ett: Zähes Ringen um Pension und Familie. In: Die Presse, 10.11.1990. S.6.
mk: Hausarbeit wird honoriert. In: Die Presse, 12.1.1991. S.5.
ett: VP-Pensionsplan: Frauen, die schon Kinder haben, sollen nicht leer ausgehen. In: Die Presse, 6.2.1991. S.7.
ett, ag: Dohnal will um beste Lösung für Frauen kämpfen. Pensionspläne für Mütter: Fragezeichen und viel Post. In: Die Presse, 7.2.1991. S.6.
red: SPÖ verzögert Karenzgeld für Nicht-Berufstätige. In: Der Standard, 7.5.1991. S.1.
jel: Karenz-Ersatzgeld für Hausfrauen, Studierende von SPÖ blockiert. SP will Koalitionsvereinbarung für Familien nicht erfüllen, sagte VP-Klubchef Neisser. In: Der Standard, 7.5.1991. S.7.
er, apa: Geldmangel entzweit Regierung. Riegler: Lacina blockiert Vorhaben – Vranitzky: Sparsamkeit muß Vorrang haben. In: Der Standard, 8.5.1991. S.7.
ett, ag: „Geburtenzuschlag“ für Mütter: Hektik und Hoffnung in der Regierung. In: Die Presse, 15.5.1991. S.6.
d.n: Geburten-Zuschlag auch für Berufstätige. Regierung einig, aber Widerstände in VP. In: Die Presse, 16.5.1991. S.6.
d.n: Jetzt Familien-Krach in der Koalition. In: Die Presse, 17.5.1991. S.1.
sp, er: Zuschlag&Zuschuß für Familien. In: Der Standard, 22.5.1991. S.5.
d.n: „Familienministerium wurde heruntergewirtschaftet“. In: Die Presse, 7.8.1991. S.5.
d.n, red: Ruth Feldgrill: Kinderbeihilfe „automatisch“ jährlich erhöhen. In: Die Presse, 8.8.1991. S.6.
apa, ek: „Hände weg von meinem Fonds“. In: Der Standard, 8.8.1991. S.6.
anzi: SP: Beihilfenerhöhung für Familien zu gering. In: Der Standard, 30.8.1991. S.6.
red: Koalitionskrampf um das Budget. Familienministerin droht mit Veto. In: Der Standard, 16.9.1991. S.7.
apa: Familienministerin plant Aus für Gratisschulbuch. In: Der Standard, 27.9.1991. S.6.
er: VP schwankt weiter zwischen Neuwahl und großer Koalition. In: Der Standard, 28.9.1991. S.8.
d.n: Höhere Familienbeihilfe gesichert. In: Die Presse, 12.10.1991. S.6.
d.n: Nun auch VP für Recht auf Teilzeit als Karenzersatz? In: Die Presse, 28.12.1991. S.5.
red: „Klassenkampf“ um Steuervorteil für Kinder. In: Die Presse, 9.1.1992. S.1.
d.n, has, red: Familienbesteuerung: Nun Entwarnung in Koalition. Aber neuer Konflikt um die Mehrkinderstaffel. In: Die Presse, 10.1.1992. S.5.
Mathis, Heinrich: Kinderbeihilfe als fixer Absetzbetrag. In: Der Standard, 11.1.1992. S.19.
Red: Vor harten Verhandlungen über Familienbesteuerung. In: Die Presse, 11.1.1992. S.5.
Mon, apa: Koalitionsfriede bei der Familie. In: Der Standard, 13.1.1992. S.6.
Ha, mon, apa: Ratlosigkeit in der Regierung. In: Der Standard, 9.1.1992. S.13.
d.n: Auch in Familienpolitik offener Konflikt. In: Die Presse, 15.1.1992. S.5.
has, mk: Koalition einig: Steuervorteile für Familien. In: Die Presse, 17.1.1992. S.5.
ha: SPÖ noch gegen „Mehrkinderstaffel“. In: Der Standard, 17.1.1992. S.5.
sy: Bald Zahltag für neue Familienbeihilfe. In: Der Standard, 18.1.1992. S.20.
red, mth: Nach der ersten Verhandlung über die künftige Familienförderung noch unterschiedliche Positionen der Regierungsparteien. In: Die Presse, 18.1.1992. S.5.
Apa: Lacinas Steuerpläne als Koalitions-Belastung. In: Der Standard, 20.1.1992. S.6.
has: Noch Rätselraten über Kinderförderung. Kampf um Geld aus dem Familienfonds. In: Die Presse, 27.1.1992. S.5.

d.n, red: Konflikt um Familienbesteuerung spitzt sich dramatisch zu. In: Die Presse, 6.2.1992. S.6.
d.n, mth: Dohnal wirft Feldgrill „Borniertheit“ vor. Weiter Spannung um Familiensteuer. In: Die Presse, 7.2.1992. S.6.
ett: VP will Lohnsteuer-Milliarden für Familien abzweigen. Recht auf Teilzeitarbeit für Eltern bleibt umstritten. In: Die Presse, 11.3.1992. S.5.
ett: Drei Bruchstellen für Koalition im „Frauenpaket“. In: Die Presse, 14.3.1992. S.4.
mon: Familiengeld noch nicht in Sicht. In: Der Standard, 17.3.1992. S.8.
d.n: Nun Koalitionsspitze als Krisenfeuerwehr? In: Die Presse, 27.3.1992. S.5.
sy: Parteien schnüren neues Familienpaket. In: Der Standard, 10.4.1992. S.15.
mon: Neue Familienförderung auf Kosten der Besserverdiener. In: Der Standard, 14.4.1992. S.1.
d.n, red: Koalition schnürt neues Familienpaket. Steuervorteile auch für Alleinerzieher. In: Die Presse, 16.4.1992. S.4.
red: Fast nur „Gewinner“ beim neuen Familienpaket. Nun fix: Fünf Milliarden Schilling mehr aus dem Budget. In: Die Presse, 17.4.1992. S.4.
mon: Koalitionäre gratulieren sich zum Familienpaket. In: Der Standard, 17.4.1992. S.7.
ar: Kehrtwendung bei Familienpolitik der SPÖ: Förderung soll vom Einkommen abhängen. In: Die Presse, 22.3.1993. S.4.
d.n: Familienbeihilfe wird unbürokratischer. Konflikt um Staffelung nach Einkommen. In: Die Presse, 26.3.1993. S.5.
Kramser, Annemarie: Karenzgeld: Väter sollen einspringen. In: Der Standard, 14.7.1993. S.4.
Red, eid: Stummvoll: „Mut zur Wahrheit fehlt“. In: Die Presse, 14.7.1993. S.7.
Red, d.n: Hält Ledigen-Karenzgeld von Heirat ab? In: Die Presse, 15.7.1993. S.6.
Mathis, Heinrich: Valorisierung des Karenzgeldes wackelt. In: Der Standard, 16.7.1993. S.19.
Kramser, Annemarie: SP will Strukturänderung bei Familienförderungen. In: Der Standard, 22.7.1993. S.5.
Ar: Milliarden-Poker geht weiter. Mehr Kontrolle bei Karenzgeld? In: Die Presse, 16.9.1993. S.6.
Red, d.n: Nun wackelt „Einigung“ über das Budget ´94. In: Die Presse, 27.9.1993. S.6.
Lyn, sy: Dohnal blockiert Budget, falls Karenzgeld eingefroren wird. In: Der Standard, 28.9.1993. S.16.
Red: Busek stellt klar: Budgeteinigung ist fixiert. In: Die Presse, 6.10.1993. S.7.
Sy: Langes Ringen um Einsparungen für den neuen Bundeshaushalt. In: Der Standard, 13.10.1993. S.15.
Apa: Vranitzky erneut für höheres Karenzgeld. In: Der Standard, 12.10.1993. S.16.
Red: Budget: Total verhärtete Fronten bei Karenzgeld. In: Die Presse, 14.10.1993. S.1.
Red: 132 Schilling mehr Karenzgeld 1994. Höhere Arbeitslosenbeiträge fix. In: Die Presse, 19.10.1993. S.7.
Stui: Busek und Dohnal gegen Karenzgeld-Streichung. In: Der Standard, 12.1.1994. S.5.
Anka, cs: ÖVP-Neisser rügt „Oberförster“ Hesoun. In: Der Standard, 15.1.1994. S.5.
d.n: SP-Attacken gegen die Familienministerin. In: Die Presse, 27.1.1994. S.7.
red: ÖVP schießt zurück. In: Die Presse, 27.1.1994. S.7.
ar: Gereizte Koalition wegen Familien, Umverteilung. In: Die Presse, 27.7.1994. S.7.
red: Johanna – „wild entschlossen“. In: Der Standard, 16.8.1994. S.4.
stui, mon: Beharren der ÖVP auf Geld für Kinderreiche löst SPÖ-Widerstand aus. In: Der Standard, 10.1.1995. S.5.
red: Abtausch von Mehrkinderstaffel und erhöhtem Karenzgeld möglich. In: Der Standard, 11.1.1995. S.1.
mon, dam, enk: ÖVP für einheitliches Karenzgeld. In: Der Standard, 11.1.1995. S.1, 5.

Red: SPÖ schnürt Sparpaket auf. In: Die Presse, 12.1.1995. S.1.
Mon, kob, ina: Ideologie-Streit um Sparpaket. In: Der Standard, 12.1.1995. S.5.
Red: Kinderstaffelung bleibt, Beihilfe sinkt. In: Die Presse, 7.2.1995. S.7.
Ar: Budget 1995: Hektik, Drohungen, Absagen. In: Die Presse, 4.3.1995. S.7.
Red: Busek zu Budget: Ministerin Dohnal soll zustimmen oder zurücktreten. In: Die Presse, 6.3.1995. S.6.
Stui: Frauen von Unternehmern: SPÖ gibt nach. In: Der Standard, 7.3.1995. S.5.
Stui: Hektische Offen beim Karenzgeld: Der Name des Vaters, 161 Schilling Kürzung. In: Der Standard, 7.3.1995. S.5.
Ett, rie: Dohnal mußte einlenken. Kompromiß rettet Sparpaket. In: Die Presse, 8.3.1995. S.1.
Stui: Noch offene Fragen bei Lehrlingen, Karenzgeld. In: Der Standard, 16.3.1995. S.6.
Salomon, Martina; Stuiber, Petra: Familienbeihilfe nur auf Antrag? In: Der Standard, 23.1.1996. S.5.
Salomon, Martina: Familien bleiben harte Schnitte erspart – Ditz lobt Verhandlungen. In: Der Standard, 26.1.1996. S.5.
Dam: Zwei Karenzjahre auch ohne Partner. In: Der Standard, 7.2.1996. S.4.
Stuiber, Petra: Familienbeihilfe für Studenten nur bis 26. In: Der Standard, 16.2.1996. S.4.
Apa, red: Uneinigkeit über das zweite Karenzjahr. In: Der Standard, 21.2.1996. S.4.
Apa: Koalitionsverhandler sind jetzt in der Zielgeraden. In: Der Standard, 5.3.1996. S.4.
Dam: Zweimal sitzenbleiben kostet Familienbeihilfe. In: Der Standard, 12.6.1996. S.6.
Stuiber, Petra: Diktat der leeren Töpfe. In: Der Standard, 22.6.1996. S.5.
Red: Familien-Zwist zwischen SPÖ und ÖVP. In: Die Presse, 27.7.1996. S.7.
d.n, no: Streit um Familiensteuern eskaliert. ÖVP droht nun mit Volksbegehren. In: Die Presse, 2.8.1996. S.6.
d.n, no: Streit um Familien: SPÖ wirft ÖVP Unernst vor. In: Die Presse, 3.8.1996. S.7.
red, apa: SP: Soziale Staffelung der Familienbeihilfe. In: Der Standard, 3.8.1996. S.4.
ett, no: Differenzen um Familienförderung. Vranitzky: Stärker sozial staffeln. In: Die Presse, 7.8.1996. S.6.
cs. Apa: 200 Milliarden Schilling – das muß für die Familienförderung reichen. In: Der Standard, 7.8.1996. S.4.
red: Wieder VP-Drohung bei Familiensteuer. In: Die Presse, 8.8.1996. S.6.
Sperl, Gerfried; Schüssel, Wolfgang: Schüssel: Spitzensteuersatz bleibt. In: Der Standard, 22.8.1996. S.5.
Rief, Norbert: Vorrang für Familienpolitik, aber gegen höhere Beiträge Kinderloser. In: Die Presse, 23.8.1996. S.7.
Dam: Familiensteuer: Bartenstein verärgert. In: Der Standard, 4.10.1996. S.5.
Pre: SPÖ drängt auf Umverteilung unter Familien. In: Der Standard, 11.9.1996. S.6.
d.n: Klassenkampf-Töne um Familienbesteuerung. In: Die Presse, 5.10.1996. S.1.
red, apa: Familienbesteuerung entzweit Koalitionäre. In: Der Standard, 5.10.1996. S.6.
apa, red: Familienstreit: SPÖ schießt sich auf ÖVP ein. In: Die Presse, 7.10.1996. S.7.
red: Besteuerung der Familien: SP verwundert. In: Der Standard, 7.10.1996. S.1.
dam, apa: Vranitzky verwundert über Bartensteins Ärger. In: Der Standard, 7.10.1996. S.5.
d.n, red: Nun doch Gespräche über Familiensteuern. In: Die Presse, 8.10.1996. S.7.
Damböck, Bernadette: Familienbesteuerung: Längeres Frist, um doch zu verhandeln. In: Der Standard, 8.10.1996. S.5.
d.n, ett: Familien: Schreiduelle im Ministerrat. In: Die Presse, 9.10.1996. S.6.
apa: „Bei Familiensteuer weit auseinander“. In: Der Standard, 6.11.1996. S.5.
ett: Kluft in Koalition wächst: In welche Richtung geht Reform. In: Die Presse, 16.10.1996. S.1.

red: Künftig doch 2000 Schilling Geburtenbeihilfe. In: Die Presse, 25.10.1996. S.1.
Red, apa: Familien-Streit als Debatten-Auftakt. In: Der Standard, 28.11.1996. S.5.
Mon: Streit um Einkommensgrenzen. In: Der Standard, 11.12.1996. S.7.
Red: ÖVP will 12 Milliarden Schilling mehr für Kinder. In: Die Presse, 9.1.1997. S.1.
Das: Familienbesteuerung: Reform doch bis 1999? In: Die Presse, 19.6.1997. S.9.
Schwelle, Dagmar: Ministerin Prammer macht mobil: „Da werde ich niemals zustimmen“. In: Die Presse, 20.6.1997. S.8.
Das: Gefechte um Kinderbetreuungsscheck. In: Die Presse, 27.6.1997. S.6.
Schwelle, Dagmar: Große Aufregung in Familienpolitik: Ein Scheck der viele verschreckt. In: Die Presse, 2.8.1997. S.7.
Red: Mehr Familienbeihilfe? SP-Ärger über ÖVP. In: Die Presse, 22.7.1997. S.6.
Mon, apa: Verfassungsgerichtshof entzweit Koalitionspartner. In: Der Standard, 21.10.1997. S.7.
Das: Zeitdruck nun auch bei Familienbesteuerung. In: Die Presse, 21.10.1997. S.7.
Mon: Konfliktträchtiges Urteil. In: Der Standard, 22.10.1997. S.1.
Mon, apa: Bundeskanzler löst Debatte um Steuererhöhung aus. In: Der Standard, 22.10.1997. S.1, 8.
Das: Familien für Wolfgang Schüssel „kein Stolperstein“. Doch die heftigen Wortgefechte gehen weiter. In: Die Presse, 2.10.1997. S.7.
Das, red: Massive VP-Angriffe gegen Prammer. In: Die Presse, 23.10.1997. S.7.
Kostelka, Peter: Familienbesteuerung: Zur Rolle des Obersten Gerichtshofs. „Gralshüter“ der Verfassung? In: Der Standard, 28.10.1997. S.27.
Khol, Andreas: Hände weg von der Verfassung! In: Der Standard, 30.10.1997. S.31.
Apa: Familiensteuerreform im Februar. In: Der Standard, 5.12.1997. S.5.
Ett: Wem wird der Gabentisch gedeckt? Harte Fronten im Familienzwist. In: Die Presse, 17.12.1997. S.7.
Red, apa: Alte Positionen zu NATO und Familiensteuer. In: Der Standard, 29.12.1997. S.4.
Stuiber, Petra: Koalitionsgerangel um den Familientopf. In: Der Standard, 8.1.1998. S.5.
Ina:. Edlinger empört über Bartenstein. In: Der Standard, 10.1.1998. S.5.
Schwelle, Dagmar: SPÖ tut sich mit Familien schwer. Modell blieb bis zuletzt umstritten. In: Die Presse, 9.1.1998. S.9.
Das: ÖVP: „Hände weg vom Familienfonds“. In: Die Presse, 10.1.1998. S.9.
Das, red: Koalitionsstreit um Geld für Mehrkindfamilien. In: Die Presse, 10.1.1998. S.1.
Schwelle, Dagmar: SPÖ legt Familienmodell fest: 500 Schilling mehr Beihilfe ab 2000. In: Die Presse, 10.1.1998. S.6.
Schwelle, Dagmar: Die Familien-Modelle: So nah und doch so fern. In: Die Presse, 13.1.1998. S.7.
Stuiber, Petra: Gestaffelte Beihilfen für arme Familien. In: Der Standard, 14.1.1998. S.5.
Das: Erste Verhandlungsrunde um Familien. ÖVP erhöht Angebot auf 500 Schilling. In: Die Presse, 15.1.1998. S.7.
Stuiber, Petra: Kinderfrage stört den Koalitionsfrieden. In: Der Standard, 15.1.1998. S.5.
Das: Familien: Mehrkindstaffel könnte gerettet werden. In: Die Presse, 16.1.1998. S.8.
Red: Edlinger weist ÖVP zurecht. In: Die Presse, 16.1.1998. S.8.
Stui: Edlinger: Bartenstein-Pläne für Steuerzahler „unzumutbar“. In: Der Standard, 20.1.1998. S.5.
Das: Euphorie nach außen, doch intern wird gestritten. In: Die Presse, 21.1.1998. S.7.
Stuiber, Petra: Falsch verstandene Einigkeit in Koalition. In: Der Standard, 21.1.1998. S.5.
Das: Familienverhandlungen auf dem Weg zu einem klassischen Kompromiß. In: Die Presse, 30.1.1998. S.7.

Das: Familien: Noch will man sich nicht in der Mitte treffen. In: Die Presse, 31.1.1998. S.7.
Stuiber, Petra: 14 Milliarden mehr für Familien – Regierung zufrieden, Opposition schimpft. Mehr Geld für Familien läßt Steuerreform schrumpfen. In: Der Standard, 13.2.1998. S.5.
Red: Familien-Einigung macht nun die Steuerreform sehr schwierig. In: Die Presse, 13.2.1998. S.1.
Ett: Neuer Familienzwist in der Koalition. Bartenstein gegen Edlingers Pläne. In: Die Presse, 24.6.1998. S.7.
Völker, Michael: Edlinger sagt geplante Familienförderung ab. In: Der Standard, 24.6.1998. S.7.
Apa, red: ÖVP drängt auf Familienpaket. In: Der Standard, 25.6.1998. S.7.
Ett, das: Familienpaket: Streit in der Koalition eskaliert. In: Die Presse, 25.6.1998. S.11.
d.n: Bartenstein: 5.700 S Erziehungsgeld für alle. In: Die Presse, 16.7.1998. S.6.
w.s, gon, ag: Umdenken der Parteien bei Karenz. Kopplung an Gehalt wird überlegt. In: Die Presse, 30.7.1998. S.6.
red, apa: Heiße Sommerdebatte, Wettlauf der Parteien um die Gunst der Familie. In: Die Presse, 31.7.1998. S.7.
apa, stui: Neue Runde in der Debatte um Karenzgeld. In: Der Standard, 31.7.1998. S.6.
red: VP-Plan zur Ausweitung der Pension für Mütter. In: Die Presse, 11.8.1998. S.6.
das, red: Streit um Karenzgeld für alle Mütter. In: Die Presse, 1.9.1998. S.7.
mon: Einigung über Kinderbetreuung. In: Der Standard, 2.9.1998. S.6.
red: Prammer: Recht auf Teilzeit statt Karenzgeld für alle. In: Die Presse, 3.9.1998. S.7.
red: Bartenstein-Vorstoß „unzumutbar“. In: Der Standard, 4.9.1998. S.6.
hs, stui: „Karenzgeld für alle“: Edlinger zugeknöpft. In: Der Standard, 11.9.1998. S.6.
red: ÖVP hat Familie zum Wahlhit erkoren und hebt mit Mißklang an. In: Die Presse, 12.9.1998. S.7.
stui: Prammer will „andere Priorität setzen“. In: Der Standard, 12.9.1998. S.8.
lyn, stui: Karenzgeld: ÖAAB sauer auf Stummvoll. In: Der Standard, 21.9.1998. S.7.
Krawagner-Pfeifer, Katharina: Quadratur des Kreises möglich. In: Der Standard, 21.9.1998. S.7.
d.n, ewi: Karenz, Waffen: Koalition streitet weiter. In: Die Presse, 17.9.1998. S.1.
Neuwirth, Dietmar: Karenz für alle: „Ungeheurer Neid“ oder Locken in die Hausfrauenfalle. In: Die Presse, 22.9.1998. S.7.
Red: Kinderscheck: Nein, Ja und wieder Nein. In: Die Presse, 23.10.1998. S.8.
Salomon, Martina: Wahlschlager Familienpolitik. In: Der Standard, 18.11.1998. S.10.
Apa: Koalitionsmatch um Karenzgeld. In: Der Standard, 9.12.1998. S.6.
Witzmann, Erich: Karenzgeld für „Benachteiligte“ VP-Forderung als Wahlthema? In: Die Presse, 30.12.1998. S.7.
Dannhauser, Claudia: Karenzgeld: Prammer sieht schwarz. „Niemand gibt nur ein Jota nach“. In: Die Presse, 31.12.1998. S.7.
Kr: ÖVP drängt auf neue Modelle für Karenzzeit. In: Die Presse, 31.12.1998. S.7.
Ett: Klima hart: Kein Karenzgeld für alle. Sorge um Arbeitsmarkt – im Wahljahr. In: Die Presse, 8.1.1999. S.7.
Ett: SP-Bedingung: Zwei Jahre Karenz für alle. In: Die Presse, 9.1.1999. S.7.
Ett: Hektik um Pläne für Karenzurlaub auf Raten. In: Die Presse, 14.1.1999. S.9.
Ett: Karenzurlaub und Familienpaket: Nun Wettlauf der Koalitionspartner. In: Die Presse, 16.1.1999. S.9.
Ina:. VP will „Mut zum Kind“ machen. In: Der Standard, 20.1.1999. S.7.
Ar: ÖVP: „Karenzgeld für alle als Bedingung“. In: Die Presse, 20.1.1999. S.1.
Ar: ÖVP von Rückgang bei Geburten alarmiert: Politik für Kinder. In: Die Presse, 20.1.1999. S.7.

Stuiber, Petra: Durchbruch in Aussee. In: Der Standard, 22.1.1999. S.2.
Stui: Billiglösung im Karenzstreit. In: Der Standard, 23.1.1999. S.6.
Red: Raten-Karenz beschlossen, Streit um Geld verschoben, Koalition zufrieden. In: Die Presse, 23.1.1999. S.7.
Red: Familien-Paket light um 100 Mill. Ab 2000 Karenzurlaub auf Raten. In: Die Presse, 23.1.1999. S.7.
Mon: Streit um Karenzgeld wird zum Wahlkampfthema. In: Der Standard, 2.2.1999. S.1.
e.w: Fünf Mütter und vier Babys für das Karenzgeld. In: Die Presse, 2.2.1999. S.8.
e.m: „Familien-Kommunismus à la Bartenstein". In: Die Presse, 2.2.1999. S.8.
ar: VP-Klubchef Khol attackiert SPÖ: Sie verteidigt nur Privilegierte. In: Die Presse, 5.2.1999. S.7.
cs, stui: „Forderungen der ÖVP sind überzogen und kosten 40 Milliarden". In: Der Standard, 9.2.1999. S.6.
red: Doch bald Karenzgeld für alle? SPÖ zu Kompromiß bereit. In: Die Presse, 10.2.1999. S.1.
ett: Karenzgeld für alle schon ab Jänner 2000? In: Die Presse, 10.2.1999. S.1.
Stuiber, Petra: Edlinger: Tarifsenkung und Absetzbetrag sind gemeinsam Möglichkeit. In: Der Standard, 10.2.1999. S.7.
Stui: Widerstand in SPÖ gegen Kanzler-Modell „Karenzgeld für alle, die es brauchen". In: Der Standard, 11.2.1999. S.8.
Völ: Vom Tisch, nicht vom Tisch. In: Der Standard, 13.2.1999. S.8.
Mk, ett: SPÖ beharrt beim Karenzgeld: Neuerungen nur als Paketlösung. In: Die Presse, 13.2.1999. S.7.
c.d: Streit ums Karenzgeld: Schüssel wirft Edlinger Unfairness vor. In: Die Presse, 16.2.1999. S.7.
eli, stui: Edlinger: „Karenz für alle" kostet sieben Milliarden Schilling. In: Der Standard, 19.2.1999. S.7.
jo, red: Karenzgeld für alle: SPÖ mit Alternativmodell. In: Die Presse, 20.2.1999. S.9.
stui: Zahlenkrieg Bartenstein – Edlinger. In: Der Standard, 20.2.1999. S.10.
ett: Qual der SPÖ mit Karenzgeld für alle. Wochenlange Suche nach Alternative. In: Die Presse, 4.3.1999. S.9.
stui: Streit im Ausschuß um „ledige Mütter". In: Der Standard, 10.3.1999. S.7.
red: SP-Alternative zum Karenzgeld für alle. In: Die Presse, 10.5.1999. S.7.
c.d, ett: Klima für SP-Plan beim Karenzgeld. Finanzminister dämpft Erwartungen. In: Die Presse, 12.5.1999. S.7.
red: „Zuerst Karenzgeld für alle". In: Die Presse, 15.5.1999. S.10.
red: Blockade beim Karenzgeld. In: Die Presse, 18.5.1999. S.9.
d.n: Nervenkrieg um das Karenzgeld für alle. In: Die Presse, 26.5.1999. S.8.
Ettinger, Karl: Vom Sozialrecht bis zum Karenzgeld: Parlament als Endlager für Anträge. In: Die Presse, 19.6.1999. S.8.
Apa, kob: Wahlkampf löst Flut von VP-Anträgen aus. In: Der Standard, 19.6.1999. S.7.
Red, apa: ÖVP wiederholt ihre Bedingungen. In: Der Standard, 5.7.1999. S.8.
Eli, pm: Kampf um jede Zahnspange. In: Der Standard, 10.7.1999. S.9.
d.c: Karenzgeld-Kompromiß: Keine Chance? In: Die Presse, 16.7.1999. S.6.
apa: „Wir sind die stärkste Stimme für Kinder". In: Der Standard, 16.7.1999. S.7.
eli: Kinder-Scheck bloß ein „Gewinnspiel". In: Der Standard, 23.7.1999. S.7.
ett: „Das führt in Sackgasse". In: Die Presse, 23.7.1999. S.6.
eli: Schüssel gegen Bartenstein, Prammer gegen Ruttenstorfer, SPÖ gegen ÖVP. In: Der Standard, 11.8.1999. S.9.
eli: Immer schärfere Töne im Karenzgeld-Streit. In: Der Standard, 13.8.1999. S.6.
Salomon, Martina; Bartenstein, Martin; Prammer, Barbara: Leid, Tränen und Ehehindernisse. In: Der Standard, 18.8.1999. S.6.

Eli: Wahlprogramm mit Schwerpunkten Sicherheit, Wirtschaft und Familie. In: Der Standard, 31.8.1999. S.8.
Kob: SP für mehr Karenzgeld. VP lehnt „Familienfalle“ ab. In: Der Standard, 3.9.1999. S.8.
Red: Finanzminister will kleineren Arbeitgeberbeitrag für Flaf. In: Der Standard, 31.8.1999. S.1.
Eli, völ: Klestil mahnt Parteien zur Geduld. In: Der Standard, 12.11.1999. S.7.
Linsinger, Eva: SPÖ fordert ÖVP auf, sich zu deklarieren.. In: Der Standard, 27.11.1999. S.9.
Salomon, Martina: Kluft in Regierung wird immer größer. In: Der Standard, 27.11.1999. S.9.
Linsinger, Eva: „Karenzgeld für alle geht jetzt nicht“. In: Der Standard, 18.12.1999. S.8.
Pm, rott: Aus Schweigen wird Raunen. In: Der Standard, 28.12.1999. S.7.
And: Familienpolitik: ÖVP attackiert SPÖ. In: Die Presse, 28.12.1999. S.7.
Eli, völ: Hürden auf dem Weg. In: Der Standard, 4.1.2000. S.6.
Linsinger, Eva; Salomon, Martina: Die Woche der Wahrheit für Regierungsverhandler. In: Der Standard, 11.1.2000. S.7.
Ett: Karenzgeld für (fast) alle: Aufstand im ÖGB. In: Die Presse, 19.1.2000. S.6.

Kinderbetreuung:

Mth: Maßnahmenkatalog für die Familien. SPÖ jetzt für Teilzeitarbeit nach Karenz. In: Die Presse, 26.5.1989. S.5.
Ettinger, Karl: Dohnal: Teilzeitarbeit für Eltern weiter verbessern. In: Die Presse, 30.7.1990. S.5.
Red: SP will Mütter entlasten, VP der Armut vorbeugen. Einhelliger Ruf nach Ausbau der Kinderbetreuung. In: Die Presse, 10.8.1990. S.5.
Ett: Kindergärten: Frauen in der Koalition auf Koalitionskurs. In: Die Presse, 6.3.1993. S.4.
Salomon, Martina: ÖVP: Tagesmütter sollen Subventionen erhalten. In: Der Standard, 14.2.1994. S.5.
Apa: Dohnal will Kinderbetreuung erzwingen. In: Die Presse, 26.2.1994. S.7.
Rie, chs, red: Kindergarten-Ausbau: Gespräche gescheitert. In: Die Presse, 4.5.1994. S.6.
Red: ÖVP bekräftigt ihr Nein zum Kindergarten-Gesetz. In: Der Standard, 5.4.1994. S.7.
Chs: Kinder-Konflikt ohne Ende. In: Die Presse, 10.5.1994. S.6.
Ett. Kindergärten: SPÖ hinter Frauenministerin Dohnal. In: Die Presse, 21.5.1994. S.6.
Chs: ÖVP für mehr Tagesmütter. In: Die Presse, 21.5.1994. S.6.
Chs: Kinder: Dohnal-Gesetz zurückgestellt. In: Die Presse, 26.5.1994. S.6.
Stui: Dohnal und das Prinzip Hoffnung. In: Der Standard, 27.5.1994. S.5.
Stui: Rauch-Kallat präsentiert neuen Vertrag für Kindergarten-Ausbau. In: Der Standard, 1.6.1994. S.5.
Ett, red: Kindergärten: Fronten in der Koalition verhärtet. In: Die Presse, 3.6.1994. S.6.
Stui: „Andere“ Lösung bei Kindergartenausbau. In: Der Standard, 8.6.1994. S.5.
Chs: SPÖ verzichtet auf Gesetz. In: Die Presse, 22.6.1994. S.7.
Mar: Dohnal: ÖVP-Widerstand erlahmt. In: Der Standard, 20.7.1994. S.5.
Chs, red: Zwei Ministerinnen, eine Milliarde Schilling. In: Die Presse, 13.5.1995. S.6.
Kaspa, stui: Zankapfel Kindergartenmilliarde. In: Der Standard, 2.3.1996. S.5.
Ina, stui: Endspurt bei den Koalitionsgesprächen. In: Der Standard, 6.3.1996. S.6.
Red: 600 Kindergarten-Millionen gerettet. In: Der Standard, 8.3.1996. S.6.
Rief, Norbert: Kindergärten: Minister einig über Förderungen. In: Die Presse, 26.3.1996. S.6.
Stui: Rot-schwarze Differenz um Tagesmütter. In: Der Standard, 25.5.1996. S.5.

Rie, chs: Kindergarten-Millionen werden neu verteilt, Finanzminister gibt nach. In: Die Presse, 17.4.1996. S.6.
Chs: Frauen- und Familienressort streiten über Öffnungszeiten. In: Die Presse, 5.6.1996. S.7.
Apa, red: Kindergärten: Minister trotz Einigung uneins. In: Die Presse, 13.7.1996. S.6.
Stuiber, Petra: Werkverträge kontra Anstellung. In: Der Standard, 6.8.1996. S.4.
Linsinger, Eva: Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz. In: Der Standard, 16.7.1999. S.7.
Dw: Die Stunde der Aktionisten. In: Der Standard, 24.8.1999. S.6.

Vergewaltigung in der Ehe

Wiener Redaktion: Vergewaltigung in der Ehe: Graff will niedrigere Strafen. In: Kleine Zeitung, 15.12.1987. S.4.
Red: Mehr Strenge bei Vergewaltigung in der Ehe. Konflikt um SP-Alleingang im Parlament. In: Die Presse, 11.3.1988. S.4.
Ak: Vergewaltigung in der Ehe: Kompromiß? Doch neuer Konflikt um Familienrecht. In: Die Presse, 20.8.1988. S.4.
Mth: Vor Einigung über neues Sexualstrafrecht. In: Die Presse, 6.10.1988. S.4.
Apa, d.n; Vergewaltigung in der Ehe: Nun Konsens bei Bestrafung. In: Die Presse, 3.2.1989. S.5.
Mth: Sexualstrafrecht wird noch vor Sommer geändert. In: Die Presse, 22.3.1989. S.5.

Ehe und Scheidung

red: Müller-Mayer statt Mayer-Müller, aber nicht Müller. Geburtsnamen der Frau nach der Eheschließung? – SP dafür, VP dagegen. In: Die Presse, 28.2.1990. S.4.
apa: Bald ohne gemeinsamen Namen. In: Der Standard, 28.2.1990. S.5.
mon: Namensrecht: Neuer Vorstoß. In: Der Standard, 7.6.1990. S.5.
Salomon, Martina: Namensrecht für heuer geplatzt. In: Der Standard, 26.6.1990. S.5.
Kramser, Annemarie: Freut Euch, Frauen: Mehr Geld! In: Der Standard, 26.6.1990. S.8.
Kommenda, Benedikt: Michalek verschiebt Scheidungsreform: „Über Details reden“. In: Die Presse, 12.11.1998. S.9.
Kommenda, Benedikt: Wenn sich die Ehegeister am Namen scheiden... In: Die Presse, 22.4.1991. S.3.
d.n: VP: Gemeinsamer Familienname für Kind unverzichtbar. In: Die Presse, 25.6.1991. S.6.
los: ÖVP will gemeinsamen Familiennamen. In: Der Standard, 25.6.1991. S.6.
wor, red: Zank um Namensrecht. SP drängt auf kostenlose Verhütungsmittel. In: Die Presse, 12.7.1991. S.6.
Winkler, Michael: Streit um Namen und Stricherl. In: Der Standard, 19.8.1991. S.5.
Salomon, Martina: Bedarf nach neuem Namensrecht. In: Der Standard, 22.5.1992. S.5.
Aha: Beim Namen bleibt die ÖVP hart. In: Der Standard, 7.10.1992. S.5.
Aha: Namensrecht: Keine Einigung. In: Der Standard, 8.10.1992. S.7.
Los: Bei Titeln und Namen sollen Frauen mehr Rechte haben. In: Der Standard, 15.10.1992. S.6.
Ett, ag: Kompromißidee für neues Namensrecht. In: Die Presse, 30.3.1993. S.4.
Apa, anka: Abstimmung über Ehenamen. In: Der Standard, 30.3.1993. S.5.
Red: Vranitzky für freie Namenswahl. In: Der Standard, 31.3.1993. S.5.
Stuiber, Petra: Ehescheidung ohne Schuldige. In: Der Standard, 31.3.1993. S.6.
Kramser, Annemarie: Beratungspflicht vor Scheidung. In: Der Standard, 28.4.1993. S.6.
Witzmann, Erich: Gemeinsamer Ehename nur für Dokumente? Zwist um geheime Abstimmung im Parlament. In: Die Presse, 23.7.1993. S.7.
Red: Streit um Namensrecht. In: Die Presse, 18.11.1993. S.7.

Kommenda, Benedikt: Maria Rauch-Kallat: „4820 Schilling ist mir der Name schon wert“. In: Die Presse, 6.5.1994. S.10.
Neuwirth, Dietmar: „Jeder Kassiererin ermöglichen“. In: Die Presse, 6.5.1994. S.10.
Dan: Streit um Maria Kallats Rauch. Diskussion um Namensrecht wieder im Gange – Keine Annäherung. In: Der Standard, 7.5.1994. S.7.
Salomon, Martina: Michalek Retter in der Not beim Namensrecht. In: Der Standard, 17.11.1993. S.5.
Mon, apa: ÖVP-Modell zum Namensrecht gerät zunehmend unter Beschuß. In: Der Standard, 178.11.1993. S.5.
Rie, red: Namensrecht: „Scheinheiligkeit der ÖVP“. In: Die Presse, 11.5.1994. S.6.
Salomon, Martina: Annäherung beim Dauerbrenner liberales Namensrecht. In: Der Standard, 7.11.1994. S.5.
Rie: SPÖ und ÖVP verhandeln Namensrecht. In: Die Presse, 12.11.1994. S.6.
Chs, ett: Freieres Namensrecht ab Sommer, Streit um Kinder. In: Der Standard, 1.12.1994. S.1.
Chs, ett: Freieres Namensrecht ab Sommer, Streit um Kinder. In: Die Presse, 3.12.1994. S.7.
Anka: Durchbruch beim Namensrecht. In: Der Standard, 3.12.1994. S.6.
Mon, apa: ÖVP-Murren über Namensrecht. In: Der Standard, 5.12.1994. S.5.
Anka, apa: Namensrecht: Frage des Kindesnamens noch offen. In: Der Standard, 6.12.1994. S.6.
Rie: Namensrecht vor Neuregelung. Heute Beschluß im Justizausschuß? In: Die Presse, 6.12.1994. S.7.
Red: Die Koalition einigt sich über das Namensrecht. In: Der Standard, 7.12.1994. S.1.
Schweighofer, Christina: Faulheit für ÖVP kein Scheidungsgrund. In: Die Presse, 26.7.1995. S.6.
Chs: Neuer Anlauf Konrads. In: Die Presse, 1.6.1996. S.6.
Damböck, Berndadette: „Den Männern geht es nur um Macht“. In: Der Standard, 7.1.1997. S.5.
d.n: „Seitensprung darf kein Kavaliersdelikt sein“. In: Die Presse, 5.3.1998. S.7.
stui: „Ein Seitensprung ist keine Bagatelle“. In: Der Standard, 5.3.1998. S.5.
red: Schuldig mit Anspruch auf Unterhalt: Koalitionsstreit um neues Eherecht. In: Die Presse, 19.11.1998. S.9.
apa: SP und VP streiten um Unterhalt. In: Der Standard, 19.11.1998. S.7.
stui: Michalek macht Druck auf Koalition. In: Der Standard, 26.11.1998. S.7.
Völ, apa: Für Gleichstellung, gegen Schwarzarbeit. In: Der Standard, 30.12.1998. S.6.
Apa, kom: Erste Koalitionseinigung über Scheidungsreform. In: Die Presse, 18.2.1999. S.9.
Völ: SPÖ will registrierte Lebensgemeinschaften möglich machen. In: Der Standard, 3.3.1999. S.9.
Kom: Regierung einig über Scheidung. VP-Klub überlegt bis Ostern. In: Die Presse, 10.3.1999. S.8.
Apa, völ: Kleine Reform des Eherechts. In: Der Standard, 9.3.1999. S.10.
Pm: Eherecht: Michalek über VP-Ablehnung erstaunt. In: Der Standard, 19.4.1999. S.6.
Mon, stui: Schmerzhafter Scheidungsprozeß. In: Der Standard, 21.4.1999. S.9.
m.s, red: Neues Scheidungsrecht: Doch noch Suche nach einem Kompromiß. In: Die Presse, 21.4.1999. S.7.
Apa: Scheiden tut weiterhin weh. In: Der Standard, 22.4.1999. S.8.
Ett: Kontroverse um Pensionsteilung nach Scheidung. In: Die Presse, 22.4.1999. S.9.
Red: Scheidungsrecht: Prammer wirft ÖVP Scheinmoral vor. In: Die Presse, 4.5.1999. S.7.

Stuiber, Petra: Frauenpension geht vor Scheidungsreform. In: Der Standard, 4.5.1999. S.7.
Stuiber, Petra: Unterhalt nur, wenn es nicht „unbillig“ ist. In: Der Standard, 6.5.1999. S.9.
Ett: Scheidungsrechts: VP-Bedenken nun ausgeräumt. In: Die Presse, 6.5.1999. S.8.

Verhütung und Abtreibung

a.k: Koalition erspart sich nun Debatte über Fristenlösung. In: Die Presse, 29.5.1987. S.1.
mth: SP will Streit um das „werdende Leben“ beenden. In: Die Presse, 16.1.1988. S.4.
red: Familienpolitik fürs Budget. VP-Politikerin protestiert. In: Die Presse, 13.2.1988. S.5.
a.k: Vergewaltigung in der Ehe: Kompromiß? Doch neuer Konflikt um Familienrecht. In: Die Presse, 20.8.1988. S.4.
d.n: Fristenlösung wird nicht in Frage gestellt. In: Die Presse, 21.1.1989. S.5.
apa, d.n: Vergewaltigung in der Ehe: Nun Konsens bei Bestrafung. In: Die Presse, 3.2.1989. S.5.
Salomon, Martina: Kontroverse um Abtreibungsstatistik. In: Die Presse, 4.8.1990. S.7.
Kbau: SP-Traxler: Abtreibung soll unentgeltlich sein. In: Der Standard, 10.8.1990. S.6.
Seidl, Conrad: VP-Politiker: Abtreibung wie Mord verfolgen. In: Der Standard, 10.8.1990. S.6.
Mk, d.n: „Abtreibungspille“ führt zu Differenzen in Koalition und VP. In: Die Presse, 1.9.1990. S.5.
Apa: SP boykottierte Sitzung des Familienbeirates. In: Die Presse, 17.11.1990. S.5.
Wor, red: Zank um Namensrecht. In: Die Presse, 12.7.1991. S.6.
Rief, Norbert: „Man braucht noch viel Phantasie“. Gratis-Pille: Wer zahlt, wer verteilt? In: Die Presse, 11.5.1992. S.4.
Apa: „Gratis-Pille letztes Mittel“. In: Die Presse, 20.5.1992. S.4.
Rie, red: RU 486 beschäftigt Politik. In: Die Presse, 1.10.1994. S.6.
Rief, Norbert: Moser: Dezidiertes Nein zur Gratis-Pille. In: Die Presse, 19.1.1995. S.6.
Red: SPÖ-Frauen treten für Zulassung von RU 486 ein. In: Der Standard, 27.8.1998. S.7.
Red: ÖVP weiter strikt gegen Abtreibungspille. In: Der Standard, 7.1.1999. S.6.
Red, apa: ÖVP allein gegen alle im Streit um Abtreibungspille. In: Die Presse, 7.1.1999. S.7.
Red, apa: ÖVP akzeptiert Einsatz der Abtreibungspille in Kliniken. In: Der Standard, 11.1.1999. S.8.
Salomon, Martina: Die Abtreibungspille – ein peinliches Thema für die ÖVP. In: Der Standard, 12.1.S.8.
Ina, er, mon: Die Gegner der Zulassung der Abtreibungspille formieren sich. In: Der Standard, 13.1.1999. S.7.
Linsinger, Eva: SPÖ: Mifegyne auch beim Arzt. In: Der Standard, 1.9.1999. S.10.

Frauen

Apa, kbau: „Frauen bei Riegler in guten Händen“ In: Der Standard, 10.8.1990. S.7.
d.n: Karenzgeld für Hausfrauen. VP: Erziehung au Pension anrechnen. In: Die Presse, 11.5.1990. S.1.
d.n: Kampfansage der neuen VP-Frauenchefin. In: Die Presse, 18.2.1991. S.5.
hws, ett: Pensionsalter der Frauen: Standpunkte der Koalitionsparteien verhärtet. In: Die Presse, 4.4.1991. S.7.
ett, d.n: Ungewißheit um Pensionsalter der Frauen. In: Die Presse, 5.4.1991. S.6.
d.n, red: Zwist um Frauenpensionen. In: Die Presse, 6.4.1991. S.5.
ett: Hesoun weiter unter Beschuß. In: Die Presse, 17.4.1991. S.6.

ett: Frauen-Pensionen offen, Koalition bleibt bei „Fahrplan“. In: Die Presse, 31.5.1991. S.6.
vecs: Dohnal will VP-Hilfe bei Verfassungsgesetz für ungleiches Pensionsalter. In: Der Standard, 1.6.1990. S.6.
n.n. apa: Pensionsalter: Riegler will Frauen beruhigen. In: Die Presse, 5.6.1991. S.6.
d.n: SP-Linie bekräftigt: Frauenpensionsalter in Verfassung. In: Die Presse, 13.8.1991. S.5.
gero, spu, Apa: Dohnal bleibt kompromißlos beim Pensionsanfallsalter für Frauen. In: Der Standard, 12.6.1991. S.6.
lyn: Streit um Pensionsalter der Frauen prolongiert. VP-Männer gegen Verfassungsreparatur. In: Der Standard, 25.6.1991. S.15.
ett, ag: Fragezeichen um Frauen-Pensionsalter. Hesoun spricht von Änderung in 30 Jahren. In: Die Presse, 6.9.1991. S.6.
Kohl, Walter: Frauen-Pensionsalter vorerst unverändert. Auch VP schiebt Höchstgericht beiseite. In: Die Presse, 3.9.1991. S.5.
mk: Erotik und Sex – der feine Unterschied. In: Die Presse, 28.11.1991. S.6.
d.n: Nachtarbeitsverbot für Frauen zwischen SP und VP umstritten. In: Die Presse, 15.1.1992. S.5.
red: VP-Frauenchefin sieht im Nachtarbeitsverbot Hemmnis. In: Die Presse, 20.1.1992. S.5.
apa: Sexuelle Belästigung: Bauer kontra Dohnal. In: Der Standard, 10.2.1992. S.6.
ett, ag: Pensionsreform. VP-Frauenchefin gegen eine Verfassungsregelung. In: Die Presse, 5.3.1992. S.6.
lahn: Den Männern alles Gute! Gleichstellung oder Veto zur Pensionsreform. In: Der Standard, 9.3.1992. S.5.
ett: Drei Bruchstellen für Koalition im „Frauenpaket“. In: Die Presse, 14.3.1992. S.4.
red, apa: Höheres Pensionsalter: Frauen-Widerstand wächst. In: Die Presse, 18.4.1992. S.5.
ett, red: Kampf um „Zuckerln“ für die Frauen spitzt sich zu. Noch große Hürden auf dem Weg zur Pensionsreform. In: Die Presse, 20.5.1992. S.5.
d.n: Dohnal droht erneut. In: Die Presse, 2.6.1992. S.4.
d.n: Bleibt früheres Frauen-Pensionsalter unangetastet? Jetzt kann sich VP neue Fristerstreckung „vorstellen“. In: Die Presse, 21.7.1992. S.6.
Dohnal, Johanna; Stummvoll, Günter: „Gleichberechtigung gibt es nicht per Dekret“. In: Der Standard, 27.7.1992. S.6.
rie: Dohnal besteht auf Junktim. In: Die Presse, 29.7.1992. S.4.
rie: „Ungleiches Pensionsalter festschreiben“. In: Die Presse, 30.7.1992. S.4.
rie: Pension: VP für Fischer. In: Die Presse, 4.8.1992. S.4.
ett, mk: Regierung sucht unter Zeitdruck Pensions-Kompromiss. Heute weiteres Ringen um Frauen-Forderungspaket. In: Die Presse, 18.8.1992. S.5.
ett, ag: Geldbußen bei Diskriminierung von Frauen. Pensionspaket nimmt Gestalt an. In: Die Presse, 20.8.1992. S.4.
rie: Frauenpaket: Dohnal bietet Kompromiß bei Beweislast. In: Die Presse, 1.9.1992. S.5.
lahn: Dohnal: 5000 Schilling pro Diskriminierung. In: Der Standard, 3.9.1992. S.6.
Lahninger, Georg; Vécsei, Paul: Gleichbehandlung: Hesoun verkündet Parteien-Einigung. In: Der Standard, 5.9.1992. S.4.
rie, d.n: Verhandlungen über Paket der Frauen vor Abschluss. In: Die Presse, 8.9.1992. S.6.
Lahninger, Georg: Frauenpaket: Dohnal gibt nicht nach. In: Der Standard, 8.9.1992. S.5.
red: Gleichbehandlung: Endrunde an Beweislastumkehr vorerst geplatzt. In: Der Standard, 9.9.1992. S.1.
Lahninger, Georg: Gleichbehandlung vorerst geplatzt. In: Der Standard, 9.9.1992. S.5.

d.n: Zwist um Gleichbehandlung. In: Die Presse, 10.9.1992. S.1, 4.
Lahninger, Georg: Gleichbehandlung am toten Punkt. In: Der Standard, 10.9.1992. S. 7.
red, d.n: Machtwort der Parteichefs: Verhandlungen fortsetzen. In: Die Presse, 11.9.1992. S.5.
rie, korb: Frauen-Gleichbehandlungspaket offen. Derzeit noch kein Kompromiß in Sicht. In: Die Presse, 12.9.1992. S.5.
em: Kanzler: „Gleichbehandlung wichtiger als Pension“ In: Der Standard, 16.9.1992. S.6.
Marolz, Eva; Vécsei, Paul: Das Frauenpaket wurde wieder vertagt. In: Der Standard, 18.9.1992. S.6.
red: VP will Gleichbehandlung an Frauenpension koppeln. In: Der Standard, 18.9.1992. S.6.
ar, d.n: VP schließt Alleingang nicht aus. In: Die Presse, 19.9.1992. S.4.
apa, rie: Ministerin Dohnal empört. In: Die Presse, 19.9.1992. S.4.
d.n, ett: Busek: Gleichbehandlungspaket nur bei Pensionsänderung. Dohnal deutet erstmals Kompromissbereitschaft an. In: Die Presse, 22.9.1992. S.7.
mon: „Kein Millimeter Spielraum mehr“. In: Der Standard, 22.9.1992. S.6.
mk: SP will Frauenpensionsalter fixieren, VP strikt dagegen. In: Die Presse, 6.10.1992. S.5.
mk, rie, red: Busek schlägt Alarm: Zeit für Frauen-Paket wird knapp. Montag Verhandlungen, Vizekanzler will „Gipfeltreffen“. In: Die Presse, 10.10.1992. S.4.
lahn: Frauenpaket: „Nichts geht“. In: Der Standard, 13.10.1992. S.5.
d.n, mth: Frauenpension: Koalition in Sackgasse. Nun drohen neue Beitragserhöhungen. In: Die Presse, 13.10.1992. S.1.
Neuwirth, Dietmar: Koalition einig: Höheres Pensionsalter für Frauen erst ab dem Jahr 2018. In: Die Presse, 15.10.1992. S.1.
Lahn: Ab dem Jahr 2018 müssen auch Frauen bis 65 arbeiten. In: Der Standard, 15.10.1992. S.1.
lahn: Einigung über Pensionsalter für Frauen. Derzeit Regelung bis zum Jahr 2018, volle Wirksamkeit für heute 20jährige. In: Die Presse, 16.10.1992. S.4.
lahn: Weg zu „positiver Diskriminierung“ Bis 2028 soll Gleichbehandlung höheres Pensionsalter rechtfertigen. In: Die Presse, 22.1.1993. S.6.
rie: Pensionseinigung als „Sieg der Vernunft“. Verstimmung zwischen Dohnal und Hesoun. In: Die Presse, 16.10.1992. S.4.
lahn: Gleichbehandlungspaket: Eine Einigung – viele Sieger. In: Der Standard, 16.10.1992. S.6.
red: Wieder Koalitionsblockade. In: Die Presse, 2.12.1992. S.1.
d.n, apa: Beamtinnen-Gleichberechtigung komm. Kompromiß der Koalition in letzter Minute. In: Die Presse, 3.12.1992. S.5.
d.n: Parlament: Rare Einigkeit bei Frauen-Förderung. In: Die Presse, 22.1.1993. S.4.
Kramser, Annemarie: „Nachtarbeit kostete Jobs“. In: Der Standard, 27.7.1993. S.5.
Red: Johanna – „wild entschlossen“. In: Der Standard, 16.8.1994. S.4.
Ett: Verfassungsstreit um Frauen und Familie. In: Die Presse, 3.6.1995. S.6.
Red: Dürfen Frauen eigentlich gefördert werden? In: Der Standard, 3.6.1995. S.6.
Stui: Konrad: Erhöhung des Pensionsalters von Frauen nicht ohne Gegenleistung. In: Der Standard, 29.12.1995. S.4.
Red: VP will in Vertrag festschreiben: Er muß putzen. In: Die Presse, 9.4.1996. S.4.
Das, ett: Bundeskanzler ist „im höchsten Maß erfreut“. In: Die Presse,16.4.1997. S.6.
Red, apa: ÖVP gegen Konrads Idee der Pflichtversicherung für alle. In: Der Standard, 19.8.1996. S.4.
Stui: Nachtarbeit: ÖGB-Frauen drohen Aktionen an. In: Der Standard, 5.12.1996. S.6.
Stui: Volksbegehren im April. In: Der Standard, 8.2.1997. S.6.

Red, apa: VP warnt Frauen vor Volksbegehren. In: Der Standard, 10.3.1997. S.6.
Stui: VP-Tadel für Prammer: „Unsolide“ Forderungen. In: Der Standard, 29.4.1997. S.7.
Stui: „Klimas Aussagen haben koalitionäre Sprengkraft. In: Der Standard, 21.5.1997. S.1.
Red: Gleichstellung der Frauen kommt in die Verfassung. In: Der Standard, 22.5.1997. S.1.
Stui: „Familien nicht in die Verfassung“. In: Der Standard, 6.6.1997. S.6.
Red, apa: VP-Bartenstein beharrt: Familie in Verfassung. In: Der Standard, 6.6.1997. S.6.
Mon: Niedrigeres Frauen-Pensionsalter nur mehr bei Doppelbelastung. In: Der Standard, 16.8.1997. S.5.
Das: Prammer: Weiterer Konflikt mit der ÖVP. In: Die Presse, 25.10.1997. S.6.
Das: Frauenrechte – Frauenstreit. In: Die Presse, 25.3.1998. S.6.
Das: Parteifrauen wollen nicht zusammenfinden. In: Die Presse, 27.3.1998. S.9.
Stui: „Verschlepptes“ Frauenvolksbegehren. In: Der Standard, 27.3.1998. S.9.
Kob: „Förderung der Frauen bleibt auf dem Tisch“. In: Der Standard, 4.4.1998. S.7.
Red: SP-Prammer: VP ist Unternehmerpartei. In: Kleine Zeitung, 4.6.1997. S.2.
Stui: Prammer-Offensive ohne Partner ÖVP. In: Der Standard, 9.4.1998. S.6.
Red: Prammer: Offensive. In: Kleine Zeitung, 9.4.1998. S.3.
Schneider, Wieland: Sexuelle Belästigung: Prammer will eine Verschiebung der Beweislast. In: Die Presse, 20.7.1998. S.6.
Dannhauser, Claudia: Koalitionskrieg um Frauenförderung: ÖVP wirft Prammer Inkompetenz und Gesetzesbruch vor. In: Die Presse, 20.10.1998. S.8.
c.d: Prammer: „Rauch-Kallat hat Initiative nicht verstanden“. In: Die Presse, 21.10.1998. S.9.
red: Recht auf Teilzeitarbeit? In: Die Presse, 29.12.1998. S.8.
Dannhauser, Claudia: Karenzgeld: Prammer sieht schwarz. „Niemand gibt nur ein Jota nach“. In: Die Presse, 31.12.1998. S.7.
c.d: SP-Ministerin bevorzugen Firmen, die Frauen fördern. In: Die Presse, 4.1.1999. S.8.
eli, kob: Der lange Weg zur Gleichbehandlung. In: Der Standard, 9.7.1999. S.7.
eli, pm: Kampf um jede Zahnspange. In: Der Standard, 10.7.1999. S.9.
dw: Die Stunde der Aktionisten. In: Der Standard, 24.8.1999. S.6.
red: Harte Kontroversen um Verbesserung für Frauen. In: Die Presse, 26.8.1999. S.8.
Bartenstein, Martin; Prammer, Barbara; Bartenstein, Martin: Leid, Tränen und Ehehindernisse. In: Der Standard, 18.8.1999. S.6.

Bildung

Schulsystem

Red: Hawlicek: Kompromiß bei AHS-Reform. Gesamtschule ist derzeit „kein Thema“. In: Die Presse, 26.1.1987. S.5.
Mth: VP will Hauptschul-„Wende“. Zurück zu eigenen Lehrplänen. In: Die Presse, 5.5.1987. S.7.
Hemberger, Marie-Theres: Neuer Anlauf zur Gesamtschule. Misere an Hauptschulen als Vorwand. In: Die Presse, 13.5.1987. S.4.
Mth: Noch kein Ausweg aus der Hauptschulmisere. In: Die Presse, 14.5.1987. S.4.
Red: SP-Lehrer beharren auf der Gesamtschule. In: Die Presse, 13.10.1987. S.4.
Red: Die Gesamtschule ist wieder im Gespräch; Hauptschulmisere hat sich verschärft. In: Die Presse, 26.4.1988. S.4.
Mth: Der Kampf um die Schule am Nahmittag wird heftiger. In: Die Presse, 29.12.1988. S.5.

Red: Nach Zilk will Hawlicek jetzt Hauptschul-Debatte. In: Die Presse, 9.2.1989. S.5.
Red, apa: Schulreform: Hawlicek beharrt auf Gesamtschule. In: Der Standard, 10.2.1989. S.6.
Red: Hawlicek: Gesamtschule ist Ausweg aus Hauptschulmisere. Zilk setzt jetzt schon eigene Reformkommission ein. In: Die Presse, 10.2.1989. S.5.
Mk: Ende des einheitlichen Schulsystems: Hauptschulmisere nur Wiener Problem? In: Die Presse, 11.2.1989. S.5.
Apa: VP-Schulsprecher erneuert Kritik n Ganztagsschule. In: Der Standard, 14.2.1989. S.4.
w.i: VP-Schäffer fordert AHS-Aufnahmetests. In: Die Presse, 14.2.1989. S.5.
red: Neuer SP-Vorstoß für Gesamtschule. In: Die Presse, 21.4.1989. S.5.
red: SP-Bildungschef: Konservative Revolution am Ende. In: Der Standard, 19.6.1989. S.5.
ek: VP für breiteres Bildungsangebot. Mehr Sprachen und Praxis. In: Der Standard, 14.9.1989. S.6.
apa, red: Gesamtschulforderung. In: Der Standard, 15.9.1989. S.6.
kbau: SP: Gesamtschule und Mittelstufenreform. In: Der Standard, 15.9.1989. S.6.
mk: Für Realschule, gegen Zentralismus. Neue Vorschläge von ÖVP und SPÖ zur Bildungspolitik. In: Die Presse, 14.10.1989. S.5.
mth: Maturareform und ganztägige Schule als Zankapfel der Bildungspolitik Hawliceks. Schulreform unter Beschluss. Schüler drohen mit Warnstreiks, VP warnt vor Ganztagsschule. In: Die Presse, 21.11.1989. S.5.
ek, apa: Streit um Schulreform geht weiter. Ganztag, Schulgeld kontroversiell. In: Der Standard, 22.11.1989. S.6.
mth: Der nächste Schulstreit steht bevor. Die Maturareform ist noch lange nicht entschieden. In: Die Presse, 12.9.1989. S.5.
mth: Einigung über die Matura. In: Die Presse, 14.12.1989. S.5.
mth: Ganztägige Schule vorläufig geplatzt. Hawlicek will längere Berufsschulzeit und Hauptschulreform. In: Die Presse, 26.1.1990. S.5.
Spudich, Helmut: „Ganztägige Schulform“ gescheitert. In: Der Standard, 26.1.1990. S.7.
Apa: Proteste gegen Entwurf für ganztägige Schulform. In: Der Standard, 6.1.1990. S.7.
Hsp: SP-VP-Einigung: Kleinere Volksschulklassen ab 91. In: Der Standard, 10.5.1990. S.1.
Spudich, Helmut: Schulfragen im Parlament. In: Der Standard, 9.5.1990. S.7.
Mth: Parlamentarischer Kampf um Schülerzahl. In: Die Presse, 17.5.1990. S.5.
Mth: Bildung: Klassengröße bleibt, Aufruhr um Berufsschulen. Hawlicek-Plan gescheitert. Keine Ausweitung der ganztägigen Schule. In: Die Presse, 28.6.1990. S.5.
Hsp: „Gemeinsame Schule unumgänglich“. In: Der Standard, 28.6.1990. S.6.
Red: SP-Absage an Studiengebühren, neuer Volksschulstart. VP: 30 Milliarden für Universitäten, „Sprachoffensive“. In: Die Presse, 3.9.1990. S.5.
Spudich, Helmut: Programmvergleich. Schulpolitik: Die Autonomen kommen (bald?). In: Der Standard, 12.9.1990. S.6.
Ett, has: Differenzen um SP-Pläne für die „Gesamtschule“. In: Die Presse, 6.11.1990. S.6.
Mth: Gesamtschule ade, Fachakademien für Lehrlinge. In: Die Presse, 8.11.1990. S.6.
Spudich, Helmut: SP-VP vereinbaren neuen Schultyp. In: Der Standard, 26.11.1990. S.6.
Hemberger, Marie-Theres: Autonomie der Schulen: Eine Zeitbombe? In: Die Presse, 27.3.1991. S.6.
Hemberger, Marie-Theres: Scholten verspricht Schulautonomie ab Herbst 1992. In: Die Presse, 23.5.1991. S.6.
Hemberger, Marie-Theres: Die Auslese der Zehnjährigen ist noch immer ein Zankapfel. In: Die Presse, 1.6.1991. S.3.

Mth: VP-Kritik an Scholten. In: Die Presse, 27.11.1991. S.5.
Mth: Alarm um kaufmännische Schulen. In: Die Presse, 23.12.1991. S.5.
Mth: VP-Kritik an Scholten. In: Die Presse, 8.1.1992. S.5.
Ortmayr, Wilhelm: Gegen „Schul-Kosmetik“. In: Die Presse, 22.1.1992. S.5.
Red: Klares Nein der VP zum Aufsteigen mit „Fünfer“. In: Die Presse, 29.1.1992. S.5.
Hemberger, Marie-Theres: „Die ÖVP wird das nicht akzeptieren“. In: Die Presse, 3.2.1992. S.5.
Mth: Streit um Ferienordnung. VP lehnt Länderautonomie entschieden ab. In: Die Presse, 29.4.1992. S.4.
Red: Streitpunkt: Fremdsprachen. Koalitionszwist um „moderne, zukunftsorientierte Schulpolitik“. In: Der Standard, 1.7.1992. S.6.
Handlos, Brigitte: Scholten, Schule, Schilling. In: Der Standard, 9.9.1992. S.9.
Los, cs: Schwere VP-Angriffe auf SP-Minister Scholten wegen 5-Tage-Woche. In: Der Standard, 24.9.1992. S.5.
Los, apa: Debatte um freien Samstag. In: Der Standard, 25.9.1992. S.5.
Ett, red: Schulfreier Samstag: Vranitzky unterstützt Minister Scholten. In: Die Presse, 26.9.1992. S.5.
Red: Fünf-Tage-Schule nun Gegenstand von Koalitionsgesprächen. In: Die Presse, 9.10.1992. S.5.
Red: Schul-Einigung. Autonomie ab 1993. In: Der Standard, 19.12.1992. S.5.
Mayer, Thomas: Schulreformer mit Lernschwierigkeiten. In: Der Standard, 7.1.1993. S.6.
Hemberger, Marie-Theres: Die Schulautonomie wird zum Zankapfel. In: Die Presse, 9.12.1992. S.4.
Mth: Koalition nun einig über Schulautonomie. In: Die Presse, 19.12.1992. S.6.
Red, apa: SPÖ läßt nicht locker: Das Ziel bleibt Gesamtschule. In: Die Presse, 24.6.1993. S.6.
Ps, apa, red: Vor Ferien eskaliert Streit um Schulprobleme. In: Die Presse, 1.7.1993. S.7.
Em, apa: „Mit Nichtgenügend automatisch in die nächste Klasse aufsteigen“. In: Der Standard, 2.7.1993. S.7.
Seidl, Conrad; Salomon, Martina: „Schule soll neugierig machen“. In: Der Standard, 28.8.1993. S.6.
Red: Schlagabtausch in der Koalition um Schulpolitik. In: Die Presse, 3.9.1993. S.1.
Red: SPÖ aktualisiert Forderung nach der Gesamtschule. In: Die Presse, 27.8.1993. S.6.
Ett: VP: Bei Scholten dominiert Ideologie. Ruf nach Englisch für Taferlklaßler. In: Die Presse, 3.9.1993. S.6.
Chs: VP-Absage an Fünf-Tage-Schulwoche. In: Die Presse, 15.1.1994. S.6.
Seidl, Conrad: „Müssen lehren, wieder bitte und danke zu sagen“. In: Der Standard, 14.2.1994. S.5.
Ett, chs: Schwarz-blaue Allianz bekräftigt Forderung nach Bildungsministerium. In: Die Presse, 29.3.1994. S.6.
Red: Schlagabtausch SP-VP. In: Die Presse, 30.3.1994. S.6.
Red: Gleiche Ausbildung für alle Lehrer? SPÖ will Gesamtschule für Mittelstufe. In: Die Presse, 23.6.1994. S.7.
Mon, apa: Buseks Schulpläne irritieren SPÖ. In: Der Standard, 5.12.1994. S.5.
Apa: SP weist Buseks Schulpläne als „längst überholt“ zurück. In: Der Standard, 17.12.1994. S.6.
Salomon, Martina: Hauptschule und AHS künftig wieder mit getrenntem Lehrplan. In: Der Standard, 20.12.1994. S.6.
Mon: SPÖ droht Busek mit Veto bei Schulgesetzen. In: Der Standard, 22.12.1994. S.6.
Mon, hm: 2000 Lehrer-Kündigungen befürchtet. In: Der Standard, 28.12.1994. S.1.
Apa: SP-Front gegen Buseks Schulpläne. In: Die Presse, 7.2.1995. S.6.

Witzmann, Erich: „Schulpflicht bis 18 Jahre, kein Durchfallen“. In: Die Presse, 21.6.1996. S.7.
Ewi: Scharfe Proteste gegen SP-Schulvisionen. In: Die Presse, 22.6.1996. S.7.
Ewi: Gehrer lehnt SP-Schulpläne ab. „Leistung muß Leistung bleiben“. In: Die Presse, 25.6.1996. S.1.
Anka, APA: „Gesamtschule spart vier Milliarden“. In: Der Standard, 2.9.1995. S.4.
Red: Zu viel Schule macht Kinder und Budget krank. In: Der Standard, 22.11.1995. S.4.
Mon: Kritik an Aufwertung der Pädagogischen Akademien. In: Der Standard, 8.1.1997. S.6.
Apa, red: Pädaks als Streitpunkt. In: Die Presse, 14.1.1997. S.8.
Hab: SPÖ für Aufstieg mit zwei „Nicht genügend“. In: Der Standard, 17.7.1997. S.6.
Salomon, Martina: SPÖ für längere Schulpflicht. In: Der Standard, 12.12.1997. S.6.
Ar: SPÖ denkt an Gesamtschule à la USA und verpflichtende Bildung bis 18. In: Die Presse, 20.12.1997. S.7.
Apa: ÖVP-Bildungsprogramm: Ja zu Noten, kein Eintopf. In: Der Standard, 27.1.1998. S.6.
Apa: SP kritisiert Gehrer wegen Studiengesetz. In: Der Standard, 1.8.1998. S.7.
Ina, pm: Schule: ÖVP will Vielfalt. In: Der Standard, 24.11.1998. S.8.
Stui: „Fleißaufgabe“ am Rande: Pädaks erhalten mehr Autonomie. In: Der Standard, 23.1.1999. S.6.
No: ÖVP: Leistungsprinzip und Begabtenförderung in den Schulen stärken. In: Die Presse, 31.7.1999. S.7.
Ewi: Die Pädaks werden zu Hochschulen. Gehrer: Bleiben in meinem Ressort. In: Die Presse, 16.4.1999. S.8.
Ewi: SPÖ jubelt: „Gesetz über Lehrer-Hochschulen trägt unsere Handschrift“. In: Die Presse, 17.4.1999. S.9.
Mon: „Bakkalaureat FH“: Noch ein neuer Titel in Diskussion. In: Der Standard, 4.6.1999. S.8
Ewi: Gehrer will akkordierte Erziehungsrichtlinien. In: Die Presse, 10.9.1999. S.10.
e.w: „Ministerin hat liberale Maske fallenlassen“. In: Die Presse, 10.9.1999. S.10.

Schulbücher

ag: Aufregung um Schulbücher. In: Die Presse, 28.9.1991. S.5.
apa: Familienministerin plant Aus für Gratisschulbuch. In: Der Standard, 27.9.1991. S.6.
red: Rot-grün-gelber Widerstand gegen Selbstbehalt bei Schulbüchern. In: Die Presse, 11.1.1995. S.6.
red: Schulbuch: Breite Front gegen einen Selbstbehalt. In: Der Standard, 11.1.1995. S.6.
apa: SP-Front gegen Buseks Schulpläne. In: Die Presse, 7.2.1995. S.6.
red: Gratisschulbücher: Fällt Selbstbehalt? In: Kleine Zeitung, 21.5.1995. S.3.
red: Den Schulbuch-Erlagschein wird es nur heuer geben. In: Kleine Zeitung, 23.5.1995. S.2.
red: Selbstbehalt beim Schulbuch nur heuer. In: Kleine Zeitung, 29.5.1995. S.2.
Salomon, Martina: Schulbuch ab 1996 wieder gratis. In: Der Standard, 23.5.1995. S.7.
Niederwieser, Erwin; Höchtl, Josef: Schulen sollten autonom über Bücher entscheiden. In: Der Standard, 8.9.1995. S.6.
Ewi: Absage der SPÖ an die Wegwerf- und Arbeitsbücher. In: Die Presse, 19.10.1995. S.7.
Red, apa: Feste Preise für Schulbücher. Budget soll eingefroren werden – SPÖ und Verleger dagegen. In: Der Standard, 10.5.1997. S.5.
Ewi: Schulbuchaktion: Koalition einigt sich auf Verleihsystem ab Herbst 1998. In: Die Presse, 5.12.1997. S.10.

Schülerfreifahrt

Red: Doch weiter Freifahrt? In: Die Presse, 17.12.1993. S.6.
Neuwirth, Dietmar: Koalitions-Groteske im Parlament. In: Die Presse, 18.12.1993. S.6.
Stui: Aufstand in der SPÖ gegen geplante Einsparung bei Schülerfreifahrten. In; Der Standard, 17.12.1993. S.9.
Stuiber, Petra: Schülerfreifahrt: Keine Einigung. In: Der Standard, 18.12.1993. S.5.
Kramser, Annemarie: SPÖ lehnt geplante Kürzung bei den Schülerfreifahrten ab. In: Der Standard, 18.12.1993. S.5.
Sitt: Debatte um Schulfreifahrt: Bartenstein gegen Moser. In: Der Standard, 22.2.1995. S.6.
Stui: Noch offene Fragen bei Lehrlingen, Karenzgeld. In: Der Standard, 16.3.1995. S.6.

Ferienordnung

Mth: Streit um Ferienordnung. In: Die Presse, 29.4.1992. S.4.
Lahn: VP für Bundeskompetenz in Ferienangelegenheiten. In: Der Standard, 29.4.1992. S.7.
Red: Scholten und Parteien über Herbstferien einig. In: Der Standard, 18.9.1992. S.6.
Botzenhart, Ulrike: Parteien ringen um Herbstferien. In: Der Standard, 10.3.1994. S.7.
Ewi: Regierung: Differenzen über Herbstferien. In: Die Presse, 26.5.1995. S.7.
Red: Herbstferien sind möglich. In: Kleine Zeitung, 14.6.1995. S.3.
Red: 5-Tage-Woche. In: Kleine Zeitung, 23.6.1995. S.4.

Ethikunterricht

Er: Streit um Pflicht zum Ethikunterricht. In: Der Standard, 2.6.1997. S.5.
Er: Ethikunterricht bleibt umstritten. In: Der Standard, 4.7.1998. S.7.
Red, apa: Ethikunterricht für die ÖVP nicht mehr tabu. In: Der Standard, 6.7.1998. S.6.

Lehrlinge

Milo, red: ÖVP gegen einen zweiten Berufsschultag. In: Die Presse, 24.9.1993. S.8.
Stui: Noch offene Fragen bei Lehrlingen, Karenzgeld. In: Der Standard, 16.3.1995. S.6.
Ewi: ÖVP fordert sofortige Reform der Berufsschule. In: Die Presse, 12.3.1994. S.6.
Red, apa: „Gipfel“ zur Berufsschule. In: Die Presse, 19.3.1994. S.7.
Red: Schlagabtausch SP-VP. In: Die Presse, 30.3.1994. S. 6.
Ett: Streit um Lehrlinge im Ministerrat. In: Die Presse, 17.9.1996. S.7.
Red: Lehrlingsfonds in Ländern? In: Kleine Zeitung, 17.9.1996. S.3.
Ett, das: Franz Hums reicht es: Einigung oder Alleingang. In: Die Presse, 12.11.1996. S.7.
Dam: ÖVP nennt 26 Punkte fürs Reformpaket. In: Der Standard, 25.10.1996. S.9.
Red: Lehrlingsausbildung wird billiger, flexibler, moderner. In: Kleine Zeitung, 5.3.1997. S.3.
Völ: Koalitionspartner streiten weiter um Lehrlingspaket. In: Der Standard, 23.9.1997. S.1.
Lyn, völ: Zwist um Lehrlinge schwelt weiter. In: Der Standard, 23.9.1997. S.5.
Auj: Kürzeres Wochenende für Lehrlinge. In: Der Standard, 24.9.1997. S.6.
Ett, no: Schule als Parkplatz für Lehrlinge. Koalitionskrach Klima-Gehrer. In: Die Presse, 15.11.1997. S.1.
Völker, Michael: SPÖ beruft nach Gehrer-Aussagen Ausschuß ein. In: Der Standard, 15.11.1997. S.6.
And, red: Krach um Lehrlinge mit Folgen: SP-Alleingang bei Vergabegesetz. In. Die Presse, 15.11.1997. S.6.
Ett: Lehrlinge: Suche nach Kompromiß. In: Die Presse, 18.11.1997. S.8.

Völ, mon: Koalitionskrach um Lehrlinge ist beigelegt. In: Der Standard, 19.11.1997. S.7.
Ett: Koalition begräbt das Kriegsbeil. Nun Generalreform für Lehrlinge. In: Die Presse, 19.11.19997. S.7.
Red: Zwist in Koalition um Lehrlinge. In: Die Presse, 2.2.1998. S.7.
Per: Lehrlingspaket steht. In: Die Presse, 28.3.1998. S.1.
Hann, Michael: Gehrer verhindert Aktionsplan. In: Der Standard, 2.4.1998. S.17.
Hann, Michael: Eine Brücke für Elisabeth Gehrer. In: Der Standard, 11.4.1998. S.25.
Apa: Schüssel: Tragfähiges Verhältnis zu Klima. In: Der Standard, 14.4.1998. S.6.
Ha: Fast zwei Milliarden für die Jugend. In: Der Standard, 16.4.1998. S.17.
Red: Regierung einigt sich über die Lehrlingsausbildung. In: Der Standard, 15.4.1998. S.1.
Stui, mue: Bis zu 4800 Schilling Steuerersparnis. In: Der Standard, 14.11.1998. S.7.
Krawagner-Pfeifer, Katharina: Koalition demonstrativ einig. In: Der Standard, 22.1.1999. S.7.
Red: Forschung/Lehre. In: Die Presse, 24.3.1999. S.11.

Universitäten

Mayer, Thomas: SP-Fischer erteilt „Privat-Unis“ in Busek-Novelle deutliche Absage. In: Der Standard, 18.11.1989. S.7.
Tom: Busek zieht Plan von „Privatunis“ zurück. In: Der Standard, 19.12.1989. S.7.
Red: SPÖ rügt Buseks Uni-Tätigkeit. In: Der Standard, 8.8.1991. S.6.
Mayer, Thomas: Familienbeihilfe-Streit darf Stipendien nicht gefährden, sagt Stippel. In: Der Standard, 21.3.1992. S.7.
Lahn: SPÖ lehnt Universitätsreform ab. In: Der Standard, 4.7.1992. S.6.
d.n: SP plötzlich gegen Leistungsnachweis für Studenten? In: Der Standard, 7.7.1992. S.5.
ar: SP als Anwalt der Assistenten, Studenten? Nowotny: Totalreform nicht notwendig. In: Die Presse, 15.7.1992. S.5.
rah, apa: SPÖ und ÖVP über Ziele der Uni-Reform einig. In: Der Standard, 14.11.1992. S.5.
Rohrer, Anneliese: Auch ohne Matura an Fachhochschule. Entscheidung über Studiengebühren offen. In: Die Presse, 23.11.1992. S.4.
Hazivar, Rainer: Einig über Fachhochschulen. In: Der Standard, 21.11.1992. S.7.
Ewi: Koalitionskrach um Buseks Uni-Reform. In: Die Presse, 13.7.1993. S.6.
Ett, apa: Zwist um Titel für die Mediziner: „Vertrauen der Patienten erhalten“. In: Die Presse, 11.7.1995. S.7.
Stui: Klima: „3500-S-Freigrenze für Studenten bleibt“. In: Der Standard, 20.2.1996. S.5.
Red, wof: ÖVP lehnt Scholtens Uni-Kompromiß ab: „Bestrafung Fleißiger“. In: Der Standard, 19.3.1996. S.5.
Salomon, Martina: SPÖ für längere Schulpflicht. In: Der Standard, 12.12.1997. S.6.
Red, apa: Kritik der ÖVP an Caspar Einems Bachelor-Vorstoß. In: Der Standard, 28.10.1998. S.10.
No: Wer trägt Schuld an den Drop Outs? Konflikt Einem-Gehrer spitzt sich zu. In: Die Presse, 20.3.1999. S.8.
Gon: Streit um Einführung der Privatuniversität. In: Die Presse, 12.5.1999. S.7.
Mayer, Peter: Wer Magister werden will, muß erst gearbeitet haben. In: Der Standard, 28.5.1999. S.9.
Ewi: SPÖ und ÖVP einigten sich auf den Bachelor. In: Die Presse, 28.5.1999. S.7.
Mon: „Bakkalaureat FH“: Noch ein neuer Titel in Diskussion. In: Der Standard, 4.6.1999. S.8
Ewi: Bakkalaureats-Gesetz: Bis zuletzt Widerstand aus Finanzministerium. In: Die Presse, 8.6.1999. S.8.

Pm: Solo der Koalition für Uni-Reform. In: Der Standard, 15.7.1999. S.9.
Pm: Privatunis: ÖVP und SPÖ streiten über Vorgangsweise. In: Der Standard, 21.12.1999. S.8.

Studiengebühren

Mth, js: VP-Klubchef heizt Debatte um Studiengebühren an. In: Die Presse, 18.6.1988. S.4.
Red: Fischer lehnt Rückzahlung von Studiengebühren ab. Die Presse, 21.6.1988. S.4.
d.n: Koalition über Studientaxen uneins. In: Die Presse, 10.3.1990. S.5.
Ertl, Josef: SP lehnt Studiengebühren und Darlehensvariante ab. In: Der Standard, 26.5.1990. S.6.
Mk, d.n, red: Busek: „Verbündeter des Finanzministers". Studiengebühren stoßen auf Widerstand. In: Die Presse, 20.8.1991. S.6.
d.n, red: SP gegen Studiengebühren. In: Die Presse, 27.11.1992. S.5.
hm: Ditz will allgemeine Energiesteuer. In: Der Standard, 18.2.1993. S.21.
ar, ett: Ärger in der Koalition wegen Gratis-Studium. In: Die Presse, 30.4.1993. S.4.
red: Staribacher will Studiengebühren. In: Kleine Zeitung, 20.8.1995. S.3.
Salomon, Martina: Studiengebühr? „Nicht für das Stopfen von Budgetlöchern!". In: Der Standard, 14.9.1995. S.5.
Kob, ha: Vranitzky gegen Studiengebühren. In: Der Standard, 23.9.1995. S.6.
Mon: ÖVP: Studiengebühren auf Darlehensbasis. In: Der Standard, 4.7.1996. S.4.
Ewi: SP-Experten fordern Akademikersteuer. In: Die Presse, 9.10.1996. S.1.
Ewi: VP für Studiengebühren statt Akademikersteuer. In: Die Presse, 10.10.1996. S.6.
d.n: SPÖ zieht Akademikersteuer zurück. In: Die Presse, 12.10.1996. S.8.
ett: Kluft in Koalition wächst: In welche Richtung geht Reform. In: Die Presse, 16.10.1996. S.1.
ewi: Studiengebühr: ÖVP überlegt SP-Modell. In: Die Presse, 24.10.1996. S.7.
Salomon, Martina: Unwillkommenes Studienergebnis für Studiengebühren: Scholten winkt ab. In: Der Standard, 29.10.1996. S.6, 7.
Witzmann, Erich: Uni-Misere: ÖVP erinnert an Studiengeld. In: Die Presse, 9.4.1997. S.7.
Red, apa: Einem: Klare Absage an Studiengebühren. In: Die Presse, 10.4.1997. S.8.
Witzmann, Erich: Studieren mit dem Bildungsscheck: SP und VP mit gleichen Konzept. In: Die Presse, 5.9.1997. S.7.
Witzmann, Erich: Bildungsscheck: SP-Experten für Minister Einem. „Wir müssen uns von Prinzipien verabschieden". In: Die Presse, 12.9.1997. S.7.

Gesundheit

Gesundheitssystem

a.k; ett: Koalition uneinig über neue Belastungen. In: Die Presse, 13.10.1987. S.4.
red: Koalition zankt um Krankengeld. In: Kleine Zeitung, 13.10.1987. S.4.
red: Spitalskosten lösen soziale Spannungen in Koalition aus. In: Die Presse, 17.11.1987. S.1.
red: Eine Einigung über die Spitalsfinanzierung wir nun immer unwahrscheinlicher. In: Die Presse, 13.11.1987. S.4.
kh, ett: Koalition einig über Geld für Spitäler. VP gab Widerstand gegen höhere Beiträge auf. In: Die Presse, 20.11.1987. S.4.
ett: Poker um mehr Kompetenzen für Gesundheitsminister. In: Die Presse, 8.11.1990. S.6.
sy, aha: Streit um Geld für Sozialreform. In: Der Standard, 24.10.1992. S.26.

red: „Klassenkampf“ um Pflegevorsorge? VP will allgemeine Solidaritätsabgabe. In: Die Presse, 24.10.1992. S.1.
rie, d.n: Finanzierung der Pflegevorsorge entzweit die Koalition. VP will Solidaritätsabgabe, SP ist für Beitragserhöhung. In: Die Presse, 24.10.1992. S.1, 4.
Stocker, Ulrich: Koalition streitet weiter um höhere Sozialbeiträge. In: Kleine Zeitung, 24.10.1992. S.2.
Red: Einigung: 10 Milliarden für Pflegeversicherung. In: Kleine Zeitung, 27.10.1992. S.3.
Ett: Regierung fixiert Pflegevorsorge und Pensionsreform. Wirtschaft fühlt sich übergangen und stimmt nicht zu. In: Die Presse, 27.10.1992. S.1.
Red: Sozialpaket: Zahler murren. In: Kleine Zeitung, 28.10.1992. S.3.
Red: Maderthaner-Gegenkatalog für Ja zum Pflegebeiträgen. In: Kleine Zeitung, 29.10.1992. S.2.
Rief, Norbert: Spitalsfinanzierung: Krach ÖVP-Ausserwinkler. In: Die Presse, 18.2.1994. S.6.
Cs, apa: Für Reiche wird Kranksein teuer. In: Der Standard, 21.3.1994. S.6.
Rie, d.n: Forderungskatalog und erste Absage. ÖVP kritisiert SP-Gesundheitspolitik. In: Die Presse, 22.3.1994. S.6.
Red: Spitalsreform: Wegen Aufschub hagelt es Kritik. In: Die Presse, 6.4.1994. S.7.
Red: Vranitzky unter Beschuß. In: Kleine Zeitung, 6.4.1994. S.3.
Red: Weitere Diskussion um Spitalsreform. In: Die Presse, 7.4.1994. S.6.
Anka: Das Kranksein soll bald teurer werden. In: Der Standard, 6.5.1995. S.1.
Rie: ÖVP: Auch ASVG-Versicherte sollen bei Arztbesuch Selbstbehalt zahlen. In: Die Presse, 1.7.1995. S.6.
Cs, lyn: SPÖ und AK gegen Selbstbehalt. In: Der Standard, 19.6.1995. S.5.
Schweighofer, Christina: Krammer-Nein zu Selbstbehalt: Belastet Patienten, bringt zuwenig. In: Die Presse, 7.8.1995. S.7.
Chs: ÖVP: Drei Milliarden mit neuen Selbstbehalten. In: Die Presse, 8.8.1995. S.6.
Stui, ina, kob: SP für Staffelung bei Pflegegeld. In: Der Standard, 23.8.1995. S.5.
Stui: Pro Monat 1000 Pflegefälle mehr. In: Der Standard, 24.8.1995. S.4.
Ett: Patienten sollen künftig mehr zahlen. ÖVP: Selbstbehalte bis 5000 Schilling. In: Die Presse, 15.9.1995. S.1.
Salomon, Martina: ÖVP kritisiert „schleichenden“ Selbstbehalt bei Kassenleistungen. In: Der Standard, 19.9.1995. S.5.
Red: Selbstbehalt der ÖVP findet keine Anhänger. In: Der Standard, 21.11.1995. S.4.
Mon, red: Hums bittet Unternehmer zur Kasse. In: Der Standard, 22.11.1995. S.4.
Ett: Nein der SPÖ zu einem Selbstbehalt beim Arzt. In: Die Presse, 22.11.1995. S.7.
Red: Gute Koordination soll Spitälern sparen helfen. In: Der Standard, 23.11.1995. S.6.
Anka, apa: Gesundheitsministerin erteilt Selbstbehalten neuerliche Absage. In: Der Standard, 20.1.1996. S.5.
Voy, stui: Sozialminister Hums ist gegen Selbstbehalte im Gesundheitssystem, aber: „Schließe Beitragserhöhungen nicht aus“. In: Der Standard, 4.3.1996. S.4.
Syrowy, Reinhard: Rezeptgebühr soll kräftig erhöht werden. In: Der Standard, 3.5.1996. S.27.
Ett, red: Konflikt in Koalition um höhere Krankenbeiträge. In: Die Presse, 11.5.1996. S.7.
Kob: Schüssel zu Hums: „Sparen“. In: Der Standard, 22.5.1996. S.6.
Rie, red: Kassen-Disput geht weiter Rezeptgebühr bald 40 S? In: Die Presse, 22.5.1996. S.7.
d.n, red: (Gesundheits-)Steuer für Autofahrer und Raucher. In: Die Presse, 23.5.1996. S.7.
ett, apa: Krankenkassen: Doch bald Reform? In: Die Presse, 29.5.1996. S.7.

ett: Neue Belastungen sollen zwei Milliarden bringen. In: Die Presse, 13.6.1996. S.7.
Ettinger, Karl: Vor Rezeptgebühr von 42 Schilling. Bis zuletzt Tauziehen um Wochengeld. In: Die Presse, 21.6.1996. S.8.
Red: Die Koalition streitet um das Wochengeld. In: Der Standard, 22.6.1996. S.1.
Stuiber, Petra: Diktat der leeren Töpfe. In: Der Standard, 22.6.1996. S.1.
Apa: SPÖ lobt Kassenreform. „Tragbarer Kompromiß". In: Der Standard, 24.6.1996. S.6.
Stui: Kassen-Einigung mit Vorbehalten. In: Der Standard, 25.6.1996. S.5.
Ett: Vranitzky verteidigt Belastungspaket für Kassen. In: Die Presse, 26.6.1996. S.7.
Stui: Bis zu 600 S pro Jahr für Krankenscheine. In: Der Standard, 26.6.1996. S.4.
Dam: Ärzte fordern Krammers Rücktritt. In: Der Standard, 19.10.1996. S.6.
Mon: Ärzte machen mobil gegen Rufbereitschaft im Spital. In: Der Standard, 22.10.1996. S.1.
Red: ÖVP distanziert sich von Spitalsärzte-Gesetz. In: Der Standard, 20.11.1996. S.1.
Ett: Arbeitszeit in Spitälern: Zusatzwünsche der ÖVP. In: Die Presse, 28.11.1996. S.6.
Red: Koalition einigt sich auf neue Arbeitszeit für Ärzte in Spitälern. In: Der Standard, 29.11.1990. S.1.
Red: Rezeptgebühr: Vor rot-blauer Allianz. In: Die Presse, 20.11.1996. S.7.
Ett: Arbeitszeit der Ärzte: Entscheidung vertagt. In: Die Presse, 21.11.1996. S.7.
Stui: Mutter-Kind-Paß-Belohnung beschlossen – mit Einschränkungen. In: Der Standard, 21.11.1996. S.5.
Kob: Kompromiß bei der Arbeitszeit für Ärzte. In: Der Standard, 29.11.1990. S.5.
Ett: Spitäler: Koalition einig. In: Der Standard, 29.11.1990. S.5.
Ett, d.n: Aufruhr um Gratis-Mitversicherung. Nach Hums-Vorstoß wiegeln alle ab. In: Die Presse, 6.11.1996. S.6.
Ettinger, Karl: SPÖ: Besserverdiener sollen unbegrenzt zahlen. In: Die Presse, 9.11.1996. S.7.
Kramser, Annemarie: Krankenkasse nur für Schwerkranke. In: Der Standard, 13.1.1997. S.9.
Anka: Abfuhr für Selbstbehalte. In: Der Standard, 14.1.1997. S.7.
Red: Klima: Flexibel arbeiten mit erzwingbaren Kollektivverträgen. Krankenscheingebühr soll heuer fallen – Neues Pensionssystem. In: Der Standard, 10.2.1997. S.1.
Mon: Hostasch: Nein zu weiteren Selbstbehalten. In: Der Standard, 13.2.1997. S.1.
Apa: Neue Fronten gegen Hostasch. In: Der Standard, 18.6.1997. S.6, 7.
Red: Widerstand der Gewerkschaft gegen Pläne der Bundesregierung wächst. In: Der Standard, 18.6.1997. S.7.
Ett: Langsames Aus für Krankenschein. Zwist um Gebühr für Patienten. In: Die Presse, 29.3.1999. S.10.

Tabak

Rie: Tabakgesetz scheiterte am Einspruch der ÖVP. In: Die Presse, 14.7.1993. S.7.
Re: VP: Kampfansage gegen Gastwirte: In: Kleine Zeitung, 14.7.1993. S.2.
Red: Streit um rauchfreie Gaststätten. In: Die Presse, 4.8.1993. S.1.
Em: Streit über das Rauchen in Wirtshäusern. In: Der Standard, 4.8.1993. S.5.
d.n, ett: Tabakgesetz: ÖVP läßt Ausserwinkler abblitzen. In: Die Presse, 4.8.1993. S.4.
rie: Einigung zwischen SPÖ und ÖVP über den Entwurf zum Tabakgesetz. In: Die Presse, 1.9.1993. S.7.
Rief, Norbert: Tabakgesetz im Ministerrat. In: Die Presse, 10.9.1993. S.7.
Rie: Kompromiß über Tabakgesetz: Keine verpflichtenden Nichtraucherzonen. In: Die Presse, 14.9.1993. S.9.
Rief, Norbert: Tabakgesetz: Ende von „A3", „Hudriwudri". In: Die Presse, 15.9.1993. S.8.

Rief, Norbert: Tabakgesetz: ÖVP will kräftige Änderungen. In: Die Presse, 14.1.1994. S.7.
S.2.
Red: Tabakgesetz endgültig weg. In: Kleine Zeitung, 6.7.1994. S.3.
Red: Krammer: Rote Karte für die Raucher. In: Kleine Zeitung, 26.2.1995. S.3.
Red, apa: VP-F-Koalition gegen Tabakgesetz. In: Die Presse, 27.2.1995. S.1.
Red: Grüne, Liberale und SPÖ für Rauchverbote. In: Die Presse, 28.2.1995. S.7.
Red: Das Rauchen soll bald teurer werden. In: Kleine Zeitung, 28.3.1995. S.3.
Red: Alles eine Preisfrage. In: Kleine Zeitung, 1.3.1995. S.2.
Rief, Norbert: Tabakgesetz im Ministerrat. Rauch- und Werbeverbote. In: Die Presse, 4.4.1995. S.6.
Red: Entschärfter Schutz für die Nichtraucher. In: Kleine Zeitung, 5.4.1995. S.3.
Stocker, Ulrich: Verschärftes Tabakgesetz feiert den Nichtrauchertag. In: Kleine Zeitung, 1.6.1995. S.2.

Gentechnologie:

Schnauder, Andreas: Farnleitner blockiert Alleingang. Kein Vorpreschen beim Gen-Pickerl. Ministerrat muß Linie festlegen. In: Der Standard, 2.9.1996. S.11.
Red: SPÖ verärgert, wie ÖVP mit „Novel Food“ umgeht. In: Der Standard, 14.3.1996. S.6.
Das, ett: Bundeskanzler ist „im höchsten Maß erfreut“. In: Die Presse, 16.4.1997. S.6.
Das: Nach Eifersüchteleien: Gemeinsames Regierungspapier zur Gentechnik. In: Die Presse, 23.4.1997. S.6.
Dam: Häupls Gen-Warnung: „SPÖ darf sich nicht in VP-Geiselhaft begeben“. In: Der Standard, 30.4.1997. S.8.
Damböck, Bernadette: Bartenstein mahnt: SP bei Gentechnik säumig. In: Der Standard, 31.5.1997. S.5.
Das: Wildes Feilschen um Termin für Gentechnik. In: Die Presse, 4.6.1997. S.7.
Dam: Gentechnik-Patente: Prammer tadelt ÖVP. In: Der Standard, 18.7.1997. S.6.
Red: „Enttäuschender“ Gen-Gipfel. In: Der Standard, 29.4.1997. S.1.
Milo: SP-VP-Streit um Gentechnik. In: Die Presse, 6.11.1997. S.7.
Cs: Weiter keine Einigung über Gentechnik. In: Der Standard, 13.3.1998. S.7.
w.s: Keine Einigung bei den Gentechnik-Gesetzen. In: Die Presse, 25.3.1998. S.6.
w.s: Koalition bei Haftung einig. In: Die Presse, 31.3.1998. S.8.

Zahnersatz und Hausapotheken

Ett: Zahnweh in Koalition. Kronen als Streitobjekt. In: Die Presse, 19.5.1998. S.7.
Stuiber, Petra: Stundenlang Gezerre um die Zahnkronen. In: Der Standard, 19.5.1998. S.8.
Stui, apa: Zahnkronen: Koalition kann sich nicht einigen, Gesetz zurückgestellt. In: Der Standard, 20.5.1998. S.8.
Cs: Verhandler beißen sich zu Richttarif durch. In: Der Standard, 22.5.1998. S.6.
Ett: Notfall in der Koalition wegen Zahnproblemen. In: Die Presse, 9.6.1998. S.8.
Ett: Zahnkronen sollen für alle Patienten höchstens rund 6.000 Schilling kosten. In: Die Presse, 10.6.1998. S.9.
Ett: Hektik um Pakt für Zahnkronen. SPÖ, ÖGB haben noch Wünsche. In: Die Presse, 24.6.1998. S.7.
d.n, red: Zahnkronen: Verhandlungen geplatzt. Nun Klima und Schüssel eingeschaltet. In: Die Presse, 2.7.1998. S.8.
stui, rf: Endloses Schachern um Hostasch-Novelle. In: Der Standard, 4.7.1998. S.7.
ett: Patt bei Zahnkronen blockiert neue Sozialleistungen. In: Die Presse, 8.7.1998. S.1.

ett, red: Zahnärzte wollen nun im Alleingang Kronen um 6200 Schilling anbieten. In: Die Presse, 8.7.1998. S.7.
red: Hoffen auf gutes Ende im Zahnkronen-Streit. In: Der Standard, 13.7.1998. S.6.
Stuiber, Petra: Streit um Zahnkronen: „Elegante“ Garantie gesucht. „Elefantenrunde“ ringt um Kompromiß mit Gesetz, das keines sein soll. In: Der Standard, 17.7.1998. S.6.
Stui: Technische Finesse zur Rettung der „Krone“. SPÖ tüftelt an Initiativantrag, um Kompromiß mit VP und Zahnärzten zu erreichen. In: Der Standard, 15.7.1998. S.7.
Ett: Zahnproblem: Koalition fand Mittel zur Lösung. In: Die Presse, 16.7.1998. S.6.
Stuiber, Petra: Streit um Zahnkronen soll vor Weihnachten beigelegt werden. SP und VP wollen im Dezember gesetzliche Lösung beschließen. In: Der Standard, 16.7.1998. S.6.
Ett: Zwist um Hausapotheke. In: Die Presse, 2.7.1998. S.8.
Stui: Zahnbehandlung gelungen, Einigung über „Krone“. In: Der Standard, 17.7.1998. S.1.
Red: Kassen-Kronen jetzt per Gesetz. In: Kleine Zeitung, 26.11.1998. S.2.
Red: Kronen auch im Ambulatorium. In: Kleine Zeitung, 5.12.1998. S.2.

Soziales und Wirtschaft

Pensionen

A.k: Keller lehnt Pensionspakt der Koalition ab. In: Die Presse, 23.1.1987. S.4.
Red: Fischer will über Pensionen noch reden. Neue Frauenfront zeichnet sich ab. In: Die Presse, 29.9.1987. S.4.
Mth, a.k: Verwirrung um Pensionsreform. VP will in den Ruhestand „gleiten“. In: Die Presse, 7.10.1987. S. 4.
Ett: Beschluß über Pensionsreform wackelt. VP will nun ÖBB-Regelung erzwingen. In: Die Presse, 15.10.1986. S.4.
Red: Platzt die Pensionsreform? Eisenbahner gegen „Diktat“. In: Kleine Zeitung, 16.10.1987. S.2.
a.k, ar: Regierung beschloß Budget trotz Lücken. Nervosität in beiden Großparteien steigt. In: Die Presse, 20.10.1987. S.1.
Wiener Redaktion: Budget für 1988 fixiert, aber Begleitgesetze noch offen. In: Kleine Zeitung, 20.10.1987. S.2.
Red: Koalitions Unklarheit um Pensionen. Fallen nun alle Ruhensbestimmungen? In: Die Presse, 6.4.1988. S.4.
Red: Zwist bei Ruhensbestimmungen und Doppelpensionen. In: Die Presse, 9.4.1988. S.4.
Ett: Auch Fischer pocht auf Ruhensbestimmungen für alle Pensionisten. In: Die Presse, 12.4.1988. S.4.
Red: VP will ab 1989 zusätzliche Pension auf privater Basis. In: Die Presse, 14.5.1988. S.4.
Red: Dallinger: „Volkspension“ möglich, aber nicht zwingend. Sozialbürokratie könnte aufgelassen werden. In: Die Presse, 21.5.1988. S.4.
Red: Pensionsreform: VP schießt sich auf Dallinger ein. In: Die Presse, 24.5.1988. S.4.
Red: Vranitzky gibt der VP die Schuld an der Verzögerung. In: Die Presse, 25.5.1988. S.4.
Red: Zwist um Pensionsreform nimmt an Schärfe zu. In: Die Presse, 25.5.1988. S.4.
Ett, red: Kein Ende im Zank um Pensionsreform in Sicht. In: Die Presse, 26.5.1988. S.4.
Wiener Redaktion: Ruhensregeln: ÖGB will Zweiteilung nicht hinnehmen. In: Kleine Zeitung, 28.5.1988. S.4.

Ar: „Keine Pensionsreform ohne Ja der Frauen“ Kukacka: VP-Streit „höchst überflüssig“. In: Die Presse, 27.5.1988. S.4.
Ett, red: Vor heutiger Pensionsrunde: Stummvoll für große Reform. In: Die Presse, 31.5.1988. S.1.
Red: VP will höheres Pensionsalter für die Frauen. In: Kleine Zeitung, 31.5.1988. S.5.
Wiener Redaktion: Pensionsreform: Erste Annäherung. In: Kleine Zeitung, 2.6.1988. S.8.
Ett: Heute folgt eine weitere Pensionsrunde. Eisenbahner sorgen für viel Sprengstoff. In: Die Presse, 22.6.1988. S.4.
Red: Debatte um Eisenbahner: „ÖBB nicht herauspicken!“ In: Kleine Zeitung, 22.6.1988. S.2.
Ett: Keine Sommerpause bei Pensionsberatungen. Harte Fronten in der Koalition bröckeln ab. In: Die Presse, 28.6.1988. S.4.
Red: Dallinger schürt den Streit um die 35-Stunden-Woche. In: Kleine Zeitung, 31.8.1988. S.2.
Red: Koalition entfremdet sich bei Ruhensbestimmungen. In: Kleine Zeitung, 30.6.1988. S.2.
Red: Schüssel: Pensionsalter sollte angehoben werden. In: Die Presse, 4.7.1988. S.5.
Red: ÖVP: Neuer Vorstoß für ein höheres Pensionsalter. In: Kleine Zeitung, 4.7.1988. S.2.
Red: Höheres Pensionsalter kommt nicht in Frage. In: Die Presse, 23.8.1988. S.4.
Red: Pensionsgipfel soll die Eisenbahner schonen. In: Die Presse, 6.9.1988. S.1.
Red: Entscheidung über Pensionen. Streit um Erhöhung 1989. In: Die Presse, 12.9.1988. S.5.
Red: Koalition unter Stress. Pensionsreform gefährdet. In: Die Presse, 4.10.1988. S.1.
Red: Koalition fährt sich bei den ÖBB-Pensionen fest. In: Kleine Zeitung, 6.10.1988. S.2.
Has: Pensionsreform: Volkspartei verärgert. Koalitionsverhandlungen abgesagt. In: Die Presse, 10.11.1988. S.5.
Mk, ar: Pensionsreform stockt total. Mock: Nun ist SPÖ am Zug. In: Die Presse, 11.11.1988. S.4.
Apa: Koalitionsausschuss findet keine Einigung für Pensionsregelung. In: Der Standard, 15.11.1988. S.4.
Ett, d.n: Neuer Anlauf für die Pensionsreform. Aber weiter große Zweifel an Einigung. In: Die Presse, 16.11.1988. S.5.
Mk: SP-Vorstand muss wieder Pensionsreform beraten. In: Die Presse, 17.11.1988. S.5.
Mk: Pensionsreform: VP will bei Landesbeamten einlenken. In: Die Presse, 26.11.1988. S.5.
Ertl, Josef: Pension: Pro Person nur ein Zuschuss. In: Der Standard, 28.11.1988. S.4.
Thalberg, Jacqueline: Sonderregelung bei Pensionen in Niederösterreich wird überprüft. ÖVP-König: Eine Gesetzesanpassung erscheint sinnvoll. In: Der Standard, 5.1.1989. S.5.
g.w: Stummvoll drängt auf ÖBB-Pensionsreform. In: Die Presse, 3.2.1989. S.5.
apa: Geppert für Lockerung der Ruhensbestimmungen. In: Der Standard, 19.5.1989. S.6.
Cech, Hedi: Pensionsreform: Geppert läßt sich nicht drängen. In: Die Presse, 24.5.1989. S.5.
Ett: Härtere Gangart der ÖVP gegen Minister Streicher. In: Die Presse, 6.7.1989. S.5.
Red: Unmut über Vertagung der Pensionsreform. Lob für geplante Änderung bei Beamten. In: Die Presse, 6.9.1989. S.5.
Hm:. Flexibles Pensionsalter und Bonus-Malus. In: Der Standard, 13.10.1989. S.17.
Mk: Riegler möchte 7000 Schilling Mindestpension bis 1993. VP-Senioren pochen auf mehr Mitbestimmung – Wegart: „Ausgrenzung ist Apartheid“. In: Die Presse, 12.4.1990. S.5.

Red: Unklarheit über tatsächliche Kosten für Mindestpension. In: Die Presse, 13.4.1990. S.6.
Red: Mindestpension umstritten. In: Die Presse, 14.4.1990. S.4.
Red: Pensions-Einigung vor der Wahl. In: Der Standard, 18.4.1990. S.7.
Red: Parteien-Geplänkel um Mindestpension. Vranitzky kanzelt Rieglers Vorschlag ab. In: Die Presse, 18.4.1990. S.1.
Red: Parteien-Zank um Novellierung des Pensionssystems. In: Die Presse, 20.7.1990. S.5.
Ett: „Jedem Österreicher sein eigener Pensionsanspruch". VP will Kindererziehung, Haushalt, Pflege anrechnen. In: Die Presse, 26.7.1990. S.5.
Red: Unruhe in Gewerkschaft – Vranitzky stärkt Minister Ettl den Rücken. In: Die Presse, 26.7.1990. S.5.
Apa: SP: Anhebung der ASVG-Pensionen auch ohne Pensionskassen mögliche. In: Der Standard, 28.7.1990. S.6.
d.n: Lichal: „Beamte nicht die Prügelknaben der Nation". In: Die Presse, 31.7.1990. S.5.
ett: VP läßt nicht locker: Bei ÖBB erst mit 60 in Pension. In: Die Presse, 31.7.1990. S.5.
red: Weiter Zwist um Pensionen. In: Die Presse, 10.8.1990. S.5.
apa, kbau: „Frauen bei Riegler in guten Händen" VP für, SP gegen Rieglers Pensionsvorschlag. In: Der Standard, 10.8.1990. S.7.
Salomon, Martina: Gesundheit und Pensionen: Reformen nötig. In: Der Standard, 11.10.1990. S.7.
Er, vecs: Widerstand gegen große Koalition. VP in Koalitionsfrage weiterhin gespalten – Pensionsregelung fällt. In: Der Standard, 23.11.1990. S.7.
Red: Ungleiches Pensionsalter gefallen. In: Der Standard, 7.12.1990. S.1.
Jw: Ruhensbestimmungen gefallen. In: Der Standard, 17.12.1990. S.7.
Scharsach, Herta: Gleiche Ruhensbestimmungen für alle. In: Die Presse, 12.2.1991. S.6.
Has, d.n: Eklat nach Sozialpartner-Verhandlung. In: Die Presse, 16.2.1991. S.5.
Red: Ab Anfang April dürfen alle Pensionisten dazuverdienen. In: Kleine Zeitung, 22.2.1991. S.2.
d.n: Keine „Strafe" für Frühpensionisten. Meinungsschwenk von VP-Chef-Riegler. In: Die Presse, 15.3.1991. S.6.
ett, ag: Koalitionszwist um Gesetz für Pensionsalter der Frauen. Hesoun blitzt mit Verschiebung auf 1993 bei VP ab. In: Die Presse, 28.3.1991. S.7
spu: Pensionsreform bleibt strittig. In: Der Standard, 5.4.1991. S.5.
jel, spu, apa: Ungleiches Pensionsalter, 2. Auflage. In: Der Standard, 16.4.1991. S.6.
d.n, red: „Kein Husch-Pfusch beim Pensionsalter". In: Die Presse, 25.6.1991. S.6.
red: Pensionsalter: Koalition ist noch uneins. In: Der Standard, 14.8.1991. S.6.
lahn: Den Männern alles Gute! In: Der Standard, 9.3.1992. S.5.
Josef, Hesoun; Ninz, Lydia: Pensionsreform auch für Politiker. In: Der Standard, 9.3.1992. S.13.
Sy: Pensionsreform fast fertig. In: Der Standard, 2.5.1992. S.14.
Lahn: Ab dem Jahr 2018 müssen auch Frauen bis 65 arbeiten. In: Der Standard, 15.10.1992. S.1.
Lah: Einigung über Pensionsalter für Frauen. In: Der Standard, 15.10.1992. S.6.
Mth, ett: Pensionsreform beschlossen. In: Die Presse, 23.12.1992. S.4.
Red: Geld für Mütterpension wird knapp.Vier Prozent mehr für ASVG-Rentner. In: Die Presse, 13.11.1992. S.1.
Red: Regierung einigt sich bei der Pensionsreform. In: Der Standard, 23.12.1992. S.5.
Ett: Druck auf Eisenbahner. ÖVP urgiert Neuregelung bei ÖBB ab 1994. S.3.
Red: Zusatzaufgabe für Pensionskasse. In: Der Standard, 9.8.1994. S.4
Stui: Pensionisten fordern 4,2 Prozent. In: Der Standard, 22.10.1994. S.6.

Salomon, Martina; Stuiber, Petra: Gespräche spießen sich an Sozialpolitik. In: Der Standard, 9.11.1994. S.3.
Stui: „Belohnung“ für Alt-Arbeitnehmer. In: Der Standard, 10.3.1995. S.6.
Red: Vor höheren Beiträgen zur Pensionssicherung? In: Die Presse, 26.6.1995. S.6.
Sy: Frühpension soll weniger attraktiv sein. In: Der Standard, 30.8.1995. S.6.
Red: Einsparungen bei Früh- und Doppelrenten. In: Der Standard, 7.9.1995. S.5.
Syrowy, Reinhard: Sozialminister Hums bläst Erhöhung der Pensionsbeiträge ab. In: Der Standard, 9.9.1995. S.15.
Stui: ÖVP präsentiert ein Milliardenprogramm zur Budgetsanierung. In: Der Standard, 22.11.1995. S.5.
Sy: Das Budget ist saniert, wenn der andere zahlt. In: Der Standard, 26.9.1995. S.15.
Red: Budget: Gegenseitige Blockaden in Koalition. In: Die Presse, 26.9.1995. S.7.
Stui: Koalitionskrach um das Budget. In: Der Standard, 27.9.1995. S.5.
Red: Budget-Finale: Kraftprobe um Frühpensionen. In: Die Presse, 29.9.1995. S.1.
Stui: Frühpensionen: Nichts scheint mehr zu gehen. In: Der Standard, 30.9.1995. S.5.
Red: Die ÖVP droht bereits mit dem Bruch der Koalition. In: Der Standard, 28.9.1995. S.1.
Red: Der Verhandlungston wird schärfer. In: Der Standard, 28.9.1995. S.7.
Sy: Rechtliche Bedenken gegen ÖVP-Pläne. In: Der Standard, 29.9.1995. S.4.
Stui: Frühpensionen: Nichts scheint mehr zu gehen. In: Der Standard, 30.9.1995. S.5.
Stuiber, Petra: Knackpunkt bleiben Frühpensionen. In: Der Standard, 2.10.1995. S.4.
Red: Hauptthema Budget: Delegierte gegen „Strafsteuer“ für Frühpensionisten. In: Der Standard, 4.10.1995. S.6.
Ha, stui: Annäherung bei Frühpensionen. In: Der Standard, 5.10.1995. S.5.
Red: Bis zu letzt Nervenkrieg um Budget. In: Die Presse, 6.10.1995. S.1.
Stui, sy, ha: Längere Wartezeit oder Bonus-Malus. In: Der Standard, 10.10.1995. S.5.
Kramser, Annemarie: Frühpensionen stiegen innerhalb eines Jahres um 25 Prozent an. In: Der Standard, 19.10.1995. S.5.
Rose: „Materielle Schäden des Koalitionsbruchs nicht mehr reparabel“. In: Der Standard, 20.10.1995. S.16.
Hm: „Nicht auf Kosten unserer Kinder“. Wirtschaftsminister Ditz: Zwei Drittel der Budgetsanierung über nachhaltige Einsparungen. In: Der Standard, 20.10.1995. S.16.
Red: Differenzen zwischen Maderthaner und Verzetnitsch zu Frühpensionen. In: Der Standard, 23.10.1995. S.4.
Red: Budget: Gegenseitige Blockaden in Koalition. In: Die Presse, 26.10.1995. S.7.
Sy: Bundeshaushalt 1996: Ein STANDARD-Leitfaden für Verhandler und Beobachter. In: Der Standard, 26.10.1995. S.15.
Rie, red: „Rentenklau“: SPÖ und ÖVP kämpfen um Pensionisten. In: Die Presse, 23.11.1995. S.8.
Red: Vranitzky heizt Pensionsdebatte neu an. In: Der Standard, 23.11.1995. S.5.
Ina, stui: Vorwahl-Kampf um Pensionisten. In: Der Standard, 13.12.1995. S.6.
Sy: „Sehr geehrter Herr Vizekanzler“. Vranitzkys Sparbrief an Schüssel. In: Der Standard, 8.1.1996. S.11.
Kobenter, Samo; Krawagna-Pfeifer, Katharina: VP will mit der SP verhandeln. In: Der Standard, 9.1.1996. S.5.
Red: Kräftige Schnitte bei den Frühpensionen. In: Der Standard, 6.2.1996. S.5.
Stuiber, Petra: Nachkauf. In: Der Standard, 23.2.1996. S.5.
Red: Regierung will auch bei Pensionisten kräftig sparen. In: Der Standard, 24.2.1996. S.1.
Sy: ÖVP lehnt Ruhensbestimmungen ab. In: Der Standard, 14.3.1996. S.22.
Cs, apa: Neue Formel für Pensionshöhe: ÖVP ist skeptisch. In. Der Standard, 24.4.1997. S.7.

Stuiber Petr: Feuerstein: „Bei Frühpensionen Hebel ansetzen“. In: Der Standard, 20.5.1997. S.6.
Red: Pensionen: Alle wollen Gesamtkonzept sehen. In: Die Presse, 18.6.1997. S.8.
red: Widerstand der Gewerkschaft gegen Pläne der Bundesregierung wächst. In: Der Standard, 18.6.1997. S.8.
cs, stui: Kanzler und Vize sehen „Stunde der Verhandler. In: Der Standard, 19.7.1997. S.7.
stui: Hostaschs Pensions-„Wunschliste“. In: Der Standard, 23.7.1997. S.9.
ett: Sonderschichten um Pensionspläne. Machtwort erst beim Ministerrat? In: Die Presse, 24.7.1997. S.7.
red: Stundenlanges Ringen um die Pensionsreform. In: Der Standard, 24.7.1997. S.5.
red: Geheimpakte: Schnitte bei Frühpension, Beamte. In: Die Presse, 25.7.1997. S.1.
Ettinger, Karl: Als die Kassa stimmte, Zores um Unterschrift. In: Die Presse, 25.7.1997. S.1, 7.
Per: 16-Milliarden-Paket geschnürt, Details unklar. In: Die Presse, 25.7.1997. S.7.
Ha: Regierung uneinig über Pensionsreform. Geheim. In: Der Standard, 25.7.1997. S.1.
Stui: Pensionsreform wird aufgeschoben. In: Der Standard, 25.7.1997. S.5.
Dam, stui: Sechs Sofortmaßnahmen sollen 16 Milliarden bringen. In: Der Standard, 25.7.1997. S.5.
Stuiber, Petra: Harte Zeiten für alle Frührentner. In: Der Standard, 26.7.1997. S.7.
Kerschbaumer Carina: Hilfe für pflegende Frauen. Mütter weiter benachteiligt. In: Kleine Zeitung, 1.8.1997. S.2.
mon: Niedrigeres Frauen-Pensionsalter nur mehr bei Doppelbelastung. In: Der Standard, 16.8.1997. S.5.
d.n, wb, red: Differenzen in Koalition um Pensions-Fahrplan. In: Die Presse, 28.8.1997. S.6.
völ, stui: Maderthaner will nicht mehr verhandeln – Hostasch weiß nichts davon. Angekündigte Gespräche finden nicht statt – oder doch? In: Die Presse, 6.11.1997. S.7.
stui: „Ein bißl was bewegt sich“. In: Der Standard, 2.9.1997. S.7.
stui: Pensionsreform: Experten verhandeln ab sofort täglich. In: Der Standard, 4.9.1997. S.7.
Neuwirth, Dietmar: Pensionsreform treibt breiten Keil in Koalition. In. Die Presse, 6.9.1997. S.7.
Mon, ina: Koalitionäres Säbelrasseln. In: Der Standard, 6.9.1997. S.6.
Stui: Protest gegen Hostasch-Pläne für Ältere. In: Der Standard, 13.9.1997. S.5.
Ar: Die zwei Welten der Koalition in den Gesprächen. In: Die Presse, 20.9.1997. S.7.
Red: Pensionen, Beamte, ÖGB stellen Koalition vor Zerreißprobe. In: Die Presse, 22.9.1997. S.1.
Red: Nicht ohne die Gewerkschaft? Heute entscheidende Gespräche. In: Die Presse, 22.9.1997. S.7.
Ina, lyn: Verzetnitsch: „Wir verhandeln bis zur letzten Sekunde“. In: Der Standard, 22.9.1997. S.5.
Red: 20 Jahre Durchrechnung für Frühpensionisten. In: Der Standard, 23.9.1997. S.1.
Stuiber, Petra: Hostasch bleibt bei 20 Jahren. In: Der Standard, 23.9.1997. S.5.
Stuiber, Petra: Pensionsreform macht Klima nervös. In: Der Standard, 24.9.1997. S.7.
Ett: Ringen mit ÖGB um Pensionsreform. Kampf Klimas gegen „Bruchlandung“. In: Die Presse, 24.9.1997. S.7.
Kob: „Bremser“ und „Schläfer“. In: Der Standard, 25.9.1997. S.5.
Em, red: Front gegen Pensionsreform breiter. Auch VP-Arbeitnehmer sagen nein. In: Die Presse, 26.9.1997. S.7.
Red: Nun hat auch die ÖVP ihren internen Pensionskonflikt. In: Der Standard, 26.9.1997. S.5.

Rau: Viktor Klima will Härtefälle abfedern. In: Der Standard, 27.9.1997. S.7.
Völ: Ergebnislose Verhandlungen über die Pensionsreform. In: Der Standard, 27.9.1997. S.7.
Stuiber, Petra: 27 ÖVP-Mandatare sind gegen Entwurf. In: Der Standard, 3.10.1997. S.7.
Stuiber, Petra: Anfang vom Ende der Verhandlungen um die Pensionsreform. In: Der Standard, 7.10.1997. S.6.
Ett: Pensionen: Alle rüsten für den Crash-Test. In: Die Presse, 8.10.1997. S.7.
Cs: Neuer Anlauf im Parlament, doch alte Termine: VP-Abgeordnete erwarten einen Pensionskompromiß. In: Der Standard, 9.10.1997. S.1.
Red, apa: Die Fronten bei der Pensionsreform bleiben hart, Fasslabend erwartet: „Bewegung erst zum Schluß“. In: Der Standard, 9.10.1997. S.5.
Ett, red: Druck auf Regierung immer stärker. Bedingungen für Pensionsreform. In: Die Presse, 9.10.1997. S.7.
Kob:. Durchrechnung in Happen. In: Der Standard, 9.10.1997. S.5
Ina, kob, völ: Kein Veto von Fasslabend und Prammer zur geplanten Pensionsreform. Verhandlungen in Permanenz. In. Der Standard, 10.10.1997. S.5.
Ett: Doch Kompromiß bei Teilzeit, Bildungskarenz? In: Die Presse, 10.10.1997, S.7.
Völ: Die Basis einer Pensionsreform. In: Der Standard, 11.10.1997. S.6.
Kob: „Das ist noch keine Zustimmung“. In: Der Standard, 11.10.1997. S.7.
Red: Pension: Regierung gibt nach, aber ÖGB wartet ab. In: Die Presse, 11.10.1997. S.1.
Stui: Regierung zeigt Nerven: Alles hängt an den Beamten. In: Der Standard, 13.10.1997. S.5.
Ett: „Jetzt muß Parlament entscheiden“. VP-Spitze über GÖD verärgert. In: Die Presse, 15.10.1997. S.7.
Red: Die Beamten sagen „Nein“. In: Der Standard, 15.10.1997. S.1.
Ett, red: Pensionen: Keine Existenzfrage für Regierung, nur „Probleme der SPÖ?“. In: Die Presse, 16.10.1997. S.6.
Cd: ÖGB will noch einmal verhandeln. In: Der Standard, 16.10.1997. S.5.
Scheller, Kerstin; Kobenter, Samo: Harmonisierung als Eckpunkt. In: Der Standard, 16.10.1997. S.5.
Ina, kob: Klima und Schüssel „sofort einbinden“. In: Der Standard, 17.10.1997. S.6.
Kob, apa: 3. November als neuer Stichtag für Reform angesetzt. In: Der Standard, 21.10.1997. S.6.
Apa, kob: ÖVP schwört sich auf Pensionsreform ein. In: Der Standard, 23.10.1997. S.6.
Seidl, Conrad: Kanzler: Beamte veranstalten Katzenmusik. In: Der Standard, 29.10.1997. S.7.
Kob, apa: Wirbel um Unterbrechung der Ausschußberatung. In: Der Standard, 4.11.1997. S.5.
Red: Pensionsreform nimmt letzte Hürde. In: Der Standard, 5.11.1997. S.1.
Kob, ina, cs: Erleichterung am Ende eines langen Weges. In: Der Standard, 5.11.1997. S.1.
Red, apa: VP für Durchrechnung bei Bahn-Pensionisten. In: Der Standard, 11.11.1997. S.1.
Red, apa: Basis der ÖBB-Pensionen sind Einzelverträge. In: Der Standard, 11.11.1997. S.1.
Ett: Zeitdruck bei ÖBB-Pensionsreform. Beschluß im Bundesrat auf Raten. In: Die Presse, 12.11.1997. S.7.
Völ: Regierung will auch ÖBBlern Reform der Pensionen abringen. In: Der Standard, 12.11.1997. S.7.
Ett: SPÖ zürnt ÖVP: Nur Paketlösung im Bundesrat. In: Die Presse, 13.11.1997. S.7.
Völker, Michael: Kostelka wirft ÖVP Erpressung vor. In: Der Standard, 13.11.1997. S.6.

Völker, Michael: Khol: „Solidarität muß für alle gelten“. In: Der Standard, 14.11.1997. S.6.
Ett, and: Neuer Nervenkrieg in Koalition um ÖBB-Pensionen. In: Die Presse, 29.11.1997. S.1.
Bra: Regierungspläne für Gewerkschaft ungangbar. In: Der Standard, 1.12.1997. S.13.
Red: Dramatischer Endspurt bei ÖBB-Pensionen. In: Die Presse, 1.12.1997. S.7.
Ett, red: Kollision in der Nacht wegen ÖBB-Pensionen. In: Die Presse, 3.12.1997. S.7.
Red: Eisenbahner gegen Pension per Gesetz. In: Der Standard, 3.12.1997. S.6.
Völ: Letzter Anlauf zu ÖBB-Pensionsreform. In: Der Standard, 4.12.1997. S.5.
Ett: Mehr Zeit für Suche nach Konsens. ÖBB-Pensionspaket mit Verspätung. In: Die Presse, 4.12.1997. S.7.
Völker, Michael: ÖBB-Pensionen: Einigung mit Gewerkschaft. In: Der Standard, 5.12.1997. S.7.
Völ: Reform der ÖBB-Pensionen ist endlich beschlußreif. In: Der Standard, 5.12.1997. S.7.
Eid, ett: Pensionspaket in der Endstation. ÖBB berieten über neuen Vertrag. In: Die Presse, 5.12.1997. S.8.
Bra, völ: Eisenbahner lassen Reform entgleisen. In: Der Standard, 6.12.1997. S.5.
Red: ÖBB-Pensionen: Kraftprobe in Koalition. In: Die Presse, 9.12.1997. S.1.
Apa: Keine Bewegung bei den ÖBB-Pensionen. In: Der Standard, 9.12.1997. S.6.
Ett, red: ÖBB-Pensionen: Langes Ringen um Kompromiß. In: Die Presse, 10.12.1997. S.7.
Red: ÖVP und SPÖ erzielen Kompromiß im Streit um ÖBB-Pensionsreform. In: Der Standard, 10.12.1997. S.1.
Völker, Michael: Eisenbahner-Reform im Zielbahnhof. In: Der Standard, 11.12.1997. S.5.
Brandstetter, Ernst: Mit Lohnzuckerl zur Durchrechnung. In: Der Standard, 27.12.1997. S.23.
c.d: ÖVP: Neue Abfertigung als Zusatzpension. In: Die Presse, 6.2.1999. S.7.
apa: Koalitionsstreit um Abfertigung. In: Der Standard, 4.3.1999. S.8.
red: Jetzt wieder Streit um Pensionen. In: Die Presse, 16.9.1999. S.7.
red: „Rentenklau“ nun Wahlthema. Parteistreit um Pensionsreform. In: Die Presse, 24.9.1999. S.1.
Winkler, Hans: SP und FP buhlen um Pensionisten. In: Kleine Zeitung, 23.9.1999. S.2f.
Red: „Spiel mit Verunsicherung“. In: Kleine Zeitung, 23.9.1999. S.2f.
völ: Auch ÖVP widmet sich den Pensionisten. In: Der Standard, 25.9.1999. S.7.
red: Klima plant Kürzung bei Witwenpensionen, ÖVP blockt vorerst ab. In: Die Presse, 16.11.1999. S.1.
Ettinger, Karl: Ringen um die Witwenpensionen. VP-Einwände gegen Abschaffung. In: Die Presse, 16.11.1999. S.6.
Eli, völ: Hürden auf dem Weg. In: Der Standard, 4.1.2000. S.6.
Linsinger, Eva; Salomon, Martina: Die Woche der Wahrheit für Regierungsverhandler. In: Der Standard, 11.1.2000. S.7.
Red: Widerstand gegen Pensionspläne. ÖGB will „umfassendes“ Gesamtpaket. In: Der Standard, 15.1.2000. S.7.
Apa, red: Budgetsanierung, Soziales, Sicherheit. In: Der Standard, 20.1.2000. S.2.
Linsinger, Eva: ÖGB bleibt bei Nein zu Pensionsplan. In: Der Standard, 20.1.2000. S.4.

Arbeitslose

Wiener Redaktion: Arbeitsmarktabgabe köchelt auf kleiner Flamme. In: Kleine Zeitung, 13.2.1987. S.2.

Ar, has: Arbeitsmarkt-Milliarde: Der Streit spitzt sich zu. In: Die Presse, 16.2.1987. S.1, 7.
Red: Weiter Konflikt um „Solidaritätsbeitrag“. Dallingers Plan spaltet Koalitionsparteien. In: Die Presse, 14.2.1987.S.4.
a.k: Dallinger beharrt auf Beamten-„Opfer“. Doch Koalitionspartner lehnt ab. In: Die Presse, 13.2.1987. S.7.
Ett: Neuer Anlauf Dallingers für „Solidaritätsabgabe“. In: Die Presse, 18.3.1987. S.4.
Red: Dallingers Pläne spalten die Regierungsparteien. In: Die Presse, 29.4.1987.S.4.
Red: Arbeitsämter in Geldnöten: Dallinger erhöht Beiträge. In: Kleine Zeitung, 6.5.1987. S.4.
Scharsach, Herta: Vor Kompromiß über Arbeitsmarktgelder. Dallinger will 625 Millionen einsparen. In: Die Presse, 7.5.1987. S.1.
Has: Streit um Arbeitslosenversicherung. Bei den Einsparungen spießt es sich. In: Die Presse, 3.6.1987. S.1.
Ett: Dallinger sucht Geldquellen für Arbeitsmarktpolitik. Neuer Anlauf zu „Solidaritätsabgabe“ der Beamten. In: Die Presse, 30.6.1988. S.4.
Dan: Dallinger verteidigt Aktion 8000 vehement gegen VP-Vorstöße. In: Der Standard, 8.11.1988. S.5.
Hs, red: Streit Mock-Dallinger wegen „Aktion 8000“. In: Die Presse, 8.11.1988. S.5.
Dan: Aktion 8000: Vranitzky kontra Mock. Jusos reden von Thatcher-Politik. In: Der Standard, 9.11. 1988. S.4.
d.n: Strittige Arbeitsmarktförderung. In: Die Presse, 29.5.1989. S.5.
Ninz, Lydia: Regierungszank um Arbeitsämter. In: Der Standard, 6.2.1990. S.15.
d.n, ett: Koalitions-Krach um private Arbeitsvermittler. VP bezichtigt SP-Minister Hesoun des Wortbruchs. In: Die Presse, 13.3.1991. S.6.
Ninz, Lydia: Arbeitsämter: Neuer Streik noch vor Ostern nicht auszuschließen. In: Der Standard, 20.3.1991. S.16.
d.n: Sozialdebatte erhitzte sich an den privaten Arbeitsvermittlern. In: Die Presse, 20.3.1991. S.6.
red, joba: VP stemmt sich gegen höhere Arbeitslosenbeiträge. In: Die Presse, 22.7.1991. S.5.
mk, red: Hostasch kontert: VP agiert wider besseres Wissen. In: Die Presse, 24.7.1991. S.5
red: Beitragsanhebungen sorgen für heftigen Schlagabtausch. In: Die Presse, 25.7.1991. S.6.
tom, apa: Streit um Arbeitsmarktförderung. In: Der Standard, 8.8.1991. S.5.
ett, ag: VP pocht auf Neuordnung der Arbeitsmarktförderung. In: Die Presse, 8.8.1991. S.6.
d.n, red: SP-Zentralsekretär Cap warnt vor einer „Sozialabbau-Offensive „ der VP“. In: Die Presse, 9.8.1991. S.4.
sy: Sozialpaket für Finanzminister. Budgetrettung durch Abgaben. In: Der Standard, 20.8.1991. S.15.
Ninz, Lydia: Verlangt Hesoun eine Milliarde zuviel? In: Der Standard, 3.9.1991. S.16.
Red, apa: Zwist um höhere Arbeitslosenbeiträge eskaliert. In: Die Presse, 13.9.1991. S.6.
d.n: Budgeteinigung in letzter Minute. Private Arbeitsvermittler: Kompromiß. In: Die Presse, 21.10.1991. S.1.
lyn: Regierung einig: Höhere Sozialbeiträge schon ab November. In: Der Standard, 12.11.1991. S.1.
d.n: Jobvermittlung bleibt gratis. In: Die Presse, 22.11.1991. S.6.
lyn: Koalitionsstreit um Subventionstopf Hesouns. In: Der Standard, 21.12.1991. S.1.
d.n, red: Arbeitslosenbeitrag: Lenkt öffentlicher Dienst nun ein? In: Die Presse, 5.5.1992. S.4.

er: VP droht SP mit den Freiheitlichen. In: Der Standard, 30.6.1992. S.1.
ar: Testfall: Reform der Sozialversicherung. In: Die Presse, 1.7.1992. S.5.
Ninz, Lydia: Paket für „ältere“ Arbeitslose geplatzt. In: Der Standard, 5.10.1992. S.13.
Mk: Muskelspiel um Sozialpaket. SP-Ärger über VP-„Boykott“. In: Die Presse, 23.10.1992. S.4.
Hlavac, Andrea: Dämme gegen das Arbeitslosenheer. In: Der Standard, 23.12.1992. S.4.
Ett, ag: Busek: Lieber mehr Budgetdefizit als höhere Beiträge. Koalition bei Wirtschaftsentlastung auf Kollisionskurs. In: Die Presse, 30.3.1993. S.4.
Red: Lacina plant neue Belastung, ÖVP leistet Widerstand. In: Die Presse, 4.5.1993. S.1.
Red: Koalitionszwist wegen Wirtschaftskur. Minister Hesoun pocht auf Solidarbeitrag. In: Die Presse, 5.5. 1993. S.5.
Ett: ÖVP wird Zustimmung zu höheren Beiträgen verweigern. Busek: Nur SPÖ könne daraus Koalitionsfrage machen. In: Die Presse, 14.4.1993. S.4.
d.n, red: Beitragserhöhungen möglich, größeres Budgetdefizit. In: Die Presse, 15.4.1993. S.4.
bra, lyn: Koalitionswirbel um Beschäftigung. VP wird Hesoun-Paket zurückstellen. In: Der Standard, 4.5.1993. S.15.
rie: „Keine `Scheiterungsabgabe´ für Hesoun“ Busek mahnt SPÖ mit scharfen Worten. In: Die Presse, 4.5.1993. S.4.
mk, red: SPÖ gegen Sozialabbau, Ruf nach Solidarabgabe der Bauern. In: Die Presse, 4.5.1993. S.4.
red, apa: Weiter VP-Sperre gegen eine Solidarabgabe. In: Der Standard, 5.5.1993. S.6.
lyn: Koalition brütet über Arbeitsmarkt. In: Der Standard, 8.5.1993. S.24.
rie: SP-Basis fordert vehement Solidarabgabe. Auch Besserverdiener sollen mehr bezahlen. In: Die Presse, 1.6.1993. S.4.
sy: Neuer Vorstoß für Beschäftigungsgesetz. In: Der Standard, 11.5.1993. S.15.
rie, d.n: Pläne für Solidarabgabe wandern in Schublade. Verschärfung bei Selbstkündigung fix. In: Die Presse, 3.6.1993. S.4.
ett, red: Korosec mahnt SPÖ, Cap ortet VP-Masochismus. In: Die Presse, 14.6.1993. S. 9.
Red: Beitragserhöhung – aber erst in einem Jahr? In: Die Presse, 15.6.1993. S. 6.
Rie: Strengere Regelung für Arbeitslose. Krisenregionen werden abgeschafft. In: Die Presse, 30.6.1993. S.6.
d.n: Krisen-Gipfelgespräch der Koalition. Rettungsversuch für das Budget. In: Die Presse, 10.7.1993. S.1.
mk: Ergebnisloser „Budgetgipfel“ der Koalition. Vizekanzler und Sozialminister im Clinch. In: Die Presse, 13.7.1993. S.6.
Red: SPÖ drängt auf höhere Arbeitslosen-Beiträge. In: Die Presse, 17.7.1993. S.7.
Red: Arbeitslosenversicherung schon wieder offen. In: Der Standard, 14.7.1993. S.13.
Ett, mk: Erneuter SP-Vorstoß für Solidarabgabe von allen. In: Die Presse, 18.8.1993. S.6.
Ett: „Arbeitslose“: VP schließt Erhöhung nicht mehr aus. In: Die Presse, 6.9.1993. S.1.
Ettinger, Karl: ÖVP schließt eine Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge nicht mehr aus. In: Die Presse, 6.9.1993. S.6.
Ett: Arbeitsämter: Druck auf Abschluß. In: Die Presse, 15.9.1993. S.7.
Ett: Hektik um Budget: ÖVP beharrt auf Einsparungen bei Sozialleistungen. In: Die Presse, 22.9.1993. S.6.
Red: Koalitionsstreit: Sozialbudget wackelt. In: Die Presse, 28.9.1993. S.1.
Ett, rie: Kraftprobe um Einsparungen. In: Die Presse, 29.9.1993. S.1.
Ett, rie: Koalitionszwist um Sozialleistungen. Erhöhung 1994 unter Teuerungsrate? In: Die Presse, 29.9.1993. S.1.
Sy:. Besserverdienende werden bei Sozialbeiträgen massiv zur Kasse gebeten. In: Der Standard, 30.9.1993. S.19.

Red: Koalitionsgipfel zum Budget 1994. Doch Erhöhungen im Sozialbereich? In: Die Presse, 12.10.1993. S.6.
Sy: Langes Ringen um Einsparungen für den neuen Bundeshaushalt. In: Der Standard, 13.10.1993. S.15.
k.h, ewi: Budget: Koalition in Turbolenzen, Finanzminister im Krankenstand. In: Die Presse, 14.10.1993. S.7.
red: 132 Schilling mehr Karenzgeld 1994. Höhere Arbeitslosenbeiträge fix. In: Die Presse, 19.10.1993. S.1, 7.
rie: „Arbeitslose" kürzen: Vranitzky erteilt VP-Chef Busek klare Absage. In: Die Presse, 18.8.1994. S.8.
has: Streit um soziale Umverteilung. Wirtschaft lehnt Lacinas Pläne ab. In: Die Presse, 22.7.1994. S.1.
stui: Einigung Hesoun – Schüssel. „Arbeitslose" für Unternehmer-Gattinen bleibt, Zugeständnisse beim Bergbau. In: Der Standard, 7.3.1995. S.5.
stui: ÖVP präsentiert ein Milliardenprogramm zur Budgetsanierung. In: Der Standard, 22.9.1995. S.5.
red: Budget: Gegenseitige Blockaden in Koalition. In: Die Presse, 26.11.1995. S.7.
sy: Das Budget ist saniert, wenn der andere zahlt. In: Der Standard, 26.11.1995. S.15.
sy, stui: Besserverdiener sollen zur Kasse gebeten werde. In: Der Standard, 27.11.1995. S.6.
Stuiber, Petra: Arbeitslosengeld nach Versicherungszeit staffeln. In: Der Standard, 9.1. 1996. S.5.
Stui, apa: Sozialsparpaket bleibt zu. In: Der Standard, 22.2.1996. S.6.
Red: Mehr Geld für mehr Mütter oder niedrigere Arbeitskosten? In: Der Standard, 12.2.1999. S.2.
Eli, völ: Bartenstein gegen Pläne des Finanzministers zur Senkung der Lohnnebenkosten. Geteilte VP-Reaktionen auf Edlingers Vorstoß. In: Der Standard, 19.6.1999. S.7.
Apa, red: Budgetsanierung, Soziales Sicherheit. In: Der Standard, 20.1.2000. S.2.

Wohnen

Ett: Hürden für Mietrecht. In: Die Presse, 28.2.1989. S.6.
Apa: Mietrecht: Keine Änderung vor Neuwahl? In: Die Presse, 7.3.1990. S.5.
Bra: Einigung auf neue Zins-Obergrenzen. In: Der Standard, 14.11.1990. S.15.
Grömansperg, Heide: Teileinigung der Koalition über Struktur der neuen Mietzinse. In: Der Standard, 1.2.1992. S.19.
Grömansperg, Heide: Mietpapier der Koalition liegt vor. Nun sind die Parteigremien am Zug. In: Der Standard, 20.2.1992. S.16.
Grö: Parteienstreit um die neuen Mieten eskaliert. In: Der Standard, 21.2.1992. S.1.
Grömansperg, Heide: Streit um Althausabschlag blockiert Mietzinseinigung. In: Der Standard, 21.2.1992. S.15.
Ett: Koalition erwägt als Kompromiß zwei Mietzinsgrenzen. In: Die Presse, 12.3.1992. S.6.
Red: Koalition über neue Miet-Richtwerte und ÖBB-Gesetz einig. In: Der Standard, 11.7.1992. S.1.
Apa: Koalition beim Mietrecht um einen Schritt weiter. In: Der Standard, 13.10.1992. S.15.
Red: Wohnrechtspakt der Koalition fix. In: Der Standard, 20.11.1992. S.26.
Poll: Durchbruch bei Mietrechtsverhandlungen. Mehr Wohnungen und Eigentumsoffensive. In: Die Presse, 20.11.1992. S.9.
Apa, grö: Koalitionsverhandler für Wohnrechtsgipfel. In: Der Standard, 6.5.1993. S.6.
Stui: Neue Mieten kommen noch in diesem Herbst. In: Der Standard, 9.6.1993. S.6.
Mk: Krach um Mietrecht. ÖVP stellt Ultimatum. In: Die Presse, 16.6.1993. S.1.

Mk, ett: Poker um Mietrecht: Geht SPÖ auf VP-Wünsche ein? In: Die Presse, 18.6.1993. S.6.
Rie, red: Cap sieht Mietrecht als Wahlkampfthema. In: Die Presse, 19.6.1993. S.6
Red: Mietrecht: Busek fordert Machtwort Vranitzkys. In: Die Presse, 21.6.1993. S.6.
Apa, red: Koalitionäre Mißtöne. In: Der Standard, 22.6.1993. S.7.
Red: Ringen um Wohnrecht. Mietzins Ländersache? In: Die Presse, 23.6.1993. S.6.
Red: Neues Mietrecht rückt näher. In: Der Standard, 24.6.1993. S.6.
Ett, mk: Nun Hektik um Mietrecht. In: Die Presse, 24.6.1993. S.6.
Ett: Mietrecht: „Feinschliff" hielt Koalition auf Trab. In: Die Presse, 1.7.1993. S.7.
Red: Nach Kompromiß neues Mietrecht ab 1994. In: Die Presse, 2.7.1993. S.6.
Stuiber, Petra: Richtwerte werden im Herbst von Sozialpartnern ermittelt. In: Der Standard, 2.7.1993. S.5.
Stocker, Ulrich: Billig bleibt nur das Erben. Wohnrecht mit Trugbildern. In: Kleine Zeitung, 22.7.1993. S.4.
Red: Schlagabtausch um Mietrecht. In: Der Standard, 19.5.1995. S.24.
Rie, red: Koalition über Mietrecht uneinig: SP-Kritik an VP. In: Die Presse, 20.5.1995. S.7.
Dam: Alte Mietverträge sind auch für SP-Cap kein Tabu mehr. In: Der Standard, 20.5.1995. S.5.
Cr: Koalition über Mietrechtsreform einig. In: Der Standard, 11.12.1996. S.19.
Ewi: Neue Konfrontation in der Koalition: Mietrecht und Wohnfinanzierung. In: Die Presse, 20.1.1999. S.7.
d.n: ÖVP gegen SPÖ im Mietrechts-Streit: „Als Partner nicht ernst zu nehmen". In: Die Presse, 29.1.1999. S.10.
Fritzl, Martin: Wahlkampfschlager um niedrige Mieten: ÖVP bietet minus 20 Prozent. In: Die Presse, 12.2.1999. S.10.
Cs, pm: VP verspricht, Mieten um mindestens zehn Prozent zu senken. In: Der Standard, 12.2.1999. S.2.
Seidl, Conrad: Nicht mit Nachteilen des Marktes leben. In: Der Standard, 13.2.1999. S.8.
Ett, red: Zwist um Mietensenkung eskaliert: SPÖ sieht nur „Schildbürgerstreich". In: Die Presse, 13.2.1999. S.9.

Wertschöpfungsabgabe

Vranitzky bremst Dallinger bei „Maschinensteuer". In: Die Presse, 7.10.1987. S.1.
Red: Dallinger: ‚Maschinensteuer' ist bereits in Vorbereitung. In: Kleine Zeitung, 8.7.1988. S.2.
A.k: Kontroverse um Pläne des Sozialministeriums. In: Die Presse, 5.9.1988. S.1.
Red: Maschinensteuer-Streit. In: Kleine Zeitung, 13.10.1988. S.5.
Map: Dallinger startet neuen Anlauf zur Wertschöpfungsabgabe. In: Der Standard, 30.11.1988. S.6.
Friedrich, Gerhard: Dallinger will Wertschöpfungsgipfel. Gesetzesentwurf kursiert bereits. In: Der Standard, 10.1.1989. S.5.
Friedrich, Gerhard: Wertschöpfungsgipfel: Stummvoll gegen neuen Dallinger-Vorstoß. In: Der Standard, 11.1.1989. S.5.
Red: Zwist um Pensionsreform. VP uneins mit Geppert. In: Die Presse, 19.6.1989. S.5.
apa, ha: SP will Wertschöpfungsabgabe. In: Der Standard, 3.1.1998. S.1.
apa, ha: SPÖ für Wertschöpfungsabgabe. In: Der Standard, 3.1.1998. S.22.
ar, and: VP: Hände weg vom Familienfonds. Bei Ökosteuern gesprächsbereit. In: Die Presse, 14.11.1998. S.9.
Stuiber, Petra: „Maschinensteuer" für die Familien. In: Der Standard, 22.3.1999. S.7.

Kriegsmaterialgesetz:

Red: Konflikt um liberaleres Waffengesetz eskaliert. In: Die Presse, 22.3.1988. S.4.
Mth: Waffengesetz-Änderung wäre „Koalitionsfrage“. In: Die Presse, 23.3.1988. S.4.
Red: König: Neues Waffengesetz notfalls ohne Sozialisten. In: Die Presse, 29.3.1988. S.1.
Red: Beim Waffenexport noch immer kein Kompromiss in Sicht. In: Die Presse, 30.3.1988. S.1.
Red: Streit um Waffenexporte wird zusehend härter. In: Die Presse, 29.3.1988. S.4.
Red: Weiter Tauziehen um neues Waffengesetz. Blecha: „Schon viel Unfug geredet worden“. In: Die Presse, 30.3.1988. S.4.
Mth: SP-Klub: Waffenproduktion notwendig. Keine Exportchance für Kanonen und Panzer. In: Die Presse, 29.4.1988. S.4.
Red: Waffen: Diskussion um Ersatzteil-Export. In: Die Presse, 2.9.1988. S.4.
Red, apa: SP-Veto zu Waffenexporten. In: Die Presse, 22.5.1996. S.7.
As, mue: Heftige Reaktionen nach den überraschenden Worten in Saudi-Arabien. Vranitzky schwächt „Waffendebatte“ ab. In: Der Standard. 25.6.1996. S.5.
Rief, Norbert: Vranitzky: Keine Waffen für Saudiarabien. In: Die Presse, 25.6.1996. S.4.

Arbeitszeit

Has: Vranitzky setzt sich für die 35-Stunden-Woche ein. In: Die Presse, 13.6.1988. S.5.
Red: Vranitzky bekennt sich zur 35-Stunden-Woche. In: Kleine Zeitung, 13.6.1988. S.2.
Red: Einhellige Kritik an Vranitzkys Plan. In: Kleine Zeitung, 15.6.1988. S.2.
Red: Dallinger schürt den Streit um die 35-Stunde-Woche. In: Kleine Zeitung, 31.8.1988. S.2.
Chris: ÖVP-„Nein“ zu 35 Stunden bleibt. Opposition: „Budgetschwindel“. In: Der Standard, 10.11.1988. S.5.
Red: ÖVP setzt Arbeitsgruppe zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten ein. In: Der Standard, 6.10.1993. S.15.
bra: Flexibleres Arbeitsrecht, streng Ausländerregelung. In: Der Standard, 26.11.1994. S.27.
red: „Verzicht auf sozialpolitische Lyrik“. In: Der Standard, 7.12.1994. S.6.
hm: „Gespräche über flexible Arbeitszeit gescheitert“. In: Der Standard, 24.6.1995. S.17.
dam: ÖVP nennt 26 Punkte fürs Reformpaket. In: Der Standard, 25.10.1996. S.9.
ett, das: Franz Hums reicht es: Einigung oder Alleingang. In: Die Presse, 12.11.1996. S.7.
ha: Polit-Kuhhandel über die Arbeit. In: Der Standard, 12.11.1996. S.13.
red: Neuer Anlauf der Regierung. In: Der Standard, 13.11.1996. S.1.
ha, er: Flexiblere Arbeitszeiten möglich, aber keine Annäherung bei Nachtarbeit. Hums schließt neues Gesetz aus. In: Der Standard, 14.11.1996. S.5.
red: Hums droht der Wirtschaftskammer und der Volkspartei. In: Der Standard, 14.11.1996. S.1.
ha: Arbeitszeit: Vorschlag der ÖVP läßt Hums kalt. In: Der Standard, 15.11.1996. S.26.
mip, rie: Verhärtete Fronten in der Koalition: „Auszeit“ für flexiblere Arbeitszeit. In: Die Presse, 27.11.1996. S.15.
stui: Flexible Arbeitszeit: Koalitionspartner zeigen sich unflexibel. In: Der Standard, 27.11.1996. S.5.
rie: „ÖVP hat Sozialpartner in Mißkredit gebracht“. In: Die Presse, 11.1.1997. S.7.
red: Klima: Flexibel arbeiten mit erzwingbaren Kollektivverträgen. In: Der Standard, 10.2.1997. S.1.
red: „Oldies“ als Schiedsrichter. In: Kleine Zeitung, 18.2.1997. S.3.
red: Was heißt Flexibilisierung? In: Kleine Zeitung, 19.2.1997. S.3.
red: Neuer Zwist zwischen Wirtschaft und Sozialressort. In: Die Presse, 13.9.1997. S.6.

and: Überraschung im Reformpaket: Bildungskarenz, kürzere Arbeitszeit. In: Die Presse, 20.9.1997. S.7.
ett: Schüssel akzeptiert Recht auf Teilzeit in Kombination mit Gleitpension. In: Die Presse, 1.10.1997. S.6.

Ladenöffnungszeiten:

Red: Ladenschluß-Debatte wird aufgeheizt. In: Die Presse, 23.6.1989. S.4.
Mathis, Heinrich: Ladenschluß kommt in Bewegung. Einkaufen täglich bis 22 Uhr. In: Der Standard, 24.6.1995. S.17.
Red: Ditz: Neues Ladenschlußgesetz. In: Kleine Zeitung, 25.6.1995. S.3.
Kob: Ladenschluss: Gewerkschaften und SPÖ-Klub gemeinsam gegen Ditz. In: Der Standard, 28.6.1995. S.5.
Fk, an: SP blockt ab: Reform für Ladenschluß ist gefallen. In: Der Standard, 5.7.1995. S. 13.
Has: Koalitionskrach um den Ladenschluß. In: Die Presse, 6.7.1995. S.1.
Dam: Offen am 8. Dezember: Gewerkschaft erbost, ÖAAB beschwichtigt. In: Der Standard, 16.11.1995. S.5.

Ausländerbeschäftigung:

Red: Kampf der Ausländer-Schwarzarbeit. Ausweise, Saisonarbeiter und Grenzgänger. In: Die Presse, 16.1.1990. S.5.
Ninz, Lydia: Generalamnestie für Schwarzarbeiter. In: Der Standard, 21.4.1990. S.17.
Wiener Redaktion: Weiter zäher Poker um Ausländer-Beschäftigung. In: Kleine Zeitung, 9.5.1990. S.2.
Red: Geppert endlich flexibel: Ausländer dürfen arbeiten. In: Kleine Zeitung, 10.5.1990. S.2.
Wiener Redaktion: Riegler gegen Steirer-Modell. Gastarbeiter-Streit schärfer. In: Kleine Zeitung, 11.5.1990. S.2.
Red, apa: „SP-VP-Saisonnier-Match“ ist in der Koalition noch unentschieden. In: Der Standard, 28.5.1990. S.6.
Ett, d.n: Arbeit für Ausländer: neuer Anlauf der Koalition. Ultimatum Fischers im Streit um Flüchtlingsquoten. In: Die Presse, 8.5.1990. S.6.
Red: Fieberhafte Suche nach Kompromissen bei Ausländern. VP-Chef erwartet Lösung im Flüchtlingsstreit – Auch Einigung bei Beschäftigung. In: Die Presse, 9.5.1990. S.5.
Red: Weiter Zwist um Arbeit und Quartier für Ausländer. In: Die Presse, 10.5.1990. S.6.
d.n: Zank um Ausländer-Arbeit. VP für Verhandlungen mit Sozialpartnern. In: Die Presse, 11.5.1990. S.5.
ett, kor: Zwist um Obergrenze für Ausländer am Arbeitsmarkt. In: Die Presse, 26.5.1990. S.5.
Mth, ett, red: Weiter Kontroverse über Ausländerbeschäftigung. Graff warnt vor Kriminalität: Arbeit als Gegenmittel. In: Die Presse, 12.6.1990. S.5.
Red: Krach in der Koalition. In: Die Presse, 8.6.1990. S.1.
Red: Ausländerpolitik treibt Keil in Koalition. Differenz um Visapflicht für Polen. Die Presse, 9.6.1990. S.5.
Mk, dn, mw: Gesetz steht „auf Messers Schneide“. In: Die Presse, 20.6.1990. S.5.
d.n, red: Unter Zeitdruck will Regierung heute Kompromiss bei Ausländer – Arbeit finden. In: Die Presse, 21.6.1990. S.5.
red, pmp: Urteile im Eilverfahren. In: Die Presse, 23.6.1990. S.5.
red: Letzte Chance für Ausländer-Beschäftigungsgesetz. Großparteien wollen Initiativantrag heute Nacht fertigstellen. In: Die Presse, 26.6.1990. S.5.
mk, hws: Einigung über Ausländer-Arbeit. Kompromiss lange nach der Geisterstunde. In: Die Presse, 28.6.1990. S.5.

Kramser, Annemarie: ÖVP lehnt Ausländer als Betriebsräte ab. In: Der Standard, 22.5.1993. S.5.
ett: VP-Veto gegen Wahlrecht für Ausländer. In: Die Presse, 2.4.1998. S.6.
ett: Doch kein passives Wahlrecht für Ausländer in der AK. In: Die Presse, 16.4.1998. S.7.
stui: Für Gleichstellung, gegen Schwarzarbeit. In: Der Standard, 30.12.1998. S.6.

Energiekonzept:

Mathis, Heinrich: SPÖ lehnt Schüssels Energiekonzept ab. In: Der Standard, 1.6.1990. S.1, 17.
Brandstetter, Ernst: Farnleitners Strom-Vorstoß. In: Der Standard, 5.11.1997. S.23.
Apa: Neuer Stromentwurf spießt sich. In: Der Standard, 18.2.1998. S.17.
Bra: Zerstritten in die Stromzukunft. In: Der Standard, 14.3.1998. S.25.
Rosenkranz, Clemens: Das heimische Stromgesetz ist vorerst gescheitert. In: Der Standard, 12.6.1998. S.25.
Rose: Regierungskoalition über neues Stromgesetz einig. In: Der Standard, 20.6.1998. S.25.

Missbrauch von Sozialleistungen

Mth, red: „Klassenkampf“ und Einschüchterung“. In: Die Presse, 9.1.1993. S.4.
Red: „Sozialabbau kommt für SP nicht in Frage“. In: Die Presse, 11.1.1993. S.4.
d.n, ett, red: Konflikt um Sozialleistungen verschärft sich. VP nimmt nun auch Unternehmer-Mißbräuche ins Visier. In: Die Presse, 12.1.1993. S.4.
mk, red: VP will Abkehr von „Vollkasko-Mentalität“. In: Die Presse, 7.4.1993. S.4.
red, apa: Koalitionskrach um „Sozialschmarotzer“. In: Der Standard, 21.7.1993. S.1.
red, apa: Diskussion über Mißbräuche immer gereizter. In: Die Presse, 24.7.1993. S.7.
red, apa: Neuauflage der Schmarotzer-Debatte. Arbeitsdienst für Beschäftigungslose? In: Die Presse, 10.4.1998. S.7.
red: SPÖ gegen neue „Schmarotzerdebatte“. In: Die Presse, 21.10.1998. S.9.

Schwarzarbeit

Kob: „Eine Lobby für Schwarzarbeit“. In: Der Standard, 29.11.1995. S.6.
Red: Gesetz gegen Pfusch: Krach nach VP-Nein. In: Die Presse, 29.4.1999. S.1.
Ett: Nein zu „Polizeistaat-Methoden“. ÖVP läßt Pfuschgesetz platzen. In: Die Presse, 29.4.1999. S.9.
Ett: Khol gegen SP-Vorwürfe. „Sind kein Apportierstadl“. In: Die Presse, 29.4.1999. S.9.
Stui: „Polizeistaatliche Methoden“. In: Der Standard, 29.4.1999. S.9.
Apa, lyn: „Pfusch“-Streit in Koalition. In: Der Standard, 30.4.1999. S.8.
Red: „VP-Klub soll Falotten nicht die Mauer machen“. In: Die Presse, 30.4.1999. S.8.
Ettinger, Karl: „Kann ohne Gesetz gut leben“. Nun mehr Pfusch-Kontrollen. In: Die Presse, 4.5.1999. S.7.

Werkverträge

Apa, cs: Neuerlich Werkvertrags-Novelle. In: Der Standard, 30.7.1996. S.4.
Mip, das: ÖVP will im Herbst neue Werkvertrags-Regelung. In: Die Presse, 8.8.1996. S.13.
Stui: „Stimme Pfusch nicht mehr zu“. In: Der Standard, 31.8.1996. S.5.
Stui: Verzetnitsch bleibt hart: „Sozialversicherung für Werkverträge muß sein“. In: Der Standard, 4.9.1996. S.7.
Mg, mip: Werkverträge: Heftiger Koalitionskrach. In: Die Presse, 5.9.1996. S.1.
Kob: Werkverträge als Handikap. In: Der Standard, 10.9.1996. S.5.

Kob: Halb Zuversicht, halb Skepsis. In: Der Standard, 11.9.1996. S.6.
Kob: Wiener VP-Flügel schwingt sich gegen Werkvertragsverhandlungen auf. In: Der Standard, 13.9. 1996. S.5.
Kob: Ringen um Kompromiß bei Werkverträgen. In: Der Standard, 14.9.1996. S.5.
Dam: Werkverträge: Vranitzky und Schüssel sollen jetzt verhandeln. In: Der Standard, 17.9.1996. S.5.
Red: Regelung der Werkverträge wurde nun zur „Chefsache". In: Kleine Zeitung, 17.9.1996. S.2.
Kob: VP will „kosmetischen Korrekturen" bei Werkverträgen nicht zustimmen. In: Der Standard, 18.9.1996. S.5.
Red: Werkvertragsregelung bleibt, aber es kommt Entschärfung. In: Die Presse, 19.9.1996. S.1.
Red: ÖVP setzt durch: Versicherungspflicht ab 7.000 Schilling. In: Der Standard, 19.9.1996. S1.
Kob: Erleichterung über späten Kompromiß. In: Der Standard, 19.9.1996. S.6.

Telekommunikation

Telekommunikation: Farnleitner funkt Einem frontal an. In: Der Standard, 24.3.1997. S.11.
Brandstetter, Ernst: Neuer Entwurf für das Telekom-Gesetz. In: Der Standard, 5.4.1997. S.34.
Schneid, Hedi: Telekom-Gesetz ab 1. August fix. Koalition einigt sich auf Kompromiß. In: Die Presse, 4.7.1997. S.17.

Arbeiter – Angestellte

Au; red: Hohe Arbeitslosenrate hält die SPÖ auf Trab, die ÖVP ist verstimmt. In: Die Presse, 22.7.1998. S.6.
Stui: Für Gleichstellung, gegen Schwarzarbeit. In: Der Standard, 30.12.1998. S.6.
Ett, red: Arbeitsrechte: Khol will Einigung der Sozialpartner. In: Die Presse, 18.1.1999. S.7.
Red: Offene Kraftprobe vor Regierungssitzung um neues Arbeitsrecht. In: Die Presse, 11.6.1999. S.12.
Ettinger, Karl: Vom Sozialrecht bis zum Karenzgeld: Parlament als Endlager für Anträge. In: Die Presse, 19.6.1999. S.8.
Red: „Soziale Kälte" bei der ÖVP und „Beleidigte" bei der SPÖ. In: Der Standard, 10.7.1999. S.9.
Ewi: Kostelka agiert im Wahlkampfstil: „Soziale Kälte der VP". In: Die Presse, 10.7.1999. S.8.

Bergbaugesetz

Cs: Neuer Anlauf für Berggesetz: In vielen Fällen soll es nicht gelten. In: Der Standard, 16.7.1998. S.6.
Cs: Koalition nun einig über Berggesetz. In: Der Standard, 17.7.1998. S.7.
Apa, red: Annäherung der Koalition beim Berggesetz. In: Der Standard, 21.9.1998. S.7.
Stui: Annäherung beim Berggesetz. In: Der Standard, 25.9.1998. S.7.
Cs: VP jubelt: „Giftzähne" gezogen. In: Der Standard, 3.12.1998. S.7.

Verstaatlichung und Privatisierung

Industrie

Mth: Mock nennt 32 Mrd. S „Höchstgrenze“. In: Die Presse, 24.3.1987. S.4.
Ar: „Verstaatlichte“: Kanzler fürchtet Geschäftsstörung. In: Die Presse, 25.3.1987. S.1.
Red: ÖIAG: Parteienstreit um zehn Milliarden mehr oder weniger. In: Kleine Zeitung, 26.3.1987. S.4.
Red: Koalitionsstreit um „Verstaatlichte“ heftiger: In: Die Presse, 26.3.1987. S.4.
Ar: Koalition streitet wegen Privatisierung. Eklat zwischen Streicher und ÖVP. In. Die Presse, 2.4.1987. S.4.
Mk, hws, ett: Ruhaltinger geht. Milliardenstreit eskaliert. In: Die Presse, 4.4.1987. S.1.
Red: Verstaatlichten-Hilfe für Taus das ‚erste haarige Problem‘. In: Kleine Zeitung, 5.4.1987. S.4.
m.f: Vor Einigung über „Verstaatlichten“-Hilfe. In: Vgl. Die Presse, 15.4.1987. S.1.
m.f: Die Koalition ringt noch um Privatisierungsliste. In: Die Presse, 21.4.1987. S.4.
m.f, a.k: Weiter Streit um „Verstaatlichte“. Einigung über Sanierungshilfe vertagt. In. Die Presse, 22.4.1987. S.1.
m.f, ar, ho: „Verstaatlichte“: Koalition an totem Punkt angelangt. In: Die Presse, 23.4.1987. S.1.
red: „Verstaatlichte“: Getrennte Beratung. Fast gleiche Finanzpläne von SP und VP. In: Die Presse, 24.4.1987. S.1.
m.f: Letztmalige Hilfe für „Verstaatlichte“ heute im Ministerrat. In: Die Presse, 5.5.1987. S.1.
k.h: Koalition verhandelt über Wirtschaftspaket. „Verstaatlichten“-Sanierung umstritten. In: Die Presse, 30.5.1987. S.1.
mth: Privatisierung von Staatsbetrieben: Koalition streitet um Bundesanteile. In: Die Presse, 17.6.1987. S.1.
hws: Ditz sieht ein SP-Tabu durchbrochen. Privatisierung übertrifft VP-Programm. In: Die Presse, 9.7.1987. S.4.
ett: König will weitere Privatisierungsschritte. In: Die Presse, 9.7.1987. S.4.
m.f: Ditz: Privatisierung darf nicht bei 49 Prozent enden. In: Die Presse, 20.5.1988. S.4.
red: Neuerliche Finanzspritze für die „Verstaatlichte“. In: Die Presse, 27.6.1988. S.4.
mth, m.f: So will die ÖVP weiter privatisieren. 30 Milliarden für Bundesbeteiligungen. In: Die Presse, 22.7.1988. S.1.
ar: Fischer: Minister und VP zu egoistisch. „Koalition belastbarer als sie schein“. In: Die Presse, 4.8.1988. S.4.
ett: Neisser will trotz SP-Widerstand weiter privatisieren. In: Die Presse, 4.8.1988. S.4.
er: Koalition einigte sich im ÖIAG-Streit. In: Der Standard, 13.4.1989. S.6.
red: ÖVP für mehr Privatisierung. In: Der Standard, 7.10.1988. S.5.
mk: Neuer Koalitionszank um Austria-Tabak-Monopol. In: Die Presse, 5.1.1989. S.5.
Hann, Michael: ÖVP gegen neue „zentralistische“ ÖIAG. In: Der Standard, 9.2.1989. S.13.
Ha: Parteienstreit um ÖIAG. SPÖ attackiert die ÖVP. In: Der Standard, 10.2.1989. S.1.
Ha: Streicher tritt zur Verteidigung der ÖIAG an. In: Der Standard, 21.2.1989. S.1.
Ar: Reizklima in der Regierung. Koalition berät heute Personalpolitik, Verstaatlichte und Müll. In: Die Presse, 27.2.1989. S.1.
Er: ÖIAG: VP will SP zum Verhandeln zwingen. In: Der Standard, 29.4.1989. S.7.
Apa, red: ÖIAG-Streit geht weiter. Streit scharf gegen VP. In: Die Presse, 2.5.1989. S.5.
Red: ÖIAG-Ministergipfel soll Koalitionspatt überwinden. In: Die Presse, 3.5.1989. S.1.
Red: Minister Schüssel: Lärm-Bekämpfung statt Nachtfahrverbote für Lastwagen. In: Die Presse, 8.5.1989. S.5.
Ha: Verstaatlichte: ÖVP dreht Streicher Geldhahn zu. In: Der Standard, 21.6.1989. S.1.
Hann, Michael: ÖVP gegen „Zehn-Milliarden-Trick“. Der Standard, 21.6.1989. S.13.
Ertl, Josef: Volkspartei will die AUA vollständig privatisieren. In: Der Standard, 6.7.1989. S.5.

Mk: VP droht mit Blockierung der ÖIAG-Milliarden. In: Die Presse, 1.8.1989. S.5.
Red: ÖVP für politische Lösung bei Stahl-Pensionisten. In: Der Standard, 1.8.1989. S.4.
Tom: Koalitionsstreit um ÖIAG. 6,15 Milliarden wackeln. In: Der Standard, 8.8.1989. S.1.
Tom, apa: Streicher verteidigt ÖIAG-Sanierung. In: Der Standard, 8.8.1989. S.1.
Has, d.n: ÖIAG entzweit Koalition. VP: Zuschuss nicht ohne Privatisierung. In: Die Presse, 8.8.1989. S.1, 4
Mth., has: Konflikt um „Verstaatlichte“ wurde entschärft. In: Die Presse, 9.8.1989. S.5.
Tom: ÖIAG-Streit geht weiter. Entscheidung im Herbst. In: Der Standard, 9.8.1989. S.1.
Mayer, Thomas: ÖIAG-Diskussion wurde auf Herbst verschoben. In: Der Standard, 9.8.1989. S.5.
Gb: Vranitzky: ÖIAG muß nicht unbedingt staatlich bleiben. In: Der Standard, 17.8.1989. S.1.
Has, ett: Politische Einigung über ÖIAG zeichnet sich ab. In: Die Presse, 6.9.1989. S.1.
Red: Verstaatlichte: Ab Herbst weitere Privatisierungen. In: Der Standard, 6.9.1989. S.1.
Hann, Michael: Streicher hält ÖIAG-Privatisierung vor 1995 für nicht diskussionswürdig. In: Der Standard, 29.12.1989. S.13.
Hann, Michael: Schüssel: Privatisierung muß weitergehen. In: Der Standard, 4.1.1990. S.13.
Apa: VP will die „Verstaatlichte“ total privatisieren. In: Die Presse, 12.5.1990. S.1.
Er: Riegler will verstaatlichte Industrie völlig privatisieren. In: Der Standard, 31.3.1990. S.1.
d.n: VP: „Verstaatlichte“ soll Zuschüsse rückerstatten. In: Die Presse, 26.5.1990. S.5.
Chorherr, Thomas: Riegler verlangt Vollprivatisierung und neue Ministerien-Kompetenzen. In: Die Presse, 14.7.1990. S.1.
d.n: Cap-Attacke: VP schmückt sich mit fremden Federn. In: Die Presse, 8.10.1990. S.5.
ar: VP macht Staatsbanken zur „Koalitionsfrage“. In: Die Presse, 18.10.1990. S.6.
Baburek, Günter: Privatisierung: Differenzierte Gewichtung. In: Der Standard, 14.9.1990. S.7.
hm: Schüssel will „Privatisierungsbeirat“. In: Der Standard, 3.11.1990. S.17.
Mathis, Heinrich: Einigung über Privatisierung der Banken. In: Der Standard, 17.11.1990. S.17.
Ertl, Josef: Verstaatlichte wird privatisiert. In: Der Standard, 30.11.1990. S.5.
Brandstetter, Ernst: Schüssels Bauten-Privatisierung. In: Der Standard, 1.2.1991. S.16.
Mk, ett: Abschied von der alten „Verstaatlichten“. Das Parlament beschloß die Privatisierung. In: Die Presse, 10.7.1991. S.5.
Hann, Michael: ÖVP will Vertrag über die Privatisierung der ÖIAG. In: Der Standard, 7.6. 1991. S.15.
Ertl, Josef; Rogatsch, Gerlinde: „Dosierter Eigentümerwechsel“. In: Der Standard, 10.7.1991. S.5.
Er: Krise in Verstaatlichter Vranitzky beruhigt. In: Der Standard, 11.1.1992. S.9.
Apa: ÖVP drängt auf raschere Privatisierung. In: Der Standard, 11.4.1992. S.15.
d.n, f.w, mk: Verstaatlichten Defizit belastet Regierung. In: Die Presse, 3.6.1992.S.1.
Hann, Michael: Enkel gehen der Großmutter voran. In: Der Standard, 30.6.1992. S.13.
Apa, red: „Verstaatlichten“-Krise: Busek gibt SP Alleinschuld. In: Die Presse, 20.7.1992. S.4.
Apa: VP will mehr Privatisierung. In: Die Presse, 29.7.1992. S.4.
Ha: ÖVP: Jährlich elf Milliarden durch Privatisierungen. In: Der Standard, 29.7.1992. S.13.
Hann, Michael: „Landesgesellschaften als ÖMV-Aktionäre“. In: Der Standard, 11.8.1992. S.21.
Gö, hm: Verstaatlichte rutscht wieder in rote Zahlen. In: Der Standard, 14.9.1992. S.13.

f.w, mth: Koalitionspartner liefern sich Duell um „Verstaatlichte“. In: Die Presse, 15.9.1992. S.11.
red: ÖVP trägt Teilverkauf der Verstaatlichten mit. In: Der Standard, 10.10.1992. S.28.
ar, ag: „Konzept gescheitert“. In: Die Presse, 26.11.1992. S.7.
red: Koalitionsstreit um „Verstaatlichte“. In: Die Presse, 3.5.1993. S.4.
red: Koalitionskrise verschärft sich. Vranitzky und ÖGB attackieren Busek. In: Die Presse, 11.5.1993. S.1.
red: Kanzler blockt Busek-Drohung ab. In: Der Standard, 11.5.1993. S.7.
red: Koalition ringt um Wirtschaftskurs. Vranitzky kalmiert, Busek ist verärgert. In: Die Presse, 12.5.1993. S.1, 4.
Has, ag: Parteiengezänk um „Verstaatlichte“. In: Die Presse, 12.5.1993. S.4.
Gö, tom: Verstaatlichte: Krach in ÖVP. VP-Landesfürsten fordern die Milliardensubventionen, die Busek in Frage stellt. In: Der Standard, 12.5.1993. S.6.
Stui, tom: VP-Vorstand fordert einstimmig Auflösung der Austrian Industries. In: Der Standard, 14.5.1993. S.5.
Gö: Stabilisierungskapital für AI „ja, aber“. In: Der Standard, 22.5.1993. S.21.
Mk: Klima, ein fahrlässiger Eigentümer? In: : Die Presse, 26.5.1993. S.7.
Wk: „Verstaatlichte“: ÖVP fordert SP-Offenbarungseid. In: Die Presse, 29.6.1993. S.6.
Horwitz, Kurt: VP verlangt „Verstaatlichten“-Gipfel. Konflikt um neue Bundeshaftung. In: Die Presse, 21.7.1993. S.1.
Hm, mue: Die Bedingungen für Staatshaftungen. In: Der Standard, 7.9.1993. S.13.
Red: VP-Plan für Verkauf der Verstaatlichten. In: Der Standard, 27.8.1993. S.21.
Hm: Polit-Deal Verbund – Verstaatlichte. In: Der Standard, 2.9.1993. S.21.
Hann, Michael: „Die Austrian Industries müssen weg“. In: Der Standard, 6.10.1993. S.15.
Stuiber, Petra: „Vielleicht hätten wir den Managern öfter die Wadeln vorrichten sollen“. In: Der Standard, 7.10.1993. S.6.
Apa, red: ÖVP: 5 Mrd. S Haftung reichen aus. Bund darf nur im Insolvenzfall zahlen – Verhandlungen unter Druck. In: Der Standard, 15.10.1993. S.23.
Hann, Michael: „Es muß nicht das Modell Warburg sein“. In: Der Standard, 22.10.1993. S.21.
Ha, cr: ÖVP-Industriesprecher: In Einzelfällen auch private Mehrheiten. In: Der Standard, 6.11.1993. S.24.
Wöber, Fritz: AI-Technologie-Gruppe geht an die Börse. In: Die Presse, 12.11.1993. S.15.
Ha: Auflösung der Austrian Industries. In: Der Standard, 13.11.1993. S.23.
Hann, Michael: Privatisierung auf österreichisch. In: Der Standard, 17.12.1993. S.21.
kh: Privatisierung: Koalitions-Zankapfel Privatisierung. In: Die Presse, 21.3.1994. S.1.
f.w: Privatisierung: SPÖ beharrt auf inländischer Mehrheit. In: Die Presse, 21.3.1994. S.11.
red: VP setzt neuen Dampf hinter ihre Pläne zur Privatisierung. In: Der Standard, 19.7.1994. S.1.
Apa, gb: VP will Monopolbetriebe rasch privatisieren. In: Der Standard, 20.7.1994. S.11.
Apa, red: Koalitionsdebatte um Privatisierungen. In: Der Standard, 1.8.1994. S.5.
ju, red: Wirbel um „Geschenk“ Klimas an die Amag. In: Die Presse, 10.9.1994. S.21.
bra: Koalition beschließt Energiesteuer. In: Der Standard, 26.11.1994. S.27.
red: Totaler Rückzug aus den Banken fixiert. In: Der Standard, 26.11.1994. S.27.
bra: Widerstand gegen Verbund-Zerschlagung. In: Der Standard, 24.2.1994. S.24.
Red: SPÖ: E-Wirtschaft erst später privatisieren. In: Der Standard, 4.6.1996. S.15.
mimo: „ÖIAG ist bereits Verwaltungsholding“. In: Der Standard, 16.9.1999. S. 22.
d.n: Nun neuer Koalitionsstreit um die Stellung der ÖIAG. In: Die Presse, 28.7.1999. S.1.

Eli, kob, mon: Endspurt der Verhandler. In: Der Standard, 15.1.2000. S.7.

Banken:

Ha, gb: ÖVP-Hindernis für Elefantenhochzeit. In: Der Standard, 16.7.1991. S.13.
Sy: Schlagabtausch um Länderbank-Abschlag. In: Der Standard, 23.8.1991. S.17.
Syrowy, Reinhard: Gemeinde Wien dominiert Bank Austria. In: Der Standard, 5.9.1991. S.15.
Syrowy, Reinhard: Bis fünf nach zwölf Poker über Bankenehe. In: Der Standard, 4.9.1991. S.15.
Gö: CA-Übernahme durch RZB geplatzt. In: Der Standard, 7.5.1993. S.19.
Sy: Ditz will schnelle Entscheidung über CA. In: Der Standard, 30.3.1994. S.13.
Gb: Widerstände gegen schweizer Lösung. In: Der Standard, 20.5.1993. S.23.
Mathis, Heinrich: Entscheidung über den Verkauf der CA nicht mehr vor dem Herbst. In: Der Standard, 18.6.1994. S.17.
Baburek, Günter: Busek drängt auf CA-Entscheidung. In: Der Standard, 20.7.1994. S.11.
Chs, ett: Bank gegen Prüfung, vier Parteien empört. In: Die Presse, 29.7.1994. S.7.
Red, ag: Parteienzank schreckte Schweizer ab. In: Der Standard, 13.9.1994. S.17.
Hm: ÖVP: Bund soll Bank-Austria-Aktien verkaufen. In: Der Standard, 26.7.1994. S.11.
Red: Streit in Koalition wegen CA-Verhandlungen. In: Die Presse, 14.9.1994. S.1.
Red: Gegenseitige Schuldzuweisungen der Parteien nach CS-Rückzug. Koalitionskrach um CA-Privatisierung. In: Der Standard, 11.5.1995. S.15.
Gb: Liebscher: Raiffeisen weiter an CA interessiert. In: Der Standard, 19.10.1994. S.21.
Dom, apa: Wechselt die „Erste“ zu Raiffeisen? In: Die Presse, 11.5.1995. S.15.
Mm: Regierung über CA-Zukunft uneines. In: Der Standard, 11.5.1995. S.23.
Domforth, Christine: Parteienzank um „Lex Bank Austria“. In: Die Presse, 15.6.1995. S.15.
Mm, bra: Bund will für die CA 18 Milliarden. In: Der Standard, 15.7.1995. S.23.
Hann, Michael; Moravec, Michael: Hongkong-Shanghai-Bank will die CA. In: Der Standard, 18.7.1995. S.11.
Ha: CA: Regierung will „Österreich-Lösung“. In: Der Standard, 19.7.1995. S.11.
Domforth, Christine: Österreich-Partner für CA zwingend. Raiffeisen nach wie vor interessiert. In: Die Presse, 25.8.1995. S.11.
Mip, laho: Koalitionskrach um CA-Verkauf. VP will „österreichischen Kern“. In: Die Presse, 8.9.1995. S.13.
Hm: CA-Ausschreibung für Konsortium nahezu unüberwindliche Hürde. In: Der Standard, 8.9.1995. S.21.
Hm: „CA muß österreichisch bleiben“. In: Der Standard, 9.9.1995. S.1.
Apa: Auch Vranitzky will für CA „österreichischen Kern“. In: Der Standard, 9.9.1995. S.15.
Red: Mehrere CA-Interessenten. In: Die Presse, 20.9.1995. S.15.
Red: CA-Konsortium bessert Angebot nach. In: Die Presse, 26.9.1995. S.1.
Apa: CA muß Partner mit Konzept erhalten. In: Der Standard, 28.9.1995. S.24.
Red: Rätselraten um den CA-Verkauf geht weiter. In: Die Presse, 11.10.1995. S.1.
Red, apa: Staribacher stoppt die Privatisierung der CA. In: Die Presse, 13.10.1995. S.6.
Reuter, apa: Creditanstalt: Staribacher bläst Privatisierung ab. In: Der Standard, 13.10.1995. S.24.
Red: Das CA-Konsortium hält zusammen: „Zu diesem Preis kaufen wir nicht“. In: Der Standard, 18.10.1995. S.13.
Brandstetter, Ernst: CA-Verkauf ohne politische Rücksichten. In: Der Standard, 18.11.1995. S.18.
Domforth, Christine: Der CA-Verkauf als unendliche Geschichte. In: Die Presse, 1.4.1996. S.18.

Cr: Streit im Konsortium um die CA-Mehrheit gefährdet Übernahme. In: Der Standard, 9.7.1996. S.1.
Gb: Erste österreichische Creditanstalt bereits unter schwerem Beschuß. In: Der Standard, 8.6.1996. S.25.
Dom, eid: CA-Verkauf: Klima macht Druck. Springt die „Erste“ wieder ab? In: Die Presse, 6.7.1996. S.1.
Cr: CA-Übernahme vorerst geplatzt. In: Der Standard, 11.7.1996. S.1.
Apa, dom: Durchbruch für CA-„Erste“-Holding. In: Die Presse, 13.8.1996. S.1.
Hm: Konsortium übernimmt Creditanstalt. In: Der Standard, 13.8.1996. S.13.
Hm: Erste Österreichische bessert ihr Angebot für die CA nach. In: Der Standard, 31.8.1996. S.17.
Gb: Entscheidung über CA noch in dieser Woche. In: Der Standard, 3.9.1996. S.15.
Red: CA-Konsortium endgültig geplatzt. In: Die Presse, 7.9.1996. S.1.
Red: Konsortium will CA im Alleingang kaufen. In: Der Standard, 7.9.1996. S.17.
Cr, gb: Erste glaubt an neue Chance im Wettrennen um die Creditanstalt. In: Der Standard, 9.9.1996. S.11.
Ha: Schüssel: CA-Privatisierung über Börsengang „ernste“ Alternative. In: Der Standard, 11.9.1996. S.15.
Dom, has: Klima läßt CA-Konsortium abblitzen. Demnächst neue Ausschreibung. In: Die Presse, 24.9.1996. S.13.
Gb: Klima lehnt das Angebot des CA-Konsortiums ab. In: Der Standard, 24.9.1996. S.1.
Gb, red: Klima lehnt Angebot des Generali-Konsortiums für die Creditanstalt ab. In: Der Standard, 24.9.1996. S.15.
Cr, gb: Erste bildet eigenes CA-Konsortium. In: Der Standard, 25.9.1996. S.17.
Hm: Karner will Erste wieder ins Boot holen. In: Der Standard, 3.10.1996. S.17.
Cr: Erste und Generali einig im CA-Poker. In: Der Standard, 12.11.1996. S.13.
Cr: Konsens im CA-Konsortium. In: Der Standard, 13.11.1996. S.13.
Red: Mehrere Interessenten für die CA in Sicht. In: Die Presse, 19.11.1996. S.1.
Apa, dom: Ist der zweite CA-Interessent ein Phantom? In: Die Presse, 30.11.1996. S.23.
Gb: Bank Austria schaltet sich ins Rennen um die CA ein. In: Der Standard, 11.12.1996. S.1.
Baburek, Günter: Bank Austria will bei CA einsteigen. In: Der Standard, 11.12.1996. S.19.
Domforth, Christine: Bank Austria greift nach der Creditanstalt. In: Die Presse, 11.12.1996. S.13.
Dom, has, ag: Bank Austria-Coup schockt ÖVP total. In: Die Presse, 12.12.1996. S.15.
Red: Polit-Wirbel um Banken-Coup. In: Der Standard, 12.12.1996. S.1.
Red: CA-Coup von langer Hand vorbereitet. In: Der Standard, 12.12.1996. S.19.
Babarek, Günter: Creditanstalt bleibt als selbständige Bank erhalten. In: Der Standard, 13.12.1996. S.25.
Apa, red: Raiffeisen begehrt die Postsparkasse. In: Der Standard, 13.12.1996. S.26.
Lyn: CA-Verkauf eint Schwarz und Blau. In: Der Standard, 14.12.1996. S.27.
Red: Bankturbulenzen belasten die Koalition. In: Die Presse, 14.12.1996. S.1.
Bauer, Karin: „Keine Beherrschung durch depperte Sparkasse“. Über 2000 Mitarbeiter der CA reagierten bei ihrer Betriebsversammlung heftig. In: Die Presse, 14.12.1996. S.1.
Red: Zwischen „Kampfansage“ und „Hysterie“. In: Die Presse, 16.12.1996. S.6.
Cr: EA-Generali-Gruppe will alle CA-Aktien des Bundes kaufen. In: Der Standard, 16.12.1996. S.1.
Dam, ina, stui: Der Koalitionsstreit um die CA-Privatisierung soll abgekühlt werden. SPÖ-Spitze setzt auf Warten und Beruhigen. In: Der Standard, 16.12.1996. S.5.

Ruff, Claudia; Bauer, Karin: Bieterkonsortium geht aufs Ganze. In: Der Standard, 16.12.1996. S.13.
Red: CA: Jetzt Dreikampf mit Ex-Billa-Chef Wlaschek. In: Die Presse, 17.12.1996. S.1.
Das: ÖVP: „Kein Interesse an Neuwahlen“ In: Die Presse, 17.12.1996. S.7.
Red: Wlaschek will Creditanstalt mit Billa-Milliarden kaufen. In: Der Standard, 17.12.1996. S.1.
Red: Das Koalitionsklima bleibt kühl. In: Der Standard, 17.12.1996. S.1.
Stui: Lage in der Koalition bleibt gespannt. In: Der Standard, 17.12.1996. S.5.
Linsinger, Eva: Das Rathaus im Schatten der Banken. In: Der Standard, 17.12.1996. S.5.
Red: Starre CA-Fronten belasten Koalition. In: Die Presse, 18.12.1996. S.1.
Rie, dom: „Sachliche Lösung“ für CA ohne Koalitionsfrage. In: Die Presse, 18.12.1996. S.1, 7.
Das: Schüssel: „Dieses Offert ist auszuscheiden“. In: Die Presse, 18.12.1996. S.1, 7.
Red: Schüssel stellt wegen CA die Koalition in Frage. In: Der Standard, 18.12.1996. S.1.
Stui, eli: Schüssel verlangt von Klima, höchstes Offert auszuscheiden. In: Der Standard, 18.12.1996. S.6.
Red: BA hat die besten Karten. In: Kleine Zeitung, 21.12.1996. S.27.
Red: CA-Verkauf: ÖVP droht Klima mit einem Misstrauensantrag. In: Die Presse, 19.12.1996. S.1.
Re, apa: CA: Drohgebärden der ÖVP immer heftiger. In: Die Presse, 19.12.1996. S.7.
Ar: Lust auf Neuwahlen: VP-Klubchef Khol dementiert. In: Die Presse, 19.12.1996. S.7.
d.n: Ederer versteht die Aufregung der ÖVP nicht. In: Die Presse, 19.12.1996. S.7.
red, apa: CA-Kauf nun Chefsache. Suche nach Kompromiß. In: Die Presse, 19.12.1996. S.7.
red: ÖVP droht mit Sondersitzung des Parlaments. In: Der Standard, 19.12.1996. S.1.
stui: Khol will Sondersitzung SP versucht zu beruhigen. In: Der Standard, 19.12.1996. S.5.
Linsinger, Eva: Abstimmungs-Wirbel im Gemeinderat. In: Der Standard, 19.12.1996. S.5.
Ha: Klima läßt sich nicht in die Karten schauen. In: Der Standard, 19.12.1996. S.5.
Red, apa: CA-Kauf nun Chefsache. Suche nach Kompromiß. In: Die Presse, 20.12.1996. S.7.
Red: CA-Entscheidung nach Weihnachten. Finanzminister Klima will noch weitere Gutachten abwarten. In: Die Presse, 20.12.1996. S.7.
Apa, red: CA-Entscheidung zwischen den Feiertagen. In: Der Standard, 20.12.1996. S.1, 17.
Ina, cs: Gipfelgespräch soll verfahrene Situation um die CA lösen. In: Der Standard, 21.12.1996. S.5.
Do, ag: Pause im Koalitionskrieg um CA. Konsortium will Anbot aufbessern. In: Die Presse, 23.12.1996. S.1.
Dom: Atempause im Poker um die Creditanstalt. In: Die Presse, 23.12.1996. S.1.
Gb, ha: Termin für mögliche Nachbesserung der Offerte noch immer nicht bekannt. Klima läßt Anbieter um CA-Bundesanteile weiterhin zappeln. In: Der Standard, 24.12.1996. S.15.
Red: Rückzieher Klimas: Privatisierung der CA erst im nächsten Jahr. In: Der Standard, 28.12.1996. S.1.
Red: Angebote für die CA können bis 10. Jänner nachgebessert werden. In: Der Standard, 28.12.1996. S.1.
a.u, dom: Vranitzky bleibt hart: Klima darf Bank Austria nicht ignorieren. In: Die Presse, 28.12.1996. S.1.
dom, apa: Hektisches Finale im Poker um CA. Farnleitner: „Konsens hat Vorrang.“ In: Die Presse, 28.12.1996. S.17.

Unterberger, Andreas: Vranitzky zu Koalition: „Man kann nicht immer Toleranz einbringen“. In: Die Presse, 28.12.1996. S.7.
Red: Börsegang bringt zwei Milliarden weniger. In: Der Standard, 30.12.1996. S.13.
Red: CA: ÖVP sucht Mehrheit und warnt Klima. „Bei CA nichts tun, was ihm leid täte“. In: Die Presse, 31.12.1996. S.7.
Ett: Kostelka: VP-Schritt aus der Koalition. In: Die Presse, 31.12.1996. S.7
Dom: ÖVP will CA-Verkauf über Volksaktien. In: Die Presse, 31.12.1996. S.15.
Kob: Formeller Bruch zur Stärkung der Koalition. In: Der Standard, 31.12.1996. S.5.
Kob, red: Fronten im Streit um die CA sind verhärtet. In: Der Standard, 31.12.1996. S.13.
Vranitzky, Franz; Sperl, Gerfried; Krawagner-Pfeifer, Katharina: Vranitzky: „Das wäre ein Glasl Strychnin“. In: Der Standard, 31.12.1996. S.5.
Domforth, Christine: CA-Nervenkrieg geht 1997 weiter. Steigt Raiffeisen doch in den Ring? In: Die Presse, 2.1.1997. S.12.
Red: Wilde Spekulationen um die CA. Entsteht neuer Allfinanz-Riese? In: Der Standard, 3.1.1997. S.1.
Ett, red: Bewegung in der Koalition. In: Die Presse, 3.1.1997. S.11.
Ha: CA-Kompromiß in Sicht. In: Der Standard, 3.1.1997. S.1.
Ha: Finanzminister Klima erlaubt Partnertausch. In: Der Standard, 3.1.1997. S.17.
Red: Schüssel ruft wieder Eiszeit aus. In: Der Standard, 4.1.1997. S.1.
Ett, das: Streit um CA tobt weiter. Schüssel gegen SP-Plan. In: Die Presse, 4.1.1997. S.6.
Ap, ett: CA-Verkauf: Kampfansage der SPÖ ÖVP warnt vor „Vertrauensbruch“. In: Die Presse, 7.1.1997. S.6.
Kob, red: Drohgebärden als Auftakt zum ÖVP-Dreikönigstreffen. In: Der Standard, 7.1.1997. S.5.
Kobenter, Samo: Drei Wege der VP aus der CA-Krise. In: Der Standard, 8.1.1997. S.5.
Stui: SPÖ will bei CA hart bleiben. In: Der Standard, 8.1.1997. S.5.
Ju, ett: Koalition ringt heftig um CA-Kompromiß. In: Die Presse, 8.1.1997. S.1.
Ettinger, Karl: ÖVP nun mit drei CA-Kompromißvarianten. In: Presse, 8.1.1997. S.7.
Ju: Klima: Verzichte nicht auf Milliarden. CA soll an den Höchstbieter gehen. In: Presse, 8.1.1997. S.13.
Red: CA-Krise: Parteien zementieren sich ein. In: Die Presse, 9.1.1997. S.1.
Red: Der Ritt der ÖVP über den Goldegger See. In: Die Presse, 9.1.1997. S.7.
Ett, das: Schüssel: „Keine Rede von einem fliegenden Wechsel“ In: Die Presse, 9.1.1997. S.8.
Stuiber, Petra: „Ich will mit der VP auch weiterhin arbeiten“. In: Der Standard, 9.1.1997. S.5.
Krawagner-Pfeifer, Katharina: Trotz CA-Krise: Volkspartei beteuert ihre Koalitionstreue. In: Der Standard, 9.1.1997. S.6.
Red: Neue Hürden für Bank Austria. VP und FP: CA-Kauf wird teuer. In: Die Presse, 10.1.1997. S.1.
Rief, Norbert: „Will die ÖVP die Koalition noch: SPÖ rätselt, Klima rechtfertigt sich. In: Die Presse, 10.1.1997. S.8.
Das: Hektisches Feilen an Banken-Anträgen. In: Die Presse, 10.1.1997. S.8.
Red: CA als Kurschatten über SP-Klausur. In: Die Presse, 10.1.1997. S.8.
Dom, ag: Hochspannung vor der CA-Entscheidung. In: Die Presse, 10.1.1997. S.13.
Red: Entscheidung über CA nach Krisensitzung der Koalition. In: Der Standard, 10.1.1997. S.1.
Stuiber, Petra: Entscheidung über CA am Wochenende. In: Der Standard, 10.1.1997. S.6.
Red, apa: Wünsche der ÖVP decken sich mit jenen der FPÖ. In: Der Standard, 10.1.1997. S.1, 6.
Red: CA: Bank Austria nicht mehr zu stoppen. In: Die Presse, 11.1.1997. S.1.

Red: Ruhe vor dem Sturm im CA-Streit. Letzte Hoffnung in Krisenfeuerwehr. In: Die Presse, 11.1.1997. S.7.
Red: Endspurt im CA-Rennen. In: Der Standard, 11.1.1997. S.1.
Red: Blaue Verwirrung um Pakt mit den Schwarzen. In: Der Standard, 11.1.1997. S.5.
Cr, ha, as: Bank Austria bessert CA-Angebot nach. In. Der Standard, 11.1.1997. S.15.
Red: Der CA-Deal. In: Der Standard, 13.1.1997. S.1.
Ha: Erträglicher Kompromiß wird Erfolg. In: Der Standard, 13.1.1997. S.5.
Red: ÖVP-Klubchef Khol: „Kein Alleingang mit den Freiheitlichen". SP und VP gemeinsam für neues Privatisierungsgesetz. In. Der Standard, 13.1.1997. S.6.
Red: Koalition gerettet – das Mißtrauen bleibt. Für CA gibt Bank Austria die Giro ab. In: Die Presse, 13.1.1997. S.1.
Domforth, Christine: Die lange Nacht der Koalition, Walzer und ein Bankdirektor im Smoking. In: Die Presse, 13.1.1997. S.1.
Neuwirth, Dietmar: „Das kann sich Koalition kein zweites Mal leisten". In: Die Presse, 13.1.1997. S.7.
d.n: Khol: Werden SPÖ nun argwöhnisch verfolgen. In: Die Presse, 13.1.1997. S.7.
stui, bra: „Eine Strebe am festen Regierungsdach". In: Der Standard, 14.1.1997. S.6.
kob: SP-Geschäftsführerin Brigitte Ederer zieht Schlußstrich unter Koalitionskrise. „Das sind Wunden, die vernarben". In: Der Standard, 16.1.1997. S.5.
Sperl, Gerfried; Schüssel, Wolfgang: „Gewisse Wachsamkeit bleibt". In: Der Standard, 18.1.1997. S.6.
Nettig, Walter, Huber, Markus: „Frühzeitig berichtet". Wirtschaftskämmerer Nettig über den BA-CA-Deal, Parteiobmann Schüssel und den Einfluß auf die Banken. In: Profil, 20.1.1997. S.23.
Linsinger, Eva: Die Koalition ringt erneut um Banken-Einfluß. In: Der Standard, 17.5.1997. S.7.
Linsinger, Eva: Das Rathaus im Schatten der Banken. In: Der Standard, 24.5.1997. S.7.
Fieber, Alexander: Rathaus-Koalition einig: Wien steigt bei AVZ und Bank Austria aus. In: Die Presse, 27.5.1997. S.8.
Linsinger, Eva: SPÖ und ÖVP einigen sich über die „Privatisierung" der Bank Austria. Sechs Punkte für den Koalitionsfrieden. In: Die Presse, 27.5.1997. S.8.
Red: Bank Austria: Klima hatte keine Ahnung von deutscher Option. In: Die Presse, 4.6.1997. S.1.
Cs, mue, stui: Angst, zu verlassen und verlasen zu werden. In: Der Standard, 7.6.1997. S.6.
Kob: Khol fordert Konsequenzen: „Kein Platz für Randa-Reich". In: Der Standard, 9.6.1997. S.7.
Schnauder, Andreas: ÖVP-Veto läßt „Wiener Lösung" für Bank-Austria-Stiftung scheitern. In: Die Presse, 19.6.1998. S.17.
Red: Versöhnung zwischen Bank Austria und der Volkspartei. In: Die Presse, 17.12.1998. S.1.

Nationalbank:

Red: Notenbankanteile: Kapital an SP, Zinsen an Stiftung. In: Kleine Zeitung, 13.5.1993. S.2.
d.n, mk: „Vom Kauf der Nationalbank-Anteile Abstand nehmen". Sondersitzung des Parlaments: ÖVP verärgert SPÖ mit Initiativantrag. In: Die Presse, 18.5.1993. S.5.
red: Parlament: Sondersitzung wegen Nationalbankaktien. In: Der Standard, 14.5.1993. S.5.
red: Nationalbank: SP zieht Notbremse. In: Kleine Zeitung, 18.5.1993. S.8.
red: ‚Nicht unter Verkaufsdruck'. In: Kleine Zeitung, 19.5.1993. S.3.

Post:

apa, red: SPÖ und ÖVP streiten über Post-Ausgliederung. In: Der Standard, 23.10.1995. S.4.
Hann, Michael: Post-Börsegang durch ÖVP-Junktimierung des Sozialplans gefährdet. In: Der Standard, 25.6.1997. S.18.
Hann, Michael: Die ÖVP schickt die Postfüchse in das Starthaus zurück. In: Der Standard, 26.6.1997. S.17.
Hann, Michael: Eine Gesamtregelung statt Lex Post. In: Der Standard, 9.7.1997. S.15.
Bra: ÖVP will Aufteilung der Post erzwingen. In: Der Standard, 16.7.1997. S.17.
And, eid: Heiße Politkämpfe um Zerschlagung der Post. In: Die Presse, 1.8.1997. S.11.
Ha, bra: Zerschlagung der Post noch vor Sommer 1998. In: Der Standard, 1.8.1997. S.1.
apa, red: SPÖ und ÖVP streiten über Post-Ausgliederung. In: Der Standard, 23.10.1995. S.4.
Hann, Michael: Post-Börsegang durch ÖVP-Junktimierung des Sozialplans gefährdet. In: Der Standard, 25.6.1997. S.18.
Hann, Michael: Die ÖVP schickt die Postfüchse in das Starthaus zurück. In: Der Standard, 26.6.1997. S.17.
Hann, Michael: Eine Gesamtregelung statt Lex Post. In: Der Standard, 9.7.1997. S.15.
Bra: ÖVP will Aufteilung der Post erzwingen. In: Der Standard, 16.7.1997. S.17.

Verkehr

ÖBB:

Er: VP verlangt von der SP sofortige Reform der ÖBB. In: Der Standard, 4.11.1988. S.6.
Brandstetter, Ernst: Mit „Neuer Bahn“ wird ernst. Koalition über Finanzierung einig. In: Der Standard, 9.11.1988. S.17.
Ett: „Treibjagd“ oder „Irrweg“: Propagandakrieg um ÖBB. In: Die Presse, 10.11.1988. S.5.
red: Bundesbahnen entzweiten die Koalition im Parlament. SP rügt den Partner: „Spielen sie nicht immer Opposition!“. In: Die Presse, 16.12.1988. S.1, 4.
Red: Koalitionskrach wegen Verzögerung der „Neuen Bahn“. SP erregt über Bruch von Zusagen, VP weist Schuld von sich. In: Die Presse, 21.1.1989. S.5.
Apa: Fischer fordert von Mock: Kukacka zur Ordnung rufen. In: Der Standard, 24.1.1989. S.4.
Ett, t.b: „Tauschgeschäft“ in der Koalition: Neue Bahn und Müllabgabe fixiert. In: Die Presse, 27.1.1989. S.1.
t.b, ett: 31 Milliarden für die „Neue Bahn“ beschlossen. In: Der Standard, 2.3.1989. S.1.
ub: VP: Reform der ÖBB ist Bedingung für Koalition. In: Der Standard, 4.8.1990. S.6.
Brandstetter, Ernst: SP-Bahnreform schafft „Zuschuss“ ab. In: Der Standard, 27.9.1990. S.17.
Brandstetter, Ernst: Generelles Lkw-Nachtfahrverbot ab 1993. In: Der Standard, 2.11.1990. S.15.
Has: Die Zinsensteuer bleibt. Annäherung über ÖBB. In: Die Presse, 23.11.1990. S.1990. S.6.
Gö: Eisenbahner mit neuem Dienstrecht. In: Der Standard, 26.11.1990. S.13.
d.n: Bahndefizit führt im Parlament zum Koalitionsstreit. Grüne: Transitabkommen bei EG-Beitritt hinfällig. In: Die Presse, 22.3.1991. S.7.
apa: Streit um die Bahn. SP-Kritik am Programm der VP. In: Die Presse, 15.4.1991. S.5.
red: Streit um Bahn-Reform verlängert. In: Die Presse, 10.11.1991. S.5.
bra: Die ÖVP lehnt Streichers Reformpläne für die ÖBB ab. In. Der Standard, 16.11.1991. S.21.

Brandstetter, Ernst: ÖBB-Reform wurde vorerst abgesagt. In: Der Standard, 20.11.1991. S.15.
Poll: VP bleibt beim Nein zum ÖBB-Gesetz. In: Die Presse, 6.12.1991. S.6.
Er: ÖVP will Streichers Bundesbahn-Reform „so nicht zustimmen“. In: Der Standard, 8.1.1992. S.6.
Mathis, Heinrich: „Keine Selbstbedienung auf Staatskosten“. In: Der Standard, 30.1.1992. S.13.
d.n: Keine Annäherung zwischen SP und VP bei Bahnreform. In: Die Presse, 4.2.1992. S.5.
Brandstetter, Ernst: Bahnverhandlungen festgefahren. In: Der Standard, 27.2.1992. S.14.
Red: Streichers Nachfolger will ÖBB Kundennähe. In: Presse, 31.3.1992. S.1.
Brandstetter, Ernst: Neues Bahn-Dienstrecht als Vorleistung Klimas. In: Der Standard, 9.5.1992. S.17.
Brandstetter, Ernst: ÖBB brauchen vom Staat 47 Milliarden. In: Der Standard, 3.7.1992. S.13.
Red: Koalition über neue Miet-Richtwerte und ÖBB-Gesetz einig. In: Der Standard, 11.7.1992. S.1.
Red: Aktiensteuer und Liberalisierung der Bahn: Neue Zerreißproben für die Regierung. In: Die Presse, 18.5.1999. S.1.
Fritzl, Martin: Bahn-Liberalisierung: Koalitions-Zwist um freie Fahrt auf der Schiene. In: Die Presse, 18.5.1999. S.17.

Kennzeichen-Tafeln:

Red: Kennzeichen-Tafeln werden jetzt zur Koalitionsfrage. In: Die Presse, 9.11.1989. S.1.
Mu, mk: Nummerntafeln: SP mahnt Koalitionstreue ein. Streicher-Entwurf fix, aber Volksbegehren kommt. In: Die Presse, 9.11.1989. S.18.
Apa, tom: Autokennzeichenstreit ist beendet. In: Der Standard, 9.11.1989. S.7.

Punkteführerschein:

Tom: Verkehr: SP lehnt Sündenregister ab. In: Der Standard, 3.8.1989. S.5.
Simo: Bei 0,5 Promille droht künftig Geldstrafe. In: Der Standard, 12.5.1997. S.6.
Simo: Promille sind Gewissenssache. In: Der Standard, 22.5.1997. S.9.
Simo: Punkteführerschein. In: Der Standard, 12.5.1997. S.9.

Lkw-Nachtfahrverbot

St, t.b, ekö: Lkw-Nachtfahrverbot fix. Deutsche Revanche droht. In: Die Presse, 2.6. 1989. S.1.
Red: Weiter Debatte um Transit und Nachtfahrverbot. In. Die Presse, 5.7.1989. S.5.
Ett: Kampf gegen Transit. In: Die Presse, 10.6.1989. S.5.
Bra: Transit-Koalitionskrach. In: Der Standard, 2.12.1989. S.18.
Brandstetter, Ernst: Generelles Lkw-Nachtfahrverbot ab 1993. In: Der Standard, 2.11.1990. S.15.

Maut:

Apa, red: Kommt neue Kfz-Steuer? SPÖ will ökologische Erneuerung. In: Die Presse, 23.4.1990. S.5.
Sy, OWP: Mautsystem so gut wie beschlossen. In: Der Standard, 11.2.1992. S.13.
Apa: Klima fordert höhere Lkw-Maut. In: Der Standard, 29.4.1994. S.24.
Red: Staribacher lehnt Autobahnpickerl ab. In: Der Standard, 19.8. 1995. S.13.

Kerschbaumer, Carina: „Dann lassen wir lieber die Finger von dem Pickerl“. In: Kleine Zeitung, 20.8.1995. S.2.
Bra: Maut auf Autobahnen in Österreich ab 1996 so gut wie fix. In: Der Standard, 26.8.1995. S.13.
Red: Vor Einigung bei Maut. In: Kleine Zeitung, 27.8.1995. S.3.
Red: Debatte über Mautgipfel, der eigentlich keiner war. In: Kleine Zeitung, 29.8.1995. S.2.
f.w: Mautfrage entzweit die Koalition. SP beharrt auf höheren Lkw-Tarifen. In: Die Presse, 30.8.1995. S.13.
red: Koalitionskrach um neue Autobahnmaut. In: Kleine Zeitung, 30.8.1995. S.2.
Brandstetter, Ernst: Ausgliederung der Post aus dem Budget ist fix. Maut wird möglich. In. Der Standard, 7.9.1995. S.21.
Red: Koalition streitet weiter wegen der Autobahnmaut. In: Kleine Zeitung, 12.9.1995. S.3.
Bra: „Autobahnvignette“ ab Mitte 1996 ist fix. In: Der Standard, 16.9.1995. S.27.
Kob: Kompromiß bei Maut erleichtert Ja zur Koalition. In: Der Standard, 9.3.1996. S.5.
Kob: Farnleitner als Sündenbock. In: Der Standard, 11.1.1997. S.6.
d.n, bene: Koalitions-Streit um die elektronische Kilometermaut. In. Die Presse, 24.4.1997. S.10.
red: Koalitionskrach um elektronische Maut für Lastwagen. In: Der Standard, 25.4.1997. S.1.
red: Krach im Klima-Kabinett: ÖVP springt vom Lkw ab. In: Der Standard, 25.4.1997. S.27.
red: SPÖ nimmt Farnleitner ins Visier: „Schwachstelle der Regierung“. In: Die Presse, 25.4.1997. S.1.
Stuiber, Petra: Rudas: VP ist Lobbyisten-Partei. In: Der Standard, 26.4.1997. S.6.
Bra: Farnleitner will Gesetz über Straßenfinanzierung ändern. In. Der Standard, 26.4.1997. S.34.
Bra: Neuer Anschub für die Lkw-Maut. In: Der Standard, 25.11.1997. S.22.
Cs: Das VP-Rezept heißt abwarten und prüfen. In: Der Standard, 28.11. 1997. S.7.

Die Promillegrenze

Vécsei, Paul: Viel Zustimmung zu 0,5 Promille. In: Der Standard, 7.7.1992. S.6.
Vecs: SP will Promillegrenze mit 0,5 festschreiben. In: Der Standard, 25.9.1992. S.6.
Wimm, apa: ÖVP über 0,5 Promille uneinig – Grüne dafür. In: Der Standard, 26.9.1992. S.5.
Lahninger, Georg: Ein Krügerl fürs doppelte Risiko. In: Der Standard, 29.9.1992. S.7.
Mü: Erneut Koalitionsstreit um 0,5 Promille. In: Die Presse, 25.5. 1993. S.1.
Linsinger, Eva: Kein Konsens über Promille. In: Der Standard, 9.10.1993. S.7.
Dan: Kämpfe an der Promillegrenze. In: Der Standard, 20.11.1993. S.6.
Rie: Promille-Streit: „Geheime Abstimmung ist möglich“. In: Die Presse, 23.11.1993. S.7.
Red: Ringen um Promille-Abstimmung. In: Der Standard, 23.11.1993. S.1.
Dan: VP zur Senkung der Promillegrenze erst nach Nationalratswahlen bereit. In: Der Standard, 12.3.1994. S.6.
Ett: 0,8 oder 0,5 Promille? Spannung im Parlament. In: Die Presse, 17.6.1994. S.6.
Mayer, Thomas: Spannendes Finale um 0,8 Promille könnte mit Senkung enden. In: Der Standard, 16.6.1994. S.7.
Cs: 51 Prozent für 0,8 Promille. In: Der Standard, 18.6.1994. S.6.
Rie, ett: „Ampel funktioniert net“: Zwei Stimmen fehlten. In: Die Presse, 18.6.1994. S.7.
Red: Klima für 0,5 Alkolimit, Mitsprache bei Straßen: ÖVP hört gar nicht hin. In: Die Presse, 28.7.1994. S.7.

Poll: Klima: Neuer Anlauf für 0,5 Promille am Steuer. In: Die Presse, 23.3.1995. S.4.
Rie, ett: Am Alkohol scheidet sich die Koalition. In: Die Presse, 9.5.1996. S.7.
Kob: Annäherung in Richtung 0,5 Promille. In: Der Standard, 10.9.1996. S.5.
Al: Einem macht Druck auf 0,5 Promille. In: Der Standard, 5.2.1997. S.8.
Simo: Promille sind Gewissensache. In: Der Standard, 22.5.1997. S.9.
Simo: „Keine Partei der Trinker". In: Der Standard, 14.6.1997. S.9.
Red: Der Abstimmungskrimi um 0,5 Promille. In: Die Presse, 9.7.1997. S.3.
Stui: Ringen im Nationalrat um 0,5-Promille-Grenze. In: Der Standard, 10.7.1997. S.5.
Müller, Heinz: Ein Desaster um 0,5 Promille: „Sie haben das Gesetz gekippt". In: Die Presse, 11.7.1997. S.3.
Red: Mißtrauensantrag gegen Schüssel: „Geballte Fäuste" in der SPÖ. In: Die Presse, 11.7.1997 S.1.
Kob: „B´soffene G´schicht" als Koalitionsstreit. In: Der Standard, 11.7.1997. S.5.
Cs: Das VP-Rezept heißt abwarten und prüfen. In: Der Standard, 28.11.1997. S.7.
Scheidl, Hans Werner: Es waren zwei Vierzehnjährige... In: Die Presse, 19.11.1997.
Stock: Promille-Abstimmung noch vor Weihnachten. In: Der Standard, 5.12.1997. S.1, 6.
Red: Schüssel macht den Weg frei für 0,5 Promille. In: Die Presse, 6.12.1997. S.1.
Kob: VP-Schüssel für 0,5-Promille-Grenze. In: Der Standard, 6.12.1997. S.6.
Das: Parlament: Ein langer Weg bis zu 0,5 Promille. In: Die Presse, 11.12.1997. S.9.
Stui, stock: „Die Chance war noch nie so gut" für 0,5 Promille. In: Der Standard, 10.12.1997. S.8.
Stui: Künftig strenge Strafen für Autofahrer ab 0,5 Promille. In: Der Standard, 11.12.1997. S.1, 5.
Das: Promille-Abstimmung, einmal ohne Turbulenzen. In. Die Presse, 13.12.1997. S.8.
Stuiber, Petra: „Warum sind die so stur?". In: Der Standard, 13.12.1997. S.7.

Umwelt

Abfallwirtschaftsgesetz

Dan: Regierung entschließt sich zur Einhebung einer Müllabgabe. In: Der Standard, 19.10.1988. S.6.
Ett: Koalition droht nun auch ein „Müllkonflikt". In: Die Presse, 7.1.1989. S.5.
Ett: Vor Koalitionskonflikt um die Müllabgabe. In: Die Presse, 25.2.1989. S.1.
Mth: Müllkonzept ist gesichert. Probleme mit den Ländern. In: Die Presse, 1.3.1989. S.5.
Kbau, jw: Umweltstreit in Koalition. Weder Geld noch Gesetze. In: Der Standard, 17.1.1990. S.5.
Red: Abfallgesetz als Zankapfel. SP will der VP Gefolgschaft verweigern. In: Die Presse, 17.1.1990. S.5.
Red: Koalition weiter uneinig über neues Abfallgesetz. In: Die Presse, 23.1.1990. S.5.
Ett: Noch Hürden für umstrittenes Müllgesetz. Verhandlungen. In: Die Presse, 20.3.1990. S.6.
Cs: Koalitionswirbel um Umwelt: SPÖ blockiert Abfallwirtschaftsgesetz. In: Der Standard, 4.4.1990. S.5.
Seidl, Conrad: Flemming klagt, daß SP auf Umweltbremse steht und Planwirtschaft will. In: Der Standard, 5.4.1990. S.8.
d.n: Heute neuer Anlauf für Abfallgesetz. In: Die Presse, 13.4.1990. S.6.
d.n: Einigung bei Abfallgesetz. In: Die Presse, 14.4.1990. S.1.
mth: SPÖ will Batterie-Pfand. In: Die Presse, 24.4.1990. S.5.
Brandstetter, Ernst: Harte Front gegen Müllgesetze. In: Der Standard, 11.11.1993. S.21.
Tom, bra: Müll trennt Koalition: Rauch-Kallat wirft SP Verzögerungstaktik vor. In: Der Standard, 17.11.1993. S.1.

Tom, apa: Ministerwirbel um Mülltrennung. In: Der Standard, 17.11.1993. S.5
Brandstetter, Ernst: SPÖ will private Mistsammler ausbooten. In: Der Standard, 17.11.1993. S.1.

Öko-Abgaben

Lacina: ÖVP-Ökokonzept ist total verfehlt. In: Die Presse, 4.8.1989. S.4.
Scharsach, Herta: Energiesteuer brächte Inflationsschub. In: Die Presse, 3.11.1989. S.3.
Red: Ökoabgaben kommen – aber Müllprobleme bleiben erhalten. In: Der Standard, 8.8.1989. S.1.
Red: Umweltpolitik wird zum Wahlkampfthema. In: Der Standard, 23.4.1990. S.6.
Ha: Mehrwertsteuer wird deutlich gesenkt. In: Der Standard, 13.6.1990. S.15.
Seidl, Conrad: Feldgrill-Zankel: Zeit für Energiesteuer reif. In: Der Standard, 21.10.1991. S.5.
Seidl, Conrad: ÖVP drängt auf Umweltsteuern. In: Der Standard, 28.12.1992. S.7.
Hm: Ditz will allgemeine Energiesteuer. In: Der Standard, 18.2.1993. S.21.
Kadi, Manfred: Benzin soll um 1,12 S mehr kosten. Rauch-Kallat versteht Lacina nicht. In: Die Presse, 21.8.1993. S.7.
Milo: Streit um Kohlendioxid. In: Die Presse, 5.11.1993. S.6.
Hann, Michael; Brandstetter, Ernst: SPÖ will 1997 Energiesteuer einführen. In: Der Standard, 14.4.1994. S.19.
Hm: Konsens über Prinzip der Energiesteuer. In: Der Standard, 15.4.1994. S.7.
Sy: Energiesteuer nimmt Gestalt an. In: Der Standard, 12.12.1994. S.13.
Rie: ÖVP will beim Budget auf Ökosteuer drängen. In: Die Presse, 8.7.1995. S.7.
Ar: „Neuwahl? Kein Interesse“. In: Die Presse, 17.7.1995. S.1.
Dam: „Mit ÖVP kommt Energiesteuer“. In: Der Standard, 14.11.1995. S.4.
Red: „Menschen zu Öko-Verantwortung erziehen“. In: Der Standard, 28.11.1995. S.4.
Hm, ha: Ökosteuer auf Strom und Gas ab 1996. In: Der Standard, 3.5.1996. S.15.
Stuiber, Petra: Edlinger: Steuerreform mit Energiesteuern. In: Der Standard, 12.11.1998. S.9.
Ar, and: VP: Hände weg vom Familienfonds. Bei Ökosteuern gesprächsbereit. In: Die Presse, 14.11.1998. S.9.
Apa, red: Kostelka erteilt Energiesteuer Absage. In: Der Standard, 28.12.1998. S.6.

Atompolitik

Tom, hm, apa: VP will neue Atom-Abstimmung. In: Der Standard, 7.1.1991. S.5.
Red: Koalitionszank wegen Stromlieferungen an die CSFR. In: Die Presse, 8.1.1991. S.1.
Apa: SP fordert weitere Suche nach Atommüll-Lager. In: Der Standard, 18.2.1992. S.5.
Rie: ÖVP wirft Vranitzky im Kampf gegen Atommeiler Temelin Untätigkeit vor. In: Die Presse, 17.2.1994. S.7.
Lohmeyer, Michael: Streit um Atomsperrgesetz. In: Die Presse, 4.2.1998. S.8.
No, milo: Streit um Atomgesetz. ÖVP denkt an Einlenken. In: Die Presse, 25.2.1998. S.9.

Umweltverträglichkeitsprüfung

Lahn: Keine Einigkeit über Umweltverträglichkeit. In: Der Standard, 15.10.1991. S.7.
Cs, apa: Schwarz-grüne Allianz für UVP. In: Der Standard, 29.6.1992. S.5.
Ett: Warten auf ein Machtwort. In: Die Presse, 9.12.1992. S.5.
d.n: Umweltprüfung von Projekten „wichtige Koalitionsfrage“. In: Die Presse, 12.12.1992. S.4.
red: Harte Fronten beim UVP-Gesetz. In: Der Standard, 9.6.1993. S.6.
stui: UVP-Einigung: Erste Prüfung ab Juli 1994. In: Der Standard, 11.6.1993. S.4.

Mitterstieler, Esther: Endspurt für neues Anlagenrecht. In: Der Standard, 8.6.1999. S.19.
Gro: Anlagenrecht ist geplatzt, jetzt droht langer Aufschub. In: Die Presse, 16.6.1999. S.1.
Ha: Drei Novellen statt eines Gesetzes. In: Der Standard, 19.6.1999. S.26.

Ozon

Stuiber, Petra: Tempolimits bei Ozon: SPÖ-Klub ist dagegen. In: Der Standard, 24.6.1995. S.5.
Dam: SP will bei Ozonalarm gratis fahren, Bartenstein soll Mittel lockermachen. In: Der Standard, 6.7.1995. S.5.

Landwirtschaft

Förderungen:

Ett: Landwirtschaft und ÖBB als Koalitions-Hürden. In: Die Presse, 31.12.1986. S.1.
Scheidl, Hans Werner: VP will mehr „wichtige" Ressorts. Noch Differenzen bei Landwirtschaft. In: Die Presse, 7.1.1987. S.1.
Red: Im Finish Kettenrasseln. In: Kleine Zeitung, 9.1.1987. S.2.
Red: Milchkontingente „freiwillig" um 5 Prozent minus. In: Kleine Zeitung, 14.1.1987. S.2.
Red: Budget: Keine schnelle Bremse. In: Kleine Zeitung, 26.2.1987. S.2,3.
Hws: VP-Kampfansage an Finanzminister. Mock verlangt Solidarität mit Bauern. In: Die Presse, 7.1.1989. S.5.
kor: Streit um Agrarmilliarden. Stolperstein für die große Koalition? In: Die Presse, 20.11.1990. S.6.
Syrowy, Reinhard: Streit um Milchexport eskaliert weiter. n: Der Standard, 3.7.1991. S.13.
hau: Koalitionsstreit über Bauerneinkommen. In: Der Standard, 15.4.1992. S.16.
Bachhofer, Monika: Tauziehen um Förderreform geht weiter. In: Der Standard, 6.4.1993. S.13.
Stuiber, Petra: Position der Bauern: 10 Milliarden mehr. In: Der Standard, 18.11.1994. S.7.
Red: Schwarz-blaue Niederlage im Parlament. In: Der Standard, 16.10.1995. S.2.
Dam: Sondersitzung, um Ärgstes zu verhindern. In: Der Standard, 25.10.1995. S.6.
Mip, chs: Neuerlich Koalitionsstreit wegen Sondertagung. Junktims zur Bauernförderung bedrohen Einigung. In: Die Presse. 4. November 1995. S.6.
Anka: Bauernkrieg zwischen SP und VP. In: Der Standard, 4.11.1995. S.4.
Dam: Mit Bauerngeld richtig eingemauert. In: Der Standard, 6.11.1995. S.7.
Dam: „In Geiselhaft der Großbauern". In: Der Standard, 7.11.1995. S.6.
Ett, rie: Stundenlanges Hickhack verzögert Ministerrat. In: Die Presse, 8.11.1995. S.6.
Red: Molterer wirft der SPÖ Betrug an Bauern vor. In: Der Standard, 9.11.1995. S.1.
Red: Geld für Bauern trotz Veto der SPÖ. In: Die Presse, 14.11.1995. S.1.
Damböck, Bernadette: Bauerndemo als VP-Heimspiel. In: Der Standard, 14.11.1995. S.5.
Mitterstieler, Esther: Schwarz-roter Streit ums Bauerngeld. In: Der Standard, 4.9.1999. S.26.

Marktordnung:

Ar, kor: Personalabbau bei Molkereien: Koalitionsstreit über Agrarreform. In: Die Presse, 17.5.1988. S.1.

Red: Agrarmarkt: Schwere Zeiten für Mühlen und Molkereien. In: Kleine Zeitung, 19.5.1988. S.2.
Hau: Einigung um Preise, aber weiter Streit um Reform des Milchmarktes. In: Der Standard, 15.12.1989. S.18.
Kor: Streit um Agrarmilliarden. In: Die Presse, 20.11.1990. S.6.
Red: SP-Kritik an Milchmarkt: „Fischler sagt Unwahrheit". In: Die Presse, 13.9.1990. S.5.
Apa, sy: Pseudo-Einigung über Marktordnung. In: Der Standard, 13.5.1992. S.18.

Tierschutz:

Red: ÖVP nimmt neuen Tierschutz-Anlauf. In: Der Standard, 21.5.1997. S.5.

Außenpolitik

Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft/Union

len.: Grundsatzstreit zwischen Fischer und Mock. Soll Nationalrat Außenpolitik mitsteuern? In: Die Presse, 3.2.1987. S.1.
Unterberger, Andreas: Neue Debatte um Beitritt zur EG. In: Die Presse: 16. 11. 1985. S.1.
Georg, Possanner: Vranitzky läßt späteren EG-Beitritt offen. In: Die Presse: 21.11.1987. S.1.
Ar: Fischer: Nicht alle Karten auf EG setzen. In: Die Presse: 26.3.1988. S.1
a.k: SP-Keller kritisiert EG-Engagement der VP. In: Die Presse 25.6.1988. S.2
Red: Debatte um Termin eines EG-Beitritts. In: Die Presse 15.7.88. S.1.
Mth: VP drängt weiter Richtung EG. Kampagne im Herbst geplant. In: Die Presse, 26.7.1988. S.1.
Mth.: VP will EG-Beitritt schon Anfang 1989 beantragen. In: Die Presse, 2.9.1988. S.1.
Ar: Regierung berät nächste Woche Fahrplan für EG. In: Die Presse, 3.9.1988. S.1.
Red: SPÖ billigt die EG-Linie von Kanzler Vranitzky. In: Die Presse, 30.6.1988. S.4.
hws: Regierung ist nun einig: EG-Ansuchen Anfang 89. In: Die Presse 18.10.88.S.1.
Red.: Vranitzky: Neutralität wiegt schwerer als ein EG-Vollbeitritt. In: Die Presse, 22.8.1988. S.1.
apa: Mock: Österreich bleibt auch in EG neutral. In: Die Presse, 26.8.1988. S.4.
Mth: SP-Klausur befaßt sich mit EG-Beitritt. Vranitzky warten vor allzu großer Eile. In: Die Presse, 29.10.1988. S.5.
Er: Koalition streitet wegen EG-Bericht weiter. In: Der Standard, 30.11. 1988. S.4.
m.k: ÖVP nahm Rücksicht auf SP-Krise. EG-Entscheidung bis März vertagt. In: Die Presse, 13.12.1988. S.1.
Unterberger, Andreas:, tass: EG-Beitritt Wiens: Ein Warnschuss Moskaus. In: Die Presse, 18.5.1988. S.1.
red: Vranitzky beruhigt DDR-Führung: EG-Beitritt berührt Neutralität nicht. In: Die Presse, 16.6.1988. S.1.
apa: Mock: Österreich bleibt auch in EG neutral. In: Die Presse, 26.8.1988. S.4.
Mon, apa: ÖVP macht EG-Thematik jetzt zur „Koalitionsfrage". In: Der Standard, 3.4.1989. S.4.
Unterberger, Andreas: Formeller Beschluss: Regierung will EG-Beitritt. In: Die Presse, 18.4.1989. S.1.
APA, red: ÖVP sieht ihre EG-Linie bestätigt. In: Der Standard, 5.4.1989. S. 4.
Parteienvereinbarung zwischen SPÖ und ÖVP zur weiteren Vorgansweise in der Integrationspolitik vom 26. Juni 1989. In: Wiener Zeitung, 29.6.1989. S.5.

Unterberger, Andreas: EG-Antrag: Harter Machtkampf in letzter Minute. In: Die Presse, 22.6.1989. S.1.
red.: Koalition beendet EG-Krise: Einigung über Pakt und Beitrittsantrag. In: Die Presse, 27.7.1989. S.1.
vecs: EG-Kriegsbeil von SP und VP begraben. In: Der Standard. 27.7.1989. S.5.
Schwarz, Andreas: Fünfergipfel beschließt umfangreiches Programm. In: Die Presse, 2.8.1990. S.2.
Ett, rie: VP-Rüge für Ederer irritiert Bundeskanzler. Unzufriedenheit mit EG-Kampagne, Kritik daran bleibt. In: Die Presse, 24.2.1993. S.4.
Red: Scharfe Kritik am Ederer: „Für Posten disqualifiziert". In: Die Presse, 27.2.1993. S.2.

Europa-Kompetenzen

Washietl, Engelbert: Vranitzky-Besuch in den USA: Ein Wettlauf der Politiker. In: Die Presse, 11.4.1987. S.2.
Unterberger, Andreas, mk, may.: EG-Kompetenzstreit Vranitzky-Mock wir zur Koalitionskrise. In: Die Presse, 26.11.1988. S.1f.
Red.: Der Koalitionszwist wegen der EG schwelt weiter. In: Die Presse, 28.11.1988. S.1.
Gerold, Christian: SPÖ und ÖVP versuchten im Parlament EG-Streit zu beenden. In: Der Standard, 1.12.1988. S.6.
Gerold, Christian: Jankowitsch: Vranitzky ist in der EG-Frage Letztverantwortlicher. In: Der Standard, 2.12.1988. S.4.
Gerold, Christian: EG-Beitritt frühestens in 7 Jahren. In: Der Standard, 5.12.1988. S.4.
Red.: Streit um EG-Kurs nach Briefwechsel wieder verschärft. In: Die Presse, 10.12.1988. S.1.
Scheidl, Hans Werner: Zwei Männer wollen Julius Raab spielen. In: Die Presse, 30.11.1988. S.1.
Hws: „Bundeskanzler hat Dienfunktion in der Regierung". In: Die Presse, 10.12.1988. S.5.
Unterberger, Andreas: EG-Antrag: Harter Machtkampf in letzter Minute. In: Die Presse, 22.6.1989. S.1.
er, Apa. Kanzler redet von „Zerreißprobe". In: Der Standard, 26.6.1989. S.1.
Red: Koalition nun einig: Grünes Licht für den Brief nach Brüssel. In: Der Standard, 27.6.1989. S.1.
Red: Koalition beendet EG-Krise: Einigung über Pakt und Beitrittsantrag. In: Die Presse, 27.6.1989. S.1.
Danninger, Karl: Standing ovations für den Außenminister. In: Der Standard, 3.3.1994. S.3.
ar: Wer gibt die Weisung? Konflikt in der Koalition. In: Die Presse, 18.5.1994. S.6.
Salomon, Martina; Stuiber, Petra: Gedrängel der Unterzeichner. In: Der Standard, 14.6.1994. S.5.
Unterberger, Andreas: Staatsoperette im Ringen um EU-Kompetenzen. In: Die Presse, 16.6.1994. S.3.
Unterberger, Andreas: Korfu: Konsens Klestil-Vranitzky. Mock wird zeitweise „ausgebootet". In: Die Presse, 16.6.1994. S.1.
Ar; Unterberger, Andreas: Neuer Koalitionskrach. In: Die Presse, 18.6.1994. S.1.
Unterberger, Andreas: Kompetenzkrieg beendet. Mock, Vranitzky einig. In: Die Presse, 21.6.1994. S.1, 4.
N.N.: Vizekanzler stellt Kompetenz des Bundeskanzlers in Frage. In: Der Standard, 22.6.1994.
Cs, stui: „Blick nach vorne": Vranitzky will ein „Weißbuch" erstellen. In: Der Standard, 23.6.1994. S.5.

Red: Wandeltheorie soll Streit um EU-Kompetenz lösen. In: Der Standard, 8.7.1994. S.6.
Tom: Streit von Außenamt und Kanzler um EU-Kompetenzen geht weiter. In: Der Standard, 20.7.1994. S.4.
Mayer, Thomas: Einige offene Punkte im Ringen um EU-Kompetenz. In: Der Standard, 22.7.1994. S.6.
Mar: Vranitzky signalisiert Ja zu Franz Fischler als EU-Kommissar. Außenminister sträubt sich gegen „SPÖ-Begehrlichkeit“. In: Der Standard, 19.10.1994. S.1.
Red: Mock und die Fieberkurven einer Regierungsbildung. In: Der Standard, 3.11.1994. S.1.
Ett, ewi: Koalition: Neuer Streit über EU-Kompetenzen. In: Die Presse, 9.11.1994. S.7.
Tom: Kanzler: Gemeinsame Kompetenz mit Außenminister in EU-Fragen. In: Der Standard, 9.11.1994. S. 1.
Unterberger, Andreas: Kompetenzstreit brachte wenig Änderungen. In: Die Presse, 30.11.1994. S.20.
Stuiber, Petra: Mock: „Pragmatisch, mit Verstand vorgehen“. In: Der Standard, 13.12.1994. S.6.
d.n: red: Harter Kampf um Klestil-Kompetenz. Bis zuletzt hektische Krisensitzungen. In: Die Presse, 15.12.1994. S.6.
red: ÖVP und FPÖ verhindern „Feststellung“ zu Klestils Rechten gegenüber der EU. In: Der Standard, 15.12.1994. S.6.

Ratifizierung des EU-Beitrittsvertrages

D.n: Ratifizierungs-Termin umstritten. In: Die Presse, 14.6.1994. S.6.
Rief, Norbert: EU-Vertrag vor Wahl absegnen? Klubchef Neisser: Spricht viel dafür. In: Die Presse, 21.6.1994. S.8.
Rie, red: EU-Vertrag vor Wahl? In: Die Presse, 3.9.1994. S.4.
b.b, ett: Koalitionszwist um EU-Ratifizierung. In: Die Presse, 17.9.1994. S.1.
red: EU-Ratifizierung: Druck auf die SPÖ nimmt zu. In: Die Presse, 20.9.1994. S.7.
d.n, bene: ÖVP fügt sich: EU-Pakt nach Wahl im Parlament. In: Die Presse, 21.9.1994. S.7.
red, apa: Gefahr für EU-Termin? Mock: SP-Haltung dumm. In: Die Presse, 22.9.1994. S.7.
ett: Grabenkämpfe um den EU-Vertrag. SPÖ läßt Mock wieder abblitzen. In: Die Presse, Die Presse, 27.9.1994. S.7.
red: Wiens EU-Ratifizierung wird zum Machtkampf. In: Die Presse, 28.9.1994. S.1, 6.
Rief, Norbert: EU-Vertrag: „Vranitzky Handeln widerspricht Geist der Verfassung“. In: Die Presse, 29.9.1994. S.6.
Red: Hektik in Regierung um Arbeit für Parlament. In: Die Presse, 25.10.1994. S.7.

Neutralität

Unterberger, Andreas: Fallbeispiel einer Serienpanne. In: Die Presse, 27.10.1990. S. 12.
Ar, rie: Busek: „Die Neutralität ist beendet!“ Verwirrung um Wiens Regierungslinie. In: Die Presse, 12.6.1992. S.1.
Rie: Neisser: Neutralität verliert Wert. Kritik an Erklärung Vranitzkys. In: Die Presse, 28.10.1993. S.6.
Norb: Fischer: Unsere Neutralität bleibt auch in der EG wichtig. In: Der Standard, 8.11.1993. S.1.
Neu: Busek: Gralshütergemurmel um Neutralität unangebracht. In: Der Standard, 20.1.1992. S.6.
Red: ÖVP: Ende der Neutralität. In: Die Presse, 5.1.1995. S.1.
Das, c.d, a.u: Neue Neutralitätsdebatte bei Regierungsklausur. In: Die Presse, 30.5.1995. S.9.

a.s: Regierung setzt auf Harmonie. Neutralitäts-Streit vorläufig beendet. In: Die Presse, 31.5.1995. S.1.
red: Neutralität: VP verlangt Verfassungsänderung. In: Die Presse, 9.1.1996. S.1.
red: WEU und Neutralität als neue Stolpersteine. In: Die Presse, 10.1.1996. S.6.
a.s: EU und Neutralität: Die totale Eiszeit. In: Die Presse, 17.2.1996. S.7.
red: Differenzen in Koalition über Neutralität und Karenzurlaub. In: Die Presse, 21.2.1996. S.1.
ar: Fische, die Koalition, die Hürden: Nein zu VP-„Ermächtigungsgesetz". In: Der Standard, 4.3.1996. S.6.
ar: Fischer: Volksabstimmung über Neutralität politisch zwingen. In: Die Presse, 25.9.1996. S.1.
wb, a.u: Schüssel: Referendum „nicht notwendig". In: Die Presse, 27.9.1996. S.1.

Konkrete Neutralitätsfälle

Red: Überflugs-Ansuchen der Briten von Löschnak verschleppt. In: Der Standard, 13.2.1991. S.1.
Tom, apa: Streit in der Koalition wegen Löschnaks Zögern. In: Der Standard. 13.2.1991. S.5.
a.u, g.b, mk, wk: Große Verwirrung um Nato-Überflüge. Mock-Alleingang verärgert die SPÖ. In: Die Presse, 8.2.1992. S.1.
mk, a.s, ett: Vranitzky will Mock einbremsen. In: Die Presse, 12.2.1992. S.1f.
g.b: Mock und Vranitzky nun wieder versöhnlich. In: Die Presse, 18.2.1992. S.2.
red: Wiener Koalition einig über Teilnahme an Balkanaktion. In: Die Presse, 8.11.1995. S.5.
a.s: Nein zum Militärtransit: „Es ist schon komisch...". In: Die Presse, 15.2.1999. S.1.
a.s: SPÖ bekräftig Transit-Nein. In: Die Presse, 16.2.1999. S.1.
c.u: „Kein Grund für Nein zum Panzer-Transit" In: Die Presse, 17.2.1999. S.6.
c.u: Ungarns Panzertransit endgültig abgelehnt: VP-Einwände ignoriert. In: Die Presse, 25.2.1999. S.4.

Balkankrise

er: Koalition uneinig über Anerkennung. In: Der Standard, 4.7.1991. S.1.
Lahninger, Georg: Parlament fordert Anerkennung. In: Der Standard, 5.7.1991. S.8.
Lahn, friki, vecs: „Nichts Unerwünschtes auslösen" SP-VP-Differenzen Über Entsendung von Parlamentariern nach Jugoslawien. In: Der Standard, 6.7.1991. S.5.
Thal, spu: Schwere Differenzen in der Regierung wegen Jugoslawien. In: Der Standard, 13.7.1991. S.1.
Schwarz, Andreas: „Problem des Kanzlers". In: Die Presse, 17.7.1991. S.1.
Poss, red: Anerkennung „politisch abgesprochen". In: Der Standard, 28.8.1991. S.5.
wk, ag: Alois Mock will Ermächtigung zur Anerkennung. In: Die Presse, 3.9.1991. S.1.
red: Mock verlang grünes Licht. In: Der Standard, 3.9.1991. S.1.
Red: EG beschließt sofortige Jugoslawien-Konferenz. In: Der Standard, 4.9.1991. S.1.
Mk, ett, a.s: Zwist in Wiener Regierung. In: Die Presse, 4.9.1991. S.1.
Sperl, Gerfried; Spudich, Helmut: Ein Alleingang hätte nicht geholfen. In: Der Standard, 7.9.1991. S.7.
Apa: Scharfe Töne im Koalitionsstreit um Anerkennung. In: Der Standard, 9.9.1991. S.1.
Apa, red: In Wien wächst Anerkennungsdruck. In: Die Presse, 9.9.1991. S.1f.
Mth, ett, red: Streit um Anerkennung. In: Die Presse, 11.9.1991. S.1.
Er: Anerkennung: Regierung gespalten. In: Der Standard, 18.9.1991. S.1.
Ertl, Joseph: Lediglich 41 Abgeordnete für die sofortige Anerkennung Kroatiens. Der Standard, 18.9.1991. S.6.

Hws: Kroatien-Konfrontation im Parlament. Mock auf Seite der Opposition. In: Die Presse, 18.9.1991. S.1.
Red: Vranitzky bleibt hart. In: Die Presse, 11.12.1991. S.1.
Red: Konflikt Mock-Vranitzky eskaliert: Agram schon anerkannt? In: Die Presse, 19.12.1991. S.2.
N.N: Waldheim will Regierungsbeschluß. In: Die Presse, 20.12.19991. S.2.
Ar: Scharfe Warnung Buseks an Vranitzky. „VP nicht in die Hände der FP treiben". In: Die Presse, 21.12.1991. S.5.
Mth: Kroatien-Frage: Machtkampf im Kabinett. Vizekanzler „überrascht". In: Die Presse, 15.1.1992. S.1.
Mk: Regierung einig: „Guter Tag für Europa". In: Die Presse, 16.1.1992. S.2.
a.u, i.m, mth: Koalition verschiebt Anerkennung neuerlich. In: Die Presse, 9.1.1992. S.1.
Possaner, Georg: Einseitiger Sinneswandel. In: Der Standard, 18.12.1991. S.6.
Possaner, Georg: „Vranitzky stimmte Termin zu". In: Der Standard, 19.12.1991. S.2.
Red: Weiter Koalitions-Gerangel in der Anerkennungsfrage. In: Der Standard, 9.1.1992. S.1.
Red: Europa begrüßt zwei neue Staaten. In: Der Standard, 16.1.1992. S.1.
Ag: Vranitzky bremst Mock: Keine Bosnien-Intervention. In: Die Presse, 7.8.1992. S.1.
Red: Differenzen um Wiens Balkan-Politik. Vranitzky schwächt Fasslabend ab. In: Die Presse, 19.8.1992. S.1.

Somalia-Einsatz

Red: Somalia-Einsatz: Mock widersprach Vranitzky-Thesen. In: Die Presse, 15.10.1992. S.1f.
red: Klestil: „Mitmachen wäre Gewinn gewesen". In: Die Presse, 16.10.1992. S.2.
Tom, red: EU-Konflikt zwischen Mock und Vranitzky gefährdet Koalition. In: Der Standard, 12.11.1994. S.1.
Red: Balkandisput im Parlament. In: Die Presse, 17.3.1995. S.6.

Verteidigungspolitik

Organisation

Red: VP-Bekenntnis zu Miliz und Wehrpflicht. In: Die Presse, 19.1.1990. S.5.
CS: Lichal fürchtet, daß SPÖ auf Zerschlagung des Heeres zielt. In: Der Standard, 31.7.1989. S.1.
Hws: Spöttische Reaktion auf Lichals Reformversprechen. Marizzi: „Das Copyright gehört der SPÖ!". In: Die Presse, 24.1.1990. S.5.
Hws: Offener Krieg in der SPÖ um Heeresreform. In: Die Presse, 20.2.1990. S.1.
Unterberger, Andreas: Mock: „Kein Heeresstreit, wenn es rundum brodelt" VP überlegt Berufsarmee und Volksbefragung. In: Die Presse, 21.2.1990. S.1.
Mk, hws, d.n: Kukacka zu SP-Heerespapier: Billiger Wahlschlager. VP für massive Reduktion der Systemerhalter, Uneinigkeit über Volksabstimmung. In: Die Presse, 24.2.1990. S.5.
Hws: VP strikt gegen Wehrdienstverkürzung. Waldheim will vermitteln. In: Die Presse, 6.3.1990. S.1.
Hws: Jetzt verhandelt die Koalition übers Heer. Ein Sechser-Team peilt Kompromiss an – Fünf Monate Grundwehrdienst? In: Die Presse, 7.3.1990. S.5.
Cs: Lichal gibt sich als Reformer: 5-Tage-Woche ab Jahresmitte. In: Der Standard, 23.1.1990. S.7.
Cs, apa: Jetzt sind alle Parteien für Reform des Bundesheeres.. In: Der Standard, 9.1.1990. S.1.

Seidl, Conrad: Regierung beschließt Heeres-Reform. SPÖ bringt neuerlich „BH light“ ein. In: Standard, 10.1.1990. S.5.
Ek: SP präsentiert 10-Punkte-Programm zur Reform der Landesverteidigung. In: Der Standard, 17.2.1990. S.5.
Mk: SPÖ präsentiert Bundesheer-Reform. „150.000 Milizsoldaten sind genug“. In: Die Presse, 17.2.1990. S.5.
Wst, red: Vranitzky: Dienst mit der Waffe soll nicht verpflichtend sein. In: Der Standard, 19.2.1990. S.1.
Red: Zivildienst als Schlüssel zur Reform. In: Der Standard, 21.2.1990. S.6.
Wst, red: Vranitzky: Dienst mit der Waffe soll nicht mehr verpflichtend sein. In: Der Standard, 19.2.1990. S.1.
Red: Heer als Wahlkampfthema. Wehrdienstzeit entzweit Koalitionsparteien. In: Die Presse, 30.5.1990. S.5.
Red: Heeresreform droht zu scheitern. In: Die Presse, 31.5.1990. S.5.
Hws: Verfahrene Heeresreform. Kürzere Wehrdienstzeit bleibt strittig. In: Die Presse, 1.6.1990. S.1.
Red: Wehrdienstverkürzung bleibt „in der Garage“. In: Die Presse, 2.6.1990. S.1.
Hws: SP-Forderung nach 4-Monat-Soldaten endgültig abgelehnt. In: Die Presse, 15.6.1990. S.5.
Cs, apa: Bundesheerdebatte festgefahren. In: Der Standard, 1.6.1990. S.7.
Er: VP: SP hat keine Chance mit Wehrdienstzeitverkürzung. In: Der Standard, 2.6.1990. S.5.
Cs, apa: Heer: SP für 6-Tage-Woche. In: Der Standard, 27.6.1990. S.6.
Apa: Marizzi: VP kann Reform des Heeres nicht verhindern. In: Die Presse, 30.6.1990. S.5.
d.n: Neuer Zwist um Heer. In: Die Presse, 3.7.1990. S.1.
red: Lichal erhitzt weiter die Gemüter: Heute Mißtrauensantrag. In: Die Presse, 4.7.1990. S.1.
er: Streit um Fünf-Tage-Woche beim Heer. In: Der Standard, 4.7.1990. S.5.
d.n: Wehrgespräch gescheitert. In: Die Presse, 6.7.1990. S.1.
red, apa: „Rapidviertelstunde“: Heeresreform geplatzt. In: Der Standard, 6.7.1990. S.8.
d.n: Dohnal: „Totale Militarisierung“ In: Die Presse, 10.7.1990. S.1.
apa, kbau: „Frauen ins Heer“: Politikerinnen gespalten. In: Der Standard, 10.7.1990. S.5.
hws: Immer mehr Zeitsoldaten wandern ab. Lichal startet jetzt Webeaktion. In: Die Presse, 10.7.1990. S.5.
Seidl, Conrad: Lacina: Lichal handelt unrechtmäßig. In: Der Standard, 10.7.1990. S.5.
d.n: Jetzt Heeresversuch Fünf-Tage-Woche. In: Die Presse, 28.8.1990. S.5.
red: Mädchen zur Armee: „Das wird Kampf!“. In: Die Presse, 20.8.1988. S.4.
red: Koalitions-Zwist: VP schließt nun Berufsheer nicht aus. In: Die Presse, 14.8.1991. S.1.
Red: „Landesverteidigungsrat einberufen“. In: Die Presse, 16.8.1991. S.1.
Scheidl, Hans Werner: Für Vranitzky ist die Debatte ums Berufsheer beendet. In: Die Presse, 14.9.1991. S.6.
Jw: Am 1. Oktober beginnt Heer mit „5-Tage-Woche“. Minister Lichal: „Kein Wahlkampfzuckerl“. In: Der Standard, 28.8.1990. S.5.
Seidl, Conrad: Kritik an Fasslabend und dessen Offiziers-Elite. Der Standard, 8.2.1992. S.6.
Seidl, Conrad: Bundesheer: „Truppe bedrückt“ – nun droht ein Koalitionskrach. In: Der Standard, 17.2.1992. S.6.
Red, apa: Heer: Entscheid über Fünf-Tage-Woche offen. In: Der Standard, 7.5.1992. S.6.
Red, d.n: Nun Koalitionszwist um Berufsheerpläne der ÖVP. In: Die Presse, 18.1.1994. S.1, 6.

d.n, red: Vranitzky erteilt Berufsheer Abfuhr. „Alles spricht gegen Einführung“. In: Die Presse, 19.1.1994. S.6.
d.n: „Es sollte kein Tabuthema geben“. In: Die Presse, 19.1.1994. S.6.
cs, apa: Busek denkt an ein Berufsheer. In: Der Standard, 18.1.1994. S.6.
stui: Berufsheer-Debatte „zur Unzeit“. In: Der Standard, 19.1.1994. S.6.
rie, apa: Fasslabend kann sich Berufsheer vorstellen. In: Die Presse, 3.9.1994. S.7.
d.n, red: Knapp vor Parteien-Einigung: Frauen freiwillig zum Bundesheer. In: Die Presse, 12.11.1994. S.6.
red, apa: Fasslabend wendet sich Frauen im Heer zu und von der Neutralität ab. In: Der Standard, 29.12.1994. S.6.
Neuwirth, Dietmar: Keine Frauen ins Heer. SPÖ lässt ÖVP abblitzen. In: Die Presse, 7.7.1995. S.6.
Mon: Frauen im Heer mit Bedingungen. In: Der Standard, 11.3.1996. S.6.
Seidl, Conrad: Frauen im Heer: Versuch soll „rasch“ starten, sagt Fasslabend. In: Der Standard, 12.3.1996. S.5.
d.n: „Kein Grund zum Hudeln“. In: Die Presse, 17.7.1996. S.6.
d.n: SPÖ gräbt sich ein: Gegen Berufsheer. In: Die Presse, 20.2.1997. S.7.
ett: Doch bald Frauen ins Heer? In: Die Presse, 26.2.1997. S.8.
Neuwirth, Dietmar: Öffnung des Heeres für Frauen fix. Ministerin Prammer fügt sich. In: Die Presse, 27.3.1997. S.1, 7.
No: Frauen im Heer: Noch keine Einigung in Sicht. In: Die Presse, 30.9.1997. S.6.
d.n: neue Hürde für Soldatinnen. In: Die Presse, 13.9.1997. S.6.
das: Ab April 1998 steht das Heer auch Frauen offen. In: Die Presse, 5.11.1997. S.9.
Fischer, Heinz: Krawagna-Pfeifer, Katharina: Fischer: Berufsheer kann man überlegen. In: Der Standard, 28.7.1997. S.6.
Ina, kob: Sicherheitsgruppe für Heeresreform. In: Der Standard, 29.7.1997. S.6.
Stui, mue, af, ker, ina: Berufsheer Diskussion: Die SP-Spitze ist weiter gespalten. In: Der Standard, 30.7.1997. S.5.
Hab: Sprecherin der SP-Jugend für Berufsheer. In: Der Standard, 1.8.1997. S.6.
Salomon, Martina: „Verpflichtender Sozialdienst ist kontraproduktiv“. In: Der Standard, 6.9.1997. S.6.
CS: Fasslabend ärgert sich über die SP, LiF und FP ärgern sich über Minister. In: Der Standard, 16.1.1998. S.1; 5.
Ett: Schüssel an Klima: Von „Linken“ distanzieren. In: Die Presse, 17.1.1998. S.6.
Stuiber, Petra: Kostelka: „Kampf den Schreibtischen“. In: Der Standard, 17.1.1998. S.5.
d.n: Neue Front: SPÖ will Heeres-Posten kürzen. In: Die Presse, 28.1.1998. S.8.
cd, apa: Kostelka geht Fasslabends Reformvorschlag zuwenig weit. In: Der Standard, 20.10.1997. S.5.
d.n: Einigung perfekt: Heer rüstet um ein Viertel ab. In: Die Presse, 11.2.1998. S.1.
d.n: Wehrpflicht verkürzen: SPÖ drängt jetzt ÖVP. In: Die Presse, 3.6.1998. S. 7.
d.n, apa: Machtwort Klimas: Aus für Heeresdebatte. In: Die Presse, 4.6.1998. S.7.
Neuwirth, Dietmar: ÖVP: Nach Wahl mehr Geld fürs Heer, Khol attackiert Kostelka. In: Die Presse, 17.4.1999. S.8.
Red: Schüssel: Geld fürs Heer – mit oder ohne Nato. In. Die Presse, 26.4.1999. S.1.
d.n: Auch V-Chef Schüssel schließt ein Berufsheer nicht mehr aus. In: Die Presse, 25.6.1999. S.7.
Scheidl, Hans Werner: Sprung vorwärts – ins Profiheer? In: Die Presse, 20.9.1999. S.2.
d.n: Zwist um Volksabstimmung über Berufsheer: VP-Chef Schüssel dafür, SP-Spitzen dagegen. In: Die Presse, 28.9.1999. S.1.
d.n, red: Berufsheer-Schlagabtausch. In: Die Presse, 29.9.1999. S.10.
Kob, mon: Liebäugeln mit einem neuen Berufsheer. In: Der Standard, 23.6.1999. S.7.

Red: Khol sieht Einigkeit bei Berufsheer und bei Ausländer-Integration. In: Die Presse, 8.11.1999. S.7.
Ar: Vor Bruch der ÖVP mit der SPÖ wegen Budget und Heer. In: Die Presse, 27.11.1999. S.1.

Ausrüstung

Red: Wiener Offiziere fordern: „Krainer soll zurücktreten“. In: Kleine Zeitung, 12.3.1987. S.2.
Red: VP-Drakenformel: Ausstieg, ‚falls es rechtlich möglich ist‘. In: Kleine Zeitung, 20.3.1987. S.2.
a.k: Draken: Waldheim-Appell an alle. VP will Vertrag auflösen. In: Die Presse, 20.3.1987. S.1, 4.
Red: Draken: Überstimmte Steirer schießen sich auf Lichal ein. In: Kleine Zeitung, 24.9.1987. S.2.
s.m: Zwist in Regierung und SP um Lenkwaffen. In: Die Presse, 7.8.1987. S.3.
may, d.n: Lichal beharrt auf Raketen-Kauf 1989. In: Die Presse, 10.3.1989. S.5.
hws: Fla-Lenkwaffen fürs Heer? In: Die Presse, 22.6.1989. S.4
red: Weiter Kontroverse um ein „Bundesheer light“. In: Die Presse, 2.8.1989. S.5.
cs: VP: Mehr Geld für Heer, Kanonen, Abfangjäger. In: Der Standard, 19.8.1989. S.5.
red: „Schwer Waffen sichern Neutralität“ In: Die Presse, 3.8.1989. S.5.
Seidl, Conrad: SP unterstreicht die wehrpolitischen Grundsätze aus den siebziger Jahren. In: Der Standard, 7.9.1989. S.4.
Seidl, Conrad: Trotz SP-Bedenken beginnt Lichal neue Lenkwaffen-Tests. In: Der Standard, 28.4.1990. S.8.
Neuwirth, Dietmar: Fasslabend beharrt auf Radarkauf. Neue Turbulenzen in der Koalition. In: Die Presse, 22.2.1995. S.7.
Neuwirth, Dietmar: Heer: Ampelkoalition für Reform bei Einkauf. In: Die Presse, 23.2.1995. S.7.
d.n: Fasslabend setzt Radarankauf durch. Aber Gegengeschäfte künftig wichtig. In: Die Presse, 24.2.1995. S.7.
d.n, red: „Krieg“ um Abfangjäger. SPÖ bei Kauf gespalten. In: Die Presse, 25.5.1996. S.7.
cs, apa: Kostelka: Rotes Licht für Draken-Nachfolger. In: Der Standard, 25.5.1996. S.5.
red, apa: Draken-Debatte: Nowotny verteidigt Kostelka-Vorstoß. In: Der Standard, 28.5.1996. S.5.
c.s: Fasslabend: Kein Kampf um Flieger. In: Der Standard, 13.6.1996. S.5.
d.n: Koalitions-Turbo für Abfangjäger? In: Die Presse, 29.10.1996. S.6.
c.s: Landesverteidigungsrat vertagt Entscheidung über Abfangjäger. In Der Standard, 19.12.1997. S.5.
red: Widerstand gegen Pläne, Kasernen zu schließen. In: Kleine Zeitung, 19.12.1997. S.2.
No: Heer: Flugzeug-Kauf und Reform verschoben. In: Die Presse, 19.12.1997. S.7.
a.u: Vranitzky: Kein Extrageld für Abfangjäger. In: Die Presse, 30.12.1996. S.1.
Unterberger, Andreas; Neuwirth, Dietmar: Fasslabend will mehr Geld für Abfangjäger-Kauf. In: Die Presse, 2.1.1997. S.6.
d.n: Auch SP-Wehrsprecher gegen neue Kampfpanzer. In: Die Presse, 3.12.1996. S.6.
d.n: SPÖ konfrontiert Fasslabend mit Heeres-Skepsis gegen Kampfpanzer. In: Die Presse, 7.12.1996. S.6.
Seidl, Conrad: Militär soll Planung offenlegen – oder SPÖ sagt Panzerkauf ab. In: Der Standard, 3.12.1996. S.6.
C.s: Panzerkauf ohne SP-Ja eingeleitet. In: Der Standard, 5.12.1996. S.6.

d.n, rie: Panzerkauf: Ja oder nein? SPÖ läßt Minister zappeln. In: Die Presse, 10.12.1996. S. 7.
d.n: Kein Veto Klimas gegen den Kauf der Panzer. In: Die Presse, 11.12.1996. S.6.
c.s: Panzer-Schlacht im Landesverteidigungsrat blieb schließlich aus. Erste „Leopard II"-Panzer im nächsten Juli – SPÖ stimmt zu. In: Der Standard, 11.12.1996. S.6.
d.n: „Leopard weltbester Kampfpanzer". In: Die Presse, 11.12.1996. S.6.
d.n: SPÖ stellt Fasslabend jetzt ein Ultimatum. In: Die Presse, 31.3.1998. S.8.
d.n: SPÖ gegen Fasslabend: „Bei Panzern wurde die Katze im Sack gekauft". In: Die Presse, 6.2.1999. S.7.
red: Helikopterzwist eskaliert. In: Die Presse, 4.3.1999. S.1.
stui, völ: Streit um Geld für Helikopter. In: Der Standard, 3.3.1999. S.9.
Neuwirth, Dietmar: Helikopter-Kauf jetzt Chefsache. Heer schnürt 20 Milliarden-Paket. In: Die Presse, 10.4.1999. S.10.
d.n: Nach SP-Einlenken: Heer erhält mehr Geld für neue Hubschrauber. In: Die Presse, 134.1999. S.9.
völ: SPÖ-Parteijugend beklagt „Umfaller". In: Der Standard, 14.4.1999. S. 8.
Cs: Neuer Polit-Streit um die Heeres-Käufe. In: Der Standard, 11.1.2000. S.7.

Militärbündnisse

spu, apa: Busek: Neutralität ist beendet. EU bringt Österreich Sicherheit. In: Der Standard, 12.6.1992. S.1.
norb: ÖVP drängt auf Integration und tadelt Zögern der SPÖ. In: Der Standard, 20.10.1992. S.4.
vecs: SPÖ widerspricht Busek scharf. In Der Standrd, 23.5.1992. S.1.
ett: ÖVP um Sicherheit Österreichs besorgt. In: Die Presse, 7.1.1993. S.1f.
red: Ederer: Frage eines Beitritts zur WEU stellt sich nicht. In: Die Presse, 11.1.1993. S.4.
M. Rauscher: Neutralität erlaubt Wirtschaftssanktionen. In: Kurier, 15.7.1994. S.2.
Stanzl, Werner: Bündnisdebatte in vollem Gang. In: Der Standard, 15.1.1993. S.5.
Red: ÖVP fordert Machtwort Vranitzkys. In: Der Standard, 16.1.1993. S.1.
Cs, apa: VP verabschiedet sich von Neutralität. SP will sie behalten aber verändern. In: Der Standard, 2.11.1993. S.9.
d.n: Ratifizierungs-Termin umstritten. In: Die Presse, 14.6.1994. S.6.
b.b, ett: Koalitionszwist um EU-Ratifizierung. In: Die Presse, 17.9.1994. S.1.
Kobenter, Samo; Krawagner-Pfeifer, Katharina: VP drängt in Sicherheitsbündnis. In: Der Standard, 10.1.1996. S.5.
Stui: SPÖ: Solidaritätsgesetz soll VP-Koalition mit Haider vorbereiten. In: Der Standard, 15.1.1996. S.1.
Kobenter; Samo: SP lehnt Auflösung der Neutralität durch ein Solidaritätsgesetz ab. In: Der Standard, 16.2.1996. S.4.
Red: „Sicherheitsrat" soll Koalitionsstreit um Neutralität lösen. In: Der Standard, 17.2.1996. S.1.
Red: Streit um die Neutralität belastet Regierungsbildung. In: Der Standard, 17.2.1996. S.5.
Jj: Fischer: VP-Verzicht auf Solidaritätsgesetz ist Schritt in die richtige Richtung. In: Der Standard, 27.2.1996. S.4.
Mayer, Thomas: Schüssel: „Ein Beitritt zur Nato kann sich ergeben". In: Der Standard, 27.2.1996. S.4.
Ina, stui: Endspurt bei den Koalitionsgesprächen. In: Der Standard, 6.3.1996. S.6.
Apa, red: Stimmung pro Nato in der SP wächst. In: Die Presse, 15.7.1996. S.1.
Ina: Fischer: Nicht länger starres Nein der SPÖ zu WEU und Nato. In: Der Standard, 13.7.1996. S.1.

Unterberger, Andreas: Vranitzkys Bedingungen für den Nato-Fall. In: Die Presse, 19.11.1996. S.3.
Rie: Volkspartei geht auf Distanz zur Nato. Regierungs-Plädoyers für Neutralität. In: Die Presse, 28.8.1996. S.7.
Red: Mock kontert Schüssel: Nato als Ziel. In: Die Presse, 29.8.1996. S.1.
Red: „Skandal“ um sicherheitspolitischen Vogel Strauß. In: Die Presse, 2.9.1996. S.7.
Krawagner-Pfeifer, Katharina: Fischer warnt ÖVP vor Hast in Nato. In: Der Standard, 13.7.1996. S.5.
Red: Khol: Neutralität überprüfen und Beitritt zur Westeuropäischen Union. In: Der Standard, 17.6.1996. S.6.
Khol, Andreas: Europa braucht gelebte Solidarität. In: Der Standard, 20.7.1996. S.23.
Cs: Nato-Volksentscheid wird wahrscheinlich. SP-Gaal will erst bei neuen Konzepten ja sagen. In: Der Standard, 24.7.1996. S.4.
Ina, apa: Schüssel gegen WEU-Referendum. Entscheidung binnen zwei Jahren – Fischer kritisiert Klestil. In: Der Standard, 11.7.1996. S.5.
Wor: Solana ruft Österreich in die „neue“ Nato. In: Der Standard, 23.7.1996. S.4.
Sp: Schüssel: Debatte über Nato ist „ein Käse“. In: Der Standard, 25.7.1996. S.1.
Red: Neutralität: Stenzl kontra Schüssel. In: Der Standard, 21.9.1996. S.1.
Tom: Fischer: Nato-Volksabstimmung hat demokratiepolitische Gründe. In: Der Standard, 27.8.1996. S.4.
Ef: Vranitzky: Vorerst kein Beitritt zu Nato und WEU. In: Der Standard, 30.11.1996. S.1.
Ef: Sicherheitspolitik als nächste Koalitionsfront. In: Der Standard, 13.1.1997. S.1.
Stuiber, Petra: Schüssel will Entscheidung über Nato-Beitritt noch 1997. In: Der Standard, 14.3.1997. S.6.
Schwarz, Andreas: SPÖ-Nein zu Nato-Ja. Kein früherer Bericht? In: Die Presse, 26.2.1997. S.4.
a.s: „Beschlüsse gehen nur mit der SPÖ“ Neutralitäts-Debatte voll entbrannt. In: Die Presse, 27.3.1997. S.1.
Mayer, Thomas: Schüssel will Sonderweg im Atlantikbündnis gehen. In: Der Standard, 18.3.1997. S.5.
Er, ina: Kein absolutes Nein zu WEU und veränderter Nato. In: Der Standard, 8.2.1997. S.1.
Stui: Klima: Neutralität und Nato lassen sich nicht vereinbaren. In: Der Standard, 19.3.1997. S.1.
Apa, red: Heftige Kritik an Schüssels Nato-Aussagen. In: Der Standard, 19.3.1997. S.1.
Bitzan, Gerhard: Taktischer Rückzug Schüssels: „Zeit lassen in der Nato-Frage“. In: Die Presse, 10.7.1997. S.1.
Scu: ÖVP-Parteivorstand legt sich fest: Für Vollbeitritt Österreichs zu Nato und WEU. In: Die Presse, 15.7.1997. S.5.
Schüssel, Wolfgang: Österreich und die neue Nato. Rede vor dem Nato-Generalstab am 24.4.1997. Autorisierte Kurzfassung. In: Der Standard, 28.4.1997. S.19.
Mayer, Thomas: „Rot-weiß-rotes Camp“ in Madrid. In: Der Standard, 10.7.1997. S.2.
Mue: Schüssel trimmt VP-Vorstand auf strikten Nato-Kurs. In: Der Standard, 15.7.1997. S.5.
Red: Neuer Kuschelkurs in Koalition. Kein Nato-Streit, kein Alleingang. In: Die Presse, 24.7.1997. S.1.
a.s: Die tiefe Kluft um Österreichs Zukunft. In: Die Presse, 13.10.1997. S.4.
Krawagner-Pfeifer, Katharina: ÖVP-Klubchef Khol ruft Sicherheitskonsens aus. In: Der Standard, 5.9.1997. S.7.
Seidl, Conrad: Optionenbericht ohne Nato-Beitritt. In: Vgl. Der Standard, 1.12.1997. S.5.

Stui: Klima: Die Nato-Vorgangsweise der ÖVP ist inakzeptabel. In: Der Standard, 3.1.1998. S.1.
Unterberger, Andreas: Schüssel verlangt eindeutige Nato-Empfehlung der Koalition. In: Die Presse, 2.1.1998. S.1.
Kobenter; Samo: Ein Optionenbericht mit einigen Optionen. In: Der Standard, 19.1.1998. S.6.
Kobenter; Samo: ÖVP überlegt den Ausstieg aus Optionenbericht der Regierung. In: Der Standard, 14.1.1998. S.5.
d.n, c.u: ÖVP: Ohne Nato-Option kein Optionenbericht. In: Die Presse, 11.3.1998. S.1f.
red: Schwarzer Tag für Koalition: Doppeltes Scheitern. In: Die Presse, 2.4.1998. S.1.
d.n: Eklat um eine Nato-Visite. In: Die Presse, 21.3.1998. S.5.
red: „Solidarität nicht vor Neutralität". In. Der Standard, 23.6.1998. S.6.
ina: „Neutralität nicht gegen Solidarität ausspielen". In: Der Standard, 24.7.1998. S.6
ina, cs: Stufenplan Khols in die Nato über WEU. In: Der Standard, 4.11.1998. S.7.
red: Nato-Schlagabtausch Fischer versus Khol. In. Die Presse, 4.11.1998. S.4.
red, APA: Krieg belebt Nato-Debatte. In: Der Standard, 3.4.1999. S.9.
red: Debatte um Nato-Beitritt angeheizt: Beschämend, dreist, Kriegsgewinnler. In: Die Presse, 3.4.1999. S.9.
red: Neutralität für fünf Jahre tabu? Heftige Kritik an Viktor Klima. In: Die Presse, 19.4.1999. S.1.
red: Klima will „Neutralität fünf Jahre außer Streit stellen". In: Der Standard, 19.4.1999. S.7.
red, a.s: Neutralitätsdiskussion „beschämend" Wolfgang Schüssel attackiert Klima. In: Die Presse, 26.4.1999. S.5.
red: SP-Bedingung für neue Koalition. In: Die Presse, 3.5.1999. S.1.
stui, apa: Schüssel entfacht Nato-Wahlkampf. In: Der Standard, 26.4.1999. S.8.
c.u: Koalitionszwist um Neutralität. Schüssel will Optionenbericht neu. In: Die Presse, 20.5.1999. S.1.
Müller, Walter: Dissens in der Außenpolitik. In: Der Standard, 20.5.1999. S.9.
d.n, a.s: „Schüssel schadet Österreich". In: Die Presse, 26.5.1999. S.1.
Völker, Michael: Beistandspflicht kommt für Klima nicht in Frage. In: Der Standard, 27.5.1999. S.8.
Red: Keine automatische Beistandspflicht für neutrale Staaten. In: Der Standard, 29.5.1999. S.1.
Apa, red: Streit um „Neutralitäts-Lüge. In: Der Standard, 5.6.1999. S.9.
Kob: Glaubensfrage Neutralität. In: Der Standard, 8.6.1999. S.7.
Red: Neutralität vor EU-Wahl weiter heiß umkämpft. In: Die Presse, 7.6.1999. S.1.
Kron: Neutralität bleibt Wahlschlager. Klima: „Entscheidung im Oktober". In: Die Presse, 17.6.1999. S.5.
Red: Irritation um „Wahrheit, Lüge". In: Die Presse, 5.7.1999. S.7.
Ultsch, Christian: Ferrero: Ohne Mitgliedschaft bei Nato nicht im Zentrum der EU. In: Die Presse, 4.8.1999. S.5.
Red: VP forciert Sicherheits-Debatte. „Für militärischen Beistand". In: Die Presse, 31.8.1999. S.1.
Red: Fischer: SPÖ besiegelt neuen Koalitionspakt nur ohne Nato-Beitritt. In: Die Presse, 19.7.1999. S.6.
Ett, red: In der Koalition immer härtere Fronten wegen Nato und Neutralität. In: Die Presse, 20.7.1999. S.6.
Red, apa: Klima für Mitarbeit in Sicherheitssystem und Studie zu Berufsheer. In: Die Presse, 18.9.1999. S.6.
Völ: Allparteienpakt ohne Zustimmung. In: Vgl. Der Standard, 16.6.1999. S.9.

Krawagner-Pfeifer, Katharina: Klima bietet Neutralitätspakt vor Wahl an. In. Der Standard, 15.6.1999. S.3.
Eli: VP: „Neutralität durch Solidarität ersetzt“. In: Der Standard, 17.6.1999. S.7.
Neuwirth, Dietmar: SPÖ, ÖVP am toten Punkt: Zerwürfnis um die Sicherheitspolitik. In: Die Presse, 22.11.1999. S.1, 6.
Neuwirth, Dietmar: Zäsur bei Gesprächen SPÖ-ÖVP, Stunde der Wahrheit rückt näher. In: Die Presse, 23.11.1999. S.7.
Do, d.n, wb: Beistandspflicht: Streit eskaliert. ÖVP fordert rasche Entscheidung. In: Die Presse, 24.11.1999. S.1.
Red, apa: In der Nato-Frage sind sie sich fern wie eh und je. In: Der Standard, 22.11.1999. S.6.
Red: ÖVP legt sich fest: Koalitionsgespräche, aber Beistandspflicht als Voraussetzung. In: Die Presse, 14.12.1999. S.1.
Ett, d.n, ul: Koalitionsverhandlungen ab Freitag. SPÖ bleibt hart: kein Nato-Beitritt. In: Die Presse, 15.12.1999. S.7.
Red: Nato-Frage entscheidet Koalition. Klima: Wenn die ÖVP auf Beitritt beharrt, scheitern Gespräche. In: Der Standard, 11.12.1999. S.1.
Mon: ÖVP stellt Nato-Beitritt als Bedingung für Regierungsbeteiligung. In: Der Standard, 14.12.1999. S.1.
Apa, red: Budgetsanierung, Soziales, Sicherheit. In: Der Standard, 20.1.1999. S.2.

Parade

d.n: Koalitionskrach um Militärparade. SPÖ: Einsatzbereitschaft in Gefahr. In: Die Presse, 19.7.1995. S.7.
c.s: Bundesheer wieder im Koalitionsstreit. Nationalfeiertags-Parade erscheint Gaal „nicht verantwortbar“ – Einsatzbereitschaft gefährdet. In: Der Standard, 19.7.1995. S.4.
red, apa: Vranitzky-Brief: Parade nochmals überdenken. In: Die Presse, 22.7.1995. S.7.
c.s: SP: Schwere Geschütze gegen Parade des Heeres. In: Der Standard, 21.7.1995. S.4.
red: Schüssel für Parade „Heer nicht verstecken“. In: Die Presse, 25.7.1995. S.6.
d.n, c.l, gon: Fasslabend sucht Parade-Gespräch mit Vranitzky. In: Die Presse, 27.7.1995. S. 6.
Neuwirth, Dietmar: Verhandlungen über Heeres-Parade. In: Die Presse, 28.7.1995. S. 6.
Apa, red: Verkleinerte Heeresparade. In: Die Presse, 29.7.1995. S.7.
d.n: Militärparade ohne Panzer? In: Die Presse, 23.8.1995. S.6.
red: Regierung einigt sich auf Parade ohne Panzer. In: Die Presse, 28.8.1995. S.1.
red: Heftige Kritik der Opposition an „leichter“ Militärparade. In: Der Standard, 28.8.1995. S.1.
kob: Regierung gibt grünes Licht für Militärparade. In: Der Standard, 28.8.1995. S.4.

Militärbefugnisgesetz

red, apa: „Rapidviertelstunde“: Heeresreform geplatzt. In: Der Standard, 6.7.1990. S.8.
d.n: Dohnal: „Totale Militarisierung“ In: Die Presse, 10.7.1990. S.1.
rie: Streit um Geheimdienste. In: Die Presse, 16.4.1996. S.7.
rie: Fußballklubs und Nachrichtendienste. Fasslabend gegen SP-Reformpläne. In: Die Presse, 17.4.1996. S.6.
cs: SPÖ stoppt das neue Militärbefugnisgesetz. In: Der Standard, 15.9.1997. S.1.
Rief, Norbert: Die Codeknacker: Streit nach gemeinsamen Sieg. In: Die Presse, 10.10.1996. S.3.
Red: Geheime Reform der Heeres-Geheimdienste. In: Die Presse, 18.11.1996. S.6.
Nowak, Rainer: Lauschangriff im Heer: ÖVP verteidigt Gesetz. In: Die Presse, 16.9.1997. S.7.

No: Geheimdienste im Heer: Fasslabend zieht zurück. In: Die Presse, 20.9.1997. S.6.
No: Streit um Geheimdienste. In: Die Presse, 30.9.1997. S.6.
Ina, pm, völ: Heeresbefugnisse und Stapo-Reform. In: Der Standard, 11.11.1998. S.8.
d.n: Heer soll verdeckt ermitteln dürfen. In: Die Presse, 12.11.1998. S.9.
Völker, Michael: „Das Heer ist keine Polizeikonkurrenz“. In: Der Standard, 13.11.1998. S.7.
d.n: Heeresgesetz: SPÖ geht auf Konfrontation. In: Die Presse, 14.11.1998. S.9.
ina: Streit um Heeres-Geheimdienste. SP will Militärbefugnis begrenzen. In: Der Standard, 21.11.1998. S.8.
ett, d.n: Kostelka: Vorbehalt zu Militärgesetz. Grünes Licht für neue Polizeirechte. In: Die Presse, 7.1.1999. S.8.
Völker, Michael: Kritik an Militärbefugnisgesetz. In: Der Standard, 13.1.1999. S.7.
Völker, Michael: Streit um Befugnisse für Heer und Stapo. In: Der Standard, 23.2.1999. S.8.
Neuwirth, Dietmar: Koalitions-Krieg um Militärgesetz entbrannt, SPÖ: Fasslabend unernst. In: Die Presse, 23.2.1999. S.9.
Ett: Die Auseinandersetzung um das Militärgesetz eskaliert. In: Die Presse, 24.2.1999. S.7.
Völker, Michael: Heeresdienste müssen auf Befugnisse warten. In: Der Standard, 24.2.1999. S.6.
D.n, apa: Mehr Rechte für Polizei, Heer. Korrekturen nach harter Kritik. In: Die Presse, 24.3.1999. S.10.
c.d: Weiter Streit ums Militär in der Koalition. In: Die Presse, 30.3.1999. S.8.
völ: SPÖ will nun eigenes Militärgesetz vorlegen. In: Der Standard, 3.4.1999. S.9.
völ: Annäherung bei Militärbefugnisgesetz. In: Der Standard, 14.4.1999. S.8.
d.n, apa: Ringen um Militärgesetz. In: Die Presse, 14.4.1999. S.7.
d.n: Wichtige Gesetzte vor Scheitern. Keine Änderung bei Stapo, Heer. In: Die Presse, 27.5.1999. S.7.
Völker, Michael: Keine Kontrolle für Agenten. In: Der Standard, 30.6.1999. S.8.
No: Aus für Geheimdienstgesetz. In: Die Presse, 30.6.1999. S.8.

Innere Sicherheit

Zivildienst

Red: Lichal regt an: Zehn statt acht Monate Zivildienst. In: Kleine Zeitung, 15.12.1987. S.2.
Red: Blecha gibt Druck nicht nach: Kein langer Zivildienst. In: Kleine Zeitung, 30.3.1988. S.2.
a.k: SP lehnt längeren Zivildienst ab. Doch Durchforstung der „Privilegien“. In: Die Presse, 30.3.1988. S.4.
a.k: Zivildienst: VP-Linie wieder in Frage gestellt. Sicherheitssprecher fühlt sich übergangen. In: Die Presse, 12.4.1988. S.4.
Wiener Redaktion: VP-Schwenk bei Zivildienst: Neues Ziel heißt ‚Ausgleich‘. In: Kleine Zeitung, 28.4.1988. S.2.
red: Landesverteidigung wird auch Sache der Zivildiener. In: Der Standard, 23.9.1988. S.5.
red: Zivildienst: Einigung der Koalitionsparteien. In: Der Standard, 7.10.1988. S.5.
red: Zivildienst als Schlüssel zur Reform. In: Der Standard, 21.2.1990. S.6.
ett, hws: Zivildienst soll anders geregelt werden. In: Die Presse, 7.11.1990. S.6.
hws: Zivildienst ist noch ungeklärt: VP für Verlängerung. In: Die Presse, 8.11. 1990. S.6.
ett, ag: Zwist um Zivildienst. In: Die Presse, 19.2.1991. S.6.

red: VP beharrt auf verlängertem Zivildienst. In: Die Presse, 20.2.1991. S.7.
red: Zivildienst wird zehn Monate dauern. In: Die Presse, 28.3.1991. S.7.
Ettinger, Karl: Konflikt um Zivildienst. VP-Kritik an Löschnak. In: Die Presse, 8.7.1991. S.5.
d.n: Zivildienst-Streit eskaliert. In: Die Presse, 31.7.1991. S.5.
red: Zwist um Zivildienst: „Fasslabend von Beratern gelenkt". In: Die Presse, 1.8.1991. S.6.
red: Zivildienst nun doch einheitlich. In: Der Standard, 2.12.1991. S.5.
red: Zivildienst: Einigung über Reform in letzter Minute. In: Die Presse, 2.12.1991. S.5.
d.n, red: Wilde Diskussion um den Zivildienst entbrannt. Erzwingt Explosion der Anträge ein Berufsheer? In: Die Presse, 20.11.1992. S.6.
Kramser, Annemarie; Seidl, Conrad: VP-Linie zum Zivildienst wankt. In: Der Standard, 19.3.1993. S.6.
Seidl, Conrad: Vorbehalt gegen längeren Zivildienst. In: Der Standard, 17.3.1993. S.5.
Mth: Zivildienst bleibt umstritten. In: Die Presse, 20.3.1993. S.4.
Apa: Koalitionskonflikt um Dauer des Zivildienstes. In: Der Standard, 17.8.1993. S.1.
Cs: Werner Fasslabends Ziel: Deutlich weniger als 20 Prozent Zivildiener. In: Der Standard, 18.8.1993. S.5.
Red: ÖVP warnt vor Sicherheits-Vakuum. In: Die Presse, 18.8.1993. S.1.
d.n, red: Zivildienst entzweit Regierung. ÖVP drängt auf neue Verlängerung. In: Der Standard, 18.8.1993. S.5.
ett: ÖVP beschließt längeren Zivildienst. In: Die Presse, 7.9.1993. S.1, 7.
Red: Abfuhr von der SPÖ. In: Die Presse, 7.9.1993. S7.
Müller, Walter: Alois Mock: Beitrag zu Sicherheitsbündnis. In: Der Standard, 7.9.1993. S.5.
Apa: Dezidiertes Nein des Kanzlers. In: Der Standard, 8.9.1993. S.6.
Ett, red: Zivildienst-Novelle überrascht ÖVP. Löschnak will mehr Einsatzplätze. In: Die Presse, 17.9.1993. S.6.
Red, apa: Löschnak überrollt VP in Zivildienstfrage. In: Der Standard, 17.9.1993. S.4.
d.n: ÖVP will Zivildienern Gehalt drastisch kürzen. In: Die Presse, 30.9.1993. S.6.
d.n, red: „Privilegien" für Zivildiener fallen. In: Die Presse, 1.10.1993. S.7.
dan: Zivildienst: Zwölf Monate schrecken nur mäßig ab. In: Der Standard, 10.11.1977. S.5.
rie, d.n: „Es geht um die Sicherheit". In: Die Presse, 16.11.1993. S.6.
tom: Cap schlägt Verschärfung des Zivildienstes vor. In: Der Standard, 20.11. 1993. S.6.
dan, stui: Wettlauf mit Zivildienst-Plänen. In: Der Standard, 25.11.1993. S.8.
red: Weiter Zivildienst-Zwist. In: Die Presse, 26.11.1993. S.1.
d.n, apa: Zivildienst-Verhandlungen geplatzt. Schritt zur Gewissenskommission. In: Die Presse, 26.11.1993. S.1, 6.
Dan: 1994 kommt wieder die Gewissensprüfung. In: Der Standard, 26.11.1993. S.7.
Red: Zivildienstverhandlung: Dem Mißerfolg folgten die Schuldzuweisungen. In: Der Standard, 27.11.1993. S.7.
Red: Kampf um Zivildienst eskaliert. In: Der Standard, 29.11. 1993. S.1.
Mayer, Thomas: Zivildienst-Gipfel in Tarnanzügen. In: Der Standard,.30.11.1993. S.5.
Red: Zivildienst: Noch keine Lösung VP-Modell verfassungswidrig? In: Die Presse, 2.12.1993. S.8.
Mayer, Thomas: Koalition vertagt Lösung für Zivildienst neuerlich. In: Der Standard, 1.12.1993. S.5.
Wiener Redaktion: ‚Flexibel oder automatisch'. Rangeln um den Zivildienst. In: Kleine Zeitung, 1.12.1993. S.2.
Tom: SP bringt neuen Vorschlag zur Zivildienst-Reform. In: Der Standard, 2.12.1993. S.1.

Mayer, Thomas: Annäherung im Zivildienst-Streit. In: Der Standard, 3.12.1993. S.7.
Kindermann, Dieter: Neuer SPÖ-Vorschlag: Zehn Monate Zivildienst und 30 Tage Übungen! In: Neue Kronen Zeitung, 3.12.1993. S.3.
d.n, red: Zivildienst-Kommission ab Jänner scheint sicher. In: Die Presse, 14.12.1993. S.7.
tom: Zivildienst-Einigung in Koalition steht bevor. In. Der Standard, 15.12.1993. S.7.
d.n, ett: Zivildienst: Nun Nachrichtensperre. In: Die Presse, 16.12.1993. S.7.
stui, cs: Zivildienst: Letzte, geheime Verhandlungen. In. Der Standard, 16.12.1993. S.5.
Ertl, Josef; Seidl, Conrad: 1994 elf Monate Zivildienst. In: Der Standard, 17.12.1993. S.9.
tom: Beim Zivildienst zeichnet sich ein Kompromiß ab. In: Der Standard, 21.12.1993. S.7.
red, apa: Zivildienst: Unendliche Geschichte. Nächste Woche neues Gipfelgespräch. In: Die Presse, 23.12.1993. S.6.
Chorherr, Thomas: Vranitzky: „Künftig elf Monate Zivildienst, damit könnte ich leben" In: Die Presse, 24.12.1993. S.1.
Apa, red: Minister besteht auf zwölf Monate. In: Die Presse, 24.12.1993. S.7.
d.n: Zivildienst-Verhandlungen geplatzt. Schwerer Konflikt belastet Koalition. In: Die Presse, 5.1.1994. S.1, 7.
Red: Koalitionskrach um Zivildienst. In: Der Standard, 5.1.1994. S.6.
d.n, red: Zivildienst wird nun deutlich unattraktiver. In: Die Presse, 13.1.1994. S.7.
tom: Zivildienst dauert elf Monate. 1995 Verlängerung möglich. In: Der Standard, 12.1.1994. S.1, 6.
Tom, apa: In SP-Fraktion wächst Widerstand gegen die Zivildienst-Einigung. In: Der Standard, 14.1.1994. S.5.
Red: Nun Koalitionszwist um Berufsheerpläne der ÖVP. In: Die Presse, 18.1.1994. S.1.
Mar: „Österreichs Sicherheit garantiert". In: Der Standard, 5.2.1994. S.6.
Rie: Kein Uni-Besuch ohne Wehrdienst. Zwölf Monate Zivildienst möglich. In: Die Presse, 24.5.1995. S.6.
Stui: Einigung übe Zivildienst ist erneut gescheitert. In: Der Standard, 14.11.1995. S.4.
Neuwirth, Dietmar: Auch beim Zivildienst gilt: Provisorien leben länger. In: Die Presse, 7.11.1995. S.8.
Red: Zivildienst-Einigung empört Opposition. In: Die Presse, 19.2.1996. S.1.
Red: Zivildienst soll um einen Monat verlängert werden. In: Der Standard, 19.2.1996. S.5.
Red: Murks um den Zivildienst – der Tragödie letzter Teil. In: Die Presse, 3.8.1996. S.7.
Bra: Pensionsversicherung: Zusammenlegung für Arbeiter und Angestellte. Sozialminister. In: Der Standard, 19.10.1996. S.6.
Apa, red: SPÖ droht mit Gewissensprüfung. In: Die Presse, 31.10.1996. S.7.
Damböck, Bernadette; Simoner, Michael: Stuiber, Petra; Völker Michael: Eine Frage der Koalitions-Ehre. Zivildienst. In: Der Standard, 9.11.1996. S.10.
Dam: Zivildienst. 12 Monate, aber längere Fristen. In: Der Standard, 13.11.1996. S.5.
Red: Zivildienst-Einigung. In: Die Presse, 13.11.1996. S.7.

Ausländer

Red: Vranitzky stellt klar: Visa-Pflicht für Polen äußerste Maßnahme. In: Der Standard, 6.6.1990. S.1.
d.n, ett: Streit um Ausländerpolitik voll entbrannt. Visumpflicht für Polen entzweit Koalition, irritiert SPÖ. In: Die Presse, 6.6.1990. S.1.
red: SP: Notfalls auch Einführung einer Visapflicht. In: Vgl. Die Presse, 31.8.1990. S.7.
red: VP: Großzügiges Vorgehen bei Arbeitsbewilligungen. In: Die Presse, 31.8.1990. S.7.

red: Konflikt in der Regierung um Visapflicht für Polen. In: Der Standard, 5.9.1990. S.1.
Wiener Redaktion: 1500 Soldaten und Visapflicht gegen Ausländerzustrom. In: Kleine Zeitung, 5.9.1990. S.2.
apa: VP: Zehn Wünsche an Löschnak. In. Der Standard, 21.3.1992. S.7.
ett: Koalition startet Verhandlungen über Einwanderung. VP möchte fixe Regelung: Keine Ausländer über 45. In: Die Presse, 21.3.1992. S.4.
ar, ett: Machtprobe Vranitzky – Parlament? VP-Klubchef Neisser: „Ich habe es satt". In: Die Presse, 10.11.1992. S.1.
red: Haider blitzt ab, Volksbegehren kommt. In: Der Standard, 12.11.1992. S.1.
aha: „Spielball männlicher Eitelkeiten". In: Der Standard, 13.11.1992. S.7.
mk, red: VP zu Ausländerfrage: „Stümper am Werk". Parlamentsausschuß löst neuen Zank aus. In: Die Presse, 14.11.1992. S.1.
aha: VP will Unterausschuß zu Ausländerthema. In: Der Standard, 14.11.1992. S.6.
red: Regierungsparteien ringen um Ausländer-Ausschuß. In. Die Presse, 17.11.1992. S.5.
Schöndorfer, Peter: Ausländer: Für Haider Ausschuß „völlig untauglich". In: Die Presse, 18.11.1992. S.4.
Mayer, Thomas: Wieder Erregung um Ausländerquoten. In: Der Standard, 29.7.1994. S.5.
Ewi, apa: Cap kritisiert „VP-Doppelspiel". In: Die Presse, 30.7.1994. S.6.
Rie: Nun fix: Eigene Quote für ausländische Studenten. In: Die Presse, 18.8.1994. S.1.
Stui: Busek und Löschnak einigen sich auf Quote. In: Der Standard, 18.8.1994. S.5.
Cs, apa: Löschnaks Grenztruppe für Fasslabend nur eine milliardenteure „Sommeridee". In: Der Standard, 23.8.1994. S.5.
Af. Red: 700 Millionen für Grenzschutz. In: Der Standard, 29.8.1994. S.4.
Dam: „Kommt Grün, geht Schwarz". In: Der Standard, 4.10.1995. 8.
Red: VP-Linie zu Einems Gesetz. In: Die Presse, 7.10.1995. S.7.
Rie, red: Regierung ändert Ausländergesetzte. Neuzuwanderung wird eingeschränkt. In: Die Presse, 13.5.1996. S.6.
Stuiber, Petra: Einem: Erleichterung für Ausländerfamilien. In: Der Standard, 7.8.1996. S.4.
d.n: Ausländer, Homosexuelle: Nun Alleingänge der ÖVP. In: Die Presse, 3.10.1996. S.6.
Damböck, Bernadette: Kostelka ist „zutiefst irritiert, weil Khol VP ganz nach rechts führt". In: Der Standard, 4.10.1996. S.5.
Ker, apa: Volkspartei will doch keine längere Frist für Einbürgerungen. In. Der Standard, 5.10.1996. S.6.
Red: ÖVP begrüßt Schlögls Zuwanderungspolitik. In: Der Standard, 13.2.1997. S.1.
Rie: „Nur 4000 Ausländer". In: Die Presse, 13.2.1997. S.6.
Kob: „Familienzuzug heißt nicht Arbeitserlaubnis". In: Der Standard, 15.2.1997. S.6.
Ina: SPÖ und ÖVP einig über verschärftes Ausländerrecht. In: Der Standard, 15.2.1997. S.6.
Lyn: Quote für Familiennachzug ist noch heftig umstritten. In: Der Standard, 4.3.1997. S.7.
Kob, ger: Maßnahmenpaket statt „Fahrtzuschuß". Rückkehrwilligen bosnischen Flüchtlingen soll nun auch bei Aufbau in der Heimat geholfen werden. In: Der Standard, 4.3.1997. S.7.
Kob: „Human und konsequent zugleich". In: Der Standard, 12.3.1997. S.5.
Rie, red: Nach zwei Jahren Verhandlungen sind neue Ausländergesetzte jetzt fix. In: Die Presse, 13.3.1997. S.7.
Red: Schlögl für höhere Familienquote. In: Der Standard, 15.3.1997. S.1.
Kobenter, Samo; Völker, Michael: Ein Balanceakt zwischen Quoten und Geboten. In: Der Standard, 15.3.1997. S.1, 6.

Stui: UNO-Ja zu Rückführprämie für Bosnier. In: Der Standard, 25.3.1997. S.6.
Red: Streit um Prüfung für Neo-Österreicher. Khol für Verpflichtung, Schlögl dagegen. In: Die Presse, 20.11.1997. S.1.
Red: Konflikt um Einbürgerung. In: Die Presse, 17.3.1998. S.1.
Red: Wartefristen für die Staatsbürgerschaft werden verkürzt. In: Der Standard, 17.3.1998. S.7.
Das: Fristen nicht gesenkt, Hürden nicht erhöht. In: Die Presse, 6.5.1998. S.7.
Das: Neue Bürger müssen Deutsch können. In: Die Presse, 7.5.1998. S.8.
Völ: Koalition segnet Sprachtests für Ausländer ab. In: Der Standard, 1.7.1998. S.7.

Grenzschutz

Red: VP will keine Truppe unter Löschnak-Kommando. In: Die Presse, 3.10.1990. S.6.
red: SPÖ: Heer an die Grenzen. In: Die Presse, 24.6.1994. S.7.
Red: Grenzschutz: Vorschlag der SPÖ umstritten. In: Die Presse, 23.8.1994. S.6.
Cd, apa: Löschnaks Grenztruppe für Fasslabend nur eine milliardenteure „Sommeridee". In: Der Standard, 23.8.1994. S.5.
Cs, apa: Vranitzky will Dauerlösung statt Heer im Grenzschutz. In: Der Standard, 24.8.1994. S.5.
Red: Hysterie um neuen Grenzschutz. SP-Vorschlag „Wählertäuschung"? In: Die Presse, 24.8.1994. S.1.
d.n, apa: ÖVP schwenkt ein: Für Grenzpolizei. Kosten bis vier Milliarden Schilling. In: Die Presse, 16.9.1994. S.6.
d.n: Busek bekräftigt Ja zur Grenzpolizei. In: Die Presse, 17.9.1994. S.6.
Red: Grenzsicherung als Zankapfel der Koalition. In: Die Presse, 5.11.1996. S.1.
Damböck, Bernadette; Simoner, Michael; Stuiber, Petra; Völker Michael: Eine Frage der Koalitions-Ehre. Grenzschutz. In: Der Standard, 9.11.1996. S.10.
Red: Einigung über Grenzeinsatz. In: Die Presse, 13.11.1996. S.6.

Sicherheitspolizeigesetz

Red: Löschnak: 59.000 Stapo-Akten. In: Der Standard, 1.3.1990. S.1.
Mk, ps: Eisiges Koalitionsklima wegen der Stapo. VP-Chef Riegler wirft Löschnak neuerlich Versäumnisse vor. In: Die Presse, 2.3.1990. S.5.
Red: Anruf genügt nun: Stapo öffnet Akten. In: Kleine Zeitung, 3.3.1990. S.2.
Völ: Grün-schwarze Allianz gegen geplantes Sicherheitspolizeigesetz. In: Der Standard, 13.6.1990. S.5.
Dan: Löschnak-Entwurf gescheitert. ÖVP läßt Polizeigesetz platzen. In: Der Standard, 21.6.1990. S.1.
Jw: VP kritisiert Innenminister und möchte Umweltpolizei ausbauen. In: Der Standard, 17.8.1990. S.6.
Danninger Karl: Und es kamen weniger Asylanten. In: Der Standard, 31.12.1992. S.6.
Dam: Koalition liefert Lauschergroteske. In: Der Standard, 11.7.1995. S.4.
Rie, apa: Koalitionsstreit beendet, VP gibt nach. „Großer Lauschangriff ab Jänner 96". In: Die Presse, 11.7.1995. S.7.
Rie, ett: Neue Polizeimethoden: SPÖ will präventiv lauschen. In: Die Presse, 12.7.1995. S.7.
Dam: Koalition über Lauschangriff uneinig. In: Der Standard, 12.7.1995. S.6.
Stuiber, Petra: Lauschangriff ist Minister „weniger wichtig". In: Der Standard, 13.7.1995. S.4.
Rie: „Großer Lauschangriff ist ultima ratio". In: Die Presse, 15.7.1995. S.6.
d.n, chs, apa: Lauschangriff: ÖVP drängt, SPÖ bremst. In: Die Presse, 18.7.1995. S.7.
red: Michalek lehnt Einems Forderungen ab: Nicht im Vorhinein lauschen. In: Der Standard, 22.7.1995. S.4.

dam: ÖVP hat´s eilig mit dem Lauschen. In: Der Standard, 3.11.1995. S.6.
rie, ett: Lauschangriff: Treffen mit Michalek. SPÖ gegen Einführung noch 1995. In: Die Presse, 7.11.1995. S.8.
Rief, Norbert: Rasterfahndung: Beschluß VP-FP? In: Die Presse, 14.6.1996. S.1,7.
Red: Streit der Koalitionsparteien um Fahndungsmethoden. In: Der Standard, 14.6.1996. S.1.
Dam, stui: Lauschen & Fahnden: VP grollt. In: Der Standard, 14.6.1996. S.6.
Ina: Kanzler hält an neuen Polizeimethoden fest. In. Der Standard, 15.6.1996. S.1.
Red, rie: Rasterfahndung wird erst im Herbst beraten. In: Die Presse, 15.6.1996. S.7.
Rie: Lauschangriff: SPÖ bremst. In: Die Presse, 18.9.1996. S.7.
Dam: Khol bleibt hart: Ab 1997 wird gelauscht. In: Der Standard, 19.9.1996. S.6.
Ina, apa: Lauschangriff: Khol droht SPÖ. In: Der Standard, 27.9.1996. S.6.
Ar: Lauschangriff: Fischer negiert VP-Drohung. In: Die Presse, 25.9.1996. S.7.
Ina, moe: Streit um Termin für Lauschangriff. In: Der Standard, 26.9.1996. S.6.
Rief, Norbert: Lauscher: Khol droht mit schwerer Koalitionskrise. In: Die Presse, 28.9.1996. S.8.
Stui: Kostelka läßt ÖVP-„Turbo“ bei Lauschangriff unbeeindruckt. In: Der Standard, 23.10.1996. S.6.
Apa: Fahndungsmethoden auf Frühjahr 1997 verschoben. In: Der Standard, 25.10.1996. S.9.
Apa, red: SP-Bedingung für Lauscher. In: Die Presse, 31.10.1996. S.8.
Red: Neue Polizeimethoden: ÖVP drängt, SPÖ bremst. In: Der Standard, 5.10.1996. S.5.
Damböck, Bernadette; Simoner, Michael, Stuiber, Petra; Völker, Michael: Eine Frage der Koalitions-Ehre. Lauschangriff. In: Der Standard, 9.11.1996. S.10.
Rie: Vor Einigung beim Lauschangriff. Richter kontrollieren Abhöraktion. In: Die Presse, 15.11.1996. S.9.
Rie: Lauschangriff: Koalition sucht nach Kompromiß. In: Die Presse, 20.3.1997. S.6.
Dam: Lauschangriff bis Ende April. In: Der Standard, 22.3.1997. S.6.
Neuwirth, Dietmar: Am Beichtstuhl scheiden sich die Geister. In: Die Presse, 19.4.1997. S.6.
Red: Lauschangriff: Die Einigung über die Einigung – nur die Details sind offen. In: Die Presse, 3.5.1997. S.8.
Kob: Ein Streit um Lauschen auf begrenzte Zeit. In: Der Standard, 31.5.1997. S.5.
Kob, völ: Alles klar für Lauschangriff. In: Der Standard, 29.4.1997. S.6.
Stuiber, Petra: SPÖ fällt das Lauschen schwer. In: Der Standard, 15.5.1997. S.6.
Das: Rasterfahndung: Private Daten werden aufgezählt. In: Die Presse, 19.6.1997. S.9.
Kob: SP und VP im Gleichschritt bei Lauschen und Rastern. In: Der Standard, 20.6.1997. S.7.
Ina, pm, völ: Heeresbefugnisse und Stapo-Reform. In: Der Standard, 11.11.1998. S.8.
Ett, red: Neuer Anlauf gegen Reformstau. Polizeigesetz: Blockade endet. In: Die Presse, 12.11.1998. S.9.
Red, stög: Koalition segnet Polizei-Gesetz ab. Anwälte protestieren heftig. In: Die Presse, 13.11.1998. S.9.
d.n: Heeresgesetz: SPÖ geht auf Konfrontation. In: Die Presse, 14.11.1998. S.9.
Völker, Michael: „Das Heer ist keine Polizeikonkurrenz“. In: Der Standard, 13.11.1998. S.7.
Völker, Michael: Kritik an Militärbefugnisgesetz.. In: Der Standard, 13.1.1999. S.7.
d.n: Mehr Rechte für Polizei und Heer: Durchbruch, aber letzte Einigung fehlt. In: Der Standard, 13.1.1999. S.7.
Völker, Michael: Streit um Befugnisse für Heer und Stapo. In: Der Standard, 23.2.1999. S.8.

ett: Die Auseinandersetzung um das Militärgesetz eskaliert. In: Die Presse, 24.2.1999. S.7.
völ: Observieren bereits im Vorfeld. In: Der Standard, 22.3.1999. S.7.
d.n, apa: Einigung über mehr Rechte für die Polizei. In: Die Presse, 23.3.1999. S.8.
Völker, Michael: „Befugnisse gehen viel zu weit". In: Der Standard, 24.3.1999. S.7.
Völ: Annäherung bei Militärbefugnisgesetz. In: Der Standard, 14.4.1999. S.8.
Völker, Michael: Keine Kontrolle für Agenten. In: Der Standard, 30.6.1999. S.8.
Red: Sicherheit löst Streit auf allen Ebenen aus. In: Die Presse, 1.7.1999. S.9.

Verkehrssicherheitspolizei

Ett, d.n: Pläne für „Verkehrskobra" entzweien Koalition. Kontroverse im Parlament: VP beharrt auf Ablehnung. In: Die Presse, 20.3.1991. S.6.

Waffengesetz

red: Test vor Waffenerwerb. In: Die Presse, 3.9.1996. S.8.
red: Kontroverse um Psychotest. In: Die Presse, 4.11.1996. S.8.
Damböck, Bernadette; Simoner, Michael; Stuiber, Petra; Völker, Michael: Eine Frage der Koalitionsehre. Waffengesetz. In: Der Standard, 9.11.1996. S.10.
Dam: Streit um Psychotests für Waffenbesitz neu entflammt. In: Der Standard, 16.11.1996. S.1.
Damböck, Berndadette: Waffen: Eine Einigung, die keine ist. In: Der Standard, 16.11.1996. S.5.
Dam: Waffenbesitz: Kreuzerl-Test genügt. In: Der Standard, 14.12.1996. S.6.
Hofer, Gerhard; Reichel, Michael: 15jänriger erschoß Lehrerin. In: Die Presse, 6.5.1997. S.8.
Red: SPÖ und ÖVP für ein strengeres Waffengesetz. In: Der Standard, 13.5.1997. S.1.
Völker, Michael: SPÖ plant Waffenabgabe. In: Der Standard, 1.9.1997. S.6.
Völ: Waffenabgabe: ÖVP „diskussionsbereit". In: Der Standard, 2.9.1997. S.7.
Simo: ÖVP: „Waffensteuer kommt nicht in Frage". In: Der Standard, 4.9.1997. S.7.
red: Ein Ort im Schock. In: Die Presse, 24.11.1997. S.1.
Red: Nach Amoklauf mit 7 Toten verschärftes Waffengesetz. In: Der Standard, 22.11.1997. S.1.
Völ: Waffengesetz soll noch viel strenger werden. In: Der Standard, 22.11.1997. S.14.
Völker, Michael: Klima fordert Aus für Waffenbesitzkarten. In: Der Standard, 26.11.1997. S.12.
Zac: ÖVP gegen „Dämonisierung der Waffen". In: Die Presse, 27.11.1997. S.13.
Völ: ÖVP legt sich gegen ein schärferes Waffenrecht quer. In: Der Standard, 27.11.1997. S.6.
Völ: Koalition berät Waffenrecht. In: Der Standard, 28.11.1997. S.7.
Kob: Sanftmut bei Waffengesetz. In: Der Standard, 3.12.1997. S.6.
Völker, Michael: Neuer SP-Vorstoß für schärferes Waffenrecht. In: Der Standard, 12.12.1997. S.6.
Simo: Waffensteuer: Bis zu 5000 Schilling. In: Der Standard, 17.12.1997. S.10.
Das: Einlenken bei Waffengesetz. In: Die Presse, 10.1.1998. S.6.
Kobenter, Samo: Zugang zu Waffen wird verschärft. In: Der Standard, 10.1.1998. S.5.
Simoner, Michael: Klima fordert Verbot von Privatwaffen. In: Der Standard, 10.3.1998. S.9.
Red: Vater und Gendarm tot. In: Der Standard, 10.3.1998. S.9.
Chr: Wieder Familiendrama. Erneut Diskussion um privaten Waffenbesitz. In: Der Standard, 19.8.1998. S.9.)
Apa, simo: Genug „Anlässe für Privatwaffenverbot".

Ar: Waffengesetz: SPÖ wirbt bei Verschärfung um drei VP-Dissidenten. In: Die Presse, 12.9.1998. S.7.
Ar: Schärferes Waffengesetz: Mehrheit im Parlament zeichnet sich nicht ab. In: Die Presse, 15.9.1998. S.7.

Kurden

Red, ag: Heftige Kurdendebatte im Parlament. In: Die Presse, 26.2.1999. S.1.
Ett, kron: Wirbel im Nationalrat: Die Kurdenfrage entzweit die Koalition. In: Die Presse, 26.2.1999. S.5.

Justiz

Sexualstrafrecht

Salomon, Martina: Homosexuelle fordern Recht auf Ehe. In: Der Standard, 10.9.1992. S.6.
Salomon, Martina: SP: Schwulen-Ehe könnte Bevölkerung überfordern. In: Der Standard, 11.9.1992. S.7.
Red: Ausserwinkler will Ehen ermöglichen, VP, FP dagegen. In: Die Presse, 6.11.1992. S.4.
Stui: Rechtssicherheit für „Ehe“ von Schwulen. In: Der Standard, 21.11.1992. S.6.
Em: Alle Parlamentsparteien einig: Homosexualität entkriminalisieren. In: Der Standard, 25.11.1992. S.5.
Ett, ag: Kompromißidee für neues Namensrecht. In: Die Presse, 30.3.1993. S.4.
Apa, red: Schwulen-Paragraphen: SP wird frei abstimmen. In: Der Standard, 12.7.1995. S.5.
Stui: Ofner: „Es war mir zu heikel“. In: Der Standard, 16.11.1995. S.5.
Chs: Änderung des Strafgesetzes noch vor dem Sommer? In: Die Presse, 19.4.1996. S.8.
Red, apa: Streit um höheres Schutzalter für Mädchen. In: Der Standard, 25.4.1996. S.5.
Cs: Vorstoß für Wählen mit 16. In: Der Standard, 26.4.1996. S.7.
Er: VP: Schutz vor Homosexuellen. In: Der Standard, 9.5.1996. S.6.
Ertl, Josef: Kriminalisierung contra Verführung. In: Der Standard, 11.5.1996. S.6.
Red: Khol: Mehrheit für Homosexuellenstrafe. In: Der Standard, 13.5.1996. S.4.
Red: Neue VP-Variante bei Schutzalter? In: Die Presse, 14.5.1996. S.7.
Salomon, Martina: Plädoyer für Sensibilität statt Krieg. In: Der Standard, 14.5.1996. S.5.
d.n: Ausländer, Homosexuelle: Nun Alleingänge der ÖVP. In: Die Presse, 3.10.1996. S.6.
das: Spannende erste Runde um Homosexuelle. In: Die Presse, 20.11.1996. S.6.
kob: Entscheidung im Plenum. In: Der Standard, 21.11.1996. S.6.
das: Homosexuelle: Anträge gescheitert. FPÖ legt sich im Ausschuß quer. In: Die Presse, 21.11.1996. S.8.
kob: Stimmenpoker um Schwulengesetze. In: Der Standard, 26.11.1996. S.5.
kob, jub: Auf der Suche nach Verbündeten. In: Der Standard, 27.11.1996. S.6.
das: Homosexuelle: Werbe- und Vereinsverbot fällt. In: Die Presse, 28.11.1996. S.6.
stui, kob: Schutzalter für Männer bleibt bei 18 Jahren. In: Der Standard, 28.11.1996. S.5.
Rief, Norbert: Ale ein FP-Antrag die Koalition ins Schwitzen brachte. In: Die Presse, 28.11.1996. S.7.
Schwelle, Dagmar: Sexualstrafrecht erhitzt die Gemüter. ÖVP verläßt Reform-Arbeitsgruppe. In: Die Presse, 7.11.1997. S.7.
Red, apa: Streit um Sexualstrafrecht. In: Der Standard, 7.11.1997. S.1.
Stui: Regierung streitet über Sex zwischen „Kids“. In: Der Standard, 1.7.1998. S.7.
Das: Sexualstrafrecht: Streit blockiert Reform. In: Die Presse, 1.7.1998. S.8.

Red: Koalition streitet um Moral im Sexualstrafrecht. In: Die Presse, 2.7.1998. S.7.
Ett: Blockade beendet: streng für Kinderschänder. In: Die Presse, 14.7.1998. S.8.
Red: Sexualstrafrecht wir verschärft. In: Der Standard, 15.7.1998. S.1.
Kob, völ: Strafen für sexuellen Mißbrauch verschärft. In: Der Standard, 15.7.1998. S.6.
Kob: Neues Sexualstrafrecht wieder in Frage gestellt. In: Der Standard, 15.7.1998. S.6.
d.n: Homosexuelle: SPÖ besteht auf Reform. In: Die Presse, 21.7.1998. S.7.
kom: SPÖ will mehr Rechte für Lebensgefährten – auch bei Homosexuellen. In: Die Presse, 3.3.1999. S.8.
red: Streit um Familienpolitik immer härter. In: Die Presse, 23.8.1999. S.6.
red: Arbeitsplätze, Ehe und Regierungspläne: Zank in Koalition wird heftiger. In: Die Presse, 24.8.1999. S.6.
eli: ÖVP will den „besseren Weg“ weisen: Nato und „null Toleranz“. In: Der Standard, 31.8.1999. S.8.
eli: ÖVP: Hormontherapie nicht „veräppeln“. In: Der Standard, 1.9.1999. S.10.

Pornographiegesetz

rie: Pornogesetz: Koalitionskrach wegen Neuerung. In: Die Presse, 19.3.1994. S.7.
red: Pornographie. Differenzen über Gesetz. In: Kleine Zeitung, 1.4.1994. S.2.
rie: Pornographie: Vor Kompromiß in der Koalition? In: Die Presse, 14.4.1994. S.6.
Vorhofer, Kurt: Kampf gegen Kinderpornos. In: Kleine Zeitung, 14.4.1994. S.5.
Red: Minister läßt Porno den Parteien. In: Kleine Zeitung, 15.4. 1994. S.2.
Red: SP lenkt ein: Härtere Strafe vorgezogen. In: Kleine Zeitung, 5.7.1994. S.3.
ett, red: Strafen für Besitz von Kinderpornos. SPÖ lenkt ein, Weg zur Lösung frei. In: Die Presse, 5.7.1994. S.6.
Czernin, Hubertus: Schmutzige Finger. In: Profil, 11.7.1994 S.13.
Stocker, Ulrich: Raser, Post und Porno. In: Kleine Zeitung, 17.7.1994. S.2.
Vasek, Thomas; Zöchling, Christa: Ein Sieg der Vernunft? In: Profil, 11.7.1994. S.22.

Habsburgergesetze

mk: Aus für Habsburg-Gesetze? In: Die Presse, 21.11.1992. S.4.
red: Mehrheit gegen Habsburggesetze. In: Der Standard, 14.3.1996. S.6.
apa: Keine Angst vor Habsburgern. In: Der Standard, 16.3.1996. S.5.
ina: Vranitzky und Schüssel: Habsburg darf einreisen. In: Der Standard, 19.3.1996. S.4.
red: Landesverweis für die Habsburger „totes Recht“. In: Der Standard, 26.3.1996. S.6.

Wiederbetätigung

red, apa: SP urgiert Novelle zur „Wiederbetätigung“. In: Der Standard, 25.6.1991. S.6.
red: Koalitionszank um Strafe für Wiederbetätigung. In: Der Standard, 15.10.1991. S.7.

Strafrechtsreform

hab, apa: Fuhrmann will weniger Vorbestrafte durch Tatausgleich für Erwachsene. In: Der Standard, 18.7.1997. S.6.
red, apa: Nun auch Streit um neues Opfergesetz. In: Der Standard, 9.11.1998. S.7.
red, apa: Konflikt um Strafreform. In: Die Presse, 9.11.1998. S.7.
na: Koalition einigte sich auf Täter-Opfer-Ausgleich. In: Die Presse, 11.12.1998. S.4.

Medien

ORF Generalintendant

Red: Chancen für Gerd Bacher haben sich verschlechtert. In: Die Presse, 5.7.1986. S.4.

Vecs: Die Wahl wird zur „Zitterpartie“. In: Der Standard, 10.7.1990. S.7.
f.m: Spannung um ORF: FPÖ als Zünglein an der Waage. In: Die Presse, 11.7.1990. S.1.
red: Wahl zum ORF-General: Bacher liegt vor Podgorski. In: Der Standard, 12.7.1990. S.1.
Vecsei, Paul: Tiger um Schnauzenlänge vor Teddy. In: Der Standard, 12.7.1990. S.1, 7.
hws, f.m: ORF: Bacher klar voran. 21:14 gegen Podgorski. In: Die Presse, 12.7.1990. S.1.
Mendel, Michael; Vecsei, Paul: Warum FPÖ für Bacher votierte. In: Der Standard, 13.7.1990. S.6.
Vecsei, Paul: „Hattrick“ für den Tiger – Teddy glaubt an „Leben nach dem Tod“. In: Der Standard, 14.7.1990. S.5.
red: Vranitzky, Zilk, Riegler zufrieden. In: Die Presse, 14.7.1990. S.5.
Vécsei, Paul: „Alles wunderbar“. In: Der Standard, 27.10.1990. S.9.
Maier, Michael: ORF: ÖVP überlegt Strategien. In: Die Presse, 27.1.1994. S.26.
Red: Bacher-Nachfolge: SP-Kuratoren drängen auf Blitz-Entscheidung. In: Der Standard, 5.3.1994. S.1.
Red: Von Rabenschwarz bis Rosarot. In: Der Standard, 5.3.1994. S.1, 8.
Hütter, Frido: Zeiler mit 19:15 im 1. Durchgang voran. In: Kleine Zeitung, 8.3.1994. S.2.f.
Red: Busek: „Nur wenn Zeilers gesamtes Team überzeugt“. In: Kleine Zeitung, 12.3.1994. S.3.
Red: Schwarzer Rauch aus dem Konklave. In: Der Standard, 8.3.1994. S.11.
Jäger, Mischa; Möchel, Erich: Vom Reden und Reden lassen. Kukacka: In: Der Standard, 12.3.1994. S.12.
Hütter, Frido: ORF-Wahlen heute: „Alle Zeichen deuten auf Krieg“. In: Kleine Zeitung, 15.3.1994. S.10.
Moe, win: „Noch ist nicht aller Tage Abend“. In: Der Standard, 16.3.1994. S.9.
Hütter, Frido: VP-Front blieb hart: Noch keine ORF-Entscheidung. In: Kleine Zeitung, 16.3.1994. S.2.
Möchel, Erich: Zwanzig Stimmen für Gerhard Zeiler. In: Der Standard, 24.3.1994. S.10.
Hütter, Frido: ORF: Gerhard Zeiler nur provisorischer General. In: Kleine Zeitung, 24.3.1994.
Mi: ORF-Wahl: Mock plädiert für VP-Alternative zu Zeiler. In: Der Standard, 12.9.1994. S.9.
Möchl, Erich: GI-Wahl: Betriebsräte sind sich einig, VP ist gespalten. In: Der Standard, 12.9.1994. S.9.
Mm: VP will nun rasch neue ORF-Führung. Zeilers Chancen erheblich gestiegen. In: Die Presse, 21.9.1994. S.7.
Red: ÖVP: Keine Einigung mit Zeiler. In: Der Standard, 22.9.1994. S.27.
Mj: Team her, Team her, oder du fallst um. In: Der Standard, 11.10.1994. S.13.
Maier, Michael: Breite Zustimmung für Zeiler und sein Team. In: Die Presse, 18.10.1994. S.20.
Red: Zeiler mit Überraschungsteam. In: Der Standard, 18.10.1994. S.1.
Mö: Das Ende des ORF-Interregnums. In: Der Standard, 18.10.1994. S.29.
Fid: Mit Rückenwind und Heimweh. In: Der Standard, 25.4.1998. S.77.
Fid: Gerhard Zeiler verläßt den ORF in Richtung RTL. In: Der Standard, 1.4.1998. S.1.
Fid, apa: „Wollen im ORF eine Wende herbeiführen“. In: Der Standard, 23.5.1998. S.21.
Apa, red: Cap wirft VP „Politpackelei“ um ORF vor. In: Der Standard, 25.5.1998. S.8.
Fid, apa: Nach „Wende“-Plänen für ORF: „Nicht dreinreden“. In: Der Standard, 27.5.1998. S.19.
Apa: „ORF-Wende“: FP dementiert Pakt. In: Der Standard, 28.5.1998. S.15.

Molterer, Wilhelm; Krawagner-Pfeifer, Katharina: „FPÖ hat ihre Wähler aus demokratischem Spiel genommen“. In: Der Standard, 29.5.1997. S.7.
Fid: ORF: Der dritte Mann. Kandidatur Bergmanns für Zeiler-Nachfolge gilt als fix. In: Der Standard, 13.6.1998. S.22.
Fid: ORF-Intendantenwahl: Weis führt vor Radel. In: Der Standard, 16.6.1998. S.13.
Fid, apa: ORF: Weis – aber wie? In: Der Standard, 6.7.1998. S.21.
Tui: Weis: In einem Wahlgang auf den ORF-Chefsessel. In: Die Presse, 7.7.1998. S.25.
Fid: Neuer ORF-General will keine privaten Partner. In: Der Standard, 7.7.1998. S.1.
Fid: Weis(s)er Rauch im ORF. In: Der Standard, 7.7.1998. S.11.

Medienrecht

Red: VP sucht Medienkonzept. Neue Presseförderung aus ORF-Werbung? In: Die Presse, 19.4.1988. S.1.
Ett: Zwist um ORF-Monopol. In: Die Presse, 10.6.1989. S.5.
Kadi, Manfred: VP-Konzept: ORF soll Aktiengesellschaft werden. In: Die Presse, 22.6.1989. S.4.
Hsp: Radio für jedermann: ÖVP legt Konzept vor. In: Der Standard, 9.11.1989. S.7.
Red: Koalition verhandelt über Kartellrecht für Medien. In: Die Presse, 7.10.1989. S.5.
Mk: Tauziehen um Hörfunk. In: Die Presse, 11.11.1989. S.5.
Mk: Privatradio als Prüfstein. Kukacka droht Koalitionspartner mit FP. In: Die Presse, 4.5.1990. S.1.
Red: Riegler über Monopole: „Alle sollen fallen“. In: Die Presse, 18.7.1990. S.5.
Ett: Ringen um TV-Liberalisierung. In: Die Presse, 7.11.1990. S.6.
Rössler, Susanne: Regionalradiogesetz im Endspurt. In: Der Standard, 12.6.1993. S.12.
Apa, sp: SP lehnt VP-Pläne für Privatisierung des Fernsehens ab. In: Der Standard, 27.11.1993. S.1.
Fid: Medienpaket: Dissens im Detail. In: Der Standard, 15.5.1996. S.29.
Fid: Radio vor dem Sommer? In: Der Standard, 17.5.1996. S.33.
Pi, aga: Reparieren, aber schnell. In: Der Standard, 26.6.1996. S.27.
Pi: Politik in der Zielgeraden. In: Der Standard, 8.8.1996. S.11.
Apa: Parteienpläne für den ORF. In: Der Standard, 24.8.1996. S.6.
Apa: ORF-Reform: Vranitzky gegen VP-Vorschlag. In: Die Presse, 18.9.1996. S.7.
Stui: Mediengesetz beschlossen. In: Der Standard, 21.11.1996. S.15.
Wallnöfer, Isabella: Mediengesetze: Keine SP-VP-Einigung. Weiter Ringen um Kabel und Radio. In: Die Presse, 21.11.1996. S.23.
Apa: Koalition einigt sich über Regionalradio. In: Der Standard, 19.2.1997. S.5.
Red: Startschuß der Problemlösung. In: Der Standard, 20.2.1997. S.15.
Fid: Zwischen Khol und Kanzler. In: Der Standard, 27.8.1997. S.11.
Fid: Vor Koalitionsgipfel zu ORF-Zukunft erneuert ÖVP hohe Forderungen. In: Der Standard, 22.1.1998. S.13.
Fid: ORF-AG: ÖVP bricht Verhandlungen ab. In: Der Standard, 31.1.1998. S.16.
Fid: ORF: Klare Betonung des „Kernbereichs“ nötig. In: Der Standard, 6.2.1998. S.11.
Fidler, Harald: Schwarze Quotenlöcher. In: Der Standard, 6.2.1998. S.26.
Fid, apa: Chefsache Medien: Gipfel über ORF? In: Der Standard, 13.2.1998. S.12.
Fid: AG-Anklänge im neuen ORF-Gesetz. In: Der Standard, 24.2.1998. S.13.
Fid: ORF-Wahl, neue Runde. In: Der Standard, 1.7.1998. S.17.
Apa: Chefsache ORF-Reform. SPÖ. In: Der Standard, 21.7.1998. S.13.
Apa, red: ORF-Reform im August. In: Der Standard, 22.7.1998. S.15.
Fid: Koalition geht stiften. In: Der Standard, 28.7.1998. S.13.
Apa: Khol: ORF-Reform bis Mitte September möglich. In: Der Standard, 12.12.1998. S.13.
Apa: „Keinen besonderen Termindruck...“ In: Der Standard, 21.1.1999. S.15.

Red, apa: Gewissensfrage Privat-TV. In: Der Standard, 12.2.1999. S.24.
Fid: „Das ist halt Wahlkampf“. In: Der Standard, 1.4.1999. S.19.
Fid: „Österreich liegt nicht voll daneben...“. In: Der Standard, 10.4.1999. S.22.

Einfluss auf den ORF

Red: Herbe ORF-Kritik an VP-Generalsekretär Kukacka. „Er interveniert immer wieder in Personalfragen“. In: Die Presse, 22.7.1989. S.5.
Kra: Kukacka erklärt ORF zur Koalitionsfrage. In. Die Presse, 25.7.1989. S.5.
Red: Koalition setzt Auseinandersetzung um ORF fort. In: Die Presse, 26.7.1989. S.5.
Mk: Streit um ORF-Geist. Kuratorium als Zankapfel der Koalition. In: Die Presse, 4.11.1989. S.5.
Mk: SP und FP weisen Kukackas Ideen für ORF zurück. In: Die Presse, 24.1.1990. S.5.
Stui, dan: TV-Krimi: So wurde Marboe abgesetzt. In: Der Standard, 18.9.1993. S.6.
Red: VP will ORF-Führung abberufen. In: Der Standard, 21.9.1993. S.5.
Fid: Hörer- und Sehervertretung: Neue Runde im ORF-Kuratorenpoker. In: Der Standard, 18.5.1999. S.35.
Fid: „Kopfzerbrechen“ bis zuletzt um ORF. In: Der Standard, 18.5.1999. S.35.
Fid: Neuer Aufsichtsrat für ORF – mit zwei Monaten Verspätung. 34 Kuratoren gefunden – wofür genau ist die Frage. In: Der Standard, 14.7.1999. S.13.
e.w: Kampf um „Zeit im Bild“. In: Die Presse, 22.7.1999. S.6.
red: „Beschämende“ Sekunden. In: Der Standard, 22.7.1999. S.15.
fid, apa: Semmering, Sau & Co. In: Der Standard, 23.7.1999. S.15.

Kultur

Das Hrdlicka-Denkmal

Hirschmann, Christoph: Hrdlickas Stein des Anstoßes. Bildhauer beschwichtigt die ÖVP – „Der Dollfuß gibt für ein Monument eh nix her!“. In: Arbeiterzeitung, 30.1.1988. S.16.
Mth, b.m: Streit um Hrdlicka-Denkmal. Keller tritt gegen Tuppy an. In: Die Presse, 9.7.1988. S.4.
Red: Eskalation im Streit um Hrdlicka-Denkmal. In: Die Presse, 11.7.1988. S.4.
Mth: Kanzler warnte vor Denkmal-Streit: „Image Österreichs könnte leiden“. In: Die Presse, 13.7.1988. S.4.
t.c: Mock für „andere Kulturpolitik“. Voll hinter Tuppy und Kukacka. In: Die Presse, 28.7.1988. S.1.
red: Graf legt sich nun endgültig fest. „Kein Einspruch gegen Hrdlicka“. In: Die Presse, 5.8.1988. S.4.

Peymann

Red: Krise am Burgtheater: Hawlicek wartet ab. In: Die Presse, 13.6.1988. S.5.
Red: Scharfe SP-Kritik an Turrini und Thomas Bernhard. In: Die Presse, 8.10.1988. S.4.
Ett: VP will Peymanns Kopf, Hawlicek verteidigt ihn. In: Die Presse, 21.10.1988. S.1.
Apa, red: Peymanns Vertrag um zwei Jahre verlängert. In: Der Standard, 20.1.1989. S.1.
Ankowitsch, Christian: Peymann als Österreicher: Weiter „Njet“ der Volkspartei. In: Der Standard, 16.1.1992. S.9.
Red: Peymann bleibt an der Burg. In: Der Standard, 24.2.1992. S.1.
Elce, her, spu: Wieder Krach um die Burg. In: Der Standard, 26.2.1992. S.9.
Ertl, Josef: Jäger, Michael: Hitzige Parlamentsdebatte „eine Peymann-Inszenierung“. In: Der Standard, 28.2.1992. S.11.

Poh: Vergebliche Nachfolgersuche: Burg-Direktor Peymann vor Verlängerung. In: Der Standard, 10.5.1994. S.1.
Poh: Peymanns Vertragsverlängerung: „Schlechtestmögliche Lösung“. In: Der Standard, 11.5.1994. S.11.
Red: Massive Kritik an Claus Peymanns Burgtheater-Führung. In: Der Standard, 26.5.1994. S.1.
Trenkler, Peter: Des Burg-Chefs dickes Portefeuille. In: Der Standard, 26.5.1994. S.11.
Hai: Eile bei Vertrag für Claus Peymann gefährdet Reform der Bundestheater. In: Die Presse, 17.6.1994. S.1.
Red: Peymann-Vertrag bis 1999 belastet Koalition. In: Die Presse, 27.6.1994. S.20.
Trenk: Peymanns Vertrag verlängert. In: Der Standard, 27.6.1994. S.1.
Trenk: Claus Peymann bleibt Burgvogt. In: Der Standard, 27.6.1994. S.1.
Red: Peymann bleibt bis 1999. In: Die Presse, 29.6.1994. S.1.

Bundestheaterreform

Haider, Hans: Zu viele Firmen und Spitzenposten: Die Bundestheater-Reform ist geplatzt. In: Die Presse, 20.3.1998. S.26.
Hai: Bundestheater-Reform: Khol bleibt bei Veto gegen Multi-GmbH-Modell. In: Die Presse, 21.3.1998. S.8.
Trenk: Koalitionskrach wegen Bundestheaterreform. In: Der Standard, 21.3.1998. S.9.
Trenk, apa: „Spielwiese für Parteiengezänk“. In: Der Standard, 27.3.1998. S.12.
Trenk: Reform der Bundestheater: ÖVP und SPÖ uneinig einig. In: Der Standard, 28.3.1998. S.14.
Red: Koalitions-Krach um Bundestheater-Chefs. In: Die Presse, 30.7.1998. S.1.
Trenk: Bundestheater werden nun doch Gesellschaften. In: Der Standard, 11.4.1998. S.16.
Trenk: Publikumsbeirat: SPÖ geht auf Distanz. In: Der Standard, 20.5.1998. S.13.
Red: Beirat, Abrat. In: Kleine Zeitung, 20.5.1988. S.59.
Red: Beirat, ade. In: Kleine Zeitung, 21.5.1998. S.107.

Demokratie und Verfassung

Wahlrecht

Len: Mock: Zuerst Wahl-, dann Steuerreform. In: Die Presse, 18.10.1986. S.1.
Ett: „Demokratiepaket“ von SP und VP ist fast fertig. In: Die Presse, 2.1.1987. S.4.
Red: Koalitionsregierung erst am Mittwoch. Drei-Prozent-Klausel für Nationalrat. In: Die Presse, 17.1.1987. S.1.
Len: Schwierigkeiten bei der Wahlrechtsreform. In: Die Presse, 31.3.1987. S.1.
Len: Vor schwierigen Wahlrechtsgesprächen. Wo, wie wird „Kreissieger“ gekürt? In: Die Presse, 31.3.1987. S.1, 4.
Leinhardt, Dieter. Mit heimlichem Grauen zur Wahlreform. In: Die Presse, 3.4.1987. S.3.
Len: Parlamentsrechte werden eifersüchtig bewacht. Koalition engt Volksbefragung wieder ein. In: Die Presse, 2.12.1987. S.4.
Red: Koalition plant nur noch kleine Wahlrechtsreform. In: Die Presse, 27.2.1988. S.5.
Wiener Redaktion: Zurück zu 25 Wahlkreisen: Wahlreform „nicht so groß“. In: Kleine Zeitung, 27.2.1988. S.2.
Ett: Wahlreform droht endgültig zu scheitern. VP-Kompromißmodell findet kaum Anklang. In: Die Presse, 29.4.1988. S.4.
a.k: VP will Wahlrecht für alle Auslandsösterreicher. In: Die Presse, 18.5.1988. S.4.
Wiener Redaktion: Blecha-Entwürfe liegen vor: Wahlrechtsreform nur mini. In: Kleine Zeitung, 19.8.1988. S.2.

len: Wahlreform: „Vorzugssystem“ kommt Mandat mit 6 Prozent der Stimmen? In: Die Presse, 23.8.1988. S.4.
red: Zwist ums Wahlrecht. Fischer: „Frechheit“. In: Die Presse, 29.8.1988. S.5.
a.k: Kleine Wahlrechtsreform droht zu scheitern. In: Die Presse, 5.9.1988. S.5.
chris: Wahlrecht: Warten auf Gericht. In: Der Standard, 21.10.1988. S.6.
tom: SPÖ beharrt auf rund 100 Wahlkreisen. In: Der Standard, 22.11.1988. S.4.
red: VP-Abg. Bruckmann: Briefwahlrecht für Auslandsösterreicher. In: Die Presse. 9.1.1989. S.5.
er: ÖVP für neuen Anlauf in der Reform des Wahlrechts. In: Der Standard, 3.4.1989. S.4.
thal: Ausländerwahl: ÖVP einig mit Zilk. In: Der Standard, 23.2.1989. S.6.
ett: Ringen um Stimmrecht für Auslandsösterreicher. In: Die Presse, 7.3.1989. S.5.
apa: Löschnak weiter gegen Briefwahl. In: Der Standard, 23.3.1989. S.6.
len: Höchstgericht erweitert Wahlrecht. 1990: Auslandsösterreicher stimmen mit. In: Die Presse, 17.3.1989. S.1.
mk, ett: Auslandsösterreicher entzweien Parteien. In: Die Presse, 21.3.1989. S.1.
vecs, apa: Wahlrecht: Kompromiß mit 50 Wahlkreisen. In: Der Standard, 29.3.1989. S.1.
apa: Wahlrechtsreform: Nun drei Ermittlungsverfahren. In: Der Standard, 6.4.1989. S.7.
cs, tom: Wahlrechtsreform kommt, doch Briefwahl ist umstritten. In: Der Standard, 14.4.1989. S.4.
red: Weiter Tauziehen um Briefwahl. In: Die Presse, 18.4.1989. S.5.
apa: ÖVP drängt auf Briefwahl. FP-Chef Haider kündigt Haltungsänderung an. In: Der Standard, 17.4.1989. S.4.
cs: Breite Basis für Wahlrechtsreform. In: Der Standard, 19.4.1989. S.19.
mk, d.n: Stimmzettel für Auslandsösterreicher beim Notar? In: Die Presse, 17.5.1989. S.5.
cs: Für Auslandsösterreicher: Eine Briefwahl, die nicht so heißt. In: Der Standard, 22.7.1989. S.1.
ett: Koalition steht vor Kompromiß beim Wahlrecht. In: Die Presse, 22.7.1989. S.5.
cs: Wahlrechtsreform kommt doch noch in dieser Legislaturperiode. In: Der Standard, 24.7.1989. S.6.
d.n: Wahlrecht bleibt strittig. In: Die Presse, 29.7.1989. S.4.
apa, red: Neisser erneuert Briefwahl-Vorschlag. In: Der Standard, 29.7.1989. S.4.
mk: Wahlrechtsreform soll erst 1994 in Kraft treten. In: Die Presse, 3.8.1989. S.5.
apa: Höchtl forciert die Briefwahl. In: Der Standard, 7.8.1989. S.5.
d.n: Differenzen über Wahl im Ausland. In: Die Presse, 8.8.1989. S.4.
red: Wahlrechtsreform: Koalition uneins. In: Die Presse, 9.8.1989. S.5.
len: Keine Reform vor Wahlen. In: Die Presse, 14.9.1989. S.6.
cs: Wahlrechtsreform kommt doch noch in dieser Legislaturperiode. In: Der Standard, 19.9.1989. S.2.
ett: Kein Briefvotum im Inland. In: Die Presse, 28.9.1989. S.5.
dan: Starre Fronten beim Wahlrecht für die Auslandsösterreicher. In: Der Standard, 30.9.1989. S.4.
ett: Wieder modifizierte Variante im Poker um Wahlrecht. In: Die Presse, 7.10.1989. S.5.
cs: Die Wahlrechtsreform soll erst für die übernächste Wahl gelten. In: Der Standard, 8.11.1989. S.7
mth: Misstöne in der Koalitionsregierung: Abfertigung, Wahlrecht, Ladenschluss. Wer bremst Wahlrecht? Auch für Ladenschluss noch keine Lösung. In: Die Presse, 22.11.1989. S.5.
mth: Auslandsösterreicher noch ohne Wahlrecht. In: Die Presse, 30.11.1989. S.5.
tom: VP: Briefwahl strafrechtlich absichern. In: Der Standard, 7.12.1989. S.7.
apa, tom: Koalitionszank geht im Parlament weiter. In: Der Standard, 9.12.1989. S.7.
red: Wahlrecht nur für wenige Österreicher im Ausland. In: Die Presse, 9.12.1989. S.5.

d.n: Stillstand für die Wahlrechtsreform. In: Die Presse, 2.12.1989. S.5.
Mayer, Thomas: „Kein Ausweg“ bei Wahlrechtsreform. Koalition will Opposition einbinden. In: Der Standard, 12.12.1989. S.6.
Red: Weiter Differenzen um Wahlrecht für Auslandsösterreicher. In: Die Presse, 20.12.1989. S.6.
Red: Briefwahl-Antrag der VP kommt ins Parlament. In: Der Standard, 23.12.1989. S.5.
Tom: SP und VP einig über Briefwahl. In: Der Standard, 11.1.1990. S.1.
Thomas, Mayer: SP und VP sind einig über Briefwahl, die nicht so heißt. In: Der Standard, 11.1.1990. S.5.
d.n: Ringen um Auslands-Wahl. SP sieht Einigung, VP hat noch Wünsche. In: Die Presse, 12.1.1990. S.5.
tom, apa: Wahlrecht für Auslandsösterreicher soll im Februar Gesetz werden. In: Der Standard, 12.1.1990. S.5.
d.n: Wahlrecht: Bei Auslands-Wahl jetzt Streit um Kosten für Notar. In: Die Presse, 16.1.1990. S.5.
red: Wahlrechtsreform gescheiter. In: Der Standard, 16.1.1990. S.1.
hsp: Nächste Woche: Wahlrecht soll in den Nationalrat. In: Der Standard, 20.1.1990. S.5.
red: Wahlrecht wird in letzter Minute geändert. In: Die Presse, 23.1.1990. S.5.
er: Parlament beschließt neues Wahlrecht. In: Der Standard, 27.2.1990. S.6.
d.n: Streit um neues Wahlrecht – für 1994. In: Die Presse, 20.3.1990. S.6.
Prock, Michael: VP möchte Wahlrechtsreform durchsetzen. Riegler und sein Sekretär: 27 Wahlkreise, Vorzugsstimmen. In: Die Presse, 24.3.1990. S.5.
apa, tom: Wahlrecht: Jeder kritisiert jeden. In: Der Standard, 5.4.1990. S.7.
red, apa: Neuer Anlauf für Wahlrechtsreform. In: Der Standard, 9.4.1990. S.5.
cs: Kanzler signalisiert Wahlrechts-Kompromiß. In: Der Standard, 18.4.1990. S.7.
red: Wahlrecht: Kukacka wartet auf Zug der SP. In: Der Standard, 21.4.1990. S.7.
red: Weiter Schlagabtausch um Wahlrechtsreform. In: Die Presse, 7.4.1990. S.5.
red: Koalition nimmt letzten Anlauf für neues Wahlrecht. In: Die Presse, 18.4.1990. S.1.
d.n: Konflikt um Wahlrecht gewinnt an Schärfe. Fische attackiert VP-Chef Riegler. In: Die Presse, 19.4.1990. S.5.
hsp, er: Mehr Dienstposten für Sicherheit und Arbeitsamt. Debatte um Wahlrecht. In: Der Standard, 3.5.1990. S.5.
d.n: Koalition nimmt heute letzten Anlauf zu neuem Wahlrecht. In: Die Presse, 10.5.1990. S.6.
d.n: Krach um neues Wahlrecht. In: Die Presse, 11.5..1990. S.5.
apa: Reform des Wahlrechts verschoben. In: Der Standard, 17.5.1990. S.6.
red: ÖVP plant Initiativantrag zum Wahlrecht. In: Der Standard, 19.5.1990. S.7.
ek, apa: Wahlrecht: VP stellt Antrag, SP winkt ab. In: Der Standard, 30.5.1990. S.6.
d.n: Premiere bei Herbstwahlen. In: Die Presse, 30.5.1990. S.5.
tom: SP und VP einigen sich auf Wahlrechtsreform. In: Der Standard, 28.7.1990. S.1.
Mayer, Thomas: Neues Wahlrecht: Stärkung der Vorzugsstimme, mehr Wahlkreise. In: Der Standard, 28.7.1990. S.5.
Hsp, tom: SP-Fischer dementiert Einigung auf Wahlrecht. In: Der Standard, 1.8.1990. S.6.
Ar: Fischer verspricht neues Wahlrecht bis ´92. In: Die Presse, 16.8.1990. S.5.
Ett, apa: Suche nach neuem Wahlrecht – Druck wächst. Großparteien prüfen nun Modell mit 40 Wahlkreisen. In: Die Presse, 3.11.1990. S.5.
Ett: Doch 100 Wahlkreise? In: Die Presse, 9.11.1990. S.6.
Ertl, Josef: Verstaatlichte wird privatisiert. In: Der Standard, 30.11.1990. S.5.
Ett, red: Neues Wahlrecht: Zweimal Vorzugstimmen durch den Bürger. In: Die Presse, 5.12.1990. S.6.

Er, sy: Wähler entscheiden direkt über Vergabe von 90 Sitzen. In: Der Standard, 4.12.1990. S.1.
Ertl, Josef: Direktwahl von 90 Mandaten. In: Der Standard, 4.12.1990. S.1.
Er: Mandatsverteilung bleibt gleich. In: Der Standard, 5.12.1990. S.6.
Wiener Redaktion: Wahlrecht bringt drei Stufen. Länder bleiben Angelpunkt. In: Kleine Zeitung, 5.12.1990. S.2.
Cs: Stimme für Minderheiten im Nationalrat. In: Der Standard, 21.2.1992. S.6.
Apa: Ab 1994 soll jeder Wähler zwei Stimmen haben: Löschnak zimmerte 46 Regionalwahlkreise zurecht. In: Die Presse, 27.3.1991. S.6.
Red, apa: Wahlrecht bis 19. Juni im Parlament, sagt SP-Fuhrmann. In: Der Standard, 11.6.1991. S.8.
Tho: Wahlrecht – bitte warten. In: Die Presse, 4.2.1992. S.5.
Red: Wer hat mit wem was...? In: Die Presse, 6.2.1992. S.6.
d.n: Neisser: Neues Wahlrecht „spätestens“ ab Jänner. In: Die Presse, 14.4.1992. S.4.
ett: Trotz Vorbehalten: Vranitzky steht zu Wahlrechts-Fahrplan. In: Die Presse, 15.4.1992. S.4.
Vecs: Wahlreform: Vranitzky für Stimmensplitting. In: Der Standard, 27.5.1992. S.5.
Ek: Pröll macht Druck auf Wahlrechtsreform. In: Der Standard, 30.5.1992. S.5.
Red: Stimmensplitting treibt Kein in die Koalition. In: Die Presse, 1.6.1992. S.4.
Lahn: Wahlrecht ohne Splitting. Persönlichkeitswahl setze sich in der Koalition nicht durch. In: Die Presse, 1.6.1992. S.4.
Lahn: Wieder Aus für Stimmensplitting. ÖVP scheitert am Widerstand der SPÖ – Wahlrechtsreform ohne Maximalvariante. In: Die Presse, 1.6.1992. S.4.
Red: Parlamentspräsident Fischer will nicht neu verhandeln. In: Der Standard, 2.6.1992. S.4.
Mk: Stimmensplitting: Busek drängt auf SP-Entscheidung. In: Die Presse, 2.6.1992. S.4.
Red: Parlamentspräsident Fischer will nicht neu verhandeln. In: Die Presse, 2.6.1992. S.4.
Lahn: SP- und VP-Spitze einig: Wahlrecht beschlußreif. In: Der Standard, 3.6.1992. S.5.
d.n, mk: Nächste Bundeswahl nach neuen Regeln. In: Die Presse, 3.6.1992. S.4.
mk: SP-Klub kann dem Stimmen-Splitting nicht nahetreten. In: Die Presse, 10.6.1992. S.4.
vecs, lahn: Wahlrecht als „Neuwahl-Hürde“. In: Der Standard, 1.7.1992. S.6.
red: Koalition beschließt neues Wahlrecht. In: Der Standard, 11.7.1992. S.1.
vecs, apa: Koalition beschließt Reform des Wahlrechts gegen die Opposition. In: Der Standard, 11.7.1992. S.5.
Rohrer, Anneliese: Einführung der Briefwahl: ÖVP spricht von Test für die ÖVP. In: Die Presse, 20.11.1999. S.1.
Eli, völ: Hürden auf dem Weg. In: Der Standard, 4.1.2000. S.6.
Eli: „Ein gutes Stück weitergekommen“. In: Der Standard, 7.1.2000. S.7.

Nationalrat

Ar: Mehr Rechte für Opposition im Parlament: Koalition bei Untersuchungsausschuß uneinig. In: Die Presse, 20.2.1987. S.4.
d.n: Staatsreform heute im Ministerrat, aber vieles offen. In: Die Presse, 9.11.1993. S.6.

Rechnungshof

Mk: Rechnungshof-Kontrolle wird neu aufgerollt. Fischer nimmt VP-Vorschlag nicht ernst. In: Die Presse, 14.1.1989. S.15.
Mk: Parteien fordern jetzt Reform des Rechnungshofes. In: Die Presse, 3.10.1989. S.5.

Kammern

Er: VP und FP: Geppert muß bei Rechberger eingreifen. In: Der Standard, 22.6.1990. S.7.
d.n, mk: „Fall Rechberger“ belastet Koalition täglich stärker. VP erhöht Druck auf Geppert, FP-Mißtrauensantrag? In: Die Presse, 26.6.1990. S.5.
er: Riegler: SP hat Reform der AK platzen lassen. In: Der Standard, 4.7.1990. S.5.
spu, ek, er, apa: Kammermitgliedersollen über Zwang abstimmen, fordert Riegler. In: Der Standard, 24.8.1990. S.6.
ar: Riegler zu SP-Reformplänen: „Habe es einfach satt“. In: Die Presse, 25.8.1990. S.5.
er, apa: Rechberger beruft gegen Ausschuß. Vranitzky: Riegler „Waldbauernbub“. In: Der Standard, 27.8.1990. S.7.
spu: Fischer: Kammern stehen an der Kippe aber Pflicht zur Mitgliedschaft bleibt. In: Der Standard, 28.8.1990. S.5.
jw: ÖVP für Kammer-Urabstimmungen. In: Der Standard, 29.8.1990. S.6.
spu: VP-Kukacka: AK-Umlage um ein Drittel senken. In: Der Standard, 31.8.1990. S.5.
Red: Programmvergleich. Der Zwang zur Kammer beginnt zu wanken. In: Der Standard, 11.9.1990. S.6.
Sy: SP verschärft Druck für Kammerreformen. In: Der Standard, 17.10.1990. S.17.

Liberales Forum

Sittinger, Ernst: Liberaler Klub ist rechtlich zulässig. In: Der Standard, 9.2.1993. S.5.
Sittinger, Ernst: VP gegen Klubstatus für die Liberalen. In: Der Standard, 18.2.1993. S.5.
Mayer, Thomas; Sittinger, Ernst: Kraftprobe um die fünfte Kraft. In: Der Standard, 19.2.1993. S.6.
Sitt, tom: „Schwerste Entscheidung dieser Periode“. In: Der Standard, 20.2.1993. S.6.
Apa, stui: Heinz Fischer sieht große Koalition stabilisiert. In: Der Standard, 22.2.1993. S.5.

Staatsreform und EU-Beitrittsgesetz

rie: Staats-Reform führt zu Wortduell in Koalition. In: Die Presse, 24.11.1993. S.6.
apa, red: VP dringt auf mehr Rechte für Länder. In: Der Standard, 29.12.1993. S.6.
Neuwirth, Dietmar: Gegen Zwang zur großen Koalition. In: Die Presse, 19.10.1993. S.7.
Red: Direktwahl der Bürgermeister umstritten. In: Die Presse, 21.10.19993. S.6.
red, apa: Vor Kompromiß bei Direktwahl der Bürgermeister. In: Die Presse, 17.12.1994. S.7.
red: Pakt für Direktwahl der Bürgermeister. In: Die Presse, 31.3.1994. S.6.
rie, chs: SPÖ und ÖVP uneins über Verwirklichung. In: Die Presse, 7.6.1994. S.7.
stui: „Andere“ Lösung bei Kindergartenausbau. In: Der Standard, 8.6.1994. S.5.
red, apa: ÖVP will Staatsreform noch vor dem Sommer. In: Der Standard, 24.6.1994. S.5.
red, rie: ÖVP: Bundesstaatsreform noch vor Wahl. In: Die Presse, 24.6.1994. S.6.
ar, rie: Verzögert SP-Klub Bundesstaatsreform, EU-Vertrag? ÖVP denkt an Ultimatum für Parlamentsarbeit. In: Die Presse, 22.6.1994. S.7.
chs: Streit um Beschlußtermin. In: Die Presse, 25.6.1994. S.7.
red: Staatsreform führt zu Koalitionsverstimmung. In: Der Standard, 1.7.1994. S.4.
rie, ett: Bundesstaatsreform: Krach Busek – Fischer. In: Die Presse, 5.7.1994. S.6.
stui: Wahlkampfsommer ist eröffnet. In: Der Standard, 5.7.1994. S.6.
Marschall, Gerhard; Mayer, Thomas: Staatsreform: Mehrheit gesucht. In: Der Standard, 22.10.1994. S.6.
Apa: ÖVP nimmt neuen Anlauf für die verschleppte Bundesstaatsreform. In: Der Standard, 15.2.1997. S.6.
Red, apa: Neuer Anlauf für Neuverteilung. In: Der Standard, 19.6.1997. S.8.
Das: Bundesstaatsreform: Zurück an den Start? In: Die Presse, 25.2.1997. S.6.

Verfassungsgerichtshof

Red: „Klassenkampf“ um Steuervorteil für Kinder. In: Die Presse, 9.1.1992. S.1.
d.n, has, red: Familienbesteuerung: Nun Entwarnung in Koalition. Aber neuer Konflikt um die Mehrkinderstaffel droht. In: Die Presse, 10.1.1992. S.5.
mk: Parlamentsdebatte um Höchstrichter. VP lehnt Reform des Gerichtshofs total ab. In: Die Presse, 13.3.1992. S.5.
red: VfGH-Reform sorgt für Differenzen zwischen SP und VP. In: Die Presse, 28.9.1992. S.4.
apa: VfGH-Reform: SPÖ und ÖVP uneinig. In: Der Standard, 28.9.1992. S.5.
mon, apa: Verfassungsgerichtshof entzweit Koalitionspartner. In: Der Standard, 21.10.1997. S.7.
Kostelka, Peter: „Gralshüter“ der Verfassung. In: Der Standard, 28.10.1997. S.27.
Khol, Andreas: Hände weg von der Verfassung! In: Der Standard, 30.10.1997. S.31.
er: ÖVP bricht Konsens aller Parteien. In: Der Standard, 13.11.1997. S.6.
ina: Sondervotum für Höchstrichter entzweit Fischer und Khol. In: Der Standard, 18.12.1998. S.9.
red: Wahlkampfstreit um Europaparlament. In: Der Standard, 5.7.1994. S.1.

Politikerbezüge

Stuiber, Petra: SP: Berufsverbot für Klubobleute. In: Der Standard, 20.6.1996. S.5.
Red: SP will Polit-Bezüge per Verfassung begrenzen. In: Der Standard, 21.6.1996. S.6.
Red: „Das wird sich ganz aufhören“. In: Der Standard, 21.7.1996. S.6.
Red: SP-Klubchef Kostelka für die Offenlegung aller Gehälter. In: Der Standard, 25.6.1996. S.1.
Ina: Koalition streitet um das Zweiteinkommen. In: Der Standard, 25.6.1996. S.4.
Mon: „Unternehmer werden aus dem Parlament vertrieben“. In: Der Standard, 26.6.1996. S.1.
Salomon, Martina; Seidl, Conrad: Unternehmer – raus aus dem Parlament. In: Der Standard, 26.6.1996. S.5.
d.n: Nach SP-Einwänden: Wackelt die Gehaltspyramide für Politiker. In: Die Presse, 1.2.1997. S.7.
Apa: Länder-Widerstand gegen Gehaltspyramide. In: Der Standard, 15.2.1997. S.6.
red: Die Einigung über die Bezügereform 1997 im Wortlaut. In: Die Presse, 20.3.1997. S.7.
das: Länderchefs gefährden Vier-Parteien-Einigung. In: Die Presse, 6.5.1997. S.7.
stui: Auf Kriegsfuß mit den Landeshäuptlingen. In: Der Standard, 6.5.1997. S.5.
dam: Politikerlohn: Kampf bis zuletzt. In: Der Standard, 7.5.1997. S.5.
das, red: Bezüge der Landeschefs: Bedingungen der ÖVP. In: Die Presse, 7.5.1997. S.7.
red: Gehaltspyramide: Landeshauptleute wurden besänftigt, aber Unmut im Westen. In: Die Presse, 9.5.1997. S.8.
dam: Bezüge: „Nicht immer auf Wiener ausreden“. In: Der Standard, 10.5.1997. S.5.

Taktik, Persönliches, Skandale

Ressorts

Zankel, Erwin: VP legt Mock Latte höher. In: Kleine Zeitung, 8.1.1987. S.2, 3.
Red: Dramatisches Ringen um Koalition. Kreisky schaltet sich mit Drohung ein. In: Die Presse, 14.1.1987. S.1, 4.
Wiener Redaktion: Koalition: Zähes Pokern um das Justiz- und das Außenamt. In: Kleine Zeitung, 14.1.1987. S.2.

Red: Koalition: Einigung in letzter Minute. VP verzichtet auf Justizministerium. In: Die Presse, 15.1.1987. S.1.
Red: So dürfte die große Koalition aussehen. In: Kleine Zeitung, 15.1.1987. S.2, 3.
Wiener Redaktion: Die Regierung ist kurz vor dem Ziel. In: Kleine Zeitung, 11.12.1990. S.2, 3.
a.u: Außenamt: Kulturkompetenz für VP wichtiger als Entwicklungshilfe. In: Die Presse, 13.12.1990. S.6.
Ett, chs: Schwarz-blaue Allianz bekräftigt Forderung nach Bildungsministerium. In: Die Presse, 29.3.1994. S.6.
Tom: Liberale verlangen eigenes Technologieministerium. In: Der Standard, 6.4.1994. S.6.
Chs: Absage an Bildungsressort. In: Die Presse, 12.7.1994. S.6.
Red: Klima für 0,5 Alkolimit, Mitsprache bei Straßen: ÖVP hört gar nicht hin. In: Die Presse, 28.7.1994. S.7.
Marschall, Gerhard: Zähes Ringen um den Verkehr. Klima will die totale Kompetenz. In: Der Standard, 2.11.1994. S.6.
Red: Koalition: Noch keine Annäherung. SPÖ lehnt Bildungsministerium ab. In: Die Presse, 7.11.1994. S.1.
Bra: Heftiger Kampf um Sektionen. In: Der Standard, 1.2.1996. S.17.
Tom, apa: SPÖ mauert gegen Abschaffung des Verkehrsministeriums. In: Der Standard, 27.2.1996. S.5.
Mon, stui: Moser kämpft um Familienressort. SPÖ ist auf Schüssel sauer. In: Der Standard, 13.2.1996. S.5.
Kob, stui: Verzetnitsch für ein neues „Superressort“. In: Der Standard, 2.3.1996. S.5.
Stui: Knackpunkte bei den Koalitionsverhandlungen. Regierungsbildung: Weiter Gedrängel im Außenamt. In: Der Standard, 15.2.1996. S.5.
Schwarz, Andreas: Koalitions-Streit um Europa-Agenden. SPÖ beharrt auf EU-Staatssekretariat. In: Die Presse, 16.2.1996. S.5.
Voy, apa: Schüssel: „Koalition kann Ende nächster Woche im wesentlichen stehen“. In: Der Standard, 1.3.1996. S.4.
Ina: Koalitionsverhandler sind jetzt in der Zielgeraden. In: Der Standard, 5.3.1996. S.4.
Red: Wenig Bewegung bei der Ressortaufteilung. In: Der Standard, 6.3.1996. S.6.
Stui: ÖGB gibt der Regierung „grünes Licht“. In: Der Standard, 7.3.1996. S.5.
Red: Zwei Minister und zwei Staatssekretäre eingespart. In: Der Standard, 8.3.1996. S.1.
Ninz, Lydia: Ditz und Scholten ringen um die vollen Fördertöpfe. In: Der Standard, 11.3.1996. S.6.
Stui: Gerangel um die EU-Kompetenzen und Fördergelder. In: Der Standard, 13.3.1996. S.1.
Lyn, stui: Gerangel um die Kompetenzen geht weiter. In: Der Standard, 13.3.1996. S.5.
Ett, ar: Rückzieher Klimas: Doch kein großes Bildungsressort. Neuer SP-Chef will Sicherheitsoption ernsthaft prüfen. In: Die Presse, 10.4.1997. S.1.
Red, apa: Kritik an SP-Bildungspolitik. In: Der Standard, 11.4.1997. S.6.
Kob, völ: Auch ÖVP für „Begradigung“ in einzelnen Ministerien. In: Der Standard, 3.8.1999. S.6.
Kob: VP will Wunschzettel der SP nicht erfüllen. In: Der Standard, 4.8.1999. S.7.
Kob: Brüchiges Vertrauen in der Koalitions-Ehe. In: Der Standard, 7.8.1999. S.7.
Ina: Fischer wirft ÖVP „groben Unfug“ vor. In: Der Standard, 20.8.1999. S.7.
Red: Harte Kämpfe bei Koalitions-Endspurt. Machtprobe in Parteien als nächste Hürde. In: Die Presse, 18.1.2000. S.1.
Cs, eli, kob, mon, völ: Alles dreht sich, alles bewegt sich. In: Der Standard, 18.1.2000. S.3.
Red: Grünes Licht für Koalition. In: Der Standard, 19.1.2000. S.1.

Linsinger, Eva; Salomon, Martina: High Noon beim Kanzler. In: Der Standard, 19.1.2000. S. 2.
Red: Klima gewinnt Machtkampf in SPÖ. Aufteilung der Ministerien offen. In: Die Presse, 19.1.2000. S.1.
Ewi, ar, c.l: Khol: Ohne VP-Finanzministerium, ohne ÖGB kein Ja zu Koalition mit SPÖ. In: Die Presse, 20.1.2000. S.4.
Red: Der Poker um das neue Kabinett. In: Der Standard, 20.1.2000. S.3.
Red: Koalition vor dem Aus. In: Der Standard, 21.11.2000. S.1.
Eli, mon: Vor dem Aus der Koalition: „Es gibt Grenzen der Zumutbarkeit". In: Der Standard, 21.1.2000. S.1, 2.
Red: Ministerpoker bis zuletzt. In: Der Standard, 21.1.2000. S.1, 2.
Red: Kampf um das Finanzministerium eskaliert, SPÖ droht mit Rot-Blau. In: Die Presse, 21.1.200. S.4.
Eli, mon: Rot-schwarze Scheidung nach 13 Ehejahren. In: Der Standard, 22.1.200. S.2.
Red: Klima, Schüssel voll auf Kollisionskurs. Neues Klestil-Veto gegen Freiheitliche. In: Die Presse, 21.1.2000. S.1.

Parteibuchwirtschaft – Proporz

Red: Besetzt nun die ÖVP Notenbank und CA? In: Die Presse, 5.2.1988. S.5.
Red: Streit um Nationalbank. VP will nicht nachgeben. In: Die Presse, 1.7.1988. S.4.
Vorhofer, Kurt: Nationalbank: Die Schlacht ist nun voll entbrannt. In: Kleine Zeitung, 1.7.1988. S.2.
Ett: Koalition berät über Objektivierung. Doch gleichzeitig tobt der Kampf um Posten. In: Die Presse, 2.7.1988. S.4.
Red: Koren-Nachfolge: Kampf der Sekretäre. In: Kleine Zeitung, 2.7.1988. S.2.
Ett, m.f: Koalitionsklima deutlich verschlechtert. Noch immer kein neuer Notenbankchef. In: Die Presse, 6.7.1988. S.1.
Ett: Szenen einer rot-schwarzen Ehe, oder: Ein Sommerkrach im Kabinett. In: Die Presse, 6.7.1988. S.1.
Wiener Redaktion: Haschek und Taus sind out: Klauhs Favorit für Notenbank. In: Kleine Zeitung, 6.7.1988. S.2.
Wiener Redaktion: Poker zu Ende: Klauhs der neue Nationalbankpräsident. In: Kleine Zeitung, 8.7.1988. S.2.
Ett: Politischer Krimi um Notenbank. Erbittertes Tauziehen Vranitzky – Mock. In: Die Presse, 8.7.1988. S.1.
m.f: Nach Klauhs-Nominierung weiter Revirements offen. In: Die Presse, 9.7.1988. S.1.
mth, a.k: Reaktionen auf den neuen Notenbank-Chef. SP-Verstimmung über Mocks Taktik. In: Die Presse, 9.7.1988. S.5.
apa: Koalition pokert um EU-Posten. In: Der Standard, 3.12.1994. S.5.
red, apa: VP-Abgeordnete gegen Marizzi. In: Der Standard, 21.12.1994. S.6.
mue, kob: Empörung in der SP nach Rückzug Marizzis. In: Der Standard, 23.12.1994. S.6.
stui: „Kleiner Mann darf nicht werden". In: Der Standard, 23.12.1994. S.6.
Schwarz, Andreas: Ein Botschafterreigen, der in Wahrheit still steht. In: Die Presse, 26.1.1999. S.4.
Apa, stui: Zankapfel EU: Koalition streitet um Posten. In: Der Standard, 8.2.1999. S.9.
Red: Kuhhandel um Fischler – Postenschacher in Koalition. In: Die Presse, 22.3.1999. S.1, 4.
red: Opposition spricht von „Kuhhandel" um EU-Kommissar Fischler. In: Der Standard, 22.3.1999. S.1, 7.
Völ: „Kuhhandel" empört die Opposition. In: Der Standard, 22.3.1999. S.1, 7.
Red: Kuhhandel um Fischler. In: Kleine Zeitung, 22.3.1999. S.4.

Red: Koalitionskrach um „Kuhhandel“ in EU. In: Der Standard, 23.3.1999. S.1.
Mayer, Thomas; Salomon, Martina: Fischler-Wahl wird zur Koalitionsfrage. In: Der Standard, 23.3.1999. S.2.
Kraus, Doris: „Kein Junktim bei Posten“. In: Die Presse, 23.3.1999. S.6.
Salomon, Martina: Verbissenes Ringen um Botschafterposten. In: Der Standard, 24.3.1999. S.7.
Föderl-Schmid, Alexandra; Mayer, Thomas: Kostelka: Fischler selbst bot Kuhhandel an. In: Der Standard, 26.3.1999. S.6.
Tom: Kommissar Fischler bestätigt Brüsseler Jobangebot an Klima. In: Der Standard, 16.4.1999. S.7.
Linsinger, Eva: Nächste Runde im Botschafterstreit: SPÖ will Revanche. In: Der Standard, 11.6.1999. S.12.
d.n: Schüssel drängt SPÖ. In: Die Presse, 25.6.1999. S.8.
red: Vor Durchbruch bei Botschaftern? In: Die Presse, 26.6.1999. S.6.
Leibl, Friederike: Zank um Franz Fischler: Das Pferd, der Rennstall und die richtige Ziellinie. In: Die Presse, 26.6.1999. S.8.
Mayer, Thomas: Prodi braucht Franz Fischler. In: Der Standard, 30.6.1999. S.5.
Red: Der 23. Anlauf für ein Postenkarussell. In: Der Standard, 6.7.1999. S.2.
c.u: Im Botschafter-Dauerstreit zeichnet sich Kompromiß SPÖ-ÖVP ab. In: Die Presse, 6.7.1999. S.4.
eli: Das Ende des Postengezerres. Ministerrat nominiert Kommissar Franz Fischler und beschließt Botschafterpaket. In: Die Presse, 6.7.1999. S.4.

Koalitionsfreier Raum

Mar: Knackpunkt „koalitionsfreier Raum“. In: Der Standard, 21.10.1994. S.6.
Stuiber, Petra: Fischer: „Freies Spiel der Kräfte macht mir Kopfzerbrechen“. In: Der Standard, 10.1.1996. S.5.
Ina, rest, stui: Kein Zweifel über „Koalitionsbrecher“. In: Der Standard, 18.1.1996. S.4.
Anka, stui: Koalitionsfreier Raum: VP-Khol will nicht so heiß essen, wie gekocht wird. In: Der Standard, 19.1.1996. S.4.
Red: Koalitionsprobleme sind im Flug zu lösen. In: Der Standard, 29.2.1996. S.6.
Stui: „Klimas Aussagen haben koalitionäre Sprengkraft“. In: Der Standard, 21.5.1997. S.1.
Hab: Koalitionsfreier Raum wird nicht mehr ausgenützt. In: Der Standard, 24.7.1997. S.6.

Bundespräsident Waldheim

Red: SP fordert: Waldheim soll klagen. In: Kleine Zeitung, 30.4.1987. S.2.
Wiener Redaktion: Graff: Klagen gegen Feme ist sinnlos. In: Kleine Zeitung, 30.4.1987. S.2.
Red: Parlament befaßt sich mit Waldheim. Fischer weist Vorschlag der VP zurück. In: Die Presse, 8.5.1987. S.4.
Red: Offener Koalitionsstreit um Waldheim. FP: „Enttäuschung“ über Präsidenten. In: Die Presse, 18.5.1987. S.1.
Red: Waldheim war kein Thema. In: Kleine Zeitung, 23.5.1987. S.2.
Wiener Redaktion: Note an US: Waldheim-Bann und Rücknahmepflicht weg! In: Kleine Zeitung, 17.6.1987. S.2.
Red: Heftige Polemik um Papst-Einladung. ÖGB-Präsident Benya im Kreuzfeuer. In: Die Presse, 20.6.1987. S.1.
Red: Wiener SPÖ fordert den Rücktritt von Waldheim. In: Kleine Zeitung, 28.6.1987. S.2.

Len: SP-Ja zu einem VP-Kandidaten bei Waldheim-Rücktritt. In: Die Presse, 30.6.1987. S.1.
Tho, red: Linksruck in Wiener SP – oder nicht? Busek, Hubinek widersprechen Mock. In: Die Presse, 30.6.1987. S.4.
Ettinger, Karl: Als Vranitzkys Worte in Kagran nicht mehr galten. In: Die Presse, 29.6.1987. S.5.
Red: Mock: „Kritik Benyas völlig unverständlich". In: Die Presse, 22.6.1987. S.5.
Red: Graff: „Koalition heißt nicht vertuschen". Kein Ende im Prozeß Sinowatz gegen Worm. In: Die Presse, 28.8.1987. S.4.
Mth: Keller schießt scharf auf Graff: „Er steht hinter Sinowatz-Anzeigen". In: Die Presse, 2.8.1987. S.4.
Ar: Waldheim entzweit SP-Kongreß. Rücktrittsforderung 198:101 abgelehnt. In: Die Presse, 30.10.1987. S.1.
Wiener Redaktion: SP: Keine Mehrheit für Waldheim-Rücktritt. In: Kleine Zeitung, 30.10.1987. S.2.
Hws, a.u: Wirbel um Waldheim-Interview Graffs. Mock „bestürzt" über Generalsekretär. In: Die Presse, 18.11.1987. S.4.
Red: Heinz Fischer zielte auf Mock und Waldheim. In die Presse, 24.11.1987. S.4.
Red: Klärendes Gespräch Waldheim – Blecha. In: Die Presse, 28.12.1987. S.1.
Red: Historikerbericht löste schwere Koalitionskrise aus. Waldheim wollte Regierung zur Ablehnung bewegen. In: Die Presse, 10.2.1988. S.1.
Red: Waldheim läßt SP und VP auseinanderleben. In: Kleine Zeitung, 10.2.1988.S.2.
Red: Gratz: Koalition nicht in Gefahr. In: Die Presse, 11.2.1988. S.1.
Red: Die SP verstärkt den Druck auf Waldheim. In: Kleine Zeitung, 11.2.1988. S.2.
mth: Österreich muss die Diskussion beenden. In: Die Presse, 12.2.1988. S.5.
Lenhardt, Dieter: „Neues Amtsverständnis" Waldheims: Mock zu Gesprächen mit der SP bereit. In: Die Presse, 13.2.1988. S.1.
a.k: SP will über Rücktritt Waldheims verhandeln. In: Die Presse, 23.2.1988. S.1.
red: Sinowatz-Rücktritt für Mock kein Tauschhandel. In: Die Presse, 29.2.1988. S.1.
tom: Riegler wärmt Waldheim für den Wahlkampf auf. In: Der Standard, 3.10.1990. S.7.

Sinowatz – falsche Zeugenaussage

Red: Bleibt Sinowatz „immun"? Mehrheit gegen Auslieferung. In: Kleine Zeitung, 29.7.1988. S.2.
Red: Koalition soll heute „Fall Sinowatz" beraten. In: Die Presse, 2.8.1988. S.1.
Ett: Trotz SP-Warnung lässt VP nicht von Sinowatz ab. In: Die Presse, 2.8.1988. S.1.
Ar: VP sucht einheitliche Linie für Fall Sinowatz. In: Die Presse, 1.9.1988. S.4.
Hws, ett: Koalition berät Politiker-Immunität. Pilz hofft auf seine Auslieferung. In: Die Presse, 6.9.1988. S.4.
Scheidl, Hans Werner: Sinowatz wird nicht ausgeliefert. In: Die Presse, 7.9.1988. S.4.
Red: Zeuge Sinowatz weicht dem Druck: Verzicht aufs Mandat. In: Kleine Zeitung, 8.9.1988. S.2.
Red: Keine Ruhe im Fall „Fred Sinowatz". In: Kleine Zeitung, 9.9.1988. S.2.
Red: Sinowatz: Gericht will Auslieferung. In: Kleine Zeitung, 10.9.1988. S.2.
Red: Sinowatz legt sein Mandat sofort zurück. In: Die Presse, 17.9.1988. S.1.
Wiener Redaktion: VP-Kukacka lobt Sinowatz: „Sehr anerkennenswert". In: Kleine Zeitung, 17.9.1988. S.2.
Ar: Wegen Sinowatz droht ernste Koalitionskrise. In: Die Presse, 17.9.1988. S.1.
Mth: SPÖ wir heute überstimmt: Parlament will Pilz ausliefern. In: Die Presse, 28.9.1988. S.1.
Len, mth, ett: Stellte Vranitzky die Koalitionsfrage? VP gab nach: Kein Abstimmungskrieg. In: Die Presse, 29.9.1988. S.1.

Wiener Redaktion: „Immunitätsfall“ Peter Pilz: SP für Namensabstimmung. In: Kleine Zeitung, 27.9.1988. S.2.
Wiener Redaktion: Kampfabstimmung über Pilz. Ein SP-Warnschuß für die ÖVP. In: Kleine Zeitung, 27.9.1988. S.2.
Wiener Redaktion: „Fall Pilz“: Vertagung sollte den Koalitionsfrieden retten. In: Kleine Zeitung, 29.9.1988. S.2.
Wiener Redaktion: SP/VP feiern ihre Vernunft. Pilz höhnt: „Militäraktion“. In: Kleine Zeitung, 30.9.1988. S.2.
d.n, mk: Attacken auf Sipötz nach Sinowatz-Urteil. In: Die Presse, 17.4.1991. S.1.
er: Kritik an Präsident Fischer. In: Der Standard, 23.4.1991. S.6.
red: Scharfe Debatte um Justiz. In: Der Standard, 25.4.1991. S.1.

Vranitzky Abfertigung

Mon: ÖVP will Rohbericht des Rechnungshofes über Abfertigung für Vranitzky sehen. In: Der Standard, 21.10.1989. S.5.
Red: Die Länderbank wehrt sich, Riegler versteht Kanzler nicht. In: Der Standard, 25.10.1989. S.5.
Mth: Kanzler-Abfertigung nährt Misstrauen in der Koalition. In: Die Presse, 4.11.1989. S.1.
Mk: Vranitzky lehnt Aussage im Ausschuß ab. In: Die Presse, 11.11.1989. S.5.
Ett, mk: Heute Ausschuss zu Vranitzkys Vertrag. Rechnungshof spricht von Existenzkrise. In: Die Presse, 14.11.1989. S.5.
Mayer, Thomas: Vranitzky-Ladung: VP zögert. In: Der Standard, 14.11.1989. S.6.
Red: Streit um Vranitzkys Bankvertrag. VP deutet Einlenken an. Fischer dementiert Drohung. In: Die Presse, 16.11.1989. S.1.
Mayer, Thomas: ÖVP besteht auf Auskunft durch Broesigke oder Vranitzky selbst. In: Der Standard, 16.11.1989. S.7.
Red: Kanzler Attacke. Vranitzky: Kritik an Länderbank-Vertrag politisch motiviert. In: Die Presse, 20.11.1989. S.1.
Mth: Misstöne in der Koalitionsregierung: Abfertigung, Wahlrecht, Ladenschluss. In: Die Presse, 22.11.1989. S.5.
Mk: Vranitzky-Vertrag: Heute tagt wieder der RH-Ausschuss. In: Die Presse, 23.11.1989. S.1.
Mk: Vranitzky-Vertrag: Wieder Vertagung. In: Die Presse, 24.11.1989. S.1.

Lucona und Bundesländerversicherung

Red: Blecha fahndet nach Proksch: „Über 85 Anfragen gestellt“. In: Kleine Zeitung, 29.9.1988. S.2.
Mth, hws, m.k: Lucona-Ausschuss: Eklat. Beriet Blecha Zeugen? In: Die Presse, 11.1.1989. S.1.
Hws, mth: Blecha ist „stolz darauf, die Justiz eingeschaltet zu haben“. In: Die Presse, 12.1.1989. S.1.
Mth, st: Weiter Zank um Blecha. Vranitzky rügt Mock. In: Die Presse, 18.1.1989. S.1.
Red: Nach Blechas Rücktritt. Spekulation um Gratz. In: Presse, 20.1.1989. S.1.
Red: Lucona: Gegenoffensive der SP. „Bundesländer“-Untersuchung verlangt. In: Die Presse, 25.1.1989. S.1.
Mth: Koalitionszwist um „Bundesländer“. FP will eigenen Ausschuss installieren. In: Die Presse, 27.1.1989. S.5.
Mth: SPÖ schürt Verdacht gegen „Bundesländer“ – Wo sind 20,8 Millionen? In: Die Presse, 28.1.1989. S.1.
Mth, ett, d.n: SP beharrt auf Bundesländer-Untersuchung im Parlament. VP glaubt, daß Lucona-Ausschuß Aufklärung bringen wird. In: Die Presse, 28.1.1989. S.1.

Apa, tom: „Bundesländer“: SP-Beweisantrag im Lucona-Ausschuß angekündigt. In: Der Standard, 30.1.1989. S.5.
Mth: SP: „Bundesländer“ prüfen, „auch wenn Koalition platzt“. In: Die Presse, 31.1.1989. S.1.
Red: „Rolle der Bundesländer-Versicherung aufklären“. Kukacka: Vranitzky hätte schon längst prüfen können. In: Die Presse, 2.2.1989. S.5.
Ertl, Josef: Kukacka: Schließe Zahlungen der „Bundesländer“ an die ÖVP aus. In: Der Standard, 2.2.1989. S.5.
Mth: Lucona-Affäre weiter zentrales Thema. VP: Prüfung der „Wiener Städtischen“. In: Die Presse, 11.2.1989. S.5.
Tom: VP-Graff spricht von rot-blauem „Quargelsturz“ über Proksch. In: Der Standard, 17.5.1989. S.1.
Dan: Verhaftung des Gerichtschefs Demel löst Streit in Koalition aus. In: Der Standard, 17.5.1989. S.1.
Lahn: Unabhängig reicht nicht, „Egmont“ soll er heißen. In: Der Standard, 22.11.1990. S.7.
Er: SPÖ und ÖVP beginnen Verhandlungen über Ressortverteilung. In: Der Standard, 5.12.1990. S.6.
Mayer, Thomas; Vécsei, Paul: Frauenministerium und Gesundheitsressort für SP. In: Der Standard, 12.12.1990. S.7.
Red: Trotz der Einigung Vranitzky – Riegler. VP-„Aufstand“ gegen Justizminister Oberhammer. In: Die Presse, 13.12.1990. S.1.
Red: Scharfe ÖVP-Kritik aus den Ländern an Zustimmung für Oberhammer. In: Der Standard, 13.12.1990. S.1, 7.
Vécsei, Paul; Wieser, Johannes: VP-Aufstand gegen Oberhammer. In: Der Standard, 13.12.1990. S.1, 7.
Er: ÖVP macht Oberhammer zur großen Koalitionsfrage. In: Der Standard, 14.12.1990. S.1.
Ertl, Josef: Volkspartei lehnt Oberhammer ab. In: Der Standard, 14.12.1990. S.7.
Red: VP beharrt: Regierung nur ohne Oberhammer. Riegler droht jetzt mit Foregger-Wählen. In: Die Presse, 15.12.1990. S.1.
Mayer, Thomas; Wieser, Johannes: Vranitzky will von VP „neue Fakten“ für Nein zu Oberhammer. In: Der Standard, 15.12.1990. S.5.
Jw, tom: Proksch kam in Wochenendhaus des Justiz-Sektionschefs Otto O. In: Der Standard, 15.12.1990. S.5.
Red: Oberhammer-Verzicht rettet Koalition. In: Der Standard, 17.12.1990. S.1.
Dan, jw: Nach Ehrenerklärung zog Otto Oberhammer Kandidatur zurück. In: Der Standard, 17.12.1990. S.1, 7.
Ar, red: „Personenopfer“ rettet große Koalition. Notariatschef Michalek Justizminister. In: Die Presse, 17.12.1990. S.1.

Noricum

Red: Blecha droht mit Anzeigen. „Wusste nichts von Kanonen“. In: Die Presse, 3.2.1988. S.1.
Red, apa: Noricum: Graff wirft der SP vor, sie wolle die Justiz „weichklopfen“. In: Der Standard, 3.5.1989. S.1.
Red: Noricum-Debatte. VP und Opposition kritisieren Kanzler. In: Die Presse, 30.5.1989. S.5.
Cs, apa: VP sieht „Leiche im Keller“. In: Der Standard, 13.5.1989. S.6.
Ertl, Josef: Für VP-Chef Riegler ist die Frage des Noricum-Ausschusses noch offen. In: Der Standard, 19.5.1989. S.6.

Mk: Briefwechsel zu Noricum. Riegler besänftigt verärgerten Vranitzky. In: Die Presse, 13.6.1989. S.5.
Ett: Vranitzky hält Noricum-Konflikt mit VP für erledigt. In: Die Presse, 14.6.1989. S.5.
Mayer, Thomas: Vranitzky zu Noricum: Sinowatz und sollen möglichst bald vor den Justizbehörden aussagen. In: Der Standard, 5.7.1989. S.4.
Mk, len: Neuwahl wegen Noricum? Riegler sieht „Bedrohung“, Fischer weniger. In: Die Presse, 21.7.1989. S.5.
Apa: Busek drängt: Noricum-Ausschuss rasch einsetzen. In: Die Presse 24.7.1989. S.1.
Er, apa: Busek für Einsetzung des Noricum-Ausschusses. In: Der Standard, 24.7.1989. S.6.
d.n: Wegen Noricum gereizt. In: Die Presse, 3.8.1989. S.5.
tom: SP-Rieder befürchtet, daß Noricum-Prozeß kein faires Verfahren wird. In: Der Standard, 3.8.1989. S.5.
tom: SP-Fischer zu Noricum: Ersturteil abwarten. In: Der Standard, 8.8.1989. S.5.
mth, d.n: Scheitert die Koalition am Noricum-Skandal? Ausschuß im Herbst gegen den Willen der SP möglich. In: Die Presse, 9.8.1989. S.5.
bene, mth, d.n: VP für Noricum-Ausschuss auch gegen den Willen der SP. In: Die Presse, 11.8.1989. S.5.
tom, apa: VP: Noricum-Ausschuß auch ohne SP. Handgemenge bei Blecha-Einvernahme. In: Der Standard, 11.8.1989. S.4.
red, apa: VP richtet Noricum-Angriffe gegen SP. In: Der Standard, 12.8.1989. S.1.
tom: VP-Khol: SPÖ wollte Parlament übergehen. In: Der Standard, 12.8.1989. S.5.
tom: Noricum: VP-Indiskretionen über einen angeblichen Deal mit SPÖ. In: Der Standard, 14.8.1989. S.5.
red: Ließ Blecha Noricum-Akten liegen? Mock: „Ich hatte ein ungutes Gefühl“. In: Die Presse, 22.8.1989. S.5.
cs, apa: Wer redet schon gerne über „guns“? Noricum: Unterschiedliche Erinnerungen, aber Mock ist sicher, daß Regierung VP viel verheimlicht. In: Die Presse, 22.8.1989. S.5.
ar: Nervenkrieg in der Koalition um Noricum-Ausschuss. Vranitzky wartet ab. SP-Klubchef: Es geht um die Paktfähigkeit der ÖVP. In: Die Presse, 23.8.1989. S.5.
er: Trotz Noricum-Ausschuß will Vranitzky Koalition zu Ende führen. In: Die Presse, 23.8.1989. S.5.
Ertl, Josef: VP: Noricum-Antrag mit der SP. In: Der Standard, 24.8.1989. S.6.
Er, apa: Riegler: Noricum-Ausschuß kommt Anfang 1990. In: Der Standard, 26.8.1989. S.1.
Hws: SP-Fischer warnt den Koalitionspartner wegen Noricum. In: Die Presse, 29.8.1989. S.5.
Red, apa: Fischer: Sofortiger Noricum-Ausschuß erschüttert Paktfähigkeit der ÖVP. In: Die Presse, 29.8.1989. S.5.
Er: ÖVP macht Ernst mit Noricum-Ausschuß. In: Der Standard, 1.9.1989. S.1, 7.
Mth, mk: Noricum-Streit eskaliert. Riegler will Ausschuss schon im Herbst. In: Die Presse, 1.9.1989. S.1.
Red: SPÖ pocht auf Vereinbarung mit der Volkspartei. In: Die Presse, 2.9.1989. S.1.
Er: Noricum: Cap attackiert Riegler. In: Der Standard, 2.9.1989. S.5.
Wk: SP: Nützt nur den Grünen. In: Die Presse, 2.9.1989. S.5.
Mth: VP: Auch wenn Koalition scheitert. In: Die Presse, 2.9.1989. S.5.
Mk, red: ÖVP verschärft Noricum-Gangart weiter. Richter üben Kritik an „Medienspektakel“. In: Die Presse, 5.9.1989. S.5.
Ek, apa: Noricum: Mock hat keine Hinweise für Erpressung zu Waffenexport. In: Der Standard, 5.9.1989. S.5.
Red: VP-Vorstand beschloss nun Noricum-Ausschuss. In: Die Presse, 8.9.1989. S.1.

Er, red: Noricum-Beschluß der ÖVP isoliert die Sozialisten. In: Der Standard, 8.9.1989. S.1.
Er: Volkspartei beschloß Noricum-Ausschuß. In: Der Standard, 8.9.1989. S.1.
Hsp: Ausschuß als Lockvogel für nächste Koalition. In: Der Standard, 9.9.1989. S.5.
Red: Noricum Streit geht weiter. SPÖ wird Ausschuss doch beschicken. In: Die Presse, 11.9.1989. S.1.
Mth: Noricum-Ausschuss wird am 27. September beschlossen. SPÖ will dagegen stimmen, sich aber beugen. In: Die Presse, 12.9.1989. S.5.
Cs, apa: Fischer bezweifelt Rieglers Paktfähigkeit. In: Der Standard, 12.9.1989. S.5.
Cs: ÖVP fixiert Noricum-Fahrplan. Möglichst gemäßigte Linie. In: Der Standard, 13.9.1989. S.4.
Red: Graff will kein Noricum-Spektakel. In: Die Presse, 14.9.1989. S.5.
Dm: VP: Endbericht über Noricum im Mai 1990. In: Der Standard, 15.9.1989. S.5.
Red: Noricum-Untersuchung: SP bleibt bei Ablehnung, VP schont Lacina vorerst. In: Die Presse, 22.9.1989. S.5.
Red: Ausschuß-Karussell dreht sich. VP braucht Ja der Opposition. In: Der Standard, 26.9.1989. S.7.
Tom: Noricum-Ausschuß ist fix. In: Der Standard, 27.9.1989. S.5.
Red: Morgen beginnt der Milch-Ausschuß. In: Die Presse, 11.10.1989. S.5.
Er: Fischer: Kukacka „lügt“ und ist „charakterlos“. In: Der Standard, 30.9.1989. S.5.
Er: SP: Noricum-Bedenken bestätigt. In: Der Standard, 15.11.1989. S.6.
d.n, mth: Lacina wieder attackiert. Schwere Vorwürfe von VP und FP. In: Die Presse, 15.2.1990. S.5.
red, apa: Noricum-Prozeß fixiert, Koalitionskrach begonnen. In: Der Standard, 15.2.1990. S.5.
d.n: Streit um Zeugenladung. Heiße Endphase im Noricum-Ausschuss. In: Die Presse, 14.3.1990. S.5.
mth. SPÖ stellt einstimmigen Noricum-Bericht in Frage. In: Die Presse, 21.3.1990. S.5.
tom: Noricum: Vertuschungsvorwurf an Vranitzky. In: Der Standard, 28.3.1990. S.5.
red: VP will Vranitzky zu „freiwilliger“ Noricum-Rechtfertigung einladen. In: Der Standard, 29.3.1990. S.7.
mth, d.n: SP zu Ladung Vranitzkys: Wahltaktik der VP. Freiheitliche glauben an Pakt über Milch und Waffen. In: Die Presse, 29.3.1999. S.5.
er, hws: Noricum: Koalitionskrise in letzter Minute? Abendliche „Krisensitzung“ des VP-Vorstandes. In: Die Presse, 29.3.1990. S.1.
red: Riegler: Koalition entscheidet sich an Vranitzky-Aussage. FPÖ beabsichtigt weiter Mißtrauensantrag. In: Die Presse, 29.3.1990. S.1.
tom, apa: Juni-Wahl für Vranitzky „kein Notfall“. Kanzler wird von Noricum-Ausschuß als Zeuge aussagen – Koalitionsfrage offen. In: Die Presse, 29.3.1990. S.1, 5.
Red: Gemeinsamer Bericht des Ausschusses in weiter Ferne gerückt. In: Der Standard, 30.3.1990. S.1, 5.
Red: Riegler: Vranitzky fällt keine Zacke aus Krone. In: Der Standard, 30.3.1990. S.5.
Red: Krach in Koalition: Für Cap ist Stimmung in SPÖ an der Grenze. In: Der Standard, 31.3.1990. S.1.
Tom: Zwist im Noricum-Ausschuß. In: Der Standard, 31.3.1990. S.6.
Tom: SP will nur Stellungnahme. Bericht wäre präjudiziell. In: Der Standard, 31.3.1990. S.6.
Hws, d.n: Vranitzky wird aussagen. Entwarnung in der Koalition. In: Die Presse, 30.3.1990. S.1.
Red: SP bei Bericht überstimmt. Noricum: Schreiduell um Vorladung Vranitzkys. In: Die Presse. 31.3.1990. S.1,5.

red: Nach fünfstündiger Zeugenaussage Vranitzkys: Kein Grund für Sturz der Regierung. Noricum-Bericht heute im Parlament. In: Die Presse, 3.4.1990. S.1.
Red: „Bin nicht der Chefdetektiv der Republik“. In: Der Standard, 3.4.1990. S.5.
Mth, red: Koalition nach Ausschussberichten in Turbulenzen. Klima weiter verschlechtert. Wahltermin bleibt. In: Die Presse, 4.4.1990. S.1.
Tom: Wahlkampf bei Noricum-Bericht. In: Der Standard, 4.4.1990. S.5.
Tom: Bericht: Klare Worte über Verantwortung. In: Der Standard, 4.4.1990. S.5.
Hws, d.n: Das Parlament hatte sein Pulver schon verschossen: Debatte um Waffendeal als lustlose Pflichtübung. In: Die Presse, 4.4.1990. S.5.
Dm: Noricum-Prozeß: Mock gibt Sinowatz, Gratz und Blecha die Schuld. In: Der Standard, 22.9.1990. S.1.
Em: Empörung bei VP und FP über Noricum-Aussage von Fischer. In: Der Standard, 24.4.1993. S.1.
Red, apa: Empörung bei ÖVP, FPÖ. In: Die Presse, 24.4.1993. S.4.
Rie, red: Noricum: ÖVP fordert Entschuldigung. In: Die Presse, 27.4.1933. S.4.
Red, apa: Rumoren um den Zeugen Fischer. In: Der Standard, 26.4.1993. S.5.

Milchwirtschaftsfonds

Red: Milchstreit: SP droht mit Untersuchungsausschuss. In: Die Presse, 15.9.1989. S.1.
Red: Weiter Streit um Milch. SP: Rieger für Fehler verantwortlich. In: Die Presse, 16.9.1989. S.1.
Red: Zwist um Milchwirtschaftsfonds. Demonstration heizt Stimmung weiter an. In: Die Presse, 19.9.1989. S.1.
Red: Milch: Vranitzky drängt auf Klärung. In: Die Presse, 20.9.1989. S.1.
Red: SP zögert mit Beschluß über Untersuchungsausschuß. Milchfonds: Grüne sprechen schon von einem „Umfaller“ der Sozialisten. In: Die Presse, 21.9.1989. S.5.
Er: Parlament soll Vorfälle im Milchwirtschaftsfonds klären. In: Der Standard, 22.9.1989. S.1.
Ett, d.n: Noch ein Ausschuß – neue Spannungen in der Koalition. VP empört über Retourkutsche für Noricum. In: Die Presse, 23.9.1989. S.1.
Tom: ÖVP stimmt eingeschränktem SP-Antrag für Einsetzung von Milch-Ausschuß zu. In: Der Standard, 27.9.1989. S.5.
g.b, red: Auch Milch-Ausschuss fix. Riegler: Wir stimmen zu. In: Die Presse, 27.9.1989. S.1, 5.
Red: Morgen beginnt der Milch-Ausschuß. In: Die Presse, 11.10.1989. S.5.
Cs: Fünf Minister sollen vor dem Milch-Ausschuß gehört werden. In: Der Standard, 3.11.1989. S.6.
Mk: Milchausschuss: Vor Beginn Kritik der ÖVP an Sozialisten. In: Die Presse, 2.12.1989. S.5.
Mk: Milchausschuss spaltet Koalition. SP rügt stark überhöhten Preis, VP ortet Widerspruch. In: Die Presse, 22.12.1989. S.5.
Sy: SPÖ vermutete Absprache bei den „Milchmännern“. In: Der Standard, 11.1.1990. S.1.
Kadi, Manfred; Ettinger, Karl: „Schlagabtausch“ im Ausschuß. In: Die Presse, 18.1.1990. S.4.
Sy: Fischler will nun gegen Milch-Kartell vorgehen. In: Der Standard, 19.1.1990. S.1.
Red, apa: Milch-Diskussion: SPÖ demonstriert, Wabl will Aufklärung. In: Die Presse, 27.1.1990. S.5.
Tom: Weiter Streit um „Alpi“-Stützung. SPÖ fordert von Riegler Klärung. In: Der Standard, 30.1.1990. S.7.
Tom: Milchausschuß tagt: Fall „Alpi“ nächste Woche. In: Der Standard, 31.1.1990. S.4.

Mayer, Thomas: Unklarheit über Richtlinien bei Stützung des „Alpi“-Chees-base. In: Der Standard, 1.2.1990. S.5.
Neuwirth, Dietmar: Das Agieren der SP ist die größte Zumutung. VP-Chef Riegler attackiert Koalitionspartner frontal – Telephonat mit Bundeskanzler. In: Die Presse, 9.2.1990. S.5.
Red: Krach in Koalition: Für Cap ist Stimmung in SPÖ an der Grenze. In: Der Standard, 31.3.1990. S.1.
Red: Finale im Milch-Ausschuss. Jetzt vier Endberichte? In: Die Presse, 2.4.1990. S.5.
Hau: Breite Koalition von SP, FP und Grünen für radikale Milchreform. In: Der Standard, 3.4.1990. S.16.
Hau: VP kämpft für Milch-Sozialpartnerschaft. In: Der Standard, 5.4.1990. S.17.

Die Munitionsaffäre

Seidl, Conrad: Voruntersuchungen gegen Lichal. In: Der Standard, 19.12.1989. S.7.
Red, apa: Justiz verteidigt Voruntersuchung. In: Der Standard, 21.12.1989. S.7.
Red, apa: Lichals Kritiker im Heer erneuern Vorwürfe. In: Der Standard, 21.12.1989. S.7.
d.n: Hektische Weihnachtszeit im Heeresressort – Wer darf eigentlich an Lichals Panzerschrank. VP: Untersuchung politisch motiviert. In: Die Presse, 23.12.1989. S.5.
ar: Heinz Fischer: Lichal ist kein Fall für den Staatsanwalt. In: Die Presse, 23.12.1989. S.5.
cs: VP will im Bundesheer aufräumen. In: Der Standard, 23.12.1989. S.5.
tom: SP legt Lichal Rücktritt nahe. In: Der Standard, 3.1.1990. S.7.
red: Untersuchungsrichter ließ Büro Lichals im ÖAAB aufbrechen. In: Der Standard, 4.1.1990. S.5.
Red: Munitionsaffäre: Hausdurchsuchung. Lichals ÖAAB-Büro wurde aufgebrochen. In: Die Presse, 4.1.1990. S.1.
Cs: Verteidigungsminister vier Stunden lang verhört. In: Der Standard, 11.1.1990. S.5.
Cs: VP ortet „Rechtsbruch im Talar“. In: Der Standard, 12.1.1990. S.5.
Red: Streit um Waldheim: Gehässige Kritik, Erinnerungslücken. In: Die Presse, 19.1.1990. S.5.
d.n: Lichal unter vollem Beschuß von SP und Opposition. Vertagung des Landesverteidigungsrates erzwungen. In: Die Presse, 20.1.1990. S.5.
Mayer, Thomas: Vranitzky, Lichal und die sprechende Hand. In: Der Standard, 24.1.1990. S.6.
Smonig, Reinhold; Scheidl, Hans Werner: Wird Robert Lichal jetzt „rehabilitiert“? In: Die Presse, 27.1.1990. S.5.
Red, apa: Lichal meint, Verdacht sei geplatzt. SP und Grüne: „Nichts entkräftet“. In: Der Standard, 29.1.1990. S.6.
Cs: Dechant greift Lichal an, entlastet ihn aber auch. In: Der Standard, 30.1.1990. S.1.
Cs: Suspendierter Offizier: „Ich kämpfe weiter“. In: Der Standard, 31.1.1990. S.1.
Red: Lichal-Kritiker suspendiert. In: Der Standard, 31.1.1990. S.4.
Apa: Divisionär Dechant froh über die Suspendierung: „Jetzt Waffengleichheit“. In: Der Standard, 1.2.1990. S.5.
Red: Graff fürchtet „Vorverurteilungen“ – und trifft sie selbst. In: Der Standard, 2.2.1990. S.6.
d.n, mk: Lichal bleibt unter Dauerbeschuss der SP. Nach Suspendierung Dechants neuerliche Verärgerung. In: Die Presse, 2.2.1990. S.5.
red, apa: Französische Entlastung. In: Der Standard, 7.2.1990. S.5.
red: „Jagd aus“ gegen Lichal? VP-Appell an die Sozialisten. In: Die Presse, 8.2.1990. S.5.
apa: Dechant beklagt „ungeheuren Druck“. In: Der Standard, 6.3.1990. S.6.

Seidl, Conrad: Rohrkrepierer Heeresmunition. Schaden: 200 Millionen Schilling. In: Der Standard, 9.7.1990. S.6.
Cs: Disziplinierter Dechant darf hoffen. In: Der Standard, 13.2.1991. S.5.

Wahl zum Rechnungshofpräsidenten

Mk: Rechnungshofpräsident als Zankapfel. SP-Klub nimmt VP-Kandidaten nicht ernst. In: Die Presse, 21.5.1992. S.4.
d.n, mk: Hektische Gespräche über neuen Rechnungshofchef. Nominieren nun SP und VP gemeinsamen Kandidaten? In: Die Presse, 10.6.1992. S.5.
ett, d.n: Countdown für neuen Rechnungshofchef: Vor „Nennschluß" Koalitionskandidat? In: Die Presse, 16.6.1992. S.5.
spu, apa: Grüne und FPÖ protestieren mit Rückzug. In: Der Standard, 17.6.1992. S.5.
ett, red: Heute Entscheidung über die Broesigke-Nachfolge. Jetzt bereits sieben Bewerber ins Rennen geschickt. In: Die Presse, 17.6.1992. S.5.
red, ps: Neue Kandidatensuche. Rechnungshof: Eklat und Verzicht Doralts. In: Die Presse, 19.6.1992. S.1.
Seidl, Conrad: Doralt fühlt sich nun verhöhnt. In: Der Standard, 19.6.1992. S.6.
Cs: FP jubelt über Abschuß Doralts. In: Der Standard, 19.6.1992. S.6.
Red: Rechnungshof: Wettlauf mit der Zeit. Verstimmung in der Koalition. In: Die Presse, 20.6.1992. S.1.
Neuwirth, Dietmar; Busek, Erhard: „War auf Expertise der SP angewiesen" – Busek über die mißglückte Rechnungshofkür. In: Die Presse, 20.6.1992. S.5.
Tom, apa: Doralt, Funk und Hengstschläger Favoriten für den Rechnungshof. In: Der Standard, 20.6.1992. S.6.
Als, er: Vranitzky beharrt auf SP-VP-Kandidaten. In: Der Standard, 22.6.1992. S.5.
Red: Rechnungshof: Spitzenbeamter jetzt SP-Kandidat. Hochspannung vor Entscheidung in letzter Minute. In: Die Presse, 23.6.1992. S.4.
Red: SPÖ bringt doch noch eigenen Kandidaten für den Rechnungshof. Verfassungsrechtler Holzinger kandidiert. In: Der Standard, 23.6.1992. S.1.
Mayer, Thomas: SP überrascht mit Holzinger als Kandidaten für Rechnungshof. In: Der Standard, 23.6.1992. S.5.
Red: Rechnungshof: Mehrheit für Fiedler. VP und FP stimmten gegen den SP-Kandidaten Holzinger. In: Die Presse, 24.6.1992. S.1.
Neuwirth, Dietmar: Hauptausschuß balancierte zwischen Krimi und Koalitionskrach. Das „Theater" um die Nominierung des RH-Präsidenten. In: Die Presse, 24.6.1992. S.4.
Red: Rechnungshof: Franz Fiedler ist der einzige Kandidat. In: Der Standard, 24.6.1992. S.1.
Red, apa: Haider taktierte bis zum Schluß. In: Der Standard, 24.6.1992. S.5
Mth: Hektische Aktivitäten vor Wahl des RH-Präsidenten. Knappe VP-FP-Mehrheit – Abgeordnete Eingeflogen. In: Die Presse, 25.6.1992. S.4.
Mth: Zwei Klubchefs kitten die Scherben nach dem Streit um den Rechnungshof. In: Die Presse, 25.6.1992. S.4.
Ett, len: Neuer Rechnungshof-Präsident: Nach der Nominierung und vor der Wahl im Nationalrat gab es eine Fülle von Erklärungen. In: Die Presse, 25.6.1992. S.5.
Red: Busek: Es gibt keinen Pakt mit Haider. SP bleibt mißtrauisch. In: Der Standard, 25.6.1992. S.1.
Mayer, Thomas: Hochspannung vor der Wahl Fiedler. In: Der Standard, 25.6.1992. S.5.
Red: Rechnungshof-Präsident Fiedler nach Eklat im Parlament gewählt. In: Der Standard, 26.6.1992. S.1.
Ertl, Josef; Mayer, Thomas: Fiedler brauchte zwei Anläufe. In: Der Standard, 26.6.1992. S.6.
Red: Eklat um markierte Zettel im Parlament. In: Der Standard, 26.6.1992. S.1, 6.

Tom, apa: „Im Streß der letzten Tage durchgedreht“. In: Der Standard, 29.6.1992. S.5.

Rechnungshofausschüsse (AMAG, DDSG, Phyrn)

Ettinger, Karl: Nervenkrieg um Amag als permanentes Thema. In: Die Presse, 16.7.1994. S.7.
Ar: Krainer, Vranitzky vor Rechnungshof-Ausschuß. In: Die Presse, 18.7.1994. S.6.
Ett: Amag: Vranitzky spricht von „Polittheater“. In: Die Presse, 20.7.1994. S.6.
Ett: Koalitions-Kleinkrieg voll entflammt. DDSG-Flop: Für und wider Vranitzky. In: Die Presse, 29.7.1994. S.7.
Marschall, Gerhard: Vranitzky: „Entscheidungen sind niemals ohne Risiko“. In: Der Standard, 29.7.1994. S.4.
Ett, ewi: Streit um Sommerausschuß eskaliert. SPÖ attackiert Rechnungshof-Chef. In: Die Presse, 30.7.1994. S.6.
Ett: DDSG-Bericht: Schwere Vorwürfe an Vranitzky. In: Die Presse, 11.8.1994. S.8.
Mar: ÖVP will Pyhrn-Skandal „nicht bagatellisieren“. In: Der Standard, 9.8.1994. S.4.
Marschall, Gerhard: Die neue Dimension des Skandals: 677 Millionen Schilling Schaden. In: Der Standard, 11.8.1994. S.4.
Marschall, Gerhard: Ehrlich: „Das war der Anfang vom Ende“. In: Der Standard, 18.8.1994. S.5.
Red: Rechnungshof-Ausschuß wird Wahlkampfbühne. In: Die Presse, 25.8.1994. S.1.
Rief, Norbert: Amag-Debakel: ÖVP erwägt Ladung Vranitzkys. In: Presse, 25.8.1994. S.7.
Mar: ÖVP zitiert Vranitzky nochmals vor RH-Ausschuß. In: Der Standard, 25.8.1994. S.1.
Marschall, Gerhard: Zank wegen Pyhrn und AMAG. In: Der Standard, 25.8.1994. S.1.
Rie: Nach RH-Ausschuß Eiszeit in der Koalition. In: Die Presse, 26.8.1994. S.7.
Rie: SPÖ, FPÖ, Grüne sehen Verantwortung Schüssels. In: Die Presse, 1.9.1994. S.6.
Rie: ÖVP: „Vranitzky hatte Informationen“. In: Die Presse, 1.9.1994. S.6.
Red: Kein eigener Bericht zum Pyhrn-Skandal. In: Der Standard, 1.9.1994. S.6.
Stuiber, Petra: Vranitzky: „Ausschüsse sollen in Zukunft öffentlich sein“. In: Der Standard, 1.9.1994. S.6.

Innenminister Einem

Kob, völ: „Schlechte Optik“, aber „kein Rücktritt“. In: Der Standard, 28.4.1995. S.11.
d.n, red: Auch ÖVP will Rücktritt von Minister Einem. In: Die Presse, 29.4.1995. S.8.
stui: Vranitzky hinter Einem: „Habe keinen Grund, ihn als Minister abzulösen.“ In: Der Standard, 5.5.1995. S.7.
red, apa: Vranitzky: Aufforderung zum Rücktritt an Einem ist ohne Bedeutung. In: Der Standard, 15.5.1995. S.5.
dam, völ: Einem: „Es gab keine Weisung“. In: Der Standard, 23.4.1996. S.5.
ett: Bundeskanzler vertraut Einem. Schüssels Schonfrist: Justiz am Zug. In: Die Presse, 24.4.1996.S.7.
chs: „Hier wird geschürt!“ – „Ein Fall von Amtsmißbrauch“. In: Die Presse, 25.4.1996. S.7.
red: Schwarz-blauer Beschuß auf linken SP-Flügel. In: Die Presse, 4.5.1996. S.7.
kob: Einem: „Erbärmliches Theater“. In: Der Standard, 10.5.1996. S.6.

Internet

Aeiou das Kulturinformationssystem: Österreich Lexikon: Koren, Stephan. Online unter <http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.k/k674082.htm> (17.4.2010).

Buchner, Anton: Ethikunterricht in Österreich. Kurzzusammenfassung des wissenschaftlichen Evaluationsberichtes der Schulversuche „Ethikunterricht“. Universität Salzburg. Online unter <http://www.sbg.ac.at/pth/people/bucher/evaluation.htm> (17.4.2010).

Bundesministerium für Innere: Nationalratswahlen 2006. Online unter <http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2006/start.aspx> (17.4.2010).

Bundesministerium für Inneres: Alle Volksbegehren der zweiten Republik. Online unter <http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksbegehren/Alle_Volksbegehren.aspx> (17.4.2010).

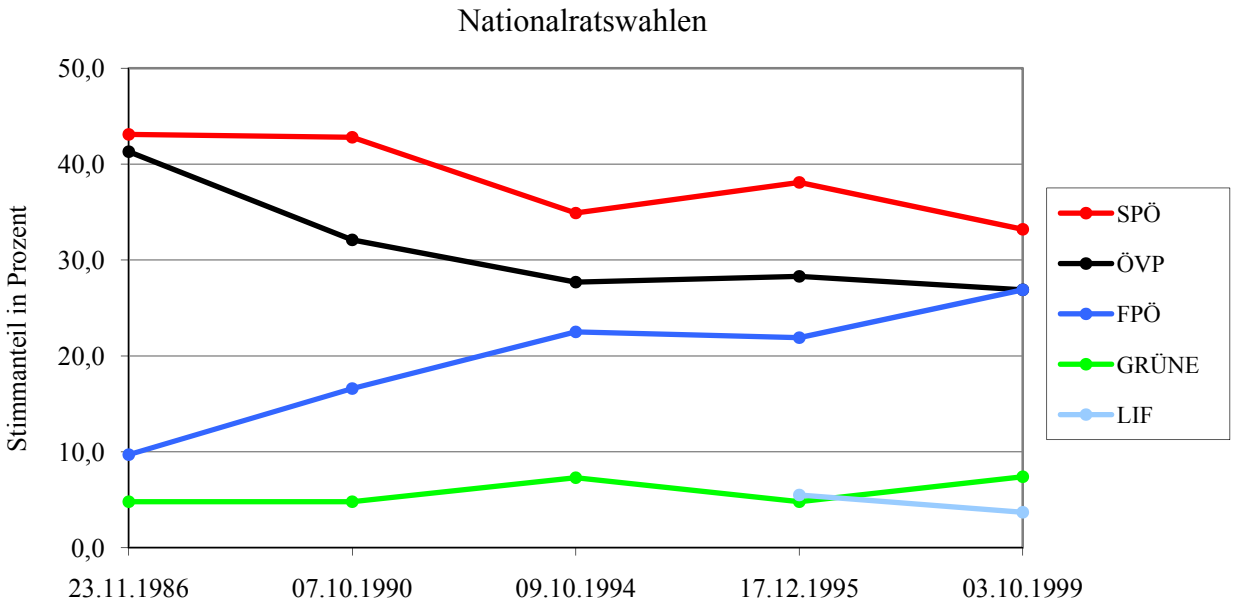
Der Rechnungshof: Geschichtliche Entwicklung. Online unter <http://www.rechnungshof.gv.at/ueber-den-rh/geschichte/geschichtliche-entwicklung.html> (17.4.2010).

Help.gv.at: Begriffslexikon: Diversion. Online unter <http://www.help.gv.at/Content.Node/99/Seite.991060.html> (17.4.2010).

Anhang

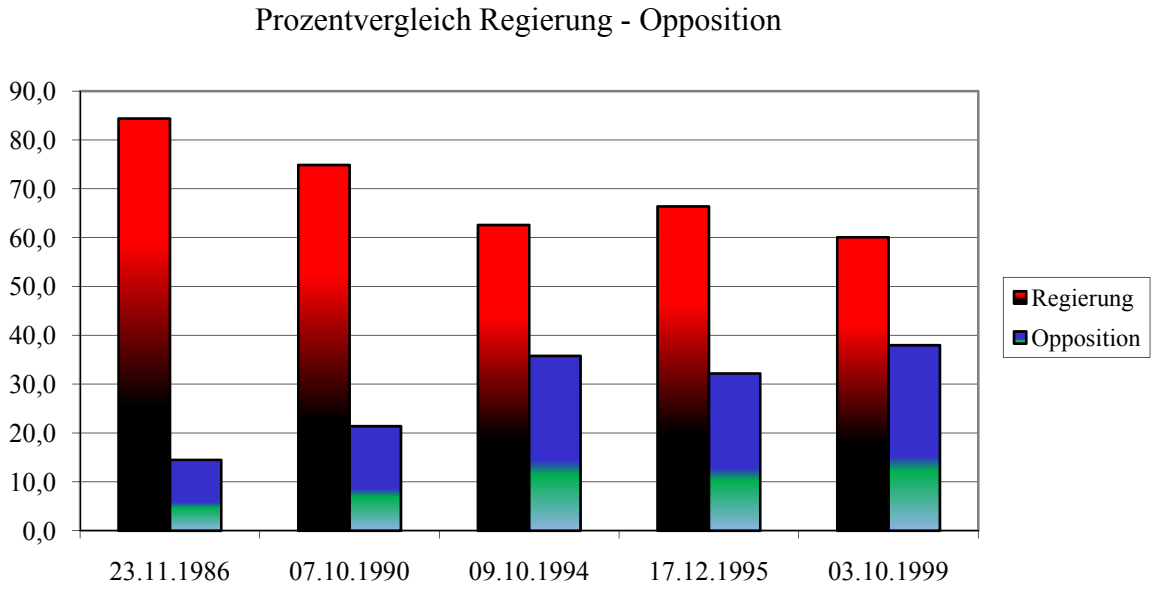
Wahlergebnisse der Nationalratswahlen

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	LIF
23.11.1986	43,1	41,3	9,7	4,8	0,0
07.10.1990	42,8	32,1	16,6	4,8	0,0
09.10.1994	34,9	27,7	22,5	7,3	6,0
17.12.1995	38,1	28,3	21,9	4,8	5,5
03.10.1999	33,2	26,9	26,9	7,4	3,7



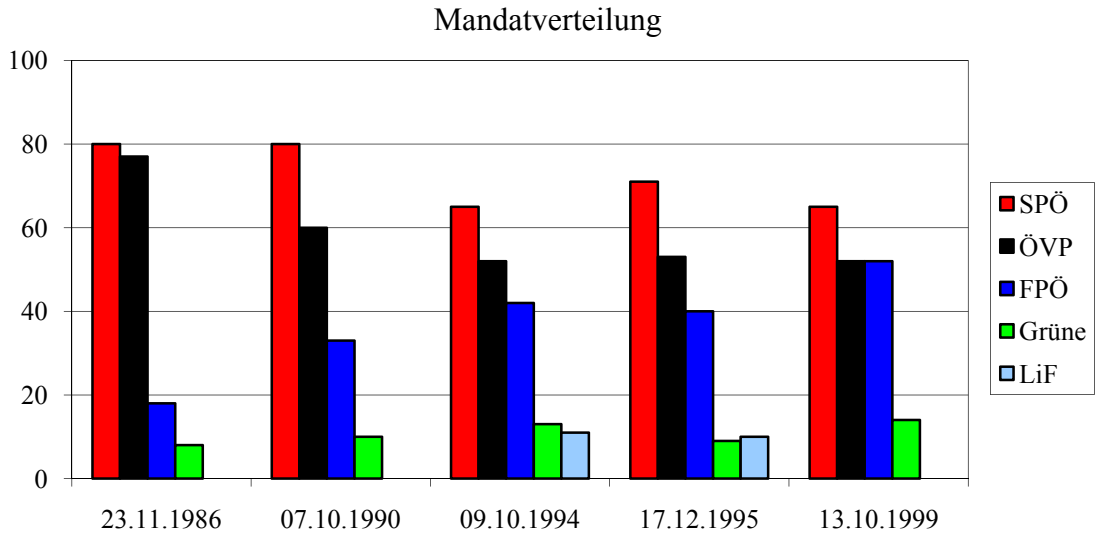
Prozentvergleich Regierung – Opposition

	Regierung	Opposition
23.11.1986	84,4	14,5
07.10.1990	74,9	21,4
09.10.1994	62,6	35,8
17.12.1995	66,4	32,2
03.10.1999	60,1	38,0



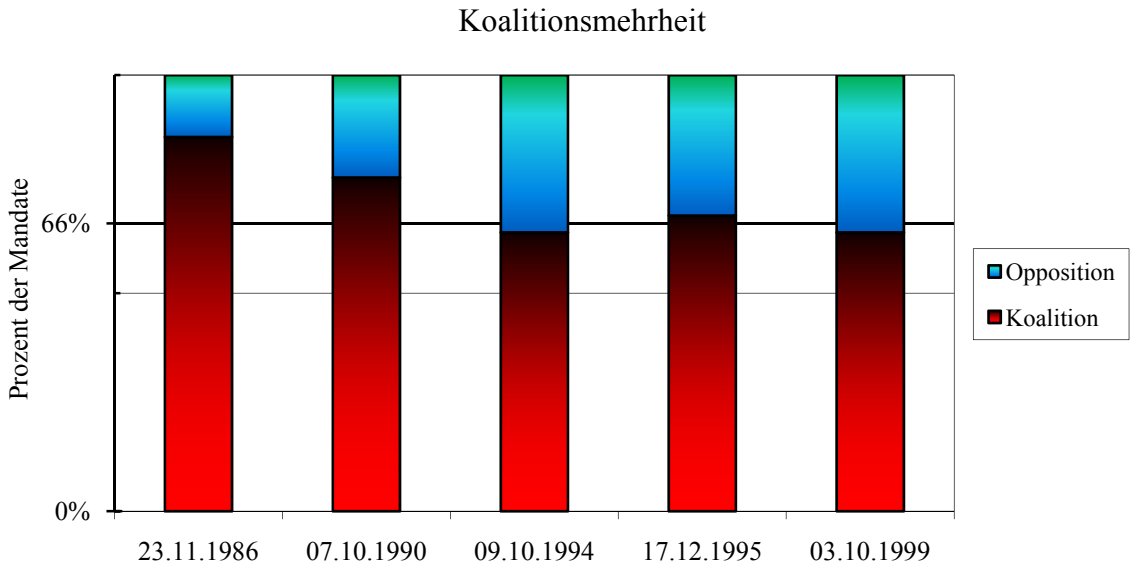
Mandatsverteilung im Nationalrat

	23.11.1986	07.10.1990	09.10.1994	17.12.1995	13.10.1999
SPÖ	80	80	65	71	65
ÖVP	77	60	52	53	52
FPÖ	18	33	42	40	52
Grüne	8	10	13	9	14
LiF	0	0	11	10	0



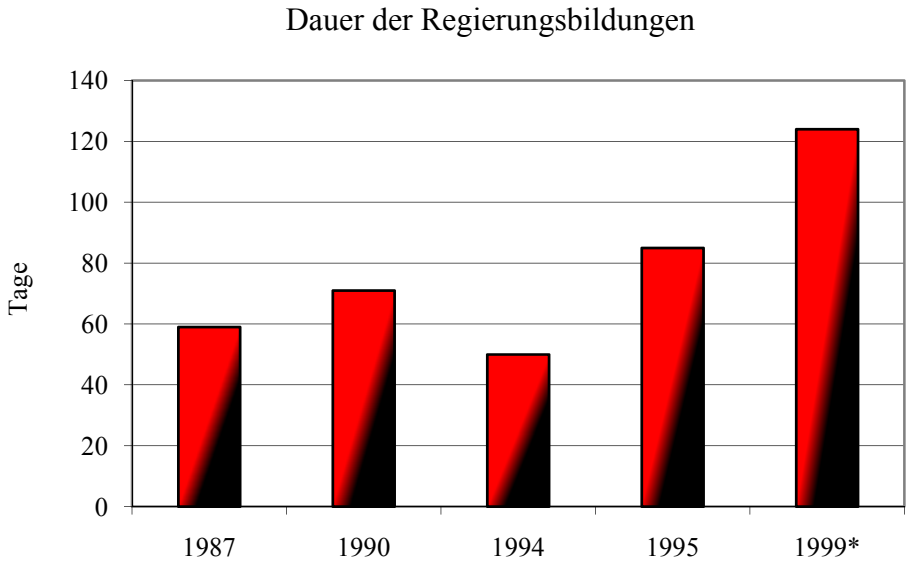
Koalitionsmehrheit im Nationalrat

	23.11.1986	07.10.1990	09.10.1994	17.12.1995	03.10.1999
Koalition	157	140	117	124	117
Opposition	*26*	43	66	59	66
Koalition in %	85,8	76,5	63,9	67,8	63,9



Dauer der Regierungsbildung

Jahr	Dauer in Tagen
1987	59
1990	71
1994	50
1995	85
1999*	124



Kabinett Vranitzky II (21.1. 1987 – 17.12.1990)

(15 Minister, 2 Staatssekretäre)

SPÖ (7 Minister, 1 Staatssekretärin)

Bundeskanzler :
Dr. Franz Vranitzky

Bundesminister im Bundeskanzleramt (zuständig für öffentlicher Dienst, Verfassungsrecht und Gesundheitspolitik):
Dr. Franz Löschnak; ab 30. Jänner 1989: **Harald Ettl**

Bundesminister für Finanzen:
Dkfm. Ferdinand Lacina

Bundesminister für soziale Verwaltung:
Alfred Dallinger († 23. Februar 1989); ab 10. März 1989: **Walter Geppert**

Bundesminister für Inneres:
Karl Blecha; ab 30. Jänner 1989: **Dr. Franz Löschnak**

Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport:
Dr. Hilde Hawlicek

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr:
Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Streicher

ÖVP (7 Minister, 1 Staatssekretär)

Vizekanzler:
Dr. Alois Mock; ab 24. April 1989**: Dipl. Ing. Josef Riegler**

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
Dr. Alois Mock

Bundesminister im Bundeskanzleramt (zuständig für Föderalismus und Verwaltungsreform):
Dr. Heinrich Neisser; ab 24. April 1989: **Dipl Ing. Josef Riegler** (gleichzeitig Vizekanzler)

Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten:
Robert Graf; ab 24. April 1989: **Wolfgang Schüssel**

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft:
Dipl. Ing. Josef Riegler; ab 24. April 1989: **Dipl. Ing.Dr. Franz Fischler**

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung:
Univ.-Prof. Dr. Hans Tuppy; ab 24. April 1989: **Dr. Erhard Busek**

Bundesminister für Umwelt, Familie, Jugend:
Dr. Marilies Flemming

Bundesminister für Landesverteidigung:
Dr. Robert Lichal

Parteilos:

Bundesminister für Justiz:
Dr. Egmont Foregger

Staatssekretäre:

Staatssekretär im Bundeskanzleramt (zuständig für Frauenfragen):
Johanna Dohnal (SPÖ)

Staatssekretär im Finanzministerium:
Dr. Johannes Ditz (ÖVP); ab 7. März 1988: **Dr. Günter Stummvoll (ÖVP)**

Kabinett Vranitzky III (17.12.1990 – 29.11. 1994)

(16 Minister, 4 Staatssekretäre)

SPÖ (8 Minister, 2 Staatsekretäre)

Bundeskanzler:
Dr. Franz Vranitzky

Bundesminister für Finanzen:
Dkfm. Ferdinand Lacina

Bundesminister für Inneres:
Dr. Franz Löschnak

Bundesminister für Unterricht und Kunst:
Dr. Rudolf Scholten

Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:
Dipl. Ing. Dr. Rudolf Streicher; ab 30. März 1992: **Mag. Viktor Klima**

Bundesminister für Frauenfragen:
Johanna Dohnal

Bundesminister für Gesundheit und Sport:
Harald Ettl; ab 30. März 1992: **Dr. Michael Ausserwinkler**; ab 17.3 1994: **Dr. Christa Krammer**

Bundesminister für Arbeit und Soziales:
Josef Hesoun

ÖVP (7 Minister, 2 Staatsekretäre):

Vizekanzler:
Dipl. Ing. Josef Riegler; ab 2. Juli 1991: **Dr. Erhard Busek**

Bundesminister im Bundeskanzleramt (zuständig für Föderalismus und Verwaltungsreform):
Dipl. Ing. Josef Riegler; ab 22.Oktober 1991: **Jürgen Weiss**

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:
Dr. Alois Mock

Bundesminister für Wirtschaft:
Dr. Wolfgang Schüssel

Bundesminister für Landesverteidigung:
Dr. Werner Fasslabend

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft:
Dipl. Ing. Dr. Franz Fischler

Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie:
Marilies Flemming; ab 5. März 1991: **Ruth Feldgrill-Zankel**; ab. 11. November1992: **Maria Rauch Kallat**

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung:
Dr. Erhard Busek

Parteilos:

Bundesminister für Justiz:
Dr. Nikolaus Michalek

Staatssekretäre:

Staatssekretäre im Bundeskanzleram
zuständig für Europa und Integration: **Dr. Peter Jankowitsch (SPÖ)**; ab 30. März. 1992: **Mag. Brigitte Ederer**
zuständig für Beamte: **Dr. Peter Kostelka (SPÖ)**

Staatssekretär im Finanzministerium:
Dr. Günter Stummvoll (ÖVP); ab 22.Oktober 1991 **Dr. Johannes Ditz**

Staatssekretär für Bauten:
Dr. Maria Fekter (ÖVP)

Kabinett Vranitzky IV (29.11.1994 – 12.3.1996)

(16 Minister, 5 Staatsekretäre)

SPÖ (8 Minister, 2 Staatsekretäre)

Bundeskanzler:
Dr. Franz Vranitzky

Bundesministerin im Bundeskanzleramt (zuständig für Frauenfragen):
Johanna Dohnal; ab 6.4.1995: **Dr. Helga Konrad**

Bundesminister für Finanzen
Dkfm. Ferdinand Lacina; ab 6.4.1995: **Dr. Andreas Staribacher** ab 3.1.1996: **Mag. Viktor Klima**

Bundesminister für Inneres:
Dr. Franz Löschnak; ab 6.4.1995: **Dr. Capar Einem**

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr:
Mag. Viktor Klima

Bundesminister für Arbeit und Soziales:
Josef Hesoun; ab 6.4.1995: **Franz Hums**

Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst:
Dr. Rudolf Scholten

Bundesminister für Gesundheit und Konsumentenschutz:
Dr. Christa Krammer

ÖVP (7 Minister, 3 Staatssekretäre)

Vizekanzler:
Dr. Erhard Busek; ab 4. 5. 1995: **Dr. Wolfgang Schüssel**

Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:
Dr. Erhard Busek (zugleich Vizekanzler); ab. 4.5.1995: **Elisabeth Gehrer**

Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten:
Dr. Alois Mock; ab 4. 5. 1995: **Dr. Wolfgang Schüssel** (zugleich Vizekanzler)

Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten:
Dr. Wolfgang Schüssel; ab 4. 5. 1995: **Dr. Johannes Ditz**

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft:
Mag. Wilhelm Molterer

Bundesminister für Umwelt:
Maria Rauch-Kallat; ab 4. 5. 1995: **Dr. Martin Bartenstein**

Bundesminister für Jugend und Familie:
Dr. Sonja Moser

Bundesminister für Landesverteidigung:
Dr. Werner Fasslabend

Parteilos:

Bundesminister für Justiz:
Dr. Nikolaus Michalek

Staatssekretäre

Staatssekretäre im Bundeskanzleramt
zuständig für Beamte**: Dr. Caspar Einem (SPÖ)**; ab 6.4. 1995: **Mag. Karl Schlögl (SPÖ)**
zuständig für Europa und Integration: **Mag. Brigitte Ederer (SPÖ)** bis 4. 10.1995
zuständig für Sport: **Mag. Gerhard Schäffer (ÖVP)**

Staatssekretär im Bundsministerium für Finanzen: bis 4.5.1995 dann: Staatssekretärin im Außenministerium
Dr. Johannes Ditz (ÖVP); Dr. Benita Ferrero-Waldner

Staatssekretär im Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr:
Dr. Martin Bartenstein (ÖVP) bis 4.5.1995

Kabinett Vranitzky V (12.3.1996 – 28.1.1997)

(14 Minister, 2 Staatssekretäre)

SPÖ (7 Minister, 1 Staatsekretär)

Bundeskanzler:
Dr. Franz Vranitzky

Bundesministerin im Bundeskanzleramt (zuständig für Frauenfragen):
Dr. Helga Konrad

Bundesminister für Finanzen
Mag. Viktor Klima

Bundesminister für Inneres:
Dr. Capar Einem

Bundesminister für Arbeit und Soziales:
Franz Hums

Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst; öffentliche Wirtschaft und Verkehr
Dr. Rudolf Scholten

Bundesminister für Gesundheit und Konsumentenschutz:
Dr. Christa Krammer

ÖVP (6 Minister, 1 Staatssekretär)

Vizekanzler:
Dr. Wolfgang Schüssel

Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:
Elisabeth Gehrer

Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten:
Dr. Wolfgang Schüssel (zugleich Vizekanzler)

Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten:
Dr. Johannes Ditz; ab 19.6.1996: **Dr. Hannes Farnleitner**

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft:
Mag. Wilhelm Molterer

Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie::
Dr. Martin Bartenstein

Bundesminister für Landesverteidigung:
Dr. Werner Fasslabend

Parteilos:

Bundesminister für Justiz:
Dr. Nikolaus Michalek

Staatssekretäre

Staatssekretär im Bundeskanzleramt
zuständig für Beamte, Sport und EU: **Mag. Karl Schlögl (SPÖ)**

Staatssekretärin im Außenministerium
Dr. Benita Ferrero-Waldner (ÖVP)

Kabinett Klima I (28.1.1997 – 4.2.2000)

(13 Minister, 3 Staatsekretäre)

SPÖ (6 Minister, 2 Staatsekretäre)

Bundeskanzler:
Mag. Viktor Klima

Bundesministerin im Bundeskanzleramt (zuständig für Frauenfragen und Konsumentenschutz):
Mag. Barbara Prammer

Bundesminister für Finanzen
Rudolf Edlinger

Bundesminister für Inneres:
Mag. Karl Schlögl

Bundesminister für Wissenschaft, Forschung; öffentliche Wirtschaft und Verkehr
Dr. Caspar Einem

Bundesminister für Gesundheit und Konsumentenschutz; Arbeit und Soziales
Eleonora Hostasch

ÖVP (6 Minister, 1 Staatssekretär)

Vizekanzler:
Dr. Wolfgang Schüssel

Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:
Elisabeth Gehrer

Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten:
Dr. Wolfgang Schüssel (zugleich Vizekanzler)

Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten:
Dr. Johannes Ditz; ab 19.6.1996: **Dr. Hannes Farnleitner**

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft:
Mag. Wilhelm Molterer

Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie::
Dr. Martin Bartenstein

Bundesminister für Landesverteidigung:
Dr. Werner Fasslabend

Parteilos:

Bundesminister für Justiz:
Dr. Nikolaus Michalek

Staatssekretäre

Staatsekretäre im Bundeskanzleramt:
zuständig für Kunst: **Dr. Peter Wittmann (SPÖ)**

Staatssekretär im Finanzministerium:
Dr. Wolfgang Ruttenstorfer (SPÖ)

Staatssekretärin im Außenministerium
Dr. Benita Ferrero-Waldner (ÖVP)

Gesetzgebungsperioden des Nationalrates

XVI.	19.05.1983	17.12.1986
XVII.	17.12.1986	05.11.1990
XVIII.	05.11.1990	07.11.1994
XIX.	07.11.1994	15.01.1996
XX.	15.01.1996	29.10.1999
XXI.	29.10.1999	19.12.2002

Klubobmänner der Regierungsparteien

SPÖ:

Dr. Heinz Fischer	1987	1990
Dr. Willi Fuhrmann	1990	04.11.1994
Dr. Peter Kostelka	04.11.1994	2000
Dr. Alfred Gusenbauer Geschäftsführender Klubobmann: Dr. Peter Kostelka	2000	2001

ÖVP:

Dr. Alois MOCK	17.01.1978	27.01.1987
DDr. Friedrich KÖNIG	27.01.1987	31.10.1990
DDr.h.c. Heinrich NEISSER	04.11.1990	03.11.1994
Dr. Andreas KHOL	07.11.1994	28.10.1999
Dr. Wolfgang SCHÜSSEL geschäftsführender Klubobmann: Dr. Andreas KHOL	28.10.1999	8.2.2000
Dr. Andreas KHOL	8.2.2000	

Präsidium des Nationalrates

1. Präsident

Anton Benya	SPÖ	04.11.1971 - 17.12.1986
Mag. Leopold Gratz	SPÖ	17.12.1986 - 23.02.1989
Rudolf Pöder	SPÖ	28.02.1989 - 05.11.1990
Dr. Heinz Fischer	SPÖ	05.11.1990 -

2. Präsident

Dr. Marga Hubinek	ÖVP	19.02.1986 - 05.11.1990
Dr. Robert Lichal	ÖVP	05.11.1990 - 07.11.1994
Dr. Heinrich Neisser	ÖVP	07.11.1994 - 29.10.1999
Dipl.-Ing. Thomas Prinzhorn	FPÖ	29.10.1999 -

3. Präsident

Dipl.-Vw. Dr. Gerulf Stix	FPÖ	19.05.1983 - 14.03.1990
Dr. Siegfried Dillersberger	FPÖ	15.03.1990 - 05.11.1990
Mag. Dr. Heide Schmidt	FPÖ	05.11.1990 - 07.11.1994
Mag. Herbert Haupt	FPÖ	07.11.1994 - 15.01.1996
MMag. Dr. Willi Brauneder	FPÖ	15.01.1996 - 28.10.1999
Dr. Andreas Khol	ÖVP	29.10.1999 - 08.02.2000

Koalitionsjournal

Jahr	Monat	Tag	Ereignis
1986	3	1	Erste Vorwürfe gegen Bundespräsidentschaftskandidat Waldheim werden im "Profil" veröffentlicht.
	5	4	Bundespräsidentenwahlen: Waldheim: 49,64%; Kurt Steyrer 43,66%; Meissner- Blau 5,5%, Otto Scrinzi 1,2%
	6	8	Waldheim wird im zweiten Wahlgang mit 53,89% der Stimmen zum Bundespräsidenten gewählt.
	6	16	Der bisherige Finanzminister Vranitzky wird als Bundeskanzler angelobt, sein Vorgänger Sinowatz trat wegen der Wahl Waldheims zurück.
	9	13	Jörg Haider wird am FPÖ-Parteitag in einer Kampfabstimmung gegen Norbert Steger zum Parteiobmann gewählt.
	9	15	Bundeskanzler Vranitzky kündigt das Ende der SPÖ-FPÖ-Koalition wegen der Wahl von Jörg Haider an.
	9	21	**Landtagswahlen in der Steiermark: ÖVP 51,75% (+0,86); SPÖ 37,64% (-5,08); FPÖ 4,59% (-0,46); VG-AL 3,73%**
	11	23	Nationalratswahl: SPÖ 43,12% (-4,53); ÖVP 41,3% (-1,91); FPÖ 9,73% (+4,76); GAL 4,82%
1987	1	14	Einigung auf das Koalitionsabkommen
	4	27	Das US-Justizministerium setzt Bundespräsident Kurt Waldheim auf die Watchlist und verwehrt damit der Privatperson die Einreise in die USA.
	1	7	Das "Anti-Privilegien-Volksbegehren" der FPÖ wird von 251.461 Wahlberechtigten unterschrieben.
	10	4	**Landtagswahlen im Burgenland: SPÖ: 47,35% (-5,85); ÖVP 41,49% (-1,51); FPÖ: 7,32% (+4,32); Grüne 2,19%**
	10	30	Hans Sipötz (SPÖ) wird zum Landeshauptmann des Burgenlandes gewählt. Zuvor hatte ein Koalitionspakt zwischen ÖVP und FPÖ die Wahl von Franz Sauerzopf (ÖVP) vorgesehen. Ein FPÖ-Abgeordneter stimmt jedoch für Sipötz.
	10	5-9	Fritz Verzetnitsch löst Anton Benya als Präsident des ÖGB ab.
	11	8	**Landtagswahlen in Wien: SPÖ: 54,92% (-0,6); ÖVP: 28,4% (-6,42); FPÖ: 9,72% (+4,33)**
1988	5	11	Bundeskanzler Vranitzky wird vom Parteitag der SPÖ zum SPÖ-Vorsitzenden gewählt.
	8	18	Jörg Haider bezeichnete im TV-Inlandsreport die österreichische Nation als "Ideologische Missgeburt".
	10	16	**Landtagswahlen in Niederösterreich: ÖVP: 47,52% (-7,03); SPÖ: 37,39% (-3,96); FPÖ: 9,40% (+7,71)**
1989	1		Innenminister Karl Blecha und der Erste Präsident des Nationalrates Leopold Gratz treten wegen Vorwürfen in der Lucona-Affäre zurück.

	3	12	**Landtagswahlen in Kärnten: SPÖ: 45,99% (-5,66); ÖVP: 20,96% (-7,71); FPÖ: 29,00% (+13,03)**
	3	12	**Landtagswahlen in Salzburg: ÖVP: 43,95% (-6,2); SPÖ: 31,32% (-3,75); FPÖ: 16,37% (+7,64); BL: 6,10%.**
	3	12	**Landtagswahlen in Tirol: ÖVP: 48,73% (-15,91%); SPÖ: 22,93% (-2,28); FPÖ: 15,59% (+9,56); GAL: 8,14%**
	4	24	Josef Riegler löst Alois Mock als Vizekanzler ab.
	5	8	Jörg Haider wird mit den Stimmen von FPÖ und ÖVP zum Landeshauptmann von Kärnten gewählt.
	5	19	Josef Riegler wird am ÖVP-Bundesparteitag zum Parteiobmann gewählt.
	7	17	Außenminister Mock übergibt das österreichische Beitrittsgesuch zur EG.
	10	8	**Landtagswahlen in Vorarlberg: ÖVP: 51,04% (-0,6); SPÖ: 21,29% (-2,69); FPÖ: 16,12% (+5,63); GAV (Grüne Alternative Vorarlbergers): 5,18%**
	12	4	Das von der FPÖ initiierte "Rundfunksvolksbegehren" wird von 109.389 Wahlberechtigten unterschrieben.
	12	17	Außenminister Mock durchtrennt gemeinsam mit seinem ungarischen Amtskollegen symbolische den Eisernen Vorhang.
1990	10	7	Nationalratswahl: SPÖ: 42,78% (-0,34); ÖVP: 32,06% (-9,23%); FPÖ: 16,63% (+6,8); GAL 4,78% (-0,04)
	10	17	Beginn der Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP
	12		Leopold Maderthaner folgt Rudolf Sallinger als Präsident der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft.
	12	17	Angelobung der Regierung Vranitzky III (Große Koalition)
1991	6	13	Jörg Haider spricht vor dem Kärntner Landtag von der "ordentlichen Beschäftigungspolitik" im Dritten Reich.
	6	21	SPÖ und ÖVP entheben mittels eines Misstrauensantrages Jörg Haider des Amtes und wählen Christof Zernatto (ÖVP) zum neuen Landeshauptmann von Kärnten.
			Umbenennung der SPÖ von "Sozialistische Partei Österreichs" auf "Sozialdemokratische Partei Österreichs"
	6	21	Bundespräsident Waldheim gibt seinen Verzicht auf eine zweite Kandidatur bekannt.
	6	23	**Landtagswahlen im Burgenland: SPÖ: 48,18% (+0,85); ÖVP: 38,16% (-3,34); FPÖ: 9,75% (+2,44)**
	6	28	Erhard Busek wird in einer Kampfabstimmung gegen Bernhard Görg zum Bundesparteiobmann der ÖVP gewählt.
	7	2	Erhard Busek wird als Vizekanzler angelobt.
	7	8	Bundeskanzler Franz Vranitzky gibt eine Erklärung vor dem Nationalrat ab, worin er sich für die Verbrechen, die Österreicher im zweiten Weltkrieg begangen hatten, entschuldigt.
	9	22	**Landtagswahlen in der Steiermark: ÖVP: 44,23% (-7,52); SPÖ: 34,93% (-2,71); FPÖ: 15,38% (+10,79)**
	10	6	**Landtagswahlen in Oberösterreich: ÖVP: 45,2% (-6,9); SPÖ: 31,4% (-6,6); FPÖ: 17,7% (+12,7)**
	11	10	**Landtagswahlen in Wien: SPÖ: 47,18% (-7,72); FPÖ: 22,54% (+12,84); ÖVP: 18,05% (-10,35); GAL: 9,08% (+4,68)**

	11	18	Das von den Grünen eingebrachte Volksbegehren für eine Volksabstimmung über den geplanten EWR-Beitritt wird von 127.043 Wahlberechtigten unterschrieben.
1992	4	26	Bundespräsidentenwahlen: Rudolf Streicher: 40,66%; Thomas Klestil: 37,20%, Heide Schmidt: 16,39%; Robert Jungk: 5,75%
	5	24	Thomas Klestil wird im zweiten Wahlgang mit 56,89% der Stimmen zum Bundespräsidenten gewählt.
1993	2	1	Das "Ausländervolksbegehren" der FPÖ wird von 417.218 Wahlberechtigten unterschrieben.
	2		Fünf Abgeordnete der FPÖ treten aus ihrer Partei aus und gründen das Liberale Forum. Nationalratspräsident Fischer (SPÖ) erkennt die Gruppierung als eigenen Klub im Parlament an.
	5	16	**Landtagswahlen in Niederösterreich: ÖVP: 44,15 (-3,45); SPÖ: 34,03% (-3,26); FPÖ 12,06% (+2,67); LIF: 5,10%**
	12	3	Erste Briefbombenwelle: Der Terror richtet sich gegen ausländerfreundliche Personen.
1994	3	1	Die Beitrittsverhandlungen mit der EU werden erfolgreich abgeschlossen.
	3	13	**Landtagswahlen in Kärnten: SPÖ 37,4% (-8,6); FPÖ: 33,2% (+4,2); ÖVP: 23,7% (+2,7)**
	3	13	**Landtagswahlen in Salzburg: ÖVP: 38,57% (-5,4); SPÖ: 27,11% (-4,14); FPÖ: 19,51% (+3,14); Bürgerliste: 7,23% (+1,08)**
	3	13	**Landtagswahlen in Tirol: ÖVP: 47,3% (-1,42); SPÖ: 19,91% (-2,92); FPÖ: 19,51% (+0,61); Grüne: 10,59 (+2,33%)**
	6	12	Bei der Volksabstimmung sprechen sich 66,58% der Österreicher für einen EU-Beitritt aus.
	9	18	**Landtagswahlen in Vorarlberg: ÖVP: 49,94% (-1,04); FPÖ: 18,39% (+2,25); SPÖ: 16,24% (-5,11); Grüne Alternative Vorarlbergs: 7,76% (+2,59)**
	10	4	Zweite Briefbombenwelle
	10	9	Nationalratswahl: SPÖ: 34,92% (-7,86); ÖVP: 27,67% (-4,39%); FPÖ: 22,5% (+5,87); Grüne: 7,31% (+2,53); LIF: 5,97%
	11	29	Angelobung der Regierung Vranitzky IV
1995	1	1	Österreich wird Mitglied der Europäischen Union.
	2	4	In Oberwart sterben vier Roma durch eine Sprengfalle.
	2	5	Ein Einwohner von Stinaz wird durch eine Sprengfalle schwer verletzt.
	4	22	Wolfgang Schüssel wird vom ÖVP-Bundesparteitag zum Parteiobmann gewählt.
	6	9	Dritte Briefbombenwelle
	10	12	Der Nationalrat beschließt nach dem Scheitern der Budgetverhandlungen seine Auflösung und damit vorgezogenen Neuwahlen.
	12	11	Vierte Briefbombenwelle
	12	17	Nationalratswahl: SPÖ: 38,06% (+3,14); ÖVP: 28,29% (+0,62); FPÖ: 21,89% (-0,61); Grüne: 4,81% (-2,5%); LIF: 5,51% (-0,46)
	12	17	**Landtagswahlen in der Steiermark: ÖVP: 36,25% (-7,98); SPÖ: 35,93% (+1); FPÖ: 17,16% (+1,78); Grüne: 4,31%**

1996	3	12	Angelobung der Regierung Vranitzky V
	3	25	Das Volksbegehren für ein einheitliches Tierschutzgesetz wird von 358.449 Wahlberechtigten unterschrieben.
	6	2	**Landtagswahlen im Burgenland: SPÖ: 44,5% (-3,6); ÖVP: 36% (-2,2%); FPÖ: 14,6% (+4,8)**
	10	13	**Wahlen zum Europaparlament: ÖVP: 29,65%; SPÖ: 29,15%; FPÖ: 27,53%; Grüne: 6,81%; LIF: 4,26%**
	10	13	**Landtagswahlen in Wien: SPÖ: 39,15% (-8,66); FPÖ: 27,94% (+5,4); ÖVP: 15,26% (-2,8); LIF: 7,95%; Grüne: 7,94% (-1,14)**
	12	9	Fünfte Briefbombenwelle
1997	1	28	Viktor Klima übernimmt von Franz Vranitzky das Amt des Bundeskanzlers.
	4	9	Viktor Klima wird vom Bundesparteitag der SPÖ zum Parteivorsitzenden gewählt.
	4	14	Das "Frauenvolksbegehren" wird von 644.977 Wahlberechtigten unterschrieben.
	4	14	Das "Gentechnik-Volksbegehren" wird von 1.226.551 Wahlberechtigten unterschrieben.
	10	5	**Landtagswahlen in Oberösterreich: ÖVP: 42,7% (-2,5%); SPÖ: 27% (-4,4%); FPÖ: 20,6% (+2,9%); Grüne: 5,8%**
	21	1	Das "Schilling-Volksbegehren" wird von 248.994 Wahlberechtigten unterschrieben.
1998	3	22	**Landtagswahlen in Niederösterreich: ÖVP: 44,87% (+0,64); SPÖ: 30,39% (-3,53); FPÖ: 16,08% (+4,03); Grüne: 4,49% (+1,32); LIF: 2,13% (-2,99)**
	4	19	Bundespräsidentenwahlen: Thomas Klestil: 63,42%, Gertraud Knoll: 13,59%, Heide Schmidt 11,14%, Richard Lugner 9,91%, Karl W. Nowak: 1,94%
	7	1	Österreich übernimmt für sechs Monate die Ratspräsidentschaft der EU.
1999	1	1	Einführung des Euro als finanztechnische Währung (Fixe Wechselkurse zwischen den Landeswährungen)
	3	7	**Landtagswahlen in Kärnten: FPÖ: 42,09% (+8,82%); SPÖ: 32,89% (-4,48); ÖVP: 20,71% (-3,08)**
	3	7	**Landtagswahlen in Salzburg: ÖVP: 38,75% (+0,15); SPÖ: 32,37% (+5,32%); FPÖ: 19,58% (+0,09); Bürgerliste: 5,37% (-1,9)**
	3	7	**Landtagswahlen in Tirol: ÖVP: 47,23% (-0,07); SPÖ: 21,8% (+1,89); FPÖ: 19,67% (+3,5); Grüne: 7,96% (-2,63)**
	4	8	Jörg Haider wird zum zweiten Mal zum Landeshauptmann von Kärnten gewählt.
	6	13	**Wahlen zum Europaparlament: SPÖ: 31,17% (+2,02); ÖVP: 30,67% (+1,02); FPÖ: 23,4% (-4,13); Die Grünen: 9,29% (+2,48); LIF: 2,66% (-1,6)**
	9	17	Das "Familienvolksbegehren" (initiiert vom ÖVP-nahen Familienbund) wird von 183.151 Wahlberechtigten unterschrieben.
	9	19	**Landtagswahlen in Vorarlberg: ÖVP: 45,7% (-4,2); FPÖ: 27,5% (+9,1); SPÖ: 13% (-3,2); Die Grünen: 6% (-1,8)**
	10	3	Nationalratswahl: SPÖ 33,15% (-4,91); FPÖ: 26,91% (+5,02); ÖVP: 26,91% (-1,38); Grünen: 7,40% (+2,59); LIF 3,65% (-1,86)

	10	14	Bundespräsident Klestil beauftragt Viktor Klima mit der Durchführung von Sondierungsgesprächen für die Regierungsbildung.
	12	9	Bundespräsident Klestil beauftragt Viktor Klima mit der Regierungsbildung.
	12	17	Beginn der Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP
2000	1	21	Die Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP scheitern.
	1	25	Beginn der Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ ohne Auftrag des Bundespräsidenten
	1	31	Der EU-Ratspräsident Guteres droht im Falle einer FPÖ-Regierungsbeteiligung mit Sanktionen gegen Österreich.
	2	1	Erfolgreicher Abschluss der Koalitionsverhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP
	2	4	Angelobung der ÖVP-FPÖ-Regierung durch Bundespräsident Klestil

Lebenslauf

Egmont Christian Schmidt

Geb.: 10. November 1977

Ausbildung

09/03 – 8/04	Unterrichtspraktikum am BRG Schloss Wagrain in Vöcklabruck
Seit 10/01	Doktoratsstudium der Philosophie – Geschichte, Universität Wien
05/01	Abschluss des Studiums mit dem Titel „Magister der Philosophie“ Diplomarbeit: *„Kämpfe, Krisen und Konflikte“ Die Große Koalition von 1945 bis 1966. Dokumentation der Schwierigkeiten einer Zusammenarbeit*
10/96 – 05/01	Universität Wien Geschichte und Sozialkunde, Mathematik; Lehramt an AHS
06/96	Reifeprüfung, BG Vöcklabruck, OÖ Fachsbereichsarbeit aus Geschichte: *Konfliktfeld Kirche und Staat*
09/88 - 06/96	Bundesgymnasium Vöcklabruck (Schulsprecher im Schuljahr 1994/95)
09/84 – 07/88	Volkschule I. Vöcklabruck

Berufliche Laufbahn

Seit 09/07	Schüler- und Bildungsberater am BRG Schloss Wagrain in Vöcklabruck
Seit 09/06	Administrator am BRG Schloss Wagrain in Vöcklabruck
Seit 06/04	Vertragslehrer am BRG Schloss Wagrain in Vöcklabruck

Sonstige Tätigkeiten

10/01-05/02	Präsenzdienst bei der 4. Gardekompanie
Seit 2002	staatlich geprüfter Skilehrwart